Landtag Burgenland

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
01. (konstituierenden) Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Montag, 17. Februar 2020**

09.56 Uhr - 12.10 Uhr

## Tagesordnung

1. Angelobung der Landtagsabgeordneten;

2. Wahl des Präsidenten, des Zweiten Präsidenten und des Dritten Präsidenten des Landtages;

3. Wahl von zwei Schriftführern und zwei Ordnern;

4. Wahl der vom Land Burgenland zu entsendenden Mitglieder des Bundesrates sowie Wahl ihrer Ersatzmitglieder;

5. Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses;

6. Wahl und Angelobung des Landeshauptmannes, des Landeshauptmann-Stellvertreters und der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

---

# Inhalt

## Landtag

Angelobung der Landtagsabgeordneten (S. 5)

Wahl der Abgeordneten Verena Dunst zur Präsidentin (S. 6)

Ansprache der Präsidentin Verena Dunst (S. 7)

Wahl des Abgeordneten Georg Rosner zum Zweiten Präsidenten (S. 10)

Wahl des Abgeordneten Mag. Kurt Maczek zum Dritten Präsidenten (S. 11)

Wahl der Abgeordneten Kilian Brandstätter und DI Julia Wagentristl, BSc zu Schriftführern (S. 12)

Wahl der Abgeordneten Ewald Schnecker und Johannes Mezgolits zu Ordnern (S. 12)

Wahl von Günter Kovacs, Bernhard Hirczy und Mag.a Sandra Gerdenitsch zu Vertretern des Landes im Bundesrat (S. 13)

## Ausschüsse

Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses (S. 15)

## Landesregierung

Wahl von Mag. Hans Peter Doskozil zum Landeshauptmann und Angelobung (S. 19)

Wahl von Mag.a Astrid Eisenkopf zur Landeshauptmann-Stellvertreterin (S. 19)

Wahl von Christian Illedits, Mag. Heinrich Dorner und Mag.a (FH) Daniela Winkler zu Mitgliedern der Landesregierung (S. 19)

Angelobung der Landeshauptmann-Stellvertreterin und der Mitglieder der Landesregierung (S. 22)

Erklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil (S. 23)

**Beginn der Sitzung: 09 Uhr 56 Minuten**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die konstituierende Sitzung des am 26. Jänner 2020 gewählten Burgenländischen Landtages und begrüße alle gewählten Landtagsabgeordneten, insbesonders jene, die zum ersten Mal in den Burgenländischen Landtag entsendet wurden.

Ebenso begrüße ich die ehemaligen Mitglieder der Landesregierung, des Landtages sowie die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates.

Gleichzeitig begrüße ich auch die Gäste auf der Galerie, Familienangehörige und Freunde. Sie sind zu Recht stolz. Aber ich habe trotzdem eine Bitte an Sie. Ich darf Sie ersuchen, dass Sie von Beifalls- oder Missfallensäußerungen absehen und sich ruhig verhalten. Seien Sie recht herzlich gegrüßt, Sie sind heute ganz besonders wichtig.

Ich begrüße auch alle Zuseherinnen und Zuseher vor den Bildschirmen zuhause, die Sitzung wird live im ORF mitzuverfolgen sein und alle Zuseherinnen und Zuseher, die uns heute via livestream begleiten, dürfen wir auch alle gemeinsam sehr, sehr herzlich begrüßen.

Heute, meine Damen und Herren, hohe Festversammlung, ist eine besondere Sitzung. Zum ersten Mal tritt der Burgenländische Landtag nach der Wahl am 26. Jänner 2020 zusammen und konstituiert sich.

Die Mitglieder des Landtages werden angelobt, die Landtagspräsidenten, die Landtagspräsidentin. Der Landeshauptmann und die Mitglieder der Landesregierung werden ebenso gewählt und auf die Landesverfassung angelobt.

Weiters werden gewählt, die Vertreterinnen und Vertreter des Landes im Bundesrat und die Mitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses.

Heute, mit dem Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode, ist es für viele auch ein Abschied. Daher ist es mir ein persönliches Anliegen, mich bei vielen zu bedanken. Ich darf das tun an die beiden ausgeschiedenen Landtagspräsidenten Ing. Rudolf Strommer und Ilse Benkö. Ich habe mit beiden ein kollegiales und angenehmes Arbeitsklima gehabt und möchte mich persönlich im Namen des Landtages bei beiden aufrichtig bedanken.

Bedanken möchte ich mich auch bei allen weiteren Mitgliedern des Landtages. Einige beenden mit der heutigen Gesetzgebungsperiode ihre Arbeit, in der Sie viele Jahre, ja Jahrzehnte, konstruktiv hier im Landtag und auch außerhalb des Landtages für die Menschen des Burgenlandes gearbeitet haben - herzlichen Dank an Sie alle.

Ein aufrichtiges Dankeschön gebührt auch den beiden Mitgliedern der Landesregierung, die aus ihrem Amt ausscheiden, beziehungsweise ab heute auch in anderen Funktionen politisch tätig sein werden. Dank und Anerkennung an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter außer Dienst Johann Tschürtz und Herrn Landesrat außer Dienst MMag. Alexander Petschnig.

Wir alle begrüßen die Medienvertreterinnen und Medienvertreter. Danke für Ihr großes Interesse. Ich habe nur zu Beginn eine Bitte. Gestatten Sie mir, wenn ich sie persönlich an die Medien richte. Während der Wahlvorgänge muss ich Sie dringlich bitten, vom Filmen und Fotografieren abzusehen.

Gemäß Artikel 12 Absatz 3 der Verfassung des Burgenlandes und in Übereinstimmung mit § 3 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages obliegt es nunmehr mir als Präsidentin des alten Landtages, die Sitzung zu eröffnen und bis zur Wahl des neuen Präsidiums den Vorsitz zu führen.

Mit der heutigen Sitzung beginnt die XXII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages.

Anwesend sind alle 36 Damen und Herren Landtagsabgeordneten, denen von der Landeswahlbehörde ein Wahlschein ausgestellt wurde, sodass ich gleichzeitig auch die Beschlussfähigkeit feststellen kann. Ebenso möchte ich mitteilen, dass die Wahlscheine in der Landtagsdirektion hinterlegt wurden.

Die Amtliche Verhandlungsschrift der 62. Sitzung der XXI. Gesetzgebungsperiode ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gemäß § 56 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Dennoch darf ich an Sie die Frage richten, ob Sie gegen die Tagesordnung einen Einwand haben? – Dies ist nicht der Fall.

Ehe wir, meine Damen und Herren, in die Tagesordnung eingehen, berufe ich Herrn Kilian Brandstätter und Frau DI Julia Wagentristl gemäß § 3 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages bis zur Wahl der beiden Schriftführer/Schriftführerin zur vorläufigen Besorgung derer Geschäfte.

Wir gehen nun in die Tagesordnung ein.

## 1. Punkt: Angelobung der Landtagsabgeordneten

**Präsidentin Verena Dunst:** Der 1. Punkt der Tagesordnung ist die Angelobung der Landtagsabgeordneten. Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, dass Sie sich von den Plätzen erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Gemäß Artikel 23 der Landesverfassung und in Übereinstimmung mit § 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages haben die Mitglieder des Landtages bei ihrem Eintritt in den Landtag mit den Worten "Ich gelobe" folgendes Gelöbnis zu leisten:

"Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Burgenland, stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten".

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sie haben die Angelobungsformel gehört.

Ich ersuche vorerst den Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter mit den Worten "Ich gelobe" seine Angelobung zu leisten.

**Landtagsabgeordneter Kilian Brandstätter** (SPÖ): Ich gelobe!

**Präsidentin Verena Dunst:** Dankeschön. Nun ersuche ich den Herrn Landtagsabgeordneten Brandstätter, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Worte "Ich gelobe" zu sprechen.

*(Über Namensaufruf durch den Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter leisten die nachstehenden Landtagsabgeordneten mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung:*

*Bachmann Gerhard, Benkö Ilse, Böhm Elisabeth, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrick, BA, Mag. Dr. Fürst Roland, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mag. Maczek Kurt, Mezgolits Johannes, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina,*

*MMag. Petschnig Alexander, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Rosner Georg, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Mag. Steiner Thomas, Stenger Rita, BEd, Temmel Walter, Trummer Elisabeth, Tschürtz Johann, Ulram Markus, DI Wagentristl Julia, BSc, und Mag. Wolf Christoph, M.A. – Die Landtagsabgeordneten Molnár Géza, Mag. Steiner Thomas und Temmel Walter leisten die Angelobung mit dem Zusatz: „So wahr mir Gott helfe“.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank. Ich darf Ihnen allen, meine Damen und Herren Abgeordneten, alles Gute, viel Erfolg und viel Kraft wünschen für Ihre zukünftige Arbeit in diesem Hohen Haus. Ich darf Sie ersuchen wieder Platz zu nehmen. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

## 2. Punkt: Wahl des Präsidenten, des Zweiten Präsidenten und des Dritten Präsidenten des Landtages

**Präsidentin Verena Dunst:** Der 2. Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl der Präsidentin, des zweiten Präsidenten und des dritten Präsidenten des Burgenländischen Landtages.

Es wurde kein gemeinsamer Wahlvorschlag eingebracht. Die Wahl der Präsidentin, des Zweiten Präsidenten und des Dritten Präsidenten wird daher nach den Bestimmungen des Artikel 15 Absatz 4 bis 8 der Verfassung des Burgenlandes und § 5 Absatz 4 bis 8 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durchgeführt.

Wir kommen nunmehr zur Wahl der Präsidentin des Burgenländischen Landtages. Die Wahl wird nach den Bestimmungen des Artikels 15 Absatz 4 der Landesverfassung durchgeführt. Demgemäß wird der Präsident, die Präsidentin, des Landtages vom Landtag mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wahlvorschlagsberechtigt sind dabei - bis zur Erzielung der erforderlichen Stimmenanzahl - diejenigen Parteien, denen nach dem Grundsatz der Verhältniswahlmethode (Methode nach d’Hondt) ein Präsident, eine Präsidentin, zukommt, in der Reihenfolge absteigender Mandatsstärke.

Von der Sozialdemokratischen Partei, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl das Vorschlagsrecht für die Präsidentin/Präsidenten zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht.

Der Wahlvorschlag ist gültig und lautet auf Frau Landtagsabgeordnete Verena DUNST. Wahlberechtigt sind alle 36 Abgeordneten.

Zunächst ersuche ich die zwei Schriftführer/Schriftführerin herauszukommen und ich darf Sie auch bitten, nachdem das der erste Wahldurchgang ist, die Wahlurne zu überprüfen ob sie leer ist. Darf ich Sie beide dann herausbitten. Ich darf aber auch noch darauf aufmerksam machen, dass nur mit "JA" oder "NEIN" gestimmt werden kann. Bei Streichungen oder Einsetzen anderer Namen ist der Stimmzettel ungültig.

Gleichzeitig darf ich meine Erinnerung wiederholen an die Medienvertreter/Medienvertreterinnen im Saal und auf der Galerie: Bitte während des Wahlvorganges vom Filmen und Fotografieren abzusehen.

Nunmehr werden die Stimmzettel verteilt. Danke an die Mitarbeiter der Landtagsdirektion.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Nunmehr darf ich Sie, Frau Abgeordnete Wagentristl, um Verlesung der Namensliste bitten.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, nach Aufruf Ihres Namens dann den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen. Bitte sehr.

*(Über Namensaufruf durch Frau Landtagsabgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Benkö Ilse, Böhm Elisabeth, Brandstätter Kilian, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrick, BA, Mag. Dr. Fürst Roland, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mag. Maczek Kurt, Mezgolits Johannes, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, MMag. Petschnig Alexander, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Rosner Georg, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Mag. Steiner Thomas, Stenger Rita, BEd, Temmel Walter, Trummer Elisabeth, Tschürtz Johann, Ulram Markus, und Mag. Wolf Christoph, M.A. und DI Wagentristl Julia, BSc selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Frau Abgeordnete Wagentristl. Die Stimmenabgabe ist damit beendet und ich darf beide wieder bitten tätig zu werden, nämlich mit der Auszählung der Stimmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Vielen Dank an die beiden Abgeordneten für die Durchführung beziehungsweise für die Auszählung der Stimmen.

Meine Damen und Herren! Bei der eben durchgeführten Wahl wurden 36 Stimmen abgegeben. 36 Stimmen sind gültig.

36 Stimmen lauten auf „JA“ und unterstützen den Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. *(Allgemeiner Beifall)*

**Ansprache der gewählten Landtagspräsidentin Verena Dunst**

**Präsidentin Verena Dunst** *(die somit die Vorsitzführung im Burgenländischen Landtag übernimmt)***:** Hohe Festversammlung! Zunächst einmal darf ich mich für das überaus große Vertrauen sehr, sehr herzlich bedanken, mit dem ich bei dieser Wahl bedacht worden bin. Ich kann Ihnen versprechen, dass ich mit diesem Vertrauen sorgsam und respektvoll umgehen werde.

Vor knapp einem Jahr habe ich als erste Frau in der Geschichte des Burgenlandes das Amt der Landtagspräsidentin als zweithöchste Repräsentantin des Burgenlandes übernommen. Nach meiner langjährigen Erfahrung als Landesrätin auf der Regierungsbank, war es mir damals und auch heute noch als Arbeiter- und Bauernkind aus Moschendorf, einer "Großstadt" im Südburgenland, eine große Ehre dieses Amt ausüben zu dürfen.

Für mich war das damals, aber besonders auch heute ein bewegender Moment, der mich mit Stolz aber natürlich auch mit Ehrfurcht und mit Würde vor diesem Amt erscheinen lässt und ich darf mich daher noch einmal sehr, sehr herzlich bedanken.

Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei meinen Wegbegleitern, bei meinen Unterstützern, aber ganz besonders natürlich auch bei meiner Familie.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen der Landtag ist das Herzstück der Demokratie im Burgenland. Diese Demokratie gilt es für uns alle zu wahren und zu schützen. Dieser hohen Verantwortung bin ich mir, sind Sie sicher, auch Sie selber, bewusst.

Als Landtagspräsidentin bin ich der Demokratie verpflichtet und werde eine Garantin für eine lebendige Demokratie im Burgenland sein. Die Demokratie haben wir alle nach innen und außen zu stärken, als Plattform des Austausches, der Kommunikation zwischen den Parteien und der Regierung hier im Haus.

Aber vor allem sehe ich mich persönlich als Mittlerin zu den Menschen draußen. Zu den Menschen zu denen wir unsere Arbeit hier im Landtag ins Wohnzimmer bringen sollten und wir alle sollten Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für alle Menschen im Burgenland sein.

Ich stehe seit vielen Jahrzehnten für Ausgewogenheit und Gesprächsbereitschaft und werde immer, und das kann ich Ihnen, Hoher Landtag, meine Damen und Herren Abgeordneten, versprechen, meine Offenheit und meine Verbundenheit anbieten.

Sehr geehrte Abgeordnete, Damen und Herren Abgeordneten! Die Menschen draußen haben uns in den Landtag gewählt. Damit sind Sie, damit bin ich Vertreterin, gewählte, direkt gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Menschen. Und ich darf Sie ersuchen, dass wir gemeinsam als Abgeordnete das nie vergessen, das wir direkt gewählt von den Menschen sind, die Vertrauen in uns alle setzen.

Wir beschließen hier Gesetze, wir beschließen Gelder, das Budget für die Regierung. Wir als Landtag treffen Entscheidungen, die in das Leben jedes Einzelnen hier im Burgenland einwirken, ob es beim Wohnbau, Kinderbetreuung, Pflege, Gesundheit, Krankenhäuser, Förderungen für Familie und, und, und sind, um nur einige Beispiele zu nennen.

Uns allen hier im Landtag muss bewusst sein, welche Verantwortung wir gemeinsam übernehmen. Die Menschen legen in diesen neuen Landtag Erwartungen, Bedürfnisse, geben uns ihre Anliegen mit. Darauf werde ich besonders achten, denn das ist die Kernaufgabe des Landtages, den Menschen im Burgenland zu dienen. Darauf müssen sich die Menschen auch in Zukunft, auch heute, auf uns alle verlassen können.

Mir macht Sorge, wenn ich die teilweise dramatischen Entwicklungen in unseren Nachbarländern sehe. Das wollen wir hier in Österreich, das wollen wir vor allem im Burgenland nicht haben. Dazu gehört aber auch, dass wir die Menschen mitnehmen, sie beteiligen an politischen Entscheidungsprozessen.

Daher ist es und wird es mir immer ein besonderes Anliegen sein, den Landtag zu öffnen und über unsere Arbeit, die wir hier im Landtag verrichten auch die Menschen zu informieren.

Sie wissen, die schon dem Landtag angehört haben und viele andere, dass ich im Vorjahr die Demokratieoffensive "#politik#erleben" ins Leben gerufen habe. Gemeinsam mit der Bildungsdirektion Burgenland, der Fachhochschule Burgenland, der Forschung und Akademie Burgenland, der Burgenländischen Volkshochschule und vor allem der Pädagogischen Hochschule Burgenland wurde ein Maßnahmenpaket geschnürt, das von neuen, modernen Lehrmaterialien für politische Bildung, über Workshops bis zum neuen altersgerechten Führungsangebot im Landtag reicht.

Vielen herzlichen Dank an die Partnerinstitutionen. Wir können stolz sein und ich bin stolz darauf, dass alle im Landtag vertretenen Parteien diese Initiative mitgetragen haben.

Wir haben innerhalb von vier Monaten im Rahmen der Demokratieoffensive knapp 1.500 Schülerinnen und Schüler hier im Hause zu Gast im Landtag gehabt. Insgesamt konnten wir an die 3.700 Personen im Landtagsitzungssaal begrüßen. Und es ist uns allen gemeinsam auch gelungen die Anzahl der Hörer und Zuhörerinnen von Landtagssitzungen, die uns via Livestream mitbegleitet haben, zu verdoppeln.

Ich kann Ihnen eines versprechen, jetzt geht es erst richtig los. Die Demokratieoffensive ist mein oberstes Ziel. Ich möchte die Politik mit Ihnen gemeinsam zu

den Menschen bringen, egal wo sie sind, wo sie stehen. Das ist meine, und ich bin sicher, auch Ihnen eine Herzensangelegenheit.

Wozu wir gefordert sind ist vor allem auch die politischen Abläufe für die Menschen erlebbar zu machen, nicht nur hier im Landtag, sondern vor allem auch im gesamten Burgenland. Die Regionalisierung politischer Bildung, neue Demokratielehrgänge und der Ausbau der Kommunikation in den sozialen Medien wird in dieser Periode den Landtag noch mehr öffnen.

Was mir wichtig ist als Pädagogin, vor allem für junge Menschen direkt erlebbar die Demokratie zu machen, sowohl in den Schulen als auch hier im Landtag Maßnahmen zur Vertiefung politischer Bildung zu forcieren und Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Jeder und Jede soll die Möglichkeit haben, sich aktiv in die burgenländische Politik einzubringen.

Mit der neuen Konzeptionierung des Jugend-Landtages möchte ich einen neuen Maßstab für die Integration der Jugend in politische Entscheidungsprozesse setzen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich freue mich auch ganz besonders, dass wir seit September Gebärdendolmetsch im Landtag anbieten und darf heute und hier mich besonders bedanken, aber auch die Damen sehr herzlich willkommen heißen.

Damit haben wir alle Menschen bei uns, ob es Gehörlose, gehörbeeinträchtigte Menschen sind oder beeinträchtigte Menschen allgemein. Ihre aktive Teilnahme an Landtagssitzungen ist seit September ermöglicht.

Wir müssen immer darauf achten, dass wir niemanden auf dem Weg zurücklassen. Ich darf Sie alle bitten mich dabei zu unterstützen.

Die Rechte der Frauen werden für mich immer oberste Priorität haben und ich werde niemals aufhören, ihnen Mut zu geben und ihnen den Rücken zu stärken.

Und meine Damen Abgeordneten, mit 30 Prozent haben wir heute im Landtag den höchsten Frauenanteil den es je hier im Hohen Haus gegeben hat. Und ich freue mich darauf, dass wir erstmals auch eine Frau als Landeshauptmann-Stellvertreterin heute angeloben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im ersten Halbjahr, von Jänner bis Juni haben wir als Burgenland den Vorsitz bei der Konferenz der Österreichischen Landtagspräsidentinnen und -präsidenten. Als Vorsitzende der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten bringe ich vor allem auch die Bedeutung des Föderalismus ein und ich denke, dass das in unser aller Namen ist.

Länder erfüllen im Rahmen des Staatswesens eine wesentliche verfassungsrechtliche Aufgabe und es ist aus meiner Sicht, und ich denke im Namen von Ihnen allen sprechen zu können, mehr als bisher notwendig diese rechtliche und politische Stellung der Länder zu betonen.

Hohe Festversammlung! Im Jahr 2021, also im nächsten Jahr wird das Burgenland ein herausragendes Jubiläum feiern. Unser Heimatland feiert seinen 100. Geburtstag. Dieses Jubiläum gilt es entsprechend vorzubereiten und auch feierlich zu begehen. Auch der Landtag wird natürlich hier dieses besondere Ereignis würdigen.

Es wird spannend, der, der in die Geschichte zurückschauen will und hoffentlich weit in die Zukunft blicken wird. Unser Heimatland hat aus den schwierigsten Anfängen eine großartige wirtschaftliche und politische Entwicklung genommen. Niemand, niemand

hätte geglaubt, das unser Burgenland als kleines Land da an einer toten Grenze überhaupt lebensfähig ist.

Und anlässlich des 100jährigen Jubiläums wollen wir uns dieser Entwicklung bewusster werden und unsere Geschichte genauer betrachten und uns neu entdecken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für Ihr hohes Vertrauen, darf mich weiterhin in den Dienst des Landtages stellen, freue mich, dass wir heute eine neue Ära beginnen und ich freue mich darauf mit Ihnen gemeinsam zu arbeiten.

Zuletzt, meine Damen und Herren, darf ich uns allen gemeinsam alles Gute wünschen und uns die nötige Kraft, damit wir die Menschen in diesem Land gut begleiten und vor allem, dass wir unser Ohr an der Bevölkerung haben. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir kommen nun zur Wahl des Zweiten Präsidenten des Burgenländischen Landtages. Die Wahl wird nach den Bestimmungen des Artikel 15 Absatz 5 der Landesverfassung in Verbindung mit § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durchgeführt.

Der Zweite Präsident wird auf Grund eines Wahlvorschlages der an Mandaten zweitstärksten Partei gewählt. Der Zweite Präsident ist gewählt, wenn der Wahlvorschlag mindestens zwei Drittel der Anzahl an Stimmen, bezogen auf die Zahl der Landtagsabgeordneten jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Von der Österreichischen Volkspartei, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl das Vorschlagsrecht zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht. Er lautet auf Herrn Landtagsabgeordneten Georg ROSNER.

Ich ersuche daher nunmehr die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, dass entsprechend § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages nur die Abgeordneten der ÖVP zur Stimmabgabe aufgerufen werden. Zugleich darf ich darauf hinweisen, dass bei dieser Wahl nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden kann, da ansonsten der Stimmzettel ungültig ist.

Meine wiederholte Bitte an die Medienvertreter und -vertreterinnen und an die Gäste auf der Galerie – ich darf neuerlich erinnern, dass während des Wahlvorganges von Filmen und Fotografieren abzusehen ist.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel):* Die Stimmzettel sind verteilt. Herr Landtagsabgeordneter Brandstätter, bitte um Verlesung der Namensliste.

*(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneter Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrick, BA, Handig Gerald, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mezgolits Johannes, Rosner Georg, Mag. Steiner Thomas, Temmel Walter, Ulram Markus, DI Wagentristl Julia, BSa, und Wolf Christoph, M.A. selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter, die Stimmenabgabe ist beendet. Die Landtagsabgeordneten Brandstätter und Wagentristl ersuche ich, die Stimmen auszuzählen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach erfolgter Stimmenzählung)***:** Meine Damen und Herren! Bei der eben durchgeführten Wahl wurden 11 Stimmen abgegeben. 11 Stimmen sind gültig. 11 Stimmen lauten auf „JA“.

Herr Landtagsabgeordneter Rosner hat somit mit der erforderlichen Stimmenanzahl die Wahl zum Zweiten Präsidenten des Burgenländischen Landtages gewählt. Ich darf sehr, sehr herzlich gratulieren. *(Allgemeiner Beifall)*

Herr Landtagsabgeordneter Rosner, ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl zum Zweiten Präsidenten des Burgenländischen Landtages an?

**Landtagsabgeordneter Georg Rosner** (ÖVP)**:** Ich bedanke mich für das in mich gesetzte Vertrauen und nehme die Wahl an.

**Präsidentin Verena Dunst:** Dann freue ich mich sehr, ich beglückwünsche Sie zur Wahl. Der Applaus hat gezeigt, Sie sind herzlich willkommen. Ich darf Ihnen für die Tätigkeit alles Gute wünschen, gleichzeitig lade ich Sie ein, hier am Präsidium Platz zu nehmen.

Hoher Landtag! Es folgt die Wahl des Dritten Präsidenten des Burgenländischen Landtages.

Von der Sozialdemokratischen Partei, der nach den Grundsätzen der Verhältniswahl das Vorschlagsrecht zukommt, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht. Er lautet auf Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Kurt MACZEK.

Die Wahl wird nach den Bestimmungen des Artikels 15 Absatz 7 der Verfassung des Burgenlandes in sinngemäßer Anwendung des Artikels 53 Absatz 7 der Landesverfassung, Landesgesetzblatt Nummer 42 aus 1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes Nummer 75 aus 2013 durchgeführt.

Gemäß dieser Bestimmung ist Herr Landtagsabgeordnet Mag. Kurt Maczek zum Dritten Präsidenten des Landtages gewählt, wenn er mindestens zwei Drittel der Anzahl an Stimmen, bezogen auf die Zahl der Landtagsabgeordneten der SPÖ, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Nunmehr ersuche ich die Stimmzettel für die Wahl zu verteilen. Gleichzeitig mache ich neuerlich darauf aufmerksam, dass nur die Abgeordneten der SPÖ zur Stimmabgabe aufgerufen sind und sie nur mit „JA“ oder „NEIN“ stimmen können, da sonst der Stimmzettel ungültig wäre.

Wieder meine Bitte an die Medienvertreter vom Filmen und Fotografieren hier im Saal und auf der Galerie abzusehen.

Frau Abgeordnete, bitte.

*(Über Namensaufruf der Schriftführerin Abgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Böhm Elisabeth, Brandstätter Kilian, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Mag. Dr. Fürst Roland, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Mag. Maczek Kurt, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Stenger Rita, BEd. und Trummer Elisabeth selbst den Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank. Die Stimmenabgabe ist damit beendet und ich darf Sie beide, Frau Abgeordnete Wagentristl und Herr Abgeordneter Brandstätter ersuchen, die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach erfolgter Stimmenzählung)***:** Meine Damen und Herren! Bei der eben durchgeführten Wahl wurden 19 Stimmen abgegeben. 19 Stimmen sind gültig. 19 Stimmen lauten auf „JA“.

Herr Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek ist soeben mit der erforderlichen Stimmenanzahl zum Dritten Präsidenten des Burgenländischen Landtages gewählt. *(Allgemeiner Beifall)*

Herr Abgeordneter, ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl zum Dritten Landtagspräsidenten des Burgenländischen Landtages an?

**Landtagsabgeordneter Mag. Kurt Maczek** (SPÖ)**:** Ich bedanke mich ebenso für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg. Gleichzeitig darf ich Sie ersuchen, Ihren Platz am Präsidium einzunehmen.

**3. Punkt: Wahl von zwei Schriftführern und zwei Ordnern**

**Präsidentin Verena Dunst:** Hoher Landtag, wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung, zur Wahl von zwei Schriftführern und zwei Ordnern.

Gemäß § 15 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages sind im Anschluss an die Wahl der Präsidenten des Landtages zwei Schriftführer und zwei Ordner nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus der Mitte des Landtages zu wählen.

Bei dieser Wahl schlage ich vor, die Schriftführer und Ordner der SPÖ und ÖVP, denen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl das Vorschlagsrecht zukommt, in einem Wahlgang zu wählen, wobei jeder Abgeordnete zwei Stimmzettel erhält.

Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Gibt es gegen diesen Vorschlag einen Einspruch, Widerspruch? - Dies ist nicht der Fall, dann dürfen wir in dieser Weise verfahren.

Seitens des Klubs der Sozialdemokratischen Partei wurde Herr Landtagsabgeordneter Kilian BRANDSTÄTTER für die Wahl zum Schriftführer und Herr Landtagsabgeordneter Ewald SCHNECKER für die Wahl zum Ordner vorgeschlagen.

Seitens der ÖVP wurde für diese Wahl Frau Landtagsabgeordnete DI Julia WAGENTRISTL zur Schriftführerin und Herr Landtagsabgeordneter Johannes MEZGOLITS zum Ordner vorgeschlagen.

Ich ersuche nunmehr die Stimmzettel zu verteilen und darf Sie neuerlich auf der Galerie und hier im Saal bitten nicht zu fotografieren und nicht zu filmen. Bitte die Stimmzettel zu verteilen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel):* Die Stimmzettel sind verteilt. Ich ersuche Herrn Schriftführer Abgeordneten Brandstätter die Namensliste zu verlesen.

*(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Benkö Ilse, Böhm Elisabeth, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrick, BA, Mag. Dr. Fürst Roland, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mag. Maczek Kurt, Mezgolits Johannes, Molnar Gezar, Mag.a Petrik Regina, MMag. Petschnig Alexander, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Rosner Georg, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Mag. Steiner Thomas, Stenger Rita, BEd, Temmel Walter, Trummer Elisabeth, Ulram Markus, Tschürtz Johann, DI Wagentristl Julia, BSc, Wolf Christoph, M.A., und Brandstätter Kilian selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank. Die Stimmenabgabe ist damit beendet. Nunmehr bitte ich die beiden Abgeordneten Brandstätter und Wagentristl die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Meine Damen und Herren! Bei dieser Wahl wurden jeweils 36 Stimmen abgegeben. Alle sind gültig, daher darf ich verkünden, dass

Herr Landtagsabgeordneter Killian BRANDSTÄTTER mit 36 Stimmen und

Frau Landtagsabgeordnete DI Julia WAGENTRISTL, BSc mit 36 Stimmen

zu Schriftführer und Schriftführerin gewählt wurden.

Weiters wurden

Herr Landtagsabgeordneter Ewald SCHNECKER mit 36 Stimmen und

Herr Landtagsabgeordneter Johann MEZGOLITS auch mit 36 Stimmen zu Ordnern gewählt.

Vielen Dank und ich gratuliere im Namen des Hohen Landtages. *(Allgemeiner Beifall)*

**4. Punkt: Wahl der vom Land Burgenland zu entsendenden Mitglieder des Bundesrates sowie ihrer Ersatzmitglieder**

**Präsidentin Verena Dunst:** Hoher Landtag! Hohe Festversammlung! Wir kommen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung, zur Wahl der vom Land Burgenland zu entsendenden Mitglieder des Bundesrates sowie ihrer Ersatzmitglieder.

Gemäß Artikel 49 Absatz 1 der Landesverfassung sind die vom Land zu entsendenden Mitglieder des Bundesrates und ihre Ersatzmitglieder vom Landtag für die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Landtages nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bezeichnung des an erster Stelle entsendeten Vertreters des Landes zu wählen. Gemäß Artikel 49 Absatz 2 der Landesverfassung müssen die Mitglieder des Bundesrates zum Landtag wählbar sein.

Derzeit beträgt die Zahl der Vertreter und Vertreterinnen des Landes Burgenland im Bundesrat drei. Zwei Vertreter im Bundesrat fallen entsprechend den Grundsätzen der Verhältniswahl der Sozialdemokratischen Partei Österreichs zu, ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei.

Seitens der Sozialdemokratischen Partei wurden für die Wahl zum Mitglied des Bundesrates Herr Günther KOVACS und Frau Mag.a Sandra GERDENITSCH sowie für die Wahl zu Ersatzmitgliedern Frau Bettina ZENTGRAF und Frau Renate HABETLER vorgeschlagen. Zugleich wurde vorgeschlagen, Herrn Günther KOVACS zum an erster Stelle entsendeten Vertreter des Landes zu bestimmen.

Von der Österreichischen Volkspartei wurden für die Wahl des Bundesrates Herr Bernhard HIRCZY und für die Wahl zum Ersatzmitglied Frau Marianne HACKL vorgeschlagen.

Bei dieser Wahl, meine Damen und Herren Landtagsabgeordneten, möchte ich vorschlagen, die auf dem Wahlvorschlag der SPÖ und ÖVP genannten Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang zu wählen, wobei jeder Abgeordnete zwei Stimmzettel erhält.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, dann werden wir in dieser Weise fortfahren.

Ich ersuche nunmehr die Stimmzettel zu verteilen und auch hier wiederum meine wiederholte Bitte an die Medienvertreter, -vertreterinnen und an die Galerie, bitte nicht zu fotografieren oder zu filmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich nunmehr Frau Landtagsabgeordnete Wagentristl ersuche, die Namensliste zu verlesen.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in der Wahlurne zu hinterlegen.

*(Über Namensaufruf durch Frau Landtagsabgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Benkö Ilse, Böhm Elisabeth, Brandstätter Kilian, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrick, BA, Mag. Dr. Fürst Roland, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mag. Maczek Kurt, Mezgolits Johannes, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, MMag. Petschnig Alexander, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Rosner Georg, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Mag. Steiner Thomas, Stenger Rita, BEd, Temmel Walter, Trummer Elisabeth, Tschürtz Johann, Ulram Markus, und Mag. Wolf Christoph, M.A. und DI Wagentristl Julia, BSc selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank, die Stimmenabgabe ist somit beendet. Ich ersuche nunmehr Sie beide, wieder die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Danke an die beiden Abgeordneten.

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Es wurden jeweils 36 Stimmen abgegeben. Davon sind alle gültig.

Das heißt, bei der eben durchgeführten Wahl wurden zu Mitgliedern des Bundesrates

Herr Günter KOVACS mit 36 Stimmen

Herr Bernhard HIRCZY mit 36 Stimmen

Frau Mag.a Sandra GERDENITSCH mit 36 Stimmen

und zu Ersatzmitgliedern

Frau Bettina ZENTGRAF mit 36 Stimmen

Frau Marianne HACKL mit 36 Stimmen und

Frau Renate HABETLER mit 36 Stimmen

gewählt.

Herr Bundesrat Günter KOVACS hat als erster Vertreter des Landes zu gelten. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich darf allen drei Bundesräten, Bundesrätin, sehr, sehr herzlich im Namen des Landtages gratulieren.

Ihre Aufgabe ist eine sehr wichtige in der 2. Kammer der Republik, dem Bundesrat. Der feiert übrigens ja heuer auch 100 Jahre Bestehen. Wir dürfen Ihnen alles Gute wünschen und nehmen Sie einfach das Burgenland mit in den Bundesrat und vertreten Sie das Burgenland dort gut.

Alles Gute, ich darf Ihnen alles Gute und viel Erfolg wünschen. *(Allgemeiner Beifall)*

**5. Punkt: Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses**

**Präsidentin Verena Dunst:** Hoher Landtag! Der 5. Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Landes-Rechnungshofausschusses.

Gemäß Artikel 75 der Landesverfassung und in Übereinstimmung mit § 78 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages besteht der Landes-Rechnungshofausschuss aus dem Obmann, dem Obmann-Stellvertreter und sieben weiteren Mitgliedern. Diese werden vom Landtag aus seiner Mitte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bedachtnahme darauf, dass dem Landes-Rechnungshofausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss, gewählt.

Der Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses wird auf Vorschlag jener an Stimmen stärksten im Landtag vertretenen Partei gewählt, der kein Mitglied in der Landesregierung zukommt. Das ist die ÖVP.

Der Obmann-Stellvertreter wird auf Vorschlag der an Stimmen zweitstärksten im Landtag vertretenen Partei gewählt, der kein Mitglied in der Landesregierung zukommt. Das ist die FPÖ.

Für die Wahl des Obmannes, des Obmann-Stellvertreters und der sieben weiteren Mitglieder gelten die Bestimmungen des Artikel 75 der Landesverfassung in Verbindung mit § 38 Absatz 3 und § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wobei für den Obmann, den Obmann-Stellvertreter sowie jedes weitere Mitglied in gleicher Weise ein Ersatzmitglied zu bestellen ist.

Der Obmann, der Obmann-Stellvertreter und die weiteren sieben Mitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses sind gewählt, wenn der Wahlvorschlag mehr als die Hälfte an Stimmen jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Bemerkt werden darf neuerlich, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt in die Wahl schreiten, seitens der Medien und seitens der Galerie, bitte hier vom Filmen und Fotografieren abzusehen.

Als Erstes erfolgt nunmehr die Wahl des Obmannes. Es liegt ein gültiger Wahlvorschlag der ÖVP vor. Dieser lautet auf Herrn Landtagsabgeordneten Patrik FAZEKAS.

Ich ersuche daher die Mitarbeiter der Landtagsdirektion die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, dass entsprechend § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages nur die Abgeordneten der ÖVP zur Stimmenabgabe aufgerufen werden. Danke.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind nunmehr verteilt. Herr Schriftführer Brandstätter Sie sind am Wort. Bitte um Verlesung der Namensliste. Die Landtagsabgeordneten der ÖVP ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

*(Über Namensaufruf durch den Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Landtagsabgeordneten Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrik, BA, Handig Gerald, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mezgolits Johannes, Rosner Georg, Mag. Steiner Thomas, Temmel Walter, Ulram Markus, DI Wagentristl Julia, BSc, Mag. Wolf Christoph, M.A. die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Dankeschön an die beiden Abgeordneten. Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden elf Stimmen abgegeben. Alle elf Stimmen sind gültig und alle elf Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag.

Damit ist Herr Landtagsabgeordneter Patrik FAZEKAS mit der erforderlichen Stimmenanzahl zum Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt. Ich gratuliere herzlich. *(Allgemeiner Beifall)*

Es folgt nun die Wahl des Obmann-Stellvertreters des Landes-Rechnungshofausschusses.

Auch hier würde ich aus Gründen der Zweckmäßigkeit vorschlagen, gleich das Ersatzmitglied mitzuwählen. Ergibt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Der von der FPÖ Landtagsfraktion eingebrachte Wahlvorschlag lautet für die Funktion des Obmann-Stellvertreters auf Herrn Landtagsabgeordneten TSCHÜRTZ und für die Funktion des Ersatzmitgliedes auf Herrn Landtagsabgeordneten MOLNÁR.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für die Wahl des Obmann-Stellvertreters und des Ersatzmitgliedes zu verteilen. Wie auch vorher sind gemäß § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages nur die Abgeordneten der FPÖ stimmberechtigt.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel)*: Bitte Frau Abgeordnete um Verlesung der Namen.

*(Über Namensaufruf durch Frau Landtagsabgeordnete DI Julia Wagentristl hinterlegen Benkö Ilse, Molnár Géza, MMag. Petschnig Alexander und Tschürtz Johann die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Dankeschön. Stimmenabgabe beendet. Bitte auszählen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden vier Stimmen abgegeben. Alle vier Stimmen sind gültig.

Damit ist Herr Landtagsabgeordneter TSCHÜRTZ zum Obmann-Stellvertreter und der Abgeordnete MOLNÁR mit vier Stimmen zum Ersatzmitglied des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt. Gratuliere beiden Funktionsträgern. *(Allgemeiner Beifall)*

Wir kommen nunmehr zur Wahl der sieben weiteren Mitglieder und der acht weiteren Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses.

Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl stehen der SPÖ fünf Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses zu.

Der ÖVP stehen unter Einrechnung des Obmannes daher ein weiteres Mitglied und zwei Ersatzmitglieder zu.

Den GRÜNEN steht ein Mitglied und ein Ersatzmitglied im Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Auch diese Wahl wird nach den Bestimmungen des § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages durchgeführt.

Von diesen vier Parteien wurden gültige Wahlvorschläge eingebracht.

Von der SPÖ wurden für die Wahl zu Mitgliedern des Landes-Rechnungshofausschusses die Landtagsabgeordneten Robert HERGOVICH, Mag. Christian DAX, Mag. Dr. Roland FÜRST, Ewald SCHNECKER und Dieter POSCH und für die Wahl zu Ersatzmitgliedern die Landtagsabgeordneten Roman KAINRATH, Mag. Kurt MACZEK, Verena DUNST, Elisabeth BÖHM und Kilian BRANDSTÄTTER vorgeschlagen.

Von der ÖVP wurde für die Wahl zum Mitglied der Landtagsabgeordnete Markus ULRAM und für die Wahl zu Ersatzmitgliedern des Landes-Rechnungshofausschusses die Landtagsabgeordneten Mag. Thomas STEINER und Gerald HANDIG vorgeschlagen.

Seitens der GRÜNEN wurde für die Wahl zum Mitglied des Landes-Rechnungshofausschuss Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang SPITZMÜLLER und für die Wahl zum Ersatzmitglied des Landes-Rechnungshofausschusses Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina PETRIK vorgeschlagen.

Die auf den Wahlvorschlägen genannten Bewerberinnen und Bewerber sind gewählt, wenn der Wahlvorschlag mehr als die Hälfte der Stimmen jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Als Erstes erfolgt die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses aufgrund des Wahlvorschlages der SPÖ. Dazu schlage ich vor, die auf den Wahlvorschlag der SPÖ genannten Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang zu wählen, wobei jedoch für alle zusammen nur ein Stimmzettel aufgelegt wird.

Dieselbe Vorgangsweise, nämlich auch immer die Ersatzmitglieder mitzuwählen, würde ich auch gerne bei den nächsten Wahlgängen anwenden. Erhebt sich dagegen ein Einwand?

Das ist nicht der Fall, dann werden wir im Sinne meines Vorschlages verfahren.

Ich ersuche nunmehr um die Verteilung der Stimmzettel.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel)***:** Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich Frau Schriftführerin DI Wagentristl ersuche die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

*(Über Namensaufruf durch Frau Schriftführerin Abgeordnete DI Julia Wagentristl BSc hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Böhm Elisabeth, Brandstätter Kilian, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Mag. Dr. Fürst Roland, Hergovich Robert Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Mag. Maczek Kurt, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Stenger Rita, BEd und Trummer Elisabeth selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank, die Stimmabgabe ist damit beendet. Ich darf nunmehr die beiden Schriftführer um die Auszählung der Stimmen bitten.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach erfolgter Stimmenzählung)***:** Meine Damen und Herren! Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 19 Stimmen abgegeben. 19 Stimmen sind gültig. Bei der durchgeführten Wahl wurden gewählt:

Zu Mitgliedern:

| | |
|---|---|
| Landtagsabgeordneter Robert HERGOVICH | mit 19 Stimmen |
| Landtagsabgeordneter Mag. Christian DAX | mit 19 Stimmen |

Landtagsabgeordneter Mag. Dr. Roland FÜRST mit 19 Stimmen

Landtagsabgeordneter Ewald SCHNECKER mit 19 Stimmen und

Landtagsabgeordneter Dieter POSCH mit 19 Stimmen

Zu Ersatzmitgliedern:

Landtagsabgeordneter Roman KAINRATH mit 19 Stimmen

Landtagsabgeordneter Mag. Kurt MACZEK mit 19 Stimmen

Landtagsabgeordnete Verena DUNST mit 19 Stimmen

Landtagsabgeordnete Elisabeth BÖHM mit 19 Stimmen sowie

Landtagsabgeordneter Kilian BRANDSTÄTTER mit 19 Stimmen

Ich darf allen sehr, sehr herzlich gratulieren.

**Präsidentin Verena Dunst***:* Ich darf weiter fortfahren mit der Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses aufgrund des Wahlvorschlages der ÖVP.

Ich darf nunmehr ersuchen, die Stimmzettel für diese Wahl an die ÖVP-Abgeordneten zu verteilen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel):* Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich den Herrn Schriftführer Brandstätter ersuche, die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

*(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Abgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrik, BA, Handig Gerald, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mezgolits Johannes, Rosner Georg, Mag. Steiner Thomas, Temmel Walter, Ulram Markus, DI Wagentristl Julia, BSc, Wolf Christoph, M.A. selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank. Damit ist die Stimmabgabe beendet, ich darf die beiden Schriftführer wieder um Auszählung der Stimmen bitten.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)***:** Meine Damen und Herren! Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 11 Stimmen abgegeben. Alle 11 Stimmen sind gültig.

Bei der durchgeführten Wahl wurden gewählt:

Zum Mitglied:

Landtagsabgeordneter Markus ULRAM mit 11 Stimmen

in den Landes-Rechnungshofausschuss als Obmann-Stellvertreter

Zu Ersatzmitgliedern:

Landtagsabgeordneter Mag. Thomas STEINER mit 11 Stimmen und

Landtagsabgeordneter Gerald HANDIG mit 11 Stimmen.

Meine Herren, ich gratuliere sehr herzlich. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Verena Dunst***:* Als Nächstes erfolgt die Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes des Landes-Rechnungshofausschusses aufgrund des Wahlvorschlages der GRÜNEN.

Ich ersuche nunmehr, die Stimmzettel zu verteilen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt, ich darf Sie bitten, Frau Abgeordnete Wagentristl, um die Verlesung der Namensliste. Die Landtagsabgeordneten der GRÜNEN ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

*(Über Namensaufruf durch die Schriftführerin Abgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc, hinterlegen die Abgeordneten Mag.a Petrik Regina und Spitzmüller Wolfgang selbst den Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst***:* Die Stimmabgabe ist beendet. Ich ersuche die beiden Schriftführer um Auszählung der Stimmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Danke an beide Schriftführer für die Auszählung.

Meine Damen und Herren! Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 2 Stimmen abgegeben. 2 Stimmen sind gültig.

Damit ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang SPITZMÜLLER mit der erforderlichen Mehrheit zum Mitglied und die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina PETRIK zum Ersatzmitglied des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt. Der Landtag gratuliert. *(Allgemeiner Beifall)*

Ja, meine Damen und Herren, damit haben wir die Wahl für den Landes-Rechnungshofausschuss erledigt.

Ich darf nur noch einmal Ihnen allen, ob als Obmann, als Obmann-Stellvertreter, allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern viel Erfolg wünschen - eine ernstzunehmende Aufgabe, sehr verantwortungsvoll und darum darf ich Sie auch bitten. Vielen herzlichen Dank.

## 6. Punkt: Wahl und Angelobung des Landeshauptmannes, der Landeshauptmann-Stellvertreterin und der übrigen Mitglieder der Landesregierung

**Präsidentin Verena Dunst***:* Nunmehr kommen wir zum 6. Punkt der Tagesordnung, er betrifft die Wahl und Angelobung des Landeshauptmannes, der Landeshauptmann-Stellvertreterin und der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Gemäß Artikel 51 der Landesverfassung besteht die Landesregierung aus dem Landeshauptmann, dem Landeshauptmann-Stellvertreter oder Stellvertreterin sowie drei weiteren Mitgliedern, die den Titel Landesrat/Landesrätin führen.

Gemäß Artikel 53 Absatz 3 und 4 Landesverfassungsgesetz wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag seitens der Landtagsabgeordneten der SPÖ eingebracht.

Der Wahlvorschlag sieht fünf Mitglieder vor, wobei für die Funktion des Landeshauptmannes Herr Mag. Hans Peter DOSKOZIL, für die Funktion der Landeshauptmann-Stellvertreterin Frau Mag.a Astrid EISENKOPF und für die Funktion der drei weiteren Mitglieder der Landesregierung Herr Christian ILLEDITS, Frau Mag.a (FH) Daniela WINKLER und Herr Mag. Heinrich DORNER vorgesehen sind.

Gemäß Artikel 53 Absatz 6 der Landesverfassung ist für die Wahl der Landesregierung die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig. Das Anwesenheitsforum ist gegeben.

Ich ersuche daher nunmehr die Stimmzettel für die Wahl des Landeshauptmannes, der Landeshauptmann-Stellvertreterin und der übrigen Mitglieder der Landesregierung zu verteilen. Zugleich mache ich darauf aufmerksam, dass bei dieser Wahl nur mit „JA“ oder „NEIN“ gestimmt werden kann, ansonsten ist der Stimmzettel ungültig. Ebenso weise ich darauf hin, dass der Stimmzettel auch bei Streichungen oder Einsetzen anderer Namen ungültig ist.

Auch hier wiederum meine Bitte an die Medienvertreter und -vertreterinnen im Saal und an unsere Gäste auf den Galerien - bitte hier während des Wahlvorganges weder zu filmen noch zu fotografieren.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel)*: Nunmehr sind alle Stimmzettel verteilt. Ich ersuche den Herrn Schriftführer Brandstätter, die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf Ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

*(Über Namensaufruf durch den Schriftführer Abgeordneten Kilian Brandstätter hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Benkö Ilse, Böhm Elisabeth, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrik, BA, Mag. Dr. Fürst Roland, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mag. Maczek Kurt, Mezoglits Johannes, Molnar Geza, Mag.a Petrik Regina, MMag. Petschnig Alexander, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Rosner Georg, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Mag. Steiner Thomas, Stenger Rita, BEd, Temmel Walter, Trummer Elisabeth, Tschürtz Johann, Ulram Markus, DI Wagentristl Julia, BSc, Wolf Christoph, M.A. und Brandstätter Kilian selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich bitte nunmehr die beiden Schriftführer um die Auszählung der Stimmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach erfolgter Stimmenauszählung)*: Danke an die beiden Abgeordneten.

Bei der soeben durchgeführten Wahl wurden 36 Stimmen abgegeben. 35 Stimmen sind gültig. Eine Stimme ist ungültig. 35 Stimmen lauten auf „JA“ und unterstützen den Wahlvorschlag.

Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter DOSKOZIL ist somit abermals zum Landeshauptmann vom Burgenland gewählt.

Frau Mag.a Astrid EISENKOPF ist zur Landeshauptmann-Stellvertreterin vom Burgenland gewählt.

Zu Mitgliedern der Burgenländischen Landesregierung sind gewählt:

Landesrat Christian ILLEDITS

Landesrätin Mag.a(FH) Daniela WINKLER und

Landesrat Mag. Heinrich DORNER

Ich ersuche nunmehr Frau Landtagsdirektorin Mag.a Dr. Elisabeth NEUHOLD und den Herrn Landesamtsdirektor Mag. Ronald REITER, Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter DOSKOZIL in den Sitzungssaal herein zu bitten.

*(Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betritt in Begleitung von Landtagsdirektorin Mag.a Dr. Elisabeth Neuhold und Landesamtsdirektor Mag. Ronald Reiter unter allgemeinen Beifall – die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen – den Sitzungssaal und bleibt vor dem Präsidium und der Regierungsbank stehen.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Burgenländische Landtag hat Sie bei der Wahl abermals zum Landeshauptmann vom Burgenland gewählt.

Meine Frage an Sie, nehmen Sie die Wahl an, Herr Landeshauptmann?

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ)**:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Landeshauptmann, ich bedanke mich. Als Präsidentin des Burgenländischen Landtages darf ich Sie natürlich im Namen aller Abgeordneten sehr, sehr herzlich zu Ihrer Wahl beglückwünschen und darf hier sicher auch die burgenländische Bevölkerung dazu nehmen.

Ich wünsche Ihnen für dieses verantwortungsvolle Amt im Interesse unseres Heimatlandes viel Kraft, viel Freude an der Arbeit und vor allem viel Erfolg bei vielen Aufgaben, die auf Sie zukommen werden, im Sinne der Bevölkerung und zum Wohle unseres Landes, die Sie zu leisten haben.

Hohes Haus! Hohe Festversammlung! Nunmehr darf ich die Angelobung des Herrn Landeshauptmannes vornehmen.

Im Artikel 54 Absatz 1 der Verfassung des Burgenlandes ist bestimmt, dass der Herr Landeshauptmann bei Antritt seines Amtes vor dem Landtag das Gelöbnis auf die Landesverfassung leistet.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, das was Sie schon getan haben, sich von den Plätzen zu erheben.

Ich darf nunmehr die Frau Landtagsdirektorin ersuchen, die Gelöbnisformel vorzulesen. Herr Landeshauptmann, ich darf Sie bitten, im Anschluss mit den Worten „Ich gelobe“ das Gelöbnis auf die Landesverfassung zu leisten. *(Landtagspräsidentin Verena Dunst begibt sich zu Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, der vor dem Präsidium und vor der Regierungsbank steht.)*

**Landtagsdirektorin Mag.a Dr. Elisabeth Neuhold: „**Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes getreu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Ich gelobe!

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Herr Landeshauptmann. Nochmals alles Gute und herzlichen Glückwunsch. *(Allgemeiner Beifall)*

Herr Landeshauptmann, Sie wurden nun auf die Landesverfassung angelobt. Ich Ihnen die Bestellungsurkunde zum Landeshauptmann überreichen. Morgen werden Sie vom Herrn Bundespräsidenten auf die Bundesverfassung angelobt. Alles Gute!

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Danke schön. *(Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil nimmt nach der Angelobung und Überreichung der Bestellungsurkunde auf der Regierungsbank Platz.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Hohe Festversammlung! Nunmehr darf ich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Astrid EISENKOPF, Herrn Landesrat Christian ILLEDITS, Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela WINKLER und Herrn Landesrat Mag. Heinrich DORNER bitten, vor das Präsidium und vor die Regierungsbank zu treten.

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid EISENKOPF, bei der soeben durchgeführten Wahl wurden Sie zur Landeshauptmann-Stellvertreterin des Burgenlandes gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie diese Wahl an?

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ)**:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich gratuliere Ihnen herzlich.

Nunmehr darf ich den Herrn Landesrat Christian ILLEDITS sehr herzlich gratulieren. Sie wurden abermals zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, Herr Landesrat, nehmen Sie diese Wahl an?

**Landesrat Christian Illedits:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsidentin Verena Dunst:** Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler, soeben wurden Sie abermals zum Mitglied der Landesregierung gewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie diese Wahl an?

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ)**:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank, ich gratuliere Ihnen herzlich.

Herr Landesrat Mag. Dorner, Sie wurden soeben zum Mitglied der Landesregierung wiedergewählt. Ich frage Sie, nehmen Sie diese Wahl an?

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank, ich darf Ihnen im Namen des Burgenländischen Landtages sehr, sehr herzlich gratulieren und wünsche Ihnen wie dem Herrn Landeshauptmann viel Erfolgt für Ihre zukünftige Arbeit.

Es folgt nun die Angelobung der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Landesverfassung leisten die übrigen Mitglieder der Landesregierung vor dem Landtag in die Hand des Landeshauptmannes das Gelöbnis auf die Landesverfassung.

Ich bitte daher den Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil vor die Regierungsbank zu treten und die Angelobung vorzunehmen und alle anderen Damen und Herren Abgeordneten darf ich bitten, dabei stehen zu bleiben.

Sie, Frau Landtagsdirektorin darf ich nunmehr ersuchen, die Gelöbnisformel zu verlesen. Danach ersuche ich Sie, verehrte Regierungsmitglieder mit den Worten „Ich gelobe“ dieses Gelöbnis in die Hand des Herrn Landeshauptmannes zu leisten. Sodann darf ich Ihnen Ihre Bestellungsurkunden übergeben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

**Landtagsdirektorin Mag.a Dr. Elisabeth Neuhold:** „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes getreu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“ *(Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf, die Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler sowie die Landesräte Mag. Heinrich Dorner und Christian Illedits leisten mit den Worten „Ich gelobe“ in die Hand des Herrn Landeshauptmannes das Gelöbnis auf die Landesverfassung. – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Hohe Festversammlung! Nach dem Herrn Landeshauptmann haben nun auch die Landeshauptmann-Stellvertreterin und die übrigen Mitglieder der Landesregierung das Gelöbnis auf die Landesverfassung abgegeben. Nunmehr dürfen wir in der Tagesordnung weitergehen.

Auf die Bundesverfassung werden die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und die übrigen Mitglieder der Landesregierung vom Landeshauptmann angelobt.

Die Angelobung des Herrn Landeshauptmannes, wie ich vorher schon gesagt habe, wird durch den Herrn Bundespräsidenten stattfinden.

Ich darf allen noch einmal gratulieren, dem Herrn Landeshauptmann, der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte. Der Hohe Landtag beglückwünscht Sie zu Ihrer Wahl und wünscht Ihnen viel, viel Erfolg und gute Zusammenarbeit.

Nunmehr, Herr Landeshauptmann, darf ich Sie um Ihre Worte bitten.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Regierungskollegen! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Angehörige, Besucher der heutigen Landtagssitzung! Ich darf mich zunächst wirklich ganz besonders bedanken. Ganz besonders bedanken, dass die Wahl der Landesregierung mit einer derartigen Zustimmung stattfinden konnte. Das ist für mich ein Zeichen, dass nicht nur unsererseits und meinerseits die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt ist, sondern, dass auch Sie daran interessiert sind, im Sinne des Burgenlandes, im Sinne eines gelebten, eines belebten, aber eines fairen und gemeinsamen Parlamentarismus hier die Geschicke des Burgenlandes vorzuschreiben.

Ich möchte aber auch an dieser Stelle einen kurzen Blick zurückwerfen. Einen kurzen Blick zurück in die vergangene Legislaturperiode und möchte hier den einen oder anderen auch nennen. Ich möchte mich auch bedanken, allen voran bei Hans Nießl, der sicherlich nicht nur in der letzten Periode, sondern auch schon davor die Basis gelegt hat, dass wir heute hier stehen können und mit einer absoluten Mehrheit hier die Geschicke des Landes auch bestimmen und miteinander gestalten können.

Ich möchte mich auch ganz besonders bedanken bei den ausgeschiedenen Abgeordneten. Hier explizit genannt Rudolf Strommer. Rudolf Strommer war sicherlich eine Persönlichkeit des Landtages. Rudolf Strommer ist eine Person, die immer den Konsens gesucht hat und das hat er auch gelebt. Bei aller politischen Diskussion die wir hatten glaube ich schon, dass es auch richtig ist, sich für seine Arbeit hier in diesem Rahmen zu bedanken.

Ich möchte mich auch bedanken stellvertretend für alle anderen Abgeordneten, bei Ingrid Salamon. Ingrid Salamon, die in der vergangenen, durchaus auch Umbruchphase der Sozialdemokratie mit dem einen oder anderen Wechsel, die Geschicke des Klubs wirklich hervorragend geleitet hat und immer wieder auch die Zusammenarbeit über die Fraktion hinaus gelebt hat.

Ich möchte aber auch ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir in der letzten Legislaturperiode, ich habe das immer wieder gesagt, eine Regierung kennen lernen durften, eine Form der Zusammenarbeit leben durften, die es zumindest für mich in dieser Art und Weise bis dato noch nie gegeben hat und das war die Koalition, das sage ich auch ganz offen, mit der Freiheitlichen Partei, die wirklich davon getragen wurde nicht zu streiten, die davon getragen war, Inhalte voranzubringen und die auch, und das hat man auch gespürt, das höchste Interesse darin sah, etwas für das Land, etwas für die Menschen voranzubringen. Auch hier ein herzliches Danke für diese Zusammenarbeit der letzten knapp fünf Jahre.

Die Situation die wir jetzt vorfinden, auch mit dieser einmaligen Situation der absoluten Mehrheit, ist sicherlich etwas Besonderes. Diese absolute Mehrheit aus meiner Sicht wurde auch deshalb erreicht, weil wir Themen angesprochen haben, die die Menschen berühren. Weil wir Lebenssituationen angesprochen haben, von denen sich die Menschen erwarten, dass sie die Politik regelt und weil wir diese Themen auch umgesetzt

haben. Das war aus meiner Sicht ein wirklich entscheidendes Momentum und sollte auch in der zukünftigen Zusammenarbeit beispielgebend sein.

Die Wahl ist aus meiner Sicht auch deshalb so entschieden worden, weil bis zu einem gewissen Grad wieder Vertrauen in die Politik gefasst wurde. Bis zu einem gewissen Grad wieder Glaubwürdigkeit etwas ganz Besonderes ist. Weil die Menschen darauf vertrauen konnten, egal wie man jetzt die Inhalte beurteilt, dass die Politik ganz einfach das umsetzt was es verspricht.

Ich möchte an dieser Stelle ganz bewusst, wenn es um die Frage des Vertrauens und um die Frage der Glaubwürdigkeit geht, auch die Diskussion der letzten Tage um die Besetzung meines Büros, die sehr intensiv geführt wurde, ansprechen.

Ich stehe nicht an, auch an dieser Stelle zu sagen, dass es jetzt, im Nachhinein betrachtet, mit Sicherheit ein politischer Fehler war, diese Entscheidung so zu treffen. Ich persönlich habe diese Entscheidung historisch getroffen. Ich persönlich, sage ich auch ganz offen, bin hier einem Denkfehler aufgesessen in der Überlegung dessen, nicht in ein Ausschreibungsverfahren zu gehen, nicht dort dann den Schein zu erwecken bei einem Ausschreibungsverfahren kommt meine Lebensgefährtin zum Zug, um eben nicht diese politische Beeinflussung irgendwo aufkommen zu lassen.

Ein politisches Büro wird besetzt - und das ist auf Bundesebene, in allen Ländern so - mit Vertrauten, mit Weggefährten. Auch ich halte das immer so und habe das so gehalten, und mit Menschen, denen ich mein Vertrauen schenke, und es ist auch gesetzeskonform, dass hier keine Ausschreibung stattfindet. Das war mein Denkfehler, dass es hier mehr bedarf als nur die Gesetze einzuhalten. Dass es hier auch mehr bedarf, dieses Vertrauen, das die Bevölkerung in eine Person, in eine politische Funktion legt, auch anders zu rechtfertigen und dass es hier darüber hinaus Maßstäbe gibt.

Ich möchte nur ersuchen und kann an dieser Stelle nur ersuchen, dass dieser Fehler auch als Zeichen gesehen wird, dass ich diesen Fehler auch ganz klipp und klar eingestehe. Dieser Fehler ist ausschließlich, und das sage ich auch an dieser Stelle, mir passiert. Ich bin auch durchaus froh und ich war immer ein Verfechter von kritischen Medien. Ich sage ganz offen auch an dieser Stelle, dass ich über die mediale Berichterstattung überhaupt nicht böse bin.

Sondern ich glaube, das ist durchaus die Aufgabe der Medien hier auch als Korrektiv aufzutreten und diesen Schritt zurück muss auch ein Politiker, muss auch jemand der mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet ist setzen, um ganz einfach dieses hohe Votum der Zustimmung, das mir hier zuteilwurde, uns zuteilwurde, auch entsprechend zu rechtfertigen. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den GRÜNEN)*

Dass was ich nicht bedacht habe, sage ich an dieser Stelle auch ganz offen, ist der Umstand, mit welcher Intensität, mit welcher Gehässigkeit, ich sage vielleicht bis zu einem gewissen Grad auch mit welchem Hass, einem hier eine Welle entgegenschlägt. Das hätte ich in dieser Art und Weise nicht bedacht. Da braucht es schon auf der anderen Seite ein gehöriges Maß an Zusammenhalt in der Organisation und ein gehöriges Maß an Zusammenstehen auch innerhalb der Familie. Da braucht es eine dicke Haut und auch dafür möchte ich mich bei meinen Angehörigen und bei meiner Familie recht herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

Jetzt gilt es aber mit dem heutigen Tag und mit der Wahl dieser Regierung auch in die Zukunft zu blicken. Wir werden nächste Woche die erste Landtagssitzung haben. Es wird in dieser Landtagssitzung eine Regierungserklärung geben. Es hat auch schon das eine oder andere Gespräch mit den Fraktionen gegeben und wir müssen - und da bin ich

fest davon überzeugt - mit dieser absoluten Mehrheit nicht nur innerhalb des Parlamentarismus dieses Hauses, sondern auch grundsätzlich nach außen hin sehr sensibel und sehr bedacht umgehen.

Daher ist mir klar, dass wir ein erhöhtes Maß an Transparenz an den Tag legen müssen wie es beispielsweise in der Vergangenheit gelebt wurde. Wir werden - das ist möglicherweise ein Novum - nicht nur im Burgenland, sondern generell, wir werden das Regierungsprogramm so gestalten, sehr detailliert, sehr umfangreich und ganz klar mit Zeithorizonten versehen, wann welche Maßnahmen beabsichtigt sind umgesetzt zu werden.

Wir werden jedes Jahr an jeden Haushalt, jetzt nicht nur das Regierungsprogramm, sondern jedes Jahr an jeden Haushalt einen Bericht übermitteln, um auch hier jedes Jahr Rechenschaft abzuliefern, was hat die Regierung gemacht, was hat sie umgesetzt, was ist möglicherweise nicht gelungen und warum ist es nicht gelungen.

Ich glaube dieses besondere Maß der Transparenz auch hin zur Bevölkerung, die uns ja in Wirklichkeit mit dieser Möglichkeit ausgestattet hat, ist ein wichtiges Momentum. Mir ist auch vollkommen bewusst und das haben die Vorgespräche mit den Fraktionen schon ergeben, dass wir uns auch öffnen müssen, wenn es darum geht, zusätzliche Kontrollrechte zu etablieren.

Wir werden auf jeden Fall zustimmen, wenn es darum geht, dass Interpellationsrecht, das Fragerecht, auch auf den großen Bereich der Holding auszuweiten. Ich sage aber auch ganz bewusst, ausgenommen jene Bereiche wo es um Unternehmungen geht, die in irgendeiner Konkurrenzsituation stehen, um hier nicht Wettbewerbsnachteile irgendwie zu kreieren.

Ich bin auch ein Verfechter dessen, ich möchte es auch an dieser Stelle sagen, wenn man in der Opposition Kontrolle ausüben will, wenn man die ernsthaft ausüben will, wenn man auch konstruktiv mit der Regierung zusammenarbeiten möchte, dann wird es auch notwendig sein, auch an dieser Stelle sei das gesagt, dass die Grüne Fraktion mit Klubstatus ausgestattet wird.

Auch hier wird es einen Vorschlag unsererseits geben. Und ich würde bitten, die anderen Parteien das zu ermöglichen, um eben die erforderliche Zweidrittelmehrheit zustande zu bringen, dass die Grüne Fraktion auch hier ordentlich, mit ordentlicher Struktur und normalen Mitteln ausgestattet, ihre Aufgabe wahrnehmen kann.

Ich bin auch sehr stolz darauf, sage ich an dieser Stelle, dass mein Regierungsteam, wie es das letzte Jahr sich gestaltet hat, wie sich jede Einzelne, jeder Einzelne sich in diese Funktion eingearbeitet hat, in dieser Art und Weise erhalten bleibt. Ich glaube das ist auch ganz wichtig, dass es auch in der Regierung in dieser Form Stabilität gibt. Und ich bedanke mich auch hier schon für die immer auch konstruktive, teilweise natürlich auch in einer Diskussion entstehende Regierungszusammenarbeit.

Mir ist vollkommen bewusst, dass dieses Maß an Möglichkeiten, die nach außen hin der Sozialdemokratie im Burgenland jetzt gegeben wurden mit diesem Wählervotum, dass das sehr sensibel ist damit umzugehen.

Man wird natürlich, und das ich auch richtig und das ist auch berechtigt so, man wird natürlich beobachtet, und alle Schritte die wir setzen werden diskutiert werden. Ich lade Sie alle ein, an diesem Prozess teilzunehmen.

Ich habe das gemerkt in den Vorgesprächen, es gibt doch die eine oder andere inhaltliche Überschneidung und ich darf hier einige vielleicht vorwegnehmen. Man hat es

in der Wahlkampfauseinandersetzung schon gesehen. Es gibt ein berechtigtes Anliegen seitens der Grünen Fraktion, seitens der ÖVP-Fraktion, den Individualverkehr, möglicherweise den öffentlichen Verkehr, in kleinen Strukturen neu zu denken. Ja, das ist der richtige Weg. Wir müssen hier den BurgenländerInnen Angebote machen und wir werden in dieser Sache auch auf Euch zukommen.

Wir haben es gesehen, dass es speziell was die Freiheitliche Partei betrifft Überlegungen gibt, auch hier Schwerpunkte zu setzen, was beispielsweise den Katastrophenschutz und die Feuerwehren betrifft. Auch hier sind schon Vorarbeiten geleistet worden und ich stehe nicht an zu sagen, dass sich die Feuerwehren unter der letztmaligen Führung der FPÖ in die richtige Richtung entwickelt haben und wir werden auch versuchen hier ein gemeinsames Paket zu schnüren.

Mir ist auch ganz wichtig, dass wir aber auch über den Tellerrand hinausblicken. Ein ganz wesentlicher Part aus meiner Sicht für die nächste Zeit werden die Gemeinden sein. Wir haben Themen vorgegeben, wir haben den Mindestlohn propagiert, wir haben die pflegenden Angehörigen und generell einen Pflegeplan auf den Tisch gelegt. Das können wir zwar umsetzen, das wird aber nur gelingen, wenn es gemeinsam Hand in Hand mit den Gemeinden geht.

Da stellen sich natürlich sehr viele Fragen. Stellen sich die Fragen der Finanzierung, stellen sich die Fragen wie gehen wir zukünftig miteinander um. Bis hin zu der Frage wie verteilen wir möglicherweise, auch das muss offen andiskutiert werden, wie verteilen wir möglicherweise Aufgaben, Spektren zwischen den Gemeinden und zwischen dem Land.

Um ganz einfach nicht zu signalisieren, wer ist machtpolitisch verantwortlich, sondern wirklich ganz klipp und klar zu sagen, wo ist eine Aufgabe am besten zu erfüllen, wo ist sie bürgernah zu erfüllen, wo macht es Sinn auf der anderen Seite Strukturen zusammenzuführen und wo macht es Sinn in kleinen Strukturen vor Ort bei den Menschen zu sein.

Ich habe auch in der Vergangenheit und in Diskussionen des letzten Jahres sehr stark vernommen und das ist kein Unikum im Burgenland, sondern das gibt es in allen Bundesländern, dass man darüber diskutiert hat, wie werden zukünftig Bedarfszuweisungen verteilt. Bedarfszuweisungen, die für die kleinen Einheiten der Gemeinden sehr wichtig sind, um Sonderprojekte einerseits umzusetzen und für die kleinsten Gemeinden an und für sich schon finanziell überlebensnotwendig sind.

Und ich bin auch bereit hier gemeinsam, in einem gemeinsamen Schulterschluss, es sind ja Bürgermeister auch unter Ihnen, hier dieses Regelwerk neu zu denken, zu überdenken, sodass immer Planungssicherheit für die Gemeinden gegeben ist, wenn es darum geht, finanzielle Mittel in weiterer Folge auch zu erhalten.

Ich glaube, wir müssen, und das ist unsere Aufgabe und deshalb bin ich auch froh und stolz, dass diese erste Landtagssitzung nicht so, wie vielleicht frühere Landtagssitzungen, in einer kontroversiellen Art und Weise geführt wurde. Sondern dass hier mit dieser Wahl, mit der Art und Weise wie diese Wahl vonstattengegangen ist, dass hier, wie ich eingangs gesagt habe, auch jetzt die Hand ausgestreckt wird.

Es wird die Hand ausgestreckt von unserer Fraktion, es wird die Hand ausgestreckt von den Regierungsmitgliedern und es wird die Hand ausgestreckt von meiner Person. Und ich werte dieses Wahlergebnis auch im Sinne dessen, dass seitens der FPÖ-Fraktion, seitens der ÖVP-Fraktion und auch seitens der GRÜNEN, dieses Interesse für

das Land Burgenland zu arbeiten, dieses Interesse die richtigen Dinge für die Menschen dieses Landes umzusetzen, gegeben ist.

Und gemeinsam aus meiner Sicht, werden wir die nächsten fünf Jahre für das Burgenland gestalten und aus meiner Sicht, auch die richtigen Maßnahmen umsetzen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch zum Schluss persönlich, das sei mir gestattet bedanken, weil ich natürlich in der jetzigen Position und in der jetzigen Situation einen Zeithorizont erreicht habe, der in der politischen, in der beruflichen Karriere für mich persönlich sicherlich ein Höhepunkt ist. All das aus meiner Sicht wäre nicht möglich gewesen, wenn ich nicht in einem geordneten Elternhaus aufgewachsen wäre. Wäre nicht möglich gewesen, wenn man keine gute Schulausbildung bekommt. Wäre nicht möglich gewesen, wenn man Schritt für Schritt auch daran arbeitet mit einer gewissen natürlichen Akribie, aber mit einer gewissen Verlässlichkeit für sein Umfeld, für sein persönliches und auch sein berufliches Umfeld da zu sein.

Das ist immer eine Wechselwirkung und ich sage das an dieser Stelle auch ganz offen und ich habe vielleicht in der Vergangenheit auch anders gedacht. Aber viele Momente, nicht nur der letzten Tage, sondern viele Momente auch davor, haben mich ganz einfach zur Überzeugung gebracht, dass es, und ich hoffe Sie denken ähnlich, dass es viel wichtigere Dinge gibt im Leben als die Politik.

Das ist die Gesundheit, Sie hören es an meiner Stimme. Das ist der familiäre Zusammenhalt und so werde ich in diesem Denken auch natürlich nicht die Politik außer Acht lassen, keine Frage, das ist ja unser Ansporn für das Burgenland zu arbeiten, aber trotzdem mit diesem Wissen und in diesem Denken diese gemeinsame Politik versuchen für das Burgenland zu gestalten.

Und ich darf mich an dieser Stelle wirklich auch explizit bei meinen Angehörigen und bei meiner Familie für ihre Unterstützung nicht nur hier und jetzt, sondern auch in den vergangenen Jahren und stetig recht herzlich bedanken. *(Allgemeiner Beifall)*

Zum Abschluss möchte ich jedem Einzelnen von Ihnen gratulieren. Sie sind die Vertreter des Burgenlandes, wie es eingangs auch die Frau Präsidentin schon ausgeführt hat. Sie sind die Vertreter der Menschen dieses Landes. Man muss mit diesen Möglichkeiten, aus meiner Sicht, die einem diese Wahl gegeben hat, sorgfältig umgehen. Wir werden damit sorgfältig umgehen. Sie werden sorgfältig damit umgehen.

In diesem Sinne möchte ich mich recht herzlich bedanken für Ihr Vertrauen. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit in diesem Haus. Ich wünsche Ihnen eine belebte Diskussion, aber ich bitte Sie um eine sachliche Zusammenarbeit im Sinne unseres Heimatlandes und im Sinne Ihrer Bevölkerung. Dankeschön. *(Allgemeiner Beifall)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Hohe Festversammlung! Eine Frage zum Landtag gerichtet: Gibt es weitere Wortmeldungen?

Das ist nicht der Fall. Dann darf ich mich für die Worte beim Herrn Landeshauptmann und auch für das aufeinander zugehen sehr, sehr herzlich bedanken.

Darf damit die Tagesordnung für heute e r l e d i g t erklären.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 27.02.2020, vorgesehen ist.

Ebenfalls darf ich ersuchen, dass ich für Donnerstag, den 20.02.2020 um 10.00 Uhr, eine erweiterte Präsidialkonferenz in meinem Büro vorgesehen habe, mit der Präsidiale bereits besprochen.

Damit darf ich diese besondere Sitzung heute für geschlossen erklären, wünsche Ihnen noch viel Erfolg in Ihrem politischen und persönlichen Leben.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

**Schluss der Sitzung: 12 Uhr 10 Minuten**

Landtag Burgenland

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
02. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 27. Februar 2020**

10.03 Uhr - 12.10 Uhr

## Tagesordnung

1. Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil;

2. Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der übrigen ständigen Ausschüsse;

3. Wahl in den Landes-Rechnungshofausschuss;

---

# Inhalt

**Landtag**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 32 u. S. 65)

**Landesregierung**
Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil (S. 34)

Debatte über die Regierungserklärung
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 43), Johann Tschürtz (S. 47), Markus
Ulram (S. 51), Robert Hergovich (S. 56)

**Ausschüsse**
Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Agrarausschusses, des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, des Petitionsausschusses, des Rechtsausschusses, des Sozialausschusses, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses (S. 58)

Wahl in den Landes-Rechnungshofausschuss (S. 63)

**Landesregierung**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 32 u. S. 65)

**Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten**

**Präsidentin Verena Dunst:** Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich begrüße Sie. Wir begrüßen gemeinsam die Regierungsmitglieder, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Herrn Landeshauptmann.

Wir begrüßen natürlich seitens des Burgenländischen Landtages sehr herzlich unsere Gäste auf den Galerien, herzlich willkommen. Der Hohe Landtag freut sich, wenn Sie großes Interesse am Verlauf unserer Sitzungen haben.

Sehr viele Gäste, die heute gekommen sind, weil es mit der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes und den ersten Debatten wieder eine ganz besondere Sitzung ist. ich freue mich auch, dass eine Klasse der Berufsschule Eisenstadt gekommen ist.

Es ist heute, meine Damen und Herren, die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages in der neuen Legislaturperiode. Nach der Konstituierung und der Wahl des Landeshauptmannes und der Landesregierung in der 1. Landtagssitzung wird heute die Regierungserklärung abgegeben. Darin wird der Herr Landeshauptmann die Schwerpunkte der Arbeit der Landesregierung für die nächsten fünf Jahre präsentieren und das Programm für die Arbeit der Landesregierung vorlegen.

Heute, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich auch jene begrüßen, die unsere heutige Sitzung via Live-Stream mitverfolgen. In dieser 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages werden auch die Mitglieder der Ausschüsse gewählt. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, Verhandlungsgegenstände, die im Landtag behandelt werden sollen, vorzubereiten.

Nach den Vorbereitungen werden die Verhandlungsgegenstände, die Anträge, dem Landtag zugewiesen. Einige von Ihnen haben sicher schon etliche Landtagssitzungen mitverfolgen können. Sie wissen, dass die Behandlung eines Antrages an den Landtag mit dem Bericht des Berichterstatters aus dem Ausschuss beginnt. Heute haben wir noch keinen Ausschussbericht, denn nach der heutigen Wahl müssen sich die Ausschüsse erst konstituieren und die heute eingebrachten Anträge behandeln.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion bedanken, denn für den reibungslosen Ablauf des Landtages, der Ausschüsse, der Geschäftsbehandlungen, der gesamten Administration braucht es Menschen wie Sie, meine Damen und Herren. Vielen herzlichen Dank.

Ich bedanke mich im Namen des Hohen Landtages für diese großartige Arbeit, denn die Landtagsdirektion ist Ansprechpartner für die Abgeordneten im Haus und steht allen stets mit Rat und Tat zur Seite.

Heute darf ich gemeinsam mit der Landtagsdirektion alle neuen Landtagsabgeordneten in die Landtagsdirektion einladen, damit Sie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennenlernen und wissen, wo wir Sie unterstützen können.

Sie haben gesehen, dass Sie, Hoher Landtag, auch einige Dinge auf Ihrem Platz vorfinden, unter anderem auch der schon vorgelegte und beschlossene Ablauf, sprich, die Termine der Ausschüsse und der Landtage für heuer, inklusive natürlich der Präsidiale.

Meine Damen und Herren! Damit darf ich jetzt offiziell die 2. Sitzung der XXII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages eröffnen.

Die Beschlussfähigkeit, Hoher Landtag, meine Damen und Herren Abgeordneten, ist gegeben.

Die Amtliche Verhandlungsschrift der 1. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

**Mitteilung des Einlaufes**

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr darf ich Herrn Schriftführer Killian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Kilian Brandstätter:** Einlauf für die 02. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 27. Februar 2020.

Folgende selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen (Zahl 22 - 1) (Beilage 1);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Durchführung einer Imagekampagne für Pflegeberufe (Zahl 22 - 2) (Beilage 2);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen (Zahl 22 - 3) (Beilage 3);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik, Christoph Wolf und MMag. Alexander Petschnig auf Fassung einer Entschließung betreffend Abhaltung von Diskussionsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler mit Politikerinnen und Politikern (Zahl 22 - 4) (Beilage 4);
5. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3 (Zahl 22 - 5) (Beilage 5);

sind eingelangt.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Herr Schriftführer. Ich darf zwei Begrüßungen noch nachholen. Wichtig für die Arbeit, dass die Menschen draußen unsere Arbeit des Landtages mitverfolgen können, sind die Medien. Ich darf Sie im Namen des Landtages sehr herzlich begrüßen. Begrüße aber auch die beiden Abgeordneten zum Bundesrat.

Ich darf nunmehr fortfahren. Meine Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet. Sie ist unverändert geblieben.

Gibt es gegen die Tagesordnung, Hoher Landtag, einen Einwand? -

Das ist nicht der Fall.

## 1. Punkt: Regierungserklärung des Landeshauptmannes Mag. Hans Peter Doskozil

**Präsidentin Verena Dunst:** Dann darf ich in die Tagesordnung eingehen und komme zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.

Gemäß Artikel 45 Absatz 1 der Burgenländischen Landesverfassung hat die Landesregierung am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben, die insbesondere die Schwerpunkte der künftigen Regierungstätigkeit zu enthalten hat.

In Entsprechung dieser Bestimmung erteile ich Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil das Wort, sehe aber, dass ich einen Abgeordneten vergessen habe zu begrüßen, der uns aber, unsere Interessen in Brüssel vertritt, freue mich den EU-Abgeordneten, den vorigen Klubobmann Mag. Christian Sagartz, BA sehr herzlich zu begrüßen, heute das erste Mal in Funktion. Wir begrüßen Sie.

Nunmehr darf ich dem Herrn Landeshauptmann das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung erteilen.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag! Geschätzte Regierungsmitglieder! Meine sehr geehrten Damen und Herren und Besucher auf der Tribüne! Es ist mit Sicherheit ein besonderer Moment - und das haben wir in den letzten Wochen auch in der Phase der Erarbeitung dieses Regierungsprogrammes, dieses Arbeitsprogrammes, durchaus auch selbst wahrgenommen -, Verantwortung in dieser Art und Weise für das Burgenland übernehmen zu dürfen. Es ist, wie schon hier klar zutage tritt, eine Alleinregierung.

Es ist eine aus meiner Sicht durchaus natürlich schöne Aufgabe, es ist eine besondere Aufgabe, für unser Heimatland tätig zu sein. Es ist aber auch eine Verantwortung, mit dieser absoluten Mehrheit entsprechend auch umzugehen, mit dieser absoluten Mehrheit und mit diesem Regierungsprogramm, das wir heute nicht nur auf den Tisch legen, sondern auch zum Gegenstand unserer zukünftigen Arbeit machen, wirklich sorgsam umzugehen und im Interesse des Landes und im Interesse unserer Bevölkerung hier zu arbeiten.

Es ist aus meiner Sicht daher das Gebot der Stunde, auch nochmals zu betonen, dass es wichtig ist, die Hand auszustrecken, dass es wichtig ist, nicht nur hier vom Rednerpult aus, sondern auch dann tatsächlich in der täglichen Arbeit, im täglichen Prozess, auch im täglichen Landtagsprozess, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Ich glaube, das ist die besondere Herausforderung, die nicht nur die Regierungspartei treffen wird, sondern die alle Fraktionen des Hauses aus meiner Sicht zu erfüllen haben. Zu erfüllen haben, im Interesse, wie schon bereits gesagt, des Landes und ganz besonders im Interesse auch der Erwartungshaltung unserer Bevölkerung.

Mir ist durchaus bewusst, und daher möchte ich dieses Kapitel und dieses Thema gleich zu Beginn ansprechen, dass dazu auch ein gewisses vertretbares Maß an Transparenz gehört. Das Thema Transparenz wurde natürlich in den vergangenen Jahren, in der vergangenen Legislaturperiode, vielfach diskutiert.

Es wurde immer so diskutiert, dass natürlich die Opposition immer mehr Transparenz forderte, egal wer jetzt in der Regierungsverantwortung war, auch in den

letzten und vorletzten Perioden und dass die Regierungsparteien hier natürlich immer einen anderen Standpunkt eingenommen haben.

Ich glaube, wir müssen mit dieser Thematik offen umgehen, und wir werden den Beweis antreten, dass wir nicht nur diese Transparenz hier leben wollen, sondern dass wir diese Transparenz auch in Richtung Bevölkerung leben wollen.

Daher haben wir ein Maßnahmenpaket geschnürt, das auch in der Fortsetzung der Tätigkeit und der Art Regierungsarbeit des letzten Jahres, der letzten Phase dieser Koalition, zu verstehen ist, wo wir Dinge auf den Tisch gelegt haben, die Sie diskutiert und umgesetzt haben. Ähnlich soll es auch jetzt so passieren. Es ist ein Regierungsprogramm, das wirklich sehr umfangreich ist. Es ist ein Regierungsprogramm mit über 180 Punkten, mit ganz konkreten Maßnahmen, mit Zeitschienen hinterlegt, wann wir was umsetzen wollen.

Es ist ein Regierungsprogramm, das natürlich so angelegt ist, und das wird man auch bei den Zeitschienen sehen, das sich sehr stark auf die ersten zwei, drei Jahre dieser Periode konzentriert. Das bedeutet natürlich umgekehrt, dass wir auch die Größe haben müssen, dieses Regierungsprogramm als fließendes Programm zu sehen.

Das heißt, das, was hier auf den Tisch gelegt wird, am heutigen Tag, bedeutet nicht, dass das bis zum Ende der Periode der Weisheit letzter Schluss ist, sondern, dass wir auch Themen, die sich im Laufe der Periode stellen, aufgreifen müssen, dass wir das Regierungsprogramm natürlich erweitern müssen und dass wir auch über Themen, die von der Opposition an uns herangetragen werden, diskutieren werden.

Das bedeutet nicht, dass dieses Programm abschließend zu sehen ist, sondern dass es ein offener Diskussionsprozess sein soll.

Für diese Arbeit ist es aus meiner Sicht einerseits ganz wichtig, und ich habe das schon mehrfach betont, dass wir der grünen Fraktion den Klubstatus zuerkennen. Auch das ist ein ganz ein wesentlicher Moment, dass Oppositionsarbeit auch von den Ressourcen her wahrgenommen werden kann. Wir haben schon mehrfach gesagt, dass wir die Fragerechte des Landtages erweitern wollen.

Das bedeutet, dass wir auch in die Holdingbereiche Einblick gewähren müssen. Das ist auch ein Gebot der Transparenz. Natürlich ausgenommen jene Bereiche, wo es Unternehmen gibt, die im ständigen Wettbewerb und in der Konkurrenz zueinander stehen und im Bereich der Privatwirtschaft diesen Wettbewerb auch leben müssen.

Das ist aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Faktor, dass auch wir, seitens der Regierung, lernen müssen, diese neuen Gegebenheiten zu leben. Aber auch die Opposition muss diese neuen Gegebenheiten aufnehmen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor und so sollten wir uns in Zukunft gegenseitig begegnen, denn dann können wir sicherstellen, dass wir gemeinsam für das Burgenland auch Entsprechendes weiterbringen und dass wir eine solide Arbeit für das Burgenland erbringen werden. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Das Regierungsprogramm, das ich heute präsentieren darf, ist ein Regierungsprogramm der gesamten Regierung. Ich darf mich auch bei meinen Regierungsmitgliedern, die in den letzten zwei Wochen sicherlich sehr intensiv hier mitgearbeitet haben, bedanken. Stellvertretend sei hier Heinrich Dorner genannt, der hinkünftig zu seinen bisherigen Ressortverantwortungen auch weitere Aufgaben übernehmen wird. Insbesondere sei das Feuerwehrwesen genannt.

Auch Astrid Eisenkopf wird neben ihrer Funktion als Landeshauptmann-Stellvertreterin eine ganz zentrale Rolle einnehmen. Hier werden die Zuständigkeiten speziell um den Gemeindebereich erweitert.

Die Zuständigkeiten von Christian Illedits, der seine angestammte Funktion als Sozialreferent auch in Zukunft innehaben wird, werden um den Bereich der Wirtschaft erweitert.

Zu guter Letzt ist in weiterer Folge der Bildungsbereich zu nennen, der bei Daniela Winkler umfassend abgebildet wird. Zukünftig werden ihre Agenden noch in weiterer Folge um den Bereich Asyl und Integration ergänzt.

Mein Bereich, der sich so wie in der letzten Regierungsperiode auf das Personal, auf die Finanzen, auf die Gesundheit, auf die Spitäler und auf die Kultur bezieht, wird um die touristischen Agenden ergänzt.

Wir haben in dieser Diskussion und in dieser Erarbeitung des Regierungsprogrammes gesehen, dass wir damit konfrontiert sind, dass sich die Regierung verkleinert hat, sodass wir jetzt fünf Regierungsmitglieder haben. Das sind die verfassungsrechtlichen Vorgaben aus der letzten Periode. Wir müssen hier, und das sage ich ganz offen, natürlich komprimierter arbeiten. Aber, wir sehen, und das möchte ich auch ganz deutlich sagen, dass es auch mit fünf Regierungsmitgliedern möglich ist, hier diese Tätigkeiten zu absolvieren.

Das bedeutet in weiterer Folge, dass wir bei allen Diskussionen, die wir in der Zukunft über verfassungsrechtliche Änderungen, beispielsweise über Klubstatus der grünen Fraktion, möglicherweise führen werden, diese Diskussion über die Anzahl der Regierungsmitglieder seitens der Sozialdemokratie nicht führen werden.

Wir wollen, dass die Anzahl der Regierungsmitglieder auch in Zukunft auf fünf beschränkt bleiben wird. Ich glaube, das ist ein klares Signal, denn es wäre ein falsches Signal, wenn wir heute in dieser Periode demonstrieren und zeigen, wie Regierungsarbeit mit fünf Mitgliedern funktionieren kann, dass wir die Regierung in Zukunft erweitern. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte jetzt ein bisschen in die inhaltliche Thematik und in das inhaltliche Programm, in diese vielen Punkte dieses Regierungsprogramms einschwenken.

Natürlich werden die großen Projekte, die wir in der letzten Periode begonnen haben, das war der Mindestlohn, das war die Pflege, das war die Biowende, das waren bildungspolitische Meilensteine, fortgeführt.

Zum Punkt Mindestlohn: Der Mindestlohn wurde sicherlich sehr intensiv diskutiert, aber der Mindestlohn ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger gesellschaftspolitischer, aber auch wirtschaftspolitischer Faktor, den es gilt, umzusetzen.

Der Mindestlohn, so, wie wir ihn in der Landesverwaltung begonnen und jetzt schon in der KRAGES umgesetzt haben, wird im Laufe dieses Jahres ausgerollt. Er wird sukzessive auf sämtliche Holdingbereiche ausgerollt. Wir werden deshalb am Ende des Jahres auch zeigen und demonstrieren können, dass es in solchen Betrieben, wie in der Kurpark AG, wie in der Sonnentherme Lutzmannsburg, also in Betrieben, die sich der Konkurrenz unterwerfen müssen, auch ohne zusätzliche Zuschüsse des Eigentümers möglich ist, diesen Mindestlohn zu realisieren. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben auch in einem anderen Bereich, in einem nächsten Schritt, klar aufgezeigt - ich darf nur daran erinnern, dass es derzeit aktuell in den Bereichen der

Pflegeberufe, wo einerseits eine 35-Stunden-Woche gefordert wird, Diskussionen gibt, wo andererseits von Streikdrohungen und so fort die Rede ist -, wir wollen einen anderen Weg gehen.

Wir werden hier mit allen Betreibern, die natürlich, und das haben wir ja schon definiert, ein gemeinnütziger Sektor sein werden, in Verhandlungen treten und ihnen das Angebot machen, auch hier den Mindestlohn umzusetzen.

Das ist aus meiner Sicht ein ganz ein wesentliches Signal, weil es nicht darum geht, und ich sage das auch ganz offen, dass man 35 Stunden arbeitet und dann von dem, was man verdient, möglicherweise nicht leben kann. Es geht, und das ist der wichtigste Ansatz für die Menschen, vielmehr darum, dass sie von dem, was sie verdienen, auch leben können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das ist unser Zugang. Diese Diskussion haben wir mit dem Mindestlohn eröffnet. 1.700 Euro netto ist unser Limit, das ist unsere Grenze, dort definieren wir menschenwürdigen Lohn, dort definieren wir jenen Bereich, dass die Menschen auch von ihrem verdienten Geld ordentlich ihr Leben im Familienkreis mit den Kindern bestreiten können.

Wir sind auch, und das haben wir gesehen, wenn man weiter auf den Bereich der Pflege blickt, durchaus bereit, und das, glaube ich, muss auch immer ein Prozess sein, die Dinge ständig zu hinterfragen.

Wir haben beispielsweise mit dem Pflegeplan und mit den pflegenden Angehörigen sicherlich etwas Neues auf den Tisch gelegt. Wir haben auf den Tisch gelegt, wie es möglich ist, auch zuhause versorgt zu werden. Das, was die Menschen wollen, nämlich, zuhause gepflegt und betreut zu werden, dass das auch realisiert ist, dass jene Personen, die die Betreuung übernehmen, auch sozialversicherungsrechtlich abgesichert werden. Aber, wir müssen uns auch dort ständig hinterfragen.

Wir haben gesehen, dass es einen Bereich gibt, vor allem im Behindertenbereich, den wir dort nicht entsprechend abgedeckt haben. Daher wird es auch hier Maßnahmen geben, auch diesen Bereich entsprechend im Sinne dessen, was wir ursprünglich damit wollten, abzudecken.

Das heißt, auch diesen Prozess und diese Diskussion werden wir führen. Wir haben gesehen, dass auch im Bereich der ganzen Biooffensive, die wir im letzten Jahr auf den Tisch gelegt haben, sehr viel diskutiert worden ist. Auch berechtigt diskutiert worden ist. Da gab es die skurrilsten Beispiele.

Dass Bio wichtig ist, das ist keine Frage. Die Menschen wollen wissen, wovon sie sich ernähren. Sie wollen sich gesund ernähren. Dass es auch genauso wichtig ist, die Regionalität in diesem Zusammenhang in den Vordergrund zu stellen bedeutet, dass wir uns Gedanken machen müssen, eine Rechtsform zu finden, sei es in Form einer Genossenschaft, sei es in Form einer anderen Rechtsform, wie wir den Endverbraucher und den Produzenten direkt miteinander verbinden.

Wie können wir es schaffen, dass heute die burgenländischen Leitbetriebe in diesem Bereich, das Land in diesem Bereich direkt beim Produzenten vor Ort bestellen können, dass es hier eine Verbindung gibt, ohne dass wir darüber diskutieren müssen, ob wir europaweit ausschreiben, oder ob wir Produkte irgendwo anders beziehen können? Das ist ein ganz wesentlicher Faktor. Hier werden wir eine rechtlich tragbare Möglichkeit auf den Tisch legen, dass wir genau dieses Ansinnen, das berechtigterweise, wie schon gesagt, gemacht wurde, auch in weiterer Folge realisieren können.

Es gibt hier auch sehr viele neue Punkte. Ganz wesentlich für mich ist auch das Thema Wirtschaft. Wenn man zurückblickt, so hat das Burgenland mit den ganzen EU-Förderprogrammen sicherlich sehr viel Geld investieren können, um Leitbetriebe anzusiedeln. Sehr viel Geld ist hier auch verwendet worden, um Start-ups und um Möglichkeiten zu schaffen, dass Betriebe ins Burgenland kommen.

Wir müssen aber aus meiner Sicht, und das wird bis zu einem gewissen Grad auch eine Adaptierung und eine Veränderung innerhalb der Wirtschaftspolitik sein, in Zukunft verstärkt auf Klein- und Mittelbetriebe zugehen. Dieses Zugehen auf Klein- und Mittelbetriebe bedeutet beispielsweise, dass wir das Instrument des Handwerker-Bonus, der speziell Klein- und Mittelbetriebe betrifft, permanent installieren wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wird ein permanentes Instrumentarium werden, dass heute burgenländische Unternehmen unterstützt, finanziell unterstützt werden, wenn sie im Burgenland Aufträge absolvieren. Wir sind bereit dazu, nach dem Modell in Wien, wo die Wirtschaftskammer die Sozialversicherungsbeiträge, die Selbstbehalte der Klein- und Mittelbetriebe übernimmt, in Kooperation mit der Wirtschaftskammer auch für diesen Bereich die Initiative zu übernehmen.

Wir sind bereit, einen Fonds einzurichten, der sich speziell um Klein- und Mittelbetriebe kümmert. Einen Fonds, wenn es hier zu einer wirtschaftlichen Schieflage kommt, keinen Risikokapitalfonds, sondern wirklich einen Sicherungsfonds für Klein- und Mittelbetriebe.

Ich glaube, dort gibt es ein umfassendes Paket, um auf diese Klein- und Mittelbetriebe, die aus meiner Sicht das Rückgrat, die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges im Burgenland sind, zugehen zu können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ein ganz wesentlicher weiterer Faktor, und das ist auch ein Thema, das in der Vergangenheit sehr intensiv diskutiert worden ist, das aktuell allgegenwärtig ist, ist die Frage, wie wir in Zukunft mit Klimapolitik umgehen. Klimapolitik ist kein Einzelthema, denn Klimapolitik ist ressortübergreifend überall vorhanden.

Hier wird es auch ganz dezidierte und konkrete klimapolitische Maßnahmen geben. Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit bewiesen, speziell mit der Ausrollung der Windenergie, welches Potential im Burgenland gelegen ist.

Es muss aus meiner Sicht jetzt der nächste Schritt passieren, und das ist die Photovoltaikoffensive. Diese Photovoltaikoffensive stelle ich mir so vor, nicht in dem Maße, dass sich jeder isoliert für sich überlegt, wo Photovoltaik passieren könnte, denn jeder hat irgendeine Idee, sondern wir brauchen im Burgenland einen gesamten Plan, auch einen Raum planungstechnische Abwicklung Eignungszonen zu definieren, wo wir hinkünftig Photovoltaik analog zur Windenergie ausrollen wollen.

Wir haben, glaube ich, bei der Windenergie bewiesen, dass es möglich ist, weil wir das gut umgesetzt haben. Deshalb wird es auch hier eine Photovoltaikoffensive geben.

Wir müssen auch ganz klar in Verbindung mit dem berechtigten Ansinnen, den lokalen, den regionalen Verkehr zu stärken, die Mobilität der Menschen sicherzustellen, auch da überlegen, wie wir es schaffen, dass diese Mobilität klimapolitisch verträglich ist.

Eine klimapolitische Verträglichkeit gibt es aus meiner Sicht nur mehr dann, wenn wir diese Mobilität mit E-Mobilität sicherstellen und diese Mobilität in einen übernächsten Schritt mit Wasserstofftechnologien sicherstellen.

Auch das wird aus der Burgenländischen Landesregierung heraus ein klarer Auftrag an unsere Unternehmungen der Landesholding sein. Es wird auch einen klaren Plan geben, wann die Burgenländische Landesregierung in all ihren Facetten in der Holding, in der Regierung, auf E-Mobilität umstellt.

Das trifft nicht nur die Bauämter, das trifft nicht nur die Unternehmungen, das trifft auch ganz klar die Regierung mit ihren Dienstfahrzeugen.

Und ich darf an dieser Stelle exemplarisch sagen, dass der Erste, der jetzt aktuell in weiterer Folge auf E-Mobilität umsteigen wird, Landesrat Dorner sein wird, weil eben so ein Fahrzeug aus dem Leasingvertrag heraus ausläuft und diese Umstellung aus meiner Sicht sofort notwendig ist. Wir müssen auch an dieser Stelle mit gutem Beispiel vorangehen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Für mich ist auch ein ganz ein wesentliches, wichtiges Thema, ein großer Themenkomplex, wie definieren wir zukünftig leistbares Wohnen? Darüber hat es sicherlich zu wenig Diskussion in der Vergangenheit gegeben, die wir politisch geführt haben, es hat aber sehr viel Feedback für mich persönlich auch aus der Bevölkerung gegeben, dass das wirklich ein berechtigtes Anliegen ist, leistbares Wohnen im Burgenland auch entsprechend darzustellen.

Ich möchte jetzt in dieser Stellungnahme sicherlich keinen Angriff auf unsere Siedlungsgenossenschaftspolitik machen. Die Siedlungsgenossenschaften im Burgenland verhalten sich, das möchte ich auch ganz klar betonen, gesetzeskonform. Es gibt ein entsprechendes Genossenschaftsgesetz dazu.

Aber ich bin der Meinung und das ist wirklich meine persönliche Meinung, dass es Fälle gibt, wo wir mit diesen Modellen, die hier gesetzlich vorgegeben sind, die aber auch bundesgesetzlich vorgegeben sind, nicht mehr vom sozialen Wohnbau sprechen können. Ich möchte das an zwei Beispielen darlegen.

Wenn heute jemand auch in einer sozialen Wohnbaugenossenschaft ausschließlich Mieter ist, ausschließlich nur Miete bezahlt, weil er sich Eigentum nicht leisten kann, dann bezahlt er ein Leben lang die Miete, kauft mit dieser lebenslangen Zahlung möglicherweise ein- bis zweimal diese Wohnung, aber am Ende des Tages gehört ihm nichts. Und die Einnahmen aus diesen Mietzahlungen fließen in die Genossenschaft.

Wenn heute sich jemand nach dieser zehnjährigen Frist, die gesetzlich vorgegeben ist, wohlgemerkt, dazu entscheidet, Wohnungseigentum zu begründen, das heißt, die Wohnung von der Genossenschaft zu übernehmen, dann bedeutet das, dass nach diesen zehn Jahren der Wert der Wohnung neu berechnet wird, am aktuellen Verkehrswert und die ganzen Indexsteigerungen, die es bis dorthin gegeben hat, ja, sogar die Verbesserungen, die er selber finanziert hat, werden für diesen Wert, oder für diese Wertberechnung der Wohnung herangezogen.

Das heißt, der Wert der Wohnung nach zehn Jahren ist ein ganz anderer, ein höherer, als die Finanzierungskosten am Beginn für die Genossenschaft waren. Und das ist aus meiner Sicht zwar gesetzlich korrekt, ich möchte das immer wieder betonen, ist aber aus meiner Sicht nicht sozialer Wohnbau.

Und da bin ich der Meinung, vielleicht auch ein bisschen provokant in meiner Art, wie ich das ausgeführt habe, aber diese Diskussion müssen wir führen, die werden wir gemeinsam führen, die werden wir auch mit den Siedlungsgenossenschaften führen.

Weil es aus meiner Sicht ganz einfach darum geht, die vorhandenen Mittel, und dort sind sehr viele öffentliche Mittel der Wohnbauförderung drinnen, so zu verwenden,

dass diejenigen, die sozialen Wohnbau beanspruchen wollen, die das notwendig haben, für die das wichtig ist, dass es günstige Mieten gibt, dass diese auch bestmöglich umgelegt werden und dass die Mieten so günstig wie möglich organisiert werden. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Es gibt eine Vielfalt von Themen, ich kann jetzt nicht auf jedes Thema eingehen, aber es ist aus meiner Sicht ein wichtiger Moment, dass wir auch ganz besonders auf die Gemeinden zugehen.

Die Gemeinden sind fast in allen Bereichen, sei es, wenn es um den Mindestlohn geht, sei es, wenn es um die Pflege geht, sei es, wenn es um die Frage geht, wie entstehen vor Ort Arbeitsplätze, wie wird vor Ort Ansiedelungspolitik gelebt, ein ganz ein zentraler wichtiger Partner.

Daher ist es aus meiner Sicht ganz wichtig, dass wir, auch wenn das oft kritisiert wurde in der Vergangenheit und es wohl sicherlich das eine oder andere negative Beispiel gibt, wo es sicherlich auch strukturnegative Beispiele in anderen Bundesländern gibt, aber es muss die Bereitschaft bestehen, und die besteht und dazu bekenne ich mich auch an dieser Stelle, dass wir das System der Bedarfszuweisungen objektiveren.

Dass wir das System der Bedarfszuweisungen klar dahingehend ausrichten, dass wir strukturschwache Gemeinden, finanzschwache Gemeinden, stärker unterstützen. Es bringt sonst nichts, weil jede Gemeinde, die in Finanzschwierigkeiten gerät, ist ein Fall für das Land. Wir müssen die Gemeinden wieder auffangen.

Und ich glaube, wir müssen vorab partnerschaftlich mit gewissen Themen umgehen, offen miteinander umgehen, und auf jeden Fall die Gemeinden als ganz wichtigen Player sehen, wenn es darum geht, das Land weiter zu gestalten und wenn es darum geht, die entsprechenden Maßnahmen auch umzusetzen.

Ich stehe auch nicht an, darüber zu diskutieren, was ja auch in der Vergangenheit immer wieder, vielleicht nicht ganz fair, aber trotzdem auf den Tisch gelegt worden ist, und ich möchte das an zwei Beispielen auch kurz erläutern.

Wenn ich heute mit dem Bürgermeister von Parndorf diskutiere, dann höre ich schon ein bisschen kritische Stimmen, wenn es darum geht, zu viel Zuzug, weil er natürlich seitens der Gemeinde die ganzen Ressourcenthemen, Kindergarten, et cetera fast nicht mehr bewältigen kann.

Ich glaube, er neigt schon fast dazu zu sagen, die Erweiterung des Betriebsgebietes will er stoppen. Er will gar nicht mehr, mehr Betriebe in Parndorf, weil natürlich alles schon sehr groß geworden ist.

Und wenn man auf der anderen Seite mit Bürgermeistern und Vertretern aus dem südlichsten Süden spricht, wo wir in den Bezirken Güssing und Jennersdorf die Herausforderung haben und der müssen wir uns auch stellen, dass es Abwanderungsregionen sind und ich glaube, da sollten wir und müssen wir entgegensteuern.

Da müssen wir entgegensteuern und uns überlegen, ob wir im Bereich der Wohnbauförderung möglicherweise ausdifferenzierter agieren, dass wir im Bereich der Wohnbauförderung möglicherweise einen Zuschlag für Abwanderungsgemeinden gewähren.

Da müssen wir möglicherweise darüber diskutieren, ob wir auch im Bereich der Wirtschaftsförderung hier anders agieren. Das ist aus meiner Sicht ein ganz ein wichtiger Faktor, weil es gibt kein Nordburgenland alleine, es gibt kein Südburgenland alleine. Wir

müssen signalisieren, dass wir natürlich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse Bedacht nehmen, dass wir aber das Burgenland in seiner Gesamtheit im Fokus haben. Aus meiner Sicht ein ganz ein wesentlicher Faktor. *(Beifall bei der SPÖ)*

Mir ist durchaus bewusst, dass jetzt viele sagen werden, auch in der Replik auf die Präsentation dieses Arbeitsprogrammes, naja, das haben wir als Erster gefordert, das haben wir schon lange gefordert, das war unsere politische Linie, jetzt machen sie es.

Und ich sagen Ihnen, es geht nicht darum, wer irgendwann etwas gesagt hat, es geht nicht darum, wer irgendwann welche Position vertreten hat, sondern hier und jetzt geht es darum, dass wir mit diesem Regierungsprogramm und mit diesen Maßnahmen, die wir vorschlagen werden, diese diskutieren werden.

Da geht es nicht darum, dass das jetzt so, wie es da steht Punkt für Beistrich umgesetzt werden soll, sondern das ist der Diskurs, den wir gemeinsam führen werden. Ich glaube, das ist auch Zeichen dessen, dass wir fair miteinander umgehen in Zukunft.

Ich möchte, vielleicht untypisch für dieses Regierungsprogramm, auch klar zum Ausdruck bringen, dass wir mit Sicherheit auch natürlich gesellschaftspolitische Themen ansprechen, dass wir natürlich ein klares Bekenntnis zu Europa abgeben.

Das ist auch in der Rolle des Burgenlandes, trotz verschiedenster Diskussionen, die in der Vergangenheit geführt wurden, trotz schwieriger Situationen in der Migrationsthematik, trotzdem ist Europa, die daraus resultierenden Förderungen, die daraus resultierenden und wahrgenommen Chancen, die sich für das Burgenland geboten haben, ein wesentlicher Aspekt, dass das Burgenland heute in dieser Art und Weise wie wir es kennen, so, wie wir es tagtäglich wahrnehmen, so, wie wir im Burgenland leben können, ganz, ganz wesentlich.

Wir werden zu gesellschaftspolitischen Fragen auch dahingehend Stellung nehmen. Die Rolle der Frau ist ganz klar zu definieren. Ich persönlich bin nicht so sehr und hänge nicht zu sehr immer an dieser dogmatischen, auch von der Sozialdemokratie dogmatischen Vorgabe, hier Quotenregelungen zu treffen.

Sondern, ich glaube, wir haben im Burgenland bewiesen, dass man, wenn man Frauen fördert, wenn man Frauen die Chancen gibt und das beginnt schon beim Bildungssystem, bis hin zu den Chancen, die wahrgenommen werden können, dass wir mit diesem Thema schon einen Schritt weiter sind, dass wir fair mit dieser Dogmatik umgehen.

Das zeigt, glaube ich, auch die Führungsstruktur der burgenländischen Landesverwaltung. Das zeigt, dass es nicht mehr notwendig ist, und ich glaube, davon sollten wir uns auch einmal befreien, dass es nicht mehr notwendig ist, die Frau in ein Quotenkorsett zu zwängen, sondern die Frau ganz klar selbstbewusst in den Vordergrund zu stellen.

Die Qualifikationen in den Vordergrund zu stellen und ganz klar auch zu dokumentieren, dass Frauen in Führungsverantwortungen deshalb in Führungsverantwortungen sind, weil sie qualifiziert sind, weil sie das Können haben und nicht, weil sie irgendeine Quote erfüllen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben mit diesem Regierungsprogramm, und das wird vielleicht sehr untypisch für ein Regierungsprogramm sein, durchaus mit sozialdemokratischer Handschrift natürlich, auch ein klares Bekenntnis abgegeben zu unseren Werten.

Und ein klares Bekenntnis, ich sage das auch ganz bewusst, obwohl es diese Diskussion im Burgenland nicht gibt, aber trotzdem ein ganz klares Bekenntnis

abgegeben zum Kreuz im öffentlichen Raum. Ich bin der Meinung, dass wir in einer Gesellschaft leben, die traditionell geprägt ist, wir schöpfen aus dieser Tradition.

Man kann heute Zwischenmenschliches, man kann heute Verhalten in der Gesellschaft, das kann man alles gesetzlich regeln. Diese Regeln gibt es gesetzlich, man kann sich aber aus meiner Sicht für eine funktionierende Gesellschaft nicht auf diese gesetzlichen Regeln zurückziehen, sondern da gibt es noch etwas darüber hinaus.

Und das Darüber hinaus ist die Frage, wie gehen wir miteinander um? Da ist die Frage, wie begegnen wir uns im täglichen Leben? Und da schöpfen wir aus unseren Traditionen, aus unseren Werten und da müssen wir uns auch dazu bekennen.

Daher auch dieses offene Wort, dass wir eine christlich geprägte Kultur haben. Dass wir ein christlich geprägtes Land sind, dass wir aus diesen Werten heraus, auch begleitend mit allen vielen anderen Maßnahmen, heute so leben können wie wir leben. Und daher wird es in Zukunft über diese Thematik, ob ein Kreuz in einem Spital hängt, oder ob ein Kreuz in einer Schule hängt, keine Diskussion geben, sondern das Kreuz wird dort hängen bleiben. *(Beifall bei der SPÖ und des Abg. Géza Molnár)*

In Summe sind das, wie gesagt, ich glaube, 184 Maßnahmen, die wir vorschlagen, die sich sehr, wie schon gesagt, auf diese ersten, zwei, drei Jahre der Regierungsarbeit konzentrieren. Es sind auch sehr viele Maßnahmen drinnen, wo wir uns noch hinterfragen, wo wir Gesetze nochmal diskutieren wollen.

Das Jagdgesetz beispielsweise, wo wir komplett neue Wege gehen, um auch ganz kleine Details auch zu nennen.

Aufforstungsprämien, wo wir möglicherweise auch, auch für Klimapolitik ganz wichtig, dass wir Entsiegelungsprämien, also Rückführungen von Flächen, die versiegelt sind, wieder in den ursprünglichen Bestand, dass wir auch dort Prämienanreize schaffen.

Also es gibt wirklich Detailmaßnahmen, die wir definiert haben, und wie gesagt, aus meiner Sicht ist es wichtig zu dokumentieren, nicht nur aus Sicht der Regierung, sondern aus Sicht der Opposition, dieses Regierungsprogramm ernst zu nehmen, die Einladung über die einzelnen Themen zu diskutieren, auch aufzugreifen, mitzuarbeiten und mitzugestalten.

Wir von der Sozialdemokratie, wir wollen nicht darüberfahren, ich sage das ganz offen. Es wird dieses Bild gezeichnet werden, das ist mir klar. Das ist auch der politische Alltag, aber es gibt ein klares Bekenntnis dazu. Die Dinge, die wir am Tisch legen, die Dinge, die für die Menschen wichtig sind in diesem Land, die sie von uns erwarten, die Art und Weise, wie wir Politik in Zukunft gestalten wollen, dass wir das gemeinsam machen. Diese Einladung gilt bei aller politischen Diskussion.

Es ist aber ein persönliches Anliegen von mir und ist aus meiner Sicht ein ganz ein wesentlicher Faktor, gehen wir fair miteinander um. Gehen wir in der Diskussion fair miteinander um, ich habe das schon mehrfach gesagt.

Wenn man heute damit konfrontiert ist, dass Politiker, dass medial Dinge erzählt werden, die schlichtweg falsch sind, die nicht stimmen, ist es einerseits ein schlechtes Bild nach außen, wenn darum gestritten wird und andererseits wird die Bevölkerung verunsichert und diese Beispiele hat es in der Vergangenheit gegeben.

Ich scheue nicht, und das ist, glaube ich, gelebte Politik, die inhaltliche Diskussion. Natürlich sind alle hier anwesenden Parteien keine Einheitspartei. Es hat jede Partei unterschiedliche Ansichten, unterschiedliche Zugänge zu den einzelnen Themen.

Diskutieren wir das sachlich aus. Diskutieren wir das auf diese Art und Weise aus, dass die Bevölkerung auch ein vernünftiges Bild bekommt.

Auf der einen Seite, dass wir im Burgenland Politiker haben, die fair und ordentlich miteinander umgehen. Und auf der anderen Seite, dass die Menschen auch wissen, wofür stehen diese Politiker.

Ich glaube, das ist ein Auftrag, den wir bekommen haben, nicht nur durch diese Wahl, sondern das ist ein Auftrag aus der Bevölkerung heraus, den wir bekommen haben als Politiker. Und ich lade Sie ein, für das Burgenland, für die Interessen des Burgenlandes, für die Interessen der Menschen, diesen Weg auch gemeinsam mit uns zu gehen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Herr Landeshauptmann. Danke Herr Landeshauptmann. *(Zwei Mitarbeiter der Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit verteilen USB-Sticks.)*

Ich darf nur anmerken, dass Sie vielleicht schon gesehen haben, dass hier USB-Sticks ausgeteilt werden, damit alle hier im Hohen Hause jederzeit über die Regierungserklärung verfügen können.

Wir kommen zur Debatte über die Regierungserklärung. Als erste Rednerin in der Debatte über die Regierungserklärung erteile ich nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Ich möchte nur noch hinweisen, dass wir in der Präsidialkonferenz eine freiwillige Redezeitbeschränkung von 15 Minuten pro Wortmeldung vereinbart haben.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Landesregierung! Liebe Zuseherinnen, Zuseher, Zuhörerinnen, Zuhörer! Willkommen in der neuen Legislaturperiode!

Es wird spannend werden, weil wir die Konstellation dieser Regierung noch nicht erlebt haben, das kennen wir so noch nicht im Burgenland. Was man bislang so mitbekommen hat, und das wurde ja jetzt auch vom Herrn Landeshauptmann noch einmal explizit erwähnt, ist das Bedürfnis da und auch der Wille da, hier einen neuen Stil zu prägen der für das Burgenland auch sehr neu sein könnte.

Ob diese Veränderung langfristig gut tut oder nicht, das wird sich aus heutiger Sicht noch nicht bewerten lassen, weil da müssen wir eben erst schauen, wie es dann auch wirklich umgesetzt wird und wie es sich auch über die Jahre hinweg entwickelt.

Aber ich sehe, da gibt es einen guten neuen Wind, einen guten neuen Stil und es ist gut, dass sich das in diese Richtung verändert. Der Stil, der Tonfall in der öffentlichen Auseinandersetzung hat vielen nicht mehr gefallen. Nicht nur in den letzten Jahren, sondern auch viele Jahre davor.

Und die spannende Frage ist, wird es jetzt anders gehen? Wir werden sehen. Werden wir es schaffen in einer anderen Weise miteinander umzugehen, mit allen Herausforderungen, die es in sich birgt, weil wir hier verschiedene Rollen haben in diesem Landtag und in diesem Land und wir in diesen Rollen deswegen auch unterschiedlich agieren müssen. Das ist uns per Aufgabe und Funktion so aufgetragen, aber dazu werde ich später noch genauer etwas sagen.

Die Frage ist aber auch, und da richte ich mich auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, was wird medial vermittelt? Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich

angefangen habe vor nicht ganz zehn Jahren bei den GRÜNEN. Ich habe die ersten Pressekonferenzen vorbereitet. Die waren gut durchdacht, differenziert, lang recherchiert, wir haben gute Konzepte hingelegt. - Es hat sich niemand dafür interessiert.

Wie ich dann das erste Mal zu einer Pressekonferenz eingeladen habe mit der Überschrift „Petrik attackiert Nießl“ war der Saal das erste Mal voll. Und was ich daraus gelernt habe? Es kommt in der medialen Weiterleitung dessen was wir politisch diskutieren, leider oft nicht darauf an wie der Inhalt ist. Und gerade ist es weniger interessant, wenn wir sehr respektvoll miteinander umgehen, sondern der Kampf wird halt auch gerne gesehen und das bringt halt mehr Schlagzeilen.

Also insofern möchte ich mich hier auch anschließen und sagen ja, wenn wir da versuchen hier politisch auch anders miteinander anzugehen, dann hoffe ich auch, dass wir auch medial hier in diesem Anderssein auch so wahrgenommen werden.

Seitens der GRÜNEN kann ich sagen, ja, wir setzen auf Kooperation, aber natürlich auch auf Kontrolle. Das ist unsere Aufgabe als Oppositionspartei. Es wäre ja völlig unsinnig zu sagen, als Oppositionspartei geben wir jetzt alles auf, was unsere demokratische Aufgabe ist. Und das ist aber auch genau die große Herausforderung der nächsten Jahre zwischen der Regierung und der Opposition.

Das auszuhalten, diese Ambivalenz auszuhalten, dass wir auf der einen Seite einzelne Projekte haben, wo wir zusammenarbeiten und auf der anderen Seite aber auch, man muss es so sagen, knallharte Oppositionsarbeit machen werden.

Weil natürlich ist es auch unsere Aufgabe, hier kritisch Fragen zu stellen, Rückfragen zu stellen und auch zu fragen, ob alles in der Transparenz so läuft wie das angekündigt ist und wie wir uns das auch vorstellen und wie das auch für die Bevölkerung gut geht.

Wir haben heute, manchen ist es vielleicht schon aufgefallen bei der Verlesung des Einlaufs mit unserer Kooperation schon angefangen. Während wir gearbeitet haben, gab es sogar Medien die gemeint haben, wir sind noch im Ruhezustand, aber heute haben sie gesehen, wir haben schon viel auf den Tisch gelegt.

Wir haben versucht mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen in Kontakt zu treten und miteinander hier Anträge einzubringen. Und wer sehr genau und aufmerksam zugehört hat, hat gesehen, das ist auch in sehr unterschiedlichen Konstellationen der Fall. Und das finde ich gut und das wird hier eine lebendige Auseinandersetzung werden.

Konkret haben wir seitens der GRÜNEN mit der Landesregierung auch schon zwei rot-grüne Projekte einmal so angedacht. Ob die im Regierungsprogramm stehen oder nicht, weiß ich nicht, wir haben es ja leider erst heute bekommen. Deswegen kann ich auch nicht heute von dieser Stelle aus, noch nicht sehr differenziert auf das Regierungsprogramm eingehen, weil ich es ja noch nicht wirklich im Wortlaut kenne.

Aber von unserer Seite her freut es mich sehr, dass wir hier also zum einen mit dem Landesrat Dorner bereits ein Projekt über den Ausbau des Alltagsradverkehrs angedacht haben und mit der Landesrätin Eisenkopf über den Lückenschluss im Artenschutz, wo Schutzgebiete miteinander verbunden werden.

Und ja und wir haben sozusagen sehr viel Leidenschaft und Ambition, hier das auch mit ihnen gemeinsam durchzusehen. Ob es im Regierungsprogramm steht, das werde ich mir nachher auf dem Stick anschauen, da bin ich schon neugierig.

Und wir sehen jetzt auch, wo auch die Gefahr da ist. So sehr ich diese Kooperation schätze, müssen wir auch darauf schauen, gerade in der Opposition, und ich sage das jetzt gerade auch seitens einer kleinen Oppositionspartei, dass wir nicht in Kooperation zu Tode umarmt werden. Weil natürlich, und das kennen wir auch, aus unserer Erfahrung als GRÜNE, das kennen Sie vielleicht jetzt aus Ihren größeren Erfahrungen, der größeren Parteien, nicht so gut.

Wir haben sehr viel in Gemeinden, in Landtagen, auch schon im Bund gearbeitet, vorgearbeitet. Weil wenn man eine Forderung stellt, stellt man meistens nicht nur eine Forderung, zumindest nicht bei uns, sondern arbeitet dazu viel und verhandelt und diskutiert und schafft auch sozusagen öffentliche Meinung dazu. Und dann, wenn etwas umgesetzt wird, gehen die Gutpunkte auf die Person und die Regierung, die es umsetzt. Das ist ja klar.

Und ich bitte auch um Verständnis, dass wir hier als Opposition sehr genau darauf schauen müssen, dass wir uns nicht zu sehr auch vereinnahmen lassen, sondern auch hier unsere Linien ziehen und auch schon einmal deutlich sagen, Herr Landeshauptmann, wo Vorarbeiten geleistet wurden.

Und man darf sich auch freuen, wenn etwas, wofür man jahrelang gekämpft hat, jetzt in einem Regierungsprogramm zu finden ist. Das ist ja schön.

Sie haben einiges aufgezählt hier, ich habe da versucht mitzuschreiben. Ja, also wenn Sie zum Beispiel wieder die Umstellung auf Bioversorgung hier angesprochen haben, ja auch da haben wir schon viele Vorarbeiten geleistet. Wir freuen uns sehr, dass das hier weitergeführt wird. In Ausschreibungstexten Ökokriterien hineinzunehmen wird möglich sein. Da ist wirklich vieles in diese Richtung möglich, wie Sie wollen.

Was Sie zum Wohnbau gesagt haben, zu den Genossenschaftsbauten, etwas was wir auch seit einigen Jahren immer wieder anmerken, freut mich sehr, dass hier etwas weitergeht. Man darf sich also schon freuen, wenn sich etwas verändert in der politischen Landschaft, auch wenn man aus der Position der Kleineren heraus, immer wieder etwas zur Sprache gebracht hat.

Gerade auch in der Klimapolitik geht hier einiges weiter. Und wir haben ja heute auch schon, Sie haben es gehört, auch von unserer Seite einen Antrag eingebracht zu einer Photovoltaikoffensive. Wir wissen ja auch, dass da seitens der Bundesregierung im Bereich der erneuerbaren Energien hier einige Unterstützung kommen wird.

Auch was Sie gesagt haben zur klimapolitischen Verträglichkeit des Verkehrs. Also ein Verkehr, der klimaverträglich ist, wenn wir das immer vor Augen haben, ja, dann sind manche Entscheidungen fast auf der Hand.

Wenn ich denke, ich freue mich sehr, dass wir heute auch hier gemeinsam diesen Antrag auf „Stopp der Verlängerung der A3“ einbringen konnten. Das ist schon ein wesentlicher Schritt, wirklich ein Meilenstein aus meiner Sicht, weil, da haben wir noch vor zwei, vor fünf, vor zehn Jahren ganz anders diskutiert.

Aber schauen wir auch in die Zukunft, eine S4 wird jetzt auch schon wieder weitergebaut. Wenn wir das ernst nehmen mit der Klimaverträglichkeit des Verkehrs, dann ist es ganz einfach. Wir wollen dort einen Sicherheitsausbau, die Sicherheit soll erhöht werden, das Tempo nicht. Und damit wäre eigentlich schon vieles klar und die Anwohner und Anrainerinnen wären sehr erleichtert. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Ich freue mich auch sehr, dass in der Landesregierung bereits ein Landesregierungsmitglied auch auf e-Mobilität umsteigt mit dem Dienstwagen. Da haben

unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung einige Minister und Ministerinnen ja auch schon ihre Erfahrung.

Ich habe auch einen Kollegen, der steigt nur mehr in e-Autos ein. Das wird eine Herausforderung. Wir haben sie bis jetzt noch alle hingekriegt, ich bin sicher sie kriegen das auch hin. Ja, also, wir haben hier auf der einen Seite den guten Ansatz der Kooperation, der Breitenkooperation.

Auf eine Sache möchte ich hinweisen, was ich etwas differenzierter sehe, nämlich die Fragen, wie kommt der Landtag zu seinen eigenen Regeln? Ich glaube, da müssen wir schon gut aufpassen. Da freue ich mich sehr über die große Unterstützung seitens des Landeshauptmannes und seitens der Landesregierung.

Aber es ist schon noch der Landtag, der selber sich seine Regeln gibt und es ist der Landtag der die Beschlüsse fasst, die die Landesregierung dann umsetzt. Dass wir das im Vorfeld verhandeln ist klar, aber es ist nicht die Landesregierung, die hier die Regeln für den Landtag erstellt. Mir ist das auch wichtig, gerade wenn wir unsere demokratischen Rollen und Funktionen hier sehr ernst nehmen.

Ja, wo wir auch als Opposition sicher genau hinschauen werden ist, wie werden die Ankündigungen umgesetzt? Wie schaut etwa dieser jährliche Rechenschaftsbericht der Regierung aus? Wird das ein Imageblatt und ein Instrument der Selbstdarstellung der Regierung, dass dann in jeden Haushalt flattert mit hübschen Bildern oder wird es in der Tat eine kritische Darstellung dessen was geschafft wurde, oder was eben auch nicht geschafft wurde? Oder auch, wo man Meinungen verändert hat, oder wo man etwas in eine andere Richtung verhandelt hat oder nachgebessert wurde?

Wir können uns auch im Landtag fragen, ob so ein Rechenschaftsbericht des Landtages und seiner Fraktionen nicht auch einmal eine reizvolle Aufgabe wäre, miteinander zu erstellen und an die Haushalte zu verschicken? Das wäre einmal eine interessante Aufgabe, wenngleich wir natürlich als Landtag nicht über die finanziellen Mittel verfügen über die eine Regierung verfügt.

Wir haben gehört, das Regierungsprogramm ist jetzt einmal in Planung für etwa zwei Jahre. Ich finde es sehr gut, dass, wie es da genau ausschaut weiß ich ja noch nicht, aber dass es so sein soll, dass hier sehr konkrete Zielvorgaben und Zeitvorgaben drinnen stehen.

Damit macht sich die Regierung auch selber besser überprüfbar. Das ist natürlich sozusagen auch etwas was nicht nur eine bessere Planungssicherheit verspricht, sondern auch eine bessere Kontrollmöglichkeit.

Was wir uns dann auch fragen werden, ist dann auch die nötige Weitsicht da drinnen, oder wird nur auf die nächsten zwei Jahre geschaut? Das werden wir uns anschauen.

Wir haben gehört, das Programm wird fließend verändert. In welche Richtung? Wird es weg gehen vom Ziel? Bleibt es bei den Überschriften? Wird was umgesetzt und dann doch wieder anders? Das wissen wir noch nicht.

Ich werde sehr genau schauen was drinnen steht zu einigen Stichworten, die hier gar nicht vorgekommen sind, wie die Schulsozialarbeit die angekündigte, wie der Bibliotheksentwicklungsplan, wie die Neuaufstellung der Integrationsarbeit, die auch dringend nötig ist.

Oder wie Fragen der Armut und der Wohnungslosigkeit im Burgenland. Da bin ich neugierig, ob es diesmal drinnen steht. Vor fünf Jahren habe ich auf diesbezügliche Lücken ja auch schon hingewiesen.

Es wird Sie nicht verwundern, dass es mich ein bisschen reißt, wenn hier angekündigt wird im Regierungsprogramm soll die Rolle der Frau definiert werden. Ich weiß jetzt nicht genau, wie Sie es gemeint haben, aber die Landesrätin Eisenkopf wird uns sicher dann einmal das näher erläutern,

Wenn Sie von Quotenkorsett reden, bin ich auch neugierig, wie die SPÖ-Frauen das dann kommentieren werden. Also es sind hier einige Sachen da bin ich mir nicht sicher, wie sehr die Schlagworte dann auch gleich die Inhalte hier mit transportieren oder ob es jetzt manche flapsigen Ausdrücke gibt oder Überschriften gibt, die dann doch in einer Ausführung etwas relativiert werden.

Auf jeden Fall freue ich mich auf diesbezügliche Diskussionen. Der Internationale Frauentag am 8. März steht ja wieder kurz bevor. Wo ich mich auch frage, ich bin mir nicht ganz sicher wie Sie das meinen, so wie Sie es ausgeführt haben, wenn Sie hier Ihr Plädoyer für das Kreuz im öffentlichen Raum abgegeben haben. Sprechen Sie tatsächlich nur vom Symbol einer Konfession, einer Religion, oder geht es eigentlich um die religiösen Symbole im öffentlichen Raum und um den Diskurs über Religionen und Konfessionen im öffentlichen Raum? Weil so ein Religionskulturkampf will ich doch nicht, dass sich das Burgenland hier hergibt.

Ich weiß es nicht wie es gemeint ist. Wir werden es in den folgenden Wochen und Monaten in den Debatten sehen. Also, von unserer Seite, wir schätzen das Angebot der Kooperation seitens der Landesregierung im Allgemeinen und seitens des Landeshauptmannes im Besonderen sehr.

Es ist deutlich, dass Sie alles in Ihren demokratischen Möglichkeiten tun wollen, um uns auch als kleinere Fraktion das Arbeiten als Klub zu ermöglichen. Dankeschön dafür. Aber es wird natürlich auch für die Regierung eine Herausforderung. Weil das ist nicht so leicht, in einem Punkt zusammen zu arbeiten und aufzustehen und sich im nächsten Punkt vielleicht ganz hart kritisieren lassen zu müssen.

Und das auch auszuhalten und jeweils sozusagen in jener Schiene gerade zu arbeiten, die jetzt gerade ansteht und es nicht persönlich zu nehmen, sondern politisch zu nehmen, nämlich das ist hier unsere Aufgabe. Es wird also persönlich manchmal eine Herausforderung werden. Viele von uns, die schon länger in der Politik sind, kennen das. Man ist manches Mal sehr zerrissen zwischen dem wo es persönliche Nähe und Distanz oder sachliche Nähe und Distanz gibt und dann wirklich genau festzulegen und festzustellen, wo ist jetzt hier meine Rolle und wo ist hier meine Funktion und was bin ich als Mensch. Das muss in einen Einklang kommen und darf nicht im Widerspruch stehen, auch wenn es manchmal nach außen einfach Unterschiedliches erfordert.

Die Bevölkerung wird uns daran messen, ob jeder und jede in der eigenen Rolle gut ist. Ob wir es schaffen, in diesen verschiedenen Rollen und Funktionen klar aber respektvoll miteinander umzugehen. Wir, seitens der GRÜNEN sind dazu bereit. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Johann Tschürtz. Bitte.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordneten! 2015 gab es eine Landtagswahl, wo wir Freiheitlichen

mit dem Slogan „Heimvorteil für unser Burgenland“ in die Wahl gezogen sind als soziale Heimatpartei. Dieser Slogan hat sich bewährt.

Das heißt, wir haben damals sechs Prozent dazu gewonnen, sind dann in die Landesregierung gekommen und haben versucht, natürlich auch in der Landesregierung diese soziale Komponente hervor zu streichen und natürlich auch mitzuwirken, damit der Heimvorteil für das Burgenland auch erkennbar ist.

Es hat jetzt diese Wahl gegeben. Der große Koalitionspartner hat die Ernte eingefahren. Wir haben halt nicht so stark geerntet, aber trotzdem bleibt die Freiheitliche Partei die soziale Heimatpartei.

Es war ein persönliches Zusammenarbeiten, wo es keine Untergriffe gegeben hat. Wir haben versucht, gemeinsam für unser Burgenland das Bestmöglichste weiter zu bringen. Die Bevölkerung hat sich in der Regierung auf uns verlassen können und jetzt wird sich die Bevölkerung auch auf uns verlassen können in der Opposition. Wir werden hart und konsequent den Heimvorteil für unsere Burgenländer herausarbeiten und unermüdlich für entsprechende Umsetzungen kämpfen. Kantig, stilvoll, aber ohne persönliche Untergriffe. Das war das, was mich immer sehr gestört hat, als von dieser Liste eigentlich nur Schimpftiraden hier am Rednerpult zu hören waren und das jede Landtagssitzung und immer zum gleichen Thema, immer die gleichen Schimpftiraden.

Ich glaube, dass der Landtag sich das verdient hat, dass man nicht schimpft, sondern dass man kantig und stilvoll miteinander umgeht. Man kann durchaus etwas negativ bewerten oder positiv bewerten. Das muss die Demokratie aushalten.

Im Bereich der Sicherheit haben wir enorm viel bewegt. Von der Asylobergrenze, wo man das gar nicht geglaubt hat, dass man das überhaupt in einem Land umsetzen kann, bis hin zur Grenzsicherung, der Modernisierung der Feuerwehr, der Modernisierung der Einsatzorganisationen, das eigene Sicherheitsressort, das eingeführt wurde. Da ist einiges weitergegangen.

Leider Gottes wird dieses Sicherheitsressort jetzt zerstückelt. Das heißt, es wird in jedem Bereich, bei jedem Landesrat oder bei jeder Landesrätin ein Teil angesiedelt und somit gibt es dieses Sicherheitsressort mit allen Blaulichtorganisationen die es gegeben hat, nicht mehr. Wir haben damals mit dem Innenministerium eine Koordination und Zusammenarbeit mit dem neuen Projektsicherheitspartner damals schon schriftlich festgelegt. Wo hätte dieses Projekt hingehen sollen oder wie war es geplant?

Ein Ausbau der Sicherheitspartner neu als soziale Sicherheitspartner war geplant. Das heißt, durch die Steigerung der sozialen Komponente plus der Möglichkeit, nebenberuflich für Pensionisten, ähnlich wie das Sicherheitsmodell „Sicherheitswacht“ in Bayern, hätten wir oder wollten wir diese Sicherheitspartner, diese sozialen Sicherheitspartner, so ausbauen, dass auch jeder Burgenländer Zugriff hat, jeder Burgenländer, jede Burgenländerin, den sozialen Bereich auch in Anspruch nehmen kann.

Da hätte es natürlich eine Zusammenarbeit geben müssen mit den Fachhochschulen und so weiter und so fort, wo man gesagt hätte, wo soll das hingehen? Wo hat die Bevölkerung den meisten Mehrwert? Es wären zirka 40 oder 50 Arbeitsplätze pro Bezirk entstanden. Das wird es natürlich auch nicht mehr geben.

Da hat man damals auch diese Kosten bekrittelt. Das heißt, diese Kosten, die angefallen sind für diejenigen, die sozusagen Langzeitarbeitslose waren und dann in den Sicherheitspartner inkludiert wurden, das hat genauso viel ausgemacht als sie damals beim AMS verdient hätten.

Wir werden als soziale Heimatpartei nicht nur den Bereich "Sicherheit, Tourismus und Wirtschaft", wo der damalige Landesrat Alexander Petschnig zuständig war, sondern vor allem auch den sozialen Heimvorteil, und das habe ich schon erwähnt, für unsere Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Landeshauptmann Doskozil hat jetzt einige Dinge angesprochen.

Er hat auch gesagt, wahrscheinlich werden einige jetzt sagen, das haben wir auch vorgehabt, aber ich habe am Montag schon eine Pressekonferenz abgehalten mit dem Programm, wo wir zukünftig den Heimvorteil für unser Burgenland herausarbeiten wollen.

Die Eckpunkte unseres zukünftigen Programmes aus freiheitlicher Sicht waren auf jeden Fall einmal an erster Stelle ein Mietsenkungsprogramm. Das war definitiv, wurde auch von mir so präsentiert schon am Montag, weil wir natürlich der Meinung sind, und das ist definitiv so, dass die vielen Rücklagen in den Genossenschaften, es gibt ja nicht nur eine Rücklage, sondern in den Genossenschaften gibt es ja mehr Rücklagenvarianten zum Ankauf von Grundstücken und so weiter und so fort, die immer natürlich aufgestockt werden und massiv aufgestockt werden. Wir wollen, dass natürlich auch den Mietern etwas zurückgegeben wird und dass die Mieten wesentlich gesenkt werden.

Wir wollen, und das passt gleich hinzu, wir wollen natürlich auch im Bereich der Armutsbekämpfung ein neues Berechnungsmodell im Bereich der Wohnbeihilfe. Das ist nämlich insofern sehr wichtig, weil die Armut hauptsächlich darin besteht, indem man sich das Wohnen nicht mehr leisten kann und sozusagen weniger Geld für Essen zur Verfügung hat.

Es ist so, dass im Burgenland 30.000 Menschen armutsgefährdet sind! 30.000 - und davon sind, man glaubt es gar nicht, 9.000 Kinder, die armutsgefährdet sind. Das heißt, das ist jetzt nicht so, dass die auf der Straße schlafen, sondern hier besteht schon eine Armutsgefährdung. Es hat damals auch diesbezüglich entsprechende Unterlagen gegeben. Ich glaube, dass sie damals von der Fachhochschule auch versendet wurden und wo man die Geschichte wirklich ernst nehmen muss. 18.000 Menschen im Burgenland leben in akuter Armut. Das ist gar nicht so wenig - 18.000!

Daher muss man hier natürlich daran trachten, dass man auch hier ein neues System, ein neues Modell im Bereich der Wohnbeihilfe sozusagen entwickelt. Es kann nicht so sein, wenn sich jemand in der Mindestsicherung befindet, dass ich dann sagen kann "du bist eh in der Mindestsicherung, du bekommst keine Wohnbeihilfe mehr, weil die dort schon inkludiert ist".

Was hat das für einen Sinn? Und es ist wirklich so. Ich habe sehr, sehr viele Zuschriften bekommen auch diesbezüglich, wo man - und Euch wird das allen genauso gehen, jedem Abgeordneten wird das so gehen - dass er immer wieder von irgendjemanden eine Zuschrift bekommt: "Ich kann mir das Wohnen nicht mehr leisten. Ich habe einen Mietrückstand. Was soll ich tun?"

Das heißt, der Bereich Wohnbeihilfe, und lieber Landesrat Heinrich Dorner, vielleicht kannst Du das auch mitberücksichtigen, im Bereich der Wohnbeihilfe braucht es ein neues Berechnungsmodell, wo wirklich ein Armutsbekämpfungsprogramm inkludiert ist und dahintersteckt.

Wir wollen natürlich auch - und das haben wir Freiheitlichen schon vor der Wahl 2015 mittels Anträge mehrmals eingebracht - eine Pflegelehre im Burgenland. Das heißt, es sollte auch die Möglichkeit geben, eine Pflege einzurichten. Warum auch nicht? Es ist ja nicht so, dass man heute sagt: "Naja und die Jungen können noch nicht pflegen". Das stimmt nicht, denn es gibt ja auch den Zivildienst wo unsere Jungen und sogar die

männlichen Mitarbeiter im Zivildienst tätig sind. Das heißt das ist natürlich alles möglich. Man muss es nur wollen.

Und es ist auch die Transparenz angesprochen worden. Die Transparenz ist richtig und wichtig. Ich glaube aber auch, dass die Transparenz auch im Förderbereich anders aussehen muss. Es soll keine Doppelförderungen mehr geben. Der Transparenzbereich zum Beispiel im Bereich der Bedarfszuweisungen, weil das heute angesprochen wird, könnte ein sehr wichtiger Bereich sein. Dass man auch sieht, warum bekommt eine Gemeinde so und so viel Bedarfszuweisung? Warum?

Das heißt, dass nicht einfach willkürlich vergeben wird, sondern dass das transparent dargestellt wird. Wo sind die Bedarfszuweisungen hingegangen und wie wurden sie natürlich dann auch verwendet?

Was uns natürlich besonders Kopfzerbrechen macht ist die Situation rund um die 1.700 Euro Mindestlohn. Das wurde heute schon einige Male angesprochen und da gibt es natürlich auch die Möglichkeit im Burgenland unseren Müttern einen Mindestlohn zukommen zu lassen. Viele sagen, na wie soll das gehen, dass eine Mutter 1.700 Euro Mindestlohn bekommt?

Ich sage, oder wir sagen, wenn jemand ein Kind bekommt und bei dem Kind 24 Stunden ist, dann soll diese Mutter genauso 10 Euro in der Stunde bekommen wie auch eine Bedienerin, die natürlich auch eine Arbeit leistet. Warum ist die Arbeit der Kinderbetreuung weniger wert als eine Arbeit bei einem Bediensteten oder auch bei Bedienerinnen und so weiter und so fort? Das heißt, das muss man sich wirklich überlegen, das muss man durchrechnen.

Es gibt ja Beispiele wo ich mir denke, da muss man ja als soziale Heimatpartei wirklich nachdenken. Es gibt die Möglichkeit des einkommensbezogenen Kindergeldes, wo man ein Jahr lang 80 Prozent des letzten Einkommens bezieht. Das heißt, wenn jetzt eine Frau 3.000 oder 5.000 oder 2.500 Euro bekommen hat, bekommt sie 80 Prozent des Kindergeldes. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieses Kind von einer Dame die mehr Einkommen hat, mehr wert ist, als ein Kind von einer Frau, die weniger Einkommen hat. Da muss man sich überlegen, ob man nicht vom Land hier natürlich auch diese 1.700 Euro netto auch zur Umsetzung bringt.

Es muss uns das wert sein, für unsere Mütter, die zu Hause bleiben mindestens ein Jahr, so wie das einkommensbezogene Kindergeld, dass man hier auch Prioritäten setzt und sagt, du bist uns genau so viel wert.

Du musst 24 Stunden bei deinem Kind sein. Wir zahlen dir auch 10 Euro und das sind nicht 10 Euro dann, sondern wenn man das mal 24 rechnen würde, dann kann man sich einmal vorstellen, wie viel das wäre. Wir müssen wieder mehr Vertrauen in unsere Mütter geben. Wir müssen auch mehr Vertrauen darin geben, dass wir sagen, die Kinderbetreuung ist wichtig und die Kinder sind diejenigen, die zukünftig natürlich auch unseren Lebensstandard halten.

Wenn wir keine Kinder haben, haben wir keine Kinder, auch wenn es manchmal, wie der Frau Abgeordneten, nicht recht ist. Trotzdem muss man darüber diskutieren können. Man muss diese Diskussion auch führen. Oder man sagt, ist uns eh wurscht. Ist uns völlig egal. Oder man führt die Diskussion, auch wenn es vielleicht pro und kontra gibt. Das verstehe ich ja auch. Das soll auch so sein, ist auch in Ordnung. Aber ich glaube, hier sollte man auch nachdenken.

Wir haben natürlich im Bereich der Feuerwehr, und da wird der Heinrich Dorner natürlich jetzt darangehen, natürlich auch das Landesfeuerwehrkommando neu zu bauen

oder zu sanieren. Auch dort haben wir einen Anerkennungsbeitrag eingeführt für die Helfer von morgen. Für Jungfeuerwehrmitglieder oder für Jungmitglieder beim Roten Kreuz.

Wir haben dieses Rescue Kids-Programm eingeführt. Das heißt, wo jeder der sich in der Feuerwehr aktiv engagiert als Jungfeuerwehrmann oder Jungfeuerwehrfrau auch die Möglichkeit hat, hier einen Anerkennungsbeitrag zu bekommen. Da haben wir mit dem Familypark ausgemacht, dass es hier einen kostenlosen Eintritt gibt.

Es hat einen zweimaligen Effekt und zwar man spürt wirklich die Anerkennung und wir hätten auch geplant gehabt, dieses Programm weiter auszubauen. Im Bereich der Volksbefragungen haben wir auch natürlich immer wieder in der Regierungszeit gesagt, wir brauchen mehr Volksbefragungen. Das war leider Gottes mit dem Koalitionspartner damals nicht möglich. Das war definitiv nicht möglich.

Das wollten wir immer und wir wollen natürlich auch, jetzt diese Anträge anhand einer Klubklausur ausarbeiten. Wir werden sie natürlich auch jeder Fraktion zukommen lassen und man wird sehen, wo man sich treffen kann. Ich glaube, dass der Heimvorteil für unser Burgenland wichtig ist, dass der Bereich Sicherheit für unser Burgenland wichtig ist und in Wahrheit sind wir Freiheitlichen die einzige Oppositionspartei. Schwarz-GRÜN gibt es im Bund, im Land gibt es die Alleinherrschaft. Das ist einfach so!

Das heißt, wir sind die einzige Oppositionspartei und wir werden natürlich zukünftig auch als einzige Oppositionspartei aber nochmal kantig und stilvoll und nicht unter der Gürtellinie unser Programm natürlich präsentieren.

Abschließend noch kurz zum Verkehr, das wird wahrscheinlich jetzt der grünen Fraktion nicht so recht sein. Wir glauben, dass wenn die S31 und die S4 weiter ausgebaut werden auf Autobahnebene, dann soll es natürlich dort auch die Möglichkeit geben, 130 km/h zu fahren. Es stört niemanden, wenn man derzeit von Eisenstadt nach Mattersburg auf der Autobahn 130 km/h fährt.

Niemanden stört das und ich glaube auch, dass wir das Thema sehr geradlinig angehen sollten, wenn die S31 und die S4 zur Autobahn ausgebaut werden. Dann, glaube ich, sollte es auch niemanden stören, dass man dort auch 130 km/h fahren kann. Auch das werden wir mittels Anträgen einbringen.

Ja und, wie gesagt, wir sehen dieser Oppositionsarbeit sehr nüchtern entgegen. Abschließend, wir wollen definitiv kantig, stilvoll mit Euch arbeiten und ohne schimpfen und ohne unter der Gürtellinie zu agieren. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist zu Wort gemeldet der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein Wahlergebnis ist zu respektieren und zur Kenntnis zu nehmen. Eine jede Wahl bringt ein Ergebnis und bei der letzten Wahl, weil wir das natürlich auch als Demokraten anerkennen, haben wir auch gezeigt, dass wir auch die Landesregierung und den Landeshauptmann mitgewählt haben.

Soll aber nicht heißen, dass es Vorschusslorbeeren sind, sondern dass wir das Wahlergebnis anerkennen. Wir als Volkspartei wollen eine kantige Oppositionspolitik machen aber trotzdem konstruktiv wo wir glauben, dass es notwendig und richtig ist in den einzelnen Sachbereichen, wie auch in der Vergangenheit, dass wir uns einbringen und unseren Beitrag dazu leisten.

Wie zum Beispiel auch zuletzt in der Wohnbauförderung wo wir gesagt haben, ja es kann immer mehr sein. Wir hätten auch noch mehrere Ideen gehabt, haben aber das Maximum aus den Verhandlungen herausgeholt. Wenn wir heute hören, dass es auch dort Änderungen geben soll, eine Ökologisierung und so weiter, dann soll uns das Recht sein. Schauen wir uns den Inhalt genauer an.

Aber die Kontrolle wird natürlich auch im Vordergrund stehen, weil wenn man sich nur die letzte Periode anschaut, und ich war selbst Mitglied des Rechnungshofausschusses und der Herr Direktor ist ja auch heute bei dieser Regierungserklärung zugegen, so ist es einerseits wünschenswert und unserer Forderung nur gerecht zu werden, dass wir sagen, die Kontrollrechte müssen ausgeweitet werden in den Landesbetrieben.

Ob das in der KRAGES, in der Holding oder in anderen Bereichen ist, weil die Vergangenheit hat auch gezeigt, wo einfach vertuscht worden ist. Ob das im Bereich des Intendanten in Mörbisch war, ob das der Schnedl-Vergleich war, ob das in der KRAGES insgesamt der Bericht des Landes-Rechnungshofes war, ob das die Nominierung von Persönlichkeiten, damalige Büroleiterin das Alt-Landeshauptmannes in den Landesverwaltungsgerichtshof zu hieven, und so weiter und so fort, wo aufgrund des medialen Drucks dann Einstellungen passiert sind und Änderungen passiert sind.

Wir als Volkspartei wollen der Anwalt der Burgenländerinnen und Burgenländer sein und bei dieser Alleinregierung wird das höchst auch notwendig sein.

Aber auch, wie wir heute gehört haben, wenn es Änderungen in Gemeinden gibt. Ich war jetzt ein bisschen überrascht, dass weder ein Stick noch ein ausgedrucktes Programm auf den Plätzen der Abgeordneten liegt. Wir haben jetzt versucht das kurzfristig einmal auszudrucken und anzuschauen. 140 Seiten wird man in dieser kurzen Zeit nicht bewältigen können.

Aber dass es eine starke Stimme hier in diesem Landtag braucht, als Schutzschild und als Anwalt für diese Gemeinden, zeigt die Seite 56, glaube ich, alleine schon, wo mit einem Absatz dort drinnen steht: „die Personalhoheit in Zukunft will das Land über das Kindergartenpersonal haben“. Ich weiß nicht, ob die Abgeordnetenkollegen und die Bürgermeisterkollegen der SPÖ das auch schon gelesen haben, aber diese Untergrabung, diese Unterwanderung der Gemeindeautonomie, ja das kann es doch wohl nicht sein, dass ich heute sukzessive versuche, einen Abbau der Gemeindeautonomie zu betreiben.

Zuletzt haben wir das gehabt, wo wir das finanziell spüren werden im Bereich der Sozialhilfe, wo mit einem Federstrich das Gesetz geändert worden ist, wo die Gemeinden jetzt 50 Prozent einmal überall mitzahlen müssen. Und jetzt will man sich auch nach dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, wo möglicherweise auch in manchen Gemeinden eine wesentliche Mehrbelastung da ist, auch das Personal sich krallen. Also dem kann man mal nur eine Absage erteilen!

Da wollen wir sichergestellt haben, wir als Volkspartei, dass unseren Gemeinden, allen Gemeinden über Parteigrenzen hinweg, die Personalhoheit aber vor allem die Gemeindeautonomie erhalten bleiben, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn eine Bedarfszuweisung neu gedacht werden soll, dann ist das nur richtig. Wir haben das immer eingefordert. Ich habe noch eine Beantwortung einer schriftlichen Anfrage aus dem Jahr 2013, wo noch eine Aufgliederung war, wo jede Gemeinde draufgestanden ist, wie viel Bedarfszuweisungen jede Gemeinde bekommen hat. Seit

2015 kriegt man so etwas nicht mehr. Also ein großes gehütetes Geheimnis, welche Gemeinde wie viel Bedarfsmittel kriegt. Wenn da eine neue Denkungsweise jetzt kommt, dann soll es uns Recht sein. Aber auch hier werden wir in den einzelnen Bereichen genau schauen.

Wenn der Herr Landeshauptmann heute eine Regierungserklärung abgibt in den einzelnen Bereichen, so habe ich etwas mit Verwunderung festgestellt, dass wir viele Bereiche schon gekannt haben. Ob das im Bereich der Landwirtschaft ist, eine Bio-Offensive, das kennen wir schon seit ein paar Jahren. Eine Vernetzung zwischen Betrieben und dem Endverbraucher, das haben wir auch schon sehr viele Jahre.

Die sogenannte Direktvermarktung haben wir ja schon seit relativ langer Zeit, die gut funktioniert, die sicher ausbaufähig noch ist, die man natürlich unterstützen soll und muss, damit das noch besser wird. Aber wir stehen für die Regionalität. Wir als Volkspartei haben das immer unterstrichen und betont, wir wollen kein Ausdividieren haben zwischen bio und konventionell.

Ich stelle mit einerseits Verwunderung, aber trotzdem sehr positiv fest, dass man von dem Wording „nur mehr bio“, jetzt auf einmal auf „Regionalität“ umgeschwenkt ist. Ich glaube, das soll auch der burgenländische Weg sein. Wir brauchen Regionalität, wir brauchen bio und wir brauchen Konventionelles.

Wenn ich heute hergehe und mir die Lage ansehe, dass im Biobereich die Silos, die Lager, voll sind, der Preisverfall von 25 Prozent derzeit zugegen ist, so kann ich nicht auf eine Karte setzen, so muss ich die Breite suchen und vor allem die Regionalität. Ich glaube, das wird auch der Endkonsument und das werden sich auch die Burgenländerinnen und Burgenländer von uns erwarten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn angesprochen worden ist der Bereich der Wirtschaft, Handwerkerbonus weiterführen und so weiter, so sehen wir dem natürlich sehr positiv entgegen. Wir haben ja auch dazu nicht nur mitgestimmt, sondern einen eigenen Eintrag auch eingebracht. Wenn die Wirtschaftskammer den Selbstbehalt übernehmen soll, so fehlt mir noch momentan die Idee, wie das rechtlich und gesetzlich umgesetzt werden soll. Da habe ich derzeit keinen Plan wie das gehen soll.

Das habe ich heute auch in der Regierungserklärung nicht vernommen, weil ja eigentlich Schlagworte präsentiert worden sind. Aber wenn man sich den Bereich der Wirtschaftsförderung der letzten Jahre anschaut, dass Großkonzerne gefördert worden sind mit einem kurzweiligen Dasein von fünf, sechs, sieben, acht, zehn Jahren, die mit vielen Millionen gefördert worden sind, dann abgezogen sind, abgesehen, dass die großen Arbeitsplätze nicht gekommen sind, und wenn sie da waren, hauptsächlich nur von Ausländern besetzt worden sind, das soll nicht und kann nicht der burgenländische Weg sein.

Sondern da wollen wir wissen, dass diese Förderung auf die Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet ist, dass diese direkt etwas davon haben und dass die Arbeitsplätze, wenn sie geschaffen werden, auch vom eigenen Personen, sprich von Burgenländerinnen und Burgenländern auch besetzt werden sollen.

Zum Thema Mindestlohn in diesem Bereich auch eine klare Meinung und die haben wir auch in der Vergangenheit schon mitgeteilt. Wenn ich heute mit einem Federstrich alle über einen Kamm schere und ein jeder kriegt nur mehr das Gleiche, ob mit großer Ausbildung, mit viel Ausbildung oder mit wenig Ausbildung, so stimmt es mich auch in der jüngsten Vergangenheit schon sehr traurig, wie man an diese Dinge herangeht.

Einheitslohn, Mindestlohn, wenn gerade vom Muttergeld gesprochen worden ist, 24-Stunden-Betreuung, dann wären das aber brutto zehn Euro, so wie auch in der jüngsten Vergangenheit einmal brutto und einmal netto gesagt worden ist. Dann lese ich in der letzten Ausgabe einer Regionalzeitung ein Inserat der Landesgesellschaft, der größten Krankengesellschaft des Burgenlandes, der KRAGES, eine Ausschreibung für eine Position die zur Besetzung gelangen soll im Krankenhaus Kittsee. Ein Radiologietechnologe mit einem Bruttolohn von 3.005 Euro wird gesucht. Ein Mindestlohn von 2.450 Euro und ein Techniker für Radiologie bekommt 3.000 Euro, da gibt es noch viele weitere Beispiele.

In einer Gemeinde im Bezirk Neusiedl am See ist eine Kindergartenleitung ausgeschrieben worden mit 2.550 Euro brutto und gleichzeitig haben wir den Mindestlohn für jede andere Art der Anstellung von 2.450 Euro. Dass, was Sie den Menschen nicht gesagt haben ist einfach, dass nicht alle anderen auch angepasst werden, sondern die bleiben gleich wo sie sind, nur die, die neu einsteigen in das System, bekommen diesen Mindestlohn.

Was bedeutet dieser Mindestlohn in der Wirtschaft? Man hat ganz einfach mit der Zeit dann einen massiven Wettbewerbsverlust. Wenn ich heute kolportierte Zahlen aufnehme, und, Herr Landeshauptmann, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie die Kurbad Tatzmannsdorf AG erwähnt und die Therme Lutzmannsburg, wie das mit dem Mindestlohn ist, wenn der dort ausgerollt wird. In einem Interview haben Sie gesagt, die schreiben Gewinne.

Diese Gewinne kann man nehmen und kann man ganz einfach den Mindestlohn damit bezahlen. Für was machen heute Unternehmen mit Gewinnen? Dass sie Rücklagen schaffen, dass sie Investitionen in der Zukunft bewerkstelligen können, für das werden dann Rücklagen geschaffen und schließlich und endlich wird mit diesen Gewinnen so gearbeitet. Wenn diese nicht mehr da sind in landeseigenen Gesellschaften, in landesnahen Betrieben, dann stellt sich ganz einfach die Frage, wenn diese Gewinne nicht mehr da sind und diese Rücklagen nicht mehr geschaffen werden, wer zahlt dann die neue Rutsche in der Lutzmannsburger Therme?

Wer zahlt in der Kurbad AG die nächste Investition? Das Land! Und was heißt das Land? Wir alle gemeinsam zahlen dann wieder aus dem Steuertopf diese Investitionen und das kann nicht die burgenländische Wirtschaftspolitik sein, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Kolportierte Zahlen mit dem Mindestlohn! Wenn ich auf landesnahe Betriebe das ausweiten würde, dann würde das in der Kurbad AG 1,3 Millionen Euro pro Jahr heißen. Das würde das im AVITA eine Million heißen, wobei sie aber nur einen Gewinn zwischen 400.000 und 600.000 Euro schreiben. Also allein das geht sich schon nicht ganz aus. Da würde ich darauf schon drängen, und wir als Volkspartei drängen auch darauf, dass das nochmal neu gedacht wird.

Wir als Volkspartei stehen für die Entlastung der Menschen. Jeder hier in diesem Sitzungssaal möchte, dass jeder mehr Netto vom Brutto hat, aber nicht durch einen Mindestlohn, sondern durch eine qualifizierte Steuersenkung. Durch die Einkommenssteuersenkung bei den Betrieben, durch die Senkung der KöSt und das muss der österreichische und der burgenländische Weg sein, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Pflegebereich wurde etwas gestreift in der Darstellung heute, in der Regierungserklärung. Ich kann noch nicht beurteilen, was alles im Bereich der Pflege im Regierungsprogramm drinnen steht in dieser Zeit. Aber eine Zwangsgemeinnützigkeit

kann ebenfalls nicht der burgenländische Weg sein! Da wollen wir auch die Wahlfreiheit haben, damit sich die Betriebe auch entwickeln können.

Wir haben Vorzeigebetriebe. Gerade im Mittel- und Südburgenland haben wir einen Betrieb, einen Pflegebetrieb, der ist mustergültig in unserem Land. Und wenn der gezwungen wird, in Zukunft gemeinnützig zu sein, dann hinterfrage ich, ob das in weiterer Folge funktionieren kann. Wir sind das Land der kleinen Einheiten, meine sehr geschätzten Damen und Herren, im Burgenland und das wollen wir auch bleiben.

Wir wollen nicht das 60 Betten und mehr ein Pflegeheim ausmachen, sondern wir wollen die kleinen Einheiten behalten. Da kann ich Ihnen auch ein Beispiel mitbringen, wie zum Beispiel in Podersdorf am See, wo wir mit 32 Betten in einem Erdgeschoßbau eine tolle Einrichtung haben, die hervorragend funktioniert, ausgelastet ist und dieser Verein die sehr, sehr gut führt. Das sollte auch der Zukunftsweg sein.

Im Bereich der Pflegelehre, ja, das wäre ein gangbarer Weg, auch im Burgenland, damit wir auch Junge in den Pflegeberuf heranführen, damit sie in diesen Bereichen dementsprechend die Lehre beginnen.

Gesundheitsbereich: Ein großer und wichtiger Teil, den wir in den nächsten Jahren vorhaben. Ärztemangelbekämpfung: Die Causa der Barmherzigen Brüder wird möglicherweise auch noch den Rechnungshof beschäftigen, was mit der Klage derzeit ist, mit 36 Millionen, wo die Barmherzigen Brüder das Land Burgenland klagen.

Das heißt, unsere Partner des Landes klagen das Burgenland, klagen unser Heimatland. Das gehört, glaube ich, auch aufgeklärt, und das Gleiche passiert, was aufgeklärt gehört, wenn eine Ansage in einem Wahlkampf passiert, zwei Krankenhäuser zu bauen.

Das Oberwarter Krankenhaus wissen wir, da ist noch auf diesem Sessel neben diesem Rednerpult der Herr Landesrat Darabos gesessen, 160 Millionen hat er gesagt, sind in Stein gemeißelt, da fährt die Eisenbahn drüber. Jetzt sind wir bei 300 Millionen Euro, und dabei wollen wir in Gols ein zweites, neues Krankenhaus bauen.

Ja, auch wir als Volkspartei bekennen uns zu den Krankenhäusern. Wir wollen ebenfalls diesen Ausbau haben, aber es muss natürlich auch die Finanzierung sichergestellt sein, der zeitliche Horizont sichergestellt sein und die Finanzierung dementsprechend auch vorhanden sein.

Im Bereich der Mobilität und Digitalisierung ist die Vernetzung der kleinen Gemeinden mit den Hauptverkehrsadern und mit den Ballungszentren absolut notwendig. Ich hoffe, dass auch von unseren Ideen dementsprechend einiges aufgenommen wird. Im Bereich der Digitalisierung kann es ja nur das Ziel sein, im Burgenland, in der heutigen Zeit, im 21. Jahrhundert, dass jedes Haus im Burgenland einen Internetanschluss hat und dass nicht einer in die nächste Ortschaft fahren muss, weil er keine Verbindung hat.

Im Bereich der Transparenz, der angesprochen worden ist, wenn es hierzu neue Denkweisen gibt, zur Öffnung der Kontrollmöglichkeiten, dann wird das selbstverständlich begrüßt. Aber einen Rechenschaftsbericht am Ende des Jahres zu gestalten, wo drinnen steht, wie die Kollegin Petrik heute schon gesagt hat, wie gut und wie lieb wir sind im Burgenland und was wir nicht alles tun, dann mag das vielleicht auch ein guter Bericht sein, aber ein Transparenzbericht wäre äußerst notwendig.

Wie zum Beispiel in anderen Gemeinden das schon vorgezeigt wird, so wird ja auch das Land imstande sein, einen echten Transparenzbericht zu kreieren, wo steht, was mit dem Geld der Burgenländerinnen und Burgenländer passiert.

Und zuletzt darf ich die ausgestreckte Hand dieser Regierung aufnehmen, darf nochmal wiederholen, dass wir eine kantige Oppositionspolitik natürlich machen werden, aber dort mitmachen und dort mitarbeiten, wo wir glauben, dass wir unseren Beitrag leisten können und sollen, wo wir auch dazu eingeladen werden.

Einen Vorschlag darf ich, Frau Präsidentin, als Letztes unterbreiten. Dass wir, was die letzte rot-blaue Landesregierung eingeführt hat, den Regierungsproporz in Fachgremien haben, sprich in den Beiräten, wo jetzt ja eigentlich nach der jetzigen Gesetzeslage nur mehr SPÖ-Vertreter sitzen, das kann nicht unser Weg sein. Sondern wir fordern hier ein, dass es wieder auf die im Landtag vertretenen Parteien ausgeweitet wird, auf die Stärke hier in diesem Hause, und dass in diesen Fachbeiräten, vom Familienbeirat, Landwirtschaftsförderungsbeirat, Naturschutzbeirat, Raumplanungsbeirat, Rettungsbeirat, Landesseniorenbeirat, Sozialhilfebeirat, Landessportbeirat und Wohnbauförderungsbeirat, diese Verhältnismäßigkeit wiederhergestellt wird. Das wäre ein erstes Angebot, und wenn Sie es mit der ausgestreckten Hand ernst meinen, dann wäre das sehr rasch und bald umzusetzen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete, Klubobmann Robert Hergovich. Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Gleich vorweg, Sie werden Ihrem Macherimage mit dieser Regierungserklärung einmal mehr gerecht, denn Sie versprechen nicht und kündigen nicht großartig an, sondern legen ein Regierungsprogramm vor, das seinesgleichen sucht.

Mit ganz klaren Zielen, mit ganz klaren Maßnahmen, die dazu führen, diese Ziele auch zu erreichen, und was überhaupt neu ist, mit ganz klaren Zeitabständen und Deadlines, wann man dieses Ziel auch erreichen kann. Das ist etwas völlig Neues. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich dazu. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Am 26. Jänner hat der oberste Souverän, also die Wählerinnen und Wähler des Burgenlandes entschieden. Sie haben Landeshauptmann Hans Peter Doskozil in seiner Funktion als Landeshauptmann bestätigt, und sie haben dafür gesorgt, dass die Sozialdemokratie über eine absolute Mandatsmehrheit im Burgenländischen Landtag verfügt.

Diese absolute Mandatsmehrheit im Burgenländischen Landtag bringt gleichzeitig eine absolute Verantwortung mit, und ich darf sagen, wir nehmen diese Verantwortung sehr ernst und stellen uns dieser Verantwortung sehr gerne. Aber ich betone, mit Respekt, mit Demut und vor allem mit Respekt vor der Aufgabe in den kommenden fünf Jahren. Das nehmen wir sehr ernst, und daher reichen wir ganz bewusst die Hand zur Zusammenarbeit.

Auch wenn Kollege Ulram bei seiner ersten Rede vielleicht etwas übertrainiert war, dieses Angebot das steht, wir wollen diese Zusammenarbeit wirklich leben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir bieten Ihnen daher heute einen Burgenlanddeal an. Einen Deal, mit dem Ziel, die besten Ideen für unser Heimatland umzusetzen. Egal welche Partei diese Idee einbringt, wir sollten sie gemeinsam prüfen, wir sollten sie gemeinsam beurteilen, wir sollten auch die Finanzierung gemeinsam beurteilen und im Anschluss daran umsetzen, wenn es natürlich möglich ist. Das kann in vielen Bereichen sein. Im Bildungsbereich beispielsweise mit den GRÜNEN, im Sicherheitsbereich beispielsweise mit der

Freiheitlichen Partei oder auch im Wirtschaftsbereich beispielsweise mit der ÖVP. Wichtig ist nur, dass wir eine neue Art und neue Form der Politik hier leben, nämlich die beste Idee umsetzen zu wollen und nicht uns gegenseitig andauernd zu kritisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Regierungsprogramm ist eine Art Navigationssystem in den kommenden fünf Jahren für uns. Und es ist auch die Grundlage zur gemeinsamen Arbeit.

Wenn der Mindestlohn, also 1.700 angesprochen wurde, dann bin ich sehr froh, dass sich ein sehr großes Kapitel mit diesem Rechenschaftsbericht auseinandersetzt. Denn der eine oder der andere hat ja gesagt, na, das ist eh nur ein Wahlkampfgag der SPÖ. Nein, das ist es nicht, und das beweist auch dieses Regierungsprogramm, denn die Ausrollung der 1.700 Euro auf die Thermen, in den Pflegebereich und in Gemeinden ist vorgesehen.

Aber nicht nur das, sondern auch ein klares Signal an die Wirtschaft, auch faire Löhne zu zahlen. Denn alle Unternehmungen, die mit dem Land Burgenland Geschäfte machen, gutes Geld verdienen, die werden künftig auch bei Ausschreibungen ersucht, diese 1.700 zu bezahlen. Das ist wesentlich. Leistung soll sich lohnen, und wer hart und fleißig arbeitet, der soll auch diese zehn Euro pro Stunde verdienen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Gleichzeitig, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen wir ganz bewusst der Wirtschaft entgegen und auf sie zu. Es wurde schon angesprochen, wir wollen 50 Prozent des Selbstbehaltes bei Arztbesuchen übernehmen, ein ganz klares Signal an die Wirtschaft, an die Klein- und Mittelbetriebe, an die Einzelunternehmungen.

Wir wollen darüber hinaus eine Fünfjahresgarantie für den Heimwerkerbonus abgeben, und wir wollen auch eine neue Förderung für Start-ups einführen. Auch das ist etwas Neues, gezielt auch in Nord und Süd. Der Herr Landeshauptmann hat es auch schon erwähnt und skizziert, dass es auch hier neue Überlegungen geben wird.

Ein ganz wesentlicher Teil ist auch, dass wir jene Menschen nicht vergessen, denen es nicht so gut geht. Die sich vielleicht nicht alles leisten können, an Lebensmitteln beispielsweise. Und hier sieht das Regierungsprogramm ebenfalls vor, dass in jedem Bezirk ein Sozialmarkt entstehen soll. Auch das ist ganz wesentlich und wichtig.

Die Kontrolle wurde heute einige Male schon angesprochen. Es gibt ein Transparenzpaket in diesem Bericht, und dieses Transparenzpaket sieht beispielsweise vor, die Anfrage der Abgeordneten, auch bei der Holding, oder beispielsweise der schon so oft zitierte Rechenschaftsbericht, der an jeden Haushalt gehen soll und sich jede Burgenländerin und jeder Burgenländer ein Bild machen kann, was wurde versprochen und was wurde gehalten. Und das jedes Jahr. Eine völlig neue Form der Politik, eine völlig neue Form der Transparenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, unser Heimatland Burgenland verdient es, dass wir gemeinsam am weiteren Aufstieg arbeiten. Wir reichen ganz bewusst die Hand, obwohl mir völlig klar ist, dass wir unterschiedliche Parteien sind und auch manchmal bei sachpolitischen Themen unterschiedlicher Meinung sind und dass es wahrscheinlich im Hohen Haus doch die eine oder die andere emotionale Diskussion geben wird.

Aber bei jeglichem politischen Diskurs, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sollten wir nicht vergessen, warum wir gewählt sind, nämlich um den Burgenländerinnen und Burgenländern, um den Menschen zu dienen, um das Burgenland weiter voranzutreiben.

Wir reichen Ihnen die Hand, wir wollen das machen, wir laden Sie ein. Alles Gute für die Zukunft! *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Ich sehe, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Wir sind damit am Schluss der Debatte über die Regierungserklärung angelangt.

**2. Punkt: Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der übrigen ständigen Ausschüsse**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zum 2. Punkt der Tagesordnung. Dieser betrifft die Wahl des Hauptausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und der weiteren ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände hat der Landtag gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages Ausschüsse zu bilden.

Gemäß Artikel 42a der Landesverfassung in Verbindung mit § 50a der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages hat der Landtag zwingend einen Hauptausschuss zu bilden, der aus einem Obmann, einem Obmann-Stellvertreter und der vom Landtag zu bestimmenden Zahl von weiteren Mitgliedern besteht, die jedoch sieben nicht übersteigen darf.

Alle Mitglieder des Hauptausschusses werden vom Landtag aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei jedoch unter Bedachtnahme auf diesen Grundsatz dem Hauptausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss. Auch ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu wählen.

Ich schlage daher dem Hohen Landtag vor, der Landtag wolle die Zahl der weiteren Mitglieder des Hauptausschusses mit sieben bestimmen, sodass der Hauptausschuss einschließlich des Obmannes und des Obmann-Stellvertreters aus insgesamt neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern bestehen würde.

Darüber möchte ich jetzt abstimmen lassen, meine Damen und Herren. In der Präsidiale ist es bereits, in der erweiterten Präsidiale, vorbesprochen worden, trotzdem ist es mir wichtig, hier diesen Beschluss zu fassen.

Ich lasse daher abstimmen darüber und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Danke. Der Landtag hat somit einstimmig beschlossen, die Zahl der weiteren Mitglieder im Hauptausschuss mit sieben festzusetzen.

Meine Damen und Herren! In Entsprechung der Bestimmung des Artikel 42a Absatz 2 der Burgenländischen Landesverfassung gehören von den insgesamt neun Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Hauptausschusses nach dem Grundsatz der Verhältniswahl fünf Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ und ein Mitglied wie auch ein Ersatzmitglied den GRÜNEN an.

Hohes Haus! Des Weiteren schlage ich vor, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, und zwar

- einen Agrarausschuss,

- einen Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,
- einen Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,
- einen Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss,
- einen Petitionsausschuss,
- einen Rechtsausschuss,
- einen Sozialausschuss,
- einen Umweltausschuss wie auch
- einen Wirtschaftsausschuss.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Bildung eines Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereits im Artikel 42b der Burgenländischen Landesverfassung vorgesehen ist.

Außerdem wird die Bildung eines Unvereinbarkeitsausschusses im Burgenländischen Unvereinbarkeitsgesetz bestimmt; die Bildung eines Immunitätsausschusses ist zudem in § 51 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages vorgesehen.

Hinsichtlich der Zahl der Ausschussmitglieder schlage ich vor, diese - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht festzulegen.

Bezüglich des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, in welchem gemäß Artikel 42a Absatz 2 der Landesverfassung jeder im Landtag vertretenen Partei zumindest ein Mitglied zukommen muss, schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder mit jeweils neun festzulegen.

Nunmehr würde ich gerne über diesen Vorschlag abstimmen lassen. Ich lasse daher über meinen Vorschlag, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils acht und die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit jeweils neun festzulegen, abzustimmen.

Ich darf Sie daher, Hoher Landtag, ersuchen, jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vorschlag ist somit einstimmig angenommen.

Dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl fünf Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied und Ersatzmitglied der FPÖ und ein Mitglied und Ersatzmitglied den GRÜNEN an.

Bei den übrigen ständigen Ausschüssen gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl fünf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP und ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ an.

Entsprechend den Bestimmungen des § 38 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wonach die Zuteilung der auf jede Partei entfallenden Anzahl von Obmännern, ihrer Stellvertreter, Schriftführer sowie der Mitglieder durch den Präsidenten des Landtages mittels der Wahlzahl erfolgt, stellt die SPÖ in sechs Ausschüssen, die ÖVP in vier Ausschüssen und die FPÖ in einem Ausschuss den Obmann. Selbiges gilt für die Zahl der Obmann-Stellvertreter sowie Schriftführer.

Wir kommen nun, meine Damen und Herren Abgeordneten, zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptausschusses sowie der übrigen ständigen Ausschüsse.

Die Wahl in die Ausschüsse wird gemäß § 74 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages fraktionell durchgeführt. Gemäß § 38 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages sind die auf den Wahlvorschlägen genannten Bewerber und Bewerberinnen gewählt, wenn die Wahlvorschläge mehr als die Hälfte der Stimmen jener Parteien, die die Wahlvorschläge eingebracht haben, erhalten.

Alle Fraktionen haben gehörig unterstützte Wahlvorschläge eingebracht.

Daher schlage ich vor, diese Wahl in einem Wahlgang durchzuführen, wobei jede Partei für die von ihr vorgeschlagenen Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder einen Stimmzettel erhält - auch in der Präsidiale vorgeschlagen.

Trotzdem darf ich Sie um Ihr Ja oder Nein zu diesem Vorschlag, gleich in einer Wahl durchzuführen, sich von den Plätzen zu erheben, wer einverstanden ist. - Danke. Es erhebt sich dagegen kein Einwand. Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Wahlhandlung, und ich würde dazu die beiden Schriftführer, Schriftführerin benötigen. Zunächst darf ich Sie ersuchen, die Wahlurne zu überprüfen, damit wir mit Sicherheit davon ausgehen können, dass diese Wahlurne leer ist.

Eine Bitte an die Medienvertreter, -vertreterinnen: Ich darf Sie ersuchen, sowohl hier im Saal als auch auf der Galerie, während des Wahlvorganges nicht zu fotografieren oder zu filmen.

Ich darf nunmehr die Landtagsdirektion bitten, die Verteilung der Stimmzettel vorzunehmen. Es gibt verschiedene Wahlzettel, damit nichts passieren kann.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach Verteilung der Stimmzettel)***:** Die Stimmzettel sind nunmehr verteilt. Ich ersuche Frau Schriftführerin Julia Wagentristl um Verlesung der Namensliste.

Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

Bitte Frau Schriftführerin.

*(Über Namensaufruf durch Frau Landtagsabgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc hinterlegen die Abgeordneten Bachmann Gerhard, Benkö Ilse, Böhm Elisabeth, Brandstätter Kilian, Mag. Dax Christian, Dunst Verena, Eckhardt Melanie, MSc, Fazekas Patrik, BA, Mag. Dr. Fürst Roland, Handig Gerald, Hergovich Robert, Hutter Gerhard, Kainrath Roman, Dipl.Päd. DI Laschober-Luif Carina, Mag. Maczek Kurt, Mezgolits Johannes, Molnár Géza, Mag.a Petrik Regina, MMag. Petschnig Alexander, Posch Dieter, Preiner Erwin, Prohaska Doris, Rosner Georg, Schlager Claudia, Ing. Schmid Thomas, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Spitzmüller Wolfgang, Mag. Steiner Thomas, Stenger Rita, BEd, Temmel Walter, Trummer Elisabeth, Tschürtz Johann, Ulram Markus, Mag. Wolf Christoph, M.A. und DI Wagentristl Julia, BSc selbst die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Die Stimmenabgabe ist damit beendet. Ich darf nun die beiden Schriftführer die Stimmenzählung vorzunehmen.

Es wurden 36 Stimmen abgegeben, 36 Stimmen sind gültig. 19 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der SPÖ, 11 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der ÖVP, 4 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der FPÖ und 2 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der GRÜNEN.

Meine Damen und Herren! Aufgrund dieser Wahl haben die Ausschüsse nun folgende Zusammensetzung:

**Hauptausschuss**

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Verena DUNST | Ewald SCHNECKER |
| Wolfgang SODL | Mag. Dr. Roland FÜRST |
| Doris PROHASKA | Mag. Kurt MACZEK |
| Mag. Christian DAX | Kilian BRANDSTÄTTER |
| Robert HERGOVICH | Claudia SCHLAGER |
| Markus ULRAM | Georg ROSNER |
| Patrik FAZEKAS, BA | Mag. Thomas STEINER |
| Ilse BENKÖ | Johann TSCHÜRTZ |
| Mag.a Regina PETRIK | Wolfgang SPITZMÜLLER |

**Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Robert HERGOVICH | Ewald SCHNECKER |
| Gerhard BACHMANN | Verena DUNST |
| Gerhard HUTTER | Wolfgang SODL |
| Doris PROHASKA | Erwin PREINER |
| Mag. Christian DAX | Kilian BRANDSTÄTTER |
| Walter TEMMEL | DI Julia WAGENTRISTL, BSc |
| Patrik FAZEKAS, BA | Melanie ECKHARDT, MSc |
| Géza MOLNÁR | MMag. Alexander PETSCHNIG |
| Wolfgang SPITZMÜLLER | Mag.a Regina PETRIK |

**Agrarausschuss**

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Wolfgang SODL | Rita STENGER, BEd |
| Erwin PREINER | Claudia SCHLAGER |
| Mag. Kurt MACZEK | Robert HERGOVICH |
| Elisabeth TRUMMER | Ing. Thomas SCHMID |
| Gerhard BACHMANN | Roman KAINRATH |
| Dipl.Päd. DI Carina LASCHOBER-LUIF | DI Julia WAGENTRISTL, BSc |
| Walter TEMMEL | Johannes MEZGOLITS |
| MMag. Alexander PETSCHNIG | Johann TSCHÜRTZ |

## Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Ewald SCHNECKER | Wolfgang SODL |
| Gerhard HUTTER | Elisabeth BÖHM |
| Dieter POSCH | Mag. Kurt MACZEK |
| Verena DUNST | Doris PROHASKA |
| Robert HERGOVICH | Claudia SCHLAGER |
| Mag. Christoph WOLF, M.A. | Patrik FAZEKAS, BA |
| Georg ROSNER | Johannes MEZGOLITS |
| MMag. Alexander PETSCHNIG | Johann TSCHÜRTZ |

## Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Doris PROHASKA | Mag. Dr. Roland FÜRST |
| Roman KAINRATH | Wolfgang SODL |
| Mag. Christian DAX | Dieter POSCH |
| Ewald SCHNECKER | Erwin PREINER |
| Verena DUNST | Elisabeth BÖHM |
| Gerald HANDIG | Markus ULRAM |
| Mag. Thomas STEINER | Mag. Christoph WOLF, M.A. |
| Johann TSCHÜRTZ | MMag. Alexander PETSCHNIG |

## Petitionsausschuss

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Kilian BRANDSTÄTTER | Gerhard BACHMANN |
| Ing. Thomas SCHMID | Rita STENGER, BEd |
| Claudia SCHLAGER | Elisabeth BÖHM |
| Mag. Kurt MACZEK | Verena DUNST |
| Doris PROHASKA | Elisabeth TRUMMER |
| DI Julia WAGENTRITSTL, BSc | Gerald HANDIG |
| Johannes MEZGOLITS | Georg ROSNER |
| Johann TSCHÜRTZ | Géza MOLNÁR |

## Rechtsausschuss

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Mag. Christian DAX | Mag. Dr. Roland FÜRST |
| Robert HERGOVICH | Dieter POSCH |
| Ewald SCHNECKER | Mag. Kurt MACZEK |
| Doris PROHASKA | Elisabeth BÖHM |
| Kilian BRANDSTÄTTER | Wolfgang SODL |
| Mag. Thomas STEINER | Patrik FAZEKAS, BA |
| Markus ULRAM | Georg ROSNER |
| Ilse BENKÖ | Johann TSCHÜRTZ |

**Sozialausschuss**

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Mag. Dr. Roland FÜRST | Kilian BRANDSTÄTTER |
| Elisabeth TRUMMER | Doris PROHASKA |
| Claudia SCHLAGER | Gerhard BACHMANN |
| Elisabeth BÖHM | Roman KAINRATH |
| Rita STENGER, BEd | Gerhard HUTTER |
| Johannes MEZGOLITS | Markus ULRAM |
| Georg ROSNER | Dipl.Päd. DI Carina LASCHOBER-LUIF |
| Géza MOLNÁR | Ilse BENKÖ |

**Umweltausschuss**

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Erwin PREINER | Verena DUNST |
| Rita STENGER, BEd | Gerhard BACHMANN |
| Wolfgang SODL | Elisabeth TRUMMER |
| Ing. Thomas SCHMID | Doris PROHASKA |
| Kilian BRANDSTÄTTER | Gerhard HUTTER |
| Walter TEMMEL | Melanie ECKHARDT, MSc |
| Dipl.Päd. DI Carina LASCHOBER-LUIF | DI Julia WAGENTRISTL, BSc |
| Johann TSCHÜRTZ | MMag. Alexander PETSCHNIG |

**Wirtschaftsausschuss**

| Mitglieder: | Ersatzmitglieder: |
|---|---|
| Gerhard HUTTER | Mag. Christian DAX |
| Roman KAINRATH | Wolfgang SODL |
| Elisabeth BÖHM | Ing. Thomas SCHMID |
| Mag. Kurt MACZEK | Claudia SCHLAGER |
| Dieter POSCH | Rita STENGER, BEd |
| Melanie ECKHARDT, MSc | Mag. Christoph WOLF, M.A. |
| Patrik FAZEKAS, BA | Walter TEMMEL |
| MMag. Alexander PETSCHNIG | Johann TSCHÜRTZ |

Soweit mein Bericht beziehungsweise die Bestätigung der gewählten Mitglieder aller Ausschüsse inklusive natürlich dem Hauptausschuss.

**3. Punkt: Wahl in den Landes-Rechnungshofausschuss**

**Präsidentin Verena Dunst:** Der 3. und zugleich letzte Punkt der Tagesordnung betrifft Wahlen in den Landes-Rechnungshofausschuss. Dies ist erforderlich, da die Landtagsabgeordneten Fazekas, Steiner, Ulram und Handig ihr Mandat im Landes-Rechnungshofausschuss zurückgelegt haben. Zugleich hat die ÖVP-Fraktion einen neuen Wahlvorschlag für die Wahl des Obmannes und des Weiteren ihr im Landes-Rechnungshofausschuss zustehenden Mitgliedes, sowie für die Wahl der zwei Ersatzmitglieder eingebracht.

Hinsichtlich des Landes-Rechnungshofausschusses darf ich an dieser Stelle in Erinnerung rufen, dass die Mitglieder desselben gemäß Artikel 75 der Landesverfassung vom Landtag aus seiner Mitte nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bedachtnahme darauf, dass dem Landes-Rechnungshofausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss, gewählt werden.

Der Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses wird dabei auf Vorschlag jener an Stimmen stärksten im Landtag vertretenen Parteien gewählt, der kein Mitglied in der Landesregierung zukommt. Das ist die ÖVP.

Ebenso weise ich darauf hin, dass für die Wahl des Obmannes und der weiteren Mitglieder wie auch Ersatzmitglieder des Landes-Rechnungshofausschusses die Bestimmungen des Artikel 75 der Landesverfassung in Verbindung mit § 38 Abs. 3 und § 74 Abs. 4 GeOLT gelten.

Es sind daher bei diesem Wahlgang nur die Abgeordneten der ÖVP zur Stimmenabgabe berechtigt. Der Obmann, das weitere der ÖVP zukommende Mitglied wie auch die zwei Ersatzmitglieder sind gewählt, wenn der Wahlvorschlag mehr als die Hälfte an Stimmen jener Partei, die den Wahlvorschlag eingebracht hat, erhält.

Bei dieser Wahl möchte ich vorschlagen den Obmann wie auch das weitere der ÖVP zukommende Mitglied und die zwei Ersatzmitglieder der ÖVP im Landes-Rechnungshofausschuss in einem Wahlgang zu wählen, wobei jeder Abgeordnete zwei Stimmzettel erhält - einen für die Wahl des Obmannes und einen für die Wahl der weiteren Ausschussmitglieder.

Gibt es gegen diese Vorgangsweise einen Einwand? – Das ist nicht der Fall. Wir werden daher in dieser Weise vorgehen.

Ich ersuche daher die Stimmzettel zu verteilen. *(Verteilung der Stimmzettel)* Die Medienvertreter im Saal und auf der Galerie darf ich neuerlich daran erinnern, dass während des Wahlvorganges vom Filmen und Fotografieren abzusehen ist.

Die Stimmzettel sind verteilt, so dass ich Herrn Landtagsabgeordneten Killian Brandstätter ersuche, die Namensliste zu verlesen.

Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in der Wahlurne zu hinterlegen.

Bitte Herr Schriftführer. *(Über Namensaufruf durch Herrn Abgeordneten Killian Brandstätter hinterlegen Eckhardt Melanie, Fazekas Patrick, Handig Gerald, Laschober-Luif Karina, Mezgolits Johannes, Rosner Georg, Steiner Thomas, Temmel Walter, Ulram Markus, Wagentristl Julia, Wolf Christoph die Stimmzettel in die Wahlurne.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Die Stimmabgabe ist nun beendet. Ich ersuche nun die beiden Schriftführer Landtagsabgeordneter Killian Brandstätter und Landtagsabgeordnete Dipl. Ing. Julia Wagentristl, BSc die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(nach erfolgter Stimmenzählung)***:** Bei dieser Wahl wurden 11 Stimmen abgegeben. Davon sind 11 gültig. Bei der soeben durchgeführten Wahl wurde somit Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner mit 11 Stimmen zum Obmann des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt. Damit dürfen wir ihm gratulieren.

Des Weiteren wurde Herr Landtagsabgeordneter Gerald Handig mit 11 Stimmen zum Mitglied des Landes-Rechnungshofausschusses gewählt. Wir gratulieren Herr

Abgeordneter Patrick Fazekas, BA wurde ebenfalls mit 11 Stimmen genauso wie Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram mit 11 Stimmen zu Ersatzmitglieder im Landes-Rechnungshofausschuss gewählt.

Meine Damen und Herren, herzliche Gratulation. In dem Fall sind es vier Herren. Der Landtag gratuliert.

Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Nachdem nunmehr die Ausschüsse gewählt sind, kann ich auch die erforderlichen Zuweisungen vornehmen.

Ich weise die selbständigen Anträge Zahl: 22 - 1, Beilage 1, und Zahl 22 - 2, Beilage 2, dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss zu.

Den selbständigen Antrag Zahl 22 - 3, Beilage 3, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die selbständigen Anträge Zahl 22 - 4, Beilage 4, sowie die Zahl 22 - 5, Beilage 5, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass hier die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 2. April 2020, vorgesehen ist.

Außerdem darf ich Sie erinnern, dass am Mittwoch, dem 18. März 2020, um 14.00 Uhr, die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse stattfinden.

Ich darf natürlich auch im Anschluss an die heutige Sitzung, das habe ich vorhin schon gesagt, die Einladung nochmals wiederholen, dass Sie herzlich eingeladen sind, die neuen Abgeordneten in die Landtagsdirektion zu kommen und ich darf zu einer Präsidialkonferenz nunmehr um 12.30 Uhr in mein Büro bitten.

Nachdem ich vorher gehört habe, dass einige Abgeordnete noch etwas zu erledigen haben, ist die Bitte, natürlich dieser Bitte, der Landtagsdirektion nachgekommen, sodass um 13.00 Uhr die Einladung in die Landtagsdirektion gilt. Ich wiederhole, die Präsidialkonferenz bitte um 12 Uhr 30 Minuten.

Ich erkläre die heutige Sitzung für g e s c h l o s s e n .

**Schluss der Sitzung: 12 Uhr 10 Minuten**

Landtag Burgenland

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
03. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 16. April 2020**
09.05 Uhr - 09.23 Uhr

## Tagesordnung

1. Fragestunde;

---

# Inhalt

**Landtag**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 69)

**Beginn der Sitzung: 09 Uhr 05 Minuten**

**Präsidentin Verena Dunst:** Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Frau Landeshautpmann-Stellvertreterin!

Seitens des Burgenländischen Landtages darf ich Sie heute zur 3. Sitzung des Burgenländischen Landtages in der neuen Legislaturperiode begrüßen.

Gerne würden wir alle gemeinsam, natürlich auch die Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, begrüßen, aber auf Grund der besonderen Situation musste ich die Galerie für die Besucher heute sperren lassen. Umso herzlicher begrüßen wir alle natürlich gemeinsam die Zuhörerinnen und Zuhörer, die uns heute via Live-Stream mitverfolgen.

Die Corona-Krise trifft uns alle. Wir wissen aber, dass gerade in dieser Situation der Landtag handlungsfähig bleiben muss, um weiter für die Menschen im Burgenland arbeiten zu können. Außergewöhnliche Umstände erfordern besondere Maßnahmen. So findet heute diese Landtagssitzung unter größtmöglicher Hygienevorkehrung statt. Es geht mir hier darum, die erforderlichen Mindestabstände einzuhalten und damit sind wir heute einfach weniger Abgeordnete, weniger Damen und Herren Vertreter des Volkes im Hohen Haus. Nämlich, gerade so viele, dass Beschlüsse im Landtag mit den gewohnten Mehrheitsverhältnissen behandelt werden können.

Sehr verehrte Abgeordnete! Ich darf Sie auch bitten, die Vorgaben, die ich Ihnen bereits auch schriftlich mitgeteilt habe, einzuhalten. Ich bitte Sie, auf den Ihnen zugewiesenen Plätzen zu bleiben, auch während des ganzen Tages. Uns erwartet ja heute viel Arbeit. Da bitte ich Sie wirklich, dass Sie bei den verschiedenen Abläufen dann auch immer auf Ihren Plätzen Platz nehmen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch besonders bei allen Parteien für die Zusammenarbeit und ihre Mithilfe, dass die Arbeit im Landtag auch unter diesen schwierigen Umständen weiter gehen kann sehr herzlich bedanken.

Schutzmasken tragen wir alle. Damit Sie aber während der Sitzungen bei Wortmeldungen ohne Schutzmaske sprechen können, haben wir uns sehr bemüht, und Sie sehen deswegen auch Plexigläser. Es wird natürlich auch nach jeder Wortmeldung von Ihnen am Rednerpult gereinigt werden. Ich bitte Sie daher alle Ihre Wortmeldungen heute, ob in den Landtagssitzungen oder bei den Ausschüssen, hier von der jeweiligen Stelle des Rednerpultes zu tätigen. Mir ist es deshalb auch wichtig, mich, glaube ich im Namen von uns allen, sehr herzlich bei der Gesundheitsabteilung des Hauses zu bedanken. Besonders bedanke ich mich ganz konkret bei einem Herrn, nämlich dem Herrn Gsellmann. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist unser Landesdesinfektor Patrick Gsellmann, der uns heute den ganzen Tag zur Verfügung steht und uns begleiten wird. Ich darf ihn herzlich begrüßen und mich auch bei ihm bedanken. Sie verzeihen auch, dass heute ein Nichtabgeordneter hier im Landtagssitzungssaal sein wird. Aber, ich habe ihn gebeten, damit hier die Hygienemaßnahmen auch während des gesamten Ablaufes heute bei uns im Landtagssitzungssaal gesetzt werden können.

Damit darf ich die 3. Sitzung des Burgenländischen Landtages e r ö f f n e n.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 2. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Landtagsabgeordneten Ilse Benkö, Kilian Brandstätter, Melanie Eckhart, Gerald Handik, Roman Keinrath, Dipl. Päd. DI Carina Laschober-Luif, Mag. Kurt Maczek, Johannes Mezgolits, Géza Molnár, Dieter Posch, Erwin Preiner, Claudia Schlager, Ing. Thomas Schmid, Rita Stenger, Wolfgang Spitzmüller, Elisabeth Trummer und Mag. Christoph Wolf, M.A. entschuldigt.

Des Weiteren hat sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil entschuldigt.

**Mitteilung des Einlaufes:**

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr darf ich die Frau Schriftführerin DI Julia Wagentristl, BSc, um Verlesung des Einlaufes bitten.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Schriftführerin DI Julia Wagentristl:** Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird (Zahl 22 - 25) (Beilage 25);

Vom Rechnungshof sind die Berichte betreffend

1. Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau (Zahl 22 - 6) (Beilage 6);
2. System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen (Zahl 22 - 7) (Beilage 7);
3. Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich (Zahl 22 - 8) (Beilage 8);
4. Pflege in Österreich (Zahl 22 - 18) (Beilage 18);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof sind die Prüfungsberichte betreffend

1. Hagelversicherung 2015 bis 2019 (Zahl 22 - 16) (Beilage 16);
2. Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungs-periode (Zahl 22 - 17) (Beilage 17);
3. Tätigkeitsbericht 2019 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 22 - 19) (Beilage 19);

eingelangt.

Von der Volksanwaltschaft ist der Sonderbericht betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung (Zahl 22 - 14) (Beilage 14) eingelangt.

Von den Neos Burgenland ist die Petition betreffend Livestream - Übertragungen von öffentlichen Gemeinderatssitzungen ermöglichen (E 1) eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländischen IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 31) (Beilage 31);
2. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 32) (Beilage 32);
3. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird (Zahl 22 - 33) (Beilage 33);

4. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 34) (Beilage 34);
5. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 35) (Beilage 35);

sowie die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend Beschäftigungsinitiative „Chance 50 plus“ (Zahl 22 - 9) (Beilage 9);
2. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend Firmeninsolvenzen (Zahl 22 - 10) (Beilage 10);
3. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Burgenland-Straße B50 (Zahl 22 - 11) (Beilage 11);
4. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend European Open (Zahl 22 - 12) (Beilage 12);
5. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend 35 Stunden Woche (Zahl 22 - 13) (Beilage 13);
6. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Kulturförderungsbeitrag (Zahl 22 - 15) (Beilage 15);
7. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Burgenland Card (Zahl 22 - 20) (Beilage 20);
8. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend Hallenbad Neusiedl am See (Zahl 22 - 21) (Beilage 21);
9. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend private Busunternehmen (Zahl 22 - 22) (Beilage 22);
10. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Sicherheitsausbau S4 (Zahl 22 - 23) (Beilage 23);
11. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend pflegender Angehöriger (Zahl 22 - 24) (Beilage 24);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 9) betreffend Beschäftigungsinitiative „Chance 50 plus“ (Zahl 22 - 26) (Beilage 26);
2. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 10) betreffend Firmeninsolvenzen (Zahl 22 - 27) (Beilage 27);
3. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 12) betreffend European Open (Zahl 22 - 28) (Beilage 28);
4. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner (Zahl 22 - 11) betreffend Burgenland Straße B50 (Zahl 22 - 29) (Beilage 29);
5. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 13) betreffend 35 Stunden Woche (Zahl 22 - 30) (Beilage 30);

6. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 15) betreffend Kulturförderungsbeitrag (Zahl 22 - 36) (Beilage 36);

eingelangt.

**†Präsidentin Verena Dunstl:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ich darf weiter fortfahren. Die Regierungsvorlage Zahl 22 - 25, Beilage 25, sowie die Berichte des Rechnungshofes Zahl 22 - 6, Beilage 6, Zahl 22 - 7, Beilage 7, Zahl 22 - 8, Beilage 8, Zahl 22 - 8, Beilage 18, und den Sonderbericht der Volksanwaltschaft Zahl 22 - 14, Beilage 14, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Die selbstständigen Anträge Zahl 22 - 34, Beilage 34, Zahl 22 - 35, Beilage 35, Zahl 22 - 31, Beilage 31, Zahl 22 - 32, Beilage 32, und Zahl 22 - 33, Beilage 33, weise ich dem Rechtsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshof, Zahl 22 -16, Beilage 16, Zahl 22 – 17, Beilage 17, und Zahl 22 - 19, Beilage 19, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss zu.

Die Petition E1 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen, Zahl 22 - 9, Beilage 9, Zahl 22 – 10, Beilage 10, Zahl 22 - 12, Beilage 12, Zahl 22 – 13, Beilage 13, Zahl 22 - 21, Beilage 21, und Zahl 22 - 24, Beilage 24, habe ich Herrn Landesrat Christian Illedits,

die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 11, Beilage 11, Zahl 22 - 22, Beilage 22, und Zahl 22 - 23, Beilage 23, habe ich Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner,

die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 15, Beilage 15, und Zahl 22 - 20, Beilage 20, habe ich Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 26, Beilage 26, Zahl 22 - 27, Beilage 27, Zahl 22 - 28, Beilage 28, Zahl 22 - 29, Beilage 29, Zahl 22 - 30, Beilage 30, und Zahl 22 - 36, Beilage 36, den Fragestellern und Damen und Herren des Hohen Landtages übermittelt.

Weiters möchte ich mitteilten, dass am 8. April 2020 die selbstständigen Anträge Zahl 22 - 1, Beilage 1, Zahl 22 - 2, Beilage 2, Zahl 22 - 3, Beilage 3, von der Antragstellerin zurückgezogen wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir können nunmehr in die Tagesordnung eingehen.

Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

**1. Punkt: Fragestunde**

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Entsprechend einer zwischen den Parteien getroffenen Übereinkunft wurden für die heutige Sitzung keine mündlichen Fragen eingebracht.

Wir kommen daher bereits zum Schluss dieser Sitzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung dieser dritten Landtagssitzung ist damit e r l e d i g t.

Ich darf allerdings darauf hinweisen, dass heute noch ein langer Landtagstag vor uns liegt und darf zunächst für 9 Uhr 45 Minuten zu einer Präsidialkonferenz laden.

Ich darf die Vertreter der erweiterten Präsidialkonferenz hier gleich im Anschluss im Landtagssitzungssaal ersuchen dazubleiben, um diese Sitzung durchzuführen.

Im Anschluss finden wie bereits avisiert die Konstituierungen der Ausschüsse und sodann um ca. 13 Uhr eine weitere Landtagssitzung statt.

Die Medienvertreter werden ersucht, für die Präsidialkonferenz und die Ausschüsse den Saal zu verlassen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

**Ende der Sitzung um 09 Uhr 23 Minuten**

Landtag Burgenland

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
04. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 16. April 2020**

13.52 Uhr - 17.40 Uhr

## Tagesordnung

1. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie

2. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie

3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird

4. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländischen IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird

7. Bericht des Rechnungshofes betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau

8. Bericht des Rechnungshofes betreffend System der Finanzzielsteuerung im

Gesundheitswesen

9. Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich

10. Bericht des Rechnungshofes betreffend Pflege in Österreich

11. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019

12. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode

13. Tätigkeitsbericht 2019 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes

14. Sonderbericht der Volksanwaltschaft betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3

---

## Inhalt

### Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 81)

### Verhandlungen

**Bericht** des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 34) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 34) (Beilage 43) (Beilage 44);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 83)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 102)

**Bericht** des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 35) über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 35) (Beilage 45) (Beilage 46);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 83)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 84), Johann Tschürtz (S. 87), Markus Ulram (S. 89), Robert Hergovich (S. 92), Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 95), Landesrat Christian Illedits (S. 99)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 103)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 25), mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird (Zahl 22 - 25) (Beilage 47);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 104)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 114)

**Bericht** des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 31), mit dem das Burgenländischen IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 31) (Beilage 48) (Beilage 49);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 104)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 114)

**Bericht** des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 32), mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 32) (Beilage 50) (Beilage 51);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 105)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 114)

**Bericht** des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 33), mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird (Zahl 22 - 33) (Beilage 52) (Beilage 53);
Berichterstatter: Wolfgang S o d l (S. 105)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 106), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 106), DI Julia W a g e n t r i s t l, BSc (S. 109), Gerhard B a c h m a n n (S. 110), Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 112)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 115)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 6) betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau (Zahl 22 - 6) (Beilage 54);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 116)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 132)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 7) betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen (Zahl 22 - 7) (Beilage 55);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 117)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 132)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 8) betreffend Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich (Zahl 22 - 8) (Beilage 56);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 117)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 133)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 18) betreffend Pflege in Österreich (Zahl 22 - 18) (Beilage 57);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 117)
Annahme des Berichtes des Rechnungshofes (S. 133)

**Bericht** des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des

Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 16) betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019 (Zahl 22 - 16) (Beilage 58);
Berichterstatter: Ewald Schnecker (S. 118)
Annahme des Prüfungsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 133)

**Bericht** des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 17) betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode (Zahl 22 - 17) (Beilage 59);
Berichterstatter: Patrik Fazekas (S. 118)
Annahme des Prüfungsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 133)

**Bericht** des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2019 (Beilage 19) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 22 - 19) (Beilage 60);
Berichterstatter: Johann Tschürtz (S. 119)
Annahme des Tätigkeitsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 133)
**Bericht** des Rechtsausschusses über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft (Beilage 14) betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung (Zahl 22 - 14) (Beilage 61);
Berichterstatter: Doris Prohaska (S. 119)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 120), Johann Tschürtz (S. 123), Patrik Fazekas (S. 125), Mag. Christian Dax (S. 129), Markus Ulram (S. 131)
Annahme des Sonderberichtes der Volksanwaltschaft (S. 133)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 5) betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3 (Zahl 22 - 5) (Beilage 62);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 134)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 134 und S. 140), MMag. Alexander Petschnig (S. 138), Mag. Thomas Steiner (S. 141), Robert Hergovich (S. 144)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 81)

## Beginn der Sitzung: 13 Uhr 52 Minuten

**Präsidentin Verena Dunst:** Einen schönen Nachmittag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Regierungsmitglieder, an der Spitze mit der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Seitens des Burgenländischen Landtages darf ich Sie nun zur 4. Sitzung des Burgenländischen Landtages begrüßen.

Wir freuen uns natürlich sehr und gleichzeitig wollen wir uns entschuldigen bei allen Besucherinnen und Besuchern, die uns heute via Livestream mitverfolgen, dass wir anstatt 13.00 Uhr, jetzt um 13.45 Uhr in die 4. und damit zweite Sitzung des heutigen Tages einschreiten.

Das hat damit zu tun, dass die Damen und Herren Abgeordneten heute eine sehr, sehr große Tagesordnung haben. Um 9.00 Uhr haben wir begonnen mit Ausschusssitzungen, um 10.00 Uhr mit einer Landtagssitzung.

Und damit die Landtagsdirektion dementsprechend auch die Unterlagen für diese jetzige zweite Landtagssitzung des heutigen Tages vorbereiten kann, sind wir zu dieser Verspätung gekommen. Danke, dass Sie uns trotzdem jetzt auch noch begleiten.

Wie auch heute in der früh schon, darf ich darauf hinweisen, dass der heutige Landtag mit besonderen Hygienemaßnahmen stattfindet, weil es einfach darum geht, dass die Damen und Herren, die seitens der Menschen im Burgenland gewählt sind, auch gesund bleiben können.

Die Galerie haben wir heute sperren müssen. Ich muss mich dafür entschuldigen, aber es ist unter diesen Umständen einfach nicht möglich. Wir werden heute schon den ganzen Tag begleitet seitens der Gesundheitsabteilung - hier ganz speziell vom Landesdesinfektor Patrick Gsellmann.

Er wird auch bei dieser Sitzung mit dabei sein und dafür sorgen, dass wir zwischen den einzelnen Redebeiträgen und so weiter hier gesund bleiben können. Ich danke Ihnen herzlich.

Die heutige Landtagssitzung mit vielen Beschlüssen ist sehr, sehr wichtig und wir wollen auch als Landtag, als Hoher Landtag, alle Damen und Herren Abgeordneten und der Regierung, zeigen, dass wir auch in dieser Zeit funktionsfähig, handlungsfähig für die Menschen im Burgenland sein müssen.

Daher bedanke ich mich gleich zu Beginn dieser Sitzung bei allen Abgeordneten und bei allen Fraktionen, die hier im Hohen Landtag anwesend sind und mitarbeiten, für die gute Zusammenarbeit. Gerade in Zeiten wie diesen müssen wir eben zeigen, dass der Parlamentarismus und die Demokratie gut funktionieren können.

In der heutigen Sitzung in der Früh sind einige Verhandlungsgegenstände in den Landtag eingelaufen. Darunter auch die COVID-19 Sammelgesetze. Die wurden, wie viele andere Gesetze und verschiedene Beschlüsse, Anträge und so weiter, in den Ausschüssen behandelt und werden eben Gegenstand in dieser Sitzung sein.

Damit darf ich jetzt offiziell die 4. Sitzung des Burgenländischen Landtages e r ö f f n e n.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtliche Verhandlungsschrift der 3. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Wir arbeiten, ja - Hoher Landtag - meine Damen und Herren auch Sie zuhause, heute nicht mit 36, sondern mit 19 Abgeordneten, daher ergibt sich, dass alle anderen Abgeordneten, die heute nicht dabei sind, ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung natürlich entschuldigt haben.

Ich darf daher entschuldigen die Landtagsabgeordneten Ilse Benkö, Kilian Brandstätter, Melanie Eckhardt, Gerald Handig, Roman Kainrath, die Frau DI Carina Laschober-Luif, den Herrn Mag. Kurt Maczek, Johannes Mezgolits, Géza Molnár, Dieter Posch, Erwin Preiner, Claudia Schlager, Ing. Thomas Schmid, Rita Stenger, Wolfgang Spitzmüller, Elisabeth Trummer und Mag. Christoph Wolf.

Des Weiteren hat sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil entschuldigt.

Ich darf darauf hinweisen, dass aufgrund der aktuellen COVID-Krisensituation die heutige Sitzung eben nur via Livestream, wie ich vorher schon gesagt habe, verfolgt werden kann.

Nunmehr darf ich die Frau Abgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc, als Schriftführerin, um Verlesung des Einlaufes bitten.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Mitteilung des Einlaufes**

**Schriftführerin DI Julia Wagentristl:** Einlauf für die 04. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 16.04.2020.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzesentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, Zahl 22 -40, Beilage 40;

2. Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, Zahl 22 - 41, Beilage 41.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der COVID-19-Krise, Zahl 22 - 37, Beilage 37;
2. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von COVID-19 auf dem Arbeitsmarkt, Zahl 22 - 38, Beilage 38,
3. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von COVID-19 auf die Wirtschaft, Zahl 22 - 39, Beilage 39.
4. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19 Krise, Zahl 22 - 42, Beilage 42.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Frau Abgeordnete. Bevor ich zu den weiteren Vorlagen komme, darf ich noch darauf hinweisen, dass uns allen sehr wichtig ist, dass natürlich heute auch die beiden Damen seitens Gebärdendolmetsch hier sind. Wir dürfen sie gemeinsam begrüßen. Und, wie gesagt, gerade jetzt wollen wir niemanden ausschließen.

Ich darf zur weiteren Verlesung der Vorlagen kommen. Die Regierungsvorlagen mit der Zahl 22 - 40, Beilage 40, sowie die Zahl 22 - 41, mit der Beilage 41, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die selbständigen Anträge mit der Zahl 22 - 37, Beilage 37, sowie die Zahl 22 - 38, mit der Beilage 38, Zahl 22 – 39, Beilage 39, und zuletzt die Zahl 22 - 42, mit der Beilage 42, weise ich dem Rechtsausschuss zu.

Weiters möchte ich mitteilen, dass der selbständige Antrag mit der Zahl 22 - 4, Beilage 4, mit heutigem Tag von den Antragstellern zurückgezogen wurde.

Weiters möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, dass ich den Beschluss des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses über die Anzeigen der Mitglieder des Burgenländischen Landtages aufgrund des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983 den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt habe.

Außerdem möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, mitteilen, dass in der heutigen konstituierenden Sitzung des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, sowie des Rechtsausschusses, die Obfrauen, die Obmänner, die Obmann-Stellvertreterinnen und Obmann-Stellvertreter sowie die Schriftführerinnen und die Schriftführer gewählt wurden.

Im Landes-Rechnungshofausschuss, wo ja schon Obmann und Obmann-Stellvertreter gewählt wurden, wurden die Schriftführer heute noch gewählt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung versendet und ist unverändert geblieben.

Sie verzeihen, - übrigens Sie sehen, wir sind gerade dabei eben die Unterlagen und Vorlagen für Sie, die jetzt vorbereitet sind, zu verteilen.

Zur Frage zurück, die Tagesordnung betreffend: Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall, dann darf ich in die Tagesordnung eingehen.

**1. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 34) über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 34) (Beilage 43) (Beilage 44)**

**2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 35) über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 35) (Beilage 45) (Beilage 46)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, da der 1. und 2. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 1. und 2. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Natürlich klar, die Abstimmung erfolgt dann getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Daher, Hohes Haus! Gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT darf die zweite Lesung in der Regel nicht vor Ablauf der 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden. Nur aufgrund eines Vorschlages von mir als Präsidentin, und vor allem mit einer Mehrheit

von zwei Dritteln der Landtagsabgeordneten des darüber gefassten Beschlusses, und nur dann, kann von der 24-Stunden-Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Der 1. und der 2. Tagesordnungspunkt werden gemeinsam debattiert werden.

Ich schlage jetzt daher vor, die Abstimmung gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT für diese beiden Punkte nunmehr in einem vorzunehmen. Meine Frage an Sie, Hohes Haus, erhebt sich dagegen ein Einwand? -

Das ist nicht der Fall.

Dann, meine Damen und Herren, befinden wir uns schon in der ersten Abstimmung.

Ich ersuche also jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dafür sind, dass der Antrag Zahl 22 – 34, mit der Beilage 34, sowie der Antrag Zahl 22 – 35, mit der Beilage 35, in die zweite Lesung genommen werden, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat einstimmig und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, den Antrag mit der Zahl 22 - 34, Beilage 34, und den Antrag mit der Zahl 22 - 35, Beilage 35, in die zweite Lesung zu nehmen.

Nunmehr kommen wir eben zum 1. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Rechtsausschusses, sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes mit der Beilage 34, über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie, mit der Zahl 22 - 34, Beilage 43 und 44.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt 1 ist der Abgeordnete Klubobmann Hergovich für den Rechtsausschuss und für den Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss.

General-und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Robert Hergovich:** Frau Präsidentin! Der Rechtsauschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben in ihren beiden getrennten Sitzungen den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dann darf ich gleich den zweiten Bericht machen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben ebenso in ihren getrennten Sitzungen den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen, auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie in ihren 01. Sitzungen am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Berichterstatter, Herr Klubobmann. Das heißt, wir können dann gleich in die General- und Spezialdebatte, die unter einem durchgeführt wird, weiter gehen und diskutieren jetzt den 1. und 2. Punkt gemeinsam, wo es um die Landesrechtsordnung beziehungsweise um das Burgenländische Gemeinderecht geht.

Ich darf gleich zur ersten Rednerin kommen. Als Erste hat sich zu Wort gemeldet Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik. Ich darf Sie ans Rednerpult bitten, wenn wir das Rednerpult fertig haben.

Ich danke Ihnen Herr Gsellmann, bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream, die das hier mitverfolgen, diese ganz besondere Sitzung.

Dass das Land seit Wochen in einem Krisenmodus ist, das brauchen wir hier nicht näher zu erläutern. Unser Alltag ist beherrscht von dem einen großen Ziel diese Corona-Pandemie zu überstehen. Gesundheitlich zu überstehen. Die Zahl der Toten und schwer Erkrankten möglichst gering zu halten und das Gesundheitssystem stabil und funktionsfähig zu halten, das ist unser großes Ziel. Das gelingt zurzeit mit dem von der Bundesregierung verordneten Maßnahmen bislang ganz gut. Und auch mit dem, wie wir im Landtag damit umgehen, funktioniert das gut.

Es geht aber auch darum, diese Pandemie wirtschaftlich zu überstehen. Wir erleben das erste Mal, dass der höchste Wert für politische Entscheidungen die Gesundheit der Menschen ist und dass diesem Wert sogar die Wirtschaft nachgereiht wird. Die Krise wirtschaftlich zu überstehen heißt nicht nur jetzt viel Geld für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Unterstützung von Unternehmen in die Hand zu nehmen, das heißt auch, nach der Krise ein Konjunkturpaket zu schnüren.

Und das, davon bin ich überzeugt, muss klimafit und krisenfest sein. Dann ging es darum, die Pandemie gesellschaftlich und persönlich zu überstehen. Viele kämpfen mit den Einschränkungen der sozialen Kontakte über so einen langen Zeitraum hinweg. Sehr heikel ist die Frage der Kinderbetreuung und der Schulbesuch.

Da geht es auf der einen Seite darum, dass Kinder auch außerhalb der eigenen vier Wände gut betreut werden können, wenn das zu Hause nicht mehr in vollem Umfang möglich ist. Da geht es aber auch darum, wie können Kinder und Jugendliche lernen und unter welchen Bedingungen können Lehrerinnen und Lehrer unterrichten.

Wir haben uns als GRÜNE dazu auch schon einige Vorschläge überlegt. Der Bildungsminister sollte nun auch bald Orientierung geben, wie etwa Unterricht in kleinen Gruppen mit einzelnen Kindern, angepasst an die unterschiedlichen familiären Verhältnisse, gestaltet werden kann. Ich bin auch durchaus dafür, dass man die Lehrerinnen und Lehrer in die Entscheidung miteinbezieht.

Sie zu fragen, ihre Kompetenzen, ihre Praxis in die Entscheidung mithineinzunehmen und ihr zugrunde zu legen. Sie auch direkt zu fragen, was sie bereit sind zum Beispiel im Sommer per allfälligen Lerncamps beizutragen, wo dann Kinder und

Jugendliche nachlernen können, was jetzt gerade nicht möglich ist. Das Feld ist sehr breit, die Redezeit nicht so lang.

Wichtig ist aber auch, dass wir diese Krise gesellschaftlich, persönlich und jeder für sich selbst im eigenen Leben bewältigen kann. Wir sind alle dazu gefordert, jetzt die Balance zwischen Selbstbestimmung und Solidarität, zwischen individuellen Bedürfnissen und gesundheitlicher Notwendigkeit der Gesellschaft zu finden. Die Politik hat die Aufgabe dafür die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und damit die Krise zu managen. Im Bund, damit waren wir in den letzten Wochen sehr intensiv beschäftigt und wir haben das wahrscheinlich alle täglich mindestens einmal, wenn nicht mehrmals auch in den Medien mitvollzogen.

Für mich, wie für viele da im Saal, durchaus eine Alltagsaufgabe der letzten Wochen hier vermittelnd auch mit tätig zu sein, viele Anfragen aus der Bevölkerung und von Einzelpersonen zu beantworten. Und wir haben hier im Land die Aufgabe die entsprechenden COVID-19-Gesetze zu fassen, zu beschlussfassen. Was sind die damit verbundenen Fragen für mich? Was, wie viel, wie lange, was noch und was fehlt?

Was? Nun es ist so, dass wenn Menschen im Homeoffice tätig sind, nicht auf Ämter gehen können, weil das Leben auf die wichtigsten Wege beschränkt ist. Dann ist es etwa nötig, dass Fristen in Behördenwegen ausgesetzt oder um juristisch zu sprechen, das habe ich jetzt auch gelernt bei den Verhandlungen, gehemmt werden.

Es geht um die Möglichkeit etwa von Videokonferenzen für verschiedenste Arbeitsgruppen, Gremien, aber auch Verwaltungskörper, aber auch politische Vertretungen, weil es ja nicht möglich ist, jetzt nahe und in großer Menge zusammenzukommen. Es geht darum, neue Wege der Beschlussfassung zu ermöglichen. Wir wissen, wir sind in einem Rechtsstaat, da kann man nicht einfach sagen wir machen irgendeinen Beschluss schriftlich, wenn das so nicht vorgesehen ist, zum Beispiel in einer Gemeindeordnung.

Also all diese Kleinigkeiten und auch diese großen Grundlagen müssen hier in diesen Gesetzen beschlossen werden. Wie viel? Heute sind es 39 Gesetze. Wenn sich zeigt, dass noch mehr nötig sein wird und dass es noch Punkte gibt, wo auf Grund neuerer Entwicklungen nachgebessert werden muss, dann werden wohl weitere Gesetze auch noch folgen. Wie lange? Seitens der GRÜNEN war es uns wichtig in den Verhandlungen, und ich bedanke mich auch hier ausdrücklich bei allen die an den Verhandlungen teilgenommen haben, und bei der jetzt verantwortlichen Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf.

Es war uns wichtig, dass wir, wie im Bund, die COVID-Gesetze nur für den Zeitraum der Krise beschließen. Wir wollen nicht, dass die Krise dazu führt oder dazu genutzt wird, auch gleich ein paar andere Neuerungen durchzuwinken. Deswegen ist es jetzt für uns alle auch transparent und gut, dass wir sagen, das was wir heute beschließen, bis auf ein paar kleine wenige Ausnahmen, die sachlich begründet sind, gelten alle Gesetze bis 31.12.2020. Dann treten sie wieder außer Kraft. Und dann kommt wieder die alte Version zur Geltung.

Sollte sich in diesen Monaten herausstellen, dass auch in Belangen, die jetzt nicht direkt die Krise betreffen, Änderungen hier vorgesehen sind, die sich bewährt haben, dann kann man das ja nachher wieder beschließen und das fortführen. Aber jetzt haben wir einmal den Überblick über die nächsten Monate, bis Ende Dezember.

Nächste Frage was noch? Ja, es wird Einzelfälle geben, wo Abläufe schneller vonstattengehen müssen, anders gestaltet sein müssen, als es in jedem einzelnen kleinen

Gesetzestext jetzt möglich ist zu regeln. Dafür erhält die Landesregierung vom Landtag die Ermächtigung, ohne weitere Beschlussfassung im Landtag Verordnungen zu erlassen.

Das ist im Bund für die Bundesregierung im wahrsten Sinn des Wortes notwendig, damit sie schnell handlungsfähig ist. Das ist auch im Land für die Landesregierung notwendig, damit sie schnell handlungsfähig ist. Ganze 12 Verordnungsermächtigungen werden wir heute also der Landesregierung ermöglichen. Das ist auch ein großer Vertrauensbeweis.

Was fehlt? Nicht glücklich sind wir mit dem, im wahrsten Sinn des Wortes, Randleben des Sozialhilfegesetzes bei den COVID-19-Gesetzen. Hier wird nur auf eine Richtlinie verwiesen, die dann wieder in der Landesregierung ausgearbeitet wird. Und es fehlt uns die Einbeziehung des Landtages zur Beschlussfassung der finanziellen Förderungen, wie das ja in allen anderen Landtagen eigentlich üblich ist.

Da werden die Förderpakete im Landtag beschlossen, jetzt gerade, meiner Information nach, in Tirol, in Wien. In den anderen Landtagen beschließt der Landtag das Finanzvolumen.

Wenn dies aber jetzt nicht der Fall ist, sondern auch hier vertrauensvoll einmal die Landesregierung agieren kann, wird es dennoch wichtig sein, dass wir im Landtag unsere Kontrollfunktion wahrnehmen können. Also hier auch ein Instrument schaffen, über die Vergabe dieser Mittel auch eine Kontrolle auszuüben. Dazu wird dann später näher wahrscheinlich der Kollege Ulram noch sprechen, weil es da einen gemeinsamen Antrag einmal seitens der Opposition gibt. Vielleicht können wir uns dann in den weiteren Verhandlungen auf eine gute Form einigen.

Wenn hier der Landtag heute diese großen Entscheidungen trifft, dann sehen wir wie groß die Herausforderungen sind. Es gäbe einiges, was mir auch seitens der Opposition und als GRÜNE Politikerin einfällt, zu kritisieren, zu hinterfragen. Ich habe mich in den letzten Wochen an meine Grundregel gehalten, diese kritischen Rückmeldungen, diese Anmerkungen, überall dort wo mir was auffällt oder wo sich auch Bürgerinnen und Bürger bei mir über etwas beschweren, kläre ich auf einem direkten Weg.

Ich bin nicht gleich damit an die Medien und das hat auch in den meisten Fällen muss ich sagen, sehr gut geklappt. Für mich ist diese Zeit der Krise jetzt nicht die Zeit, die wir für politisches, parteipolitisches Hickhack verwenden. Ich muss gestehen, ich bin von einigen Kolleginnen und Kollegen im Bund aus den dortigen Oppositionsparteien etwas enttäuscht, wie hier Einzelpunkte, unabhängig davon, ob jetzt eine sachliche Kritik hier angebracht ist oder nicht, sehr schnell auch gleich schauen, wo sie ihre politische Bühne haben.

Also wenn etwa ein Sportminister verkündet wie jetzt genau die Förderungen sind und wann was ergehen kann, und sagt die nächsten Schritte werden folgen, umgehend kommt schon eine Oppositionsquote S, das ist alles viel zu unkonkret und endlich mal, ja jetzt müssen wir einmal da antworten. Hier im Land suche ich da einen anderen Weg. Und ich hoffe, den können wir solange wie möglich einhalten. Uns ist wichtig, dass wir in der Krise zusammenhalten. Uns ist wichtig, dass Kontrolle auch in der Zusammenarbeit geht. Ich mache mir auch keine Sorgen darüber, dass wir nicht genug andere Oppositionsthemen haben, abseits von COVID-19.

Es wäre auch schön, wenn wir Informationen nicht einen Tag nach der Besprechung aus den Medien bekommen, wie das in den letzten Tagen auch immer

wieder geschehen ist. Auch da können wir, glaube ich, an der Zusammenarbeit noch ein bisschen etwas nachbessern.

Was, denke ich, für uns alle klar ist, nur durch einen guten Zusammenhalt können wir diese Krise gut überstehen. Oder wie es jetzt in Österreich oft üblich ist zu sagen, so schaffen wir das. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Frau Abgeordnete für Ihre Wortmeldung. Bevor ich den Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Tschürtz das Wort übergebe, darf ich noch ein bisschen um Geduld bitten.

Du kannst auch da, Herr Klubobmann weitersprechen, bitte. Gerne. Das Pult ist vorher gereinigt worden. Bitte Herr Klubobmann ans Rednerpult, bitte.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Ja, danke Frau Präsidentin. Der heutige Tagesordnungspunkt ist natürlich ein Gesprächsthema, das natürlich nicht nur ganz Österreich, sondern ganz Burgenland ständig, tagelang, stündlich, immer wieder beschäftigt. Es kommt da zu sehr vielen Diskussionen, zu sehr vielen Meinungen. Faktum ist natürlich, diese Pandemie hat zu tun mit Angst, mit Sorge, mit Betrachtungsweisen und natürlich auch mit in sich gehen.

Das heißt, alles was man sozusagen als in Form einer Menschlichkeit in sich trägt, kommt da im Zuge dieser Pandemie hervor. Ich glaube auch, dass wir alle sehr behutsam mit dieser Sorge umgehen und wir können stolz sein im Burgenland, wo ja die Fälle sehr, sehr gering sind, dass hier die Bevölkerung wirklich in aller Klarheit, das muss ich wirklich so ausführen, Mut hat und auch natürlich dafür sorgt, alles was notwendig ist um diesen Virus zu verhindern auch macht und sich auch an gewisse Vorgaben hält.

Natürlich wird es immer verschiedene Betrachtungsweisen geben. Wo ich auch heute zum Beispiel einen Brief bekommen habe, wo man sich natürlich seitens der Gastronomie nicht sehr glücklich zeigt, dass McDonald‘s noch diese Woche die Geschäfte beginnen kann. Jeder Gastronom hat diese Möglichkeit nicht.

Also da gibt es schon einige Dinge, die natürlich auch in der Diskussion in der Öffentlichkeit für Sprengstoff sorgen. Aber das würde jetzt den Rahmen sprengen, denn die Diskussion rund um COVID-19 ist so vielfältig und so sehr von subjektiver Betrachtungsweise gesät, dass man hier natürlich nicht wirklich von Objektivität oder von der Meinung die man hat ausgehen kann, dass das die richtige ist. Daher glaube ich, dass jeder natürlich in seiner Art und Weise selbstverständlich auch Recht hat.

Was aber mir auffällt und was nicht nur mir auffällt, sondern was wir Freiheitliche natürlich immer, immer gesagt haben und das jetzt massiv in den Vordergrund kommt, ist dieser Heimatgedanke, diese Nationalität, diese Eigenständigkeit eines Landes, das wir immer in unserem Programm festgeschrieben haben. Im Gegenzug zur Globalisierung. Man sieht das heute in Bezug auf die EU. Man sieht, dass die Globalisierung in dem Ausmaß fast schon gescheitert ist.

Das heißt, wenn wir uns darauf verlassen, dass in China alle Medikamente erzeugt werden und im Notfall wir gar nicht die Möglichkeit haben eigene Arzneimittel zu bekommen, dann sollte uns das wirklich zu denken geben. Dann sollten wir wirklich wieder einmal daran denken, dass die Eigenständigkeit, die Selbstversorgung, ein Hauptthema auch im Burgenland sein soll. Ich glaube auch, dass insgesamt die Zusammenarbeit sehr, sehr wichtig ist. Man hat das auch gesehen im Bereich Sicherheit.

Ein Kompliment dem Herrn Landesamtsdirektor, der natürlich das gemeinsam mit dem Land Burgenland sehr gut arrangiert hat. Man hat auch gesehen, dass es ganz

wichtig war, die Landessicherheitszentrale neu zu gestalten. Ich habe mir einen Sicherheitsaspekt geschaffen und ein Instrument geschaffen, das bestmöglichst aufgestellt war für die burgenländische Bevölkerung. Da möchte ich mich auch beim Geschäftsführer Christian Spuller bedanken, der wirklich in den letzten zwei, drei Jahren die Landessicherheitszentrale komplett auf neue Beine gestellt hat und wo man jetzt gesehen hat, dass das wirklich einzigartig funktioniert.

Ja, zu den Fristen. Die Frau Abgeordnete hat es schon angesprochen. Wichtig ist natürlich, dass die Fristen begrenzt sind mit 31.12.2020. Das hat aber die ÖVP genauso gesagt, wie die GRÜNEN und wir. Weil es nicht sein kann, dass man bis 21 oder 22 irgendwelche Gesetzesgrundlagen schafft und die einfach irgendwo weiterlaufen. Also die Befristung ist ganz, ganz wichtig.

Das wurde auch in das Gesetz eingeschrieben, wo ich auch sagen muss, dass der Herr Klubobmann, lieber Robert, Du sehr umgänglich mit dieser Thematik umgegangen bist und alle Meinungen auch in den Videokonferenzen eingebunden hast. Ich glaube, das ist auch wichtig in dieser Zeit. Daher können wir alle stolz sein, dass wir sozusagen gemeinsam hier dieses COVID-Gesetz geschaffen haben. Zumindest bis zum 31.12.2020. Da waren wir dann alle einer Meinung.

Das Gesetz hat ursprünglich natürlich anders ausgesehen. Aber für das gibt es ja Verhandlungen und das ist auch sehr, sehr wichtig in Bezug auf die Videokonferenzen in den Gemeinden. Ich glaube, dass dieses Thema jetzt insofern auch in die richtige Richtung geht, in den Umlaufbeschlüssen, in den Gemeinden, nur dann möglich sind, wenn auch jeder Gemeinderat mitstimmt.

Also das heißt, wenn ein einziger Gemeinderat dagegen stimmt, dann gibt es keinen Umlaufbeschluss. Also das ist aus meiner Sicht wirklich demokratisch perfekt. Oder natürlich auch die Videokonferenzen selbst. Das heißt, wenn eine Fraktion im Gemeinderat dagegen ist, dann gibt es auch keine Videokonferenz, weil vielleicht irgendeiner der Gemeinderäte nicht die Möglichkeit hat das zu verfolgen aus technischen Gründen oder auch immer, in welcher Weise auch immer.

Das heißt, was ich da gesehen habe ist ein sehr starkes Zusammenhalten in der Bevölkerung im Burgenland. Ein sehr starkes miteinander Arbeiten im Burgenland. Die politische Auseinandersetzung hat es diesbezüglich nicht so gegeben, sondern man hat immer das Gemeinsame gesucht und nicht das Trennende und das ist sehr, sehr wichtig.

Zum Burgenländischen Landtag möchte ich abschließend noch sagen, dass diese Sitzung heute in diesem Rahmen notwendig ist. Aber ich trotzdem jetzt schon anregen möchte, Frau Präsidentin, dass wir das nächste Mal wieder allen 36 Abgeordneten die Möglichkeit geben, hier mitzuwirken. Wir haben ja, man sieht es ja auf den Tribünen, sicherlich Platz genug.

Ähnlich wie im Parlament, im Plenum in Wien. Das heißt, vielleicht sollten wir es schaffen, dass wir bei der nächsten Landtagssitzung bereits alle 36 Abgeordneten einbinden. Es war jetzt ein richtiger Schritt, ein Schritt, den wir alle begrüßt haben. Aber man sieht auch, aber man hört auch natürlich, dass, und das ist ja sehr positiv zu bewerten, dass jeder Abgeordnete natürlich gerne mitreden möchte, dass jeder Abgeordnete gerne mitentscheiden möchte und daher sollten wir uns auch in diese Richtung Gedanken machen.

Ich glaube die nächste Landtagssitzung ist im Mai. Wenn man bedenkt, ab 1. Mai wird es eine Öffnung geben, in weiterer Folge eine Öffnung geben. Wobei der 1. Mai ein Feiertag ist. Das heißt, das wird dann erst ab 4. Mai sein oder so ähnlich. Aber auf jeden

Fall möchte ich mich noch einmal recht herzlich bedanken, Herr Klubobmann Hergovich, und natürlich allen anderen Fraktionen, die bei der Videokonferenz dabei waren.

Es war aus meiner Sicht ein sehr konstruktives und nachgiebiges Verhandeln, das im Endeffekt wirklich auch zu einer sehr guten Gesetzeslage geführt hat. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Klubobmann, vielen Dank für Ihre Wortmeldung. Gerne nehme ich auch Stellung dazu. Verstehe das absolut und wir freuen uns sehr, wenn wir alle 36 wieder hier mitarbeiten können. Alle anderen Landtage haben, genauso wie wir, reduziert, mit reduzierten Anwesenheiten von Abgeordneten in diesem Monat gearbeitet. Gleichzeitig finden heute beispielsweise auch in zwei anderen Bundesländern diese Sitzungen statt.

Und ich hoffe, wie wir alle, dass der nächste Landtag am 7. Mai schon so stattfinden kann, wie wir es uns alle wünschen. Möchte Ihnen nichts versprechen. Ich sage, ich habe die Verantwortung, dass wir weiterarbeiten können. Die Menschen brauchen die Beschlüsse vom Landtag. Wenn es möglich ist, gerne. Aber da müssen wir noch abwarten.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Klubobmann Ulram.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Wir erleben heute eine Zeit, eine sehr schwere Zeit. Ich behaupte, die schwerste Krise, zumindest meiner Generation, wo es gilt natürlich, nicht nur Geschlossenheit zu zeigen, sondern auch ein Dankeschön an alle Mitwirkenden zu sagen, die schwere Arbeit in dieser schweren Zeit in dieser Krise auch leisten. Ich glaube, gerade auf der politischen Ebene hat man auch in dieser Zeit große Verantwortung.

Man sieht es auf der Bundesebene, wo ich der Meinung bin, dass diese Bundesregierung sehr gut mit dieser Krise umgeht, insofern, dass sie zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Maßnahmen gesetzt hat, sehr drastisch teilweise gesetzt hat. Aber man sieht heute, dass wir in einer relativ kurzen Zeit danach schon erste Lockerungen wieder vornehmen können.

Wenn wir andere Länder ansehen sieht man, wie schwerwiegend diese Corona-Krise ausgehen kann. Mit leider sehr, sehr vielen Toten. Und wenn Erfolgsmeldungen sind, dass wir an einem Tag weniger wie 600 Tote haben, so wie in Italien oder in Spanien, so zeigt es, wie schwer diese Länder von dieser Krise betroffen sind und auch noch lange betroffen sein werden.

Wir in Österreich haben Gott sei Dank einen guten Weg eingeschlagen, um diese schwere Zeit, diese schwere Krise zu bewältigen. Ich behaupte, dass rund um den Herrn Bundeskanzler Kurz mit seinem Regierungsteam, dass wir Europameister sind in der Bewältigung diese Krise und dass wir am Ende des Tages auch Europameister bleiben werden.

Wir haben heute erstmalig die Situation in einer veränderten Art und Weise hier im Hohen Landtag eine Sitzung abzuhalten, mit einer freiwilligen Minimierung der Anwesenden, der Abgeordneten in diesem Hause, wo wir viele Sicherheitsmaßnahmen einhalten, die vorgegeben werden, die wir auch freiwillig einhalten, die wir auch einhalten müssen, um Einhalt in dieser Krise zu gebieten.

Wichtige Beschlüsse müssen natürlich heute auch gefasst werden, damit auch in den einzelnen gesetzgebenden Körperschaften vom Landtag, der Landesregierung, bis hin zu den Gemeinden, der Bezirkshauptmannschaften und vielen anderen Bereichen, die

das Burgenland auch betrifft, gesetzliche Vorgaben geschaffen werden in dieser Corona-Krise, damit wir auch dementsprechend mit dabei sind und diese Krise bewältigen können.

Ein bisschen verwundert hat es uns schon, in der Vorbereitung zu dieser Sitzung. Zum einen haben wir uns freiwillig auf eine Beschränkung im Hohen Haus eingelassen und auch befürwortet, weil wir auch glauben, dass es wichtig und richtig ist. Zum anderen sind wir das einzige Bundesland in ganz Österreich, das eine Tagesordnung mit 15 Tagesordnungspunkten heute abarbeitet, mit einem eingeschränkten Parlamentarismus und andererseits sogar ein Tagesordnungspunkt des obengenannten COVID-Gesetzes dabei ist mit 39 Artikeln dazu.

Ich finde, dass die Tagesordnung, die wir heute haben, absolut es wert gewesen wäre, wenn wir auch schon am 7. Mai die nächste Landtagssitzung haben, diese Zeit vergehen zu lassen und diese wichtigen Dinge, wie zum Beispiel sieben Rechnungshofberichte, wie zum Beispiel einen Bericht der Volksanwaltschaft über wichtige Themenbereiche, ob das die ganze Organisation, Planung, Fehlinvestitionen rund um den Bau des Krankenhauses Oberwart ist, ob das im Bereich der Pflege der Rechnungshofbericht ist.

Oder ob das der Bericht der Volksanwaltschaft ist, wo es über Menschen mit Behinderungen geht. Sie selbst, Frau Präsidentin, haben eingangs gesagt, Sie begrüßen die Gebärdendolmetscherin, weil wir gerade jetzt in dieser Zeit niemanden ausschließen wollen.

Ich gebe Ihnen hundertprozentig Recht. Es soll auch so sein. Aber genauso sehen wir auch das, dass wir jetzt eigentlich in vier Generaldebatten heute einfach 15 Tagesordnungspunkte abarbeiten, wo eigentlich in einer sehr kurzen, in einem Schnellverfahren darüber gesprochen wird.

Es hat in der letzten Zeit in dieser Krise drei informelle Gespräche mit der geschäftsführenden Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und mit dem Team gegeben, wo auch die Klubs über gewisse Vorgehensweisen des Landes, über die Aktualitäten informiert worden sind und wo wir zum Teil eingebunden und, wie gesagt, informiert worden sind.

Zahlreiche Vorschläge haben wir dennoch als Volkspartei auch eingebracht und da darf ich auch feststellen, dass viele Dinge, die das Land umgesetzt hat, Empfehlungen, Vorgaben des Bundes waren. Eigeninitiative des Landes gab es aus unserer Sicht eher weniger. Begrüßenswert ist auf alle Fälle, dass ein wirtschaftliches Paket für die Unternehmerinnen und Unternehmer in einem Gesamtvolumen von 30 Millionen Euro geschnürt worden ist, dass auch auf Vorschlag der Volkspartei eine Luftbrücke geschlagen wurde, dass wir die 24-Stunden-Pflege absichern können.

Wir haben viele andere Vorschläge noch gemacht, wo wir auch glauben, dass es sinnvoll ist in dieser schwierigen Zeit, Menschen, ob das Selbständige sind, ob das Unselbständige sind, ob das Landwirte sind, ob das unselbständig Beschäftigte sind, ob das in Berufen der Pflege Menschen sind und in vielen anderen Bereichen die betroffen sind.

Vom Homeoffice angefangen, bis hin zur Prämie in den Gesundheits- und Pflegeberufen, ob das bei den Pflegekräften ist, die Organisation, die ich vorher angesprochen habe, ob das das Angleichen der Tagsatzvereinbarung ist. So, wie es auch, zum Beispiel, der Kollege Hacker in Wien gemacht hat nach dem wertschätzenden

Verhandlungsergebnis gegenüber den Pflegekräften, wo in diesen KV-Verhandlungen ein gutes Ergebnis, glaube ich, und auch eine Wertschätzung erfolgt ist.

Bis hin zu den Beiträgen im Pflichtschulbereich, dass die Eltern nicht darauf sitzen bleiben und viele andere Vorschläge mehr. Ich bin heute ein bisschen verwundert gewesen, dass wir nicht selbst als Landesregierung agieren, sondern drei Anträge am heutigen Tage hier eingebracht werden, die ausschließlich die Bundesregierung auffordert, im Bereich der Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im Bereich der Wirtschaft und im Bereich der Unterstützung der Gemeinden, tätig zu werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben heute beziehungsweise ich habe heute eine schriftliche Anfrage an das zuständige Regierungsmitglied bezüglich der Bedarfszuweisungen für die Gemeinden eingebracht. Es gibt anscheinend Rücklagen, die über Jahre gebildet worden sind, wo ich persönlich nicht einsehe, dass mit den Geldern der Gemeinden Rücklagen geschaffen werden.

Gerade jetzt wäre es nämlich tunlichst notwendig, dass diese Gelder ausgeschüttet werden, damit dieses Einbrechen der Ertragsanteile, des prozentuelle Ausschüttens des Steuervolumens des Bundes aufgefangen wird und dass die Gemeinden nicht Gefahr laufen, finanziell in Schieflage zu kommen.

Ich glaube, dass gerade jetzt die Zeit ist, dass wir die Gemeinden auch wesentlich unterstützen. Die Gemeinden sind die regional größten Investoren in unserem Land und wenn ich heute als Gemeinde investiere, schaffe ich und sichere gleichzeitig auch mit der Wirtschaft Arbeitsplätze und somit auch im persönlichen und privaten Bereich eine Absicherung mit dem Einkommen.

Das und vieles mehr sind wir auch der Meinung, dass nicht nur die Landesregierung kontrolliert werden soll, denn das ist ja die ureigenste Aufgabe des Landtages, sondern, dass wir auch ein zusätzliches Kontrollinstrument in diesen Landtag einbringen. Heute haben wir als Volkspartei deshalb gemeinsam mit der FPÖ und den GRÜNEN einen Antrag eingebracht, wo wir einen Beirat zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-Krise einrichten möchten.

Wo von der Regierung bis hin aller im Landtag vertretenen Parteien in diesem Beirat sitzen sollen. Diese begleitende Kontrolle machen sollen, bis hin zu den Sozialpartnern, bis hin zu einem Mitglied des Landes-Rechnungshofes, weil wir glauben, dass gerade in dieser Zeit Transparenz notwendig ist.

Man darf niemandem etwas unterstellen. Wir wollen das auch nicht, aber darum kann man umgekehrt auch nicht gegen Transparenz etwas haben und so, wie es auf Bundesebene geschieht, so können wir das natürlich auch auf Landesebene uns vorstellen und wir glauben auch, dass es wichtig ist.

Dass eine Kontrolle darüber herrscht, wie jetzt mit diesem 30 Millionen Euro Paket, das sicher richtig und wichtig ist, in diesem Bereich umgegangen wird, wer wo zielgerichtet unterstützt wird. Wer wo im Bereich der Pflege zielgerichtet unterstützt wird, wenn heute 24-Stunden-Betreuerinnen eingeflogen werden. Wer sind die? Wo kommen sie hin? Wie geht man mit dieser Thematik um?

Da spricht auch nichts dagegen, hier begleitend eine Kontrolle zu machen.

Wir sind heute sehr dafür, dass wir diese COVID-Gesetze auch mittragen, auch wenn wir gleichzeitig, trotz vieler Gespräche, aber nicht in allen einzelnen Bereichen glücklich sind. Wie vorhin schon angesprochen wurde, sind wir zumindest im Einklang

gemeinsam soweit auf einen Nenner gekommen, dass wir alle diese COVID-Novelle betreffenden Gesetze befristet bis Ende des Jahres mittragen.

Somit haben wir im Landtag die Möglichkeit, über die einzelnen Gesetze noch einmal zu sprechen.

Daher wird auch die Volkspartei dieser COVID-Novelle zustimmen. Ich darf abschließend noch erwähnen, dass, ich glaube, da spreche ich auch für alle hier im Hohen Landtag vertretenen Parteien, dass wir sehr stolz auf alle Burgenländerinnen und Burgenländer sind, die mithelfen in dieser schweren Zeit alle Vorgaben und Maßnahmen einzuhalten, aber auch gleichzeitig an jene ein großes Dankeschön sagen, die mit ihrer Arbeitskraft in jedem einzelnen Bereich ihren Beitrag dazu leisten.

Diese Wertschätzung wollen wir auch in vielen anderen Bereichen, von der Pflege bis hin zur Landwirtschaft und der Kassiererin und der Raumpflegerin in allen anderen Bereichen wissen. Darum sagen wir heute, jetzt an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für ihre geleistete Arbeit und dass wir in Zukunft dieses Schiff Österreich, unser Heimatland Burgenland und unsere Gemeinden aufrecht halten können und mit einer geeinten Unterstützung natürlich schauen, dass diese geregelten Bahnen weiter verfolgt werden können.

Dazu braucht es diese Unterstützung. Diese werden wir auch weiter einfordern. Wenn unser Rat gefragt ist, stehen wir natürlich bei jedem Gespräch gerne zur Verfügung. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann für Ihren Redebeitrag. Ich darf nunmehr den Abgeordneten Klubobmann Robert Hergovich herausbitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns wahrscheinlich in der größten Krise seit 1945. Es ist eine weltweite Gesundheitskrise, die von einem Tag auf den anderen unser Leben völlig verändert. Die uns viel abverlangt und die vor allem viel Flexibilität erfordert.

Flexibilität von Unternehmungen, Flexibilität vom Gesundheitssystem, Flexibilität von Arbeitnehmern und durchaus auch Flexibilität von der Politik. Diese Flexibilität hat sie in den letzten Tagen und Wochen durchaus bewiesen in dem sie über 100 Gesetze durchforstet hat, gescreent hat und 39 davon erkannt hat, dass sie verändert, dass sie modifiziert werden müssen, legistisch aufbereitet und heute zum Beschluss im Landtag vorliegen.

Ich glaube, das ist eine großartige Leistung der gesamten Politik, der Verwaltung. Das ist nicht das, was man jeden Tag erledigt, sondern etwas Besonderes.

Diese Sammel-Corona-Novelle mit ihren 39 Gesetzen kann man im Wesentlichen auf zwei Teile aufteilen. Auf Fristverlängerungen und auf gesetzliche Änderungen. Die Fristverlängerungen sind deshalb notwendig, weil in vielen Gesetzen Fristen vereinbart sind, die man einhalten muss, aber in der jetzigen Situation nicht einzuhalten sind.

Ich nenne beispielsweise nur die Baubewilligungen. Es werden Baubewilligungen ausgestellt. Innerhalb von zwei Jahren muss man zu bauen beginnen, innerhalb von fünf Jahren muss man das Haus fertiggestellt haben. Diese Frist wird nun verlängert, weil ja der Häuslbauer nichts dafür kann, dass die Firma gerade nicht arbeiten kann. Diese Frist wurde verlängert, das ist gut und wichtig so.

Wir haben aber auch beispielsweise das Tourismusgesetz verändert, um hier die Erstattung der Beitragspflichten zu verlängern. Nicht am 15.4. werden hier die Beiträge fällig, sondern am 15.10. Wir helfen damit, und das ist ganz wichtig, den touristischen Betrieben des Burgenlandes, die es im Moment nicht einfach haben, weil natürlich das gesamte Geschäft stillliegt, auf null liegt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, es gibt auch gesetzliche Änderungen, wie beispielsweise die Schaffung eines Notfallkrankenhauses, es wurde schon zuvor angesprochen, Umlaufbeschlüsse, Videokonferenzen ermöglicht, aber auch die Kassenkredite für Gemeinden ausgeweitet, damit die Gemeinden auch hier nicht in eine finanzielle Schieflage kommen.

Ich möchte mich deshalb wirklich bei allen bedanken, die dabei mitgeholfen haben, dieses Sammelgesetz zu erstellen. Es ist nicht selbstverständlich, 100 Gesetze zu durchforsten und legistisch so aufzubereiten, dass wir das heute beschließen können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte mich aber auch wirklich ernsthaft bei allen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit in den letzten Wochen bedanken, denn auch das zeichnet das Burgenland aus. Wenn man in einer Krise zusammensteht, die Parteipolitik hintanhält und gemeinsam für unser Heimatland arbeitet, das ist gelungen.

Ich bin wirklich stolz, in einem solchen Team mitzuarbeiten. Danke an alle Fraktionen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Auswirkungen der COVID-Krise kann wahrscheinlich im Moment niemand irgendwie beziffern und bezeichnen. Das, was wir jetzt vorfinden, lässt Böses ahnen. Wir haben im Moment 15.402 Arbeitslose im Burgenland zu beklagen, zu verzeichnen. Das ist ein absoluter Rekordwert. In Österreich sind es über 600.000 Menschen, die über keinen Arbeitsplatz verfügen. Ein absoluter Rekordwert, der in der zweiten Republik noch nie dagewesen ist. Darüber hinaus haben wir 8.602 Anträge auf Kurzarbeit, ein Wahnsinn, nur im Burgenland.

In Österreich sind es 610.000, also 1,2 Millionen Menschen, die am Arbeitsplatz enorme Schwierigkeiten haben, kein Einkommen generieren, nur Arbeitslosengeld beziehen, oder in Kurzarbeit verweilen. 1,2 Millionen Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben viele Einzelunternehmen. Wir haben viele kleine Unternehmen, die Existenzängste haben, weil ihre Geschäftstätigkeit von einem auf den anderen Tag weggefallen ist.

Wir haben große Unternehmungen, die große Ängste haben, weil sie nicht wissen, wie sich diese Krise international auswirkt und was das für ihr Unternehmen hier im Burgenland bedeutet. Das ist eine Krise, eine Gesundheitskrise, die schon auch zu einer Wirtschaftskrise wurde, die sich am Arbeitsplatz widerspiegelt.

Die Wirtschafts- und Arbeitswelt, wenn man so will, hat sich von einem Tag auf den anderen völlig verändert. Das Land hat ganz rasch gute Maßnahmen gesetzt, die dazu beitragen, die Krise etwas abzufedern. Stichwort Haftung. Stichwort Kleinstkredite. Stichwort Härtefonds.

Das ist gut und wichtig so und ich bedanke mich bei der Landesregierung, bei allen Mitgliedern der Landesregierung hier in Vertretung bei der Landhauptmann-Stellvertreterin. Wer schnell hilft, hilft doppelt, denn das brauchen die Betriebe, das brauchen im Moment die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber auch beim Thema Pflege, das hoch sensibel ist, wurde mit zusätzlichen Pflege- und Betreuungseinrichtungen ganz schnell reagiert. Mit kostenlosen Quartieren, ja sogar mit Bonis. Auch das ist ganz wichtig und wesentlich, um hier nur ja keinen Engpass zu erzeugen, sondern wirklich gut durchzukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin nicht nur stolz auf Sie alle, weil wir so gut zusammenarbeiten. Ich bin auch stolz, und der Kollege Tschürtz hat es schon angesprochen, auf das Krisenmanagement. Daran sind ganz viele beteiligt. Einer davon sitzt heute dabei, das ist der Herr Landesamtsdirektor. Dieses Krisenmanagement ist wirklich genial.

Ich möchte betonen, dass wir die wenigsten Erkrankungen in ganz Österreich haben. Wir haben, Gott sei Dank, die geringste Anzahl an Todesfällen zu beklagen. Vier Burgenländerinnen und Burgenländer, was tragisch ist, und zwei Personen, die aus anderen Bundesländern hier in unseren Krankenanstalten untergebracht waren. Wir haben unglaubliche freie Kapazitäten. Das ist absolut großartig und das bringt kein anderes Bundesland zusammen. Mit dem heutigen Tag sind es 643 freie Betten, die wir zur Verfügung haben.

Das ist Krisenmanagement, wie ich es mir vorstelle, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Eine Notfalleinrichtung hier in Eisenstadt. Ich bedanke mich deshalb hier auch bei der Stadt Eisenstadt, beim Bürgermeister. In Krisenzeiten muss man zusammenstehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Masken, die wir aus unserer Partnerregion beziehen konnten, die Verteilung über die Ärztekammer, alle helfen hier mit, dass das funktioniert. Da bin ich wirklich froh, dass diese Maßnahmen, die am Ende des Tages lebensrettend sind, getroffen worden sind. Das ist hochprofessionell. Danke dafür. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit aber auch bei den Blaulichtorganisationen bedanken. Beim Österreichischen Bundesheer, bei der Polizei und natürlich bei den Rettungsorganisationen, die mit Fingerspitzengefühl mit den Menschen reden, sie sensibilisieren und die das auch einhalten.

Es sind nämlich die Burgenländerinnen und Burgenländer, die diese Maßnahmen absolut diszipliniert eingehalten haben, die durchgehalten haben und deswegen haben wir auch diese perfekten und guten Zahlen, die ich zuvor genannt habe.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat vor einigen Wochen politische Grundpfeiler positioniert und eingeschlagen in dem er gesagt hat, wir wollen gesunde Lebensmittel. Damit hat er die Biowende eingeläutet.

Er hat darüber hinaus eine gemeinnützige Pflege im Burgenland organisiert, auch das ist aus heutiger Sicht völlig anders zu bewerten, wie vielleicht noch vor einigen Wochen. Faire Löhne werden jetzt für die wahren Helden, für die wahren Helden dieser Krise, gefordert. Die Verkäuferin, der Polizist, die Raumpflegerin, faire Löhne, 1.700 Euro Mindestlohn, aber auch der Gratiskindergarten und die Kinderbetreuung, auch das wird heute mit völlig anderen Augen gesehen und völlig anders beurteilt, wie noch vor einigen Wochen.

Zusammengefasst kann man sagen, dass der Herr Landeshauptmann gesagt hat, dass ein starker sozialer und verlässlicher Staat notwendig ist, um genau diese Dinge abzugelten und Krankenhäuser zu haben, die die Menschen versorgen, unabhängig ihrer sozialen Herkunft.

Um Pflegeeinrichtungen zu haben, die menschenwürdig und sicher gestaltet sind, damit es Arbeitslosengeld gibt, um die Menschen, die jetzt unschuldig in die Arbeitslosigkeit geraten sind, auch aufzufangen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Staatsgelder für Wirtschaftsunternehmen, die das jetzt notwendig haben, die das jetzt auch brauchen, die diese Unterstützung benötigen und Schulen, die auch online funktionieren, die sogar in den Ferien Kinder betreuen. Das ist ein starker, sozialer, verlässlicher Staat. Das haben wir im Burgenland. Ich bin überzeugt, das werden wir auch in Österreich in ähnlicher Form haben, wie wir es im Burgenland vorfinden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte trotzdem noch meinen Unmut äußern, weil ich in den letzten zwei, drei Tagen oft Dinge gehört habe, die mich etwas ärgern. Erstens gibt es da schon jetzt die Lobbyisten, die kommen und sagen, runter mit den Umweltstandards. Die brauchen wir nicht, weil wir jetzt wieder die Wirtschaft in Schwung bringen müssen.

Runter mit den Umweltstandards, dann werden wir das Schiff schon wieder schaukeln. Dann gibt es auch die Lobbyisten, die sagen, wir brauchen jetzt Steuersenkungen, weil dann die Wirtschaft noch besser funktioniert.

Ich gebe nur zu bedenken, wir brauchen beides. Wir brauchen eine gute Wirtschaft und Steuereinnahmen, denn ich frage Sie: Wie sollen die Spitäler, die Pflegeeinrichtungen und dergleichen, wie soll denn das finanziert werden, wenn keine Einnahmen generiert werden?

Da muss man schon sehr vorsichtig sein, da muss man gut hinhören und die richtigen politischen Entscheidungen treffen. Abschließend darf ich mich wirklich für den guten Zusammenhalt bedanken. Das ist eine großartige Leistung gewesen.

Bedanken möchte ich mich auch bei der Landesverwaltung, bei der Landtagsdirektion, bei allen politischen Parteien, bei der Landesregierung und vor allem bei den Burgenländerinnen und Burgenländern für diese vorbildliche und wirklich gute Disziplin, die sie hier an den Tag legen. Alles Gute! Wir schaffen das! *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann für diese Wortmeldung. Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf gemeldet.

Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Hohes Haus! Das Leben in unserem Land hat sich in den letzten Wochen so drastisch verändert, wie wir es uns vor kurzem noch nicht hätten vorstellen können.

Egal ob es das soziale, das gesellschaftliche, das wirtschaftliche Leben ist. Nichts ist mehr so selbstverständlich, wie es vor einigen Wochen noch der Fall war. Es ist eine noch nie dagewesene Ausnahmesituation, mit der wir uns hier konfrontiert sehen und da ist es umso wichtiger, dass wir hier alle zusammenstehen und auch die notwendigen Maßnahmen treffen.

Es ist sicherlich eine große Belastungsprobe für uns alle und wir alle stehen vor neuen Herausforderungen und Aufgaben. Die von uns erstens gesetzten Maßnahmen sind sicherlich sehr zielführend gewesen und auch die Maßnahmen, die von der Bundesregierung Anfang März gesetzt worden sind, haben uns sicherlich sehr deutlich

vor Augen geführt, wie ernst die Situation ist und dass es um den Schutz unser aller Gesundheit geht und dass genau dieser Schutz, nämlich der Gesundheit unserer Bevölkerung, aller höchste Priorität in den nächsten Wochen und sicherlich auch Monaten wenn nicht noch länger haben wird.

Es ist sicherlich auch mittlerweile eindeutig, dass das Virus, dem wir gegenüber stehen, nicht mehr eingefangen werden kann, sondern es kann zumindest verlangsamt werden. Man kann es eindämmen und genau dort ist auch das Ziel dieser Maßnahmen gelegen, nämlich, das Virus beziehungsweise die Auswirkungen dieses Virus bestmöglich auch in die Länge zu ziehen und damit auch die Spitzen dieser sogenannten Pandemie zu verhindern, um unser Gesundheitssystem auch in Zukunft möglichst leistungsfähig zu erhalten.

Wir haben über Parteigrenzen hinweg genau dieses Ziel, nämlich, die Gesundheit unserer Bevölkerung an erste Stelle zu stellen und vor allem auch dieses Gesundheitssystem, unser Pflegesystem, in möglichst gutem Zustand auch durch diese Krise zu bringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir Politikerinnen und Politiker stehen aktuell in einer wahrscheinlich auch selten da gewesenen Verantwortung unserer Bevölkerung gegenüber. Diese Krise zu meistern ist meiner Meinung nach nicht nur unsere Verantwortung, sondern auch unsere Pflicht als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung und das ist es auch, wofür wir uns tagtäglich einsetzen.

Der Schutz und die Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer muss uns damit auch das allerhöchste Anliegen in genau dieser Zeit sein. Das Burgenland hat gemeinsam auch und vor allem auch in Abstimmung mit der Bundesregierung sehr schnell reagiert. Wir haben die notwendigen Entscheidungen sehr schnell vor allem auch gezielt getroffen.

Das war uns durch die verschiedensten Voraussetzungen hier auch möglich. Wir haben sehr früh, zum Teil früher auch als andere Bundesländer, den Krisenstab Corona-Virus eingerichtet. Hier wurde dieser bereits Mitte Feber initiiert, um hier vor allem sehr schnell und auch sehr effizient reagieren und die notwendigen Maßnahmen setzen zu können.

Wir befinden uns in täglichem, wenn nicht stündlichem Austausch mit den wichtigsten Gesundheitsorganisationen, mit den Krankenanstalten, mit Einsatzorganisationen, mit den Behörden, selbstverständlich auch mit der Bundesregierung und ich muss sagen, die Zusammenarbeit funktioniert auf allen Ebenen wirklich gut.

Man muss natürlich immer wieder vor Augen haben, dass das für alle Beteiligten eine Ausnahmesituation ist, die so in den letzten Jahrzehnten noch nie da gewesen ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle - und das ist mir wirklich ein großes Anliegen - ein großes Dankeschön an alle Beteiligten sagen, vor allem auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes, des Landes Burgenland, auch den Bezirkshauptmannschaften und allen Beteiligungen auch, die hier mit eingebunden waren.

Sie alle wachsen momentan und auch in den letzten Wochen über sich hinaus. Es ist unglaublich, was hier in den letzten Wochen geleistet worden ist. Wir können sehr stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Hier ein großes Danke auch an dieser Stelle auch von meiner Seite. *(Beifall bei der SPÖ)*

Gerade in diesem Zusammenhang, muss ich sagen, hat mich auch ein wenig die Aussage vom Herrn Klubobmann Ulram verwundert, dass hier angeblich zu wenig Eigeninitiative herrscht. Ich wollte eigentlich zuerst gar nicht darauf reagieren, aber ich muss sagen, allein schon aus persönlicher Sicht - nicht was jetzt die politischen Vertreterinnen und Vertreter betrifft - aber ich habe in den letzten Wochen gesehen, was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu leisten im Stande waren.

Das war nicht so wie Sie das vielleicht suggerieren, dass die Bundesregierung uns das vorlegt und wir das nur abschreiben oder von unserer Seite nichts mehr zu passieren hat. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen zum Teil seit Ende Februar tagein tagaus in diesen Krisenstäben. Zum Teil rund um die Uhr. Sie arbeiten bei den Gesundheitschecks an der Grenze. Auch rund um die Uhr. Sie arbeiten seit Ende Feber, wie gesagt, im Krisenstab.

Sie arbeiten rund um die Uhr an den Hotlines. An dieser Hotline 1450. Aber auch an zahlreichen anderen Hotlines in den verschiedensten Bereichen.

Egal ob es der Pflegebereich oder der Bildungsbereich ist, egal ob es Beratungen in psychischen Angelegenheiten sind. Wir haben innerhalb von kürzester Zeit 39 Gesetzespakete auf den Weg gebracht. Das waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung, die hier Übermenschliches geleistet haben. Es sind die verschiedensten Initiativen auch in den verschiedensten Bereichen, egal ob es den Wohnbauförderungsbereich betrifft, wie gesagt, den Bildungsbereich, den Pflegebereich, den Gesundheitsbereich.

Egal ob es den Bereich der Testungen, das Besorgen von Schutzmaterialien betrifft. Hier ist Tag und Nacht gearbeitet worden. Ich sehe das wirklich als Missachtung vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes, dass da solche Aussagen kommen. *(Abg. Markus Ulram: Ich habe die Initiativen der Landesregierung gemeint und nicht die der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.)* Die haben in den letzten Wochen tagein tagaus rund um die Uhr gearbeitet und *(Abg. Markus Ulram: Das habe ich auch nicht gesagt.)* daher noch einmal ein großes Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes, die hier wirklich Übermenschliches geleistet haben, allen voran übrigens auch unser Herr Landesamtsdirektor, der auch der Leiter des Krisenstabs ist.

Es war unglaublich zu sehen, was hier geleistet worden ist und ich bin unglaublich stolz, dass wir solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier in der Burgenländischen Landesregierung haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Neben zahlreichen anderen Initiativen war natürlich eine der größten Herausforderungen unser Gesundheitssystem auf dem allerbesten Stand zu halten und auch zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Auch das ist in den letzten Wochen gelungen.

Wir haben im Eisenstädter Allsportzentrum und auch im Kurzentrum in Bad Tatzmannsdorf in Rekordzeit innerhalb von zehn Tagen Behandlungs- beziehungsweise Betreuungseinrichtungen von den zuständigen Stellen aus dem Boden gestampft. Das sucht wirklich seinesgleichen. Hier ein großes Kompliment an alle, die hier beteiligt waren.

Auch ein Dankeschön an die beiden Bürgermeister, die uns hier auch tatkräftig unterstützt haben, die vieles auch zur Verfügung gestellt haben. Wir haben diese beiden Einrichtungen jetzt auch um vor allem die Burgenländischen Krankenanstalten in einen Ernstfall vor allem in einem Notfall zu unterstützen, um zusätzliche Kapazitäten hier anbieten zu können.

Wir sind also im Gesundheitssystem hier wirklich gut vorbereitet. Unser Gesundheitswesen ist hier mehr als gut abgesichert.

Die Corona-Pandemie stellt uns aber nicht nur im Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsbereich vor große Herausforderungen, sondern natürlich auch wirtschaftlich. Hier ist auch im Bereich der Wirtschaft von meinem Regierungskollegen sehr vieles passiert. Wir haben ein burgenländisches Wirtschaftspaket geschnürt, das nicht nur wichtig für die Unternehmerinnen und Unternehmer ist, sondern selbstverständlich auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ohne dieses Paket sonst vielleicht ihre Arbeit, ihren Job verloren hätten und damit ihrer Existenzgrundlage beraubt gewesen wären.

Es ist damit ein Schutz und eine Unterstützung, die allen im Burgenland hier zugutekommt und es ist vor allem auch wichtig, um auf die zukünftigen Herausforderungen reagieren zu können. Genauso sehe ich auch dieses COVID-19-Gesetzespaket, das wir auch hier im Landtag oder das Sie heute hier im Landtag beschließen werden mit diesen 39 Gesetzen.

Es geht hier in erster Linie darum, handlungsfähig zu bleiben, um die notwendigen Voraussetzungen auch in rechtlicher Hinsicht zu schaffen. Wir konnten sehr vieles seitens der Landesregierung auf dem Verordnungsweg regeln. Trotzdem ist es natürlich notwendig, auf den gesetzlichen Grundlagen in der Landesgesetzgebung hier nachzuziehen.

Dazu ist der heutige Landtag wirklich notwendig. Neben zahlreichen weiteren Bereichen, die heute hier geregelt werden, ist auch der Gemeindebereich einer der essentiellsten, die in diesem Sammelgesetz heute entschieden werden.

Die Gemeinden sind damit jetzt auch wirklich gut gerüstet, um auch in Zukunft, die nächsten Monate, solange es notwendig sein sollte, auf die verschiedensten Herausforderungen mit den technischen Möglichkeiten zu reagieren, egal ob es per Videokonferenz oder per Umlaufbeschluss ist.

Vor allem hier auch die Demokratie in den Gemeinden aufrecht zu erhalten, handlungsfähig zu bleiben. Natürlich alles unter gewissen Voraussetzungen, die ausgehandelt worden sind, aber auch um finanziell möglichst handlungskräftig in der Krise da zu stehen. All das werden wir oder wird heute hier im Landtag beschlossen werden.

Dieses Sammelgesetz ist vor allem auch ein wichtiges Schutzpaket für die Burgenländerinnen und Burgenländer, damit ihnen nicht noch mehr Nachteile erwachsen, als uns durch diese Krise ohnehin schon entgegenstehen. Wir sind auf einem guten Weg.

Vielleicht ist hier noch zum Abschluss zu sagen: Es ist sicherlich noch ein langer Weg bis zu einem gemeinsamen Ziel, bis zu dem Ziel, das wir alle anstreben. Es wird sicherlich auch noch eine längere Zeit dauern, in der wir mit diesen Einschränkungen in den verschiedensten Bereichen zurechtkommen werden müssen.

Ich bin auch der Ansicht, dass eine „Alles wird wieder gut-Mentalität“ im Moment alles andere als angebracht ist. Wir sind sicherlich alle gut beraten, wenn wir uns auch weiterhin an die Maßnahmen halten, wenn wir uns auch weiterhin an die Vorschriften halten, wenn wir die Abstände einhalten und wenn wir - und hier auch mein Appell an die Vernunft und vor allem auch an die Verantwortung jedes einzelnen von uns - uns an all diese Maßnahmen, Vorschriften halten, um das Gesundheitswesen und um die Gesundheit unserer Bevölkerung möglichst zu schützen und in den Vordergrund zu stellen.

Mir bleibt abschließend nur mehr mich noch einmal sehr herzlich bei wirklich allen zu bedanken, die in den letzten Wochen in allen Organisationen Großartiges geleistet haben, Institutionen, auf allen Ebenen, auf allen Bereichen. Es war sehr schön zu sehen, wie gut diese Zusammenarbeit in so schwierigen Zeiten auch funktionieren kann und vor allem, dass es so viele Menschen gibt, auf die man sich auch in dieser schwierigen Zeit wirklich zu 100 Prozent verlassen kann. Dafür ein großes Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Ich darf nunmehr von der Regierungsbank den Herrn Landesrat Christian Illedits um seine Wortmeldung bitten. Davor bitte noch das Plexiglas umzustellen. Vielen Dank.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Diese Zeit stellt uns alle vor besondere Herausforderungen. Es ist für mich aber auch wirklich aus zwei Seiten eine Betrachtungsweise entstanden, die ich, glaube ich, mit vielen Menschen in Österreich, im Burgenland, teile. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Zum einen haben wir gesehen, wo eben Grenzen in der Bewältigung von auftretenden Krisen uns aufgezeigt werden, wo eben Grenzen aufgezeigt werden, die wir trotz unser aller Vorkehrungen, unserer besten Gesundheits- und Sozialsysteme und ich wage zu behaupten, wir haben die besten die man eigentlich im Vergleich in ganz Europa jetzt vorweisen kann.

Zum zweiten sehe ich etwas, was als Prädikat des Burgenlandes und Österreichs insgesamt für mich zu verstehen und auch auszusprechen ist, nämlich, das gelebte Miteinander. Der Zusammenhalt, der sich in sehr viel menschlicher Wärme und in sehr viel Verständnis für den anderen ausdrückt.

Im Speziellen hat man das gesehen, und deshalb ein Dankeschön an alle hier sitzenden gewählten Volksvertreter, an alle Vertreterinnen und Vertreter die in den Gemeinden Verantwortung übernommen haben. Weil genau dieser Zusammenhalt gemeinsam, natürlich mit uns als gewählte Vertreter hier in der Landesregierung, diese Situation, die wir als gut, die wir als positiv im Burgenland bezeichnen können, eben geschaffen hat, dieser Zusammenhalt in den Gemeinden rekrutiert aus einem Zusammenhalt der burgenländischen Bevölkerung.

Diese vielen Eigeninitiativen, die eigentlich für mich als zuständiger Soziallandesrat Basis dafür bilden, dass die Menschen sich gegenseitig unterstützen, helfen im Sozial- im Pflegebereich und das eigentlich tun, was man als mitmenschliches Unterstützungspotenzial eigentlich hier auch tatsächlich auch an der Oberfläche zu sehen bekommen hat, in allen Gemeinden des Burgenlandes.

Und hier möchte ich mich bedanken natürlich bei den Bürgermeisterinnen, bei den Bürgermeistern, aber auch bei jeder einzelnen Burgenländerin und bei jedem einzelnen Burgenländer für dieses Verständnis für den Nächsten, für unsere Mitbewohner und Mitbewohnerinnen.

Im Sozialbereich, wo es eben in hohem Ausmaß um besonders betroffene Gruppen geht, um behinderte Menschen, um Menschen die eigentlich sehr oft in Einsamkeit getrennt von ihren Familienangehörigen in der Kinder- und Jugendhilfe zum Beispiel leben, aber auch im Bereich der Pflege, der 24-Stunden betreuten Menschen, aber im speziellen, der die jetzt aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet, besonders Betroffene in den Altenwohn- und Pflegeheimen.

Manche von Krankheiten, von Altersschwäche gekennzeichnet und von ihren Nächsten, von ihren Angehörigen, getrennt, wochenlang nicht in Kontakt treten können, nur über Bilder, über Handys, vielleicht über mögliche Aktivitäten bei iPhones. Dieses getragene Miteinander lebt hauptsächlich jetzt von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sozialberufen, in den Pflegeheimen, in der 24-Stunden-Betreuung.

Und denen sind wir zum einen, weil sie jetzt, und auch das ist eine Erkenntnis für mich und viele, wie ich denke, die jetzt zu einer besonders wertvollen anerkannten Berufsgruppe gehören, wie das noch vor wenigen Wochen nicht in diesem Ausmaß der Fall war.

Wenn wir von Systemerhaltern reden oder von denen, die eben die Leistungsträger dieser Gesellschaft sind, dann gehören diese Menschen, die dieser Berufsgruppe angehören, im speziellen nicht nur erwähnt, sondern auch dementsprechend auch gewürdigt.

Hier ist ein guter Ansatz natürlich dies, die Maßnahmen die auch hier heute Teil dieser Beschlussfassung sind, zu tun, im Sozialhilfegesetz in einer Änderung des Personalschlüssels, wo sich Menschen dann auch leichter, zum einen für diesen Beruf entscheiden, zum anderen aber auch entlastet werden, weil sie weniger unter Stress stehen, diesen Beruf noch lieber und noch intensiver ausüben können und zum anderen eine adäquate dementsprechende, angepasste Entlohnung.

Das passiert in vielen Bereichen des Landes. Aber ich denke das ist jetzt höchst an der Zeit auch dies generell auszurollen. Und deshalb bin ich sehr froh, wenn diese Diskussion auch mit der Entlohnung, im Rahmen dieser ganzen Debatte auch ein Teil, ein wichtiger Teil ist. Und die Kollektivvertragsverhandlungen bei der sozialen Wirtschaft Österreich haben eine Annäherung dessen gebracht, wo wir auch als Land Burgenland schon hier in einer Vorreiterrolle sicher agiert haben.

Ich möchte mich bei denen besonders bedanken, weil auch in Zukunft diese Situation, eine zu bewältigende, eine gemeinsam zu bewältigende sein wird und auch diese 24-Stunden-Betreuerinnen, die, 2.500 an der Zahl, im Burgenland zu 100 Prozent aus dem benachbarten Ausland oder noch weiter weg kommen, hier eigentlich unersetzlichen Dienst leisten, den wir brauchen.

Und auch denen sogenannte Bonifikationen, sogenanntes Trennungsgeld zu geben, ist mehr als wichtig und anständig. Das ist glaube ich, entscheidend in der jetzigen Phase, diesen Menschen nicht nur die moralische Stütze, sondern auch die tatsächlich auch verstandene finanzielle Unterstützung zu geben. Sie haben es sich allemal jeden Tag, jede Stunde, ganz ehrlich für uns arbeitend, verdient. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der wichtige Bereich der Wirtschaft wurde angesprochen. Hier versuchen wir natürlich mit diesen COVID-Hilfspaketen das zu tun, was unsere Verpflichtung ist. Nämlich dort einzugreifen wo es Wirtschaftsunternehmen, tatsächlich durch diese Krise unverschuldet in Notlage geratene Unternehmen, jetzt in diesen Wochen und Monaten, wirtschaftlich nicht gut geht und ihnen jetzt den Rücken stärken und ihnen über diese Phase hinweg helfen müssen und das tun.

Wir haben diesen Sofortfonds wo wir existenzsichernde Maßnahmen, Fixkosten, abdecken und hier haben wir die meisten Anträge jetzt schon.

Und der zweite wichtige Part sind Kleinkredite, wo wir auch Unterstützungen auf kurzem Wege auch genehmigen.

Der dritte Teil sind die Haftungen, die wir für wirtschaftliche Unternehmen eben hier auch tun.

Die Transparenz, liebe Kolleginnen und Kollegen wird allemal gegeben sein. Es gehen alle Beschlussfassungen durch eine Förderkommission wo auch Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer dabei sind, aber auch natürlich durch eine Beschlussfassung der Landesregierung. Und der Transparenzbericht am Jahresende wird auch alles ganz klar auf den Tisch legen, um auch jede einzelne Förderung nachvollziehen zu können.

Wichtig ist es aber auch natürlich das Vereinsleben im Burgenland wieder auf die Beine zu bringen. Das gesellschaftliche Leben in unseren Gemeinden, in unseren Dörfern lebt von unseren Vereinen. Dieses Leben ist momentan in einem Standby, in eine totale ruhige Phase gekommen, weil eben, und das ist gut so, die Gesundheit im Mittelpunkt steht und die Menschen eben nicht zusammenkommen sollen und dürfen.

Aber wir werden in Zukunft auch den Vereinen unter die Arme greifen müssen, egal ob das im Sportbereich oder in anderen Vereinen eben der Fall ist, damit die wieder diese gesellschaftliche Aufgabe in unseren Gemeinden übernehmen können, die sie als wichtige Träger dieses Lebens auch in der Vergangenheit übernommen haben und innegehabt haben.

Deshalb wird es auch im Bereich des Sports, meine Zuständigkeit betreffend, nach Bekanntgabe des Unterstützungspaketes des Bundes, auch hier Maßnahmen geben. Und so tun wir es in allen Bereichen. Wir warten immer zuerst auf die Bundesmaßnahmen um hier abgestimmt eben auch die Vorgehensweisen zu wählen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stehe nicht an auch Ihre Ideen, es müssen nicht meine sein, umzusetzen, wenn sie der gemeinsamen Sache dienen. Es geht für mich nicht darum, wer hat die beste Idee, sondern es geht für mich darum, was ist für die Menschen im Burgenland in der momentanen Lebenssituation das Wichtigste um diesen Menschen diese Lebenssituation eben zu erleichtern und zu ermöglichen.

Das ist das Entscheidende, das sehen wir als unsere Aufgabe, und die Ideen von allen Seiten sind allemal dankbar entgegenzunehmen, auch für mich. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle Ihnen allen recht herzlich danken und Sie weiterhin für die Mitarbeit und die Unterstützung ersuchen und bitten.

Ich glaube nur gemeinsam können wir aus dieser Krise zum einen vieles mitnehmen für die Zukunft. Jetzt diese Krise und auch in den nächsten Wochen, wie lange sie dauert wissen wir allesamt zum heutigen Zeitpunkt sicherlich noch nicht, diese bestmöglich zu bewältigen, diesen Zusammenhalt weiterhin zu zeigen.

Aber gleichzeitig auch darüber nachzudenken, und das wird für die Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt ganz wichtig sein, auch diesen arbeitenden Menschen in sehr kurzer Zeit wieder diese Möglichkeit zu geben, um ihr selbstbestimmtes Leben zu gestalten, nämlich wieder Arbeitsplätze zu schaffen.

Und deshalb wird es ganz wichtig sein, auch darüber nachzudenken, was machen wir am Tag danach? Diese Initiativen werden auch hier sicherlich vom Hohen Hause, gemeinsam mit uns, ausgehen müssen, natürlich auch sicherlich von der Bundesregierung.

Und das wird wichtig sein auch hier schon jetzt nachzudenken, wie setzen wir die richtigen Schritte um eben die Wirtschaft, um unser gesellschaftliches Leben auch wieder so in Gang zu bringen, wie wir es davor eben in Anspruch nehmen konnten.

Nochmals herzlich Dank und ich wünsche Ihnen alles Gute und Gesundheit. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für die Wortmeldung, Herr Landesrat. Nunmehr liegen keine Wortmeldungen vor, meine Damen und Herren. Damit würde ich dann gerne schon zur Abstimmung kommen.

Zunächst einmal lasse ich über den 1. Punkt der Tagesordnung, die Landesrechtsordnung, abstimmen.

Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses, sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagesabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit der Beilage 34, über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie, die Zahl 22 – 34, mit der Beilage 43 und 44.

Meine Damen und Herren, ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Hoher Landtag, der Gesetzesentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie wird somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine weitere oder andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche also jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzesentwurf über die Anpassung der Burgenländischen Landesrechtsordnung anlässlich der COVID-19-Pandemie wird somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum 2. Punkt der Tagesordnung und damit auch gleich zur Abstimmung.

Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit der Beilage 35, über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie, mit der Zahl 22 - 35, Beilage 45 und 46.

Sie wissen, dass dieser Gesetzesentwurf Verfassungsbestimmungen enthält und damit ist eine Beschlussbefassung hinsichtlich dieser Bestimmungen nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich darf daher bitten, meine Damen und Herren, nämliche jene Landtagsabgeordneten die dem Gesetzesentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzesentwurf über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie ist somit in zweiter Lesung einstimmig und hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt wird, kommen wir schon zur dritten Lesung.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzesentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzesentwurf über die Anpassung des Burgenländischen Gemeinderechts anlässlich der COVID-19-Pandemie ist somit auch in dritter Lesung einstimmig und hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

**3. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzesentwurf (Beilage 25), mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird (Zahl 22 – 25) (Beilage 47)**

**4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz- Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 31), mit das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Zahl 22 – 31) (Beilage 48) (Beilage 49)**

**5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eins Gesetzes (Beilage 32), mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird (Zahl 22 – 32) (Beilage 50) (Beilage 51)**

**6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 33) mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird (Zahl 22 – 33) (Beilage 52) (Beilage 53)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren, da zum 3., 4., 5. und 6. Punkt der Tagesordnung eine zusammenfassende Debatte stattfinden soll, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zunächst die getrennte Berichterstattung über den 3., 4., 5. und 6. Punkt der Tagesordnung erfolgen. Die Abstimmung erfolgt natürlich dann selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist damit angenommen.

Hohes Haus! Gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT darf die zweite Lesung in der Regel nicht vor Ablauf der 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden. Nur auf Grund des Vorschlages der Präsidentin des Landtages und des darüber hinaus mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Landtagsabgeordneten gefassten Beschlusses kann von einer 24-Stunden Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist auch wie vorher gegeben.

Da der 3., 4., 5. und 6. Punkt der Tagesordnung gemeinsam debattiert werden sollen, schlage ich vor, die Abstimmung gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT für diese Punkte nunmehr in einem vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Daher, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, wir kommen schon zur Abstimmung.

Ich ersuche also jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dafür sind, dass der Antrag mit der Zahl 22 - 25, Beilage 25, der Antrag 22 - 31, Beilage 31, der Antrag 22 - 32, mit der Beilage 32, und der Antrag Zahl 22 - 33, mit der Beilage 33, in zweite Lesung genommen werden, da mögen sich die Damen und Herren Landtagsabgeordneten erheben.

Der Landtag hat einstimmig und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, die Anträge mit all diesen verwiesenen Zahlen in die zweite Lesung zu nehmen.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, und damit darf ich schon weiterkommen, ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den Gesetzesentwurf, mit der Beilage 25, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird, das ist die Zahl 22 - 25, mit der Beilage 47.

Berichterstatter dazu ist der Herr Landtagsabgeordnete Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Wolfgang Sodl:** Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Es wurde dazu von mir ein Abänderungsantrag eingebracht, der ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen wurde.

Darum stellt der Rechtsausschuss den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzesentwurf mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Berichterstatter, nunmehr gleich zum 4. Punkt der Tagesordnung wo Sie ja auch Berichterstatter sind.

Das ist der Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 31, mit das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, Zahl 22 – 31, Beilage 48 und Beilage 49.

Herr Abgeordneter Sodl, Sie sind wieder der Berichterstatter, wie vorher schon vorgesehen.

General- und die Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Sie sind am Wort, Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Wolfgang Sodl:** Danke schön. Der Rechtsausschuss, sowie der Finanz-, Budget- und der Haushaltsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und

Umweltinformationsgesetz geändert wird, in seiner 01. Sitzung heute am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Berichterstatter. Nunmehr sind wir bei der Berichterstattung des 5. Punktes der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses, des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, mit der Beilage 32, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, Zahl 22 - 32, Beilage 50 und Beilage 51.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Wolfgang Sodl:** Danke Frau Präsidentin. Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erfassung eines Gesetzes mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erfassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Veranstaltungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Berichterstatter. Der 6. Punkt der Tagesordnung umfasst den Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses. Es geht um den Gesetzesentwurf mit der Beilage 33, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, Zahl 22 – 33, mit der Beilage 52 und Beilage 53.

Auch dazu, Herr Berichterstatter, darf ich Sie jetzt gleich um Ihren Bericht bitten.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Wolfgang Sodl:** Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erfassung eines Gesetzes mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetter, sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, in seiner 01. Sitzung, heute am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und der Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Erfassung eines Gesetzes mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und

Buchmacherwetter, sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich danke Ihnen, Herr Berichterstatter. Nunmehr darf ich schon in die Rednerdebatten einsteigen, vielen Dank. Ich darf nun der Frau Abgeordneten Frau Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesen Tagesordnungspunkten 3, 4, 5 und 6 das Wort erteilen. Davor darf ich Sie nur kurz um Ihre Zeit bitten.

Meine Damen und Herren, Hoher Landtag, bevor die Frau Mag.a Petrik jetzt ihre Stimme erhebt, ist glaube ich ein Zwischenapplaus für unseren Herrn Gsellmann einmal angebracht. *(Allgemeiner Beifall)*

Frau Abgeordnete bitte, Sie sind am Wort.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich fühle mich sehr sicher an diesem Rednerpult.

Wir haben hier vier Tagesordnungspunkte auf einmal, drei sind relativ unspektakulär, obwohl, ich gebe schon zu, auch ich würde mich gerne beteiligen an der Übung der Worte „Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens“ mitzumachen.

Aber es handelt sich hier, wie bei den anderen drei Anträgen, eigentlich um einfache Anpassungen an die EU-Gesetzgebung die jetzt nicht wahnsinnlich spektakulär sind. Es ist gut, dass wir das nun vollziehen.

Das große Werk hier um das es jetzt auch geht ist das Jagdgesetz. Und alle die auch schon die letzten Jahre im Landtag waren wissen, hier sollte jetzt eigentlich mein Kollege Wolfgang Spitzmüller stehen, dem genau nicht nur das Jagdgesetz im Gesamten, sondern vor allem auch das was wir heute hier ändern ein ganz großes Anliegen ist. Da geht es nämlich um die Entenjagd, beziehungsweise das Verbot einer bestimmten Form von Jagd.

Man mag zur Jagd im Allgemeinen stehen wie man will, aber es gibt eine Art von Jagd, für die selbst viele Jäger und Jägerinnen kein Verständnis haben, halbzahme Zuchttiere auszusetzen, sie einige Wochen zu füttern, nur um sie danach in Massen einfach abzuknallen. Das ist schlicht Tierquälerei.

Deshalb ist es auch gut und verständlich, dass dieser Unsitte heute ein Ende gesetzt wird. Zukünftig gibt es ein Aussetzen von Tieren nur noch für Forschung, oder naturschutzfachliche Relevanz, etwa zur Bestandschützung. Der Tierquälerei ist ab der heurigen Saison also ein Ende gesetzt. Das ist gut.

Der Kollege Spitzmüller wird sein Statement direkt auch auf Facebook veröffentlichen, weil er heute nicht da sein darf.

Danke auch an die Landeshauptmann-Stellvertreterin Eisenkopf, die sich hier sehr engagiert dahinter gesetzt hat. Es ist ein wichtiger Schritt für den Tierschutz im Burgenland. Danke schön.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete für Ihre Wortmeldung. Nunmehr ist der nächste Redner, nämlich der Herr MMag. Alexander Petschnig am Wort.

Herr Abgeordneter, bitte sehr.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geschätzte Kolleginnen und

Kollegen des Hohen Hauses! Ich kann mich der Einleitung meiner Vorrednerin nur anschließen.

Vier Gesetze, drei davon sind die Umsetzung europarechtlicher Vorschriften. Da kann nicht wirklich ernsthaft jemand etwas dagegen haben, insbesondere wenn es um die Prävention von Geldwäsche beziehungsweise ähnlichem Verhaltens, Artikulationen, geht, die wir allesamt ja nicht wollen.

Und insofern, ich glaube das ist unstrittig, dass hier eine hoffentlich wohl einstimmige Zustimmung erfolgen wird. Nicht so beim Thema Jagdgesetz.

Vielleicht eingangs dazu ein Dank von mir auch an den Klubobmann der SPÖ, dem Robert Hergovich, der auch hier zu Parteienverhandlungen eingeladen hat um sich umfangreich auszutauschen können.

Ich glaube die Positionen der einzelnen Proponenten, der einzelnen Parteien, sind bekannt. Ich möchte daher in der gebotenen Kürze die Argumente hier noch im Plenum und in diesem Sinne der Öffentlichkeit noch einmal untermauern.

Wir novellieren heute das Jagdgesetz 2017. Wie der Titel schon sagt aus dem Jahr 2017, das ist noch nicht allzu lange her, das war in der vergangenen Legislaturperiode von uns gemeinsam mit der SPÖ grundlegend reformiert und modernisiert.

Federführend war unsere heutige Präsidentin, die damalige Landesrätin Verena Dunst, die das glaube ich, wirklich mit viel Herzblut und Empathie und Energie durchgeführt hat.

Über viele, viele Wochen hinweg Experten, Expertinnen und alle die sonst irgendwie damit konfrontiert sind, hier eingebunden hat und die sehr heterogenen Interessen von Jägern, Grundeigentümern, Pächtern, Naturschützern und so weiter, natürlich immer auch die weibliche Form sich dazu zu denken, hier unter einen Hut gebracht hat.

Und ich glaube, wir haben gemeinsam mit Fug und Recht sagen können, ja wir haben das modernste und wahrscheinlich auch das beste Jagdgesetz in ganz Österreich hier aus der Taufe gehoben.

Und daher ist es für uns nicht ganz nachvollziehbar, dass dieses Gesetz jetzt wieder, doch ein bisschen mit einem ad hoc Charakter, noch einmal verändert werden soll, wobei einige der Veränderungen ja nicht wirklich einen großen Konflikt hervorrufen werden.

Ob da jetzt das Land oder die Bezirkshauptmannschaft die entsprechende behördliche Autorität ausübt, wird, glaube ich eher egal sein, aber wie die Kollegin Petrik schon gesagt hat, am Aussetzungsverbot, das ist eine ganz bestimmte Bestimmung, wo es insbesondere um Federvieh geht, da können sich die Geister schon scheiden und das tun sie auch.

Das Gesetz, dass wir gemeinsam 2017 verabschiedet haben und die Verena Dunst ja hier federführend aus der Taufe gehoben hat, sieht ja entsprechende Fristen vor. Und ich nehme man an, Frau Präsidentin, wir sind ja nicht aus eigenem Gutdünken erschienen.

Also diese 8-Wochen-Frist für das Aussetzen von Tieren, beziehungsweise es ist ja eine Jahresfrist für das Bejagen weiblicher Tiere die ausgesetzt worden sind, sondern das ist ja von entsprechenden Experten und von entsprechenden fachkundigen Personal hier nahegelegt worden und hat damit Einfluss in die Gesetzwerdung gefunden.

Das man hier jetzt nachschärft, und das möchte ich schon festhalten, dafür ist kein sachlicher Grund ersichtlich. Es mag einen ideologischen Grund geben, das kann schon sein, aber diesen ideologischen Grund, können und werden wir nicht folgen. Dieses Aussetzungsverbot ist aus unserer Sicht klar überschießend und zwar aus mehreren Gründen.

Einerseits ist eine Verbotspolitik generell eine Herangehensweise, die nicht in unsere ist, da haben wir uns ja schon öfters ausgetauscht. Und wenn man das Regierungsprogramm so durchsieht, werden wir das im Laufe dieser Legislaturperiode auch das eine oder andere Mal noch machen können.

Zweitens das Gegenteil davon, die Eigenverantwortung, für uns der zentrale Aspekt der liberalen Gesellschaft und freier Bürger, wird hier ganz hintenangestellt. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass es hier bereits unter einer derzeitigen gesetzlichen Ägide Maßnahmen gibt, um, ich glaube das ist ein Terminus technicus, um weidmännisches Verhalten, wo das praktisch zu subsumieren ist, entsprechend zu sanktionieren.

Der kann also weggewiesen werden, er kann seiner Jagdlizenz entzogen werden und vieles andere mehr. Ich verstehe schon, dass das natürlich ein bisschen unangenehm ist für die Bürgermeister, für den Jagdausschuss und so weiter, die da natürlich handeln, die melden, um es volkstümlich zusagen "anzeigen müssen".

Und das ist natürlich in einer Gemeinde nicht immer so angenehm, wenn man den Pächter der vielleicht der Nachbar, oder der Freund ist, da irgendwie bei der Bezirkshauptmannschaft oder in Zukunft beim Land hier zur amtlichen Meldung vorführen muss.

Aus diesem Grund aber deswegen jetzt sozusagen eine Tür zu öffnen, zu sagen, na ja die in Eisenstadt haben es ja verboten, ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Da wäre schon der Vollzug, oder der konsequente Vollzug der Regelung so wie es jetzt besteht der bessere Weg.

Drittens ist es so, dass es zu finanziellen Einbußen für eine ganze Menge von Betroffenen kommt, vor allem auch für die Gemeinden. Ich habe da ein Schreiben eines der SPÖ-zugehörigen Gemeindevertreters einer betroffenen Gemeinde im nördlichen Bezirk Neusiedl am See. Der sagt, in seiner Gemeinde sind das ungefähr 25.000 Euro pro Jahr, die hier nicht mehr hereinkommen werden.

Das ist insbesondere vor dem Hintergrund interessant, dass das Gesetzespaket das wir beschlossen haben, wo wir den Gemeinden sehr weitreichende Möglichkeiten zur Aufstellung von Fremdkapital, also zur Verschuldung, einräumen.

Das heißt, wir haben entsprechende Petitionen an die Bundesregierung, sie mögen uns doch mehr Geld geben. Wir räumen den Gemeinden die Möglichkeit ein sich an die Banken zu wenden, aber selbst das Geld aufzustellen und sei es durch die entsprechenden Anteile einer Jagdpacht, da geht man gesetzlich mit Verboten vor. Das ist für mich nicht stringent.

Und zu guter Letzt oder zu schlechter Letzt ist es so, das kommt von einem betroffenen Mitglied eines Jagdausschusses, kann man auch die Folgen einmal skizzieren. Ich darf vielleicht zitieren aus einer E-Mail, die mir zugegangen ist. Zitat:

Das Aussetzverbot wird in unserem Gebiet dazu führen, dass die Jägerschaft aus den bestehenden Jagdpachtverträgen aussteigt. Also die finanziellen Folgen habe ich ja bereits erwähnt, das restliche Federwild wird von der Jägerschaft derartig bejagt werden,

dass Fasan, Rebhuhn, Ente und in weiterer Folge auch die Großtrappe wohl verschwinden werden.

Ob das im Sinne des Naturschutzes ist, weiß ich nicht. Ich vermute, dass es nur darum geht, dass man über diese Bestandsstützung dann doch wieder aussetzen darf, aber das ist jetzt eine Interpretation von mir. Auf jeden Fall glaube ich, dass man hier mit diesem Verbot, wie gesagt, überschießt, dass man sich das nicht zu Ende gedacht hat. Dass man jetzt stante pede vor Beginn der Jagdsaison entsprechend noch eine gesetzliche Regelung durchführen wollte, aber ich glaube, das ist nicht wirklich ausgegoren.

In diesem Sinne darf ich noch einmal unterstreichen: Die FPÖ steht selbstverständlich zum etablierten Jagdgesetz in der Fassung 2017. Das ist gut, das hat keine Novelle nötig, die meisten Änderungen sind nicht wirklich der Rede wert, aber dieses Aussetzungsverbot, glaube ich, kann unsere Zustimmung nicht finden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für die Wortmeldung Herr Abgeordneter MMag. Petschnig. Als Nächste ist die Frau Abgeordnete Julia Wagentristl zu Wort gemeldet.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verehrte Zuseher! Es freut mich sehr, heute hier meine erste Wortmeldung zu tätigen, auch wenn natürlich aktuell im Burgenland und darüber hinaus aufgrund des Coronavirus ein Ausnahmezustand herrscht, wie wir ihn alle wahrscheinlich noch nicht erlebt haben.

Im Burgenland geht die Zahl der Infizierten zwar zurück, doch wir haben auch schon gehört, dass sich die Lage noch nicht dauerhaft entspannt. Und wenn wir nun ein wenig zur Realität zurückkehren, dann wird auch die Zahl der Infizierten wahrscheinlich wieder ansteigen. Und genau in dieser herausfordernden Situation kommt der Burgenländische Landtag als gesetzgebende Körperschaft heute im Landhaus in Eisenstadt zusammen.

Warum? Weil es die Situation erfordert und Beschlüsse im Zusammenhang mit der Coronakrise notwendig sind. Wie Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aber vor allem verehrte Zuseherinnen und Zuseher via Livestream sehen können, sind wir aufgrund der aktuell immer noch sehr angespannten Lage nicht in voller Stärke, sondern in verkleinerter Form zusammengetreten.

Gerade daher ist es eigentlich aus unserer Sicht eine Absurdität, dass wir neben der COVID-Sammelnovelle die Tagesordnungspunkte 3 bis 15 unbedingt heute besprechen müssen. In einer derartigen Situation, in einer verkleinerten Form, werden jetzt Themen ohne Dringlichkeit diskutiert. Diese haben alle nichts mit der aktuellen Krise zu tun.

Wir fragen uns, warum wir gerade jetzt legistische Änderungen beispielsweise zum kleinen Glücksspiel vollziehen müssen. Wieso sind diese Änderungen gerade jetzt so dringend, dass wir sie mit der COVID-19-Novelle mitbehandeln müssen? Zudem ist dieses, laut Kollegin Petrik, sowieso unspektakulär.

Oder bei der Energieeffizienzrichtlinie. Wir hätten jahrelang Zeit gehabt, diese EU-Richtlinie umzusetzen, denn die Stellungnahme der Kommission liegt uns bereits seit letztem Jahr vor. Genauer gesagt seit dem Sommer 2019. Und das Vertragsverletzungsverfahren wurde bereits im Jahr 2018 eingeleitet.

Offensichtlich wurde auch daraufhin das Elektrizitätswesengesetz geändert. Warum hat man hier nicht auch das gegenständliche Gesetz mitbehandelt? Also warum ist es jetzt so dringend, wenn man bereits seit letztem Jahr davon weiß? Aber abgesehen davon, möchte ich zum Jagdgesetz einige Worte anmerken.

Wir, die Volkspartei Burgenland, setzen uns stets ein für einen Ausgleich zwischen der Natur und einem gesunden Wildbestand. Vor allem bei der Seuchenprävention sind im Anlassfall genau definierte Maßnahmen zu setzen und zwar rasch, um die heimischen Tierhaltungsbetriebe und vor allem unsere Reviere nicht zu gefährden. Als Volkspartei stimmen wir daher den genannten Änderungen zu.

Aber lassen Sie mich dennoch eine kurze Anmerkung auch zum Aussetzen machen. Auswilderungen sind zwar mit der vorliegenden Novelle, wie wir sie aufliegen haben, auch zukünftig möglich. Es braucht aber eine Genehmigung mittels Bescheid. Und zwar sind dafür zwei Gutachten nötig, ein naturschutzfachliches und ein jagdfachliches. Als Grund für Auswilderungen kann die Verbesserung und Regulierung eines Bestandes angegeben werden.

Natürlich muss dann im Jahr des Aussetzens auf die Jagd verzichtet werden. Doch vergessen wir eines nicht, es sind die Jäger, die einen gesunden und ausgewogenen Wildbestand ermöglichen, denn durch ihre Hegemaßnahmen garantieren sie die Lebensraumqualität in den Revieren.

Wir haben auch noch ein Bedenken. Denn es ist zu befürchten, dass eine Auswilderung durch das nötige naturschutzfachliche Gutachten de facto unmöglich wird. Es wird also an uns liegen, liebe Opposition, der Landesregierung hier genau auf die Finger zu schauen.

Eine Frage stellt sich mir auch noch: Was passiert mit dem bereits bestellten und bereits zur Welt gekommenen Federwild? Hier braucht es garantiert eine Lösung.

Klar ist, dass Jagdpraktiken, die ethisch nicht mehr vertretbar sind, zu unterbinden sind. Aber es darf auch nicht unmöglich sein, auszusetzen.

Ich darf abschließen zum einen mit einem Dank und zum anderen mit einer Bitte. Der Dank gilt all jenen, die Großartiges leisten in dieser schweren Zeit und an alle, die auch die vorbildliche Disziplin an den Tag legen.

Und zum anderen möchte ich mit einer Bitte an Sie alle abschließen. Denn jeder und jede von uns kann einen Beitrag leisten, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Daher gemeinsam durchhalten, Abstand halten und die Maßnahmen der Bundesregierung einhalten. All das ist wichtig, um die Ausbreitung des Virus weiterhin zu reduzieren und das Schlimmste zu verhindern.

Also bleiben Sie gesund! Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Ihnen Frau Abgeordnete für Ihre Wortmeldung. Als Nächster ist der Herr Abgeordnete Bachmann gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Bachmann** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseher via Internet-Livestream zu Hause!

Mit Freude und Demut begehe ich heute meine erste Rede im Burgenländischen Landtag der XXII. Gesetzgebungsperiode. Ich werde mich mit bestem Wissen und Gewissen für unser Heimatland Burgenland zum Wohle der Bevölkerung einsetzen.

Meine Verantwortung gegenüber unseren Vorfahren, die dieses Land aufgebaut haben sowie unseren Nachkommen ist mir stets bewusst.

Bedanken möchte ich mich bei allen, die das ermöglicht haben, ganz besonders bei meiner Frau, den Kindern, der Familie, Freunden und allen Wegbegleitern. Trotz der momentan schwierigen Situation arbeiten wir weiter für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Es müssen auch jetzt Probleme diskutiert, Lösungen ausgearbeitet und Gesetze beschlossen werden.

Wie wir wissen, sind wir als ein Teil der Europäischen Union dazu verpflichtet, Verordnungen und Richtlinien umzusetzen. Startschuss für die folgenden Gesetzesänderungen sind zwei Richtlinien, die in den Ausschüssen behandelt wurden. Anpassungen sind im Burgenländischen IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz sowie im Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten und im Veranstaltungsgesetz notwendig.

Auch wenn die Kollegin das vorher gesagt hat, die Richtlinien müssen wir umsetzen von der EU, diese sind uns vorgegeben und darum werden wir das auch machen. Die Ziele sind: Energieeinsparung beziehungsweise eine effiziente Verwendung von Energie.

Zweitens, eine Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung im Rahmen der Strategien zur Bewältigung dieser Bedrohung.

Hiermit wurde ein Rechtsrahmen geschaffen, um ein wirksames Vorgehen gegen organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung zu ermöglichen.

Als Bereichssprecher für Land- und Forstwirtschaft fällt auch die Novellierung des Jagdgesetzes in meinen Tätigkeitsbereich. Das Auswildern zu jagdlichen Zwecken steht immer wieder im Spannungsfeld mit der Weidgerechtigkeit und dem Tierschutz.

Bei Treibjagden kommt es in einigen Gemeinden auch in unserer Umgebung häufig zu Auseinandersetzungen zwischen Jägern und Tierschützern bezüglich überzogener Praktiken. Dazu werden tausende Enten und Fasane gezüchtet, ausgesetzt um sie kurz darauf zu erlegen. Manche dieser Tiere müssen erst aufgescheucht werden, um einen Abschuss zu ermöglichen.

Mit diesem vorliegenden Gesetzentwurf soll gewährleistet sein, dass das Auswildern von Wild generell verboten wird, beziehungsweise nur mehr in Ausnahmefällen zu Forschungszwecken, Bestandsstützung und Wiedereinbürgerungen unter Kontrolle der Landesregierung, deren Fachabteilungen, ermöglichen werden soll.

Ja, es gibt schon Musterbeispiele, wo es sehr gut funktioniert. Auch wie die Kollegin vorher angedeutet hat, es gibt im Seewinkel ein Programm, das ist genehmigt, funktioniert und ist kein generelles Jagdverbot für diese Tiere, sondern nur prozentmäßig über Naturschutz über die Gutachten möglich.

Des Weiteren wird in der vorliegenden Novelle auch die Verordnungsermächtigung des § 94 Abs. 2 konkretisiert. Gerade bei drohenden oder bereits ausgebrochenen Tierseuchen, die afrikanische Schweinepest steht vor den Toren des Burgenlandes, sind oft rasche Maßnahmen erforderlich, um derartige Seuchen zu bekämpfen oder zu tilgen.

Eine Verordnungsermächtigung ist in diesem Sinne unumgänglich, um seitens der Behörde schnellstmöglich reagieren zu können, um Abschüsse frei zu geben oder jedwede Möglichkeit auszuschöpfen, Veränderungen herbeizuführen.

Verhandlungsrunden mit allen im Landtag vertretenen Parteien haben gezeigt, dass manche Jagdpraktiken, wie sie im Moment gehandhabt werden, nicht akzeptabel sind.

Dem Tierschutz wird dadurch Rechnung getragen. Die überwiegende Mehrheit der Jägerschaft verabscheut ebenfalls solche Jagden, wo haufenweise 1.000 Enten nur ausgesetzt und abgeschossen werden. Das ist dann kein Jagen mehr, also das ist nur mehr ein reines Morden von Enten. Somit sprechen wir uns auch für ein ausgewogenes, modernes und zeitgemäßes Jagdgesetz aus.

Wenn der Herr Abgeordnete Petschnig gesagt hat, man muss immer die Gesetze novellieren und in diesem Fall sind zwei drei Gemeinden, auch in unserer Umgebung auch vom Klubobmann von der ÖVP Nachbargemeinden betroffen.

Wir haben damals im Jahr 2017 eine Stellungnahme dazu abgegeben. Es ist gegangen um die Jagdpacht, wir haben das mittlerweile herausgerechnet. Momentan sieht es so aus, dass wir Fasane und Rebhühner für ungefähr fünf bis zehn Euro kaufen, aussetzen, abschießen und beim Verkauf 80 Cent Erlös erzielen.

Das heißt, ein jeder Jäger beziehungsweise Heger, was die einheimischen Jagdpächter sind, können sich das gar nicht leisten und werden das auch gar nicht machen. Das heißt, das betrifft im Großen und Ganzen Großindustrielle oder Leute mit viel Geld, die solche Jagdpraktiken dann durchführen.

Wie gesagt, dafür werden wir auch diesem Gesetz zustimmen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für die Wortmeldung Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank darf ich nunmehr das Wort erteilen der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! In aller Kürze einige Sätze auch von meiner Seite zur Novellierung des Jagdgesetzes, weil das Jagdgesetz seit kurzem ja auch in meine Zuständigkeit fällt. Wir haben jetzt schon einige Male auch das Jagdgesetz aus dem Jahr 2017 angesprochen, wo ja das Jagdgesetz wirklich grundlegend novelliert worden ist.

Seit damals, das ist bis jetzt noch nicht dazu gesagt worden, steht auch im § 1 und es ist damit auch ganz offiziell verankert, dass vor allem die Weidgerechtigkeit und das Tierwohl in der jagdlichen Praxis an oberster Stelle im Burgenland stehen. Ich glaube, das ist ganz wichtig zu erwähnen, dass das auch die oberste Maxime im Jagdgesetz ist.

Man hat auch im Zuge der Neuerlassung, und da auch ein Dankeschön an meine Vorgängerin in diesem Ressort, an die jetzige Landtagspräsidentin Verena Dunst, das Aussetzen von Federwild neu geregelt. Das war auch damals schon Inhalt dessen und es war auch damals schon die Grundintention, dieses Tierleid zu minimieren und Weidgerechtigkeit zu stärken.

Wie gesagt, es war auch damals schon Inhalt dieses Gesetzes. Wir haben leider in den letzten Jahren dann doch immer wieder festgestellt, dass die Praxis anders ausschaut. Vor allem diese in Verruf geratenen Jagdpraktiken mit dieser Federwildtreibjagd dürften sich nicht grundlegend verändert haben.

Deswegen war es mir auch als zuständiges Regierungsmitglied wichtig, entsprechend zu reagieren. Ich glaube, wir alle kennen diese Bilder aus den vergangen

Jahren, wenn in einigen Gemeinden im Norden des Burgenlandes einige tausend Enten, Federwild, ausgesetzt werden, um dann acht Wochen später abgeschossen zu werden. Das hat nicht nur, meiner Meinung nach, nichts mit einer zeitgerechten Jagd zu tun, sondern auch sehr viele Jägerinnen und Jäger sind an uns herangetreten und haben sich genau über diese Art von Jagdpraktik ausgesprochen.

Also sich dagegen ausgesprochen, weil auch ihrer Meinung nach das zu einem Verruf der gesamten Jagd beiträgt. Es sind immer wieder einzelne Jägerinnen und Jäger die das dort praktizieren, aber die mit Abstand große Mehrheit der Jägerinnen und Jäger im Burgenland spricht sich ganz deutlich gegen diese Jagdpraktiken aus.

Das sei an dieser Stelle auch gesagt. Wenn es um die Finanzierung in den Gemeinden geht, ich bin schon der Ansicht, dass sich Gemeinden auch andere Möglichkeiten erschließen können, um sich zu finanzieren.

Das zeigen wahrscheinlich 98 Prozent der burgenländischen Gemeinden, dass sie es auch ohne solche Jagdpraktiken schaffen, zu finanzieren, dass man es auch schafft Geldquellen zu erschließen, die den ethischen Grundsätzen, vor allem auch was das Tierwohl betrifft, hier eher gerecht werden als solche Praktiken.

Wie gesagt, mir war es immer schon ein wichtiges Anliegen, dieses Thema ist in den letzten Jahren immer wieder sehr, sehr heiß und kontrovers natürlich auch diskutiert worden. Wir verbieten auch nicht das grundsätzliche Aussetzen, das ist heute auch schon einige Male gefallen, sondern es geht darum, dass zu bestandsichernden Zwecken das Aussetzen nach wie vor erlaubt sein wird.

Natürlich unter entsprechenden Auflagen, das ist meiner Meinung nach auch verständlich, dass hier auch sowohl der Naturschutz als auch ein jagdfachliches Gutachten beigebracht werden müssen.

Und es ist nicht, ich betone das ganz explizit hier noch einmal, ich habe es auch in der Vergangenheit schon immer wieder dazu gesagt, es ist nicht Intention des Landes oder des Naturschutzes von vornherein irgendetwas zu verhindern, sondern es geht darum, ganz einfach vernünftige und ethische Voraussetzungen zu schaffen, wie man einer weidgerechten Jagd und vor allem auch einer weidgerechten Bewirtschaftung dieser Gebiete nachkommen kann.

Ich möchte auch an dieser Stelle sagen, dass ich zu 100 Prozent hinter dieser Maßnahme stehe. Es war mir auch ein persönliches Anliegen, dass diese Jagdpraktiken mit dem heutigen Tag hier ein Ende haben werden.

Ich freue mich sehr, dass das Jagdgesetz in dieser Art und Weise mit dieser Änderung heute hier beschlossen werden wird. Danke an alle, die zum Entstehen beigetragen haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Nunmehr liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Daher kommen wir zu einer Reihe von Abstimmungspunkten. Nämlich über die vier Tagesordnungspunkte, die wir jetzt zusammengefasst haben. Ich darf Sie daher um Ihre Konzentration bitten.

Zunächst sind wir bei der Abstimmung zum Punkt 3 der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses zum Gesetzentwurf Jagdgesetz, mit der Beilage 25, die Änderung des Jagdgesetzes 2017, mit der Zahl 21 - 25, Beilage 47.

Meine Damen und Herren! Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Gesetzentwurf zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine weitere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir gleich zur dritten Lesung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, ersuche ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Es folgt die Abstimmung über den 4. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, mit der Beilage 31, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, das ist die Zahl 21 - 31, Beilage 48 und 49.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, darf ich gleich zur dritten Lesung kommen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie diesem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, dann bitte ich Sie sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische IPPC-Anlagen-, SEVESO III-Betriebe- und Umweltinformationsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich darf Sie bitten jetzt zur Abstimmung zu kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, mit der Beilage 32, mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, Zahl 21 - 32, Beilage 50 und 51.

Meine Damen und Herren, wenn Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen, darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, darf ich nunmehr schon zur dritten Lesung kommen.

Ich darf Sie also ersuchen, wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Veranstaltungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Wir sind schon beim 6. Punkt der Abstimmung. Es ist der Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 33, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- beziehungsweise Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, das ist die Zahl 22 – 33, mit der Beilage 52 und 54.

Ich darf Sie daher ersuchen, wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- beziehungsweise Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich darf, nachdem keine andere Vorgangsweise beantragt ist, gleich zur dritten Lesung kommen.

Meine Damen und Herren, wer dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen möchte, möge sich von den Plätzen erheben. -

Danke schön. Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- beziehungsweise Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens geändert wird ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 6) betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau (Zahl 22 - 6) (Beilage 54)**

**8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 7) betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen (Zahl 22 - 7) (Beilage 55)**

**9. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 8) betreffend Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich (Zahl 22 - 8) (Beilage 56)**

**10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes (Beilage 18) betreffend Pflege in Österreich (Zahl 22 - 18) (Beilage 57)**

**11. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 16) betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019 (Zahl 22 - 16) (Beilage 58)**

**12. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 17) betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode (Zahl 22 - 17) (Beilage 59)**

**13. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2019 (Beilage 19) des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Zahl 22 - 19) (Beilage 60)**

**14. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft (Beilage 14) betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung (Zahl 22 - 14) (Beilage 61)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich darf nun zu den nächsten Tagesordnungspunkten kommen. Das ist der 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13. und 14. Punkt der Tagesordnung. Da eine zusammenfassende Debatte stattfinden soll, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13. und 14. Punkt der Tagesordnung erfolgen. Die Abstimmung ist natürlich selbstverständlich getrennt.

Gibt es zu dieser Vorgangsweise einen Einwand? -

Das ist nicht der Fall. Daher darf ich mit meinem Vorschlag voranschreiten.

Gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT darf die zweite Lesung in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden. Nur auf Grund eines Vorschlages von mir beziehungsweise darüber hinaus nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Landtagsabgeordneten gefassten Beschlusses kann von dieser 24-Stunden-Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Da der 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13. und 14. Punkt der Tagesordnung gemeinsam debattiert werden soll, schlage ich vor, die Abstimmung gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT für diese Punkte nunmehr in einem vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dafür sind, dass der Antrag Zahl 22 - 6, Beilage 6, der Antrag Zahl 22 - 7, Beilage 7, der Antrag Zahl 22 - 8, Beilage 8, der Antrag Zahl 22 - 18, Beilage 18, der Antrag mit der Zahl 22 - 16, Beilage 16, der Antrag Zahl 22 - 17, Beilage 17, sowie der Antrag Zahl 22 – 19, und zuletzt mit der Beilage 19, und der Antrag Zahl 22 - 14, Beilage 14, in die zweite Lesung genommen werden. Wer dafür ist, den darf ich jetzt einladen, sich vom Platz zu erheben. -

Der Landtag hat einstimmig und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, die Anträge mit all den vorher genannten Zahlen und Beilagen in die zweite Lesung zu nehmen.

Ich darf daher schon zum 7. Punkt kommen.

Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 6, betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau. Das ist die Zahl 22 – 6, mit der Beilage 54.

Die Frau Abgeordnete Doris Prohaska ist zu diesem Tagesordnungspunkt Berichterstatterin.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete um Ihren Bericht.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Der Rechtsausschuss hat über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau wird zur Kenntnis genommen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Berichterstatterin. Darf ich Sie bitten gleich heraußen zu bleiben. Sie werden ja auch Bericht zum Punkt 8 der Tagesordnung erstatten. Es dies der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 7, betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen, mit der Zahl 22 - 7, Beilage 55.

General- und Spezialdebatte werden, wie auch vorher unter einem durchgeführt.

Sie sind bitte wieder am Wort.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen wird zur Kenntnis genommen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich darf Sich gleich bitten, dann auch zum Tagesordnungspunkt 9 zu berichten. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses mit der Beilage 8, über den Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich, das ist die Zahl 22 - 8, Beilage 56.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Sie sind bitte wieder am Wort Frau Abgeordnete.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich wird zur Kenntnis genommen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke. Ich darf Sie bitten noch heraußen zu bleiben. Sie werden auch zum 10. Punkt der Tagesordnung berichten, das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, Beilage 18, betreffend Pflege in Österreich. Das ist die Zahl 22 - 18, Beilage 57.

Die General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Gemäß § 42 Abs. 3 wurde beschlossen, vom Rechnungshof Dr. Barbara König, Mag. Hermann Primig, Mag. Florian Weiss, Dr. Leopold Mayr und Dr. Norbert Weinrichter via Videokonferenz in die Beratungen beizuziehen.

Der Rechtsausschuss hat den Bericht des Rechnungshofes betreffend Pflege in Österreich, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Pflege in Österreich wird zur Kenntnis genommen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Ihnen Frau Abgeordnete. Zum 11. Tagesordnungspunkt würde ich dann den Herrn Landtagsabgeordneten Schnecker bitten. Das wird inzwischen schon hergerichtet. Ich muss nur noch fertig lesen, dann ist inzwischen schon fertig. Oder Sie können gerne auch von hier sprechen.

Ich rede über den 11. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-

Rechnungshofes mit der Beilage 16, betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019, Zahl 22 – 16, Beilage 58

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

Ich darf nur bemerken, dass die General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt wird.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Ewald Schnecker:** Danke Frau Präsidentin. Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahm LandesRechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019, zur Kenntnis nehmen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich danke Ihnen Herr Berichterstatter. Ich darf nunmehr zum 12. Punkt der Tagesordnung kommen. Herr Gesellmann, ich darf Sie ersuchen, inzwischen den nächsten Platz wieder zu reinigen. Vielen Dank.

Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 17, betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode.Zahl 22 - 17, Beilage 59.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Patrik Fazekas, BA:** Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahm LandesRechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Prüfungsberichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode, zur Kenntnis nehmen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich danke Ihnen Herr Berichterstatter. Wir sind nunmehr beim 13. Punkt der Tagesordnung. Der 13. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses, Beilage 19, über den Tätigkeitsbericht 2019 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Zahl 22 - 19, Beilage 60.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Johann Tschürtz:** Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Tätigkeitsbericht 2019 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, in seiner 01. Sitzung am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Gemäß § 8 Abs. 6 Bgld. LRHG i.V.m. § 78 Abs. 7 GeOLT nahm LandesRechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA an den Beratungen teil.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, den vorliegenden Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes zur Kenntnis zu nehmen.

Landes-Rechnungshofdirektor Mag. Mihalits, MBA gab einen kurzen Überblick über den Inhalt des Tätigkeitsberichtes.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag einstimmig angenommen.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Tätigkeitsbericht 2019 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, zur Kenntnis nehmen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Herr Klubobmann. Ich darf schon zum 14. Punkt der Tagesordnung kommen. Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft, Beilage 14 betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung, Zahl 22 - 14, Beilage 61, ist Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte wird unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Der Rechtsausschuss hat den Sonderbericht der Volksanwaltschaft betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung, in seiner 01. Sitzung, am Donnerstag, dem 16. April 2020, beraten.

Gemäß § 42 Abs. 3 wurde beschlossen, von der Volksanwaltschaft Herrn Volksanwalt Mag. Bernhard Achitz den Beratungen beizuziehen.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag dem Landtag zu empfehlen, den Sonderbericht der Volksanwaltschaft zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Volksanwalt Mag. Bernard Achitz gab einen kurzen Überblick über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle nachstehenden Beschluss fassen: Der Sonderbericht der Volksanwaltschaft betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung wird zur Kenntnis genommen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Wir dürfen schon in die Debatte einsteigen und ich darf als erste Rednerin Frau Landtagsabgeordnete Mag. Regina Petrik das Wort erteilen.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): So wechselt man die Perspektiven während der Corona Krise. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist tatsächlich so, dass wir jetzt eine ganze Latte von verschiedenen Themen hier innerhalb eines Tagesordnungspunktes heute hier besprechen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das ist tatsächlich nicht ganz unproblematisch. Da stimme ich hier der Kollegin Wagentristl zu. Ich finde es nur für heute und für die jetzige Zeit für zulässig. Ich werde mich jetzt aber trotzdem auch dem Gebot der Kürze unterwerfen und nicht zu allen einzelnen Berichten Stellung nehmen.

Wir hätten ja etliche Themen auch noch in anderen Zusammenhängen, die auch in diesen Rechnungshofberichten vorkommen. Da können wir an anderer Stelle noch ausführlicher dazu Stellung nehmen.

Vorweg möchte ich auch hier meinen Dank aussprechen, wieder einmal an den Landes-Rechnungshof, an den Burgenländischen Landes-Rechnungshof ebenso wie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungshofes im Bund. Da wird wirklich großartige Arbeit geleistet und es ist nur richtig und gut, dass auch der Landes-Rechnungshof einen Posten mehr für die umfangreiche Arbeit zugesprochen bekommen hat.

Wozu will ich etwas sagen? Zu drei Punkten. Punkt eins. Die Hagelversicherung. Das gibt jetzt inhaltlich nicht so wahnsinnig viel her, aber es zeigt ein bisschen eine Skurrilität auf. Es ist nämlich eigentlich eine Nichtkontrolle und ein Bericht über eine Nichtkontrolle. Warum? Der Rechnungshof konnte gar nicht überprüfen, ob all das, was im Rahmen der Hagelversicherung abgewickelt wurde, am Schluss dafür verwendet wurde, wofür es ausgezahlt wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist ein Problem. Das verstehe ich schon, dass hier ein Bereich ist, wo Fördergelder des Landes, wo öffentliches Geld, Steuergelder nicht wirklich einer Überprüfung sozusagen unterworfen werden können, aber es gibt eben keine gesetzlichen Prüfungsbefugnisse des Landes-Rechnungshofes über ein Versicherungsunternehmen.

Das ist leider eine Lücke. Man muss aber auch ehrlicher Weise sagen, dass es das nicht gibt. Das wusste die Landesregierung auch schon zu dem Zeitpunkt, als dieser Prüfauftrag ausgesprochen wurde.

Aber ja, das ist etwas, wo wir uns, glaube ich, einig sind, dass es nicht sein kann, dass auf die Dauer hier öffentliche Gelder fließen - und dass Jahr für Jahr mehr. Es waren zuletzt 2019 insgesamt 5,4 Millionen Euro und im gesamten Prüfzeitraum rund 20 Millionen Euro, ohne dass auch nur irgendetwas seitens des Landes-Rechnungshofes hier geprüft werden kann.

Eines kann man schon sachlich leicht beantworten, ohne dass wir hier in die Materie tiefer hineingehen müssen. Die Mehrkosten, die bei der Hagelversicherung entstanden sind, hängen auch mit der Ausweitung der zu versicherten Leistungen zusammen.

Das heißt, wenn einfach mehr geleistet wird, mehr unterstützt wird, dann erhöhen sich natürlich auch die Beiträge, um die es hier geht. Das Hagelversicherungsgesetz muss aber der Bund dringend reformieren. Ich denke mir darüber herrscht auch Einigkeit, um den Rechnungshöfen hier die nötige Prüfung zu ermöglichen.

Natürlich unter Wahrung des Datenschutzes, das ist sowieso selbstverständlich, aber hier ist tatsächlich noch ein offenes Feld, das zu erledigen ist.

Einen zweiten Blick werfe ich auf die Werbeausgaben der Landesregierung innerhalb des Prüfzeitraums von 2015 bis 2018. Da hat hier der Landes-Rechnungshof klar festgestellt, dass alles ordnungsgemäß verlaufen ist. Man hat sich an die gesetzlichen Vorgaben gehalten. Es fehlt aber, so ist der Hinweis vom Landes-Rechnungshof eine Strategie sowohl im Land, als auch in den ausgelagerten Gesellschaften.

Hier wird sozusagen hinterfragt, dass nicht klar ausgearbeitet ist. Was sind die Informationsziele? Was sind die verschiedenen Zielgruppen? Was sind die verschiedenen Zielmedien? Erkennen es nach einer Abrechnung, aber man erkennt es nicht vorher in der Darlegung irgendeiner strategischen Planung.

Der Rechnungshof meint auch, dass dadurch Kosten gespart hätten werden können. Ob der Wille da war, bei Werbeausgaben Kosten einzusparen, das werden wir in den nächsten Abrechnungen sehen.

Der Großteil der Ausgaben, und das ist ein zweites Problem, findet außerhalb des Landtages, außerhalb jener Bereiche statt, die vom Landtag einsehbar sind. Wir kennen das Problem mit den ausgelagerten Gesellschaften.

Da wird zwar etwas schrittweise besser, aber die derbe Tätigkeit können wir nur feststellen. Wir können feststellen, dass etwa die Energie Burgenland offensichtlich ein ziemlich großes Werbebudget zur Verfügung hat, oder sich zur Verfügung nimmt, aber ins Detail können wir hier nicht hineinschauen.

Etwas, worauf schon hingewiesen werden muss, ist aus meiner Sicht, dass es hier in der Höhe offensichtlich sehr unterschiedliche Zuwendungen gibt. Das Land Burgenland verteilte seine meldepflichtigen Ausgaben auf Medien, denn es gibt ja auch Ausgaben, die nicht meldepflichtig sind.

Die meldepflichtigen Ausgaben zu 21 Prozent auf den Kurier und zu 17 Prozent auf die BVZ und alle anderen wie ORF 2, Österreich, oder andere Qualitätsmedien sind dann unter 10 Prozent in der Verteilung der Werbemittel.

Da kann man also auch einen kritischen Blick darauf werfen. Es wird wahrscheinlich niemanden verwundern, dass Altlandeshauptmann Nießl hier knapp 50 Prozent des gesamten Werbebudgets dieser Jahre für sich in Anspruch genommen hat beziehungsweise für seine Tätigkeitsbereiche, aber wir haben das ja ohnehin auch gesehen und selber miterlebt.

Ein anderer Bereich ist schon etwas, was wir kritisch hinterfragen müssen, nämlich, dort was der Landes-Rechnungshof an Prüfbehinderungen spricht. Ich zitiere hier: Das Land entzog dem Burgenländischen Landes-Rechnungshof am 20. März 2019 seinen Zugriff auf das Buchhaltungssystem des Landes. Wir haben ja hier auch schon öfters darüber debattiert.

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof erhielt letztlich am 18.4.2019 einen Zugriff auf das Buchhaltungssystem des Landes. Die verursachte Prüfungsbehinderung dauerte somit 29 Tage an. Das Land sieht hier keine Prüfbehinderung.

Wir haben hier also nochmals den Hinweis darauf, da gab es eine Prüfbehinderung. Nämlich, nicht den vollen Zugang zu jenem System in dem die Zahlen dann wirklich nachvollziehbar sind. Später wurde die Behinderung aufgehoben, aber das ist noch keine wirklich gute Lösung. Da müssen wir auch noch etwas anderes finden.

Spannend wird natürlich, was liegt vor uns? Was wird uns ein nächster Bericht bringen? Wir kennen ja ein paar Planungen - auch strategischer Art. Wir kennen ja schon die Ankündigung der Landesregierung, alle Haushalte regelmäßig von der eigenen Arbeit zu informieren. Das läuft dann unter dem Decknamen Transparenz.

Für mich ist es mehr eine Image- und Werbekampagne, aber wir werden es ja dann sehen und es genau untersuchen, oder es wird vielleicht sogar etwas, wo auch der Burgenländische Landtag sich darstellen kann. Wir werden es sehen. Leider, und das tut mir wirklich sehr leid, ist jetzt weniger Zeit, auch auf den Bericht der Volksanwaltschaft einzugehen, aber ein paar Worte möchte ich doch dazu sagen. Es geht um den Sonderbericht der Volksanwalt „Keine Chance auf Arbeit über Menschen mit Behinderungen in Österreich und ihre Möglichkeiten am Arbeitsmarkt“.

Das ist mir ein Thema, das mir ein sehr großes Anliegen ist, wenn wir hier im hohen Landtag über Berichte von Monitoringausschuss gesprochen haben, habe ich das auch schon einige Male erlebt.

Vielleicht nur einmal ganz kurz gefasst. Wir haben ein ganz großes Problem - nicht nur darin, dass wir leider keinen inklusiven Arbeitsmarkt haben, sondern dass Menschen mit Behinderungen auch noch eingeteilt werden in jene, die arbeitsfähig sind, und jene, die nicht arbeitsfähig sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damit sind aber bereits für alle weiteren Fördermaßnahmen, die am Arbeitsmarkt noch möglich sind, viele Vorentscheidungen getroffen. Darauf weist die Volksanwaltschaft hin. Dann gibt es ein ganz großes Problem, auf das habe ich auch schon öfter hingewiesen, auch andere im Bund. Ich möchte das gar nicht für nur für mich alleine in Anspruch nehmen, aber es ist mir wirklich ein Herzensanliegen.

Wir haben das große Problem, dass Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, hier ein Taschengeld bekommen. Das ist nett, aber es ist eigentlich keine entsprechende Wertschätzung für die Arbeit und es ist auch keine Entlohnung.

Das heißt, sie sind dann auch nicht abgesichert. Die Volksanwaltschaft empfiehlt daher auch neue Modelle der Entlohnung anstelle des bisherigen Taschengeldsystems zu prüfen und ich halte das im Sinne der sozialen Absicherung für ganz besonders wichtig.

Weil, es ist zu wenig, wenn man nur unfallversichert ist. Es geht hier auch um sozialversicherungsrechtliche Zusammenhänge und es wird uns doch gemeinsam ein großes Anliegen sein, dass die Menschen, die eine Arbeit verrichten und dafür auch entlohnt werden auch entsprechend pensions- und krankenversichert sind, aber vor allem eben nicht auf die Dauer von ihren Eltern oder von anderen Personen abhängig sind.

Wer sich selber etwas, sozusagen, mit eigener Leistung erarbeitet, soll nachher auch die entsprechenden Versicherungsleistungen erhalten. Das wird uns hoffentlich noch öfter beschäftigen. Vielleicht schaffen wir dann auch einmal einen gemeinsamen Antrag, aber ich bin ja sehr zuversichtlich, weil das steht bereits im Regierungsprogramm der Türkis-Grünen Bundesregierung, dass hier neue Formen gefunden werden müssen.

Das heißt, hier könnten wir uns dem, was die Bundesregierung vorhat, vom Burgenland aus anschließen. Gemeinsam müssen wir dann schauen, dass wir hier schnell etwas weiter bringen. Abschließend ein kleiner Hinweis, was mich besonders freut, die Volksanwaltschaft hat diesen Bericht auch in einfacher Sprache verfasst, denn das ist ja oft ein Problem im Bezug der politischen Teilhabe, dass Texte so formuliert sind, dass sie von vornherein schon einen Teil der Bevölkerung ausschließen, das alles mit zu vollziehen.

Das ist in diesem Bericht nicht der Fall und ich freue mich sehr, dass hier viele Menschen mitlesen können, welche wertvolle Arbeit die Volksanwaltschaft in Österreich leistet. In diesem Sinne, wir werden natürlich alle Berichte zur Kenntnis nehmen. Dankeschön.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete für Ihren Redepart. Nunmehr darf ich Herrn Klubobmann Abgeordneten Johann Tschürtz das Wort erteilen.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Frau Abgeordnete, da bin ich voll bei Ihnen. Der Bericht der Volksanwaltschaft hat es wirklich in sich gehabt. Aber, ich bin ja sehr zuversichtlich, nachdem hier bekannt gegeben wurde, dass es schon im Sozialausschuss im Bund einen diesbezüglichen Änderungsvorschlag gibt, glaube ich, wird das wahrscheinlich dann auch vielleicht noch und so hoffen wir heuer soweit sein.

Grundsätzlich versuche ich mich jetzt da zu diesen vielen Rechnungshofberichten ganz kurz zu halten, denn das wäre, glaube ich, zu lange. Vielleicht zu den Werbeausgaben. Das Thema SAP-Zugang wurde schon einige Male im Landtag heftig debattiert und der Rechnungshof hat wieder angeführt, dass die bloße Aushändigung von SAP-Auszügen von Unvollständigkeit geprägt ist.

Das heißt, es ist natürlich auch erforderlich, dass zukünftig der Rechnungshof hier einen entsprechenden Zugriff hat. Der Rechnungshof hat aber auch ausführlich über die Art und Verwendung der Werbeausgaben berichtet, nämlich, sehr detailbewusst und nachvollziehbar, weil alle Ausgaben so definitiv erwähnt, korrekt abgewickelt, aber auch in Tabellen dargestellt wurden.

Die Empfehlungen sind als Verbesserungsvorschläge zu sehen und sollen dann womöglich umgesetzt werden. Da geht es natürlich auch darum, dass zukünftig Doppelförderungen verhindert werden sollen, dass man auch eine Datenbank im Land hat, wo diese Förderungen so aufgeschlüsselt sind, dass es keine Zwei- und Dreifachförderungen gibt.

Wobei ich sagen muss, dass ich in meiner Zuständigkeit das wenigste Geld gebraucht habe, damit wir das auch einmal gesagt haben. Das ist natürlich aus positiv bewertet worden. Der Bericht über die Hagelversicherung spricht wirklich Bände.

Diesbezügliche Empfehlungen kann es da überhaupt nicht geben, denn es wurden insgesamt 19 Millionen Euro vom Land ausbezahlt und niemand weiß warum.

Einfach nur weil die Versicherung gesagt hat, wir brauchen 19 Millionen Euro, weil wir haben das mit dem Bundesminister akkordiert. Liebes Land, nimmt 19 Millionen Euro in die Hand und zahle einfach. Puh, also das ist schon wirklich ein hartes Stück. Das ist wirklich, aus meiner Sicht, ein starkes Problem, einfach den Versicherungen sozusagen 100 Prozent an Vertrauenswürdigkeit zu geben und ihr werdet mir schon das Richtige melden. Das finde ich nicht in Ordnung. Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes ist, aus meiner Sicht, auch sehr umfangreicher, wenn man bedenkt, dass pro Bericht im Schnitt über 200 Tage benötigt werden.

Das ist nicht wenig. Daher glaube ich auch, und der Rechnungshofdirektor hat das auch gesagt, dass eine Personalaufstockung auf jeden Fall notwendig ist. Er hat auch erwähnt, dass jede Bedienstete, jeder Bediensteter immer wieder bereit ist, sich in das System der lernenden Einheit motiviert einzugliedern. Weiterbildung, Weiterbildung, Weiterbildung.

Aber, was ich natürlich wirklich nicht verstehe, der Rechnungshof hat das nicht so detailliert festgehalten, aber er hat das auf jeden Fall so festgehalten, dass man herauslesen kann, dass es ein Monatsgehalt von 4.044 Euro brutto für einen Rechnungshofprüfer, für einen akademischen Rechnungshofprüfer, gibt. Das ist, aus meiner Sicht, wirklich aber sowas von zu gering, wenn du wirklich einen gescheiten Rechnungshofprüfer haben möchtest, dann wird es schwer sein jemanden zu finden, denn 4.044 Euro brutto ist wirklich zu wenig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, man braucht mehr Personal und man sollte sich natürlich auch darüber Gedanken machen, wie man auch das Gehalt dieser Akademiker erhöht. Wenn ich heute schon 1.700 Euro Mindestlohn habe, netto Mindestlohn, ich weiß nicht wieviel das brutto ist, dann sollte man sich hier natürlich auch etwas überlegen.

Der Bericht zum Krankenhaus Oberwart, wenn man sich das wirklich langsam durchliest, ist wirklich so etwas von offen gesagt durch den Rechnungshof, dass eigentlich es nur Fehlplanungen gegeben hat. Ursprünglich hat einmal das technische Büro des Krankenhauses einmal den Planungsauftrag bekommen. Das ist aber sowas von „in die Hose“ gegangen. Dann hat man es extern ausgegliedert. Das ist wieder einmal in die Hosen gegangen. Das heißt, es hat Planungsveränderungen gegeben, dauernd Veränderungen. Wieder neue Veränderungen. Also, das heißt, das ist wirklich über Jahre sehr schlecht dahin gegangen und es hat unzureichende Qualitätskontrollen gegeben.

Auch die externen Dienstleister haben die Planungsziele überhaupt nicht erfüllt. Es sind dadurch natürlich hohe Mehrkosten entstanden, ständig hat es Planungsklausuren und Variantenveränderungen gegeben. Es hat sogar Planungsstopps gegeben, die wieder eine Menge Geld gekostet haben. 2014 ist man dann, Gott sei Dank, zu dem Entschluss gekommen ist, dass das Krankenhaus Oberwart nicht nur saniert und umgebaut und was weiß ich was alles wird, sondern neu gebaut werden soll. Das heißt, es hat wirklich Jahre gedauert.

Die Frage heute an den Rechnungshof, ob der Lenkungsausschuss hier dazu beigetragen hat, dass das besser geht. Ja, das ist anscheinend so, das kann man nur begrüßen. Was ich, zum Beispiel, herausgelesen habe und was ich auch nicht verstehe, ich bin zwar kein Arzt, aber das kann ich wirklich nicht verstehen. Da hat man in der Planung festgehalten, dass wenn das Krankenhaus fertig ist, dass man die medizinischen Geräte mitnimmt und sich somit viel Geld erspart, weil man ja die medizinischen Geräte

mitnehmen kann. Das hat der Rechnungshof total widerlegt. Das ist gar nicht möglich, weil wenn du in zehn Jahren das Krankenhaus eröffnest, dann kannst du die medizinischen Geräte, die es jetzt dort gibt, sozusagen - ich sage das so in der Mundart – „schmeißen“. Man weiß ja heute noch nicht, welches Geräte es nach dem technologischen Fortschritt in einem Jahr geben wird, in zwei Jahren geben wird.

Das kostet wahrscheinlich das 10-fache, was jetzt ein medizinisches Gerät kostet. Das heißt, dort hat man total versagt. Man hat das überhaupt nicht berechnet. Man hat die medizinische Komponente nicht berücksichtigt. Das hat der Rechnungshof auch stark kritisiert. Ich glaube auch, dass das der Lenkungsausschuss zukünftig definitiv auch einbeziehen soll.

Da wird es dann, Herr Klubobmann, nicht so sein, dass das 200 Millionen Euro kostet, sondern wahrscheinlich ohnehin 300 Millionen Euro, denn diese medizinischen Geräte allein, diese Tatsache hat mich etwas stutzig gemacht.

Es hat dann 29 Empfehlungen gegeben, aber diese 29 Empfehlungen sind durch diesen Lenkungsausschuss derzeit sozusagen in Arbeit. Auf jeden Fall sollte zukünftig die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit im Bereich des Lenkungsausschusses oberste Priorität haben. Ich glaube, dass man auch den Landtag informieren sollte, aber das ist jetzt natürlich ein politisches Thema, das ist wieder ein anderes Thema.

Dann war auch der Pflegebericht wirklich interessant. Man kann erkennen, dass das Burgenland im Bereich der Pflege sehr gut aufgestellt ist. Das ist so. Der Bevölkerungsanteil von Personen über 80 Jahren nimmt zu. Das ist natürlich auch sehr positiv zu bewerten, aber diesen Pflegebericht kann man natürlich für das Burgenland sowieso nicht eins zu eins sich selbst genüsslich in den Hinterkopf bringen, denn die Pflegesituation im Burgenland ist jetzt eigentlich komplett eine andere, als sie es damals beim Erstellen des Pflegeberichtes war.

Das heißt, durch die neue Gesetzesgrundlage, durch die neue Pflegemöglichkeit von den Angestellten und so weiter und sofort, hat das natürlich jetzt eine andere Dimension und wird wahrscheinlich der nächste Pflegebericht anders sein, weil ja das gar nicht in diese Richtung zu bewerten ist.

Der Bundes-Rechnungshof selbst hat in 326 Seiten intensiv geprüft. Was mir da aufgefallen ist, dass auch der Bundes-Rechnungshof wieder definitiv auf die Transparenzdatenbank eingegangen ist. Ich glaube, das ist schon eine Diskussion der letzten sieben, acht Jahre oder so ähnlich. Das heißt, es gibt keine Transparenzdatenbank österreichweit, es gibt Mehrfachförderungen, die nicht tolerierbar sind, die nicht hinzunehmen sind und daher sagt der Rechnungshof das wiederholte Mal, man sollte definitiv jetzt eine Transparenzdatenbank bundesweit einführen.

Natürlich auch landesweit, aber dann bundesweit, wo definitiv auch diese Mehrfachförderungen nicht mehr möglich sind. Grundsätzlich muss man sagen, danke den Rechnungshöfen für diese intensive Arbeit. Wir können eigentlich alle, nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative, froh sein, dass wir den Rechnungshof haben. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordnete Patrik Fazekas.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Landes-Rechnungshof fungiert als

Organ des Landtages und unterstützt uns Abgeordnete hier im Landtag bei unserer Kontrolle. Der Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes beziehungsweise der Tätigkeitsbericht des Bundes-Rechnungshofes belegt das breite Spektrum.

Ich möchte mich an dieser Stelle beim Landes- und beim Bundes-Rechnungshof für diese umfangreiche Arbeit auch sehr herzlich bedanken. Meine geschätzten Damen und Herren! Wir diskutieren heute sieben Rechnungshofberichte beziehungsweise einen Sonderbericht der Volksanwaltschaft unter einem Tagesordnungspunkt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist heute im Verlauf des Nachmittages schon mehrmals Kritik diesbezüglich geäußert worden, weil wir das in einer Phase diskutierten, in der die Welt Kopf steht. Das Corona-Virus dominiert und beschränkt den Alltag der Menschen in Österreich. Auch wir schränken uns hier im Landtag freiwillig ein und haben die Anzahl der Abgeordneten reduziert.

Wir verzichten auf Öffentlichkeit, haben hohe Sicherheitsvorkehrungen mit Plexiglas und Mundschutz. Es war richtig, dass wir uns heute treffen, um die COVID-Gesetze zu behandeln, um hier wichtige Maßnahmen zu setzen, aber es ist aus unserer Sicht und meiner Sicht nicht wichtig, dass man diese Berichte heute in der Art und Weise durchpeitscht, denn es hat hier keine Not gegeben.

Man hätte das ruhig auch zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren können. Ich sehe das doch etwas anders, als Sie, meine geschätzte Kollegin Petrik. Wäre es nach uns gegangen, dann hätten wir nur die COVID-Gesetze beschlossen. Es sind 542 Seiten, die diese acht Berichte heute fassen. Es ist, aus meiner Sicht, sehr schade, dass wir diese 542 Seiten in einen Topf werfen und den vielen Inhalten, den vielen Empfehlungen, den Inputs nicht den Raum geben, der ihnen gebühren würde.

Ich habe es schon erwähnt, eine Debatte zu einem späteren Zeitpunkt wäre kein Problem gewesen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ! Sie müssen sich heute, aus meiner Sicht, zu recht auch den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie hier einige Themen - wahrscheinlich unangenehme Themen - unter den Tisch kehren.

Eines dieser unangenehmen Themen, meine geschätzten Damen und Herren, ist das Krankenhaus Oberwart. Obwohl dieses Krankenhaus Oberwart noch nicht einmal gebaut wurde, ist es jetzt schon ein Millionengrab, Geldverschwendung, Planungsmängel und kein Beispiel, wie man gut wirtschaftet. So kann man, glaube ich, den Bericht des Bundes-Rechnungshofes zusammenfassen.

Wenn ich ein bisschen die Chronologie in Erinnerung rufen darf. Im April 2009 wurde die Umbau- und Sanierungsarbeit beschlossen. 2013 die Änderung beim Projektumfang beziehungsweise beim Projektbudget. Bei den voraussichtlichen Kosten hat man damals bei den Schätzungen mit 80 Millionen Euro begonnen. Das ist dann auf 97 Millionen Euro angehoben worden. Dann hat es eine Ergänzung um einen Teilneubau gegeben. Schließlich waren wir bei 122 Millionen Euro an Kosten und man hat das Projekt unterbrochen. Die Kosten, meine geschätzten Damen und Herren, für das letztlich abgesagte Projekt beliefen sich bis Mitte 2018 auf rund 9,36 Millionen Euro.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Rechnungshof bewertet das als weitgehend verlorener Aufwand. Hier wurden, aus meiner Sicht, Millionenbeträge verschleudert und Steuergelder in den Sand gesetzt. Geld, das rausgeschleudert wurde und das wir gerade in Anbetracht der jetzigen Diskussion in Zeiten der Corona-Krise für andere Bereiche wirklich gut gebrauchen hätten können.

Ein weiteres Schmankerl ist der Parkplatz. Im Zuge der Erweiterung des Krankenhauses Oberwart wurde im Jahr 2013 um 590.000 Euro ein Parkplatz errichtet. Dieser Parkplatz, meine geschätzten Damen und Herren, muss jetzt abgebrochen werden. Dieser Rechnungshofbericht ist der Beleg dafür, dass hier Sorgfaltspflichten verletzt wurden, dass hier ein internes Know-how fehlt, das klare Entscheidungs-, Kommunikations- und Verantwortungsstrukturen fehlen und dass die Rollenverteilung nicht vorhanden ist.

Auch beim Neubau ist vieles ungewiss. Kollege Tschürtz hat vorher von den Kosten gesprochen. Ich kann mich noch erinnern, da war von 160 Millionen Euro Kosten die Rede, und später hat man dann von 200 Millionen Euro gesprochen, jetzt redet man schon von Kosten zwischen 200 und 300 Millionen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das ist ein Paradebeispiel, wie man nicht wirtschaftet. Ich darf die Forderung auch wiederholen, der Kollege Tschürtz hat es vorhin erwähnt, den Begleitausschuss bei Großprojekten, das wäre aus unserer Sicht hier sinnvoll. Wir werden der Regierung was das Projekt Krankenhaus Oberwart anbelangt, ordentlich auf die Finger schauen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Beim Bericht zu den Werbeausgaben der Landesregierung in den Jahren 2015 bis 2019 wird auch, so wie die Kollegin Petrik vorher erwähnt hat, auf Planungsmängel hingewiesen.

Keine dokumentiert mittelfristige Strategie, was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangt. Hier wird so quasi auf Zuruf auch Steuergeld ausgegeben, insgesamt in den dreieinhalb Jahren und mehr als 16 Millionen Euro an Werbeausgaben, die hier verbucht worden sind.

13 Millionen Euro davon, wurden nicht dem Landesbudget, sondern in der Holding, in den ausgegliederten Gesellschaften, ausgegeben. Für das Land Burgenland bleiben rund 3,2 Millionen Euro.

Auch wenn heute mehrmals betont wurde, dass bei der Abwicklung es zu keinen Fehlern gekommen ist, so möchte ich klar sagen, dieses Geld hätte wo anders besser eingesetzt werden können. Wenn ich mir ansehe, was für Frauenangelegenheiten ausgegeben wird, wenn ich mir ansehe, was für Familienförderung ausgegeben wird oder für Kinderrehabilitation, drei Bereiche, die ich mir angesehen habe. 1,3 Millionen Euro jährlich, im Vergleich dazu 4,5 Millionen Euro jährlich im Durchschnitt an Werbungskosten, das steht in keiner Relation, meine geschätzten Damen und Herren.

Der Bericht belegt darüber hinaus deutlich, was wir als Volkspartei seit Jahren kritisieren, große finanzielle Aufwendungen und Brocken werden der Kontrolle des Landtages entzogen, weil sie eben in den ausgegliederten Bereichen ausgegeben werden. Ähnlich auch hier bei den Werbekosten, knapp 80 Prozent, wie schon vorher erwähnt, die 13 Millionen Euro wurden in der Landesholding samt den Beteiligungen ausgegeben. Ich fordere hier, dass mit Steuergeldern ehrlich und offen umgegangen wird.

Auch was die Prüfbehinderungen anbelangt, sehen wir das natürlich kritisch. Wir haben das im Sonderlandtag des vergangenen Jahres auch zur Sprache gebracht.

Als die stärkste Oppositionspartei werden wir auch weiterhin darauf achten, dass bestehende Kontrollrechte und Möglichkeiten des Landtages erhalten werden und die Rechte des Landes-Rechnungshofes gestärkt werden.

Zum Sonderbericht der Volksanwaltschaft, der sich mit dem Thema Inklusion am Arbeitsplatz befasst, wird auf mehrere Punkte hingewiesen. Es gibt keinen inklusiven

Arbeitsmarkt, deshalb auch die Beschäftigung in Werkstätten. Und gleichzeitig damit verbunden auch die fehlende Wahlmöglichkeit. Zwischen den verschiedenen Einrichtungen in diesen Werkstätten ist es auch nicht möglich, einen Sozialversicherungsanspruch zu erwerben. Für diese Arbeit erhält man nur ein Taschengeld. Der fehlende Sozialversicherungsanspruch und die Qualifizierung als nicht arbeitsfähig, ziehen weitreichende rechtliche Folgen nach sich. Die Maßnahmen der tagesstrukturierenden Einrichtungen sind Angelegenheiten der Länder.

Wir werden auf Grundlage dieses Berichtes uns genau auch ansehen, wie das Land Burgenland hier aufgestellt ist, und wo es gilt, Verbesserungen zu erreichen. Ich glaube das wäre notwendig, wir haben dem Thema Menschen mit Behinderung in diesem Rahmen im Landtag schon viel Raum geboten.

Dass wir uns auch künftig mit dem Thema beschäftigen, vor allem auch in Hinblick der Überprüfung auf die in diesem Bericht auch bezogen wird, auf eine Überprüfung Österreichs durch den UN-Ausschuss. Für die Rechte von Menschen mit Behinderung, gilt es hier Maßnahmen zu setzen, die auf einen besseren Arbeitsmarktzugang für Menschen mit Behinderung abzielen.

Eines möchte ich an dieser Stelle betonen, dieser komplexe Sachverhalt der verdeutlicht, wie wichtig es gewesen wäre, aus meiner Sicht, diesem Bericht einen eigenen Punkt auch zu schenken, um auch im Zuge einer regulären Sitzung sich mit diesem Thema zu befassen, ganz einfach auch aus Respekt gegenüber den Betroffenen.

Ein paar Worte zum Rechnungshofbericht „Finanzzielsteuerung Gesundheitswesen“. Die Zielsteuerungspartner Bund, Länder und Sozialversicherungen haben im Jahr 2012 die Einführung eines zielorientierten Steuerungsmodells bei den Gesundheitsausgaben vereinbart. Mit diesem Prüfbericht soll geklärt werden, ob die Finanzzielsteuerung nachvollziehbar zu einer Dämpfung der Gesundheitsausgaben der Länder beigetragen hat.

Die Frage, ob es zu einer Dämpfung beigetragen hat, war nicht feststellbar. Was feststellbar war, ist, dass die Ausgabenobergrenzen eingehalten wurden. Was kritisch angemerkt wurde in diesem Bericht ist, dass in den Rechnungsabschlüssen der Landesgesundheitsfonds eine unterschiedliche Struktur vorherrscht, abweichende Bezeichnungen für vergleichbare Sachverhalte ausgewiesen werden.

Hier hoffen wir, dass die Empfehlungen auch dementsprechend angenommen werden und im Sinne der Vergleichbarkeit und Klarheit und Transparenz diese Empfehlungen auch Umsetzung finden.

Nachdem dieser Bericht das Gesundheitswesen thematisiert, möchte ich betonen, dass wir gerade in der jetzigen Situation sehen, wie wichtig eine intakte und funktionierende Gesundheitsversorgung in Österreich ist.

Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um mich zu bedanken bei all jenen, die in diesem Bereich auch arbeiten. Viele Menschen, Ärzte, Pflegepersonal, Mitarbeiter in den Spitälern leisten hier Unglaubliches. Ein herzliches Dankeschön für diese wichtige Arbeit.

Sie verdienen aus unserer Sicht nicht nur Lob und Anerkennung in mündlicher Form, sie verdienen auch eine finanzielle Anerkennung in Form einer Landesprämie, die wir als Volkspartei auch fordern. Nachdem sich auch die Sozialwirtschaft auf eine 500 Euro Prämie für Arbeitskräfte im Corona-Einsatz geeinigt hat, wäre aus unserer Sicht der logisch nächste Schritt, dass man auch den Spitalsmitarbeitern diese 500 Euro Landesprämie auch auszahlt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Rechnungshofbericht Pflege in Österreich bestätigt, dass unsere Kritik am späten Vorlegen des Bedarfs- und Entwicklungsplanes berechtigt war.

Der Bericht weist auf die sehr unterschiedlichen Situationen in den Ländern hin, das betrifft beispielsweise die Mindestpersonalausstattung, die Leistungen der mobilen Dienste, die Eigenbeiträge, auch die Finanzierungsbeiträge der Gemeinden über die Sozialhilfeumlage, die in den Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet sind, mit 50 Prozent im Burgenland.

Darüber hinaus auch die Kostensteigerungsraten von 2016 auf 2017 sind hier je Land divergierend. Mit einer Bandbreite von null Prozent beispielsweise in Wien, bis sechs Prozent im Burgenland.

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Dank den ich vorher den Spitalsmitarbeitern ausgesprochen habe, gilt natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Pflege.

Die Luftbrücke wurde heute schon angesprochen. Wir freuen uns, dass dieser Vorschlag hier aufgenommen und umgesetzt wurde. Gleichzeitig gilt es auch die Trägerorganisationen im Bereich der Pflege zu unterstützen, die Tagsatzvereinbarungen zu erhöhen, dem Beispiel folgend, Stadtrat Hacker in Wien, der hier gleich nach der Einigung angekündigt hat, die Tarife dementsprechend anzupassen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das waren wichtige Themen, die ich jetzt leider nur im Ansatz streifen konnte.

Ich möchte abschließend noch einmal betonen, dass es, wenn es nach der ÖVP gegangen wäre, wir heute nur die COVID-Gesetze beschlossen hätten und die Debatte über all diese Berichte zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen hätten, weil sie aus unserer Sicht heute viel zu kurz gekommen sind.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter für Ihre Wortmeldung. Zunächst ist der Abgeordnete Mag. Christian Dax gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Dax:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Wenn es nach Ihnen gehen würde, dann würde das Burgenland wahrscheinlich im nächsten halben Jahr noch da stehen.

Wir dürfen uns von diesem Virus nicht in die Knie zwingen lassen. Wir sind gewählte Volksvertreter und wir haben eine Verantwortung zu tragen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann niemand sagen, wann die Epidemie abflacht, wann die Maßnahmen gelockert werden, wann wir den nächsten regulären Landtag haben können. Nur ein Beispiel: Am 01.04. hat auch in Salzburg der Landtag getagt, auch dort sind normale Berichte, Gesetze beschlossen worden.

Wir können uns nicht erwarten, dass die Menschen draußen Tag und Nacht arbeiten müssen, dass in den Supermärkten, wo die Schutzvorkehrungen sicher nicht so hoch sind, wie da bei uns im Landtag, wo wir einen eigenen Desinfektor haben, dass diese Menschen Tag und Nacht arbeiten, und wir sagen, jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt, um für das Land zu arbeiten, um wichtige Gesetze zu beschließen, und unsere notwendigen Angelegenheiten zu erledigen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn Sie in den letzten Wochen und Monaten nicht genug Zeit gehabt haben, um die Rechnungshofberichte durchzuarbeiten, oder sich auf die Sitzung, die wäre ja irgendwann gekommen, die hätte ja schon regulär im April stattgefunden, sich darauf vorzubereiten, dann sind Sie selber schuld, aber sicherlich nicht die SPÖ. Weil wir sagen, wir wollen auch in der Krise für unser Land weiter arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Berichte der Rechnungshöfe haben uns heute sehr, sehr wichtige Empfehlungen aufgezeigt, die wir dankbar annehmen und zum großen Teil auch schon umgesetzt haben. Also vom Bundes-Rechnungshof ist ein ganz klares Signal gekommen, dass das Burgenland im Bereich der Umsetzungen, der Empfehlungen sehr, sehr fortschrittlich, sehr, sehr weit ist, auch gegenüber den anderen Bundesländern.

Ich nehme jetzt nur kurz Stellung zu den Rechnungshofberichten, die Sie gerade behandelt haben. Zum Ersten: Das war eine Notwendigkeit, auch aus Respekt dem Landes-Rechnungshof und dem Bundes-Rechnungshof gegenüber, dass wir die Berichte ähnlich behandeln.

So ist zum Beispiel der Bericht zum Krankenhaus Oberwart am 29. November 2019 eingelangt. Also das sind jetzt mittlerweile fast sechs Monate. Wenn es jetzt nicht an der Zeit war, diese Berichte zu behandeln, *(Abg. Markus Ulram: Wieso habt Ihr das vorher nicht gemacht?)* wann hätten wir sie behandeln sollen? *(Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Markus Ulram: Wieso habt Ihr das vorher nicht gemacht?)* Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dazu. *(Abg. Markus Ulram: Das war jetzt ein Selbstleger.)*

Für den Kollegen Fazekas, für den Kollegen Fazekas habe ich ein passendes Zitat gefunden, es ist von Mark Twain, er hat ja so schön aus dem Rechnungshofbericht zitiert. Der Mark Twain hat einmal gesagt - Man muss die Tatsachen kennen, bevor man sie verdrehen kann.

Der Bericht des Rechnungshofes zum Krankenhaus Oberwart hat den Zeitraum 2004 bis 2016 behandelt, und da ist sehr viel von dem behandelt worden, was in der Vergangenheit war. Es ist definitiv ein Generationenprojekt gewesen. Ein Krankenhaus wird von jeder Generation, schätze ich einmal, Daumen mal Pi, einmal gebaut. Das heißt, dort wo gehobelt wird, fallen Späne.

Aber alle Empfehlungen, die der Rechnungshof ausgesprochen hat, vor allem was in Richtung Entscheidungskommunikation und Verantwortungsstrukturen geht, sind mittlerweile umgesetzt worden. Und das ist auch von Klubobmann Tschürtz sehr schön aufgezeigt worden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Also das Land ist in diesem Bereich sehr, sehr gut aufgestellt. Und noch ein Beweis dafür, dass die Empfehlungen bereits umgesetzt wurden - der Rechnungshof hat uns ans Herz gelegt, dass wir bei allen Umbau-, Sanierungsüberlegungen, Maßnahmen, immer darauf achten sollen, dass die Gesundheitsversorgung im Burgenland gewährleistet ist.

Gerade jetzt sieht man, wie gut unser Gesundheitssystem aufgestellt ist, wie gut die Gesundheitsversorgung funktioniert, und vor allem auch im Krankenhaus Oberwart. Die Regierung hat ihre Hausaufgaben gemacht, und darauf können wir stolz sein. *(Beifall bei der SPÖ)*

Eine kurze Wortmeldung zu den Werbeausgaben. Ich habe mir das ein bisschen angeschaut, immer im Verhältnis auch mit den Werbeausgaben der Bundesregierung und vor allem im Vergleich zum PR-Kanzler Kurz.

Jetzt machen wir ein kurzes Rechenbeispiel, vielleicht nehmen Sie einen Stift mit, dass Sie das nachvollziehen können.

Der Prüfungszeitraum war von 2015 bis 2018, das sind vier Jahre. 16 Millionen Euro sind für Werbeausgaben ausgegeben worden. Wir gehen jetzt davon aus, das ist hochgeschätzt, und wenn man die Beteiligungen dazu nimmt, dann wäre es noch wesentlich mehr, aber das Landesbudget beträgt 1,4 Milliarden Euro.

Jetzt rechne ich mir den Durchschnitt aus, was das Land Burgenland mit all seinen Beteiligungen im Schnitt pro Jahr am Anteil des Landesbudgets gemessen, ausgegeben hat, das sind 0,28 Prozent.

0,28 Prozent - und die großen Anteile davon, die großen Projekte, die fallen dem Burgenland-Tourismus zu, und der Burgenland-Energie. Und was wäre das für ein Burgenland, das schönste Land der Welt und keiner kennt es, alle wollen hinfahren und niemand weiß, wo das ist?

Der Tourismus hat das Geld natürlich gebraucht, um die Werbung zu machen, und das ganz Gleiche ist bei der Energie Burgenland. Die stehen im direkten Wettbewerb. Die müssen sich dort auch behaupten.

Also sich da aufzuhängen, auf den Werbekosten, und sagen, dass wir sinnlos irgendwo das Geld verbraten haben, das ist die absurdeste Unterstellung, die ich jemals gehört haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Berichte der Volksanwaltschaft nehmen wir genauso dankend zur Kenntnis wie die anderen Berichte.

Wir haben die Berichte der beiden Rechnungshöfe, die dankenswerterweise live hier vertreten waren, teilweise über Videokonferenz zu uns geschalten waren, die nehmen wir dankend zur Kenntnis.

Ich bin mir sicher, dass die Exekutive die Empfehlungen ernst nehmen wird. Wie gesagt, ein großer Teil davon ist schon umgesetzt. Und wenn wir in Zukunft unsere Hausaufgaben weiterhin so machen, wie wir das in der Vergangenheit getan haben, dann sehe ich nur eine sehr positive, eine sehr schöne Zukunft für das Burgenland.

An dieser Stelle möchte ich nochmals allen Beteiligten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beiden Rechnungshöfe einen großen Dank und ein großes Lob für diese Berichte aussprechen. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter Mag. Dax. Keine weiteren Wortmeldungen, meine Damen und Herren! *(Abg. Markus Ulram: Doch!)* Doch - Verzeihung, gerne, Herr Klubobmann.

Bitte kommen Sie an das Rednerpult.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Man kann das nicht so stehen lassen, Frau Präsidentin, Hohes Haus, dass manche Abgeordnete vielleicht einen Stift brauchen, damit sie mitrechnen können. Herr Kollege Dax, man muss die Kirche schon im Dorf lassen.

Wenn da, an dem Platz, wo jetzt der Landesrat Dorner sitzt, der Landesrat Darabos gesessen ist und hat gesagt, das ist in Stein gemeißelt - 160 Millionen Euro brauchen wir für das Landeskrankenhaus, über die KRAGES gebaut, in Oberwart.

Dann haben wir revidiert auf 200 Millionen Euro und dann haben wir uns einen Spielraum verschafft und sagen nein, sagen wir lieber 200 bis 300 Millionen, dann werden wir schon auskommen.

Ich habe heute schon im Ausschuss erwähnt, 13.500 Euro hat der Quadratmeter Nutzfläche an Baukosten wurden verschlungen im Krankenhaus Wien-Nord. Da wissen

wir auch, wer zuständig war. Und so viel zur Rechnung. Dann werden wir heute da noch sitzen, in diesem Landtagssitzungssaal, und werden dies noch näher behandeln.

Glauben Sie mir es, das wird sich so nicht ausgehen. Und da bin ich gespannt, wer dann diese Verantwortung trägt. *(Unruhe bei der SPÖ)* Und wenn Sie sagen, wo gehobelt wird - *(Abg. Doris Prohaska: Wenn es nach der ÖVP ginge, hätten wir sowieso nur zwei Spitäler.)*

Bitte? *(Abg. Robert Hergovich: Zwei Spitäler hätten wir. - Abg. Doris Prohaska: Wenn es nach der ÖVP ginge, hätten wir sowieso nur zwei Spitäler. – Abg. Robert Hergovich: Was redest Du denn da?)* Reden Sie nicht den Blödsinn nach, was Ihnen vorgegaukelt wird. Schauen Sie – *(Abg. Doris Prohaska: Das war Ihre Landesrätin!)*

Der zuständige Landesrat sagt selbst, er möchte zwei Schwerpunktkrankenhäuser haben. Das hat er ja selber gesagt, noch vor der Landtagswahl. Zu dem kommen wir eh noch in einer anderen Debatte, wenn wir auch ausreichend Zeit dazu haben. Aber das kann man sich so nicht bieten lassen.

Wenn Sie heute behaupten, hier in diesem Landtagssitzungssaal, bei einer öffentlichen Diskussion, wo gehobelt wird, da fallen Späne. Und da nehmen wir zehn Millionen Euro, die wir in die Luft schießen hier und das ist halt passiert, weil es passiert ist, na dann gute Nacht Burgenland.

Wenn das die Wirtschaft der SPÖ ist, na Grüß Gott. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann für Ihre Wortmeldung.

Nunmehr liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die acht Tagesordnungspunkte.

Meine Damen und Herren, ich darf daher in dieses Abstimmungsprozedere einschreiten.

Zunächst sind wir beim Tagesordnungspunkt 7. Sie wissen, es ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, mit der Beilage 6, betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau, Zahl 22 - 6, Beilage 54.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Krankenhaus Oberwart - Planung, Sanierung und Neubau wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich lasse nun über den 8. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, mit der Beilage 7, betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen, Zahl 22 - 7, Beilage 55.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, wer dem Beschlussantrag zustimmen will. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend System der Finanzzielsteuerung im Gesundheitswesen wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir sind beim Punkt 9. Der Punkt 9 der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses, Beilage 8, über den Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich, Zahl 22 - 8, Beilage 56.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2019 des Rechnungshofes Österreich wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 10: Ich lasse nun über den 10. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Bericht des Rechnungshofes, mit der Beilage 18, betreffend Pflege in Österreich, Zahl 22 - 18, Beilage 57.

Auch hier darf ich Sie fragen, wer dem Beschlussantrag zustimmen möchte, möge sich vom Platz erheben. -

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Pflege in Österreich wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 11 der Tagesordnung: Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 16, betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019, Zahl 22 - 16, Beilage 58.

Auch hier darf ich Sie fragen, wer dem zustimmen möchte, dem Beschlussantrag, der möge sich vom Platz erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Hagelversicherung 2015 bis 2019 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Nunmehr bin ich beim Punkt 12 der Tagesordnung und lasse darüber abstimmen. Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 17, betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode, Zahl 22 - 17, Beilage 59.

Auch hier darf ich Sie fragen, wer dem zustimmen möchte, dem Beschlussantrag, der möge sich vom Platz erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Werbeausgaben der Bgld. Landesregierung in der XXI. Gesetzgebungsperiode wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Nunmehr bin ich beim Punkt 13 der Tagesordnung und lasse darüber abstimmen. Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Tätigkeitsbericht 2019 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 19, Zahl 22 - 19, Beilage 60.

Auch hier darf ich Sie fragen, wer dem zustimmen möchte, dem Beschlussantrag, der möge sich vom Platz erheben. -

Der Tätigkeitsbericht 2019 des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir sind dann beim letzten Punkt der Tagesordnung in diesem Zusammenhang und zwar ist das der 14. Punkt. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Sonderbericht der Volksanwaltschaft, mit der Beilage 14, betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung, Zahl 22 - 14, Beilage 61.

Meine Damen und Herren, wer diesem Beschlussantrag zustimmen möchte, der möge sich vom Platz erheben. -

Der Sonderbericht der Volksanwaltschaft betreffend Keine Chance auf Arbeit - Die Realität von Menschen mit Behinderung, wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

**15. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und**

**Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 5) betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3 (Zahl 22 - 5) (Beilage 62)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren, wir sind jetzt beim 15. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 5, betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3, Zahl 22 - 5, Beilage 62.

Hohes Haus, Sie wissen, gemäß § 59 Abs. 2 GeOLT darf die zweite Sitzung in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes stattfinden. Nur aufgrund eines Vorschlages von mir beziehungsweise darüber hinaus natürlich des mit einer Mehrheit von zwei Drittel der Landtagsabgeordneten gefassten Beschlusses kann von dieser 24-Stunden-Frist abgesehen werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Meine Damen und Herren, jene Damen und Herren Abgeordneten, die dafür sind, dass der Antrag mit der Zahl 22 - 5, Beilage 5, in die zweite Lesung genommen wird, mögen sich vom Platz erheben. -

Der Landtag hat einstimmig und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschlossen, den Antrag, Zahl 22 - 5, Beilage 5, in die zweite Lesung zu nehmen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden in einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Robert Hergovich:** Vielen Dank Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3 in seiner ersten Sitzung am Donnerstag, dem 16.4.2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3 die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Berichterstatter. Ich darf gleich in die Debatte einsteigen. Zu Wort gemeldet ist die erste Rednerin, nämlich die Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich muss jetzt noch ganz kurz replizieren auf den geschätzten Abgeordneten Dax.

Wenn Sie hier darauf hinweisen, dass wir einen Bericht eines Rechnungshofes deswegen so lange nicht behandeln konnten, weil die letzte Sitzung dazu im Dezember war, dann ja, ist das der nächste Hinweis darauf, dass eine Sitzung im Jänner schon noch

wichtig gewesen wäre, aber das wollte halt die rot-blaue Landesregierung damals nicht haben. Vielleicht war das ja ein Grund, weil wir diesen Bericht nicht kurz vor der Wahl noch diskutieren sollten.

Aber das sei nur dahingestellt, es ist uns selber ja schmerzlich aufgefallen, dass uns diese Landtagssitzung im Jänner hier abhandengekommen ist. Gut, wir sind jetzt aber in einer neuen Legislaturperiode und es ändern sich Dinge und es ändert sich auch in manchen politischen Einschätzungen etwas, und deswegen stehen wir heute hier und debattieren diesen Antrag zum Stopp der Verlängerung der A3.

Warum ist es so wichtig, dass wir gerade auch in einer Krisenzeit wie der aktuellen über ein Straßenbauprojekt debattieren? Man könnte ja meinen, es gebe jetzt Wichtigeres.

Aber es ist heute schon wichtig, über die Zeit nach der Krise zu sprechen, weil sie kommt. Und das, was wir heute entscheiden, hat Auswirkungen auf das, was nachher kommt. Und wenn wir manche Entscheidungen nicht treffen, läuft das Leben trotzdem weiter und ist die Politik trotzdem tätig.

Wir beschäftigen uns heute damit, weil wir nach der Krise nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können und alles so machen können wie früher. Weil wir jetzt eben schon die Weichen für die Zeit nach der Corona-Krise stellen und da wird es ein ordentliches Konjunkturpaket brauchen - ich habe heute schon einmal darauf hingewiesen.

Wir können auch mit solchen Beschlüssen wie dem heutigen unseren Beitrag dazu leisten, dass wir ökologischer, dass wir klimafitter und krisenfester in die nächste Periode unserer politischen Arbeit gehen.

Dass die Gestaltung der Infrastruktur eines Landes grundlegend ist für die Erreichung der Pariser Klimaziele, das ist ja mittlerweile unbestritten. Da haben wir uns ja im Wahlkampf darüber schon oft ausgetauscht.

Dass sich hier ein grundlegendes Umdenken in der Bautätigkeit für Infrastruktur zeigen muss, das hat auch Auswirkungen auf die Lenkung des Verkehrs. Straßen ziehen Verkehr an, hochrangige Straßen ziehen LKW-Verkehr an. Das ist keine ideologische Frage, sondern das ist eine Tatsache und das wissen wir.

Wer also weniger LKW-Verkehr haben möchte, muss schauen, dass wir nicht die Straßen dafür bauen, wo dieser LKW-Verkehr in Massen darüberrollen kann. Es ist Aufgabe der Politik und das ist jetzt etwas, wo wir wirklich, glaube ich, auch mit der Bundesregierung in eine nächste wichtige Periode kommen.

Es ist Aufgabe der Politik, sehr klar lenkend zu wirken und nicht einfach abzuwarten, was sich so alles entwickelt, wenn man weitertut wie bisher. Wenn wir weniger LKW-Verkehr haben wollen, müssen wir etwas anders machen als früher als immer mehr LKW-Verkehr kam.

Und darum ist es auch so wichtig, dass wir jetzt die Weichen für die Zukunft legen. Wer einfach nur sagt, Verkehr wird halt einfach mehr, wir können leider nichts dagegen machen. Der macht es sich zu einfach oder es fehlt ihm einfach der Mut und das Zutrauen in die Wirksamkeit von politischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Deswegen ist es so wichtig, ist es mir so wichtig, dass wir heute als Landtag sagen, wir wollen die Zukunft gestalten. Wir wollen mitgestalten, wir wollen, dass unsere Zukunft klimafest und krisenfest ist. Und wir wollen, dass die Menschen im Burgenland gesund

leben können. Ohne überbordende Belastungen durch schlechte Luft und Verkehrslärm, beides hat nämlich auf unsere Gesundheit großen Einfluss.

Und jetzt kommt während der Sitzung ein Abänderungsantrag der ÖVP herein. Ich lese die Antragsbegründung und bin ganz erstaunt und positiv überrascht, da steht nämlich genau das „Ding“ in der Antragsbegründung. Es muss uns darum gehen, dieses Leben so zu gestalten, dass die Menschen gut mit hoher Lebensqualität gesund leben können. Die Ableitung daraus wäre für mich, ja, jetzt haben wir uns sozusagen, uns auch darüber verständigt.

Das heißt auch, wir müssen etwas ändern in der Verkehrsstraßenpolitik. Den Schluss, den Sie daraus ziehen, ist einerseits zu sagen, ich habe das nicht ausgedruckt, weil ich da hinten alleine sitze und keinen Drucker dabeihabe, aber einerseits zu sagen, wenn ich mich recht erinnern kann, wir müssen halt noch einmal alle Gemeinden einbeziehen. Da können wir jetzt darüber nachdenken wollen, weil das noch einmal tun, oder sagen wir, wir erleben ja auf der einen Seite die Entwicklung. Oder wir sagen, die Entwicklung ist uns nicht so wichtig, dann könnten wir aber auch auf die Ergebnisse von früher zurückschauen.

Weil das erste Mal wurde ja hier in diesem Landtag bereits im Jahr 2008 debattiert. Da gibt es einen Antrag der KollegInnen von früher, seitens der GRÜNEN hier im Landtag, von der Grete Krojer und dem Josko Vlasich. Am 3. Juli 2008 wurde hier bereits die Burgenländische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung und den Nationalrat heranzutreten und auf Grund des anhaltenden Widerstands der Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürger von Wulkaprodersdorf, Siegendorf, Zagersdorf und Klingenbach dafür zu sorgen, dass die Verlängerung der A3 von Wulkaprodersdorf nach Klingenbach-Staatsgrenze aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen wird. Vor zwölf Jahren!

Der Verkehr hat sich seither nicht verringert. Damals hat bereits der Gemeinderat von Wulkaprodersdorf sich einstimmig in einer Resolution am 29. Jänner 2004 gegen den Weiterbau der A3 auf dem Gemeindegebiet von Wulkaprodersdorf ausgesprochen. In einer Volksbefragung am 26. Juni 2005 haben dies 89,83 Prozent der Befragten ebenfalls getan.

Die Gemeinde Klingenbach hat am 27. Oktober 2005 eine Stellungnahme an die Burgenländische Landesregierung geschickt, in der sie schreibt, ich zitiere: „Der Gemeinderat von Klingenbach spricht sich in einer Volksbefragung vehement gegen den Weiterbau der A3 auf dem Hotter von Klingenbach aus.“

Mehr als 2.000 Menschen aus den betroffenen Gemeinden haben sich in einer spontan durchgeführten Unterschriftenaktion im Jahr 2005 ebenfalls dagegen ausgesprochen. Die Vertreter der Gemeinden Wulkaprodersdorf, Siegendorf, Zagersdorf und Klingenbach haben sich in einer gemeinsamen Presseerklärung am 11. Juni 2008 vehement gegen die von der ASFiNAG vorgelegte Trasse ausgesprochen. So, jetzt können wir sagen, was hat sich seither verändert?

Es ist mehr Verkehr geworden. Es hat sich auch geändert, natürlich, dass auf ungarischer Seite intensiv gebaut wird, aber es hat sich auch geändert, dass man auch im Burgenland erkannt hat, man kann auch Fahrverbote erstrecken. Man kann auch sagen, hier dürfen halt nicht alle durch, die jetzt gerne hier durchfahren wollen.

Das heißt, Politik kann tatsächlich gestalten. Deswegen halte ich es auch für ganz wichtig, dass wir hier den nächsten Schritt gehen und nicht einfach einander noch einmal bestätigen, was wir vor einigen Jahren, worauf wir uns schon geeinigt haben, sondern es

hat sich etwas weiterentwickelt. Es hat sich auch im Land etwas weiterentwickelt. Es hat die SPÖ hier ihre Haltung verändert. Es hat sich auch der Koalitionspartner verändert. Also er ist nicht mehr in der Regierung. Vielleicht ist die SPÖ jetzt freier oder kann sich in diesen Sachen anders entscheiden.

Wir wissen ja, wie das ist in Koalitionen, da ist man immer auf eine gemeinsame Beschlussfassung angewiesen. *(Zwischenruf des Abg. Johann Tschürtz)* Weil sonst hätten wir ja schon im Herbst 2016 genau dieser Beschlussfassung der GRÜNEN zustimmen können oder dem Vorschlag der GRÜNEN zustimmen können.

Aber es hat sich natürlich auch im Bund einiges geändert. Weil wir seit 7. Jänner eine Bundesregierung haben, wo es eine grüne Verkehrsministerin gibt. Das ist kein Zufall, sondern das ist ja so gewollt, dass sich hier auch in der Verkehrspolitik etwas verändert. Es steht ja auch schon im Regierungsprogramm drinnen, im türkis-grünen, dass alle Gesetze einem Klimacheck unterzogen werden. Es gibt ja bereits auch schon eine Überprüfung und eine Evaluierung im Bund.

Das haben wir damals auch im Dezember 2019, noch ÖVP und grüne Abgeordnete, miteinander beantragt. Es gibt ja bereits im Bund jetzt die Evaluierung dessen, was so der Ausbau dieser Straßen bedeuten wird. Und da zeichnet sich einiges ab. Es ist heute der Zeitpunkt, das ernst zu nehmen und zu sagen, ja, deswegen gehen auch wir diesen Schritt weiter.

Also beginnt für uns heute dann die richtige Arbeit, die weitere. Es ist mit dem heutigen Beschluss nicht getan. Jetzt beginnt die Verhandlung im Bund. Die Unterstützung der Verkehrsministerin ist uns hier sicher. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu allen früheren VerkehrsministerInnen, aber wir haben ja auch einige Hitzejahre hinter uns. Wir haben hier ein viel breiteres Verständnis für die Bedeutung der Verkehrspolitik, für das Klima und die Auswirkungen auf das Klima. Deswegen bin ich sehr zuversichtlich, dass sich auch im Bund hier einiges weiterentwickeln wird.

Ein zweiter Punkt, wenn ich mich jetzt richtig erinnern kann, in dem Abänderungsantrag wird die Landesregierung aufgefordert, sie soll dem Ausbau der Straße nicht zustimmen. Es steht jetzt aber im Bundesstraßengesetz, dass diese Straße gebaut werden soll. Also es geht nicht mehr darum, dem einfach nicht zuzustimmen, sondern sich dafür einzusetzen, dass dieses Bauprojekt aus dem Bundesstraßengesetz herauskommt.

Im Übrigen, wenn jemand meint, er müsse jetzt aufs Regierungsprogramm hinweisen, im türkis-grünen Regierungsprogramm steht ganz bewusst kein einziges Straßenbauprojekt drinnen, weil eben genau alles noch einmal evaluiert werden kann und alles noch einmal durchgeschaut werden muss.

Also ist nur richtig, dass auch die Streichung von einem Straßenbauprojekt aus dem Bundesstraßengesetz in Erwägung gezogen wird. Aus Klimaschutzgründen und auch aus dem Wissen heraus, wie wichtig die Verkehrsplanung für unsere Gesundheitsplanung ist. Es stimmt, das gab es noch nie, das wird jetzt vielleicht auch jemand sagen, noch nie ist jemand dahergekommen und hat gesagt, man soll ein Straßenprojekt aus dem Bundesstraßengesetz streichen. Stimmt. Das gab es noch nie. Aber es stimmt auch, dass es jetzt die Zeit ist, hier eben etwas Neues zu tun und sich Neues zu trauen.

Jetzt beginnt aber auch die Möglichkeit, für uns weitere Maßnahmen auszuhandeln. Weil der Bund erspart sich ja viel Geld, wenn er die A3 nicht weiter verlängern soll. Er muss das nicht umsetzen. Das heißt, Geld, das im Burgenland

investiert worden wäre, bleibt jetzt übrig. Und jetzt spreche ich unseren geschätzten Verkehrslandesrat an, jetzt gilt es auch, mit dem Bund weiterhin zu verhandeln.

Im Gegenzug zum Beispiel zu sagen, ja, wenn ihr euch Geld erspart, dann zahlt doch bitte auch mit diesem Geld die Lärmschutzmaßnahmen an der A3. Bei Hornstein, Müllendorf, Großhöflein, da hat jetzt das Land auch eine große Verpflichtung, auch die Gemeinden. Ich würde schauen, dass der Bund das auch noch übernehmen kann, im Gegenzug dessen, dass wir sagen, und lasst davon diese Straße bauen.

Die Gelegenheit sollten wir einfach beim Schopf packen. Das heißt, ja, das gab es noch nie, aber wir können schauen, was wir hier noch für die Gemeinden herausholen. Wenn man sich in einigen Jahren fragen wird, wo das Umdenken im Autobahnbau im Sinne des Klimaschutzes angefangen hat. Wenn man sich einmal fragen wird, wann das erste Mal Abgeordnete den Mut hatten, die Streichung eines Straßenbauprojektes aus dem Bundesstraßengesetz zu fordern, dann wird man sagen, das war der Burgenländische Landtag am 16. April 2020.

Nach dem jahrelangen Kampf für diese Maßnahme bedanke ich mich bei allen Abgeordneten, die heute diesen mutigen Schritt mitgehen, insbesondere auch bei der SPÖ, weil es natürlich klar ist, dass ohne Euer Mitziehen und ohne diese gemeinsame Aktivität, dieser Kraftakt nicht gelingen würde. Und jetzt schauen wir, wie wir das im Bund weiterkriegen. Ich bin sehr zuversichtlich. Wir werden daran arbeiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete MMag. Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser, ein bisschen an eine Märchenstunde erinnernde Wortmeldung, vielleicht ein bisschen zurück in die Realität. Aber gestatten Sie mir eingangs noch eine Replik.

Ich möchte nämlich auch diesbezüglich anschließen an den letzten Tagesordnungspunkt, der Rechnungshofbericht im Hinblick auf diese Werbungskosten. Also da hat der Mag. Dax schon Recht. Wenn der Burgenland Tourismus bei dem Budget von ungefähr fünf bis fünfeinhalb Millionen Euro wirbt, na bitte, was soll er denn sonst tun? Das ist ja seine einzige Aufgabe. Das ist ja sein einziger Daseinszweck, das Burgenland über 95 Prozent jenseits unserer Landesgrenzen zu bewerben.

Und ich habe auch akribisch darauf geschaut, dass das Geld genau dafür eingesetzt wird. Dass das jetzt natürlich unter Werbungsaufwand aufscheint, das ist ja keine große Überraschung oder auch bei der Energie Burgenland ist es vollkommen richtig. Bei der Energie Burgenland, wo sich einen zweiten Blick hinzuwerfen lohnt. Da bin ich schon bei Ihnen, aber die Energie Burgenland ist ja bekanntlich zu ungefähr, ich weiß nicht, 46,5 oder 47 Prozent im Eigentum der EVN, im mittelbaren Eigentum und hat dort in diesem Konzernverbund ein Betätigungsfeld zugeordnet bekommen. Das ist ausschließlich das Burgenland.

Das heißt, die Energie Burgenland hat die Aufgabe, den Stromabsatz im Burgenland zu halten. Kann sich aber ihrerseits nicht in andere Märkte entwickeln. Also die muss ja natürlich hier im Burgenland, bei den Menschen im Burgenland, für ihre Produkte und für ihre Dienstleistungen werben. Insofern glaube ich, dass diese Werbungsausgaben nicht übertrieben hoch sind und auch erklärbar sind.

Zum Thema der Verlängerung der A3. Ja, wie bereits gesagt, es wurde in der Vergangenheit schon mehrfach debattiert. Also schon seit 2008, das habe ich nicht gewusst, aber auch in der vergangenen Legislaturperiode haben wir die Argumente ja ausgetauscht. Es sind bekannt auch die Positionen, auch meine Position dazu ist bekannt. Ich bin jetzt ein bisschen überrascht, dass das unter diesen Prämissen COVID und so weiter hier ein Tagesordnungspunkt geworden ist.

Durch einen Entschließungsantrag, der jetzt noch einmal verstärkt worden ist durch einen Abänderungsantrag, den man schnell noch hineingebracht hat. Ich möchte fast das Wort verwenden, dass dies ein bisschen eine scheinheilige Diskussion ist, die aber in der Realität und durch die Realität sprichwörtlich überrollt werden wird. Denn eines ist Faktum, das steht zumindest im Abänderungsantrag klipp und klar drinnen. Die ungarische Autobahn M85 wird bis an die Staatsgrenze gebaut werden und sie wird spätestens im Jahr 2024 fertig sein. Wenige hundert Meter vor unserer Grenze bei Klingenbach.

Die ungarische M85 wird damit eine Transitstrecke insbesondere für den Schwerverkehr eröffnen. Auch das ist sonnenklar. Und sie wird eine Transitstrecke, das ist mir noch ein bisschen zu kurz gekommen, aber in Ost-West-Richtung sein. Denn wenn man den Verlauf der M85 anschaut, dann geht die in Ungarn Richtung Osten und mündet bei Györ in die, ich weiß jetzt nicht, M1, glaube ich, heißt die Autobahn, die von Wien nach Budapest geht. Also die Verlängerung der A4 in Niederösterreich und im Burgenland, eine der meist befahrenen Autobahnen Österreichs, im Übrigen.

Der Verkehr wird diese Route benützen, weil sie natürlich eine massive Abkürzung darstellt, und ich bin nicht der Meinung, wie hier in den Anträgen skizziert wird, und ich bin auch nicht der Meinung, wie das in einer Anfragebeantwortung durch Heinrich Dorner erfolgt ist. Im Übrigen einer sehr guten Anfragebeantwortung, Empfehlung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das abgefasst haben, nur in diesem Punkt stimme ich dem nicht zu, dass das nämlich für das ganze Bundesland, für alle Regionen des Burgenlandes eine Belastung sein wird.

Denn dieser Schwerverkehr, der diese Strecke nehmen wird, wird nicht mehr über die B50 rollen, da können wir darüber debattieren, ob das zulässig ist oder nicht und in welchem Ausmaß. Der wird auch nicht mehr in diesem Ausmaß über die burgenländische A4 fahren und damit den heute schon zitierten Bezirk Neusiedl am See zum Beispiel massiv entlasten.

Ich bin dabei davon überzeugt, dass die Bezirke Oberpullendorf oder auch Mattersburg entlastet werden und auch dieses Stück hier im Bezirk Eisenstadt, Eisenstadt-Umgebung, die heute schon angesprochenen Gemeinden dafür natürlich nicht in ihrer Lebensqualität angehoben werden, da sind wir ja einer Meinung. Die Frage ist, wie sich Österreich darauf vorbereitet und wie sich das Burgenland vorbereitet hat.

Deswegen habe ich die Diskussion auch als scheinheilig bezeichnet, ein bisschen, ich sage einmal so, die typisch österreichische Art, wir stecken den Kopf in den Sand, und sind dann überrascht, dass auf einmal eine Autobahn vor unserer Grenze ist. Hoppla, das haben wir ja nicht wissen können. Und sind dann auch überrascht, dass auf einmal aus allen möglichen anderen Interessensgruppen, zum Beispiel aus Brüssel, Stichwort Transeuropäische Netze, da gibt es Pläne, drei Billionen Euro in die Infrastruktur zu stecken.

Na was glauben Sie, welche Projekte hier fließen werden? Natürlich werden die in Verkehrsprojekte fließen oder in Infrastrukturprojekte fließen. Das ist ja ganz sonnenklar. Da wird ein Autobahnabschnitt wie dieser natürlich auch zur Europamagistrale ernannt

werden. Wenn man sich das jetzt ein bisschen anschaut, auch vor dem Hintergrund der konkret formulierten Positionen und ich vielleicht ein paar Zensuren verteilen darf, dann möchte ich schon sagen, die Position der SPÖ ist mir politisch sonnenklar.

Das ist nachvollziehbar, ein bisschen populistisch vielleicht, aber parteitaktisch nachvollziehbar. Die Position der ÖVP, insbesondere vor dem heutigen Abänderungsantrag, ist nicht wirklich ernst zu nehmen. Entschuldigung, wenn ich das so deutlich sage, und herausragend, weil wirklich unterhaltsam die Position der GRÜNEN, weil nämlich das, was die Kollegin Petrik hier gesagt hat, im diametralen Widerspruch zu dem steht, was die eigene Parteikollegin, die angesprochene Bundesministerin Gewessler, ihre Verkehrsministerin, in einer Anfragebeantwortung, ich glaube, gestern oder vorgestern, an den Nationalratsabgeordneten Ries gesagt hat.

Das sind mehrere Seiten, ich möchte uns nicht über Gebühr strapazieren. Aber im Succus lautet die Antwort: Die Bundesregierung steht natürlich zur A3, damit natürlich auch die ÖVP, weil ich gehe einmal davon aus, dass die GRÜNEN nicht die treibende Kraft dahinter sein werden. Die 260 Millionen Euro, die das kostet, damit wir auch das ausgesprochen haben, sind bereits budgetiert.

Es wird hier natürlich das entsprechende Verfahren dargestellt, das ist schon richtig, dass Lärmschutz und so weiter Berücksichtigung finden soll, topographische Möglichkeiten, um den Verkehr im Boden verschwinden zu lassen und so weiter. Da leistet das Burgenland ja entlang der A3 einen sehr großen Beitrag.

Aber der Bau selbst ist aus heutiger Sicht als gesichert anzusehen. Und vor den genannten Argumenten möchte ich sagen, das ist aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, eine vernünftige Position, die FPÖ unterstützt das. Ich sehe aber nur ein Problem, und zwar, wir haben jetzt - ich wiederhole es noch einmal - ich habe es 2018 da drüben von dem Platz gesagt, ich sage es 2020 von diesem Platz hier. Wir haben ein Zeitfenster, das immer weiter zugeht, das wir in irgendeiner Form nutzen sollten, um mit dem Verkehrsministerium, mit der Bundesregierung, zu sprechen.

Aber nicht, wie man irgendetwas krampfhaft verhindert kann, was wir nicht schaffen werden, und sogar, wenn wir es schaffen, würde der Schwerverkehr trotzdem durchfahren, halt durch Landstraßen, durch die Ortschaften, ob Fahrverbot hin oder her, die imaginären 35 Euro Strafe, die dafür vergeben werden, die werden niemanden abhalten, dass er da durchfährt. Dieses Zeitfenster zu nutzen, um für das Burgenland, für die Menschen, insbesondere in den betroffenen Gemeinden sinnvollerweise das Beste herauszuholen, was herauszuholen ist.

Ich muss kraft des Inhaltes und des Besprochenen den Entschließungsantrag seitens der FPÖ-Fraktion ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abgeordnete Mag.a Petrik gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete. Ich darf Sie erinnern an die tatsächliche Berichtigung und die Rahmenbedingungen.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Man muss schon einen Unterschied machen, ob eine Ministerin befragt wird, was jetzt gerade noch der Fall ist und es steht jetzt gerade im Bundesstraßengesetz noch drinnen und man muss jetzt einmal sich danach richten, was Faktenlage ist. Das macht aber einen Unterschied zu dem, was noch veränderbar ist. Also zu sagen, ich sage hier etwas anderes, als die Ministerin meint und will, das muss ich hier berichtigen, weil es nicht stimmt.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Ihnen für die Wortmeldung. Ich darf aber jetzt bitte den nächsten Redner, das ist der Herr Mag. Steiner, ans Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zum Thema A3 komme, möchte ich natürlich auch noch eine kurze Anmerkung zum alles beherrschenden Thema, nämlich der Corona-Krise, der Corona-Pandemie oder wie immer wir das bezeichnen wollen, sagen:

Klar ist, dass es wirklich eine riesige Herausforderung ist, eine Situation, mit der überhaupt niemand gerechnet hat. Vor noch wenigen Wochen war das unvorstellbar, was sich jetzt in den letzten Tagen und Wochen abgespielt hat. Natürlich ist es so, und ich glaube das spürt man auch, dass in ganz Österreich der Versuch da ist, zusammenzuhalten und gemeinsam Lösungen zu präsentieren.

Umso mehr verwundert mich die Reaktion der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, wenn der Klubobmann Ulram eine Anmerkung macht, die aus meiner Sicht gerechtfertigt ist, nämlich indem er gesagt hat, es ist gut, was die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin gemacht hat, nämlich die Vorgaben des Bundes umzusetzen und er hat Eigeninitiativen des Landes halt vermisst. Ich weiß nicht, warum da jetzt so beleidigt reagiert worden ist, denn es stimmt schon, die Eigeninitiativen waren nicht besonders breit gestreut. Markus, tut mir leid, ich bin da fast anderer Meinung.

Ich bin der Meinung, es ist auch gut so, denn die Eigeninitiativen, die gesetzt worden sind, die kann man sicherlich hinterfragen. Es ist wahrscheinlich nicht jetzt der richtige Zeitpunkt, aber diese Fragen werden schon kommen. Denn, man muss sich schon fragen, wenn die Landesregierung ein sogenanntes Hilfspaket beschließt oder auf den Weg bringt und dann schaut man sich die Richtlinien an und dann lese ich drinnen, dass Kleinkredite vergeben werden mit einer Verzinsung von ab zwei Prozent im Wissen, dass man jetzt am freien Markt eine Fixverzinsung auf 15 Jahre mit 0,44 Prozent bekommt.

Aber da wird man schon hinterfragen müssen, ob das jetzt wirklich ein Hilfspaket ist oder ob das vielleicht ein bisschen eine Schmähparade ist. Oder, wenn ich kuriose Ankündigungen höre, wo der See gesperrt werden soll aus irgendwelchen Gründen mit irgendwelchen komischen Parametern, 15 km Entfernung. Ich bin neugierig auf die Verordnung, sie ist ja noch nicht da meines Wissens, aber die werden wir uns natürlich auch genau anschauen.

Oder wenn ich dann solche Informationen ins Haus bekomme, das haben Sie wahrscheinlich alle bekommen von der Landesregierung, wo die Landesregierung den Burgenländern mitteilt, dass man kein rohes Schlangenfleisch essen soll und kein Fledermausblut trinken soll. Da muss ich ehrlich sagen, da fehlt mir das Verständnis. Es hat schon ein bisschen eine witzige Seite auch manchmal. Daher werden wir diese Dinge zum gegebenen Zeitpunkt schon auch noch kritisch hinterfragen.

Jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich zum Thema A3 kommen. Zum wiederholten Mal diskutieren wir heute dieses Thema. Es ist ja von den Vorrednern auch angesprochen worden. Die Positionen der meisten politischen Parteien sind klar. Ich bin da nicht ganz Deiner Meinung, lieber Kollege Petschnig, dass unsere Position unklar wäre, denn unsere Position ist genau die, die wir schon zweimal im Landtag mit großer Mehrheit beschlossen haben. Interessant ist aber, dass sich die Position der SPÖ ständig verändert, je nachdem, wie man geschlafen hat.

Hat man gut geschlafen, hat man schlecht geschlafen, steht man auf, denkt man sich, na heute sind wir dafür, heute sind wir dagegen, und das zeigt sich auch, wenn man

so ein bisschen in die Geschichte schaut. Ich schaue da gar nicht so weit zurück wie die Kollegin Petrik, sondern die letzten ein, zwei Jahre hier im Landtag. Am 20. September 2018 hat der jetzige Landeshauptmann im Rahmen einer Anfragebeantwortung, ich glaube, sogar an die Frau Kollegin Petrik, auf die Frage, ob denn die Herausnahme der Verlängerung der A3 aus dem Bundesstraßengesetz befürwortet wird, hat er damals gesagt, das ist noch nicht so lange her:

Das ist eine unseriöse Vorgangsweise, denn man muss ja zuerst einmal schauen, wie laufen die Gespräche in weiterer Folge. Es könnte ja theoretisch sein, dass es eine Einigung mit den Gemeinden gibt, dass die Gemeinden einverstanden sind mit den Lärmschutzmaßnahmen und so weiter.

Was hat sich eigentlich seither verändert? Eigentlich nichts, weil meines Wissens hat es in den Gemeinden keine Abstimmungen gegeben. Meines Wissens hat es in den Gemeinden nicht die Vorlage der notwendigen Unterlagen gegeben. Oder wenn ich den jetzigen SPÖ-Abgeordneten Hutter jetzt gerade im Blickfeld habe. Der hat im März 2019 einen Antrag eingebracht mit folgendem Inhalt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland tätig zu werden und bei den entsprechenden Bundesstellen den Ausbau der A3 bis zur ungarischen Grenze voranzutreiben. Heute wird er genau das Gegenteil beschließen. Was hat sich aber seither verändert, Herr Kollege Hutter? Nichts, außer dass Sie heute ein offizieller SPÖ-Abgeordneter sind.

Und der dritte Punkt, das ist jetzt, gebe ich zu, mehr eine formale Sache. Nach wie vor ist in der burgenländischen Gesamtverkehrsstrategie die Verlängerung der A3 als Ziel der Landesregierung festgeschrieben, und ich denke mir, seriöserweise hätte man vorher zumindest diese Gesamtverkehrsstrategie ändern sollen, um auch dann diesen Antrag, den Sie heute beschließen werden, beschließen zu können.

Der heute vorliegende Antrag oder Entschließungsantrag von SPÖ und GRÜNEN ist sowieso interessant, wenn man sich den Titel anschaut. Der Titel lautet: Entschließung betreffend Maßnahmen zur Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der Kommunalinteressen für den Fall der Verlängerung der A3. Also für den Fall der Verlängerung der A3! Wenn man diesen Titel liest, könnte man meinen, dass Rot und GRÜN davon ausgehen, dass die A3 verlängert wird bei Klingenbach.

Wenn man dann den Inhalt dieser Entschließung liest, sieht man aber, dass es um etwas anderes geht, nämlich um den Wunsch oder die Forderung, dieses Straßenstück, diese Verlängerung der A3, aus dem Bundesstraßengesetz zu streichen. Aber soll so sein. Kann ja passieren. Derjenige, der die Entschließung geschrieben hat, hat sich offensichtlich keine besonderen Gedanken gemacht. Das zeigt auch, dass es hier nicht wirklich um eine seriöse Politik geht, sondern eigentlich in Wahrheit um den Versuch, parteitaktisch motivierte Signale zu senden.

Wenn sich die Position der SPÖ ständig ändert, wie ich gerade auch nachgewiesen habe, je nachdem wie gerade der Wind weht, dann ist eines klar, Kollege Petschnig, die Position der ÖVP ist unverändert. Wir stehen noch immer dazu, dass wir dem Willen der Bevölkerung nachkommen wollen, dass es für uns wichtig ist, was ist die Meinung der betroffenen Menschen und daher ist es auch richtig gewesen, meiner Meinung nach, dass die Abgeordneten der ÖVP und der GRÜNEN im Nationalrat diese Forderung auch an die Ministerin gestellt haben, einmal die Karten auf den Tisch zu legen, zu evaluieren, zu sagen, was sind die Auswirkungen einer Verlängerung der A3 und was sind im Übrigen auch die Auswirkungen, wenn die A3 nicht verlängert wird.

Der Kollege Petschnig ist ja auch darauf eingegangen, denn das ist halt einmal so in der Verkehrspolitik. Jede Maßnahme, die man setzt, hat Auswirkungen und jede Maßnahme, die man nicht setzt, hat woanders halt auch Auswirkungen. Daher war mein und unser Zugang, dass es seriös gewesen wäre, zunächst einmal diesen Bericht der Ministerin Gewessler abzuwarten und zu schauen, was kommt denn da an Fakten auf den Tisch.

Meine Damen und Herren! Ich finde, dass dieser Versuch heute, diesen Antrag, das ist ja gar kein Versuch, sondern er wird natürlich beschlossen werden mit Mehrheit, das ist keine Frage. Aber das ist ein Versuch jetzt sozusagen, irgendwann einen Sündenbock zu finden und zu sagen, wir wollen das und wenn der Bund das nicht macht, wenn die Ministerin das nicht schafft, dann sind nicht wir schuld, dann ist der Bund schuld.

Ich denke mir, man sollte als Landesregierung auch die Verantwortung, die man übertragen bekommen hat, auch wahrnehmen und unabhängig davon, irgendwann einmal kommt der Tag dieser Verantwortung, insbesondere für den Landesrat Dorner. Denn er wird sich darum kümmern müssen federführend, die Lebensqualität der Menschen im nördlichen Burgenland, im Bezirk Eisenstadt aufrecht zu erhalten, sollte die Verlängerung kommen. Und gleichzeitig haben Sie auch die Aufgabe, sich darum zu kümmern, die Lebensqualität der Menschen in den Bezirken Mattersburg und Oberpullendorf und vielleicht teilweise auch in Neusiedl aufrecht zu erhalten, wenn die Verlängerung nicht kommt.

Das heißt, irgendwann einmal kommt der Zeitpunkt, wo diese Verantwortung wahrzunehmen sein wird. Und um den Landeshauptmann zu zitieren, der hat irgendwann einmal ein Zitat eines anderen Politikers verwendet und hat gesagt: Jeder Politiker pflanzt sich seinen Baum gegen den er irgendwann einmal rennt. Ich habe den Eindruck, die Landesregierung pflanzt momentan viele Bäume und irgendwann werden sie vor Anrennen gar nicht mehr wissen, wie sie ausweichen sollen. Unabhängig davon, es ist ja schon auch gesagt worden, werden wir einen Abänderungsantrag einbringen, Kollege Petschnig, der völlig stringent ist, der konsequent ist, der nämlich genau das beinhaltet, was wir schon zweimal im Landtag beschlossen haben.

Diesen Abänderungsantrag werden wir einbringen. Ich sage aber auch gleich dazu, im Wissen, es wird sich nicht viel geändert haben, dass dieser Abänderungsantrag keine Mehrheit finden wird, werden wir natürlich auch den vorliegenden Antrag nachher zustimmen. Denn eines ist klar, die alleinige Zuständigkeit liegt bei der Ministerin Gewessler und wir werden sie dann auf die Probe stellen, ob sie willens und in der Lage ist, diesen Wunsch des Landtages dann auch umzusetzen.

Denn sie alleine hat die Verantwortung, sie alleine ist dafür zuständig, diesen Antrag auch umzusetzen. Da können Sie, Frau Kollegin Petrik, nicht auf die Sündenbock-Strategie der SPÖ umschwenken und sagen, naja, die Frau Gewessler hätte es wollen, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich will keinen Sündenbock!)* nein, sie ist die Ministerin, sie ist die, die verantwortlich ist, und sie wird das machen müssen, wenn die GRÜNEN das wollen.

Meine Damen und Herren! Im Übrigen, wenn die Ministerin Gewessler diesen Inhalt des Antrages nicht umsetzen kann oder will, ja, dann ist wieder die Landesregierung am Zug - Stichwort Umweltverträglichkeitsprüfung. Da ist die Landesregierung die zuständige Behörde und Stichwort Verkehrsbeschränkungen in bestimmten Regionen.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren, darf ich die Beschlussformel des Abänderungsantrages zur Kenntnis bringen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- in die Verlängerung der A3 nicht einzuwilligen, wenn die demokratische Ablehnung der betroffenen Gemeinden - in der von den Gemeinden selbst gewählten Form - vorliegt und
- ein Gesamtverkehrskonzept zur Sicherung der Lebensqualität und Entlastung für alle Regionen zu erstellen.

Herzlichen Dank. Wir werden sehen, Frau Kollegin Petrik, wie sich Ihr Märchen, das hier heute begonnen hat, fortsetzen wird. Ob wirklich jemand in zehn Jahren an das Burgenland denken wird, wenn über die A3 und über die Verlängerung der A3 möglicherweise über Klingenbach viel Verkehr zu verzeichnen sein wird. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Mag. Thomas Steiner übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Wir haben Ihren Abänderungsantrag der Abgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen geprüft. Er ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT mit in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Kollege Steiner hat völlig recht, wenn er sagt, es ist nicht die Zeit, die Performance zu beurteilen, die jetzt Regierungen anstellen. Es wird die Zeit jedenfalls aber kommen, wo das Burgenland mit vergleichbaren Bundesländern verglichen wird.

Darauf werde ich schon schauen und wir werden auch schauen, wie die Bundesregierung im Vergleich zu anderen Ländern performt, beispielsweise mit Deutschland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Da werden vielleicht Zitate hervorgeholt wie: Der Marketing-Kanzler, der sich hinstellt und sagt: Testen, Testen und weiß ganz genau, es gibt keine Tests. Von Vorarlberg bis zum Burgenland hat es nicht mehr, sondern weniger Tests gegeben. Er hat völlig Recht, es ist jetzt nicht die Zeit dazu, aber diese Zeit wird kommen, auf die freue ich mich auch schon.

Auch eine weitere Wortmeldung vom Kollegen Steiner kann ich nur begrüßen und unterstützen, nämlich, die Positionsänderungen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hast Du aber jetzt geschaut. – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Die sind insgesamt sehr interessant, denn vor ein paar Minuten hat da der Kollege Fazekas die Spitäler gelobt, wie wichtig die wären und was das für tolle Einrichtungen wären.

Vor einigen Monaten hat die ÖVP diese Spitäler noch abschaffen wollen. Nämlich, drei Spitäler abschaffen wollen. Heute hat man eine völlig andere Position.

Da muss man schon die Kirche im Dorf lassen und die Positionen schon immer sehr gut herausarbeiten. Das ist bei der ÖVP, weil sie diese Positionen oft wechselt, manchmal nicht einfach.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Sozialdemokratie und insbesondere der Herr Landeshauptmann haben gleich nach der Wahl gesagt, dass wir in Sachfragen mit

allen politischen Parteien zusammenarbeiten wollen. Wenn das auch passt, wenn der Wunsch der anderen Parteien da ist und wir stehen auch zu dieser Ansage.

Das manifestiert sich heute in einem Antrag mit den GRÜNEN zur A3, möglicherweise in den nächsten Sitzungen mit anderen Fraktionen, weil das ein sehr wichtiger und wesentlicher Antrag für die Menschen ist, die dort wohnen und natürlich verängstigt sind, weil sich etwas verändert hat, nämlich, eine Autobahn, die in Sopron endet.

Für uns, glaube ich, alle im Landtag vertretenen Parteien ist klar, ein Drüberfahren der Gemeinden sowohl politisch als auch durch Schwerverkehr und Transitverkehr geht nicht. Da ist es unsere Pflicht als Abgeordnete, dem ordentlich gegenüberzutreten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kollegin Petrik! Ich war kurz vor der Wahl bei einer relativ großen Veranstaltung der Bürgerinitiativen. Schätzungsweise waren 400 Personen im Saal. Es wurden alle Parteien dazu eingeladen. Die Kollegin Petrik und ich waren dort und wir haben das sehr sachlich mit den Bürgerinitiativen und mit Bewohnern der Gemeinden Zagersdorf, Wulkaprodersdorf, Siegendorf, Klingenbach, Großhöflein, Müllendorf und auch Eisenstadt diskutiert.

Der Wunsch der Gemeinden, übrigens auch der Bürgermeister, die vor Ort waren, war relativ klar. Eure Initiativen im Landtag sind in Ordnung, aber bitte geht einen Schritt weiter und versucht, dieses Projekt aus dem Bundesstraßengesetz herauszubekommen.

Wir haben uns nach der Wahl zusammengesetzt und haben gesagt, dieses Ansinnen ist berechtigt, wir machen das, weil dieses Verkehrsprojekt nur im Einklang mit den politischen Gemeinden funktionieren kann. Dieser Einklang war nicht zu generieren. Zu keinem Zeitpunkt. Die Pläne der ASFiNAG, die vorgelegt wurden, haben immer noch Gültigkeit.

Die wurden von allen Gemeinden deutlich abgelehnt. Sie sind so, wie sie vorliegen, inakzeptabel. Das ist jetzt nicht meine Meinung, sondern die Meinung der Gemeinden, der Bürgerinitiativen, der Menschen, die dort vor Ort wohnen.

Herr Kollege Petschnig! In der Analyse sind wir uns sogar einig. Wenn die Ungarn die Autobahn fertig bauen, dann wird Schwer- und Transitverkehr da sein. In der Schlussfolgerung sind wir etwas differenzierter Meinung. Wenn wir nämlich die Autobahn, den Lückenschluss dort machen, dann fährt dieser Schwerverkehr auch weiter. Wenn es jetzt so ist, wie im Moment der Stand der Dinge ist, dann steht der in Sopron und das ist der Unterschied für die Menschen, die in Klingenbach, Zagersdorf, Siegendorf, Großhöflein, Müllendorf, Eisenstadt leben.

Das ist, meiner Meinung nach, ein wesentlicher Unterschied. Außerdem bringt dieser Lückenschluss der A3 keine Vorteile für die Region. Keinen einzigen! Wer dort schon einmal gefahren ist, der wird sehen, dass links und rechts in 15 bis 20 Meter Entfernung die Häuser stehen. Ich frage Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wollen Sie dort wohnen? Wahrscheinlich nicht. Daher gibt es Anlass, sich hier klar zu positionieren.

Die Bundesregierung steht jetzt aber auch auf dem Prüfstand, weil alle oder fast alle Parteien haben sich geäußert und haben gesagt, ja, wir wollen das nicht. In unterschiedlichsten Konstellationen hat es Bundesregierungen gegeben. Jetzt gibt es eine türkis-grüne. Jetzt ist die Bundesregierung und auch die Nationalräte des Burgenlandes dort gefragt, aktiv zu werden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Die Ministerin!)* Natürlich auch die Ministerin. Gar kein Thema. Aber, man kann ja nicht sagen, wir sind mit denen nicht in

der Regierung. Die ÖVP ist ja noch in der Bundesregierung oder habe ich irgendetwas versäumt? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann man schon! Das habt ja Ihr immer so gemacht.)*

Da muss man also schon das ganze Organ in die Verantwortung nehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher glaube ich, dass dieser Lückenschluss der A3 aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen werden muss. So, macht das keinen Sinn. Die Gemeinden lehnen ihn ab, die Bürgerinitiativen lehnen ihn ab, und daher ist der logische Schluss, einen Schritt weiterzugehen und diesen Antrag hier zu beschließen.

Der Abänderungsantrag der ÖVP - eh lieb -, das ist das, worüber wir ohnehin schon ein paarmal diskutiert haben, den auch ein paarmal schon beschlossen haben, aber, ich glaube, wir sollten jetzt wirklich einen Schritt weitergehen, um hier Nägel mit Köpfen - so sagt man im Burgenland - zu machen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Danke Herr Abgeordneter, Herr Klubobmann, für die Wortmeldung.

Es ist, aus meiner Sicht, niemand mehr zu Wort gemeldet, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Steiner und Kolleginnen und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner und Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Nunmehr komme ich zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Sicherung der Lebensqualität und Durchsetzung der kommunalen Interessen für den Fall der Verlängerung der A3 ist somit mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist damit e r l e d i g t.

Ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen für Ihre Disziplin bedanken. Wir haben heute sehr vieles erledigen können. Vielen Dank von uns allen aber auch an die Landtagsdirektion. Das war dann auch heute merkbar. Es hilft nichts, es muss gut gearbeitet werden.

Dafür, dass wir dann mit Verspätung begonnen haben, möchte mich auch nochmals im Namen von uns allen bei jenen Damen und Herren entschuldigen, die gewartet haben, damit wir beginnen. Danke für das Verständnis, aber das war heute nicht anders möglich.

Lassen Sie mich auch bei einem Herrn besonders bedanken. Wir haben uns hinter seinem Rücken erkundigt - verzeihen Sie, wenn ich einmal geschwätzt habe. Ich habe nämlich gefragt, mag er Alkohol, ich habe gehört, ja, jetzt aber nicht mehr.

Wir dürfen heute und ich darf das im Namen von uns allen sagen, uns sehr herzlich bedanken und uns mit einem alkoholfreien Geschenkkorb herzlich mit Applaus bei Ihnen bedanken. *(Frau Landtagspräsidentin Verena Dunst überreicht Landesdesinfektor Herrn Patrick Gesellmann einen Geschenkkorb. – Allgemeiner Beifall)*

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung für den 7. Mai 2020 vorgesehen ist.

Ich darf die Mitglieder der Präsidialkonferenz ersuchen, bitte gleich jetzt da zu bleiben und hier gleich vor Ort im Landtagssitzungssaal die Präsidialkonferenz abzuhalten.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

**Schluss der Sitzung: 17 Uhr 40 Minuten**

Landtag Burgenland

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
05. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 07.05.2020**
10.03 Uhr - 16.08 Uhr

## Tagesordnung

1. Fragestunde;

2. Aktuelle Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?“

3. Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden;

4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird;

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise;

6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt;

7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft;

8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise;

---

## Inhalt

**Landtag**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 157)

**Fragestunde:**

**Anfrage Nr. 6** der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat Christian Illedits betreffend Schulsozialarbeit
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian I l l e d i t s (S. 160)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 161 u. S. 162), Patrik F a z e k a s, BA (S. 162), Mag. Dr. Roland F ü r s t (S. 163)

**Anfrage Nr. 1** des Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend nicht barrierefreier Zugang zum Gemeindeamt in Jennersdorf
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 164)
Zusatzfrage: MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 165)

**Anfrage Nr. 3** des Abgeordneten Markus Ulram an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend zeitgerechte Verteilung der Schutzmasken für Schulen
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela W i n k l e r (S. 166)
Zusatzfrage: Markus U l r a m (S. 167 u. S. 168), DI Julia W a g e n t r i s t l, BSc (S. 169)

**Anfrage Nr. 2** des Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Landesrat Christian Illedits betreffend Übertragung von hoheitlichen Aufgaben vom Amt der Landesregierung an die Wirtschaftskammer
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian I l l e d i t s (S. 170)
Zusatzfrage: MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 171)

**Anfrage Nr. 4** des Abgeordneten Patrik Fazekas, BA an Landesrat Christian Illedits betreffend Übernahme des insolventen Pharmaunternehmens Sanochemia in Neufeld a.d.L. durch das Land Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian I l l e d i t s (S. 171)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s, BA (S. 172 u. S. 173), Markus U l r a m (S. 174), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 174)

**Anfrage Nr. 5** der Abgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Anstieg der Anfragen bei den Familienberatungsstellen infolge der Corona-Krise
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela W i n k l e r (S. 176)
Zusatzfrage: DI Julia W a g e n t r i s t l, BSc (S. 176 u. S. 177), Mag.a Regina P e t r i k (S. 178)

## Verhandlungen

### Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?“ (auf Verlangen des SPÖ-Landtagsklubs)
Redner: Robert H e r g o v i c h (S. 179), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 183), Markus U l r a m (S. 188), Mag.a Regina P e t r i k (S. 193), Mag. Dr. Roland F ü r s t (S. 194), Patrik F a z e k a s, BA (S. 196), Landesrat Christian I l l e d i t s (S. 197)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 40),
mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden (Zahl 22 - 40) (Beilage 72);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 199)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 207)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 41),
mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird (Zahl 22 - 41) (Beilage 73);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 200)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 200), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 202), Patrik F a z e k a s (S. 203), Doris P r o h a s k a (S. 204)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 207)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 37) betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise (Zahl 22 - 37) (Beilage 74);
Berichterstatter: Ewald S c h n e c k e r (S. 208)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 208 ), Mag. Thomas S t e i n e r (S. 210), Elisabeth B ö h m (S. 212), Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 214)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 217)

**Dringlichkeitsantrag** des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92)
Begründung der Dringlichkeit: Markus U l r a m (S. 217)
Redner: Johann T s c h ü r t z (S. 220), Robert H e r g o v i c h (S. 222), Gerald H a n d i g (S. 225), Walter T e m m e l (S. 226)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 38) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt (Zahl 22 - 38) (Beilage 75);
Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 229)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 230), MMag. Alexander Petschnig (S. 232), Johannes Mezgolits (S. 235), Robert Hergovich (S. 237), Mag.a Regina Petrik (S. 240)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 241)

**Bericht** des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 39) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft (Zahl 22 - 39) (Beilage 76);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 241)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 242), MMag. Alexander Petschnig (S. 243), Melanie Eckhardt, MSc (S. 245), Gerhard Hutter (S. 246), MMag. Alexander Petschnig (S. 251)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 251)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag. Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 42) betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise (Zahl 22 - 42) (Beilage 77);
Berichterstatter: Markus Ulram (S. 252)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 252), Johann Tschürtz (S. 253), Markus Ulram (S. 254), Dieter Posch (S. 256), Mag.a Regina Petrik (S. 258), Robert Hergovich (S. 258)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 260)

**Landesregierung**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 157)

## Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

**Präsidentin Verena Dunst:** Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Regierungsmitglieder! Ich darf Sie heute seitens des Burgenländischen Landtages zur 5. Sitzung des Burgenländischen Landtages in der neuen Legislaturperiode sehr herzlich begrüßen

Zunächst einmal möchte ich mich bei all jenen Damen und Herren Abgeordneten für ihre Bereitschaft bedanken, die statt auf ihren gewohnten Plätzen im Plenarsaal hier herunten, auf der Besuchergalerie an der Sitzung teilnehmen, damit wir in voller Besetzung arbeiten können. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft.

Gerne würden wir alle, Hoher Landtag, natürlich an dieser Stelle auch wieder Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie begrüßen, aber Sie wissen, dass das Corona-bedingt heute noch nicht möglich ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Umso herzlicher wollen wir alle gemeinsam aber unsere Besucherinnen und Besucher, die heute via live-stream mit dabei sind, begrüßen und unsere Freude darüber Ausdruck verleihen, dass wir uns sehr über ihre Beteiligung freuen.

Die heutige Landtagsitzung steht aber auch vor allem inhaltlich im Zeichen der Corona-Epidemie. Nach der Fragestunde werden die Kosten der Covid-19 Pandemie Thema einer Aktuellen Stunde sein. Danach behandeln wir Anträge zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt und auf die Wirtschaft sowie zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-Krise betreffend Corona-Finanzhilfen für burgenländische Gemeinden gibt es einen Dringlichkeitsantrag.

Dieser wird geschäftsordnungsgemäß frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens um 15.00 Uhr, behandelt. Nach der Aktuellen Stunde stehen der Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für das Burgenland geändert werden und die Änderung der burgenländischen Landeslehrerinnen und Landeslehrer Diensthoheitsgesetze sowie andere Anträge auf der Tagesordnung.

Bevor wir in die Sitzung eingehen, möchte ich hier im Landtag des 75. Jahrestages des Zweiten Weltkrieges gedenken.

Genau am 08. Mai 1945, um 23 Uhr 01 Minuten, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Grund war die Kapitulationserklärung der Deutschen Wehrmacht vom 07. Mai 1945 genau vor 45 Jahren.

Aus diesem Anlass wurde im Vorfeld der Landtagsitzung Corona-bedingt nur im kleinen Rahmen gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung und Mandatarinnen und Mandataren der im Landtag vertretenen Parteien mit einer Kranzniederlegung vor dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus beim Eingang des Landhauses der Opfer gedacht.

Ich möchte dieses denkwürdige Ereignis auch heute hier im Landtag, Hoher Landtag, mit Ihnen gemeinsam begehen.

Das Burgenland war sieben Jahre und 21 Tage Zeuge des Grauens des Nationalsozialismus. Am 11. März 1938 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht in Österreich. In Eisenstadt erfolgte die Regierungsübernahme durch die NSDAP bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. März. Mit dem Reichsgesetz vom 15. Oktober 1938 wurde das Bundesland Burgenland beziehungsweise der Gau Burgenland aufgelöst.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten begannen die ersten Vertreibungen von Juden aus dem Burgenland. Von 3.500 burgenländischen Juden waren Anfang 1939

nur noch 12 Juden im Burgenland. Etwa ein Drittel der burgenländischen Juden wurden in Vernichtungslagern ermordet.

Allein im Juni 1939 ließen die Nationalsozialisten 3.000 Roma in Konzentrationslagern wie Dachau, Mauthausen, Buchenwald und Ravensbrück internieren.

In dem Jahr 1940 in Lackenbach eingerichteten Zigeunerlager wurden bis zu 2.000 Roma in desolatesten Viehstellen interniert und mussten schwerste Zwangsarbeit verrichten. 1941 wurden 5.000 Roma, davon 2.000 aus Lackenbach, vergast. Von rund 8.000 im Jahr 1938 im Burgenland beheimateten Roma überlebten nur zehn Prozent.

Dem Massenmord von psychisch kranken Menschen fielen rund 350 Menschen aus dem Burgenland zum Opfer. Die Anzahl der Opfer, die der wilden Euthanasie in verschiedenen Spitälern erlegen sind, ist gar nichts bekannt und konnte bis heute nicht aufgearbeitet werden.

Am 01. September 1939 begann mit dem deutschen Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg. In den darauffolgenden Monaten und Jahren erhielten tausende Burgenländer ihren Einberufungsbefehl zur Deutschen Wehrmacht. Rund 17.600 Soldaten aus dem Burgenland sind gefallen und nicht mehr in ihre Heimat zurückgekehrt.

Ab 1940 kamen französische und belgische Kriegsgefangene ins Land, um bei den Ernten die Männer zu ersetzen, die als Soldaten an den Fronten kämpften. 1941 wurden in der Landwirtschaft auch sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsrekrutierte eingesetzt. Ab 1944 wurde die burgenländische Bevölkerung mit dem Krieg direkt konfrontiert, als Bombenverbände verstärkt das Land überflogen.

Das Burgenland war zwar kein Ziel im Luftkrieg, aber trotzdem fielen immer wieder Bomben auf unser Land. So gab es Angriffe auf Eisenstadt, Neudörfl, Güssing und andere Gemeinden.

Im Herbst 1944 begannen die Vorbereitungen für die Errichtung des Ostwalls. Schätzungsweise 50.000 Zwangs- und Strafarbeiter und KZ-Insassen wurden eingesetzt. Während dieser Arbeiten kam es in Deutsch Schützen, Jennersdorf, Neuhaus am Klausenbach, Donnerskirchen und anderen Gemeinden zu schrecklichen Morden an den Zwangsarbeitern. Die größte Opferzahl forderte der Mord an ungarischen Juden beim Kreuzstadel in Rechnitz am 24. März 1945.

Am 29. März 1945 überschritten die ersten Truppen der Roten Armee bei Klostermarienberg die Grenze. Sie leiteten die Befreiung vom Faschismus ein. Anfang April 1945 kam es durch Kriegshandlungen zum Brand des Landhauses, der auch große Teile des Sitzungssaales zerstört hat.

Im Südburgenland tobten heftige Kämpfe. Mitte April 1945 war das gesamte Burgenland unter sowjetischer Kontrolle. Das Land stand unter kriegsmäßiger Besetzung. Die Menschen waren Plünderungen, willkürlichen Morden und Vergewaltigungen täglich ausgesetzt. Dennoch, in mitten dieser Not und dieses Schreckens lag ein Neubeginn.

Wir alle, Hoher Landtag, Hohe Regierung, an der Spitze der Herr Landeshauptmann, möchten uns an dieser Stelle und zum heutigen Gedenken vor allem vor den Burgenländerinnen und Burgenländern verneigen, die unser Land aus den Trümmern wieder aufgebaut haben und in einer für uns heute unvorstellbaren Lage an eine Zukunft für unser kleines Heimatland geglaubt haben.

Hoher Landtag, Regierung, Mitarbeiter des Hauses, ich darf Sie nun bitten, sich für eine Gedenkminute von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Ich danke Ihnen für Ihre Trauerkundgebung. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze nach der Gedenkminute wieder ein.)*

Damit möchte ich die 5. Sitzung nunmehr offiziell begehen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtliche Verhandlungsschrift der 4. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller entschuldigt. Ich glaube, dass wir auch von hier aus ihm alles Gute und einen guten Genesungsfortschritt wünschen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf darauf hinweisen, dass aufgrund der aktuellen Covid-Krisensituation die heutige Sitzung öffentlich nur via live-stream verfolgt werden kann und ich bedanke mich, wie vorher schon gesagt, bei allen Abgeordneten, die heute auf der Galerie sitzen. Aber, auch bei Ihnen, werte Damen und Herren Abgeordnete, dass Sie heute auch mit der Wahrung des Sicherheitsabstandes arbeiten.

Zudem darf ich wiederum bei unserer heutigen Sitzung den Landesdesinfektor begrüßen, der heute wieder die Desinfektion des Rednerpultes vornehmen wird.

**Mitteilung des Einlaufes:**

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr darf ich den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Kilian Brandstätter, um Verlesung des Einlaufes bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Schriftführer Kilian Brandstätter:** Einlauf für die 05. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 07.05.2020.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 44) (Beilage 64);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der Prüfungsbericht betreffend

1. Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019 (Zahl 22 - 51) (Beilage 71);

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der „Corona-Krise“ (Zahl 22 - 45) (Beilage 65);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines Sport-Soforthilfepakets für burgenländische Sportvereine (Zahl 22 - 52) (Beilage 78);

3. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe (Zahl 22 - 53) (Beilage 79);
4. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahme für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken (Zahl 22 - 54) (Beilage 80);
5. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen (Zahl 22 - 55) (Beilage 81);
6. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen (Zahl 22 - 56) (Beilage 82);
7. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe (Zahl 22 - 57) (Beilage 83);
8. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler (Zahl 22 - 58) (Beilage 84);
9. der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze (Zahl 22 - 59) (Beilage 85);
10. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Belebung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 60) (Beilage 86);
11. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen (Zahl 22 - 61) (Beilage 87);
12. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen (Zahl 22 - 62) (Beilage 88);
13. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheitsausbau der S4 (Zahl 22 - 63) (Beilage 89);
14. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die südburgenländischen Kellerstöckl (Zahl 22 - 67) (Beilage 93);
15. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen (Zahl 22 - 68) (Beilage 94);
16. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen (Zahl 22 - 69) (Beilage 95);

eingelangt.

Weiters sind die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Bedarfszuweisungen (Zahl 22 - 43) (Beilage 63);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Krankenhaus Gols (Zahl 22 - 49) (Beilage 69);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Scheckübergabe (Zahl 22 - 50) (Beilage 70);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Kindergarten Parndorf (Zahl 22 - 64) (Beilage 90),
5. Der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Aufsichtsrat Burgenland-Tourismus (Zahl 22 - 65) (Beilage 91),

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 21) betreffend Hallenbad Neusiedl am See (Zahl 22 - 46) (Beilage 66);
2. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 20) betreffend Burgenland Card (Zahl 22 - 47) (Beilage 67);
3. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner (Zahl 22 - 22) betreffend private Busunternehmen (Zahl 22 - 48) (Beilage 68);

eingelangt.

Weiters ist die Petition von Nadja Milletich und Unterstützern betreffend Durchführung einer Umweltprüfung - Ausbau des 5G Mobilfunknetzes im Burgenland (E2) eingelangt.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Herr Berichterstatter. Ich darf nunmehr fortfahren. Die Regierungsvorlage Zahl 22 – 44, Beilage 64, weise ich dem Rechtsausschuss,

den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 22 - 51, Beilage 71, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

den selbstständigen Antrag Zahl 22 - 45, Beilage 65, weise ich dem Agrarausschuss und dem Rechtsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 52, Beilage 78, Zahl 22 - 58, Beilage 84, Zahl 22 - 61, Beilage 87, Zahl 22 - 63, Beilage 89, und Zahl 22 - 68, Beilage 94, weise ich dem Rechtsausschuss, dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss;

den selbständigen Antrag Zahl 22 - 56, Beilage 82, Zahl 22 - 59, Beilage 85, und Zahl 22 - 60, Beilage 86, weise ich dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 53, Beilage 79, Zahl 22 - 54, Beilage 80, und Zahl 22 - 55, Beilage 81, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 57, Beilage 83, Zahl 22 - 62, Beilage 88, und Zahl 22 - 69, Beilage 95, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 22 - 67, Beilage 93, weise ich dem Rechtsausschuss und Wirtschaftsausschuss,

die Petition E2 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 43, Beilage 63, Zahl 22 - 49, Beilage 69, Zahl 22 - 50, Beilage 70, und Zahl 22 - 65, Beilage 91, habe ich Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftliche Anfrage Zahl 22 - 64, Beilage 90, habe ich Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 46, Beilage 46, Zahl 22 - 47, Beilage 47, und Zahl 22 - 48, Beilage 68,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Nunmehr komme ich zum Dringlichkeitsantrag. Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92) wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch um 15.00 Uhr behandelt.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Hoher Landtag! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben. Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - *(Abg. Markus Ulram. Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sie haben gestern als Präsidentin des Hohen Landtages eine E-Mail über die Verhaltensregeln im Sitzungssaal ausgeschickt. Ich hätte gerne eine Präzisierung dazu.

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Klubobmann. Eine Präzisierung? Wozu? Zum Inhalt?

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Nein, zu den Schutzmasken, zum Beispiel.

**Präsidentin Verena Dunst:** Zu den Schutzmasken? Gerne. Vielleicht darf ich gleich die eine Bitte von mir noch dazu nehmen.

Wir haben heute hier herunten im Plenarsaal zwar einen Sicherheitsabstand, trotzdem ist das Tragen der Masken für Sie alle verpflichtend. Es ist zwar der Sicherheitsabstand gegeben, dennoch darf ich Sie ersuchen, die Schutzmasken zu tragen.

Zum Zweiten habe ich eine Bitte an die Abgeordneten oben auf der Galerie. Hier darf ich Sie ersuchen, dass Sie während der Fragestunde die Notwendigkeit der Maske haben, weil wir oben keinen Desinfektor haben, aber für Sie sehr wohl ein Mikrophon eingerichtet ist.

Daher darf ich Sie bitten, während der Fragestunde, wenn Sie Ihre Frage stellen, mit Schutzmaske zu sprechen. Für die Reden während des Landtages ist vorgesehen, dass auch die Redner und Rednerinnen von den Galerien oben herunter in den Plenarsaal kommen. Diese Zeit haben wir, das wird kein Problem sein. Wir warten dann auf Sie als Redner und Rednerin, dass Sie hier am Rednerpult sprechen. *(Abg. Johann Tschürtz: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Es ist so, dass im Parlament die Hälfte der Abgeordneten ohne Masken dasitzt. Wir werden als Freiheitliche hier ebenfalls ohne Masken sitzen. Dazu kann es keine Anweisung geben, auch nicht seitens der Präsidentin.

Es ist so, dass der Weltärztepräsident Montgomery darauf aufmerksam gemacht hat, dass das Tragen der Schutzmaske gefährlich sein kann. Es gibt verschiedene Studien, es gibt verschiedene Ausrichtungen, es ist sogar so, dass bei unsachgemäßer Anwendung, und das sagt er definitiv, Krankheiten entstehen können, die gar nicht da sind.

Daher wollen wir das so machen wie im Parlament, im Hohen Haus, wo die Hälfte der Abgeordneten ebenfalls ohne Maske dasitzt. Wir werden auch ohne Maske sitzen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Ihnen Herr Klubobmann. Zusammengefasst, damit wir in die Tagesordnung einsteigen. Danke Ihnen für den Hinweis, Herr Klubobmann, danke Ihnen für Ihren Einwand. Ich bin sehr froh, und bedanke mich bei der Landtagsdirektion, dass sie dafür gesorgt hat, dass Sie mit Sicherheitsabstand sitzen.

Ich habe eine Bitte an Sie geäußert, wenn Sie dieser Bitte nicht nachkommen, kann ich damit umgehen. Ich darf Sie aber nur darauf aufmerksam machen, dass gerade wir in der Politik auch aufgefordert sind, Vorbilder zu sein. Aber, das muss jeder mit sich ausmachen.

Ich bin weder Ärztin noch fühle ich dazu berufen, jetzt auf Ihr Argument einzuwirken. Das ist Ihnen überlassen, der Sicherheitsabstand ist gegeben.

Ich darf nunmehr in die Tagesordnung eingehen.

**1. Punkt: Fragestunde**

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, nämlich, zur Fragestunde. Ich beginne - es ist jetzt 10 Uhr 29 - mit dem Aufruf der Anfragen.

Wie gesagt, meine Damen und Herren Abgeordneten auf den Galerien, bitte hier die Maske auch bei Ihrer Anfrage oben zu lassen.

Ich starte mit der ersten Anfrage. Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet. Ich bitte daher die Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Nachdem ich alleinige Benutzerin dieses Mikros bin, glaube ich, darf ich die Maske herunternehmen.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Arbeitsprogramm der Landesregierung kann man zum -

**Präsidentin Verena Dunst:** Entschuldigen Sie bitte einen Moment, wir werden das Mikro schärfen müssen. – So, bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Sehr geehrter Herr Landesrat, im Arbeitsprogramm der Landesregierung kann man zum Thema Schulsozialarbeit folgendes lesen, ich zitiere: "Durch den verstärkten von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie der gezielten Setzung von Maßnahmen sollen junge Menschen in ihrer individuellen, sozialen, schulischen beruflichen Entwicklung gefördert werden (Seite 70)."

Im Maßnahmenplan der Landesregierung findet sich aber kein Wort zur Schulsozialarbeit, hier ist nur von einer landesweiten Gewaltpräventionsstrategie und vom Ausbau der psychologischen und schulärztlichen Unterstützung die Rede.

Herr Landesrat, wie viele Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter werden konkret zur Implementierung von Schulsozialarbeit im Burgenland durch die Landesregierung eingesetzt werden?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf Punkt 87 in unserem Regierungsprogramm im Kapitel „Bildung“.

Im Punkt 35 des Regierungsprogrammes im Kapitel "Spitäler, Gesundheit und Soziales" sind die Schulsozialarbeiter sehr wohl erwähnt. Und es wird auch genau beschrieben, welche Aufgaben diese zu erfüllen haben und in welchem Ausmaß und ab wann sie diese Aufgaben erfüllen sollen.

Wir haben diese Schulsozialarbeiter, das ist in der Berufsbezeichnung inkludiert, sowohl in den Kapiteln "Soziales" wie auch "Bildung" in unserem Zukunftsplan für das Burgenland angesiedelt.

Im Regierungsprogramm auf Seite 35 steht folgendes: Eine Schwerpunktbehörde soll die Professionalität und Effizienz in diesem sensiblen Bereich noch weiter erhöhen und in einen stufenweisen Prozess wird qualifiziertes Personal für ambulante Betreuungsleistungen in den Bezirksbehörden bis 2021 angesiedelt werden.

Ab 2020 werden Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an den Bezirkshauptmannschaften tätig sein, die als Drehscheibe zwischen Schule, zu Hause und behördlichen Stellen fungieren sollen.

Wir haben die Schulsozialarbeit natürlich als einen sehr wichtigen Schwerpunkt hier in unser Regierungsprogramm übernommen, weil sie sich eben genau als das versteht, was ich vorher skizziert habe. Es soll eben ein schulinternes Stützsystem mit Schulpsychologie, mit Schulassistenz oder auch mit Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer hier natürlich noch erweitert werden, aber natürlich nicht ersetzt werden.

Und der wesentliche Unterschied besteht ja hier darin, dass die Schulsozialarbeit im Bedarfsfall an die außerschulische Lebenswelt, nämlich die Familien, die Freizeit und vieles weitere auch erweitert werden kann und einschreitet, werden sich zum Beispiel Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer auf schulinterne Abläufe fokussieren.

Die weitere Vorgehensweise, jetzt zu Ihrer erweiterten Frage - wie viele und wann werden diese dann eingesetzt? Wir haben momentan die Situation im Burgenland, dass wir über die Bildungsdirektion drei Schulsozialarbeiter im Gesamtausmaß von 1,5 Vollzeitäquivalenten eingesetzt haben. Davon gibt es eine Kostenteilung 50 Prozent Bund - 50 Prozent Land.

Und diese sind der Schulpsychologie in der Bildungsdirektion angebunden und die betreuen im Moment drei Mittelschulen - Neusiedl am See, Neudörfl und Rosental-Eisenstadt. Schattendorf sollte auch mit in die Erweiterung einbezogen werden, durch die Corona-Krise wurde das aber nicht mehr in Umsetzung gebracht.

Zusätzlich eben zu diesem Bereich der Bildungsdirektion wollen wir jetzt eben weitere Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, angesiedelt auf die Bezirkshauptmannschaften, eben aufnehmen und implementieren. Und es gibt natürlich für unsere Entscheidung, wie viele sollen eingesetzt werden, da gibt es natürlich einige Benchmarks.

Eine wichtige ist für mich eine Studie der Fachhochschule Burgenland, an der wir uns natürlich auch in der Einsatzzahl, in der Notwenigkeit, orientieren. Zum anderen gibt es natürlich auch die Anzahl der Mittelschulen, wo eben vornehmlich der Einsatz passieren soll und natürlich auch die Schüleranzahl in unseren Mittelschulen.

Das heißt aber nicht, dass es einen generellen, ausschließlich Einsatz nur in den neuen Mittelschulen passieren soll, sondern es kann natürlich auch, wenn es hier mit Schulkooperationen oder mit Vernetzung passiert auch dort natürlich dieser Einsatz zwischen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern passieren.

Das heißt, wir haben natürlich berechnet, wie hoch ist dann der Abdeckungsgrad, wenn wir jetzt eben drei, vier, fünf, sechs, sieben Personen einsetzen. Aber es ist der Plan, dass wir einen stufenweisen Vollausbau, um eben einen notwendigen Abdeckungsgrad zu erreichen, vorhaben.

Die Bewerbungsgespräche nach der Ausschreibung haben stattgefunden. Durch die COVID-Krise mussten diese, um eben hier eine Gleichheit herzustellen leider abgebrochen werden, werden jetzt in den nächsten Wochen fortgesetzt. Bis zum Sommer haben wir diese fertig und dann ab September können eben die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingesetzt werden.

Wir haben noch ein wenig einen Bedarf, zu wenige Anmeldungen, deshalb ist parallel jetzt auch eine weitere Ausschreibung schon geschehen, damit wir auch wirklich für alle Regionen im Burgenland hier die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in notwendiger Personenanzahl in Vollzeitäquivalenten eben auch zur Verfügung haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Frau Abgeordnete, Sie haben eine Zusatzfrage? - Bitte.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Ja, meine erste Zusatzfrage ist: Zum Verständnis, Sie haben gesagt, in der Bildungsdirektion, diese dreimal eine halbe Anstellung bleiben und die anderen werden dann zusätzlich ausgebaut. Habe ich das richtig verstanden?

Das heißt, es wird dann Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mit unterschiedlichen Dienstgebern in Zukunft geben? Oder wie soll ich mir das vorstellen, die einen an den Bezirkshauptmannschaften, die anderen von der Bildungsdirektion?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke, die Frage ist gestellt. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Zur Frage jetzt zusätzlich ergänzend - natürlich sollen jetzt diese eineinhalb Vollzeitäquivalente, die haben wir jetzt, die sind natürlich schon aktiv im Dienst, aktiv im Dienst, wir wollen natürlich diese weiter beschäftigen, ist ja eine gemeinsame Initiative Bund-Land.

Es gibt natürlich dann auch noch anderen Überlegungen hier, weil eben hier doch schon ein Defizit seitens des Bundes besteht, aber wir wollen das natürlich ergänzen mit unseren Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern. Das heißt, insgesamt rechnen wir natürlich die Bestehenden, die in der Bildungsdirektion zugeordnet sind, auch natürlich zu denen, die wir natürlich noch zusätzlich anstellen werden.

Aber es ist ein wenig ein anderes Einsatzgebiet. Ich habe das schon erwähnt, wo momentan diese Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, in welchen Mittelschulen die eben schon eingesetzt sind. Wir haben noch eine weitere Anzahl, viele, wo eben auch die neu aufgenommenen tätig sein werden.

Aber das soll natürlich alles abgestimmt sein. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Es gibt eine Zusatzfrage – bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Ja, also sind wir froh, dass im Regierungsprogramm auch schon der Ausbau der Schulsozialarbeit drinnen steht, das war auch den GRÜNEN damals ein großes Anliegen. Dann kann das gut weitergehen. Ich habe jetzt wahrgenommen, es bleibt bei zwei verschiedenen Dienstgebern.

Ich freue mich sehr, dass Sie diese Studie der FH angesprochen haben und offensichtlich haben Sie sie auch gelesen. Da sind Sie privilegiert, weil, andere durften sie noch nicht lesen.

Nachdem das jetzt sozusagen eine Unterlage offensichtlich doch ist, für die weiteren Entscheidungen, spricht aus Ihrer Sicht noch irgendetwas dagegen, dass auch andere Menschen, zum Beispiel Abgeordnete des Burgenländischen Landtages, Bildungsinteressierte, diese Studie der FH, die ja auch maßgeblich angeleitet wurde vom jetzigen Abgeordneten Fürst, auch einsichtig ist und zu lesen ist?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke schön. – Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Es gibt eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben vorher von drei Schulsozialarbeitern gesprochen.

Wie sieht die Arbeit derzeit in der Krise, in der Corona-Krise aus? Können die Schülerinnen und Schüler diese Schulsozialarbeiter kontaktieren via Telefon, Zoom, oder anderen Möglichkeiten?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Also ich kann es nur so interpretieren, also ich kann es nur interpretieren, nachdem diese drei Schulsozialarbeiter der Bildungsdirektion unterstellt sind und nicht dem Sozialressort, kann ich jetzt diese Arbeits- und Vorgangsweise eigentlich nur interpretieren.

Und ich denke mir, weil es auch in der Schulpsychologie im unterstützenden Bereich oftmals auch telefonische Beratungen geben könnte, im Bedarfsfall, wäre das vielleicht hier auch so.

Aber ich kann es nicht beantworten, weil es nicht in meine Zuständigkeit fällt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Es gibt keinen weiteren Fragen. - Doch Verzeihung, das ist auf der Galerie. Herr Abgeordneter, Sie verzeihen.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! *(Das Mikrofon auf der Galerie ist nicht laut genug.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir werden ein bisschen lauter stellen. Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ) *(fortsetzend*): Sehr geehrter Herr Landesrat! 2019 hat der Bund auch Mittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt.

Meine Frage im Detail: Beteiligt sich der Bund am Ausbau der Schulsozialarbeit im Burgenland und mit welchen finanziellen Mittel?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe kurz schon erwähnt, wie die momentane Situation ist. Die wurde ja nicht zufällig, sondern die wurde ja von einer damals noch Schwarz-Blauen Bundesregierung herbeigeführt. Es kam damals eben zu massiven Kürzungen und Einsparungen beim Thema Schulsozialarbeit.

Und hier haben wir ja auch im internationalen Vergleich eher eine sehr bescheidene Rolle, die wir spielen, wenn es um die Schulsozialarbeit in ganz Österreich geht und eben sehr wenig Support für die Lehrerinnen und Lehrer und auch für die Kinder und Eltern.

Der Integrationstopf, aus dem die Schulsozialarbeit auch vom Bund teilweise finanziert wurde, wurde damals eben sehr stark gekürzt. Weil eben damals die Schulsozialarbeit sehr stark mit der Flüchtlingskrise gesehen wurde, was eigentlich nicht wirklich ein vernünftiger Ansatz war, weil ja Schulsozialarbeit präventive Prävention ist, das soll ja präventiv passieren.

Und diese 1,5 Vollzeitäquivalente, die bei der Schulpsychologie, wie erwähnt, angesiedelt sind, eigentlich ein bescheidener Beitrag, sind in der 50 Prozent Finanzierung des Bundes.

Also hier glaube ich, könnte man allgemein schon nachdenken, ob es nicht zu einer Änderung kommen würde und wir hier auch die dementsprechende Anzahl auch an Schulpsychologen im Bildungsbereich und parallel dazu dann natürlich auch die Schulsozialarbeit auch auf den Bezirkshauptmannschaften tatsächlich auch zum Einsatz bringen könnten.

Es würde zum einen unser Budget doch entlasten und insgesamt doch auch eine irgendwo Gleichstellung, der Bund erledigt seine Aufgaben, das Land auch seine, herstellen.

Also ich würde mir das in der Zukunft auch vom Bund wünschen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall, dann darf ich schon zur nächsten Anfrage kommen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Herrn MMag. Alexander Petschnig an Frau Landesrätin Mag.a. Astrid Eisenkopf, Entschuldigung, an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a. Astrid Eisenkopf gerichtet.

Herr Abgeordneter, ich darf Sie um Ihre Frage bitten

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ihr Vorgänger Ex-Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, hat sich für einen schwer erkrankten Bürger der Stadtgemeinde Jennersdorf eingesetzt und mitgeholfen dem Betroffenen die Anschaffung eines besonders angepassten Rollstuhles zu ermöglichen.

Beim Versuch, seine Stimme am Vorwahltag der vergangenen Landtagswahl anzugeben, musste der Betroffene dann zur Kenntnis nehmen, dass das Gemeindeamt in Jennersdorf - wohl in gesetzwidriger Weise - nicht barrierefrei zugänglich ist.

Auf die Situation aufmerksam gemacht, wird der Bürgermeister mit den Worten zitiert, "die Anwesenden mögen den Betroffenen eben hineintragen", sowie mit der Frage, „ob er den wirklich heute wählen gehen wolle beziehungsweise müsse.“

Dazu stelle ich hier folgende Frage: Was wird die Ihnen unterstehende Gemeindeaufsicht unternehmen, um auch im Jennersdorf des Jahres 2020 behinderten Mitbürgern die barrierefreie und uneingeschränkte Ausübung ihres Wahlrechtes zu ermöglichen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Zunächst einmal ist festzustellen, dass ein uneingeschränkter Zugang zu Wahllokalen und zu Wahlurnen natürlich uns allen ein zentrales und grunddemokratisches Anliegen ist. Das steht hier sicherlich außer Frage.

Jeder Bürger und jede Bürgerin muss die Möglichkeit haben, von seinem Wahlrecht entsprechend Gebrauch zu machen. Da sehen die verschiedenen Wahlordnungen auch entsprechende Möglichkeiten vor. Sei es jetzt, dass man direkt am Wahltag vor der Wahlbehörde wählt, es gibt die Möglichkeit, vor der Sonderwahlbehörde zu wählen, am vorgezogenen Wahltag. Es gibt die Möglichkeit der Briefwahl, ohne überhaupt ein Wahllokal aufsuchen zu müssen und es gibt die Möglichkeit mit Wahlkarte am Wahltag direkt im Wahllokal auch zu wählen.

Ich denke, also im Großen und Ganzen haben wir hier ein sehr gutes und vor allem auch ausgeprägtes Wahlsystem in unserem Land, das jedem Bürger und jeder Bürgerin ermöglicht, entsprechend von seiner Wahlmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Was den konkreten Fall in Jennersdorf betrifft, den Sie hier schildern, sollte grundsätzlich einmal festgehalten werden, dass eine solche Wortwahl, sollte sie so stattgefunden haben, in schärfster Art und Weise zurückzuweisen ist, dass das nichts in einem Wahllokal verloren, keine Frage.

Der Vollständigkeit halber möchte ich aber auch dazu fügen, dass ich vor kurzem erst bezüglich Ihrer Anfrage mit dem Bürgermeister selbst persönlich gesprochen habe und er die Situation ein wenig anders darstellt. Er behauptet solche Aussagen nicht getroffen zu haben.

Ohne jetzt dabei gewesen zu sein, ist das jetzt natürlich schwer zu beurteilen. Abgesehen davon ist es in Jennersdorf gerade so, dass vor allem auch zum Zeitpunkt der

Wahl sich das Gemeindeamt im Umbau befindet. Teil dieses Umbaus ist auch einen barrierefreien Zugang herzustellen. Das heißt, der gesetzespflichtige Zustand wird demnächst auch in Jennersdorf hergestellt sein.

Generell ist aber vielleicht zu sagen, dass die Umsetzung der Maßnahmen dieses Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes ja den Bürgermeistern grundsätzlich obliegen als Baubehörde erster Instanz.

Die Gemeindeaufsicht hat in diesem Fall keine Zuständigkeit, weil die Verpflichtung der Umsetzung der Barrierefreiheit eben auf einem Bundesgesetz fußt und wir auch nicht die Möglichkeit haben, hier von Amts wegen tätig zu werden oder zu kontrollieren.

Sollten Anzeigen vorliegen, ist die Bezirkshauptmannschaft die jeweilige hier die entsprechende zuständige Behörde. Soweit mir bekannt ist, liegt hier aber in diesem Fall keine Anzeige vor.

Abgesehen davon, ist im Bereich der Neubauten ja diese barrierefreie Gestaltung bereits seit 2006 verpflichtend mit entsprechenden Übergangsfristen bis 2016 ja umzusetzen.

Unabhängig aber von diesen gesetzlichen Verpflichtungen weist hier die Landeswahlleitung die Gemeindewahlbehörden immer darauf hin, also es wird immer regelmäßig nahegelegt, in ihrem Gemeindegebiet zumindest ein barrierefrei zugängliches Wahllokal zur Verfügung zu stellen.

Und da muss man auch sagen, das ist in den letzten Jahren wirklich sehr gut auch von statten gegangen. Die Gemeinden haben hier einiges auf die Beine gestellt. Ich habe mir hier ein paar Zahlen auch geben lassen.

Es zeigt sich, dass bei der letzten Wahl bereits 327 der 438 Wahllokale, also etwa 75 Prozent, barrierefrei zugänglich waren. Wenn man das jetzt auf die Gemeinden umlegt, auf die 171, waren an dem entsprechenden Wahltag von 171 burgenländischen Gemeinden in 148 bereits zumindest ein Wahllokal barrierefrei zugänglich. Das sind sogar 86 Prozent.

Das heißt, man sieht hier, dass die Gemeinden wirklich einiges auf die Beine gestellt haben in den letzten Jahren. Wir werden uns aber auch mit den 86 Prozent nicht zufriedengeben.

Wir werden auch in Zukunft natürlich weiter darauf hinweisen, dass dieser gesetzeskonforme Zustand natürlich hergestellt werden muss. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Gibt es eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Ja danke, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Ich werde das sehr gerne so weitergeben. Ich war natürlich auch nicht dabei. Konnte das natürlich auch als sozusagen Überbringer der Botschaft hier vortragen.

Nur eine Frage noch zur Klärung: Sollte es ähnliche Vorfälle wieder geben, an wen können sich die Betroffenen dann wenden, wenn Sie sagen, die Gemeindeaufsicht hat hier keine Zuständigkeit?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Entsprechende Beschwerden oder Anzeigen sind an die zuständige Bezirkshauptmannschaft in diesem Fall dann zu wenden.

Also grundsätzlich ist der Bürgermeister die Baubehörde erster Instanz. Sollte es zu Anzeigen oder Beschwerden kommen, an die Bezirkshauptmannschaft, die hier das Bundesgesetz ausübt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön. Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich zur dritten Anfrage kommen.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Klubobmann Markus Ulram an die Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler gerichtet.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Medienberichten stellen Sie den Schulen im Burgenland 5.000 Schutzmasken aus Stoff für die Schulkinder und in ausreichender Menge Einwegmasken für Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung.

Wie erfolgt die zeitgerechte Verteilung an den Schulen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, haben wir ab 16. März auf Grund der COVID-19 Pandemie den Unterricht in den Schulen auf Distance Learning umgestellt. Wir hatten sehr viele neue Herausforderungen auch im Bildungsbereich dahingehend.

Durch das schrittweise Hochfahren auch in der Wirtschaft und natürlich auch zusammenhängend mit der Berufstätigkeit der Eltern ist natürlich auch ständig die Anzahl der Schülerinnen und Schülern in den Schulen angestiegen.

Es gab im Bildungsbereich, vor allem was Richtlinien bezüglich Hygienemaßnahmen betrifft, sehr, sehr lange keinerlei Richtlinien oder Vorschriften seitens des Bundes.

Ich habe bereits Anfang April, ich glaube es war der 02. oder 03. April ein Email an den Herrn Bundesminister, an den zuständigen Minister im Bildungsbereich geschrieben, da ich gerne eine koordinierte Vorgehensweise bei den Richtlinien und gerade bei den Hygienemaßnahmen, die im Bildungsbereich sehr wesentlich sind, eine Abstimmung mit den Ländern verlangt habe.

Leider habe ich bis heute eigentlich auf meine Email keine Antwort erhalten. Es gab zwar eine Videokonferenz danach, aber das war in den sieben Wochen eine einzige Abstimmung mit den Ländern bezüglich dem Bildungsbereich, der meines Erachtens ein sehr wesentlicher Bereich ist.

In Summe wurden für den Pflichtschulbereich 17.500 Stück Mund-Nasen-Schutz Masken angeschafft, da wir seitens des Landes natürlich aktiv werden mussten, da es wie eben erwähnt, keine Vorschriften diesbezüglich gab.

5.000 Stück Mund-Nasen-Schutz Mehrwegmasken wurden für Kinder angeschafft in natürlich dementsprechend geeigneter Kindergröße. 12.500 Mund-Nasen-Schutz Masken wurden auch für Pädagoginnen und Pädagogen angeschafft. Davon 2.500 Stück in Form von Stoffmasken, die wieder verwendbar sind und daher für die Umwelt auch verträglicher. Und 10.000 Stück wurden an Einwegmasken zur Verfügung gestellt.

Wie wir die Masken angeschafft haben, war bereits Maskentragepflicht in den Geschäftslokalen und auch in öffentlichen Verkehrsmitteln und auch für Kinder die das sechste Lebensjahr vollendet haben.

Die Textilmasken für Kinder und die Einwegmasken für die Pädagoginnen und Pädagogen wurden bereits an die Bildungsdirektion übergeben und diese hat dann natürlich auch die Verteilung an die einzelnen Schulstandorte durchgeführt.

Die Auslieferung der Mund-Nasen-Schutz Masken ist bereits erfolgt und die Grundlage der Aufteilung war natürlich die Schulgröße. Das heißt, die Anzahl der Schülerinnen, die Anzahl der Schüler und die Anzahl der Lehrpersonen vor Ort.

Was mir auch sehr wichtig war, dass wir seitens des Landes unseren gesamten Verpflichtungen nachkommen und auch die Landeslehrerinnen und Landeslehrer in den Privatschulen mit demensprechenden Hygienemaßnahmen und in dem Fall mit Mund-Nasen-Schutz ausgestatten haben.

Auch die Sonderschulen waren uns sehr wichtig, da auch dort dementsprechende Hygienemaßnahmen einzuhalten sind. Daher haben wir die Sonderschulen mit 100 Stück FFP1 Masken ausgestatten und natürlich auch Einweghandschuhe verteilt. An die Sonderschulen haben wir auf Grund besonderer Herausforderungen auch Gesichtsschutzvollvisiere je Sonderschule ausgeliefert.

Bei diesen 5.000 Stück Mund-Nasen-Schutz Masken für die Kinder war es mir wichtig, dass es ein freiwilliges Angebot dargestellt hat, weil es ja zu dieser Zeit noch keine Regelungen seitens des Bundes gegeben hat. Das heißt, wir wollten diese Masken kostenlos für die Eltern als Angebot bereitstellen für die Pädagoginnen und für die Pädagogen, wenn sie den Schutz benötigen.

Seit Vorliegen des Hygienehandbuches des Bundes wissen wir, dass die Eltern jetzt dementsprechend für die Versorgung mit Mund-Nasen-Schutz beitragen müssen. Natürlich ist es aber wichtig, gerade in Schulen dafür zu sorgen, dass wir auch Depotlösungen haben.

Das heißt, wir haben in den einzelnen Schulen für Depots gesorgt. Depots an Masken für Schülerinnen und Schüler in der dementsprechenden Größe, aber natürlich auch Depots für Pädagoginnen und Pädagogen, weil es kann natürlich immer wieder passieren, dass jemand seine Maske vergisst, dass die Maske verschmutzt ist oder die Maske verloren geht oder auch sonst irgendwie beschädigt ist.

Das heißt, wir haben seitens des Landes alles getan um die dementsprechenden Hygienemaßnahmen im Bildungsbereich auch einzuhalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Da muss ich Ihnen vehement widersprechen, von Depots ist man weit weg.

Ich darf nur eine Feststellung machen: Die Aussendung des Landes von Schutzmasken erfolgt in Kuverts, lose, wer auch immer die gezählt hat, oder einem Corona-Test unterzogen worden ist oder nicht oder wird Corona mitgeliefert, das weiß man nicht. *(Der Abgeordnete Markus Ulram zeigt ein Foto.)*

Tatsache ist, diese Vorgehensweise kann nicht den Hygienemaßnahmen entsprechen, zum einen. Und zum zweiten sind für die Lehrerinnen und Lehrer für eine Volksschule, wo zehn Pädagogen arbeiten, 35 Stück Einwegmasken geliefert worden.

Daher meine Frage: Aufgrund welcher Erhebung oder Berechnung wurde die Anschaffung oder der Ankauf getätigt?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Ich möchte vielleicht kurz zu Ihrem Foto sagen, kurz zu Ihrem Foto, Herr Abgeordneter. Es wurden natürlich dementsprechend auch bei der Sortierung des Mund-Nasen-Schutzes immer die dementsprechenden Hygienemaßnahmen in der Bildungsdirektion eingehalten.

Die Bildungsdirektion hat diesen Mund-Nasen-Schutz, wie gesagt, mit Handschuhen, mit dementsprechenden Vorschriftsmaßnahmen, mit Desinfektion, et cetera, mit Händewaschen, allen Hygienemaßnahmen die uns zur Verfügung stehen und die wir natürlich auch einhalten müssen, ist auch ganz klar, versendet.

Die andere Frage bezüglich der Aufteilung der Masken. Wie Sie wissen, ist in dem Hygienehandbuch seitens des Bundes geregelt, dass die Eltern für den Mund-Nasen-Schutz sorgen müssen.

Das heißt, wir haben ein dementsprechendes Kontingent dafür zur Verfügung gestellt, in unserer Meinung nach ausreichender Menge, wenn der Mund-Nasen-Schutz wie vorhin gesagt, beschädigt wird, verloren gegangen ist, et cetera.

Und sollte kein Mund-Nasen-Schutz mehr zur Verfügung stehen, dann werden wir natürlich seitens des Landes auch dafür sorgen, dass wir unseren Verpflichtungen nachkommen. Das ist für uns selbstverständlich. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Die zweite Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sie lenken ab von den Pädagoginnen, von der Ausrüstung der Pädagoginnen und Pädagogen zu den Kindern und Sie warten immer anscheinend auf Anweisungen.

Ich kann Ihnen sagen, wenn 35 Schutzmasken, Einwegschutzmasken, wo man davon ausgeht, dass zumindest ein Pädagoge zwei Masken am Tag braucht, ausreichend Ihrer Meinung nach sind, so soll es so sein. Ich glaube, dass es nicht ausreichend ist. Ich habe keine Richtlinie als Gemeinde. Ich habe dementsprechend 2.000 solcher Einwegschutzmasken angeschafft. Ich helfe Ihnen gerne damit aus.

Meine Frage: Wie lange wird es ausreichend Schutzmasken für die Pädagoginnen und Pädagogen geben, wenn man davon ausgeht, dass zumindest zwei pro Tag, pro Lehrkraft, benötigt werden?

**Präsidentin Verena Dunst:** Frau Landesrätin, bitte.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Ich möchte bezüglich der Anweisungen kurz klarstellen, Herr Abgeordneter, dass wir nicht nur auf die Anweisungen seitens des Bundes warten, weil ich meine, da würden wir lange warten, das heißt, wir haben seitens des Landes immer vor ab Empfehlungen hinausgegeben.

Das betrifft zum Beispiel auch den Kindergartenbereich. Hier hat es Empfehlungen seitens des Landes gegeben, bereits vorab, bevor wir dieses Hygienehandbuch erhalten haben und das Hygienehandbuch für die Schulen ist wirklich sehr, sehr spät gekommen.

Wir haben Empfehlung herausgegeben an die Kindergärten, an die Kindergartenleiterinnen, Kindergartenleiter, an die Erhalter der Kindergärten, wie sie im Bereich der Kindergärten auch umzugehen haben.

Auch im schulischen Bereich haben wir Empfehlungen dementsprechend hinausgegeben. Und ich habe es schon erwähnt, was den Mund-Nasen-Schutz betrifft, dann ist das nur ein Depot, ein Kontingent, falls Masken vergessen werden.

Und wir werden auch dementsprechend vorsorgen, wenn *(Abg. Markus Ulram: Das heißt, der Lehrer ist verpflichtet sich selbst eine Maske zu besorgen.)* wir Mund-Nasen-Schutz zur Verfügung stellen müssen. Dann werden wir unseren Verpflichtungen auch weiterhin nachkommen. *(Abg. Markus Ulram: Der Lehrer muss sie sich selbst besorgen. – Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall - Entschuldigung - bitte sehr, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Vielen Dank für die Ausführungen.

Vielleicht könnten Sie noch ganz kurz darauf eingehen, wann die nächste Lieferung der Masken geplant ist? Wir haben jetzt auch gehört, zwei Masken am Tag. Vielleicht können Sie da ganz kurz darauf eingehen, wann die nächste Lieferung an die Schulen erfolgt?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube, ich habe es jetzt schon sehr, sehr oft erwähnt, dass wir mit dem Start am 18. Mai, die Schule startet ja am 18. Mai, das heißt es wird wieder auf Präsenzunterricht umgestellt. Wir haben die Schulen auch mit dementsprechendem Material versorgt.

Und wir werden natürlich die Schulen, wir *(Abg. Markus Ulram: 35 Stück für eine ganze Schule.)* werden die Schulen natürlich ständig abfragen, ob sie weiteren Mund-Nasen-Schutz benötigen.

Aber ich möchte schon klarstellen, dass in den Geschäften et cetera, in öffentlichen Bereichen auch ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen ist, der seitens der Bundesregierung angeordnet wurde und dementsprechende Masken, wieder verwendbare Masken auch von den Lehrerinnen und Lehrern getragen werden und wir dementsprechend eben auch denen ausreichend Einwegmasken zur Verfügung gestellt haben.

Und wie gesagt, wir werden unseren Verpflichtungen nachkommen, wenn dementsprechender Bedarf besteht. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Nun mehr gibt es keine weiteren Zusatzfragen. Das ist nicht der Fall, ich darf zur nächsten Anfrage übergehen.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an den Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter um Verlesung Ihrer Frage.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Mir wird von Seiten mehrerer Unternehmer, die im Burgenland entweder ein neues Unternehmen gegründet oder eine neue Betriebsstätte begründet haben, zu Ohren gekommen, dass die zuständige Fachabteilung des Amtes der Landesregierung die Wirtschaftskammer Burgenland und somit einen nicht hoheitlich tätigen Selbstverwaltungskörper mit der Überprüfung der neuen Niederlassungen beauftragt.

Für die Rechtsform eines Einzelunternehmers werden dabei dem Vernehmen nach 300 Euro berechnet, für eine GmbH sogar 500 Euro. Dazu stelle ich folgende Frage:

Entspricht es den Tatsachen, dass die zuständige Fachabteilung des Amtes der Landesregierung auf skizzierte Art und Weise hoheitliche Aufgaben auf die Wirtschaftskammer übertragen hat?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Ich weiß nicht wer Ihnen diese Botschaft ins Ohr geflüstert hat. Der zuständigen Fachabteilung, der Sie ja auch bis vor kurzem vorgestanden sind, beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, kommt bei der Überprüfung der neuen Niederlassungen überhaupt keine Kompetenz zu.

Zufolge § 333 Abs. 1 Gewerbeordnung 1994 ist Behörde im Sinne des Bundesgesetzes, sofern nicht anders bestimmt, die Bezirksverwaltungsbehörde. Sie ist auch ausschließlich die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde in diesem Verwaltungssprengel des Unternehmens, das eben die Betriebsanlage plant oder eben saniert oder erneuert, für alle Überprüfungen, aber auch für die komplette Genehmigung dieser Niederlassung.

Schon infolge dieses rechtlichen Umstandes ist es nicht denkbar, dass die zuständige Fachabteilung des Landes hoheitliche Aufgaben auf die Wirtschaftskammer überträgt, für die sie nicht zuständig ist. Mangels Zuständigkeit für diese Aufgaben erfolgen selbstredend entweder in der Vergangenheit noch jetzt die Delegierungen derartiger Aufgaben.

Ich habe ergänzend natürlich zu sagen, und Sie wissen es ja aus Ihrer Tätigkeit auch, dass die Bezirksverwaltungsbehörden, wenn es um Betriebsansiedlungen und -abwicklungen geht, einen sehr hohen Stellenwert haben. Nicht nur bei uns, sondern auch bei allen Firmen die sich im Burgenland angesiedelt haben und eigentlich diese rasche, sehr kompetente und entgegenkommende Abwicklung im hohen Maße gelobt und auch gewürdigt wird, was ein wichtiger Bestandteil auch unserer erfolgreichen Ansiedlungspolitik natürlich ist.

Wir hatten im Vorjahr 508 Verfahren die abgewickelt wurden in diesem Bereich der Bezirksverwaltungsbehörden, 107 neue Genehmigungen und der Rest eben Änderungsgenehmigungen.

Wir haben eine durchschnittliche in Österreich liegende Benchmark, vergleichbare Verfahrensdauer von rund 50 Tagen, was eigentlich einer sehr kurzen Umsetzungszeit eben entspricht. Und hier muss man großes Lob an die Bezirksverwaltungsbehörden, an die Bezirkshauptmannschaften, wenn es um Betriebsansiedlungsverfahren geht, aussprechen.

Was vielleicht zu dieser Verwirrung beitragen könnte ist, dass uns die Wirtschaftskammer auch natürlich bestätigt, dass sie hundertprozentig nicht zuständig ist.

Aber auf Anfrage wiederkehrend der Überprüfungen durch die Betriebe selbst werden natürlich auch Inhaber von Betriebsanlagen eben auch bei der zuständigen Wirtschaftskammer vorstellig, um auch über diese Gutachter der Wirtschaftskammer im Eigeninteresse auch diese Experten heranzuziehen, und das ist eigentlich über die Wirtschaftskammer organisiert. Hat aber nichts mit hoheitlicher Tätigkeit der Bezirksverwaltungsbehörde zu tun. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Herr Landesrat. Ich kann mich aus eigenem Erfahren, wie gesagt ich bin wieder nur der Überbringer der Botschaft, auch nicht erinnern, dass es solche Vorfälle gegeben hat.

Es sind aber mehrere Unternehmer damit an mich herangetreten, aber daher die Frage nur zur Klärung. Sie schließen, also aus, dass es in irgendeiner Form eine Übertragung von einem hoheitlichen Auftrag gegeben hat, sondern es geht nur darum, dass die Unternehmer sich selbst an die Wirtschaftskammer gewandt haben und das natürlich dann verrechnet wurde.

Verstehe ich das in diesem Sinne?

**Präsidentin Verena Dunst:** Damit ist das schon beantwortet. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Ich darf daher gleich zum Aufruf der fünften Anfrage kommen. Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Patrik Fazekas an den Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Land Burgenland wird also das insolvente Pharmaunternehmen, Sanochemia in Neufeld an der Leitha mit rund 120 Mitarbeitern übernehmen. Laut Medienberichten habe die Wirtschaft Burgenland GmbH mit einem privaten Konsortium die GmbH neu gegründet und werde die gesamten Vermögenswerte der ehemaligen insolventen Sanochemia AG ankaufen. Sie sind als Wirtschaftslandesrat zwar für Wirtschaftsförderung zuständig, nicht aber für die oben genannte WiBuG.

Welchen Beitrag haben Sie als Wirtschaftslandesrat zu dieser „Übernahme“ durch das Land Burgenland beziehungsweise genauer die WiBuG geleistet?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Frage, ich habe genau diesen Beitrag geleistet, der mir auf Grund der Referatseinteilung eben zugeordnet wurde. Grundsätzlich fällt die Sanochemia-Übernahme, um auf dieses Beispiel genau einzugehen, in den Bereich der Wirtschaftsförderung, für welchen ich gemäß Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung verantwortlich sein darf.

Als Landesrat für Wirtschaft habe ich natürlich in enger Abstimmung mit dem Herrn Landeshauptmann und dem Obmann der tief ausführenden Organe, nämlich der WiBuG - Wirtschaft Burgenland GmbH, einerseits dieses Konzept eben der neuen Firma Sanochemia GmbH auf Stichhaltigkeit und Nachhaltigkeit überprüft und geprüft.

Andererseits habe ich aber auch den Antrag der dafür notwendigen budgetären Mittel, da ja das Budget vom Hohen Landtag beschlossen wird, in die Landesregierung eingebracht. Welcher dann natürlich gemeinsam im Kollegialorgan der Regierung mit den RegierungskollegInnen hier dann zum Beschluss gebracht wurde.

Auf Grund der soeben skizzierten Prozesse dieser Übernahme ergibt sich zwar, wie Sie richtig feststellen, keine direkte für die WiBuG vorhandene Zuständigkeit einerseits, jedenfalls jedoch definitiv hier eine wie sehr oft übliche nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Vergangenheit vorhandene Querschnittsmaterie.

Zum angesprochenen Beispiel aber muss ich schon sagen, dass es hier zu einer Übernahme gekommen ist, dass ja auch schon Landesrat Petschnig in seiner Verantwortung in einem Sanierungsprozess auch vor sich auf den Tisch öfters liegen hatte und dort wirklich versucht wurde, diesen so wichtigen Standort im Nordburgenland wirklich auch zu erhalten.

Das Sanierungsverfahren wurde ja eingeleitet und dann kam eben auch, um es ein bisschen abzukürzen was da alles dann passiert ist, natürlich auch die Krise, die Covid-19 Krise, dazu und hat natürlich eine Sanierung unmöglich gemacht. So wurde eben das Unternehmen insolvent.

Deshalb muss man sagen, da war ja auch einer, der jetzt als Geschäftsführergesellschafter tätig ist, der Herr Bender mit dabei, der sehr viel Geld natürlich mit den Kleinaktionären inkludiert verloren hat bei dieser Insolvenz, aber auch zu diesem Unternehmen so viel Vertrauen hatte und hat, dass er wieder sich beteiligt hat und eingestiegen ist, um eben eine Neufirma mit Unterstützung des Landes und natürlich einem Hauptgesellschafter, auch hier dieses Unternehmen wieder zu begründen.

Unser Interesse als Land ist es natürlich, weil es immer darum geht, einen Wirtschaftsstandort hier im weitersten Sinne mit hoher Tradition und hoher qualitativer Wertigkeit nicht nur zu behalten, sondern auch für die Zukunft abzusichern, Arbeitsplätze, hochwertige, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze weiterhin zu behalten und deshalb war das für uns die Entscheidung eben auch hier eine Beteiligung einzugehen und zum Zweiten natürlich auch für das operative Geschäft eine Haftung zu übernehmen.

120 Arbeitsplätze werden, wenn eben dieser ganze schrittweise Aufbau wieder passiert, auch dann mit August schon wieder tätig sein, hundertprozentig tätig sein bei der neuen Sanochemia GmbH.

Und dann hoffen wir, weil ja jetzt, gerade in dieser Krise, in dieser Zeit, sehr viel in diesem Segment als europäischer, österreichischer, sprich burgenländischer Ansatz als eine wichtige Niederlassung in diesem Bereich eben immer wieder jetzt diskutiert wird, weil man in dieser Krise eben sieht, wie abhängig man von Globalisierungsmaßnahmen ist und da hier eben auch der Bereich Medizin, Technik, aber auch Pharmazie in Österreich, im Burgenland angesiedelt wird.

Da sehen wir hier eine große Zukunft mit diesem Standort wo wir, glaube ich, auch eine gute Perspektive auch dann natürlich die Rendite für das Land Burgenland betreffend haben können. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage von Ihnen Herr Abgeordneter?

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Herr Landesrat! Im Spätsommer soll ja der Neustart des Unternehmens gewagt werden.

Welche konkreten Vorhaben werden hier dann verfolgt in diesem Unternehmen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Also konkrete Vorhaben gibt es natürlich. In der Vergangenheit war natürlich die Produktion von Kontrastmitteln der Schwerpunkt. Dann eben, wie die AGES durch Verschlechterungen im Betrieb eben Genehmigungen zurückgezogen hat, hat man geswitcht auf die Veterinärmedizin und dann ist eben auch natürlich der sukzessive Einbruch gekommen bei diesem Unternehmen.

Der Herr Bender ist einer der Gesellschafter, der Beteiligten, aber auch einer der wichtigsten Abnehmer mit seiner Firma in Deutschland. Das heißt, er beliefert dort direkt Ärzte und wir beteiligen uns jetzt schon, weil wir auch Teil dieses Unternehmens sind an Ausschreibungen, die auch die Spitäler betreffen in Österreich, aber auch in europäischen Regionen, wo es eben zu diesen Ausschreibungen kommt, also Kontrastmittel sind es bei Rückenuntersuchungen, oder anderen diesbezüglichen Untersuchungen, die weiterhin jetzt in der Produktion sind.

Wir werden aber natürlich einen wichtigen Schwerpunkt auch auf die Forschung legen. Dieser Teil ist ein ganz eminenter und wichtiger und hier gibt es schon erste Gespräche auch mit der Forschung Österreich, wo wir eben auch in diesem Bereich die Forschung intensivieren wollen und hier sich aus meiner Einschätzung auch neue Geschäftsfelder ergeben können. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Bitte Herr Abgeordneter, Ihre zweite Zusatzfrage.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. In einem deutschen Börsenforum, Herr Landesrat, liest man, dass sich die drei Investoren, eine davon die WiBuG die Filetstücke der Aktiengesellschaft herausgenommen haben. Es ist auch in diesem Artikel von Wirtschaftskrimi die Rede.

Ist es nicht hinterfragenswert, dass sich das Land an dem beteiligt, wo Gläubiger auf 50 Millionen sitzen bleiben?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Also ich denke Sie sprechen jetzt ein Thema an, wo man irgendwo die Moral in der Geschichte vielleicht irgendwo hervorkehren könnte ob es moralisch bunt ist, wenn man ein Unternehmen, das vorher insolvent war, dann wieder auf die Beine stellt und übernimmt und fortführt und das Land sich hier beteiligt.

Das ist Ihre Frage in diese Richtung, wenn ich Sie so verstanden habe, dann denke ich, stellen Sie die Frage den 120 Beschäftigten in Neufeld ob sie hier vielleicht eine andere Alternative sehen, nämlich das Zusperren dieses Standortes, also auf Nimmerwiedersehen, verschwinden zu lassen oder eben das Land als wichtigen Partner hier sehen, weil sonst diese neue Gesellschaft nicht begründet hätte werden können. Also ich denke, es ist eine ganz wichtige Aufgabe, natürlich bedauerlich wenn Leute, auch Kleinaktionäre, Geld verlieren.

Zweifelsohne will ich das überhaupt nicht in Abrede stellen und das darf man natürlich nicht verniedlichen, aber es ist eben in diesem Fall so passiert und ich glaube es ist für uns entscheidend.

Das Burgenland, das haben wir in der Vergangenheit nämlich getan, Sie erinnern sich vielleicht an einige Unternehmungen denen es auch sehr schlecht gegangen ist und die auch vielleicht in die Insolvenz geschlittert wären, die wir unterstützt haben, wo wir uns beteiligt haben und die wir natürlich unterstützt haben und dann zum Laufen gebracht haben.

Also das ist auch der burgenländische Weg, den wir in der Vergangenheit erfolgreich gegangen sind, den wir auch jetzt gehen werden. Wenn wir sicher sind, ein unternehmerisches Risiko ist überall dabei, das ist klar, aber wenn wir der Meinung sind, auch aufgrund der ganzen Vorprüfungen, dass es sich eben auszahlt für die Menschen Arbeitsplätze zu schaffen, und in diesem Fall waren wir davon überzeugt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Es gibt eine weitere Zusatzfrage. - Sie sind am Wort, Herr Klubobmann Ulram.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich denke die vorherige Zusatzfrage hat auf etwas anderes abgezielt. Ich formuliere das anders.

Sind alle Teile der vorigen Gesellschaft übernommen worden oder sind gewisse Teile nicht mehr da, die woanders jetzt in anderen Firmen gelagert werden?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Es sind eigentlich alle Teile dieses Unternehmens jetzt übernommen worden. Es sind auch die Grundstücke übernommen worden und auch alle Genehmigungen, also alle Zulassungsgenehmigungen aller Markenrechte, Lizenzen, sämtliche Patente, der gesamte Maschinenpark, das immaterielle Vermögen, die Liegenschaft der Sanochemia in Neufeld, also insgesamt ist dies alles übernommen worden.

Es ist auch der Firmensitz von Wien nach Neufeld verlegt worden und die Anteile, die jetzt eben aufgeteilt wurden, sind 49,9 Prozent eben durch die EOS TECHNOLOGY SOLUTIONS GmbH, ein sehr renommiertes Unternehmen, das sich schon in diesem Bereich, auch im IT-Bereich, bei sehr vielen Beteiligungen sehr gut positioniert hat, 35,81 Prozent durch die b.w. imaging GmbH, wo eben der Herr Bender der Geschäftsführer ist, und 14,29 Prozent durch die Wirtschaft Burgenland eben durch die WiBuG. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Bitte Ihre Frage Herr Abgeordneter Petschnig.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Landesrat! Wir haben uns ja in Form einer schriftlichen Anfrage bereits über dieses Thema ausgetauscht und ich möchte auch meine Zustimmung hier artikulieren, dass Sie heute in der Anfragebeantwortung möglicherweise durch den Zeitablauf wesentlich weiter gegangen sind, als in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage.

Ich möchte vielleicht die Kernfrage, unabhängig von irgendwelchen insolvenzrechtlichen Spezialitäten, noch einmal so artikulieren und bitte das als Frage zu nehmen.

Welche Strategie verfolgen Sie mit diesem Einstieg? Ich stelle mir zum Beispiel vor, wollen Sie das wieder privatisieren, wollen Sie das länger in öffentlicher Hand halten? Streben Sie die Mehrheit an? Stellen Sie sich vor, dass man auch in andere Bereiche expandiert? Produktion von Masken zum Beispiel, Produktion von COVID-Schutzstoffen oder Antikörper oder was auch immer. Diese Strategie…

**Präsidentin Verena Dunst:** Sie haben Ihre Anfrage bereits formuliert. Danke Herr Abgeordneter.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Ja, Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Ich glaube Strategie war so irgendwo die Frage, welche Strategie? Ja, also die Strategie ist natürlich in Abstimmung mit der Geschäftsführung für alle Vorhaben, weil ja unser Vertreter, der Mag. Zagivzek, dort natürlich auch für uns im Gremium sitzt, und deshalb gibt es natürlich auch strategische Pläne.

Ich habe eines gesagt, also der Bereich der Forschung, wo jetzt 40 Leute direkt schon arbeiten, ist natürlich ein wichtiger Schwerpunkt, den wir auch allgemein im Burgenland natürlich intensivieren wollen, nicht nur in der Sanochemia.

Es gibt verschiedene Bereiche, wo eben auch schon jetzt konkrete Ideen und Pläne zur Diskussion auf dem Tisch liegen und deshalb auch der Ansatz auch mit der Forschung Österreich eben auch hier in Kontakt zu treten, um eben auch diese Förderungen, wir haben ja auch Förderungen der Forschung Burgenland abzuholen, hier Forschungsprojekte zu machen und zum anderen auch neue Geschäftsfelder auch hier

wirklich zu diskutieren und zu überlegen. Einige davon die Sie aufgezählt haben, können zweifelsohne hier dabei sein.

Die Strategie des Burgenlandes ist natürlich nicht, dass wir Pharmazie betreiben bis in den nächsten 20, 30 Jahren. Das ist nicht unsere Strategie. Beteiligen heißt für uns, dass wir auch diesen Standort eben stützen wollen, eben auch ins Laufen bringen wollen und dann nach Möglichkeit, uns eben auch wieder aus dieser Beteiligung verabschieden können. Das heißt, das war schon auch in der Vergangenheit Strategie des Landes, wir haben ja auch schon Handtücher produziert und es ist ein sehr erfolgreiches Unternehmen geworden, wo wir dann natürlich aus dieser Beteiligung ausgestiegen sind.

Andere Beteiligungen haben wir ja auch schon gehabt. Manche haben wir noch, das wissen Sie auch, die auch sehr erfolgreich geführt sind. Also das Land kann schon manches auch selbst tun, aber ich glaube es ist nicht prioritärste Aufgabe Unternehmen direkt zu führen, sondern solchen Unternehmen, wenn es nötig ist, eben zu unterstützen um den Bestand und die Arbeitsplätze für die Zukunft abzusichern. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Damit darf ich zur letzten Anfrage des Tages der Fragestunde heute kommen.

Die sechste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten DI Julia Wagentristl an die Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler gerichtet.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Corona-Krise hat vor allem Familien durch die Mehrfachbelastung mit Homeoffice und Home-schooling vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Dazu kommen in vielen Fällen auch Jobverlust, Existenzängste und Überforderung. Daher meine Frage:

Wie hoch war der Anstieg der Anfragen bei den Familienberatungsstellen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Für viele Familien und das habe ich immer wieder betont weil es mir wichtig ist, dass wir Familien auch dementsprechend unterstützen, war oder ist nach wie vor diese Corona-Krise eine sehr, sehr große Herausforderung und stellt eine sehr große Belastung dar. Das hat verschiedene Ursachen oder Gründe.

Es ist natürlich einerseits aus finanzieller Hinsicht eine große Herausforderung, weil, wie Sie erwähnt haben, Mütter oder Väter ihren Job verloren haben, Existenzängste haben. Aber wir merken auch genau das andere Extrem, dass viele Eltern sehr, sehr viel arbeiten müssen, rund um die Uhr arbeiten müssen, weil sie zu den systemerhaltenden Berufen zählen.

Auch die Betreuung der Kinder ist eine riesengroße Herausforderung in den Familien und eine ganz große Herausforderung für die Eltern, vor allem auch was Frauen betrifft, hat das Thema Distance Learning gemacht. Natürlich ist es uns wichtig, dass wir die Familien dementsprechend beraten und daher stehen natürlich die Familienberatungsstellen jederzeit für Fragen und Anliegen der Familien zur Verfügung.

Wir haben aber zu Beginn der Corona Krise gemerkt, dass es zu einem ganz, ganz starken Rückgang bei den Beratungen geführt hat, aufgrund der

Ausgangsbeschränkungen, aufgrund verschiedener Faktoren, weil Familien mit sehr vielen Themen zuerst einmal auch in den Familien beschäftigt waren.

Erst gegen Ende April sind dann die Beratungszahlen wieder langsam gestiegen. Wir haben auch einen Rundruf bei den ganzen Familienberatungsstellen im Burgenland gemacht und haben gemerkt, dass die Tendenz eigentlich überall eine ähnliche war.

Wir haben sehr viele Hotlines eingerichtet, vielleicht hat auch das dazu beigetragen, wir haben zum Beispiel Hotlines beim Verband der Psychotherapeuten, wir haben eine Hotline SOS Kinderdorf, Rat auf Draht, wir haben Frauenhotlines, wir haben aber auch verschiedenste Hotlines im Amt der Burgenländischen Landesregierung. Wir haben Hotlines auch gerade bei Fragen Distance Learning, Bildungsbereich, in der Bildungsdirektion eingerichtet.

Im Speziellen möchte ich auch das Sorgentelefon für Familien nennen. Aber thematisch ist es gerade in der Corona-Zeit immer um eines gegangen, nämlich um Fragen rund um Corona. Ich darf auch ein paar Zahlen nennen, weil Sie darum gefragt haben. Ich habe unterteilt nach den Familienberatungsstellen Frauenkirchen, Mattersburg und Oberwart.

In Frauenkirchen hat man im Zeitraum 15. bis 31. März eine Beratung durchgeführt, im April 2020 null Beratungen. In Mattersburg vom 15. bis 31. März eine Beratung und im April fünf Beratungen per Telefon. In Oberwart sind es von 15. bis 31. März sechs Beratungen, im April waren es 13 Beratungen, die per Telefon oder E-Mail durchgeführt werden.

Wir haben auch bei unserem Rundruf die Themenfelder, die in den Beratungen durchgeführt werden, nachgefragt und die Felder waren sehr ähnlich. Es ging um berufliche Probleme, Kündigung, Kurzarbeit, es ging natürlich eben um das Thema Home-schooling, Homeoffice, Kinderbetreuung, das eine große Herausforderung war, Besuchsrechte während der Corona-Ausgangssperre bis hin zur Wohnungssuche, Scheidung, Trennung.

Wichtig ist mir aber zu betonen zum Schluss, dass wir eigentlich keine Fälle wegen Gewalt in den Familienberatungsstellen hatten. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank. Vielleicht könnten Sie noch ganz kurz auf die konkreten Maßnahmen, die Sie setzen, eingehen.

Sie haben gesagt, Beratung ist das eine, aber vielleicht die konkreten Maßnahmen auch noch um die Familien zu unterstützen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für die Frage. Es ist sehr, sehr wichtig, dass wir die Familien natürlich auch mit den dementsprechenden Maßnahmen unterstützen und hier wurde seitens des Landes sehr, sehr viel gemacht.

Wir hatten Maßnahmen im Bereich der Sozialhilfeunterstützung mittels Mindestsicherung, wir haben auch im Sozialbereich die Hilfe in besonderen Lebenslagen, wir haben aber auch die Alleinerziehenden Förderungen der Abteilung 7 und ganz wichtig ist natürlich auch die Wohnbeihilfe über die Abteilung 3.

Es hat sehr, sehr viele Beratungen im Bereich des Familienreferates bezüglich der Förderungen auch gegeben und es war uns immer ein großes Anliegen, dass wir eben die Familien dahingehend beraten.

Ganz wichtig ist, dass wir dementsprechend die Familien in jeder Phase auch in Krisenzeiten unterstützen. Das haben wir auch getan in Bezug mit dem Gratiskindergarten, dass wir hier die Familien unterstützen und die Kinder konnten auch in den Kindergarten gegeben werden. Ganz wichtig werden aber noch weitere Unterstützungsmaßnahmen in Zukunft sein.

In Zukunft nämlich dahingehend zum Beispiel die Ferienbetreuung, weil, wie Sie wissen, war das Thema eben Home-schooling, Kinderbetreuung, ein großes Thema in den Familien. Wir merken, dass die Anfragen bezüglich Ferienbetreuung sehr groß sind und hier haben wir bereits im November 2019 mit dem neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vorgesorgt, dass eben unseren burgenländischen Familien die Möglichkeit einer Ferienbetreuung zur Verfügung steht. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage Frau Abgeordnete? - Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin, vielen Dank Frau Landesrätin. Sie haben ein paar Maßnahmen jetzt gesagt, wir haben auch als ÖVP einen Antrag eingebracht, um die Familien zu unterstützen und zwar ging es hier um die Betreuungskosten für die Pflichtschüler, dass diese vom Land übernommen werden sollen.

Ich würde jetzt ganz kurz von Ihnen wissen wollen, wie Sie zu diesem Antrag stehen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für Ihre Anfrage. Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist gerade bei den Gemeinden sehr wesentlich, dass wir diese natürlich unterstützen, denn Gemeinden leisten wirklich hervorragende Arbeit für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer. Sei es jetzt in der Abwicklung der Kinderbetreuung, sei es jetzt aber auch in der Schulerhaltung, das ist wichtig und wir möchten natürlich unsere Gemeinden seitens des Landes auch dementsprechend unterstützen.

Daher ist es für uns selbstverständlich, dass wir gerade, und darauf möchte ich eingehen, die im November 2019 im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz beschlossene Personalkostenförderung, die sich jetzt sehr, sehr positiv herausstellt, denn wir unterstützen die Gemeinden auch weiterhin. Das heißt, wir haben hier keine Einsparung in dem Bereich, wir werden die Personalkostenförderung pro Köpfe der Pädagoginnen/Pädagogen, der Helferinnen und Helfer auch weiterhin auch in Krisenzeiten in voller Höhe an die Gemeinden auszahlen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Gut. Danke Frau Landesrätin. Es gibt eine weitere Frage habe ich gesehen vorher von der Frau Abgeordneten Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber dazu sagen, dass natürlich viele Fragen, die sich um Gewalt in Familien drehen, an die Frauenberatungsstellen kommen. Aber das war nicht Teil Ihrer Frage und dafür ist auch die Landeshauptmann-Stellvetreterin zuständig.

Aber um dort in der Gesamtheit des Bildes gerecht zu werden, muss man auch an die denken. Ich habe eine konkrete Frage bezüglich Home-schooling und Homeoffice und so. Vor ein paar Tagen erst hat mir eine ehemalige Arbeitskollegin erzählt, ihr Kind muss irgendwo zur Nachbarin gehen, weil sie haben halt keinen Computer und auch wenn sie einen hätten, dann würde es nichts nützen, weil sie können damit nicht umgehen während sie in der Arbeit ist.

Wie gedenken Sie seitens des Landes solchen Familien zu helfen, die wirklich gezielt herauszufinden und zu unterstützen, weil doch einige Kinder, auch wenn es nicht die Massen sind, aber einige Kinder bei dieser Form des Unterrichtens jetzt doch auf der Strecke bleiben?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben eine sehr wichtige Frage gestellt, nämlich wie schaffen wir es, dass wir auch in dieser Krisenzeit Kinder erreichen, die wir eben auch, ich sage einmal digital erreichen, die wir normalerweise nicht erreichen können.

Das war uns natürlich auch ein großes Anliegen seitens des Landes und auch gemeinsam mit der Bildungsdirektion haben wir oder sind wir dieses Thema angegangen. Die Bildungsdirektion hat den Bedarf in den einzelnen Schulen erhoben von den Familien oder den Schülerinnen und Schülern, die eben nicht erreichbar sind, die keine technischen Möglichkeiten hatten, und hier haben wir dann die Lösung erarbeitet, dass wir diesen Schülerinnen und Schülern auch die dementsprechenden Tablets zur Verfügung gestellt haben, dass diese eben auch mit den Pädagoginnen und Pädagogen kommunizieren können und die dementsprechenden Aufgaben durchführen können.

In Summe haben wir somit mit dieser Maßnahme 324 Endgeräte den Schülerinnen und Schüler im Burgenland zur Verfügung gestellt. Ich habe sie nach den einzelnen Bezirken auch aufgeteilt, wenn Sie möchten, kann ich Ihnen die auch gerne näher dann zeigen.

Wir haben die Tablets im Prinzip alle an die Schulen gebracht, an die Familien, und haben die Schülerinnen und Schüler natürlich auch dementsprechend versorgt und haben hier sehr positive Rückmeldungen in diesem Bereich erhalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Es gibt wie ich sehe keine weitere Zusatzfrage.

Damit endet die Fragestunde.

**2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?**

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich darf nunmehr zum 2. Punkt der Tagesordnung kommen, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?“, die vom SPÖ-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nur noch auf einzelne Bestimmungen kurz hinweisen, was die Aktuelle Stunde anbelangt.

Zunächst einmal wissen Sie, dass zu Beginn der Aktuellen Stunde einem Sprecher der antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben ist, dass erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; sodann ist je einem Sprecher der anderen Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat die Präsidentin die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf 5 Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf 5 Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können.

Und schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Ich steige nunmehr in die Aktuelle Stunde ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Heimatland Burgenland ist grundsätzlich sehr gut durch die Krise gekommen, besser als alle anderen Bundesländer.

Verantwortlich dafür sind die Burgenländerinnen und Burgenländer, die sehr diszipliniert die Abstandsregelung eingehalten haben und verantwortlich dafür sind auch die Rahmenbedingungen, die das Land vorgegeben hat. Ich habe mich bei der letzten Landtagssitzung bei den Blaulichtorganisationen und im Gesundheitswesen bedankt und ihnen für ihre Leistungen gratuliert.

Ich möchte diesmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Burgenland herausholen, vor den Vorhang holen und ihnen gratulieren und mich bedanken.

Es war der Krisenstab, es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier tatkräftig mithelfen, dass wir so gut durch die Krise gekommen sind, wie bis jetzt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Klar ist aber, dass alle politischen Ebenen mehr Geld ausgeben wie geplant und weniger Einnahmen generieren, als zuvor angenommen. Also die Gemeinden geben mehr aus und nehmen weniger ein, die Länder geben mehr aus und nehmen weniger ein, und der Bund gibt deutlich mehr aus als geplant und er wird auch weniger einnehmen wie ursprünglich angenommen.

Ich darf die Zahl des Burgenlandes nennen: Unser Heimatland Burgenland wird nach Auskunft des Finanzministeriums im heurigen Jahr 40 Millionen Euro weniger erhalten als zuvor geplant. 40 Millionen Euro! Auch die Gemeinden werden um 20 Millionen Euro weniger Einnahmen vom Bund erhalten, als ursprünglich angenommen.

Also klar ist, alle Ebenen haben höhere Ausgaben und weniger Einnahmen. Daher ist es schon zulässig, das „Schwarze Peter“-Spiel zu beginnen. Die Gemeinde richtet dem

Land aus, es soll viel mehr zahlen und viele Pakete schnüren. Die Länder richten dem Bund aus, er soll noch vielmehr bezahlen und höhere Pakete schnüren.

Nur klar ist: Wer soll das alles bezahlen? Diese Frage, die wird dann sehr wenig beantwortet. Eines ist klar. Es gibt nur eine Instanz, die die Steuerhoheit hat, die zusätzliche Einnahmen generieren können, das ist der Bund. Die können über neue Steuern nachdenken. Es sind weder die Gemeinden noch das Land, sondern sowohl das Land als auch die Gemeinden sind davon abhängig, welche Gelder sie vom Bund erhalten.

Aber ich glaube, wir müssen eine ehrliche Debatte führen, eine ehrliche Debatte führen: Was ist leistbar und was ist wirklich finanzierbar? Denn man kann also viele Wünsche äußern, nur gleichzeitig muss man immer mitdenken, sind diese Wünsche auch finanzierbar.

Daher erhebe ich auch den Anspruch und appelliere auch an die Vernunft, eine seriöse Debatte dabei zu führen, wer die Rechnung dieser Krise bezahlt. Das Land hat durchaus wichtige Maßnahmen gesetzt mit dem ersten Hilfspaket, mit der Soforthilfe. Die war wichtig, vor allem für jene Unternehmungen, die vom Bund nichts erhalten haben. Da ist das Land Burgenland eingesprungen und hat mitgeholfen, über diese schwierige Zeit zu kommen.

Auch jetzt wird das zweite Kraftpaket geschnürt. Der Herr Landeshauptmann in enger Abstimmung beispielsweise mit den Sozialpartnern, die hier wirklich über viele Maßnahmen nachdenken, dass wir mittelfristig die Konjunktur beleben.

Tatsache ist aber auch, dass 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von dieser Krise hart getroffen wurden. 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen mit Lohneinbußen. Sie haben weniger Geld zur Verfügung wie noch vor einigen Wochen. 571.000 befinden sich in Arbeitslosigkeit und 1,25 Millionen Menschen befinden sich im Moment in Kurzarbeit. Die Einkommensverluste sind durchaus dramatisch.

Es gibt eine Statistik, die vor Kurzem veröffentlicht wurde, da sieht man beispielsweise, dass der österreichische Durchschnitt - Familieneinkommen gerechnet - von 691 pro Monat angenommen wird. Das Burgenland kommt etwas besser davon, hier gibt es ein Minus von 398, also rund 400 Euro weniger an Einnahmen als noch vor einigen Wochen. Das sind dramatische Zahlen.

Aber auch die Einzelpersonenunternehmen und die kleinen Unternehmen haben große Existenzängste. Ihre Einkommen sind von einem Tag auf den anderen zum Teil weggebrochen und auch große Unternehmen leiden, weil sie nicht wissen, wie sich diese Krise international auswirken wird und ob sie in den Export weiter investieren können oder ob es auch hier Probleme geben wird. Also auch die Realwirtschaft leidet massiv unter dieser Krise.

Der Wirtschaftsmotor, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht aber im Moment die Kaufkraft. Genau das ist jetzt notwendig, dass hier der Konsum gesteigert wird. Daher ist unser Wunsch nach fairen Löhnen, nach ordentlichen Gehältern so wichtig. Nicht nur für die Einzelperson, sondern auch volkswirtschaftlich unheimlich wichtig.

Also nicht weniger, sondern mehr Einkommen benötigen kleine und mittlere Verdiener, damit sie den Konsum ankurbeln und volkswirtschaftlich wieder zum Aufschwung beitragen können.

Also ich appelliere auch dafür, dass wir eine Steuerentlastung ins Auge fassen. Nicht jetzt sofort, es ist klar, dass jetzt das Geld dazu fehlt. Ich bin kein Sozialromantiker, ich bin Realpolitiker und ich glaube, dass eine Steuerreform mittelfristig notwendig ist, um die Wirtschaft anzukurbeln, aber im Moment nicht leistbar ist.

Ich sage das auch deswegen, weil die Besteuerung auf den Faktor Arbeit eine wahnsinnig hohe ist in Österreich. Wir sind an fünfter Stelle im europäischen Vergleich. Menschen, die hart und fleißig arbeiten, werden viel zu viel besteuert in Österreich. Hier muss man nachschärfen. Da brauchen die Menschen mehr Netto vom Brutto, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wer soll also die Rechnung dieser Krise begleichen? Die Sozialdemokratie hat hier einen klaren Vorschlag: Nämlich jene, die sich das wirklich leisten können. Die Superreichen, die Konzerne, die Millionäre in Österreich, die sollen einen ordentlichen Beitrag leisten.

Da gibt es im internationalen Vergleich noch viel Potential. Ich habe Ihnen hier auch eine Grafik mitgenommen. *(Abg. Robert Hergovich zeigt die Grafik.)* Wenn man sich hier einige Länder gut ansieht, dann wird man feststellen, dass durchaus kapitalistische Länder wie Großbritannien oder die USA doch von ihren Superreichen und Millionären einiges abverlangen. Großbritannien führt diese Liste an und verlangt hier 12,5 Prozent der Steuereinnahmen von den Superreichen.

Gefolgt, man wird es kaum glauben, von den USA, die immerhin 10,4 Prozent von ihren Reichen abverlangen. Meiner Meinung nach noch immer viel zu wenig, aber immerhin.

Der Durchschnitt verlangt von den Superreichen und von den Millionären 5,6 Prozent. Wissen Sie, was Österreich von den Superreichen verlangt? Sie werden sich wundern. 1,3 Prozent! Wir sind am Ende der Fahnenstange, wir sind Drittletzter bei der Tatsache, dass die Reichen, die Superreichen, die Konzerne, auch einen ordentlichen Beitrag leisten.

Also hier ist noch viel Luft nach oben. Während der Faktor Arbeit deutlich zu hoch besteuert ist, kommen Millionäre und Konzerne sehr gut davon. Hier können wir ordentlich nachschärfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und dann gibt es Firmen wie beispielsweise Amazon. Amazon gab vor wenigen Tagen bekannt, dass sie innerhalb von zehn Tagen zehn Milliarden Dollar gescheffelt haben. In zehn Tagen zehn Milliarden Dollar!

Der Umsatz in Österreich wird auf 1,2 Milliarden geschätzt. Wissen Sie, was Amazon auch an Steuern in Österreich beiträgt? Weniger wie ein Kaffeehausbesitzer in der Fußgängerzone in Eisenstadt.

Das ist unfair, das ist ungerecht! Hier muss man endlich die Superreichen, die Konzerne zur Kassa bitten. Die müssen einen ordentlichen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise leisten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben übrigens eine Marke übersprungen, nämlich 150.000. 150.000 Millionäre gibt es in Österreich. 150.000 Millionäre, eine unglaubliche Zahl, und ich glaube, wenn die etwas dazu beitragen würden, das würde die nicht ärmer, aber das System gerechter machen. Daher ist es wichtig, dass die einen Beitrag leisten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Einer davon ist der ehemalige KTM-Boss, der Herr Pierer. Keine Angst, jetzt kommt nicht, dass er Sponsor der ÖVP ist, das hat jetzt nichts damit zu tun, das ist heute nicht Thema. Aber ich möchte auf eine andere, durchaus moralische Komponente hinweisen.

Denn der Herr KTM muss man wissen, hat einen Betriebsgewinn zu verzeichnen. Einen Betriebsgewinn, ich spreche nicht vom Umsatz oder sonst was, ich spreche vom Gewinn von 131,7 Millionen Euro. Ein Gewinn!

Gleichzeitig werden 3.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt und die öffentliche Hand bezahlt. Und wissen Sie, was dann noch meiner Meinung nach sehr unmoralisch wirkt?

Wenn dieser Herr noch hergeht und sagt, so, wir werden jetzt noch ordentlich Dividenden ausschütten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was tut der ORF und die ÖBB?)* Ordentlich Dividenden ausschütten von 6,8 Millionen Euro an die Aktionäre, zufälligerweise ist dieser Mann auch Hauptaktionär und vier Millionen dieser 6,8 Millionen hätte er kassiert.

Der Druck, der öffentliche Druck, war so groß, dass er es sich dann doch nicht getraut hat. Das zeigt, man muss schon dranbleiben, aber das zeigt auch, wo die Moral endet. Daher muss der Gesetzgeber eingreifen und hier die Millionäre, die Konzerne und die Internetriesen ordentlich einmal zur Kassa bitten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, warum das so wichtig ist? Weil wenn die nicht zur Kasse gebeten werden, dann frage ich Sie, wer soll denn das dann zahlen? Ich befürchte, es sind dann nämlich die Falschen, die schon jetzt ordentlich belastet sind.

Es sind die kleinen und mittleren Einkommen. Es sind die, die wir jetzt als Helden der Krise feiern. Die Pflegerin, der LKW-Chauffeur, die Verkäuferin, die Krankenschwester, die Reinigungskräfte und Co. Die werden dann zur Kassa gebeten, und das lehnen wir ab!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Standpunkt der Sozialdemokratie ist hier glasklar. Wir wollen keine Steuererhöhungen, beispielsweise eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder höhere Steuerbelastungen auf Weihnachts- oder Urlaubsgeld. Wir wollen, dass die Superreichen einen ordentlichen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise leisten, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ)*

Daher schlagen wir eine Millionärssteuer ab einer Million Euro progressiv steigend vor. Das würde elf Milliarden Euro pro Jahr generieren, an zusätzlichen Einnahmen.

Darüber hinaus schlagen wir eine Konzernbesteuerung vor, die diesen Namen auch verdient, und wir wollen vor allem die Profiteure der Krise einmal zur Kassa bitten - das sind die Online-Konzerne, die sollen auch einen ordentlichen Beitrag, wie alle anderen leisten, damit wir gut durch diese Krise kommen. Diese zusätzlichen Einnahmen sollen nicht nur für das Budget, sondern sie sollen vor allem in den Gesundheitsbereich, in die Spitäler, in unsere Pflegeeinrichtungen fließen und sie sollen in die Wirtschaft und in den Arbeitsmarkt fließen.

Das ist für die Gesellschaft wichtig, und das muss damit finanziert werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich heute nicht machen werde, ist ein Regierungs-Bashing über die eine oder über die andere Maßnahme, die gesetzt wurde. Da wird die Zeit wahrscheinlich noch kommen, wo wir das intensiver diskutieren, aber das möchte ich heute nicht tun.

Ich möchte aber eines schon tun, nämlich den Vergleich zwischen Österreich und Deutschland anstellen. Denn beide Länder ticken etwas unterschiedlich, aber im Wesen her sind wir gleich strukturiert.

Feststellbar ist aber, dass Deutschland viel besser durch die Krise geschifft wird als Österreich. Und am besten ablesbar ist das bei der Arbeitslosenquote. Während Österreich über fast 13 Prozent Arbeitslosenquote verfügt, konkret von 12,8, schafft es Deutschland mit nur 5,8 Prozentpunkten.

Jetzt fragt man sich natürlich, ja, warum ist das so? Warum gibt es in Österreich eine Explosion der Arbeitslosigkeit und Deutschland kommt da noch ganz gut davon? Weil Deutschland ihre Bevölkerung mit Zuversicht und Hoffnung durch diese Krise schifft, während in Österreich auf Angst und Panik gesetzt wurde, das Herunterfahren, das Angstmachen und natürlich auch mit Soforthilfen hat das etwas zu tun.

Auch hier möchte ich nur einige Zahlen nennen. Während man in Österreich so großzügig bis zu - hat eh kaum jemand bekommen - aber bis zu 6.000 Euro den Unternehmungen versprochen hat, ist Deutschland mit 15.000 Euro vorgeprescht und hat für Ruhe und Stabilität in der Wirtschaft gesorgt.

Die Stimmung in der Wirtschaft ist ganz, ganz wesentlich. Und die hat Deutschland ganz anders vollzogen wie Österreich. Aber auch fünfmal mehr für kleine Unternehmen hat Deutschland ausbezahlt als Österreich. Die großen Unternehmen wurden mit doppelt so viel Geld gefördert als wie bei uns.

Also hier sieht man, dass das alles auch anders gegangen wäre und dieser Arbeitsmarkt so nicht belastet hätte werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme schon zum Abschluss. Was Österreich braucht, ist eine Politik der Zuversicht und der Hoffnung. Wir brauchen keine Politik der Angst- und Panikmache. Sondern ich lege auf das ganz stark wert und das Burgenland geht hier auch einen anderen Weg, wir wollen diese Hoffnung und diese Zuversicht auch verbreiten.

Ich möchte mich ausschließlich aufrichtig bedanken, bei allen, die helfen, dass wir so gut durch die Krise kommen. Mein Dank gilt auch bei allen, die diese Zuversicht und diese Hoffnung ausstrahlen, vor allem in der Politik. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig zum Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Ein Thema, das wahrlich aktuell ist, da gebe ich den Antragstellern schon recht.

Die Frage, wer die Krise bezahlt, ist natürlich eine, die uns noch auf Jahre hinaus verfolgen wird. Kurzfristig kann ich da gleich zu Beginn beantworten, die Krise wird durch eine Monetarisierung der Staatsschule bezahlt.

Die Europäische Zentralbank wird, wie sie schon 2008 fortfolgende gemacht hat, Staatsanleihen kaufen, auch Unternehmensanleihen kaufen. Teilweise geht sogar die Idee schon um, dass sie überhaupt Aktien kauft und damit also entsprechend -

monetarisieren nennt man das -, das heißt, über die Notenbank, die ja bekanntlich die Notenpresse im Keller hat, selbst zu verwalten.

Ob das einen Sinn macht oder nicht, welche langfristigen Folgen das hat oder nicht, das wird man sehen. Gar so viel Optimismus ist da natürlich nicht angebracht.

Entweder geht dieses ganze geschöpfte Geld irgendwo in den Kreislauf, das würde dann sehr starke inflationäre Wirkung bedeuten. Oder es kommt nicht in den Kreislauf, wie man es in den Jahren nach 2008 und 2009 gesehen hat, das würde eine deflationäre Entwicklung bedeuten. Beides ist nicht unbedingt das, was wir haben wollen.

Ich glaube, es braucht sich keiner darüber Gedanken machen, dass hier irgendwelche steuerlichen Maßnahmen gesetzt werden, um hier die eine oder andere Milliarde, ohne das jetzt abwertend zu meinen, aufzubringen, denn das wird zur Bewältigung der Krise, allein wenn man sich da diesen Schirm von - ich glaube - 38 Milliarden Euro vorstellt, das wird durch Steuermehreinnahmen nie und nimmer zu decken sein. Also das ist völlig absurd.

Nichtsdestotrotz gibt es immer wieder den Ruf, gewisse steuerliche Maßnahmen durchzusetzen. Das mag teilweise begründet sein, das mag teilweise auch unbegründet sein. Ich habe gesehen, Ihr habt sowieso einen neuen Entschließungsantrag zum Thema Konzernsteuern eingebracht. Was immer man auch darunter versteht, Konzerne sind ja besteuert, es gibt natürlich Staatsverträge, Doppelbesteuerungsabkommen, die das genauer regeln, welchem Staat diese Besteuerungshoheit zufällt.

Über das werden wir aber, glaube ich, zu dem Thema debattieren, aber nicht heute im Rahmen dieser Aktuellen Stunde. Es wurde jetzt auch viel vom Robert Hergovich besprochen, dass es immer wieder die Idee gibt, höhere Vermögen zu besteuern. Das ist natürlich ein sehr breites Feld, ich glaube, darüber haben wir uns schon in diesem Haus oftmals ausgetauscht und das geht wahrscheinlich auch viele Jahrzehnte schon zurück.

Arithmetisch ist das, was hier gesagt wurde, alles richtig, das ist nicht so schwer, wenn es so und so viel Vermögen gibt. Das Nettovermögen in Österreich wird 2019 mit rund 1.137 Milliarden Euro angegeben. Wenn man da jetzt rechnet, ein Prozent davon, oder ein halbes Prozent davon, oder was man auch immer hier rechnen möchte, dann könnte man natürlich sagen, na ja, so viel hätte dann der Staat an Einkommen.

Die Frage ist nur, ob das einfach so zu realisieren ist und die Frage ist nur, wie realistisch ist es, sowohl in wirtschaftspolitischer, aber auch in rechtlicher Hinsicht, von der moralischen Hinsicht möchte ich da einmal gar nicht weiter ausschweifen.

Es hat in Österreich schon eine Vermögenssteuer gegeben, und zwar bis 1993, die wurde von einem gewissen Dr. Ferdinand Lacina abgeschafft, damals SPÖ-Finanzminister. Der hat das natürlich vollkommen richtigerweise getan.

Ich würde als Erstes einmal anregen, ich glaube, der Herr Lacina weilt ja noch unter den Lebenden, wenn ich da richtig informiert bin, zweifellos ein wirtschaftspolitischer Kapazunder, dass man bei dem vielleicht einmal Rücksprache hält, warum er das damals abgeschafft hat und was sich seiner Meinung nach zum heutigen Tag verändert hat, dass heute diese Steuer wieder eingeführt werden soll.

Das würde mich einmal grundsätzlich interessieren. Die Vermögenssteuer 1993 hat ein Aufkommen von ungefähr 500 bis 600 Millionen Euro gebracht, das zu 80 Prozent von den Betrieben bezahlt worden ist. Da hört man immer wieder, Betriebe will man eigentlich ausnehmen, weil Eigenkapital zu besteuern, das ist irgendwie nicht so vorteilhaft. Das

würde dann entsprechend auch die Bemessungsgrundlage erodieren, also da jetzt mit elf Milliarden oder so zu rechnen, ist schon einigermaßen problematisch.

Zum Zweiten. Es gibt auch heute noch eine Vermögenssteuer. Es gibt sogar mehrere, aber eine, die ganz wichtig ist, ist die sogenannte Grundsteuer. Sie kennen das, wir haben viele Damen und Herren Bürgermeister, oder solche, die es einmal waren unter uns, die Grundsteuer ist ein maßgebliches Instrument der Gemeinden. Ist zwar Bundesgesetz, die aber von den Gemeinden eingehoben wird, rund 800 bis 850 Millionen Euro. Mit einer relativ komplizierten Berechnungsformel.

Da gibt es auch bestimmte Befreiungen, über die könnten wir sprechen, also ich glaube, dass sie bei uns offene Türen einrennen werden, wenn man sich darüber überlegt, ob wirklich - weiß ich nicht - kirchliche Weingüter, die sogar Erich Scheiblhofer erblassen lassen, in Klosterneuburg, oder wo, warum die von der Grundsteuer befreit sein sollen. Darüber kann man sicherlich reden; wird aber nicht die Milliarden Euro ausmachen.

Bei der Grundsteuer haben wir nur ein Problem. Und das ist auch der Unterschied zu der Tabelle, die Du vorher gezeigt hast, diese ganzen Staaten, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, die da ganz vorne drauf sind, die heben diese Steuern nahezu ausschließlich über die Grundsteuer ein.

Das heißt, man müsste die Grundsteuer dramatisch erhöhen. Das kann man über den Steuertarif tun, einfach eine Gesetzesänderung, oder man kann es über die Bemessungsgrundlage tun. Das ist bekanntlich der Einheitswert, ein Wert, der vom Verfassungsgerichtshof immer wieder scheel angeschaut wird, weil er sich natürlich sukzessive vom wahren Verkehrswert entfernt.

Das heißt, wir setzen einen bestimmten Steuersatz auf, auf eine Bemessungsgrundlage, die, glaube ich, der Wert von 1974 momentan oder Anfang der 80er Jahre enthält, aber nicht den Wert des Jahres 2020, und daher haben wir natürlich ein viel niedrigeres Steueraufkommen.

Das heißt, man kann natürlich relativ einfach hergehen und hier den Verkehrswert hernehmen, wie es zum Beispiel für die Grunderwerbssteuer neuerdings gemacht wird. Das würde tatsächlich einige Milliarden, in dem Fall in die Gemeindekassen spielen. Aber was bedeutet das auf der anderen Seite?

Ich bin mir nicht sicher, ob Grundstückseigentümer, insbesondere solche, die da vielleicht Wohnungen drauf haben und diese Wohnungen dann vermieten, der größte Vermieter ist, glaube ich, die Gemeinde Wien, wenn ich mich da richtig informiert habe. Dass die das natürlich weitergeben werden, und dass sie das natürlich in die Mietpreise hineinkalkulieren werden und damit das zu einem Durchläufer machen. Und damit die ohnehin hohen Mieten, auch da stimmen wir, glaube ich, überein, weiterhin einen Impuls nach oben bekommen.

Das heißt, dass der Steuerdestinatar, also derjenige, der die Steuer tatsächlich tragen soll, natürlich der vollkommen falsche ist. Insofern bin ich bei der Erhöhung von der Grundsteuer, abgesehen von irgendwelchen Befreiungsbestimmungen, sehr skeptisch.

Erwähnt werden sollte an dieser Stelle, glaube ich, auch noch, dass ungefähr 80 Prozent des Vermögens, das überhaupt besteuert werden kann, in Form von Liegenschaftsvermögen vorliegt, und das ist über die Form der Grundsteuer schon besteuert. Das heißt, wir philosophieren hier über die restlichen 20 Prozent, wenn überhaupt.

Es gibt nämlich auch andere Steuern. Zum Beispiel die Stabilitätsabgabe für die Banken. Die nicht einmal eine Vermögenssteuer ist, sogar darüber hinausgeht, weil da geht es nämlich über die Bilanzsumme, und in der Bilanzsumme, wie man weiß, auf der Passivseite hat man ja nicht nur das Eigenkapital, sondern auch Fremdkapital, bei den Banken wesentlich mehr als Eigenkapital, wie man seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 weiß. All das wird bereits heute einer Besteuerung unterworfen, wirft pro Jahr ungefähr 600 Millionen Euro ab.

Da gibt es noch weitere Abgaben für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, für Stiftungseingänge und so weiter und so fort.

Wenn man hier also etwas ändern will, dann muss man sich grundsätzlich einmal überlegen, welche Steuerstruktur möchte man haben. Du hast vollkommen recht, dass die Steuern auf Arbeit in Österreich sehr hoch sind, das ist aber die Folge davon, dass wir einen sehr ausgebauten Sozialstaat haben, ein Phänomen, das man zum Beispiel auch in skandinavischen Ländern sieht.

Die Frage ist, wenn man da wirklich etwas daran ändern will, gibt es sozusagen einen negativen Ansatz. Das heißt, ich nehme denen, die jetzt etwas haben, etwas weg. Wir haben jetzt darüber gesprochen, dass das nicht so einfach sein wird.

Oder einen positiven Ansatz, und das ist jetzt ein Zitat von einem - ja, hat mir gefallen aus der Literatur - „Wer Vermögen gleicher verteilen will, muss Vermögensbildung zulassen."

Das heißt, wir werden eben schauen müssen, dass man Vermögen eben nicht besteuert, dass man insbesondere mit der Steuerlast runterkommt. Das hast Du ja auch erwähnt, und da bin ich vollkommen Deiner Meinung, und damit eben ermöglichen, dass die Menschen dieses Landes, der Mieter, dass wir hier sind, warum zum Beispiel in südeuropäischen Ländern pro Haushalt eine wesentlich höheres Vermögen hat als ein österreichischer Haushalt, weil die einfach vielmehr Eigentumswohnungen haben und auf eigenem Grund und Boden leben, dass wir das einfach ermöglichen, dass wir das fördern und dass wir da entsprechend unsere Impulse setzen.

Das ist, glaube ich, der richtige Schritt und würde uns auch in der entsprechenden Statistik nach vorne katapultieren. Noch gar nicht gesprochen ist dann von einem Bereich der Vermögen, die da immer ein bisschen unter den Teppich gekehrt werden und zwar das Pensionskapital.

Der zweitgrößte Teil nach den Liegenschaftsvermögen ist das Pensionskapital. Jeder, das ist nun die Frage, ob man nur Privates oder ob man das auch von der öffentlichen Hand heranzieht, jeder, der das Medianeinkommen in Österreich verdient, das ist - glaube ich - ungefähr 1.800 netto, wenn ich da richtig im Bilde bin, hat zu seinem Pensionsantritt ein kalkulatorisches Pensionsvermögen von 330.000 Euro auf einem wie auch immer berechnetem Konto. Die Frage, soll man das auch versteuern oder nicht? Das wirft etliche Fragen auf.

Faktum ist, der Sozialstaat bewirkt eine hohe Besteuerung der Einkünfte - bei den Privatpersonen insbesondere natürlich. Und der Sozialstaat bewirkt aus diesem Grund weniger Vermögensbildung. Man darf ja nicht vergessen, dass mit diesen Abgaben von den Vermögen, die Du da zitiert hast, zum Beispiel aus angelsächsischen Ländern, dort natürlich vieles bezahlt wird - aus dem privaten Bereich, Gesundheit, kommunale Dienstleistungen und so weiter, die ja alle von den Bürgern selbst zu tragen sind und eben nicht über Umlageverfahren finanziert werden.

Wenn man diese Pensionsanwartschaften hineinrechnet, dann ist statistisches Maß für die Ungleichverteilung des Vermögens, der sogenannte Gini-Koeffizient, übrigens bei 0,4 und damit sehr niedrig, und damit liegt Österreich im Vergleich - nicht nur in der EU, sondern in der OECD - sehr gut.

Also in diesem Sinne glaube ich, dass man hier sehr vorsichtig sein soll mit der Forderung nach Vermögenssteuern. Vielleicht noch ein letzter Punkt. Nachdem ich ja bekanntlich im Zivilberuf Finanzbeamter bin, ein allfälliges Gesetz muss ja auch jemand umsetzen, also meine Kolleginnen, Kollegen und ich, das ist natürlich nicht so einfach. Weil hier hüllt man sich dann immer in einem gewissen Schweigen, wie das dann umgesetzt werden soll.

Das Einzige, was ich gefunden habe, war so ein Elaborat - jetzt ist der Landeshauptmann eh draußen - von einem gewissen Christian Kern, damals als Bundeskanzler, „Plan A“ hat dieses Elaborat geheißen, der hat damals gesagt, na ja, machen wir ein Selbstbemessungs … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war das? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) „Plan A“ - kannst Dich nicht mehr erinnern? 2016, 2017. Wir haben auf jeden Fall darüber debattiert - ja egal.

Auf jeden Fall, dort steht, na ja, machen wir eine Selbstbemessungsabgabe draus. Selbstbemessungsabgabe bedeutet, dass das Steuersubjekt, also sprich, derjenige, der das Vermögen hat oder auch nicht hat, selbst erklären muss, ja, ich bin im Besitz eines Vermögens von über einer Million Euro.

Da steht natürlich Etliches ohne Bewertungen dahinter. Was ist die Briefmarkensammlung wert? Was ist der Oldtimer wert? Was ist beim Haus, beim Grundstück, wird es wahrscheinlich noch irgendwie möglich sein, aber man kann sich schon vorstellen, dass das ein sehr breites Feld mit einer sehr großen Bandbreite auftut.

Wenn dann die Finanzbeamten kommen und sagen, na ja, eigentlich liegst du nicht bei 900.000 Euro, sondern bei 1,1 Millionen Euro, und du hast eine Erklärung zur Vermögenssteuer verabsäumt, dann bedeutet das, dass man seine Pflicht zur Offenlegung von abgabenrelevanten Sachverhalten nicht nachkommt und das bedeutet ein Finanzstrafverfahren.

Also ich bin mir nicht sicher, ob man da jetzt Leute, die einem üblicherweise da ein bisschen an der Kippe auch von dieser Million Euro wie auch immer berechnet sein werden, ob man diese jetzt alle in Bausch und Bogen kriminalisieren will. Also ich glaube, das ist eine sehr gefährliche Folge und man sollte sich zumindest - und das habe ich auch von der Regierungsbank aus schon einmal gesagt - Gedanken machen oder mir oder dem Plenum oder wem auch immer einmal vorlegen, veröffentlichen, wie man sich die Einhebung dieser Vermögenssteuer vorstellt, den gut gemeint und gut gemacht ist ja bekanntlich nicht immer dasselbe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bevor mir die Zeit ausgeht, vielleicht noch ein weiterer Punkt, bei dem ich da ein bisschen näher an der Forderung dran bin, das ist das Thema der Besteuerung von unentgeltlichen Vermögensübertragungen, Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Es stimmt natürlich, dass es hier keine Doppelbesteuerung gibt. Das ist eine Aussage, die oft getroffen wird. Das ist inhaltlich natürlich ein Nonsens, denn es wird natürlich der Erbe und nicht der Erblasser besteuert, was insofern derjenige, der ein Vermögen übertragen bekommt, zu tragen hat. Moralisch kann man darüber debattieren.

Aus unserer Sicht ist das nicht geboten, aber es gibt natürlich wirtschaftspolitische Aspekte, die hier dafür sprechen könnten, denn es ist ja nicht nur die Erbschaft besteuert, sondern auch eine Schenkung, also auch eine unentgeltliche Vermögensübertragung.

Man könnte sich jetzt beispielsweise überlegen, aber ja, was ist, wenn der Installateur mir eine Leistung schenkt von 5.000 Euro und in drei Monaten schenke ich ihm dafür ein Sparbuch um 5.000 Euro. Das heißt, wir beide oder er würde sich die Umsatzsteuer ersparen, die er mir natürlich dann nicht weiterverrechnet. Er würde sich die Anmeldung bei der Einkommenssteuer ersparen und so weiter. Also da gibt es ein gewisses Missbrauchspotential, das man mit einer ordentlich ausgestalteten Schenkungssteuer schon bedienen könnte.

Da gebe ich nur eines zu bedenken. Bis zum 1. August 2008 hat es auch eine Erbschaftssteuer in Österreich gegeben. Die wurde vom Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben und nachdem da immer wieder gefordert wird, ich glaube, 25 Prozent ist der Satz, mit dem die SPÖ da rechnet, wenn man sich das von damals anschaut, es hat damals nach dem Parentelsystem eine Steuer, eine unterschiedliche Steuer gegeben, wie nahe sich der Schenkenden und der Beschenkte stehen. Also, wenn das Vater und Kinder sind oder wenn das nur irgendwelche Fremden sind.

In der Höhe, von der wir da sprechen, hat damals der Steuersatz zwischen 15 und 60 Prozent betragen. Unter Freunden war der Steuersatz damals 60 Prozent in dieser Höhe, bei einem Freibetrag von 400 Euro.

Ihr sprecht, glaube ich, von einem Freibetrag von 1 Million Euro. Obwohl dieser Freibeitrag niedriger war und der Durchschnittssteuersatz zwischen 15 und 60 Prozent, sagen wir einmal eine Durchschnittssteuersatz von 20 oder ungefähr 25 Prozent zu tragen gekommen ist, ist das Aufkommen dieser Erbschaftssteuer in den letzten Jahren in etwa eingehoben worden zwischen 130 und 150 Millionen Euro gelegen.

Wie gesagt, man kann mit mir ohne weiteres darüber debattieren. Wirtschaftspolitisch gibt es Argumente dafür, aber hier mit irgendwelchen Milliarden zu jonglieren, 11 Milliarden oder 3 Milliarden oder was auch immer, ist, glaube ich, fehl am Platz, weil es nämlich Hoffnungen regt, weil es Ideen anregt, die sind im Gedanken schon fünfmal ausgegeben worden, so hoch kann der Betrag gar nicht sein, den man dadurch einhebt, auch wenn man alles verstaatlichen würde.

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Abgeordneter, Ihren Schlusssatz, bitte.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ) *(fortsetzend)*: Ich glaube, dass wir auf diesem Wege nicht weiterkomme und hoffe, dass wir in der weiteren Debatte, es gibt ja noch weitere Anträge dazu, vielleicht auf diese Argumente auch eingehen können. Dankeschön *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes ist der Herr Klubobmann Markus Ulram gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geschätzte Präsidentin! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in einer schweren Krise! Die ist noch lange nicht vorbei und die Nachwirkungen werden wir auch dementsprechend lange noch sehen und erkennen können.

In einzelnen Teilbereichen, egal in welchen Wirtschaftsbereichen, egal in welchen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbereichen, egal in welchen Wirtschaftsbereichen, Gemeindebereichen, Landesbereich, es gibt dort und da große Probleme, vor allem finanzieller Natur.

Wo ich aber zum Redebeitrag des Kollegen Hergovich schon dazu sagen darf, wenn man schwarz malt und sagt, ja, in Österreich passt das nicht oder das nicht. Gerade die Bundesregierung war es, die sehr frühzeitig diese Maßnahmen getroffen hat. Wir waren eines der ersten Länder, wo wir klar erkannt haben, dass es auch die richtigen Maßnahmen waren, wo wir das erste Land wieder sind, das wieder aufsperrt beziehungsweise Maßnahmen zurücknimmt und Lockerungen macht.

Wir werden auch das erste Land sein, das wieder den ersten Schritt gewaltig nach vorne setzt. Ich bin überzeugt davon, dass diese Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gesetzt hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man sich es umgekehrt anschaut, was alles auf Bundesebene passiert, manche warten immer auf Vorgaben des Bundes, wenn es um Personalentscheidungen geht, da ist die Hoheitsverwaltung schon im Land, dann entscheiden wir heute, wir haben so einen Punkt ohnehin noch. Dann werden wir noch ein bisschen die Machtverschiebungen darstellen, denn auf der anderen Seite warten wir, wenn es um Schutzmasken geht, na, der Bund hat noch nichts gesagt, wissen wir nicht, sollen wir 1.000 bestellen, 5.000, 10.000, wie auch immer.

Wie vorher heute schon in der Fragestunde erwähnt, müssen wieder die Gemeinden als Krisenmanager herhalten, weil mit 35 Stück Einwegschutzmasken kommen wir zwei Tage aus und dann haben wir zusammengeräumt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich das heute richtig verstanden habe, ist es trotz aller Medienberichterstattung, wo man gut ist, das machen wir wirklich gut, die Schlagzeilen zu produzieren dazu, das hat man gut in Griff. *(Der Abgeordnete hält eine Tageszeitung in die Höhe)*

Aber, die Taten folgen nicht dazu. Das heißt, die Lehrerinnen und Lehrer müssen eigentlich am Ende des Tages schauen, wo sie ihre Schutzausrüstung bekommen, weil das Land sie de facto in dieser ausreichenden Menge nicht zur Verfügung stellt. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist Deine Ansicht.)*

Da sieht man eigentlich, wie das Krisenmanagement im Land aufgestellt ist. Ja, es war wahrscheinlich eine gute Entscheidung und die richtige Entscheidung, mit einem 30 Millionen Euro-Paket Anreize zu schaffen, Unterstützungen, Sofort-Unterstützungen zu schaffen. Aber, in vielen anderen Bereichen hat man sich auf andere Dinge konzentriert.

Ob das die Personaldiskussion um die Bundesvorsitzende Rendi-Wagner war, wo heute der Herr Landeshauptmann gar nichts mehr dazu sagt, ob das jetzt gut ist oder nicht gut ist, ob sie jetzt wieder da ist oder bleibt, ob das die Schutzausrüstungen in den landesnahen oder im eigenen Bereichen ist, oder ob das eine Seeverordnung ist, wo man sich schon anschauen muss, ob das nicht rund um die Seegemeinden und für unser Heimatland Burgenland nachhaltig sogar vielleicht einen Schaden verursacht hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben in dieser Krise auch sehr deutlich zugearbeitet, wo wir viele Vorschläge eingebracht haben. Ob es die Vollversorgung mit Schutzmasken ist, ob es die Prämie in den Gesundheitsbereichen ist, wo immer darüber gesprochen wird, wie viel sie leisten. Ob das die Testkapazitäten sind, die Erhöhungen, wo auf Zuruf dort und da einmal etwas passiert, oder bei den Tagsatzvereinbarungen, wo der Stadtrat Hacker vorgezeigt hat, wie das funktioniert.

Wenn ich heute KV-Verhandlungen positiv abschließe, wo die Menschen, die in diesen Berufen tätig sind, mehr an Geld, mehr an Gehalt bekommen, dann muss ich aber

auch die Tagsatzvereinbarungen nachziehen. Da hat man bis dato vom Land noch nichts gehört. Da lässt man auch die Trägerorganisationen, die in dieser Krise so wichtig sind, eigentlich im Regen stehen, denn die wissen nicht, wie sie nächstens Jahr diesen Unterschied auch finanzieren können.

Ob es die Schutzmaßnahmen bei der Heimhilfen sind, Pflegekräfte, die Organisation, danke Herr Landesrat Illedits, dass sie auch unseren Vorschlag aufgenommen haben, dass wir auch in diesen Pflegebereich, bei der 24-Stunden-Betreuung, auch dementsprechend nachhelfen können.

Die AK-Beihilfe in anderen Bundesländern hat wunderbar funktioniert. Wir reden nur von Direktoren, die eine Menge Geld verdienen. Da hört man nichts von einem Beitrag, das ist irgendwo leistbar, oder wie auch immer, sondern da wird sich in Schweigen gehüllt und da hätte man genauso das Vorarlberger Modell hernehmen und die Heimarbeit das Homeoffice unterstützen können, wie auch in anderen Bundesländern.

Das passiert - oder eben im Pflichtschulbereich, das ist heute schon in der Fragestunde angesprochen worden. Der große Bereich der Unterstützung der Gemeinden ist ebenfalls irgendwo gar nicht angesprochen worden, denn da hat man sich in Schweigen gehüllt und es wird immer so getan, wenn heute von SPÖ-Klubchef gesagt wird, Schwarzer Peter spielen, wer schiebt wen was zu, dann ist es ja nicht richtig, dass das Land dazu keinen Beitrag leisten kann.

Gerade bei den Gemeinden kann das Land einen großen Beitrag leisten, ob es darum geht, eine Deckelung der Abgaben einzuführen, die automatisch bei den Ertragsanteilen abgezogen werden. Wenn ich nur meine Heimatgemeinde hernehme, ich habe das schon vorgerechnet, die Juni-Ertragsanteile mit den starren Abgaben des Landes, dann kriege ich nicht nur noch etwas raus von den Ertragsanteilen, sondern ich muss dem Land noch ein Geld hintragen.

Wie soll dann eine Gemeinde, die größter Investor der Region ist, weiter wirtschaften können, wenn das Land mit denselben Abzügen, für die Krankenhäuser, werden wir auch noch zum Thema kommen, Krankenhaus Nord, ein Wirtschaftsbeispiel der SPÖ-Politik in Wien, werden wir schauen, wie sich das dann nachher mit den Ausgaben bei Oberwart noch weiter verfolgen lässt, denn jetzt sind wir ohnehin schon bei 300 Millionen Euro an Ausgaben.

Ex-Landesrat Darabos hat gesagt, dass die 160 Millionen Euro an Ausgaben in Stein gemeißelt sind. . Diese Steine finden wir heute nicht mehr und viele andere Möglichkeiten bis hin zur Sporthilfe, bis hin zu Homeoffice Förderung, Vermarktungsplattform-Förderung und so weiter Da waren es auch die Privaten, die eben Initiative ergriffen und gesagt haben, ja, wir müssen einen Schritt nach vorne machen in dieser Krise. Wie können wir das machen?

Wenn Sie heute von einer Besteuerung der Superreichen reden, so machen Sie das wieder sehr populistisch. Gerade das hat in dieser Krisenzeit keinen Platz. *(Abg. Robert Hergovich: Wer soll das bezahlen?)*

Sie gehen her und sagen, die Superreichen gehören besteuert. Eine Million Euro ist die Wertgrenze. *(Abg. Robert Hergovich: Wer zahlt es?)* Sie sagen aber wieder nicht dazu, dass eigentlich der Verkehrswert gemeint ist, sie sagen wieder nicht dazu, dass hier in weiterer Folge auf Bundesebene, auch seitens der SPÖ, von Erbschaftssteuern gesprochen wird und somit wieder ein „Häuslbauersteuer“ - wie früher - eingeführt wird, dass eine Bauernsteuer eingeführt wird und am Ende des Tages eine Pensionistensteuer eingeführt wird.

Warum werden diese Steuern über die Hintertür eingeführt, wo man ganz einfach sagt, ja, der „Häuslbauer“ soll noch mehr besteuert werden, am Ende des Tages, denn er hat ohnehin schon einmal Lohnsteuer bezahlt, wenn er seinen Gehalt bekommen hat.

Er hat einmal schon Mehrwertsteuer bezahlt, wie er sein Haus gebaut hat und am Ende des Tages, weil er sich etwas geschaffen hat, muss er noch einmal was zahlen.

In der Landwirtschaft ist es das gleiche in grün, denn der Landwirt hat, wenn er seinen Grund bewirtschaftet, in einer gewissen Hektaranzahl, dann einen Verkehrswert. Ja, und der ist meistens nicht klein, aber von dem kann er ja nicht abbeißen. *(Abg. Robert Hergovich: Das glaubt doch keiner. Nicht einmal Deine eigenen Leute.)*

Das Gleiche passiert dann mit einer Erbschaftssteuer dazu, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Abg. Robert Hergovich: Ein bisschen mehr Ehrlichkeit würde gut tun!)* Das ist aber immer wieder die Polit-Position der SPÖ gewesen, dass man nicht entlastet, sondern ständig belastet. Das ist die Wahrheit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, was hinter Ihrer sozialdemokratischen Partei eigentlich dahinter steht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Den Beweis haben sie ja schon selbst angetreten, wo sie eigentlich, die Frau Rendi-Wagner vorgestellt hat, der Häuslbauer soll weiter zahlen, wir sind im Burgenland sehr klein strukturiert, wir sind der Land der Häuslbauer, darauf sind wir stolz.

Aber, die Frau Rendi-Wagner sagt, nein, nur auf Mieten soll Mehrwertsteuer eigentlich weggenommen werden und nur die in Wien in der 40 m² Wohnung sollen eine Entlastung haben. Da am Land ist das schon wieder egal.

Das ist der sozialdemokratische Ansatz, denn für die Bauern habt ihr ohnehin noch nie viel über gehabt, da habt ihr ohnehin immer nur hin „gedroschen“ im eigentlichen Sinne, bis hin zur Erbschaftssteuer, welche auch immer wieder in den Mund genommen wird.

Wir wollen eigentlich einen ganz anderen Weg gehen, nämlich, den Weg der Entlastung, dass diese hohe Abgabenquote eben weniger wird, dass wir diese Abgabenquote in Österreich senken können, dass wir Unternehmen entlasten können, ob es über die KÖSt oder über andere Maßnahmen ist, die gesetzt werden. *(Abg. Robert Hergovich: Wer zahlt es? Macht es doch! Macht es doch! – Abg. Wolfgang Sodl: Wer hält Euch davon ab? Wer?)*

Wir wollen, dass für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine 3.000 Euro steuerfreie Prämie im Jahr eingeführt wird. Wir haben als ÖVP mit dem Familienbonus auch schon *(Abg. Wolfgang Sodl: Macht es doch.)* den Beweis angetreten, wo wir für jedes Kind, das im Burgenland, in Österreich, lebt, dementsprechend ein Beitrag Monat für Monat oder einmal im Jahr über den Steuerausgleich erhalten wird. *(Abg. Robert Hergovich: Der Kurz soll es machen.)*

Das ist der Weg der Volkspartei, das ist Volkspolitik, das ist Sozialpolitik, so, wie wir uns das in Österreich vorstellen, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Robert Hergovich: Das glaubt er doch nicht selber.)*

Zur Wirtschaftskompetenz gibt es ja einige Beispiele, weil sie vorher Klubobmann angesprochen haben, mit dem Herrn Birer, wie böse der eigentlich ist. *(Abg. Robert Hergovich: Finden Sie das in Ordnung? Finden sie das in Ordnung?)*

Das ist übrigens keine richtige Information, weil es auch bei dieser Firma keine Ausschüttung der Dividende gibt, aber sei es drum, denn die Wirtschaftskompetenz der

SPÖ hat es in der letzten Jahren und Jahrzehnte auch dargestellt. *(Abg. Robert Hergovich: Meine Frage war, ob Sie das in Ordnung finden?)*

Abgesehen davon, dass sich noch manche Dinge durch Tal Silbersteins Negativ-Campaigning verstärkt haben, hat man eigentlich bei der BAWAG, beim Konsum oder bei der Bank Burgenland, wo wir im Burgenland eigentlich noch lange daran kiefeln werden, eigentlich viel Geld verbraten, das man jetzt in dieser Krisenzeit sehr gut hätte brauchen können.

Wie der Herr Stadtrat Hacker gesagt hat, über andere Vorschläge, diese Alleinregierung Burgenland ist nicht der Kronleuchter Österreichs und nicht einmal die eigenen Leute sind von ihren Vorschlägen überzeugt.

Ich glaube, da sollte man sich eigentlich darüber Gedanken machen, wie man damit weiter umgeht. Leider beschäftigt man sich auch in vielen anderen Bereichen und bei vielen anderen Dingen mit sich selbst.

Ob ältere Herrschaften wieder in Aufsichtsräten angestellt werden und die großen Experten wieder eingesetzt werden oder wie man heute liest, die Bestellung der KRAGES in der Geschäftsführung schon fixiert ist, mit dem Ex-Büroleiter des Herrn Landeshauptmannes, wieder im eigenen Bereich eine Personalentscheidung trifft und eigentlich die Ausschreibung schon anscheinend hingemünzt hat, da bin ich schon neugierig, was da herauskommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, man lest das ja heute auch schon in den Zeitungen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, denn wir als Volkspartei wollen einen klaren Weg der Krisenbewältigung gehen. Wir wollen die größtmöglichen Unterstützung unserer Unternehmerinnen und Unternehmer haben, wir wollen die Entlastung in weiterer Folge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wir wollen durch gewisse Anreize einfach den Schritt nach vorne machen und eigentlich nicht für jene, die in der Hängematte sitzen, noch Begünstigungen schaffen.

Das kann nicht der österreichische Weg sein. Wir wollen die Entlastung weiter vorantreiben. Wir setzen auf die Initiativen der Bundesregierung, sei es für die Gemeinden, sei es für die Arbeitnehmer, sei es für die Wirtschaft. Wir wollen nicht, so, wie einem derzeit im Burgenland oftmals das Gefühl gegeben wird, da reden wir gleich gar nicht mehr darüber, weil es hat noch keinen Satz dazu gegeben, wie man eigentlich Gemeinden unterstützen kann, wie man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diesbezüglich unterstützt.

Da wollen wir mit unseren Anträgen, die wir auch eingebracht haben, dementsprechend auch wissen, dass hier eine Unterstützung kommt, und dass auch die Alleinregierung hier im Burgenland nachdenkt, wie man diese Dinge vorantreiben kann, dass wir auch aus dieser Krise sehr gut hinaus kommen. Das muss unser aller Ziel sein.

In diesem Sinne arbeiten wir mit diesem ÖVP-Weg weiter für die Burgenländerinnen und Burgenländer, den wir bis jetzt eingeschlagen haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin! Die Aktuelle Stunde hat die Überschrift „Wer bezahlt die Krise?“. Nun, ich denke, es bezahlen schon alle oder fast alle in dieser Krise. Durch die notwendigen Einschränkungen in

unserem Alltag. Viele bezahlen durch gesunkene Einnahmen oder fehlendes Einkommen. Kinder bezahlen dadurch, dass sie nicht alle die gleichen Möglichkeiten des Lernens vorfinden. Es gibt hier viele Ungleichheiten. Also, es bezahlen schon recht viele in dieser Krise.

Jetzt geht es darum, die Wirtschaft wieder hoch zu fahren und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu setzen. Dazu braucht es Milliarden an Investitionen, Hilfen, Unterstützung und rasches Geld. Das ist aktuell an den Finanzmärkten für Österreich ja recht billig zu haben.

Ich stelle deswegen lieber die Frage, wie investieren wir uns aus dieser Krise heraus? Weil das ist die zukunftsorientierte Frage. Der Staat wird also, wie bereits gesagt, Kredite aufnehmen, um Unternehmen unter die Arme zu greifen, um Arbeitsplätze zu retten, um die Konjunktur zu beleben. Wir müssen uns aus der Krise heraus investieren. Über Investitionen in den Klimaschutz, in den öffentlichen Verkehr, in die Pflege, in soziale Dienste, in die Regionalisierung von Wirtschaftsstrukturen und von Produktion.

Dass die Corona-Krise und die Folgen eine der größten verteilungspolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit mit sich bringen wird, und das längst nicht nur in Österreich, sondern auch in ganz Europa, das steht außer Zweifel. Jetzt umfangreich mit dem Aufnehmen neuer Schulden zu investieren und die Konjunktur zu beleben, um Arbeitsplätze zu sichern und auch den kleinen Unternehmerinnen und Unternehmern aller Branchen beim neuen Durchstarten unter die Arme zu greifen, das ist jetzt einmal der erste Schritt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, das muss natürlich auch irgendwann einmal zurückgezahlt werden und hier möchte ich Vizekanzler Werner Kogler zitieren: „Spätestens ab dem Moment, wo die finanzielle Lasttragung eine Rolle spielen soll, werden Millionäre und Milliardäre ihren Corona Krisen-Beitrag leisten."

Das alles braucht auch seine Zeit. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück. Aber, welche Konjunkturspritze brauchen wir jetzt? In den nächsten Wochen geht es darum, konjunkturelle und beschäftigungspolitische Maßnahmen zu setzen, um so rasch wie möglich die Arbeitslosigkeit wieder zu senken.

Es braucht öffentliche Investitionen in Umwelt und Klimaschutz, in moderne Technologien, in den öffentlichen Verkehr, in die Regionalisierung, das ist für uns im Burgenland auch sehr wichtig, und in die Digitalisierung, in Gesundheit, Pflege und Bildung. Das sind alles wesentliche Investitionen, Investitionen in zukünftige neue, wichtige Branchen, aber auch in den Ausbau von, wie wir ja mittlerweile wissen, strukturrelevante Branchen, die hier mehr gestützt werden. Das heißt, hier sind in der Zukunft auch mehr Arbeitsplätze enthalten.

Es geht darum, jene Betriebe zu unterstützen, die Arbeitnehmerinnen in Beschäftigung halten und zurückholen, aber auch darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht darum, auch jetzt und sehr bald, Menschen mit sehr niedrigem Einkommen zu stärken. Das, glaube ich, darf nicht aufgeschoben werden. Das muss jetzt schon geschehen. Diesen Ansatz unterstützt auch ÖGB Präsident Katzian, wie wir ja unlängst auch erst in den Medien mitbekommen haben.

Wenn es dann an die Schuldenrückzahlung geht, muss dort angesetzt werden, wo einige wenige an einem riesigen Übermaß haben. Österreich hat tatsächlich eine außerordentlich hohe Vermögenskonzentration. Allein das oberste Prozent besitzt mehr als ein Viertel des gesamten Vermögens. Dass auch diejenigen, die sehr viel besitzen, einen Krisenbeitrag leisten müssen, das steht für uns GRÜNE auch außer Frage.

Deswegen werden wir auch hier in der Bundesregierung weiter in die Debatte gehen. Wie genau das dann ausgestaltet ist, ob das über eine Vermögensabgabe geht, über Erbschaftssteuern, Schenkungssteuern, das muss ausgehandelt werden. Wir wissen alle, es ist nicht so leicht. Wie gesagt, unter der SPÖ Kanzlerschaft wurde diese Vermögenssteuer abgeschafft. Jetzt ist, Gott sei Dank, die SPÖ wieder auf der Seite der Unterstützung in dieser Richtung.

Aber, wie sie selber auch ja mehrfach erwähnt haben, es ist nicht so leicht, das mit allen auszuhandeln. Deswegen dauert es seine Zeit und hat alles, so zu sagen, seine Reihenfolge.

Jetzt geht es einmal um die schnelle Rettung, um das schnelle Geld so zu sagen und in den nächsten Monaten muss weiter gesprochen werden und weiter ausgehandelt werden, wie hier die Vermögenden und die besonders stark Besitzenden, im Übermaß Vermögenden, auch zur Kasse gebeten werden.

Dann ist es nämlich nicht nur eine Akutmaßnahme, sondern dann bietet diese Krise sogar auch noch die Chance, hier längerfristig wirklich eine Umverteilung in der Vermögensverteilung hier in unserem Land zu erreichen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner** *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Zeitablauf!

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Danke schön, dass ich meine fünf Minuten, die ich hatte, auch um zehn Sekunden überschreiten durfte.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Dr. Roland Fürst.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Landesregierung! Sehr geehrte Mitglieder! Lassen sie mich kurz vor Beginn meiner ersten Rede kurz anmerken, dass ich sehr stolz bin, heute hier bei ihnen sein zu dürfen. Einer von 36 Abgeordneten, der in den nächsten fünf Jahren gemeinsam mit Ihnen das Burgenland zu einem besseren Land machen und für die Burgenländerinnen und Burgenländer arbeiten wird. Ich freue mich ganz besonders, dass ich heute hier stehen darf. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe jetzt die Aufgabe so zu sagen ein Stück weit das noch einmal zu erklären. Zur ÖVP kommt der viel zitierte Chef CEO wie das heißt von KTM. Weil der hat ja glaube ich eine Kulturförderung auch noch um 800.000 Euro nachgeworfen bekommen und vieles mehr. Die Dividende hat er deswegen nicht ausbezahlt oder angekündigt, weil es massive Proteste gegeben hat und ihm dann wahrscheinlich aufgefallen ist, dass das in der Krise vielleicht nicht gut kommt, wo es Menschen gibt, die ums Überleben laufen da großartig Dividenden auszubezahlen.

Zu uns kommen jene Menschen, die von der Bundesregierung nicht abgedeckt sind, weil der Herr Bundeskanzler hat ja den Weg schon vor Wochen vorgezeichnet. Er hat eindeutig gesagt, das Arbeitslosengeld wird nicht erhöht, keinen Millimeter, keinen Cent, aber gleichzeitig werden die Vermögenden nicht besteuert.

So eine Festlegung, die auch hält, daher machen wir auch heut hier die Aktuelle Stunde. Es hat sich ja auch schon gezeigt, dass das, was der Herr Bundeskanzler sagt, offensichtlich auch das Wort ist, auf dem dann alle nachfolgen. Die GRÜNEN sind ja leider in dieser Frage umgefallen. Den „Pumpera“ hat man ja bis nach Eisenstadt gehört.

Frau Abgeordnete Petrik! Ich habe von Ihnen eine Rede aus dem Jahr 2017, die ich übrigens zu 100 Prozent unterschreibe, weil sie zurecht richtig ist, wo Sie hier an dieser Stelle vermögensbezogene Steuern eingefordert haben und die SPÖ vor sich hergetrieben haben, dass sie nicht fähig ist, so zu sagen, die durchzusetzen.

Jetzt ist es halt umgekehrt. Was noch schöner ist, ist die Tatsache, dass die GRÜNEN in Wien jetzt auch einen Entschließungsantrag zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes abgelehnt haben. Also das geht offensichtlich sehr schnell in der Regierung. Arbeitslosigkeit ist das Thema, denn da kommen die Menschen zu uns. Ich weiß nicht, ob sie wissen, was das durchschnittliche Arbeitslosengeld ist?

Ich kann es ihnen sagen, 32,95 Euro rund pro Tag. Da muss man aber allerdings 2.000 Euro brutto verdienen, dass man das bekommt. Das ist 1.495 Euro netto. Das sind, wenn man es für den April hochrechnet, 960 Euro pro Monat.

Jetzt war eine Dame bei mir, die übrigens studiert hat, Herr Kollege Wolf, weil wir ja in der Mindestlohndebatte ja Auseinandersetzungen gehabt haben, weil Sie ja der Meinung waren, dass man sozusagen, das Studieren, dass sich das lohnen soll, nicht? Wo kämen wir hin, wenn dann jeder 1.700 Euro netto verdienen würde?

Die Reinigungskräfte, die Heldinnen, die Sie so gerne beklatschen, die Verkäuferinnen und viele mehr. Die hat studiert, nämlich, soziale Arbeit und hat ein Anfangsgehalt von 2.000 Euro brutto für 40 Stunden. Die verdient jetzt, weil sie arbeitslos geworden ist, weil natürlich auch da die Betriebe eingestellt worden sind, 960 Euro pro Monat. „Verdient“ ist vielleicht unter Anführungszeichen zu setzen. Davon hat sie Fixausgaben für ihre Wohnung und vieles mehr die so knapp an die 30 von 570 Euro. Ihr verbleiben pro Monat 400 Euro zum Leben oder zum Überleben.

Da sind kein Dank dabei und nix. Diesen Menschen verweigert die ÖVP die Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Es ist ein starkes Stück, sich heute hier hinzustellen und so zu tun, wie wenn die Bundesregierung die Weisheit mit dem Löffel gegessen hat und für alle zur Verfügung steht. Genau diese Menschen lassen sie im Stich, liebe ÖVP.

Wir haben berechnet, dass in etwa eine Arbeitslosenerhöhung von 55 Prozent der Nettoersatzrate auf 75 Prozent, da gibt es eine OECD Studie, die ist nachzulesen, kostet in etwa eine Milliarde Euro, eine Milliarde Euro.

Das ist nicht besonders viel. Da würde man solchen Menschen mitunter sehr helfen, wenn man diese Arbeitslosenrate, oder diese Arbeitslosenquote so anhebt, dass die Menschen auch in der Zeit der Arbeitslosigkeit gut überleben können.

Das ist nicht passiert. Im Gegenteil, das wird auch nicht passieren. Wir sind übrigens mit dieser Nettoersatzrate an drittletzter Stelle in Europa. Dank eines ÖVP-Finanzministers, den wir seit über 30 Jahren haben und danke an ÖVP, die in den letzten Jahren sehr stark eigentlich die Geschicke dieses Landes auch führt trotz Regierungsbeteiligung von den GRÜNEN oder von der Sozialdemokratie.

Ein paar Berichtigungen oder eine Berichtigung hätte ich gerne, weil ich den Kollegen Petschnig doch sehr schätze.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Zeitablauf!

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ja, letzter Satz. Der Gini-Koeffizient, das ist in der Tat so, dass der ja die Gerechtigkeit, soziale Ungerechtigkeit misst und wir sind mit 0,76, eins ist total ungerecht, null ist sehr gerecht, sind wir eigentlich ganz, ja hinter den USA, eines der sozial ungerechtesten Länder, wenn

man das hernimmt. Das wollte ich noch dazu sagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Danke für ihre Aufmerksamkeit, danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Patrik Fazekas, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Ja, danke Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja jetzt bei den Vorrednern der SPÖ viele Fantasien gehört, Vermögensbesteuerung, Mindestlohn, und ich will sie fragen, glauben Sie, dass Sie mit diesen Ideen, Fantasien, diesen Brandherd, der derzeit im Bereich der Wirtschaft, der derzeit auch am Arbeitsmarkt wütet, löschen können?

Ich kann ihnen auf diesem Weg nur eines mitgeben. Für gewöhnlich löscht man einen Brandherd mit Wasser und nicht mit Brandbeschleunigern, wie sie es tun. Der rote Mindestlohn, Herr Klubobmann Hergovich, die Vermögensbesteuerung, ist nichts anderes als ein Brandbeschleuniger. Weil, was wird passieren?

Die Arbeitsplätze werden noch mehr gefährdet sein, Herr Kollege Fürst, wenn wir über den Mindestlohn reden. Dann würden die Gasthäuser im Burgenland nicht mehr öffnen. Der für das Burgenland so wichtige Tourismusbereich würde kollabieren.

Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt an neue Steuern zu denken ist schlichtweg nicht besonders klug. Diejenigen, die investieren sollen, wo möglich jetzt nach Ungarn, nach Slowenien oder nach Slowakei zu vertreiben ist eigentlich ein Zeichen für fehlende wirtschaftlicher Kompetenz. Das möchte ich an dieser Stelle auch angemerkt haben.

Es ist heute schon erwähnt worden, sozialdemokratische Regierungen haben sich von der Vermögensbesteuerung verabschiedet. Der Kollege Petschnig hat es erwähnt, auch in Österreich, ein SPÖ Finanzminister Lacina, hat sich davon verabschiedet. Wenn die SPÖ jetzt von Superreichen redet, wenn die SPÖ von Online-Konzernen redet, dann versucht sie die Menschen zu täuschen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

zu täuschen, denn in Wahrheit will sie das Vermögen, das sämtliche Vermögen mit Steuern belegen. Die Häuslbauersteuer, wie der Klubobmann Ulram schon gesagt, die Steuer von Landwirten beziehungsweise die Pensionistensteuer. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg.

Es braucht eine Entlastung so wie es die Bundesregierung vorgibt, nicht neue Belastungen. Anreize sind zu schaffen damit die Menschen wieder in Beschäftigung kommen. Dafür stehen wir als Volkspartei, meine geschätzten Damen und Herren.

Die Bundesregierung mit Sebastian Kurz hat alles getan um die Infektionszahlen zu reduzieren, so möglichst gering zu halten wie nur möglich. Durch diese rasche Reduktion ist es uns ermöglicht worden jetzt in eine neue Normalität zu finden. Nun ist es uns auch gelungen als Österreicher den wirtschaftlichen Schaden so gering wie nur möglich zu halten.

Wenn Sie Zahlen zitieren, Herr Klubobmann Hergovich, dann lege ich Ihnen ans Herz, dass Sie auch fundierte Zahlen nennen. Die EU-Kommission hat gestern eine Prognose veröffentlicht für das Jahr 2020 und für das Jahr 2021. Österreich, wird hier dargestellt, kommt wesentlich besser durch die Krise als die meisten anderen Ländern,

der Wirtschaftseinbruch wird hier prognostiziert mit minus 5,5 Prozent. Wir sind hier an dritter Stelle, vor uns liegen Luxemburg und Polen.

Ähnlich hinken die Beispiele in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, die Sie genannt haben. Tatsache ist, dass es immer auch in gesunden Jahren, wenn man sich die Zahlen aus dem Jahr 2019 ansieht, es einen Unterschied gibt bei der Arbeitslosigkeit zwischen Deutschland und Österreich.

Im Jahr 2019 eine Differenz von 1,3 Prozent. Da waren bei den Deutschen 3,2 Prozent im Jahr 2019, bei uns 4,5 Prozent. Jetzt haben wir 5,8 Prozent in Österreich, in Deutschland 4 Prozent, sprich eine Differenz von 1,8 Prozent. Und die Prognosen zeigen dass der Niveauunterschied im nächsten Jahr wieder auf den gehen wird, wie es wir im Vorjahr auch erlebt haben.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Christian Illedits.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Ich habe genau zugehört, man sieht, vieles hat sich verändert, aber manches ist gleich geblieben.

Herr Kollege Fazekas, gleichgeblieben ist, dass Sie noch immer die Millionäre schützen. Früher waren Sie Schwarz, jetzt sind Sie Türkis. Eigentlich ist das ganz gleich geblieben. Das heißt, Ihre eindeutige reflexartige Verteidigung von Millionären ist Standard. Das ist eine Meinung, ich akzeptiere die mittlerweile natürlich seit vielen Jahrzehnten.

Es ist aber eine Frage, der Kollege Petschnig hat uns das sehr gut, und auch Sie sind ja alle wirtschaftlich ausgebildet, erklärt, wie das ganze System sich bei uns und in anderen Ländern zusammensetzt und finanziert.

Das ist alles super was ich da höre. Aber was bringt das dem draußen, dem Arbeitenden, oder ehemaligen Arbeitenden, der jetzt arbeitslos ist und 55 Prozent von seinem ursprünglichen Gehalt kriegt? Was bringt das dem, der im Kurzzeitmodell ist und nicht weiß ob er nach Ablauf des Kurzzeitmodells nicht seinen Job verliert?

Was bringt es der Alleinerziehenden draußen, die 55 Prozent von 800 Euro bekommt? Die dann vielleicht auf das Sozialamt gehen muss und um Unterstützung sich anstellen muss. Und die denkt dann auch, meine Beiträge von 800 Euro, zahlt dann keine Steuer, aber wenn ich 1.200 Euro verdiene zahle ich meine Steuerbeiträge.

Wieso sind die Aufgaben, die Lasten, anscheinend hier in einer Verteilung die nicht gerecht ist? Die Aufgaben sind anscheinend gleich verteilt auf vielen Schulten und die Lasten, die Bezahlung dieser, eben nicht.

Herr Kollege Petschnig, wenn Sie erklären wie das System ist, weil Sie den Robert Hergovich hier eben entgegnen wollten Systeme in Amerika, in Großbritannien. Wenn wir in der heutigen Krise dieses System, dieses Solidarsystem der Steuern zweifelsohne so hoch nicht hätten, wären wir, Herr Kollege Fazekas, nicht, und der Herr Bundeskanzler könnte das nicht vermelden, so gut durch diese Krise gekommen.

Weil nur allein diesen Steuereinnahmen ist es geschuldet, dass wir ein so gutes Gesundheits- und Sozialsystem haben und das ist der Grund warum wir so gut durch die Krise kommen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Deshalb wird es entscheidend sein, dass wir die Menschen in Beschäftigung bringen und sonst gar nichts. Weil, sonst können die keine Steuer zahlen und unser soziales Gesundheitssystem ist entweder in Gefahr, oder es ist eben in Zukunft nicht mehr in dieser Qualität zu halten.

Das wollen wir alle nicht. Weil wir uns genau auf dieses System verlassen haben können und die unterschiedlichen Zahlen in Italien, oder wo anders, sind ja genau der Grund. Vielleicht werden Sie irgendwo sagen, Herr Kollege Ulram, dieses Spital kostet so viel Geld. In Wien hat der Rechnungshof kritisiert, dass es zu viele Betten gibt. Jetzt hat das keiner gesagt. Alle haben gesagt, super, dass wir so viele Betten haben.

In den Pflegeheimen, Sie sagen, wir diskutieren nicht über die Tagsatzvereinbarungen. Na, das ist natürlich alles schon ausgesprochen, 500 Euro Bonus, im KV Soziale Wirtschaft Österreich fixiert. Wir zahlen das, Sie mit, wir alle zusammen. Das heißt, Sie erzählen da etwas, was einfach nicht stimmt.

Im Pflegebereich, und ich sage Ihnen was die Kollegen aus Westösterreich sagen: Das Burgenland hat eine Diskussion mit 1.700 Euro im Pflegebereich angekickt. Der müssen wir uns stellen und der werden wir uns stellen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer sagt das?)*

Das heißt, jeden ist auf einmal doch diese Pflege so viel wert, weil wir sie brauchen und der Sozialbereich. Vor ein paar Monaten haben Sie gesagt, das geht nicht, das ist viel zu teuer. Natürlich werden wir die Lasten gleichmäßig zahlen. Das ist ja auch Aufgabe dieses Solidarsystems. Das müssen wir tun.

In der Wirtschaft haben wir Sofortmaßnahmen gesetzt die wir können. Ich unterstütze viele Maßnahmen, nicht der Umsetzung einer grundsätzlichen Ausrichtung der Bundesregierung, aber auch wir tun das.

Wir haben uns ein bisschen auf diesen Bereich der Fixkosten fixiert. Existenzsicherung, um das geht es in den nächsten Monaten. Und das tun wir. 1.200 Anträge, die Hälfte ist abgearbeitet und die andere Hälfte hat schon das Geld zu 50 Prozent, weil es so Vorgabe ist, überwiesen.

Das heißt, wir wollen das schnell machen und tun das auch. Und die restlichen 500 Antragsteller haben noch Unterlagen zu bringen weil, wir nicht den Vorteil haben der Wirtschaftskammer, dass sie eben Datensätze schon übermittelt hat. Wir müssen unseres mit dem Kunden, mit dem Förderwerber besorgen. Also auch das passiert.

Haftungen übernehmen wir. Dieses 30 Millionen Europaket wird noch vieles bringen, …

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Zeitablauf, Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Wo wir nachdenken eben Firmen zu stützen, das tun wir in einigen Bereichen auch.

Eines möchte ich nicht haben, ich möchte nicht eine neue Normalität, ich möchte die alte zurück. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Zu Wort ist Niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 3. und der 4. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 3. und 4. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise grundsätzlich ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

**3. Punkt: Bericht des Rechnungsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf (Beilage 40), mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden (Zahl 22 – 40) (Beilage 72)**

**4. Punkt: Bericht des Rechtsausschuss und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf (Beilage 41), mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird (Zahl 22 – 41) (Beilage 73)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechnungsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 40, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, Zahl 22 - 40, Beilage 72.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Landtagsabgeordnete. Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschuss und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 41, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, Zahl 22 – 41, Beilage 73.

Berichterstatterin ist abermals Frau Abgeordnete Frau Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzesentwurf, mit das Burgenländische Landeslehrerinnen und –lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und –lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Damit sich der Kollege mit dem Desinfizieren nicht so stressen muss, spreche ich nun einfach von diesem Pult.

Wir haben hier in einer gemeinsamen Behandlung zwei Tagesordnungspunkte, zwei Gesetzesänderungen, die zunächst einmal sehr unscheinbar wirken, bei genauerem Hinsehen ist aber bei einem von den beiden einiges doch sehr interessant.

Das erste, da geht es um das Bildungsinvestitionsgesetz. In Österreich gibt es ein Bildungsinvestitionsgesetz das geringfügig geändert gehört. Was regelt das? Das regelt die Ganztagsbetreuung, da wird geschaut, wer gibt wo, wie viel Geld aus dafür, dass die Kinder in der Schule auch länger betreut werden können.

Das ist im Zuständigkeitsbereich der Länder durch die zuständige Stelle im jeweiligen Land vorzugsweise durch die Bildungsdirektion abzuhandeln und das werden wir jetzt auch in einem Gesetz beschließen dass das so ist.

So unspektakulär sollte wohl auch die zweite Gesetzesänderung abgewickelt werden. Aus meiner Sicht ist sie das aber nicht, zumindest nicht in der Auswirkung in der Folge. Es geht hier um die Postenbesetzung im Bildungsbereich, genauer gesagt im Pflichtschulbereich.

Es wurde jetzt auf Bundesebene klargestellt, dass mit der Kompetenzveränderung zwischen Landesschulräten früher und Bildungsdirektionen jetzt die Auswahl der Leitungen für die Bundesschulen im Bundesministerium, jetzt in der Person vom Bundesminister liegt. Dann wird hier entsprechend ein kleiner Paragraf im Burgenländischen Landeslehrerinnen - und lehrer Diensthoheitsgesetz geändert. Da steht und das muss man sich das auch so vorstellen, wir Abgeordnete kriegen die geänderten Gesetzesvorschläge so in einzelnen Satz- und manches Mal in Wortfetzen.

Wir lesen also - in § 2 wird am Ende der lit. c der Satzpunkt durch einen Strichpunkt ersetzt; dem § 2 wird folgende lit. d angefügt:

„d) die Auswahl bezüglich der Leitungsfunktionen an Pflichtschulen (Pflichtschulclustern) gemäß § 26 a Abs. 11 LDG 1984.“

Was ist das jetzt genau? Wenn man nachschaut wird im § 2 geregelt was ist die Zuständigkeit der Landesregierung. In Ordnung, da kommt jetzt dazu, in der Zuständigkeit der Landesregierung liegt die Bestellung der Leitungspersonen in den Pflichtschulen und den Pflichtschulclustern.

Wenn man sich dabei nicht gut auskennt, was ist eigentlich damit gemeint, liest man in den Erläuterungen nach und dort steht auch oft das was wirklich interessant ist. Das lesen wir nach in den Erläuterungen, wie ist denn das gemeint? Und da lesen wir jetzt:

Für die Auswahl bezüglich der Leitungsfunktionen im Pflichtschulbereich, Bundesschulbereich, wurde gesetzlich der Minister festgelegt, dies soll nun nach der Referatseinteilung zuständiges Mitglied der Landesregierung sein.

Dieser Satz ist so wichtig, dass er in den Erläuterungen gleich zweimal steht, das könnte man einmal überlesen und trotzdem bleibt es unklar.

Wir haben uns die Frage gestellt in der Vorbereitung und im Ausschuss bin ich dann draufgekommen, auch den Kollegen Petschnig hat diese Frage beschäftigt, welches Mitglied der Landesregierung ist laut Referatseinteilung denn zuständig? Und eigentlich ist für die Pflichtschule, für den Pflichtschulbereich die Bildungslandesrätin zuständig.

Das heißt, ich gehe davon aus, dass für die Auswahl der Leitungspersonen das zuständige Mitglied in der Landesregierung laut Referatseinteilung die Landesrätin Mag.a Winkler ist. Aber irgendwie, zur Sicherheit fragt man doch nach. Im Ausschuss hat dann der Kollege nachgefragt, wer ist denn da jetzt gemeint?

Da hat die Landesrätin dann gesagt, gemeint ist damit der Landeshauptmann, weil der ist für das Personal zuständig.

So, nun habe ich angemerkt, ja also Erläuterungen sollen ja etwas erläutern, damit klar ist worum es geht. Offensichtlich ist nach diesen Erläuterungen gar nicht klar worum es geht weil, völlig unabhängig voneinander Menschen mit völlig unabhängigem Zugang die gleiche Irritation vorfinden.

Das heißt, ich muss ja ganz klar sagen, wenn hier schnell durchgewinkt werden soll, das etwas das ganz unüblich ist, nämlich jenes Mitglied der Landesregierung das für die Bildung zuständig ist nicht auch selbst das Vorschlagsrecht für die Leitungspersonen in den Pflichtschulen hat, dann wird das mit uns sicher nicht gehen.

Wenn hier schnell, schnell noch dazu mit unklaren Formulierungen eine Praxis eingeläutet werden soll, das der Landeshauptmann selber weil er Landeshauptmann ist nicht weil er für die Bildung zuständig ist, weil er Landeshauptmann ist, persönlich den Einfluss ausübt darauf welche Personen Leitungsfunktionen an den Pflichtschulen bekommen, dann muss ich sagen, das geht für uns GRÜNE überhaupt nicht.

Manchen würde es vielleicht nicht auffallen weil früher war es ja auch der Landeshauptmann, das war aber Landeshauptmann Nießl, der in der Landesregierung für die Bildungsagenden zuständig war. Nun ist aber der Landeshauptmann nicht für die Bildungsagenden zuständig.

Ich traue es schon unserer Bildungslandesrätin zu hier die Leitungspersonen auszusuchen und der Landesregierung zur Beschlussfassung vorzuschlagen. Das ist in allen anderen Bundesländern auch so üblich wo nicht der Landeshauptmann selbst für die Bildungsagenden zuständig ist. Ob das Tirol ist, ob das Salzburg ist, wo auch immer. In Wien, da ist die zuständige Person für Bildung auch dafür zuständig der Landesregierung hier die Personalvorschläge zu machen.

Also hier wird eine parteipolitische Komponente für mich ganz auffällig zum Regelwerk erhoben weil es geht offensichtlich nicht in erster Linie darum das jemand der fachlich dafür zuständig ist die Qualifikation einer Person für einen Leitungsposten in einer Pflichtschule auszuwählen hat, sondern das hier ganz klar Postenbesetzungen direkt in die Hand des Landeshauptmanns rutschen sollen und nicht zum zuständigen, inhaltlich zuständigen Landesregierungsmitglied.

Dafür gibt es seitens der GRÜNEN sicher keine Zustimmung. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei einigen Abgeordneten der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Ja danke, Herr Präsident. Geschätzte Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde jetzt von der Frau Kollegin Petrik ja schon viel gesagt, mit vertauschten Rollen diesmal. Im Ausschuss war es noch umgekehrt, da war ich der Erste der sich zu Wort gemeldet hat, diesmal hat sie als Erste gesprochen.

Es ist viel gesagt worden, es liegen zwei Gesetze vor, das eine über die Zuständigkeit der Bildungsdirektion, das ist eine Kompetenzübernahme von Bundesseite da werden wir natürlich zustimmen, warum auch nicht.

Das zweite Gesetz ist eines was die Landeslehrerinnen und Landeslehrer - Diensthoheit betrifft und hier, wie ausgeführt, hat uns oder hat mir oder hat uns als Fraktion aufgestoßen, das hier in den Erläuterungen diesmal nicht unbedingt Erhellendes sondern eher das Gegenteil zutage gefördert wurde, auf die Regelung im Bund verwiesen wurde. Wenn man dort nachschaut dann kommt man drauf, das der zuständige Minister, der in den Erläuterungen erwähnt ist, der Bildungsminister ist und nicht der Beamtenminister, also sprich nicht derjenige der für das Personal zuständig ist.

Das Land kann das offensichtlich anders regeln, das soll so sein, unüblich ist es für uns allemal und es wirft zumindest den Verdacht auf, ich will jetzt nicht gleich mit der Keule draufschlagen, aber es wirft zumindest den Verdacht auf, das es da nicht immer nur um rein bildungstechnische Überlegungen geht bei bestimmten Postenbesetzungen.

Der zweite Aspekt vielleicht, wenn man schon das für Beamte oder für das Personal zuständige Regierungsmitglied das übertragt, warum dann nicht gleich über alle Lehrerinnen und Lehrer die Diensthoheit ausführt und alle bestellt?

Also die normalen Lehrer werden sozusagen, wenn es nur normale Lehrer betrifft an das zuständige Regierungsmitglied, an die Frau Landesrätin delegiert, die Leitungsfunktionen nicht. Das ist für uns nicht wirklich nachvollziehbar und aus den Erläuterungen auch nicht ableitbar. In den Ausschüssen wurde glaube ich, noch gesagt, es wird in irgendeiner Form deutlicher ausformuliert, das wurde auch unterlassen.

Also aus diesen Gründen können wir diesem Gesetz nicht zustimmen, beim Ersten werden wir natürlich dabei sein*. (Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Patrik Fazekas, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es liegen die zwei bereits genannten Gesetze heute vor. Beim Gesetz über die Zuständigkeit der Bildungsdirektion wird der Vollzug des Bildungsinvestitionsgesetzes an die Bildungsdirektion Burgenland übertragen. Da geht es um die Mittel des Bundes zur Ganztagesbetreuung. Das ist durchaus auch vertretbar.

Ich möchte an dieser Stelle nochmal die Gelegenheit nutzen, geschätzte Frau Landesrätin Winkler, und unsere Forderung der Volkspartei in diesem Kontext auch nochmal wiederholen, nämlich die Übernahme der Betreuungskosten für die Kinder, beziehungsweise die Eltern, deren Kinder in der Krisenzeit die Betreuung benötigt haben,

aber auch die Gemeinden zu berücksichtigen die jetzt fehlende Beiträge für nicht beanspruchte Betreuung haben.

Hier gilt es zu unterstützen, die Eltern auf der einen Seite und die Gemeinden natürlich auf der anderen Seite. Wenig vertretbar, meine geschätzten Damen und Herren, ist das Landeslehrerinnen- und lehrer Diensthoheitsgesetz das wurde ja schon ausgeführt. Es geht hier um die Zuständigkeit bei der Auswahl der Leitungsfunktionen das dem zuständigen Mitglied der Landesregierung obliegen soll.

Wie schon bekannt ist das laut Referatseinteilung der Landeshauptmann persönlich und nicht die zuständige Bildungsreferentin Winkler, die ja für den Bildungspflichtschulbereich zuständig wäre.

Aus meiner Sicht, meine geschätzten Damen und Herren, ist das ein klarer Widerspruch. Man spricht immer von Verwaltungsvereinfachung, man spricht immer von klaren Zuständigkeiten, klarer Struktur und in Wahrheit tut man genau das Gegenteil. Jetzt hat man mehrere Stellen, den Landeshauptmann, Sie, Frau Landesrätin, die Bildungsdirektion, die Abteilung.

Es ist schon spannend wenn man dann einen Blick auch in andere Bundesländer wirft, der Kollege Petschnig hat den Blick in den Bund gerichtet, ich habe den Blick in die anderen Bundesländer geworfen. Wenn man sich das rot geführte Wien anschaut, zuständig ist hier der Bildungsstadtrat, Kärnten auch der Bildungsreferent zuständig für die Auswahl der Leitungsfunktionen, selbiges ist in Oberösterreich, in Salzburg, in der Steiermark, in Tirol und auch in Vorarlberg der Fall.

Es liegt der Verdacht nahe, meine geschätzten Damen und Herren, das es hier anscheinend ein gewisses Misstrauen innerhalb der Regierung gibt, sonst würden die Kompetenzen, Ihre Kompetenzen, geschätzte Frau Landesrätin, nicht beschnitten werden. Das ist eine Entmachtung wenn Sie es wollen, Ihrer Person, die schon sehr fragwürdig ist.

Für uns als Volkspartei ist es wichtig das bei der Bestellung der Leitungsfunktionen die personelle, die fachliche Kompetenz, die Führungskompetenz im Mittelpunkt steht, die Parteibuchwirtschaft hat hier nichts verloren.

Ich habe in den letzten Jahren nur zu oft erfahren von angehenden Lehrerinnen und Lehrern, die da auch unter Druck gesetzt werden. Denn Tatsache ist in vielen Fällen im Burgenland, das man ohne Parteibuch, ohne SPÖ Parteibuch, keine Chance hat auf einen Job.

Das ist das System das hier angewendet wird und ähnlich, liest man heute in der BVZ, läuft es jetzt auch in der KRAGES. Laut Medienberichten soll ja der neue Geschäftsführer der ehemalige Büroleiter des Landeshauptmannes sein. Die Ausschreibung hat man „hingedeichselt“, meine geschätzten Damen und Herren.

Diesen Zugang bei Postenbesetzungen, diesen Zugang den lehnen wir ab, genauso wie wir dieses Diensthoheitsgesetz ablehnen werden. Danke schön*. (Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Doris Prohaska** (SPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren, die sie uns zuhören, zusehen! Liebe

Burgenländerinnen und Burgenländer! Wir sind zur Tagesordnung zurückgekehrt auf jeden Fall im Burgenländischen Landtag.

Ich bin Politikerin mit Leib und Seele. Ich bin Mensch und ich gehöre zu der Art dieser Spezies, die es mit der Ehrlichkeit ganz genau nimmt und auch mit dem, dass ich mir in der Politik alles von mehreren Seiten anschaue. Herr Klubobmann Ulram, Sie haben da heute die Frau Landesrätin geprügelt wegen der Masken, wieviel haben Sie gesagt? 30 Masken für 15 Lehrer? *(Abg. Markus Ulram: 35 Masken für 10 Lehrer.)* Ich nehme an Sie wissen, dass es eine Unterscheidung zwischen Pflichtschulen und Bundesschulen gibt.

Für die Pflichtschulen ist das Land zuständig, für die Bundesschulen ist der Bund zuständig, AHS, BMHS, BHS sind Bundesschulen. Solche haben wir genug im Burgenland. Jetzt stellen Sie sich vor, da werden an eine solche Schule 500 Mund-Nasen-Schutz Masken geschickt. Soll ich Ihnen sagen für wie viele Personen?

Für 730, für 730 Personen, Lehrer und Schüler gemeinsam werden 500 Stück Masken, das ist weniger. *(Abg. Markus Ulram: 35 Masken für 10 Lehrer – das sind zwei Tage.)* Da müssen sich zwei Personen eine Maske teilen, wenn *(Abg. Markus Ulram: Wenn es die Gemeinde nicht geben würde, würde alle ohne Mundschutz herumlaufen.)* das Ihre Art von *(Abg. Markus Ulram: Das ist die Wahrheit, das wollt Ihr nicht hören.)* Gerechtigkeit ist. *(Abg. Markus Ulram: Sie können mit der Situation nicht umgehen.)*

Danke da bin ich froh das ich im Burgenland zuhause bin und nicht zur ÖVP sondern zur SPÖ gehöre, wirklich. *(Abg. Markus Ulram: Das ist Systemmanagement. – Beifall bei der SPÖ)*

Weil wenn sich einmal zwei Personen eine Maske teilen müssen, das ist ein Armutszeugnis, sind Sie mir nicht *(Abg. Markus Ulram: Irgendwo in einer Hinterstube einsortiert in ein Kuvert.)* böse, na das ist ja lächerlich. Da rede ich gar nicht weiter, das ist es mir ja gar nicht wert.

So, ich sage Ihnen jetzt etwas, Veränderung schafft Hoffnung manchmal, Herr Klubobmann Ulram, Veränderung schafft Hoffnung manchmal sogar Reibung aber auch Chance und Unsicherheit. Ich nehme an, Sie werden das kennen, das hat der Herr Bundeskanzler 2017 in der Regierungserklärung erklärt.

Also ich sehe von dieser Hoffnung, von dieser Chance, nur die Unsicherheit und die Reibung geblieben weil, ansonsten merke ich da überhaupt nichts Positives. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil Sie ein negativer Mensch sind.)*

Jetzt bin ich zurück im Alltag und nicht bei der Tagesordnung in der Bildung. Wir alle haben in den letzten Wochen eine große Herausforderung gehabt. Ich bin ganz einverstanden damit, die Gesundheit ist das höchste Gut das wir haben, das gehört geschützt. Es hat den Lockdown – Shutdown, wie auch immer, gegeben.

Ich freue mich das ich jetzt einmal ein großes Danke und ein besonders großes Lob aussprechen kann, es ist mir wirklich ein Bedürfnis, Punkt eins, an alle Schülerinnen und Schüler im Burgenland denn die haben in diesen Wochen Hervorragendes geleistet.

Denen war es wichtig, dass sie den Lernstoff so weiter mitkriegen mit allen Vor- und Nachteilen, mit allen Einschränkungen, die gelernt haben, die sich bemüht haben was nur möglich war. Da gehört wirklich sehr viel dazu.

Mein zweiter großer Dank und das Lob an die Eltern. Und vielleicht sitzen einige von ihnen selber hier, oder auch Großeltern die ihre Kinder unterstützt haben neben Berufstätigkeit, neben vielleicht Homeoffice, neben Haushaltsführung, daneben das man

vielleicht schon jahrelang nicht mehr Brüche miteinander multipliziert und dividiert hat, das man vielleicht englische Grammatik nicht mehr gelernt hat, das man mit den technischen Methoden nicht vertraut war. Hut ab vor allen Eltern, die ihre Kinder unterstützt haben.

Lob und Danke auch an alle Kolleginnen und Kollegen, Pädagoginnen und Pädagogen die weitaus mehr an Vorbereitung auf sich nehmen mussten als zu normalen Zeiten. Die sich auch nicht dagegen gewehrt haben in den Osterferien anwesend zu sein. Die sich auch nicht dagegen gewehrt haben und da mache ich jetzt eine große Klammer die Fenstertage anwesend zu sein.

Denn auch da habe ich mich erkundigt. Diese Forderung war im Alleingang von Chefgewerkschafter der FCG Paul Kienberger und der FCG auf Bundesebene gemacht, ohne auch nur irgendeinen anderen Personalvertreter miteinzubinden und ohne Rückfrage zu halten mit Kollegen.

Ich habe sehr, sehr viele Anrufe bekommen von Kollegen die gesagt haben, endlich sind Eltern die sagen, wir wissen jetzt, der Lehrerjob ist kein Halbtagesjob und kein Job mit vielen Ferien, sondern das ist echte Herausforderung und jetzt kommt der oberste Gewerkschafter und macht uns madig. Das haben wir uns nicht verdient. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das muss so nicht sein. Und eine Gruppe von Pädagoginnen und Pädagogen möchte ich noch hervorheben und das sind die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner die mit den Kleinsten arbeiten. Und wir wissen es alle ganz genau dort ist es, ich sage wirklich fast unmöglich wirklich mit Mund- und Nasenschutz zu arbeiten, wenn die Kleinen weinen, man muss sie auf den Schoß nehmen und so weiter.

Die sind ungeschützt und die haben trotzdem ihre Arbeit weitergeführt wie bisher. Auch ihnen Lob und Dank für diese Arbeit Das haben sich alle nicht verdient das da das viel zu wenig wertgeschätzt wird.

Ich komme zu diesen beiden Gesetzesmaterien zurück, die sind mir auch ein bisschen zu schnell behandelt worden. Beim Bildungsinvestitionsgesetz da geht es darum, dass das Geld des Bundes, wo ein Teil natürlich vom Land kofinanziert wird, für die Ganztagesbetreuung, sprich für die schulische Tagesbetreuung verwendet wird, für Personal, für Infrastruktur und auch für die Ferienbetreuung.

Dieses Gesetz ist in Kraft seit dem 01. September 2016. Geplant war, dass bis zum Jahr 2023 115.000 neue Tagesplätze gemacht werden und es sollten 750 Millionen Euro aus der Bankenmilliarde hier hineinfließen. Dann kam eine Nationalratswahl und dann kam eine andere Regierung und dann kam ein anderer Bildungsminister. Was glauben Sie, was passiert ist?

Bestehende Gesetze wurden rückgängig gemacht, finanzielle Zusagen rückgängig gemacht und denselben Geldbetrag, die 750.000 Euro, brauchen wir nicht bis 2023, reicht bis 2033. Das heißt, doppelte Zeit, Hälfte der Plätze. Und das soll eine Entlastung für die Familien sein? Das soll eine Entlastung für die berufstätigen Frauen sein? Nicht mit uns Sozialdemokraten, liebe Kolleginnen und Kollegen! *(Beifall bei der SPÖ)*

Beim zweiten Gesetz, wer die Entscheidung über das Personal trifft, da konnte jedes Bundesland entscheiden, wer das ist. *(Zwischenruf des Abg. Patrik Fazekas)* Im Burgenland ist die Entscheidung, dass das der Herr Landeshauptmann macht. Und dann fragen Sie die Frau Landesrätin? Die Frau Landesrätin hätte sich sicher gewehrt, wenn sie gesagt hätte, das ist mein Recht, das will ich.

Wir haben in der Regierung nicht vier Flaschen und einen Landeshauptmann, wir haben fünf kompetente Regierungsmitglieder, wo wir das allen zutrauen und wo alle auch andere Aufgaben haben. Wir brauchen uns nicht auf einen ausreden. Jeder hat seinen Aufgabenbereich.

Ich komme jetzt noch dazu, dass ich sage, wir sind die Politiker, wir sind gewählt, weil die Leute auf uns vertrauen, weil sie zu uns aufschauen, und gerade in Krisen brauchen sie Manager mit Managementqualitäten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist die Wahrnehmung der Kollegin gewesen! Das finde ich für eine Frechheit! Ich würd mir das nicht trauen!)*

Sind Sie fertig Herr Kollege? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, noch lange nicht!)* Gut. Jetzt bin aber noch ich am Wort, Herr Kollege und ich werde gerne weitermachen. Und zwar wir suchen Kompetenzen, wir suchen Orientierungshilfen in der Krise, wir suchen Krisenmanager. Im Land haben wir diese Krisenmanager und dieses Krisenmanagement gehabt, aber ich vermisse dieses Krisenmanagement auf der Bundesebene im Bildungsbereich.

Nachdem ich selbst 26 Jahre in der Klasse gestanden bin, kann mir da überhaupt niemand ein X für ein U vormachen. Wenn ich dann mitkriege, wie viele Fragen nicht beantwortet sind, was passiert, wenn in einer Klasse, in einem Kindergarten, ein, zwei Kinder plötzlich infiziert sind? Wird dann der ganze Kindergarten in Quarantäne gesetzt, die ganze Schule? Was tun wir dann mit den Kindern, die die Betreuung brauchen?

Frage - wissen wir nicht. *(Abg. Markus Ulram: Für die Kindergärten ist ja die Gemeinde zuständig!)* Warum ist Sport so gefährlich? Warum ist Musik so gefährlich? Was tun wir mit dem Stundenplan, wenn die Lehrer, die ja gefährdet sind, nicht da sind?

Eine Supplierstunde *(Abg. Markus Ulram: Für die Kindergärten sind die Gemeinden und das Land zuständig!)* hat nicht die gleiche Wertigkeit *(Abg. Markus Ulram: Das war jetzt ein Schuldeingeständnis!)* wie eine normale Unterrichtsstunde. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also das ist ein Armutszeugnis!)*

Und dann kommen wir noch dazu, wir wissen viel mehr, wir brauchen viel mehr Mediziner, viel mehr Mediziner, als wir jetzt haben. *(Abg. Markus Ulram: Die Gemeinden wissen, was zu tun ist, wenn es das Land nicht weiß?)*

Na, Herr Präsident!

**Zweiter Präsident Georg Rosner** *(das Glockenzeichen gebend)*: Das war ein normaler Zwischenruf.

**Abgeordnete Doris Prohaska** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Danke. Wir brauchen viel mehr Mediziner, das wissen wir, um die Gesundheitsversorgung abzusichern. Und was passiert? Wir schränken den Zugang zu den Universitäten ein, wir machen Aufnahmeprüfungen an den Medizinuniversitäten, weil, es könnten ja sonst zu viele Ärzte werden.

Also das kann es ja nicht sein. Dann haben wir noch den Herrn Minister, der heuer die Ziffernnoten abschafft oder wieder einführt. Dann erklären Sie mir jetzt, wenn ich einem Volksschulkind hinschreibe, du hast jetzt einen Dreier in Deutsch, obwohl der zwei Monate nicht in der Schule war?

Wäre es nicht motivierender, wenn ich hinschreibe, du hast zu Hause sehr brav die Das/Dass-Schreibung gelernt, du beherrscht das stumme H, die Stumme-H-Schreibung, du kannst Texte lesen und beantworten? Da kann doch ein Volksschüler viel mehr damit anfangen. Oder nicht?

Das Sitzenbleiben - sitzenbleiben sollen die Kinder wieder können, hat der Herr Minister Faßmann gesagt. Und jetzt? Mit einem Fünfer brauchen wir nicht sitzenbleiben, mit zwei und drei kann man dann die Klassenkonferenz entscheiden lassen. Wozu brauchen wir das Ganze dann? Ein Widerspruch für sich ist das.

Und das Allerärgste für mich, die große Handlung des Herrn Ministers, er hat die Maturafächer ein bisschen im Tag durcheinander gewürfelt, dass jetzt ein anderes Fach als Erstes ist, als Zweites, als Drittes. Ich bin jetzt beim Schluss - wir Anglisten haben für so etwas einen Spruch: „He is rearranging the deckchairs on the Titanic“.

Wir brauchen keinen, der die Liegestühle auf der Titanic neu hin- und herschiebt, wir brauchen einen, der die Titanic an der Corona-Krise vorbeischiebt. Wir werden diesen Antrag unterstützen. Mit uns geht die Bildung den richtigen Weg im Burgenland. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den 3. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 40, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, Zahl 22 - 40, Beilage 72.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, wird somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, wird somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 4. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 41, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, Zahl 22 - 41, Beilage 73.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, wird somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

**5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 37) betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise (Zahl 22 - 37) (Beilage 74)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 37, betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise, Zahl 22 - 37, Beilage 74.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schnecker.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitten den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

**Berichterstatter Ewald Schnecker:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise beraten.

Der Rechtsausschuss hat diesen Antrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Ja, wir kommen zu einem weiteren Tagesordnungspunkt, wieder ein Antrag der SPÖ, der zu diesem Tagesordnungspunkt geführt hat. Hier zeigt sich allgemein ein Bild für die heutige Sitzung und aus der heutigen Sitzung heraus.

Was auffallend ist, abgesehen von diesen beiden Anpassungsgesetzen, wonach eine kleine Anpassung dem Landeshauptmann persönlich mehr Macht in der Postenbesetzung in Schulen gibt, bringt die SPÖ ausschließlich Anträge ein, die nicht im Tätigkeitsbereich des Landes und der Landespolitik liegen, sondern sie bringt ausschließlich Anträge ein, die sich mit der Bundespolitik beschäftigen.

Nun empfinde ich es durchaus gut und richtig, wenn sich der Landtag auch mit bundespolitischen Themen auseinandersetzt, keine Frage, aber es ist einfach sehr auffallend, wenn jene Fraktion, die die absolute Mehrheit hat, die alle Regierungsmitglieder stellt, überhaupt nichts hier einbringt, wo Themen des Landes debattiert werden, sondern ausschließlich den Blick auf die Bundespolitik werfen möchte.

Der Kollege Fürst hat vorhin hier unten sogar gesagt, Sie sind stolz, dass Sie hier im Burgenland mitgestalten können, aber Sie bringen leider nichts ein, wo hier die Mitgestaltung im Burgenland liegt, sondern Sie machen sehr gerne die Oppositionspolitik gegen den Bund.

Nun, das macht viel Spaß, das kann ich mir schon vorstellen, aber es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe und schon gar nicht unser Kerngeschäft als Landtag.

Die drei Anträge sind absatzweise zu diesen drei Tagesordnungspunkten sogar wortident, ja, um noch einmal zu unterstreichen, worum es eigentlich geht. Es fällt Ihnen als Abgeordnete der Regierungspartei im Burgenland nichts ein, was Sie hier weiterbringen wollen und hier sozusagen anstoßen und hier über das Burgenland diskutieren wollen. Sie wechseln hier die Rolle und tun auf Oppositionspartei gegenüber der Bundesregierung.

Das ist die Aufgabe Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Bund, dort sollen sie das auch machen, überall braucht man eine gut kontrollierende Opposition. Auch im Bund. Es ist, wie gesagt, aus meiner Sicht nichts gegen Initiativen von Länderparlamenten in Richtung Bund einzuwenden, wenn einer Fraktion aber nichts mehr anderes einfällt, dann hat sie sich in der demokratischen Tür ein bisschen geirrt. Heute gibt es dieses Bild ab.

Zum Thema Gemeinden in der Krise stützen: Was ist das Problem? Na ja, durch den Shutdown sinkt natürlich auch die Wirtschaftsleistung. Die Gemeinden zittern um Ertragsanteile. Ihnen geht Kommunalsteuer verloren und sie haben auch weniger Einnahmen, etwa durch fehlende Tourismusabgaben.

Und was erleben wir jetzt? Eine Krise macht Schwächen eines Systems sichtbar. Sie bringt Probleme, aber sie zeigt auch dort, wo ein Gesamtsystem, zum Beispiel in diesem Fall der finanziellen Ausstattung der Gemeinden durch Steuergelder auch wirklich hier sozusagen große Schwächen haben.

Zur Kommunalsteuer: Die verfolgte ursprünglich denselben Zweck wie die von ihr im Jahr 1993 abgelöste Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer. Den Gemeinden sollte die finanzielle Mehrbelastung abgedeckt werden, die durch ansässige Gewerbebetriebe verursacht werden.

Aber die Kommunalsteuer hat sich zu einem derartigen Standortwettbewerbseffekt zwischen den Gemeinden entwickelt, dass wir die Konsequenzen vor allem in der Bodenversiegelung durch Fachmarktzentren, Einkaufszentren, durch riesige Gewerbegebiete am Ortsrand, heute ganz deutlich spüren. Jeder weiß das, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zittern um fehlende Kommunalsteuern, wenn man einen Betrieb nicht auf das eigene Gemeindegebiet bekommt. Das hat in manchen Gemeinden ganz, ganz schlimme Auswüchse, andere sind da etwas vorsichtiger.

Also wir sehen, wir können die Krise jetzt auch als Chance nutzen, um das System der Kommunalsteuer komplett neu zu überdenken. Und auch um bei der Verteilung der Ertragsanteile von der Berechnung nach EinwohnerInnenzahl zum Beispiel wegzukommen und hin zu aufgaben- und qualitätsbezogenen Kriterien zu kommen.

Es gibt wirklich vieles, was sich im Leben der Gemeinden verändert hat, was sich auch in den Regionen verändert hat, auch wie sich das Leben von Menschen verändert hat, in ihrer Mobilität, in ihrer Art und Weise zu arbeiten. Das heißt, wir könnten jetzt die Chance in der Krise nutzen, und sehen, wo Schwachstellen sind. Das muss aber in einem Miteinander von Bund, Ländern und Gemeinden geschehen. Und kann nicht in einem sich gegenseitig die Schuld zuschieben oder die heiße Kartoffel zuwerfen, passieren.

Ich bin sehr froh, dass der Vizekanzler gestern angekündigt hat, dass es hier Gespräche geben wird. Auch da werden sicher günstige Kredite für den Bund einen gewissen Schirm als Finanzkraft auch bilden können. Es ist auch deswegen für den Bund sehr wichtig, dass ja gute Fortschritte gemacht werden, weil ja gerade die Kommunen auch öffentliche Investoren sind.

Also hier die Gemeinden gut zu stützen, ist ja auch für die Wirtschaftsleistung im gesamten Land ein wesentlicher Beitrag. Also schon aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus ist es sinnvoll, den Kommunen, den Gemeinden, zur Seite zu stehen. Sinnvoll ist es aber nur, wenn man eben gemeinsam diese neuen Berechnungen und diese Akuthilfen austüftelt und abklärt. Nur dann wird man zu einer Lösung kommen, mit der auch wirklich alle gut können.

Das ist mir wichtig, das werde ich vielleicht heute aber sicher an vielen anderen Stellen immer wieder sagen. Und ich werde sicher keinem, keinem Antrag zustimmen, der sagt, dieses Problem sei nur von einer Ebene alleine zu lösen. Danke.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als Nächster zur Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Steiner.

itte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Krise, in der wir uns befinden, und über die vielen und vielfältigen negativen Folgen ist heute schon viel gesagt worden, viel gesprochen worden. Eines ist, glaube ich, ganz klar, es ist unserem Bundeskanzler Sebastian Kurz und der Bundesregierung zu verdanken, dass Österreich besser dasteht, als viele, als die meisten anderen Länder in Europa oder sogar in der Welt.

Das werden, glaube ich, alle Anwesenden hier zugeben. Ich glaube sogar, Kollege Hergovich, dass selbst Du das glaubst, natürlich nicht sagen kannst, oder daheim, wie Du in Quarantäne gesessen bist, wirst Du Dir überlegt haben, eigentlich gut, dass wir einen solchen Kanzler haben, einen Kanzler, der nicht nur redet, sondern der auch umsetzt und der auch aktiv ist.

Meine Damen und Herren! Leider, und das ist sehr bedauerlich, die Burgenländische Landesregierung ist inaktiv. Es wird ständig versucht, irgendwie ein Potemkinsches Dorf aufzubauen, den Schein herzustellen, dass etwas gemacht wird, dass etwas umgesetzt wird, dass es Programme gibt. In Wahrheit ist nichts dahinter. Es fehlt vollkommen die Substanz in vielen Bereichen.

Es fehlt an Ideen und es fehlt an Aktivität. Das ist eine Landesregierung, die nicht regiert, sondern die reagiert. Und wir brauchen aber eine Landesregierung und nicht eine Landesregierung, ja, manchmal hat man ja fast den Eindruck, wenn man sich die Regierung anschaut, dass das eine NGO ist - eine Nichtregierungsorganisation - mit einem Geschäftsführer der Landeshauptmann heißt.

Und das, was Sie heute beschließen werden, das reiht sich nahtlos in diese Politik ein. Das reiht sich wirklich nahtlos in diese Politik ein. Sie reden viel, und Sie verbringen offensichtlich die meiste Zeit damit, zu überlegen, was können wir erzählen, was können wir den Leuten irgendwie näherbringen. Aber ins Tun sind Sie bis heute nicht gekommen. Das sollten Sie schon wissen, es reicht nicht das Erzählte, es zählt das Erreichte!

Ja, es zählt das Erreichte. Und irgendwann werden Sie auch Rechenschaft ablegen müssen. Irgendwann werden Sie gefragt werden, ja, was habt Ihr denn eigentlich zur Krisenbewältigung beigetragen? Was habt Ihr getan? *(Abg. Johann Tschürtz: Ich hab es auch müssen!)*

Sie werden auch gefragt werden, habt Ihr etwas getan oder habt Ihr überhaupt etwas getan? Ob es eine gute Idee war, Darlehen den Unternehmern anzubieten, mit einem Mindestzinssatz von zwei Prozent mit dem Wissen, dass man heute am freien Markt einen Zinssatz von 0,4 Prozent/0,5 Prozent auf 15 Jahre fix bekommt.

Sie werden sich auch rechtfertigen müssen, warum Sie sich standhaft geweigert haben, die Gemeinden zu unterstützen. Sie werden sich rechtfertigen müssen, warum Sie die Gemeinden im Regen stehen lassen. Die Politik, die Sie machen, ist eine echte Placebo-Politik, viel Blabla, aber nichts dahinter.

Was Sie tun, auch mit diesem vorliegenden Antrag, das ist Verantwortung abschieben, so wie immer. Wenn Sie nicht mehr wissen, wie es weitergeht, wenn Sie keine Idee haben, wenn Sie selber nicht in der Lage sind, etwas auf den Weg zu bringen, na dann schauen Sie sich in der Gegend um, wen könnten wir als Sündenbock hernehmen.

Finden wir einen Schuldigen. Einmal sind es die Unternehmer, dann sind es wieder die hart arbeitenden Menschen, wo Sie übersteuern, das Geld abluchsen wollen. Und dann ist eben wieder einmal die Bundesregierung. Aber Sie sollten sich ein Beispiel nehmen. Das sage ich nicht einmal bei der Bundesregierung, weil das verstehe ich, daran werden Sie sich nicht messen wollen und nicht messen können.

Aber Sie sollten sich zum Beispiel von anderen Landesregierungen etwas abschauen. Tirol zum Beispiel. Tirol zum Beispiel… *(Abg. Robert Hergovich: Um Gottes Willen! Sölden, Ischgl und Co! Hör ja auf! Was sollen wir uns da für ein Beispiel nehmen?)*

Also - Tirol zum Beispiel - *(Abg. Robert Hergovich: Denk ein bisschen nach! Um Gottes Willen! Denen haben wir das alles zu verdanken, der Regierung!)* diese Aussage, Kollege Hergovich, also diese Aussage ist derartig - das Wort darf ich jetzt nicht sagen, denn sonst würde ich einen Ordnungsruf bekommen - aber das ist wirklich… *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Letztklassig!)* ja, letztklassig. Danke schön! Weiß nicht, wer das gesagt hat? Letztklassig ist noch milde ausgedrückt. Also, so etwas zu sagen, zeigt ein Niveau, das unter jeder Kritik ist.

Aber das wundert mich ja nicht, weil Sie eben so sind, wie Sie sind. Also nehmen Sie sich ein Beispiel an Tirol, 70 Millionen Euro, 70 Millionen Euro, werden dort den Gemeinden zur Verfügung gestellt. 30 Millionen *(Abg. Robert Hergovich: Zu wenig für das, was die verbrochen haben!)* direkt und 40 Millionen… *(Abg. Robert Hergovich: Viel zu wenig!)* Ja, aber immer noch mehr als gar nichts wie im Burgenland. *(Abg. Robert Hergovich: Schau Dir das an, was die für Einbußen haben!)*

Und 40 Millionen Euro für ein Investitionsprogramm. Das ist etwas, wo eine Landesregierung sagen kann, *(Abg. Robert Hergovich: Da hast Du ein schlechtes Beispiel genommen!)* ja, wir haben etwas getan. Aber was Sie tun, ist einfach nichts, da ist null und nichts. Das kann ja nicht die Politik sein, wofür eine Alleinregierung, ich meine, Sie brauchen nicht einmal einen Partner fragen, nicht einmal einen Partner müssen Sie fragen, ob Sie etwas umsetzen. *(Abg. Robert Hergovich: Das tut Ihnen weh! Das tut Ihnen schon weh!)*

Das ist mir „wurscht“, ehrlich gesagt. Also das ist mir so etwas von egal. *(Abg. Robert Hergovich: Das sieht man eh, wie wurscht Euch das ist!)* Das ist mir so etwas von egal. Aber ich würde mir erwarten, von so einer Regierung, dass Ihr irgendetwas macht, aber Ihr seid auf eine Politik gekommen, wo Ihr zurückzieht und gar nichts mehr tut und nur mehr redet. Das ist einfach zu wenig für eine Landesregierung!

Auf den Bund können wir uns verlassen. Auf den Bundeskanzler können wir uns verlassen. Und da werden Sie schon in den nächsten Tagen sehen, dass es ein Unterstützungspaket für die Gemeinden geben wird. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Dr. Roland Fürst)* Sie machen wieder das, was Sie immer machen, Kollege Fürst, Sie machen

das, was Sie immer machen, den anderen die Schuld geben und selber nichts tun, die Hände in den Hosensack und schauen, was die anderen tun. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das ist eine Politik, die nicht in Ordnung ist. Deswegen geben wir Ihnen ja eine Chance, wir geben Ihnen die Chance, über einen Abänderungsantrag doch etwas zu tun, etwas Positives, etwas Sinnvolles zu tun, für die Gemeinden.

Diesen Abänderungsantrag bringe ich jetzt auch ein. Ich darf die Beschlussformel auch verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket für die burgenländischen Gemeinden zur Bewältigung der Covid-19-Krise zu erarbeiten und dem Burgenländischen Landtag zur Beschlussfassung zuzuführen.

Dieses Gemeindeunterstützungspaket soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

- Auszahlung aller ausstehenden Gemeindeförderungen
- Auszahlung etwaiger Rücklagen von Bedarfszuweisungsmitteln
- Transparente Auszahlung und faire Aufteilung der Bedarfszuweisungsmittel
- Deckelung der Transfers an das Land sowie Nutzung der Landesumlage für Investitionen rückwirkend mit 1. Jänner 2020
- Belastungsverbot des Landes zu Lasten der Gemeinden
- Anpassung der Abzüge des Landes an den Rückgang der Ertragsanteile.

Wenn Sie das tun würden, dann würden Sie etwas Sinnvolles und Positives beitragen. Nämlich, dass die Gemeinden weiter investieren können, weiter die regionale Wirtschaft ankurbeln können, damit Arbeitsplätze gesichert werden. Ich darf Sie einladen, diesen Abänderungsantrag mitzubeschließen. *(Beifall bei der ÖVP - Der Abg. Mag. Thomas Steiner übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Böhm.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Elisabeth Böhm** (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuerst einmal bei unserer Burgenländischen Landesregierung bedanken, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wofür?)* für das hervorragende Krisenmanagement in dieser schwierigen Zeit. Vom Bund ist in gewissen Bereichen gar nichts gekommen. Unsere Regierungsmitglieder haben das sehr gut gemeistert. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Was denn?)*

Die Städte und Gemeinden Österreichs tätigen 30 Prozent der öffentlichen Investitionen. Sie bekommen allerdings vom Finanzausgleich nur 17 Prozent der Gesamteinnahmen der Körperschaften. Die Gemeinden investieren durchschnittlich viel und tragen damit massiv zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei. Das Land Burgenland ist und bleibt immer ein starker Partner unserer Gemeinden.

Die Gemeinden zahlten 2018 20 Millionen Euro Landesumlagen an das Land und vom Land flossen rund 40 Millionen an die Gemeinden zurück. Daher hat das Land doppelt so viele Kosten getragen, wie die Gemeinden über die Landesumlagen an Pauschalbetrag abführen. Bei der Finanzierung der Krankenanstalten zahlen die

burgenländischen Gemeinden zum Beispiel zehn Prozent. In Niederösterreich zahlen sie 50 Prozent. In Oberösterreich und Vorarlberg sogar 40 Prozent.

Anhand vom niederösterreichischen Beispiel sieht man, dass das für die burgenländischen Gemeinden heißen würde, dass wir bei der Mitfinanzierung der Krankenhäuser fünfmal so hoch wären als jetzt. Das Rettungswesen für die Gemeinden wird auch zu 50 Prozent vom Land getragen, obwohl die Gemeinden zuständig sind. Um einen Vergleich anzustellen, das Land Burgenland trägt 74 Prozent der Ausgaben derzeit, und die Gemeinden finanzieren 26 Prozent. Österreichweit beträgt das Verhältnis 61:39 Prozent.

Das Beispiel Tirol ist derzeit sehr unpassend meines Erachtens. Alle wissen, dass gerade dort massive Versäumnisse auf der politischen Ebene passiert sind.

Die größte Gesundheitskrise aller Zeiten von uns im Burgenland und auf der ganzen Welt hat viele Menschen in finanzielle und wirtschaftlich schwierige Situationen gebracht. Nicht nur die gesundheitlichen Auswirkungen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen sind noch nicht zu beurteilen.

Die Krise ist massiv auf Gemeindeebene zu spüren. Es wird sich auch in den kommenden Wochen und Monaten noch zusätzlich verschärfen. Laut aktueller Prognosen werden die Einnahmen der Gemeinden wegbrechen. Die steigenden Arbeitslosenzahlen, die Anträge auf Kurzarbeit, die Aussetzung diverser Gemeindeabgaben bringen die Gemeinden in äußerst schwierige finanzielle Situationen.

Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass im zweiten Halbjahr die Ertragsanteile vom Bund an die Länder und die Gemeinden aufgeteilt werden und deutlich zurückgehen werden. Auf der anderen Seite werden die laufenden Kosten der Gemeinde nicht weniger, viel mehr, wir werden mehr Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich haben. Es fällt auch die Kommunalsteuer weit geringer aus als bereits vorgesehen, und es wird ein weiteres Finanzierungsloch dadurch entstehen. Das Land und die Gemeinden müssen das ausgleichen.

Gegen diese negativen Folgen müssen wir rasch und dringend handeln. Die Liquidität und die Handlungsfähigkeit der Gemeinden müssen sichergestellt sein. Vor allem finanziell schwache Gemeinden trifft die Corona-Krise daher hart.

Es ist klar, dass die Gemeinden die Krisenauswirkungen unter den schwierigen Voraussetzungen alleine nicht stemmen können. In Zukunft und um für derartige Krisen gewappnet zu sein, soll auf Bundesebene in Abstimmung mit den Gemeinden ein Konzept für einen allgemeinen Krisenfonds für die Gemeinden erarbeitet werden.

Dieser Krisenfonds soll als Finanzpolster für derartige Situationen den betroffenen Gemeinden zur Verfügung stehen. Es muss seitens des Bundes in Absprache mit den Ländern ein Konzept zum Ausgleich der verminderten Einkünfte der Gemeinden erarbeitet werden.

Darüber hinaus soll ein Krisenfonds für Gemeinden eingerichtet werden, der laufend befüllt wird, um eben für solche Krisen in Zukunft gewappnet zu sein.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen muss durch eine Solidaritätsabgabe in Form einer höheren Besteuerung der Millionenvermögen erfolgen. Es kann auf keinen Fall sein, dass Mehrbelastungen für den Mittelstand oder für Niedrigverdiener kommen.

Das ist mir auch wichtig zu sagen, der Bund verteilt die Mittel und das Geld, und dort muss angesetzt werden. Nur der Bund alleine kann Steuern einheben. Wir wissen

alle, dass sowohl die Gemeinden, Land und Bund schon mehr ausgegeben haben, als sie einnehmen werden. Wer zahlt das?

Es gibt viele Wünsche. Aber wer finanziert sie? Schuldzuweisungen werden uns in dieser Situation nicht weiterbringen. Wir von der SPÖ helfen den Burgenländerinnen und Burgenländern.

Die Burgenländische Landesregierung wird daher aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge:

In Absprache mit den Ländern ein Finanzierungskonzept für einen Gemeindekrisenfonds erarbeiten.

Die durch die Covid-19-Maßnahmen verminderten Kommunalabgaben, insbesondere für sozialschwache Gemeinden, durch eine höhere Besteuerung von Millionenvermögen ausgleichen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek** *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Es ist nun Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf zu Wort gemeldet.

Bitte.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Gemeinden nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich einen sehr wesentlichen Beitrag, sowohl zur Wirtschaftlichkeit in Österreich beitragen, aber auch zum Wohlbefinden der Menschen beitragen, egal, ob es darum geht, um öffentliche Investitionen, hier tragen die Gemeinden in Österreich etwa 30 Prozent.

Das heißt, alle öffentlichen Investitionen werden über die Gemeinden getätigt, österreichweit lagen auch 2018 die Ausgaben der Gemeinden bei über 19 Milliarden Euro und davon gehen 50 Prozent in die Daseinsvorsorge.

Das heißt, auf der einen Seite Kinderbetreuung, Bildung, wesentliche Bereiche eben der Daseinsvorsorge, und sie sind wichtige Arbeitgeber mit mehr als 77.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie beschäftigen.

Ich bin mir sicher, dass wir uns da alle einig sind, und ich finde es sehr schade, dass es jetzt so hergestellt wird, als ob die Gemeinden und das Land Burgenland hier Gegner wären. Genau das Gegenteil ist der Fall!

Das Land Burgenland ist und war immer schon ein sehr starker Partner der Gemeinden und das wird auch in Zukunft so sein. Diese Kennzahlen und vor allem all das, was die Gemeinden leisten, ist natürlich nur dann möglich, wenn auch die Einnahmenseite stimmt.

Das ist durch die Corona-Pandemie jetzt natürlich in vielen Bereichen ins Wanken gekommen, betrifft übrigens, wie Sie natürlich nicht überraschen wird, nicht nur die Gemeinden, sondern auch das Land, also Ertragsanteile sind ja auch das, wodurch sich das Land zu einem sehr großen Teil finanziert und nicht nur die Gemeinden.

Hier wird man sicherlich in Zukunft einige Diskussionen führen müssen, und ich darf mich da auch der Abgeordneten Petrik anschließen, ich glaube auch, dass es nur Lösungen geben kann, die gemeinsam auf allen Ebenen erarbeitet werden, jetzt ganz einfach nach dem Gießkannenprinzip zu sagen und einen Schnellschuss zu machen, das Land soll ganz einfach alles übernehmen und alle Kosten, die mit Corona entstanden

sind, übernehmen, ist viel zu kurz gegriffen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber der Bund soll das tun. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf der anderen Seite, es geht ja nicht darum, dem Bund alles umzuhängen, es geht darum, ein gemeinsames - dann müssen Sie den Antrag lesen, Herr Abgeordneter -, im Antrag geht es darum, ein gemeinsames Konzept zur Finanzierung zu erarbeiten.

Das Land Burgenland verschließt sich in keinster Weise, den Gemeinden unter die Arme zu greifen, es wurde nie behauptet, dass wir das ausschließen oder sonst irgendwas. Was ich sehr lustig am Rande dieser ganzen Diskussion finde, ist, dass vor allem im Nationalrat erst vor kurzem und auch im Bundesrat seitens der ÖVP ein von der SPÖ eingebrachter Antrag zur Sicherung der Gemeindefinanzierung abgelehnt wurde. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir sind da im Burgenland. Schaut Euch das nächste Woche an! Der Bund hat …)*

Da frage ich mich dann auch, was es damit mit der Bewandtnis auf sich hatte, denn auf Bundesebene schaut das dann schon wieder ganz anders aus. Wir haben seitens des Landes auch schon sehr früh reagiert, wenn es darum geht, den Gemeinden unter die Arme zu greifen.

Sie erinnern sich vielleicht an den letzten Landtag, wo wir einige Dinge beschlossen haben, die vor allem zur Liquiditätssicherung der Gemeinden beitragen, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* wo es darum geht, dass wir den Kassenkredit von 16,67 Prozent auf 25 Prozent erhöht haben, wir haben auch die Aufnahme von Darlehen zur Abfederung der heurigen finanziellen Last genehmigt, vor allem auch für die normalen Ausgaben der Gemeinden und ganz abgesehen davon, leistet das Land Burgenland seit Jahren, vor allem im österreichweiten Vergleich, einen überdurchschnittlich hohen Beitrag an den gemeinsamen Ausgaben. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Das können Sie überall nachlesen, es hat in den letzten Jahren immer wieder in zahlreichen Publikationen - unabhängigen, übrigens gemeint - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Euren!)* nein, nein, absolut nicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicher!)* das sind unabhängige Publikationen, die uns oder den burgenländischen Gemeinden deswegen eine so gute finanzielle Ausstattung bescheinigen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da müssen Sie selber lachen.)* die, weil das Land Burgenland hier so unter die Arme greift.

Es geht darum, um das Finanzierungverhältnis, das auch die Frau Abgeordnete Böhm bereits angesprochen hat, hier schaut das Finanzierungsverhältnis 74 zu 26 Prozent aus, das heißt, von den ganzen gemeinsamen Ausgaben trägt das Land 74 Prozent und die Gemeinden 26 Prozent. Das ist der mit Abstand beste Wert in ganz Österreich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Auch die vielzitierte Landesumlage, die immer wieder von Ihnen erwähnt wird, hier liegt das Burgenland auch weit hinter den anderen Bundesländern, was die Höhe und die Belastung der Gemeinden betrifft, übrigens auch, wenn man es pro Kopf berechnet, falls jetzt ein Argument in diese Richtung kommt.

Die Landesumlage ist außerdem im Burgenland im Vergleich zu anderen Bundesländern in den letzten sieben, acht Jahren *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vergleichen Sie es mit Niederösterreich! – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Jetzt hör einmal zu!)* ziemlich konstant geblieben und ganz abgesehen von all diesen Dingen, ich glaube, es ist heute … *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP - Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist mir ziemlich „wurscht“, was Du mir sagst.)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Es ist die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin am Wort.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Zur Landesumlage noch der letzte Satz, es ist trotzdem so, dass ein Förderüberschuss des Landes von noch immer 20 Millionen Euro besteht, die Landesumlage rangiert bei 20 Millionen Euro, die Förderungen an die Gemeinden in den verschiedensten Bereichen, egal ob es um ganztägige Schulformen geht, ob es um Güterwege, Wasserwegebau geht, liegen bei 40 Millionen Euro, also noch immer ein Plus von 20 Millionen Euro, das hier den Gemeinden zugutekommt.

Vorher war noch kurz von Krankenhausfinanzierung die Rede, da übernimmt das Land Burgenland 90 Prozent der Finanzierung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da ist auch das Land zuständig.)* die Gemeinden zehn Prozent.

In Niederösterreich ist das 50 zu 50, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dort gibt es keine Landesumlage.)* da möchte ich sehen, wie die Gemeinden reagieren würden, wenn wir das machen. Wir haben den Verteilungsschlüssel erst vor kurzem, was die Sozialhilfe betrifft von 40 Prozent Land, 60 Prozent Gemeinden auf 50 zu 50 zugunsten der Gemeinden verändert und auch die Kosten der Onkologie des Krankenhauses Wr. Neustadt, das hier gemeinsam auch genutzt wird, trägt zu 100 Prozent das Land.

Also ich glaube, von mangelnder Unterstützung seitens des Landes den Gemeinden gegenüber kann hier in keinster Art und Weise gesprochen werden. Das Land ist hier ein starker Partner, das werden wir auch nach wie vor sein. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie lassen die Gemeinden im Regen stehen.)*

Und zu guter Letzt wird auch gerade auf Landesseite ein Entlastungspaket erarbeitet, das die Gemeinden vor allem indirekt durch mögliche Verschiebungen von Aufgaben entlasten soll. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau! – Heiterkeit des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Teile davon können Sie sogar schon im Regierungsprogramm lesen, anscheinend haben Sie es sich noch nicht gut genug angeschaut. Wie gesagt, mir geht es darum, dass hier keine Schnellschüsse gemacht werden, in irgendeine Richtung, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Personalfragen.)* dass nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen wird.

Wir wollen langfristige Entscheidungen, die unsere Gemeinden vor allem langfristig und vernünftig absichern, und es wird ohne die Unterstützung und ohne Zusammenarbeit mit dem Bund sicherlich nicht gehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Der mir überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise ist somit mehrheitlich gefasst.

**Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer Entschließung betreffend Corona-Finanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92)**

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Corona-Finanzhilfen der burgenländischen Gemeinden, Zahl 22 - 66, Beilage 92, da die Behandlung frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch um 15 Uhr, zu erfolgen hat.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir als ÖVP haben mehrere Initiativen bereits in dieser schwierigen Zeit der Corona-Krise ergriffen, wie auch für die heutige Landtagssitzung, mit einem Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer Entschließung betreffend Corona-Finanzhilfen für burgenländische Gemeinden.

Wir haben noch in anderen Tagesordnungspunkten bereits über Ähnliches bis Gleiches debattiert und diskutiert, dass die Gemeinden auch gehörig unterstützt werden müssen, weil einfach die Gemeinden jene sind, die in dieser Zeit Krisenmanager sind, die in dieser Zeit Arbeitgeber sind und die in dieser Zeit Investoren auch sind, und die Gemeinden sind alle mitsamt die größten regionalen Investoren.

Und das, glaube ich, ist auch für die Krisenbewältigung in diesem Bereich extrem wichtig, damit man auch den Gemeinden weiterhin die Möglichkeit gibt, dass sie investieren können, dass sie wichtige Infrastrukturprojekte vorantreiben können. Was erleben wir in dieser Zeit?

Wir haben in den Gemeinden allesamt die Situation, dass in den letzten Monaten oder auch im Vorjahr Geschäftstätigkeit passiert ist, wo Dinge bestellt worden sind, wo Aufträge verteilt worden sind und Investitionen für das heurige Jahr schon vorangetrieben worden sind. Und die jetzt schlagend werden, aber natürlich auch finanziell schlagend werden und diese finanzielle Last jetzt auch zutragen kommt.

Was bedeutet das aber unter dem Strich, wenn man den Vergleich anschaut? Wir haben durch diese Corona-Krise die derzeitige Situation, dass wir über die Ertragsanteile, über die Kommunalsteuer, über andere Einnahmen der Gemeinden bis hin zur Nachmittagsbetreuung und anderen Dingen weniger Einnahmen haben, aber die gleichen Ausgaben haben.

Wir haben die Situation, dass gewisse Dinge, wie Anschaffungen aus dem Vorjahr, aus den letzten Monaten jetzt bezahlt werden müssen. Die kann man auch nicht

rückabwickeln, die kann man auch nicht hintanstellen, wenn ich zum Beispiel daran denke, ein Feuerwehrauto, einen Traktor für den Bauhof, einen Urnenhain zu bauen.

Da kann ich nicht sagen, das mache ich jetzt nicht, das stelle ich hintenan. Sondern diese Investitionen müssen getätigt werden und da wird auch Finanzierung dementsprechend nicht hintangestellt werden können.

Und ja, es ist ein Schritt in der letzten Landtagssitzung gemacht worden, wo den Gemeinden die finanziellen Möglichkeiten über die Finanzierung, sei es über Kassenkredit oder Aufnahme von Darlehen zur Bewältigung des Verwaltungsaufwandes erleichtert oder genehmigt werden.

Ja, das war ein richtiger Entschluss, wir haben das auch mitgetragen, aber das kann nur der erste Schritt gewesen sein. Und in Wahrheit unterm Strich kann das nicht auch der burgenländische Weg, sondern ich schaffe eine Rahmenbedingung, dass ich Schulden aufnehmen kann, aber ich unterstütze nicht weiter in diese Richtung.

Ich glaube schon, dass auch das Land Burgenland dementsprechend mehrere Möglichkeiten hat.

Die SPÖ hat bei den letzten Wahlen immer von der Verteilungsgerechtigkeit gesprochen, wie alles anders verteilt werden muss, dass alles gerechter wird.

Schauen wir uns die burgenländischen Gemeinden an! Mehrere Anfragen, eine ist jetzt wieder im Laufen an das zuständige Regierungsmitglied, was die Bedarfszuweisungen betrifft. Das ist ein Staatsgeheimnis im Burgenland, um zu erfahren, oder darf man es nicht erfahren, welche Gemeinde, wie viel Geld bekommt?

Wie ist der Verteilungsschlüssel nach dem Sockelbetrag? Wer kriegt was, für welche Projekte?

Wenn sich heute die Frau Bürgermeister aus Neusiedl herstellt und sagt, „alles ist leiwand“ und nur der Bund soll was leisten, dann muss man die eigene Arbeit auch hinterfragen. Wie kann das Land auch seinen Beitrag dazu leisten?

Und wenn Neusiedl in den letzten Jahren mit Bedarfszuweisungen besonders beteilt worden ist, dann verstehe ich schon, dass die Kritik an der eigenen Landesregierung nicht sehr groß ist. *(Abg. Elisabeth Böhm: Das stimmt ja nicht.)*

Aber es gibt, Frau Kollegin, auch andere Gemeinden, die nicht so großzügig beteilt worden sind wie Sie, die nur mit dem Sockelbetrag, egal, was sie investiert haben, egal, welches Projekt sie gestaltet haben, abgespeist wurden.

Und wenn man dann nachfragt, was passiert mit dem vielen Geld, mit diesen Millionen, das Gelder der Gemeinden sind, darf man es nicht wissen. Das darf man nicht erfahren, wer was bekommt.

Das ist die burgenländische Transparenz und da reden wir auch von einer Verteilungsgerechtigkeit, die hier absolut nicht zu tragen kommt und die mehr wie wünschenswert wäre, um auch den Gemeinden dementsprechend diese Unterstützung zu gewähren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin gerade gemeint hat, es wird ein Entlastungspaket der Alleinregierung im Burgenland geben und der Schlüssel dazu, für die Entlastung der Gemeinden ist eine Aufgabenumverteilung, Kindergartenpersonal in den Landesdienst zu führen.

Das Gleiche, das wir bei den Lehrern schon haben. Ohne Parteibuch wirst halt dann nix mehr im Burgenland, das kennen wir eh schon. *(Abg. Doris Prohaska: Wie in*

*Niederösterreich.)* Dann passiert das in den Kindergärten genauso. Genauso wird es dann gemacht. Bin ich ein braver Zuarbeiter der Regierung, werde ich mit einem Arbeitsplatz belohnt. Habe ich eine andere Meinung, passiert alles andere. Und das kennen wir schon.

Dieses Krallen des Personals, dieses Krallen dieser Macht, das ist die Entlastung, die neue Entlastung der SPÖ-Alleinregierung. Wenn das der burgenländische Weg ist, na gute Nacht, meine lieben Freunde! *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben auch gleichzeitig zu diesem Dringlichkeitsantrag auch eine Petition an alle Gemeinden ausgeschickt, und wir werden diese auch in den Gemeinderäten einbringen. Weil wir glauben, dass es wichtig und notwendig ist, dass auch die Gemeinden selbständig dazu ein Zeichen setzen und eine Aufforderung an diese Alleinregierung setzen.

Wir haben das auch in einem anderen Bereich sehr erfolgreich schon gemacht, wie zum Beispiel im Gesundheitsbereich. Wo gerade, anscheinend sehr stark auch, der Bezirk Neusiedl am See betroffen war, mit der nächtlichen Versorgung im ärztlichen Bereich und so weiter. Und da hat es auch da und dort Wirkung gezeigt, wohl wissend, dass es nicht so auch ausgeführt ist, wie wir uns das vorstellen, diese Versorgung.

Aber gerade die Gemeinden sind als Investoren der Region hier auch gefragt, um die Wirtschaft mitanzukurbeln. Um besser wie andere Länder aus dieser Krise zu kommen. Um natürlich auch Arbeitsplätze dadurch zu sichern und natürlich auch die eigene Wirtschaft in den eigenen Gemeinden in weiterer Folge hochzuhalten, wo auch die Kommunalsteuern am Ende des Tages wieder ins Gemeindebudget fließen.

Ich glaube, gerade in dieser Zeit der Krise haben ganz besonders die Gemeinden mitgeholfen, damit diese Aufgaben bewältigt werden. Sei es, wir haben es heute schon zweimal strapaziert, im Schutzmaskenbereich in den Volksschulen, oder wenn man nicht weiß genau, wer für die Kindergärten zuständig ist. Es ist das Land und die Gemeinden sind für die Kindergärten zuständig.

Und ich weiß schon als Bürgermeister, was ich zu tun habe, wenn ich einen Covid-Fall im Kindergarten habe. Ich gehe davon aus, dass jeder einzelne Bürgermeister, der heute hier im Hohen Landtag auch anwesend ist, das genauso weiß, was er in seiner Gemeinde zu tun hat, wenn dieser Covid-Fall ist.

Wenn sie davon sprechen, dass das Land das nicht genau weiß, dann macht er sein Zeug von der Qualität der Krisenbewältigung wie bei der Schutzausrüstung.

Unterm Strich braucht es Maßnahmen wie, dass ausständige Gemeindeförderungen sofort an die Gemeinden ausbezahlt werden. Dass etwaige Rücklagen von Bedarfszuweisungen ausbezahlt werden. Weil wenn es diese Rücklagen gibt, wo das Land Gemeindegelder hintanhält und auf Rücklage bucht, dann wäre das eigentlich der Super-GAU gegenüber den Gemeinden, das kann man so nicht stehen lassen. Diese Rücklagen der Gemeindebedarfszuweisungen muss das Land umgehendst auszahlen.

Genauso, dass es eine faire Aufteilung der Bedarfszuweisungen gibt, wie vorher angesprochen. Ein jeder darf erfahren, welche Gemeinde wie viel Geld eigentlich bekommt. Eigentlich ist das Land ja nur Verteiler des Geldes, weil das Geld, das vom Bund an das Land ausbezahlt wird und das Land weiterverteilt, ist immer noch Geld der Gemeinden.

Genauso ist es bei der Deckelung der Transfers an das Land, also die Nutzung der Landesumlage. Auch hier könnte man mit einem eigenen Paket mit den Geldern der

Gemeinden, was an das Land zurückfließt und bezahlt wird, dementsprechend Maßnahmen setzen.

Genauso ist es wichtig, dass ein Belastungsverbot des Landes zu Lasten der Gemeinden per Gesetz auch passiert, wie es ja auch im Regierungsprogramm festgeschrieben ist. Und die Anpassung der Abzüge des Landes an den Rückgang der Ertragsanteile zu koppeln, wäre nun Zeit, jetzt, das sofort umzusetzen, um diese Schieflage der Gemeinden nicht zuzulassen.

Es gibt ja manche Gemeinden, manche Bürgermeister auch hier in diesem Hohen Haus, anwesend als Abgeordnete, die dann parteipolitisch aufgefangen werden, wie der Kollege Hutter aus Bad Sauerbrunn, mit - meines Wissens nach - Letzter in der Finanzstatistik mit der größten Pro-Kopf-Verschuldung im Burgenland. Dass man sich da nachher nicht rührt und sich einkaufen lässt in einen Wahlkampf, verstehe ich bis zu einem gewissen Grad. Sei es drum.

Aber die Gemeinden gehören trotzdem unterstützt, auch Bad Sauerbrunn gehört unterstützt.

In diesem Sinne stimmen Sie diesem Dringlichkeitsantrag zu, damit wir diese Politik weiterführen können. Der Unterstützung, aus dieser Krise schnell herauskommen. Mit Eurer Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag, mit diesem Maßnahmenpaket werden wir die Gemeinden dementsprechend unterstützen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir könnten jetzt so 15, 16, 17 Dringlichkeitsanträge einbringen. Es wird wahrscheinlich in jedem Bereich auch immer sehr viel Geld benötigt werden.

Ob das der Bereich Gesundheit ist, ob das der Bereich Wirtschaft ist, ob das der Bereich Gemeinden ist, das heißt, der Finanzbedarf wird ein riesengroßer sein. Und dieser Finanzbedarf, da wird es noch schwierige Zeiten dazu geben.

Wir werden allen beiden Anträgen nicht zustimmen, weil das aus meiner Sicht eine globalisierte Debatte ist, wo man gar noch nicht weiß, wo wird die Reise hingehen. Wie gesagt, der Finanzbedarf wird sich natürlich sehr weit ausstrecken.

Aber wenn ich mir die ganze Geschichte anschaue, dann fällt mir eines auf, dass im Zuge dieser Corona-Krise natürlich plötzlich 3.000 Milizsoldaten benötigt werden, nicht? Also da ist es „wurscht“, was das alles kostet. Ich bin neugierig, ob das Bundesheer dann überhaupt noch lebensfähig ist. 3.000 Milizsoldaten, seit dem Zweiten Weltkrieg erstmalig sind die Milizsoldaten im Einsatz.

Ich frage mich, wo waren die Milizsoldaten im Zeichen der Flüchtlingskrise? Da sind 300.000 Flüchtlinge ins Burgenland gekommen oder über das Burgenland nach Österreich und nach Deutschland gekommen. Da hätte man auch schon die Milizsoldaten vielleicht einberufen können, um behilflich zu sein bei der Registrierung.

Das heißt, es wird eine Fülle an Situationen auf uns zukommen, wo wir noch sehr oft Dringlichkeitsanträge einbringen werden. Ich denke zum Beispiel an diese App. Da gibt es jetzt das Modell, das von der ÖVP so forciert wird, diese Contact-Tracing-App. Also das hört sich wirklich so gut an.

Aber was steckt hinter dem Wort, hinter dieser App, was steckt hinter dem Wort? Das ist einfach Verfolgung, nicht? Das heißt, das ist Kontaktverfolgung. Vielleicht könnte man auch sagen, Menschenverfolgung. Mit wem hast du Kontakt gehabt? Wann hast du mit jemanden gesprochen? Also da kommen ja Situationen auf unsere Staatsbürger zu, die mir wirklich bedenklich erscheinen.

Da ist dieser Dringlichkeitsantrag, ob es um Ertragsanteile geht, ich sehe das schon ein, ist aus meiner Sicht, soll so sein, aber da kommen noch andere Themen auf uns zu, die wir wirklich dann ernsthaft diskutieren müssen.

Ich habe vor zwei Tagen im ARD eine Fernsehsendung gesehen. Weil man jetzt diese App so hervorhebt. Diese Verfolgungs-App, das Wort „Verfolgung“. Man tauft das natürlich englisch, damit man das Wort „Verfolgung“ nicht hat, aber es ist so, oder?

Das ist eine „Verfolgungs“-App eines jeden Menschen, und dazu hat es ein Interview im ARD gegeben. Es ist jemand aus Ostdeutschland interviewt geworden und der hat gesagt, wie war es zu DDR-Zeiten? Er hat ja jetzt die Möglichkeit zu sehen, nachdem er diese Stasi-Akte sehen kann und er selber sehen kann, was ist da passiert, hat er gesagt, er möchte diese Stasi-Akten nicht sehen.

Er traut sich diese Stasi-Akten gar nicht anzuschauen. Denn, und das hat er definitiv so gesagt, denn er hat Angst davor, zu lesen, dass der Nachbar, der Bekannte oder sogar ein Familienmitglied etwas über ihn gesagt hat, das ihm Schaden zugefügt hat. Und deshalb traut er sich gar nicht, weil er gar nicht gewusst hat, welcher Nachbar wird irgendetwas schreiben, oder welches Familienmitglied?

So, und jetzt kommt diese App, nicht? Die ÖVP möchte unbedingt diese „Verfolgungs“-App. Also wir werden wirklich entschieden dagegen auftreten, denn das gehört sich einfach nicht und das werden sich auch die Österreicher nicht bieten lassen.

Aber zurückzukommen noch an diese Diskussion jetzt mit den Ertragsanteilen, mit den Bedarfszuweisungen. Ich sehe das alles ein, ich sehe das alles ein. Aber ich glaube auch natürlich, dass die Bedarfszuweisungen, okay, Herr Klubobmann Ulram, da bin ich schon auf Eurer Seite, es muss eine Transparenz geben.

Mich würde es nämlich auch interessieren, welche Gemeinde hat in welcher Höhe welche Bedarfszuweisung für welches Projekt bekommen. Es wäre auch interessant, einmal eine Transparenzdatenbank zu haben, wo man genau sieht, welcher Bürgermeister hat für irgendwas Bedarfszuweisungen in welcher Höhe bekommen.

Daher glaube ich, dass diese Anträge, beide Anträge schon, im Detail vielleicht mögen sie auch richtig sein oder nicht richtig sein, aber für mich noch keine Dringlichkeit deshalb haben, weil der Finanzbedarf in anderen Bereichen wahrscheinlich genauso hoch sein wird und der Bund kriegt ja auch weniger Ertragsanteile, das ist halt einmal so.

Daher bin ich der Meinung, dass beim SPÖ-Abänderungsantrag der Titel „Vermögenssteuer“ für mich nicht relevant ist, ja, der Herr Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig hat das ausgeführt, wirklich eingehend ausgeführt. Was ist ein Vermögen? Was wird da besteuert? Wie weit geht das Vermögen? Hat einer vergessen, sich selbst anzuzeigen, weil er 950.000 Vermögen hat oder 1,1 Million an Vermögen? Was gehört da dazu? Gehört der Grundbesitz dazu?

Also das heißt, das sind zwar Thematiken, über die man durchaus diskutieren kann, aber aus meiner Sicht hat das jetzt, in dieser Phase, noch nichts im Landtag verloren.

Daher werden wir gegen die zwei Anträge stimmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Dritter Landtagspräsident Mag. Kurt Maczek** (SPÖ): Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): *(Abg. Johann Tschürtz zu Abg. Robert Hergovich, der auf das Desinfizieren des Rednerpults wartet: Traust Du Dich nicht rüber? Trau Dich rüber!)* Vielen Dank Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist durchaus dringlich. Wir hatten zwar davor denselben Part gerade behandelt, aber es trifft sich halt so, dass jetzt der Dringlichkeitsantrag mit dem gleichen Inhalt noch einmal diskutiert wird. Aber nichtsdestotrotz ist er nicht unwichtiger.

Klar ist, dass alle politischen Ebenen von dieser Krise massiv betroffen sind: Gemeinden, Land oder Länder und der Bund. Ich sage das deswegen, ich habe das heute schon einmal formuliert, ich sage das deswegen noch einmal, weil ich den Eindruck habe, je nach Ebene, wo man sich befindet, sagt man, die anderen sollen zahlen.

Die anderen haben auch nicht mehr. Ich wiederhole, das Land 40 Millionen weniger heuer, die Gemeinden 20 Millionen weniger. Für alle schwierig. Auch für den Bund schwierig.

Der Bund verabschiedet ein Soforthilfepaket von 38 Milliarden. 38 Milliarden Euro! Das ist nur das Hilfspaket. Da kommt noch hinzu Arbeitslosengeld, Versicherung, die Krankenanstalten und so weiter und so fort. Das explodiert.

Jetzt also „Schwarzer Peter“ zu spielen und die „Schwarze Peter“-Karte von der Gemeinde auf das Land, Land - Bund hin und her zu reichen, das ist unseriös. Jeder weiß, dass das nicht finanzierbar ist. Und ich sage Ihnen ganz offen, mit weniger Geld kann man halt nicht mehr leisten, kann man nicht mehr Pakete schnüren.

Das ist so, wie wenn man versprechen würde, mit weniger Polizei sorge ich für mehr Sicherheit. Also das „hatscht“, ja? Daher muss man, glaube ich, wirklich hier die Wahrheit sagen und ehrlich die Politik ansetzen.

Täglich werden neue Forderungen gestellt und ich frage mich immer nur, ja, wer soll denn das bezahlen? Auf diese Frage gibt es dann kaum eine Antwort. Hat man ja heute auch gesehen, als wir die Frage gestellt haben, ja, wer zahlt die Zeche dieser Krise, gab es keine Antworten oder kaum Antworten.

Daher glaube ich, wir müssen uns von diesen alten Politmustern verabschieden und die spüre ich leider heute vor allem von der ÖVP immer noch. Weg mit diesen alten Politmustern!

Diese Krise ist die Chance, eine ehrliche Politik zu betreiben und zu sagen, was wirklich Sache ist. Die Menschen vertragen die Wahrheit. Sie wollen die Wahrheit wissen. Auch wenn sie unangenehm ist. Aber zu sagen, die oder jene, oder der soll das zahlen, das ist unseriös. Und ich glaube, auch nicht wirklich sinnvoll. *(Beifall bei der SPÖ)*

Trotzdem will das Land, und das hat sich auch in der Vergangenheit bewiesen, völlig gleich in welcher politischen Konstellation, mit der ÖVP, mit der FPÖ, oder jetzt mit der Alleinregierung. Trotzdem war das Land immer - und das wird es auch bleiben - verlässlicher Partner der Gemeinden. Nicht nur jetzt in der Krise, sondern das ist kein Politmarketing, sondern das ist ein Dauerzustand.

Das unterscheidet uns von anderen Bundesländern. Wir sind ein verlässlicher Partner der Gemeinden und ich möchte hier auch den Beweis anstellen.

Da gibt es viele Indizien, aber der Beweis, der tatsächliche Beweis ist bei der Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben. Es wurde dann heute schon das ein oder das andere Mal skizziert, aber bei der Finanzierung der Krankenanstalten zum Beispiel zahlen die burgenländischen Gemeinden zehn Prozent. 90 Prozent macht das Land. In Niederösterreich schaut das ein bisschen anders aus.

Da brennen die Gemeinden 50 Prozent. Das kann doch als Gemeindevertreter keiner wollen. Als Landesvertreter ist es ja in Ordnung, aber als Gemeindevertreter kann das doch keiner wirklich wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann man so nicht vergleichen.)*

Das dieses Paket nochmals aufgeschnürt wird. Da müssten ja die Gemeinden fünf Mal so viel bezahlen wie jetzt. Also, Oberösterreich und übrigens auch Vorarlberg, lauter ÖVP-Länder, zahlen gute 40, NÖ 50 bei uns nur zehn Prozent. Nur, dass man sich dieses Paket in dieser Summe noch einmal vor Augen hält. Im Rettungswesen dasselbe, denn obwohl die Gemeinden zuständig wären, zahlt das Land 50 Prozent mit.

In Niederösterreich, Herr Kollege Steiner, wissen Sie ohnehin wer dort regiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Krankenanstaltenbereich zu 100 Prozent Land.)* Sie wissen, wer dort zahlt? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* 100 Prozent die Gemeinden in NÖ, da über die Grenze, ein paar Meter hinüber, also es ist schon wirklich so, dass im Burgenland 74 Prozent der gesamten Ausgaben das Land zahlt und 26 Prozent die Gemeinden und das ist ein Geschäft für die Gemeinden.

Dieses Paket würde ich nicht anrühren, wäre ich Vertreter der Kommunen und der Gemeinden. Ganz im Gegenteil, wenn man sich das im Österreichvergleich anschaut, dann wird man feststellen, dass es 61 zu 39 Prozent sind, also kein so ein gutes Geschäft für die Gemeinden, wie bei uns im Burgenland.

Ja, zur Unterstützung, aber mit Verantwortung und mit Vernunft, denn diese Frage der Finanzierbarkeit, das würde mich wirklich einmal interessieren, wie die ÖVP das sieht. Da haben wir ja ein paar Anträge, die gekommen sind. Hier wird viel Geld ausgegeben und ich frage mich, wer zahlt das?

Weil, aus meiner Sicht, gibt es auf diese Frage nur drei Antworten, vielleicht gibt es eine fünfte, sechste, siebente, zehnte, ich weiß es nicht, aber aus meiner Sicht gibt es drei Antworten.

Die erste ist, Schulden machen, ist auch legitim, dass man sich frisches Geld aufnimmt, antizyklisch zu investieren, durchaus eine sinnvolle Finanzpolitik, nur auch das mit Vernunft und Augenmaß. Weil, so viele Schulden aufzunehmen, dass unsere Kinder und Enkelkinder noch zahlen, weil ein paar Politiker jetzt groß ausgeben, das halte ich nicht für gut. Also, Schulden machen? Es gibt wahrscheinlich bessere Varianten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine andere Variante ist, das Sparpaket zu schnüren, dass wir bis 38 Milliarden Euro gegenfinanzieren und refinanzieren. Nur, ein Sparpaket bedeutet, die, die wir jetzt als Helden feiern, die VerkäuferInnen, die Krankenschwestern und dergleichen zur Kassa zu bitten. Das wollen wir nicht.

Also, gibt es eine dritte Variante: Nämlich, die zur Kassa bitten, die viel haben. Die Millionäre, die Konzerne und die Superreichen, aber das will die ÖVP auch nicht. Die Schützer der Millionäre ist die ÖVP, und ich wundere mich nur so, weil ich keine sehe, oder zumindest glaube ich halt, dass sie keine Millionäre sind.

Ich frage mich also, warum Sie so der Verteidiger und der Beschützer der Millionäre seid? Das verstehe ich nicht, ich persönlich, denn, was wir brauchen, ist eine wirkliche Gerechtigkeitsdiskussion, nämlich, wer diese Krise bezahlt und da haben wir unseren Standpunkt schon klargemacht.

Es sollen diejenigen sein, die wirklich viel haben. Wir wollen daher einen Abänderungsantrag einbringen und wir können natürlich Politspielchen schon spielen, das ist alles in Ordnung, aber im Wesentlichen ist, wie sehen das die Kommunen draußen und wir daher das, was die Kommunen beschließen, an Resolutionen.

Der Gemeindevertreterverband, ein sehr konstruktiver Partner, *(Heiterkeit beim Abg. Mag. Thomas Steiner)* hat es in viele Gemeinden versendet, auch der Gemeindebund übrigens und viele Gemeinden haben das auch schon beschlossen.

Wir werden diesen Text auch nehmen und dazu auch einen Finanzierungsvorschlag machen, weil wir eben nicht „Schwarzer Peter“ spielen wollen. Der Bund soll es zahlen, oder die Gemeinden sollen auf Geld verzichten, das Land soll zahlen. Nein, wir wollen nicht „Schwarzer Peter“ spielen, wir wollen auch einen Finanzierungsvorschlag machen und der lautet eben:

Eine Millionärssteuer einzuführen, die Konzerne einfach zur Kassa bitten, die, die es sich leisten können. Breite Schultern - mehr Lasten, kleine Schultern - weniger Lasten, darum geht es. *(Beifall bei der SPÖ)*

Daher darf ich auch den Abänderungsantrag einbringen. Ich darf die Beschlussformel auch vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- Maßnahmen setzen, um die Ausfälle von Ertragsanteilen und Kommunalsteuern für die Gemeinden abzudecken und
- ein kommunales Investitionspaket schnüren, welches durch einen Solidaritätsbeitrag von Vermögenden („Millionären“) finanziert werden soll.

*(Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter! Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerald Handig das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerald Handig** (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! COVID-19 hat uns alle in den Bann gezogen. Die ganze Welt, die ganze Region, bis hin in die eigene Familie, aber auch Gemeinden haben dazu ihren Beitrag zu leisten. Wir haben ihn geleistet!

Ich habe mir vor dem heutigen ersten Redebeitrag im Hohen Haus ganz aufmerksam und interessiert die Redebeiträge vor mir angehört und feststellen müssen, dass manche Dinge sehr emotional, parteipolitisch gefärbt, vorgetragen werden.

Es wurden Probleme aufgeworfen, aber keine Lösungen. Es wurden Fragen gestellt, aber keine Antworten gegeben, mehrmals wurde der „Schwarze Peter“ ins Spiel gebracht. Nein, es ist nicht an den Tag gebracht und es nicht sinnvoll hier „Schwarzer Peter“ zu spielen und immer von den anderen die Lösung zu erwarten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jeder in seiner Ebene. Als Bürgermeister, und einige Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sind ja hier im Saal anwesend, sind alle gefordert und haben auch ihre Beiträge zu leisten - ihre Lösungen zu finden. Das erwarten wir auch von der Burgenländischen Landesregierung.

Selbstverständlich erwarten wir das und der Bürger erwartet sich das auch von der Bundesregierung. Ich bin überzeugt davon, dass die Bundesregierung ihre Arbeit leisten und Lösungen bringen wird, auch und vielleicht vermutlich auch auf Drängen derer Opposition.

Es ist gut und recht und legitim, dass wir als Opposition hier Forderungen stellen. Ganz genau tun wir das hier mit diesem Dringlichkeitsantrag, den wir eingebracht haben, um finanzielle Unterstützung für die Gemeinden.

Die Arbeit der Gemeinden wurde schon mehrmals gewürdigt, deren Aufgaben, wie hervorragend sie ihre Arbeit leisten und dass das Land Burgenland weiterhin Partner der Gemeinden bleibt und das erwarten wir uns auch.

Die burgenländischen Gemeinden sind, und das nicht nur in Krisenzeiten, die erste Anlaufstation für die Bürger, die Basis und die Heimat der Bürger. Sie sind der Garant für die Bereitstellung von Infrastruktur und sie sind, was auch schon einige Male erwähnt wurde, regional ein großer Arbeit- und Auftraggeber.

Das soll weiterhin auch so bleiben, denn um die Aufgaben in Zukunft bewältigen zu können, brauchen wir finanzielle Unterstützungen. Ich bin Realpolitiker, von allem „hätti, wari, wäri“, kann ich mir morgen, wenn ich in das Gemeindeamt gehe, nichts kaufen und kann damit auch keine Investitionen tätigen.

Finanzielle Einbußen aus dieser Corona-Krise sind absehbar und die Lösungen oder die Ansätze, die heute hier gesagt wurden, sind alle gut und recht, sind durchzudenken und zu besprechen. Aber wir draußen in den Gemeinden brauchen möglichst sofort eine Lösung und die kann nur in finanzieller Hinsicht gegeben werden. Wir haben massive Einnahmenrückgänge zu erwarten. Die Ausgaben aber werden mindestens die gleichen bleiben - in der Hoffnung natürlich, sie werden nicht mehr.

Die geplanten Einnahmen, die wir in unseren Voranschlägen für 2020 erst vor wenigen Monaten kalkuliert, eingerechnet, besprochen und schlussendlich beschlossen haben, sind schon nach einem Quartal hinfällig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Alles ist anders als es vorher war. Die Einbußen bei den Ertragsanteilen, das merken wir jetzt in diesen Wochen, betragen bis zu 13, 14, 15 Prozent. Über das Jahr hinaus anscheinend werden es ein Viertel, nämlich bis zu 25 Prozent, pro Gemeinde weniger sein.

Die Kommunalsteuern werden aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit weniger. Wir werden Finanzprobleme bekommen. Manche Gemeinden mehr, manche Gemeinden weniger, aber alle werden es spüren! Die Gemeinden sind das soziale und wirtschaftliche Rückgrat des Landes und sorgen mit den Investitionen für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft.

Wir fordern daher die Burgenländische Landesregierung auf, mit diesem Dringlichkeitsantrag entsprechende finanzielle Unterstützungsmaßnahmen zu treffen, denn nur damit wird die notwendige wirtschaftliche Kraft der Gemeinden gesichert und die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen weiterhin garantiert.

Es wird daher vorgeschlagen ein finanzielles, ich betone, ein finanzielles Gemeindepaket zu schnüren und die Gemeinden zu unterstützen. Das, wie ich vorhin schon erwähnt habe, möglichst rasch, denn wer schnell hilft, hilft doppelt.

Es erscheint uns da jedenfalls dringend - die Auszahlung aller ausstehenden Gemeindeförderungen, die transparente Auszahlung der Bedarfszuweisungen, die Deckelung von Transferzahlungen an das Land, sowie die Hintanhaltung zusätzlicher finanzieller Maßnahmen, die die Gemeinden womöglich noch mehr belasten.

Wir fordern die Landesregierung auf, unsere burgenländischen Gemeinden dringend mit diesem finanziellen Gemeindepaket zu unterstützen, damit das Funktionieren der Gemeinde zum Wohle aller Burgenländerinnen und Burgenländer auch weiterhin gewährleistet wird.

Ich betone noch einmal, wir sind hier im Burgenländischen Landtag und daher richten wir hier unsere Ideen, in diesem Fall einen Vorschlag beziehungsweise eine Forderung, an die Burgenländische Landesregierung.

Geschätzte Landesregierung, nehmen Sie ihre Verantwortung wahr, setzen Sie Maßnahmen! Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Walter Temmel** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Werte Zuhörer und Zuseher an den diversen Geräten! Werter Herr Kollege Hergovich! Wir als Gemeinden würden uns freuen, wenn wir solche Firmen wie KTM hätten, weil wir dann den vor- und den nachgelagerten Bereich genau kennen würden. Da gibt es Arbeitsplätze, da gibt es Wertschöpfung.

Ich glaube, nicht nur ich und die Gemeinden draußen wären froh, *(Abg. Robert Hergovich: Dann müsstest Du ihm aber auch 800.000 Euro bezahlen.)* der Wolfgang Sodl wäre froh und auch die Verena Dunst, ob diese Firma in Olbendorf, in Moschendorf *(Abg. Verena Dunst: Wenn, dann in Moschendorf.)* oder sonst wo im Burgenland steht.

Ich kann gar nicht oft genug an die Wichtigkeit der Gemeinden als erste Anlaufstelle für die Bevölkerung und Garant für die Bereitstellung besonderer Infrastruktur und als größter Auftrag- und Arbeitgeber erinnern.

Für uns in einer ländlichen Region mit kleinen Einheiten ist das besonders wichtig. Die Corona-Krise hat in den letzten Wochen unser aller Leben weltweit innerhalb von kürzester Zeit auf den Kopf gestellt. Wir alle mussten unser Leben umstellen und neu organisieren.

Die Gemeinden haben hier als kleinste Gebietskörperschaft, wir haben es heute bereits mehrmals erwähnt, die notwendigen Maßnahmen der Bundesregierung zum Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung selbstverständlich umgesetzt.

Deshalb auch mein Pauschaldank an alle, die bis jetzt so professionell diese schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg bewältigt haben. Herzlichen Dank an alle. *(Beifall bei der ÖVP)*

Allen Kritikern sei in das Stammbuch geschrieben: Österreich steht besser da als alle anderen Nachbarländern, mit Ausnahmen der ehemaligen Ostblockstaaten, der sogenannten Ostblockländer.

Also, nicht nur zum Vergleich zu Italien, Schweiz oder Deutschland, sondern wie auch immer das meistgelobte Land *(Abg. Robert Hergovich: Deutschland.)* Schweden.

Tatsache ist nämlich, dass in Schweden auf 100.000 Einwohner *(Abg. Doris Prohaska: Das ist in Relation zu der Einwohnerzahl zu sehen.)* über 27 Personen und in Österreich bis jetzt nur sieben Personen verstorben sind und die Arbeitslosigkeit in Schweden ist ebenfalls höher als in Österreich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Robert Hergovich: Walter!)*

Viele sinnvolle Hilfsmaßnahmen wurden seitens der Bundesregierung in Abstimmung mit den Sozialpartnern oder auch mit den anderen Parteien vorgenommen, auf die ich aus Zeitgründen nicht genauer eingehen werde. Deshalb bin ich auch überzeugt, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit den Gemeinde- und Städtevertretern, hier gibt es ja schon Gespräche, die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Gemeinden und Städte treffen wird.

Auf die Bundesregierung mit Sebastian Kurz und seinem Regierungsteam ist nämlich in dieser Krisensituation Verlass. *(Beifall bei der ÖVP)*

Natürlich wird diese Corona-Pandemie deutliche Spuren hinterlassen. Im Gesundheitsbereich, im Wirtschaftsbereich, durch den Rückgang von Ertragsanteilen, wie wir heute mehrmals schon gehört haben, mit weniger Kommunalsteuern und Kosten für die diversen Hilfsangebote haben natürlich auch die Gemeinden bereits jetzt mit Finanzlöchern zu kämpfen.

Dazu kommen noch die zahlreichen Abzüge des Landes durch erhöhte Sozial- und Pflegeausgaben. Bei unseren konstruktiven Vorschlägen sind uns besonders die Gemeinden und ihre finanzielle Gebarung sehr wichtig. Andere Bundesländer haben es bereits vorgemacht. Auch das wurde heute schon mehrmals erwähnt. Sie haben nämlich die Gemeinden mit Investitionszuschüssen und auch mit der Deckung der laufenden Kosten bedacht.

Das erwarten wir auch von der Landesregierung, dass sie diesbezüglich endlich aktiv wird und uns genau sagt, was sie vorhaben und was wir erwarten können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unsere Forderungen kennen Sie bereits, aber ich erinnere noch einmal an die Dringlichkeit der raschen Auszahlung aller anstehenden Gemeindeförderungen. Diese Forderung ist deshalb so wichtig, weil fast alle Gemeinden, zumindest jene, die ich im Südburgenland befragt habe, hören Sie sich bitte um, oft jahrelang auf ihnen zustehende Förderungen vom Land warten müssen.

Da geht es also nicht nur um Summen von fünf bis über 100.000 Euro pro Gemeinde. Ich glaube schon, dass es im Geschäftsleben und insbesondere innerhalb der Gebietskörperschaften eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dass offene Beträge innerhalb einer kurzen Zeit, einer kurzen Frist, bezahlt werden.

Eine weitere wesentliche Forderung ist die Auszahlung von etwaigen Rücklagen aus Bedarfszuweisungsmitteln. Diesbezüglich sei erinnert, dass Bedarfszuweisungsmittel

Gemeindegelder sind, die vorweg abgezogen werden. Dass es wenig bis keine transparente Politik seitens der Landesregierung diesbezüglich gibt, darf in unserem Land nicht zur Gewohnheit werden.

Ich erinnere nochmals daran, wie wichtig gerade für die kleinen Gemeinden, ich glaube, die Kollegin Böhm hat es heute auch erwähnt, im Verhältnis zu anderen, die Ertragsanteile sind, eben die Bedarfszuweisungen besonders wichtig sind im Vergleich zu den Ertragsanteilen und Gemeindesteuern und Abgaben. Wir haben im Burgenland 17 Gemeinden, immerhin zehn Prozent aller Gesamtgemeinden, die unter 500 Einwohner sind. Davon allein zwölf Gemeinden auch aufgrund einer Verfassungsentscheidung im Bezirk Güssing.

Es wird zwar immer wieder in diesem Haus von Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gesprochen, aber das Gegenteil ist in der Praxis oft der Fall. Steuergelder, Geld unserer Bürgerinnen und Bürger sollen und müssen öffentlich und transparent sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was hat man zu verheimlichen? Warum keine Transparenz? Kollege Tschürtz hat das vorhin auch schon erwähnt. Machen Sie es so, wie die Gemeinden, wo es schon immer durch den Prüfungsausschuss der Minderheitspartei Einsicht in jede Einnahme und jede Ausgabe gibt. So eine transparente Politik wünschen wir uns auch seitens des Landes. *(Beifall bei der ÖVP)*

Warum kann es sein, dass vergleichbare Gemeinden total unterschiedlich hohe Beträge an Bedarfszuweisungsmittel erhalten? Vergleichbare Gemeinden! Warum müssen im Jahre 2020, 21. Jahrhundert, Gemeindeamtsträger, wie in der Monarchie üblich, bei den Verantwortungsträgern im Land vorsprechen, um zu ihrem eigenen Geld zu kommen? Bedarfszuweisungsmitteln - wiederum gesagt - sind und bleiben Gemeindegelder. *(Beifall bei der ÖVP)*

Solche Ungerechtigkeiten treffen natürlich besonders die Kleingemeinden, weil eben Bedarfszuweisungen aufgrund der geringen Budgetmittel prozentmäßig wesentlich höher, wesentlich wichtiger für diese Gemeinden sind, als bei größeren Gemeinden. Nachdem sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch sehr viele Verantwortungsträger der Gemeinden hier dem Landtag angehören, erwarte ich hier ein Verständnis für die Hilfe an die burgenländischen Gemeinden und danke im Voraus. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden, Zahl 22 - 66, Beilage 96, ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

**6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 38) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt (Zahl 22 - 38) (Beilage 75)**

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 38, zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt, Zahl 22 - 38, Beilage 75.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Robert Hergovich:** Vielen Dank Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Ja, wir sind wieder beim Thema Arbeitsmarkt angelangt, aber dazu wurde im Nationalrat ja bereits ein Fahrplan verhandelt. Der Schreiber oder die Schreiberin dieses Antrags kennt den vielleicht nicht beziehungsweise kamen zum Teil manche Verhandlungsergebnisse erst nach Einbringung dieses Antrags.

Mir ist jetzt aber wichtig, was jetzt bereits gilt und darauf möchte ich auch eingehen. Zuletzt wurde ein 110 Millionen Euro Unterstützungspaket für Arbeitslose und MindestsicherungsempfängerInnen ausverhandelt. Es ist uns seitens der GRÜNEN im Bund auch besonders wichtig, dass jene, die bereits am wenigsten verdienen und ohnehin schon am ärmsten dran sind, jetzt besonders bedacht werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Im Zeitraum vom 01. Mai bis 30. September fällt niemand in die Notstandshilfe, denn die Notstandshilfe selbst wird für alle diejenigen, die bereits Notstandshilfe beziehen, auf Arbeitslosengeldniveau erhöht. Das bedeutet für diese Gruppe einen

Einkommenszuwachs von acht bis neun Prozent und das ist ein wichtiger Schritt zur Verhinderung von Armut - vor allem bei längerer Arbeitslosigkeit.

Der Berufs- und Einkommensschutz für Arbeitslose wird für diesen Zeitraum auch verlängert. Ebenfalls gibt es eine Verlängerung der Regelung bis Jahresende, aber das müssen wir noch ausverhandeln. So sicher ist das nicht, aber wir sind da dran. Der Familienhärtefallfonds wurde um weitere 30 Millionen Euro für Menschen, die bereits vor der Corona-Krise und für Mindestsicherungsbezieherinnen und Mindestsicherungsbezieher aufgestockt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hier wird also doch eine Menge Geld bereits in die Hand genommen. Arbeitslose, die für Kinder Familienzuschläge erhalten, können für drei Monate einen um 50 Euro höheren monatlichen Kinderzuschlag für insgesamt bis zu 150 Euro beantragen.

Aus diesen 30 Millionen Euro sind auch Mittel für die Mindestsicherung für Kinder vorgesehen, die direkt vom Sozialministerium verwaltet werden. Über den Härtefonds werden zukünftig auch tageweise und mehrfach geringfügig Beschäftigte unterstützt. Das war ja in der ersten Version noch eine Lücke, die dann hier, Gott sei Dank, bereinigt wurde.

Ebenfalls beschlossen wurden Covid-19 bedingte Fristverlängerungen bei Bezug, zum Beispiel, von befristeten Pensionen, Krankengeld und so weiter, sowie für Studierende und Auszubildende.

Da gibt es eine Fristverlängerung bei der Mitversicherung, bei der Familienbeihilfe, alle, die studierende Kinder haben, wissen, wie wichtig das ist, bei Waisenpensionen und so weiter. Ebenfalls klargestellt ist, dass auch Arbeitslose in Quarantäne als dem Arbeitsmarkt verfügbar angesehen werden und dadurch ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht verlieren.

Hier gab es bereits in den Verhandlungen im Nationalrat einige ganz wichtige neue Regelungen, wo mir scheint, da ist es besonders wichtig, dass hier das Geld hineingelegt wird. Leider muss man sagen, dass eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes nicht auch noch dazu erreicht werden konnte.

Kollege Hergovich hat ja selber in seiner ersten Wortmeldung, glaube ich, des Tages gesagt, es ist nicht Geld für alles da und jetzt ist auch nicht für alles das Geld da, das man vielleicht gerne hätte. Ich sehe aber auch, muss ich sagen, wie intensiv da verhandelt wird - zumindest seitens der GRÜNEN.

Ich will ehrlich sein, da wir noch mitten im Verhandlungsprozess sind, will ich hier jetzt nicht von außen noch etwas zurufen, weil wenn man wirklich etwas erreichen will, dann muss man manchmal von außen ein bisschen ruhiger werden und innen umso deutlicher und hartnäckiger an der Sache dran sein.

Eine schnelle Erhöhung des Arbeitslosengeldes und gleichzeitig die Anhebung des Mindestlohns auf 1.700 Euro netto ist einfach unrealistisch. Abgesehen davon ist hier gefordert, in Ausschreibungen einen Nettolohn zu schreiben. Das ist bei allem, was ich bis jetzt an Bewerbungen geschickt habe oder auch an Ausschreibungen, die ich selber aufgesetzt habe, von Posten absolut unüblich, in Nettolöhnen zu reden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das macht die Vergleichbarkeit auch schwer und es verschleiert auch die echten Dienstgeberkosten. Da hat mir einfach die Beschlussformel des vorgelegten Antrags der SPÖ zu viele Schwächen. Wichtiger ist jetzt wirklich, dass die Menschen nicht in die Notstandshilfe und nicht in die Mindestsicherung abrutschen.

Ich kann nur noch einmal betonen, was mir, auch wie ich es bereits bei den Gemeinden gesagt habe, wichtig ist: Wir finden nur zu den guten Lösungen, wenn alle Beteiligten miteinander hier die Situation anschauen, also auch, wenn es um die Anhebung des Mindestlohns geht, für die ich immer eingetreten bin, muss man bitte auch mit der Wirtschaft gemeinsam überlegen, was ist möglich, in welchen Schritten ist etwas möglich, wo gibt es auf der anderen Seite Erleichterungen?

Das muss unser Ziel sein. Ich denke, das ist auch das Ziel auf Bundesebene. Es muss eine Steuerentlastung für arbeitende Menschen geben. Das ist mir ganz besonders wichtig. Die soll auch rasch kommen, denn wir wollen, dass den Menschen mehr vom Einkommen zum Leben übrigbleibt.

Wenn wir die unteren Einkommen stärker entlasten, dann wird das ja auch den Konsum ankurbeln. Wir wollen aber auch, dass die Wirtschaft entlastet wird, damit die Unternehmen auch in dieser schwierigen Phase gut funktionieren können. Wir wollen in einen Modus der Hoffnung und der Zukunft kommen und jetzt wegkommen von dem, was sozusagen alles nicht geht, sondern schauen, was alles in Zukunft gehen kann.

Ich muss es nochmal wiederholen und ich wiederhole es auch immer wieder gerne, weil es so wichtig ist. Wir brauchen Investitionen in den Klimaschutz, in die Digitalisierung und in die Regionalisierung. Wir sehen, dass da auch die Bundesregierung schon gelernt hat, weil das mit der Regionalisierung ist im Regierungsprogramm so noch nicht enthalten ist, aber gerade jetzt, in der Krise, hat die Bundesregierung gelernt, dass man hier nachbessern und mehr in die Regionalisierung hineinstecken muss.

Warum ich das immer wieder, gerade auch wenn es um den Arbeitsmarkt geht, so betone, ist die Tatsache, dass wir in gesundheitlichen Belangen immer wieder auf Medikamente und auf Impfungen hoffen, es aber gegen die Klimakrise keine Impfung gibt. Deswegen müssen wir in moderne Klimatechnologie investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Dazu haben wir ja auch einen Antrag eingebracht, damit wir in den massiven Ausbau der Photovoltaik investieren. Wir haben im Burgenland Flächen, die sind versiegelt, wir haben Parkplätze bei Einkaufszentren, wir haben Dächer von Einkaufszentren, von großen Gewerbegebieten, hier gibt es eine Menge Dächer, die für Photovoltaikanliegen noch genutzt werden können.

Da ist es gar nicht nötig, guten und gesunden Boden abzudecken. Das sind auch lauter grüne Jobs, die da entstehen - oder auch bei der thermischen Gebäudesanierung. Die Globalisierung führt uns zu ungesunden Abhängigkeiten. Das haben heute auch schon andere festgestellt.

Wir wollen, dass wir auch die Produktion von Gesundheitsgütern vermehrt in Österreich ansiedeln - auf eigene Initiative sozusagen hier auch etwas zu halten und auszubauen. Im Burgenland wurde ja auch schon in Bezug auf die Firma Sanochemia darauf hingewiesen. Da ist ja auch das Burgenland aktiv.

Es kann also auch sein, dass wir in Zukunft auch regionale Produkte begünstigen, denn da ist, glaube ich, einiges möglich, wenn wir im Burgenländischen Landtag uns manche Dinge gemeinsam anschauen und nicht nur schauen, dass wir die Zuständigkeiten anderen zuschieben.

Also, das Investieren in Umweltschutz und Regionalisierung bringt viel gemeinsame Schubkraft auf dem Arbeitsmarkt, darüber hinaus soll es dann eben auch eine Digitalisierungsoffensive geben.

Unter der GRÜNEN Regierungsbeteiligung im Bund gibt es ja nun auch wieder, zum Glück, eine sehr konstruktive Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, die betonen das ja auch selber. Ich hoffe sehr, dass wir diesen Anfang des wieder gut wachsenden Gespräches nicht durch unnötige parteipolitische Streitereien in Gefahr bringen. Ich setze sehr darauf.

Und wir GRÜNEN setzen sehr auf die Gespräche, auf die Gespräche mit den Sozialpartnern, mit den WirtschaftsforscherInnen, mit den Landeshauptleuten, mit Städte- und GemeindevertreterInnen, mit der Opposition. Hier wird sehr viel auch im Bund von Wünschen der Opposition in die gemeinsamen Anträge eingebracht und natürlich auch in Gesprächen mit den Leitbetrieben, weil dort werden dann die Detailmaßnahmen ausgearbeitet.

Deswegen werden wir diesem Antrag der SPÖ so nicht zustimmen können, weil das kein Problem löst, sondern noch weitere Probleme auftut.

Danke für die Aufmerksamkeit.

**Präsidentin Verena Dunst** *(die den Vorsitz übernommen hat):* Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn vielleicht auf zwei Dinge noch eingehen, die mir im Laufe der Diskussion hier aufgefallen sind. Zum einen, weil wir jetzt wieder beim Thema der Vermögensverteilung angelangt sind.

Der von mir sehr geschätzte Kollege Fürst hat vorher gesagt, Gini-Koeffizient, statistisches Maß, mit dem man das abbilden kann, 076 ist richtig, da möchte ich ihm Recht geben. Allerdings ist diese Berechnung ohne Berücksichtigung der Umverteilungswirkung durch den Sozialstaat.

Wenn man das berücksichtigt, fällt das auf 04 und macht Österreich im OSZE-Vergleich zu einem der Länder mit der größten Gleichverteilung von Vermögen beziehungsweise von Einkommenschancen. Das wollen wir natürlich auch, wir stehen auch zum Sozialstaat, aber man muss das natürlich berücksichtigen, wenn man auf dieses System hinauf noch Vermögenssteuern oder ähnliche Maßnahmen einsetzen möchte.

Also deswegen möchte ich nicht Millionäre schützen. Also ich glaube, ich bin selber keiner, ich bin daher unverdächtig, aber ich mache mir natürlich wesentliche Gedanken über die wirtschaftspolitischen Folgen einer solchen Maßnahme und sehe die überwiegend nicht positiv.

Und zum zweiten an alle Kolleginnen und Kollegen, die heute das gesagt haben, nur der Bund kann Steuern einheben - bitte das bei der zukünftigen politischen Arbeit zu berücksichtigen, das ist unrichtig.

Das ist unrichtig, es gibt nach dem Finanzverfassungsgesetz, nach den § 7 und § 8 - § 7 ist das Verhältnis das Bund zu Land und Gemeinde und § 8 ist das Verhältnis von Land zu Gemeinde das Steuerfindungsrecht der nachgeordneten Gebietskörperschaft, also sprich der Länder, sprich der Gemeinden.

Denken Sie zurück an den Erwin Pröll mit seiner Handymastensteuer oder wie die damals geheißen hat. Das ist ein Ausfluss dieses Prinzips. Und natürlich gibt es diese Möglichkeit.

Im Burgenland haben wir vielleicht ein kleines Problem, was den § 8 betrifft, also sprich der Übertragung der zuständigen Kompetenz vom Land auf die Gemeinde, dass wir im Burgenland, ich glaube als einziges Bundesland, keine Landeshaushaltsordnung haben, wo also Näheres definiert werden müsste.

Ich bin selber als Gemeinderat und als Prüfungsausschussobmann einmal vor diesem Thema gestanden und da hat sich der damalige Partner in der Gemeinde nicht getraut, hier eine entsprechende Abgabe, die wir vorgesehen haben, auch umzusetzen, aus eben diesen finanzverfassungsrechtlichen Bedenken heraus.

Aber hier gäbe es schon Möglichkeiten im Rahmen der Selbstfinanzierungskraft der Gemeinden. Also Bürgermeister wird halt immer stärker auch ein Managementjob werden, hier entsprechend Vorschub zu leisten.

Darüber hinaus gebe ich dem Klubobmann Hergovich vollkommen Recht, das ist ein Ping-Pong. Wer soll das zahlen der Bund, die Länder? Je nachdem, wo man halt in der Verantwortung sitzt oder wo nicht. Ich glaube das ist dem Thema nicht angemessen.

Das BMF sagt - zumindest meinen Informationen nach - dass die Ertragsanteile, im Übrigen die Ertragsanteile aller Gebietskörperschaften, also nicht nur der Gemeinden, das trifft natürlich alle, um 7,3 Prozent heuer sinken sollen. Also das ist schon relativ hoch. Ob sich das bei den 40 Millionen überhaupt ausgeht im Verhältnis zu unserem Budget, sei einmal dahingestellt. Also zu befürchten ist, dass es sogar noch weiter nach unten geht.

Zum derzeitigen Tagesordnungspunkt - Arbeitsmarkt - da liegt uns ein Antrag, ich glaube von Seiten der SPÖ vor, er ist zumindest nur von deren Abgeordneten unterfertigt. Ebenfalls eine vollkommen richtige Aussage, die der Klubobmann Hergovich heute schon zu Beginn gesagt hat - es geht im Prinzip um den privaten Konsum.

Es steht zu befürchten, dass wenn man 570.000 oder so über 570.000 Arbeitslose hat, wenn man über eine Million Menschen in Kurzarbeit hat und andere, die betroffen sind, denken Sie an Einzelunternehmer und so weiter, dass wir hier natürlich mit Zurückhaltung bei der Ausgabenfreudigkeit gegenüberstehen.

Das heißt, es kommen weniger Steuereinnahmen rein, es kommt weniger Sozialversicherungseinnahme rein, es werden weniger Arbeitskräfte nachgefragt und so weiter. Wir befinden uns, also es droht zumindest eine Abwärtsspirale, und dem gilt es entgegenzutreten. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln tritt man dem entgegen?

Öffentliche Investitionen sind da immer das erste, was genannt wird, das ist bis zu einem bestimmten Teil natürlich auch richtig. Da wird zum Beispiel auch von der Europäischen Kommission, ich glaube mit über einer Billion Euro wird da sogar schon kalkuliert, auch forciert.

Da sind sicher auch Klimaschutz und ähnliche Digitalisierungs- und ähnliche Agenden dabei. Bei öffentlichen Investitionen muss man halt immer nur aufpassen, die gehen halt zum Teil auch am Bedarf vorbei.

Denken wir einmal dran an bestimmte Krisen in der Vergangenheit, wo in südeuropäischen Ländern auch öffentliche Investitionen getätigt worden sind, mit zig-Milliarden Euro Ausmaß, wie zum Beispiel Autobahnen in Spanien, wo noch nie ein Auto gefahren ist oder Flughäfen in Griechenland, wo noch nie ein Flugzeug gelandet ist.

Das sind auch öffentliche Investitionen, die natürlich die Bauindustrie ankurbeln, zumindest eine Zeitlang, nur dann ist erstens einmal der Boden versiegelt und zweitens einmal ist natürlich das Geld versenkt. Also das ist nicht das, was wir wollen.

Und insofern hielte ich es für klüger, dass man hier natürlich den privaten Konsum ankurbelt, weil die Leute natürlich selbst am besten wissen, wo der Schuh drückt, wo investiert gehört und was sie und ihre Familien brauchen, beziehungsweise wo hier Defizite herrschen.

In diesem Sinne ist der selbständige Antrag im Grunde genommen sehr gut gelungen. Es gibt da Punkte, die wir, und da darf ich gleich einen Abänderungsantrag ankündigen, die wir auch wortident übernommen haben. Es handelt sich namentlich um die Punkte eins und vier.

Es ist nur so, dass wir den ganzen Punkt mit den 1.700 Euro netto, ich glaube, da ist ein bisschen das Temperament durchgegangen mit dem Schreiber, oder mit dem Verfasser dieser Zeilen, ich glaube, das kann man so nicht reinschreiben.

Und deswegen haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht, der zwar sinngemäß natürlich auch in die Richtung geht. Denn nur wenn Leute, insbesondere der unteren Einkommensschicht, auch die entsprechende Kaufkraft haben, können sie konsumwirksam werden. Das ist logisch. Die Frage ist nur, wie kommt man dorthin?

Kommt man dorthin, indem man sozusagen Zwang ausübt, zum Beispiel über Vergabeverfahren, oder über gesetzliche Maßnahmen, oder kommt man dorthin, indem man eben entsprechend beratend und helfend zur Seite steht?

Ich darf daher die Beschlussformel aus unserem Abänderungsantrag vorlesen - wie gesagt, die ersten beiden Punkte werden Ihnen bekannt vorkommen, weil sie wortident sind.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

1. umgehend dafür Sorge tragen, dass allen beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos registrierten Personen der Bezug der aktuellen Leistung für die Dauer der Krise, mindestens jedoch bis 31.12.2020 verlängert wird, und zusätzlich ein „COVID-19-Ausgleich“ für Arbeitslose in Form einer Erhöhung der Leistung aus der Arbeitslosenversicherung rückwirkend mir 1. April 2020 gewährt wird. Durch diese Erhöhung soll eine Netto-Ersatzrate in der Höhe von 70 Prozent des bisherigen Einkommens gesichert werden.

2. an die Arbeitsministerin heranzutreten und diese aufzufordern, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass der Personalstand beim AMS-Arbeitsmarktservice rasch um bis zu 500 Planstellen aufgestockt wird, damit diese außerordentlichen Belastungen bewältigt werden können.

Und jetzt dann unserer Meinung nach der neue Punkt 3, oder unserem Antrag zufolge der Punkt 3.

3. Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert, ihre umfangreichen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten dafür einzusetzen, dass es den Interessensvertretungen der Arbeitnehmerschaft in den sozialpartnerschaftlichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen ermöglicht wird, als „fair“ bezeichnete Löhne ausverhandeln zu können.

Ich halte das für eine bessere Formulierung, und zwar deswegen, weil es erstens einmal nicht an einem bestimmten Betrag festmacht ist, wir haben da schon debattiert, ob brutto oder netto. Ich kann das nur teilen, ich habe da auch nur Bruttosummen bisher gesehen, es gibt ja unterschiedliche, individuelle Abzugspositionen, netto wäre ja praktisch gar nicht möglich.

Es ist aber natürlich auch so, dass hier eine gewisse - wie soll ich sagen, Unzufriedenheit mit der Verhandlungsführung der Gewerkschaften mitschwingt, die ja praktisch die Arbeitnehmerseite verhandelt. Das heißt, offensichtlich wird hier gesehen, dass es ein bisschen zu wenig Löhne gibt.

Man wünscht sich, glaube ich, 1.700 Euro bei Euch, wir haben gefordert seinerzeit glaube ich, 1.600 Euro. Das wird sich im Laufe der Zeit natürlich weiter ändern. Aber hier ist es eben unser Anregen, dass man hier die Landesregierung in unserem Fall auffordert, hier unterstützend tätig zu sein, dass man gemeinsam auf sozialpartnerschaftliche Art und Weise auf ein vernünftiges oder um beim Terminus technicus zu bleiben, fair bezeichnetes Lohnniveau kommt.

Ich darf diesen Antrag, so wie vorgelesen, übergeben und darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. *(Der Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag vom Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig und Kollegen, ist gehörig unterstützt, sodass er natürlich auch gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Johannes Mezgolits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johannes Mezgolits** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer im Livestream! Die vergangenen Wochen waren für uns alle sehr herausfordernd, dennoch haben wir es alle miteinander geschafft, die Corona-Infizierten zu senken, und konnten so unzählige Menschenleben retten.

Gemeinsam mit der Bundesregierung wollen wir nun das Comeback für Österreich schaffen, unseren Wirtschaftsstandort zu alter Stärke zurückführen und sicherstellen, dass möglichst viele Menschen in unserem Land Arbeit haben. In Zeiten wie diesen braucht es Zuversicht und natürlich viel Mut.

Die Krise hat die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer natürlich fest im Griff. Gemeinsam können wir es aber schaffen, diese Krise zu bewältigen. Unser aller Motto muss es sein, niemand darf zurückgelassen werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Um tausende Menschen vor der Arbeitslosigkeit zu schützen, hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern in Rekordzeit die Corona-Kurzarbeit erarbeitet und mittlerweile mehr als eine Million Menschen davor bewahrt, ihren Job zu verlieren. Trotzdem gibt es sehr, sehr viele Erwerbstätige die Schaden erlitten haben.

Während der Bund milliardenschwere Pakete für die Arbeitnehmer schnürt und andere Bundesländer gemeinsam mit der Arbeiterkammer ihre Beihilfesysteme für in Not geratene Menschen rasch ausgebaut haben und sogar Kommunen Kredite zur Sicherung der kommunalen Arbeitsplätze aufnehmen, hüllt sich hier die Landesregierung sowie die Burgenländische Arbeiterkammer seit Wochen in Schweigen, beziehungsweise verschließt dabei sogar noch die Augen.

Nun wäre es für den Landtag Zeit schnell zu helfen, anstatt hier populistische Entschließungsanträge an den Bund zu formulieren.

Als unbürokratische Soforthilfe legten sowohl die Arbeiterkammer Vorarlberg und die AK Tirol, und das streiche ich jetzt schon heraus, in Zusammenarbeit mit den Ländern, haftungsgestützte Kleinkredite für in Not geratene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf. Das garantiert eine rasche und unbürokratische Hilfe für in Not geratene Arbeitnehmer und deren Familien.

Das kann doch nicht sein, dass dies das Land Burgenland gemeinsam mit der Arbeiterkammer nicht imstande ist. Sogar in Wien wird nun an dieser unbürokratischen Lösung gearbeitet. Deswegen ist es das Gebot der Stunde, diesen Menschen in der größten Krise der Zweiten Republik einen Teil ihrer bereits gezahlten Steuern und Abgaben zurückzugeben.

Das Land Burgenland ist hier gefordert, auch auf die Arbeiterkammer einzuwirken, um einen Härtefonds auch hier auf die Beine zu stellen. Wir bieten unsere Zusammenarbeit jedenfalls an - hier im Burgenländischen Landtag, als auch in der Arbeiterkammer. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich im Antrag die vier Punkte lese, die heute beschlossen werden sollen, steht da für mich aber überhaupt nichts Neues drinnen. Das sind Uraltforderungen garniert mit etwas Populismus, frei nach dem Motto „darf's ein bisschen mehr sein“.

Wir von der ÖVP Burgenland haben hier einen komplett konträren Zugang und arbeiten gemeinsam mit der Bundesregierung für das Comeback für Österreich, das allen Menschen, gerade auch denen im Burgenland, helfen wird. Speziell kleine und mittlere Einkommen sollen weiter entlastet werden, damit den arbeitenden Menschen mehr zum Leben bleibt.

Was nichts anderes heißt, dass die Steuerreform vorgezogen werden soll, Leistung soll und muss sich lohnen. Ohne die Wirtschaft gibt es keine Arbeitsplätze, auch wenn das manche in diesem Hohen Haus nicht glauben, meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb soll es auch für die Unternehmer Erleichterungen geben, dass erstens bestehende Arbeitsplätze gerettet werden und auch neue geschaffen werden können.

Und auch durch die gezielten Investitionen in die Digitalisierung, Regionalisierung oder in den Klimaschutz, soll der Standort Österreich, sowie das Burgenland eben gestärkt werden. Ich fordere Sie daher auf, beschließen wir eine Prämie von mindestens 500 Euro für die Menschen in den Gesundheitsberufen.

Ganz besonders für jene Menschen in den Krankenhäusern, in den Laboren, in der Pflege, sie machen nämlich einen tollen Job. Fördern wir Arbeitsplätze für Homeoffice. Wir wollen nach wie vor, dass die Daten pendeln und eben nicht die Menschen. Und befreien wir gemeinsam die Gemeinden vom Würgegriff der Landesumlage und geben wir ihnen Luft zum Atmen. Eine Explosion an Investitionen wäre die Folge. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir brauchen sind Mut und Muntermacher und keine hohlen Phrasendrescher, deshalb bringe ich einen Abänderungsantrag zu diesem Entschließungsantrag ein. Er ist zugegangen, er lautet wie folgt:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- arbeitende Menschen entlastet werden, damit ihnen mehr Netto vom Brutto bleibt
- die Wirtschaft entlastet wird, um Arbeitsplätze zu erhalten und
- Investitionen gefördert werden, bei denen Klimaschutz, Digitalisierung und Regionalisierung im Einklang stehen sowie

im eigenen Wirkungsbereich folgende Unterstützungsleistungen für Burgenländerinnen und Burgenländer schnellstmöglich umzusetzen:

- Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Förderung zur Umsetzung von Homeoffice Lösungen rückwirkend ab 01. März 2020 zu erarbeiten und einzuführen sowie
- eine Landesprämie für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen im Spitals- und Pflegebereich und in den Laboren im Burgenland auszubezahlen.

*(Der Abgeordnete Johannes Mezgolits übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin. – Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Johannes Mezoglits, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Der nächste zu Wort gemeldete Abgeordnete ist der Herr Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich war ein bisschen verwundert zuvor, über die Aussagen der Kollegen Petrik.

Sie haben uns nämlich zuvor vorgeworfen, wir setzen uns nur mit Bundesthemen auseinander. Ich war dann ein bisschen überrascht, dass Sie bei diesem Punkt ausschließlich über Bundesthemen gesprochen haben und kein einziges Wort über Landesthemen verloren haben. Aber *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Weil ich auf den Antrag eingehe.)* offensichtlich wird das bei uns kritisiert, was zulässig ist.

Wir nehmen das zur Kenntnis, ist kein Problem. Ich wollte es aber der Ordnung halber noch einmal formuliert haben *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Man soll nicht zu einem Antrag sprechen, das muss ich mir merken.)* und schon einmal angesprochen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Gesundheitskrise ist schon seit einigen Wochen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise mutiert. Wie ein Virus mutiert, ist diese Gesundheitskrise zu einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise mutiert.

Und die Auswirkungen die sind dramatisch. Und man sagt das so leicht und salopp heraus, aber wenn man davon ausgeht, dass 571.477 Menschen in den letzten Wochen von Arbeitslosigkeit betroffen waren und sind, dann sind das 571.000 Schicksale und deren Familien, die mit diesem neuen Phänomen jetzt umgehen müssen.

Und das ist schon eine sehr dramatische Situation. Im Burgenland sind es 13.569 Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die passen ja kaum ins Mattersburger Stadion, so viele Menschen sind das, nur im Burgenland.

Schicksale, die nicht wissen, wie sie morgen die Miete finanzieren sollen, wie sie morgen die Kinder nach Wien schicken, um studieren zu können. Also, das sind schon Schicksale, die man sehr ernst nehmen muss.

Und daher muss man wirklich alles daran setzen, dass Menschen wieder in Beschäftigung kommen, mit Hoffnung, mit Zuversicht die Politik gestalten. Heute ist schon einige Male Tirol gefallen. Na selbstverständlich muss die Landesregierung in Tirol etwas tun, die haben einen Anstieg von 119,2 Prozent.

In keinem anderen Bundesland steigt die Arbeitslosigkeit so rasant wie in Tirol, ja selbstverständlich. Gott sei Dank ist das bei uns etwas anderes, wir sind an fünfter Stelle hier, Gott sei Dank und die Tendenz ist noch etwas besser wie der Bundesschnitt.

Aber trotzdem 1,25 Millionen Menschen befinden sich in Kurzarbeit. Im Burgenland rund 20.000 Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer und das wiederum ergibt eine Gesamtsumme von 1,8 Millionen Menschen, in Österreich, die mit Einkommenseinbußen umgehen müssen, deutlichen Einkommenseinbußen.

Ich habe das schon einmal erwähnt heute, bei uns sind es rund 400 Euro, 398 pro Monat, pro Haushalt. Der österreichische Durchschnitt liegt bei 691 Euro, also rund 700 Euro. Und wie man sich so fühlt als arbeitsloser Mensch, das kann man sich durchaus ausmalen.

Kollegin Petrik, ich höre die Botschaft, alleine mir fehlt der Glaube, denn bei Betriebsförderungen, Soforthilfen für große und kleine Unternehmungen, da wurde dann nicht lange nachgedacht. Ich halte auch diese ganzen Förderungen für sinnvoll, aber genauso sinnvoll wäre es aber, Menschen zu unterstützen, die in Arbeitslosigkeit geraten. Da haben Sie dann plötzlich zu diskutieren angefangen.

Vorher war es überhaupt kein Problem, in Milliardenhöhe wurde da Geld ausgegeben, ruck zuck, nur wenn es darum geht, Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten, denen zu helfen, dann haben Sie zu diskutieren angefangen.

Und nicht nur zum Diskutieren angefangen, sondern da gab es einen konkreten Antrag im Nationalrat und auch im Bundesrat, der von FPÖ, von NEOS und von SPÖ unterstützt wurde, da haben Sie dagegen gestimmt. Da haben die GRÜNEN dagegen gestimmt, nicht irgendwie diskutiert, sie haben gesagt Nein.

Arbeitslose Menschen sollen nicht mehr Geld erhalten, sie haben dagegen gestimmt. Ich will das nur so etwas sichtbarer machen. Sie sagen, wir werden schon diskutieren und so weiter, ich höre die Botschaft, allein mir fehlt der Glaube. Kollegin Petrik, das ist bei der ÖVP klar, dass sie das ablehnen, da habe ich mir nichts anderes erwartet, aber bei Ihnen ist das schon etwas verwunderlich.

Also zu dem was wir wollen, wir wollen Massenarmut verhindern und daher wollen wir die Erhöhung des Arbeitslosengeldes von rund 50 auf 70 Prozent. Das ist ja auch das, wo Menschen, die arbeiten, die in Beschäftigung sind auch einzahlen.

Die zahlen sich ja ihre Arbeitslosengeldversicherung ein und die soll aufgestockt werden, weil es nicht nur persönlich wichtig ist, sondern auch volkswirtschaftlich Sinn macht. Wir brauchen Kaufkraft um den Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten. Das sichert auch den Konsum.

Wir wollen darüber hinaus 500 zusätzliche Beraterinnen und Berater beim Arbeitsmarktservice, um erstens die ganzen Kurzarbeitsanträge schnell abwickeln zu können, da gibt es große Rückstände im Moment. Die Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitsmarktservice arbeiten am Limit.

Die können fast nicht mehr, das ist unglaublich. Hier muss nachgeschärft werden und die müssen ja darüber hinaus die Menschen wieder in Beschäftigung bringen.

Also da gibt es Bedarf an Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitsmarktservice, die brauchen Manpower oder Womanpower, völlig gleich, um hier flott die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen und daher dieser Antrag.

Wir wollen 1.700 Euro netto als Ausschreibungskriterium verankert haben bei allen Bundesausschreibungen. Weil damit gewährleistet ist, dass die Menschen, die mit dem Bund Geschäfte machen, Gewinne generieren, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ordentlich bezahlen. Auch das wäre sinnvoll, weil die Menschen jetzt ordentliches Geld brauchen, um den Konsum anzufordern.

Und alle sagen immer, und das wundert mich immer, Leistung soll sich lohnen, insbesondere die ÖVP, aber wenn es darum geht, dass man 1.700 Euro zahlt, für das, das Menschen hart und fleißig arbeiten und viel leisten, dann will man davon nichts mehr hören. Und das ärgert mich ein bisschen. Leistung soll sich lohnen, darum soll man diese auch ordentlich bezahlen. Das ist unser Zugang. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und was offensichtlich, wo es ein kleines Missverständnis gibt ist, wir haben den Bund aufgefordert, das ist das, Kollege Petschnig, wo wir aneinander vorbei gesprochen haben, wir wollen nämlich, dass der Bund mit der Steuerlast nachschärft und die unter 1.700 Euro, also 2.400 Euro brutto, steuerlich entlastet, damit man leichter zu 1.700 Euro netto kommt. Das war der ursprüngliche Gedanke.

Daher können wir Ihrem Abänderungsantrag leider nicht zustimmen, sonst wäre er ja wirklich gut. Es fehlen die 1.700 Euro und es fehlen diese steuerlichen Entlastungen.

Aber ich war jetzt durchaus verwundert beim Kollegen Mezgolits, ich war ein bisschen verwundert. Sie sind ja Arbeiterkammerfunktionär meines Wissens. Sie sind ja da in der Vollversammlung tätig und müssten eigentlich wissen, dass wenn die Arbeiterkammer Geld, Sie kennen ja das Budget, das wird ja besprochen, Rechenschaft abgelegt, Sie wissen ja, wie das ausschaut, und wenn jetzt die Arbeiterkammer Geld hernimmt und das ausschüttet, wissen Sie, dass das fehlt, um die Gehälter zu bezahlen, oder das Licht nicht aufzudrehen oder die Heizung nicht aufdrehen zu können.

Und Sie wissen ganz genau, würde die Arbeiterkammer das tun, könnten sie dieses Leistungsspektrum nicht mehr bringen und Menschen, die Probleme im Job haben, könnten nicht mehr beraten werden. *(Abg. Markus Ulram: Wozu gibt es die Rücklagen?)* Das wissen Sie und sagen das trotzdem, das ist etwas eigenartig, dass Sie das tun.

Gerade als Arbeiterkammerfunktionär, weil da sollten Sie zu dieser Institution und zu den Menschen, die Probleme haben am Arbeitsmarkt, zu denen sollten Sie stehen.

Und wissen Sie, was entlarvend ist, wenn Sie das ernst genommen hätten, dann hätten Sie das nicht mehr nur von der Arbeiterkammer gefordert. Ich weiß schon, das ist die rote Kammer, da kann man schon fordern, aber die zwei schwarzen Kammern, die haben Sie ja nicht einmal angesprochen, was aber natürlich ein völliger Schwachsinn ist, weder dort noch dort.

Aber es ist entlarvend, wenn Sie das von der Arbeiterkammer fordern, von der Landwirtschaftskammer und von der Wirtschaftskammer aber kein Wort verlieren, das ist schon durchsichtig, Herr Kollege Mezgolits. Da sollten Sie *(Abg. Mezgolits: Ich hätte mich gerne der Diskussion gestellt, war leider keine Möglichkeit.)* etwas nachschärfen. Das war nicht gescheit.

Und außerdem verdient es die Arbeiterkammer nicht, dass man so über sie spricht, aber das verdienen sich vor allem die Menschen, die Probleme im Job haben nicht, dass man ihre Leistungen dafür kürzt, dass verdienen sie nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir werden natürlich unserem Antrag sehr gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Rednerin, zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Herr Kollege Hergovich, ich bin jetzt wieder einigermaßen verwundert, wenn Sie da herausgehen und sagen, was ich gesagt habe und was nicht. Denn sonst hören Sie eigentlich recht gut zu. *(Abg. Robert Hergovich: Ja.)*

Ich bin da drüben gestanden und habe davon gesprochen, wie im Burgenland zum Beispiel in Photovoltaikanlagen investiert werden sollte. Und Sie kommen und sagen, Sie sind sehr verwundert, dass ich nur über den Bund spreche. *(Abg. Robert Hergovich: Haben Sie.)* Also einfach zuhören, was ich sage, dann fehlt Ihnen das nicht.

Und das Zweite ist, ich bin auch darauf eingegangen, warum wir im Bund jetzt nicht für eine dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes sind. Ich habe das erläutert. Sie sagen, Sie sind sehr verwundert, wie das ist. *(Abg. Robert Hergovich: Sie dürfen über den Bund sprechen.)* Hören Sie mir einfach zu, dann müssen Sie weniger verwundert sein.

Das ist meine Bitte, weil es wird oft zu einem Pult gegangen, dann wird gesagt, wir sind ganz gegen etwas, was jemand anderer nie gesagt hat und das macht die Diskussion dann schwieriger.

Danke schön. *(Beifall bei einigen Abgeordneten der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung, Hoher Landtag.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mittlerweile zwei, im Verlauf der heutigen Debatte eingebrachten, Abänderungsanträge vor.

Ich lasse daher zuerst über den von Herrn MMag. Petschnig eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich komme zum nächsten Abänderungsantrag. Ich lasse nun in der Folge über den vom Herrn Landtagsabgeordneten Mezgolits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt ist somit mehrheitlich gefasst.

**7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 39) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft (Zahl 22 - 39) (Beilage 76)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Nunmehr sind wir beim 7. Punkt der Tagesordnung.

Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 39, zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft, Zahl 22 - 39, Beilage 76.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Sodl** (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft, in seiner 02. Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Berichterstatter. Nunmehr steigen wir in die Debatte ein.

Als erste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Darf ich Sie, Frau Abgeordnete, herüberbitten.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich habe mich nicht immer als Erste zu Wort gemeldet, ich werde immer als Erste eingeteilt und es kommt halt manchmal nachher dazu, dass ich dann noch etwas nachzutragen habe.

Wir sind jetzt beim Tagesordnungspunkt mit einem neuerlichen Antrag der SPÖ zur Abfederung von Folgen für die Wirtschaft und hier haben wir zwei Anliegen angesprochen. Zum einen geht es darum, dass die SPÖ gerne Doppelförderungen ermöglichen möchte und zum zweiten, dass die Schwellenwerteverordnung geändert wird.

Der Landeshauptmann hat in seiner Rede zum SPÖ-Regierungsprogramm gesagt, ich zitiere: "Wir werden aus Transparenzgründen eine zentrale Förderstelle schaffen, um Doppelförderungen zu unterbinden". Das finde ich gut und zu unterstützen. Jetzt kommt ein Antrag der SPÖ, der ausdrücklich Doppelförderungen ermöglichen möchte hier in Bezug auf die Förderungen in der Covid-19-Krise.

Aber es geht darum, wer im Land Förderungen bekommen hat, soll im Bund auch welche bekommen können und umgekehrt. Für mich ist halt die Frage, für wie viele trifft das überhaupt zu und sollte nicht gerade die Landesförderung für jene da sein, die eben

durch andere Fördermittel im Bund jetzt irgendwie doch nicht ganz dran gekommen sind, weil es ja da immer wieder auch Lücken gibt.

Das merken wir ja auch. Es gibt immer irgendwelche Sonderfälle, die dann doch nicht in den Härtefall-Fonds passen. Da muss dann nachgebessert werden. Aber trotzdem ist ja ein Land genau dafür da, dort helfen zu können, wo der Bund gerade nicht helfen kann.

Deswegen ist mir nicht nachvollziehbar, warum jetzt plötzlich die SPÖ diese Kehrtwende macht und ausdrücklich will, dass Doppelförderungen möglich sind, wenn es doch eigentlich grundsätzlich das Anliegen der SPÖ ist, diese zu unterbinden oder zumindest das Anliegen vom Landeshauptmann.

Der zweite Punkt ist zur Schwellenwerteverordnung. Sie werden uns das sicher erklären, Herr Kollege. In dem Fall bin ich schon sehr neugierige darauf. Das zweite Anliegen geht zur Schwellenwerteverordnung. Das finde ich auch sehr spannend. Die Rechnungshöfe kritisieren ja immer wieder, dass im Bereich der Direktvergabe sehr viel Geld versickert, insbesondere, weil die öffentlichen Auftraggeber kaum Vergleichsangebote einholen würden, um dann zu prüfen, ob ein Preis auch angemessen ist.

Wir haben jetzt einen Schwellenwert bei 100.000 Euro. Darunter kann frei vergeben werden. Darüber muss es Ausschreibungen geben, muss verglichen werden. Mit einer Erhöhung dieses Schwellenwertes für Direktvergaben werden meiner Meinung nach der Transparenzgrundsatz und der Sparsamkeitsgrundsatz des Vergaberechts konterkariert.

Besonders bei Aufträgen mit grenzüberschreitenden europäischen Interessen, was ja im Burgenland sehr oft der Fall ist. Der Schwellenwert von 100.000 Euro unter dem direkt an Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer vergeben werden kann, ist in Österreich von allen EU-Ländern sowieso schon der höchste. Eine Erhöhung ist damit wahrscheinlich auch EU-rechtlich problematisch und das wäre, wenn das überhaupt sozusagen mehr sein soll als eine Frage um das zur Diskussion zu bekommen, etwas was nur marginal möglich wäre.

Eine Erhöhung des Schwellenwertes erzeugt also mehr Intransparenz und kann dann die Folge haben, dass es für das Land unwirtschaftlich ist und das muss man dazu sagen, ist ein neuer Boden für „Freunderlwirtschaft“.

Jetzt regiert die SPÖ im Burgenland sowieso schon mit absoluter Mehrheit, also mit umfassender Macht in vielen Verfahren, mit vielen Entscheidungsfreiheiten. Wir sehen ja, was alles am Landtag vorbei, an der parlamentarischen und demokratischen Kontrolle geschieht. Und dafür, für dieses sowieso schon Alleinregieren, will sich jetzt die SPÖ auch noch mehr Freiheiten in der Vergabe von Aufträgen herausnehmen.

Eine Oppositionspartei darf so einem Ansinnen, das Macht über Auftragsvergaben und die Verteilung von Steuergeldern der Regierung ausweitet, sicher nicht zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Nunmehr ist der Herr Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge noch zur vorangegangenen Debatte, die ja ohnehin jetzt ineinandergreifen. Zum einen, Klubobmann Hergovich ist jetzt leider

nicht da. 1.700 Euro nachsteuern, ja, hätte natürlich unsere Zustimmung gefunden, keine Frage, steht nur so im Antrag nicht drinnen.

Also vielleicht, wenn man sich da ein bisschen mehr, oder deutlicher artikuliert. Das würde uns die wechselseitige Zustimmung unserer Anträge, glaube ich, wesentlich erleichtern und auch eine bessere Unterstützung in der Außenwirkung erzeugen.

Das Zweite, der Kollege Mezgolits, der ist jetzt auch nicht da. Ja, ich glaube das war seine erste Rede, aber auf zwei Skurrilitäten darf ich dann doch hinweisen.

Das Erste ist, er hat gesagt, es wird an der Krise, ich hoffe an der Bewältigung der Krise, unbürokratisch gearbeitet. Ja, dass das nach zwei Monaten an der Zeit ist, das möchte ich wohl unterstreichen. Ich kann nur erinnern, dass viele, viele Unternehmerinnen und Unternehmer und viele andere betroffene Personen bitter darauf warten und sich bitter darüber beklagen, dass immer noch nichts ausbezahlt wird und wenn was ausbezahlt wird, dann nur in sehr minderen Mitteln. Da geht es nicht einmal um Arbeitnehmer oder Unternehmer, sondern es betrifft querbeet alle möglichen Betroffenen.

Wir haben heute viel über privaten Konsum und alles Mögliche gesprochen. Einfach einmal die ohnehin beschlossenen Hilfen auch effizient zur Auszahlung zu bringen, wäre ein geeigneter Schritt dagegen. Und ob da jetzt wirklich die Wirtschaftskammer die richtige Wahl war, das wird sich erst im Nachhinein herausstellen. Bis dato ist es offensichtlich nicht.

Das Zweite was er gesagt hat, naja, eine Steuerreform gehört vorgezogen. Das finde ich insofern recht lustig, als diese Steuerreform zumindest die entsprechenden Absätze im Regierungsprogramm, auf Bundesebene wohl gemerkt, eins zu eins das übernehmen, was 2017 zwischen Türkis und Blau ausverhandelt worden ist. Ich hatte damals die Ehre, selbst in der Verhandlungsgruppe zu sitzen. Das war im Dezember oder im November 2017. Wir schreiben jetzt den Mai 2020. Also hier von Vorziehen zu sprechen, ist doch von der Zeitachse her ein bisschen seltsam.

Also ich glaube, dass man da hier wirklich einmal die Beine in die Hände nehmen könnte und hier endlich die Beschlüsse fassen sollte, damit man hier auch die Wirtschaft und die Nachfrage entsprechend unterstützt.

Zum vorliegenden Antrag. Es geht jetzt um die Unterstützung der Wirtschaft, nachdem wir den Arbeitsmarkt in den Gemeinden schon gehabt haben. Es geht im Prinzip um zwei Punkte. Das Eine, die bereits erwähnte Schwellenwerteverordnung. Ich sehe das nicht ganz so negativ. Natürlich kann man immer das im negativsten Licht oder unter Berücksichtigung aller möglichen Malversationen sehen, da gebe ich Ihnen schon Recht, Frau Kollegin. Aber ich sehe diesen Punkt nicht so negativ.

Etwas anderes ist es mit dem Punkt hinsichtlich der Überbrückungskredite, hinsichtlich der 30 Millionen, die prinzipiell ja sehr positiv sind. Aber da hat die Kollegin Petrik vollkommen richtig gesagt, dass hier jetzt oft eine Doppelförderung, die von allen Rechnungshöfen immer kritisiert worden ist und die auch von Finanzministern, ich denke an die Transparenzdatenbank vom ÖVP Finanzminister Pröll damals, da schon vor über zehn Jahren, um genau solchen Phänomenen entgegenzutreten, schon insinuiert worden ist.

Dass man das jetzt praktisch über den Antrag wieder zurücknehmen will, das halte ich doch für wesentlich übertrieben und unpassend.

Ich glaube, wir haben heute schon viel davon gesprochen, dass das Geld ja ohnehin knapp ist. Wir wissen nicht, wie man es finanziert. Also über Monetarisierung der

Staatsschuld. Aber das ist ja nur eine zeitliche Verlagerung. Das wird irgendwann sowieso wie in der Realwirtschaft auftreffen. Wie man das finanziert und ich bin da schon bei mir, dass man da diese Punkte oder diese Mittel, die man zur Verfügung stellt von Bundesseite, von Landesseite, möglicherweise auch von Gemeindeseite, dass man die möglichst fokussiert dorthin zur Wirkung bringt, wo sie auch hingehören.

Das heißt, wo man im eigenen Zuständigkeitsbereich arbeitet. Wo man vielleicht die eigenen besonderen Umstände auf Landesebene zum Beispiel berücksichtigen kann und hier entsprechend sich darauf konzentriert und nicht Doppelförderungen beschließt, die natürlich dann alle treffen. Also alle die auf Bundesebene begünstigt werden, werden voraussichtlich auch von Landesebene begünstigt werden. Also da so ein bisschen einen Adabei-Charakter. Das halte ich nicht für gar so klug.

In diesem Sinne darf ich noch einmal einen Abänderungsantrag einbringen. Ich darf wieder die Beschlussformel verlesen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

1. erstens die Inanspruchnahme einer Förderung aus den Mitteln des Landes zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 für die burgenländische Regionalwirtschaft unter strikter Vermeidung von Doppelförderungen dort zu ermöglichen, wo der Härtefallfonds oder andere Unterstützungsmaßnahmen des Bundes nicht zum Tragen kommt,

an die Bundesregierung heranzutreten,

*2.* diese möge eine rasche und unbürokratische Auszahlung der Hilfe an die Betriebe sicherstellen und verfassungsrechtliche Mängel schnellst möglich beheben,

*3.* diese möge an die Justizministerin herantreten, diese möge die Schwellenwerte in der bestehenden Schwellenwerteverordnung 2018, BGBl. II Nr. 211/2018 erhöhen, sowie deren Geltungsdauer bis zum 31.12.2022 ausdehnen.

*(Beifall bei der FPÖ – Der Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig und Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächste Rednerin darf ich die Frau Landtagsabgeordnete Melanie Eckhardt aufrufen.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete MSc Melanie Eckhardt** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuschauer! Es freut mich heute sehr, meine erste Rede im Landtag halten zu dürfen. Mir persönlich ist es ein besonderes Anliegen hier zu betonen, Wirtschaft sind wir alle gemeinsam.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vor allem mit den Kunden. Denn wenn sie in kleine Geschäfte vor Ort, den ansässigen Bäcker, den Tischler, beauftragen, dann bleibt die Wertschöpfung im Burgenland und es können Arbeitsplätze gesichert werden. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen.

Unsere Bundesregierung hat schnell gehandelt. Es wurde ein 38 Milliarden Hilfspaket von der Regierung geschnürt. Es wurde die Kurzarbeit ermöglicht. Ein Familienhärtefonds wurde eingerichtet und seit Anfang Mai ist es auch möglich, den Fixkostenzuschuss zu beantragen.

Für ein erfolgreiches Comeback Österreichs wurden gemeinsam mit den Sozialpartnern drei Ziele festgelegt. Steuerentlastung für arbeitende Menschen, Entlastung für die Wirtschaft und Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Regionalisierung. Ich möchte hier auf die einzelnen Themen noch genauer eingehen.

Bei der Steuerentlastung für arbeitende Menschen. Hier sollen speziell kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, damit arbeitenden Menschen mehr zum Leben bleibt. Diese Reform kommt rascher als ursprünglich angekündigt.

Entlastungen für die Wirtschaft. Hier wird gemeint, dass Rahmenbedingungen für Unternehmen so angepasst werden sollen, damit sie auch in dieser schwierigen Phase betriebswirtschaftlich funktionieren können. Damit sollen bestehende Arbeitsplätze gerettet und eventuell auch neue geschaffen werden.

Bei Investitionen in Klimaschutz, in Digitalisierung und Regionalisierung. Damit sollen wirtschaftliche Anreize für Investitionen im Standort Österreich geschaffen werden. All dies kann ich hier nur unterstützen. Aber ich erwarte mir auch vom Land ein Maßnahmenpaket für Wirtschaft und Arbeit im Burgenland. Ich habe hier ein paar spezielle Vorschläge. Eine Unterstützung könnte so ausschauen.

Betreffend Standortpolitik für das Burgenland. Für Privatwirtschaft muss die kollektivvertragliche Sozialpartnerschaft gelten. Wir sind auch der Meinung, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair entlohnt werden müssen. Aber das muss über Kollektivvertragsverhandlungen mit den Sozialpartnern verhandelt werden. Alles andere ist Polemik.

Weiters darf es keine generelle Verstaatlichung von Pflegeleistung geben, sondern öffentliche und private Leistungserbringer sollen unter denselben Voraussetzungen arbeiten können.

Es soll eine burgenländische Bauoffensive, Vorziehen von Bauvorhaben, Entschuldigung, im Bereich Hochbau, Tiefbau und Infrastruktur geben. Für den Tourismus kann es einerseits die Tourismusförderungsbeiträge vorzeitig, was baldmöglichst geschehen sollte, ausbezahlt werden oder auch die Abgaben für 2020 könnte das Land übernehmen.

Beim Digitalisierungspaket ist es natürlich klar, dass flächendeckender Breitbandausbau und die Förderung von digitalisierten Arbeitsplätzen, wie es auch die Arbeiterkammer vorschlägt, wichtig wären. Aber wir könnten auch eine Beratungsförderung für Betriebe, die aufgrund der Krise einen Umstrukturierungsbedarf haben, die könnten wir mit burgenländischen, zertifizierten Unternehmensberaterinnen und Unternehmensberatern unterstützen.

Ein weiterer Vorschlag für ein Maßnahmenpaket zur Belebung der burgenländischen Orts- und Stadtzentren nach der Corona-Krise, der zum Beispiel vom Land angeboten werden kann damit das Bewusstsein geschaffen wird, dass viele Kleinst- und Kleinunternehmen gestärkt werden, aber auch der Umweltgedanke "Fahr nicht fort, kauf vor Ort" soll unterstützt werden.

Viele von den kleinen Betrieben haben aufgrund der Corona-Krise schon ihr Angebot auf Online umgestellt und präsentieren jetzt ihre Produkte schon online. Hier

könnte mit einer digitalen, lokalen Offensive für diese Betriebe eine Unterstützung gewährt werden. Zum Thema Förderungen kann ich nur sagen, die burgenländische Wirtschaft ist über jede Unterstützung dankbar, aber auch sinnvolle Investitionen sind hilfreich.

Sinnvolle Investitionen, ich glaube die burgenländischen Gemeinden wissen was sinnvolle Investitionen sind, und nicht Straßenbauprojekte die keiner braucht. Also ich nehme an, diese Kompetenz haben sie alle. Gerade auf Gemeindeebene soll es möglich sein, deshalb braucht es finanzielle Unterstützung für die Gemeinden einerseits und andererseits für die Rahmenbedingungen für Investitionen.

Vor allem hier wird auf Regionalität geschaut. Aufträge für die Baufirma, den Fliesenleger, den Spengler, Tapezierer und Installateur werden meistens in den Gemeinden beziehungsweise in der näheren Umgebung vergeben, denn dann werden auch die Arbeitsplätze in der Region erhalten. Dazu muss der Schwellenwert der Vergabeverordnung noch längere Zeit gelten.

Darum kann ich abschließend nur noch einmal betonen, dass wir alle gemeinsam versuchen müssen, ein Maßnahmenpaket für Wirtschaft und Arbeit zu ermöglichen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Hutter** (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer zu Hause vom Internet! Bevor ich jetzt zu meinem Redebeitrag komme, möchte ich noch ganz kurz auf diese Dringliche Stunde der ÖVP eingehen und möchte, Dir lieber Klubobmann Ulram sagen: "Ja, stimmt." Ich habe schon einen kleinen Teil dazu beigetragen, dass wir hier die absolute Mehrheit haben und darauf bin ich ja auch stolz. *(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPÖ)*

Aber ich glaube genauso einen Beitrag hat auch der Innenminister, der Karl Nehammer, dazu beigetragen, der hat auch ein bisschen etwas gebracht, glaube ich, und ja und eines auch noch, damit ich das abschließe diese Dringliche, ja, ich habe es nie verheimlicht, nie, dass die Gemeinde Bad Sauerbrunn natürlich dementsprechende Schulden auch hat.

Aber mit diesem Geld sind wir ja nicht in Urlaub gefahren in Sauerbrunn, sondern dieses Geld haben wir in die Wirtschaft investiert, dieses Geld haben wir in einen der zwei Kurorte investiert, die es im Burgenland gibt. Ich glaube, die sind ein wesentlicher Bestandteil unseres Tourismus hier im Burgenland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun zu unserem heutigen Thema betreffend Maßnahmen zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft. Natürlich fordert die größte Gesundheitskrise unserer Zeit einen enormen Tribut und hat nicht nur gesundheitliche Auswirkungen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen sind eigentlich noch gar nicht abzusehen.

Ich habe mir gestern die Zeit genommen und habe einen halben Tag damit verbracht um zu recherchieren, wie es eigentlich so in anderen Ländern ausschaut und im speziellen Fall auch in unserem Nachbarland in Deutschland. So wie es da um die Gesundheit auch steht, um die Wirtschaft steht.

Wie in allen anderen Ländern auch, braucht es natürlich ein Bündel an Maßnahmen um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die wirtschaftlichen Folgen für alle Betroffenen abzufedern. Die verschiedenen Länder, die verschiedenen Regionen,

sind unterschiedlich geprägt. Ein Land, beziehungsweise eine Region eben mehr industriell, eine mehr touristisch, das andere Land wieder mehr landwirtschaftlich oder ist mehr agrarlastig.

Von beiden Leitbildern der freien Marktwirtschaft nach Nikolaus Halm beziehungsweise von der sozialen Marktwirtschaft frei nach Alfred Müller-Armack oder vom Ludwig Erhard haben wir uns in der Weltwirtschaft schon lange verabschiedet.

Die Vorteile einer freien Marktwirtschaft sind natürlich insbesondere die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die hohe Güterversorgung und das zu realisieren auch, gleichzeitig aber die Nachteile wie die Zerstörung, den zerstörerischen Wettbewerb, Ballung wirtschaftlicher Macht und unsoziale Auswirkungen von Marktprozessen zu vermeiden, um das Ziel damit nicht aus den Augen zu verlieren, bei einer sozialen Marktwirtschaft den größtmöglichen Wohlstand sowie die bestmögliche soziale Absicherung zu erlangen.

Diese Werte wurden in vielen Ländern dem Neokapitalismus und in weiterer Folge dem Kapitalismus schuldend schon lange über Bord geworfen. Übrigens der größte theoretische, der theoretische Unterschied zwischen der freien Marktwirtschaft und der sozialen Marktwirtschaft ist das aktive beziehungsweise passive Verhalten des Staates. Beim Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen kommen wir nun aber zu den Maßnahmen.

Die Maßnahmen um gegen wirtschaftliche Folgen verstärkt anzukämpfen. Das Fundament der burgenländischen Wirtschaft bilden nun einmal die Klein- und Mittelunternehmen, das sind die EPU's im Burgenland. Die meisten arbeiten hier im Dienstleistungssektor und genau die im Dienstleistungssektor, die sind natürlich auch die am stärksten Betroffenen.

Die können nicht ihre Rückstände wieder aufholen wie etwa Produktionsunternehmen, die durch die Steigerung der Produktion Ausfälle von Wochen und Monaten vielleicht wieder irgendwann einmal egalisieren können. Dadurch entsteht natürlich eine Abwärtsspirale. Wir seitens des Landes versuchen ja, auch mit einem Unterstützungspaket in der Höhe von 30 Millionen Euro dagegenzusteuern.

Wenn vom Kanzler Kurz, weil er heute ja auch schon so oft zitiert wurde, angesprochen wurde das Motto "Koste es was es wolle" dann frage ich mich schon wie das sein kann, dass man hier um Landesmittel ansucht um Existenzen aufrechtzuerhalten, aber diese Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Land nicht möglich sind, wenn man bereits beim Bund um solche Mittel angesucht hat.

Das ist, meine Herrschaften, das ist meiner Meinung nach schlichtweg der falsche Weg. *(Abg. Mag. Géza Molnár: Schweinerei!)* Das darf ich da nicht sagen. Die Inszenierung, die Darstellung, meine Damen und Herren, die Darstellung und Inszenierung der Wirtschaftshilfen und der Angstmacherei der türkis-grünen Bundesregierung bekommt von mir heute, hier einen römischen Einser mit einem Sternderl, gratuliere das ist wirklich gut.

Die Umsetzung jedoch und da berücksichtige ich auch schon, dass es ein Ereignis ist welches in dieser Dimension natürlich noch nicht da war, leider ein Nicht Genügend vor allem unter diesem Aspekt beziehungsweise unter dem Stolperstein, da sollten Landesmittel bereits ausgelöst worden sein, dass der Unternehmer beim Staat durch die Finger schaut. Beim Vergleich der Wirtschaftsunterstützung stellen wir uns gerne auf Bundesebene, stellen wir uns immer gerne als Weltmeister dar.

Ein Vergleich mit unserem Nachbarland Deutschland öffnet uns aber dann mitunter etwas die Augen. Wenn wir die Zehnteln jetzt weglassen, damit wir es einfach rechnen

können, ist unser Nachbarland Deutschland zehnmal so groß, 9,4, in dem Fall zehnmal. Wir haben ein Bruttoinlandsprodukt von 400 Milliarden in Österreich, die Deutschen haben ein Bruttoinlandsprodukt von 3.440 Milliarden, da sind wir beim 8,6fachen. Angekündigte Hilfen bei uns sind 38 Milliarden, ja das ist mir schon bewusst, dass das natürlich eine Riesensumme ist, keine Frage.

In unserem Nachbarland Deutschland sind es 650 Milliarden, das ist 17,1mal so viel. Die Hilfspakete für kleine Unternehmen machen bei uns in Österreich zwei Milliarden aus, in Deutschland sind es 50 Milliarden, Liquiditätshilfen, Kredite, Haftungen, Stundungen 15 Milliarden haben wir in der Notfallshilfe, zehn Milliarden sind Stundungen, in Deutschland sind es rund 600 Milliarden das ist 26mal so viel umgerechnet pro Kopf.

In der Kurzarbeit haben wir fünf Milliarden, das ist jetzt aufgestockt, das wissen wir, in Deutschland ist die Kurzarbeit unbegrenzt. Deutschland gewährt das 2,5fache an Hilfe der EPU'S und Kleinstunternehmen und wenn wir das jetzt hier weiterklären, dann haben wir folgendes. Minimale Auszahlung pro Betroffenen bei uns ist 1.500 Euro in Österreich, in Deutschland sind es 9.000 Euro.

Das geht immer wieder bei EPU's bis zu fünf Mitarbeitervollzeitäquivalente, maximale Auszahlung für drei Monate haben wir in Österreich 6.000 in Deutschland sind es 15.000 Euro und da reden wir jetzt wieder von Doppelförderungen. Also ich muss Euch ehrlich sagen, ich verstehe es nicht. Wir stehen vor der größten Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1930. Die Betriebe brauchen Klarheit, das ist selbstverständlich, und rasche unbürokratische Hilfe und das in einer Größenordnung, die es ihnen möglich macht wieder aufzusperren, sobald wir das Virus wieder halbwegs unter Kontrolle haben und ich denke dieser Punkt ist erreicht.

Die Burgenländische Landesregierung hat daher ein Corona-Unterstützungspaket in der Höhe von 30 Millionen Euro für die burgenländischen Betriebe geschnürt. Dieses Hilfspaket besteht aus Überbrückungshilfen, Haftungsprogramm und Gewährung von Kleinkrediten sowie dem Corona-Härtefonds. Die Zuweisung der Mittel erfolgt über die WiBuG, bei der auch die Infopoints besetzt sind und die auch Samstag und Sonntag arbeiten.

Sehr geehrte Frau Kollegin, liebe Melanie Eckhardt, ich weiß nicht ob Du den Geschäftsführer der WiBuG den Mag. Zagiczek persönlich kennst, ich weiß auch nicht, wie weit Du persönlich die Arbeitsabläufe und die Organisation, wie weit Du hier Einsicht hast.

Eines weiß ich aber mit Sicherheit, über die Abwicklung der WiBuG von Ausfallsbürgschaften und die damit einhergehende rechtliche Situation hast Du keine Ahnung und ich glaube auch, dass das nicht aus Deiner Feder kommt, sondern das Dich da Deine männerdominierten Landtagskollegen massiv aufs politische Glatteis geführt haben. Es hat nämlich auch keine Gegendarstellung mehr gegeben, nachdem was der Zagiczek geantwortet hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was nimmst Du?)*

Ich kenne den Geschäftsführer Zagiczek von der WiBuG mittlerweile doch gut und kann ihm und seinem Team für die bisherige Arbeit im Rahmen der Corona-Covid-Krise nur gratulieren. Alexander, es passt zwar nicht hundertprozentig jetzt zum Thema, aber zum Wirtschaftlichen passt es allemal. Übrigens, Dir glaube ich es sicher nicht, dass es Dir untergejubelt wurde. Dazu hast Du zu viel Erfahrung beziehungsweise bist Du zu lange bereits im politischen Geschäft hier tätig.

Daher ist es auch umso verwunderlicher, Lieber Alexander Petschnig, dass Du behauptest, dass das Unternehmen „Sanochemia“ künstlich mit Mitteln aus dem

Tourismusbudget am Leben erhalten wird. Mach Dir bitte keine Sorgen! Wir haben ja das heute schon in der Fragestunde diskutiert *(Zwischenruf des Abg. MMag. Petschnig)* und thematisiert, dass das hier keine Gelder vom Tourismus sind.

Es ist auch interessant, der moralische Zugang vom Kollegen Fazekas diesbezüglich in der Fragestunde, was die Gläubiger betrifft.

Es ist kein strauchelndes Fitnesscenter und es wird daher auch von Mitteln aus dem Tourismusfonds nicht finanziert, sondern ist ein Unternehmen, welches in Schwierigkeiten gekommen ist und demnach nach eingehender, detaillierter, wirtschaftlicher, technischer und juristischer Bewertung der Fortbestand mit Kapital aus dem für solche Fälle vorgesehenen Wirtschaftsförderungsbudget ermöglicht wird.

Damit wir das auch noch einmal klargestellt haben. Übrigens, unsere Überlegungen bezüglich Unterstützung, Förderung und Ausrichtung der burgenländischen Wirtschaft, ja und viel weiter, eigentlich geht es in die Richtung, unsere Anliegen sind zukünftig in eine Ökologisierung und Forschung der burgenländischen Wirtschaft massiv zu investieren. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner und des Abg. Johann Tschürtz)*

Weitere wichtige Hilfestellung für unsere Wirtschaft sind natürlich auch die Vergaben, die Direktvergaben, die möglich sind, das ist die Schwellenverordnung.

Die bestehende Schwellenverordnung und die darin im Verhältnis zu den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes deutlich angegebenen Schwellenwerte für Direktvergaben haben in der Praxis maßgeblich dazu beigetragen, dass öffentliche Aufträge rasch und unkompliziert unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Vorschriften an lokale Unternehmen vergeben werden können.

Ich kann jetzt auch nicht das nachvollziehen, Frau Kollegin Petrik, wie Du darauf kommst, dass hier irgendwie gemunkelt wird, dass man da bei diesen Schwellenwerten, wenn man die nicht erhöht, wenn die so bleiben wie sie sind, dass dadurch Steuergeld irgendwie veruntreut wird, dass das nicht richtig verwendet wird. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: „Veruntreut“ habe ich nicht gesagt. – Abg. Johann Tschürtz: Hat sie nicht gesagt.)*

In dieser Schwellenverordnung gibt es Direktvergaben, es gibt ein nicht offenes Verfahren und es gibt Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung. Und in all diesen Verfahren ist es natürlich Grundvoraussetzung, dass hier die dementsprechenden Angebote auch eingeholt werden, das ist ja selbstverständlich.

Die Grenzen diesbezüglich sind zurzeit im Bundesvergabegesetz, bei der Direktvergabe 50.000 bis 75.000 Euro, in der Verordnung sind es 100.000 Euro. Bei den nicht offenen Verfahren, ohne vorherige Bekanntmachung, sind es im Bundesvergabegesetz 300.000 Euro. In der Verordnung sind es eine Million Euro.

Diese Schwellenverordnungen enden mit 31. 12. 2020. Übrigens gibt es hier ja auch österreichweit, was die Wirtschaftslandesräte betrifft, einen Schulterschluss, und in dieser Schwellenwerteverordnung hat es auch in den letzten zehn Jahren keine Änderung gegeben.

Daher ist es auch wichtig, unserer Meinung nach, dass wir diese Schwellenwerteverordnung nicht nur verlängern, wie das in den letzten Jahren immer wieder passiert ist, sondern dass diese Werte auch erhöht werden.

Daher stellen wir den Antrag:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge:

Erstens, eine Inanspruchnahme einer Förderung aus den Mitteln des Bundes und des Landes ermöglichen und

zweitens, an die Justizministerin heranzutreten, diese möge die Schwellenwerte in der bestehenden Schwellenwerteverordnung 2018, BGBl. II Nr. 211/2018, erhöhen sowie deren Geltungsdauer bis zum 31. 12. 2022 ausdehnen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bevor ich Ihnen, Herr Abgeordneter MMag. Petschnig, das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung gebe, zwei klare Hinweise:

Ich weiß, dass der Herr Abgeordnete Molnár, der gerade rausgegangen ist, das Wort „Schweinerei“ als Zwischenruf zwar verwendet hat, nett war die Absicht, dass es scherzhaft war, aber uns hört ganz Burgenland zu, ich möchte das so nicht stehen lassen. Das gehört nicht in den Landtag!

Und, Herr Abgeordneter Steiner, ich muss Sie ganz klar zurechtweisen. Sie sagen da ganz laut: „Was nimmst Du?“ Okay, nette Frage. Das gehört nicht hierher! Ich darf Sie ersuchen, jetzt haben wir 15.35 Uhr, eine wichtige demokratische Debatte, bleiben wir bitte bei den Worten, die der Würde des Hauses entsprechen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber entschuldigen Sie, Frau Präsidentin, das lasse ich mir von Ihnen aber nicht vorschreiben, was ich sage und was ich nicht sage.)*

Gerne. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn Sie glauben, das verdient einen Ordnungsruf, dann geben Sie mir einen!)* Ich habe Sie zurechtgewiesen, das müssen Sie wohl von mir annehmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen meine Reaktion auch annehmen.)*

Gott sei Dank bin ich Demokratin genug, dass ich sehr vieles zulasse, nur das geht nicht, einen Abgeordneten, einen demokratisch gewählten Abgeordneten, genauso wie Sie einer sind, zuzurufen: „Was nimmst Du?“ Das haben wir alle nicht notwendig.

Also noch einmal, die Klarstellung für beide Abgeordneten.

Ich habe jetzt eine tatsächliche Berichtigung vom Herrn Abgeordneten MMag. Petschnig als Wortmeldung vorliegen.

Die Regelung für eine tatsächliche Berichtigung kennen Sie bestens.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin, wird nur einige wenige Sekunden dauern.

Sehr geschätzter Kollege Hutter, ein kleiner Aspekt nur, Du hast gesagt, Du wärst verwundert, war glaube ich, die richtige Wortwahl, dass ich gesagt hätte, dass die Mittel aus der Sanierung für „Sanochemia“ aus der Tourismusförderung kämen.

Ja, das habe ich gesagt, ich habe mich dabei aber gestützt auf die Beantwortung der schriftlichen Anfrage durch den Landesrat Illedits, wo ich ihn genau das gefragt habe, kann jeder nachlesen.

Ich glaube, das wird dann an jeden Damen und Herren Abgeordneten versendet, auch an Dich. Wenn Du dann nachlesen magst, da steht zwar nur eine Voranschlagsposition, also ein Zahlencode, aber wenn man dann nachschaut im Landesvoranschlag, sieht man, dass der dahinterliegende Text, das die Kontobezeichnung „WiföG-Tourismusförderung“ mit 1,8 Millionen belegt. 1,2 Millionen sind daher davon genommen worden.

Das habe ich hier gesagt, und ich glaube, das ist auch nachvollziehbar. *(Beifall bei der FPÖ - Abg. Gerhard Hutter: Wurde von Zagiczek ausgeführt.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Tatsächliche Berichtigung ins Protokoll.

Meine Damen und Herren! Es gibt keine weitere Wortmeldung. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst einmal liegt der Abänderungsantrag vom Herrn Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig vor. Ich lasse daher über diesen Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Damit ist der Abänderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters stattgeben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung, meine Damen und Herren, betreffend Maßnahmen zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft ist somit mehrheitlich gefasst.

**8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 42) betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise (Zahl 22 - 42) (Beilage 77)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Nunmehr sind wir beim 8. und letzten Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 42, betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise, Zahl 22 - 42, Beilage 77.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Markus Ulram.

General- und Spezialdebatte werden wir unter einem durchführen.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Markus Ulram (ÖVP):** Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Der Rechtausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner** *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir haben jetzt einen Tagesordnungspunkt, wo es tatsächlich um das geht, was hier im Burgenland geschieht, nämlich wie kontrolliert wird, in welcher Weise. An wen, mit welchen Kriterien, die Burgenländische Landesregierung die Gelder, die COVID-19-Fälle betreffen, ausschüttet.

Es ist sehr interessant, weil ich habe auch an anderen Stellen schon darauf hingewiesen, während in allen Landtagen quer durch Österreich die Landesregierung etwas in die Landtage einbringt, das dann dort debattiert wird, Pakete beschlossen werden, Fördergelder beschlossen werden vom Landtag, wo das auch gemeinsam getragen werden kann, ist es im Burgenland so, dass wir über die Medien erfahren, die Landesregierung hat jetzt einen Topf von 30 Millionen Euro und der wird in Härtefällen ausgeschüttet.

Das ist schon gut - dagegen hat ja niemand etwas -, dass grundsätzlich die Landesregierung hier Geld freigibt, wir wissen aber noch gar nicht, woher das Geld kommen soll, oder wo anders dafür etwas gestrichen wird, das wird auch alles nötig sein.

Jedenfalls ist es genau in so einem Punkt besonders wichtig, dass der Landtag seine Kontrollfunktion gut wahrnehmen kann.

Das heißt, der Landtag hat ja per Verfassung auch die Aufgabe, hier zu kontrollieren, wie Gelder des Landes ausgegeben werden, und deswegen haben wir miteinander als Oppositionsparteien beantragt, dass, wenn wir schon überhaupt nicht gefragt werden bei der Sache, wie so ein Topf aufgestellt werden kann und wie viel da hineinkommen soll und an wen er vergeben werden soll, so wollen wir doch zumindest gut begleitend kontrollieren und mitvollziehen können, wie das Ganze abgehandelt wird.

Das ist keine Frage des Misstrauens einzelnen Personen gegenüber, sondern das ist eine ganz sachliche Frage der parlamentarischen Kontrolle.

Deswegen wollen wir einen Beirat einrichten lassen und zwar nicht einen Beirat der Landesregierung, sondern einen Beirat, bei dem der Landtag darüber verhandelt und befindet, wie er zusammengesetzt ist. Von unseren Vorschlägen her sind da nicht nur die Parteien des Landtages drinnen, da sind dann auch Fachleute drinnen, da wollen wir auch Mitarbeiter vom Rechnungshof einbeziehen, die Sozialpartner einbeziehen, wird vielleicht später noch ausführlicher berichtet werden.

Und was kommt jetzt im Gegenzug, statt, dass die SPÖ sagt, schauen wir mal, ganz so passt es uns vielleicht nicht, also reden und verhandeln wir mal, so tut man das eigentlich in einem Parlament, um hier miteinander eine gute Lösung auszuarbeiten, kommt zuerst einmal in einem Ausschuss ein Antrag über Einsetzung eines Unterausschusses ohne dass es noch überhaupt irgendeinen Verhandlungsgegenstand dazu gibt, das ist überhaupt lustig, und dann kommt also hier ein Abänderungsantrag.

Das heißt, wir haben hier eine am Landtag vorbei agierende, absolut regierende SPÖ, die dann auch noch über die Medien ausrichtet, wie sie gerne möchte, dass die Opposition die SPÖ-Alleinregierung kontrollieren kann. Das ist schon fast mutig, dass man das so zur Schau stellt.

Wir wünschen uns doch eine sehr klare gemeinsame Ausarbeitung eines richtigen Kontrollinstrumentes des Landtages. Wir halten es nicht für sinnvoll, dass die Landesregierung, oder in dem Fall war es sogar der Landeshauptmann persönlich, der das kundgetan hat, dass der Landeshauptmann uns ausrichtet, wie er sich wünscht, dass wir ihn als Landtag kontrollieren dürfen.

Deswegen werden wir natürlich als GRÜNE dem Abänderungsantrag der SPÖ nicht zustimmen und plädieren sehr dafür, dass wir uns gemeinsam daran setzen, ein gutes Instrument aufzustellen, wo der Landtag seine Funktion als Kontrollorgan für die Landesregierung, speziell jetzt für den COVID-19-Fördertopf, wie der das gestalten kann. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Die Frau Abgeordnete Petrik hat das genauso ausgeführt, wo auch die Intention der Oppositionsparteien gelegen ist. Das heißt, es gibt hier 30 Millionen Euro als Wirtschaftshilfe für die Bevölkerung, egal in welcher Form auch immer.

Natürlich sind 30 Millionen Euro ein großer Batzen Geld und wir wollten einen Beirat, der aber nicht von der Landesregierung bestellt wird, sondern einen Beirat des Landtages, wo jede Partei vertreten ist im Beirat und wo auch natürlich die Gelder mittels Tagesordnungspunkte zur Verteilung kommen mit Anregung und mit der Möglichkeit, auch hier einzuwirken.

Leider Gottes gibt es jetzt einen Unterausschuss. Das Wort „Unterausschuss“ ist schon einmal „unten“, ich sage das bewusst so, denn seit ich im Landtag bin, hat es noch keinen Unterausschuss gegeben, das ist zwar gang und gäbe im Parlament in Wien, aber nicht im Burgenland und wir wissen alle, wie die Ausschüsse bei uns ablaufen.

Es wird ein Bericht erstattet und dann kann man sagen, ich bin einverstanden mit dem Bericht oder ich bin nicht einverstanden. Somit wird dieser Bericht dann dem Landtag zugeteilt, und dann kann man noch einmal sagen, ja oder nein.

Das heißt, das Mitwirkungsrecht der Oppositionsparteien ist auf jeden Fall komplett weg und auf null gesenkt, und das wollten wir ohne Populismus einfach anders haben.

Es gibt ja viele Ideen, die man einbringen kann, es gibt ja viele Möglichkeiten, die man haben kann, oder Gestaltungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel in der Bundespartei. In der Freiheitlichen Bundespartei haben wir den Österreich-Gutschein eingebracht, wonach jeder Österreicher einen 1.000 Euro-Gutschein bekommt.

Das heißt, eine Familie mit zwei Kindern, also Mann, Frau und zwei Kinder, hätten damit 4.000 Euro bekommen. Diese 4.000 Euro müsste man bis Jahresende in die Wirtschaft, in die heimische Wirtschaft investieren. Das heißt, davon hat die Bevölkerung etwas, weil sie etwas hat und natürlich auch die Wirtschaft, die die Umsätze macht.

Das würde, glaube ich, um die acht, neun Milliarden Euro ausmachen. Das ist deshalb nicht zu viel, weil dadurch natürlich die Wirtschaft angekurbelt würde. Das würde auch natürlich dem Land Burgenland sehr viel bringen, weil die Burgenländer, jeder der diesen 1.000 Euro-Gutschein bekommt würde natürlich dann im Burgenland einkaufen und die Wirtschaft damit beleben und hätte selbst auch etwas davon.

Aber ich möchte diesen Österreich-Gutschein jetzt nicht auf das Land herunterbrechen, sondern ich möchte damit nur zeigen, dass man natürlich auch Anregungen hat, dass man natürlich auch sagen kann, wo und wie sollte man das Geld besser investieren. Wäre natürlich gut, wenn man Mitsprachemöglichkeit hätte.

Wir wissen ja, dass MMag. Alexander Petschnig als Wirtschaftslandesrat sicher hier einige Ideen hätte. Leider Gottes ist das jetzt nicht der Fall, weil es einen Unterausschuss gibt, und dieser Unterausschuss sagt eh schon alles, das ist irgendwo „unten“. Wir kriegen eine Berichterstattung und dann dürfen wir sagen, gefällt uns oder gefällt uns nicht.

Das heißt, die Opposition ist bei einem Paket mit 30 Milionen Euro für das Burgenland total ausgeschaltet, und das wollen wir nicht.

Deshalb hat man versucht oder haben wir versucht, mittels eines Antrages, einen Beirat einzurichten, der wirklich definitiv Mitspracherecht hat und nicht von der Regierung eingesetzt wird, sondern vom Landtag eingesetzt wird.

Das war es, und nicht mehr und nicht weniger, ohne Populismus! *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Robert Hergovich: Das kann der Landtag nicht, das kann nur die Regierung.)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP) *(der zum Rednerpult vor den Reihen der SPÖ geht)*: *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ein mutiger Mann.)* Vielleicht wirkt die Rede von dieser Seite ein bisschen besser, dann wenn es um die Kontrolle geht.

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Kontrolle muss überall sein und soll auch überall sein, und wir haben heute schon ein Beispiel des Kollegen Temmel gehört, wie das in der Gemeinde funktioniert.

Die Landesregierung, der Landtag gibt Regeln über eine Gemeindeordnung vor, wie in der Gemeinde Kontrolle passieren soll. Was alles angesehen werden darf, was alles kontrolliert werden kann. In Wahrheit - alles.

Alles, was auf der Tagesordnung steht, kann sich der Prüfungsausschuss, wo der Vorsitz *(Abg. Robert Hergovich: Ausschuss. Prüfungsausschuss.)* die zweitstärkste Fraktion führt, kann sich alles in der Gemeinde anschauen. Im Burgenland ist genau das Gegenteil der Fall. Im Burgenland kann man sich so gut wie nichts anschauen.

Wir kennen das aus vielen Rechnungshofberichten, wo bei jedem zweiten drinnen steht, dass eigentlich Auskünfte verzögert wurden, dass Auskünfte für eine Zeit lang verweigert wurden. Wo gewisse Unterlagen, warum auch immer, erst nach drei Monaten beigebracht worden sind, und so weiter. So geht man auch mit dem größten Kontrollhilfsorgan des Landtages um.

Dann haben wir als Opposition - die GRÜNEN, die Freiheitlichen, die Volkspartei - gemeinsam gesagt, wir wollen einen Beirat, eine Kontrolle, ein Kontrollinstrument schaffen, wo wir diese 30 Millionen Euro, die hier vergeben werden, in der Wirtschaft, seien es Haftungen, seien es Direktförderungen, Unterstützungen, einfach wissen, wer kriegt das, wie viel ist das, warum bekommt das wer, und wann hat jemand etwas bekommen.

Postwendend darauf, sagt der Landeshauptmann über die Medien wieder, was man eigentlich vor hat im Burgenland, für eine Kontrolle dazu zu machen, auf Grund des Anliegens der Opposition.

Ich war ein bisschen verwundert, auch über die Präsidentin des Hohen Landtages, welche die erste und höchste Repräsentantin des Hohen Landtages ist, nicht der Regierung, dass man sich gefallen lässt, dass der zu Kontrollierende oder die zu Kontrollierenden in der Regierung sagt, wie man das gerne hätte.

Bei einem Fußballspiel sagt auch nicht der Spieler, welcher ein Foul macht, in einem Zweikampf, war es eines oder war es keines, war es eine gelbe Karte oder ist es doch eine rote gewesen. Das müssen andere entscheiden. Dafür gibt es Mitspieler, und dieser Mitspieler ist in dem Fall die Opposition, in diesem Hohen Haus.

Kommen Sie mir nicht dann in weiteren SPÖ-Rededebattenbeiträgen daher, mit der Erklärung, was ein Beirat ist und was ein Unterausschuss ist.

Sie gehen im Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss her und sagen lautstark, medial, es wird ein Unterausschuss eingerichtet. Der kann gar nicht eingerichtet werden nach der Geschäftsordnung, weil es keinen Gegenstand gibt.

Es kann laut Geschäftsordnung nur ein Unterausschuss eingerichtet werden, wenn es einen Gegenstand gibt. Den gibt es nicht, somit war es eine Schmähparade. Und gut verkauft, wie bei vielen anderen Dingen, ist es medial wieder geworden.

Alle drei Monate soll ein Bericht kommen, na ja, der nächste kommt einmal im September, im besten Fall, und der zweite zu Weihnachten. Mit dem wird es ein bisschen spät sein dann, ob man dann bewerten kann, ob das alles passt oder nicht, ob es vielleicht andere Ideen gibt, wie man das noch erweitern oder anders umsetzen hätte können.

Und das ist nichts anderes, was man sachpolitisch pragmatisch, gemeinsam, die GRÜNEN, die Freiheitliche Partei und die Volkspartei gemeint haben, dass wir begleitend dazu eingebunden werden, wie es bei vielen anderen Dingen auch notwendig und richtig wäre.

Aber das ist wieder durch eine Alleinregierung hier in dem Hohen Hause abgedreht worden, mit einer anderen Idee versetzt und verfranzt worden und unterm Strich eine zahnlose Geschichte daraus gemacht worden.

Wo dann, wie der Kollege Tschürtz schon gesagt hat, irgendwann ein Bericht vorgelegt wird, den debattieren wir vielleicht, wenn wir wieder eingeschränkt tagen irgendwann, dann wird das gleich in einem großen Tagesordnungspaket eingebunden, sodass es ja untergeht, dass man ja nicht darüber berichtet, und so weiter, so wie man es ja schon einmal in dem Hohen Haus gehabt hat.

Das ist nicht verständlich, das versteht auch nicht die Burgenländerin und der Burgenländer und darum gibt es ja auch andere Parteien in dem Hohen Haus, die für die Kontrolle zu sorgen haben.

Das ist unsere ureigenste Aufgabe, aber des gesamten Landtages. Auch die Vertreter der SPÖ haben hier im Landtag als Abgeordnete die Pflicht, Kontrolle auszuüben. Als Kollegialorgan muss die Regierung kontrolliert werden.

Das, wie gesagt, wird wieder verwässert. Jetzt kommen dann die Schlagwörter, nehme ich an, was ein Beirat ist und was ein Unterausschuss ist und so weiter.

Ist in Wahrheit relativ egal, ob wir die Erklärung heute hören oder nicht, Tatsache ist, dass es verwässert worden ist, dass wir hintangehalten werden, Stillschweigen in vielen Fällen wieder wahrscheinlich vereinbart wird.

Das kann nicht der burgenländische Weg sein! Wir wollen alle Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen, wir wollen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen, aber mit einer gescheiten Kontrolle dazu, damit wir wissen, wer hat was bekommen.

Das muss unser Ziel sein und darum stimmen Sie auch unserem Antrag zu. Vielleicht hat das ja auch schon eine Änderung der Meinung gegeben, dass man sagt, vielleicht eine weitere Kontrolle kann ja nicht schaden, wie man heute gemerkt hat in manchen Bereichen sind wir nicht alle sattelfest. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Posch.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dieter Posch** (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Mir wurde ja jetzt quasi schon vorausgesagt, was ich dann hintennach sagen werde. So genau ist es dann nicht, und vor allem, wenn ich mich schon eines Redenschreibers bedienen würde, dann wäre der wahrscheinlich nicht aus der ÖVP.

Aber, die ganztägige Diskussion, die wir heute geführt haben, und ich bin kein einziges Mal, obwohl ich Raucher bin, hinausgegangen, ich war tatsächlich fasziniert, wie inhaltlich zum Teil mit verschiedenen Positionen, aber trotzdem an eine von niemandem vorhersehbare Sache herangegangen wurde und noch immer wird. Und das Ganze machen wir jetzt, glaube ich, seit 10.00 Uhr.

Wenn wir jetzt irgendeinem dieser Menschen oder dieser Firmen oder dieser tatsächlich wirtschaftlich Betroffenen jetzt hier verkünden würden, dass es noch einen Tagesordnungspunkt gibt, wo darüber gestritten wird, ob das jetzt Beirat oder Unterausschuss oder Kontrollausschuss oder sonst was heißen darf, der würde wahrscheinlich flehend jetzt sagen, „Leitl, was wollt Ihr kontrollieren? Ich habe noch gar nichts bekommen.“ *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja, das ist das Problem.)*

Es ist ganz besonders kompliziert und ich rede wirklich mit sehr vielen Menschen, nicht nur mit meinen Roten Falken vom 1. Mai, der heuer nicht stattgefunden hat, auch mit Unternehmen, mit kleinen Betrieben, mit Familienbetrieben, aber auch mit Unternehmen, die für burgenländische Verhältnisse zu Großkonzernen gehören und die auch international vernetzt sind.

Und die haben die wunderbaren Plakate und die Ankündigungen als Hoffnung im Kopf, aber gerade die Kleineren sagen, jetzt wird es schön langsam „gnaschtig“, wir haben ja die Löhne vorfinanziert. Wenn ich von dieser versprochenen und zugesagten und unter Ablieferung dreier diplomierter Antragrichtigstellungen, den Rechtsanwalt und den Steuerberater habe ich schon vorfinanzieren müssen, und jetzt habe ich endlich alles richtig eingereicht und kriege ein Plus nach dem anderen, nur kein Geld, dann wird es für manche dieser Klein- und Mittelbetriebe langsam „gnaschtig“. Und da reichen dann die Überschriften nicht.

Würde ich jetzt einem dieser Betroffenen nach der Landtagssitzung erzählen, worüber wir am Schluss gestritten haben und das weiß ich schon, es soll keine Auflistung sein, was ist der Unterschied zwischen Beirat, was ist der Unterschied zwischen Unterausschuss.

Auch die GRÜNE Kollegin hat sich darüber aufgeregt, was ein Unterausschuss sein soll, der erst ermöglicht die Teilhabe auch relativ überschaubarer, größerer Parteien, auch die GRÜNEN haben durch diesen Unterausschuss das Recht, in diesem Ausschuss teilzuhaben.

Der Beirat ist in Wahrheit, das wissen alle, heißt auch so, ein Beirat und hat aber nicht die Kontrollfunktion des Landtages. *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Das andere ist ein Unterausschuss.)* Und darum soll der Landtag die Agenden, die die Regierung über diese Förderungen, die über eine bereits bestehende Förderschiene abgewickelt werden, da ist ja nicht - wie im Bund - etwas Neues erfunden worden.

Diese Kontrolle soll dem Burgenländischen Parlament ermöglicht werden, und darum werden wir auch auf diesen Antrag und auf diese eigentliche Erweiterung der Kontrollmöglichkeiten beharren.

Freunde, eines vielleicht noch, weil es mir in der Debatte abgeht. Ich gestehe, mir bricht überhaupt keine Perle aus der Krone zuzugeben, dass die Reaktion der Bundesregierung in den ersten Tagen eine wirklich beeindruckende war und dass es wirklich gelungen ist, eine sehr große Selbstdisziplin über unser Volk zu verbreiten. Sage ich wirklich, das hat funktioniert.

In der Umsetzung war es dann oft schwierig zu unterscheiden, was ist jetzt der Text der Pressemeldung, was ist tatsächlich Erlass, was ist irgendwo gesetzlich nachzuvollziehen. Da haben wir uns dann fallweise schon ein bisschen schwerer getan.

Jetzt dürfen wir aber die Konsequenz nicht aufs Spiel setzen, indem man jetzt um den sogenannten Kaisers Bart streitet, sagt, wer darf wen kontrollieren.

Schauen wir, dass die Hilfe überhaupt einmal ins Laufen kommt und dass sie überhaupt einmal ankommt. Und dass sie endlich einmal dort landet, wo sie oder wofür sie eigentlich geschaffen wurde. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst** *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Es gibt noch eine Wortmeldung.

Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Herr Kollege Posch, ich muss jetzt was nachfragen, deswegen ist es gut, dass Sie noch im Saal bleiben.

Vielleicht können Sie mir antworten. Ich war jetzt etwas verwundert, Sie haben gesagt, wir reden hier über etwas, wo noch kein einziger Euro geflossen ist. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Heißt das, von diesem 30 Millionen Euro Covid-19 Unterstützungsfonds des Landes wurde überhaupt noch Niemand unterstützt? Weil nur darüber reden hier die Oppositionsparteien im Burgenländischen Landtag, nämlich, über die Gelder, die die Burgenländische Landesregierung angekündigt hat.

Sie haben aber davon gesprochen, dass davon gar nichts fließt. Könnten Sie das bitte noch klarstellen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Moment, jetzt haben wir ein bisschen ein Durcheinander. Zuerst, Herr Abgeordneter Posch, hat sich der Herr Abgeordnete Klubobmann Robert Hergovich gemeldet, dann gerne Sie.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Vielleicht kann ich das gleich beantworten, wenn ich schon am Zug bin. Wenn man zugehört hat,

hat man gemerkt, dass der Kollege Posch von der Kurzarbeit und von der Auszahlung des AMS gesprochen hat.

Daraus folgend geht es um die Gelder der Bundesregierung. Das hat er symptomatisch gemeint, wenn man die Debatte hört. Die streiten um des Kaisers seinen Bart, wird sich ein arbeitsloser Betroffener eher über unsere Debatte wundern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat er, nur zur Erläuterung, gemeint. *(Abg. Mag. a Regina Petrik: Da geht ja alles durcheinander. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Vielleicht sollte er das selber interpretieren.)* Aber, jetzt zur Diskussion über einen Beirat oder einen Ausschuss, weil die Kollegen gerade gesagt haben, wir bleiben die Antwort schuldig.

Der Kollege Ulram hat einen Vergleich zum Fußball gezogen. Den will ich aufgreifen, denn das war ein Steilpass, Herr Kollege Ulram. Nur, Fußball spielt man am Fußballplatz und nicht am Tennisplatz. Ihr habt allerdings einen Antrag gemacht, wo Ihr Fußball am Tennisplatz spielen wollt. Das geht nicht und ich möchte das auch erläutern, warum es nicht geht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das geht auch! – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Ein Beirat ist ein begleitendes Organ einer Regierung. Sie wollen ernsthaft einen Beirat einrichten. Dass sich die Regierung selber kontrolliert, glaube ich nicht. Sie haben da einen Riesenfehler gemacht, haben eine „Brezn grissen“. Wir dagegen sind hergegangen und haben gesagt, ja, wir korrigieren diese „Brezn“, weil das ja die Aushebelung des Parlamentarismus wäre, wenn wir diesem Antrag zugestimmt hätten.

Das hätten wir nicht gemacht, weil ein Beirat nur ein beratendes Organ der Landesregierung ist. Da hat keine Regierung den Anspruch, dass sie da sitzt. Niemand! Es gibt nur ein einziges Instrument des Landtages, und das sind Ausschüsse.

Das haben wir korrigiert und haben gesagt, gut, wir machen einen Ausschuss, in diesem Fall einen Unterausschuss des Finanz-, Budget- und Haushaltsauschusses, weil dort alle Ausgaben zusammenlaufen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Naja, hören Sie mir zu, denn es sind offensichtlich nicht alle Abgeordneten gleich informiert. Darum haben wir Ja zu einem Ausschuss gesagt, denn da können die Landtagsparteien mitarbeiten. Natürlich sind die Rechte in einem Ausschuss völlig anders, als im Beirat, weil der Beirat, wie man gesagt hat, ein beratendes Organ der Landesregierung ist, die ihn selber einsetzt.

Es gibt sonst keinen Beirat, außer die Landesregierung setzt ihn ein. So, jetzt haben wir schon einmal gesagt, der Beirat ist das Organ des Landtages und nicht der Regierung. Darum machen wir einen Ausschuss. Sie fordern einen Beirat wahrscheinlich nicht wissend, dass es einen Beirat gibt, nämlich, alle Förderungen laufen schon durch einen Beirat.

Sie fordern die Sozialpartnereinbindung, aber genau diese Sozialpartner sitzen schon in diesem Beirat und behandeln diese Ansuchen über die Covid - Hilfen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nur der Landtag erfährt nichts.)* So, jetzt fordern Sie einen Beirat und es gibt aber bereits einen Beirat wo die Sozialpartner schon involviert sind.

Dass sich die Sozialpartner selber für das kontrollieren, was sie ohnehin schon genehmigt haben ist nicht so gescheit, würde ich sagen.

Das also nur zum Nachdenken. Dann fordern Sie, dass im Beirat der Landes-Rechnungshof sitzen soll, wohlwissend, dass der Landes-Rechnungshof das gar nicht will, denn das wäre nämlich eine Einschränkung seiner Rechte, weil er nämlich auch im

Nachhinein kontrollieren kann. Er kann ja nicht das kontrollieren, wo er vorher Mitglied war. So, dass ist wieder nicht so geschickt.

Das dritte, wo Sie die „Brezn“ wirklich gerissen haben, ist die Tatsache, dass die Beiratstätigkeiten der Verschwiegenheit unterliegen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht denn das?)* Wollen Sie das wirklich als Opposition? Ich denke nicht! *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht denn das?)*

Sie haben einen Antrag der Bundesregierung einfach plump abgeschrieben. Die hat nämlich überhaupt keine Lust auf eine Kontrolle, weil der Antrag der Opposition im Nationalrat war die Bildung eines Ausschusses und die Bundesregierung hat gesagt, das wollen wir nicht, wir machen einen Beirat und dann ist der Fehler passiert, dass Ihr auch einen Beirat gefordert habt.

Wir haben diesen Fehler korrigiert und lassen Kontrolle zu. Das muss ja einmal mehr machen und Sie gehen her, anstatt dass Sie sich bei uns bedanken und sagen in Ordnung, völlig richtig, ein Ausschuss ist ein Organ des Landtages, da ist Kontrolle möglich, beginnen Sie das zu kritisieren.

Im Nachhinein gesehen: Wissen Sie, was wir machen hätten sollen? Wir hätten Ihrem Antrag zustimmen sollen und hätten gesagt, Ihr habt es so gewollt, nicht wir. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Herr Abgeordneter Posch steht Ihre Wortmeldung noch? *(Abg. Dieter Posch: Eigentlich nicht.)* Eigentlich nicht. Gut, dann vielen Dank. Danke schön, dann ist es erledigt.

Meine Damen und Herren! Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Herr Abgeordneter Posch, gleich ist Abstimmung. Wir warten, das haben wir versprochen, in aller Ruhe und daher ist Niemand mehr hier im Saal, der noch auf der Galerie seinen Platz hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung *(Abg. Wolfgang Sodl: Na, also. - Abg. Robert Hergovich in Richtung der ÖVP-Abgeordneten: Super, dass Ihr unserem Antrag zustimmt. Danke! So schlecht kann er ja dann nicht gewesen sein, oder? Wenn Ihr zustimmt. – Allgemeine Unruhe – Abg. Doris Prohaska: Beschlossen wurde jetzt jener, den wir im Ausschuss abgeändert haben.)* betreffend Einrichtung eines Covid-19-Kontrollausschusses ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst. *(Abg. Mag. a Regina Petrik: Nein! Ich bin sitzen geblieben.)*

Gut, ich freue mich, dass, Gott sei Dank, noch wer aufpasst. Ich darf korrigieren. Die Entschließung betreffend Einrichtung eines Covid-19-Kontrollausschusses ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung wird rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Sie wissen, dass der 04. Juni in Planung ist und Sie wissen auch, dass im Anschluss an die heutige Sitzung für die Konstituierung der Ausschüsse eingeladen ist. Es ist 16 Uhr 08 Minuten.

Wir bedanken uns mit einem Applaus bei dem, der auch heute wieder für unsere Sicherheit gesorgt hat. Vielen Dank! *(Allgemeiner Beifall)*

Er braucht in etwa 20 Minuten, um jetzt den Saal herzurichten. Daher werden wir mit den Ausschüssen, bitte hintereinander, um 16 Uhr 30 Minuten beginnen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

**Ende der Sitzung: 16 Uhr 08 Minuten**

Landtag Burgenland

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
06. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 04. Juni 2020**

10.05 Uhr - 20.27 Uhr

## Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird;
3. Prüfungs-bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019;
4. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen;
5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen;
6. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines Sport-Soforthilfepakets für burgenländische Sportvereine;
7. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler;
8. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe;
9. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe;
10. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen;
11. Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahmen für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken;

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen;
13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der „Corona-Krise“;
14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze;
15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die südburgenländischen Kellerstöckl;
16. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Belebung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19-Pandemie;
17. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen;
18. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheitsausbau der S4;
19. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen;

---

## Inhalt

**Landtag**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 270)

**Fragestunde:**

**Anfrage Nr. 15** des Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Landesrat Christian Illedits betreffend Auszahlung des 30 Mio. Euro „Corona-Unterstützungspaket an burgenländische Betriebe
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian I l l e d i t s (S. 277)
Zusatzfrage: MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 278), Johann T s c h ü r t z
(S. 279), Mag.a Regina P e t r i k (S. 279)

**Anfrage Nr. 7** des Abgeordneten Markus Ulram an Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend alternative Standorte zum Neubau eines Krankenhauses in Gols
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 280)
Zusatzfrage: Markus U l r a m (S. 282 u. S. 283), Robert H e r g o v i c h (S. 284), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 285), Gerald H a n d i g (S. 285), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 286)

**Anfrage Nr. 13** der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Verfahren für die Standortsuche für das geplante Krankenhaus in Gols
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 287)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r I k (S. 287 u. S. 287)

**Anfrage Nr. 16** des Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend Aufsichtsorgane des Nationalparks Neusiedlersee - Seewinkel
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid E i s e n k o p f (S. 288)

**Anfrage Nr. 8** der Abgeordneten Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif an Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Setzung von Maßnahmen um der burgenländischen Forstwirtschaft aus der Krisensituation zu helfen
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Heinrich Dorner (S. 289)
Zusatzfrage: Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif (S. 291), Walter Temmel (S. 291)

**Anfrage Nr. 14** des Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend geplanten Golfplatz in Zurndorf im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsprogramm Burgenland - LEP 2011
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Mag. Heinrich Dorner (S. 292)
Zusatzfrage: Wolfgang Spitzmüller (S. 293)

**Anfrage Nr. 9** des Abgeordneten Markus Ulram an Landesrat Christian Illedits betreffend Pläne in der 24 Stunden Pflege
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian Illedits (S. 293)
Zusatzfrage: Markus Ulram (S. 295 u. S. 295), Mag.a Regina Petrik (S. 296)

Verhandlungen

**Bericht** des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 64), mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 44) (Beilage 105);
Berichterstatter: Kilian Brandstätter (S. 297)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 298)

**Bericht** des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 71) betreffend Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019 (Zahl 22 - 51) (Beilage 106);
Berichterstatterin: Mag.a Regina Petrik (S. 298)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 298), Johann Tschürtz (S. 301), Mag. Thomas Steiner (S. 303), Mag. Christian Dax (S. 305)
Annahme des Prüfberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 308)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 94) für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen (Zahl 22 - 68) (Beilage 107);
Berichterstatter: Dieter Posch (S. 309)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 309), MMag. Alexander Petschnig (S. 311), Markus Ulram (S. 312), Dieter Posch (S. 314), Wolfgang Spitzmüller (S. 316)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 316)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 95) zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen (Zahl 22 - 69) (Beilage 108);
Berichterstatter: Mag. Dr. Roland Fürst (S. 317)
Redner: Markus Ulram (S. 317), Mag. Dr. Roland Fürst (S. 318), Mag.a Regina Petrik (S.323 ), Markus Ulram (S. 324), Johann Tschürtz (S. 325), Robert Hergovich (S. 326)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 328)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 78) betreffend eines Sport-Soforthilfepakets für burgenländische Sportvereine (Zahl 22 - 52) (Beilage 109);
Berichterstatter: Patrik Fazekas, BA (S. 328)
Redner: Ilse Benkö (S. 329), Mag. Christoph Wolf, M.A. (S. 331), Robert Hergovich (S. 335), Mag. Thomas Steiner (S. 339), Landesrat Christian Illedits (S. 343)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 344)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 84) betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler (Zahl 22 - 58) (Beilage 110);
Berichterstatter: Patrik Fazekas, BA (S. 344)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 345), DI Julia Wagentristl, BSc (S. 347), Doris Prohaska (S. 349)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 352)

**Dringliche Anfrage** des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen an Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 94) (Beilage 138);
Begründung der Dringlichkeit: Markus Ulram (S. 352)
Redner: Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (S. 357) Mag.a Regina Petrik (S. 361), MMag. Alexander Petschnig (S. 362), Robert Hergovich (S. 365), Mag. Thomas Steiner (S. 367), Mag.a Regina Petrik (S. 369), Robert Hergovich (S. 370)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 83) betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe (Zahl 22 - 57) (Beilage 111);
Berichterstatter: Markus Ulram (S. 371)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 389)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 79) betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe (Zahl 22 - 53) (Beilage 112);
Berichterstatter: Markus Ulram (S. 371)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 389)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 81) betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen (Zahl 22 - 55) (Beilage 113);
Berichterstatter: Johannes Mezgolits (S. 372)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 373), Ilse Benkö (S. 376), Markus Ulram (S. 378), Mag. Dr. Roland Fürst (S. 380), Landesrat Christian Illedits (S. 384)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 390)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 80) betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahmen für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken (Zahl 22 - 54) (Beilage 114);
Berichterstatter: Johannes Mezgolits (S. 390)
Redner: Johann Tschürtz (S. 390), Gerald Handig (S. 391), Mag.

Dr. Roland F ü r s t (S. 393)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 394)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 82) betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen (Zahl 22 - 56) (Beilage 115);
Berichterstatter: Patrik F a z e k a s, BA (S. 395)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 403)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Agrarausschusses und des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 65) betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der „Corona-Krise“ (Zahl 22 - 45) (Beilage 116);
Berichterstatter: MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 396)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 396), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 398), Dipl. Päd. DI Carina L a s c h o b e r - L u i f (S. 398), Gerhard B a c h m a n n (S. 402)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 404)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 85) betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze (Zahl 22 - 59) (Beilage 117);
Berichterstatter: Johannes M e z g o l i t s (S. 404)
Redner: Johann T s c h ü r t z (S. 404), Johannes M e z g o l i t s (S. 405), Robert
H e r g o v i c h (S. 408)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 410)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 93) betreffend Sofortmaßnahmen für die südburgenländischen Kellerstöckl (Zahl 22 - 67) (Beilage 118);
Berichterstatter: MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 410)
Redner: MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 410), Walter T e m m e l (S. 412), Gerhard H u t t e r (S. 414), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 415)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 415)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der

Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 86) zur Belebung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 60) (Beilage 119);
Berichterstatter: Johann Tschürtz (S.415)
Redner: Mag.[a] Regina Petrik (S. 416), Johann Tschürtz (S. 419), Melanie Eckhardt, MSc (S. 420), Gerhard Hutter (S. 422), MMag. Alexander
Petschnig (S.425)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 428)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 87) betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen (Zahl 22 - 61) (Beilage 120);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 428)
Redner: Wolfgang Spitzmüller (S. 429), Walter Temmel (S. 431), Wolfgang
Sodl (S. 432)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 435)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 89) betreffend Sicherheitsausbau der S4 (Zahl 22 - 63) (Beilage 121);
Berichterstatter: Wolfgang Sodl (S. 435)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 436), Landesrat MMag. Alexander Petschnlg (S. 440), Georg Rosner (S. 441), Roman Kainrath (S. 443), Gerhard Hutter (S. 445), Dieter Posch (S. 445)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 446)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 88) betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen (Zahl 22 - 62) (Beilage 122);
Berichterstatterin: Doris Prohaska (S. 446)
Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 447), DI Julia Wagentristl, BSc (S. 448), Doris Prohaska (S. 449)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 451)

## Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 270)

**Beginn der Sitzung um 10 Uhr 05 Minuten**

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich e r ö f f n e die 6. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 5. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt. Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Thomas Steiner für den Beginn der Sitzung entschuldigt.

Ich darf darauf hinweisen, dass aufgrund der aktuellen COVID-Krisensituation die heutige Sitzung öffentlich nur via live stream verfolgt werden kann. Auch wurden den anwesenden Abgeordneten aus aktuellem Anlass und zur Wahrung des Sicherheitsabstandes weiter auseinanderliegende Sitzplätze zugewiesen.

Zudem darf ich den Landesdesinfektor begrüßen, der auch heute wieder die Desinfektion des Rednerpultes wahrnehmen wird.

**Mitteilung des Einlaufes**

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich ersuche Frau DI Julia Wagentristl, BSc um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Schriftführerin DI Julia Wagentristl (ÖVP):** Einlauf für die 6. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 04.06.2020.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2019 genehmigt wird (Zahl 22 – 81 (Beilage 125);
2. Beschlussantrag, mit dem der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 – 2020; EU-Förderungen im Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 22 – 83) (Beilage 127);
3. Gesetzentwurf, mit das Burgenländische Gesundheitswesengesetz 2017 geändert wird (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz –Novelle 2020) (Zahl 22 – 84) (Beilage 128);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der Prüfungsbericht betreffend

1. „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof – Entziehung der Gemeinnützigkeit“ (Zahl 22 – 74) (Beilage 100);

eingelangt.

Von Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen ist eine dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 – 94) (Beilage 138) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine transparente Herkunftskennzeichnung Bei Lebensmitteln (Zahl 22 – 80) (Beilage 124);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Kennzeichnungspflicht für Lebensmittelherkunft und Hebung des Tierwohls (Zahl 22 – 82) (Beilage 126);

3. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen (Zahl 22 – 86) (Beilage 130);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Austrocknung des Neusiedler Sees (Zahl 22 – 87) (Beilage 131);
5. der Landtagsabgeordneten Mag.a. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz im Burgenländischen Bildungswesen (Zahl 22 – 88) (Beilage 132);
6. der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Berücksichtigung von Lärm als Gesundheitsrisiko in der Gesamtverkehrsstrategie Burgenland (Zahl 22 - 89) (Beilage 133);
7. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit (Zahl 22 - 90) (Beilage 134);
8. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird (Zahl 22 - 91) (Beilage 135);
9. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden (Zahl 22 - 92) (Beilage 136);
10. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 93) (Beilage 137);
11. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) (Zahl 22 - 95) (Beilage 139);

eingelangt.

Weiters sind die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend Schulversuch im Pflegebereich (Zahl 22 - 70) (Beilage 96);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Schulversuch im Pflegebereich (Zahl 22 - 71) (Beilage 97);
3. der Landtagsabgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Evaluierung Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (Zahl 22 - 72) (Beilage 98);
4. der Landtagsabgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Ferienbetreuung Kindergärten und –krippen (Zahl 22 - 73) (Beilage 99);

5. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Unterbringung von Asylwerbern in Wörterberg und Stinatz (Zahl 22 - 75) (Beilage 101);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend 24-Stunden-BetreuerInnen (Zahl 22 - 76) (Beilage 102);
7. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend Arbeit für Menschen mit Behinderung (Zahl 22 - 79) (Beilage 123);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 24) betreffend pflegender Angehöriger (Zahl 22 - 77) (Beilage 103);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner (Zahl 22 - 23) betreffend Sicherheitsausbau S4 (Zahl 22 - 78) (Beilage 104);
3. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Bedarfszuweisungen (Zahl 22 - 85) (Beilage 129);

eingelangt.

Ebenso sind die Petitionen

1. von den Neos Burgenland betreffend Änderung des Bgld. Kurzparkzonengebührengesetzes zugunsten aller Pflegekräfte (E 3) und
2. des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt betreffend die Unterstützung der Städte und Gemeinden in Zusammenhang mit der Corona-Virus-Pandemie (E 4);

eingelangt.

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Vielen Dank Frau Schriftführerin. Ich darf nunmehr weiter fortfahren. Die Regierungsvorlage Zahl 22 - 81, Beilage 125, weise ich dem Finanz -, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 22 - 83, Beilage 127, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

die Regierungsvorlage Zahl 22 - 84, Beilage 128, und die selbständigen Anträge Zahl 22 - 86, Beilage 130, Zahl 22 - 88, Beilage 132, Zahl 22 - 91, Beilage 135, Zahl 22 - 92, Beilage 136, und Zahl 22 - 93, Beilage 137, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 22 - 74, Beilage 100, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 80, Beilage 124, Zahl 22 - 82, Beilage 125, und Zahl 22 - 95, Beilage 139, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 87, Beilage 131, und Zahl 22 - 90, Beilage 134, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 22 - 89, Beilage 133, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

Die Petitionen E 3 und E 4 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Vom Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen ist eine dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, (Zahl 22 - 94) (Beilage 138) eingelangt.

Die Behandlung der dringlichen Anfrage erfolgt frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens aber um 15.00 Uhr.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 70 Beilage 96, Zahl 22 - 76, Beilage 102, und Zahl 22 - 79, Beilage 123, habe ich Herrn Landesrat Christian Illedits,

die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 71, Beilage 97, Zahl 22 -72, Beilage 98, Zahl 22 - 73, Beilage 99, und Zahl 22 - 75, Beilage 101, habe ich Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 77, Beilage 103, Zahl 22 - 78, Beilage 104, und Zahl 22 - 85, Beilage 129, den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Landtages übermittelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Gemäß § 56, Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Damit darf ich schon weiter vorgehen. (Abg. Robert Hergovich: Zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin!) Ich sehe hier den Herrn Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Ja, vielen Dank Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gestern Nachmittag, beziehungsweise heute in der Früh ist eine dringliche Anfrage zum Thema Wohnbaugenossenschaften an den Herrn Landeshauptmann Hans Peter Doskozil eingegangen. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten). Die Fragen waren zum großen Teil außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches. Die Fragen sind wieder großteils außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches und die vereinte Opposition hat das gestern sogar in einer Pressekonferenz medial kundgetan.

Ich glaube, besseren Wissens. Denn der Herr Landeshauptmann hat schon am 8. Mai 2019 schriftlich mitgeteilt, dass er nicht zuständig ist. Dieses Schreiben ist allen Fraktionen bekannt. (Der Abgeordnete hält das gegenständliche Schreiben in die Höhe.) Wenn nicht, ich gebe Ihnen die Zahl: Zahl 21 - 1267, wo es der Herr Landeshauptmann relativ klar dokumentiert hat. Der Kollege Klubobmann Ulram hat den Herrn Landesrat Dorner zum gegenständlichen Inhalt schon einmal schriftlich befragt. Landesrat Dorner hat ordnungsgemäß am 5. September 2019 geantwortet. Ich nenne hier wieder die Zahl: Zahl 21 - 1407. *(Der Abgeordnete hält das gegenständliche Schreiben in die Höhe.)* Das ist ebenfalls allen Fraktionen bekannt und ihnen zugegangen.

Da dass alles offensichtlich noch nicht genug ist, fragen Sie den Herrn Landeshauptmann dieselben Fragen, wie schon den Herrn Landesrat Dorner noch einmal. Hätten Sie mich davor gefragt, hätte ich Ihnen den banalen Tipp gegeben, lesen Sie einfach die Beantwortung Zahl 21 - 1407 Ihrer eigenen Anfrage vom 5. September 2019.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Klubobmann Ulram! Wenn ich Sie fragen würde, wann Sie die Bahngasse in Mönchhof asphaltieren, würden Sie

berechtigt sagen, hören Sie, da ist der Bürgermeister aus Mönchhof zuständig, und nicht ich, als Bürgermeister von Halbturn. Da hätten Sie auch völlig recht. Genau dasselbe gilt auch für die Landesregierung, Herr Kollege Ulram.

Ich frage mich also wirklich, was hinter diesem plumpen Versuch, hinter dieser Aktion, steckt? Es ist ja so, dass Sie alle schon sehr lange im Hohen Haus sind. Die Kollegin Petrik ist schon einige Jahre im Hohen Haus, der Kollege Ulram ist schon einige Jahre im Hohen Haus und der Kollege Tschürtz ist noch länger im Haus, als ich es bin. Das heißt, Sie müssten ja eigentlich wissen, wie das funktioniert. Sie müssten ja eigentlich wissen, wie das geht. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Nach diesem Beirats-Chaos vor einigen Wochen, folgt heute diese Anfrage, dieses Anfragefiasko, im Burgenländischen Landtag. Das Eigenartige dabei ist, dass wir als SPÖ Mehrheitspartei Ihnen hier im Landtag sagen, dass eine absolute Mehrheit auch absoluter Kontrolle bedarf. Wir wollen diese Kontrolle.

Jetzt gibt es allerdings diese Situation, dass die Opposition nicht im Stande ist, ordnungsgemäß die Fragen zu stellen beziehungsweise nicht im Stande ist, ordnungsgemäß den zuständigen Referenten der Landesregierung zu befragen. Das ist etwas eigenartig. Ich sage Ihnen deshalb ganz offen, Kenntnisse der Geschäftsordnung, Kenntnisse der Referatseinteilung, die würden nicht schaden.

Das würde Ihren Job einfacher machen. Das würde auch unseren Job einfacher machen. Ich gebe Ihnen abschließend noch einen Tipp: Wenn Sie selber nicht wissen, wenn Sie es nicht absichtlich machen, das weiß ich nicht, da bin ich mir nicht sicher, dann fragen Sie den Kollegen Géza Molnár, der da oben sitzt, dem wäre das nicht passiert, denn der kennt sich in der Geschäftsordnung aus. Der kennt die Referatszuteilung, der weiß, wie man sowas formuliert. (Abg. Johann Tschürtz: Dankeschön!)

Fragen Sie ihn. Glauben Sie mir, Sie werden überrascht sein, was der alles weiß und wie das alles funktioniert. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ)

**†Präsidentin Verena Dunst|:** Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung? (Abg. Markus Ulram: Zur Geschäftsordnung!)

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP):** Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Diese Unverfrorenheit zu Beginn einer Tagesordnung hier in diesem Hohen Haus an den Tag zu legen, wird, glaube ich, heute durch gar nichts mehr überboten werden. (Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)

Das ist nicht mehr möglich. Eigentlich stellt der Klubobmann der SPÖ seiner eigenen Parteifreundin, der Frau Präsidentin, das Misstrauen aus. Wenn sie sagen, nicht zuständig, und die Präsidentin lässt das zu, dann hat sie einen Fehler gemacht, da müssen Sie das aber auch hier sagen.

Wenn Sie sagen, der Herr Landeshauptmann ist als Finanzlandesrat für über 100 Millionen Euro nicht zuständig, der Herr Landeshauptmann ist als Finanzlandesrat für die Anzeigen, die er gemacht hat, nicht zuständig, der Herr Landeshauptmann ist mit der ausgestatteten 100 Prozentigen Personalhoheit für die dementsprechenden Personalien in dieser Abteilung nicht zuständig und der Herr Landeshauptmann als Zuständiger für die Interne Revision ist hier auch nicht zuständig, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

Aber, dann müssen Sie auch der Öffentlichkeit erklären, warum diese dringliche Anfrage zugelassen wird, warum diese dringliche Anfrage heute im Hohen Haus debattiert wird und die Redebeiträge dementsprechend gestaltet werden.

Ich bin überzeugt davon, Herr Kollege Hergovich, Sie werden auch Ihren Redebeitrag leisten. Aber, dieses Misstrauen, der eigenen Fraktion gegenüber, das ist einzigartig in diesem Landtag. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Eine weitere Wortmeldung? *(Abg. Robert Hergovich: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Klubobmann Robert Hergovich.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Herr Kollege Ulram! Erzählen Sie keine Märchen, denn wenn das wahr wäre, *(Abg. Markus Ulram: Ist sie zugelassen oder nicht? Eine ganz einfache Frage! Ja oder Nein?)* was Sie da jetzt erzählt haben, dann würde es ja nicht zu der Situation kommen, dass Sie Ihren eigenen Antrag gestern zurückgezogen und heute einen neuen eingebracht haben. *(Abg. Markus Ulram: Sie waren gestern bei Ihrer APA-Meldung zu schnell. Das ist passiert.)*

Also, erzählen Sie keine Märchen. Bleiben Sie bei der Wahrheit. Wir werden uns über all diese Punkte schon noch unterhalten, aber das war wieder ein Bauchfleck der Sonderklasse. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Markus Ulram: Sie lenken von Ihren eigenen Versäumnissen ab. Das ist alles und sonst nichts.)*

Daher, noch einmal mein Tipp. Ich hoffe, ich schade ihm dadurch nicht, dem Herrn Kollegen Molnár. Aber, noch einmal mein Tipp. Wenn Sie nicht wissen, wie es geht, fragen Sie nach. Der kennt sich aus. Ich hoffe, ich schade ihm damit nicht, dass ich da jetzt seine Persönlichkeit in den Vordergrund rücke. Aber, glauben Sie mir, der kennt sich aus. *(Abg. Johann Tschürtz: Ist das jetzt Euer Berater, der Herbert? Euer Berater?)* Fragen Sie ihn. Der zeigt Ihnen, wie es funktioniert. *(Abg. Markus Ulram: Ist das gestern zu Mittag beim Spritzer entstanden? – Beifall bei der SPÖ - Abg. Johann Tschürtz: Ein guter Berater! - Abg. Markus Ulram: Wurde das gestern zu Mittag in der Besprechung in der Permayerstraße besprochen?)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Eine Klarstellung dazu auch an jene gerichtet, die uns heute via live-stream von zu Hause aus begleiten. *(Abg. Markus Ulram: Frau Präsidentin! Ist sie jetzt zugelassen oder nicht? Ja oder nein? Das ist doch eine klare Frage!)*

Herr Klubobmann Ulram, ich bin jetzt am Wort! Ich möchte nämlich jetzt das Prozedere zu gestern erklären. Gestern kam eine dringliche Anfrage, die an den nicht zuständigen Landeshauptmann gestellt war. Wenn es um das Thema Wohnbauförderung geht, und das war ganz klar, ist hier klar darauf hingewiesen worden, das ist nicht zulässig und das kann ich nicht zulassen, weil der Adressat der Falsche war. Daher wurde diese Anfrage, diese dringliche Anfrage, zurückgewiesen und Sie haben eine weitere dringliche Anfrage gestellt, die heute zum Aufruf kommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir reden hier von zwei Anfragen. Ich möchte deshalb den Menschen draußen, die unsere heutige Sitzung via live-stream mitverfolgen und die mit unserer Landtagsarbeit natürlich nicht so vertraut sind, noch einmal das Prozedere klar erklären.

Die erste Anfrage war nicht richtig adressiert, weil hier das zuständige Regierungsmitglied jemand anders war. Sie haben daraufhin eine zweite schriftliche dringliche Anfrage gestellt, die heute zum Aufruf kommt.

Das steht Ihnen natürlich zu. *(Abg. Markus Ulram: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Frau Präsidentin! Wir haben gestern eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt. Dann kommt eine Zurückweisung mit nicht „offenbar zuständig“. Allein der Wortlaut „offenbar“ lässt offen, ist man jetzt zuständig, oder nicht? *(Abg. Johann Tschürtz: Ja oder nein?)*

Es waren allerdings Fragen, die eindeutig dem Herrn Landeshauptmann zuzuordnen sind und auch Fragen, ja, die auch den Herrn Landesrat Dorner betreffen.

Aber, warum lässt man dann nicht zumindest diese Fragen zu, die dem Herrn Landeshauptmann zuzuordnen sind? Nur weil man sagt, es war halt immer so? *(Abg. Robert Hergovich: Weil Ihr nicht die richtigen Fragen gestellt habt! Ihr habt sie einfach nicht gescheit gestellt.)* Das kann ja nicht die Aussendung sein, in der Landtagsdirektion, weil „offenbar“ steht. Was heißt „offenbar“? Ja oder nein? Klare Aussagen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bis heute ist es anscheinend nicht passiert. Warum hat man dann diese zweite schriftliche dringliche Anfrage nicht zurückgewiesen? Zuständig ist der Herr Landeshauptmann. *(Abg. Robert Hergovich: Ihr seid nicht fähig, eine Anfrage richtig zu stellen!)* Darüber sind wir uns einig, denn sonst würde das heute nicht zugelassen werden. Wenn Sie anderer Meinung sind, dann misstrauen Sie Ihrer eigenen Präsidentin. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Klubobmann! Ich nehme Ihre Wortmeldung zur Kenntnis. *(Abg. Markus Ulram: Ich bitte darum.)* Ich sage deshalb ganz klar noch einmal: Wir haben eine Geschäftsordnung. Nach dieser Geschäftsordnung wurde Ihre gestrige dringliche Anfrage zurückzuweisen. Die zweite dringliche Anfrage wird heute spätestens bis 15 Uhr zum Aufruf kommen. Damit halte ich mich, wie es meine Aufgabe als Präsidentin des Landtages ist, an die Geschäftsordnung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Beifall der Abg. Mag. a. Regina Petrik.)*

**1. Punkt: Fragestunde Präsidentin Verena Dunst:** Wir gehen in die Tagesordnung und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde. Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 26 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Einen kurzen Hinweis noch. Für Fragen zur Fragestunde als auch zur Verlesung der Berichte durch die Berichterstatter, bitte ich die Abgeordneten auf den Galerien, die dafür zur Verfügung gestellten Mikrofone zu verwenden.

Ich darf Sie aber ersuchen, für Ihre Redebeiträge während des gesamten Landtages in den Landtagssitzungssaal herunter zu kommen. Für die Desinfektion der Mikrofone können bei Bedarf die bereitgestellten Desinfektionstücher verwendet werden.

Ich darf nunmehr zur ersten Anfrage kommen.

Die erste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig. Sie ist an Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet.

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie um Verlesung Ihrer Anfrage!

**MMag. Alexander Petschnig (FPÖ):** Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Nationalrat wurde am 26. Mai dieses Jahres bekannt, dass vom 38 Milliarden schweren Härtefonds der Bundesregierung bis dahin ganze 464 Millionen Euro ausbezahlt wurden.

Die Burgenländische Landesregierung hat am 20. März 2020 ein „Corona-Unterstützungspaket“ in Höhe von 30 Mio. Euro für heimische Betriebe im Zusammenhang mit der Corona-Krise eingerichtet. Dazu stelle ich folgende Frage:

Wieviel wurde bisher aus dem 30 Mio. Euro großen „Corona-Unterstützungspaket“ an burgenländische Betriebe ausbezahlt?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (**SPÖ) I:** Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Herr Landesrat MMag. Petschnig! *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Du bist der Landesrat! – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Als ehemaliger, Du musst mich schon ausreden lassen - Landesrat, denke ich, wollten Sie diese Frage so formulieren, *(Abg. Johann Tschürtz: Tauschen wir?)* dass Sie nicht ausschließlich den Härtefonds, sondern das gesamte Paket der Bundesregierung meinen, weil das beinhaltet nämlich 38 Milliarden Euro, sonst wäre es ein bisschen weniger, nur vom Härtefall her betrachtet.

Insgesamt beinhaltet ja das 38 Milliarden Euro oftmals durch die Bundesregierung uns kommunizierte Hilfspaket neben diesem Härtefonds auch das Kurzzeit-Arbeitszeitmodell, den Corona-Hilfsfonds, steuerliche Erleichterungen. Aber auch das Wirtshauspaket ist mit beinhaltet. Alles zusammen beläuft sich auf 38 Milliarden Euro. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben uns immer vorgenommen, dass wir das machen, was der Bund nicht macht. Das heißt, wir wollen dort eingreifen und helfen, wo der Bund seine Maßnahmen, unserer Einschätzung nach, noch nicht oder nicht richtig angesetzt hat. Wir haben deshalb auch dieses 30 Millionen Euro Paket in Summe auch vorgestellt.

Auch so, eben gemeinsam, akkordiert und eben schon, bevor der Bund ebenso auch den Härtefallfonds eingerichtet hat, dieses Paket auch zu Präsentation gebracht.

Zur gleichen Zeit ist bekannt geworden, bei den ersten Anträgen *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* dass es der Bund so hält, dass es keine Doppelförderungen gibt. Man kann also entweder beim Bund ansuchen, oder beim Land. Wir haben das nicht so definiert, aber der Bund sagt, wenn ihr vom Land etwas bekommen habt, dann bekommt ihr von uns nichts mehr.

Das heißt, das mussten wir so zur Kenntnis nehmen. Ich sage das deshalb, weil es natürlich im Nachhinein dann auch zu hören sein wird, unsere ganze Arbeit immens verzögert und natürlich auch dann die Auszahlungen und auch die Abwicklung auch sehr in die Länge zieht und in die Länge ziehen wird.

Wir haben nicht rückzahlbare Direktzuschüsse an die Firmen auch definiert. Es sind 1.200 Anträge bei uns eingelangt. 630 sind bereits genehmigt, 100 Anträge wurden abgelehnt. 250, und das ist jetzt der Ansatz den ich gewählt habe, sind in Urgenz und 220 in Bearbeitung. Das sind die, wo uns die Leute sagen, ja, beschlossen, aber wartet noch bitte, wir wollen zuerst auch beim Bund ansuchen und schauen, wie es dort ausschaut.

Wir haben auch eine Frist bis 31.10. gesetzt. So lange können sich die Leute überlegen, ob sie unterschreiben, dass sie bei uns diesen Härtefonds nehmen oder nicht. Deshalb sind es jetzt auch diese 630 Anträge, die alle von der Landesregierung beschlossen worden sind.

In Summe sind das 2,44 Millionen Euro im Rahmen des Härtefallfonds, die genehmigt sind. Dann weiters Finanzierungsunterstützungen Form von Haftungen im Gesamtvolumen von rund 2,3 Millionen Euro. Bei den Haftungen muss man sagen, dann insgesamt, natürlich werden wir nur 80-prozentige Haftungen machen dürfen, sind das 2,6 Millionen Euro an Liquidität bei den Unternehmen das geschafft wurde.

In Summe haben wir jetzt den Betrieben bis dato 4,7 Millionen Euro an Unterstützung auch schon zugesagt.

Weiters haben wir, weil der Tourismus ja eine besonders gebeutelte Branche ist, denn auch und dort gibt es ja die Haftungsübernahmen über die ÖHT in einer Kooperation als erstes Bundesland, eigentlich auch mit der ÖHT im gesamten, zugesagt, den Zinsendienst zu übernehmen. Hier werden wir insgesamt auch einige Millionen Euro für diesen Zinsendienst für die Tourismusbranche zur Verfügung stellen.

Insgesamt sind aus dem Burgenland noch nicht abgearbeitet von der ÖHT, aber so rund 250 Anträge aus der Tourismusbranche eingelangt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben jetzt den Tourismus erwähnt. Hinsichtlich der Betroffenheit sind Ihnen Daten bekannt, oder verfügen Sie über Daten, welche Branchen hier besonders dazu neigen, Ansuchen zu stellen, weil sie besonders von der Krise beziehungsweise von den nicht Unterstützungen durch die Bundesregierung betroffen sind?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Hier sind natürlich, und Sie haben es ja angesprochen, die ganze Gastronomie und der Tourismus besonders betroffen, aber auch sehr stark alles, was mit Reisebüro und Transportgewerbe zu tun hat. Das sind zurzeit die am meisten betroffenen Bereiche. Aber, ich getraue mich zu behaupten, dass es noch viele Bereiche geben wird, die in Zukunft betroffen sein werden, weil auch in vielen anderen Branchen und Bereichen die Aussichten für die zweite Jahreshälfte noch sehr unsicher sind.

Wir müssen, glaube ich, zum einen natürlich Wirtschaftspakete schnüren, wir tun das auch, gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann. Dass und natürlich andere Überlegungen würden wir anstellen, wie wir auch konjunkturbelebende Maßnahmen, aber auch wirtschaftsabsichernde Maßnahmen für Betriebe überlegen, weil wir zweifelsohne auch schon die Signale, speziell von den Banken her, erhalten, dass manche zwar zum Beispiel Haftungen seitens des Bundes, 100-prozentige Haftungen, erhalten, aber diese zweifelsohne nicht bedienen können.

Das heißt, die Bank kann es nicht auszahlen, weil sie sagen, sie können es nicht bedienen. Da muss man sich das dann gut anschauen, wer kann dann auch wie unterstützt werden, und das sind Klein- und Mittelbetriebe, die wir uns genau anschauen müssen, ob wir dort eine Unterstützung und in welcher Art und Weise auch dort Zusagen geben.

Der Tourismus ist natürlich besonders betroffen, aber ich sehe es auch von der zweiten Seite und das ist die arbeitsmarktpolitische Seite. Ich glaube nämlich, dass der Tourismus schon, und wir haben ja dieses Wochenende doch einige positive Zahlen speziell im Norden auch von den Besuchern und von den Ankünften her, gehört, aber dort ist es natürlich so, dass wir zweifelsohne eine sehr hohe Anzahl an Mitarbeitern benötigen. Aber, durch die geringe Auslastung natürlich hier eine Schieflage bei den Einkommen- und Ausgabensituation hergestellt ist.

Auch hier haben wir mit der zuständigen Frau Arbeitsministerin auch offensive alle zuständigen Arbeitslandesrätinnen in Österreich nachgedacht, wie wir dort auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen setzen können. Zum einen natürlich,

wirtschaftspolitische direkt in die Betriebe hinein, aber zum anderen auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die zweifelsohne auch, glaube ich, wichtig sein werden, um eben auch dort den Bestand und die Fortführung dieser Betriebe zu gewährleisten. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Johann Tschürtz.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Es waren sehr interessante Ansätze. Meine Frage dazu: Wird es einen Zwischenbericht im neuen Unterausschuss geben, wo natürlich auch detailliert berichtet wird und wo man auch zukünftig vielleicht seine Meinungen dazu abgeben kann?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Herr Abgeordneter! Nachdem ich ja auch schon einige Zeit in diesem Hohen Haus verbringen darf, weiß ich, wie wichtig die Kontrolle auch in diesem Hohen Haus ist.

Wir haben uns ja auch zu Beginn dieser Regierungsperiode dazu verpflichtet, nicht nur jedes Jahr einen Transparenzbericht abzugeben, sondern natürlich auch ihrem Beschluss gemäß, diesem Unterausschuss quartalsmäßig zu berichten.

Wir werden natürlich auch, und ich im Speziellen jetzt für meine Ressorts, dem entsprechen und auch alles, was wir im Zusammenhang mit COVID-19 auch ausbezahlt haben, natürlich genauso, wie sie es beschlossen haben, Ihnen natürlich die Zahlen natürlich auch gerne übermitteln, um sie dann auch mit diesem Hintergrund zu diskutieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Mag.a. Regina Petrik.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat! Weil Sie die Doppelförderungen angesprochen haben. Es ist eben so, dass der Bund mehr zahlt und wer was vom Bund bekommt, für den zahlt es sich nicht mehr aus, etwas vom Land zu bekommen.

Man könnte sich ja auch überlegen, für diese 250, die sie angesprochen haben, hier eine Umwidmung einer Förderung anzudenken, wie etwa einen Aufsperrbonus, denn dann wäre es keine Doppelförderungen, sondern würde auch das wieder Aufsperren erleichtern.

Da kann man also sicher noch einige kreativere Möglichkeiten finden. Sie haben jetzt angesprochen, dass Sie etwas dem Landtag vorlegen werden, wo man nachher etwas dazu sagen kann. Da gibt es einen auffallenden Unterschied zu allen anderen Bundesländern, weil dort wurden die Corona Förderungen in den Nachtragsbudgets in den Landtagen debattiert und beschlossen und 30 Millionen Euro ist ja recht viel Geld.

Die Regierung hat aber dem Landtag bislang nichts dazu vorgelegt, was hier detailliert geplant ist und was wir auch hier im Sinne eines Nachtragsbudgets beschließen.

Wann wird dem Landtag das gesamte Finanzpaket des Landes zur Abfederung der COVID-19 Krise zur Beschlussfassung vorab vorgelegt?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Die Frage war jetzt: Ob wir das vorab vorlegen? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wann? Ich gehe davon, dass es vorgelegt wird.)* Ich

habe bei der Fragebeantwortung an den Herrn Kollegen Petschnig mitgeteilt, wieviel wir jetzt auch schon zur Auszahlung gebracht haben.

Das eine sind Direktzahlungen, das andere sind Haftungen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Dem Landtag!)* Natürlich. Ich stehe ja mitten drinnen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Natürlich ist das auch, logischer Weise, auch dann im Unterausschuss. Aber, im Nachtragsvoranschlag werden Sie dann, sollte dieser irgendwo notwendig sein, natürlich diese Zahlen auch finden. Wir haben bis jetzt von den Summen her eigentlich nichts ausgezahlt oder beschlossen, was einen Nachtrag notwendig machen würde. Nur zum einen.

Wenn wir dann diese 30 Millionen Euro wirklich verbraucht haben, dann werden Sie das natürlich sicherlich erfahren. Es ist ganz klar, dass Sie das dann auch übermittelt bekommen.

Nun noch zu Ihrem Einleitungsstatement, zur Vergabe von Doppelförderungen, weil sie beim Bund mehr bekommen. Ich weiß nicht, wo Sie das herhaben, denn das wird schon manchmal stimmen, aber nicht immer. Ich sage Ihnen nur, es wurde gestern in burgenländischen Wochenzeitungen laut verkündet, 6,5 Millionen Euro an Härtefallfondsauszahlungen für 11.000 Anträge für burgenländische Betriebe. Laut Wirtschaftskammer.

Wir können alle rechnen. 509 Euro heißt das. Unsere durchschnittlichen Zahlungen liegen bei 3.700 Euro. Das nur zu dem, wer wo mehr bekommt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen mehr zur ersten Frage. Damit darf ich zur zweiten Anfrage kommen.

Die zweite Anfrage ist von Herrn Klubobmann Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil gerichtet.

Bitte Herr Klubobmann um Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die ÖVP unterstützt den Neubau eines Krankenhauses in Gols. Bei einem derartig großen Projekt am derzeitig vorgeschlagenen Standort im ‚Natura 2000-Gebiet' am Rande des UNESCO-Weltkulturerbes, müssen sämtliche Stellen bis hin zur EU-Kommission zustimmen.

Welche weiteren alternativen Standorte wurden geprüft?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das Burgenland und da ganz besonders die verantwortlichen Regierungsmitglieder, auch historisch gesehen, haben sich immer dazu bekannt, dass es im Burgenland fünf Spitäler geben soll.

Es gibt und gab eine Standortgarantie der verantwortlichen Regierung und ich sage, ich bin schon deshalb sehr dankbar, dass diese Frage so formuliert wurde, weil jetzt endlich auch die ÖVP erkannt hat, dass ein Spital, ein Krankenhaus, im Bezirk Neusiedl am See wichtig ist und dem Bau grundsätzlich zustimmt.

Wenn man in die Vergangenheit blickt, war das nicht immer so. Im Jahr 2015 wollte nämlich Ihr Regierungsmitglied die Krankenhäuser in Güssing, Oberpullendorf und in Kittsee zusperren. Das ist auf der einen Seite einmal ein gewisser Fortschritt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist nicht wahr!)*

Zu Ihrer Frage. Wir haben natürlich schon im Vorfeld der Präsentation des Standortes in der Entwicklung des Masterplans, der ja auch entsprechend präsentiert wurde, gemeinsam mit dem BURGEF, der KRAGES und dem Planungsinstitut EPIG, dass die Spitalsplanung für Salzburg, Steiermark, Kärnten und auch dem Burgenland vornimmt, den Auftrag weitergegeben, hier eine entsprechende Standortsuche vorzunehmen.

Eine Standortsuche vorzunehmen, die unter dem Aspekt der Erreichbarkeit, der Versorgungsdichte und der so wenig wie möglich auch das Umfeld belästigen soll, aber auch unter dem Aspekt, die Bevölkerung so wenig wie möglich mit Verkehr zu beeinträchtigen, gestanden ist. Sie sehen es auch im Bereich des Krankenhauses Oberwart jetzt, wo der Neubau startet, ist explizit ein Kreisverkehr errichtet worden, damit es keinen Verkehr durch die Stadt gibt.

Das waren die Faktoren. Es wurden 7 Standorte beurteilt. Drei Standorte in der Gemeinde Neusiedl am See, ein Standort in Weiden am See, drei Standorte in Gols.

Dieses Planungsinstitut hat gemeinsam mit dem Auftraggeber diesen Standort vorgeschlagen und wir haben diesen Vorschlag übernommen. Jetzt stehen wir aber am Beginn der Diskussion. Wir stehen am Beginn der Diskussion. Wir stehen am Beginn der Verfahren, die in weiterer Folge zu führen sind. Diese Diskussion beginnen wir genauso jetzt mit dem Naturschutz.

Natürlich werden alle Naturschutzverantwortlichen eingebunden. Das ist ja keine Frage, aber eines wird es nicht geben, das vorab, noch bevor diese Diskussionen stattfinden werden, der Naturschutz bestimmt, wo ein Spital gebaut wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es wird es auch nicht geben, das sage ich auch ganz offen, dass der Naturschutz bestimmt, dass der Neusiedler See austrocknet. Auch das wird es nicht geben. Es wird eine Diskussion mit dem Naturschutz geben. Der Naturschutz ist einzubinden, aber in einer Demokratie natürlich auch unter Beachtung der Rechtsstaatlichkeit, denn da gibt es die Verfahrenswege.

Die Verfahren sind zu führen. Die Verfahren werden dann auch geführt. Die haben jetzt noch nicht einmal gestartet und jetzt will man schon ein Projekt verhindern. Haben Sie als Fraktion sich darüber aufgeregt, als im Bezirk Neusiedl am See die Mole West gebaut wurde?

Die Mole West steht mitten im Naturschutzgebiet. Ich sage, ein Krankenhaus ist natürlich für die Menschen viel wichtiger, wenn es um die Gesundheit geht, wenn es um die Krankenversorgung geht, wie eine Mole West. Da geht es um wirklich elementare Dinge. Haben Sie sich beim Fritz in Weiden am See aufgeregt? Das steht mitten im Natura 2000-Gebiet. Hat sich irgendwer bei den Betriebsansiedelungen aufgeregt? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich könnte Ihnen jetzt ein paar nennen, ich möchte sie aber gar nicht vor den Vorhang ziehen. Die stehen mitten im Natura 2000-Gebiet am Kreisverkehr, nämlich dort, wo das Spital errichtet werden soll. Hat sich da von Ihrer Fraktion oder aber auch von den GRÜNEN irgendwer beschwert? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja.)*

Genau beim Kreisverkehr ist ein Bauunternehmer angesiedelt, ein paar Meter weiter weg gibt es ein Industriegebiet. Hat sich da irgendwer beschwert? Niemand hat sich bis dato darüber beschwert. Natur 2000-Gebiet bedeutet nämlich nicht, dass dort ein absolutes Bauverbot herrscht. Dort gibt es jetzt eine landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Natura 2000-Gebiet bedeutet ganz einfach, dass man auf den Naturschutz zugehen muss. Das machen wir. Dass wir sie in die Verfahren einbinden werden, das machen wir, aber jetzt stehen wir erst am Beginn des ganzen Prozedere. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Vermengung verschiedener Tatsachen kann ich nicht nachvollziehen. Erstens war die ÖVP nie gegen ein Krankenhaus, im Gegenteil. Wir sind die letzten Jahre, und das wissen Sie, das haben wir auch schon besprochen, immer für eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Bezirk Neusiedl am See eingestanden. Dann, mitten im Wahlkampf, ist das Thema mit dem Krankenhaus gekommen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Klubobmann! Darf ich um Ihre Frage bitten?

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Die SPÖ hat sich auf diesen Standort einzementiert, was ich nicht nachvollziehen kann und darum darf ich die weitere Frage dazu stellen. Wenn sich die SPÖ auf diesen Standort einzementiert und medial das so präsentiert hat, dass das der einzige, der beste und der richtige Standort ist, welche anderen Standorte rund um Gols wurden dann geprüft?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben recht, Sie waren nie gegen ein Krankenhaus, Sie waren gegen drei Krankenhäuser. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* Nämlich, gegen Güssing, Oberpullendorf und Kittsee. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch!)* Das ist medial dokumentiert, da gibt es die entsprechende Berichterstattung darüber. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt nicht! Es stimmt trotzdem nicht. Es wird nicht wahrer, auch wenn Sie es dreimal wiederholen. - Abg. Robert Hergovich: Ihr braucht doch nicht so nervös werden.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Landeshauptmann, Sie sind am Wort!

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Da gibt es entsprechende Medienberichte. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber es stimmt trotzdem nicht. Echt peinlich! - Abg. Robert Hergovich: Mir wäre es auch peinlich.)* Ich kann das das nächste Mal wieder mitnehmen. Das wurde publiziert, nur, dass Sie es wissen, damals von der BVZ. Fragen Sie Ihre Pressesprecherin, die war damals schon, glaube ich, bei der BVZ. Vielleicht hat Sie diesen Artikel sogar geschrieben. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Diskussion, das sage ich Ihnen jetzt auch ganz offen, um die Gesundheitsversorgung im Bezirk Neusiedl am See, die haben wir schon eine gewisse Zeit vor den Wahlen geführt. Die haben wir schon geführt, wie es um die Akutordinationen gegangen ist.

Gerade Sie, Herr Abgeordneter, denken Sie zurück, welche öffentliche Unwahrheiten Sie da verbreitet haben, dass sogar die Ärztekammer auf den Plan treten hat müssen und diese Meinungsbildung, diese falsche Meinungsbildung im Bezirk korrigieren musste. Genau jetzt ist es das Gleiche. Wir haben uns nirgends einzementiert.

Wir haben das von einem Planungsinstitut, der EPIG ausarbeiten lassen, das in der Steiermark, in Kärnten und in Salzburg das gleiche macht. Wir haben diesen Vorschlag übernommen.

Wir haben das jetzt nicht so, wenn beim ersten Medienbericht, dass das oder das nicht passt, dass wir gleich wieder einknicken. Aus meiner Sicht gibt es da eine Interessensabwägung. Gesundheit ist ein ganz, ganz hohes Gut. Das werden wir jetzt im Verfahren mit dem Naturschutz ausdiskutieren. Aber, das bedeutet nicht, dass wir auf diesen Standort einzementiert sind.

Das ist aus heutiger Sicht der idealste Standort. Wenn er gemeinsam mit dem Naturschutz zu realisieren ist, dann wird er realisiert. Wenn er nicht zu realisieren ist, dann wissen wir auch woran wir mit dem Naturschutz liegen, denn dann wird es ihn wo anders geben. Das ist keine Frage. Aber, beim ersten Gegenwind, wenn es um das Thema Gesundheit geht, wenn es um ein Spital geht, um die Neuerrichtung eines Spitals, gleich einzuknicken, das macht diese Regierung sicherlich nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dass Sie das als Oppositionspartei kritisieren, das verstehe ich ja bis zu einem gewissen Grad, denken Sie nur an die Diskussion zurück, was ich vorhin gesagt habe, nämlich, an die Akutordinationen und wie schlecht dieses System plötzlich geredet worden ist. Diese ganze Diskussion, das Burgenland schlecht zu reden, das System schlecht zu reden, die Versorgung der Bevölkerung schlecht zu reden, hat Ihnen in Wirklichkeit nichts gebracht.

Die Leute sehen schon, was wichtig ist und wer was wie macht. Gott sei Dank sind die Menschen grundsätzlich so kritisch. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Zunächst muss ich eine Richtigstellung machen. Wenn Sie sagen, Herr Landeshauptmann, dass die Verschlechterung im Gesundheitssystem mit der Wegnahme durch die SPÖ-Regierungsmitglieder damals, des Nachtdienstes der praktischen Ärzte nicht erfolgt ist, dann weiß ich nicht woran wir momentan sind, welche Aussagen dann stimmen.

Ich glaube nicht, dass es schlichtweg nicht richtig ist, so, wie Sie das betitelt haben, wie wir das kommuniziert haben. Tatsache ist, wenn wir zum Krankenhaus zum Standort zurückkommen dürfen und manche polemische Anmerkungen bei Seite lassen, darf ich Sie noch einmal fragen, Herr Landeshauptmann: In welchem Zeitraum kann die Grundstückssicherung beziehungsweise der Kauf an dem geplanten Standort beim Kreisverkehr erfolgen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Noch einmal, wir stehen am Beginn des Verfahrens. Wir haben das medial bereits bekannt gegeben, dass die Grundstücke dort vor Ort auch unter Mitwirkung der Ortsfraktion ÖVP Gols, dort vor Ort optioniert wurden. Diese Optionen sind jetzt mehrjährig gesichert und jetzt innerhalb dieser drei Jahre, wenn ich das richtig im Kopf habe, geht es darum, dieses Widmungsverfahren über die Bühne zu bekommen. Wenn das nicht gelingt, dann wird die Option nicht gezogen, ganz einfach. *(Abg. Markus Ulram: Alternativen werden also nicht mehr geprüft?)*

Zum jetzigen Zeitpunkt nicht, weil als Alternativen, bereits sieben Standorte geprüft wurden. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Markus Ulram: Das ist die Unwahrheit.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Die nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Robert Hergovich.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Zu meiner großen Verwunderung hat der Herr Klubobmann Ulram gerade gesagt, die ÖVP sei für ein Spital in Gols. Wie erklären Sie sich dann, Herr Landeshauptmann, dass die ÖVP in Gols im Gemeinderat gegen den Beschluss gestimmt hat? *(Abg. Markus Ulram: Das ist doch falsch!)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Herr Landeshauptmann, Sie sind am Wort. *(Abg. Markus Ulram: Schlichtweg falsch! Gegen den Standort haben wir gestimmt, doch nicht gegen das Spital. Das ist falsch! Das ist SPÖ-Maschinerie in den Medien.)*

Herr Klubobmann, der Herr Landeshauptmann ist am Wort. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist der Landeshauptmann jetzt zuständig dafür, zu beurteilen was die ÖVP gut macht? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Diese Beurteilung, wer was gut macht, das will ich ohnehin nicht machen. Schauen Sie, ich habe das vorhin schon ausgeführt. Wir brauchen darüber nicht diskutieren. Gott sei Dank ist die Sichtweise, die historische Sichtweise, das gestehe ich Ihnen zu, die historische Sichtweise jene der ÖVP immer gewesen, zwei zentrale Spitäler zu haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch!)*

Dokumentiert durch einen Medienbericht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist falsch.)* durch ein Medium, das sicherlich mehr der ÖVP, wie der Sozialdemokratie nahe steht. Das kann man auch ganz offen sagen. Dann Kindesweglegung zu betreiben und zu sagen, naja, meine Landesrätin Resetar hat da damals historisch etwas Falsches gesagt und hat vielleicht etwas anderes gemeint, das ist sehr weit hergeholt.

Aber, ich bin dankbar, das sage ich auch ganz offen, dass es jetzt einmal ein grundsätzliches Bekenntnis zum Standort, zu einem Standort im Bezirk Neusiedl am See seitens der ÖVP gibt. Wir werden, noch einmal, ich brauche das nicht ständig zu wiederholen, dieses Verfahren beginnen, wir werden es führen und, um es noch einmal und zum letzten Mal zu sagen, wir haben uns nicht einzementiert.

Aber, wenn wir etwas aus sachlicher Überzeugung und fachlicher Überzeugung vorschlagen, dann beginnen wir jetzt das Verfahren. Das Verfahren wird uns zeigen, wird und weisen, ob dieser Standort realisierbar ist, oder nicht. Auf Zurufe irgendwo von außen, wie es teilweise in den Fragen formuliert ist, dass man sagt, wie die GRÜNE Fraktion sagt in Ordnung, von besorgten Bürgern habe ich da das und das vernommen, damit können wir nichts anfangen.

Es gibt ein Behördenverfahren. Das wollen wir rechtskonform beginnen und dann können wir dann laufend, *(Abg. Markus Ulram: Der Gemeinderat Brandstätter sagt aber etwas Anderes.)* das sagt er im Gemeinderat, *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* aber nicht hier, darüber berichten.

Ich bin gerne bereit, diese Naturschutzthemen auch hier öffentlich vorzulegen. Auf der einen Seite, wo sind die wichtigen Interessen im Naturschutz, auf der anderen Seite, wo sind die wesentlichen und wichtigen gesundheitspolitischen Interessen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine nächste Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt, Gesundheit ist wichtig. Das ist klar. Dazu gehört aber natürlich auch eine gesunde Natur. Sie haben gesagt, es gab bereits Gespräche mit Naturschutzorganisationen. Ihrer Reaktion entnehme ich, dass Sie das sehr kritisch sehen. Sie haben auch gesagt, wenn es keine Einigung gibt, dann wird ein anderer Standort gesucht. Habe ich das richtig verstanden? Danke.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Ich habe ganz klar gesagt, jetzt sage ich es das letzte Mal. Jetzt wird das Verfahren begonnen und es wird dann von uns beurteilt, ob und unter welchen Gegebenheiten dieser Standort realisierbar ist, oder nicht.

Aber, noch einmal, es wird natürlich auch die Diskussion mit den Naturschutzvertretern geführt, das ist ja keine Frage. Aber, Sie müssen sich folgendes vorstellen: Es ist offensichtlich auch der GRÜNEN Fraktion oder Ihrer Fraktion *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* durchaus den Menschen zumutbar, dass jeder durch Gols durchfährt zum anderen Standort aus Neusiedl am See kommend.

Es ist offensichtlich derzeit vollkommen egal in diesem Natura 2000-Gebiet an diesem Standort, dass dort Weinbau und Ackerbau betrieben wird, dass dort ständig gespritzt wird, denn das hat offensichtlich mit dem Natura 2000 ohnehin sowieso nichts zu tun, das ist alles egal. Aber, wenn dort ein Spital vis a vis von einer Baufirma hingebaut wird, dann ist das das große Drama.

Vom Hausverstand getragen in der Beurteilung verstehe ich das nicht mehr. Da kommt ja eines noch zu. Das ist ja der größte Witz in Wirklichkeit. Der Naturschutz tut immer so, wie wenn alles, was wir machen, ganz schlecht wäre. Wo hat sich der Naturschutz selbst hingebaut? Wo sitzt der Naturschutz im Bezirk Neusiedl am See? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das ist doch lächerlich!)* Na, wo sitzt er? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das hat doch einen Sinn! Na, entschuldige mal.)*

Die Biologische Station historisch sitzt mitten am See, mitten im tiefsten Naturschutzgebiet. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das hat doch einen Sinn! Warum wohl? Das ist eine Forschungsstation.)*

Dort haben sie ihre Büros, dort hält man Seminare. Aber, dort war das kein Problem. Dort kann man plötzlich Bauten mitten in den Naturschutz hineinmachen. Wieso muss der Naturschutz dort sitzen? Diese kritische Frage muss man sich schon auch stellen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordnete Gerald Handig.

**Abgeordneter Gerald Handig** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben erwähnt, dass die Gesundheit ein hohes Gut ist. Es ist vielleicht das höchste Gut und für eine weitere Gewährleistung einer qualitativen Gesundheitsversorgung im Bezirk Neusiedl am See auch über den beabsichtigten Neubau eines Krankenhauses hinaus wird es wichtig sein, den Standort Kittsee zu erhalten.

Ich stelle daher die Frage: Welche konkreten Pläne gibt es für die weitere Verwendung des Krankenhauses in Kittsee?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Schauen Sie, Herr Abgeordneter, bei dieser Diskussion muss man ganz klar sagen, es wird, weil ich da auch Stimmen schon gehört habe, im Bezirk Neusiedl am See nur einen Standort geben. Es gibt also keine Parallelstandorte. Das man sagt, in Kittsee gibt es vielleicht eine Außenstelle oder gibt es einen zweiten Standort, das gibt es nicht.

Es wird einen Standort eines Krankenhauses geben. Das ist, aus heutiger Sicht so, ich sage es ganz bewusst der Standort Gols. Genauso, wie in Oberwart. Auch dort müssen wir uns überlegen, welche Nachnutzung ist möglich, welche ist realistisch, welche ist im Bezirk notwendig, welche ist wirtschaftlich tragbar.

Genau diese Überlegungen wird es auch für den Standort Kittsee geben. Macht es Sinn, dort ein Fachärztezentrum zu forcieren? Das wäre ja von der Idee auch getragen, das in der KRAGES zu platzieren, vielleicht machen zu wollen. Macht es einen Sinn, dort eine Altersversorgung zu platzieren? Aber bitte, wir stehen am Anfang der Diskussion.

Wir haben uns vorgenommen, dieses Spital in einem 10-Jahres-Programm zu realisieren. Sie können bei aller Liebe nicht erwarten, dass wir jetzt genau im Detail sagen, in Kittsee kommt das oder kommt das. Dass wir bemüht sind, eine Nachnutzung sicherzustellen und zu gewährleisten, dieses Bekenntnis gibt es. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine nächste Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Ja, danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie sagen natürlich oder betonen zu Recht, dass man sich am Beginn des Prozederes befindet. Das ist unstrittig so.

Ich bin wahrscheinlich der Zeit auch ein bisschen voraus, aber gibt oder gab es schon erste Überlegungen insbesondere hinsichtlich oder vor dem Hintergrund der diversen Strukturpläne Gesundheit, welche Stationen oder welche Schwerpunkte in diesem Krankenhaus Gols sich abzeichnen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Es gibt natürlich erste Überlegungen. Es wird sicherlich in der statischen und in der Grundausstattung eines Spitals einen Schwerpunkt geben. Es wird mit Sicherheit auch einen orthopädischen Remob Schwerpunkt geben. Neu, den wir schon jetzt in Kittsee beginnen. Wir haben hier einen Masterplan umfassend präsentiert. Der Masterplan ist öffentlich. In diesem Masterplan ist auch dem Grunde nach, auch in einem Regierungsprogramm, im Grunde nach nachzulesen und abzurufen, welche Schwerpunkte, nicht nur im neuen Standort Gols, sondern auch in Oberpullendorf, Güssing und Eisenstadt sowie Oberwart hinkünftig stattfinden werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Damit ist die zweite Anfrage erledigt. Ich sehe keine weiteren Fragen mehr.

Eine Frage an Sie, Frau Abgeordnete Mag.a. Regina Petrik. Die dritte Anfrage ist der zweiten sehr ähnlich. Wir haben sie trotzdem als geschäftsordnungsgemäß zugelassen. Möchten Sie dabeibleiben? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja!)* Dann sind Sie am Wort. Bitte Ihre Frage.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ja, das ist mir natürlich bewusst. Wir haben diese Anfrage schon vor einer Woche eingebracht. Aber, sie ist doch noch etwas detaillierter. Ich muss sie aber jetzt natürlich so verlesen, wie sie eingebracht wurde - im Bewusstsein und im Wissen, dass sie einiges davon schon heute angesprochen haben. Ich sage das nur, damit ich nachher nicht wieder belehrt werde, ich hätte nicht richtig zugehört. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben bereits im letzten Landtagswahlkampf den von Ihnen gewünschten Standort für ein neues Krankenhaus in Gols verlauten lassen. Trotz mehrfacher kritischer Stellungnahmen aus der Bevölkerung und Bedenken aus dem Natur- und Landschaftsschutz halten Sie an dem geplanten Standort südwestlich des Kreisverkehrs zwischen Gols und Weiden am See im Bereich der Grundstücke Nr. 12130 bis 12156 der Gemeinde Gols fest.

In welchem Verfahren fand die Standortsuche für das geplante Krankenhaus in Gols statt?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrte Abgeordnete! Ich will Sie nicht belehren. Das will ich jetzt vermeiden. Sie haben das erklärt. Aber, ich will auf die Fragebeantwortung der zweiten Frage verweisen. Diese Frage wurde schon beantwortet und ich bin ganz einfach nicht bereit, fünf, sechs, siebenmal das Gleiche zu wiederholen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Meine sehr konkrete Frage bezieht sich jetzt auf die gesamte Standortsuche. Wurde die Naturschutzabteilung des Landes in die Standortfindung irgendwie einbezogen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Jetzt mache ich es trotzdem. Nachdem ich jetzt schon gesagt habe, wer diese Standortfrage, diese Standortsuche, diese Evaluierung vorgenommen hat, liegt es auf der Hand und ist logisch, denn ich habe die Naturschutzabteilung da nicht aufgezählt und nicht genannt, dass die Naturschutzabteilung nicht dabei war.

Das ergibt sich aber aus der Beantwortung der zweiten Frage. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Die SPÖ in Gols ist ja auch sehr Feuer und Flamme für genau diesen einen Standort. In einer Aussendung unter dem Kasten Mythencheck wird hier geschrieben, es wurde eine Fläche von rund 82.000 $km^2$ gekauft.

Jetzt weiß ich schon, Sie denken sehr groß, aber ich nehme einmal an, es wird nicht fast ganz Österreich gekauft werden. Der Bürgermeister von Gols und die SPÖ Abgeordneten berufen sich auf eine Studie, die von der KRAGES in Auftrag gegeben wurde. So hieß es, die GRÜNEN Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wollten Einblick in diese Studie haben.

Selbiges wurde ihnen aber vom Herrn Ing. Fellner, von der KRAGES, verweigert.

**Präsidentin Verena Dunst:** Frau Abgeordnete, Ihre Frage bitte.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Weil er die Studie nicht aus der Hand geben dürfe. Meine Frage: Wie kann es sein, dass sich Funktionäre und Abgeordnete der SPÖ auf eine Studie berufen, die die KRAGES gar nicht herausgeben darf?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Also, ich sage es jetzt noch einmal. Diese Standortsuche, die mit EPIG gemeinsam mit der KRAGES betrieben worden ist, ist keine Geheimwissenschaft. Der Standort auf der anderen Seite von Gols, den beispielsweise Sie vorschlagen, der liegt im HQ100 Bereich. Dort ist ein Entwässerungs-, ein Abwasserkanal.

Der schließt an ein bebautes Gebiet an. Dort ein Krankenhaus zu realisieren wäre auch ein Schnellschuss in der Beurteilung. Das verstehe ich, aber aus Oppositionssicht, keine Frage. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dass zum Zeitpunkt einer Gemeinderatssitzung Unterlagen nicht vorgelegt wurden, ja, das ist so. Das kann ich von hier aus nicht beeinflussen. Das ist aber auch nicht mein Zuständigkeitsbereich. Im Verfahren gibt es klare Regeln und es gibt auch klare Parteistellungen, das ist ja nichts Aufregendes, das ist ja nicht das erste Mal, dass das passiert.

Wir sind ein Rechtsstaat. Jeder wird Einsicht bekommen. Jeder wird sehen, welche Beurteilungskriterien dort maßgeblich sind. Wenn Sie möglicherweise die Geschäftsordnung zum Landtag dann neu beschließen, können wir dann auch die schriftlichen und mündlichen Anfragen zur KRAGES intensivieren, und es wird alles offengelegt.

Wir haben da sicherlich nichts zu verbergen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Aber die SPÖ-Funktionäre.)* Nur, was die SPÖ, wie auch immer, welche Fraktionen bei irgendeinen Gemeinderatssitzungen macht, dafür bin ich hier wirklich nicht verantwortlich. Das müssen Sie dort fragen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Es gibt keine weiteren Fragen zu dieser dritten Anfrage. Ich darf daher zur vierten Anfrage kommen.

Die vierte Anfrage ist von Herrn Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet. Bitte Herr Abgeordneter um die Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! In der Nationalparkgemeinde Illmitz hört man, es wäre geplant, die Tätigkeit der Aufsichtsorgane des Nationalparks Neusiedl See-Seewinkel weg von der öffentlichen Hand in die Verantwortung der St. Martins Therme zu legen. Dazu stelle ich folgende Frage:

Sind Ihnen diesbezügliche Absichten bekannt?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Die von Ihnen angesprochenen

Aufsichtsorgane üben eine sehr wichtige Funktion innerhalb des Nationalparks aus. Das sind unsere hauptamtlichen Mitarbeiter. Sieben an der Zahl, um genauso zu sein. Sie sind übrigens auch im Nationalparkgesetz entsprechend verankert.

Ihre Aufgabe ist es, die wertvollen Flächen, und auch besonders schützenswerte Bereiche des Nationalparks entsprechend abzusichern, auch im Auge zu behalten, darauf zu achten, dass sie unbeschadet bleiben. Sie haben auch eine entsprechende Ausbildung, ähnlich wie die hauptamtlichen Naturschutzorgane, was erfolgreich bestandene Prüfungen, auch im Bereich des Naturschutzes betrifft.

Das heißt, es sind wirklich fachlich geschulte Menschen, die hier tätig sind und im Nationalpark fast rund um die Uhr tätig sind, um hier auf diese schützenswerten Gebiete zu achten. Um ganz konkret Ihre Frage zu antworten. Nein, eine solche Absicht ist mir nicht bekannt, dass diese Tätigkeit vom Nationalpark in die St. Martins Therme verlagert werden soll.

Ich würde so eine Vorgehensweise auch nicht unterstützen. Es ist auch ganz klar im Gesetz geregelt. Der Nationalpark hat hier öffentliche und hoheitliche Aufgaben, aber auch einen öffentlichen Bildungsauftrag zu erledigen. Das ist doch eine sehr andere Ausrichtung, als eine privatwirtschaftlich organisierte St. Martin´s Therme.

Natürlich gibt es hier immer wieder Absprachen, auch was das Besucherprogramm betrifft. Es ist ja keine Konkurrenz zwischen Therme und Nationalpark. Man versucht hier wirklich die Synergien auch zu nutzen. Es gibt auch immer wieder stattfindende Besprechungen zwischen den Rangern der St. Martins Therme und dem Nationalpark Rangern, um hier auch die Synergien zu nutzen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es gibt gemeinsame Projekte, wie beispielsweise diesen Jackson Wild Summit und vieles mehr. Aber, wie gesagt, noch, einmal, eine Absicht, diese Naturschutzorgane oder Nationalparkaufsichtsorgane in die Therme zu verlagern, die gibt es nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Gibt es eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Ich darf zum Aufruf der vierten Anfrage kommen. Die vierte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Dipl. Päd. DI Carina Laschober-Luif an den Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner gerichtet. Frau Abgeordnete, ich darf Sie um die Verlesung Ihrer Anfrage bitten.

**Abgeordnete Dipl. Päd. DI Carina Laschober-Luif** (ÖVP): Dankeschön Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat! Die heimische Forstwirtschaft befindet sich in einer angespannten Lage. Einerseits ist der Holzmarkt aufgrund der Corona-Krise eingebrochen, andererseits ist ein hoher Anteil der geernteten Menge Schadholz.

Welche Maßnahmen werden Sie als zuständiger Landesrat setzen, um der burgenländischen Forstwirtschaft aus dieser Krisensituation zu helfen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner** (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geschätzte Frau Abgeordnete! Ich kann berichten, dass wir aus dem Programm der ländlichen Entwicklung jährliche Unterstützungsmöglichkeiten im budgetären Ausmaß von 1,5 Millionen Euro für burgenländische Forstbetriebe und Waldbauern zur Verfügung stellen können.

50 Prozent davon fallen für Projekte wie, zum Beispiel, Wiederaufforstungen, die standortgerechten Laubholzarten, die Bodenvorbereitungsarbeiten dafür, die Pflege von Jungwäldern sowie Erstdurchforstungen zur Verbesserung der Bestandsstabilität zu.

Der Fördersatz beträgt 60 Prozent. Bei ökologisch wertvollen Projekten 80 Prozent.

In der aktuellen Förderperiode konnten 800 Förderansuchen genehmigt werden. Ich kann auch berichten, dass kein einziges abgelehnt wurde. Es sind noch Mittel vorhanden.

Zum Thema Schadholz denke ich, dass allen mittlerweile bekannt ist, weil es ja jetzt schon ein länger andauerndes Problem ist, unter dem Stichwort Borkenkäfer wissen wir, dass die hauptbetroffene Baumart die Fichte ist. Wir wissen, dass wir mit einem prognostizierten Klimawandel dem Problem näherkommen. Die Tendenz dieses Flächenanteils der Fichte ist, Gott sei Dank, abnehmend.

Es muss ja auch das langfristige Ziel sein, die schadhaften Hölzer zu schlagen und diese dementsprechend rasch auch aus dem Wald herauszubekommen.

Auch hierfür stehen jährlich budgetäre Mittel in Höhe von 150.000 Euro zur Verfügung. Es steht aber auch eine Beratungstätigkeit seitens des Amtes der Burgenländischen Landesregierung zur Verfügung. Die wird auch dementsprechend genutzt. Ich kann hier nur noch einmal berichten, dass im Burgenland ausreichend budgetäre Mittel zur Verfügung stehen und wir im Vergleich zu anderen Bundesländern, eben hier eine 100prozentige Quote haben, wenn die Anträge natürlich korrekt eingebracht werden.

Wir wissen auch, dass es notwendig sein wird, die Wälder Klima-fit zu machen. Hier sind wir diesbezüglich auch schon sehr häufig in Kontakt mit dem Waldverband und anderen Institutionen gewesen.

Hier geht es auch darum, dass man Projekte ausarbeitet und diese dann auch dementsprechend einreicht. Wir sind hier sehr stark im Verbund mit Vertretern des Waldverbandes, aber auch logischerweise mit den Vertretern des Amtes, um hier dementsprechend auch die Anträge korrekt vorzubereiten und dementsprechend auch einzuleiten.

Wir wollen aber auch als Land uns dementsprechend einbringen, wenn es darum geht, auch Saat- und Pflanzengut zur Verfügung zu stellen. Wir wollen hier den Forstgarten ausweiten und eine Eichensaatgutplantage ausbauen und dementsprechend auch die Baumarten, wie beispielhaft Rotbuche, Kiefer, Bergahorn und so weiter und so fort zur Qualitätssicherung in burgenländischen Saatgutbeständen zur Verfügung stellen.

Zum Thema Holzindustrie ist zu sagen, dass die Krise der Situation nicht gerade gutgetan hat. Es ist die wirtschaftliche Komponente, wo eben die Abnehmer zurzeit fehlen. Hier haben wir uns darauf verständigt, und ich habe das vorher schon angesprochen, dass es jetzt höchst notwendig ist, das Schadholz relativ rasch aus dem Wald herauszubekommen.

Da geht es auch darum, dass wir es zwischenlagern müssen. Hier gibt es dementsprechende Projekte, wo wir im Verbund mit dem Waldverband und Waldwirtschaftsgemeinschaften stehen. Hier ist man aktuell auf der Suche nach diesen geeigneten temporären Standorten. Für die Transport- und Manipulationskosten stellen wir hier auch eine Förderquote von 60 Prozent zur Verfügung. Hier stehen auch 150.000 Euro an budgetären Mittel zur Verfügung.

Ich denke, es sind schon also viele Maßnahmen, Möglichkeiten und auch Fördertöpfe, die zur Verfügung stehen. Ich bin hier allseits gerne zur Unterstützung bereit, wenn es zusätzliche Projekte gäbe, die wir einreichen können und bin auch für kreative Ideen dankbar. Ich denke, das Thema Schadholz ist ein schwieriges Thema. Es antwortet jeder darauf, schnell abholzen und schnell aus dem Wald heraus.

Ich glaube, das ist allseits bekannt, dass das die einzige Möglichkeit ist, diesem Thema nahezukommen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Dipl. Päd. DI Carina Laschober-Luif** (ÖVP): Wir als Volkspartei haben in unserem Startpaket für das Burgenland ein Forstpaket vorgeschlagen. Dabei sollen Lagerplätze für Schadholz geschaffen werden. Außerdem sollen die Forstwirte pro Festmeter Holz unterstützt werden. Können Sie sich vorstellen, so ein Forstpaket umzusetzen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner** (SPÖ): Ich denke, zu dem ersten Punkt habe ich vorher schon die Antwort gegeben, dass wir hier bei diesen temporären Lagerstellen ja schon in Verbindung mit dem Waldverband sind und hier auch schon Standorte gesucht werden, und auch dementsprechend budgetäre Mittel zur Verfügung stehen. Diesen einen Punkt würde ich jetzt als abgehakt sehen.

Natürlich muss man jetzt nur mehr auf Standortsuche gehen. Aber dieses Projekt läuft aus meiner Sicht.

Bei allen anderen Vorschlägen bin ich gerne zu Gesprächen bereit. Kommen Sie vorbei, überlegen wir uns, wie wir unser Projekt auch dementsprechend korrekt einlaufen lassen können. Fördermittel stehen, wie schon erwähnt, zur Verfügung. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Walter Temmel.

**Abgeordneter Walter Temmel** (ÖVP): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat. Zur Erreichung der Klimaziele werden wir alle Arten von erneuerbaren Energieträgern benötigen.

Das Burgenland ist das einzige Bundesland, das das Biomasseausführungsgesetz zur Absicherung von Strom aus Biomasse nicht umgesetzt hat. Damit haben Sie 4 Biomasseanlagen, 500 Arbeitsplätze und Strom für 52.000 Haushalte vernichtet.

Wann werden Sie das Biomassegesetz endlich umsetzen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner** (SPÖ): Ich denke, diese Frage ist nicht in direkten Zusammenhang auf die Kern- und Hauptfrage zu bringen. Deshalb werde ich jetzt diese Frage auch nicht beantworten. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Markus Ulram: Das ist aber eine Entscheidung der Frau Präsidentin!)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat? – Eine weitere Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. *(Abg. Markus Ulram: Frau Präsidentin! Das ist heute schon das zweite Mal, wo Ihre Autorität als Vorsitzende des Hohen Hauses untergraben wurde!*)

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich muss Sie nicht daran erinnern, dass ich hier den Vorsitz führe. Der Herr Landesrat hat hier klar Auskunft gegeben und es liegt am Herrn Abgeordneten Temmel, und das wird er sicher tun, gerne mit ihm noch in weitere Gespräche zu treten, *(Abg. Markus Ulram: Sie sind aber dafür zuständig zu entscheiden, ob er zuständig ist oder nicht.)* weil er ja auch nicht hier für das Gesetz zuständig ist. *(Abg. Markus Ulram: Er hat es jetzt selber beurteilt. – Abg. Wolfgang Sodl: Die Frau Präsidentin hat es bestätigt.)*

Herr Klubobmann, ich darf nunmehr weiter fortfahren.

Nachdem es keine weiteren Zusatzfragen gibt kommen wir zur 6. Anfrage. Die 6. Anfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller. Sie ist gerichtet an den Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner. Ich bitte daher Sie, Herr Abgeordneter Spitzmüller, um Verlesung der Anfrage.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat Dorner! Bei Zurndorf ist ein Golfplatz geplant. Wie passt ein derartiges Projekt mit den Grundsätzen des Landesentwicklungsprogrammes Burgenland - LEP 2011 zusammen.

Der Titel des LEP lautet ja, „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner** (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geschätzter Abgeordneter! Gleich vorab, also das Projekt Zurndorf Golfplatz ist bei uns offiziell noch nicht eingelaufen. Ich denke, Sie wissen das auch aus anderen Quellen. Hier im Amt ist es noch nicht eingelaufen. Aber grundsätzlich zu der Fragestellung:

Planungen und Projekte müssen grundsätzlich dem Raumplanungsgesetz und auch dem Landesentwicklungsplan entsprechen.

Ich möchte nur kurz einen Auszug aus dem Raumplanungsgesetz - sprich § 1, Abs. 1, Zeile 12 zitieren, wo steht, dass das Raumplanungsgesetz für den Tourismus unter Berücksichtigung der ökologischen Belastbarkeit und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Raumes sowie der Erfordernisse des Natur- und Landschaftsschutzes sich zu entwickeln hat. Alle Projekte haben also Rücksicht auf den Naturschutz zu nehmen.

Das ist ganz klar im Raumplanungsgesetz verankert. Ausdrücklich angeführt ist aber auch, unter anderem, die Versorgung, die Erwerbsmöglichkeiten und auch Sporteinrichtungen. Ich denke, man soll es nicht trennen. Wir hatten ja vorhin schon zu einem anderen Thema den Naturschutz nicht als „stand-alone“, sondern man muss ja immer gesamtheitlich denken.

Es ist ganz klar aus dem Raumplanungsgesetz ersichtlich, dass man auch Sportanlagen dementsprechend fördern soll und in weiterer Folge dementsprechend auch den Tourismus, wenn er in Verbindung steht.

Ich denke, das schließt klarerweise dieses Projekt, dieses mögliche Projekt, nicht aus. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Genauso steht es auch im Landesentwicklungsprogramm, nämlich, dass touristische und kulturelle Angebote im Burgenland in ihrer Vielfalt und unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten zu nutzen und weiter zu entwickeln sind. Wesentliche Zielsetzung im Tourismus ist eine Erhöhung der Bettenauslastung und eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer und damit eine Steigerung der lokalen und regionalen Wertschöpfung. Zusammenfassend - das eine schließt das andere nicht aus.

Wenn also ein Projekt eingereicht wird, wird es in sämtlichen Stationen, wie Landschaftsschutz, Naturschutz, Raumplanung etc. geprüft und wenn es gesamtheitlich für positiv bewertet wird, wird es dementsprechend auch umgesetzt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Dankeschön Herr Landesrat! Zurndorf ist im LEP mit keiner Tourismusumgebung belegt. Meine Frage ist allerdings eine andere. Im Gemeinderat vor einem Jahr, am 6. März 2019, vor gut einem Jahr, gab der Bürgermeister auf eine Frage zum Projekt Golfplatz als Antwort, dass die politischen Vertreter des Landes Burgenlandes grünes Licht dafür gegeben haben. Anscheinend muss es ja intensive Gespräche darüber gegeben haben. Sie wissen nichts davon?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat, Sie sind am Wort.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner** (SPÖ): Nein! Ich habe vorher schon gesagt, das Projekt ist nicht eingelangt und damit nicht offiziell bei uns im Amt.

Dass es irgendwo in der medialen Berichterstattung vielleicht aufgeschlagen hat, mag sein. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Im Gemeinderat! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber der Bürgermeister…)* Ich bin jetzt nicht jedes Mal bei der Gemeinderatsitzung in Zurndorf dabei, tut mir leid. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen nunmehr zur siebenten. Anfrage. Die siebente Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram an den Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet. Bitte Herr Klubobmann um Verlesung der Anfrage.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben medial die Aussage getätigt, sich vorstellen zu können, dass die 24 Stunden Pflege künftig statt Bundessache Ländersache wird und diese auf neue Beine gestellt werden muss.

Welche konkreten Pläne haben Sie diesbezüglich?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Klubobmann! Die konkreten Pläne werden auch - wie schon medial angekündigt und vom Herrn Landeshauptmann akkordiert - in einer Arbeitsgruppe festgelegt. Wir haben in dieser Zeit der Krise, und Sie haben sich ja auch, wie ich weiß, einige Male dazu geäußert und interessiert, wenn es um die Korridorflüge gegangen ist oder andere Themen, 24-Stunden-Betreuung als einziges großes Betreuungsthema, das nicht ausschließlich in der Verantwortung des Landes liegt, sondern zu 100 Prozent in Bundeskompetenz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir sind nur Zuzahler. Sie als Gemeinde ebenso, wie wir auch als Land zu geteilter Hand. Wir haben festgestellt, dass durch diese Naturkatastrophe und damit verbundenen Grenzschließungen eben ein Umstand hervorgerufen wird, den wir seit dem Jahr 2007, seit damals gibt es diese jetzt sehr gut funktionierende 24-Stunden-Betreuung, durch 100 Prozent ausländischer Betreuerinnen, nämlich, hervorgerufen durch eine Situation, die vielleicht nicht jedem mehr geläufig ist.

Da hat es beim damaligen Bundeskanzler Schüssel einmal eine Diskussion gegeben, dass der eine Pflegerin *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten), wie*

*gesagt, es* ist eine Diskussion entstanden, illegal und hin und her, und dann hat man eben diskutiert, Buchinger war damals Sozialminister, und dann hat man diese Lösung gefunden mit der gewerblichen Anmeldung und eben mit dem Sozialministerium, dass man eben eine Lösung hat, die dann legal ist.

Seit damals gibt es sie eigentlich und zwischendurch hat dieses System natürlich gut funktioniert. Jetzt hat man gesehen, das funktioniert nicht, wenn irgendetwas passiert, was wir nicht beeinflussen können.

Jetzt haben wir natürlich eine sehr große Unsicherheit bei den betroffenen Familien, bei den zu Betreuenden gehabt. Können sie jetzt kommen, können sie wechseln, können sie nicht kommen.

Das haben wir alle mitbekommen und es war eigentlich ein Thema, das uns - sag ich jetzt salopp - nicht wirklich etwas, aus der Zuständigkeit her, angegangen wäre, aber, weil es natürlich um die Menschen im Burgenland, um die zu Betreuenden geht, habe ich natürlich dieses Thema sehr gerne auch angenommen und versucht, alles präventiv oder eben akut zu tun, was wir tun müssen.

Das heißt, wir haben uns zum einen natürlich auch akkordiert, wir waren nicht allein in dieser Situation, dass die ausländischen Pflegerinnen nicht kommen können, sondern österreichweit hat es diese Situation gegeben, und auch gesagt, wie wir eben Maßnahmen treffen können, wenn etwas zutrifft, haben wir diese Ersatzbetreuungseinrichtungen eingerichtet.

Bis Ende April waren die in Bad Tatzmannsdorf und in Bad Sauerbrunn eingerichtet. Wir haben sie zum Glück nicht gebraucht. Zweite Maßnahme: Wir haben die Hotline ausgeweitet - die Pflegehotline, die dann in der Zeit jeden Tag bis 18.00 Uhr und auch am Wochenende ausgeweitet wurde. Die haben dann hauptsächlich wirklich in dieser Zeit 2.200 Anrufe alles rund um das Thema 24-Stunden-Betreuung zu beauskunften und so gut wie möglich zu erledigen gehabt.

Da ist interessant, dass die eine Beratungszeit uns weitergegeben haben, also von der Pflegeservice GmbH. von 21 Minuten. Das heißt, wir waren vollends, auch mein Büro, muss ich sagen, und die Abteilung, mit diesem Thema beschäftigt.

Dann ist es natürlich auch darum gegangen, schaffen wir die jetzt aus Kroatien oder wo auch immer mit Korridorflügen hinein und wer wird das dann abwickeln beziehungsweise wer wird das bezahlen?

Das waren dann also auch Herausforderungen, die dann gemeinsam mit der , Wirtschaftskammer Österreich - hauptsächlich federführend mit der Wirtschaftskammer NÖ, das Burgenland wurde da mitgenommen, gelöst wurden. Dann haben wir versucht, dieses Thema auch hier zu lösen.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, es sind natürlich im Burgenland dann auch in weiterer Folge viele betroffen worden, wo man gesagt hat, die rumänischen Pflegerinnen können nicht heim. Bonuszahlungen! Sie wissen, dass 500 Euro Bonuszahlungen, die man ausgesprochen hat, wenn jemand über die normale Verbleibezeit 4 Wochen hinaus dableibt, das ist auch passiert. Wir haben dementsprechende Anträge auch über die Bezirkshauptmannschaften, die die Abwicklung machen, hier bei uns. Die Bonuszahlungen werden aber auch im gemeinsamen Kontext verhandelt. Wer das zahlt, das kommt, so wie es ausschaut, gemeinsam in einen COVID-19 Topf, wo dann mit dem Bund die Bezahlung gebracht wird. 24-Stunden-Betreuung auf neue Beine stellen, heißt also, alles neu zu diskutieren.

Ich glaube, dass wir als Land, das besser machen können, weil wir näher beim Menschen sind und weil wir genau jetzt gesehen haben, dass die Leute uns als Ansprechpartner wollen und uns wollen, weil wir eben die Lösung haben. Deshalb die Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigen wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Dankeschön Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Experten haben bestätigt, dass das Pflegeanstellungsmodell vor allem in Bezug auf Arbeitszeiten, Ruhezeiten und Überstunden gegen das Arbeitsrecht verstößt.

Mit welchen konkreten Maßnahmen wurden diese arbeitsrechtlichen Probleme gelöst?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich weiß nicht, wo diese arbeitsrechtlichen Probleme, die zweifelsohne dann angezeigt werden oder geworden wären, wenn das so der Fall wäre, dann hätte man sie vielleicht einer Lösung zuführen müssen.

Eines ist ganz klar und deshalb danke für diese Zusatzfrage: Das einzig funktionierende Modell mit der 24-Stunden-Betreuung ist das burgenländische Anstellungsmodell für pflegende Angehörige. Das hat zu 100 Prozent funktioniert. 114 Personen haben ruhig schlafen können und ihre Familien auch. Die sind angestellt gewesen, die haben ihre Angehörigen bestens versorgen können. Deshalb ist es nicht nur jetzt mittlerweile bei uns ein diskutiertes Thema.

Deshalb haben wir auch 50 Anfragen pro Monat von Personen, die sich wieder anstellen lassen wollen und in ganz Österreich diskutiert man darüber.

Ich habe es auch dem zuständigen Bundesminister überreichen dürfen, der auch gesagt hat, das muss man sich in Zukunft auch anschauen. Es ist eines sicher, ein Weg, der speziell in ländlichen Räumen als probates Mittel zur Abfederung dieses Themas gibt und es gibt ja eigentlich nichts Besseres, als wenn man Leuten 1.700 Euro netto bezahlen kann, sozialrechtliche Absicherung schafft und gleichzeitig den Angehörigen auch seine eigene Familie betreuen lässt.

Ich glaube, das ist eine Win-Win-Situation für beide. Da muss man darüber nachdenken, ob man das nicht in vielen Facetten auch noch erweitern kann. Wir denken darüber nach und man sieht eigentlich, dass wir das, was wir im Budget vorgesehen haben, wahrscheinlich auch erreichen können, dass sich heuer noch 200 Leute bis Jahresende anstellen lassen werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Dankeschön Herr Landesrat. Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Zu dem vorhin angesprochenen Arbeits- oder Pflegeanstellungsmodell zu Arbeitszeiten, Ruhezeiten, Überstunden, Urlaub usw.: Welche konkreten Anfragen gab es bisher seitens der pflegenden Angestellten?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Ich könnte jetzt sagen, ich bin nicht zuständig, weil es tatsächlich so ist. Ich bin zwar thematisch zuständig und ich habe in meinem Budget natürlich auch die pflegenden Angestellten.

Aber die ganze Anstellungsthematik ist in der Pflegeservice GmbH und die gehört zur Landesholding. Das ist eine Tochter der Krages und die gehört zum Ressort von Herrn Landeshauptmann.

Diesbezüglich weiß ich nur, dass es immer wieder Diskussionen und natürlich auch Überlegungen gibt, wie man die Angehörigen weiter besser unterstützen kann. Jetzt, in Zeiten von COVID, war natürlich jegliche Kontaktaufnahme nicht möglich, aber wir tun natürlich sehr vieles, auch über Entlastungsangebote nachzudenken. Urlaub ist eine ganz klar geregelte Geschichte. Leute können in Urlaub gehen. Ersatzmöglichkeiten sind hier geschaffen worden durch die mobile Hauskrankenpflege.

Also die machen ja dann die Ersatzleistung oder die Angehörigen, die können das auch machen, andere Angehörige, auch das ist ja zulässig. Also das heißt, es gibt alles, was bei Urlaub oder Krankenstandsregelung Vorsorge getroffen ist und wir haben bis zum heutigen Tage bei mir, ich sage es bewusst, bei mir keine Anfrage, die von irgendwo einen negativen Ansatz gezeigt hätte. Also ich glaube, dass sehr viele mit diesem Modell sehr zufrieden sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Die nächste Zusatzfrage kommt von der Frau Abgeordneten Petrik. Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat! Die 24-Stunden-Betreuung ist in der Covid-19-Krise ja besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Das Land hat ja auch Hilfe geleistet. Zum Beispiel einen Personaltransport von Kroatien ins Burgenland gefördert.

Nutznießerin dieser finanziellen Unterstützung durch das Land war eine Agentur. Das ist zufällig auch jene Agentur, deren Betreiberin in Ungereimtheiten bei der Wirtschaftskammerwahl konkret bei der Vergabe von Vorzugsstimmen involviert ist. Die Frau Szojak ist Ihnen ja persönlich bekannt.

Ist Ihnen auch bekannt, dass diese Agentur trotz Förderung durch das Land Reisekosten an die Familien weiterverrechnet?

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Landesrat bitte.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe das, glaube ich, auch schon medial ganz klar auch schriftlich beantwortet. Auch nach Ihrer Pressekonferenz. Richtigstellung ist ja zweifelsohne auch durch eine andere Agentur erfolgt. Es wurden alle Agenturen abgefragt und nur eine hat eingemeldet, dass sie Personenbetreuung aus Kroatien eben benötigt. Nur eine.

Auch bestätigt von einer anderen Agentur. Sie haben da auch fälschlicherweise etwas behauptet, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt jetzt nicht was Sie sagen!)* was dann auch durch den ORF Burgenland korrigiert wurde. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist jetzt schwer, ich kann nicht antworten!)* Ich habe die Pressekonferenz - ich beantworte, was der Wahrheit entspricht.

Zum Zweiten muss ich sagen, wenn sie da irgendwo eine Vermischung herstellen wollen, dass sie so viele Vorzugsstimmen bekommen hat, ich bin nicht bei der *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Meine Frage war…)* Wirtschaftskammerwahl beteiligt und deshalb ist es ganz klar.

Eine Antwort, die ich Ihnen geben kann, alles was dort auch dann bei Korridorzügen vielleicht aus Rumänien oder über andere Wege an Kosten entstanden sind, kann, wenn es auch dort eingebracht wird wo es hingehört, von Agenturen, nämlich zur Wirtschaftskammer, die zahlen alle dort Umlage und sind auch alle dort angemeldet

als Selbständige, es vorgebracht werden und das wird dann natürlich weitergegeben, wo immer auch hin. An die Wirtschaftskammer Österreich oder an das Sozialministerium, wo eben Covid dann im Gesamten eben abgerechnet wird.

Also das ist so eben die Vorgehensweise, die nicht geregelt ist. Ich sage es ganz offen. Es gibt auch keine Bezahlung für Testungen. Was an die Familien weitergegeben wird, entzieht sich überhaupt meiner Kenntnis. Es gibt Verträge, die die Familien abschließen mit der Agentur. Ich kenne diese Verträge im Detail nicht. Ich weiß auch nicht, was verlangt wird wofür. Ich höre nur das, was sie sagen.

Deshalb habe ich Testungen gesagt, auch Testungen, die nicht vorgeschrieben sind, aber gewünscht werden und aus meiner Sicht gescheit ist, dass man es macht, bevor man sie eben zu den Leuten hinschickt, die dann aus Rumänien kommen oder wo auch immer her auch weiterverrechnet.

Das heißt, die Agentur hat mit der Betreuungsperson einen Betreuungsvertrag. Der wird dann so erfüllt. Die Reisekosten wurden schon immer weiterverrechnet. Auch wie sie mit den Pkws oder mit den Kleinbussen aus Kroatien oder aus Slowenien oder von wo auch immer gekommen sind. Also diese Kostenteilung ist immer da, aber das von Flügen, das entzieht sich meiner Kenntnis, weil das wäre, ich sage es einmal so, unstatthaft. Weil das wird irgend woandershin verrechnet. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Dankeschön! – Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Dankeschön Herr Landesrat. Die Fragestunde ist durch Zeitablauf beendet. Es ist 10 Uhr 34 Minuten und ich darf damit die Fragestunde beenden.

**2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 64), mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird (Zahl 22 – 44) (Beilage 105)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich komme schon zum 2. Punkt der Tagesordnung. Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf mit der Beilage 64, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, Zahl 22 - 44, Beilage 105.

Berichterstatter dazu ist der Herr Abgeordnete Kilian Brandstätter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Sie sind am Wort Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Kilian Brandstätter:** Geschätzte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, in seiner 3. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Berichterstatter. Ich darf nunmehr als ersten Redner zu diesem Tagesordnungspunkt… *(Abg. Robert Hergovich: Es gibt keinen Redner, Abstimmung!)*

Ja haben wir schon gesehen. Danke. Der Hohe Landtag verzichtet auf Wortmeldungen.

Wir kommen daher, meine Damen und Herren, jetzt darf ich Sie wirklich bitten, dass wir in die Abstimmung gehen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine weitere Vorgangsweise beantragt wurde, komme ich zur dritten Lesung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**3. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 71) betreffend Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019 (Zahl 22 – 51) (Beilage 106)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr, meine Damen und Herren Abgeordneten, sind wir beim 3. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes mit der Beilage 71, betreffend Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019, mit der Zahl 22 - 51, Beilage 106.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Berichterstatterin Mag.a Regina Petrik:** Dem Landtag liegt der Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den sehr interessanten Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes mit der Beilage 71, betreffend Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019 mit der Zahl 22 - 51, Beilage 106, vor.

Ich bitte um Einstieg in eine spannende Debatte und um Kenntnisnahme des Berichts durch den Landtag.

**Präsidentin Verena Dunst:** Dankeschön Frau Berichterstatterin. Der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

In Vorbereitung bitte dann den Herrn Abgeordneten Johann Tschürtz, des Weiteren der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Steiner und der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christian Dax. Diese Herren sind mir als die nächsten Redner genannt. Nachdem der Herr Desinfektor, bei dem wir uns wieder zu bedanken haben, mit seiner Arbeit fertig ist, vielen Dank, darf ich nunmehr den Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller ans Rednerpult bitten.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Dankeschön Frau Präsidentin. Wieder einmal ein ziemliches Konvolut eines Rechnungshofberichtes. Sehr umfangreich, sehr vielsagend, muss man auch sagen, und eigentlich auch sehr dramatisch in seinen Aussagen. Grundsätzlich möchte ich einmal darauf Bezug nehmen, dass wir ja laut dem Tätigkeitsbericht des Landes-Rechnungshofes relativ „gute Quoten“ haben - unter Anführungszeichen - was die Empfehlungen des Rechnungshofes angehen,

beziehungsweise die Erfüllung der Empfehlungen über die letzten fünf Jahre. Laut Tätigkeitsbericht sind das etwa 70 Prozent nach den Follow-Up Prüfungen. Das ist grundsätzlich sehr gut.

Was leider nicht, und das sieht man an diesem Bericht auch wieder, funktioniert, ist offensichtlich die grundsätzlichen Forderungen des Rechnungshofes zu erfüllen. Denn es zieht sich eigentlich wie ein roter Faden durch sehr viele Rechnungshofberichte, dass es unzureichende Strategien gibt, dass es fehlende Zielvorgaben gibt und zwar sehr wohl spezifische, messbare, realisierbare, terminierte, dass es Steuerungsdefizite gibt, dass es unzureichende Dokumentationen gibt, fehlende Bestandsanalysen, fehlende Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten.

Diese grundsätzlichen Kritikpunkte des Landes-Rechnungshofes ziehen sich, wie gesagt, wie ein roter Faden durch sehr viele Prüfberichte. Deswegen ist es eigentlich umso schlimmer, wenn wir jetzt wieder einen Prüfbericht haben, wo genau diese Punkte, die ich gerade vorgelesen habe, eigentlich die wesentlichen Kritikpunkte des Landes-Rechnungshofes ausmachen. Das daraus resultierende Risiko ist ganz klar. Erhöhte Anfälligkeit für Fehler, Ungenauigkeit, Schwierigkeit der Vergleichsmöglichkeiten, letztlich auch eine erhöhte Anfälligkeit für Korruption. Ein wesentlicher Punkt, auf den der Landes-Rechnungshof immer wieder hinweist ist, wie wichtig ein internes Kontrollsystem ist.

Auch hier kritisiert der Landes-Rechnungshof konkret bei dem Bericht das Fehlen eines Organisationshandbuchs, Prozessbeschreibung und dadurch eben auch ein durchgängiges internes Kontrollsystem. Worum geht es jetzt in dem dicken Wälzer des Landes-Rechnungshofes? Es geht um die Kulturbetriebe Burgenland beziehungsweise die Umgestaltung und die Zuführung in die Landesholding.

Da ist gleich der wesentlichste Punkt der Kritik meiner Ansicht nach und er steht auch ganz vorne, das ist, dass eine Vielzahl an eingeleiteten Maßnahmen in Verbindung mit einer unzureichenden Strategie, dem Fehlen eines rechtzeitig etablierten Changemanagements, diese Umwandlung, diese Einführung in die Landesholding nicht nur erschwert hat, sondern auch daraus auch viele Probleme entstanden sind und daraus viele Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes resultieren.

Es sei nur hingewiesen auf die Problematik der Dienstverträge. Sieben unterschiedliche Varianten an Dienstverträgen, unterschiedliche Gehaltsstrukturen und Dienstverträge, uneinheitliche Normarbeitszeiten ohne einheitliches Zeiterfassungssystem.

Auf ganzen 166 Seiten und sage und schreibe 63 Empfehlungen wird dann ziemlich Punkt für Punkt genau dargelegt was fehlt, was falsch gelaufen ist, wo eigentlich, auch wie bei Personalbestellungen, ich komme nachher noch darauf, unrechtmäßig vorgegangen wurde.

Ein wesentlicher Punkt ist die unzureichende Dokumentation in vielen Bereichen, Protokollführung bei Aufsichtsratssitzungen, Generalversammlungen, Nachweise über die Verwendung öffentlicher Mittel, Gelder, immerhin Steuergelder, Regelungen zu gesellschaftsinternen Befugnisse des Prokuristen, Verflechtungen mehrerer gesellschaftlich rechtlicher Funktionen bei einer Funktion wo eine Person praktisch doppelt an Sitzungen teilgenommen hat, auch die fehlende klare Struktur beziehungsweise Vorgabe für die Vergabe von Freikarten waren ein Kritikpunkt.

Das Ganze hat dann eben diese 63 Empfehlungen zur Folge. Viele Einzelpunkte sind hier angeführt, die eigentlich eines ganz klar sagen: Das war schlecht vorbereitet, viel zu schnell abgearbeitet und das noch dazu logischerweise im laufenden Betrieb. Das

einzig Gute was man an diesem Bericht sehen kann ist, dass die Kulturarbeit im Land sehr vielfältig ist, dass es sehr viele Besucher und Besucherinnen gibt, dass die Förderung oder der Zuschuss pro Besucher relativ hoch ist mit 32,00 Euro pro Person in dem Zeitraum der geprüft wurde, also 2015 bis 2018.

Was jetzt eigentlich ein gutes Zeichen ist für die Kulturarbeit des Landes, aber drum herum hätte vieles besser laufen können, wenn man vorher hier gescheit gearbeitet hätte und wenn man sich Vorplanungen angesehen hätte. Interessant ist, als Schmankerl muss man fast sagen, als negatives, dass es bei der Festspiel-Betriebs Burgenland GmbH ein Auswahlverfahren für die Geschäftsführerstelle/Geschäftsführerinnenstelle gab.

Die dann jemand gewonnen hat, das war klar, dass man dann diese Person nimmt, aber die ist nicht genommen worden, sondern es ist dann eine Person Geschäftsführer geworden, die gar nicht im Auswahlverfahren drinnen war. Noch dazu sind dadurch über 10.000 Euro faktisch unnütz für das Bewerbungsverfahren, wo man natürlich externe Expertisen dazu geholt hat, praktisch umsonst ausgegeben worden.

Der Rechnungshof kritisiert aber nicht nur, dass der Anfang dieser ganzen Umstrukturierung schlecht gelaufen ist, weil es eben keine Planung, keine ausreichende Planung gab, sondern auch, dass es keinen Abschlussbericht gab. Es gab keinen Abschlussbericht über die Strategieumsetzung mit den relevanten Inhalten, also Ausgangslage, Vorgehensweise, Termine, Kosten, Gesamtbeurteilung, führt der Rechnungshof hier an.

Der Grundsatzbeschluss 2016 für diese Umgestaltung hat das auch gar nicht vorgesehen. Aber ein Abschlussbericht wäre natürlich gut gewesen, um auch die Wirksamkeit der Maßnahmen zu erkennen und etwaige Probleme und Fehler für etwaige Listemaßnahmen zu erkennen und daraus zu lernen.

Der ganze Bericht, muss man eindeutig sagen, ist eigentlich eine Katastrophe für die Vorgehensweise wie diese ganze Struktur umgewandelt wurde. Es wurde eigentlich hier ein Fehler nach dem anderen begangen. Es wurde unnötig Geld ausgegeben. Wahrscheinlich hätte man sogar, weil das war ja das Ziel dieser Zusammenführung und dieser Implementierung in die Landesholding, dass man hier Gemeinsamkeiten nutzt, Synergieeffekte lukriert.

Wenn man das gescheiter aufgestellt hätte, hätte man wahrscheinlich noch mehr Geld einsparen können. Das ist leider nicht passiert. Einmal mehr herzlichen Dank an den Landes-Rechnungshof, es ist harter Stoff das zu lesen. Es ist ernüchternd, dass aus Landes-Rechnungshofberichten nichts offensichtlich gelernt wurde und ähnliche Fehler wieder gemacht worden sind.

Man kann nur hoffen, dass es nicht zu katastrophalen Fehlentscheidungen und Problemen kommt, wie bei anderen. Ich sage nur Immobilienskandal, wo es wirklich um viel Geld geht. Man kann nur hoffen, dass hier in Zukunft besser gearbeitet wird, besser vorgeplant wird und sich die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes, die gelten ja nicht nur für diesen einen Bericht, die gelten ja nicht für diesen Bereich, ja klar, bestimmte inhaltliche Details gelten dafür, aber die Grundsätze sind ja fast immer dieselben.

Wie gesagt, wenn man sich die vergangenen Rechnungshofberichte ansieht, dann sieht man hier sehr auffällige Gemeinsamkeiten, die man eigentlich erkennen müsste und hier endlich umsetzen müsste im Ganzen und nicht nur im Nachhinein, wo im Landes-Rechnungshofbericht schon drinnen steht, dass manche Empfehlungen bereits in Erarbeitung sind, dass sie ausgeführt werden.

Wir brauchen eine grundsätzliche Orientierung an diesen Grundsätzen, die Steuerungsdefizite unmöglich macht und die eine gute Planung für solche riesigen Projekte, für Burgenland ist das ein Riesenprojekt, möglich macht, dass hier in Zukunft solche Rechnungshofberichte etwas dünner ausfallen und vielleicht nur ein paar Empfehlungen dann möglich sind. Dankeschön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Johann Tschürtz.

Bitte ans Rednerpult Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Zum gegenständlichen Kulturbericht vielleicht eine grundsätzliche Anmerkung. Das Hauptwort in wirtschaftlichen Bereichen ist ja Compliance-Richtlinien. Genau diese Compliance-Richtlinien sind aus meiner Sicht hier nicht eingehalten worden.

Ich möchte das aber kurz einmal so angehen, dass ich auch darauf hinweise, dass die Regierungsbeschlüsse damals genauso abgestimmt worden sind, wo man auf die Compliance-Richtlinien hinweist. Da hat es zum Beispiel einen Beschluss gegeben, also insgesamt die Compliance-Richtlinien verbunden mit Shared Service zur Umsetzung zu bringen, war der Regierungsbeschluss. Die Regierungsparteien beschlossen im Juni 2015 das Übereinkommen über den Konzern Burgenland. Das wurde folgendermaßen zusammengefasst: Mit dem Grundsatzbeschluss 2016 hätte man insbesondere folgende Ziele auch für die Kulturbetriebe definiert:

- rechtliche und steuerliche Sicherheit sowie finanzielle Planbarkeit für die Fördergeber und Kulturbetriebe,
- vernetztes Kulturmanagement mit klaren und schlanken Strukturen,
- Nutzung von Synergien,
- Steigerung der Produktivität von Serviceleistungen über dem Kunden sowie
- Kostensenkung im Bereich der Verwaltung und Systemleistungen.

Das heißt, es wurden seitens der Burgenländischen Landesregierung klare Ziele vorgegeben, glasklare Ziele, wo natürlich auch diese Compliance-Richtlinien und auch natürlich die Kontrollrichtlinien klar verankert worden sind. Das Problem das hier aufgetaucht ist, dass diese Regierungsbeschlüsse zwar vorhanden sind, jedoch aber im Verwaltungsbereich und auch natürlich im Bereich der Abstimmungen und Bestimmungen einiges schief gelaufen ist. Das muss man definitiv auch so ausführen.

Die Burgenländische Landesregierung beauftragte gemäß Grundsatzbeschluss 2016 den Geschäftsführer der KSB mit der Strategieumsetzung. Das heißt, die Landesregierung hat den Geschäftsführer mit der Strategieumsetzung beauftragt. Und hier war natürlich auch beinhaltet der Abschlussbericht. Der Kollege Spitzmüller hat das schon gesagt, den es eigentlich gar nicht gibt.

Der Abschlussbericht vom Geschäftsführer mit allen relevanten Inhalten zur Strategieumsetzung liegt nicht vor. Dazu zählte insbesondere:

- die Ausgangslage, die Vorgangsweise, die Ergebnisse,
- die erbrachten Leistungen, die Termine, die Kosten vom Personaleinsatz,
- die Abweichungsanalysen,
- besondere Ereignisse, Problemstellungen, Lösungen,

- gewonnene Erfahrungen für die Zukunft sowie
- eine Gesamtbeurteilung.

Das heißt, da ist wirklich viel schiefgelaufen. Daher müssen wir auch insgesamt froh sein, dass der Rechnungshof diesen Bericht auch so gestaltet hat. Denn die Burgenländische Landesregierung oder die zukünftige Landesregierung wird damit natürlich beschäftigt sein, jetzt diese Compliance-Richtlinien auch einzufordern und wirklich darauf Bedacht zu nehmen, dass dieses Kontrollsystem funktioniert. Denn dieses Kontrollsystem hat aus meiner Sicht nicht funktioniert. Und das ist natürlich auch unbedingt anzumerken.

Was mir noch aufgefallen ist, und der Kollege Spitzmüller hat das schon vorhin erwähnt, dass natürlich der Rechnungshof in dem gesamten Bericht nicht nur vom Kontrollsystem spricht, sondern er spricht auch von strategischen Grundlagen und Strategiebeschlüssen.

Das heißt, man möchte oder man braucht Strategiebeschlüsse. Was jetzt natürlich herauszulesen ist, auch im Zuge dieses Rechnungshofberichtes, soll sich zukünftig eine Strategiebewertung oder Strategiebeschlüsse nur auf Kulturbetriebe erstrecken, sondern sollten sich auch, nämlich diese Strategiebewältigung nicht auch auf alle Beteiligungen der Holding erstrecken.

Das ist nämlich jetzt die Frage. Welches Gremium macht diese Strategiebeschlüsse dann in jeder einzelnen Beteiligung im Land? Wie schaut das Shared Service der Landesholding insgesamt aus? Wie wird dieses Shared Service eigentlich dann kontrolliert von der Landesholding? Da sind natürlich sehr, sehr viele Fragen zu stellen, die aus meiner Sicht, sehr, sehr wichtig sind.

Denn wenn man jetzt zum Beispiel, und das sagt auch der Landes-Rechnungshof, der Landes-Rechnungshof sagt und hält fest, die Landesholding wäre in weiterer Folge anzuweisen, diese Regelungen in ihren Konzerngesellschaften auch einzuführen. Das sagt der Landes-Rechnungshof. Das heißt, was heißt das mit diesem Satz?

Dass anscheinend in den anderen Beteiligungen ebenfalls ein Kontrollsystem negative Beurteilungen geben könnte oder geben wird. Fazit ist, aus diesem Kulturbericht und ich glaube, das sollten wir wirklich ernst nehmen, dass die Landesregierung diese Beschlüsse, diese Strategiebeschlüsse, gefasst hat. Diese Strategiebeschlüsse gibt es. Es gibt den Auftrag der Landesregierung an den Geschäftsführer, dass er natürlich auch diesen Abschlussbericht abhält.

Dass er ständig berichtet. Das ist nicht passiert. Das heißt, da wird der zukünftige zuständige Landesrat darauf achten müssen. Das darf es ein zweites Mal nicht mehr geben. Es gibt einen Rechnungshof der das klar und eindeutig festgehalten hat. Daher werden wir natürlich diesem Rechnungshofbericht zustimmen, denn dieser Rechnungshofbericht hat aus meiner Sicht auch für die Zukunft wirklich inhaltlich sehr viel Gewicht und kann auch aus meiner Sicht für die Landesregierung hilfreich sein.

Sollte die Landesregierung oder der zuständige Landesrat hier natürlich jetzt dementsprechend darauf schauen. Dann wird es das nächstes Jahr natürlich Initiativen geben, wo wir wirklich dann schauen, dass wir uns parlamentarische stark in Szene setzen werden. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Nunmehr darf ich bitte ans andere Rednerpult den Herrn Mag. Thomas Steiner bitten. Herr Abgeordneter, das wir

nicht so einen Stress bekommen. Der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Dax wird dann bitte als nächster Redner drankommen. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP): Danke schön Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal ganz kurz auf die Fragestunde zurückkommen bevor ich mich mit dem Kulturbericht befasse.

Weil es war schon einigermaßen eigenartig wie brav der Landeshauptmann argumentiert hat in Bezug auf die Frage des Standortes des Spitals Gols. Und immer dann, wenn es kein Argument mehr gibt, wenn man sich in die Enge getrieben fühlt, dann zieht man irgendeinen Zeitungsbericht aus dem Jahr 2015 oder 2014 oder auch immer heraus und sagt ja, aber da hat ein Vertreter der ÖVP etwas gesagt und deswegen ist das die Meinung der ÖVP.

Ich müsste jetzt da sagen, wenn ich den ehemaligen SPÖ-Klubchef und ehemaligen Minister und Landesrat Norbert Darabos zitiere, der vor einigen Jahren vehement die Verlängerung der A3 bis Klingenbach gefordert hat, müsste ich daraus schließen, dass die SPÖ Burgenland für die Verlängerung der A3 Klingenbach ist. Das ist genauso ein falsches Argument wie das, dass der Herr Landeshauptmann gebracht hat. Das möchte ich auch einmal ganz klar gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch zu Beginn, so wie der Kollege Spitzmüller, ein Dankeschön an den Rechnungshofdirektor sagen. Und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes-Rechnungshofes, weil es wirklich so ist, dass hervorragende Arbeit geleistet wird, dass hier wirklich akribisch die Inhalte aufgearbeitet werden. Und vor allem auch die Fehler aufgezeigt werden.

Das ist ja auch Aufgabe des Rechnungshofes sehr genau zu schauen. Darauf zu schauen wo gibt es Verbesserungsbedarf, wo hat man als verantwortlicher Politiker, wo haben auch Mitarbeiter der Verwaltung Dinge unterlassen oder falsch die Dinge angelegt, so wie übrigens auch der Rechnungshofbericht über diesen Wohnbaugenossenschaftsskandal, der heute ja noch Thema wird.

Die beiden Berichte zeigen schon sehr deutlich auf, dass es massivste Fehler gegeben hat in der Vergangenheit. Ich pflichte da dem Kollegen Tschürtz nicht bei, er hat ja versucht jetzt natürlich auch aus seiner Regierungstätigkeit heraus, ein bisschen irgendwie Argumente zu finden, dass die Regierung das wollen hat. Aber das ist halt einmal im Wesen des demokratischen Gefüges, dass die Landesregierung verantwortlich ist. Nicht nur für die Beschlüsse die sie fasst, sondern auch für die Umsetzung. Und auch darauf schauen muss, dass das auch ordentlich umgesetzt wird und das ist in beiden Fällen in überhaupt keiner Weise passiert. Nicht im Bereich der Kultur und schon gar nicht im Bereich dieser eigenartigen Wohnbaugenossenschaftssache, auf die wir noch sehr ausführlich zu sprechen kommen.

Die Rechnungshofberichte, wie gesagt, sind wirklich immer qualitativ hochwertig. Was ein bisschen schade ist, dass es sich eingebürgert hat in der Politik oder in der burgenländischen Berichterstattung, da wird ein Rechnungshofbericht veröffentlicht, dann ist das einmal in den Medien. Ein paar Wochen später ist dann die Diskussion im Landtag, so wie heute auch, da ist ein bisschen die Luft draußen.

Jeder sagt: Ja, das haben wir schon gehört, das ist schon alles erledigt. Und dann wird dieser Rechnungshofbericht sozusagen in die Schublade gelegt und keiner redet mehr darüber. Als Obmann des Rechnungshofausschusses und auch als Vertreter der Volkspartei darf ich das heute natürlich voranstellen, dass wir das so nicht mehr zulassen

werden, sondern wir werden dieses Thema auch über diese heutige Landtagssitzung heraus sehr intensiv weiterbearbeiten und alle Möglichkeiten in Anspruch nehmen, um nachzufragen, um zu kontrollieren, um zu schauen, ob man aus diesen Fehlern, die hier gemacht worden sind, auch gelernt hat.

Ich fürchte, dass es so wie in der Vergangenheit oftmals der Fall war, dass hier dieses Lernen nicht sehr ausgeprägt sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Rechnungshofbericht ist ja gerade zur richtigen Zeit eigentlich veröffentlicht worden. Das war in dem Umfeld, wo wieder einmal ein Tourismuschef des Landes, aus der Tourismus GmbH, gefeuert wurde wegen Erfolglosigkeit. Offensichtlich. Aber man hat sich nicht getraut zu sagen, man hat im Tourismus versagt, sondern man hat gesagt, ja, der soll jetzt einmal die Dachmarke mache, das gibt es ohnehin seit 2012, aber wir wissen nicht genau, was das ist. Aber da zahlen wir ihn halt weiter.

So wie es mit seinem Vorgänger auch passiert ist. Da hat man gesagt, wir zahlen dir das alles, aber arbeiten brauchst du nichts mehr. Jetzt hat man halt fassadenmäßig oder für die Galerie gesagt, naja, der arbeitet ja ohnehin weiter.

Man hätte hier, glaube ich, auch den Mut haben können, zu sagen, ja, hier ist keine gute Politik gemacht worden. Hier hat man Fehler gemacht. Das zeigen ja auch die Tourismuszahlen, auch wenn die SPÖ nicht müde wird, immer zu sagen, dass wir die Tourismusweltmeister sind. Wieder sind wir nach den letzten Veröffentlichungen am letzten Platz was die Tourismusstatistiken betrifft.

Sowohl von Jänner bis April 2020 als auch die Wintersaison. Letzter Platz für das Burgenland mit deutlich schlechteren Werten als alle anderen Bundesländer. Daher wird auch diese Vorgangsweise, was den Tourismus betrifft, ein Thema sein für den Rechnungshof, das kann ich auch jetzt schon versprechen.

Meine Damen und Herren! Die Kritik in diesem Rechnungshofbericht, die richtet sich nicht, und das möchte ich ausdrücklich sagen, gegen die agierenden Künstler, weil die machen eine gute Arbeit. Die Kritik dieses Rechnungshofberichtes richtet sich ausschließlich gegen die verantwortlichen Politiker und gegen den einen oder anderen Mitarbeiter in der Verwaltung.

Der Kollege Dax wird ja nachher sprechen vom anderen Rednerpult aus, und er wird das machen, was er schon medial gemacht hat. Er hat gesagt, super, der Rechnungshofbericht bestätigt die hervorragende Arbeit der Kulturpolitik des Landes.

Das ist ungefähr so, Herr Kollege Dax, wie wenn Sie sich zurückerinnern, und sie kämen von der Volksschule nach Hause mit einem Zeugnis mit sieben Fleck und der Vater hätte gesagt, gut gemacht Christian, das bestätigt eigentlich, deine gute Arbeit in diesem Schuljahr. So ungefähr ist das, wenn man sich darauf bezieht. Weil wo Sie hier einen positiven Aspekt herausfinden können, das ist mir rätselhaft. *(Abg. Ewald Schnecker: Der Vergleich war nicht gut!)*

Dieser Bericht nämlich, offenbart in Wahrheit die verfehlte Kulturpolitik der SPÖ in unzähligen Punkten. Der Kollege Spitzmüller hat das ja sehr ausführlich auch dargelegt und Ihnen auch vor Augen geführt, dass es hier wirklich einen Fehler nach dem anderen gegeben hat. Da kann man sich jetzt einen Satz raussuchen, wo der Rechnungshof gesagt hat, naja, es gibt einen positiven Aspekt, nämlich, dass man es überhaupt probiert hat, hier eine Zusammenführung zu machen, aber gut gemeint und schlechtgemacht, ist halt auch so eine Sache.

In Wahrheit hat man einen Fehler nach dem anderen gemacht. Keine Strategie gehabt, keine Dokumentation gehabt, so nach dem Motto, „Jedes Schriftl ist ein Giftl“. Da schreiben wir lieber nichts. Da machen wir kein Protokoll von Aufsichtsratssitzungen oder sonstigen Sitzungen. *(Abg. Robert Hergovich: Wie der Schelm denkt!)* All das ist in diesem Bericht greifbar geworden.

Meine Damen und Herren! Da rede ich gar nicht von diesen Dingen, die gar nicht behandelt werden in dem Bericht, wie diese skandalöse Bestellung des Ein-Tages-Intendanten in Mörbisch. Oder diesen jahrelangen Kleinkrieg, den man gegen Esterhazy geführt hat und der dem Land irrsinnig viel Geld gekostet hat. Oder an das Thema Kulturzentrum Mattersburg, das mittlerweile seit sechs Jahren stillgelegt ist.

Also das muss mir auch einmal einer erklären. Sechs Jahre nichts zu tun und einfach das verfallen zu lassen und jetzt irgendwie die Bagger auffahren zu lassen und sagen, naja in zwei Jahren sind wir dann fertig. Also eigentlich eine Bankrotterklärung der Kulturpolitik des Landes. Der Kollege Dax wird das jetzt alles verteidigen, wird das jetzt alles anders darstellen. *(Abg. Robert Hergovich: Wieso weißt Du was der sagt?)*

Aber die Wahrheit, die Wahrheit findet sich in diesen 160 Seiten dieses Rechnungshofberichts. Ich möchte gar nicht auf Details eingehen. Wie die ganze Frage der Personalpolitik. Der Kollege Spitzmüller hat es angesprochen. Wo man dann einen Geschäftsführer ausschreibt und dann einen nimmt, der sich gar nicht beworben hat. Also das sind schon Dinge, wo man sich fragen muss, was sind hier die Überlegungen dahinter gewesen?

Was war der Beweggrund, ein Ausschreibungsverfahren zu machen und dann zu sagen, wir nehmen euch alle nicht? Wir suchen uns lieber einen aus, der uns vielleicht besser zum Gesicht steht. So wird es wahrscheinlich gewesen sein.

Meine Damen und Herren! Der Bericht zeigt auch ganz klar, dass es deutlich mehr Transparenz braucht. Dass es auch die Möglichkeit des Landtages geben muss, in Rechtsträger Einsicht zu nehmen, die ausgegliedert sind. Das ist extrem notwendig. Deswegen bin ich der Ministerin Edtstadler sehr dankbar, die heute, glaube ich, eine gute Initiative gestartet hat, nämlich endlich das Amtsgeheimnis aufzuheben und damit das nicht mehr möglich ist, was gerade diese SPÖ Regierung so gerne tut, sich hinter Datenschutz und Amtsgeheimnis zu verstecken und zu sagen, wir dürfen das ja nicht sagen. Das wird dann hoffentlich auch irgendwann einmal ein Ende haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Bericht ist eine Bankrotterklärung der Kulturpolitik des Landes und ich verspreche Ihnen, dass wir dieses Thema auch in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren, wenn es notwendig ist, weiterbearbeiten werden. Die ÖVP nimmt diesen Bericht natürlich zur Kenntnis, auch wenn er ein miserables Zeugnis für die Landesregierung ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Der nächste Redner bitte von der rechten Seite, von mir hergesehen, ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christian Dax.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Dax** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich tu mir jetzt relativ schwer, weil ich mir nicht sicher bin, ob das der richtige Tagesordnungspunkt ist, zu dem ich reden soll. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das glaube ich eh!)* Also ich habe da vor mir den Rechnungshofbericht Säule Kultur der Landesholding Burgenland, von der der Herr Kollege Steiner jetzt geredet hat, ist mir ein bisschen schleierhaft.

Aber ich nehme die sehr ausführlichen und sinnstiftenden Wortmeldungen zur Kenntnis. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Übrigens finde ich es sehr komisch, dass das zuständige Regierungsmitglied nicht einmal da ist, das zeigt schon die Wertigkeit, die er vom Rechnungshof hält!)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Herr Abgeordneter, bitte!

**Abgeordneter Mag. Christian Dax** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Vorweg ein Zitat eines großen Vorbildes von mir, des leider schon verstorbenen Claudio Abbado, der hat einmal gesagt: Ein Land ist reich, wenn es die Kultur fördert. Kultur ist Reichtum und nicht umgekehrt. Das ist sehr zutreffend für die burgenländische Kulturlandschaft. *(Beifall bei der SPÖ)*

Im Prüfungszeitraum, das waren die Jahre 2015 bis 2018, waren insgesamt 1,5 Millionen Besucher bei Veranstaltungen der Kulturbetriebe Burgenland. Das sind fünf Mal so viele Menschen, wie das Burgenland an Einwohnern hat. Im Zeitraum 2015 bis 2018 haben die Kulturbetriebe Burgenland insgesamt 5.131 Veranstaltungen abgehalten.

2015 waren die Kulturbetriebe noch neun Rechtsträger und 15 Kulturbetriebe. Heute gibt es noch einen Rechtsträger mit zwölf Kulturbetrieben. Für mich wirkt das anders als eine Bankrotterklärung der burgenländischen Kultur, Herr Kollege. *(Beifall bei der SPÖ)*

Unzweifelhaft ist auch, dass unsere Kulturbetriebe eine wichtige Säule des Burgenlandes sind. Arbeitsplätze, Wertschöpfung, Tourismus und vor allem Wirtschaftsleistung stehen mit diesen unmittelbar in Zusammenhang. Auch der Aufstieg unseres wunderschönen Heimatlandes ist eng mit dessen Kulturlandschaft und vor allem mit den burgenländischen Kulturbetrieben zusammengewachsen und verwogen.

Genauso, wie sich unser Land entwickelt hat und gewachsen ist, sind auch die Kulturbetriebe gewachsen. Also wenn man sich den Prüfbericht zugute führt, muss man natürlich auch die Historie der burgenländischen Kulturbetriebe und Festivals kennen. Hier nur ein kleiner Abriss:

Also 1972 sind die Schlossspiele Kobersdorf gegründet worden, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da warst Du noch gar nicht auf der Welt!)* 1972 die Kulturzentren Burgenland, 86 sind dann die Haydnfestspiele dazu gekommen. 88 die Seefestspiele Mörbisch. 2003 wurde dann die Franz-Liszt Gesellschaft mit den Lisztfestspielen gegründet. Also die burgenländische Kulturszene ist über die Jahrzehnte herangewachsen zu einem, man kann ja fast sagen, einem wirklich wunderbaren, großen Kulturkonglomerat, auf das wir stolz sein können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Deshalb war es auch nicht verwunderlich, also das ist darauf zurück zu führen, dass die einzelnen Kulturträger so erfolgreich waren, dass es letzten Endes neun Kulturträger mit 15 Betrieben gegeben hat. Es war an der Zeit, die entstandenen Doppelgleisigkeiten *(Abg. Mag. Thomas Steiner lachend: Der war gut! 15 verschiedene Dienstverträge gibt es in der einen Gesellschaft!)* abzuschaffen und die Synergien zu heben.

Es war an der Zeit, den mittlerweile etablierten *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 15 verschiedene Dienstordnungen!)* und europaweit bekannten Veranstaltungsreihen des Burgenlandes einen neuen Rahmen zu verpassen. Der damalige Kulturlandesrat Helmut Bieler hat den Grundstein gelegt und unser sehr geschätzter Herr Landeshauptmann hat die Neustrukturierung und die Strukturreform der Kulturbetriebe Burgenland eingeleitet.

In kurzer Zeit wurde das historisch gewachsene Geflecht in einen einzigen Rechtsträger gebündelt. Aus neun Rechtsträgern wurden 15 Kulturbetriebe, mit 15 Kulturbetrieben wurde ein Rechtsträger mit 12 Kulturbetrieben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Mit 15 verschiedenen Dienstordnungen mit 15 unterschiedlichen…!)*

Herr Kollege Steiner! Sie sind genauso wie ich ein Jurist und ich glaube in der Stadtgemeinde werden Sie ein ähnliches Problem haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir haben keine ausgegliederten Gesellschaften!)*

Ja, das höre ich zum ersten Mal. Also wenn ich mir das Wirtschaftsgeflecht und das Geflecht der Gesellschaften der Stadt Eisenstadt anschaue, das ist ein ganz ein anderes Thema. Aber lassen wir das so. Nur zu den Dienstverträgen. Das auf der Seite erwähnt. Wenn man umstrukturiert, wenn man Gesellschaften verschmilzt, dann ist das klar, dass man unterschiedliche Dienstverträge hat. Das geht ja nicht von heute auf morgen. Irgendwann muss man den ersten Stein legen. Und es ist nicht so, dass ich sage, ich bringe jetzt 15 Unternehmen in eines ein und alle haben den gleichen Dienstvertrag. Das geht ja auch mit rechtlichen Problemen einher. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vier Prokuristen mit unterschiedlichen Dienstverträgen, die neu gemacht werden?)*

Ja, das habe ich gerade beantwortet auch. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das ist keine Antwort!)* Die Kulturbetriebe Burgenland GmbH ist eine attraktive Muttergesellschaft geworden mit zwölf sehr, sehr gut aufgestellten Tochtergesellschaften. Die Umstrukturierung brachte eine Reihe von Vorteilen und die hat der Rechnungshof richtigerweise auch festgestellt. Das erste und wichtigste Element sind natürlich die Erhebung von Synergien. Die Effizienz wurde gesteigert. Es wurden in vielen Bereichen einheitliche Regelungen geschaffen und interne Abläufe abgestimmt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht das, dass die Effizienz gesteigert wurde? Wo schreibt das der Rechnungshof?)*

Was ganz, ganz wichtig ist. Wir haben jetzt auf einmal eine Transparenz. *(Beifall bei der SPÖ)* In kurzer Zeit wurde ein zeitgemäßer, finanziell solider und strukturell gut aufgestellter Kulturbetrieb organisiert. Eines ist klar, dass es im Rahmen einer derart großen Umstrukturierung zu kleineren Kritikpunkten kommen kann.

Im Großen und Ganzen ist festzuhalten, dass die Verantwortlichen und allen voran die Kulturabteilung, die Landesholding und die Verantwortlichen der Kulturbetriebe sehr, sehr gute Arbeit geleistet haben und wir mit Stolz behaupten können, dass unsere Kulturbetriebe jetzt sehr, sehr gut aufgestellt sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Kollege Steiner! Ich schaue Sie jetzt ganz bewusst an. Also bei diesem Umstrukturierungsprozess hat man wirklich sehr viele gute Beispiele sehen können, wie das funktionieren kann. Sie haben das ein bisschen da zerrissen. Aber in diesem Zusammenhang blicke ich nun nach Wien. Zur Österreichischen Gesundheitskassa. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sind sehr gut aufgestellt!)*

Also wenn die nur annähernd einen so einen guten Umstrukturierungsprozess durchlaufen hätten, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* dann wäre es heute kein Milliardengrab geworden. Das sage ich nur dazu. *(Beifall bei der SPÖ)*

Weiters sind die Kulturbetriebe Burgenland finanziell sehr, sehr gut aufgestellt. In den Jahren 2015 bis 2018 hat es Umsatzerlöse von 29,35 Millionen Euro gegeben. Diesen Umsatzerlösen stehen 33,22 Millionen Euro an Zuschüssen gegenüber. Das heißt, dass der Eigendeckungsgrad ein sehr, sehr hoher ist. Ich komm aus dieser Szene. Wenn ich das vergleiche mit der Staatsoper Wien, mit den Salzburger Festspielen, mit den Festspielwochen in Wien, oder den Bregenzer Festspielen, spielen wir hier im

österreichweiten Spitzenfeld, ohne dass wir Bundesförderungen dafür bekommen. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Mag. Thomas Steiner: , wenn Ihr die Personalkosten verschleiert!)*

Ein bisschen Nachhilfe für die Wirtschaftspartei oder die selbsternannte Wirtschaftspartei. Es gibt so etwas wie das goldene Gesetz, dass zumindest auf jeden Euro der investiert wird, mindestens vier weitere folgen. Der Kollege Spitzmüller hat das vorhin sehr löblicherweise, sehr schön herausgestrichen und erwähnt, dass das Land Burgenland grundsätzlich jeden Besucher der Kulturbetriebe mit 32 Euro unterstützt, beziehungsweise dadurch die Menschen ins Burgenland lockt.

Die Wertschöpfung, die mit diesem Geld einhergeht, egal ob in der Gastronomie, im Tourismus oder im Handel, ist unbezahlbar. Den Wert dieser Investitionen werden wir heuer am Ende des Jahres merken, wenn all dieses Geld auf Grund der Corona-Krise nicht in unsere Gastronomiebetriebe, in unseren Tourismus und in unseren Handel geflossen ist.

Ich hoffe, dass wir nächstes Jahr wieder durchstarten können, in dem Ausmaß, wie wir es in den letzten Jahren getan haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Abschließend halte ich fest, dass ein Großteil der Empfehlungen des Rechnungshofes mittlerweile umgesetzt wurde. Wenn kritisiert wird, dass Protokolle und gewisse Dokumentationen lückenhaft sind, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nicht vorhanden!)* und Sie haben das so dargestellt, wie wenn das in jedem Fall so gewesen wäre, und das ist natürlich die Ausnahme, und das sollte nicht vorkommen, das sehe ich ganz genauso.

Das ist uns allen bewusst, aber ich bin mir sicher, dass dem nachgegangen wird und dass man das in Zukunft sehr viel besser machen wird. Also den Empfehlungen werden wir, die Landesregierung, dort wo es Sinn macht auf jeden Fall nachkommen. Ein Großteil wurde bereits umgesetzt und ich möchte auch an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofes danken, die großartige Arbeit geleistet haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zusammenfassend halte ich fest, 1,5 Millionen Besucher bei Veranstaltungen der Kulturbetriebe Burgenland. 5.131 Veranstaltungen der Kulturbetriebe Burgenland und ein moderner, effizienter und gut aufgestellter Kulturbetrieb auf den wir stolz sein können. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Herr Abgeordneter. Ich darf mich, glaube ich, im Namen des Hohen Hauses von Ihnen allen zusammenfassend beim Herrn Landes-Rechnungshofdirektor noch einmal sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken und darf nunmehr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, zur Abstimmung kommen.

Meine Damen und Herren! Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.- *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Dax ist noch nicht oben!)*

Verzeihung. Ich ersuche Sie einen Moment zu warten. Danke für den Hinweis. Meine Damen und Herren Abgeordneten von der Tribüne, ich darf daher noch einmal die Formel für die Abstimmung wiederholen.

Ich ersuche also jene Damen und Herren Abgeordneten die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Ich stelle daher fest, der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019 wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

**4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 94) für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen (Zahl 22 – 68) (Beilage 107)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Damit sind wir beim 4. Punkt der Tagesordnung. Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung mit der Beilage 94, betreffend Maßnahmen für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen.

Das ist die Zahl 22 - 68, Beilage 107.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landtagsabgeordnete Dieter Posch.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte um Ihren Bericht Herr Landtagsabgeordneter.

**Berichterstatter Dieter Posch** *(das Mikrofon von der Tribüne funktioniert nicht)*: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen, in ihrer 02. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich habe es schon in Auftrag gegeben. Wir werden uns kümmern, dass das Mikro immer die Lautstärke beibehält, wie wir es alle haben wollen. Danke für den Hinweis.

Ich darf nunmehr die erste Rednerin, Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik, die sich zu Wort gemeldet hat, ans Mikro bitten.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Da ich nun das erste Mal am Pult zu Wort gemeldet bin, möchte ich auf einen Vorfall noch kurz replizieren, der wahrscheinlich nicht nur mich erschüttert hat, sondern viele hier im Saal.

Vor zehn Tagen wurde George Floyd ermordet. Der Täter: ein Polizist im Dienst. Das Tatmotiv: Rassismus. Rassismus und Polizeigewalt gegenüber People of Color, gegen Menschen, die keine weiße Hautfarbe haben, sind keine Einzelfälle.

Nicht nur in den USA, auch in Europa, auch in Österreich. Darum dürfen wir diese Morde nicht unkommentiert lassen. Wir müssen uns ihnen stellen, wir müssen uns ihren Ursachen stellen. Diese Morde entstammen einem auch in unserer Gesellschaft noch tief verankerten und weit verbreiteten Rassismus. Ein Rassismus, den viele Menschen leben ohne dass es ihnen bewusst ist.

Diese Morde geschehen, weil Hass und faschistische Denkmuster in unserer Gesellschaft wieder salonfähig geworden sind. Es ist unser aller Aufgabe, gegen Hass, Rassismus und Faschismus aufzustehen, weil es jeder einzelne Mensch wert ist und weil es nur so ein Leben in Frieden und Freiheit für alle geben kann. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

Ja, nun komme ich zum Inhalt des heutigen Tagesordnungspunktes 4. Wir haben hier einen Antrag der SPÖ zu Konzernsteuern. Die Landesregierung soll an die Bundesregierung herantreten, um nationale Maßnahmen gegen Steuerverschiebungen zu treffen und sich auf EU-Ebene für Gesamtkonzernsteuern einzusetzen.

Das Anliegen, das eigentlich nur auf EU-Ebene wirklich gelöst werden kann entspricht einem Beschluss im Österreichischen Parlament. Dieser mit den Stimmen von SPÖ, GRÜNEN und FPÖ angenommene Antrag des EU-Hauptausschusses vom 11. Dezember 2019, verpflichtet die Bundesregierung auf europäischer Ebene für Steuertransparenz für Konzerne zu stimmen und ich zitiere aus dem Antrag: „Eine weitere Verzögerung des Verfahrens zu verhindern“.

Dieser Beschluss wäre für die damalige Expertenregierung bindend gewesen, aber an diese Bindung haben sich leider die Vertreter des österreichischen Finanzministeriums in Brüssel damals nicht gehalten. Meiner Ansicht nach hat jeder Finanzminister dafür Sorge zu tragen und auch die Verantwortung, dass das, was im Parlament beschlossen wird, in Brüssel auch durch die eigenen Leute umgesetzt wird.

Ja, es ist wichtig, hier immer wieder gemeinsam Druck zu machen, denn viele Entscheidungen liegen auf EU-Ebene seit Jahren auf Eis. Es gibt zwar immer wieder Vorstöße und Vorschläge der Europäischen Kommission, aber es gibt noch immer wenig Konkretes dazu und man muss sagen, Österreich spielt im Europäischen Rat noch immer auf der Seite der Bremser mit. Beim Rat liegt das Problem, dort steckt nämlich einiges fest.

Der Kommissionsvorschlag zum Countrey-by-Countrey-Reporting aus dem Jahr 2016, war auch schon hier einmal Thema, damals, 2016. Die gemeinsame Körperschaftssteuer steckt im Rat fest, die Finanztransaktionssteuer steckt seit, ich glaube, 2013 fest.

Möglicherweise kommt jetzt im Juni von der OECD ein Vorschlag zu Konzernsteuern, aber darüber gibt es auch noch keine gesicherten Auskünfte. Aus Sicht der GRÜNEN ist das alles sehr unbefriedigend, insofern, machen wir gemeinsam Druck von links, dass da endlich etwas weitergeht. Wir stimmen diesem Antrag zu. *(Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosnerl** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Nächster Redner am Wort ist der Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Landesrat.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt ein Entschließungsantrag der SPÖ vor. Ich vermute eine Fortsetzung der Debatte in der letzten Sitzung.

Das letzte Mal ist es um Vermögenssteuer gegangen, heute um die Ertragsbesteuerung multinationaler Konzerne. Ich möchte das verallgemeinern, Konzerne generell, weil die sind ja meistens über die Staatsgrenzen hinaus tätig. Was mir gefällt an diesem Lob, da möchte ich gleich beginnen die Analyse dieser Problematik ist wesentlich zielgenauer. Das ist gut übernommen worden. Wir haben es natürlich auch entsprechend in unserem Abänderungsantrag, den ich gleich ankündigen darf, fast wortident übernommen, ein bisschen komprimiert, aber ich glaube, dem ist nicht viel hinzuzufügen.

Die Steuergestaltung durch international tätige Konzerne ist in der Tat ein großes Problem mit enormen negativen Folgen für die Staatshaushalte. Wenn man das irgendwie EU-weit, oder OECD-weit glättet, hätten wir faktisch keine Defizite in den öffentlichen Haushalten, wenn die Konzerne den ihnen obliegenden Obolus auch leisten würden.

Ein bisschen im Auge ganz ehrlich gesagt, da ist vielleicht ein bisschen Kritik dran, ist die Beschlussformel und zwar deswegen, weil sie für mich ein bisschen zu beliebig ist. Da wird gefordert nationale Maßnahmen zu setzen, eh, aber welche ist die Frage. Aber zumindest für Leute, die sich ein bisschen damit beschäftigen, ist halt immer die Frage was den Antragstellern hier vorschwebt. Gesamtkonzerne, ist ein Terminus.

Es wird ja bereits heute der gesamte Konzern, die gesamten Erträgnisse eines Konzerns weltweit im Übrigen versteuert. Die gesamte Bemessungsgrundlage. Die Frage ist erstens wo und zweitens unter welchen Bedingungen? Und genau daran hapert es und genau daran muss man ja arbeiten. Das Dritte und da ist vielleicht eine Spur Dissens zu führen, aber das kann ich ja aus eigener Erfahrung gerne hier weitergeben.

Ich habe es früher von der Regierungsbank schon getan. Der etwas verklärte Blick hier auf die Europäische Union, der ist gerade auch von der Frau Kollegin ein bisschen wiedergekommen, hilft uns nicht wirklich weiter. Denn in diesem speziellen Fall ist die EU eher ein Teil des Problems und nicht so sehr Teil der Lösung solange sie, ich nenne es beim Namen, Steueroasen, wie zum Beispiel Irland, die Niederlande, Luxemburg, Malta oder Zypern in ihren Reihen duldet und faktisch nicht wirklich was dagegen unternimmt, um dagegen anzukämpfen.

Es ist zwar das Vereinigte Königreich mit seinen ganzen Überseeterritorien nicht mehr Teil der EU, Virgin Islands und so weiter. Das hat natürlich dem Fass noch dem Boden ausgeschlagen und aus diesem Grund haben wir einen Abänderungsantrag formuliert, der versucht eben hier ein bisschen nachzuschärfen in dem Ausmaß, wie es sich im Rahmen eines Landtages, das Ganze ist natürlich Bundesmaterie, oder sogar europäische Materie, hier auch angemessen erscheint.

Es geht darum, diese angesprochenen nationalen Maßnahmen etwas genauer darzustellen und zweitens einmal eben die Rolle der EU ein wenig ins rechte Licht zu rücken. Entscheidend sind aus meiner Sicht drei Dinge: Das eine ist, die Abgabenbehörden sind mit Instrumenten auszustatten, um Waffengleichheit sicherzustellen. Ich verwende bewusst einen schärferen Terminus. Waffengleichheit personell, rechtlich und natürlich auch von der Informationstechnik her, das war auch das, was die Frau Kollegin vorhin erwähnt hat.

Vom Informationsstand her, mit einer Beraterindustrie die natürlich ein Vielfaches an Manpower zur Verfügung hat, was zum Beispiel die Finanzverwaltung zur Verfügung hat. Das zuständige Finanzamt besitzt ungefähr, je nach dem, Personalstand schwankt

immer ein bisschen, zwischen 330 und 360 Personen. Denen stehen etliche tausend Steuerberater und Steuerberaterinnen zur Verfügung.

Die sind natürlich hoch spezialisiert, also in dem Sinn kann man schon schauen, dass es hier nicht so einfach ist, hier dem entgegenzuhalten. Das zweite sind Maßnahmen, um die finanzielle Attraktivität von Steuerflucht zu vermindern. Dann ist das alte Thema Doppelbesteuerung. Doppelbesteuerungsabkommen hat Österreich mit vielen Staaten darunter allen EU-Staaten beschlossen. Das heißt, wenn ein Konzern, also zum Beispiel in Zypern, in Irland, oder wo auch immer, seine Gewinne versteuert, wird in Österreich keine Besteuerung mehr vorgenommen.

Das ist durch diese Frage nach dem wo, wie ich vorher erwähnt habe, und das wäre natürlich ein Hebel, wo man in einer Übergangsphase hier natürlich gegen die entsprechende Steuergestaltung etwas unternehmen könnte. Das dritte ist die EU in die Pflicht zu nehmen, wenn sich hier in diesem Bereich schon nichts löst, dann sich zumindest heraus zu halten, wenn man Maßnahmen auch gegen die EU-Steuer, eben zum Beispiel auch die Genannten, unternimmt.

In diesem Fall darf ich gleich zum Abänderungsantrag kommen und die Beschlussformel vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen, es ist etwas länger geraten, der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesminister für Finanzen heranzutreten, dieser möge

1. den Abgabenbehörden des Bundes geeignete gesetzliche, darunter insbesondere verfahrensrechtliche und finanzstrafrechtliche Instrumente zur Verfügung stellen, um wirksam gegen Steuervermeidungsstrategien vorgehen zu können, welche sich oft im Graubereich des rechtlich Zulässigen bewegen,
2. den Abgabenbehörden des Bundes die zum wirksamen Einschreiten gegen unangemessene Steuervermeidung notwendigen Ausrüstungen und Informationen - etwa in Form eines uneingeschränkten Zuganges zu einschlägigen Datenbanken - zur Verfügung zu stellen,
3. sich für eine angemessene Beweislastumkehr zu Lasten der Abgabenpflichtigen bei Verdacht auf „Steuerflucht“ Sorge zu tragen,
4. sich für die Umsetzung eines weltweiten, automatischen Informationsaustausches der nationalen Abgabenbehörden in Steuer- und Abgabensachen einzusetzen, was vorher eben auch Erwähnung gefunden hat,
5. sich für angemessene Sanktionen gegen betreffend die oben genannten Punkte unkooperative Staaten und Gebiete, nennen wir es einmal Steueroasen, einzusetzen - auch wenn diese Mitglieder der Europäischen Union sind,
6. auf Basis dieses Informationsaustausches auf internationaler Ebene für eine angemessene Ertragsbesteuerung international tätiger Konzerne sowie eine am generierten Umsatz orientierte Aufteilung des Abgabenaufkommens unter den betroffenen Staaten zu sorgen und
7. allfällig vorhandene Doppelbesteuerungsabkommen mit Staaten - auch wenn diese Mitglieder der Europäischen Union sind - aufzukündigen und gegebenenfalls eine Doppelbesteuerungswirkung in Kauf zu nehmen, wenn und insofern sich Staaten

im Sinne der oben genannten Punkte unkooperativ verhalten und sich als Steueroasen definieren lassen müssen.

Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sich auf unionseuropäischer und auf OECD-Ebene dafür einsetzen, möglichst viele Unterstützer für diesen konsequenten Weg zur Herstellung einer elementaren Gleichmäßigkeit der Besteuerung und unter Bedachtnahme auf allfällige Größenunterschiede der Abgabenpflichtigen sowie bestehender internationaler Verpflichtungen zu gewinnen. *(Der Abg. MMag. Alexander Petschnig übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube in der Analyse des Themas sind wir uns einig, in der Tragweite der Maßnahmen vielleicht nicht ganz so. Ich glaube, dass es hier wichtig ist, auch aus dem Burgenland, wo man ja nicht unbedingt Headquarter internationaler Konzerne unter uns wähnen können, ein klares Signal zu setzen, dass wir solchen Praktiken eine klare Absage erteilen, die entsprechenden Behörden mit den entsprechenden Befugnissen und Materialien ausstatten und in diesem Sinne, hoffentlich auf zahlreiche Unterstützung dieses Abänderungsantrages. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten MMag. Petschnig und Kollegen ist gehörig unterstützt sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Zum gegenständlichen Antrag Besteuerung von multinationalen Konzernen, war ich eingangs einmal ein bisschen überrascht, dass nicht eine polemische Anmerkung in der Begründung mitschwingt, dass man nicht wieder irgendwo eine Erbschaftssteuer einführen oder sonst irgendetwas, sondern dass wir wirklich beim Thema der Konzerne auch bleiben.

Ich glaube diese wichtige Diskussion müssen wir auch hier im Hause führen, weil auch in der Krise hat man gesehen, dass manche Konzerne Milliarden an Geschäften an sich ziehen und da natürlich die Besteuerung dementsprechend hintangestellt wird und da mit Verschiebungen, mit Verschachtelungen des Konzernkonstruktes, gearbeitet wird.

Tatsache ist, dass gerade hier in der Krise in den letzten Wochen und Monaten hat man klar gesehen, dass Google, Amazon und andere große Weltkonzerne hier mit diesen Steuerkonstrukten spielen, hier genau darauf geachtet wird seitens des Konzerns, wie man steuerschonend das Ganze machen kann.

Wir, als Vertreter der Burgenländerinnen und Burgenländer, aber natürlich der gesamten Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf den Steuerzahler, müssen natürlich darauf achten, dass wir gerade in diesem Bereich natürlich auch eine faire Besteuerung machen können und dieser Gewinner hier in der Krise, wie zum Beispiel Amazon, die noch dazu Schlagzeilen produzieren, wo Abermillionen an Mehrumsatz gemacht werden und die Besteuerung aber ganz woanders passiert, wenn sie überhaupt passiert, muss natürlich hintan gehalten werden.

Wir stehen auch dazu, dass konsequent gegen die internationalen Steuerverschiebungen, gegen jede Art des Missbrauchs in diesem Steuerbereich vorgegangen wird und das muss auch unser gemeinsames Ziel sein, nicht nur im

Burgenland, sondern auch auf gesamter Bundesebene. Auf Bundesebene sind die ersten Schritte schon gemacht worden. Die Bundesregierung hat die Einführung der Digitalsteuer vorangetrieben und wir halten auch daran fest.

Aber man muss dann genauso Bedacht darauf nehmen, dass in diesem Bereich auch eine Besteuerung passieren kann, weil teilweise eine Digitalsteuer ja oft nicht eingehoben werden kann aus diesen Konstrukten heraus und der Fortschritt muss natürlich gegeben sein in diesem Bereich, das digitale Betriebsstätten auch besteuert werden können. Dieses Miteinander kann nur gemeinsam mit der EU, gemeinsam mit der OECD passieren.

Wir wollen am Ende des Tages die großen Konzerne besteuern, damit auch Steuergeld, das hier im Land passiert, das hier anfällt, auch im Land bleiben kann und zugeführt wird und damit auch die Entlastung der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerschaft, der Wirtschaft erfolgen kann.

Dazu stehen wir auch als Volkspartei und wir halten daran fest, an der Steuerentlastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Steuerentlastung der Wirtschaft und gleichzeitig, dass internationale Konzerne dort besteuert werden, wo auch die Gewinne und die Betriebsstätten anfallen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dieter Posch.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dieter Posch** (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich habe jetzt leider den Mittelteil des ÖVP-Beitrages auf der Reise nicht mitgehört, aber der Schlusssatz hat mich irgendwo so in die Situation versetzt, als ob ich hier auf einem linkssozialistischen Parteitag wäre.

Ich weiß nicht was Du in der Mitte gesagt hast, ja, aber es sind *(Allgemeine Heiterkeit)* durchaus Ansätze, wo man den Mut aufbringt nicht reflexartig nein zu schreien, wenn irgendjemand etwas in Richtung Hallo, machen wir Gerechtigkeit, schauen wir wo ist mehr zu holen, wo könnten wir mehr auf die Mehrheit der Menschen verteilen? Weil normalerweise ist dieser Reflex, diese Abwehrhaltung, wenn irgendwo nur das Wörtchen Vermögen oder irgendetwas vorkommt, da hat man das Gefühl in der Republik Österreich… *(Abg. Markus Ulram: Meine Einleitung hast Du nicht gehört oder?)*

Nein, aber ich kann es mir ungefähr vorstellen, aber da muss man, wenn man den Begriff Vermögenssteuer oder ähnliches oder auch nur in Richtung Erbschaft hört, und da nehme ich meine Partei nicht aus, hat man oft das Gefühl, dass in Österreich mindestens zwei Drittel der Bevölkerung Millionäre sind und sich vor einer ähnlichen Besteuerung fürchten würden. In Wahrheit wissen wir alle, dass Vermögen weltweit und da geht es nicht nur um die Republik Österreich, nicht nur um die Europäische Union, weltweit werden Gewinne kreuz und quer geschoben, es gibt superspezialisierte Wirtschaftsunternehmen die noch dazu ungefähr prozentuell so viel verdienen wie bei uns die Steuerberater, wenn sie Anträge für Corona-Krisen richtig ausfüllen helfen.

Aber in etwa das ist das Geschäftsmodell und in Wahrheit zahlen aber unsere Bürgerinnen und Bürger brav bei ihren Produkten ihre Steuern. Nur die bleiben dann nicht im Land, die sind dann einfach weg und mit diesen undurchschaubaren Firmengeflechten wird den heimischen Betrieben und wird in Wahrheit den heimischen Kunden die Luft zum Atmen geraubt.

Aber es handelt sich dabei um kein Naturgesetz, obwohl wir uns offensichtlich schon lange daran gewöhnt haben. Während ArbeitnehmerInnen Steuern direkt, ohne dass sie gefragt werden, vom Lohn abgezogen werden, nutzen etliche Konzerne gekonnt die Schlupflöcher, verschieben ihre Gewinne um so wenig Steuern wie möglich zu bezahlen. Von der EU Kommission, ich glaube wir haben das heute schon einmal gehört, werden die damit den Mitgliedsstaaten entstehende Schäden oder die Schadenssumme mit etwa 1.000 Milliarden Euro pro Jahr beziffert.

Das ist in etwa fast das Dreifache der gesamten Defizite der EU-Mitgliedsländer, die in etwa bei 350 Milliarden Euro liegt. Während heimische Klein- und Mittelbetriebe mit einer durchschnittlichen Steuerbelastung von in etwa 26 Prozent zum Gemeinwohl unserer Republik, unseres Landes, unserer Gesellschaft beitragen, stehen sich multinationale Konzerne in einem unfairen Wettbewerb gegenüber. Gerade die derzeitige gegenwärtige Krise macht noch deutlicher, dass viele diesen unfairen Wettbewerb gar nicht gewinnen können.

Dieser Wettbewerb ist für viele aussichtslos und das werden wir nach Beendigung, zumindest der medizinischen Teile der Krise, noch sehr, sehr deutlich spüren. Das wohl bekannteste Negativbeispiel liefert der Online-Riese Amazon. Der Umsatz des Konzerns wird allein in Österreich auf etwa 1,2 Milliarden Euro geschätzt! Da sind vermutlich die aktuellen Krisengewinne, zum Beispiel durch das Füllen von Versorgungsengpässen, Ausgangssperren, Lockdown, et cetera noch gar nicht mitberücksichtigt.

Aus diesem Umsatz erzielte Gewinne werden raffiniert klein gerechnet in Niedriglohn-, oder Niedrigsteuerländer verschoben. Die Tochterfirma sitzt irgendwo in so einem Niedrigsteuerland, das muss nicht in der Europäischen Union sein, verrechnet dem Mutterkonzern überteuerte Leistungen wie Lizenzgebühren, Markenrechte, technisches Know-how und dergleichen. Auf diesem Vehikel wandern satte Gewinne vom Mutterkonzern zur Tochter und die reibt sich im Steuerparadies die Hände aber nicht um sich zu desinfizieren, sondern um in Geld zu baden.

Fakt ist, Gewinne werden nicht dort versteuert wo sie erzielt werden. Das ist zwar gegenüber heimischen Steuerzahlerinnen uns Steuerzahler und Betrieben höchst ungerecht und zweiten gegenüber massiv wettbewerbsverzerrend. Allerdings nicht illegal und wenn die gegenwärtige Krise auch Chancen bietet, dann zum Beispiel jene, dass den derzeitigen Praktiken diese Steueroptimierungen in einem gemeinschaftlichen Kraftakt ein Riegel vorgeschoben wird. Dazu sind nationale Maßnahmen, aber vor allem ein gemeinsames Vorgehen auf zumindest zunächst europäischer Ebene dringend notwendig.

Ein Lösungsansatz wäre etwa eine Gesamtkonzernsteuer gekoppelt mit einem Mindeststeuersatz einzuführen wobei ich mich jetzt nicht auf eine Fachdiskussion mit dem bekannterweise Finanzexperten Kollegen Petschnig einlassen möchte. Es ist gar nicht wesentlich wie, die entscheidende Frage ist, dass und dass endlich reagiert und Gerechtigkeit herbeigeführt wird. Das Verschieben von Konzerngewinnen in Steueroasen, in welche derartige Unternehmen sonst nicht wirtschaftlich tätig sind, würde die Vorteile verlieren und obsolet werden.

Wer es ernst meint mit der Stärkung und Unterstützung der heimischen Wirtschaft und den brav arbeitenden steuerzahlenden Menschen in Österreich und in Europa, muss auch dafür sorgen, dass alle Unternehmen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie diese auch erzielen. Dazu wird aber auch erforderlich sein, dass sich Österreich wieder aktiv und gestaltend und nicht wie zuletzt öfter beobachtet nationalstaatlich, kleinkariert, hemmend in den Europäischen Integrationsprozess einbringt.

Ich bin nicht sehr stolz darauf, dass sich unsere gegenwärtige Bundesregierung oder der Bundeskanzler mit Duldung der GRÜNEN sehr oft eher als Rosinenpicker generiert, wenn es um europäische Lösungen geht, nicht die Solidarität im Vordergrund steht, sondern dass was man über den Boulevard den Österreicherinnen und Österreichern am besseren verkaufen kann. Das ist aber keine zukunftsträchtige Lösung. Darum darf ich den Antrag erschließen, er möge beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung aufzufordern, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge nationale Maßnahmen zur Unterbindung von Steuerverschiebungen umsetzen und sich auf Europäischer EU-Ebene dafür einsetzen, im Sinne der Antragsbegründung eine Gesamtkonzernsteuer zur Unterbindung von Steuerverschiebungen zu schaffen. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Markus Ulram: Das war jetzt aber kein Abänderer oder?)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke schön. Ich möchte nur ganz kurz noch auf einen Punkt, der mir wichtig ist, hinweisen, weil das Problem ist, dass sich die nationalen Konzerne nicht nur den Steuern entziehen, sondern mitunter auch den nationalen Rechten. Wir haben heute Konzerne, gerade was das Internet angeht, die global, weltweit agieren, aber da sie ihre - jetzt bin ich zu viel außer Atem vor lauter Stiegen - Niederlassungen in Ländern haben, wo es andere Gesetzgebungen gibt, hier sich auch vor nationalen Rechten drücken.

Es ist eigentlich unbegreiflich, dass dann Organisationen wie die von Max Schrems, nennt sich NOYB, hier beteiligen müssen beziehungsweise anleiern müssen, Verfahren in Ländern, teilweise auch innerhalb der EU, Irland als Beispiel, um hier nationale Rechte durchzudrücken.

Ich glaube, wir müssen auch in Zukunft auf diese wesentlichen Punkte eingehen, weil es kann nicht sein, dass sich nationale, nein, internationale Konzerne hier eigene Rechtsgebungen schaffen und nationales Recht ausschalten. Das war mir nur wichtig, hier auch noch beizufügen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir warten bis der Abgeordnete auf seinem Platz ist, wir kommen dann zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten MMag. Petschnig und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten MMag. Petschnig und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Einstimmigkeit. Die Entschließung betreffend Maßnahmen für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen ist somit einstimmig gefasst.

**5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 95) zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen (Zahl 22 - 69) (Beilage 108)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Wir kommen zum Punkt 5. der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 95, betreffend Maßnahmen zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen, Zahl 22 - 69, Beilage 108.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Landtagsabgeordneter.

**Berichterstatter Mag. Dr. Roland Fürst:** Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen in der 1. Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Zum gegenständlichen Antrag betreffend regionale Ausgestaltung der Krankenkassen geht es anscheinend wieder, so, wie wir es im Land Burgenland ja öfters schon gewohnt sind, um die Besetzung von Posten, um zu schauen, dass man einen Machteinfluss kriegt. Wenn es dann um die Macht im eigenen Land geht, dann weiß man oft nicht, wie man damit umgeht.

Wir haben in der Vergangenheit ja gesehen, wie das geht und wo man gewisse Themen dann wieder in den Sand verlaufen lässt, warum auch immer.

Es hat eine Unterschriftenaktion des Herrn Landeshauptmann Nießl damals für einen weiteren Kinderarzt im Bezirk Neusiedl am See gegeben. Seither hat man nichts mehr gehört, war halt dann die Krankenkasse schuld - anscheinend. Dann hat man mehrere Wortmeldungen gehört für die Sicherstellung des Hausarztes in den einzelnen Gemeinden, da hört man dann auch nicht mehr, wie, was, wann, dazu. Da lässt man das einfach dahingleiten, und dann kriegt man einen Antrag auf den Tisch zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkasse.

Tatsache ist, dass wir dafür sind, dass die Leistungen in ganz Österreich in den einzelnen Bundesländern angemessen werden und angeglichen werden. Es kann doch nicht sein, dass man für einen Rollstuhl zum Beispiel in Oberösterreich weitaus mehr von

der Krankenkasse bekommt wie im Burgenland. Es kann nicht sein, dass man in einem anderen Bundesland mehr Ersatz bekommt für einen Sehbehelf wie im Burgenland.

Somit kann es nur unterm Strich die Wahrheit sein und nur ein Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger sein, wenn man gleiche Leistungen für alle schafft. Wenn man Angleichungen macht. Wenn wir eine Krankenkasse dazu zuständig haben und diese Ungleichheiten einfach herausarbeitet und für alle die gleichen Leistungen. Weil schließlich und endlich ein jeder mit seinem hart erarbeiteten Gehalt seine Krankenkassenbeiträge bezahlt.

Dann hat ein jeder das Recht dazu, dass er natürlich auch die gleichen Leistungen erhält. Ob er im Burgenland, in Vorarlberg oder in Oberösterreich wohnt. Das muss in Österreich egal sein. Dafür stehen wir auch weiterhin ein und darum sind wir auch für die Vereinheitlichung, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Bundesregierung hat es vorgegeben. Mit der Zusammenlegung der Krankenkasse in die ÖGK, dass nicht nur die Leistungen vereinheitlicht werden, sondern dass wir auch im System sparen. Und dass dieses Geld, dass diese Patientenmilliarde am Ende des Tages auch wirklich beim Patienten ankommt. Es hilft nichts, wenn man jemanden etwas verspricht, und dann kriegt man es nicht, sondern es muss auch dementsprechend ausgestaltet werden.

Wie vorher erwähnt, mit den Leistungen im Ansatz alleine schon, dass hier Gleiches gewaltet wird im Burgenland. Was ich vorher angesprochen habe, im System sparen, da ist man ja bei der SPÖ nicht ganz so gut. Man hält es da eher mehr mit den Funktionären und um die Ausgestaltung von Gesellschaften, dass man mehr Personen irgendwo unterbringt, ein Mehr an Geldleistungen dort wieder verteilen kann, aber nicht beim Patienten, sondern beim Funktionär. Genau dem wollen wir entgegenwirken, dass weniger Funktionäre, weniger Verwaltung, sondern mehr Leistung an den Bürger kommt.

Das muss unser aller Ziel sein. Zurück zum ursprünglichen System jetzt einfordern, sehe ich eher als polemisch an, weil eigentlich dieser Schritt schon lange vollzogen ist. Sie werden sehen, dass das Angleichen der Leistungen ein wesentlicher Beitrag ist und ein wesentlicher Mehrwert ist für die Patientinnen und Patienten und ein wesentlicher Mehrwert sein wird für die Bevölkerung in unserem Heimatland. Dafür stehen wir ein. Darum unterstützen wir auch den Weg der Bundesregierung, die diesen erfolgreichen wieder eingeschlagen hat, damit diese Vereinheitlichung vonstattengehen kann.

Alle anderen polemischen Diskussionen dazu können nur ein Showelement dazu sein, das wir hier im Burgenland halten, aber nicht ernst gemeint sein. Wenn man es ernsthaft angeht, dann kann man nur schauen, dass man in der Verwaltung spart, dann kann man nur schauen, dass mehr Leistung zum Patienten kommt und unterm Strich unterstützen wir diesen Weg der Bundesregierung und wir wollen ihn auch weiterhin miteinander gehen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Landtagsabgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Abgeordneter Klubobmann Ulram! Ich versuche, Sie jetzt am neuesten Stand zu bringen. Offensichtlich sind die letzten Monate der Entwicklung der Krankenkassenfusion bei Ihnen spurlos vorübergegangen.

Ich darf den Entschließungsantrag weiter erklären, das macht mir eine große Freude. Ich habe das genannt, Krankenkassenfusionierungsdesaster, und möchte Ihnen versuchen zu vermitteln, so nach dem Mittagessen, warum ich meine, warum dieses Desaster mit dem Jörg Haider etwas zu tun hat, warum dieses Desaster mit Ibiza, übrigens, zeitgleich startet gerade der Ibiza-Untersuchungsausschuss oder wie die Freiheitlichen den Ibiza jetzt Ibi nennen, seit wir die WhatsApp Kontakte jetzt kennen, was dieses Desaster mit Bundeskanzler Kurz zu tun hat, was dieses Desaster mit einer Privatstiftung, mit einem Privatkrankenhaus in Währing zu tun hat, und wie man es schafft, aus einer angekündigten Einsparung, Originalzitat Kanzler Kurz, gewaltigen Einsparung von einer Milliarde, Sie haben das dann wiederholt, ein Minus, ein prognostiziertes Defizit von 1,7 Milliarden Euro zu schaffen.

Also das ist eine Kunst, sich da herzustellen und das als Erfolg hinzustellen, muss ich sagen, da beneide ich Sie wirklich, weil was liegt dazwischen? 2,7 Milliarden Euro Verrechnung. Aber ganz gewaltig. Also das ist ein ökonomischer und politischer Bauchfleck der Sonderklasse, den Sie da hingelegt haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Redest Du von der Kultur?)*

Wir stehen mittendrin, Wiener Kultur. Die Kultur... *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Kulturbericht, Wohnbaugeschichte, das passt alles!)* Natürlich.

Wie man nämlich aus einem, mit einem Schlag, Eure eigenen Kassen habt Ihr eh nicht angerührt, da wisst Ihr eh wie es geht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was heißt eigene Kassen?)* wie es funktioniert, weil die… *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind unsere Kassen!)* Natürlich. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind unsere Kassen! – Abg. Markus Ulram: Welche Krankenkasse gehört der ÖVP?)*

Muss ich Euch das erklären? Schau nach im ÖVP-Parteiprogramm, da wird das nämlich drinnen stehen. Lasst mich noch am Wort sein, dann könnt Ihr Euch zu Wort melden. *(Abg. Markus Ulram: Die Gebietskrankenkasse gehört der SPÖ!)*

Wie man mit einem Schlag eine gewachsene… *(Abg. Markus Ulram: Das tut ja weh, Funktionäre zu verlieren! Das ist der wahre Punkt dahinter! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen. – Abg. Markus Ulram: Das ist die Wahrheit!)* Noch einmal. Hör mir zu! Ich habe Dir auch zugehört. Ist ja kein Problem. Nicht so nervös werden.

Wie man mit einem Schlag ein gewachsenes, vernünftiges System, das über Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte gewachsen ist, zerschlagen kann, es ist wirklich eine Kunst, das muss ich schon sagen, das ist eine große Kunst. Weil natürlich gegen Ihren Behauptungen und gegen den Populismus, der gegen die Sozialversicherungsträger angekämpft wird, natürlich ist dort ein, das wissen Sie, die Zahlen sind ja belegbar, weitaus geringerer Verwaltungsaufwand wie er in Privatversicherungen ist, um 25 Prozent weniger.

Also es wurde in Wirklichkeit in diesen Kassen durchaus ökonomisch, im Sinne der Ökonomieeffizienz, also wirtschaftlich und effektiv wirksam gearbeitet. Das haben Sie immer nur schlechtgeredet, weil Sie da natürlich die politische Mehrheit nicht hatten. Aber das haben Sie ganz geschickt umgedreht, zu dem komme ich gleich.

Das Thema beschäftigt uns ja schon über 30 Jahre, wenn nicht schon viel länger. Vom Jörg Haider wollte ich kurz was sagen. Das war ja seine Idee. Der Jörg Haider ist ja berühmt geworden, dass er mit seinen Ideen, mit viel Populismus gegen das System angekämpft hat, sage auch ganz offen dazu, manchmal zu Recht, aber er hat sich dann schon bei den meisten seiner Ideen gewaltig verirrt und geirrt. Nämlich eine Idee hat den

österreichischen Steuerzahler 17,6 Milliarden Euro gekostet, nämlich wie er das Land Kärnten fast an die Wand gefahren hätte.

Wie das fast passiert wäre und da die Menschen eigentlich noch immer dran zahlen, mit seinen Spekulationen und seiner „Wirtschafskompetenz“ - unter Anführungszeichen fürs Protokoll -, das ist Ironie.

Das ist im Vergleich, das werden Sie vielleicht dann gleich wieder sagen, zur Konsumpleite, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: BAWAG!)* in den 70er Jahren war das, da waren es 1,7 Milliarden, also das ist im Wesentlichen nichts.

Der Jörg Haider ist jetzt politisch nicht mehr relevant, aber seine Kinder, seine politischen Ziehkinder haben ja das weitergetragen offensichtlich, sonst hätten wir dieses Desaster jetzt nicht hier. Ich stelle mir das jetzt vor, nachdem wir alle nur vier Minuten kennen von diesem Ibiza-Video, ist das jetzt Fantasie. Das ist das Einzige, was ich jetzt sage, was ich nicht wirklich weiß, ja. Aber ich kann mir vorstellen, wie dort die Republik aufgeteilt worden ist, also wie wir die „Krone“ behandeln, wie man was wem wegnimmt, die STRABAG entmachtet und vieles mehr. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr wisst ja, wie man das macht!)*

Kann ich mir vorstellen, ist folgendes Gespräch gelaufen: Wisst ihr was, das haben wir eh schon lange im Köcher, diese Zusammenlegung der neun Gebietskrankenkassen. Da sind zu viele Rote drinnen. Das werden wir, wenn wir mit der ÖVP koalieren, weil wir sind dafür, das werden wir zusammenschneiden. Das werden wir machen. Das werden wir schon reindrücken. Ich nehme an, auf einem ähnlich hohen Niveau ist das damals in Ibiza verhandelt worden.

Was das Spannende ist, es wurde dann zwei Jahre später, witzigerweise am 1. April, ich sage nichts dazu, 2019, dort angekündigt, vollmündig damals bei der schwarz-türkis-blauen Regierung. Damals waren die „Fantastischen Vier“, die hat es damals schon gegeben, nur mit einer anderen Farbe, nämlich den Klubobmann Wöginger, der Einzige, der gleichgeblieben ist, ist der Kanzler Kurz, der Vizekanzler der damalige, der Strache und sicher noch die in Erinnerung bleibende Gesundheitsministerin Hartinger-Klein, die sich mit zwei ganz zentralen Punkten in das Gedächtnis der Politik gerufen hat, nämlich sie hat ja gemeint, dass man mit 150 Euro pro Monat gut überleben kann.

Sie hat ja auch sehr weise einmal gleich die Generaldirektion für Öffentliche Gesundheit abgeschafft. Das wäre die Sektion gewesen, die uns jetzt in der Pandemie und Epidemie ganz gut geholfen hätte, aber sie ist aus parteipolitischen Motiven von der Hartinger-Klein *(Abg. Johann Tschürtz: Ihr habt eh eine Virologin!)* beseitigt worden.

Angekündigt wurde damals eine Einsparung von einer Milliarde Euro, die immer wiederholt wird, dennoch nicht wahrer, wenn das immer wiederholt wird, überhaupt keine Frage. Was man gemacht hat, ist, dass man die österreichische, die ÖGK völlig umgebaut hat.

Also, man hat es ja geschafft und wer zahlt, schafft an, ist das Motto, Sie wissen das. Wenn 71 Prozent der Gesamtkosten für diese Krankenkassen von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Pensionistinnen und Pensionisten bezahlt wird und 29 Prozent von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber kommen, dann ist es völlig klar, meines Erachtens, dass ein Gremium, eine Gebietskrankenkasse, die die Leistungen der knapp 7,3 Millionen Versicherten im Auge hat, natürlich auch entsprechend von diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vertreten wird.

Was Sie gemacht haben, ist, Sie haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rausgehaut, haben die Arbeitgeber hineingegeben, haben natürlich, wie wir jetzt wissen

und immer mehr wissen, auch private Spitäler - da sind offensichtlich Gelder geflossen - also diesen Sektor ganz gut aufgewertet, auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und haben es geschafft, im Hauptverband eine 60-prozentige Mehrheit der Arbeitgeber.

Nur, Herr Steiner, dass Sie dies auch verstehen, weil ich glaube, Sie verstehen vieles nicht - das wäre so, das wäre so, wie wenn jetzt ein Arbeiterkammernehmer Wirtschaftskammerpräsident werden würde. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Können wir uns auch einmal anschauen.)* Ich würde gerne wissen, ob Ihnen das Recht wäre? Ich glaube nicht, ehrlich gesagt. Und das jetzt vielleicht zum Bild, dass Sie das von Ihrer Warte nachvollziehen können.

Was ich nie ganz verstanden habe - jetzt ein kleiner Sidestep zur FPÖ - ist immer, wenn sie in der Bundesregierung war, hat die FPÖ wirklich Arbeitnehmerinteressen sträflich vernachlässigt und mit Füßen getreten.

Sie hat es immer geschafft, obwohl kurioserweise, wir wissen von zehn Arbeiterinnen und Arbeitern haben sechs die FPÖ gewählt, eine Zeit lang, die Zeit ist auch schon vorbei und haben - und das sage ich jetzt auch ganz offen dazu -, dass man auch die Differenzierung hoffentlich ein „bissl“ erkennt, auch deswegen offensichtlich, weil die Sozialdemokratie in Vergangenheit nicht auch das Angebot, das entsprechende, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeben hat.

Das ist aber vorbei, das wissen Sie. Seit dem 26. Jänner ist es im Burgenland vorbei, weil da haben zu einem ganz großen Teil die Arbeiterinnen und Arbeiter wieder die Partei gewählt, die für Ihre Interessen wirklich kämpft, und das ist die Sozialdemokratie. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber sie hat immer in der Bundesregierung, und jetzt komme ich gleich drauf, Kollege Tschürtz, wo es immer gegen die Interessen Ihrer eigenen Wählerinnen und Wähler geht. Das ist auch dann bestraft worden, leider.

Und jetzt sage ich schon noch was dazu, weil mir das wichtig ist, da nehme ich die burgenländische FPÖ explizit aus, auch diese Differenzierung zu sagen, Ihr habt, nach meiner Wahrnehmung, immer einen anderen Kurs verfolgt, auch in der Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie, waren Euch die Arbeitnehmerinteressen immer sehr wichtig und das muss man einfach an dieser Stelle auch anerkennen, dass es auch offensichtlich innerhalb der Freiheitlichen Partei unterschiedliche Strömungen gibt.

Ich bin jetzt schon zum Schluss kommend: Bundeskanzler Kurz hat es wirklich geschafft, ein 1,7 Milliarden-Debakel zu machen, also von der angekündigten einer Milliarde Euro Einsparung ist jetzt … *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Es wird nicht wahrer, auch wenn Sie die Unwahrheit immer wiederholen. Es wird nicht wahrer.)* Der Rechnungshof prüft ja die Verfassungsklagen, das wird sich ja alles weisen, wir werden das ja alles sehen. Aber Kollege Steiner, was sich zeigt, ist Folgendes: Jetzt sage ich Dir etwas - beim Kanzler Kurz seiner Politik merkt man ganz einfach, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Dass es gut ist.)* dass der Bursche keine Erfahrung hat abseits der Politik. Das rächt sich bei solchen Sachen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie kannst Du den Bundeskanzler als Bursche bezeichnen?)*

Der hat keine Erfahrung, der kennt außer der ÖVP überhaupt kein System. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das gehört sich nicht. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Und das zeigt sich bei solchen Milchmädchenrechnungen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du kannst ja den Bundeskanzler nicht als Bursche bezeichnen, das ist ja lächerlich.)* Wir

legen was zusammen, zentralisieren etwas und es wird alles billiger - das glaubt ja niemand mehr. *(Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Das ist genau der Punkt, der sich rächt. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, wenn dem Bundeskanzler Kurz seine mangelnde Bildung vorgeworfen wird. Mittlerweile habe ich Zweifel, weil ich ganz große Sorgen um diese Republik habe.

Mit 34 Jahren, ich sage es Ihnen, habe ich gerade mit meiner Frau mein drittes Kind bekommen. Ich habe den dritten Job gewechselt, habe ein Haus gebaut und vieles mehr. Diesen Erfahrungsschatz hat offensichtlich der Kanzler Kurz nicht, weil ihm dann teilweise der Hausverstand abgeht, wo das völlig klar ist, dass diese Sache in die Hosen geht. *(Abg. Walter Temmel: Die Wortwahl ist eine Frechheit. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber es richtet sich ohnehin selber. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Also, was ist nämlich der Hauptkern, warum wir diese Entschließung hier im Burgenland machen? Nicht weil das besonders lustig ist, sondern weil uns ja die Versicherungen im Vordergrund stehen und die uns wichtig sind. Jetzt hat ja der Obmann der Steiermärkischen Gesundheitskasse, der Josef Harb gemeint, das ist eine bewusste Volkstäuschung, was da in der Kassenfusion gerade abgeht.

Es wirkt sich ja jetzt schon aus, ganz klare Präventionsprojekte, Prophylaxe, Adipositas, in der Re-Mobilisierung - müssen jetzt schon eingestellt werden, weil das nicht mehr zu finanzieren ist. Das heißt, der nächste Schritt, was kommen wird, das ist völlig klar, das ist der Selbstbehalt.

Das haben Sie wahrscheinlich schon im Köcher. Zuerst zerstören wir ein System, machen es viel teurer, als es vorher war und dann führen wir irgendetwas ein, was die Menschen noch mehr belastet. Das ist Ihre Politik, das ist ganz klar. *(Beifall bei der SPÖ)*

Leistungskürzungen, Selbstbehalte - damit man dann sagen kann, man muss diese Kasse dann wieder finanzieren, die man vorher ruiniert hat. Selbst der grüne Gesundheitssprecher meint, dass es ohne künftige Belastungen nicht mehr gehen wird.

Und dann ist auch der Appell an die GRÜNEN, die jetzt in der Bundesregierung sind, auch diesen Entschließungsantrag mitzutragen und sich auch in der Bundesregierung dafür stark zu machen, dass es wieder zu einer Re-Regionalisierung der Gesundheitskassen kommt.

Weil es ganz wichtig ist, dass die Gesundheitsvorsorge, das merken wir gerade jetzt, regional versorgt sein muss und den Menschen folgen muss und nicht umgekehrt. Die Zentralisierung ist völlig der falsche Weg.

Also gehen Sie mit uns bitte den Weg der Regionalisierung, der Re-Regionalisierung der Gesundheitskassen, dass vor Ort die Leistungen angeboten werden. Weil was Sie wollen, dass muss man den BurgenländerInnen auch genau sagen, da gibt es keine Zweigstellen mehr in den Bezirken, und so weiter.

Was Sie wollen, das ist, dass die Leute dann nach Eisenstadt fahren müssen vom Süden und vom Norden, und ich glaube, das will hier niemand im Burgenland.

Was mir auch noch wichtig ist, das ist der zweite Teil der Entschließung, damit wieder das Mitspracherecht so hergestellt wird, wie es auch ist. Da 71 Prozent von diesen Krankenkassen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind und die Pensionisten, dann gehe ich auch davon aus, dass dort entsprechend das abgebildet wird, dass nämlich genau diese Arbeitnehmerinnen Interessen dort auch vertreten werden.

Das werden sie jetzt nicht, weil ausschließlich die Arbeitgeberinteressen, oder ausschließlich nicht, aber zu einem großen Teil, obwohl die Arbeitgeber in diesen Gebiets- oder Gesundheitskassen eigentlich gar nichts verloren haben, in diesem hohen Ausmaß.

Also bitte gehen Sie mit, mit unserer Entschließung zur regionalen Ausgestaltung der Gesundheitskassen, dann würde ich Sie auch einladen, da mitzugehen. Weil, dann tun Sie auch etwas Gutes für die Burgenländerinnen und Burgenländer, und das wäre vielleicht einmal ein feiner Zug von Ihnen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Dass bei der Zerstörung der Krankenkassen unheimlich viel Schindluder getrieben wurde und dass es keinesfalls die Lösung ist, die wir in Österreich in unserem Gesundheits- und Krankenkassensystem brauchen, darüber sind sich sicher viele in diesem Saal einig.

Da ist viel zerstört worden. Da ging es parteipolitisch motiviert zu, das waren zum Teil persönliche Racheakte der damaligen Ministerin, damit manches so geregelt wurde, wie es geregelt wurde. Dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretung hier wieder gestärkt werden muss, da sind wir uns auch einig. Nur eine Sache können wir von unserer Seite wirklich nicht unterschreiben und unterstreichen, nämlich - machen wir alles wieder so wie früher.

Es war nicht gut und effizient, so viele verschiedene Kassen zu haben und zu sagen, wir machen jetzt wieder eine „Vergartenzwergelung“ und gehen in den Föderalismus hinein und jeder spielt wieder seine eigenen Regeln, das ist nicht das Krankenkassenmodell der Zukunft.

Wir wissen doch, wie schwer es ist zum Beispiel für die Kassen, weil im Burgenland Menschen leben, die in Wien arbeiten und dort einzahlen und in ihrer Pension wieder im Burgenland sind. All die Menschen, die überhaupt nur ihre Pension im Burgenland verbringen und so weiter.

Diese Regionalisierung hat ja etwas auch mit sich gebracht, dass sehr viel Ungleichheit bedeutet hat.

Was mich ein bisschen wundert ist, wenn die SPÖ jetzt alles nur als Zentralisierung bezeichnet, was gemeinsam und in einem gemeinsamen großen Wurf hier gestaltet ist, weil im Burgenland ist ja eigentlich auch alles, was regional ist, immer weiter ausgehoben, siehe Bericht über die Kulturbetriebe, und wird hier zentralisiert bei der Landesregierung. Also da gibt es auch unterschiedliche Zugänge zur Zentralisierung, aber das muss man wahrscheinlich im Detail genauer besprechen.

Also bitte nicht einfach zu sagen, alles, was früher war, war gut, kommen wir wieder in die früheren Strukturen. Die haben uns nicht wirklich geholfen. Aber nachdem jetzt der Gesundheitsminister Anschober dafür zuständig ist, bin ich sehr zuversichtlich, dass hier sehr besonnen und vor allem in einem Dialog mit allen Beteiligten weiterverhandelt und weiterverfahren wird. So kennen ihn ja viele schon und so haben ihn ja viele schon als Gesundheitsminister erlebt.

Einfach so zu sagen, bitte gehen wir wieder in frühere Zeiten zurück, das ist nicht etwas, was wir unterstützen könnten. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Zunächst darf ich feststellen, dass das Interesse an dem SPÖ-Antrag von der Regierungsbank sehr ersichtlich ist, *(Abg. Robert Hergovich: Die kennen ihn eh.)* wie weit sie das ernst nehmen, diese Debatte, auf der Regierungsbank ist schon bemerkenswert, dass kein einziges Regierungsmitglied dieser Debatte beiwohnt.

Das Nächste ist, Herr Kollege Fürst, erklären Sie mir, wem welche Krankenkasse gehört? Das würde ich jetzt schon gerne wissen. Gehört die Gebietskrankenkasse, so wie es früher war, da hat es der SPÖ gehört, sie ist im Eigentum gestanden. Da haben Euch die Häuser gehört, weiß ich nicht, waren die in Miete drin, weiß ich nicht, wie war das da genau? Das würde mich jetzt schon als großen Aufklärungspunkt sehr interessieren.

Aber Tatsache ist, sehr geschätzte Damen und Herren, unterm Strich verteidigt hier die SPÖ nicht ein System von früher, sondern ausschließlich die Funktionäre, wo man jetzt anscheinend nicht weiß, wo man die jetzt alle hinsetzen soll.

Jetzt dürfen Sie einmal raten, in welchem Bundesland die geringsten Leistungen in der Gebietskrankenkasse erbracht wurden, für den gleichen Beitrag österreichweit? Im Burgenland! Und da kann es ja nur richtig sein, dass man das vereinheitlicht und die Leistungen anhebt, damit ein jeder Burgenländer und jede Burgenländerin die gleichen Leistungen erhält.

Wenn man sich anschaut, wo sind Verbesserungen eigentlich im Gesundheitssystem die letzten zwei, drei Jahre passiert? Wir haben permanent eingefordert, Verbesserungen im Gesundheitssystem herbeizuführen. Ob das beim zweiten Kinderarzt im Bezirk Neusiedl am See ist, ob das das Vorantreiben des Krankenhausbaues in Oberwart ist, wo man irrsinnig lange dazu gebraucht hat und wo man 9,3 Millionen Euro verbockt hat, nur für eine Sanierungsplanung.

Das hat man dann auf die Seite geschmissen und hat gesagt, das geht nicht. Haben wir zwar verbockt, aber dann machen wir doch einen Neubau - Jahre hat das gedauert. Wenn das in Gols genauso passiert, dann werden wir das wahrscheinlich bis zur Pension gerade einmal erleben, ein zweites Krankenhaus. Und dort wollen wir nicht hinkommen.

Wem hat man die Abschaffung der Nachtdienste der praktischen Ärzte zu verdanken? Die SPÖ hat sich sehr stark gemacht, um die guten Beziehungen zur Krankenkasse zu pflegen. Der Herr Nießl war es damals, der gesagt hat, eigentlich brauchen wir das nimmer. Und ohne Vorwarnung wurde am 1. 4. 2018 der Nachtdienst der praktischen Ärzte gestrichen. Und wo auf einmal die Patientinnen und Patienten nicht mehr gewusst haben, was sie nach 22.00 Uhr tun sollen, wo sie hinfahren sollen, dass sie nur mehr mit der Rettung ins Krankenhaus gefahren werden können.

Wenn wir schon vorher reden von irgendwelchen Privatgeschichten und so weiter dann soll sich die SPÖ im Burgenland an der Nase nehmen, wenn man heute Stipendien zahlt an eine Privatuni, was ist das dann? Was ist das für ein öffentlicher Bereich? Welcher öffentliche Bereich wird mit öffentlichen Geldern des Landes unterstützt? Eine Privatuni? Das ist der Zugang, dass wir mehr Ärzte ins Burgenland kriegen? Von fünf Stipendienplätze, das ist der Zugang?

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das kann nicht der Zugang sein hier im Hohen Haus, zu einer Verbesserung bei der Gesundheitsversorgung. Und darum kann es nur richtig und wichtig sein, dass alle Burgenländerinnen und Burgenländer viel mehr Geld, das sie einzahlen, das sie von ihrem Lohn abgezogen bekommen an Krankenkassabeiträgen, eine ordentliche Leistung bekommen.

Und dafür stehen wir ein und das wollen wir weiter auch vorantreiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Johann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Einige Sätze, die mir besonders wichtig erscheinen. Selbstverständlich kann man immer alles negativ und positiv betrachten, ist mir auch klar. Dass die SPÖ das anders sieht als die ÖVP und auch jetzt in diesem Fall die FPÖ, das ist Politik, das ist einmal so. Das sind verschiedene Anschauungen.

Aber eines muss man schon feststellen, und das muss man schon echt sagen, das geht jetzt mir nicht um einzelne Personen, sondern es geht um das Gesamtwohl der Bevölkerung. Und wenn hier die Leistungen in ganz Österreich angepasst werden, zum gleichen Tarif, die gleichen Hilfeleistungen, dann hat das ja was Positives an sich.

Wenn man zum Beispiel bedenkt, dass sehr viele Krankenkassen sehr viele Rücklagen angehäuft haben, sehr viel Rücklagen, und die anderen waren im Defizit, dann hat es natürlich schon einen Anreiz zu sagen, da muss sich etwas ändern. Und es hat sich definitiv sehr viel geändert.

Jetzt ist vielleicht irgendwo eine Lücke von einer Milliarde Euro aufgetaucht. Aber man weiß ja nicht, wie das in Zukunft dann wieder aussehen wird. Denn folgendermaßen hat sich zum Beispiel die Landesregierung in Vorarlberg und die Gebietskrankenkasse in Vorarlberg geäußert zur Zusammenlegung, und zwar sehr positiv, also das muss man schon sagen. Man hat dort bekanntgegeben, dass diese Zusammenlegung für die Bevölkerung einen großen Mehrwert hat.

Zum Beispiel das Krankengeld bezieht man jetzt, durch die Zusammenlegung, um 16 Wochen länger. Die orthopädischen Schuhe für Kinder werden zur Verfügung gestellt, die Eigenkosten abgeschafft. Früher hat man gar nicht gewusst, dass diese Krankenkasse zahlt, die eine zahlt das nicht und die andere wird irgendwann etwas zahlen.

Dafür gibt es jetzt eine einheitliche Regelung, die man sehr positiv beurteilen muss. Zum Beispiel die Milchzahnkronen, die kosten ja auch ein Geld. Und überhaupt, wenn man eine Familie hat, dann ist man froh, wenn das nichts kostet. Oder die 3D-Röntgenaufnahmen in Bezug auf die Milchzahnkronen.

Oder die Magnetresonanztherapie, das ist ein riesengroßer Vorteil für die Bevölkerung, weil die gleichmäßig für jeden das Gleiche angeboten wird. Oder die Lasik-Methode, wenn man ein Auge lasert, weil man wirklich schon so schlecht sieht. Da hat man vorher gezahlt, das muss man sich auch merken, 310 Euro pro Auge. Das wird jetzt durch die ÖGK bezahlt.

Das heißt, es gibt eine Menge Vorteile durch diese Zusammenlegung, und ich wüsste nicht, warum man die jetzt nicht mehr zusammenlegen möchte, warum man die jetzt wieder trennen sollte.

Vorhin wurde angesprochen, vom Kollegen Fürst, so in Richtung Abgeordneten Steiner, sie verstehen vieles nicht. Ich würde die Diktion nicht so verwenden. Was heißt, du verstehst nichts und du kennst dich nicht aus und der kennt sich sowieso nicht aus. Also diese Diktion gefällt mir überhaupt nicht.

Ich würde ja auch nicht sagen, ich verstehe die Rendi-Wagner nicht, Virologin und hat sich gar nicht zu Wort gemeldet. *(Heiterkeit bei der ÖVP)* Der ist alles wurscht, die ganze Pandemie, - also das würde ich auch nicht sagen. Das gehört sich nicht. Daher würde ich meinen, dass wir wirklich sachlich mit der Thematik umgehen.

Und ich bin überzeugt davon, Frau Abgeordnete Petrik, dass das nichts mit einer Zerstörung zu tun hat, wie Sie das titulieren, sondern es hat damit zu tun, dass man mehr Leistungen der Bevölkerung anbietet und gleiche Leistungen, nicht, dass einer mehr wert ist und der andere ist weniger wert und das ist natürlich auch die Quintessenz der Zusammenlegung. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn es unangenehm wird, dann gibt es ein ähnliches Muster. Ein Abgeordneter der SPÖ spricht und nennt Fakten und dann gibt es Zwischenrufe der ÖVP. Und dann geht man heraus und dann spricht man über irgendwas, nur nicht über diese Fakten. Immer wieder dasselbe Muster.

Es ist aber immer der Beweis, dass Ihnen dieses Thema immer unglaublich unangenehm ist. Ich darf die Fakten nennen: Kollege Ulram hat gefragt, na wen gehören die Kassen? Das kann ich leicht beantworten - immer den Versicherten. Das *(Abg. Markus Ulram: Nein, nein, langsam, der Herr Fürst hat das gesagt. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, nein, der Fürst hat das gesagt. Und der SPÖ gehören die Kassen.)* Problem, er hat die Frage gestellt - schon wieder.

Herr Kollege Steiner, *(Abg. Markus Ulram: Man muss das schon richtig sagen.)* ich kann mir nicht helfen, aber Sie sind so im Muster drinnen. Ich habe nur das gesagt, was der Kollege Ulram gesagt hat und schon, Sie schreien schon wieder heraus. *(Abg. Markus Ulram: Das stimmt aber nicht. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das stimmt nicht.)* Ich weiß, Sie sind verhaltensauffällig oft in der Emotion. Ist schon in Ordnung, aber trotzdem sollten wir die Fakten wirklich so benennen, wie sie sind.

Kollege Ulram, und ich wiederhole mich, hat gefragt, wem gehören die Kassen? Und ich will jetzt antworten: den Versicherten. Das Problem ist nur, dass es völlig wurscht ist, weil, die ÖVP hat überhaupt die Mehrheit. Es sind ÖVP-Funktionäre, die in den Vorständen sitzen und überall die Mehrheit haben und verantwortlich sind für dieses Desaster, das da im Moment passiert, in allen Kassen. Ich möchte jetzt darauf eingehen.

Kollege Fürst hat völlig richtig beziffert, zwei Drittel der Einnahmen kommen von Arbeitnehmerinnen und von Arbeitnehmern oder von ehemaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die ÖVP als Arbeitgeber schafft an. Komisch, gibt es nur da, sonst nirgends.

Niemand würde auf die Idee kommen, wisst ihr was, lassen wir Arbeitnehmervertreter jetzt in der Versicherung der Arbeitgeber anschaffen - niemand. Oder bei den Bauern - niemand.

Aber bei den Arbeitnehmern ist es völlig wurscht, da schaffen die Arbeitgeber an. Die Arbeitgeber schaffen an, obwohl kein einziger Arbeitgeber bei der Gebietskrankenkasse versichert ist. Keine einzige Arbeitgeberin, kein einziger Arbeitgeber ist versichert und trotzdem schaffen die Arbeitgeber dort an.

Ich weiß schon, das ist unangenehm, wenn man das hört. Das ist aber Fakt und es ist ein Skandal, meine sehr geehrten Damen und Herren, und Ihre Partei ist dafür verantwortlich. Erstens. Zweitens: Der Herr Bundeskanzler hat im Wahlkampf versprochen, gleiche Leistungen, gleiche Beiträge. Ich war hellhörig, ich dachte mir, wenn er das macht - Respekt. Dann habe ich wirklich Respekt vor ihm. Was ist übergeblieben von diesen Versprechungen? Er verspricht eh alle Tage etwas, was er nicht hält. Aber was ist da übergeblieben von diesen Versprechen? Sind die Leistungen gleich?

Hat jede Arbeitgeberin, jeder Arbeitgeber, jede Bäuerin, jeder Bauer, jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer die gleichen Leistungen in seiner Versicherung? - Nein. Sind die Leistungen gleich? Sind die Beiträge gleich? - Nein.

Die Beiträge sind völlig unterschiedlich. Die Bäuerin, der Bauer und die Selbständige, der Selbständige zahlen viel weniger wie die Arbeitnehmerin, der Arbeitnehmer, viel weniger. Der hat andere Leistungen, nämlich bessere Leistungen. Er zahlt weniger und hat bessere Leistungen.

Ich weiß schon, der ÖVP ist alles egal. *(Abg. Markus Ulram: Das stimmt ja wieder nicht. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja wieder falsch.)* Hauptsache die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brennen es. Wir schaffen an und alles andere ist wurscht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das sind falsche Fakten, was Du da bringst.)*

Das ist Eures, aber was ist übergeblieben? Gleiche Leistungen? - Nein. Gleiche Beiträge? - Nein, Fehlanzeige. Was ist übergeblieben? - Eine unfaire Aktion. Jetzt hat die ÖVP dort das Sagen durch Arbeitgeberfunktionäre. Und es gibt ein Finanzdesaster der Sonderklasse.

Der Herr Kurz hat nämlich versprochen, jetzt gibt es eine verzehnte Milliarde. Wir werden so viel Geld investieren, weil, wir werden so viel sparen. So viel sparen, gell Herr Kollege Ulram. Nichts ist gespart worden, statt einer Milliarde gibt es ein Minus von 1,7 Milliarden Euro.

Schämt Ihr Euch nicht? Bei so einer Bilanz? Ich würde mich zusammenpacken und sagen, lassen wir es. Geben wir das wieder den Arbeitnehmervertretern, die haben das ordentlich gemacht. *(Abg. Markus Ulram: Zu dem kommen wir noch, zum Schämen.)* Die haben das gut gemacht die letzten Jahrzehnte, die sollen das wieder tun. Das wäre einmal eine Vorgangsweise. Da hätten wir wirklich Respekt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich gehe jetzt gar nicht auf die Details ein, welche Schlampereien da passiert sind. Da gab es Beraterkosten von 20 Millionen Euro für die Fusion. Also da wäre ich gern Berater. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Redest Du von Euch?)* Also den Berater, den hätte ich gerne gesehen, der hat 20 Millionen Euro kassiert und *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja wirklich kurios, was Du da sagst.)* hat dafür gesorgt, dass ein Minus von 1,7 Milliarden Euro herauskommt. Respekt, liebe ÖVP. Also wie das geht, Hut ab.

Ein neues Logo wurde entworfen und auf die Mauer gekritzelt. Wissen Sie, was das gekostet hat? Nicht eine Million, nicht zwei Millionen, drei Millionen Euro. Ich frage mich nur, was kann dieses Logo? Geht man da vorbei und ist man dann gesund? Oder was kann dieses Logo, wenn das drei Millionen Euro kostet, wenn man das hinaufkritzelt auf die Häuser. Also ein Wahnsinn.

Diese Geschichte muss auch behandelt werden vom Bundes-Rechnungshof. Ich möchte hier Aufklärung haben, was da wirklich passiert ist. Wo ist dieses Geld hin*? (Abg. Mag. Thomas Steiner: Ganz was Neues.)* Und glauben Sie mir eines, ich werde da nicht lockerlassen, weil ich weiß, was am Schluss herauskommt.

Durch Ihre Politik werden die standortnahen Versorgungen geschlossen werden müssen, weil keine Institution hält es aus, dass man so ein Minus von Milliarden Euro alle Jahre einfahrt. Dann weiß ich, was passiert. *(Abg. Markus Ulram: Ihr habt uns im Nachtdienst die Ärzte abgeschafft, ohne Ersatz.)* nämlich die Schließungen. Und das haben Sie zu verantworten. Das ist wirklich bedauerlich. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - *(Abg. Robert Hergovich: Die GRÜNEN fallen um, das ist unglaublich, bei jedem Thema.)*

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen ist somit mehrheitlich gefasst.

**6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 78) betreffend eines Sport-Soforthilfepakets für burgenländische Sportvereine (Zahl 22 - 52) (Beilage 109)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Wir kommen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 78, betreffend eines Sport-Soforthilfepakets für burgenländische Sportvereine, Zahl 22 - 52, Beilage 109.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Patrick Fazekas, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Patrik Fazekas, BA:** Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines Sport-Soforthilfepakets für burgenländische Sportvereine, in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend eines Sport-Soforthilfepakets für burgenländische Sportvereine unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Ilse Benkö als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Ilse Benkö** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es obliegt mir heute zum Sport-Soforthilfepaket Stellung zu nehmen. Gestatten Sie mir, dass ich kurz auf den ÖVP-Antrag eingehe.

Ich habe im Vorfeld die Möglichkeit gehabt, mit dem Kollegen Wolf zu sprechen, weil mir der Antrag nicht ganz klar war. Sie wissen ja, Herr Kollege Wolf, der Landesvoranschlag des Landesbudgets für die allgemeinen Sportförderungen, Spitzensport, Sportmedizin, Sportstättenbau und Trainerförderung, das sind 280.000 Euro.

Tatsächlich im Landesbudget veranschlagt sind für den Spitzensport 540.000 Euro, sportmedizinische Untersuchungen 35.000 Euro, Fördermaßnahmen für Sportanlagen und Sportstättenbau und Renovierung 200.000 Euro. Wenn ich das zusammenrechne, ergibt das für mich bereits die gesamte Fördersumme, wie wir das gerade besprochen haben. Und daher war das für mich nicht verständlich nachvollziehbar, weshalb Sie nur eine Million Euro fordern.

Der Abänderungsantrag der SPÖ der ist ja fast, ich möchte sagen, aus früherer Zeit, denn, solange die FPÖ in der Regierung war, oder Regierungsbeteiligung gehabt hat, da waren die Abänderungsanträge wirklich tatsächlich auch Verbesserungsanträge. Dem kann ich heute nicht so viel abgewinnen.

Aber trotzdem bin ich sehr glücklich, dass es dieses Sofort-Sporthilfepaket gibt, natürlich unter Berücksichtigung folgender Punkte, die meiner Fraktion wirklich wünschenswert wären und zwar:

- eine bundesweite, einheitliche Vorgehensweise mit den Ländern wäre wünschenswert;
- Förderungen seitens Landes und Bundes sollen sich nicht gegenseitig ausschließen;
- Einrichten eines COVID-19 Vereins-Notfallhärtefonds seitens des Burgenlandes, der wirklich im absoluten Notfall all jene Fälle berücksichtigt, die bei den Stufen der Bundesförderungen gar nicht zum Zug kommen;
- das Paket muss transparent sein und braucht natürlich rasch objektive Förderrichtlinien;
- eine zentrale Anlaufstelle für diese Antragsverfahren sowie natürlich, was uns persönlich, uns Freiheitliche, sehr wichtig ist, eine Transparenzdatenbank.

Wir Freiheitliche fordern objektive Förderrichtlinien für alle Vereine. Dass nun ein Soforthilfepaket im Landtag beschlossen wird, das ist im Ansatz wirklich sehr gut, aber für uns nicht weitreichend genug. Ein Förderpaket muss, wie gesagt, auch gut überlegt sein.

Wichtig ist es eben, diese Förderrichtlinien objektiv und rasch zu erstellen, um sichergehen zu können, dass das Geld am Ende des Tages nicht nur vom ressortzuständigen Regierungsmitglied an ausgesuchte Vereine oder gar nur an die Dach- und Fachverbände überwiesen wird, und dass nur diese profitieren, während andere vielleicht sogar leer ausgehen.

Wie bereits, was uns noch wichtig ist, das möchte ich auch erwähnen, dass natürlich auch Hilfe von den Gemeinden kommen sollte. Wir gehen hier noch einen Schritt weiter, wir Freiheitliche. Sie alle wissen, das wird im Nordburgenland genauso sein wie im Süden des Landes. Vereine tragen einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander in den Kommunen bei und sorgen damit auch natürlich für eine höhere Lebensqualität.

Auch das wissen Sie, in allen Vereinen steht das Gemeinschaftliche im Vordergrund. Und das ist es ja, das ist genau das, was unser Burgenland so einzigartig macht. Daher fordern wir auch, dass die Gemeinden ihren Beitrag dazu leisten, um das Vereinswesen aufrechterhalten zu können.

Ich gehe sogar soweit, vielleicht werden mich jetzt viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister böse anschauen, aber ich gehe sogar soweit, dass ich meine, dass Gemeindeprojekte mit niedrigerer Priorität eben hintangestellt werden, um einen Vereinsförderungstopf extra jetzt in dieser schwierigen Zeit für Vereine zu erstellen.

Damit meine ich, als Beispiel, wenn jetzt eine Straße vorgesehen wäre, die könnte man vielleicht hintenanstellen, aber gerade im Süden verlieren wir massiv, wenn wir die Vereine, und da meine ich nicht nur die Sportvereine, nicht massiv unterstützen. Das ist für uns nicht nur notwendig, wir sehen es auch als eine Pflicht der Gemeinden.

Deshalb haben wir Freiheitliche einen Abänderungsantrag eingebracht, den ich auch verlesen möchte: Nach dem Lock-down der Bundesregierung kommen jetzt immer mehr die daraus resultierenden Schäden zum Vorschein. Nicht nur die Wirtschaft, der Tourismus und die Gastronomie sind gefährdet, auch rund 4.900 aktive Vereine haben unter dem Grün-Schwarzen befohlenen Stillstand zu leiden. Die derzeitige Situation setzt den Vereinen nicht nur durch leere Sportstätten, Musikhallen und vieles andere mehr zu.

Das Burgenland - und das wissen wir - lebt durch seine großzügige Vereinsvielfalt, durch unsere Ehrenamtlichkeit. In jeder Gemeinde stehen unzählige Vereine, welche sich von traditionellen Veranstaltungen jeglicher Art finanzieren, leider Gottes vor dem Aus. Viele Einrichtungen und Leistungen unserer Gesellschaft wären ohne die Tätigkeit und ohne das Engagement der vielen tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vereinen unvorstellbar.

Durch diese Maßnahmen der Bundesregierung im Zuge der Covid-19-Pandemie kommt es bei dieser wichtigen Säule unserer Gesellschaft zu weitreichenden Ausfällen von Einnahmen bei gleichzeitigem Bestehen von Fixkosten. Und natürlich auch Sportvereine, oder gerade Sportvereine - da haben wir zirka 1.500 davon im Burgenland - trifft diese Krise besonders hart, da diese mit sehr hohen Erhaltungskosten konfrontiert sind.

Die Hauptkostenfaktoren sind neben der anfallenden Platzmiete vor allem natürlich auch die Kosten von Personal. Und alle burgenländischen Vereine brauchen nun schnelle und unbürokratische Hilfe.

Da könnte ich mir vorstellen dabei, einen Sockelbetrag gleich nach den Richtlinien zu erstellen und dann unter Vorlage von Belegen, je nach Höhe, wie die Einteilung erfolgt ist, auszuzahlen. Daher sollte auch ein Teil der seitens der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel für diese reserviert werden.

Und jetzt bin ich bei den Sportvereinen, diese etwa finanzieren sich zu 80 Prozent eben aus Eintrittsgeldern und Sponsoring, Einnahmen durch Feste und Veranstaltungen, 20 Prozent sind rund öffentliche Mittel. In der ersten Stufe kommt es zu Sofortauszahlungen an akut in Not geratene Vereine durch den Bund.

Die zweite Stufe deckt der 700 Millionen Euro-Fonds des Bundes ab. In der Stufe drei kann eine Zuzahlung der Länder erfolgen, wenn die Zahlungen des Bundes zu gering ausfallen. Um den bürokratischen Aufwand auf ein Minimum zu reduzieren, ist eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise mit den Ländern wünschenswert. Ebenso sollen die Förderungen seitens des Landes und des Bundes sich nicht gegenseitig ausschließen.

In einer vierten Stufe soll das Burgenland einen „Covid-19-Vereins-Notfallhärtefonds“ in der Höhe zehn Millionen Euro einrichten, der im absoluten Notfall wirklich all jene Fälle berücksichtigt, die in allen anderen Stufen eben nicht zum Zug kommen.

Ein Förderpaket des Landes muss überlegt, gut überlegt sein, transparent sein. Wichtig ist es, genaue und objektive Förderrichtlinien zu erstellen, um sicherzugehen, dass das Geld auch dort ankommt, wo es benötigt ist. Eine zentrale Anlaufstelle, wie bereits erwähnt, für das Antragsverfahren, sowie eine Transparenzdatenbank sind hierbei geboten.

Darüber hinaus sollten die Gemeinden, auch das habe ich schon gesagt, einen Beitrag leisten. So könnten Gemeindeobjekte mit niedriger Priorität hintangestellt werden.

Das heißt, der Landtag hat beschlossen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge das 700 Millionen Euro Hilfs-Paket für Vereine weiter aufstocken um zehn Millionen Euro für burgenländische Vereine.
2. Parallel dazu wird die Landesregierung aufgefordert,
   a. den ausgearbeiteten Vier-Stufenplan - in Abstimmung mit dem Bund und den Ländern - umzusetzen, um die Vereine rasch und unkompliziert zu unterstützten;
   b. hinsichtlich der Landesförderung für Vereine genaue objektive und transparente Förderrichtlinien zu erstellen;
   c. die Gemeinden auffordern, diese mögen ebenfalls einen Vereinsfördertopf erstellen und Projekte mit niedrigerer Priorität hintanstellen.

Ich darf den Abänderungsantrag übergeben. *(Beifall bei der FPÖ und des Abg. Robert Hergovich - Die Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, die Zustimmung von allen anderen Kollegen auch zu erhalten. Vielen lieben Dank. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek** *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.** (ÖVP): Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn habe ich vorher schon schmunzeln müssen und das möchte ich anfangs anbringen. Der Roland Fürst, der Kollege, ist leider jetzt nicht im

Haus, aber ich habe wirklich lachen müssen, als der Oberkommunist des Hauses sich negativ über den Zentralismus äußert und diese Denkweise anderen negativ vorwirft.

Gerade er und Ihr als SPÖ, habt Zentralismus als Programm, als pragmatische Maxime seit Jahren. Es ist für Euch das Allüberwerfende und das Notwendigste, das Ihr in Eurer Politik an den Tag legt. Und jetzt auf einmal, nehmt Ihr Euer wichtigstes Gut, den Zentralismus, und opfert es, um es der ÖVP vorzuwerfen?! Das ist ein bisschen widersprüchlich und darüber habe ich wirklich lachen müssen.

Was Kollegen Roland Fürst noch betrifft, er hat vorher den Herrn Bundeskanzler als Bub bezeichnet, das kann in der Diskussion vielleicht passieren.

Aber, er hat gleichzeitig gesagt, nur, weil der Herr Bundeskanzler bislang kein Haus gebaut hat, keine Kinder bekommen hat oder vielleicht nur dreimal den Job gewechselt hat, nur deswegen sei er kein guter Bundeskanzler, nur deswegen hätte er keine Qualifikation.

Ich glaube, wir haben in Österreich mehr als genug Menschen, die gar keinen Job finden, die nie ein Haus bauen können, oder die vielleicht auch keine Kinder bekommen können. Und ich bin überzeugt, dass all das kein Qualifikationsgrund für einen Beruf ist. Ich glaube auch nicht, dass es wichtig ist, woher man kommt, sondern was man aus seinem Leben macht. Unser Bundeskanzler hat sich mittlerweile sehr gut bewiesen. Die Wähler haben das bereits zweimal honoriert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was unsere Bundesregierung noch sehr gut gemacht hat, ist diese schwere Corona-Zeit gut zu überbrücken. Jeder von uns hat von heute auf morgen mit gravierendsten Einschnitten zu leben gehabt. Jeder von uns ist vor viel Neuem gestanden, auch in vielen Bereichen hat sich unser Leben in den letzten drei Monaten massiv verändert:

- private Situationen mit Kinderbetreuungen, oder
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Firmen haben Homeoffice von heute auf morgen hochfahren müssen;
- Behörden, Ämter, Gemeinden, ja, der gesamte Gesundheitssektor ist auf einmal vor großen Herausforderungen gestanden, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten nie gekannt haben.

Und ein Teilbereich davon ist natürlich auch unser Vereinswesen und unsere Ehrenamtlichkeit, die wir in Österreich immer hochhalten.

Ich habe mit vielen Vereinsobleuten gesprochen, auch in meiner Funktion als Bürgermeister, und wir haben versucht, in dieser Zeit für die Vereine in den Ortschaften Lösungen zu finden. Weil wir als Bürgermeister, und danke Ilse, dass Du uns an unsere Pflichten erinnerst, wissen genau worum es geht.

Und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind die ersten Ansprechpersonen in der Gemeinde für die Vereine, für die Mitgliederinnen und Mitglieder, vor allem, wenn es um finanzielle Hilfe geht.

Ich habe vernommen, dass es den Vereinsfunktionären und den Obleuten nicht nur um die Überweisung von Geldbeträgen geht, sondern es geht um viel, viel mehr. Es geht um die sozialen Kontakte, die sie mittlerweile vermissen. Unsere Musikvereine, die Tamburizza, die wollen wieder gemeinsam proben, damit sie soziale Kontakte pflegen und wieder etwas leisten können.

Der Hornsteiner Sportverein trainiert mittlerweile Gott sei Dank wieder, aber hat schon sehnsüchtig darauf gewartet. Die Sportler haben sich irgendwo zu zweit, zu dritt, getroffen mit vielen Metern Sicherheitsabstand und haben die Bälle hin und her geschossen, weil es ihnen nicht darum geht, dass sie finanzielle Mittel bekommen, sondern sie wollen wirklich den Sport ausüben.

Da müssen wir ansetzen. *(Abg. Johann Tschürtz: Im Kleinwalsertal haben sie das eh können. Im Kleinwalsertal da darf man das.)* In Hornstein haben wir Vereinsförderung von 50.000 Euro an alle Vereine ausbezahlt. Kollege Hans Tschürtz, ich weiß nicht, was Du die letzten drei Monate so Produktives für die Vereine gemacht hast. *(Abg. Johann Tschürtz: Nasegebohrt.)* Ich hätte jetzt nichts gehört, aber ich hoffe, Du kannst es mir noch erzählen.

Jedenfalls haben wir in Hornstein auch in Aussicht gestellt, dass jene Vereine, bevor sie von der Existenz bedroht sind, finanzielle Unterstützung bekommen. Jeder kann jetzt einmal für seine Gemeinde überlegen, welche Vereine er hat, welche vor der Krise sehr erfolgreich waren und es auch nach der Krise weiterhin sein sollen.

In unserer Gemeinde zumindest ist es so, dass die Vereine kaum Fixkosten zu zahlen haben, weil sowieso alle Kosten die Gemeinde übernimmt. Die Vereine bezahlen in Hornstein fast keine Raummiete, großteils Personal. Die Anschaffungen unterstützen wir in großzügigem Ausmaß durch eine Jahresförderung. Außer dem Sportverein, dort sind wir wieder beim aktuellen Thema, der natürlich seine Fixkosten zu tragen hat und keine Eintrittsgelder und Personalkosten hat.

Jetzt sind wir in der glücklichen Lage, ausreichend finanzielle Mittel zu haben. Andere Gemeinden und Vereine haben es natürlich schwerer. Umso wichtiger ist es, dass die Vereine erfinderisch bleiben. Und es kann nur dann ein erfolgreicher, gemeinsamer Weg sein, wenn alle Ebenen und Beteiligten zusammen helfen.

Der Bund hat mit dem mittlerweile 20. Covid-Gesetz 700 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das ist sehr viel Geld, das die Vereine dringend brauchen, bis zum kleinsten Verein. Das ist ganz entscheidend, bis hinunter in die Gemeinde und in jeden Ortsteil.

Dann wird es notwendig sein, dass das Land auch etwas beiträgt, wenn es wirklich nicht mehr geht und dass man die Vereine auch bei den Fixkosten unterstützt.

Die Gemeinden sind sowieso mit an Bord, weil - wie gesagt - wir sind die erste Anlaufstelle für die Vereine, die dann Geld vom Gemeindebudget ausschütten, wenn es wirklich nicht mehr geht und es notwendig ist.

Jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin weiß selbst am besten, in seiner Gemeinde, wie er die Vereine bestmöglich unterstützt, sei es in der Anschaffung und Unterstützung bei der Pachtzahlung für den Sportplatz oder auch von anderen Dingen.

Dann aber liegt es an uns allen, die wir Sport betreiben, die wir Mitglieder bei Sportvereinen sind, weil auch durch diese jährlichen Mitgliedsbeiträge, die wir hoffentlich nicht ausgesetzt haben, oder vielleicht uns überlegen, bei einem anderen Verein Mitglied zu werden, damit man sie unterstützt, nur dann wird es funktionieren. Wenn alle zusammenhalten, dann glaube ich auch, dass wir auf einem sehr, sehr guten Weg sind.

Im Burgenland haben wir eine flächendeckende Struktur von Vereinen, sehr engagiert, europaweit werden wir dafür beneidet. Und wir alle, glaube ich, und bei aller Flut der Anträge, die wir heute diskutieren, geht es am Schluss darum, dass wir unsere Ehrenamtlichen, unsere Vereine, die Funktionäre, die Mitgliederinnen und Mitglieder, aber

auch die Sportlerinnen und Sportler bestmöglich unterstützen und sie durch diese Krise bringen.

Nicht viele in Österreich leben vom Sport, aber die, die es geschafft haben, vertreten uns Gott sei Dank auch international und deshalb wird es auch in diesem Bereich notwendig sein, ihnen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, vielleicht Einkommensverluste entsprechend abzugelten, aber wir brauchen auch die notwendigen Sportstätten dazu.

Seit Jahren, also seit ich Abgeordneter bin, diskutieren wir über eine Leichtathletikbahn, jetzt haben wir sie endlich in Eisenstadt, dankenswerterweise. Mit einer super Kooperation zwischen der Stadt, die anständig investiert hat, aber auch dem Land unter Landeshauptmann Hans Nießl.

Das war eine super Sache und so sollte es auch bei allen Sportvereinen sein. Die Pinkafelder Leichtathletikanlage ist auch soweit in Planung und dort hoffe ich auch, dass wieder investiert wird, weil es notwendig ist, dass man in beiden Landesteilen eine derartige gute Infrastruktur hat.

Das Hallenbad, über das wird auch immer oft geredet, bedarf einer Finanzspritze. Vielleicht ist nicht Corona der richtige Anlass dazu, aber dass wir Hallenbäder, Schwimmbäder, Freibäder brauchen, auch wenn es in Hornstein noch keines gibt, sondern in *(Abg. Doris Prohaska: In Stinatz gibt es auch keines.)* Eisenstadt. Ich bin überzeugt, dass es wichtig ist, in diese Sportinfrastruktur zu investieren, weil die Sportstätten von heute, sparen die Krankenbetten von morgen, umso wichtiger ist es.

Ilse, ich gebe Dir recht, wir brauchen Geld für die Sportstätten, klarerweise, Die Gemeinden investieren jetzt schon den Großteil dieser Sportstätten, weil die Eigentümer zu 95 Prozent die Gemeinden sind. Das Land schießt zu - durch die Sportstättenförderung. Da kann man natürlich immer erhöhen, ist klar.

Wenn am Ende des Tages ein gemeinsames Ziel erreicht wird, nämlich, dass alle ihren Sport betreiben können, den sie möchten, dann haben wir unser gemeinsames Ziel erreicht und damit werden wir auch alle Burgenländerinnen und Burgenländer wieder fit machen und damit für viel mehr Spaß und auch Bewegung sorgen.

„Comeback stronger“ – das ist das Motto vieler Vereine und das gilt auch für uns in der politischen Diskussion und man mag jetzt natürlich mit Erbsenzählerei beginnen, wer mit wieviel Geld wo fördern möchte.

Ich möchte das unterstreichen, dass wir dafür zu haben sind, dass man eine gemeinsame Lösung zwischen allen Beteiligten findet. Wenn der Bund ordentlich investiert, sollte das Land nicht sich dahinter verstecken und den Vogel Strauß machen – also den Kopf in den Sand stecken und warten, bis alles vorbei ist – auch selbst initiativ eigenverantwortlich etwas präsentieren und den Vereinen auch anbieten. Und dann wird das auch gut funktionieren, weil - wie gesagt - die Gemeinden machen das von unterster Ebene bereits seit jeher.

Unser Antrag wurde durch die rote Mehrheit im Ausschuss leider abgelehnt, wir werden diesen Abänderungsantrag trotzdem nochmals einbringen, weil es uns wichtig ist, dass wir darauf hinweisen, dass wir eine gute Alternative dazu haben, wie wir burgenländische Sportvereine unterstützen können.

Deswegen darf ich diesen Antrag, der gehörig unterstützt ist, Euch zur Kenntnis bringen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Unterstützungspaket in Höhe von einer Million Euro für Sportvereine zur Verfügung zu stellen, um Umsatzeinbußen aufgrund der Corona-Krise auszugleichen und deren Weiterbestand zu fördern, insbesondere für jene Vereine, die den Erhalt von Sportstätten finanzieren müssen.

Vielen Dank und wir hoffen auf Eure Unterstützung im Sinne einer gemeinsamen Initiative. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke schön. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Wolf hat ein grundsätzlich positives Bild gezeichnet. Das grundsätzlich auch immer gut ist, weil es eine Politik sein soll der Hoffnung und der Zuversicht, der wir folgen sollen.

Es ist aber so, dass ich tagtäglich konfrontiert werde mit Anrufen von Funktionären, Sportvereinen, Kulturvereinen und die malen in der Regel ein anderes Bild. Die sind in großer Sorge. Wir haben 1.500 Sportvereine, die sich im Moment in einer sehr prekären Lage befinden und für die es nicht einfach ist.

Und manche davon, ich habe schon gesagt, dass viele anrufen, schlittern auch schon in die private Haftung und das ist ein Riesenproblem. Und daher ist dieses positive Bild, wäre natürlich sehr gut, wenn wir das erreichen, entspricht aber nicht immer der Realität und dem, was die Vereine draußen leben.

Die gesamte Struktur des Sports gerät ins Wanken und vor allem dann, wenn der Bund nicht endlich seine Aufgabe übernimmt und ihnen hilft. Ich weiß schon, da wird viel angekündigt, nur die Vereine haben nichts davon, nicht einmal einen Cent davon, im Moment gesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind, glaube ich, alle gemeinsam stolz, dass wir das Land der Vereine sind. In kaum einem anderen Land gibt es so viele „Vereinsmeier“ wie in unserem Heimatland Burgenland und die sind auch mit völligem Herzblut bei ihrem Verein dabei und arbeiten unheimlich viele ehrenamtliche Stunden in ihren Sportvereinen und daher muss die Bundesregierung hier wirklich handeln.

Denn die Ausfälle von Einnahmen, aber auch die bestehenden Fixkosten führen dazu, dass viele Vereine wahrscheinlich nicht mehr aufsperren werden oder fusionieren müssen und dergleichen.

Da gibt es einen nachhaltigen Schaden, nicht nur im Burgenland, sondern wahrscheinlich in ganz Österreich, weil diese „Pleiten, Pech und Pannen-Bundesregierung“ nicht endlich das tut, was sie schon laufend ankündigt, nämlich den Vereinen zu helfen.

Denn, man muss schon sagen, es war die Bundesregierung, sonst niemand, es war die Bundesregierung, die den Schlusspfiff angeordnet hat. Der hat reingepfiffen, hat

gesagt, Schluss, ab jetzt ist der Sportbetrieb eingestellt und damit verbunden sind alle Einnahmen erledigt gewesen.

Der Schlusspfiff wurde von der Bundesregierung gesetzt, aber es wurde vergessen, auf den Wiederanpfiff zu schauen, der bis heute nicht klar ist, wann es funktioniert. Und auch bei der Unterstützung hat man völlig neben das Tor geschossen, da hat man völlig versagt, wenn man es so will. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Du bist ja verhaltensauffällig, was Du daherredest. – Abg. Doris Prohaska: Also bitte.)*

Denn, Herr Kollege Steiner, wenn Sie sich bei Vereinen auskennen würden, ich weiß schon, Sie sind kein „Vereinsmeier“, wenn Sie sich ein bisschen bei Vereinen auskennen würden, würden Sie wissen, dass 80 Prozent der Einnahmen von den Vereinen selber organisiert werden, durch Eintritte, durch Feste und vieles mehr, und nur 20 Prozent von der öffentlichen Hand stammen.

Und auch wenn der Kollege Wolf sagt, wir zahlen eh alles und der Bund und das Land und so weiter, und die Gemeinden, alle zahlen, dann sind es nicht mehr als 20 Prozent und 80 Prozent organisieren die Vereine selber und nicht irgendwer.

Die können das aber jetzt nicht, weil der Herr Kurz gesagt hat Schlusspfiff, aus ist es und die noch nicht wissen, wann wieder angepfiffen wird und das ist das Riesenproblem dabei.

Dann gibt es den Herrn Sportminister, der taugt mir am meisten. Ich habe ja lange nicht gewusst, dass er Sportminister ist, aber der ist ähnlich wie der Kurz, weil der Herr Kurz sagt auch immer „Koste es, was es wolle“. Ja, alle wundern sich, aber wo ist das Geld? Es fließt kein Geld, „koste es, was es wolle“ wird angekündigt, nur die Leute merken nichts. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da hat es einmal einen Minister gegeben, der hat überhaupt nichts gemacht. Den kennst Du sogar ganz gut.)*

Und Herr Kollege Wolf, ich kritisiere den Herrn Kurz nicht, weil er keine Kinder hat, ganz im Gegenteil, das ist mir gleich, ob er Kinder hat oder nicht, sondern ich kritisiere, weil er immer irgendwas verspricht, was er nicht hält.

„Koste es, was es wolle“, fragen Sie einmal die Vereine, was sie bekommen haben. „Koste es, was es wolle“ - nix, keinen Cent. Das ist das Hauptproblem. Ankündigen tut man bald was, nur die Leute haben nichts davon, wenn man ankündigt, es müssen endlich Taten folgen.

Dann gibt es den Herrn Vizekanzler, der spricht dazu, es gilt auch beim Sport, dem Prinzip nach, - ich rede nur so gute Sätze, - „alles, was es braucht“. In der APA, super. Nur die Vereine haben noch nichts bekommen.

Da wird angekündigt 700 Millionen Euro, dann stellt sich heraus, ah, die 700 Millionen Euro sind ja gar nicht nur für die Sportvereine, die sind ja insgesamt für Kulturvereine und dergleichen. Dann war die Frage: Wer kriegt jetzt was? Was kriegt denn jetzt der Sport?

Das hat er nicht sagen können. Nicht irgendwann - bei den Budgetberatungen hat er das nicht sagen können. Das muss man sich einmal vorstellen. Da gibt es einen Sportminister, der kündigt irgendwas an und auf die Frage im Budgetausschuss, na wie viel gibt es jetzt für die Sportvereine, Sie sind ja zuständig für Sport. Das kann er nicht sagen.

Das ist schon durchaus bemerkenswert, dass so etwas überhaupt möglich ist. Also die Realität ist wirklich so, dass die Vereine kaum, oder ganz wenig, oder gar nichts an

Unterstützung erhalten. Vor allem, dass es kein Konzept gibt, das den Fahrplan skizziert. Ja, fragen Sie einmal den Verein, wie es weitergeht? Die wissen das nicht.

Jetzt hören Sie alle zu. Was ist jetzt mit Ihrem Herrn „Super Kurz“? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was sollen wir denn da sagen? Das ist verhaltensauffällig, was Du da sagst. – Abg. Doris Prohaska: Also bitte. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist er ja.)* Was sollen die Vereine tun? Was sollen die Vereine tun, Herr Kollege Steiner? Wenn die auf Sie warten, dann werden sie lange warten.

Dann gibt es den Herrn Faßmann. *(Unruhe bei der ÖVP – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Am Wort ist der Herr Klubobmann, Sie können sich nachher melden.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Der Herr Faßmann -, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn man verhaltensauffällig ist. – Abg. Wolfgang Sodl: Unglaublich, jetzt das dritte Mal.)* das ist dieses Muster, das kann er nicht ablegen, das entstammt seiner Persönlichkeitsstruktur. Es macht nichts, wir lernen damit umzugehen.

Aber da gibt es auch den Herrn Faßmann, ein super Bursch. Der sagt, nein, Turnen geht in den Schulen nicht. Dann sagen die Lehrer, das wäre schon gescheit, weil für die Kinder, das wäre schon gescheit und gut. *(Abg. Johann Tschürtz: Aber groß ist er.)* Nein, nein, das geht nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dann sagen die Lehrer, machen wir das halt nicht im Turnsaal, machen wir es draußen im Garten, es kann ja nichts passieren, weil der Kurz sagt ja, draußen kann ja nichts passieren. Sagt der Faßmann, nein, das geht nicht.

Aber auf die Frage, hören Sie, Herr Bildungsminister, Sie sagen, turnen geht nicht, auch nicht außerhalb des Schulgeländes. Aber eine halbe Stunde später gehen dieselben Kinder mit denselben Schulkollegen auf den Spielplatz nach Eisenstadt, weil dort sind die Spielplätze offen. Da dürfen sie spielen, aber da in der Schule dürfen sie nicht turnen. Was ist da los?

Was ist da los in dieser Republik? Was ist das für ein Krisenmanagement? Wahnsinn was da passiert. *(Unruhe bei der ÖVP – Abg. Markus Ulram: Jetzt können sie das wenigstens schon. - Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Der Herr Abgeordnete ist am Wort.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Jetzt sage ich Ihnen, wie es anders geht, nämlich so, wie es das Burgenland gehandhabt hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Den Neusiedler See zusperren. – Heiterkeit bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Genauso ist es.)*

Ich sage Ihnen, wie es anders geht. Da geht der zuständige Landesrat her, nimmt sofort, und nicht kündigt irgendwas an und lasst dann keine Taten folgen, nimmt sofort Kontakt mit den Energieversorgern auf, sorgt für Stundungen für die Vereine. Da wird nichts vorgeschrieben.

Dann wird gesagt, liebe Vereine, wir haben was für euch, zuerst was arbeiten und dann kommunizieren und nicht wie der Herr Kurz kommunizieren und nichts arbeiten. Das ist schlecht, das bringt nichts. *(Abg. Markus Ulram: Das Land hat keine Leistung für die Vereine erbracht. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Gar nichts gibt’s vom Land. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Meine Herren, der Herr Abgeordnete ist am Wort. Ich bitte um Ruhe, damit der Herr Klubobmann fortsetzen kann. Sie können sich nachher melden. Und „verhaltensauffällig“, Herr Kollege Steiner, der Ausdruck ist auch nicht in Ordnung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer sagt das?)* Der gehört nicht ins Haus. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Gut.)*

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Der Vier-Stufen-Plan wurde von der Kollegin Benkö relativ deutlich skizziert. Dieser Vier-Stufen-Plan ist ausgezeichnet, daran soll man sich orientieren. Das kommt aus der Feder des Burgenlandes, das hat der Herr Landesrat Illedits erarbeitet und wurde von den Ländern großteils 1:1 übernommen.

Auch das ist nicht alltäglich, Herr Landesrat, Gratulation zum Vier-Stufen-Plan, den auch die Länder nahezu 1:1 übernommen haben. Aber, was die Vereine jetzt wirklich brauchen, ist eine rasche Auszahlung der versprochenen Mittel, die schon seit Wochen versprochen werden und trotzdem nichts gelaufen ist.

Eine weitere Aufstockung von 250 Millionen Euro dieses Fonds, das brauchen die Vereine und vor allem eine Bindung, die tatsächlich den Sportvereinen zugutekommt. Sie brauchen Cash.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die ÖVP ist schnell, wenn es darum geht, zu sagen, koste es, was es wolle. Die sagt nur nie dazu, wer es zahlt. Und dann kommt es eben zur Situation, dass wir im heutigen Landtag Anträge der ÖVP behandeln müssen, die im Wesentlichen eine Neuverschuldung von 100, ich betone, 100 Millionen Euro bedeuten würde.

Das ist neuer, trauriger Rekord. *(Unruhe bei der ÖVP - Abg. Markus Ulram: Herr Kollege Hergovich, bei aller Wertschätzung, erst zu sagen, es wird nichts getan, dann schlagt man was vor, dann zu sagen, das kostet zu viel Geld. Wer soll das verstehen? – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Der Herr Klubobmann ist am Wort.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Ich glaube schon, dass Ihnen das unangenehm ist, aber die Menschen sehen ja das. Sie treiben den Goldesel durchs Dorf und erzählen den Menschen Märchen von Milch und Honig und sagen nie dazu, wer das finanziert und wie es finanziert werden kann.

Ja, glauben Sie wirklich, dass Ihnen das irgendwer abnimmt? *(Abg. Markus Ulram: Vorher haben Sie genau das Gegenteil gesagt. – Abg. Mag. Thomas Steiner: Jetzt sagen Sie genau das Gegenteil.)* Glauben Sie wirklich, dass Ihnen das irgendwer abnimmt?

Sagen Sie mir, wie Sie die 100 Millionen Euro finanzieren wollen? Die heutigen, die haben Sie nur heute gefordert, nicht das letzte Mal, oder das nächste Mal. *(Unruhe bei der ÖVP)* Nur bei der heutigen Landtagssitzung haben Sie rund 100 Millionen Euro an Neuverschuldung gefordert. *(Abg. Markus Ulram: Wie sollen die 250 Millionen Euro mehr von Euch gefordert werden? Finanziert im Bund. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Klar ist, jede politische Ebene gibt mehr Geld aus als ursprünglich geplant und klar ist, alle politischen Ebenen werden deutlich weniger Einnahmen generieren wie ursprünglich prognostiziert. *(Abg. Johann Tschürtz: Ein paar Nullen mehr.)*

Und daher ist die Frage der Finanzierung eine sehr wesentliche, ja, wer soll sie zahlen? Die Gemeinden? Die Länder? Der Bund? Das ist immer die Frage, wer soll es brennen? Keiner hat es. Und am Ende des Tages wird sich die Frage stellen, wie kommt

man zu diesem Geld, dass jetzt überall versprochen und ausgegeben wird. *(Abg. Markus Ulram: SPÖ-Antrag – 250 Millionen Euro mehr.)*

Da gibt es nur eine einzige Antwort darauf, *(Abg. Markus Ulram: Erbschaftssteuer.)* ja, selbstverständlich, eine Steuer der Millionäre. Eine Steuer der Konzerne und jener, die wirklich sehr viel haben. *(Unruhe bei der ÖVP)* Ja, natürlich, die wollen Sie ja schützen! Sie sind der Schutzpatron der Superreichen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ihr wollt den Mittelstand belasten.)* der Millionäre und der Konzerne. Ich weiß schon, dass Ihnen das unangenehm ist. Ich glaube das schon.

Ich sage Ihnen nur eines, dieses Schwarze Peter-Spiel, das Sie da treiben, Gemeinden - Land, Land und der Bund, und so weiter, das hilft keinem Betroffenen. Am Ende des Tages ist wichtig, was haben die Leute davon. - Nichts. Da wird nur angekündigt und kein Sportverein bekommt das Geld.

Das ist das Problem. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn das Land zahlt.)* Da können Sie den Goldesel *(Abg. Markus Ulram: Null Euro. Das Land zahlt Null. Null Euro.)* durchs Dorf treiben wie Sie wollen und können Milch und Honig versprechen. Fakt ist das, was die Leute bekommen - und das ist nichts.

Und ich glaube, diese Krise wäre jetzt die Chance, seriöse Politik zu betreiben, und den Leuten zu sagen, es ist nicht alles finanzierbar. Das wäre eine Riesenchance bei dieser Krise. Man müsste halt ehrlich sein und nicht bei einer Sitzung 100 Millionen Euro versprechen und gleichzeitig wissen, das kann man eh nicht halten.

Denn das würde eine Neuverschuldung von 100 Millionen Euro bedeuten auf dem Rücken unserer Kinder und Enkelkinder und das werden wir sicher nicht zulassen. Da können Sie Gift nehmen, das machen wir sicher nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Klubobmann. Als Nächstes ist Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner zur Geschäftsordnung gemeldet.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP): Danke sehr Herr Präsident! Ich ersuche Sie, die Geschäftsordnung objektiv auszulegen. Wenn Sie mich rügen, weil ich in einem Zwischenruf gemacht habe, „der Kollege Hergovich ist verhaltensauffällig“, dann hätte ich mir erwartet, dass das Gleiche mit dem Herrn Kollegen Hergovich passiert, vor einer halben Stunde, wo er es mir vorgeworfen hat.

Daher, objektive Auslegung der Geschäftsordnung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Der Herr Abgeordnete Rosner hat den Vorsitz geführt - wir schauen uns das im Protokoll an. *(Heiterkeit bei der ÖVP – Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Eigentor. – Der Abgeordnete Mag. Thomas Steiner geht noch einmal ans Rednerpult.)*

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP): Was heißt das jetzt? Sind Sie jetzt der amtierende Präsident, oder nicht?

Führen Sie den Vorsitz, oder nicht? Haben Sie die Geschäftsordnung auszulegen.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Der Herr Präsident Rosner hat das nicht gehört.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Haben Sie die Geschäftsordnung auszulegen oder nicht? Ja, oder nicht? Ja - und daher objektive Geschäftsordnung.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Wir werden uns das anschauen.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Das ist Ihre Verantwortung als Präsident, auch jetzt, wenn Sie den Vorsitz führen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Es liegen uns nun mehr zwei Abänderungsanträge vor. Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Wolf - Herr Landesrat Illedits hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe sehr aufmerksam den Beiträgen zum Thema Sport und wie geht man in dieser Situation, oder während dieser Krise damit um Oder sind wir vielleicht schon irgendwo im Abflauen der Krise dabei, eben dieses Thema Sport so zu diskutieren und für mich ist es natürlich und wie für alle eine Frage der Finanzierung.

Aber es ist, glaube ich auch, eine Frage des Umganges miteinander, nämlich der Politik und in diesem Fall der Bundespolitik mit den vielen Aktiven, aber auch mit den Sportlerinnen und Sportlern und die auf der Funktionärsebene arbeiten.

Die Funktionäre draußen sind eigentlich die, die noch mehr enttäuscht sind als die aktiven Sportlerinnen und Sportler. Sportler sind es eigentlich gewohnt, dass man ihnen ein Programm vorgibt, dass man ihnen sagt, okay, so ist es eben und damit müsst ihr umgehen. Das passiert im Spitzensport. Es gibt burgenländische Sportler, die sich für die Olympischen Spiele qualifiziert haben, diese sind verschoben worden.

Das heißt, man kann sich vorstellen, dass es eine große Enttäuschung für Sportler ist, auf ein Ziel hinzuarbeiten, dieses Ziel, die Qualifikation zu erreichen und dann nicht starten zu dürfen, weil es verschoben ist.

Das ist die eine Seite. Sie gehen damit professionell um, weil sie dann im nächsten Jahr dabei sein werden und die Qualifikation schon geschafft haben.

Ohne jetzt den finanziellen Verlust mitzudiskutieren, der zweifelsohne bei denen sicherlich auch entstanden ist. Nicht nur die, die als Olympioniken das Burgenland vertreten werden, sondern auch die, die im Spitzensport tätig sind, werden weiterhin - und das ist eine wichtige Tatsache - auch vom Sportpool Burgenland zusätzlich zur allgemeinen und Spitzensportförderung unterstützt und das laufend weiter.

Das heißt, wir haben weiter unsere Sitzungen und sie werden auch weiterhin unterstützt, egal jetzt, was sie auch in welcher Art und Weise in ihrer Sportart tun werden. Das ist einmal das eine. Das Zweite ist ganz wichtig, dass wir auch den Vereinen - und das ist das stärkste fehlende Signal - endlich das zum Ausdruck bringen, was Wertschätzung heißt.

Wertschätzung heißt, ein Signal zu geben, und da geht es nicht um 5.000 Euro, um 500 Euro, da geht es um ein Signal, dass man sagt, ja, wir unterstützen die Vereine. Diesen Vier-Stufen-Plan, den wir vorgelegt haben, der übrigens von allen Sportlandesräten in Österreich mitgetragen wird, haben wir auch dem zuständigen Minister Kogler vorgelegt, der diesen goutiert hat, der sagt, ja, machen wir.

In den ersten zwei Schritten steht genau das drinnen, wo Sie sagen, das Land hat auch nichts gezahlt. Nein, man hat sich verständigt, zuerst der Bund und dann wir, das steht in diesem Vier-Stufen-Plan drinnen, in den jeder Einsicht nehmen kann, weil das eine akkordierte Vorgehensweise von allen - auch türkisen - Sportlandesräten in Österreich ist und die sagen das, genauso auch die GRÜNEN, alle. Endlich eben auch ein paar Euros zu den Vereinen rüberschicken, dann verstehen sie das als Signal. Man hat

Probleme, aber man wird das tun. Die Finanzierung steht, 700 Millionen Euro für alle Vereine, diese steht.

Nur eines kann man nicht vermischen, jeden Verein, der gemeinnützig ist, so wird es nämlich artikuliert, mit jedem Verein, der auch gemeinnützig ist. Ein Sportverein, der Infrastruktur zu erhalten hat, egal, was es ist, Fußballverein oder etwas anderes, ist anders zu beurteilen als ein Gesangsverein.

Ohne die wichtige Aufgabe der Gesangsvereine jetzt minderwertschätzend zu beurteilen, hat das nicht und deshalb geht das nicht, dass man einfach alles über einen Kamm schert, und man hat gesagt, für die Kultur, für alle Vereine sind 700 Millionen da, dann haben wir gesagt, 250 wären okay für den Sport, weil definitiv angesprochen sind nur 100, bei 15.000 Vereinen kann das jeder durchrechnen, was das an überwiesenem Geld für einen Verein heißen würde.

Ich glaube nicht, dass man sich als Verein und da gibt es 100.000 nur im Burgenland, die sich ehrenamtlich engagieren, mit Almosen abspeisen lassen muss, das ist keine Wertschätzung. Eine Wertschätzung wäre, wenn man sagt, was habt ihr jetzt als Fixkosten, und das ist das Einzige, was wir jetzt machen haben können, dass wir sagen, was der Klubobmann Hergovich gesagt hat, die Fixkosten kann man jetzt einmal stunden, kann man zurückschieben, aber sie sind zu zahlen, die kommen logischerweise, und deshalb muss man auch wirklich Direktförderungen aussprechen. Das haben wir tun können.

Was wir auch weiterhin tun, ist, wie der normale Sportverlauf auch tatsächlich jetzt sein hätte können, es wird die Überweisung auch über die normale Abrechnung über den Sportförderungsbeitrag passieren.

Das heißt, wir bremsen gar nichts, wir tun so weiter, als ob der Sport ausgeübt wäre. Das heißt, alles geht normal weiter, im Juni kommt die nächste Sportförderungsbeiratssitzung, das wird passieren.

Das sind die Beiträge, die wir natürlich auch anders beurteilen können, weil die Sportart nicht ausgeübt werden kann, das tun wir auch weiter, aber ganz wichtig ist ein Part, der angesprochen wurde, und das ist eigentlich ein Verbrechen an der Jugend, dass man die tägliche Sport- und Bewegungsstunde sakrosankt streicht.

Wir haben jahrzehntelang dafür gekämpft. *(Abg. Markus Ulram: Kannst eh machen jetzt!)* Wer sagt denn das? *(Abg. Markus Ulram: Na sicher!)* Nein, noch einmal, die Sport- und Bewegungsstunde, die tägliche Sport- und Bewegungsstunde darf nicht gemacht werden. *(Abg. Markus Ulram: Darf schon gemacht wieder werden. Ich habe hier den letzten Stand! Die Bürgermeister, die hier sitzen, werden das alles wissen.)* Noch einmal, ja, ja, ja, na klar, ich weiß es auch, ich habe alles hier liegen, also ich kann eh nachschauen, was gemacht darf werden oder nicht.

Sie darf in der üblichen vorgeschriebenen Art und Weise nicht gemacht werden. Man kann im Freien jetzt etwas tun mit den Kindern, so wie wir schon … *(Abg. Markus Ulram: Das Turnen in den Turnsälen der Volksschule ist geregelt, oder?)* Ja, noch einmal, jetzt sagen Sie mir, dass Sie vier Unterrichtseinheiten Sport und Bewegung machen, dann komme ich sehr gerne in die Schule und schaue mir das viermal in der Woche an.

Es geht nicht, weil der Regelschulunterricht ... *(Abg. Markus Ulram: Die Kinder sind doch viermal in der Woche gar nicht in der Schule.)* Noch einmal, der Regelschulunterricht, der normale Stundenplan, wird der Stundenplan geändert oder nicht, Turnstunde, wird er geändert oder nicht? *(Abg. Markus Ulram: Das ist eine klare*

*Vorgabe, oder?)* Wird er geändert oder nicht? War eine klare Frage. *(Abg. Markus Ulram: Die Frau Bildungslandesrätin …)*

Sie stellen mir dauernd Fragen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Können Sie die Frage nicht beantworten? Sie wissen offensichtlich nicht, was der letzte Stand ist.)* ich stelle Ihnen jetzt auch eine Frage. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wie sollen wir wissen, was der letzte Stand ist, wenn Sie es nicht wissen?)* Wissen Sie es? Gut, passt. Sie wissen es nicht, also Sie reden wieder etwas, was Sie nicht wissen.

Also das heißt, Herr Kollege Steiner, ich weiß den Letztzustand, da brauche ich nicht Sie dazu, Sie sind bewiesenerweise eh ein Sportexperte, ich weiß, wie Sie umgehen mit der Leichtathletikanlage in der Vergangenheit und in der Gegenwart. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was?)* Ich weiß das, wir alle wissen das. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was war das?)*

Also lassen Sie das bitte und orientieren Sie sich an andere, die sich wirklich auskennen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau!)* Nur noch einmal, Sport und Bewegung darf *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was redet der für einen …?)* wie beschlossen ist - sagen Sie es -, wenn Sie mir sagen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist ja unglaublich.)* dass viermal in der Woche die tägliche Bewegungsstunde gemacht werden darf, wie das so von den Ministerien beschlossen wurde, dann bin ich gerne dabei, meine Meinung zu ändern - darf nicht gemacht werden - ist so.

Nur, was passiert zwei Monate lang, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Zwei Monate waren die Kinder gar nicht in der Schule.)* das war ein Verbrechen an der Jugend, weil da haben sich, der Klubobmann hat das eh auch erwähnt, dann hätten Sie zugehört, draußen darf man, am Vormittag darf man nicht, am Nachmittag darf man. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wissen Sie schon, dass die Kinder zwei Monate nicht in der Schule waren? – Abg. Robert Hergovich: Das stimmt ja auch nicht … - Abg. Mag. Thomas Steiner: Na, entschuldige! – Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP)*

Mit denselben Kindern darf man das, das hat ja damit nichts zu tun, dass, noch einmal, und auch jetzt ist es, Herr Klubobmann Ulram, eine Entscheidung, jetzt ist es eine Entscheidung, *(Abg. Robert Hergovich in Richtung Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich glaube, Du kennst Dich wirklich nicht aus. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* jetzt ist es noch immer eine Entscheidung der Schule im Rahmen der Schulautonomie, da werden Sie mir recht geben, wer das tut oder nicht.

Nur die tägliche Sport- und Bewegungseinheit war eine generelle Maßnahme für alle Schulen, da sind wir d'accord, glaube ich, und das wird so nicht durchgeführt, weil es nicht gemacht werden darf.

Jeder, der mir etwas Anderes sagt, gebe ich gerne zu, dass ich mich geirrt habe - stimmt nicht. Das heißt, keiner versteht es. Keiner versteht es, dass man das nicht darf, man darf es nicht, weil das Bildungsministerium das nicht zulässt, das ist so. *(Zwischenruf des Abg. Markus Ulram)* Genau, man darf es nicht, das ist so und deshalb muss man einfach sagen, was hat das mit einer Initiative, die gesundheitspräventiv ist, sein soll, jetzt zu tun, dass man es nicht darf.

Und das ist genau der Ansatz, wo wir sagen, das ist eigentlich das Schlimmste, was in der ganzen Thematik passiert ist, wie gehe ich mit dieser Krise, mit der Bewältigung der Krise im Sinne der Jugend, der Kinder um?

Das ist die größte Sorge, die alle äußern, nicht nur ich, sondern viele, die im Sport österreichweit auch tätig sind, Sport Austria bis hin zu vielen anderen.

Ja, klar, *(Abg. Markus Ulram: Sport Austria! – Heiterkeit des Abg. Markus Ulram)* ist eh logisch, weil das der Nießl ist? Ja, klar. Was sonst? *(Abg. Markus Ulram: Entschuldige!)* Nein, da sind andere auch, die bis hin zu IOC und WHO, um nur zwei Unverdächtige vielleicht zu nehmen, die Sie vielleicht akzeptieren können.

Also das muss schnellstens geändert werden, weil jetzt haben wir natürlich dann eine Situation, die, glaube ich, die Öffnung und die Lockerung mit sich bringen sollte, nämlich, dass wir ab Herbst, weil das weiß ja auch keiner so genau, was passiert dann?

Und da bin ich am letzten Ansatz, das ist die Planungssicherheit, man hat keine Perspektive für die Vereine, und diese Planungssicherheit fehlt, es gibt eine Auflistung von einem Papier, das nicht beschlossen ist, aber das die schrittweise Öffnung in Halbmonatsschritten definiert, also irgendwo wird das in Ministerien besprochen, alle halbe Monat gibt es eine Öffnung, nur, die wird nicht kommuniziert und das fehlt den Vereinen.

Das ist das, was Euch verwirrt hat, weil da steht drinnen, dass man ab August bis 1.000 Zuschauer Veranstaltungen im Sport machen kann. Ist aber nicht veröffentlich.

Das heißt, das wäre für die Vereine, weil keine Veranstaltung bei einem Fußballverein, kein Fußballmatch, bleibe ich nur bei dem einen Beispiel, kann stattfinden, wenn keine Zuschauer dort sind, weil der Verein keine Existenzsicherung hat, weil keine Einnahmen da sind. Das muss eben als Planungssicherheit gegeben werden und das ist, glaube ich, das, was man einfordern muss und das gehört aber Hand in Hand nämlich mit dem Nachwuchstraining der Kinder und das muss eben auch in der Bewegungseinheit passieren.

Das heißt, diese Gesamtschau muss eben passieren. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass wir das schnell forcieren und das andere ist das Geld.

Einer gibt es ihnen nicht und der heißt Blümel, und das versteht aber keiner. Ich habe dem Minister Vizekanzler Kogler gesagt, ihr seid ja ein Kollegialorgan, Bildungsminister sitzt ja irgendwo zusammen und redet, gut. Die Antwort, wir müssen das alles über die AWS machen, über die Bundesbuchhaltungsagentur. Wenn das alles an die Vereine kommt, dass alles, weil es könnte ja alles und wird ja eh, so, wie wir auch vorlagepflichtig sind, was wir an COVID-Förderung machen, durch den Rechnungshof geprüft, na klar.

Aber jetzt schon so viel Angst zu haben, dass irgendwas geprüft wird und deshalb die Auszahlung verzögern, das versteht eigentlich keiner und das ist alles auch in Videokonferenzen … *(Abg. Mag. Thomas Steiner. Die Zahlen wenigstens etwas - im Gegensatz zum Land.)*

Bitte? Wer zahlt was aus? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Bund. - Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ, ÖVP und FPÖ)* Beim Sport? Also ich habe nichts noch gemerkt. Herr Kollege, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das Land will ja nicht einmal. Ihr wollt ja nicht einmal.)* wir sind willens, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das tun Sie ja nicht.)* wir haben uns akkordiert mit allen Landesräten in ganz Österreich, dass wir wollen, wir warten nur auf den Bund, der Minister hat versprochen, bis zum Wochenende Anfang Juni, auch im Protokoll nachzulesen, dass das Geld kommt.

Wir haben ihm auch schon ein Hölzl geworfen und gesagt, Akkordierung, nur einmal Akkordierung - die Hälfte - Signal an die Vereine, die haben es sich verdient, die Funktionäre und die Aktiven im Sport. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Landesrat.

Es liegen nunmehr zwei Abänderungsanträge vor. Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den von der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung von Burgenländischen Sportvereinen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**7. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 84) betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler (Zahl 22 - 58) (Beilage 110)**

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Wir kommen nun zum 7. Tagesordnungspunkt. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 84, betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler, Zahl 22 - 58, Beilage 110.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Patrik Fazekas, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Patrik Fazekas, BA:** Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließend betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler in ihrer 2. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließend betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke schön. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Da haben wir ein ziemliches Durcheinander und „Gemurks“ von Themen und Forderungen, die jetzt diskutiert werden.

Wir haben zunächst einen Antrag der ÖVP, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, Betreuungskosten für Kinder zu erstatten, die sich während der Corona-Krisenzeit zusätzlich ergeben. Ich muss auch sagen, auch der ÖVP-Antrag ist nicht in jedem Punkt nachvollziehbar, was jetzt genau damit gemeint ist.

Aber eine Zielrichtung ist klar, das kann man diskutieren, das kann man richtig oder falsch finden. Man kann Modalitäten dazu verhandeln. Man könnte auch darauf hinweisen, dass das Land bereits letztes Jahr Eltern die Möglichkeit gab, zusätzliche Betreuungskosten in den Sommermonaten durch das Land fördern zu lassen. Das hat die Landesrätin letztes Jahr auch angeboten.

Man könnte also als SPÖ sagen: Liebe ÖVP! Wir haben doch eine Richtlinie zur Förderung von Ferienbetreuung im Burgenland aus dem Jahr 2019 und natürlich bieten wir den Eltern diese Unterstützung auch heuer wieder an. Das kann man ja modifizieren. Genau darauf, was jetzt nötig ist. Ihr Nicken freut mich, sozusagen, dass Sie da, eine Frau Landesrätin, hier auch eine Unterstützung kundtun damit.

Hier ist ganz klar geschrieben, wer Förderungsempfängerin und Förderungsempfänger sein können, die Förderungsvoraussetzungen. Alles, was ich hier lese an den möglichen Zuwendungen des Landes, an Familien, die zusätzliche Betreuungskosten haben, wären durch diese Richtlinie bereits abgedeckt. Man könnte darauf hinweisen und sagen, so soll das weitergeführt werden.

Aber die SPÖ möchte heute zu dieser Sache offensichtlich gar nicht diskutieren, weil sie stellt einfach einen Abänderungsantrag, der fast gleichlautend ist wie ein in der letzten Sitzung bereits beschlossener Antrag.

Dementsprechend solle die Landesregierung an die Bundesregierung herantreten - so etwas -, diese solle Betreuungskosten übernehmen und dann auch noch Mindestlohn und kommunales Investitionspaket und Millionärsbeitrag und Konzernsteuer, gerade dass nicht noch steht, und sie soll sich für das Gute gegen das Böse einsetzen.

Dieser Abänderungsantrag der SPÖ an den Landtag hat eine klare Botschaft an uns: Es ist uns wurscht, dass wir auf Landesebene hier diskutieren sollen, es ist uns wurscht, was Ihr anregt, was wir hier im Landtag miteinander diskutieren, wir richten uns immer an die Bundesregierung und im Land machen wir eh das, was wir wollen.

Oder wie es der Klubobmann der SPÖ in einem Fernsehinterview einmal über einen anderen Antrag sagte, er sagte, wir bringen das ein, und es wird so beschlossen werden, weil wir die Mehrheit haben.

Das ist für mich als Abgeordnete, die gerne hier diskutieren und dann sozusagen schauen möchte, wo kommt man in einer Diskussion miteinander weiter oder auch nicht, eigentlich eine sehr tragische Botschaft.

Weil, wie gesagt, über die meisten Punkte des SPÖ-Antrages sowieso schon mehrmals debattiert wurde und sogar schon hier etwas beschlossen wurde, will ich nur

auf einen Punkt eingehen, der bislang noch nicht vorkam, nämlich die letzte Forderung - das ist ja wirklich ein Kuddelmuddel an verschiedenen Themen und Forderungen im Abänderungsantrag der SPÖ -, im letzten Punkt gibt es die Forderung nach einem kommunalen Investitionspaket.

Nun. Das gibt es bereits. Diese Aufforderung müssen wir also gar nicht mehr beschließen. Es gibt von der Bundesregierung ein sogenanntes Gemeindepaket 2020. Da wird eine Milliarde Euro für Investitionen vor Ort bereitgestellt und das ist sozusagen ein Erfolg der GRÜNEN in der Regierung - und das mit einer sehr starken Klimaschutzkomponente.

Die Bundesregierung weiß, dass in der aktuellen Situation in den Gemeinden mit einem großen Einnahmenentfall und dem Aussetzen beziehungsweise Verschieben von Investitionsprojekten zu rechnen ist. Die Bundesregierung investiert daher eine Milliarde Euro in die Wirtschaft vorort.

Wenn sich die SPÖ hier immer nur an den Bund und an die Bundesregierung wenden möchte, ist es klar, dass ich hier deswegen auch zu referieren habe, was denn dort bereits passiert. Die Investitionen schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Und als GRÜNE freue ich mich natürlich, dass bei der Gestaltung der Förderzwecke die Orientierung an Klimaschutzmaßnahmen großgeschrieben wird.

So sollen mindestens 20 Prozent der Mittel dieses Investitionspaketes, das die SPÖ hier beschließt, die Forderung beschließen möchte, die eh schon längst im Bund in die Wege geleitet ist, sollen mindestens 20 Prozent der Mittel in ausdrücklich ökologische Maßnahmen fließen.

Beispiele. Was können die Gemeinden hier alles beantragen? Was sind förderwürdige Projekte? Die Instandhaltung, die Sanierung, insbesondere auch thermisch, energetische Sanierung oder der Umstieg von fossilen auf erneuerbaren Energieträgern, der Neubau von Gebäuden im Eigentum der Gemeinde, sofern diese nach klimaaktiv SILBER-Standard errichtet werden.

Oder der Neubau oder die Sanierung von Kindergarteneinrichtungen, Schulen, Seniorenbetreuungseinrichtungen, Sportstätten, die BürgermeisterInnen werden sicher jubeln, was hier möglich ist.

Dann, Maßnahmen zur Energieeinsparung und Errichtung von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen, zum Beispiel die Ladeinfrastruktur oder Photovoltaikanlagen, Immobilität und so weiter. Auch die Umrüstung auf eine hocheffiziente Straßenbeleuchtung kann man sich durch dieses Investitionspaket fördern lassen.

Ebenso Anlagen zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft, etwa Abfallentsorgungsanlagen und die Einrichtung zur Abfallvermeidung, Investitionen in den lokalen öffentlichen Verkehr, Instandsetzungen und Sanierungen von Bauwerken, auch Kirchen, Museen und andere Kultureinrichtungen in den Ortskernen. Jede Gemeinde im Burgenland kann sich eine Unterstützung holen.

Der Bund übernimmt dann 50 Prozent der Kosten für die Projekte, die im Zeitraum 1. Juni 2020 bis 31. Dezember 2021 begonnen werden oder bereits ab 1. Juni 2019 begonnen wurden und wo die Finanzierung aufgrund der Mindereinnahmen als Folge der Corona-Krise nicht mehr möglich ist.

Die Bundesregierung hat damit bereits ein Kommunalinvestitionspaket in der Höhe von - wie gesagt - einer Milliarde Euro auf den Weg gebracht. Wir brauchen hier nicht mehr zu beschließen, dass sie das machen soll.

Durch dieses Paket, kombiniert mit den Klimaschutzmaßnahmen, die noch zusätzlich vom Klimaministerium geboten werden, gelingt es, hoffentlich, aber das ist das Ziel, dann wird es gelingen, zwei Krisen auf einmal zu bekämpfen: Die Corona-Krise und deren Folgen sowie die Klimakrise.

Ihr „Kraut und Rüben-Gemurks“ und überhaupt Abänderungsantrag bringt daher nichts, gar nichts, was nicht eh schon irgendwo im Landtag, im Nationalrat, beschlossen wurde oder von der Bundesregierung sogar schon in die Wege geleitet wurde. Er bringt natürlich eine Bühne dafür, dass Sie das machen können, was Sie so gerne tun, obwohl Sie hier die absolute Mehrheit im Land haben und im Land viel gestalten könnten, wollen Sie vor allem hier Oppositionspartei gegen die Bundesregierung spielen.

Das können Sie tun. Das macht Ihnen sicher Spaß. Sie holen sich diese Bühne durch diese Anträge. Das ist Ihr parlamentarisches Recht, das macht den Abänderungsantrag inhaltlich nicht sinnvoller.

Wir werden ihm nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächste Rednerin ist die Frau Landtagsabgeordnete DI Julia Wagentristl zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuseher! Ja, es stimmt, wir können ein wenig aufatmen. Aufgrund der Lockerungen, aufgrund der Reisefreiheit und auch aufgrund der Tatsache, dass die Infiziertenzahlen im Burgenland stark zurückgehen. Das freut uns natürlich.

Aber wir wollen natürlich auch kein Risiko eingehen. Daher, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Zuseher via Live-Stream, Sie können sehen, die heutige Sitzung findet erneut mit Mindestabstand und leider auch ohne Besucherinnen und Besucher statt.

Inhaltlich arbeiten wir heute unter anderem an der Abfederung der Negativfolgen der Pandemie für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Ganz besonders betroffen von den Auswirkungen der Corona-Krise sind natürlich auch viele Familien. Neben der Mehrbelastung durch Homeschooling und durch Kinderbetreuung kommen natürlich auch finanzielle Schwierigkeiten dazu.

Um nun die Eltern finanziell zu entlasten, verzichtet der Bund seit April auf die Einhebung von Beiträgen für ganztägige Schulformen beziehungsweise für Internatsschüler, die die Leistung nicht in Anspruch nehmen können. Danke also dafür!

Der Pflichtschulbereich im Burgenland fällt in die Zuständigkeit des Landes - das wissen wir alle - und nicht in die des Bundes.

Wir als Volkspartei Burgenland sind daher der Ansicht, dass diese Form der Unterstützung auch für burgenländische Pflichtschüler übernommen werden soll. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es gibt aber auch viele Eltern, die die Betreuung ihrer Kinder in Anspruch nehmen müssen, unter anderem weil sie in systemrelevanten Berufen arbeiten oder auch zur Aufrechterhaltung des Systems beitragen.

Danke an alle, die den Laden am Laufen halten! Als Zeichen der Wertschätzung fordern wir als Volkspartei, dass die Betreuungskosten in der Krisenzeit für alle Pflichtschüler entfallen sollen. Also auch für jene, die die Betreuung in Anspruch nehmen.

Es ist wichtig, liebe Frau Landesrätin, dass es hier eine landeseinheitliche Lösung gibt und diese Form der Unterstützung vom Land übernommen wird. Das Land soll daher einerseits die Betreuungskosten für die Eltern übernehmen, die die Betreuung ihrer Kinder während der Krisenzeit benötigen, und andererseits soll das Land Burgenland den Gemeinden die fehlenden Beiträge für die nicht beanspruchte Betreuung ersetzen.

Wir haben als Volkspartei Burgenland ja auch ein 100-Millionen-Startpaket für die Burgenländerinnen und Burgenländer vorgeschlagen, denn wir brauchen jetzt rasche Hilfe, damit wir gut durch die Krise kommen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Leider versucht die SPÖ-Regierung in vielen Bereichen, unter anderem auch im Bildungsbereich, die Verantwortung der eigenen Versäumnisse auf den Bund abzuschieben, anstatt hier eigene Initiativen zu zeigen.

Daher frage ich mich, wenn doch das Land für die Pflichtschulen zuständig ist, warum wollen wir das Thema schon wieder auf den Bund abschieben?

Also wenn Dinge in unserer Kompetenz liegen, dann könnten wir doch diese behandeln! *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Weil wir es schon des Öfteren heute gehört haben, wieder diese bekannte Floskel, wer soll das bezahlen? Hätten wir die 110 Millionen aus dem Wohnbau, plus die zehn Millionen aus dem Kulturbereich nicht irgendwo am Weg verloren, dann könnten wir uns jetzt selbst aus dieser Krise helfen.

Die SPÖ zeigt leider hier absolut keine Lösungskompetenz, und wir als Volkspartei Burgenland sind streng dagegen, bei diesem Spielchen den Ball hin und her zu schupfen und mitzuspielen und lehnen daher den SPÖ-Abänderer ab und somit auch die Übertragung der Verantwortung der Burgenländischen Landesregierung auf den Bund.

Wir bringen dazu auch noch einen Abänderungsantrag ein, den ich danach auch noch verlesen werde. Aber lassen Sie mich ganz kurz auch noch einige Anmerkungen zum System Schule im Allgemeinen und der aktuellen Krise machen. Wie Sie alle wissen, ist das System Schule zu Beginn der Pandemie vor einer riesigen Herausforderung gestanden. Und viele von Ihnen, von Euch, waren direkt oder indirekt vom Homeschooling betroffen.

Wer hätte denn gedacht, dass quasi über Nacht auf E-Learning oder auf Distance Learning umgestellt werden kann? Videokonferenzen mit dem Mathelehrer waren vor ein paar Monaten noch undenkbar. Den Verantwortlichen ist es aber sehr rasch gelungen, auf die Rahmenbedingungen zu reagieren und den Unterricht dennoch sicherzustellen.

Das zeigte sich auch vor kurzem erst bei der Durchführung der Matura, und an dieser Stelle möchte ich allen Absolventinnen und Absolventen recht herzlich gratulieren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es ist uns also gelungen, den Unterricht auch in den Wochen des Lockdowns aufrecht zu erhalten. Mitverantwortlich waren natürlich die Pädagoginnen und Pädagogen, aber auch die modernen, digitalen Kommunikationsmittel, die den Kontakt zwischen Schülern und Lehrern nicht abreißen ließen. Jetzt wäre, meiner Meinung nach, Frau Landesrätin, auch der Zeitpunkt, wo wir vielleicht aus der Erfahrung der Corona-Krise lernen könnten.

Wir könnten die Erfahrungen reflektieren, denn ich verstehe die Schule als eine lernende Institution, wo wir die Erkenntnisse, egal ob positiv oder negativ, der vergangenen Wochen analysieren können und Lehren für die Zukunft ziehen könnten. Im Bereich des E-Learnings beispielsweise könnten wir Schwerpunkte setzen. Wir könnten

im Bereich der Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer neue Schwerpunkte setzen. Und hier braucht es ein echtes Zukunftspaket.

Ich darf also abschließen mit einem Dank. Zum einen ein Danke an die Eltern, zum anderen ein Danke an die Pädagoginnen und Pädagogen und auch ein Danke an alle Schüler.

Aber in Wirklichkeit an alle, die in dieser Zeit einfach Großartiges geleistet haben, und vor allem ein Danke für die vorbildliche Disziplin, sei es beim Lernen von Zuhause aus oder bei der tagtäglichen Arbeit oder beim Umsetzen der Maßnahmen.

Jetzt gebe ich auch noch den Abänderungsantrag ab. Davor darf ich ihn noch verlesen. Also der Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einerseits die Betreuungskosten für die Eltern zu übernehmen, die Betreuung für ihre Kinder während der Krisenzeit benötigen, und andererseits soll das Land den Gemeinden die fehlenden Beiträge für die nicht beanspruchte Betreuung ersetzen.

Also bleiben Sie gesund. Vielen Dank. *(Die Abgeordnete übergibt der Präsidentin den Abänderungsantrag.)*

**Präsidentin Verena Dunst** *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Frau Abgeordnete. Wir prüfen den Abänderungsantrag, einen Moment bitte. Ja, gehörig unterstützt und wird natürlich in die Verhandlung mitaufgenommen.

Als nächster Rednerin darf ich der Frau Abgeordneten Doris Prohaska das Wort erteilen.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Doris Prohaska** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Petrik, einen einzigen Satz ist mir Ihre Rede wert.

Wahrscheinlich bin ich zu dumm, dass ich es verstehe, wie das Kommunalpaket des Bundes, das klimaschützende Maßnahmen fördert, Geld bringt für Personal, das in der Nachmittagsbetreuung bezahlt werden muss. Das verstehe ich nicht und damit bin ich schon am Ende. *(Beifall bei der SPÖ)*

Es geht im vorliegenden Antrag darum, wir haben es schon gehört, um Nachmittagsbetreuung, die nicht stattgefunden hat, weil es keinen Unterricht gegeben hat oder für diese Kinder, deren Eltern in systemrelevanten Berufen tätig waren.

Stimmt ganz genau, wir haben in unserem Antrag gefordert, dass der Bund tätig sein muss, denn im Antrag der ÖVP steht, für die Bundesschulen hat der Bund das bezahlt.

Das tut mir als Pädagogin und als Mutter im Herzen weh, dass wir im Burgenland einen Unterschied bei den Kindern zwischen zehn und 14 Jahren machen, denn die, die eine Mittelschule besuchen, sind Pflichtschüler, sprich Landesschüler. Alle, die ins Gymnasium gehen, sind Bundesschüler.

Das heißt, das sind die besseren Schüler, für die zahlt der Bund die Nachmittagsbetreuung und für die anderen ist das Land zuständig.

Dann, unser Lieblingsminister Bildungsminister - dann erzählt er uns, Laptops für alle Schüler in Bundesschulen, wieder nur für die in den Bundeschulen, für alle anderen ist das Land zuständig. *(Abg. Markus Ulram: Das ist ja auch so.)*

Abgesehen davon, dass diese Laptops - zwei Wochen nach Beginn der Krise ist man draufgekommen, dass man sie braucht - bei den Schülern angekommen sind am Freitag, bevor am Montag wieder die Schule aufgesperrt hat - das ist auch ein bisserl ungeschickt.

Und außerdem, das kann nicht sein, dass so viel Geld, natürlich bei 102.000 Euro Bundesbudget wäre es nicht stemmbar, dass der Bund das bezahlt, aber bei 102 Milliarden denke ich, muss das drinnen sein, dass der Bund diese Nachmittagsbetreuungskosten übernehmen kann, denn das, was wir als Ferienförderung übernehmen, niemand kann was dafür, dass Corona war, aber wir können jetzt nicht die normalen Ferien und das Geld der normalen Ferienzeit ausdehnen auf viel, viel mehr.

In der dritten Klasse ist im GW-Unterricht, in Wirtschaftskunde, das Thema Geldwesen und da haben die Kinder einmal gefragt: Wer zahlt die Lehrer, wer zahlt die Krankenschwestern, die Polizisten und so weiter? Ich habe ihnen erklärt, mit Steuern.

Dann habe ich ihnen erklärt, mit Steuern. Dann haben sie gesagt und warum drucken wir nicht Geld, soviel wie wir brauchen?

Vielleicht wünschen sich das jetzt einige. Das funktioniert so aber nicht!

Und wenn jetzt gefordert wird, das Geld vom Land zu nehmen, wir wissen es ganz genau, die Ertragsanteile des Landes werden jetzt in der Corona-Krise immer weniger, daher auch die Ertragsanteile der … *(Abg. Markus Ulram: Für die Gemeinden auch. Wir haben aber unsere Aufgaben.)* - bin eh so weit, nur nicht so schnell -, daher auch die Ertragsanteile der Gemeinden.

Die Gemeinden müssen sich vielleicht sogar noch einen Kredit aufnehmen, mit dem immer weniger werdenden Geld müssen sie dann auch noch diesen Kredit zurückzahlen, und wenn Sie jetzt fordern, dass das Land das bezahlen soll, dann kann man das Geld nur im Kreis rundherumschicken.

Das heißt, das fehlt woanders. Wir wissen, die Gemeinden investieren irrsinnig viel, sie sind große Auftraggeber. Das heißt, wir zerstören ja wieder Arbeitsplätze, wenn wir das Geld jetzt vom Land holen. Wir brauchen ganz einfach frisches Geld!

Und wo gibt es frisches Geld? Ganz einfach dort nicht, bei den hart arbeitenden Menschen, sondern bei den Millionären, wo nicht die Leute sind, die hart arbeiten, sondern das Geld arbeitet hart und vermehrt sich und vermehrt sich und vermehrt sich.

Ich habe heute auch gehört: Was können wir aus der Krise lernen?

Lernen ist für mich in dem Zusammenhang - ich sage es jetzt wirklich meiner Meinung nach - nicht das ganz richtige Wort. Ich würde sagen, welche Erkenntnisse können wir ziehen. Und da gibt es zum Beispiel etwas, was wir schon lange gefordert haben, was für etwaige, wo ich nicht hoffe, dass sie jemals kommen, solche Krisen, damit wir gewappnet sind, damit es nicht mehr dazu kommt, zu zusätzlichen Kosten für die Nachmittagsbetreuung, nämlich die echte Ganztagesschule, die verschränkte Form. Dass es möglich ist, haben die Kinder bewiesen.

Die Kinder haben ihre Aufgabe je nachdem, wann sie Lust und Laune gehabt haben in dieser Zeit, wie sie zu Hause waren, erledigt und das war manchmal am

Nachmittag, das war am Abend, das war am Vormittag, das war zu Mittag - geteilt durch Freizeitbereiche.

Dann würden Lehrer den ganzen Tag diese Arbeit übernehmen, aber nicht nur mit normalem Unterricht, sondern dann wären die Musikschullehrer eingebunden, dann wäre vielleicht so wie der Judolehrer oder der Ballettlehrer oder wer auch immer und die Lehrer werden alle vom Bund bezahlt und weil ich da heute vorher schon gehört habe, für private Universitäten zahlt das Land was.

Das Land zahlt auch die Lehrer für die Privatschulen im Land, Herr Kollege Ulram, falls Sie das nicht wissen. Wir haben Privatschulen im Land. *(Abg. Markus Ulram: Die Gemeinden zahlen die Schulbeiträge für die Privatschulen auch, oder? Und nicht das Land. Die Gemeinden!)*

Wir reden aber jetzt von dem vorher, was wir gesagt haben. Sie haben gesagt, das Land zahlt Stipendien für die Privatuni Krems. Das Land zahlt auch die Lehrer für Privatschulen. Wenn man den Schülern diese Kosten abverlangen würde, was der Lehrer in der Privatschule kostet, dann wäre das aber nicht leicht leistbar.

Aber in der Ganztagsschule heißt, es werden alle Freizeitmöglichkeiten während des ganzen Tages verteilt, die Kosten würden - die Lehrer werden vom Bund bezahlt -, würden übernommen werden. Es entfielen den Gemeinden keine zusätzlichen Kosten, es wäre keine zusätzliche Betreuung für die Eltern. Am Abend kommen die Kinder heim, es gibt Familienleben, es gibt keine schriftlichen Hausübungen mehr, mit einem Schlag wäre vieles erledigt und die Kinder haben bewiesen, dass es funktioniert.

Aber unser Herr Minister, unser Herr Minister Faßmann, wo ich wirklich ganz, ganz stark enttäuscht bin, wo ich bemerke, dass hinter der Bildung keine Lobby ist, weil damit kein Geld zu verdienen ist.

Die wird wirklich stiefkindmäßig behandelt. Da gibt es das Hygienehandbuch, damit ja nicht, weil kein Direktor, keine Direktorin möchte an der eigenen Schule ein kleines Ischgl, ein kleines Walsertal oder wie auch immer haben, halten sich brav an die Vorkehrungen.

Was hat der Herr Minister vorige Woche gesagt? Die Lehrer sollen das nicht so streng nehmen und sollen mit den Kindern nicht gar so ernst das nehmen! Wo soll sich jetzt der Pädagoge orientieren?

Die Pädagogen, die Kinder, die Eltern - wir brauchen Klarheit, wir brauchen Perspektiven, wir brauchen Orientierung. Dann ist für mich jetzt noch eines ganz wichtig, wir brauchen Orientierung. Wie schaut denn jetzt die Zukunft aus?

Ich höre immer nur Summer School, Summer School, Summer School - jetzt sind bald die Sommerferien, jetzt bin ich gespannt, wann der Herr Minister ganz genau herausgibt, welche Unterrichtsgegenstände unterrichtet werden, freiwillig, das ist klar, für die Kinder, die das brauchen für das nächste Schuljahr, ob da eh Englisch, Deutsch, Mathematik dabei ist, ob da eh alle Kinder dabei sein dürfen, ob das eh kostenlos ist, wo das veranstaltet wird, wer soll unterrichten, weil da habe ich jetzt schon von der Österreichischen Hochschülerschaft gehört, Lehramtsstudenten sollen unterrichten ohne Bezahlung, sondern mit ECTS-Punkten.

Dann sind Studenten, die finanzieren sich ihr Studium mit einem Job, den sie jetzt in der Krise vielleicht verloren haben und jetzt kriegen sie für den Job in den Ferien nicht mal Geld, wie sollen sie sich mit den ECTS-Punkten eine Milch und ein Brot kaufen und die Miete zahlen? Das muss mir auch jemand erklären, und das sind die Dinge, die die

Eltern für die Sommerferien jetzt belasten. Und deswegen - eines muss ich noch sagen zur Ganztagsschule:

Ich gehe davon aus, dass die ÖVP und die GRÜNEN das Regierungsprogramm der Bundesregierung kennen, weil dort steht das ganz genau drinnen - verstärkter Ausbau einer echten Ganztagesschule und der Betreuung und der Finanzierung und ich habe noch etwas gelesen, eine Studie des KDZ, wo drinnen steht, wenn es bundesgesetzliche Maßnahmen gibt, die auf Länder und Gemeinden wirksam sind, dann ist dafür Sorge zu tragen, dass sie auch finanziell abgesichert sind.

Das heißt, wir brauchen viel, viel mehr. Wir brauchen Geld, neues Geld, frisches Geld, und wir brauchen endlich in der Bildungspolitik jemanden, der weiß, was es heißt, bildungspolitische Maßnahmen voranzutreiben und umzusetzen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Meine Damen und Herren! Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst einmal lasse ich über den von der Frau Landtagsabgeordneten DI Wagentristl, BSc, Kolleginnen und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, wer diesem Abänderungsantrag zustimmen will, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Frau Landtagsabgeordneten DI Wagentristl, BSc, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit. Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Familien in der Covid-19-Krise ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**Dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen an Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 94) (Beilage 138)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Es erfolgt nun die Verhandlung der dringlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen an den Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, mit der Zahl 22 - 94, Beilage 138.

Ich erteile hierzu dem Herrn Landtagsabgeordnetem Klubobmann Ulram das Wort zur Begründung.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP):** Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Eine dringliche Anfrage bezeichnet das Wort „dringlich“ schon, zu einer Causa, wo wir vor kurzem einen Rechnungshofbericht erhalten haben, wo sehr viele Fragen offen sind, noch immer offen sind, wo die SPÖ-Alleinregierung noch nicht die Mühe wert gefunden hat, Licht ins Dunkel zu bringen.

Wo noch nicht gesagt worden ist, wie geht man mit diesem äußerst desaströsen Rechnungshofbericht um, mit diesen vielen Versäumnissen.

Zunächst einmal darf ich zu Beginn der heutigen Sitzung noch einmal kurz replizieren: Gestern beim Einbringen der dringlichen Anfrage hat es eine APA-Meldung gegeben, eine Aussage des Kollegen Hergovich, wo gesagt wurde, da geht es im Landtag nur um Show, da geht es eigentlich nur darum, dass man einen Wirbel schlagen kann hier im Hohen Haus, da geht es darum, dass man eigentlich einen Immobilienhai irgendwie vielleicht noch schützen möchte oder wie auch immer.

In der Vergangenheit sind Aussagen getätigt worden, dass man vielleicht sogar eigentlich den Brandstifter schützen möchte und nicht den Feuerwehrmann.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zuerst muss einmal die Frage geklärt werden: Wer ist der Feuerwehrmann?

Oder hat der Feuerwehrmann auch Versäumnisse gemacht in diesem Bereich und diese Versäumnisse laut Rechnungshofbericht - und das sind ja nicht die Aussagen der Volkspartei, der GRÜNEN oder der FPÖ, sondern der Rechnungshof hat diese Causa geprüft, die Aberkennung der Gemeinnützigkeit, und hat schwerste Mängel festgestellt.

Wenn heute zu Eingang in der Tagesordnung darüber zur Geschäftsordnung debattiert wird seitens der SPÖ über die Zulässigkeit der Fragen, dann frage ich mich als Allererstes, was ich heute schon einmal gesagt habe, ist das Misstrauen zur eigenen Parteifreundin, der Präsidentin, so groß, dass man nimmer zur Kenntnis nimmt, ob das richtig oder nicht richtig ist, wenn diese dringliche Anfrage zugelassen wird.

Dann erklären Sie mir, wenn an den Herrn Landeshauptmann als Finanzreferent, als Personalchef und als Chef der Internen Revision die Zuständigkeit nicht mehr gegeben sein soll, wenn es um die Neuaufrollung und Neubewertung des Aberkennungsverfahrens geht, wenn es um die gegenständliche Causa, um Abstimmungen, Besprechungen, Termine, sonstige Aufklärungen in dieser Causa geht.

Wenn es um die Neubewertung der Liegenschaft geht, wo man von 120 Millionen Euro spricht, ob es um die Interne Revision geht, ob es um die Anordnung von Erlässen, Büroordnungen, Regelungen betreffend die Aktenführung geht, wo ebenfalls für das Personal der Herr Landeshauptmann zuständig ist oder wo als oberste Instanz, als Chef der Landesregierung, es um eine Sitzverlegung von Genossenschaften in das Burgenland geht, wo die Aufsichtsbehörde das Land Burgenland ist.

Wenn diese Fragen nicht zulässig sind, bis hin, welche Konsequenzen der Herr Landeshauptmann als Chef des Personals, als Finanzchef und als Chef der Internen Revision nicht zuständig sein soll.

Das müssen Sie einmal den Burgenländerinnen und Burgenländern erklären und diese Show, die sie gestern anderen vorgeworfen haben, ist heute hier im Landtag zu Beginn der Sitzung schon passiert. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)*

Aber wenn wir zurück zum Start gehen, zum Rechnungshofbericht, der vor kurzem auf 118 Seiten den Parteien zugegangen ist, öffentlich abrufbar ist, und wenn man sich anschaut, dass auf fast jeder Seite ein Versäumnis dargelegt wird, wo fast auf jeder Seite Mängel festgestellt werden, wo fast auf jeder Seite gesprochen wird, es ist nicht nachvollziehbar, wie man zu diesem Schluss gekommen ist, so müssen ja nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch die Regierung mal hellhörig werden und sagen: Ja, wir wollen uns das anschauen, wir wollen das prüfen. Was ist da passiert?

Und da geht es nicht um eine Schmutzkübelkampagne oder um jemanden anzupatzen, ganz das Gegenteil ist der Fall. Ganz das Gegenteil ist es. Wo man den Herrn Landeshauptmann mit einer dringlichen Anfrage damit konfrontiert über diese

Vorgänge, die 2015 passiert sind, und wo man einfach wissen möchte, um mehr Licht ins Dunkel zu bringen, wie das ganze Verfahren abgewickelt worden ist.

Ohne den Redebeiträgen der Regierungsfraktion vorzugreifen, kann man, glaube ich, jetzt schon feststellen, da wird wieder hergegangen, Flucht nach vorne ergriffen und wird sagen, der Tojner war es, den haben wir angezeigt, wir haben den richtigen Schritt gemacht.

Ja, da hat es Ungereimtheiten gegeben, aber das wird die Staatsanwaltschaft, das werden die Gerichte klären.

Aber hier im Hohen Landtag, wo die höchste Kontrolle der Regierung der Landtag ist, mit dem Rechnungshof als Kontrollinstanz, haben wir die Aufgabe, auch die politische Verantwortlichkeit in dieser Causa zu klären, und das ist unsere Verantwortung als Landtag - unser aller Abgeordneten aller Fraktionen haben wir die Verpflichtung, Kontrolle auszuüben. Die erste und wesentlichste Frage ist, wer oder was hat das Land gehindert, in diesem Aberkennungsverfahren ein ordnungsgemäßes Verfahren durchzuführen?

Der Rechnungshofbericht zeigt sehr eindeutig, wie viele Fehler in diesem Aberkennungsverfahren gemacht worden sind. Und da stellen sich weitere, viele, viele Fragen.

Wenn heute das Land Oberösterreich dieses Verfahren nicht durchgeführt hat und schreibt dem Land Burgenland, warum sie das nicht gemacht hat, auf was man in diesem Verfahren alles aufpassen soll.

Dass der Revisionsverband an das Land ein Schreiben richtet, das vollkommen ignoriert wird, wo drinnen steht, man soll sich die Bilanz 2013 nochmals genauer anschauen. Wo hingewiesen wird auf stille Reserven. Wo hingewiesen wird auf eine Mängelliste, die seitenweise dargelegt wird.

Das wird ignoriert! Warum wird das ignoriert? Warum hat man hier keine Handlung gesetzt? Da hat man ja den Eindruck, dass man wie beim IKEA einfach hergeht, man sucht sich etwas aus, man bezahlt irgendeinen Preis dafür und man nimmt es ganz einfach mit. Dem Land Burgenland wurde dargelegt, 20 Liegenschaften mit 853 Wohnungen, mit einer Eigenbewertung der Genossenschaften, die haben gesagt, ja, das ist so und wir haben schon den Preis festgestellt, 28 Millionen ist er wert.

Dann hat es vom Land ein beauftragtes Gegengutachten gegeben, das diese Liegenschaften mit 32 Millionen bewertet und - noch dazu - man hat sich auch nichts dabei gedacht, als die Genossenschaft dann mitgeteilt hat, dem Land Burgenland in einem Schreiben, wir nehmen diesen kleinen Mehrbetrag der Bewertung dieser Wohnungen zur Kenntnis und auf das können wir uns einigen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, das ist noch nicht oft in der Republik in Österreich vorgekommen, dass eine Wohnbaugenossenschaft von sich aus selbst tätig wird und sagt, ich möchte ein Aberkennungsverfahren machen, damit mir die Gemeinnützigkeit entzogen wird, weil wir glauben, das schaffen wir nicht mehr.

Das war im Juni 2015. Im März sind sie in das Burgenland gekommen, im Juni war dieses Schreiben, und danach ist es Schlag auf Schlag gegangen. Dann hat sich noch der Herr Landeshauptmann außer Dienst Hans Nießl hergestellt, im Landtag, und hat in seiner Begründung - auch nachzulesen - gesagt, da ist alles korrekt abgelaufen, wir haben uns das angeschaut, das passt alles, es sind keine Fehler gemacht worden, es ist Deloitte beauftragt worden, es sind Rechtsanwälte beauftragt worden, immer wieder auch die gleichen.

Es kommt auch immer wieder die Rechtsanwaltskanzlei des Abgeordneten Kollegen Dax ins Spiel, wo große Aufträge in hunderttausende Euro vergeben werden, und dann bringt man auf einmal den gleichen Schluss und sagt, alles war in Ordnung.

Wenn heute die SPÖ in mehreren Pressemeldungen hergeht und von sich gibt, dass die Landesregierung auf einen Missstand aufmerksam gemacht worden ist, dann kann man das mit nichts so stehen lassen.

Die Landesregierung wurde von einem grünen Abgeordneten in Wien bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft angezeigt. Es hat keiner einen Hinweis gegeben. Die Landesregierung wurde angezeigt, und dann ist man tätig geworden! Dann hat man die Flucht nach vorne angetreten und hat den Herrn Tojner angezeigt.

Dazu stellt sich die nächste Frage. In diesem ganzen Aberkennungsverfahren von „Gesfö“ und „Riedenhof“, von diesen beiden Wohnbaugenossenschaften, es steht im ganzen Akt, sofern er da ist, kein Wort von einem Herrn Tojner drinnen. Kein Wort! Dieser Name kommt in diesen Akten nicht vor!

Warum hat man dann eigentlich diese Person angezeigt? Warum hat man nicht die handelnden Personen in diesem Vorstand angezeigt, in diesem Aberkennungsverfahren? Warum hat man die Sachverständigen nicht hinterfragt, wie sie zu dieser Bewertung gekommen sind? Wenn es heute klare Hinweise gibt, die dem Land auch zugegangen sind, dass es nicht 20 Liegenschaften sind, sondern über 50 Liegenschaften sind. Dass es nicht 853 Wohnungen sind, sondern weit über 1.500 Wohnungen sind.

In diesem Aberkennungsverfahren ist hergegangen worden und das kann man keiner Burgenländerin und keinem Burgenländer erklären, dass eine Wohnung nur 20.000 Euro wert ist, teilweise in besten Lagen in Wien. Heute weiß ein jeder, dass bei einer Genossenschaft, wenn er sich eine Wohnung nimmt, der Eigenmittelanteil doppelt so hoch ist, als das Land in Summe bekommen hat.

Und sich dann in der Vergangenheit, auf der Regierungsbank, das zuständige Regierungsmitglied sich hinstellt und sagt, aber wir haben ja 17 Millionen Euro bekommen und wir haben eigentlich einen gefunden, der uns das macht, dann muss man schon darüber nachdenken, was eigentlich dahintersteckt.

Weil wenn ich heute, wie ich vorher erwähnt habe, mir etwas aussuche, in dem Fall ein Bundesland, in Wien ist es nicht passiert, in OÖ, die haben gesagt, wir machen es auch nicht, dann ist man in das Burgenland gekommen, haben wir wen gefunden, der macht das.

Dann hat man ein Eigengutachten vorgelegt mit einer Summe, wo man gesagt hat, für uns wäre das okay. Dann hat es ein anderes Gutachten - vom Land beauftragt - gegeben, das geringfügig abgewichen ist, und hat gesagt, ja, das ist auch in Ordnung und dann ist man mit dieser Wohnung - bildlich gesprochen - gegangen und hat sie dann veräußert. Dann ist aber die Frage der politischen Zuständigkeit zu klären und warum in dieser Art und Weise so gearbeitet worden ist. Das kann man doch nicht auf eine Person fixieren!

Wenn heute in einer Gemeinde ein Bauverfahren gestartet wird, wird alles geprüft, was man dazu braucht und jeder Bürgermeister unterschreibt dann einen Baubescheid, der geprüft worden ist auf Herz und Nieren.

Wenn ich heute als Privatperson eine Wohnbauförderung beantrage, dann wird geprüft, steht mir die Wohnbauförderung zu, dann wird geprüft, ist das Bauwerk in Ordnung, dass mir die Wohnbauförderung auch zusteht. Habe ich nach den

Einkommensverhältnissen dementsprechend den Anspruch auf eine Wohnbauförderung? Da wird man sehr genau hergehen und ist man immer sehr genau hergegangen und hat das geprüft. Wo es um Millionenbeträge geht, sagt man, ja, man negiert ganz einfach Schreiben der Kollegen aus Oberösterreich, Schreiben des Revisionsverbandes, Schreiben von Sachverständigen, Beurteilungen von Rechtsanwälten und sagt, ja, machen wir trotzdem.

Diese Frage muss ganz einfach geklärt werden, warum und weshalb hier weggeschaut worden ist! Die Frage muss geklärt werden, man kann sich auch nicht der Verantwortung wegstehlen, weil das Land für die Wohnbaugenossenschaften, für die Gemeinnützigkeit, Aufsichtsbehörde ist. Weil das Land Verfahrensgestalter ist und weil das Land Burgenland Bescheiderlasser am Ende des Tages ist.

Jeder, der das in einem Verwaltungsverfahren sieht, weiß, dass in jeder Bezirkshauptmannschaft, in jeder Gemeinde, ein Verwaltungsverfahren penibelst genau abgewickelt wird. Ich gehe davon aus, dass auch in der Landesregierung das gemacht wird, aber warum es gerade in diesem Fall nicht gemacht wird, das ist zu klären.

Wir wollen niemanden anschwärzen, anpatzen oder sonst irgendetwas tun, sondern eigentlich nur hergehen und wissen, warum das so passiert ist.

Der Herr Landeshauptmann war damals, zu diesem Zeitpunkt, nicht Regierungsmitglied. Aber was hindert heute die SPÖ-Alleinregierung, das zu untersuchen? Bis jetzt ist immer nur gesagt worden, nur der Tojner ist der Schuldige. Was in diesem ganzen Verfahren alles passiert ist und wie schlecht gearbeitet worden ist, wie missbräuchlich man möglicherweise mit Dingen umgegangen ist, mit Informationen. Dass man das vorbei, auf die Seite geschoben hat, das muss ebenfalls geklärt werden.

Und nichts Anderes wollen wir als Opposition, dass in dieser Causa Licht ins Dunkel kommt. Dass in dieser Causa Aufklärung betrieben wird, nicht nur über die Gerichte, über die Staatsanwaltschaft, wo es die Immobiliengesellschafter damals anbelangt und die das weiterverwertet haben, sondern vor allem die Rolle des Landes.

Wenn ein Schaden von möglichen 120 Millionen Euro entstanden ist und heute den ganzen Tag darüber diskutiert wird im Hohen Landtag, für was wir nicht Gelder brauchen, damit wir Vereine, Arbeitnehmer, Wirtschaft und andere unterstützen können, so haben wir das Geld eigentlich auf dem Weg verloren. Und das kann man so in dieser Art und Weise nicht stehen lassen.

Und da wollen wir penibelste Aufklärung, eine schonungslose Aufklärung, das ist ein Wohnbauskandal, den es so in dieser Art und Weise in Österreich noch nicht gegeben hat.

Hier muss Aufklärung betrieben werden - mit 100-prozentiger Vehemenz dahinter. Wer sind die Verantwortlichen, wer hat nachlässig gehandelt und wer hat in diesem Verfahren Schlampigkeit an den Tag gelegt? Wer hat negiert, wo sind Unterschriftsermächtigungen hergekommen, wer hat diese vergeben, wer ist dafür verantwortlich?

Diese Fragen wollen wir geklärt haben und darum haben wir heute einen ersten Schritt dahin gesetzt, eine dringliche Anfrage aus unserer Sicht an das zuständige Regierungsmitglied, an den Finanzlandesrat des Burgenland, an den Zuständigen für das Personal und als zuständiges Regierungsmitglied für die Interne Revision.

Ich bin überzeugt davon, dass die Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien das ähnlich sehen, aber nicht als Opposition, sondern als

Überzeugung, dass hier vieles im Argen liegt und vieles aufgeklärt gehört. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und beim Abg. MMag. Alexander Petschnig)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Die Begründung ist somit erfolgt.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil das Wort zur Abgabe seiner Stellungnahme gemäß § 30 Abs. 3 GeOLT.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abgeordneter Ulram! Ich habe zu Beginn zwei, drei grundsätzliche Bemerkungen zum System der Wohnbaugenossenschaften.

Das System der Wohnbaugenossenschaften wird bundesgesetzlich vorgegeben. Das Wohnbaugenossenschaftsgesetz ist ein Bundesgesetz und dieses Bundesgesetz, wie Wohnbaugenossenschaften organisiert werden, wie sie organisiert sind, welche Kosten sie umlegen dürfen, wie sie Mieten festlegen dürfen, das ist eigentlich der größte Bauskandal der Zweiten Republik.

Weil durch dieses Wohnbaugenossenschaftsgesetz werden die Mieter geschröpft, durch dieses Wohnbaugenossenschaftsgesetz zahlt jeder mehr an Miete, zahlt jeder mehr in das System ein, als die Wohnungen tatsächlich kosten.

Wenn Sie der Retter dieser Systematik sind, dann fordern Sie die ÖVP auf Bundesebene auf, eine Gesetzesinitiative zu machen im Sinne der Mieterinnen und Mieter in den Wohnbaugenossenschaften. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der zweite Aspekt - die Diskussion, die ganze Diskussion über die Zuständigkeit ist in Wirklichkeit, ich sage es auch ganz offen, ist eine Kindergartendiskussion. Wenn man heute argumentiert, dass ich für die Finanzen zuständig bin, was richtig ist, für das Personal, für Interne Revision, dann können wir alle vier weiteren Regierungsmitglieder nach Hause schicken, weil dann könnt Ihr alle dringlichen Anfragen, die das Land betrifft, an mich richten. *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist eh gut.)*

In der gesamten Verwaltung hast du einen Finanzkonnex. In der gesamten Verwaltung und Zuständigkeit hast du einen Personalkonnex. In der gesamten Verwaltung, dort, wo was aufzuklären ist, hast du einen Konnex zur Revision.

Dieses Argument, das politische Argument, das richtet man sich her, enttäuschend ist nur, dass man das Parlament, den Landtag, für solche politische Zwecke missbraucht.

Ich sage aber ganz klar, ich habe nichts zu verheimlichen. Dafür habe ich auch klar gesagt, bitte lassen wir diese Diskussion, ich hätte mich heute sowieso gemeldet, weil mir genau diese Causa ein Anliegen ist. Der dritte Aspekt grundsätzlicher Natur - 2012 glaube ich, war es, da ist die Pannonia, der Pannonia die Gemeinnützigkeit aberkannt worden. Übrigens unter Beteiligung der ÖVP-Regierung. *(Abg. Markus Ulram: Wer war zuständig?)* Da war die ÖVP dabei. Sind das Christkindln, die in der Regierung dasitzen?

Schaut sich keiner einen Akt an? Oder sitzen wir nur so drinnen, weil wir die Hand heben? *(Abg. Markus Ulram: Das heißt, jeder sieht den Akt.)* Die ÖVP-Regierung, - natürlich, na bitte, die ÖVP-Regierung ist dabei gewesen, *(Abg. Markus Ulram: Wichtiges Detail.)* Pannonia ist aberkannt worden. 2015 war es in der gleichen Konstellation, Gesfö, Riedenhof, *(Abg. Markus Ulram: Ganz wichtiges Detail.)* mit FPÖ-Regierung, das gleiche Thema. Jetzt Jänner 2019, hat es eine umfangreiche Stellungnahme, eine Sachverhaltsdarstellung, an die Staatsanwaltschaft gegeben.

Jetzt haben wir Mitte des Jahres 2020 und jetzt kommt plötzlich die Opposition drauf – Dringlichkeit. Jetzt haben wir eine Dringlichkeit plötzlich. Die ganzen Causen dumpeln schon seit 2012 durch die Gegend. *(Abg. Markus Ulram: Rechnungshofbericht.)* Jetzt kommt man drauf, dringlich ist man unterwegs.

Die ÖVP war auch beteiligt 2012 bei der Aberkennung. *(Abg. Markus Ulram: Zum Rechnungshofbericht, Herr Landeshauptmann.) Je*tzt plötzlich, jetzt merken Sie plötzlich, jetzt sind wir dringlich unterwegs. Also das ist schon sehr bedenklich.

Der dritte Punkt, der letzte Punkt zur Causa selbst. Ich habe es schon anklingen lassen, damit man das wirklich auch skizziert. Weil die Gesamtsituation, und da muss ich mich ein bisschen hinter die Verwaltung stellen, die Gesamtsituation ist schon jene, dass unsere Wohnbauförderungsabteilung, das muss man offen sagen, einem Betrug aufgesessen ist.

Man kann ja nicht sagen, da ist jetzt, da ist jetzt etwas passiert, da hat man nicht aufgepasst, sondern da hat es einen bewusst organisierten Betrug gegeben. Zumindest rechtfertigt das auch der Verdacht der Strafanzeige, zumindest sieht es auch die Korruptionsstaatsanwaltschaft so.

Nicht umsonst hat es bei Tojner, bei den gesamten Unternehmungen, Hausdurchsuchungen gegeben. Nicht umsonst hat es umfassende TÜs gegeben, Telefonüberwachungen. Nicht umsonst sind halbe Liegenschaften sichergestellt worden, nicht umsonst erwarten wir noch in diesem Jahr eine Anklage.

Also wenn heute ein Beamter, der seine Arbeit erledigt, und da kann man diskutieren darüber, was hätte er noch zusätzlich machen sollen, oder was wäre notwendig gewesen, aber wenn er jedes Mal den Grundverdacht haben muss, wenn sogar Finanzberater des Landes in dieser Causa Gutachten abgeben, dass er betrogen wird, oder dass er den Verdacht hat, dass er betrogen wird, dann passt die öffentliche Verwaltung nicht mehr.

Unter diesem Aspekt, muss man schon das auch beurteilen, das ist ein Kriminalfall. Und wir arbeiten den Kriminalfall ab. Wie gesagt, ich komme auch zur GRÜNEN Fraktion, das ist richtig, man muss sich einmal folgende Situation vorstellen:

2012 die erste Aberkennung Pannonia. Dann hat das Land ja 2013 erkannt und nachgedacht, das passt nicht ganz, da stimmt etwas nicht. Das haben sie nämlich da nicht gesagt. Darauf geht der Rechnungshof aber auch nicht großartig ein. 2013 hat das Land Burgenland bereits eine Anzeige gemacht zu Pannonia bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt, die hat das weitergeleitet an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Dort ist es eingestellt worden, die Causa Pannonia, die jetzt wieder dringlich am Tisch liegt. Die Gerichte haben bereits gesagt, nein, eingestellt.

Dann kommt plötzlich 2018 der Brief vom GRÜNEN, ich weiß nicht, ist er Klubobmann oder Klubdirektor, was auch immer, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Klubobmann Ellensohn.)* Ellensohn. Zu der Causa komme ich auch noch ganz kurz dann zum Ende meiner Ausführung.

Dort sind Details enthalten, in diesem anonymen Schreiben oder diesem Schreiben, in der Anzeige gegen die Regierung. Das ist auch nicht gesagt worden, das sagt auch keiner in der Rede. Weil, ich erwarte mir schon von den Abgeordneten, dass man bei den Fakten bleibt, wenn man da ernsthaft mit ihnen diskutiert.

Diese Anzeige des Abgeordneten Ellensohn ist vom Gericht wegen fehlenden Tatverdachts nicht einmal aufgegriffen geworden. Da hat es vom Landesgericht

Eisenstadt nicht einmal einen Ermittlungsschritt gegeben. Das ist gar nicht so weit gekommen, dass man die Frage stellt, Anklage oder Einstellung?

Da hat der Staatsanwalt von Haus aus gleich gesagt, auch ihr beide werdet angezeigt, von Haus aus gleich gesagt, das hat kein Substrat, da gibt es keinen hinreichenden Tatverdacht. Wir ermitteln gar nicht. Das hat da aber noch keiner gesagt.

Das hat auch der Rechnungshof nicht erzählt. Das sagt niemand. Diese Informationen, die weitergetragen wurden, vom Abgeordneten Ellensohn, wenn man sich das durchliest, wissen Sie was das ist? Das ist Insiderinformation. Wie kommt der Abgeordnete Ellensohn zu einer solchen Insiderinformation? Darauf komme ich noch am Ende meiner Ausführungen.

Dass dann natürlich, wenn man solche Insiderinformationen bekommt, die Alarmglocken läuten. Dass man dann trotzdem noch, und da war ich dann persönlich dabei, trotzdem man noch von den Beratern darauf hingewiesen wird, na ja, vielleicht war das nicht so und das passt schon so und da hat es vielleicht wertsteigernde Arbeitsleistungen gegeben oder sonstiges.

Nein, wir sind dann hergegangen und haben gesagt, so jetzt wird die Causa komplett aufgerollt, und das war 2018. 2019, im Jänner, ist die Anzeige gemacht worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, die Korruptionsstaatsanwaltschaft, seit diesem Zeitpunkt.

Der Rechnungshof ist nicht einmal mit der Staatsanwaltschaft in Kontakt getreten. Der weiß nicht einmal, was die ermittelt haben. Der kann ja das gar nicht beurteilen. Der Rechnungshof behauptet, das muss man sich einmal vorstellen, in seinem Prüfbericht, dass wir keine Kopie der Aktenübermittlung im Amt haben. Das ist falsch! Das ist nachweislich falsch.

Wir haben die Aktenkopien im Amt. Jetzt frage ich mich, was hat der Rechnungshof für eine Intention? Ich werde das auch schriftlich beantworten, dann kann man das nachlesen und man kann es auch dem Rechnungshof schicken. *(Abg. Markus Ulram: Eine Akteneinsicht ist nicht gestattet worden, weil sie gar nicht da waren.)* Das ist etwas Anderes.

Was hat der Rechnungshof - ich rede vom Rechnungshof. Der Abgeordnete ist nicht der Rechnungshof. Was hat der Rechnungshof für eine Intention dem Land gegenüber, in einem Prüfbericht zu behaupten, wir hätten die Akten nicht kopiert und wir hätten die Akten nicht bei uns? Wir haben sie.

Da muss ich schon schön langsam daran zweifeln an der Ernsthaftigkeit und der Intention des Rechnungshofes. Wieso macht er so was? Wieso tut er das? Ich weiß es nicht. Jedenfalls ist die Behauptung im Rechnungshofbericht, dass wir keine Aktenkopien im Land haben, falsch.

Das sage ich klipp und klar und das soll der Rechnungshof, wenn er sonst auch immer so penibel genau ist, da soll er seine Aussage diesbezüglich korrigieren. Jetzt komme ich zum letzten Punkt. Wie gesagt, die Anfrage wird natürlich schriftlich auch genau beantwortet, keine Frage, ist eine wichtige Sache. Ich weiß nicht, wer von Ihnen heute den „Kurier“-Artikel gelesen hat. Thomas Orovits zur Causa Oppositionsarbeit, zur Causa Tojner, das war der beste „Kurier“-Artikel, den ich seit langem gelesen habe. Das war der beste „Kurier“-Artikel.

jetzt sage ich Euch was. Sich da herzustellen, Aufklärung zu fordern, tut es bitte! Na wer ist denn da die Opposition im Haus? Na macht doch endlich diesen Untersuchungsausschuss! Das ist doch das Beste, was uns passieren kann. Macht den

Untersuchungsausschuss. Ihr redet immer nur groß von Aufklärung und dann macht Ihr es aber nicht. Dann bitte beruft den Untersuchungsausschuss ein. Ich sage Euch heute schon, was dann passieren wird.

Richtung GRÜNE Fraktion - da gibt es in Wien, und das ist auch wichtig für das burgenländische Verfahren, weil Pannnonia bedeutet Heumarktprojekt. Das Heumarktprojekt ist in der Pannonia drinnen.

Dann wollen wir im Untersuchungsausschuss ganz genau wissen, wer hat wann welche Widmung wem zugesagt, um auch den Wert festzustellen? Dann wollen wir ganz genau wissen, was gibt es in Wien bei den GRÜNEN für interne Querelen?

Was hat dort der Chorherr für eine Rolle übernommen, der plötzlich einen Verein hat, S2arch – das heißt Chance. *(Abg. Mag. Regina Petrik: Nicht plötzlich. Bei der Wahrheit bleiben, nicht plötzlich.)* Einen Verein hat, wo Benko einzahlt, wo Tojner dabei ist, wo es ein Gerichtsverfahren bereits gibt, wo es Beschuldigte gibt. Da gibt es überall Fragen an die GRÜNE Klubobfrau.

Gibt es da Zusagen, für Widmungszusagen beim Heumarktprojekt? Warum zahlt ein René Benko, warum? Das muss sich einmal fragen? Warum zahlt heute ein René Benko an diesen Verein von Christoph Chorherr? Man muss natürlich dazu sagen, Christoph Chorherr ist der Planungsverantwortliche der GRÜNEN, der Raumplanungsverantwortliche der GRÜNEN. Das sind alles Immobilieninvestoren Benko, Tojner, alle wie sie heißen, aber da gibt es ein Gerichtsverfahren dazu. Aber die Frage ist, warum zahlen die beim Christoph Chorherr-Verein ein? Warum zahlt der ein? Weil es lustig ist? Weil die Sonne scheint? Na sicher nicht.

Ich meine, sind wir uns doch ehrlich, wir sind alle gelernte Österreicher, da gibt es natürlich einen Konnex. Diesen Konnex, den kann man dann im Untersuchungsausschuss ganz genau aufarbeiten. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Gut.)*

Da bin ich schon neugierig, was die Kollegin Petrik den lieben Kollegen Christoph Chorherr fragt, oder wie er heißt, was er bekommen hat? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Gerne.)* Wie der Verein hier organisiert ist?

Weil es ist nämlich wichtig, weil diese Widmungszusagen ganz bedeutend sind für die Frage, wie hoch war der Schaden? Wann wird abgerechnet, zu welchem Zeitpunkt? Das zum einem.

Zum Zweiten: Ich sage auch, warum Sie keinen Untersuchungsausschuss wollen. Die letzten eineinhalb Jahre, die letzten zwei Jahre, wo ich jetzt befasst war mit dieser Causa, was glaubt Ihr, wer mir am meisten die Tür eingelaufen hat? Ranghöchste ÖVP-Funktionäre, Bundesfunktionäre, die sich ganz intensiv auf die Seite von Tojner geschlagen haben. Die so Partei ergriffen haben von Tojner. *(Abg. Johann Tschürtz: Ach so.)* Die mich fast an den Rand des Amtsmissbrauchs gebracht haben. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Warum zeigen Sie die dann nicht an?)* Die Vertreter waren des Tojner. *(Zwischenruf aus den Reihen der Abgeordneten: Wer?)* Das kann ich da nicht ausführen, wir sind in keiner Gerichtsverhandlung. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Amtsmissbrauch, das ist ein Strafdelikt, das müssen Sie anzeigen.)*

Aber in einem wahrheitspflichtigen, am Rande, habe ich gesagt, am Rande, in einem wahrheitspflichtigen Untersuchungsausschuss wird dieser ranghohe ÖVP-Abgeordnete dasitzen, ehemaliger, wird da sitzen müssen und dann wird er Auskunft geben, was wann, zu welchem Zeitpunkt, warum, angeboten wurde.

Wie er geglaubt hat, wie kann man das Verfahren erschlagen. Das gibt es dort auch, das Verfahren erschlagen. Das hat sich offensichtlich sehr tief manifestiert. Gott sei Dank, auch eine Gratulation an die GRÜNE Ministerin. Dieses Thema ist vorbei, im Justizministerium irgendwelche Verfahren erschlagen. Aber das werden wir da alles abhandeln.

Ich für mich, in meiner Regierungsfunktion, ich kann mit Sicherheit sagen, dass wir da keine Fehler gemacht haben. Ich habe ein reines Gewissen, ein gutes Gewissen, dass wir alles in die Wege geleitet haben. Auch gemeinsam in der damaligen Regierung.

Aber diese Herrschaften, da kann ich als Zeuge da gerne aussagen, und die werden auch aussagen. Dann wünsche ich jedem viel Spaß, in der ÖVP-Fraktion und auch in der Fraktion der GRÜNEN. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich darf nunmehr weitergehen in der Debatte. Danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Erklärung. Ich darf die erste Rednerin an das Rednerpult bitten, es ist die Frau Mag.a Regina Petrik.

Bitte sehr Frau Abgeordnete.

Ich darf Sie übrigens noch daran erinnern, nicht länger als 20 Minuten zu sprechen. Gilt für alle, die sich zu Wort melden.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ich kann mich kurz fassen in der Sache, weil ich an unterschiedlicher Stelle mich ja schon sehr deutlich dazu geäußert habe.

Herr Landeshauptmann, weil Sie gesagt haben, warum jetzt? Sie haben es ja auch mitvollzogen und wir haben schon öfter darüber gesprochen, dass seitens der GRÜNEN ja schon länger an dieser Frage, an diesem Fall, auch gearbeitet wird. Aber jetzt lag und liegt der Bericht des Landes-Rechnungshofes vor und natürlich reagieren wir auf den, und das ist sozusagen die nächste Runde, die wir hier gehen müssen.

Warum ist mir das jetzt so wichtig? Weil hier Aufklärung wichtig ist. Es geht nämlich darum, dass wir die Fehler der Vergangenheit nicht in der Zukunft wiederholen. Es geht in einem parlamentarischen Verfahren, wo wir durch Anfragen, wo wir durch einen Untersuchungsausschuss, wie ich ihn ja schon vorgeschlagen habe, und ich freue mich sehr für Ihre Unterstützung darinnen, da wird dem gar nichts mehr im Wege stehen, dass wir in einem parlamentarischen Verfahren die politische Verantwortung klären. Da geht es nicht um strafrechtliche Verantwortung, das haben sie bereits beantwortet, ja. Aber es geht darum, dass die Vergangenheit politisch aufgearbeitet werden muss, damit die gleichen politischen Fehler in Zukunft nicht wieder viel Steuergeld kosten.

Hier geht es um einen handfesten Immobilienskandal. Und es muss aufgeklärt werden, wie es zu all diesen Fehlentscheidungen kommen konnte. Und ja, es muss schonungslos, transparent gemacht werden, auch wie es zu den Schlampereien und den Nachlässigkeiten auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kommen konnte.

Wir sehen jetzt schon, dass intransparente Entscheidungen entgegen öffentlicher Ankündigungen wiederkommen. Wir haben heute bereits über den Kulturbericht hier gelesen. Wir haben heute bereits über das Krankenhaus Gols geredet. Und wir müssen schon immer wieder nachbohren, damit man auch erfährt etwas und damit es auch transparent wird, wie es überhaupt zu Entscheidungen kommt.

Wir müssen einfordern, dass hier auch dokumentiert wird, wie Entscheidungen ablaufen und dann umgesetzt werden, zu schnellen Entscheidungen, ohne Einholen

fachlicher Expertise. Oder bei so großen Projekten, wie die Aberkennung dieser Gemeinnützigkeit, Einholen mehrerer fachlicher Expertisen, keine klaren schriftlichen, nachvollziehbaren Aufträge.

Das ist ja das, was hier auch im großen Maß deutlich geworden ist, Geldverteilung ohne Kontrolle, lückenhafte Dokumentation. Das sind sehr schwerwiegende Versäumnisse, die wir jedenfalls abstellen müssen. Die Folgen so einer Politik hängen uns nämlich viele Jahrzehnte lang nach.

Ich freue mich wirklich sehr, wenn die Unterstützung der SPÖ auch kommt zu einem Untersuchungsausschuss. Ich fürchte mich vor gar nichts, weil dort soll alles aufgeklärt werden, was mit dieser Sache zusammenhängt.

Ich habe mich ja mit meinen Kollegen in Wien und mit dem Kollegen Ellensohn ja intensiv mit dieser Sache befasst. Dass, was Sie Insiderinformationen nennen, ist eine Recherche mit mehreren Metern gefüllten Aktenordnern. Ja - klären wir alles auf, was damit zusammenhängt. Mehr will ich jetzt dazu gar nicht sagen. Weil es mir eben nicht darum geht, selbst eine Bühne zu haben, für ein Thema, das jetzt wichtig ist. Ich habe wirklich jetzt oft dazu gesprochen, sondern es geht mir um die Transparenz und um die Beantwortung dieser Fragen, die wir hier gemeinsam stellen.

Ich bin gespannt auf die Antworten. wenn diese nicht zufriedenstellend sind, dann gehen wir den nächsten Schritt. Aber jetzt geht es einmal darum, hier Transparenz und Aufklärung zu schaffen, dann schauen wir, wie es weitergeht.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig.

Bitte sehr Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht eingangs ein Nachtrag zu dem, was heute so ein bisschen ein Geschäftsordnungsscharmützel, zu Beginn unserer heutigen Sitzung war. Ja, ein bisschen politischer Aktionismus gehört dazu.

Ich glaube aber, in diesem Punkt ist er fehl am Platze, weil die hier unterstellten, wie soll man sagen, Anpatzungen oder unlauteren Motive von keinem der Antragsteller intendiert und auch gar nicht gelebt worden sind.

Also das ist gar nicht notwendig und diese Form, ich sage einmal Manndeckung, hat der Landeshauptmann gar nicht notwendig. Weil wir sind uns völlig bewusst, und das hat der Herr Landeshauptmann auch ausgeführt, dass von den fünf Herrschaften hier auf der Regierungsbank, vier damals gar nicht in Amt und Würden waren, nämlich weder 2011 noch 2015 und daher persönlich einmal außen vor bleiben.

Wir sind uns auch bewusst, dass von denen, die im Jahr 2015 dabei waren, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, die Frau Landtagspräsidentin, der Klubobmann Tschürtz und ich, keiner für diese, bei so etwas zuständig war. Das sind wir uns völlig bewusst.

Deswegen geht es ja auch nicht um Anpatzen, es geht darum, dass wir bestimmte Dinge wissen wollen, dass die Öffentlichkeit bestimmte Dinge wissen soll und dass wir bestimmte Dinge aufklären wollen.

Natürlich müssen wir davon ausgehen, dass die Ausführungen des Landes-Rechnungshofes stimmen. Wovon sollen wir sonst ausgehen? Wenn sie unrichtig sind, gilt das Gesagte natürlich auch für den Rechnungshof selbst. Aber bis dato müssen wir davon ausgehen, dass es richtig ist.

Da muss man halt schon sagen, sollte dieser Inhalt dieses Berichts, richtig sein, dann legt der schon einen unglaublichen Dilettantismus in diesem Haus offen.

Denn ich möchte schon wissen, wie diese vier Personen, die damals in der Regierung waren und über diesen Regierungsakt, für den keiner von uns zuständig war, abstimmen haben müssen, wie wir das auf Basis von Informationen machen sollen, die schlicht und einfach unrichtig sind.

Das mag jetzt ein Betrugsfall sein oder nicht, das wird die Staatsanwaltschaft beurteilen und dann vielleicht das Gericht. Aber trotzdem ist es so, dass wir da entsprechend als Kollegialorgan einen Beschluss fassen mussten, einen Beschluss zu fassen hatten - müssen natürlich nicht - aber einen Beschluss zu fassen hatten, ohne entsprechende Information.

Das ist etwas, das mir schon sauer aufstößt und was ich schon aufgeklärt haben will und wo ich auch aufgeklärt haben will, ob das eine organisatorische Schwäche, sozusagen in der Struktur hier im Haus ist und ob das vielleicht auch in anderen Fällen auch wieder auftreten kann, insbesondere dann, wenn es ums Geld geht.

Interessant sind natürlich auch die Grenzen oder die Vorgänge des Verwaltungshandelns und die notwendige Eigenverantwortung aufzuzeigen. Und interessant ist natürlich auch, die Verluste, die das Land Burgenland hier erlitten hat, zu quantifizieren. Man muss sich schon auch eine Vorstellung von der Dimension auch machen, bei der es in diesem möglichen Skandal, man wird ja sehen, was am Ende rauskommt, tatsächlich steht.

Daher, wie die Kollegin Petrik gesagt hat, stehen wir am Anfang der parlamentarischen, ich nenne es einmal Ermittlungen zu diesem Thema. Das wird uns noch länger verfolgen. Und der Sinn, und das sage ich auch in aller Offenheit, die Medien als vierte Gewalt im Staate, sind natürlich auch gefordert.

Weil das was gestern abgelaufen ist, von Seiten des ORF, der überhaupt nicht darüber berichtet hat, oder von Seiten von Tageszeitungen, glaube ich, ist bestenfalls ein Thema verfehlt. Also wenn Du, Herr Landeshauptmann, den „Kurier“ zitiert hast, die Semantik ist natürlich wie immer gut, wieder gut von Thomas Orovits, aber die Aussage - diese Opposition tut niemandem weh - ist schlicht und einfach Humbug, sage ich ganz offen. Wir sind nicht da, um irgendjemandem weh zu tun, schon gar nicht Leuten, die gar nicht einmal damit befasst sind. Wir sind ja keine Sadisten, sondern wir sind da, um entsprechend aufzuklären und Licht ins Dunkel zu bringen.

Das ist unsere Intension und das bezwecken wir mit den entsprechenden Maßnahmen, in diesem Fall mit einer Anfrage an das für Finanzen zuständige Mitglied.

Vielleicht noch ein Nachsatz zur Pressekonferenz von gestern, weil, glaube ich, auch das medial nicht richtig rübergekommen ist. Politische Verantwortung ja, wir wissen wer da der zuständige Referent war. Aber dass jetzt alles sozusagen dem, über alle Maßen geschätzten, Hans Nießl in die Schuhe zu schieben und zu sagen, naja der ist praktisch eh nicht mehr im Amt und damit ist die politische Verantwortung gezogen, das greift mir viel zu kurz.

Ich bin der festen Überzeugung, dass das, sollte das was der Rechnungshof hier verfasst hat, stimmen, auch nicht von Hans Nießl ausgegangen ist. Ich glaube nicht, dass der hergegangen ist und gesagt hat, hört´s, ihr bewertet jetzt aber nur 20 Wohnungen oder nicht alle 50 oder wie auch immer. Sondern er ist ja auch in irgendeiner Form vor vollendete Tatsachen gestellt worden, und so zu einer Beschlussfassung angeleitet worden, die auf einer nicht passablen Grundlage getroffen werden musste.

Ja, die Schmankerln aus dem Bericht haben wir gestern eh relativ lange aufgeführt. Nachdem es nicht berichtet worden ist, darf ich es heute vielleicht in aller Kürze noch einmal wiederholen.

Ich finde es auch nicht in Ordnung, und das ist auch hausintern ein Problem, ich finde es nicht in Ordnung, wenn man über Wohnbau redet und keinen Immobiliensachverständigen beizieht. Wenn man ihn dann beizieht, aber den Auftrag nicht entsprechend gibt. Wenn man testierte Jahresberichte ignoriert. Aber wenn man ignoriert, dass von 14 Objekten, also Hochhäuser mit 1.770 Wohnungen in einer Bilanz einfach nicht erfasst werden, wir haben auch Wirtschaftstreuhänder hier unter uns, ich glaube, denen wird es hier alle Haare aufstellen, wenn sie das hören. Wenn man einen Sonderprüfbericht des Revisionsverbandes, der seinerseits hier prüfend tätig ist, ignoriert.

Wenn man bei der einen Genossenschaft stille Reserven von 14,3 Millionen Euro, bei einer anderen, bei beiden Genossenschaften 20,5 Millionen Euro einfach außen vorlässt, einfach nur zur Kenntnis nimmt.

Wenn man Informationen aus anderen Ländern, in dem Fall aus Oberösterreich nicht zur Kenntnis nimmt, zum Beispiel auf Vernetzungen der Hintergründe in einer Art und Weise, wenn man keine Unparteilichkeitsbestätigungen einholt und vieles andere mehr, das ist ein Verwaltungsversagen, sollte das stimmen.

Das ist aus meiner Sicht regelrecht peinlich und mich wundert das nicht, dass man hier ausgerechnet das Burgenland für diesen Antrag auf Aufhebung sozusagen ausgesucht hat. Es kann nicht sein, dass hier keine ordentliche Sachverhaltsermittlung stattfindet. Es kann nicht sein, dass hier Beweismittel ignoriert werden oder zu mindestens nicht ordentlich ermittelt wird. Es kann nicht sein, dass Sachverständige eingesetzt werden, die aber nicht der gesetzlichen Grundlage des AVG entsprechend Verwendung finden. Und es ist fraglich, wie auf dieser Grundlage überhaupt Bescheide erstellt werden konnten.

Dementsprechend liest sich auch die Kritik irgendwie so ein bisschen mit einem Nachhilfencharakter. Der Landes-Rechnungshof regt an, Gesetze wären einzuhalten. - Ja no na net. Der Landes-Rechnungshof regt an, Sachverhalte wären ordentlich zu ermitteln. - Ja no na net. Der Landes-Rechnungshof regt an, Beweise auch zu würdigen. - Ja no na net. Der Landes-Rechnungshof regt an, alle Vermögensgüter zu berücksichtigen. Nicht nur die Hälfte oder 40 Prozent oder sonst irgendwelche willkürlichen Zahlen. Und er regt an, Bewertungen auch gesetzeskonform durchzuführen.

Und stattdessen beauftragt das Land, und das ist auch ein Punkt, den ich persönlich hinterfragenswürdig finde, wo es doch wirklich viele, viele gute Juristinnen und Juristen hier im Haus gibt, mehrere Rechtsanwaltskanzleien und Wirtschaftstreuhandkanzleien.

Zum Teil ohne klare Grundlagen und ohne klare Regelungen und Expertisen die über 500.000 Euro kosten und die man bei einer ordentlichen, sorgfältigen Herangehensweise doch deutlich minder hätten ausfallen lassen können.

Also, sicherlich notwendig ist eine ordentliche Bewertung des Immobiliensachverständigen, Kosten 115.000Euro. Und wenn die Materie wirklich so kompliziert ist und man nicht rückfragen möchte bei anderen Landesregierungen, auch eine Verfahrensanleitung durch einen Universitätsprofessor um 28.800 Euro, das ist ungefähr ein Drittel der Gesamtkosten, die so entstanden sind.

Der Succus daraus, wir müssen zumindest die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass es hier wirklich strukturbedingte Geldvernichtung in Millionenhöhe gegeben hat und es ist ja die Pflicht der Opposition, in solchen Fällen einzugreifen und auch aufzuwecken.

Und das Ziel ist, wie gesagt, lückenlose Aufklärung auch über die Zuständigkeiten des Rechnungshofes hinaus. Die sind ja natürlich geschäftsordnungsgemäß begrenzt. Die Benennung des entsprechenden Nachteils und natürlich das Aufdecken von Verantwortlichkeiten, von strukturellen Defiziten, um eine Wiederholung zu vermeiden.

Behördenverfahren über echte Sachverständige hinaus an externe Dienstleister auszulagern, ist aus unserer Sicht nicht wirklich notwendig. Und sollte es hier tatsächlich zu einem gewissen Schlendrian oder zu einem Dilettantismus im Haus gekommen sein, dass man das entsprechend aufhebt.

Würden andere Ministerien oder auch andere Funktionen so arbeiten, dann muss man davon ausgehen, dass diese Republik in wenigen Jahren pleite wäre.

In diesem Sinne hoffe ich, dass sich diese Art und Weise hier im Haus zu arbeiten und hier die entsprechenden Regierungsmitglieder mit Beschlussgrundlagen zu versorgen, aufhört. *(Beifall bei der FPÖ, den GRÜNEN und der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordnete Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Pressekonferenz der Opposition wurde ich gestern von einem Kollegen gefragt, ja was macht denn die Opposition da eigentlich? Ich antwortete - Schabernack, sonst nichts. Schabernack.

Als mich dann ein bisschen später ein Journalist angerufen hat, da habe ich es ein bisschen subtiler formuliert und gesagt, die veranstalten hier eine Show. Ich bin heute bestärkt in meiner Meinung, dass das eine Show ist und ich möchte das auch lautstark unterstreichen.

Denn klar ist, es gibt einen Landes-Rechnungshofbericht, der wird auch hier im Hohen Haus diskutiert. Das ist ja nicht so, dass der irgendwo verschwindet, sondern der wird hier diskutiert. Es gibt eine schriftliche Anfrage vom Kollegen Ulram zu diesem Thema. Also es gibt ja da allerhand. Und trotzdem wird heute eine dringliche Anfrage eingebracht. Ein Schelm, der hier denkt, Sie wollen nur politisches Kleingeld wechseln.

Ich finde es schade, dass Sie den Landtag dazu benutzen, eine Show abzuführen und sich nicht wirklich auf die tatsächliche Aufklärung konzentrieren. Aber, es gibt Gelegenheit die Fakten in den Mittelpunkt, in den Vordergrund zu stellen. Und da möchte ich beginnen.

Wir haben in den letzten Tagen unheimlich viele Postings aller Parteien, da nehme ich keinen aus, auch Pressemeldungen gelesen, auch Aussagen gehört, auch heute. Die sind schon nicht nur richtig, die sind auch falsch. Und daher möchte ich einige Fakten nennen.

Erstens: Die Opposition vermittelt andauernd den Eindruck, dass dem burgenländischen Steuerzahler, der Steuerzahlerin, 100 Millionen Euro entgangen wären. Wahr ist, wahr ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, das es nicht um burgenländisches Steuergeld geht, sondern um Wohnungen mit Sitz in Oberösterreich und in Wien. Erstes Fakt was man wissen sollte. Ich bin mir nicht sicher, ob das alle wirklich hier der Abgeordneten im Haus wissen.

Zweites: Sie vermittelt den Eindruck, dass aus dem Budget 100 Millionen Euro fehlen. Auch das ist völlig falsch. Wahr ist, das Land Burgenland hat nicht Geld verloren, sondern hat rund 20 Millionen Euro zusätzlich bekommen, die nicht im Budget vorgesehen sind. Auch wichtig zu wissen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Da gibt es gar keinen Zusammenhang.)*

Drittens: Die Opposition versucht seit einigen Wochen einen Skandal darzustellen, um sich selbst als Aufdecker zu präsentieren. Wahr ist, das war nicht die Opposition die aufgedeckt hat, das war der Herr Landeshauptmann, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das waren die GRÜNEN.)* der Anzeige bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft eingebracht hat.

So, jetzt haben wir einmal die wichtigsten Fakten zu dieser Causa geklärt. Damit wir einmal alle vom gleichen Stand aus berichten können. Ich stelle mir aber wirklich die Frage, warum die Opposition nicht auf diesen Immobilienhai losgeht und ihn kritisiert, der im Verdacht steht, das Land geprellt zu haben? Ich frage mich wirklich warum kritisiert man nicht diesen Immobilienhai? Warum geht man auf den Herrn Landeshauptmann los und kritisiert den Herrn Landeshauptmann, macht eine Pseudoanfrage und dergleichen, obwohl er der ist, der für Aufklärung sorgt.

Und darum, ich wiederhole mein Argument, Sie machen, Sie kritisieren nicht den Brandstifter, Sie kritisieren den Feuerwehrmann und das ist abzulehnen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und das alleine zeigt, es geht Ihnen nicht um Aufklärung, es geht ums politische Kleingeld, es geht ums Anpatzen eines beliebten Landeshauptmannes und sonst nichts. Und das ist wirklich bedauerlich. Weil wir bräuchten jetzt einen Schulterschluss aller Parteien, um diesen Immobilienhai auch zu bekommen, damit wir das Geld kriegen, das uns eigentlich zustehen würde.

Der Landes-Rechnungshofbericht der zeigt ja ganz konkret, dass die Entscheidung den Rechtsweg zu gehen ja völlig richtig war. Der bestärkt ja das Vorgehen des Herrn Landeshauptmannes, der Landesregierung. Was Sie auch immer so nebenbei vergessen zu erwähnen ist, dass die Staatsanwaltschaft ausschließlich gegen Eigentümer dieser Wohnbaugenossenschaft, oder ehemaligen Eigentümer ermittelt, nicht aber gegen Organe des Landes. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Noch.)* Das vergessen Sie auch immer, immer zu erwähnen.

Ich erinnere auch daran, dass diese Ereignisse schon einige Jahre zurückliegen, politisch zuständig war nicht diese Landesregierung, die hier im Amt ist, sondern eine Landesregierung mit der ÖVP und eine Landesregierung, im Anschluss daran, mit der FPÖ.

Ich sage es nur deswegen, weil halt der Kollege Ulram gesagt hat, da muss man alles aufdecken, da muss man schauen. Und der Kollege Steiner hat heute schon bei einem anderen Punkt gesagt, da muss man politische Verantwortung übernehmen.

Ja, ja, genau das werden wir tun. Wir werden das aufklären und dann werden wir schauen, wer die politische Verantwortung übernimmt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist eh glasklar.)*

Fakt ist, es war der Herr Landeshauptmann der den Investor angezeigt hat und sonst niemand. Das ist der, der aufdeckt, das ist der, der aufklärt und sonst niemand. Sonst hat niemand diesen Mut das zu tun. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Der Ellensohn hat den Tojner auch* angeklagt.) Ich frage mich auch eines, Sie wollen Licht ins Dunkel bringen, hat der Kollege Ulram gesagt, ja machen Sie es. Ja warum haben Sie heute nicht den Antrag eingebracht auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das weißt Du eh ganz genau.)*

Warum? Wenn Sie es nicht bald tun, dann überlege ich, ob ich einen Antrag einbringe auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Dann *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das unterstütze ich.)* mache ich Ihre Arbeit, die Arbeit der Opposition, weil irgendwer muss es ja machen. Also wenn es Ihnen wirklich um die Sache und ums Aufklären geht, dann wundere ich mich wirklich, *(Abg. Johann Tschürtz: Wir haben ja erst die Verfassungsänderung.)* dass Sie diesen U-Ausschuss heute nicht beantragt haben. Und ich bin auch schon neugierig und bin gespannt, welche Gäste wir hier da einladen werden von GRÜNEN, von ÖVP-Politikern, ehemaligen Politikern und dergleichen.

Es wird wirklich spannend, auf das freue ich mich schon. Ich bin nur neugierig, ob der eine oder andere vielleicht dann sagt, oje, die Geister die ich rief, die werde ich nicht mehr los. Das könnte nämlich am Ende des Tages herauskommen. Das wird eine spannende Angelegenheit. Ich freue mich riesig darauf.

Jetzt ist es aber wichtig die Position des Landes im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu stärken, ohne politisches Kleingeld zu wechseln, das ist der springende Punkt. Jetzt müsste man einen Schulterschluss machen und gemeinsam gegen diesen Immobilienhai vorgehen. Heute nehme ich von der Opposition andere Signale wahr, das ist bedauerlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist auch die Justiz am Zug, auch das ist wesentlich und wichtig. Ich kann sagen, dass ich mich wirklich auf diesen angekündigten U-Ausschuss schon freue. Ich kann Ihnen versprechen, wir werden alles dazu tun, dass es hier zur absoluten Aufklärung kommt. Weil am Ende des Tages eines passieren sollte und das wünschen wir uns wahrscheinlich alle gemeinsam, dass deutlich mehr Geld das Burgenland erhält, als wir damals erhalten haben. Das wäre für uns alle sehr gut. Das wäre vor allem für die Burgenländerinnen und Burgenländer gut. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Thomas Steiner** (ÖVP): Danke schön Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Ich möchte nur einige Anmerkungen machen zu dem bis jetzt Gesagtem, weil es war schon einigermaßen verwunderlich wie der Herr Landeshauptmann auf diese Anfrage, auf diese dringliche Anfrage reagiert hat, mit einem Rundumschlag gegen alles und jeden.

Im Übrigen, das Gesetz, das angesprochen wurde, stammt aus 1979 in der Hochblüte der SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky beschlossen, also da könnte die SPÖ natürlich einen Beitrag leisten und dieses Gesetz entsprechend ändern um die Mieter

besser zu stellen. Wir sind immer dafür, dass die Menschen bessergestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dieser Rundumschlag, das ist natürlich eine Flucht nach vorne, die wir schon kennen. Ich meine sich herzustellen und zu erklären, der einzige der Aufklärung will ist der Herr Landeshauptmann, ist schon einigermaßen aberwitzig, denn diese Anzeige ist ja gekommen nachdem die Landesregierung angezeigt wurde.

Das war die Reaktion auf die Anzeige des Abgeordneten der GRÜNEN *(Abg. Robert Hergovich: Hast Du nicht zugehört vorher?)* aus Wien und daher hinkt diese Sache *(Abg. Robert Hergovich: Hast Du nicht zugehört?)* schon ein bisschen, wenn man sagt, na da gibt es einen großen Aufklärer. Diese Maßnahme und diese Anzeige ist passiert, nachdem die Landesregierung selber angezeigt wurde, eben auch als Flucht nach vorne.

Der nächste Punkt der sehr eigenartig ist, wenn der Herr Landeshauptmann heute zum wiederholten Mal einfach davon spricht, dass er quasi zum Amtsmissbrauch angestiftet worden wäre, durch irgendwelche Vertreter der ehemaligen ÖVP-Regierung, oder was auch immer. Dann wundert es mich, dass er keine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft macht, denn das ist ein Strafdelikt.

Anstiftung zum Amtsmissbrauch - und eigentlich nach § 78 StPO wären Sie ja verpflichtet diese Anzeige zu machen, wenn Ihnen so etwas unterkommt in Ihrem Amt. Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie diese Anzeige nicht erstatten, wahrscheinlich ist wie bei so vielem auch da nicht allzu viel dahinter.

Der U-Ausschuss der immer wieder gefragt wird, ja warum setzt ihr keinen U-Ausschuss ein? Da gibt es eine einfache Antwort, die Ihr ohnehin kennt. Die derzeitigen Verfahrensregeln des Untersuchungsausschusses sind derartig schlecht geregelt im Burgenland, dass das momentan aus unserer Sicht keinen Sinn hat.

Ändern wir die Regeln, ändern wir die Verfahrensregeln, *(Abg. Robert Hergovich: Tun wir eh.)* sodass hier ordentlich jede Partei, die hier im Landtag vertreten ist, auch Zeugen laden kann, dass hier eine Parität besteht. Dann werden wir sofort diesen U-Ausschuss auch einsetzen.

Meine geschätzten Damen und Herren, eine grundsätzliche Anmerkung auch noch zu dem was der Kollege Klubobmann Hergovich gesagt hat, nämlich sozusagen, grundsätzlich etwas schlecht zu reden was parlamentarisch vorgesehen ist.

Wenn eine Dringliche Anfrage in der Geschäftsordnung, in der Landesverfassung, vorgesehen ist, dann kann man sich nicht herstellen und sagen das ist was auch immer, *(Abg. Robert Hergovich: Schabernack.)* ein Schabernack, ein Schnickschnack.

Ich meine, das ist wirklich eine Verächtlichmachung des Parlaments und der parlamentarischen Instrumente die ich nicht verstehe. Im Übrigen, die Dringlichkeit bei der Dringlichen Anfrage bezieht sich ja nicht auf die Dringlichkeit der Sache, sondern dringlich bedeutet nur, dass eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten eine Anfrage schneller in den parlamentarischen Prozess bringen kann und das ist hier passiert und daher ist das natürlich auch legitim.

Ein Punkt noch abschließend, was mich auch sehr, ich muss ehrlich sagen wirklich berührt hat, war diese Kritik und dieser Angriff auf den Landes-Rechnungshof beziehungsweise auf den Direktor des Landes-Rechnungshofes, weil gesagt wurde, *(Zwischenruf des Abg. Robert Hergovich)* Oja, es wurde gesagt, dass das was im Bericht steht falsch ist.

Dass es doch Aktenkopien gegeben hätte und der Rechnungshof behauptet fälschlicherweise, dass es keine Aktenkopien gegeben hat. Dann wundert mich aber die Stellungnahme der Landesregierung, wenn Sie auf Seite 99 dieses Berichtes schauen, wo die Kritik dieser fehlenden Aktenkopien geäußert wird und die Antwort und die Stellungnahme der Landesregierung lautet:

Das Land Burgenland nahm dazu Stellung, dass die Übermittlung der gesamten Originalakte an die Staatsanwaltschaft auf Aufforderung der Staatsanwaltschaft erfolgte. Die Übermittlung wurde entsprechend dokumentiert.

Die Erstellung einer Aktenübersicht, sowie die Anfertigung von Kopien wurde durch die damalige Leitung des Hauptreferats Wohnbauförderung eigenständig vorgenommen und kann aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollzogen werden.

Heißt auf Deutsch gesagt, es sind keine Kopien da. Jetzt verstehe ich nicht, warum man den Rechnungshof kritisieren soll und sagt, es waren Kopien da und selber in der Stellungnahme sagen Sie, es sind keine Kopien da. Deswegen würde ich sagen, bitte bei der Wahrheit bleiben und nicht den Rechnungshof verunglimpfen mit solchen komischen Aussagen und bei der Wahrheit auch bleiben.

In dem Sinn können Sie sicher sein, dass wir dieses Thema, so wie auch das Thema Kulturbericht, nicht auf sich beruhen lassen werden und wenn die Regeln für den U-Ausschuss ordentlich geregelt sind, dann werden wir auch das Instrument, wenn es notwendig ist, einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zur Wort gemeldet hat sich nochmals die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hergovich, weil Sie die Frage gestellt haben, warum wir nicht sofort und jetzt und gleich den U-Ausschuss einsetzen, weil, Sie hätten ihn gleich am liebsten jetzt, sofort. *(Abg. Robert Hergovich: Sie wollen ja alles aufdecken, nicht ich.)*

Ich kann es Ihnen… *(Abg. Robert Hergovich: Licht ins Dunkel bringen - warum haben Sie es nicht gemacht?)* Ich bin am Wort. *(Abg. Robert Hergovich: Ja eh. Sie haben mich gefragt.)*

Der Herr Kollege Hergovich hat gefragt, warum denn jetzt nicht sofort und gleich nächste Woche einen Untersuchungsausschuss einsetzen? Es wurde schon kurz vom Kollegen Steiner hier ausgeführt. Das Anliegen ist da, wir haben das ja bereits vor drei Wochen gesagt, aber Sie wissen auch ganz genau, wir haben im Moment noch eine Regelung zur Abhaltung von Untersuchungsausschüssen wo zwar die Minderheit einen Untersuchungsausschuss verlangen kann, aber im Ausschuss selber dann die Mehrheit, und das ist die SPÖ zur Zeit und zwar ganz allein, ohne dass sie sich mit irgendjemanden einigen muss, kann dann jetzt im Untersuchungsausschuss die Mehrheit zum Beispiel auch einen Zeugen ablehnen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau.)*

Das ist natürlich klar, dann verstehe ich auch warum Sie das am liebsten sehr schnell haben wollten. Für uns ist es klar, wir haben uns geeinigt auf neue Regeln, wir haben uns in allen Parteiengesprächen geeinigt auf neue Regeln zum Untersuchungsausschuss.

Das wird hier auch und wurde hier auch im Einlauf verlesen, dass wir diese neuen Regeln gemeinsam machen. Und daher ist es ganz logisch und liegt auf der Hand, dass

wir einen nächsten Untersuchungsausschuss nach diesen neuen Regeln dann abhalten wollen.

Und Sie können noch so oft irgendwelche Schlenkerer machen, oder drohen was da alles herauskommt, oder mit Zetteln zeigen. Ich kann Ihnen eines sagen, ich fürchte mich nicht vor Transparenz. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN, der FPÖ und ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Geschätzte Kollegin Petrik! Wir haben gemeinsam die Regeln für den U-Ausschuss verhandelt. Und wir haben uns erst gestern, oder vorgestern, weiß ich nicht genau, gemeinsam geeinigt, dass wir das sogar heute einbringen. Sie haben das auch unterschrieben, das heißt, es ist auch heute eingebracht worden und wir beschließen das bei der nächsten Landtagssitzung. Also was hätte Sie da gehindert heute einen Antrag einzubringen, dass wir, von mir aus im September, einen U-Ausschuss installieren mit den dann gültigen Regeln?

Was hätte Sie gehindert? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Hören Sie mir nicht zu?)* Nichts hätte Sie gehindert. Sie haben heute den Antrag unterschrieben, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe das erläutert.)* der ist eingelaufen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe das erläutert.)*

Das ist eine billige Ausrede, die lasse ich nicht gelten, hätten Sie es gemacht, Sie haben es nicht gemacht, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Warum hören Sie mir nicht zu? – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Sie haben da irgendeine Anfrage gestellt und alleine Ihre Reaktion zeigt mir, dass ich Recht habe mit der Show. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich darf die Debatte über die dringliche Anfrage somit beenden.

Die Anfrage wurde somit gemäß § 29 der GeOLT zur schriftlichen Beantwortung an den Herrn Landeshauptmann übermittelt.

Ich darf gleich zu den nächsten Punkten kommen, nämlich zu Punkt 8., 9. und 10. der Tagesordnung, die in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen und die ich für eine gemeinsame Behandlung vorschlage.

Ich darf Sie aber aufmerksam machen, dass demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 8., 9. und 10. Punkt erfolgen wird und anschließend eine gemeinsame Debatte. Die Abstimmung natürlich erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, damit darf ich weiter fortfahren.

**8. Punkt: Bericht- und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 83), betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe (Zahl 22 – 57) (Beilage 111)**

**9. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer**

**Entschließung (Beilage 79) betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe (Zahl 22 – 53) (Beilage 112)**

**10. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 81) betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen (Zahl 22 – 55) (Beilage 113)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht- und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 83, betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe, mit der Zahl 22 - 57, Beilage 111.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Markus Ulram.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

**Berichterstatter Markus Ulram:** Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 83, betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe, Zahl 22 – 57, Beilage 111, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und Sozialausschuss stellen daher den Antrag pardon. Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Roland Fürst gestellte Abänderungsantrag zu diesem Entschließungsantrag mehrheitlich von der SPÖ angenommen.

Der Rechtsausschuss und Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Roland Fürst beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Berichterstatter zum 9. Punkt, dem Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 79, betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe, Zahl 22 – 53, Beilage 112 ist Herr Abgeordneter Markus Ulram.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Markus Ulram:** Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 79, betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe, Zahl 22 - 53, Beilage 112, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget-, und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer

Entschließung betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Trummer beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Darf ich Sie gleich bitten, nachdem Sie nun zum 9. Tagesordnungspunkt Bericht erstattet haben, gleich zum 10. das auch vorzunehmen. *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Das ist nicht er.)*

Herr Abgeordneter Mezgolits, Sie erstatten uns Bericht zum 10. Punkt der Tagesordnung.

Bitte Herr Berichterstatter. *(Das Mikrofon auf der Galerie funktioniert nicht.)*

Verzeihung, Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, aber das Mikrofon ist leider nicht eingeschaltet. Da geht es um den Livestream und um die Übertragung. Die Batterie ist leer. Nein, es geht nicht.

Moment, ich unterbreche kurz, ich hätte das gerne geklärt. Wenn nicht wird es ja ein Ersatzmikrofon geben. Man sollte Sie eigentlich, die Menschen zuhause wollen Sie auch hören. Hört man das oben? Nein, eben nicht. Ersatzmikrofon bitte und inzwischen darf ich Sie bitten um eine kurze Verschnaufpause.

Herr Abgeordneter Mezgolits, Sie bekommen gleich ein Mikro nehme ich an und wenn nicht darf ich Sie dann ersuchen - einen Moment, schauen wir gleich - wo ist das Ersatzmikro? Er kommt schon. Herr Abgeordneter - er ist schon am Weg. Wir haben es schon.

Herr Abgeordneter Fürst, darf ich Sie bitten, schauen Sie inzwischen ob das Mikro in Ordnung ist, sonst müssen wir den nächsten Berichterstatter von oben herunterbitten.

Vielen Dank, der Herr Abgeordnete Mezgolits ist inzwischen da. Ich darf Sie bitten um die Berichterstattung zum Punkt 10 der Tagesordnung.

Bitte Herr Berichterstatter, Sie sind am Wort.

**Berichterstatter Johannes Mezgolits:** Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für die Trägerorganisationen, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Böhm beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank. Und ich darf nunmehr zur gemeinsamen Debatte kommen und als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Kurzer Lagebericht nach draußen - passt vielleicht ein bisschen zum Thema, die Parfümierung durch das Desinfektionsmittel ist vielleicht auch etwas beeinträchtigend, zwischendurch, aber vielen Dank an die ausführliche Arbeit die da geleistet wird. Ich glaube wir brauchen uns wirklich nicht vor Ansteckung fürchten. *(Allgemeiner Beifall)*

Ja, dass das Pflegesystem, wie wir es jetzt in Österreich vorfinden, deutliche Schwächen aufweist, das wissen wir schon lange und die aktuellen Wochen haben gezeigt, dass dieses System auch eines sicher nicht ist - krisenfest.

Wir erleben zurzeit ein System, dass nur dadurch bestehen kann, dass Menschen ausgebeutet werden, dass Betreuungspersonal aus dem Ausland geholt wird weil dieses mit einem Lohn zufrieden ist, für den Österreicherinnen und Österreicher niemals arbeiten würden. Von dem man hierzulande auch gar nicht überleben könnte. Ich kann mir vorstellen, dass es mehrere hier im Raum gibt, im Saal gibt, die auch das als einen großen Missstand bezeichnen.

Es gibt im Moment noch keine andere Möglichkeit die Pflege so zu gestalten, dass wirklich flächendeckend hier kein Notstand entsteht, aber diese Situation ist keinesfalls zufriedenstellend. Ich freue mich, dass der Sozialminister Rudi Anschober eine Dialogtour durch ganz Österreich macht, es sollen nämlich alle einbezogen werden die im Pflegebereich tätig sind, um hier zu einer Neuaufstellung des Pflegesystems zu kommen.

Leider wurde dieser Dialog durch die Corona-Krise unterbrochen. Hier ist es doch wichtig, dass man an einem Tisch sitzt und miteinander reden kann.

Anders als im Burgenland, das muss ich hier schon anmerken, wo nur ein kleiner Zirkel Auserwählter in die Ausarbeitung des Pflegeplans einbezogen wurde und hier ergibt sich ein gewisser Unterschied. Aber was die Aufgabe im Bund anbelangt, und das sind wahrlich große Aufgaben, da bin ich zuversichtlich, dass da einiges weitergehen wird.

Das Türkis-Grüne Regierungsprogramm beinhaltet auch eine neue Perspektive die es jetzt braucht. Was wir, seitens der GRÜNEN, auch schon im Burgenländischen Landtagswahlkampf vorgestellt haben, das ist das Modell der sogenannten „Community-Nurses“. Das sind diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Gesundheits- und Krankenpfleger, die direkt vor Ort in den Gemeinden eingesetzt werden und die dort eine Lücke füllen, die derzeit trotz des bestehenden großen Pflege- und Betreuungsangebotes existiert.

Die Community-Nurses unterstützen, entlasten und sie stärken auch pflegende Angehörige, sie sind in der Kommune Ansprechpartner, Ansprechpersonen in der Gesundheitsförderung und sie entlasten die Hausärztinnen und Hausärzte und die Spitäler.

Das ist ein innovativer, zukunftsweisender und krisentauglicher Ansatz der Gesamtkosten reduziert und eine lückenlose Versorgung von pflege- und betreuungsbedürftigen Personen sicherstellt.

In 500 Gemeinden in ganz Österreich sollen Community-Nurses erprobt werden. Wir sollten uns im Burgenland, wir sollten im Burgenland nicht die Gelegenheit versäumen in allen Landesteilen Community-Nurses in Gemeinden zu installieren. Ich hoffe, der Landesrat ist da auch in einem intensiven Austausch mit dem Bundesministerium und mit dem Minister. Bereits geplant ist schon eine Task Force Pflegevorsorge, eine Bund - Länder Zielsteuerung, auch da sind sie eingebunden, unter anderem, die hat viele Aufgaben, unter anderem zur gemeinsamen Steuerung der Angebots- und Bedarfsplanung. Da ist natürlich unsere Landesregierung eingebunden. Ich hoffe und ich

zähle auf eine konstruktive Zusammenarbeit des Landesrates mit dem Gesundheitsminister.

Auch die pflegenden Angehörigen sind im Blickfeld des großen Plans, hier setzt man nicht wie das Land Burgenland auf die Anstellung einiger, sondern auf die Entlastung aller. Da kann man unterschiedlicher Meinung sein, hier gibt es unterschiedliche Modelle.

Das Modell der Anstellung der pflegenden Angehörigen, wie sie auch durch den Zukunftsplan Pflege ja forciert worden ist, ist eines, das ich schon an mehreren Stellen kritisiert habe, da sind wir auch offensichtlich sehr unterschiedlicher Meinung.

Was wichtiger ist aus meiner Sicht, ist eben die Entlastung aller. Es soll etwa ein Recht der pflegenden Angehörigen auf einen pflegefreien Tag geben. Es soll darauf geschaut werden, das Kinder und Jugendliche die Familienmitglieder pflegen und betreuen, die sogenannten Young Carer Unterstützungsangebote bekommen und deutlich entlastet werden.

Das ist eine Gruppe in der Pflege die in unserer Diskussion, in der öffentlichen Diskussion, viel zu wenig gesehen wird. Diese unzähligen Kinder und Jugendlichen, die ohne das davon in der Öffentlichkeit besonders Notiz genommen wird selbstverständlicherweise sich um ihre eigenen Eltern kümmern und dabei aber oft allein gelassen sind. Also da müssen wir wirklich einen großen Blick darauf werfen.

Was in Bezug auf die 24-Stunden-Betreuung auch wichtig ist, dass die Anbieteragenturen, und auch das steht im Regierungsprogramm drinnen, dass die Anbieteragenturen geprüft werden sollen und dass dadurch die Qualität der Agenturen in der 24-Stunden-Betreuung verbessert wird.

Das ist auch im Burgenland wichtig, da gibt es einige wirklich sehr gut arbeitende Agenturen und andere die ein bisschen mit zweifelhaften Methoden am Werk sind. Und es ist wichtig hier die einen von den anderen auch zu unterscheiden und nicht alle in einen Topf zu werden. Auch eine österreichweite Demenzstrategie für die Weiterentwicklung des Pflegegeldsystems und die Weiterentwicklung des Pflegegeldsystems stehen auf der Agenda des Gesundheits- und Sozialministers.

Nicht sinnvoll ist aus breiter, fachlicher Sicht aus der Pflegeszene die von der ÖVP forcierte Pflegelehre. Man muss hier wirklich unterscheiden und man sieht den Unterschied aus zwei verschiedenen Perspektiven auf diese Frage. Es gibt die Perspektive des Pflegemanagements, von dort kommen viele Zurufe die sagen, ja bitte schaut, dass es schnell so etwas wie eine Pflegelehre gibt.

Weil das ist natürlich auch sehr schnell unkompliziert und vor allem auch kostengünstiges Personal, dass dann zur Verfügung stünde aber, wenn man sich das aus fachlicher Sicht anschaut, und wir schauen was kommt denn an Rückmeldung aus der Pflegewissenschaft, aus der Pflegepraxis, dann gibt es hier eine sehr klare, kritische Haltung zur Pflegelehre.

Aus fachlicher Sicht ist das nicht zu vergleichen mit einem Lehrberuf wie Frisör, Frisörin, Einzelhandelskaufmann, Einzelhandelskauffrau oder Mechatroniker, Mechatronikerin. Es geht schon um einen anderen Verantwortungsbereich, der eine gewisse persönliche Reife und auch Lebenserfahrung voraussetzt.

Alle die in der Pflege bis jetzt tätig waren oder sich intensiv damit auseinandergesetzt haben, wie zum Beispiel auch der Kollege Fürst, der dann sicher auch dazu sprechen wird, wissen wie wichtig es ist, dass am Bett mit den Menschen die

gepflegt werden in einer Art und Weise eine Begegnung möglich ist, die zwischen zwei erwachsenen und reifen Menschen auch mit Lebenserfahrung gestaltet ist.

Wie gesagt, sobald es nach der akuten Phase als oberster Krisengesundheitsmanager des Landes wieder einen Schritt in die Normalität, wieder in die Normalarbeit geht, und dieser Übergang findet bereits statt, wird sich Minister Rudi Anschober, diesem Programm widmen und seine Dialogtour fortführen und dann auch handeln. Dazu braucht er auch keine Aufforderungen seitens der SPÖ Burgenland.

Was die Aufgaben des Landes anbelangt bin ich weniger zuversichtlich, weil ich hier eine gewisse Weigerung wahrnehme die Probleme umfassend zu betrachten und auch umfassend Menschen zu einem Dialog einzuladen.

Wenn man sich jetzt nur darauf stützt kleine Pflegeheimbetreiberinnen und Pflegeheimbetreiber rauszukicken, sie mit einer Gemeinnützigkeitsklausel zu knebeln und viel Geld in die Anstellung weniger pflegender Angehöriger zu stecken, dann ist das kein Systemwandel. Wir brauchen aber einen Systemwandel.

Diesbezüglich habe ich ja auch eine schriftliche Anfrage an Landesrat Illedits gestellt, deren Beantwortung mir schon auch zeigt, dass noch viele Fragen in Bezug auf die Anstellung pflegender Angehöriger offen sind.

Da aber heute, wurde vorher einleitend gesagt, drei unterschiedliche Tagesordnungspunkte zu Pflegethemen zusammengezogen werden in der Debatte, kann ich hier nicht auf die Details eingehen, die mir zum Teil sehr problematisch erscheinen.

Herr Landesrat, ich werde mich dazu noch demnächst einmal melden und vielleicht gibt es einmal eine richtige Gesprächsmöglichkeit. Nur hier einmal so viel, bei der bisher geringen Anzahl der Inanspruchnahme des Modells der Anstellung der Angehörigen in der Anfragebeantwortung, 112 Personen, stellt sich die Frage ob der Kostenaufwand für so ein Pilotprojekt gerechtfertigt ist, selbst unter der Voraussetzung, dass es bis 2021 durchgeführt wird, weitergeführt wird.

Bitte sind Sie offen für die Frage, ob es nicht doch besser wäre hier mit dem Bund zusammenzuarbeiten und mehr in das Modell der Community-Nurses hineinzustecken und sich mehr mit dem auseinanderzusetzen.

Ich hoffe sehr auf den Dialog zwischen den Ebenen. Denn diese Community-Nurse kann tatsächlich professionelle Pflege vor Ort durchführen und damit die betreuenden Angehörigen in der Pflegetätigkeit wirklich entlasten. Ich erwarte mir, das muss ich hier auch sagen, vielleicht kann sich da etwas entwickeln das eine Evaluation des Modellprojektes extern erfolgt und nicht durch das Burgenland. Also nicht diejenigen, die das Projekt selber durchführen, evaluieren sich selber.

Ich würde sehr dafür plädieren, dass wir hier eine externe Evaluation, möglicherweise durch das Sozialministerium, da sitzen vielen sehr fähige Leute, die Sie ja auch aus früheren Zusammenhängen noch kennen, hier das Sozialministerium einbeziehen. Was wir jedenfalls im Land dringend brauchen, das ist ein Regelwerk, sind Richtlinien für die 24-Stunden-Betreuungsagenturen, damit diese seriös kontrolliert werden können. Das wäre jetzt der nächste wichtige Schritt.

Mir kommt es immer darauf an, sehr konkrete Schritte zu setzen. Einen nach dem anderen. Das können wir hier im Land tun. Das kommt leider in den SPÖ-Anträgen gar nicht vor. Diese konzentrieren sich mehr auf das Lob der Landesregierung - das kann auch sein.

Mir wäre es lieber, wir würden jetzt die konkreten nächsten Schritte hier setzen und schauen, was ist noch nicht geschehen, was noch geschehen muss.

Klar ist, das Pflegesystem wie es jetzt ist, ist noch nicht zukunftsfit. In diesem Bereich haben wir noch viel zu tun. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Ich darf nunmehr die nächste Dame ans Rednerpult bitten.

Bitte Frau Abgeordnete Ilse Benkö. Sie sind am Wort.

**Abgeordnete Ilse Benkö** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Jeder Mensch wünscht sich ein langes Leben und dass ihm die eigene Gesundheit, vor allem Selbständigkeit und Unabhängigkeit bis ans Lebensende erhalten bleiben mögen.

Tatsächlich, und das wissen wir auch alle, kommen viele Menschen im hohen Alter in die Situation, ihr bisheriges Leben zuhause aufgeben zu müssen und sich für eine Übersiedlung in eine Institution der Seniorenbetreuung begeben zu müssen.

Deshalb ist es notwendig, wichtig und richtig, dass wir über Maßnahmen der Pflegeengpässe, der Pflegeberufe und vieles andere mehr heute hier im Hohen Haus debattieren.

Frau Kollegin! Ich gebe Ihnen bei vielen Dingen recht, aber nicht deshalb, weil auch wir in der Regierung seinerzeit waren, aber das Land Burgenland, die Landesregierung hat zumindest den Mut gehabt, ein Pilotprojekt zu erstellen. Dies ist zu begehen. Und dass es vielleicht nicht immer bei Pilotprojekten das Gelbe vom Ei sein mag, das ist schon richtig, aber wir haben uns ja auch eine Evaluierungsphase gegeben.

Ich möchte schon lobend erwähnen, dass das Land Burgenland hier Vorreiterrolle gehabt hat und etwas getan hat, zumal ich Ihnen ja recht gebe, dass es vielleicht, wenn es vom Bund her für alle Länder ein gleiches Projekt, Objekt gibt, damit alle Länder das Gleiche haben und zusätzlich tut das Land noch etwas dazu bei der 24-Stunden-Betreuung, da haben Sie recht. Aber alles schlechtzureden, was die Burgenländische Landesregierung gemacht hat, das möchte ich nicht so sehen. Dazu wollte ich nur meine Meinung sagen.

Zum Antrag der ÖVP. Die ÖVP fordert in ihrem Antrag, dass die Landesregierung Vorkehrungen treffen sollte, um selbst Pflegekräfte zu organisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das betrifft jetzt auch nicht Sie, die heute hier im Hohen Haus vertreten sind, die FPÖ Burgenland hat es im Jahr 2004 - in der Opposition - bereits gefordert, leider Gottes sind wir mit unserem Antrag nicht durchgekommen, es ist schon einige Zeit her, 16 Jahre, da wollten wir auch eine Ausbildung, eine Pflegelehre. Wir haben sogar seinerzeit getauft als „Pflegegenossenschaft“.

Aber vergangener Regen braucht keinen Schirm. Es ist gut, wenn wir uns alle wirklich ernstlich dieser Thematik annehmen.

Es gilt natürlich, den Pflegeberuf, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Frau Kollegin, attraktiver zu machen, um gegen diese derzeitigen Engpässe entgegen- und einwirken zu können. Ich bin aber der Meinung, dass wir eine Ausbildungsoffensive unbedingt starten müssen. Sie muss gestartet werden. Es ist auch sinnvoll, auf Freiwillige zurückzugreifen. Es bedarf natürlich gut geschultem Pflege- und Fachpersonal.

Unsere Pflegebedürftigen sind dem Pflegepersonal sonst, wie Sie richtig gesagt haben, ausgeliefert und unsere Pflegebedürftigen haben sich wirklich die bestmöglichen Fachkräfte verdient. Da bin ich vollkommen bei Ihnen! *(Beifall bei der FPÖ und bei den GRÜNEN)*

Die SPÖ hat mit ihrem Abänderungsantrag Konzepte zur nachhaltigen Sicherstellung der Pflege, sie sollen in Arbeitsgruppen erarbeitet und umgesetzt werden, angesprochen. Und sie treten an die Bundesregierung heran, Rahmenbedingungen in der Privatwirtschaft, besonders im Bereich der Steuern zu schaffen, sodass seitens der Kollektivvertragsverhandlungen die 1.700 Euro erzielt werden können.

Die Kritik, die ich da an die SPÖ offen und ehrlich machen möchte, die SPÖ schiebt hier die Verantwortung auf den Bund ab. Ich glaube, dass die derzeitige Krisenzeit von der SPÖ genutzt wird, um hier den Mindestlohn durchsetzen. Dazu ist diese Thematik für mich eine sehr ernste, und ich glaube, diese Diskussion sollte man hier hintenanstellen.

Wir Freiheitliche haben auch klare Vorstellungen. Da sind wir mit den GRÜNEN bei einigen Punkten sehr konform, nämlich vielmehr noch ein klares Ausbildungskonzept vor der Einführung der Pflegelehre. Wir gehen sogar noch weiter, bis zu einer Hochschulausbildung.

Genügend Arbeitsplätze in der Pflege, einen Einsteiger- und Wiedereinsteigerbonus für ehemalige Pfleger, um das wieder attraktiv zu machen, einen leistungs- und anforderungsorientierten gesetzlichen Mindestlohn - also da differenzieren wir uns etwas - für Pflegevoll-, -teilzeitkräfte, das ist uns wichtig, eine finanzielle Anerkennung der „Pflege zuhause“ durch eine deutliche Aufwertung des Pflegegeldes ab der Stufe 3 und ein klares Bekenntnis zur dauerhaften Abschaffung des Pflegeregresses.

Natürlich werden Sie mich fragen, wer wird das finanzieren, da gebe ich Ihnen recht. Aber das wäre mal grundsätzlich ein Anreiz, ab der Stufe 3. Kurz vielleicht noch zur Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe. Eine Landesprämie für Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegebereichen, im Spital und in den Laboren, das fordert die ÖVP.

Ich sage einmal ein herzliches Dankeschön von dieser Stelle aus an alle - und ich differenziere da nicht -, an alle, die in dieser schwierigen Zeit einen Beitrag für das Gesamte, für die Gesellschaft geleistet haben, und nicht nur im Bereich der Pflege und Gesundheit, sondern es gibt auch andere diverse Berufssparten, die ein großartiges Engagement, einen hervorragenden Einsatz gezeigt haben und Großartiges in dieser schwierigen Zeit geleistet haben.

Der Abänderungsantrag der SPÖ, da wiederhole ich mich jetzt, wieder an die Bundesregierung heranzutreten, die Rahmenbedingungen für die 1.700 Euro netto in der Privatwirtschaft, besonders im Bereich der Steuern zu schaffen, das ist mir im Moment nicht das Wichtigste, da versucht man wieder, in dieser Krisenzeit, dieses parteipolitische Machtspiel. Das gefällt mir nicht!

Wir fordern eine Prämie für das ganze Land, nicht nur für eine Berufsgruppe ein. Wir sind Wir! Wer sind wir eigentlich - wir -, um zu entscheiden, wer in der Krise mehr und wer weniger getan hat? Das, glaube ich, sollten wir uns nicht anmaßen!

Es soll im Land nicht differenziert werden und unterschiedliche Behandlungen geben. Also muss es, so glauben wir Freiheitliche, eine Hilfeleistung seitens des Landes für alle geben. Diese muss auch wie beim Sportsoforthilfepaket unkompliziert, unbürokratisch und fair sein. Viele differenzierte Hilfspakete, das sage ich Ihnen, wenn man mit den Menschen spricht, erfährt man es, haben einen sehr großen und unnötigen bürokratischen Aufwand. Das ist im Moment fehl am Platz.

Es soll formell zwar in Ordnung sein, aber trotzdem in der Abwicklung relativ einfach, weil diesen bürokratischen Aufwand wollen wir den Burgenländerinnen und Burgenländern derzeit ersparen.

Zur Tagsatzvereinbarung. Für jede Berufssparte wäre es für das Land nicht finanzierbar. Aber wir sagen, die Unternehmer, egal welcher Berufsbranche, müssen die vorgeschriebenen kollektivvertraglichen Anpassungen tragen. Die FPÖ wird hier dem Antrag der ÖVP die Zustimmung erteilen, weil jede Berufssparte in ihrem Wirkungskreis gleich wichtig ist, ob es in der Wirtschaft ist oder im Sozialsystem.

Abschließend möchte ich Ihnen sagen, dass wir den Anträgen 22 - 57 und 22 - 53 unsere Zustimmung nicht erteilen werden, weil wir in einem der nächsten Sitzungen einen weitreichenden Antrag, was die Pflege und Betreuung betrifft, in Hinblick auf die Errichtung einer Bundesgenossenschaft für Pflege und Betreuung hier im Hohen Haus einbringen werden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Frau Abgeordnete Benkö, an die FPÖ gerichtet, die Frau Abgeordnete Benkö hat einen Abänderungsantrag angekündigt. Sie hat ihn jetzt nicht abgegeben. Bitte das klären. *(Abg. Johann Tschürtz schüttelt den Kopf.)*

Ich darf weiter fortfahren. Der nächste Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Markus Ulram.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Das gesamte Thema der Pflege ist ein äußerst wichtiges.

In Krisenzeiten merkt man, dass man vielerorts an seine Grenzen stößt und vor allem nicht nur an die Grenzen, sondern dass wir wirklich im Pflegebereich auch zu Engpässen kommen, dass es zu Schwierigkeiten kommt, wie wir das Pflegesystem aufrechterhalten können.

Wir als ÖVP und auch auf Bundesebene sehen wir das gleichermaßen, dass die Pflegeengpässe dementsprechend auch bewältigt werden müssen. Ich bin sehr dankbar, dass von diesen drei Anträgen zwei davon bereits umgesetzt beziehungsweise in Umsetzung kommen. Denn, wenn beim Pflegen Engpässe entstehen, wie wir in der Hochzeit der Corona-Krise gesehen haben, dass wir durch Einfliegen, durch Busorganisation, wie auch immer, Pflegekräfte ins Burgenland bekommen, weil wir eben im Burgenland dementsprechend keine Möglichkeiten bis dato haben.

Es tritt natürlich an dieser Stelle auch die Situation zutage: Wie können wir in Zukunft unsere Pflegeengpässe bewältigen? Wir sind 100-prozentig angewiesen auf das Ausland in diesem 24-Stunden-Bereich und wir wollen aber in Zukunft dem hintanhalten, wo wir entgegenwirken wollen, wo wir zum Beispiel auch mit dem Plan der Pflegereform, der Pflegelehre entgegentreten können.

Es gibt ein gutes Modell, das kann man sich durchaus in der Schweiz anschauen, wo man die Ausbildung zu einem Pflegefachmann oder Pflegefachfrau nehmen kann. Ich glaube, dass gerade alle Trägerorganisationen hier die Möglichkeit auch hätten, mit so einer Ausbildung von Personen gleichzeitig ihr eigenes Personal ausbilden können, das dann im besten Fall in der eigenen Institution, im eigenen Unternehmen weiter ihre Arbeit verrichtet.

Bei den Prämien für die Gesundheitsberufe, das ist leider ein Teil der nicht umgesetzt wurde oder noch nicht umgesetzt wurde, wo wir immer in der gesamten Krise von Wertschätzung gesprochen haben.

Herr Landesrat, Sie haben selbst heute von Wertschätzung in Ihrer Wortmeldung gesprochen, und ich glaube, es wäre angebracht, dass wir nicht nur in Krisenzeiten, sondern in der gesamten Zeit des ganzen Jahres diese Wertschätzung diesen Gesundheits- und Pflegeberufen entgegenbringen, weil das ist nicht nur harte körperliche Arbeit, sondern eine massiv schwere geistige Arbeit, die hier in Zukunft, und all jenen Personen, die in diesem Bereich arbeiten, gebührt ein großer Dank, nicht nur in Krisenzeiten, sondern das ganze Jahr. *(Beifall bei der ÖVP und bei den GRÜNEN)*

Wir haben ebenfalls einen Antrag auf Erhöhung der Tagsatzvereinbarung eingebracht, ein wesentlicher Teil für alle Trägerorganisationen. Man kann nicht hergehen und kann durch Kollektivvertragsverbesserungen fürs Personal einfach das so stehen lassen und wer das bezahlt, wissen wir nicht, sondern die Stadt Wien hat das als Erstes vorgemacht, der Kollege Hacker hat das dem Burgenland vorgezeigt und hat gesagt, selbstverständlich werden wir Anpassungen in diesem Bereich machen.

Gott sei Dank ist heute auch ein Antrag der SPÖ dabei, wo dieser Tagsatzvereinbarung nachgekommen wird, wo eine Erhöhung oder eine Angleichung an diese Leistung, die erbracht wird, gegeben sein wird. Ich bin nur immer bei diesen einzelnen Bereichen verwundert, wenn die SPÖ Abänderungsanträge einbringt, wenn immer nur die Sprache gesprochen wird, an die Bundesregierung heranzutreten.

Ich finde das ein bisschen fad in diesem Kreise, dass man immer sagt, man schiebt alles auf den Bund.

Das haben wir das letzte Mal in der Debatte schon gehabt. *(Abg. Robert Hergovich: Der ist aber zuständig.)* Wenn die Gemeinden nicht gewesen wären, hätte es für die Lehrerinnen und Lehrer keine Schutzmasken gegeben, die Gemeinden haben ihre Aufgabe immer gemacht. Und ich glaube, da spreche ich für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Burgenland, dass sie immer ihre Aufgaben mit bestem Wissen und Gewissen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht haben.

In vielen Bereichen wird immer gesagt, ja, wir als Land sind vielleicht nicht zuständig, machen es aber doch, wie Sie heute schon einmal gesagt haben, was auch gut ist, wenn beim Pflegeengpass nachher Selbsthandlungen getätigt werden, aber auch da waren wir eigentlich Zweiter und Dritter. Niederösterreich hat es wieder vorgezeigt, wie man es macht und wie man eigentlich dem Problem entgegentritt und hat als Erstes eigentlich das Einfliegen von Pflegekräften gemacht.

Das Burgenland ist da leider nicht sehr innovativ oder nicht sehr ideenreich, wie man Berufsgruppen helfen kann, wo man ganz einfach hergehen kann und wo kann man unterstützen. Es wird - was man nicht machen möchte - auf den Bund geschoben und alles andere sagt man, ja, eigentlich im WiBAG-Bereich, da haben wir was getan für die Wirtschaft, in allen anderen Bereichen, heute haben Sie schon von Vereinen gesprochen, wo das Land auch die Vereine unterstützt, heute haben Sie sich schon, ich weiß nicht, was in der Regierung los ist, vielleicht gibt es auch einen Wechsel, werden Sie vielleicht noch Bildungslandesrat, weil Sie sich so hineingelegt haben in das Bildungsthema, Herr Landesrat.

Aber wenn ich einen Stufenplan habe, *(Landesrat Christian Illedits: Hängt zusammen.)* hängt zusammen, ja, bei den Anfragen hängt nichts immer zusammen, bei der Beantwortung dann schon, das ist auch interessant. *(Zwischenruf von Landesrat*

*Christian Illedits)* Aber Tatsache ist, wenn ich heute in der Volksschule einen Stufenplan habe und wechselweise, tageweise, die Kinder in die Schule kommen, dann kann ich das auch nicht über einen Kamm scheren.

Das wollte ich Ihnen nur mitgeben bei dieser Debatte, dass man auch im Land in vielen einzelnen Bereichen aktiv werden soll. Pflegeengpässe - ist ja umgesetzt worden, aber ich glaube, das muss man weiter beobachten, weil wir abhängig sind vom Ausland, dass wir hier auch Ideen umsetzen, wie zum Beispiel das Thema Pflegelehre, das wir umsetzen die Prämie für die Gesundheitsberufe und das hoffentlich so, wie Sie es im Antrag geschrieben haben, die Tagsatzvereinbarung angleichen, damit die Trägerorganisationen dementsprechend auch ihre Leistungen weiterverfolgen und die Leistung für die zu Pflegenden erbringen können.

Ich bringe dazu nochmals zwei Abänderungsanträge ein. Von den ersten zwei Punkten, die zusammengezogen worden sind, darf ich die Beschlussformel verlesen - zu den Pflegeengpässen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Vorkehrungen zu treffen und selbst Pflegekräfte zu organisieren, sollte es zu einem Engpass kommen.

Und zum weiteren Tagesordnungspunkt, Frau Präsidentin, zur Prämie für die Gesundheits- und Pflegeberufe:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Landesprämie für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen, im Spitals- und Pflegebereich und in den Laboren im Burgenland auszubezahlen.

Das ist unser Ansinnen, wo wir glauben, dass es der richtige Weg ist und dass wir hoffen, dass wir in diesem Bereich auch Verbesserungen im Land Burgenland erleben dürfen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete übergibt der Präsidentin die Abänderungsanträge)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann.

Wir haben jetzt einen Abänderungsantrag vom Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen zur Zahl 22 - 57. Das betrifft welchen Tagesordnungspunkt, das steht nicht im Akt? Schreiben wir TOP 8 noch dazu. Dieser Abänderungsantrag ist zugelassen und geht mit in die Verhandlung ein.

Und dann haben wir einen Abänderungsantrag zur Zahl 22 - 53, TOP 9, auch gehörig unterstützt und nehme ich in die Verhandlung mit auf.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Geschätztes Hohes Haus! Herr Landesrat! Lassen Sie mich, nachdem mein Name doch ein paar Mal gefallen ist nach meiner Rede, ein paar kurze Vorbemerkungen machen.

Ich bin ein, verzeihen Sie bitte, ich bin ein Lernender hier, ich bin erst das zweite Mal hier, mit einer Rede das dritte Mal - ich sitze da oberhalb vom Kollegen Steiner und da fallen so Worte wie - heute gefallen - „Verhaltensauffälligkeit“, „Was Du da daherredest“, letztes Mal beim Kollegen Hutter, meinem Bürgermeister, gemeint: „Was nimmst du?“

Also ich ersuche, dass Sie mich das nächste Mal, Frau Präsidentin, dann wegsetzen. Ich lerne jeden Tag dazu und orientiere mich dann sozusagen an den KollegInnen, die nicht solche Wortmeldungen machen. *(Abg. Walter Temmel: Vom*

*Kollegen hast Du es auch gehört, oder?)* Natürlich. *(Abg. Walter Temmel: Vom Kollegen Hergovich? Passt.)*

Das Zweite, was ich sagen will, ist, Kollege Wolf ist jetzt nicht da, hat mich als „Oberkommunist“ bezeichnet, der Dieter Posch hat mich ganz schief angeschaut, ich sage nur dazu, mein Großvater war Kommunist, auf den ich sehr stolz bin, er hat im Austrofaschismus gekämpft und viel riskiert, also Sie können und dürfen keine Sorge haben, ich bin ein lupenreiner Sozialdemokrat - das wollte ich auch noch anmerken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Noch etwas habe ich gelernt und dann komme ich wirklich zur Pflege, die mir ein Herzensanliegen ist, man darf hier offensichtlich nicht diese Säulenheiligen der ÖVP und der FPÖ kritisieren mit dem Strache und dem Haider und den Kurz, da wird man dann sofort nervös „gebasht“, ist auch in Ordnung.

Ich verspreche, ich werde mich in Zukunft nicht daranhalten. Zur Pflege. Die Pflege ist wirklich ein sehr sensibles und kompliziertes und komplexes Thema. Ich darf schon mit Fug und Recht sagen, dass sich das Land Burgenland nicht erst seit heute, seit gestern oder seit letztem Jahr mit diesem Thema befasst.

Ich bin wirklich froh, dass ich jetzt einmal die Gelegenheit habe, um mit ein paar Legenden aufzuräumen.

Frau Kollegin Petrik, weil Sie sozusagen auch immer anziehen, dass das irgend so ein Expertengremium war, wo man nicht genau weiß, wer und so ein bisserl ein elitärer Zirkel, im Gegensatz zum Bund, wo relativ wenig passiert ist.

2015 habe ich in meiner Eigenschaft als Leiter des „Department Soziales“ bereits eine große umfangreiche Studie zum Thema „Natürliche Ressourcen, informelle Ressourcen“ machen dürfen. Wir waren über ein Jahr in Pflegeheimen, es ist sehr stark um Nachbarschaftshilfe gegangen, um Pflegegenossenschaften, um alternative Formen im Bereich der Pflege, wir waren wahrscheinlich in geschätzten - alles in diesem Forschungsbericht nachzulesen - in zwölf Pflegeheimen über ein Jahr, wo wir mit Expertinnen und Experten, nämlich mit Betroffenen, mit Angehörigen, mit den dort tätigen Berufsgruppen gemeinsam diese Themen erörtert und auch versucht haben, auch angestoßen, ich glaube, Mitinitiator war damals ein gewisser Norbert Hofer, der die Pflegegenossenschaften damals auch herangetragen hat und wir haben uns auch das angeschaut, wir haben auf internationale Projekte im Norden geschaut, Schweden ist in diesem Bereich auch Vorreiter.

Welche Möglichkeiten gibt es, um - und das ist der Kern - Vorkehrungen zu treffen, damit die Menschen, die Pflegebetreuung brauchen, möglichst spät an das System anfallen, das dann auch sehr teuer sein kann, dann mitunter auch nicht so zwischenmenschlich in diesen Systemen, und das war die erste große Studie zu dem Thema. Also das ist immerhin vor fünf Jahren passiert.

Dann haben wir 2016/17 über ein Jahr hindurch den Bedarfs- und Entwicklungsplan gemacht, auch hier habe ich federführend diese Studie machen dürfen. Wir haben sehr exakt die Themen bearbeitet, wir haben Prognosen erstellt, nicht so, wie manche andere Forschungsinstitute, dass wir 2050, was meines Erachtens auch sehr unseriös ist, also wie viele Bedarfe gibt es in den verschiedenen Sektoren, also ambulant, teilstationär und in alternativen Wohnformen und in den stationären, sondern wir haben einmal als einen ersten Schritt bis 2021 hochgerechnet, was die Plätze betrifft und dann eigentlich eine Evaluierung hineingeschrieben, wo wir dann gesagt haben, kann man über

drei, vier Jahre überhaupt den Bedarf hier einschätzen und dann haben wir bis 2030 geschätzt.

Also das ist alles in diesen Zukunftsplan hineingelaufen, damals eine große SeniorInnenbefragung, dort, wo sich der Kollege Steiner immer lustig macht, war immerhin die größte SeniorInnenbefragung zum Thema Pflege, wo 98,5 Prozent der Betroffenen gesagt haben, Sie würden gerne in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich gepflegt und betreut werden.

All das nennt man evidenzpassierte Politik. Das ist wirklich eine gewachsene Politik, wo im Vorfeld viele wissenschaftliche Untersuchungen gemacht werden mit den Betroffenen, das sind keine Top-down-Studien, sondern da ist wirklich mit den Betroffenen geforscht worden und das alles ist in diesen Zukunftsplan eingelaufen.

Ich habe vor knapp einem Jahr, also am 17. Mai haben wir es heute herausgeschrieben, da wusste ich schon, dass ich Landesgeschäftsführer der SPÖ werde, habe aber noch einen Vortrag gemacht in Wien, großen Vortrag, also Vortrag war klein, aber großes Forum, zirka 250 Menschen in Wien zum Thema „Geriatrie, Pflege, Demenz“ und habe dort den Zukunftsplan vorstellen dürfen und auch die Befragung, die Ergebnisse.

Und ich darf Ihnen schon sagen, was damals passiert ist, dass zu mir reihenweise nach meinem Vortrag die ExpertInnen gekommen sind und das ist vom Universitätsprofessor, der sich mit Demenz auseinandersetzt, bis hin zur Pflegefachkraft gewesen, die das nicht fassen konnten, dass wir im Burgenland hier das initiiert haben.

Damals noch initiiert, das wurde ja dann erst später in die Gesetze gefasst. Also was ich nicht verstehe, ich verstehe es wirklich nicht, dass man, was im Burgenland gut gewachsen ist, wo mittlerweile uns auch ExpertInnen, auch der Rudi Anschober beeindruckt ist von unserem Modell, ja, der Herr Landesrat nach Europa fährt und das Modell herzeigt, hergeht im Burgenland und das schlechtredet.

Also da zeigt es mir, wirklich, Euch geht es nicht um die Sache. Euch geht es nicht um die Pflegenden, Gepflegten. Es geht Euch nicht um die Patienten, es geht Euch eigentlich auch nicht um diese Dienstnehmer, die diese wunderbare Arbeit machen, *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Wer hat was schlechtgeredet?)* sondern Euch geht es nur um politische Parteipolitik, um mehr geht es Euch in der Sache nicht. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Walter Temmel: Euch sicher nicht.)*

Weil in diesem Zukunftsplan und ich habe ja schon den Kollegen Sagartz überführt, damals Gesundheitssprecher, dass er offensichtlich die ganzen Zukunftspläne alle nicht gelesen hat, weil er hat den Ausbau der alternativen Wohnformen gefordert, die stehen ja da drinnen und die werden auch gemacht.

Also bitte beschäftigt Euch mit dem Thema wirklich ernsthaft, dann machen auch diese Debatten in Zukunft mehr Spaß.

Weil, in diesem Zukunftsplan haben wir natürlich auch herausgefunden oder hineingeschrieben, weil da gibt es unzählige Studien vom WIFO und vielen mehr, was ist die Hauptattraktion eines Berufes?

Was ist die Hauptattraktion? Das ist das Gehalt! Dann kommen viele andere wichtige Faktoren. Aber zuerst ist es das Gehalt! Da ist es so, dass wir mit unseren 1.700 Euro netto, 2.450 brutto, einfach am richtigen Weg sind, weil das eine Hauptmotivation ist, in einen Beruf zu gehen, der sehr anstrengend ist, der Reife erfordert, das kann auch nicht jeder, übrigens auch eine Botschaft, bitte nicht zu glauben, dass man jetzt einen

Lehrberuf daraus machen kann oder arbeitslose Menschen einfach umschulen kann oder irgendwelche Menschen, die zu uns gekommen sind, keinen Beruf haben und dann umschulen - das geht nicht! Da hat die Frau Kollegin Petrik komplett recht, nicht jeder ist geeignet für einen sozialen Beruf, für einen Pflegeberuf, da muss man sehr sorgsam umgehen und die muss man auch anständig bezahlen.

Vor zwei Jahren war ich in der Schweiz, Forschungsreise, und habe mir auch solche Einrichtungen angeschaut, da verdienen die Menschen in der Pflege zirka um ein Drittel mehr als bei uns, schon abgerechnet die erhöhten Lebenskosten.

Ich habe ein sehr nettes Erlebnis gehabt mit einer jungen Pflegekraft, eine Dame war das, so Mitte 20, der ich ein bisschen erzählt habe, was die bei uns verdienen, und ich sage es Ihnen, Kollege Ulram, was die bei uns verdienen, ich habe mir das gestern mit dem Kollegen von der Volkshilfe herausgesucht: Eine Fachpflegekraft in der Heimhilfe, der Hauskrankenpflege, mit 35 Jahren, mit 38 Stunden, verdient 2.056 brutto ohne diese Erschwerniszulage, Schmutzzulage. Das sind 1.500 netto, mit 35 Jahren, mit zirka geschätzten zehn bis 15 Dienstjahren.

Als ich von diesen Gehältern erzählte, hat die mir das nicht geglaubt. Was ist denn eigentlich das Wichtigste im Leben? Der Mensch! Es ist die Arbeit mit und am Menschen!

Ich verstehe nicht, wenn Berufsgruppen zu Recht - Techniker, ich war gestern bei einem Holzbauunternehmen, bei einem Zimmerer, der sucht ganz dringend Leute und mit dem habe ich dann auch geredet, weil es mich interessiert hat, was zahlt ihr, weil ich selber gelernter Handwerker auch bin. Der hat gesagt, unter 2.000 netto fangen die Zimmerer gar nicht zum Arbeiten an. Das ist richtig, weil das ist ein schwerer Beruf, ein komplizierter Beruf.

Ich verstehe nicht, warum Ihr Euch weigert, anzuerkennen, dass es auch Menschen in Berufen, die mit Menschen zu tun haben, das sind die ElementarpädagogInnen, das sind die SozialarbeiterInnen, das sind die SozialpädagogInnen, das sind die HeimhelferInnen, das ist das diplomierte Personal, dass man die nicht anständig bezahlt.

Das mit den Prämien, das sind ja nur Showgefechte, die ihr da liefert! Weil die Applause, die Ihr gegeben habt, die sind wichtig, die Anerkennung. Aber wichtiger ist, dass die Kolleginnen und Kollegen genug Geld im Börsl haben, damit sie auch gut überleben können. *(Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN)*

Ich bin jetzt schon am Ende, aber dass Sie nicht nur glauben, dass das Geld das Wichtigste ist. Nein, ganz im Gegenteil, es gehören schon auch andere Maßnahmen dazu, die auch nicht in der Pflege ausreichend gegeben sind.

Das sind psychosoziale Betreuung, das ist Supervision, das ist die Möglichkeit, dass sich die Menschen dort auch Auszeiten nehmen, die auch bezahlt werden, Aus-, Weiter-, Fortbildung, die Anerkennung. Imagekampagnen schön und gut, das können wir gerne machen, aber diese Voraussetzungen müssen einmal erfüllt werden.

Das müssen auch die Organisationen leisten. Die Organisationen müssen auch die Möglichkeit haben, dass sie diese Rahmenbedingungen, diese attraktiveren Rahmenbedingungen schaffen, dann bin ich sicher, dass wir wenig Möglichkeiten haben, diese Pflegengpässe, die sich da tun, dass wir die im Burgenland wahrscheinlich als Erstes meistern in Österreich, wie alle anderen Bundesländer.

Ich zähle noch ganz kurz auf, aber das wissen Sie mittlerweile, wir haben ja auch die Gemeinnützigkeit, auf die wird aber vielleicht der Landesrat nochmals eingehen, das

ist ein ganz entscheidender Punkt, dass man mit der Pflege, mit dem Leid von Menschen einfach keinen Gewinn mehr machen kann und das wieder in die Pflege reinvestiert wird.

Die Anstellung der pflegenden Angehörigen ist schon gefallen, die Pflege- und Sozialbetreuer auf den Bezirkshauptmannschaften, der Pflegeatlas, also hier zu sagen, dass hat irgendeine kleine Gruppe gemacht und das ist irgendwie nur ein, also das stimmt nicht und das tut mir auch sozusagen auch in Form - verzeihen Sie mir, wenn ich das sagen darf, auch als Experte in diesem Bereich -, das tut mir auch ein Stück weh.

Insofern wollen wir gerne, und das ist auch eine wichtige Botschaft, das ist kein statisches Konzept, dass man jetzt sagt, wir haben jetzt den Stein der Weisen in der Pflege, wir sind da sehr weit vorne, ich behaupte, wir sind das Bundesland, das am weitesten in diesem Bereich in Pflege und Betreuung vorangeschritten ist, aber wir müssen ständig schauen, ob wir die richtigen Entscheidungen treffen, auch in Zukunft.

Insofern ist ja auch ein Pflegegipfel geplant, wo genau diese Fragen auch wieder besprochen werden, auch mit Expertinnen und Experten, auch mit der Politik logischerweise.

Für mich ist auch ganz wichtig, dass wir eine Studie machen oder eine Abschätzung, was das Pflegepersonal oder die verschiedenen Berufsgruppen, die in Pflege und Betreuung zuständig sind, dass wir uns das ganz genau anschauen und dass wir auch optimal auf diese verschiedenen Bedarfe reagieren können.

Zusammengefasst. Ja, das stimmt, die Bundesregierung hat die Möglichkeit, die Schrauben zu drehen, sie hat diese Möglichkeit, was witzig ist, Ihr habt ja immer der SPÖ - auch noch in der Regierung - vorgeworfen, dass wir immer die sind, die die Steuern hochhalten wollen.

Jetzt ist die SPÖ schon längere Zeit nicht mehr in der Regierung und Ihr fährt mit den Steuern auch nicht runter, was Arbeit betrifft und vieles mehr.

Also man könnte schon die Schrauben so stellen, dass man jeder Österreicherin und jedem Österreicher, egal was er arbeitet, beim 40-Stunden-Job oder 38,5-Stunden-Job, 1.700 Euro netto bezahlt. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Herr Abgeordneter. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Herr Landesrat wird sich dann von der Regierungsbank noch melden.

Gut, keine weiteren Wortmeldungen, ich darf an die Regierungsbank übergeben.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Kurz einige Anmerkungen zu dem, was heute hier von Ihnen zu diesen vier Anträgen beziehungsweise zum gesamten Themenkomplex „Pflege und Betreuung von Angehörigen“ gesagt wurde und meine und die Meinung der Sozialdemokratie im Burgenland dazu.

Natürlich sind wir ganz klar, um gleich auf den ersten Ansatz einzugehen, gegen prekäre Arbeitsverhältnisse in jeglicher Hinsicht. Und wir wissen, dass natürlich, diese soziale Säule in Europa bei weitem die wichtigste ist, die wir in Zukunft verändern müssen, gemeinsam verändern müssen.

Dieses Modell der 24-Stunden-Betreuung, das bei uns eigentlich so gut funktioniert, weil es eben diese Arbeitskräfte aus den EU-Nachbarländern oder angrenzenden Ländern oder neuen EU-Ländern gibt, die eben mit einem durchschnittlichen Monatsgehalt von

250, 300 Euro ihr Auslangen finden müssen und hier natürlich mit 1.800 Euro für einen Job, der 60, 80 Stunden die Woche oder mehr abverlangt, dann doch mit einem sehr hohen Salär nach Hause gehen, ist zweifelsohne etwas, was man auch in dieser Diskussion immer wieder als ersten Ansatz und im europäischen Kontext gesehen gemeinsam versuchen muss zu verändern.

Es kann nicht sein, dass man Menschen eigentlich ausnutzt, um die eigene gute Situation in eine noch bessere zu verkehren. Das ist sicher nicht unser Ansatz. Aber deshalb ist es auch dringend notwendig, auch diese 24-Stunden-Betreuung, obwohl Sie, Herr Kollege Ulram, und Sie können es dreimal sagen, wir haben es nicht oder spät getan, 100-prozentige Bundeskompetenz, ich habe es gesagt, wir haben es deshalb getan, weil es uns um die Burgenländerinnen und Burgenländer und um genau diesen Betreuungsnotstand oder Pflegenotstand - wie Sie ihn immer bezeichnen - nicht entstehen zu lassen, haben wir es getan.

Wir sind in Vorleistung für den Bund gegangen, auf finanzieller Seite, wir sind in Vorleistung gegangen, wenn es um die Personalressourcen gegangen ist, und wir haben deshalb auch - und deshalb betone ich das - gemeinsam mit allen SoziallandesrätInnen in Österreich, auch mit dem Herrn Bundesminister Anschober, es geschafft, dass wir Situationen eben bis zum heutigen Tage jetzt in Österreich vorfinden, die keinen - meines Wissens - unversorgt irgendwo in Österreich hinterlassen haben.

Das ist, glaube ich, eine gemeinsame Leistung, die von vielen, die im Hintergrund gearbeitet haben, nicht in der Politik zu finden, sondern natürlich in den vielen Bereichen. In den Alten-, Wohn- und Pflegeheimen, in der 24-Stunden-Betreuung, in den Sozialabteilungen, in der mobilen Hauskrankenpflege, bei den vielen NGOs, denen sind wir zu Dank verpflichtet, aber auch in diesem Fall der burgenländischen Bevölkerung.

Weil viele pflegende Angehörige - unbekannt, unbenannt - zweifelsohne sehr vieles leisten, die wir in keinerlei Hinsicht auch hier nur irgendwo unterstützen mussten, weil sie das tagtäglich vor der Krise, während der Krise und nach der Krise tun. Wir müssen uns nur in Zukunft denen viel mehr widmen und sie unterstützen. Jetzt ist es Zeit aber, ihnen Dank auszusprechen, dass wir das so geschafft haben - gemeinsam -, wie das eben jetzt im Burgenland so feststellbar ist.

Die Einbeziehung in Arbeitsgruppen, Frau Kollegin Petrik, natürlich wird das passieren, die Arbeitsgruppen werden demnächst und von externer Begleitung natürlich moderiert eingerichtet und wir werden einen Zwischenschritt machen, mit einem, Kollege Roland Fürst hat es gesagt, dass wir im Herbst einen Pflegegipfel oder einen Zwischenstopp, einen Zwischenbericht machen werden, bei einem „Tag der Pflege“ oder wie das auch immer heißen wird.

Dort soll es eine erste Evaluierungsphase und dann natürlich auch danach die Einbindung des Hohen Landtages geben, weil logischerweise natürlich alle hier miteinbezogen werden sollen und wir stehen nicht an, und ich habe es mit Rudi Anschober oft diskutiert, „Community Nurse“ ist ein Projekt aus Oberösterreich kommend, das man zweifelsohne auch beachten wird, beachten muss, bewerten wird, genauso wie unser Anstellungsmodell, das zweifelsohne - und das hat auch Dr. Fürst gesagt - klarerweise bei vielen auch jetzt unter Begutachtung ist, weil es eben ein Modell ist, das einige Aspekte abdeckt, die wir zweifelsohne - unbenommen vom Anstellungsmodell - mitten in unsere ganze Diskussion miteinbeziehen müssen.

Dabei geht es in erster Linie um die faire adäquate Bezahlung der im Pflegeberuf Tätigen, und das ist eben ein 1.700 Euro-Nettolohn allemal als Basis.

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, viele Träger im Burgenland, gemeinnützige, aber auch private, bezahlen zu 90 Prozent diesen Lohn. Er ist nur auf einem Zulagensystem noch basierend, und das wollen wir auf eine Kollektivvertragsebene stellen.

Wir werden auch diskutieren, ob wir nicht einen eigenen Kollektivvertrag überlegen, so, wie es in anderen Bundesländern auch der Fall ist und nicht diese Abhängigkeit, die wird zum großen Kollektivvertrag „Sozialwirtschaft Österreich“ immer haben, wo es dann natürlich geht, und das ist eigentlich eine Behauptung, die nur politisch motiviert ist, Herr Kollege Ulram, dass wir endlich auch eintreten sollen in Tagsatzerhöhungen.

Das passiert laufend und immer, und die Kollektivvertragserhöhungen sind jetzt eigentlich in dieser Phase, wo die ARGE - und das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben - immer an mich herantritt, wenn sie gemeinsam getagt haben.

Sie haben getagt und gestern um 19.00 Uhr habe ich diesen Vorschlag der ARGE erhalten, schriftlich, wo eben genau drinnen steht, was sich die ARGE als Tagsatzerhöhung vorstellt. 2,7 Prozent wird in Wien gemacht, das ist kollektivvertraglich ausverhandelt.

Ich kann jetzt schon sagen, dass wir mehr als 2,7 Prozent Erhöhung im Burgenland machen werden, weil wir immer ein wenig darübergehen. Wien macht exakt 2,7 Prozent. Dann gibt es natürlich noch den zweiten Teil, der alles mit COVID zu tun hat. Auch hier gibt es einen österreichweiten Kontext mit der ARGE Hauskrankenpflege - österreichweit - , und auch hier wurde der Minister - und ich habe eine Kopie erhalten - auch schon dieser Vorschlag überreicht, der dann natürlich österreichweit diskutiert werden soll, weil auch hier gibt es zusätzliche Anforderungen finanzieller Natur.

Also Sie sehen, wir sind sehr gut abgestimmt, und hier gibt es entgegen Ihrer Vorgehensweise nicht ein Gegeneinander, da gibt es ein Füreinander für die Menschen in Österreich. Entlastungsangebote für pflegende Angehörige. Natürlich gibt es auch diese, aber ich will den Arbeitsgruppengesprächen gar nicht vorgreifen, soll alles in Arbeitsgruppen abgearbeitet werden.

Es gibt Entlastungsangebote bei mir in der Lade, ich werde sie jetzt nicht als Richtlinie veröffentlichen, weil es auch in die Arbeitsgruppe einfließen soll, und natürlich auch, Sie haben es erwähnt, einen freien Tag, es gibt Urlaubswochen, die zu diskutieren sind für pflegende Angehörige, und vieles mehr.

Ganz wichtig ist aber eines, und das haben wir jetzt von den Agenturen her, Qualitätskriterien für zu Betreuende, die betreuen. Hier gibt es nur eine Agentur im Burgenland, die zertifiziert ist, nur eine, bis jetzt. Das ist ein unbedingtes Muss, das in Zukunft auch in diesem Bereich Gültigkeit haben soll, aber ich denke, hier gehen wir auch im Gleichschritt mit dem Bund. Ebenso die Demenzstrategie, eine auch von uns schon in Auftrag gegebene, aber auch hier wird diese einfließen in die Arbeitsgruppen.

Systemwandel und Evaluierung. Natürlich werden wir den durchführen, Ich bin unverdächtig, ich war auch nicht beim Erstellen dabei damals. Also ich habe es dann nur - fertig übernommen - präsentieren können. Ich lebe jetzt in diesem ganzen Zukunftsplan, wobei ich bestätigen muss, und das ist jetzt vielleicht unbescheiden, ich habe es nicht gemacht, ich bin bei der Umsetzung mit dabei. Aber alles, was wir hier in diesem Zukunftsplan jetzt wiederfinden, hat sich als 100-prozentig richtig herausgestellt.

Da war nichts dabei, was jetzt irgendwer gesagt hat, das war in der Krise unbrauchbar und nicht praktikabel, also deshalb Danke an die allen, die diese Erarbeitung gemacht haben.

Das heißt nicht, dass man nicht besser werden kann, natürlich, aber das stimmt 100-prozentig. Weil alles, was in Landeskompetenz war, hat an und für sich 100-prozentig funktioniert und gepasst. Das Regelwerk für eine 24-Stunden-Betreuung kann man nur gemeinsam mit dem Bund machen, wiewohl wir sehr gerne bereit sind, auch die 24-Stunden-Betreuung in die Landeskompetenz zu übernehmen. Es war damals der ausgesprochene Wunsch des Bundes, das auf Bundesebene zu halten. Ich glaube, wir können das ganz gut.

Was kostet die 24-Stunden-Betreuung - als Abschluss - dem Burgenland? Wir sind das einzige Bundesland, das eine zusätzliche sozial gestaffelte Bezuschussung durchführt. Für die Leute, die sich vielleicht die 24-Stunden-Betreuung sonst nicht leisten könnten, sind 3,5 Millionen. 3,5 Millionen zahlen wir als 40-Prozent-Anteil gemeinsam mit den Gemeinden an den Bund, und insgesamt kostet die 24-Stunden-Betreuung rund 14 Millionen Euro pro anno in der jetzigen Fassung. Wichtig ist aber, was macht diesen Beruf, wo wir viele brauchen werden, in der Zukunft attraktiv?

Roland Fürst hat schon gesagt, die gute Bezahlung ist einmal wichtig, entscheidend, natürlich für viele Menschen, aber nicht nur, so, wie es jedem geht und auch uns, es ist entscheidend, dass wir ein attraktives Arbeitsumfeld haben.

Der Arbeitsplatz muss dementsprechend gut ausgestattet sein, die Arbeitsbedingungen müssen passen. Und deshalb, ab nächstem Jahr habe ich auch schon veranschlagt, 20 Prozent mehr Personal, Veränderung des Personalschlüssels. Das ist auch jetzt feststellbar in der Krise. Wer ist gut durch die Krise gekommen? Der, der nicht am Limit beim Personal war. Dann haben ein paar krank werden können, ein paar aus Ungarn nicht kommen können, die haben es alle geschafft.

Das sieht man auch bei den Öffnungszeiten jetzt, wenn man Besuchszeiten nach der Krise gemacht hat. Wer hat mehr Öffnungszeiten attraktiv gestaltet? Die, die mehr Personal haben. Die anderen nicht.

Dadurch sind wir natürlich bestätigt, dass eine gewisse Größe logischerweise auch natürlich ein gewisses Reservoir an Personal mit sich bringt. Also die 60er Anzahl ist keine, über die man so sakrosankt sagen kann, das ist willkürlich. Sie ist nicht willkürlich! Und auch bei der Isolierung. Wir haben es geschafft, auch in solchen Einheiten Menschen zu isolieren, die aus dem Krankenhaus hin- und herpendeln.

Also viele Vorteile, die in so einem multiplen System, das auch hier verankert wurde, vorhanden ist. Der Personalschlüssel wird dann ein Jahr später wieder um 20 Prozent erhöht. Das ist alles auf Schiene. Das heißt, dann sind wir aber dort, wo wir Personal brauchen und damit bin ich bei der Ausbildung.

Pflegelehre wird mit Ausnahme von der ÖVP von allen, so, wie es vorliegt, abgelehnt, es ist kein jetzt vorliegendes Modell - ich sage es mal so, wie es uns bekannt ist - als brauchbar empfunden, weil es eben eine zweijährige Unmöglichkeit darstellt, am Bett eben zu arbeiten, kann man nur theoretische Ausbildung machen.

Aber es gibt viele andere Modelle. So, wie das burgenländische Anstellungsmodell eines ist, gibt es aus Oberösterreich und anderen Ländern Modelle, die man sich alle anschauen muss und daher keines von Haus aus als chancenlos wegwerfen, man muss sich gemeinsam hier orientieren.

Was noch gemacht wurde, Sie sagen Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe, natürlich auch im Österreichkontext 500 Euro in dieser Zeit. Wer bestimmt, wer das bekommt? Die ARGE Hauskrankenpflege! Nicht wir! Die sagen das, wird uns dann zur Verrechnung übergeben, gemeinsame Bezahlung.

Das heißt, alles in Abstimmung, weil die Hausordnung in den Pflegeheimen eigentlich die Rechtsordnung ist. Ich gebe keinen Bescheid raus, ich mache keine Verordnung. Die Leute wissen am besten, was sie brauchen, nur damit Sie wissen, wie das eben vorgeht.

Eines, was die Bundesregierung versucht hat, nämlich die Menschen aus Rumänien, weil Sie schon sagen, wir haben es verspätet gemacht, Herr Kollege Ulram, aus Kroatien und so. Wissen Sie, was das für Flüge waren?

Das waren keine organisierten Flüge der Niederösterreichischen Landesregierung oder von wem auch immer. Das waren Rückholaktionen von Auslandsösterreichern. Da waren freie Plätze frei, dort sind dann die kroatischen Pflegerinnen drinnen gesessen, beim ersten Flug. Jetzt dürften anscheinend die Niederösterreicher einen besseren Kontakt haben zu jemandem in Wien, politisch gesehen. Die haben es gewusst, dass Plätze frei sind, wir nicht wirklich. Deshalb sind wir nicht gefragt worden.

Beim zweiten habe ich mich proaktiv beim Herrn Außenminister gemeldet, dann sind wir gefragt worden. Das war auch ein Flug, Rückholaktion, sonst wäre nämlich keine Abreise und Flugerlaubnis genehmigt geworden.

Nur damit Sie wissen, wie so etwas ist. Aber die Bundesregierung hat eines versucht: Korridorzüge aus Rumänien. 10.000, 20.000, wie viele hätten wir gebraucht? - Gekommen sind 1.000. Die Gründe sind auf der Hand liegend, das war wirklich von A-Z nicht gut organisiert und viel Risiko für die rumänischen Betreuerinnen, deshalb sind sie nicht eingestiegen und deshalb sind sie nicht gekommen, aber es ist sich trotzdem ausgegangen, mit dem Bonus sind sie geblieben.

Zwei Dinge noch, ein Dank an die Damen bei der Pflegehotline. Die haben wirklich diese erste Anlaufstelle, das Abfangnetz für viele hergegeben und sie haben wirklich geschaut, dass die Leute informiert sind.

Sie wissen, wenn man nicht aus und ein weiß und dann anrufen kann und einer sagt ihm zumindest, okay, ich helfe ihnen weiter, oder wir rufen sie zurück, oder ich weiß, wie sie eine Unterstützung bekommen.

Das ist ganz wichtig für die Leute, und deshalb bin ich diesen Damen und einem Herrn sehr zu Dank verpflichtet, weil sich diese Einrichtung als eine hervorragende herausgestellt hat. Wichtig ist auch, und da sind wir, weil wir das flächendeckend tun, bei den Testungen als einziges Bundesland jetzt schon fast durch - bis hin zu den Behinderteneinrichtungen. Das heißt, wir haben einen Plan erstellt, wen testen wir wann, hier sind wir fast durch.

Das ist beruhigend, obwohl es nur eine Momentaufnahme ist, aber ich glaube, auch hier haben wir gezeigt, dass wir unsere Verantwortung sehr wohl wahrnehmen, auch wenn es manchmal nicht unsere Zuständigkeit ist.

Es geht um die Menschen im Burgenland. Wir orientieren uns immer an den Menschen und nicht irgendwo an Zurufen von außen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Ich darf nunmehr, da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, zur Abstimmung zum 8. Punkt der Tagesordnung kommen.

Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 83, betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe, Zahl 22 - 57, Beilage 111.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst, Sie wissen, es ist ein Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Markus Ulram miteingebracht in die Verhandlung. Über diesen Abänderungsantrag des Kollegen Ulram, Kolleginnen und Kollegen würde ich gerne abstimmen lassen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag des Abgeordneten Ulram, Kolleginnen und Kollegen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Ulram, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflegeversorgung im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Ich lasse nun über den 9. Tagesordnungspunkt abstimmen.

Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 79, betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe, Zahl 22 - 53, Beilage 112.

Hier liegt auch ein Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Ulram, Kolleginnen und Kollegen vor.

Ich lasse zunächst über diesen Abänderungsantrag zum Punkt 9 abstimmen. Wer diesem Abänderungsantrag zustimmt, der möge sich bitte von den Plätzen erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Ulram, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Es erfolgt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen möchte, erhebe sich von der Bank. -

Danke. Das ist die Mehrheit. Die Entschließung - um es ganz konkret noch einmal vorzulesen - betreffend Anerkennung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gesundheits-, Pflege- und Sozialberuf ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Wir kommen zur Abstimmung über den 10. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 81, betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen, Zahl 22 - 55, Beilage 113.

Hier liegt kein Abänderungsantrag vor, daher kann ich gleich zum Antrag des Berichterstatters kommen.

Wer sich dem Antrag des Herrn Berichterstatters anschließen möchte, erhebe sich von seinem/ihrem Platz. -

Die Entschließung betreffend Aufnahme von Verhandlung zur Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**11. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 80) betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahme für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken (Zahl 22 - 54) (Beilage 114)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Damit sind wir beim 11. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 80, betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahme für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken, Zahl 22 - 54, Beilage 114.

Dazu darf ich Herrn Abgeordneten Johannes Mezgolits als Berichterstatter um seinen Bericht bitten.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Darf ich Sie bitten, das Ersatzmikro zu nehmen, es funktioniert sicher. Das Mikro des Herrn Berichterstatters ist jetzt eingeschaltet.

**Berichterstatter Johannes Mezgolits:** Der Sozialausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahme für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken in ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahmen für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Claudia Schlager beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Herr Berichterstatter. Ich darf noch einmal wiederholen, General- und Spezialdebatte in einem, und darf schon Herrn Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort erteilen.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Gleich vorweg, wir werden dem ÖVP-Antrag unsere Zustimmung geben.

Es ist so, dass dieser Antrag an das Land gerichtet ist und nicht, so, wie der SPÖ-Antrag wieder an den Bund gerichtet ist. Es heißt immer im Entschließungsantrag, die Bundesregierung möge. Das heißt, hier braucht es natürlich eine Unterstützung seitens des Landes.

Die Schutzmasken kosten nicht so viel Geld. Die Schutzmaßnahmen auch nicht. Wir haben heute schon ausführlich im Bereich der Pflege diskutiert, wie wichtig das ist,

und diese Wichtigkeit sollte dem Land natürlich sehr viel wert sein. Aktuell ist die Lage COVID-19 im Burgenland so, dass sieben Personen erkrankt sind. Aus meiner Sicht ist das null, denn wahrscheinlich haben heute zehn Leute einen Schlaganfall und Operationen und Krebsdiagnosen und so weiter und so fort.

Aber trotzdem möchte ich abschließend noch sagen, dass das Land sich hier nicht aus der Verantwortung bringen sollte.

Daher werden wir dem ÖVP-Antrag unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner** *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Abgeordnete ist Herr Abgeordneter Gerald Handig zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerald Handig** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Landtag!

Die Corona-Krise hat unser tägliches Leben verändert und alle sind wir davon betroffen. Augenscheinlich wird das ja auch hier im Landtag, indem wir auf Grund der Sitzordnung mit vergrößerten Abständen sitzen um damit Ansteckungsrisiko zu vermeiden, aber auch um damit unsere Vorbildwirkung als Politikerinnen und Politiker zu wahren.

In beinahe allen Lebensbereichen haben gesundheitliche Vorkehrungen Platz gegriffen und Schutzmaßnahmen werden eingehalten. Dazu gehören etwa die notwendigen Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen, ebenso wie das Tragen von Mund-Nase-Masken oder von Gesichtsschildern, das Verwenden von berührungslosen Fieberthermometern, von Desinfektionsmitteln und Einweghandschuhen, aber auch von Plexiglaswänden.

In den vielfältigen Angeboten im Pflegebereich und bei der Betreuung von älteren Menschen, die gesundheitlich beeinträchtigt sind, sind Schutzvorkehrungen unumgänglich. Risiken der Ansteckung müssen ganz einfach vermieden werden. Das allein verlangt schon der Anspruch einer qualitativen Pflege.

Es ist schon mehrmals angesprochen worden, und natürlich wünschen sich viele Menschen, vor allem die älteren Menschen, zuhause alt zu werden, in ihren eigenen vier Wänden in Würde zu leben und dort in entsprechender Qualität versorgt und gepflegt zu werden - und das besonders auch in Krisenzeiten wie wir sie jetzt haben und mit dem dafür erforderlichen Schutzbedarf. Dieser Bedarf kann aber auch finanzielle Aufwendungen mit sich bringen.

Mit den zu Pflegenden sind es aber auch die vielen Heimhilfen, die nicht nur direkt mit dem Menschen, sondern auch mit den Schutzmaßnahmen konfrontiert sind. Sie dürfen die Pflegenden nicht anstecken, müssen aber dennoch die Betreuung und die Pflege in der gewohnten Art, Form und Qualität fortführen.

Die Schutz- und die Begleitmaßnahmen dazu waren in deren Berufsalltag immer wichtig. Jetzt sind sie es umso mehr.

Ich möchte auch die Gelegenheit hier nützen, allen Personen, die im Pflegebereich, aber auch allen Organisationen die für den Pflegebereich tätig sind, meinen und unseren Dank auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wegen COVID-19 müssen diese Hygienemaßnahmen aber noch genauer eingehalten und mit zusätzlicher Schutzausrüstung ausgeführt werden. Und dann kommt es dazu, dass neben der körperlichen Belastung es auch zu finanziellen Belastungen führen kann, wobei natürlich auch hier die Gefahr bestehen kann - und das wurde auch heute schon thematisiert -, dass möglicherweise dafür anfallende Kosten den pflegenden Angehörigen weiterverrechnet oder auf diese umgewälzt werden.

Das Land Burgenland ist daher gefordert, besonders in diesem Bereich zu unterstützen und die Kosten für die erforderlichen Schutzausrüstungen zu übernehmen.

Das Land ist weiters gefordert, eine Vollversorgung mit Schutzmasken im Burgenland zu gewährleisten. Selbstverständlich unter Bedachtnahme auf die erforderlichen Qualitätsstandards.

Ich bin weder Virologe noch Experte und auch kein Statistiker, habe aber einen Bericht von der TU-Wien und von der ETH Zürich durchgelesen, die auf Grund von aktuellen Studien und Berechnungsmodellen vor einer zweiten Pandemiewelle im Herbst warnen.

Möge das so, wie sie das schreiben, nicht eintreffen, aber sie schreiben, dass sich diese Welle länger andauernd ankündigen wird, länger andauern wird und möglicherweise von uns allen noch viel mehr abverlangen wird als die erste Welle. Möge das so nicht kommen! Hoffen wir, dass es so nicht kommt!

Aber jedenfalls haben wir jetzt die Möglichkeit uns vorzubereiten, zu agieren. Bei der plötzlich eintretenden Welle im März des heurigen Jahres musste man ohnehin ohne oder mit wenig Vorbereitung darauf reagieren.

Ich denke, die burgenländische SPÖ-Alleinregierung ist sich ihrer Verantwortung bewusst und wird diese nicht an die Bundesregierung abschieben.

Zeigen Sie sich den Burgenländerinnen und Burgenländern als eine gut vorbereitete „Landes-Agierung“, sonst laufen Sie Gefahr, im Herbst als eine unvorbereitete „Landes-Re-Agierung“ aufzuwachen.

Der Schutz der pflegenden Heimhilfen und der zu pflegenden Menschen muss der Burgenländischen Landesregierung ein großes Anliegen sein - es muss ihr wichtig sein!

Uns als ÖVP ist es wichtig und deswegen haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht, den ich hiermit verlesen möchte:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kosten für die Schutzausrüstung für die Heimhilfe zu ersetzen. Dabei soll auf die geforderten Qualitätsstandards Bedacht genommen werden. Die Landesregierung soll zusätzlich dafür sorgen, dass eine Vollversorgung mit Schutzmasken im Burgenland gewährleistet ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Gerald Handig übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Handig, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Absatz 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Abgeordnete Mag. Dr. Roland Fürst am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ): Danke schön Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Ich glaube mit diesem Punkt runden wir das Thema Pflege ab. Vielleicht noch ein paar Worte.

Ich war in den letzten Tagen sehr viel mit Expertinnen und Experten zusammen, weil ich, ganz offen gesagt, dass mit der Maskengeschichte ist bei mir ein bisschen vorbeigegangen und ich habe mir zum Anspruch gemacht, wenn ich hier rede das ich auch fundiert Auskunft geben kann.

Und vielleicht auch nur die Botschaft - seit 15. April ist die Versorgung mit Masken in diesen Organisationen überhaupt kein Problem mehr, also das funktioniert. Das ist unisono von allen relevanten Trägern auch so bestätigt worden, seit 15. April funktioniert die Versorgung mit Schutzausrüstung vorwiegend mit Masken wirklich gut.

Das bedeutet, das Land hebt den Bedarf ein, meldet zum Bund, der Bund liefert und das ist überhaupt kein Problem mehr. Insofern denke ich, dass das ganz ein wichtiges Thema ist auch für die Zukunft, wobei ich ganz offen dieses Narrativ, dass Sie wieder da an die Wand malen von der fürchterlichen zweiten Welle, diese Angst, mit der Bitte, ja, Angst war noch nie ein guter Ratgeber ja.

Jetzt haben wir sieben Personen, wenn man dem Hans Tschürtz glauben darf, sieben Infizierte, halten wir einfach den Ball flach und orientieren wir uns an den Fakten. Klar ist, dass alle die in der Pflege arbeiten eine besondere Schutzpflicht haben, nämlich eine Schutzpflicht gegenüber den Risikogruppen, das ist ganz wichtig.

Da haben wir wirklich, das muss man einfach sagen alle zusammen, Bund, Land und Gemeinden, hervorragende Arbeit geliefert was einfach die Infektionszahlen bei diesem Risiko zeigen. Da können wir uns wirklich alle auf die Schulter klopfen die dafür verantwortlich sind. Sie haben natürlich eine Schutzpflicht gegen sich selber, das heißt die ohnehin sehr hohen Standards und Hygienevorschriften in diesem Bereich Pflege, Betreuung, aufgrund der Keimentwicklung und so was, ist natürlich noch einmal erschwerend hinzugekommen.

Fairerweise und ich sage es nur der Ordnung halber dazu, das zur Verfügung stellen von Schutzkleidung ist immer, fällt immer in die Sorgfaltspflicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber selbst. Bei Vis maior, also bei höherer Gewalt, ist das nicht anders. Das heißt, die Arbeitgeber und die Arbeitgeberinnen haben die Pflicht nach den verschiedenen Gesetzen, Arbeitsschutzgesetzen, das bereit zu stellen, das ist nur ein Hinweis, überhaupt keine Aussage.

Und was aber wichtig ist zu erwähnen und da versuche ich mich jetzt vornehm auszudrücken, was zwischen 15. März und 15. April passiert ist, da haben wir wirklich ein Problem gehabt, nämlich auch die Organisationen.

Ich habe gestern mit einem Geschäftsführer gesprochen der mir dann erzählt hat, es waren am Markt überhaupt keine Masken zu bekommen von den offiziellen Stellen nicht, und da wurde selber von China dann, und von Eigenproduktionen, und mit viel Kreativität in allen Organisationen agiert. Man muss schon sagen, das da die Bundesregierung nicht die ersten am Weltmarkt waren die das Knopferl zum Bestellen gedrückt haben, das beweisen mittlerweile auch Dokumente wie Addendum, der Falter, also all jene Medien, die bei Euch nicht auf der Payroll stehen von der COVID-Krise, die noch auch entsprechend berichten mit Dokumenten aus dem Ministerium, ganz klar belegt.

Das ist aber kein Vorwurf, sondern ich sage das auch nur ganz offen. *(Abg. Markus Ulram: Welche Zeitung steht bei der SPÖ auf der Payroll?)* Es ist kein Vorwurf, sondern in so einer Krise macht jeder Fehler und das ist auch gut so, dass man auch Fehler eingestehen kann. Ich *(Abg. Markus Ulram: Welche Zeitung steht bei der SPÖ auf der Payroll?)* wahrscheinlich hätte auch diese Fehler gemacht.

Nur was ist, und einen kleinen Rekurs zum Kollegen Kurz, das was mich stört ist nicht, dass er jetzt keine Kinder hat, nicht Haus baut, sondern dass er sich hinstellt und er sagt, er hat überhaupt keine Fehler gemacht, bis jetzt eigentlich nicht, alle anderen. Also der Kanzler aus Gottes Gnaden sakrosankt am Sonntag, wie hat er gesagt, die Unternehmer sind zu blöd, dass sie die Anträge ausfüllen, oder das Geld nicht bekommne, weil sie die Lieferadresse, die Adresse und den Namen nicht richtig schreiben können.

Also alle anderen sind immer schuld, nur er nicht. Das ist das, was mich stört, nicht seine Persönlichkeitsstruktur, die ist mir völlig egal, sondern diese unreflektierte Art und Weise wie er ein Land führt und das halte ich mittlerweile für gefährlich.

Ich komme jetzt schon zum Schluss, das bedeutet aber nicht, dass wir sozusagen uns drücken vor dieser Verantwortung, ganz im Gegenteil. Der Kollege, der Herr Landesrat Illedits hat ja das, glaube ich, ausgeführt, das ist auch Gegenstand der Tagsatzverhandlungen.

Kollege Tschürtz, soviel kostet das schon, also es hat genau einer großen Organisation in diesem einen Monat 30.000 Euro gekostet. Das ist schon relativ viel Geld. Und klar ist, dass diese Kosten nicht den Pflegenden und auch nicht den Angehörigen übertragen werden, sondern da muss eine Lösung gefunden werden, überhaupt keine Frage.

Ich verspreche auch an dieser Stelle, dass auch hier eine befriedigende Lösung für alle Beteiligten gefunden wird. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten … *(Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Herr Präsident, der Abgeordnete muss erst hinaufgehen.)* - wir warten bis der Herr Fürst wieder am Platz ist.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Handig, Kolleginnen und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Handig, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Sicherstellung und Schutzausrüstungen für die Hauskrankenpflege ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da der 12. und 13. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach die getrennte Berichterstattung über den 12. und 13. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise grundsätzlich ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

**12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 82) betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen (Zahl 22 - 56) (Beilage 115)**

**13. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 65) betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der "Corona-Krise" (Zahl 22 - 45) (Beilage 116)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Der 12. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 82, betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen, Zahl 22 - 56, Beilage 115.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Patrik Fazekas, BA.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Patrik Fazekas, BA:** Danke Herr Präsident. Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget und Haushaltsauschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram und Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram und Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Roman Kainrath beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Berichterstatter. Der 13. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer

Entschließung, Beilage 65 betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der "Corona-Krise", Zahl 22 - 45, Beilage 116.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter MMag. Alexander Petschnig.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter MMag. Alexander Petschnig:** Sehr geehrter Herr Präsident! Der Agrarausschuss und der Rechtsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der „Corona-Krise“, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Landtagsabgeordneter Gerhard Bachmann stellte einen Abänderungsantrag.

Bei der abschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Gerhard Bachmann gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Der Agrarausschuss und der Rechtsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der „Corona-Krise“, unter Einbeziehung der vom Landtagsabgeordneten Gerhard Bachmann beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Ja, uns liegen zwei Anträge vor inklusive Abänderungsanträge, wobei ich gleich auf den originellsten Abänderungsantrag eingehen will, nämlich den der SPÖ, die in ihrer Begründung wörtlich meint „die Bundesregierung ist schuld an den Umsatzeinbußen der LandwirtInnen, sie sollen das auch wieder richten.“

Jetzt ist das erstens einmal, eine komische Verkürzung der Tatsachen und zweitens, bitte mich zu korrigieren falls ich mich irre, wurden beide Pakete der Bundesregierung zu COVID also Corona-Pakete von der SPÖ sowohl im Parlament als auch im Bundesrat mitbeschlossen.

Das heißt, die Grundlage für das Schließen von Orten wie Spielplätzen, aber auch die Restriktionen bezüglich Handel und Gastronomie wurde von der SPÖ natürlich mitbeschlossen. Das heißt, wir sind alle dafür verantwortlich oder schuld daran.

So gesehen ist diese Antragsbegründung eigentlich unverständlich, aber gut. Es geht ja bei den meisten Eurer Anträgen heute in erster Linie um die Bundesregierung und nicht um das, was wir hier im Land selber machen können. Was sich die Bauern und Bäuerinnen wirklich wünschen würden, ist ein Zusammenarbeiten von Bundesländern und Bundesregierung, sodass die Probleme die aus dieser Krise, die im Prinzip niemand verantworten kann, abgemildert werden. Man kann sie ja sowieso nicht ungeschehen machen, das ist sowieso ein Ding der Unmöglichkeit.

Beide ursprünglichen Anträge haben natürlich ihre Berechtigung, wenngleich man dazu sagen muss, dass es für die landwirtschaftlichen Betriebe bereits Härtefallfonds und Fixkostenzuschüsse gibt von der Bundesregierung. Wie weit da die Auszahlung jetzt ist, weiß ich im Moment nicht, aber das dauert halt seine Zeit.

Das ist ein Problem, aber das ist ja nicht nur im Bereich der Landwirtschaft so. Und die Lage für die Landwirtschaft normalisiert sich ja langsam wieder. In welchem Bereich sich die Lage für die Landwirtschaft nicht normalisiert ist im Klimabereich, da werden wir zukünftig wesentlich mehr machen müssen. Was auch interessant ist, wir werden dem einen Antrag zustimmen und dem anderen nicht, also den Abänderungsanträgen, weil, und das ist etwas überraschend für mich selber, das ich als Biobauer und als GRÜNER hier diese Ausschließlichkeit die die SPÖ bezüglich Bio bei ihrem Abänderungsantrag einnimmt nicht unterstützen kann.

Weil, wir können nicht ein Vermarktungssystem oder eine Unterstützung von Vermarktungsplattformen fördern oder unterstützen, die rein auf Biobauern und Biobäuerinnen abzielt. Natürlich sind wir für Biolandbau, keine Frage, aber wir wollen ja die konventionelle Landwirtschaft mitnehmen. Wir wollen, dass konventionelle Landwirtinnen und Landwirte langfristig umsteigen auf Bio.

Ich glaube da sind wir eigentlich einer Meinung auch mit der Agrarlandesrätin, umso unverständlicher ist mir dieser Antrag wo man sagt, Vermarktungsinitiativen sollen nur im Bereich Bio gestärkt werden. Da können wir leider nicht mitgehen, so gern und wichtig wir die Forcierung und diese Ansicht, dass Bio langfristig das Leitbild in der Landwirtschaft ist, natürlich sehen.

Im ganzen Prozess hin zu mehr Bio ist es natürlich, um das noch einmal zu wiederholen, extrem wichtig, dass wir mehr Biobetriebe haben. Und wenn ich dann diese Ausschließlichkeit schaffe bei Vermarktungsstrategien, dann ist das eigentlich kontraproduktiv.

Wir wollen ja, dass sich hier etwas bewegt im Land, dass die Landwirtinnen und Landwirte umstellen. Am besten, weil das ja auch ein großes Thema ist, an die Bundesregierung und an die Landesregierung in den Anträgen, dass vermehrt regional bei Landwirtinnen und Landwirten eingekauft wird, dass das Beschaffungswesen, was eigentlich, no na ned, eh selbstverständlich sein sollte, aber leider nicht ist, automatisch zuerst auf regionale Produkte und natürlich auch auf Bio-Produkte zugreift und erst dann von woanders Waren holt, die noch notwendig sind.

Das ist natürlich zu unterstützen, das ist keine Frage. Wichtig wären hier langfristige Verträge, Abnahmegarantien, weil nur so können die Landwirtinnen und Landwirte, egal ob sie jetzt Bio oder nicht sind, aber aus der Region, langfristig planen.

Und ihren Anbau, das geht ja auch nicht von heute auf morgen, dass ich Produkte schaffe, langfristig auch abklären und sich einstellen auf das was gebraucht wird. Das wäre wichtig.

Das heißt, wie gesagt, wir werden dem einen, dem Antrag mit den Vermarktungsplattformen nicht zustimmen, weil uns das zu eingeschränkt ist, dem anderen Antrag werden wir sehr wohl zustimmen.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner ist der Herr Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen zwei Anträge vor, einer von der Volkspartei, einer von uns, und die sind aus meiner Sicht gut begründet, gut durchdacht, und daher sehe ich beide auch grundsätzlich als unterstützungswürdig an. Warum die VP diesen noch einmal mit Abänderungsanträgen bedenkt, weiß ich nicht, sei dahingestellt.

Aber ich teile die Auffassung des Kollegen Spitzmüller, die er soeben geäußert hat, dass die Abänderungsanträge der SPÖ, wer hat gesagt originell sind, ich würde sogar noch ein bisschen weitergehen, das sind ja eigentlich leere Worthülsen, die eigentlich nur demonstrieren, dass die SPÖ mit der Landwirtschaft gar nichts, und zwar gar nichts, am Hut hat und auch kein Interesse darin hat. Ein paar Bonmonts daraus.

Zum VP Antrag, da wird zum Beispiel gefordert im Abänderungsantrag die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Vermarktungsgesellschaft mit Verweis auf das Regierungsprogramm. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber das soll wohl irgendwie eine Spaßerklärung sein, das ist eine glatte Wiedergründung der Konsumgenossenschaft.

Wir wissen alle was das bedeutet, in ihrer historischen Form, 1978 umgebaut, große Pleite mit einer Milliarde Euro Überschuldung und mit 15.000 Arbeitslosen. Eigentlich heißt es ja, aus Schaden wird man klug, das geht aus diesem Antrag aber nicht hervor. Zum zweiten, die vom Kollegen Spitzmüller ebenfalls erwähnte Bio-Wende, die wir damals in der Regierung natürlich unterstützt haben. Grundsätzlich eine gute Idee, aber, ich kann mir nicht vorstellen, dass das Produktionsvolumen an Bio im Burgenland so groß ist, dass wir eine Versorgungssicherheit für das ganze Land gewährleisten können.

Wir werden also irgendwann einmal vor dem Problem stehen, Bio aus dem Ausland versus Konventionell aus dem Inland. Und mit Inland meine ich damit jetzt einmal das Burgenland. Mir persönlich oder wir sind der Meinung, dass Konventionell aus dem Burgenland immer noch besser ist als Bio aus dem Ausland. Das kommt dann sprichwörtlich aus dem Ausland, weiß ich nicht, aus Rumänien oder Ungarn oder woher auch immer.

Was da tatsächlich an Bio ist, weiß niemand, und das kann nicht die Intension sein, und das wird daher von uns auch abgelehnt. Zu unserem Antrag, inhaltlich in der Argumentation weitgehend übernommen, das ist in Ordnung, weil er ja ein guter Antrag ist, nur sind wesentliche Punkte sind herausgelöscht oder unkenntlich gemacht worden. Ich möchte da jetzt klar sagen, wenn man die beiden Anträge, also den Antrag und den Abänderungsantrag gegenüberstellt bedeutet das schlicht und einfach, die SPÖ will der Landwirtschaft nicht die Sozialversicherungsabgaben ersetzen. Es gibt auch keinen Alternativvorschlag.

Die SPÖ will keine Bio-Versorgung in den öffentlichen Einrichtungen des Landes garantieren. Und die SPÖ schiebt, das ist ebenfalls richtig erwähnt worden, heute schon zum wiederholten Mal, die Forderung beziehungsweise die Verantwortung einfach an den Bund weiter. Das greift zu kurz. Daher muss man sagen, leider Gottes sind die lieben Landwirte, die geschätzten Landwirte und Landwirtinnen, der SPÖ ziemlich egal. *(Beifall bei einigen Abgeordneten der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Frau Landtagsabgeordnete Dipl.Päd.DI Carina Laschober-Luif am Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Dipl.Päd.DI Carina Laschober-Luif** (ÖVP): Sehr geehrter Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher via

Livestream. Ich freue mich, heute hier im Hohen Landtag meine erste Wortmeldung zu tätigen.

Der Grund mich politisch zu engagieren ist meine Leidenschaft für die Landwirtschaft. Denn Vieles was hier drinnen beschlossen wird betrifft unsere Bäuerinnen und Bauern Vorort. Ich bin überzeugt davon, dass wir alle davon profitieren, wenn wir in unserem Land eine vielseitige und vor allem auch eine verlässliche Landwirtschaft haben und Lebensmittelproduktion.

Ja, in Zeiten von Krisen weiß man oft erst zu schätzen, was sonst so selbstverständlich ist. Was für das tägliche Leben wirklich notwendig ist, haben glaube ich, viele in den letzten Tagen und Wochen herausgefunden. Das mag für jeden ein bisschen anders aussehen, jeder braucht etwas Anderes. Aber die Versorgung mit Lebensmitteln gehört auf jeden Fall dazu.

Wir haben es unseren bäuerlichen Familienbetrieben, den heimischen Lebensmittelverarbeitern und Lebensmittelvermarkter zu verdanken, dass es während dieser Zeit zu keiner Zeit zu Engpässen gekommen ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bedanke mich herzlich bei allen jenen, die täglich dafür sorgen, dass wir uns mit regionalen und hochwertigen Lebensmitteln versorgen können. Ja vor leeren Regalen zu stehen, das kennen wir in unseren Breitengraden nicht. Und die Krise hat dennoch gezeigt, dass es sehr schnell gehen kann, dass eine solche Situation eintritt.

Wir können uns im Burgenland mit vielen Lebensmitteln nicht mehr selbst versorgen. Wir erzeugen zu wenig Milch, zu wenig Fleisch, zu wenig Gemüse, zu wenig Obst und auch zu wenig Ölsaaten und es fehlt genauso an Rohstoffproduzentinnen und –produzenten, wie auch an Lebensmittelverarbeiterinnen und -verarbeitern.

Deshalb ist es wichtig, dass wir jeden Betrieb den wir noch haben erhalten, regionale Kreisläufe wieder mehr aktivieren und somit die Eigenversorgung sichern und ausbauen. Wir brauchen intakte landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe, die langfristig auch eine Perspektive zu wirtschaften haben, und auch attraktiv für Nachfolger sind. Und wir brauchen die konventionelle Landwirtschaft genauso wie die biologische Landwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Klein- und Kleinstbetriebe genauso wie die große, schlagkräftige Landwirtschaft. Nur so ist es möglich, dass wir den Wünschen aller Konsumentinnen und Konsumenten nachkommen und den gesamten Markt bedienen. Und somit können wir letztendlich auch autark sein.

Am Ende des Tages geht es nicht nur darum, dass wir die Betriebe erhalten, sondern es geht darum, dass wir Burgenländerinnen und Burgenländer uns mit heimischen Lebens- und Genussmittel den Tisch decken können und zwar mit diesen Genuss- und Lebensmitteln, die wir gerne essen möchten und gerne genießen möchten.

Von den Auswirkungen der Corona-Krise ist neben Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern, Unternehmerinnen, Unternehmer und Gemeinden auch die Landwirtschaft und Forstwirtschaft stark betroffen. Vor allem Betriebe, die an Gastronomie und Hotellerie liefern oder ihre Produkte auf Märkten, Messen oder Veranstaltungen verkaufen, sind wichtige Umsatzmärkte weggebrochen.

Auch Höfe mit agrar- und waldpädagogischen Aktivitäten haben durch die Schließung von Schulen mit Umsatzeinbußen zu kämpfen. Der Zucht- und Schlachtrinderbereich ist massiv betroffen, da durch die Gastronomie und den Tourismus wichtige Absatzmärkte weggefallen sind.

Infolge der Corona-Pandemie sind die Holzmärkte eingebrochen und die dringend notwendige Schadholzaufbereitung wurde gestoppt. Wir, die Volkspartei Burgenland, haben in einem Startpaket für das Burgenland einen Vorschlag erarbeitet, wie es gehen kann, diese Krise gut abzufedern. Unser Ziel ist es, dass das Land Burgenland 100 Millionen Euro in die Hand nimmt, um insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebe, Landwirtinnen und Landwirte und Gemeinden zu unterstützen.

Unsere Betriebe waren in der Krise aber nicht untätig. Viele haben selber Initiativen ergriffen und sich alternative Lösungen einfallen lassen, um ihre Produkte an die Konsumentin und den Konsumenten zu bringen.

Gerade Frischware wie Gemüse kann nicht lange gelagert werden. Man bedenke, der Lockdown hat unmittelbar in einer Zeit begonnen, wo Frischgemüse gerade auf den Markt gekommen ist und durch die Schließung vieler Tourismus- und Gastronomiebetriebe die Bäuerinnen und Bauern die diese beliefern, nicht mehr absetzen konnten.

Innerhalb kürzester Zeit hat auch der kontaktlose Verkauf an Attraktivität gewonnen. Vermarktungshütten, Verkauf in Automaten oder 24-Stunden Shops oder auch die Auslieferung direkt nach Hause sind einige der Lösungen. Aber ich sehe auch in der digitalen Vermarktung ein großes Potential für die Zukunft. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung stark beschleunigt. Ich hätte nicht so bald mit dieser Bedeutung für diese Vermarktungsform gerechnet.

Durch die Vermarktungsplattformen und Versandpartner wird es möglich, große räumliche Distanzen zu überwinden und den Kundenkreis stark zu erweitern. Und somit haben unsere bäuerlichen Familienbetriebe und Direktvermarkter die Chance, mehr Kundinnen und Kunden mit hochwertigen, frischen und verarbeiteten Lebens- und Genussmitteln zu beliefern und die Wertschöpfung bleibt in der Region und wird erhöht.

Die Konsumentinnen und Konsumenten haben den klaren Vorteil, dass sie direkt beim Bauern oder der Bäuerin ihres Vertrauens bestellen können und wissen, woher der Spargel, die Wurst, der Apfel, der Wein oder was sonst auch immer, herkommt.

Dass jeder Betrieb eine eigene Plattform gründet ist wenig sinnvoll. Besser ist es, hier Angebote zu bündeln und somit auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher die direkte Bestellung attraktiver zu machen. Während der Corona-Krise haben einige private Initiatoren und Organisationen dieses Potential erkannt und damit begonnen Webseiten zu gestalten. Auch das Land sollte hier aktiv werden und diese Vermarktungsform fördern. Das würde der regionalen Landwirtschaft aus der Krise helfen und wäre auch ein zukunftsweisendes Vermarktungsprojekt.

Zum Antrag der FPÖ möchte ich sagen, dass es mich freut, dass Sie die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe unterstützen wollen. Es ist aber so, dass unsere Betriebe sehr heterogen sind, und kaum einer dem anderen gleicht, jeder hat andere Ausgangsvoraussetzungen, nicht nur in der Krise, sondern immer zu bewältigen.

Eine Aussetzung der Sozialversicherungsbeiträge für alle Betriebe sehe ich nicht als zielführend. Besser ist es zu differenzieren und jene die die Krise getroffen hat, auch ausreichend zu unterstützen. Die landes- und bundesweiten Einrichtungen mit regionalen Lebensmitteln zu versorgen ist schon ein langjähriges Anliegen der ÖVP. Wir können diese Forderung unterstützen. Der Bund geht mit gutem Beispiel voran und forciert eine 100prozentige regionale, saisonale öffentliche Beschaffung. Hier sehe ich großes Potential für die österreichischen Bäuerinnen und Bauern.

Auch das Land möchte hier ja aktiv werden. Ich würde nur darum bitten, dass neben der Forcierung biologischer Lebensmittel auch die Regionalität und Saisonalität verstärkt in den Mittelpunkt gerückt wird.

Aus den vorher genannten Gründen bringen wir zu beiden Anträgen einen Abänderungsantrag ein. Ich verlese die Beschlussformel vom ersten Antrag betreffend Förderung der digitalen Vermarktungsplattformen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bestehende Online-Plattformen aktiv zu bewerben und auch finanziell zu unterstützen und damit der regionalen Wirtschaft in der Krise zu helfen.

Weiters bringen wir einen Abänderungsantrag betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der Corona-Krise ein:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ein Unterstützungspaket für die burgenländische Land- und Forstwirtschaft unter Einbindung der Landwirtschaftskammer und aller im Landtag vertretenen Parteien zu erarbeiten und dem burgenländischen Landtag zur Beschlussfassung zuzuführen.

Dieses Unterstützungspaket für die Land- und Forstwirtschaft soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

- Nothilfe-Offensive für in Not geratene bäuerliche Betriebe
- Rinderbonus als Entschädigung für Zucht- und Schlachtrinder
- Forstpaket, damit Schadholz, das aufgrund der Corona-Krise nicht verkauft werden kann aus den Wäldern gebracht wird und zwischengelagert werden kann
- Sicherstellung des Einkaufs von regionalen und saisonalen Produkten in allen landeseigenen und landesnahen Betrieben, zur Unterstützung der verarbeitenden Betriebe und Direktvermarkter
- Förderung und Bewerbung von bestehenden regionalen Online-Plattformen, um damit der regionalen Landwirtschaft in der Krise zu helfen
- 100-Euro-Gutschein für jeden Haushalt, um die Burgenländerinnen und Burgenländer dazu zu animieren, bei örtlichen Gastronomiebetrieben, Greißlereien, Direktvermarktern, Ab-Hof-Verkaufsstellen, regionalen Betrieben, Buschenschank-Betrieben et cetera einzukaufen.

Wenn Sie dieses Paket unterstützen, dann bieten Sie unseren Bäuerinnen und Bauern eine gute Chance aus der Krise zu kommen.

Ich darf Sie einladen, diesen Abänderungsantrag mit zu beschließen. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – Die Abgeordnete Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif übergibt die Abänderungsanträge dem Präsidenten)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Die mir soeben überreichten Abänderungsanträge der Frau Landtagsabgeordneten Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen sind gehörig unterstützt, sodass sie gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen werden können.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Bachmann.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Bachmann** (SPÖ): Danke sehr geehrter Herr Präsident. Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon viel Zeit vergangen, wir haben schon viel geredet über die gröbsten Punkte zusammenfassend von den zwei Anträgen.

Die burgenländische beziehungsweise österreichische Bevölkerung stellt vielfältige Ansprüche und Anforderungen an die heutige Landwirtschaft. Die burgenländischen Landwirtinnen und Landwirte sind großteils Klein- und Mittelbetriebe, die sich für eine ökologische, gesellschaftliche und nachhaltige Agrarkultur einsetzen.

Darum ist es ganz wichtig eine Bio-Verwaltungs Gesmbh für das Burgenland zu installieren, sowie es im Regierungsprogramm 2020 bis 2025 niedergeschrieben wurde. Und das soll kein „Konsum“ werden, sondern wirklich, dass man alle unterstützt. *(Abg. MMag. Petschnig: Das wird es aber.)*

„Konsum“ ist schon vorbei, *(Abg. MMag. Petschnig: Das wird es aber.)* die Zeit. Es geht nämlich darum kurze Versorgungsketten zu schaffen und die Handelsspannen vom Produzenten, bis zum Endverbraucher so gering als möglich zu halten.

Es kann nicht sein, dass bei einem Bund Radieschen 50 Prozent dem Handel, zehn Prozent dem Fiskus und nur 40 Prozent dem Erzeuger bleiben und das ist auch was die Kollegin gesagt hat, wir müssen schauen, dass die Erzeugerin, der Erzeuger von dem leben können was sie produzieren und nicht die anderen das Geld einstreifen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir müssen, um in Zukunft weiterhin qualitative Lebensmittel zu haben, eine gesunde intakte Umwelt wo Gentechnikfreiheit herrscht, eine Dachmarke Burgenland schaffen, so wie es auch im Burgenland Tourismus ist.

Wo Burgenland draufsteht, ist Burgenland enthalten, zum Wohle unserer Bäuerinnen und Bauern und unserer Kinder. Durch die COVID-19 Krise haben unsere heimischen Landwirtinnen und Landwirte mit massiven Einkommenseinbußen zu kämpfen. Die tatsächlichen Schäden werden jetzt immer spürbarer.

Das Land Burgenland gilt als Vorzeigeland für die biologische Landwirtschaft sowie der Forcierung der Bio-Wende. Die Märkte für Fleisch und Holz und Milch brechen ein. Es wird immer weniger die Urproduktion treffen, vielmehr aber die Buschenschänken, Zimmervermieter und bäuerlichen Nebentätigkeiten. Aber es trifft alle.

Wir leisten unseren Beitrag zur Krise. Nur wo sind die Mittel, die seitens der Bundesregierung über Monate angepriesen und medial verkauft wurden? 500 oder 1.000 Euro aus einem Fonds wo es geheißen hat, „koste es was es wolle“ ist eine Verhöhnung jener auf eigene Rechnung, wirtschaftlichen Betriebe. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir machen unsere Hausaufgaben, es wäre aber nun an der Zeit, dass auch die Bundesregierung ihre macht und eine nachhaltige, unbürokratische, aber vor allem rasche Abwicklung der Unterstützung ermöglicht. Ich lade Sie ein unsere Anträge zu unterstützen und habe eine Bitte dazu. Wir wollen einen gerechten Preis für die Erzeugerinnen und Erzeuger.

Wenn der Herr Kollege Petschnig das gesagt hat, wir sind nicht gegen die Bauern und Bäuerinnen und wir wollen da auch unterstützen, aber nur das Land Burgenland kann

jetzt nichts dafür, wenn das abgedreht wurde, sondern wir versuchen was die abgedreht haben, dass wir das wieder öffnen und so gut es geht werden wir das auch unterstützen.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Wortmeldungen liegen keine vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den 12. Punkt der Tagesordnung abstimmen.

Hier lasse ich vorerst über den von Frau Landtagsabgeordneten Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen eingebrachten abgeänderten Antrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten.)*

Wir sind immer noch bei Tagesordnungspunkt 12. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 82, betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen, Zahl 22 - 56, Beilage 115.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Förderung der regionalen Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den 13. Punkt der Tagesordnung.

Auch hier lasse ich vorerst über den von der Frau Landtagsabgeordneten Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung des 13. Punktes. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 65, betreffend Sofortmaßnahmen über die burgenländischen Landwirte in der Corona-Krise, Zahl 22-45, Beilage 116.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländische Landwirtschaft im Zuge der COVID-19-Krise ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 85) betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze (Zahl 22 – 59) (Beilage 117)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Der 14. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und der Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 85, betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze, Zahl 22 - 59, Beilage 117.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Mezgolits.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Johannes Mezgolits:** Sehr geehrter Herr Präsident! Der Wirtschaftsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20.5.2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Wirtschaftsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Patrick Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Robert Hergovich beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderung, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ja, das ist so, dass natürlich der Bereich der Kurzarbeit derzeit massiv diskutiert wird. Anscheinend ist es so, dass mit Ende September die Bundesregierung der Kurzarbeit ein Ende bereitet.

Aus meiner Sicht ist das in Ordnung, denn mit Ende September, bin ich überzeugt davon, dass alle diejenigen die jetzt in Kurzarbeit geschickt wurden und vielleicht 400, 500 oder 600 Euro im Monat weniger verdienen, dass es dann genug ist. Genug ist genug.

Wir sehen selbst, dass Heimoffice, natürlich in aller Munde ist. Und Heimoffice ist natürlich deshalb sehr wichtig, weil verbunden natürlich mit Breitband das äußerst unangenehm ist, wenn es nicht funktioniert. Das heißt, ein Breitbandausbau muss natürlich auch forciert werden, sonst kann man kein Heimoffice machen in diesem Ausmaß. Ich gebe da auch bekannt, dass wahrscheinlich jeder Klubobmann aus Deutsch Schützen vom Bürgermeister ein Schreiben bekommen hat, wo drinnen steht, dass endlich einmal der Breitbandausbau forciert werden soll. Denn manches Mal können sie nicht einmal telefonieren.

Das ist aber wirklich ein Thema und daher ist es auch wichtig, dass man natürlich dort Akzente setzt und rasch und schnell Akzente setzt.

Und wie gesagt, ich bin auf jeden Fall felsenfest davon überzeugt, dass der Bereich Homeoffice massiv zunehmen wird. Das wird der Fall sein und wir bringen zu diesem Antrag einen Abänderungsantrag ein. dieser Abänderungsantrag, ich verlese die Beschlussformel, den Text brauche ich nicht verlesen, die Beschlussformel heißt:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Förderung zur Umsetzung von Homeoffice-Lösungen rückwirkend ab 1. März 2020 zu erarbeiten und einzuführen, und
2. ein umfassendes Konzept zu Homeoffice-Arbeit im eigenen Wirkungsbereich zu erarbeiten und in weiterer Folge umzusetzen.

Zur Erläuterung dieses Antrages, wie ich vorhin schon gesagt habe, also Homeoffice kann man nur dann machen, wenn man einen Breitbandausbau hat und natürlich eine Verbindung wo auch Homeoffice möglich ist.

Daher ist es notwendig seitens der Landesregierung ein Konzept zu erstellen, wo müssen wir so schnell als möglich ein Breitband ausbauen? Wo haben wir Handlungsbedarf?

Deshalb bringen wir diesen Antrag ein, um ein Gesamtkonzept zu haben im Burgenland wie weit man aktiv werden muss und wo man nicht so schnell aktiv werden muss. *(Beifall bei der FPÖ – Der Abgeordnete Johann Tschürtz übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Tschürtz und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Ich erteile nunmehr dem Nächsten das Wort und zwar ist das Herr Landtagsabgeordnete Johannes Mezgolits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johannes Mezgolits** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream! Die vergangenen Wochen waren für uns alle sehr herausfordernd. Dennoch haben wir es alle gemeinsam geschafft die Corona-Infizierten-Anzahl zu senken und konnten so unzählige Menschenleben schützen.

Gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Startpaket für das Burgenland, vorgestellt durch den Abgeordneten Mag. Christian Sagartz, wollen wir als Volkspartei das Comeback schaffen unseren Wirtschaftsstandort zu seiner alten Stärke zurückführen und sicherstellen, dass möglichst viele Menschen in unserem Land Arbeit haben.

In Zeiten wie diesen braucht es Zuversicht und natürlich viel Mut. Die Corona-Krise hat die Welt auf den Kopf gestellt und wird sie auch nachhaltig verändern. Die Bürotürme in den großen Städten könnten leer bleiben und wir, in der sogenannten Provinz, aufholen. Womöglich steht ein Megatrend vor der Tür. Dafür müssen wir vorbereitet sein. Das Wort Krise setzt sich im Chinesischen aus zwei Schriftzeichen zusammen. Das eine bedeutet Gefahr und das andere Gelegenheit und diese Gelegenheit müssen wir nun nutzen. Beim ersten Höhepunkt des Internetbooms um die Jahrtausendwende gab es unzählige Prognosen wie das Internet die Arbeitswelt verändern würde. Viele waren damals überzeugt, dass die Menschen viel mehr zu Hause arbeiten würden und das vorzugsweise im Grünen, weit weg von den Ballungsräumen.

Doch das Gegenteil war der Fall. Die Generation Internet zog es in die Städte, die großen Metropolen wuchsen weiter, während viele ländliche Gebiete, gerade auch im Süden unseres Landes, von Abwanderung betroffen waren und es immer noch sind.

Die Folge waren explodierende Wohnkosten in den Städten, vor allem für die Jungen, und eine wachsende arbeitspolitische Kluft zwischen Städter und der abgehängten Landbevölkerung. Deshalb kann ich es nicht verstehen, dass viele Initiativen und Vorschläge, die wir als Volkspartei Burgenland für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingebracht haben, weder bei der Arbeiterkammer Burgenland, noch hier im Landhaus Gehör finden.

Ich habe noch Deine Worte, lieber Robert Hergovich im Ohr, Du hast gesagt, wenn die Arbeiterkammer Burgenland gemeinsam mit dem Land Burgenland Leistungen für in Not geratene Menschen erbringt, und ich wiederhole - Leistungen für in Not geratene Menschen erbringt und einen Härtefonds einrichten würde, dann müsse man die Heizung im Winter und die Beleuchtung in der AK-Zentrale in Eisenstadt abschalten, weil man es sich nicht mehr leisten kann.

Vielleicht glaubt Ihr es mir nicht, aber ein Deutscher, der deutsche SPD Politiker Oskar Lafontaine, sagte einmal, wenn wir kein Geld haben, dann brauchen wir wenigstens gute Ideen. Anscheinend fehlt es bei der AK Burgenland an beidem. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Herrschaften, wenn das so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann hat die Mehrheitsfraktion in der Arbeiterkammer Burgenland ihre Berechtigung für die Vertretung der arbeitenden Menschen schon längst verloren, denn das wäre ein Beweis für eine fatale Misswirtschaft.

Meine geschätzten Damen und Herren, manche Prognosen von damals waren nicht falsch, sie kamen nur zu früh. Die Corona-Krise könnte nun mit einer 20jährigen Verspätung genau diesen Trend einleiten. Die Technologie hat Homeoffice seither deutlich erleichtert und die Showdowns haben gezeigt, dass zahlreiche Branchen erfolgreich dezentral arbeiten können.

In Wien wird schon befürchtet, dass die überteuerten Bürotürme leer bleiben werden, weil sich die Firmen die Kosten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Pendlerei ersparen wollen.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass die Möglichkeiten und Vorteile größer sind, als gedacht. Und gerade in einer mobilen Gesellschaft, wie der unseren, wird die Homeoffice-Option für immer mehr Menschen attraktiv.

Die Folgen wären enorm und in vielerlei Hinsicht positiv. Die explosiv gestiegenen Mieten in den Städten könnten wieder sinken, Wohnen für Jüngere leistbarer und abgelegene Regionen könnten wieder attraktiver werden. Vor allem könnte sich die

wirtschaftliche, und vor allem die gesellschaftspolitische Polarisierung, unter der die Stadtbevölkerung und der Landbevölkerung gleichzeitig leiden, wieder abmildern.

All diese Vorteile sind in der DNA eines jeden Arbeitnehmervertreters vorhanden, deshalb wäre das Burgenland mit seinem vergleichsweise hohen Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern im dörflichen Raum für eine solche Entwicklung perfekt geeignet. Und vor allem, wenn der Ausbau der Glasfasernetze rasch umgesetzt wird.

Ein Mittel zum Zweck wäre hier eine Landesgesellschaft, die diesen Ausbau endlich vorantreibt. Nun sind konkrete Taten erforderlich, nicht nur Lippenbekenntnisse, wie wir sie seit Jahren hier von der Landesregierung und dort von der Arbeiterkammer zu hören bekommen, gefragt.

Schon der gute alte Goethe sagte: Es ist nicht genug zu wissen, man muss es auch anwenden, es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun. Die burgenländische Landbevölkerung hat das Recht, die gleichen Chancen zu haben, wie die Städter. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Walter Temmel: Bravo! So schauts aus. – Heiterkeit bei der ÖVP)*

Meine Herrschaften, das Ziel muss es sein, den digitalen Fortschritt voranzutreiben. Eine gute digitale Infrastruktur sorgt für mehr Flexibilität und dafür, dass unser Land für Krisen gewappnet ist. Nur so kann unser Burgenland zu einem lebenswerten Wohn- und Arbeitsort werden.

Wegen der Corona-Pandemie haben Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Homeoffice geschickt. Es wurde still in den Großraumbüros und das vielleicht auf Dauer, denn viele Chefs gehen davon aus, dass ihre Angestellten auch nach der Krise von zu Hause ausarbeiten wollen.

Laut einer aktuellen Umfrage der Jobplattform Karriere.at sagten 72 Prozent der 600 befragten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, man will die Wahl haben, 21 Prozent gaben sogar an, am liebsten Homeoffice zu arbeiten. Das verlangt nach einer dringenden Reform von diversen burgenländischen Gesetzen, die derzeit eine sinnvolle und ökologische Planung unmöglich machen, sowie eine kräftige Förderung des öffentlichen Verkehrs mit möglichst innovativen Konzepten, so wie wir das als Volkspartei Burgenland schon mit dem Plan für das Burgenland vorgelegt haben.

Ist die Alternative zum Büro nur die große Freiheit oder führt es doch in eine individuelle Falle? Die Wahrheit liegt wahrscheinlich irgendwo dazwischen. Denn auch ohne Homeoffice arbeiten viele Menschen schon heute von zuhause aus, weil Laptops und Smartphones ja die Grenzen zwischen Privatem und Arbeit immer mehr verschwinden lassen. Für eingespielte Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen, bei denen die Abläufe klar definiert sind, kann Homeoffice eine wirkliche Option sein.

Ergreifen wir also die Chance für unser Burgenland und ziehen an einem Strang. Vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schätzen die Flexibilität und möchten die Wahl haben, ob Homeoffice genutzt werden kann oder nicht. Wir wollen weiterhin, dass die Daten pendeln und nicht die Menschen.

Um all das zu ermöglichen, meine Damen und Herren, braucht es unser aller Unterstützung. Ich fordere Sie daher auf, bis zu einer Obergrenze von 10.000 Euro, 75 Prozent der Kosten für die Betriebsausstattung für die erforderliche Hardware, Software, Schnittstellen für Klein- und Mittelbetriebe zu fördern, damit unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer auch von zuhause aus arbeiten können. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, dass der Kollege Mezgolits zu dieser späten Stunde noch ans Rednerpult schreitet, da es einen gewissen Unterhaltungswert hat.

Aber trotzdem glaube ich, muss man sagen, dass dieses Pashing über die Arbeiterkammer, dass Sie hier immer betreiben, ein plumper Versuch ist, aber Sie werden nicht zusammenbringen, dass die Menschen ein negatives Bild der Arbeiterkammer entwickeln.

Weil zu Ihrer Information, die Arbeiterkammer hat die besten Werte aller Organisationen in ganz Österreich, ex aequo nur mit der Nationalbank, dann kommt die Arbeiterkammer, dann kommt lange nichts, dann kommt die Exekutive, Gericht und so weiter. Also die AK genießt so ein starkes Vertrauen bei der Bevölkerung, dass es Ihnen nicht gelingen wird, da mit irgendwelchen Sprüchen, diese wichtige Organisation zu beschädigen.

Wissen Sie, warum nicht? Wenn Sie heute die Zeitungen lesen, dann werden Sie merken, dass ein Handwerker im Krankenstand gekündigt wurde, ungerecht gekündigt wurde und 3.500 Euro durch die Arbeiterkammer erhalten hat und das ist der Unterschied. Sie können da sagen, was Sie wollen, Fakt ist, was die dort leisten, was die für die Menschen leisten, die Probleme haben am Arbeitsmarkt, das zählt, sonst nichts. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich habe gesagt, es hat einen gewissen Unterhaltungswert. Ich sage das deswegen weil, Sie haben irgendwas daher geredet, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer jetzt alle in die Stadt ziehen und was weiß ich alles, - keine Ahnung. Die größte Stadt des Burgenlandes ist ja bekanntlich Eisenstadt, ein bissl ein größeres Dorf im Vergleich zu wirklichen Städten.

Ich möchte Sie nur informieren, dass das Burgenland jedes Jahr Zuwachs hat und keine Abnahmen. Das heißt, Leute ziehen zu uns und nicht weg. *(Abg. Patrick Fazekas: Wie viele Leute sind das?)* Nur für die nächste Rede, *(Abg. Patrick Fazekas: Wie viele Leute sind das?)* dass Sie nicht wiedererzählen, aus dem Burgenland ziehen alle weg in die Stadt, drum sage ich - Unterhaltungswert.

Homeoffice ist trotzdem das Thema. Homeoffice ist wichtig, ist überhaupt kein Thema, dass man sich darüber Gedanken macht, es ist aber ein bissl Themaverfehlung, jetzt über Homeoffice zu reden. Ich sage Ihnen warum. Weil Homeoffice eines voraussetzt, die Beschäftigung. Das ist im Moment das Problem, dass die Beschäftigung zum Großteil fehlt.

Wir haben eine halbe Million Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine halbe Million Menschen, die im Moment in Arbeitslosigkeit verweilen, die höchste Arbeitslosigkeit der 2. Republik. Eine halbe Million Menschen sind beschäftigungslos. *(Abg. Johann Tschürtz: Ja und Kurzarbeit.)*

Darüber hinaus 1,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit, also insgesamt 1,8 Millionen Menschen, die damit konfrontiert sind, dass sie Einbußen haben. Einbußen, dass sie deutlich weniger Geld zur Verfügung haben, wie noch vor ein paar Wochen. Das ist das Problem.

Es ist ja eh lieb, dass wir uns das über Homeoffice unterhalten, ist eh lieb, aber die Menschen haben ein ganz anderes Problem, dass sie ihr tägliches Leben nicht mehr

finanzieren können. 1,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit, eine halbe Million Menschen arbeitslos - das sind die wahren Probleme! *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Das stimmt. Absolut.)* Eh lieb, dass wir über Homeoffice diskutieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und dass Sie über Homeoffice diskutieren, zeigt ja, dass Sie nicht über die Arbeitslosigkeit diskutieren wollen, über die Kurzarbeit, das ist ja das Hauptproblem. Und wissen Sie, was da wieder das Problem ist?

Da geht die Bundesregierung her, macht eine riesen Pressekonferenz und kündigt marketingtechnisch an 12 Milliarden Euro werden wir in die Kurzarbeit investieren. 12 Milliarden Euro - wir lassen die Firmen, wir lassen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Stich.

Wieder so eine Situation, es wurde angekündigt, wie sieht die Realität aus? Wissen Sie was ausbezahlt worden ist von diesen 12 Milliarden Euro? Ich sage es Ihnen - 2,25 Prozent.

Und da wundert es mich nicht: Ich war dieses Wochenende in einigen Lokalen in Eisenstadt unterwegs und es dauert fünf bis zehn Minuten, dann ist der Chef bei mir und schimpft über die ÖVP bis zum „geht nicht mehr“, weil wissen Sie, was die da bekommen haben – zweimal 500 Euro! Das war es. Das ist die Realität.

Eh lieb, dass wir da über Homeoffice diskutieren, alles in Ordnung, nur die Realität schaut anders aus: 2,25 Prozent dieser 12 Milliarden Euro wurden ausbezahlt. Ich wäre nicht so hochmütig, wenn man sich nämlich die Realität anschaut.

Das Problem ist – *(Der Abgeordnete Mezgolits verlässt den Landtagssaal)* ich dürfte ihn beleidigt haben, weil er so eilig davonläuft - aber ich kann ja nichts dafür, das bin ja nicht ich, das ist sein Parteivorsitzender in Wien, der nur 2,25 Prozent auszahlt. *(Abg. Johann Tschürtz: Wieviel ist denn das in Summe?)* 223 Millionen Euro oder so, das weiß ich nicht genau, kann ich Dir aber noch genau nachreichen, von diesen 12 Milliarden Euro.

Jetzt könnte man der SPÖ vieles vorwerfen und so weiter, aber eines kann man der deutschen Bundeskanzlerin nicht vorwerfen, dass sie sozialdemokratische Ideen vorantreibt. Die hat aber heute aufhorchen lassen, indem sie gesagt hat, sie senken in der Bundesrepublik Deutschland die Mehrwertsteuer.

Also das wäre einmal eine Idee, um die Konjunktur ordentlich zu beleben, könnte man die Massensteuern senken, damit der Konsum deutlich angekurbelt wird, der Wirtschaftsmotor wieder auf Hochtouren läuft und damit Beschäftigung generiert wird. Das wäre einmal eine gescheite Idee, da bin ich schon neugierig, wie die Bundesregierung in Österreich vorgehen wird.

Ich glaube, ihr fehlt hier da die Idee, die der Kollege Mezgolits da so hoch beschwört hat. Übrigens zwei Drittel der EPU´s sind schon völlig unzufrieden mit der Lösung der Kurzarbeit. Wissen Sie warum? Weil kein Geld rinnt. Versprochen, aber nichts gehalten - das ist das Hauptproblem dabei.

Also Homeoffice ist schon in Ordnung, wir werden auch hier im Rahmen einer Digitalisierungsoffensive ein Paket schnüren, ist völlig in Ordnung. Ich sage aber gleichzeitig dazu, das kann nie einen Arbeitsplatz in der Firma ersetzen, kann für eine Krise wichtig sein, kann auch das Hin- und Herfahren hin und wieder einmal ersparen, ersetzt aber nie das Office in der Firma. Das muss uns klar sein.

Daher JA zu Homeoffice, JA zu einer Unterstützung dabei, aber gehen wir jetzt einmal wirklich die Probleme an, nämlich, dass die Menschen wieder einmal

Beschäftigung finden, dass sie Einkommen haben, dass sie ihren Lebensalltag wieder ordentlich gestalten können, das ist wichtig. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den von Landtagsabgeordneten Tschürtz und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Tschürtz und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Erarbeitung eines Digitalisierungskonzeptes ist somit vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 93) betreffend Sofortmaßnahmen für die Südburgenländischen Kellerstöckl (Zahl 22 – 67) (Beilage 118)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Der 15. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 93, betreffend Sofortmaßnahmen für die Südburgenländischen Kellerstöckl, Zahl 22 - 67, Beilage 118.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter MMag. Alexander Petschnig.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter MMag. Alexander Petschnig:** Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die südburgenländischen Kellerstöckl in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach dem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag, der einstimmig angenommen wurde.

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für die südburgenländischen Kellerstöckl unter Einbeziehung der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek** *(der den Vorsitz übernommen hat)***:** Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, dass wir hier mit der SPÖ einen gemeinsamen Antrag zusammengebracht haben. Ich glaube, die Argumentation ist logisch und nachvollziehbar.

Die Dinge, die Intention dahinter ist eine sehr positive und erfreuliche, insbesondere für alle Kellerstöcklbetreiber, weil wir im Jahr 2018 dieses neue und innovative Produkt speziell aus Strategie für das Südburgenland ins Leben gerufen haben. Das ist auf sehr positivem Widerhall gestoßen.

Es sind glaube ich, ungefähr 100 Kellerstöckl bereits entsprechend für die Vermietung freigegeben. Wir haben einen international sehr starken Partner gewonnen und das ist ein Produkt, das sehr positiv auch aufgenommen wird und eine Bereicherung für den Tourismus in der Region darstellt.

Leider, und da muss ich mich unzuständigerweise auch dafür entschuldigen, sind unter anderem diese Kellerstöckl in das Verordnungschaos der Bundesregierung im Zusammenhang mit der COVID-Krise ein bisschen unter die Räder gekommen.

Ich hoffe ganz ehrlich, nachdem ich im Jahr 2018 ja maßgeblich mit dabei war, wie wir das aus der Taufe gehoben haben, dass nicht zu viel Schaden und zu viel Verdruss entstanden ist, dass man hier weiter an dieses Angebot glaubt und nicht die entsprechende touristische Tätigkeit, also die Vermietertätigkeit dann entsprechend aufgibt.

Inhaltlich ist, glaube ich, klar, sie alle kennen die Situation der Kellerstöckl. Sie kennen die Situation baulich, Sie kennen die Situation in Ihrer Umgebung, Sie kennen auch die etwas isolierte Situation, die ja soziale Kontakte, zwar nicht unmöglich macht, aber doch sehr stark hintanhält.

Angesichts der derzeitigen Krise wäre das eigentlich das ideale Urlaubsziel, denn diejenigen, die in einem Kellerstöckl mit zwei bis maximal vier Betten wohnen, werden vermutlich genau die Familien sein, die auch zuhause in einem Haushalt wohnen und das wäre eigentlich der ideale Urlaub in Österreich, den wir ja mit viel Geld bewerben, der heuer natürlich sehr stark nachgefragt ist und wo das Burgenland auch wirklich punkten könnte.

In diesem Sinne hoffe ich natürlich und bitte auch um entsprechende Zustimmung. Es freut mich, dass wir das gemeinsam geschafft haben. Und vielleicht, wenn man sich wundert, dass es einen Abänderungsantrag gegeben hat, wir haben die Situation an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland herausgenommen.

Man muss wissen, die Nachfrage nach dieser Vermietungsform kommt sehr stark aus Deutschland, den Beneluxstaaten, aus Skandinavien, also das ist sehr stark von Nichtösterreichern nachgefragt. Das ist eine ganz eigene Gästeschicht.

Und weil diese Grenzöffnung mittlerweile bereits geschehen ist, ist diese Forderung erfüllt. Daher haben wir sie rausgenommen und im Abänderungsantrag entsprechend verarbeitet. *(Beifall bei der FPÖ und bei den GRÜNEN)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Walter Temmel** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer und Zuseher an den jeweiligen Geräten! Es ist an und für sich, weil es ein grenzüberschreitendes Projekt ist, gibt es eine schöne Geschichte dazu.

Heute vor 100 Jahren wurde der Staatsvertrag, der Friedensvertrag mit Ungarn, Trianon-Vertrag, verhandelt. Und da haben sich sechs Nachbardörfer nochmal retour verlangt nach Ungarn. Und deshalb habe ich irgendwo Vorurteile auch gegenüber kommunistischen Ansichten. Das ist ein Vorurteil.

Aber ich schätze natürlich Überzeugungen, dass heute der Kollege Fürst gesagt hat, wenn sein Großvater ein überzeugter Kommunist war, er ist jetzt Sozialist und so soll es auch sein, Überzeugungen haben. Ich schätze auch, das muss ich auch sagen, Herr Kollege Petschnig, Deine Arbeit für diese Kellerstöckl, für dieses gute Projekt, das hier verwirklicht worden ist.

Auf den selbständigen Antrag der FPÖ-Kollegen und den fast gleichlautenden Antrag von SPÖ und FPÖ, Herr Kollege Petschnig hat es ausgeführt, brauche ich nicht lange eingehen, da er zeitlich mit dem Aufsperren der touristischen Beherbergungsbetriebe mit Ende Mai anstatt wie im Antrag Ende Juni 2020 erledigt ist.

Nach einem Gespräch mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus wurde mitgeteilt, dass es keine Ausnahme für Kellerstöckl, Almhütten und Ferienhäuser gibt, da man Reisetätigkeiten aus der Stadt aufs Land aus verständlichen Gründen, wissen wir alle, tunlichst vermeiden möchte.

Aber diese beiden Anträge geben Gelegenheit, die Einzigartigkeit dieser südburgenländischen Kellerstöckl-Gebäude in Erinnerung zu rufen. Ich zitiere auszugsweise aus dem EU-Interreg-Antrag „Kellerstöckl als touristische Impulsgeber“: Viele der ehemaligen Weinkeller sind architektonisch interessant, schützenswert und leisten einen wesentlichen Beitrag zur besonderen Kulturlandschaft und zum touristischen Alleinstellungsmerkmal der Region.

Das ist ganz wichtig – Alleinstellungsmerkmal! Lediglich eine sehr geringe Zahl der historischen Weinkeller wird derzeit touristisch als Beherbergungsmöglichkeit für Gäste genutzt und als Kellerstöckl-Apartment vermittelt. Die internationale Nachfrage nach diesen regionaltypischen, besonderen Angeboten steigt.

Als Obmann von Leader Südburgenland freut es mich natürlich, dass wir damals die Eigenmittel für das Projekt des damaligen Tourismusverbandes Region Güssing unterstützt haben. Dabei wurde die organisatorische und wirtschaftliche Machbarkeitsprüfung der Kellergebäude von der Firma Conos durchgeführt.

Und ein willkommenes, wie bereits erwähnt, grenzüberschreitendes EU-Interreg-Nachfolgeprojekt, also Kellerstöckl als touristischer Impulsgeber des Naturparks in der Weinidylle mit Hilfe von RMB - auch hier hat Gerhard Pongracz wesentlich mitgewirkt - wurde entwickelt und soll bis Ende des Jahres umgesetzt werden.

Dieses EU-Projekt wird sehr großzügig mit 85 Prozent durch die EU kofinanziert. Es soll die fehlende professionelle Aufbereitung, die zentrale Buchbarkeit, Gäste-Check-In, Gästebetreuung, gemeinsame Angebotsgestaltung, den heutigen Markterfordernissen angepasst werden.

Hauptziel ist die Aktivierung von bisher nicht genutzten Weinkellern und die touristische Vermietung. Es soll die ganze Region dabei natürlich angepriesen werden, spürbar und erlebbar werden. Als Partner für die Vermarktung konnte die Firma Novasol gewonnen werden, die dieses Angebot auch international professionell vermarktet.

Ganz wichtig ist uns dabei, auch für die Zukunft, bei diesem Thema „Südburgenländische Kellerstöckl“ die Überarbeitung der sogenannten Kellerrichtlinien. Dabei geht es um die Richtlinien für Weinkellergebäude, Größe, Aussehen und so weiter in den Weinkellergebieten des Unteren Pinka- und Stremtales und anderen Weinbaugebieten des Südburgenlandes.

Diese sollen den heutigen Anforderungen angepasst werden, damit sollen noch mehr Kellerstöckl-Eigentümer gewonnen werden, ihre Gebäude um- und auszubauen, also zu investieren. Das hilft nicht nur der regionalen Wirtschaft, sondern ist auch ein weiteres attraktives Tourismusangebot und sorgt so für einen lebendigen ländlichen Raum.

Die SPÖ-Landesregierung ist hier sehr langsam. Deshalb auch mein Wunsch und meine Bitte, schnell den entsprechenden Antrag vorzulegen.

Nach Rücksprache mit einigen Kellerstöckl-Vermietern sind die Buchungen für dieses Jahr trotz Krise und so weiter sehr gut. Davon konnte ich mich auch vorgestern bei einer Führung beim Grenzerfahrungsweg in Bildein mit einer Gruppe aus Oberösterreich überzeugen. Sie sind die ganze Woche in einem Kellerstöckl im Gaaser Weinberg untergebracht und mit den zahlreichen Angeboten in der Region sehr zufrieden. Also eine ganze Woche ist sehr schön für unser Gebiet.

Mein großer Dank gilt allen Betreiberinnen und Betreibern der Kellerstöckl, dass sie solange, bis Ende Mai, durchgehalten haben und sehr sorgsam ihre Schätze und die ganze Region anpreisen. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich glaube, die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung waren im Vergleich zu anderen Staaten, wie bereits bei letzter Rede im Landtag erwähnt, sehr wichtig. Das beweisen die Infektionszahlen, sie sind massiv zurückgegangen.

Das haben wir unter anderem aber auch allen Burgenländerinnen und Burgenländern zu verdanken, die sich an die notwendigen Maßnahmen der Regierung gehalten haben. *(Abg. Johann Tschürtz: Nur der Bundeskanzler nicht!)*

Jetzt gilt es, zusammenzuhalten, *(Abg. Johann Tschürtz: Der Bundeskanzler hat sie vergessen.)* damit wir gemeinsam das Comeback schaffen. Ich rufe nochmals in Erinnerung, die Bundesregierung investiert 38 Milliarden Euro, das sind 46 Prozent eines Jahresbudgets. Das Burgenland investiert mit rund 30 Millionen Euro und einem Jahresbudget von 1,36 Milliarden gerade 2,2 Prozent.

Wir, seitens der Landes-ÖVP, fordern ein Startpaket mit 100 Millionen Euro für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Betriebe, Landwirtschaft und Gemeinden. 100 Millionen Euro wären rund sieben Prozent des burgenländischen Budgets, so, wie in anderen Bundesländern auch.

Beim Projekt Kellerstöckl halten alle beteiligten Kellerstöckl-Anbieter, Verantwortliche im Tourismus und des Landes, parteiübergreifend zusammen. Diesen Zusammenhalt erwarte ich mir jetzt auch in der Aufarbeitung dieser Corona-Krise.

Ich bin überzeugt, dass wir es gemeinsam schaffen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Hutter** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ja heute schon so viel Negatives, so viel Schlechtes über das Burgenland berichtet wurde, dass alles so langsam geht, das haben wir auch vorher wieder gehört, freut es mich natürlich, dass zu diesem gegenständlichen Tagesordnungspunkt betreffend die Kellerstöckl, über die wir jetzt diskutieren, dass die schon mit 29. 05. 2020 wieder aufsperren konnten. Im ursprünglichen Antrag war ja noch der 30. 06. 2020 drinnen. Das hat sich mittlerweile Gott sei Dank bereits geändert.

Diese Kellerstöckl, die könnten in Österreich bei „Neun Schätze - neun Länder“ ohne weiteres jeder Zeit das Burgenland vertreten. Genauso auch wie in Purbach die Kellergasse oder viele andere touristische Ausrichtungen im Burgenland. Wir haben ganz tolle Dinge, die wir vorweisen können.

Die Kellergasse mit der einmaligen Landschaft, mit der tollen Kulinarik, ist auch ein wichtiger touristischer Motor im Südburgenland und ist ganz wichtig. Wir haben es vorher gerade gehört vom Kollegen Petschnig, mittlerweile sind hier an die 100 Kellerstöckl, die hier in viel Liebe hergerichtet wurden und auch vermietet werden.

Jetzt müssen wir uns darüber bewusst sein, dass natürlich diese Corona-Krise auch dort massiv eingeschlagen hat. Vielleicht wird es dort der eine oder andere auch nicht mehr schaffen, dass er aufsperren kann.

Gerade die Gastro-Szene ist ganz stark betroffen. Wir kommen dann im nächsten Punkt eigentlich dazu und da werde ich, das hebe ich mir für den nächsten Punkt auf, da ich der Redner bin.

Förderungen speziell zur Ankurbelung der Wirtschaft aufgrund der Corona-Krise, das ist ein Riesenthema, natürlich auch für die Gastronomie. Es hilft nichts, wenn wir hier nur so fadenscheinige Lösungen machen, sondern hier muss wirklich massiv mit Direktgeld geholfen werden, was die Hotellerie und die Gastronomie betrifft.

Hotels werden zwar, wenn man sich damit beschäftigt, die werden so in vierziger Sprüngen gebaut und geplant. 40, 80, 120, 160, das ist die Zahl, die sich umlegt vom Personal zu den Gästen, wo es am vernünftigsten ist zu wirtschaften. Jetzt ist es natürlich klar, dass man hier anders aufpassen muss als bei Kellerstöckeln, wo zwei Personen, maximal vier Personen drinnen sind.

Daher muss man auch darauf schauen, dass auch gerade in der Zukunft, wenn man solche Dinge wieder einschränkt, dass man hier differenziert.

Eine weitere Forderung in diesem Antrag, die wir natürlich auch unterstützen, zu 100 Prozent, ist auch, dass man eine adäquate Entschädigung aus dem Härtefallfonds auch für nichtgewerbliche Zimmervermieter, die keine verpflichtende Mitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer Österreich haben, eingeht und auch diese unterstützt.

Ich glaube, das sind wir unseren Klein- und Mittelbetrieben, der sehr gut aufgestellten, sehr differenzierten Gastronomie hier im Burgenland schuldig, dass wir hier massiv unterstützen.

Daher werden wir diesen Antrag natürlich auch unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke schön! Ich kann es ziemlich kurz machen, weil die Vorredner und -rednerinnen eigentlich schon sehr viel gesagt haben. Ich möchte mich gerne einreihen in den Lobgesang der Kellerstöckl, auch deswegen, weil ich glaube, dass da sehr viel Potential drinnen steckt.

Erstens ist das sanfter Tourismus, zweitens ist es etwas Besonderes. Es gibt immer mehr Urlaubende, die nicht dieses 08/15-Programm im Sommer oder auch im Winter machen möchten, sondern etwas Besonderes.

Und im Kellerstöckl wohnen, das kann man nicht irgendwo in Italien oder in Kroatien, sondern das kann man im Südburgenland und da haben wir, wie der Kollege Temmel, glaube ich, war es, auch gesagt hat, ein Alleinstellungsmerkmal.

Ich glaube, dass sich das langfristig ein bisschen einreihen kann in eine gewisse Symbolhaftigkeit für das Südburgenland, so, wie es jetzt die Windkraftanlagen, der Neusiedler See und der Storch sind, für das Südburgenland dann der Uhudler und die Kellerstöckl. Das zusammenzufassen und hier das vielleicht drumherum noch auszubauen, ist sicher eine Riesenchance für das Burgenland, für das Südburgenland.

Wir können diesen Antrag daher nur unterstützen. Vielen Dank für die Vorarbeit dafür. *(Beifall bei der SPÖ, FPÖ und bei den GRÜNEN)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Ich warte, bis Sie den Platz erreicht haben.

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist einstimmig.

Die Entschließung betreffend Sofortmaßnahmen für Kellerstöckl im Südburgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

**16. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 86) zur Belebung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19- Pandemie (Zahl 22 - 60) (Beilage 119)**

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Wir kommen nun zum 16. Tagesordnungspunkt. Dies ist Bericht und Abänderungsantrag des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 86, zur Belebung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19- Pandemie, Zahl 22 - 60, Beilage 119.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Johann Tschürtz:** Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des

Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Belebung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19-Pandemie in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, Mai beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Abgeordneten Hutter gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Abgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Belebung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19-Pandemie unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Gerhard Hutter beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erster Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Konjunkturbelebung ist nun das Thema, das auf der Tagesordnung steht, kurz, die FPÖ will mit ihrem Antrag einfach jedem österreichischen Staatsbürger 1.000 Euro geben, egal ob jemand Millionen hat oder gar nichts.

Die mit Scheinen gefüllte Gießkanne wird über dem Volke ausgeschüttet, auch über jene, die eh Millionen haben, die sollen dann aus der Staatskasse auch noch Geld bekommen. Der Gedanke dahinter ist, dass dies die Konjunktur beleben würde, weil der Tausender in Konsum in Österreich gesteckt würde. Ob diejenigen, die schon viel Geld haben und reich sind, das jetzt wirklich brauchen aus dem gemeinsamen Steuertopf, das lässt sich doch sehr kritisch hinterfragen.

Aber ich frage mich natürlich auch, wie soll denn das gehen? Es geht darum, *(Zwischenruf des Abg. MMag. Alexander Petschnig)* ja, es geht darum sozusagen, den Konsum nur in Österreich zu gewährleisten. Werden die Scheine markiert oder gibt es eine Börselkontrolle an der Grenze? Gibt es Scheinausgabestellen, an denen dann auch gleich wieder konsumiert werden muss?

Also diese krampfhafte Fokussierung innerhalt der österreichischen Grenzen und es gibt noch eine stärkere krampfhafte Fokussierung auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, die macht einiges nicht nur unsinnig, sondern auch schwierig.

Aber wenn sie diese Scheine austeilen wollen, dann bitte aufpassen bei der Scheinübergabe, dass kein Baby dazwischen grapscht und sich den Geldschein holt. Wir wissen ja, dass das durchaus vorkommen soll. Solche Missgeschicke passieren sogar Ministerinnen.

Was besonders originell ist, die FPÖ geht davon aus, dass nur österreichische Staatsbürger, ich brauche nicht gendern, weil die FPÖ möchte eh nur österreichischen

Staatsbürgern in Österreich diesen Schein geben. Geht also davon aus, dass nur diese in Österreich konsumieren und damit die Wirtschaft beleben würden.

Das ist schon ein bisschen ein Humbug, denn alle, die hier leben, arbeiten, wirtschaften, konsumieren, zahlen in ein Steuersystem ein, aber rausbekommt nur jener, der einen Staatsbürgerschaftsnachweis hat. Das ist eine sehr interessante Verteilung von jenen, die einzahlen, zu einer bestimmten Gruppe - weiß, männlich natürlich -, zumindest ist hier nur von den Staatsbürgern die Rede. Was ist mit jenen, die im Ausland leben und österreichische Staatsbürger sind? Kriegen die dann auch den Tausender? Aber den müssen sie aber trotzdem in Österreich ausgeben. *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: So ist es!)* Das heißt, sie müssen nach Österreich fliegen oder fahren. Ja, okay, es ist lustig, aber Sie merken selber, Ihr Konzept hat noch einige Haken.

Liebe FPÖ, eines muss man Euch lassen, Ihr seid offen, Ihr seid ehrlich, Ihr tragt in Eurem Antrag Euren Nationalismus und auch unterschwelligen Rassismus zur Schau. *(Heiterkeit des Abg. MMag. Alexander Petschnig)*

Ihr versucht gar nicht zu verstecken, dass Ihr das Geld aller für eine nach nationalistischen Kriterien ausgesuchten Gruppe ausgeben wollt. So etwas leistet aber dem Aufleben faschistischer Denkweise Vorschub, und so etwas ist von Parteien, *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Jetzt reicht es aber.)* die sich auf friedliches Zusammenleben von Menschen gleicher Würde und gleichen Werts in einem Staat setzen, absolut abzulehnen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

So, was macht jetzt die SPÖ draus? Sie spricht nicht über das, also es geht noch immer um Konjunkturbelebung, die SPÖ macht einen Abänderungsantrag. Das wissen wir, aber dass im Abänderungsantrag jetzt nicht unbedingt darauf eingegangen wird, was im Antrag steht. Was kommt hier? Sie spricht auch nicht von dem kolportierten und bislang völlig am Landtag vorbeijonglierten 30 Millionen Euro-Paket der Landesregierung.

Das wäre jetzt eigentlich, finde ich, ein sehr passender Ort, weil es geht ja um Konjukturbelebung, sie wendet sich wieder an die Bundesregierung, wir kennen das Spiel, wir haben das heute schon ein paarmal diskutiert.

Diesmal verschwimmen aber die Grenzen von sauberer, parlamentarischer Arbeit und Parteimarketing deutlich, und das ist nämlich an jenem Punkt für mich schon sehr klar, sie sprechen nämlich in ihrem Beschlusstext immer wieder von CORONA-HeldInnen, denen ein bestimmter Lohn gezahlt wird beziehungsweise sollen CORONA-HeldInnen steuerfreie Einmalleistungen in der Höhe von 1.000 Euro als Zeichen der Wertschätzung ihrer Tätigkeit verteilen.

Das klingt jetzt wirklich gut und ist auch wirklich nett, aber bitte, wer sind ganz konkret und genau die CORONA-Helden und CORONA-Heldinnen? Ich kenne viele CORONA-Heldinnen und -helden. Zum Beispiel meine Nachbarin, die ihre Kinder betreut, während sie Homeoffice machen muss und die Kinder müssen auch noch im Home Schooling betreut werden. Diese Frau mit den zwei Kindern, eines davon im Kindergarten, ist für mich eine Heldin, weil sie das wirklich gut auf die Reihe gebracht hat.

Oder sind das die Personen, die bei der Müllabfuhr arbeiten? Also unsere Müllfahrer, die nach einer kurzen Pause bereits unterwegs waren.

Oder sind es die vielen Selbständigen, die zwar ohne Aufträge jetzt über die Runden kommen mussten, aber gleichzeitig ehrenamtlich zum Beispiel bei einer Tafel Essenslieferungen getätigt haben? Das sind alles Helden und Heldinnen.

Ein Begriff, der nicht wirklich definiert ist, und ein Begriff, der nur sozusagen als Marketingbegriff jetzt hier herhalten kann, weil man eigentlich nicht weiß, wer gemeint ist, taugt nicht dazu zu sagen, die sollen jetzt alle einen bestimmten Betrag bekommen.

Das heißt, wir sehen hier die Unsauberkeiten und die Unschärfen. Wir könnten uns damit beschäftigen, was wir im Land wirklich noch verbessern könnten. Was wir aber wissen, es gibt noch Unwegbarkeiten beim Zugang zu Förderungen aus verschiedenen Ebenen, ich habe es heute schon bei der Fragestunde kurz angesprochen.

Wir erinnern uns auch an den Beschluss der letzten Sitzung, die Landesregierung solle an die Bundesregierung herantreten, sie möge Doppelförderungen möglich machen. Ich weiß es nicht, ist sie herangetreten? Vielleicht weiß jemand etwas von den Kolleginnen und Kollegen aus der SPÖ dazu. Wir wissen es nicht.

Wir können auf Landesebene aber selbst handeln, denken wir an die vielen kleinen Betriebe im Burgenland, die während des Lockdowns keine Einnahmen hatten, aber bestehende Fixkosten hatten. Da eine Doppelförderung für die Fixkosten für die Zeit des Lockdowns in der Bundesrichtlinie ausgeschlossen ist, werden jetzt wahrscheinlich die meisten Unternehmer den Fixkostenzuschuss des Bundes übernehmen, weil der halt besser dotiert ist und gerade für alle von Schließungen und Totalausfällen betroffenen Unternehmen auch deutlich günstiger ist.

Da die WiBuG die Förderanträge aber für den Landeszuschuss bereits behandelt hat, das wurde ja heute auch schon referiert vom Landesrat, und die Arbeitsleistung bereits angefallen ist, wäre es eben eine Möglichkeit zu schauen, in den Fällen, wo diese Förderung im Land nicht in Anspruch genommen wird, stattdessen einen Aufsperrbonus auszuzahlen.

Das heißt, das sind Betriebe, denen wurde ja schon zugestanden, dass sie zu Recht eine Förderung bekommen. Die Frage ist jetzt: Finden wir einen Weg, dass diese Förderung sozusagen in eine andere Widmung hineinfallen kann? So könnte das eine Auszahlung sein als Bonus, wodurch Umsatzausfälle nach den drei Monaten, die von der Bundesseite gefördert werden, abgefedert werden können. So könnte man Probleme auf Landesebene lösen.

Und ich sage es Ihnen ehrlich, mir ist jetzt lieber, wir würden im Landtag kleine konkrete Schritte beschließen, die aber auch wirklich umgesetzt werden, die wirklich in unserem Wirkungsbereich sind, als immer nur immer große Botschaften auszuschicken und dann können wir nicht einmal nachprüfen, hat die Landesregierung die vielen Aufträge des Landtags, mit der Bundesregierung zu verhandeln, auch wirklich umgesetzt. Das ist oft nur ein „Brieferl nach Wien schreiben“, aber mehr ist das meist nicht.

In den kommenden Landtagssitzungen erwarte ich mir daher von der Landesregierung, dass sie Rechenschaft abgibt über all die Aufträge, mit denen sie seitens des SPÖ-Klubs meistens versorgt wurde, weil die SPÖ hat ja hier all die Anträge eingebracht, wo die Landesregierung an die Bundesregierung herantreten soll.

Also ich erwarte mir hier eine Rechenschaft darüber, in welcher Weise und mit welchem Erfolg die Landesregierung an die Bundesregierung herangetreten ist.

Um wieder zum Thema des ersten Antrags zu kommen, die Belebung der Konjunktur, nun da gibt es ja auch schon klare Ansagen und ich habe es schon öfter hier auch proklamiert und ich möchte es heute noch einmal an dieser Stelle sagen, wenn es um Konjunkturunterstützung geht, wir müssen uns aus der Krise heraus investieren, indem wir in den Klimaschutz investieren.

Die GRÜNEN tun damit auch etwas und wir fördern etwas und können offensichtlich auch immer mehr davon überzeugen, etwas, das einer Greenpeace in Auftrag gegebenen Erhebung zufolge 84 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher wollen, zumindest 84 Prozent von 500 Befragten, aber es ist doch eine kleine repräsentative Gruppe.

84 Prozent der Befragten geben an, dass bei allen Investitionen einem grünen Wiederaufbau der Vorzug zu geben ist. Also wir sehen, Klimaschutz bringt Konjunktur und Klimaschutz hat Konjunktur und das ist die gute Botschaft des Tages.

Wer konzentriert zugehört hat, falls das noch möglich ist, nach diesen Stunden des intensiven Austauschs hier, wird leicht erkennen, dass wir weder dem Antrag der FPÖ noch dem Abänderungsantrag der SPÖ zustimmen können. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! In aller Kürze, um was geht es? Es geht nicht darum, dass irgendwelche Millionäre eine Unterstützung bekommen, sondern es geht darum, dass man die Bevölkerung entlastet und dadurch sogar die Wirtschaft ankurbelt.

Frau Abgeordnete, Sie haben gesagt, das ist eine krampfhafte Oppositionierung. Ich würde es anders benennen. Es ist seitens der GRÜNEN eine krampfhafte Ablehnung einer wirklich guten Idee. Denn warum wollen Sie nicht, dass jeder Burgenländer 1.000 Euro bekommt? Also jedes Familienmitglied 1.000 Euro bekommt? Wenn du jetzt eine Familie hast mit zwei Kindern sind es 4.000 Euro. Diese 4.000 Euro pro Familie sind bis Jahresende in Österreich oder im Burgenland dann einzulösen.

Das ist ein riesiger Konjunkturaufschwung. Das muss man sich einmal wirklich vorstellen. Das heißt, es bringt den Familien enorm viel und es bringt natürlich auch der Wirtschaft viel, das ist eine Initialzündung für die Kaufkraft, das ist aus meiner Sicht eine direkte Hilfe für die Wirtschaft, denn es muss ja bis Jahresende eingelöst werden.

Man kann natürlich zu allem negativ stehen oder positiv. Aber das wäre eine Initialzündung, wo man seitens des Bundes sagt, Milliarden gibt man dafür aus. Also diese Milliarden, diese acht, neun Milliarden Euro, also die würden wirklich extrem und sofort in der österreichischen Bevölkerung ankommen.

Der Kaufanreiz für alle Österreicher wäre da. Das muss man dann einlösen. Man hat selber was davon als Familie. Die Wirtschaft wird angekurbelt. Also warum nicht? Als wenn ich jetzt groß, *(Zwischenruf der Abg. Mag.a Regina Petrik)* ich verstehe auch jede Ablehnung, aber ich bin wirklich davon felsenfest überzeugt. Ich will gar nicht wissen, wie viel die AUA bekommt, Großkonzerne, wie viel Geld die kriegen.

Warum kann man nicht wirklich intensiv sich bemühen, die Bevölkerung so zu entlasten und damit auch natürlich die Kaufkraft in die Höhe bringen? Es würde auch darum gehen, dass burgenländische Betriebe gestärkt werden, dass burgenländische Arbeitsplätze wieder geschaffen werden.

Das Burgenland aus meiner Sicht würde total profitieren, also wirklich profitieren. Daher muss ich sagen, aus meiner Sicht ist dieser Antrag in Ordnung, der ist dann wirklich nicht populistisch, darum kann man das natürlich so oder so sehen.

Also ich glaube, dass das ein Riesenmehrwert für unsere burgenländische Bevölkerung wäre. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste ist Frau Abgeordnete Melanie Eckhardt MSc zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Melanie Eckhardt MSc** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich gerne noch von vorher auf etwas zurückkommen mit der Kurzarbeit.

Ich kann Ihnen sagen - als Unternehmerin und aus der Praxis -, es ist so, dass natürlich diese Summe nicht auf einmal ausbezahlt wird. Die, die genehmigt wird, wird natürlich erst im Nachhinein ausbezahlt.

Das heißt, die Firmen, die Unternehmerinnen und Unternehmer, beantragen, nachdem wie viele Arbeitsstunden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet haben, das wird dann verrechnet, und das wird dann eingereicht, und dann kommt erst das Geld.

Das heißt, jetzt kann man einreichen für die Löhne vom Mai. Es dauert aber nicht sehr lange, ich weiß das aus der Praxis von vielen Kolleginnen und Kollegen, es dauert so zirka, wenn man es wirklich gleich nachher einreicht, also gleich nach Einreichung dauert es zirka um die sieben bis acht Tage, und dann ist das Geld am Konto.

Bis Juni ist ja diese Summe eigentlich gedacht. So hätte ich es verstanden und so würde es eigentlich auch funktionieren. Und das weiß ich wirklich. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich weiß wirklich aus der Praxis, dass es funktioniert - wirklich -, also das kann ich Ihnen so sagen. Zurück zu unserem Antrag oder zu unserem Thema. Die vergangenen Wochen haben unser Leben massiv verändert. Es ist eine gesundheitspolitische Krisenbewältigung und es hat einschneidende Auswirkungen auf Menschen, Betriebe und auf die Arbeitsplätze. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die betrieblichen Umsätze sind natürlich eingebrochen und eine Million Menschen sind in Kurzarbeit und wir haben sehr viele Arbeitslose. Eigentlich so viele Arbeitslose wie noch nie.

Aber auch sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer stehen vor großen Sorgen. In dieser herausfordernden Zeit ist erst vielen klargeworden, welche ursächliche Funktion die Wirtschaft, die Unternehmerinnen und Unternehmer erfüllen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Unternehmerinnen und Unternehmern bedanken. Das ist wirklich, sie leisten sehr Großes und versuchen alle, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und wirklich gute Arbeit zu leisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Denn man muss auch mal sagen, ohne funktionierende Betriebe, ohne lebendigen Arbeitsmarkt, läuft auf lange Sicht gar nichts.

Es gibt keinen öffentlichen Haushalt, es gibt kein AMS-Geld, es gibt keine Bildung. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gemeinsam das Wirtschaftssystem wieder in Gang bringen. Viele Betriebe haben jetzt fast keinen oder sehr wenig Umsatz und ringen ums Überleben.

Eine zusätzliche Kostenbelastung, wie den Einheitslohn zu verlangen, ist eine Betriebsanleitung für den Zusammenbruch der Wirtschaft. Derartige Forderungen waren schon vor der Krise falsch und sind jetzt nahezu oder gänzlich absurd.

Ich bin der Meinung, eine andere Strategie ist notwendig. Es braucht eine zügige und wirksame Konjunkturförderung auf allen Ebenen. Es braucht eine sofortige, spürbare Lohnnebenkostensenkung. Das heißt, mehr Netto vom Brutto für die Arbeitnehmer, und es ist auch gleichzeitig eine Entlastung für die Arbeitgeber.

Wir müssen jetzt alles tun, um die Arbeitsplätze zu retten und sie nicht künstlich zu verteuern. Es geht darum, Konjunktur im Land zu beleben. Und das beste Instrument ist, wenn Land und Gemeinden investieren, Projekte vorziehen und regionale Unternehmen beschäftigen, denn das ist das beste und treffsicherste Konjunkturbelebungsprogramm. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zur Ankurbelung der Wirtschaft muss auch das Burgenland seinen Beitrag leisten und alle stark betroffenen Branchen unter die Arme greifen. Ein Bündel an finanziellen Unterstützungen ist zur Entlastung und als Anreize des Konsums in der Region notwendig. Durch das Gemeindepaket vom Bund, und hier sind wir sehr dankbar, dass die Bundesregierung mit der Gemeindemilliarde flächendeckend Geld zur Verfügung stellt und jeder individuell investieren kann.

Unsere Gemeinden brauchen gerade jetzt eine rasche und unbürokratische Hilfe. Für die Wirtschaft fordern wir vom Land in unserem Startpaket für die burgenländischen Unternehmer 45 Millionen Euro. Eine Investitionsoffensive des Landes. Dabei soll insbesondere die regionale Wirtschaft durch Umsetzung und Vorziehung von baureifen Projekten wie Straßen oder Bau unterstützt werden.

Die Volkspartei fordert Investitionen in der Höhe von 350 Millionen statt für das Jahr 2020 bereits vorgesehenen 321,7 Millionen. Für den Tourismusbonus ist es begrüßenswert, dass unser Vorschlag in abgeschwächter Form von dem, also Urlaub im Burgenland, mit 75 Euro umgesetzt wurde. Ich persönlich freue mich, weil ich einen Familienurlaub im Burgenland gebucht habe.

Unser Vorschlag wäre aber der 100 Euro-Gutschein für jeden Haushalt. Ich bin der Meinung, oder es haben auch viele zu uns gesagt, sie können sich heuer gar keinen … *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* - 100 Euro pro Haushalt im Burgenland -, es können sich ja auch viele gar keinen Urlaub heuer leisten. So wäre das halt super mit dem Motto „kauft burgenländisch!“, dann kann man sich auch aussuchen, ob man ins Gasthaus geht, zur Greißlerei, zum Direktvermarkter, zur Ab-Hof-Stelle oder zu den regionalen Betrieben. Man kann hier ganz gezielt den Nahversorger und die kleinen Betriebe unterstützen.

Weiters fordern wir eine Entlastung für die stark betroffene Tourismusbranche. Hier soll der Tourismusförderungsbeitrag von den Betrieben heuer nicht eingehoben werden, und die Ausfälle soll das Land an die Tourismusverbände ersetzen.

Ich kann nur nochmal betonen und Sie bitten, die Wirtschaft sind wir alle gemeinsam, die Unternehmerinnen und Unternehmer, gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber vor allem Sie als Kundin oder Kunde. Denn Sie als Kunde haben es in der Hand, wo Sie hin einkaufen gehen, wen Sie unterstützen.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, bitte gehen Sie zu den heimischen Betrieben, egal ob es der Frisör, das Gasthaus oder der kleine Bäcker ist. Das ist das, was wir uns wünschen als Betriebe und das als Unternehmerinnen und Unternehmer. Das ist das Einzige, das zählt. Wir wollen nämlich unsere Produkte verkaufen oder unsere Leistungen anbieten, und wir wollen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll beschäftigen und sie gut bezahlen. Das ist nicht das Thema. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sorgen wir gemeinsam für ein Comeback der burgenländischen Wirtschaft, und gemeinsam werden wir das auch schaffen.

Wir haben hierzu einen Abänderungsantrag eingebracht. Ich darf die Beschlussformel vorlesen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ein Unterstützungspaket für die burgenländische Wirtschaft unter Einbindung aller im Landtag vertretenen Parteien zu erarbeiten und dem Burgenländischen Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieses Unterstützungspaket zur Konjunkturbelebung soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

- Eine Investitions-Offensive für baureife Projekte (Straßen, Bau, etc.) vorziehen, indem das Investitionsbudget auf 350 Millionen Euro angehoben wird, um vor allem die regionale Wirtschaft zu unterstützen.
- Die Offenlegung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen und Kredithaftungen im Rahmen des 30-Millionen-Euro-Pakets an Unternehmen (nach Betriebsgröße und Höhe des Zuschusses).
- Einen 100-Euro-Gutschein für jeden Haushalt, um die Burgenländerinnen und Burgenländer zu animieren, bei regionalen Nahversorgern einzukaufen.
- Auf die Einhebung der Tourismusförderungsbeiträge von den einzelnen Betrieben in diesem Jahr zu verzichten.
- Die Einnahmen-Ausfälle durch die Krise den einzelnen Tourismusverbänden zu ersetzen.
- Eine Förderung von neuen und Bewerbung von bestehenden regionalen Online-Plattformen, um den regionalen Handel anzukurbeln.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – Die Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Frau Abgeordnete. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Melanie Eckhardt, MSc, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Hutter am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Hutter** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich natürlich, dass hier zu diesem Tagesordnungspunkt jetzt auch zwei Unternehmer sprechen, aus der Sicht auch des Unternehmers gesehen.

Wir haben ja diesen Tagesplan, wir hatten einen ähnlichen Tagesordnungspunkt bereits im letzten Landtag. Da ging es um die Abfederung der durch die Covid-Maßnahmen basierenden Einbrüche und jetzt haben wir die Unterstützung.

An und für sich ist ja das für mich, da sind ja sehr viele Parallelen. Weil das Geld, das wir hier aufwenden, das ist ja für beide Tagesordnungspunkte eigentlich relevant.

Was mich nur ein bisschen verwundert, ist, wie man immer wieder auch argumentiert. Vieles, das heute hier gesprochen und gesagt wurde, das würden wir sofort

unterschreiben. Niemand hindert die ÖVP und die GRÜNE Regierung, das auch umzusetzen, was sie gemacht hat. Niemand!

Da wird, das haben wir auch letztens schon gesagt, in der Ankündigung ist man da wirklich Weltmeister. In der Umsetzung schaut es relativ schlecht aus. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und da gibt es natürlich schon viele Punkte. Denn diese KMUs, diese Klein- und Mittelunternehmen, die hier wirklich vor dem Nichts stehen, wenn man denen jetzt erzählt von, eine Doppelförderung ist nicht möglich. Meine Herrschaften, es gibt konkrete Fälle, ich erzähle Ihnen jetzt einen im Speziellen, von einem Unternehmer in Wiesen, von der Bogner Veranstaltungs GmbH, da arbeiten vier bis fünf Personen, die haben 1.500 Euro aus dem Härtefonds bekommen. Sonst nichts!

Erklären Sie dem jetzt, dass der nichts mehr bekommt vom Land Burgenland, weil es gibt keine Doppelförderung.

Andere Unternehmer, die wir heute schon mehrfach gehört haben, was bekommen die? Die bekommen 500 Euro. Wie sollen die mit dem Geld überleben, gibt es keine Doppelförderung? Koste es was es wolle! Meine Herrschaften, wie soll das funktionieren? Klar ist, dass sich alle verschulden, ob Bund, Land und Gemeinde. Da nimmt das Land Burgenland 30 Millionen in die Hand und möchte fördern. Und dann hört man hier, ja, kann man nicht auszahlen, funktioniert nicht über die WiBuG. Es funktioniert sehr gut über die WiBuG. Nur, warum es langsamer geht, wurde ja heute auch schon mehrfach hier genannt.

Denn die Unternehmer warten natürlich, weil wenn sie diese Förderung seitens des Landes in Anspruch nehmen, dann fallen sie beim Bund durch. Die bekommen das nicht, und das ist für sie existenziell.

Wir haben da eine, das war in der „Kronen Zeitung“, war ganz ein guter Bericht auch, und zwar wurde da wieder einmal angekündigt, das 500 Millionen Euro-Paket für die Gastronomen. 200 Millionen Euro in diesen 500 Millionen Euro sind darin begründet, das ist die zehnprozentige Reduktion auf antialkoholische Getränke, die ausgerechnet in diesem Jahr sich Gesamtösterreich die Gastronomen ersparen können.

Aber noch besser ist es dann, wenn es heißt, höhere Essensgutscheine von 4,40 Euro auf acht Euro. Jetzt erklären Sie mir bitte, was bringt das dem Wirten, ob der mit Geld zahlt oder mit einem Essensgutschein? Das bringt dem doch nichts! Der braucht jetzt Geld, damit er dort überleben kann. Dann steht da großartig herinnen, Gastronomiebetriebe bis 7.000 Einwohner ersparen sich 62 Prozent an Steuern. Gastronomiebetriebe in kleineren Gemeinden ersparen sich 76 Prozent an Steuern.

Jetzt würde mich interessieren, wie viel 76 Prozent von nichts ist. Das ist nichts. *(Abg. Johann Tschürtz: Von nichts ist nichts. – Heiterkeit des Abg. Johann Tschürtz)* Das geht nicht. Also das ist wirklich eine Ankündigung, das ist keine Umsetzung, das hilft keinem einzigen Gastronomen, keiner einzigen Hotellerie und das haben wir vorher gerade gehabt, beim vorherigen Tagesordnungspunkt, die sind die, die am meisten betroffen sind. Die muss man unterstützen.

Damit komme ich kurz auch zu diesem Abänderungsantrag seitens der ÖVP - zur Entlastung der stark betroffenen Tourismusbranche sollen dieses Jahr die Tourismusförderungsbeiträge nicht eingehoben werden, um den einzelnen Tourismusverbänden die Ausfälle vom Land Burgenland zu ersetzen.

Ja, unterschreiben wir, passt, gehört gemacht. Aber das hilft den Gastronomiebetrieben nicht. Der nimmt nichts ein. So muss man dort unterstützen, dass man die auch wirklich fördert. Jetzt sind wir beim Thema Lohn, weil das heute auch schon mehrfach gefallen ist. Wir wollen keinen Einheitslohn. - Wir auch nicht. Wir wollen einen Mindestlohn haben, ja? Einen Mindestlohn, den wir definiert haben mit 1.700 Euro.

Und ich bin Unternehmer seit 30 Jahren, und ich habe 25 Mitarbeiter, das habe ich schon mehrfach hier erzählt, und ich sage Euch, das ist möglich. Es ist schwierig in gewissen Branchen, keine Frage. Da muss man an ein paar Rädchen drehen, aber es wurde auch heute schon hier genannt, und ich glaube ehrlich, irgendein SPÖ-Vertreter muss bei der ÖVP im Klub drüben gewesen sein und muss einen Vortrag gehalten haben.

Ich habe das heute schon mehrfach gehört, diese Forderungen, die eigentlich die ureigensten SPÖ-Forderungen sind: Mehr Netto vom Brutto. *(Abg. MMag. Alexander Petschnig: Ich war es nicht. - Zwiegespräche und Heiterkeit in den Reihen der Abgeordneten)* Du warst es nicht, Robert? Mehr Netto vom Brutto. *(Abg. Melanie Eckhardt, MSc: Es geht darum, dass sie weniger kriegen.)* Ja! *(Abg. Melanie Eckhardt, MSc: Die Mitarbeiter sind super bezahlt, aber der Unternehmer kann sich nicht mehr leisten.)*

Ja, aber genau um das geht es, weil Unternehmer muss man arbeiten lassen und es ist schwierig, es ist in gewissen Bereichen schwierig, keine Frage. Aber, in viel mehr Bereichen ist es möglich, wo wir uns nur zurücklehnen und sagen, es geht nicht. Diese kurze Anfrage hier, das Land macht nur Ansagen, aber setzt nicht um, also meines Wissens nach ist dieser 1.700 Euro Mindestlohn im Land umgesetzt und in der Umsetzung. Da muss man jetzt wieder aufpassen, da gibt es jetzt die einzelnen Betriebe, also hier wird das bereits gemacht. Was heißt, das Land sagt, und tut nichts? Das stimmt ja nicht! Also es gibt viele Dinge, die hier bereits im Laufen sind und die gut laufen.

Es ist auch ein Thema mit diesem Arbeitslosengeld. Ich glaube, niemand, der jetzt in der Arbeitslosen ist, ist freiwillig und gerne in der Arbeitslosen. Das ist eben einfach dieser Krise geschuldet. Daher ist es auch nicht verständlich, und daher ist es auch eine massive Forderung von uns, dieses Arbeitslosengeld von 55 Prozent auf diese 70 Prozent zu erhöhen und das auch zumindest einmal bis zum Ende dieser Krise zu erhöhen. Weil auch die müssen, die kämpfen um jeden Euro. Die haben Verpflichtungen, die sind Kredite eingegangen. Hier geht es wirklich um Existenzen.

Jetzt noch zum Abschluss der 1.000 Euro-Bonus für Corona-Helden und -Heldinnen. Ja, es ist jetzt nicht so einfach zu definieren, aber ich glaube, das wird jetzt nicht die Schwierigkeit sein, ich glaube, dass man das relativ rasch umsetzen kann.

Aber natürlich sind es die Leute im Pflegepersonal, natürlich sind es die, die sich jetzt die ganze Zeit darum gekümmert haben, dass die ganze Infrastruktur aufrechterhalten bleibt. Die sind die, denen das zusteht. Und dafür werden wir uns auch einsetzen. Ich glaube, wir ziehen da eh alle an einem Strang, wenn wir sagen, die Betriebe gehören unterstützt, die Gemeinden gehören unterstützt und die einzelnen Personen gehören unterstützt.

Das ist klar, nur der Zugang ist manches Mal ein anderer, und daher ist es abschließend für mich unverständlich, dass man hier von Doppelförderungen redet. Denn was der Bund hier alles ankündigt, aber nicht umsetzt, das ist auch ein so ein eigenes Thema.

Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Es hat sich noch einmal der Herr Berichterstatter MMag. Alexander Petschnig zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Herr Präsident. Vielleicht zur kurzen Berichtigung, ich melde mich zum ersten Mal, also nicht zum wiederholten Male. *(Abg. MMag. Alexander Petschnig verstellt die Höhe des Mikrofons, das am Rednerpult angebracht ist.)* Aber ich glaube, die Stimme ist eh halbwegs gut ausgeprägt, sodass ich hoffentlich verständlich bin.

Ich möchte mich als einer der Mitverfasser dieses Antrages natürlich auch zu Wort melden und das eine oder andere hier hinzufügen, weil mich - ganz ehrlich gesagt - eines schon wundert, wie man ein einfaches und seriöses und ganz einfach umzusetzendes Konzept zerreden kann. Und wie es eigentlich ja die Debatte hier gezeigt hat, jedem spuken irgendwelche Vorstellungen im Kopf herum, die einen mögen effizienter oder effektiver sein, die anderen weniger, aber Faktum ist, dass man so wohl nie auf einen gemeinsamen Zweig kommen wird.

Dieses Konzept ist ganz einfach umzusetzen, es gibt auch Praxisbeispiele, in Österreich, in Gemeinden, es wird auch auf Länderebene da und dort gefordert, und das wundert mich, was das für eine kontroversielle Debatte wird.

Aber eingangs vielleicht die eine oder andere Korrektur. Die geschätzte Abgeordnete Petrik, also Wirtschaftspolitik mit Rassismus zu vermengen, da hast Du Dich ein bisschen im Ton vergriffen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Warum tut Ihr das? Na, dann tut es nicht!)* Also das geht eindeutig daran vorbei. Du musst sie an irgendwas festmachen, ich kann nicht sagen, alle unbeschränkt Steuerpflichtigen, wir haben es halt an den Staatsbürgern festgemacht, die Schnittmenge wird relativ hoch sein. Also ich glaube, das geht zu weit.

Und zum Zweiten, weil es da heißt, die Bundesregierung, auch jetzt vorhin wieder, das ist ja toll und die schützt die Unternehmen, die unterstützt die Unternehmen. Ich habe es heute an den Landesrat Illedits schon gefasst in einer Anfrage.

Von 38 Milliarden - Wirtschaftsförderung reden wir jetzt -, von 38 Milliarden Euro, die angekündigt worden sind, sind 464 Millionen Euro zum Stichtag der letzten Nationalratssitzung ausbezahlt worden. Das sind bitte 1,22 Prozent - nach drei Monaten. Das ist keine Erfolgsgeschichte!

Und da kommt genau das raus, was gerade der Abgeordnete Hutter gesagt hat, der eine bekommt 500 Euro, der andere kriegt 700 Euro und der Dritte kriegt ausgerechnet, dass er wahrscheinlich zu blöd ist, seinen eigenen Namen hinzuschreiben. Oder die ganzen Argumente, die wir aus den Medien kennen. Also lustig ist das nicht, das muss ich schon ganz ehrlich sagen.

Zur Ausgangsproblematik: Es steht zu befürchten ein massives Einbrechen des Konsums. Der Klubobmann Hergovich hat vorhin gesagt, 1,8 Millionen Menschen sind betroffen, entweder von Arbeitslosigkeit oder von Kurzarbeit, wo man nicht weiß, wie das weitergeht. Natürlich werden die ihren privaten Konsum zurückfahren. Das ist ja überhaupt keine Frage.

Genauso werden dann die Unternehmen ihre unternehmerische Investitionsnachfrage zurückfahren weil, warum soll ein Unternehmen investieren, wenn keiner das „Zeugs“ kauft. Nur um das Lager aufzufüllen, wird auf Dauer zu wenig sein. Daher ist es so, es gibt ja viele Maßnahmen, die sinnvoll sind, Steuersenkungen,

Lohnnebenkostensenkungen, und so weiter. Das Problem ist, das wirkt halt alles erst relativ langfristig. Wenn man eine Senkung einer Lohn- und Einkommenssteuer vornimmt für das heurige Jahr, dann kriegt man die irgendwann einmal im Sommer 2021 ausbezahlt. Da bin ich mir nicht sicher, ob das der richtige Zeitpunkt ist, um dieser Krise, die wir jetzt brauchen, wirksam entgegenzutreten.

Daher haben wir eben ein Konzept, das ist ja kein Konzept der FPÖ, das kommt von einem Nobelpreisträger namens Milton Friedman übernommen, welches sagt, es soll jeder einer großen Gruppe - wir haben halt alle Staatsbürger genommen - einen pauschalen, im Inland auszugebenden und befristet gültigen Gutschein bekommen. Die Technik, das umzusetzen, ist total einfach, und zu erwarten steht natürlich, dass damit eine Hebelwirkung entfaltet wird.

Weil wenn man jedem Österreicher, jeder Österreicherin 1.000 Euro gibt, und, ich weiß ja nicht, die einen fahren auf Urlaub, die anderen kaufen sich ein Auto oder investieren in den Hausbau, oder sonst irgendwo. Da steht ja nicht zu erwarten, dass die genau bei 1.000 Euro aufhören, sondern werden vermutlich dann darüber hinaus investieren, und damit regt man natürlich das ganze „Werkl“, den ganzen Kreislauf, wieder an.

Was mich freut, ist, dass wir mit dieser Forderung nicht allein sind. Das haben ja andere auch schon erkannt. Das hat zum Beispiel - glaube ich - der ÖGB auf Bundesebene gefordert, oder zumindest etwas, was in eine sehr ähnliche Richtung geht. Die ÖVP Burgenland fordert es mit den oder wir ja auch, also es ist eine gemeinsame Forderung, dieser 100-Euro-Gutschein auf Landesebene, finden wir auch sehr gut.

Es gibt in Wien diesen Gastronomiegutschein in Höhe von 50 Euro, in Ordnung, die schränken es auf eine bestimmte Branche ein.

Es gibt in St. Pölten einen Gutschein von 20 Euro, es gibt in der Landeshauptstadt Klagenfurt einen Gutschein von 40 Euro, und es gibt jetzt von der SPÖ seit neuestem einen Übernachtungsgutschein im Burgenland von 75 Euro.

Bei den Details bin ich da nicht ganz der Meinung, weil Burgenländerinnen und Burgenländer kaum drei Nächte oder mehr im Burgenland nächtigen werden. Wir wissen, dass die durchschnittliche Nächtigungsdauer bei 2,3 liegt, wir wissen, dass Burgenländer in sehr geringen Ausmaß nur im Inland, damit ist das Burgenland gemeint, touristisch tätig sind und insofern wird da wahrscheinlich der Ausnutzungsgrad relativ gering sein.

Also da wird wahrscheinlich ein fünfstelliger Betrag reichen, um diese Aktion zu begleichen, aber, und das habe ich auch in der Aussendung geschrieben, der Weg geht einmal in die richtige Richtung. Zwar nicht allzu weit, aber er geht in die richtige Richtung.

Und siehe da, sogar die GRÜNEN in Niederösterreich haben eine ähnliche Aktion für die Landesebene gefordert. Also Sie sehen, das ist keine FPÖ-Aktion, sondern das ist auch eine sinnvolle Aktion, die wir jetzt tunlichst brauchen.

Im Übrigen, noch zu dem Gutschein - ich weiß nicht, ob ich das richtig gelesen habe, aber auf der Webseite der SPÖ steht, „gewerbliche Betriebe“, also die Kellerstöckl, die wir vorher alle gelobt haben, werden davon ausgenommen. Vielleicht kann man das ein bisschen noch nachbessern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Johann Tschürtz: Das wäre ja ein Wahnsinn. Das gibt es doch gar nicht. Das wäre ja ganz arg. - Abg. Verena Dunst: Oh ja, du kriegst es.)*

Also einen vernünftigen und plausiblen Grund gibt es dagegen nicht, und daher bin ich - ich meine, man sieht es ja jedes Mal - aber ein bisschen verwundert über den Abänderungsantrag oder die Abänderungsanträge, die da hereingekommen sind.

Zu dem von der SPÖ: Die Erläuterungen und die Analyse ist wieder zielgenau, das können wir wirklich eigentlich 1:1 unterschreiben, über weite Strecken sehr gut formuliert, aber dann wird schon wieder vom eigentlichen Thema abgelenkt, weil da geht es nicht mehr um diesen Gutschein und um die Konjunkturbelebung jetzt, sondern da geht es darum, dass man Steuerpolitik mit Kollektivvertragsverhandlungen vermengt.

Natürlich, in letzter Konsequenz haben die Arbeitnehmer mehr in der Tasche, das weiß ich schon, aber unmittelbar im Zusammenhang steht das nicht.

Dann sagt man auch Abgabensenkungen. Ja, auch mit der Mehrwertsteuer, da bin ich schon der Meinung, kann man halt nur hoffen, dass das auch weitergegeben wird. Da gibt es im Übrigen ganz andere Instrumente, die man da ziehen könnte, könnte man sich vielleicht einmal unterhalten darüber.

Aber auch da ist natürlich Skepsis geboten, und das ist ja bei den Wirten gemacht worden, dass die ja bis zum Ende des Jahres - glaube ich - nur die halbe Mehrwertsteuer auf alkoholfreie Getränke zahlen. Man wird sehen, wie groß dieser Belebungseffekt ist. Ich fürchte, dass das ein Nullum sein wird.

Das Dritte, der Verweis auf die 1.700 Euro, ja eh, wir haben das fürs Land ja gemeinsam beschlossen, für die Privatwirtschaft würde ich wirklich darauf drängen, dass man da die Sozialpartner, und in dem Fall den Gewerkschaftsbund, verhandeln lässt. Ich glaube, die sind sehr nahe dran an den Betrieben, Robert Hergovich, Du weißt das ganz genau, und verhandeln da sehr sorgfältig und sehr umsichtig.

Ich glaube, Österreich wird für dieses Modell ja auch beneidet. Daher weiß ich nicht, warum man denen immer ausrichtet, sie sollen doch bitte höhere und stärkere Forderungen stellen.

Vielleicht noch eines, was auch immer wieder kommt. Diesen Gutschein an alle auszuzahlen, ja, bitte, natürlich. Das ist ja kein Sozialtransfer. Darum geht es in diesem Fall gar nicht, sondern es geht darum, dass die Menschen animiert werden, weil das eben mit einem Verfallsdatum behaftet ist, dieses Geld auch auszugeben und dieses Geld auch in den Kreislauf zu bringen.

Dem Wirten wird es wurscht sein, ob der, der kommt und bei ihm endlich konsumiert, Millionär ist, oder eben nicht. Also ich glaube, dass diese Differenzierung in diesem speziellen Fall hier danebengeht.

Also, wie gesagt, ich hoffe, dass man, egal wie wir heute hier abstimmen, dass wir irgendwann einmal auf Bundesebene erleben können, dass das umgesetzt wird.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es insbesondere im Herbst, wenn bestimmte Maßnahmen auslaufen, diese ganzen Stundungen von Zahlungen für die Unternehmen und andere Hilfsaktionen, die es jetzt zurzeit noch gibt, wenn die einmal auslaufen werden und obendrein die saisonale Arbeitslosigkeit dazukommen wird, dann werden wir sehen, was die Corona-Krise wirtschaftlich wirklich bedeutet.

Ich glaube, da werden wir ganz dringend solche Rezepte brauchen. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den von der Landtagsabgeordneten Melanie Eckhardt, MSc, Kolleginnen und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Melanie Eckhardt, MSc, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur im Zuge der COVID-19-Pandemie, ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**17. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 87) betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen (Zahl 22 – 61) (Beilage 120)**

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Der 17. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 87, betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen, Zahl 22 - 61, Beilage 120.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Wolfgang Sodl:** Danke Herr Präsident. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen in ihrer 02. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, den 20. Mai 2020. beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Berichterstatter. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Herzlichen Dank Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Es geht um Photovoltaik.

In Wien gibt es in Kürze eine Photovoltaikpflicht für Wohnbauten, in Baden-Württemberg eine Verpflichtung für Nicht-Wohngebäude. Also verschiedene Orte, Gemeinden, machen unterschiedliche Schritte, teilweise genau umgekehrt, aber wichtig ist, es passiert etwas.

Wir schreiben jetzt das Jahr 2020, wir sind mitten in der Klimakrise drinnen. Wir haben viele Jahre der Freiwilligkeit gehabt, diese Zeit ist für uns vorbei, weil wir einfach dringend einen massiven Ausbau von Alternativenergien brauchen. Wir haben das im Bereich Windkraft sehr gut geschafft, der nächste Schritt wäre das auch in der Photovoltaik zu schaffen.

Letztendlich ist geplant bis 2040, weil wenn es nach der Bundesregierung geht, bis 2050 wenn es nach dem Land Burgenland geht, Klimaneutral zu werden und das ist wichtig und notwendig. Ich glaube darüber besteht wohl kaum ein Zweifel.

Es ist auch erfreulich, dass die Energie Burgenland hier vor kurzem den Anspruch gestellt hat die Nummer 1 bei Photovoltaik zu werden. Das ist sehr gut, aber ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir diese große Chance die Photovoltaik bietet nämlich, dass fast jeder, oder sehr viele Menschen, hier ein Teil dieser Ausbauoffensive der Energiewende des Klimaschutzes sein können, voll nutzen können.

Und das sollen auch Betriebe sein, das sollen Supermärkte sein. Wir wollen das auf Parkplätzen ab einer bestimmten Größe, wir haben hier jetzt einmal 50 Parkplätze vorgeschlagen, dass das verpflichtend kommt.

Warum hat das seine Vorteile? Erstens einmal, das habe ich eh schon gesagt, damit einfach hier wirklich massiv etwas weitergeht, damit wir die Klimaziele erreichen. Wenn wir so weiterstottern wie wir es bis jetzt gemacht haben, wird das nicht möglich sein und weil es einfach ökonomisch und ökologisch klug ist.

Gerade bei Supermärkten, Industrieanlagen, ist es ja so, dass die meistens den größten Kühlbedarf haben, wenn es am heißesten ist, das heißt, wenn die meiste Sonne scheint. Wenn ich jetzt diese Photovoltaikanlage am Dach habe, dann kann ich diesen Strom gleich direkt auch verwenden.

Das heißt, ich brauche keine 380 KV-Leitung, sondern ich kann ihn gleich direkt verwenden. Und darin steckt eben der große Vorteil, wenn man hier massiv ausbaut und hier auch eine Verpflichtung einfordert von den Betrieben, weil es ja letztlich zu ihren Gunsten auch ist.

Wie eindringlich die Klimakrise ist beziehungsweise wie dramatisch zeigt sich eigentlich jeden Tag, an dem uns neue Meldungen erreichen, an dem neue Forschungsstudien aufgehen. Ich will hier nur auf einen Punkt der Dramatik eingehen und zwar geht es da von Wanderbewegungen von Tieren.

Wir haben laut einem Forschungsbericht massive Wanderbewegungen hin in kühlere Regionen von vielen, vor allem Meerestieren, weil die natürlich am leichtesten wandern können. Denen wird es zu warm in ihrem angestammten Gebiet und deswegen müssen sie kühlere Bereiche aufsuchen. Auch bei Insekten und Vögel kann das beobachtet werden, sehr stark beobachtet werden.

Die Landbewohner tun sich da etwas schwerer, weil meistens von Menschen gemachte Barrieren im Wege sind, aber auch bei denen kann man erkennen, dass es diese Wanderbewegung gibt.

Ich bin schon darauf eingegangen, dass es wichtig ist, dass hier bei diesem Photovoltaikausbau jeder, oder auch sehr viele Menschen persönlich daran teilhaben können. Warum ist das so wichtig?

Bei der Windkraft ist es nicht möglich. Ein Windrad kann ich mir nicht in den Vorgarten stellen, das wäre auch etwas kontraproduktiv, aber bei der Photovoltaikanlage geht das auf irrsinnig viele Dächer. Und warum das so wichtig ist, auch psychologisch ist, weil dadurch mehr Bewusstsein geschaffen wird.

Der Strom kommt eben nicht einfach aus der Steckdose, sondern der muss erzeugt beziehungsweise umgewandelt werden. Und natürlich ist man mehr bei der Sache dabei, wenn man Teil von dieser erneuerbaren Energie Flow-Wende ist und deswegen müssen wir schauen, dass wir auf viele, viele Dächer jetzt schon versiegelte Flächen die Photovoltaikanlagen draufkriegen.

Wenn wir das alles voll haben, dann können wir darüber diskutieren, ob wir wieder einmal auf der grünen Wiese riesige Photovoltaikanlagen machen. Wenn das dann noch notwendig ist, können wir gerne darüber diskutieren.

Aktuell ist das meiner Meinung nach zu früh, wir warnen deswegen auch davor. Deswegen ist das auch ein Punkt in unserem ursprünglichen Antrag hier zu stark auf Freianlagen zu setzen. Möglich, dass wir sie langfristig brauchen, jetzt noch nicht.

Wir haben ausreichend asphaltierte, betonierte Flächen wo wir Photovoltaikanlagen draufsetzen können und die Notwendigkeit ist, glaube ich, für jeden gegeben.

Ich habe versucht im Vorfeld mit dem Kollegen Sodl hier vielleicht hier einen gemeinsamen Antrag zu machen. Die SPÖ ist hier leider rein für die Freiwilligkeit, wir sind eben für die Verpflichtung. Kompromiss konnte hier leider keiner gefunden werden. Deshalb tun wir uns hier so schwer dem Abänderungsantrag zuzustimmen, obwohl der Punkt 3 für uns in Ordnung wäre.

Der Punkt 1 und 2 sind für uns in dem Jahr 2020 nicht mehr möglich, das hätten wir im Jahr, ja, 20 Jahre früher überlegen können. Da hätten wir noch genug Zeit gehabt. Die Zeit fehlt uns jetzt. Deswegen haben wir eben unseren Antrag ganz massiv auf diese Verpflichtung gesetzt.

Es werden nach wie vor leider Einkaufszentren, Supermärkte, auf der grünen Wiese gebaut. Wenn das schon passiert, dann finden wir es notwendig, dass dort zumindest verpflichtende Photovoltaikanlagen als Schatten, oder am Flachdach der Anlagen gebaut werden sollten.

Ich glaube, dass wir früher oder später nicht drum herumkommen werden. Früher wäre gescheiter gewesen, nämlich heute. Das ist nicht möglich, das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Schade drum.

Wir werden daher dem Antrag nicht zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneter Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Walter Temmel** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuseher an den verschiedensten Geräten! Im Unterschied zum Wolfgang Spitzmüller und der GRÜNEN Fraktion stimmen wir selbstverständlich hier zu.

Nicht nur dem Vorschlag der GRÜNEN hätten wir zugestimmt, sondern auch dem Abänderungsantrag der SPÖ Regierungsfraktion.

Der Ausbau der Photovoltaik soll durch Festlegung von Eignungsstrukturen erfolgen. Finanzielle Anreize für den Ausbau von Photovoltaikanlagen für Neu- und Ausbauten von Gewerbeobjekten, Einkaufszentren beziehungsweise die Nachrüstung von derartigen Gebäuden sollen geschaffen werden, sowie auch regionale Energiegemeinschaften gefördert werden.

Ich kann mich etwas anfreunden mit dem Kollegen Spitzmüller, dass auch diese ganzen Einkaufszentren wirklich auch mit Photovoltaik versehen werden.

Die Förderung seitens des Bundes über Antrag auf der Homepage bei der ÖMAG ist eigentlich sehr gut. Zusätzlich zu einer Investitionsförderung von 30 Prozent der Kosten haben mit 250 Euro pro KW Peak beschränkt, gibt es noch eine Einspeisetarifförderung von 7,67 Cent pro KW.

Bei der Landesförderung gibt es ebenfalls 30 Prozent der förderfähigen Kosten mit maximal 2,75 Euro pro KW Peak, aber keinen garantierten Einspeisetarif. Es gibt dabei keine Doppelförderung, die Bundesförderung ist vorrangig zu nutzen, wie bei so manchen Förderungen.

Ein weiterer Unterschied ist, dass bei der Bundesförderung auch größere Anlagen ab fünf bis 200 KW Peak gefördert werden und bei der Landesförderung bis zu einer Höchstleistung von fünf KW Peak, also ideal für einzelne Haushalte. Also insgesamt ein wirklich sehr gutes Angebot für alle Interessierten die eine Photovoltaikanlage errichten wollen.

Wir, als ÖVP, waren und sind bei der Forcierung von erneuerbaren Energie immer Vorreiter und Kämpfer. Ich erinnere an die ökosoziale Marktwirtschaft unseres ehemaligen Vizekanzlers Josef Riegler, die noch heute sehr aktuell ist, oder an Landesrat Paul Rittsteuer mit der Umsetzung der ersten Biomasseanlagen. Und nicht zu vergessen mit der Gründung der Klima- und Energiemodellregion durch Bundesminister Niki Berlakovich.

Gerade diese von den Gemeinden und Regionen geführten Klima- und Energiemodellregionen sind sehr wichtig, da viele ökologische Klimamaßnahmen dadurch verwirklicht wurden und noch immer werden unter dem Motto - Global denken und lokal handeln.

Eines der ersten dieser Klima- und Energiemodellregionen ist das Ökoenergieland, also wo ich auch einige Jahres, dankenswerter Weise, Obmann sein durfte. Das sind jene Gemeinden, mittlerweile schon 19 Gemeinden, rund um Güssing, inklusive der beiden Gemeinden Badersdorf und Kohfidisch aus dem Bezirk Oberwart, sowie Heiligenkreuz aus dem Bezirk Jennersdorf.

Hier gibt es mittlerweile 410 Photovoltaikanlagen mit 5.475 KW Peak Leistung, also rund 5,5 Megawatt, oder 31 Prozent, aller im Südburgenland installierten Photovoltaikleistung. Dabei werden zirka 2.000 Tonnen $CO^2$ pro Jahr eingespart, also wirklich eine beachtliche Summe. Eine herrliche zukunftsweisende Politik zum Wohle der nächsten Generation.

Beachtlich ist auch dabei, dass fast die Hälfte aller installierten Photovoltaikanlagen im Ökoenergieland durch das EEE, also die Europäische Erneuerbare Energie in Güssing, direkt initiiert und mit Partnern umgesetzt wurde.

Obwohl es in anderen Modellregionen weniger Prozentanteile gibt, sind aber auch diese Regionen mit den Mitgliedsgemeinden ein wichtiger Motor und Schrittmacher zur Umsetzung der Klimastrategie des Landes und Bundes, sowie zur Erreichung der Klimaziele und des Pariser Abkommens.

Deshalb ist es auch wichtig, dass die Gemeinden in der Erstellung von Eignungszonen miteinbezogen werden und auch für Gemeindegebäude eine eigene Unterstützung erhalten. Weiters begrüßen wir selbstverständlich den Vorschlag, dass Bürgergesellschaften auch gefördert werden.

Wichtig ist uns auch dabei, wie in der letzten Periode gefordert, dass Anlagen bis zu einer Leistung bis 200 KW Peak, derzeit sind es nur 10 KW Peak und eine Fläche von bis zu 1.500 Quadratmeter genehmigungsfrei werden. Diese Verwaltungsvereinfachung sollte rasch umgesetzt werden. Um die Klimaziele zu erreichen werden wir alle Arten der erneuerbaren Energieträger brauchen, auch die Biomasse die von der SPÖ – Regierungsfraktion, haben wir heute wieder gehört, sehr stiefmütterlich behandelt wird.

Das ist auch sehr wichtig. Warum ist das wichtig? Es scheint nicht immer die Sonne und es weht nicht immer der Wind, wo gerade dann die Biomasse als Überbrückung einer geregelten Stromversorgung jahrein, jahraus mit erneuerbaren Energieträgern deshalb sehr wichtig ist. Hier gibt es Handlungsbedarf.

Das Burgenland ist das einzige Bundesland, dass das Biomasseausführungsgesetz zur Absicherung von Strom aus Biomasse nicht umgesetzt hat. Ich habe es heute bereits erwähnt, bei der Anfragestellung. Damit haben sie vier Biomasseanlagen, 500 Arbeitsplätze und Strom für über 50.000 Haushalte vernichtet.

Mein Dank gilt deshalb ganz besonders allen, die immer wieder dazu beitragen, dass erneuerbare Energieträger zur Umsetzung gelangen und so einen wichtigen Beitrag zum Wohle der nächsten Generation leisten. Herzlichen Dank an alle. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir begrüßen selbstverständlich und unterstützen auch diese Enkel taugliche Zukunftspolitik und stimmen, wie bereits erwähnt, dem Antrag selbstverständlich zu. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Nächster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Sodl.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Sodl** (SPÖ): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Aber vor allem auch alle Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuseherinnen und Zuseher, die uns via Internet Livestream hier bei der Sitzung begleiten und dabei sind.

Heute im Fokus natürlich auch die Corona-Epidemie, die die ganze Welt betroffen hat und nicht nur betroffen, sondern auch verändert hat in vielen Bereichen, gesellschaftlich, wirtschaftlich, finanziell. Aber natürlich, wenn wir sagen die ganze Welt, auch Österreich, unsere Bundesländer und auch unsere 171 Gemeinden im Burgenland.

Für mich stellt sich schon eine wesentliche Frage, letztendlich, und wir haben heute sehr viel darüber diskutiert, wir haben Anträge gehabt und letztendlich müssen wir uns

aber auch am Ende des Tages die Frage stellen, wer zahlt am Ende des Tages die Zeche?

Eine weitere Frage, macht die Zeit nach Corona Hoffnung? Wünschen wir uns Veränderungen? Wenn wir nicht wollen, dass Superreiche und internationale Großkonzerne ansagen, wo künftig der Weg hingeht, ist vor allem die Politik gefordert. Wir haben es heute sehr deutlich gehört vom Kollegen Klubobmann Hergovich, 1,3 Millionen Menschen in Österreich sind in Kurzarbeit, 517.221 Menschen sind ohne Job. Das ist ein Rekordwert. Und noch nie, noch nie gab es in der zweiten Republik so viele Menschen in Österreich ohne Job.

Die Corona-Krise hat in den vergangenen eineinhalb Monaten den Arbeitsmarkt in Österreich deutlich stärker getroffen, deutlich stärker betroffen, als in Deutschland. In Österreich stiegen die Arbeitslosenzahlen im April im Vergleich zum Vorjahresmonat um 59 Prozent, wie gesagt auf 571.000 Menschen, in Deutschland auf 19 Prozent, sprich auf 2,6 Millionen.

Wie viele Betriebe und Unternehmer, Kleinunternehmer, werden diese Krise überleben?

Wir hoffen und wünschen uns, dass der Alltag schön langsam zurückkehrt. Die Welt dreht sich weiter, aber die Frage ist für mich, in welche Richtung? Lernen wir daraus oder wollen wir, dass der Alltag ohne Wenn und Aber wiederum zurückkehrt in allen Bereichen?

Die Globalisierung bestimmt das Leben, aber sie spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft, in der Politik, bis hin in unser Gesellschaftsleben. Dabei bringt sie viele Chancen, birgt aber auch eine Menge Risiken.

Wie abhängig sind wir und wie abhängig machen wir uns in vielen Bereichen? Viele von Ihnen werden sich jetzt fragen, was hat das alles mit dem Tagesordnungspunkt Photovoltaikausbau und hier mit Corona zu tun? Ich behaupte sehr viel. Wir kennen die Entwicklung in unserem Land Burgenland.

Kollege Wolfgang Spitzmüller, ein bisschen hat mich schon dabei gestört, dass Du sagst, das Ganze geht ein bisschen holprig oder stotternd voran. Ich behaupte, wenn wir die Zeiger der Uhr zurückdrehen, vor 30, 40 Jahren, bin ich bei Dir. Wir haben im Burgenland im Prinzip im einstelligen, im kleinen einstelligen Bereich haben wir Strom erzeugt, drei Prozent oder vier Prozent.

Wir haben im vergangenen Jahr 150 Prozent des gesamten Stromverbrauches im Burgenland erzeugt. Also man spricht hier von allen Haushalten, von allen Betrieben, von der Wirtschaft und von der Landwirtschaft. Also das wäre ja vor 30, 35 Jahren unvorstellbar gewesen. Im Burgenland erzeugen wir irgendwann genug Strom, und jetzt muss man aber sagen, jedes Jahr haben wir noch einen stetigen Anstieg an Stromverbrauch und Energieverbrauch. Also der ist ja nicht zu vergleichen wie vor 30 oder vor 40 Jahren.

ich glaube, auf das können wir schon sehr stolz sein, dass hier die politischen Verantwortlichen hier auch diesen richtigen Weg geebnet haben. Also wir sind eine mustergültige, wir haben hier eine mustergültige Entwicklung, nicht nur im Bundesländervergleich, österreichweit, nein, europaweit sind wir hier, spielen wir sicher in der Champions League mit. Kein Land, keine Region europaweit hat diese Entwicklung, diese positive Entwicklung geschafft.

Für mich stellt sich nicht nur die Frage, wie erzeugen wir Energie, sondern vor allem auch, wie gehen wir mit Energie um? Wie effizient gehen wir mit Energie um? Wie sparsam gehen wir mit Energie um? Wir wissen, und ich habe es bereits gesagt, stetiger Anstieg von Strom- und Energieverbrauch.

Ich behaupte, und nicht nur ich behaupte, sondern es wird mir bestätigt, dass hier gerade, auch im Bereich der Wohnbauförderung die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt wurden und werden.

Dass hier in unserem Land Burgenland eine sehr gute, eine ausgezeichnete Wohnbauförderung ist, bekomme ich immer wiederum bestätigt, wenn wir Menschen haben, die in unser Land kommen, in unsere Gemeinden kommen, aus anderen Bundesländern. Die uns dann letztendlich bestätigen, die dort Häuser bereits kaufen, wenn diese saniert werden, beziehungsweise wenn diese neu gebaut werden, oder auch im sozialen Wohnbau, sprich wenn es hier Siedlungsbauten gibt mit Wohnungen, dass wir hier in Österreich, das Burgenland die beste Wohnbauförderung in Österreich hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in dieser Woche, am vergangenen Mittwoch, hat es den Startschuss für die Bauoffensive der Erweiterung und der Erneuerung der Windkraftanlagen, drei Windräder in Nickelsdorf, gegeben. Es werden bis im Jahr 2023 233 Millionen Euro hier weiter investiert.

Investitionen die auch zur Erreichung unserer burgenländischen Klimaziele beitragen sollen. Bereits angesprochen, Kollege Spitzmüller, wir haben uns das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 hier diese Klimaziele zu erreichen.

Wir haben eine Strategie, eine Energiestrategie, um hier auch im Jahr 2050 dieses Ziel zu erreichen und hier auch Klima neutral zu sein. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel.

Geschätzte Frau Kollegin Petrik und lieber Kollege Spitzmüller! Wir haben, und Du hast das richtig gesagt, Wolfgang, wir haben in dieser Form ganz einfach im Vorfeld darüber gesprochen, ob wir hier nicht, ob wir einen gemeinsamen Antrag machen.

Ich habe ein Problem grundsätzlich damit und ich erkenne an und für sich nicht mehr die Handschrift der GRÜNEN, immer verpflichtend zu sein, und hier nicht nur in diesem Antrag und im Land, sondern wenn ich auch die Handschrift jetzt in der Bundesregierung von den GRÜNEN sehe.

Und wenn ich hier lese im Antrag, Neu- und Ausbauten von Gewerbeprojekten - verpflichtend, und – verpflichtend. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Klimaschutz – verpflichtend!)*

Ich bin an und für sich sehr verwundert, Frau Kollegin, über diese politische Haltung. Ich bin über diese Vorgangsweise von Euch GRÜNEN eigentlich sehr überrascht. Ich glaube, dass dies der falsche Weg ist und der falsche Zugang ist. Sie haben mit dieser Bestimmtheit zu verpflichten, haben Sie für mich Ihre ideologischen Grundwerte völlig verändert. Das muss ich schon sagen. Sie werfen, für mich, auch Ihre Grundwerte mit diesen Verpflichtungen über Bord.

Wir, wir haben einen anderen Zugang - Klimaschutz „Made in Burgenland“. Unter diesem Motto hat unsere zuständige Landesrätin Astrid Eisenkopf hier ganz andere Vorgehensweisen und Ziele gesetzt.

Die Förderaktionen sind nämlich wichtige Beiträge zur Forcierung dieser erneuerbaren, alternativen erneuerbaren Energie. Den Klimaschutz müssen wir

gemeinsam mit den Menschen gestalten. Klimaschutz müssen wir durch Anreizförderungen forcieren.

Letztendlich geht es darum, Klimaschutz auch sozial verträglich zu gestalten. Wenn klimapolitische Maßnahmen nicht sozialisiert sind, und die Menschen das nicht mittragen, werden wir hier im Klimaschutz und im Bereich der erneuerbaren Energie auch in keiner Weise erfolgreich sein. Daher ist es für uns ganz klar, Klimaschutz kann nur auch gemeinsam funktionieren.

Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden und es müssen vor allem viele Menschen mitgenommen werden. Das ist unser Ansatz dazu.

Wir, wir das Burgenland, sind auf einem guten, auf einem richtigen Weg im Bereich der Energiegewinnung mit den Menschen und für die Menschen in unserem Land Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst** *(die den Vorsitz übernommen hat)*: Hoher Landtag, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung des 17. Tagesordnungspunktes.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend den Photovoltaik-Ausbau ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**18. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 89) betreffend Sicherheitsausbau der S4 (Zahl 22 - 63) (Beilage 121)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Der 18. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 89, betreffend Sicherheitsausbau der S4, Zahl 22 - 63, Beilage 121.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich darf um den Bericht bitten, Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Wolfgang Sodl:** Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheitsausbau der S4, in ihrer 02. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Sicherheitsausbau der S4, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke, Herr Berichterstatter. Ich darf als erster Rednerin der Frau Landtagsabgeordneten Frau Mag.a Regina Petrik das Wort erteilen.

Bitte sehr Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke sehr, Frau Präsidentin. Die Güssingerin ist merkbar weil, die S7 ist immer so präsent hier. Ja, es geht um die S4 - und um den Sicherheitsausbau, der mit sehr vielen verbunden ist. Ich möchte nur noch kurz replizieren - auf den Kollegen Sodl.

Ja, im Klimaschutz brauchen wir Verpflichtungen weil, auf freiwilliger Basis werden wir das mit dem Klimaziel nie erreichen. Ich kann mich auch an viele SPÖ-Mandatarinnen und Mandatare oder Sympathisantinnen und Sympathisanten, Mitgliederinnen und Mitglieder, erinnern, die Fridays for Future Jugend unterstützen und sagen, das ist richtig.

Die würden noch viel mehr an Verpflichtung fordern. Die fordern noch viel mehr. Also, wenn Sie sich mit diesen solidarisieren, muss Ihnen auch klar sein, was diese wollen.

Denken Sie nur an die Mülltrennung, das ging ohne Verpflichtung nicht. Aber wie es damals eingeführt worden ist wurde auch gesagt, um Gottes Willen, das wird jetzt alle Haushalte umbringen, und, und, und. Also wir haben ja viele Dinge, die sind verpflichtend.

Das gehört genau zu den Grundwerten der GRÜNEN alles zu tun damit dieser Planet gerettet wird. Damit hängt auch die Auseinandersetzung mit dem Straßenbau zusammen. Und ich weise auch darauf hin, was sich das Burgenland selber zum Ziel gesetzt hat.

In seiner Klima- und Energiestrategie hat sich das Burgenland zum Ziel gesetzt seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 36 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 zu reduzieren.

Nach zwischenzeitlicher Abnahme der Treibhausgasemissionen sind diese seit dem Jahr 2014 wieder gestiegen und sie erreichten im Jahr 2017 einen Wert von rund 1,9 Millionen Tonnen $CO^2$ Äquivalent. Das ist im Bereich außerhalb des EU-Emissionshandels. Das Ziel für 2030 liegt bei etwa 1,3 Millionen Tonnen $CO^2$ Äquivalent und das bedeutet eine Reduktion von 30 Prozent in Relation zu 2017. Das ist viel, das ist ambitioniert.

Der größte Teil der Treibhausgasemissionen, nämlich 62 Prozent, wird durch den Verkehr verursacht, daher muss gerade bei verkehrspolitischen Entscheidungen gewährleistet werden, dass sie einen Beitrag zur Emissionsreduktion und damit zum Klimaschutz leisten. Das ist das Thema Klimaschutz, wenn es um den Straßenbau geht.

Wir haben aber natürlich auch die Frage der Sicherheit, wenn es um Straßen geht. Und an der Mattersburger Schnellstraße der S4 projektiert die ASFINAG für die Jahre 2012 bis 2024 zwischen dem Knoten Mattersburg und dem Knoten Wiener Neustadt einen sogenannten Sicherheitsausbau sowie Instandsetzungsarbeiten. Der Ausbau umfasst 14,3 Kilometer, die Gesamtkosten sind auf 146 Millionen Euro angesetzt und bei Informationsabenden für die Bürgerinnen und Bürger im Herbst 2019 erwähnte ein Vertreter der ASFINAG, das die ausgebaute Straße dann auch für höhere Geschwindigkeiten geeignet sei.

Die Anrainerinnen und Anrainer, vor allem aus Bad Sauerbrunn waren dann auch schon sozusagen sehr aufgeschreckt, weil sie damit natürlich zu Recht einen Anstieg des Verkehrs befürchteten, damit auch einen Anstieg der Belastung der Luft und einen Anstieg der Belastung durch Lärm.

Wenn wir jetzt auch noch schauen, sobald eine Straße breiter wird, zügiger wird, zieht sie auch Verkehr an. Das heißt, es ist völlig logisch das der Verkehr auf dieser Straße dann mehr ansteigen wird, als es in der jetzigen Prognose dann noch sein wird. Es fahren jetzt schon 21.000 Kraftfahrzeuge pro Tage auf der S4. Die ASFINAG prognostiziert einen Anstieg dieses Werts bis zum Jahr 2035 auf rund 23.000 Kraftfahrzeuge pro Tag und wenn hier eine autobahnähnliche Strecke entsteht werden es noch mehr.

Das ist auch mit dem Land akkordiert. Das weiß ich aus einer Anfragebeantwortung vom zuständigen Landesrat Dorner, den ich gefragt habe, sind die Projekte die Anliegen die Vorhaben der ASFINAG mit dem Land akkordiert, hat er geantwortet, ja das ist der Fall.

Nun wird was die Lärmbelastung betrifft eine Lärmschutzwand diskutiert. Das brächte in der Tat für einige Anrainerinnen und Anrainer, zumindest auf der einen Seite eine Entlastung, kann aber die klimafeindlichen Nebenwirkungen so einer Straße mit erhöhtem Verkehrsaufkommen nicht abfedern.

Zur Erreichung der in der burgenländischen Klima- und Energiestrategie festgelegten Ziele müssen also die emissionsreduzierenden Maßnahmen ernsthaft gesetzt werden und nicht zuwidergehandelt werden. Eine einfache und kostengünstige Variante wäre die Festlegung einer Höchstgeschwindigkeit auf 80 km/h, das hätte eine schlagartige Reduktion von $CO^2$-Ausstoss und Feinstaubentwicklung zur Folge.

Das hätte eine schlagartige Reduktion von Lärm und Stickstoffbelastung zur Folge und es würde auf dieser Strecke, es geht um 14,3 Kilometer nur wenig Zeitverlust für die Kraftfahrzeuglenkerinnen und -Lenker mit sich bringen. Jetzt haben wir ein nächstes Problem, was die ASFINAG hier an Plänen den Anrainerinnen- und Anrainergemeinden vorgelegt hat zeigt, hier könnte die Fahrbahn auf das doppelte verbreitert werden, so ist der Plan. Die Fahrbahn wird doppelt so breit als sie jetzt ist.

Das heißt, dieser Ausbau der als Sicherheitsausbau tituliert ist, bringt eine große, einen großen Zuwachs an Bodenversiegelung mit sich. Das wissen wir jetzt schon, das ist jetzt sozusagen nichts mehr Neues das die Bodenversiegelung, die fortschreitende massive Bodenversiegelung ein Klimakiller ist. Und das sagen nicht nur die GRÜNEN, das sagen nicht nur die Fridays for Future, das sagt die Hagelversicherung und das sagen alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Wir wissen das schon. Das heißt, wir müssen bei jedem Projekt ganz genau untersuchen was passiert hier auch mit unserem wertvollen Boden. Eine Beeinträchtigung der Natur, sowie der Lebensqualität und der Gesundheit der Anrainerinnen und Anrainer wird hier auch durch die unnötige Bodenversiegelung, durch steigendes Verkehrsaufkommen und durch die Erhöhung des Tempolimits in Aussicht gestellt und das müssen wir unbedingt verhindern.

Es gibt ja auch auf der S31 zurzeit einen Sicherheitsausbau, der allerdings mit einem wesentlich geringeren Straßenquerschnitt vollzogen wird. Es ist also zu prüfen, ob es zur Erreichung der höheren Sicherheit auf der S4 nicht noch andere Ausbauoptionen gibt, die weniger Bodenverbrauch erfordern.

Wenn wir jetzt schauen auch, wodurch ist denn die Sicherheit belastet, dann schauen wir nur, was sind denn die Ursachen der Verkehrsunfälle? Nun ist es ganz klar, wenn ein Verkehrsunfall passiert und ein Fahrzeug schlittert auf die gegenüberliegende Fahrbahn, dann passiert Schlimmes und das muss man verhindern.

Aber die Ursache, die Ursache der Verkehrsunfälle sind Unaufmerksamkeit, sind Ablenkung, sind zu schnelles Fahren und unangepasste Fahrweise. Wir können das sehr gut beobachten. Es sind in den letzten Wochen des Lock-Downs quer durch Österreich wesentlich weniger Verkehrsunfälle geschehen.

Im Burgenland sind aber auch auf Straßen, die fast leer waren, Verkehrsunfälle passiert weil, es eben nicht in erster Linie wichtig ist, wie breit ist diese Straße, - die jetzige S4 ist breit genug, - wie breit ist eine Straße, sondern wie vorsichtig fahren die Menschen? Wie angepasst fahren die Menschen?

Wir könnten uns da durchaus anschauen, wie ist es bei der S31 geregelt, gelöst, das Problem der Sicherheit. Es gibt sozusagen immer wieder Ausbuchtungen. Es ist bei der S31 auch gelungen, das bei all dem was sie an zusätzlichem Bodenverbrauch verlangt hat, aber nicht durchgehend die Straße so breit gestellt wurde.

Also, wir GRÜNE wollen das die Landesregierung Optionen zur Erhöhung der Sicherheit auf der Schnellstraße S4 prüfen lässt die ein geringeres Ausmaß an Bodenversiegelung mit sich bringen als es im aktuellen Plan der ASFINAG vorgesehen ist. Wir wollen, dass die Landesregierung damit aktiv mit der ASFINAG in Verhandlungen tritt.

Wir wollen, dass die Landesregierung mit der Bundesregierung eine Einigung darin sucht, dass die Höchstgeschwindigkeit auf der Schnellstraße S4 zur Verringerung von Schadstoffemissionen und zur Erhaltung der Lebensqualität der Anrainerinnen und Anrainer mit 80km/h beschränkt wird.

Wir bekommen jetzt einen Abänderungsantrag der SPÖ und da ist für mich einiges ziemlich ärgerlich weil, dieser Abänderungsantrag ist ein Wegducken vor dem Problem.

Der Abänderungsantrag ist feig, weil er keine Positionierung in sich hat, sondern man versucht halt nur das eine oder andere ein bisschen und niemandem soll wehgetan werden. Sie reden zwar von Klimaschutz fallen aber dann im konkreten Fall um, wenn es darum geht einfach einmal eine Entscheidung zu treffen.

Bei der A3 haben sie Klimaschutz- und Umweltschutzargumente vorgebracht als sie letztendlich, da bin ich sehr froh darüber auch auf die Linie eingeschwenkt sind. Zu sagen, wir brauchen diese Verlängerung nicht, da ist etwas anderes wichtiger, - da ist der Klimaschutz, da ist der Umweltschutz, wichtiger.

Die SPÖ hat zwar lange Zeit dafür gekämpft damit verlängert wird, aber nach und nach ließ sie sich überzeugen durch Bürgerinitiativen, durch Demos, vor allem aber auch durch den neuen Landeshauptmann, der sich hier sozusagen die Sachlage anders angeschaut hat, dann gab es diesen gemeinsamen Landtagsbeschluss.

Und nachdem wir das schon Landtag beschlossen hatten, dass wir gegen die Verlängerung der A3 sind, hat sogar die SPÖ des Bezirks noch eine Pressekonferenz gegeben um zu sagen, dass sie auch gegen die Verlängerung der A3 ist.

Es wird vielleicht bei der S4 auch so kommen. Nur was hier schon deutlich wird ist, da hat die SPÖ im Bezirk Mattersburg vor der Wahl schon etwas Anderes versprochen. Am 21. Oktober 2019 hatten sie eine Bezirkskonferenz, es waren ja einige hier im Saal auch dabei. Sicher der Bürgermeister Posch, nein der Bürgermeister Hutter war sicher nicht bei der Bezirkskonferenz der SPÖ, aber sie kennen sich dort gut aus. *(Abg. Gerhard Hutter: Ich war auch dort.)* Vorsitzender im Bezirk ist der Landesrat Illedits und sonst sind noch einige Abgeordnete da, die zu dem Bezirk gehören.

Da haben Sie beschlossen, Sie haben beschlossen, die SPÖ des Bezirkes Mattersburg bekennt sich zu 100 km/h auf der S4 im Sinne der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes. Wir wollen, dass einerseits die Sicherheit der Autofahrerinnen und Autofahrer erhöht wird und andererseits die Bevölkerung vor Lärm und Schadstoffen geschützt wird. Das heißt, da haben Sie eine ganz klare Positionierung vor der Wahl gefunden. Darauf haben sich auch die Menschen berufen, da haben sie gesagt, na schaut´s die SPÖ steht ja auf unserer Seite. Die Bürgerinitiative hat sich gefreut, die übrigens nicht mehrere Gespräche wie in der Anfragebeantwortung des Landesrates steht, geführt haben, sondern nur einmal zu einem Gespräch gekommen ist.

Das heißt, die SPÖ im Bezirk Mattersburg hat hier eine Positionierung die sie offensichtlich im Antrag der SPÖ überhaupt nicht eingebracht hat. Der Herr Fürst ist auch aus Bad Sauerbrunn. Also Sie kennen alle die Problematik, sie haben alle etwas versprochen und es nachher nicht gehalten. Deswegen sind auch etliche Mitglieder dieser Bürgerinitiative sehr enttäuscht, ja, sie kommen sich verraten vor und sagen auch, dass wir hier deutlich machen sollen, dass die SPÖ im Bezirk doch zu dem stehen soll, was sie vor der Wahl gesagt hat.

So bittet mich zum Beispiel ein Mitglied zu sagen, hier klar zu sagen, für Bad Sauerbrunn stellt die Abgas- und Feinstaubbelastung ein fundamentales und existentielles Problem dar, in Folge der exponierten geographischen Lage des Ortes sind diese Emissionen für die Sauerbrunnerinnen und Sauerbrunner und natürlich für die Kurgäste eine permanente Gefährdung.

Wir haben hier etliche Zahlen, - ich weiß einige sind schon müde, obwohl dann diese für uns so wichtigen Themen wie der Klimaschutz, leider erst so spät drankommen.

Der Kurort an einer Transitautobahn ist sicherlich kein Slogan für eine erfolgreiche Gästewerbung und deswegen muss man unbedingt schauen das hier Einhalt geboten wird. *(Der Abgeordnete Gerhard Hutter kommt von der Galerie herunter in den Landtagssaal.)*

Oh ja, jetzt kommen Sie herunter für eine Wortmeldung? Das ist gut weil, mir schreibt auch jemand, ich soll den Bad Sauerbrunner Bürgermeister etwas fragen. Ich meine, jetzt gibt es hier keine Fragemöglichkeit von einem Abgeordneten zum anderen, aber wir sehen sozusagen, da pressiert es, da gibt es auch viele Fragen.

Die Leute, die an der S4 wohnen sind wirklich schon sehr beunruhigt und hoffen darauf, dass hier eine klare Positionierung kommt. Das heißt, ich hoffe auch, dass Neudörfl sich dessen besinnen wird, dass es hier eine gemeinsame Verantwortung gibt im Bezirk für den Klimaschutz.

Dass es eine klare Positionierung braucht Tempo zu reduzieren. Ein reduziertes Tempo, ein reduziertes Tempo schützt die Leute die im Auto sitzen weil, das Autofahren wird sicherer. Es schützt die Menschen die in den Gemeinden an der S4 wohnen, weil die Luft wird gesünder und es braucht auch weniger Platz.

Das heißt, diese Straße muss nicht doppelt so breit werden wie sie jetzt ist, sondern kommt mit einem geringeren Ausmaß an Bodenversiegelung vor. Sehr schade das die SPÖ nicht dazu steht, vielleicht wird sie später dazu stehen, wenn wir dann schon mehr Überzeugungsarbeit dafür leisten können.

Dem Abänderungsantrag können wir deswegen natürlich nicht zustimmen, weil er uns zu zahnlos ist und nix weiterbringt. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster ist der Herr Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig zu Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. In der gebotenen Kürze: Dieser Entschließungsantrag ist für mich Synonym für Zweckentfremdung, um nicht zu sagen für Herumeiern in einem bestimmten Bereich der Politik, das wir immer wieder auch hier im Hohen Haus, aber auch im Nationalrat und bei anderen Gelegenheiten beobachten.

Denn die Ausgangssituation ist doch folgende: Die GRÜNEN wollen das die Landesregierung an die ASFiNAG herantritt. Wer ist denn die Chefin der ASFiNAG? Das ist die Verkehrsministerin von den GRÜNEN.

Wieso sagt Ihr das nicht gleich der Frau Verkehrsministerin, wir machen das nicht oder wir machen es auf diese Art und Weise. Das liegt ja bei Ihnen im Haus, im parteipolitischen Haus, dass man hier einfach einen Riegel dem vorschiebt.

Da verstehe ich nicht ganz, warum der burgenländische Landtag hier in irgendeiner Form einen Entschluss fassen muss auf weitgehende Einschränkungen in die Art und Weise wie man sich bis jetzt bewegen kann und in die Weise wie dieser Ausbau geplant ist. Also verstehen tu ich das nicht. Das wirkt für mich, ganz ehrlich, nach einem Ablenkungsmanöver. Ich vermute, man wird es ja sehen, aber ich vermute, dass die Frau Verkehrsministerin bei der ASFiNAG da einfach gar nichts durchsetzen wird.

Man kann jetzt über den Antrag debattieren und es stellt für mich auch, ich habe es schon erwähnt, oder Du hast es eh schon erwähnt, die Vergleichbarkeit zum Thema A3, das wir hier ja vor gar nicht allzu langer Zeit auch ausführlich debattiert haben. Zum Zweiten, stellt dieser Entschließungsantrag für mich ein Synonym dar, für eine politische Instrumentalisierung von einem Thema. Ich bin ja noch bei Dir und bei den Antragstellern, wenn es heißt der Verkehrsanstieg.

Das sehe ich auch so, den wird es sogar sicher geben, wahrscheinlich mehr als wir uns alle vorstellen können und zwar dann, wenn die N85, die ungarische Autobahn nördlich von Ödenburg-Sopron fertiggestellt ist.

Weil der Schwerverkehr aus dem südösterreichischem Raum, Steiermark, Kärnten, Italien Richtung Osteuropa wird hier durchrollen, das ist ja ganz klar. Und ob man da ein Fahrverbot hat zwischen Klingenbach und Wulkaprodersdorf oder nicht macht, das wird genauso gut eingehalten werden, und genauso viel bewirken wie das LKW-Fahrverbot Richtung Neusiedl.

Ich lade jeden einmal ein diese Strecke zu fahren, da wird nämlich weder kontrolliert, noch wird das in irgendeiner Form unterbunden. Und genauso wird es hier sein. Also beim Verkehrsanstieg und bei den entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen, ich glaube da sind wir eh einer Meinung. Aber was das ganze Thema des Ausstoßes betrifft und insbesondere die damit in Verbindung stehende Forderung nach einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 Stundenkilometer zu verbinden mit einer Vorschau bis 2030 oder sogar 2035, was da aus dem Text herauszulesen ist, dem kann ich nicht folgen.

Weil dieses Thema stellt sich ja nur bei Autos mit Verbrennungsmotoren. Sind wir uns doch ehrlich, in einem dekarbonisiertem Verkehr spielt ja, zumindest vom Ausstoß-technischen her, ja keine Rolle mehr. Niemand kann sagen, was im Jahr 2030 oder im Jahr 2035 für eine Antriebsform vorherrschend sein wird.

Das Problem ist ein technisches, vielleicht auch eines der Umsetzung, wie schnell man wasserstoffbetriebene Kraftfahrzeuge, elektrobetriebene Kraftfahrzeuge und so weiter, wirklich breit, wirklich am Markt breit sozusagen hereinbringt. Das ist eine gute Frage.

Aber jetzt abzuleiten, nur, weil wir, wenn alles andere gleich bliebe im Jahr 2035 so und so viele Prozent mehr Ausstoß haben und deswegen eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 km/h zu fordern, ist hier nicht wirklich seriös. Das hat ein bisschen einen Aspekt von einer Panikmache.

Ich bin da beim Kollegen Sodl, der vorher gesagt hat, im gefällt das Wort „verpflichtend“ nicht. Das gefällt mir auch nicht. Hier ist das Verpflichtende in die andere Richtung, hier geht es um Verbote - das verbieten, jenes verbieten. Die Industrie hat gesagt, wenn die Menschen das nicht mittragen, dann wird das nicht von Erfolg gekrönt sein. Das sehe ich hier auch so.

Auch vielleicht zum letzten, zur letzten Aussage zum Thema des Abänderungsantrages, Wegducken vor einem Problem - ich finde nicht, dass es da überhaupt ein Problem gibt. Lärmbelästigung - haben wir gesagt, den Verkehrsanstieg - haben wir gesagt, dagegen wird auch etwas unternommen, aber eine Geschwindigkeitsbeschränkung ist absolut unnotwendig.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der zweite Landtagspräsident, Abgeordneter Georg Rosner.

Bitte sehr Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Georg Rosner** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Mitglieder und Abgeordnete! Mitglieder der Landesregierung, habe ich sagen wollen, aber leider ist keiner hier, schade. Weil gerade beim Verkehrsthema es für den Herrn Landesrat Dorner auch interessant wäre, was die Abgeordneten davon halten. Grundsätzlich kann man dem Sicherheitsbau sowie die Instandsetzungsarbeiten auf der S4, mit dem die Verkehrssicherheit und der Fahrkomfort erhöht werden, das kann man nur begrüßen.

Wenn man bedenkt, wie viele Unfälle mit Personenschaden, mit vielen Toten und Schwerverletzten in der Vergangenheit auf dieser Strecke passiert sind, kann man diesen geplanten Maßnahmen nur positiv gegenüberstehen.

Die ASFiNAG hat ja in ihrem Sicherheitsprogramm festgeschrieben, dass alle vierstreifigen Schnellstraßen mit einer baulichen Mitteltrennung auszurüsten sind um besondere Totalkollisionen zu verhindern. Es wird ja auch bei der S1 schon fleißig gearbeitet.

Wir, die Volkspartei Burgenland, sind für einen Sicherheitsausbau auf den burgenländischen Schnellstraßen. Wir haben das bereits im Jahr 2019, im Oktober 2019, hier im Landtag eingebracht. Wir begrüßen grundsätzlich jeden Sicherheitsausbau von einer Straße.

Bei der dieser Gelegenheit möchte ich mich auch bedanken, dass unsere lange Forderung, die auch immer gemacht worden ist bezüglich der Kriechspur Richtung Bernstein, jetzt evaluiert wurde. Jetzt endlich, konnte ich auch aus Medienberichten entnehmen, dass es soweit ist, dass dort eine Kriechspur ausgebaut wird.

Solchen Dingen können wir, als Pendlergebiet im Südburgenland, nur positiv gegenüberstehen und das Ganze auch begrüßen.

Verkehrssicherheit, eine Kriechspur und eine Mitteltrennung erhöht natürlich die Verkehrssicherheit und verhindert auch schwere Unfälle. Und was die Frau Petschnig anbelangt bezüglich ihrer 80 km/h… *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Petrik!)* Entschuldigung, das war der Herr Petschnig, - ist ja fast ähnlich. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Nein, ich wollte nur sagen, wenn man einen Sicherheitsausbau macht, und Sicherheit glaube ich, braucht auch ein bisschen einen Platz, und wenn ich - bei mir ist es um drei Millionen billiger, übrigens ich habe 154 Millionen Euro, nein 143 Millionen und nicht 145 Millionen, zwei Millionen Euro billiger, dieser Ausbau der S 4 – wenn wir dort so viel Geld in die Hand nehmen und die Sicherheit erhöhen, dann glaube ich, ist das nicht angebracht, dass man dort mit 80 km/h fährt.

Weil, dann muss ich sagen, dann muss ich auf jeder - auf der B50 muss ich dann einen 80er fahren, weil dort werden genauso Emissionen ausgelöst. Das ist nicht unser Ansatz. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bin bei Ihnen, wenn man sagt Tempo 100 und Lärmschutzmaßnahmen, wo Wohngebiet ist. Man muss sich auch überlegen, wenn ich mir anschaue diesen Ausbauquerschnitt. Wenn ich mir das anschaue, das wird ja verdoppelt, wie Sie richtig sagen, da hat vorher - die Fahrspur hat 2,80 Meter und 3,25 Meter gehabt, jede. Jetzt haben die Fahrspuren 3,75 Meter und dann ist auf jeder Seite ein Abstellstreifen mit 3,5 Meter. Das heißt, es ist wirklich wie die Südautobahn bald ausgebaut. Und ich glaube, dass dann in gewissen Bereichen durchaus eine Möglichkeit besteht, dass man vielleicht ein bisschen schneller wie 100 fahren kann.

Aber das wird ja sowieso eine Verordnung des Landes sein müssen, was jetzt Landesgebiet ist, aber ich hätte da grundsätzlich nichts dagegen. Es wird, das haben Sie eh schon gesagt, es wird auf einer Gesamtlänge von 14,3 Kilometer eine bauliche Mitteltrennung errichtet. So wie eine Verbreiterung der Fahrbahn, das sind 27,50 Meter in Summe.

Neben der Sanierung der bestehenden Fahrbahnen werden auch die bestehenden Entwässerungsanlagen angepasst beziehungsweise erneuert. Was die Bodenversiegelung betrifft, da bin ich bin ich eh schon darauf eingegangen. Es ist natürlich schwierig, wenn man die Sicherheit erhöht, wie gesagt, dass man da auch dementsprechend Platz braucht.

Der geplante Baubeginn soll ja in den nächsten Jahren, im nächsten Jahr eigentlich, über die Bühne gehen und die Verkehrsfreigabe ist geplant für das Jahr 2024. Wir haben heute schon die Tagesordnungspunkte gehabt, wo wir gesagt haben, wie könnten wir die Konjunktur, die Belebung der Konjunktur, die Wirtschaft quasi unterstützen? Ich glaube, solche Maßnahmen, wo die ASFiNAG da 143 Millionen Euro in die Hand nimmt, ist wirklich ein sehr gutes Beispiel, dass wir auch in diesem Bereich da die Wirtschaft unterstützen und es auch dementsprechend einen Bau für die Wirtschaftstreibenden gibt.

Ja natürlich sollte bei diesem Abschnitt auch auf die Lebensqualität und die Gesundheit, da bin ich auch bei Ihnen, der Anrainerinnen und Anrainer sozusagen, der Finanzierer geachtet werden. Denn immerhin wird das vom Steuerzahler Großteils finanziert durch die Vignette. Ja, also da glaube ich, sollte durchaus auch auf die Gegebenheit der Ortsgebiete und des bewohnten Gebietes eingegangen werden.

Ja vielleicht eines darf ich noch an dieser Stelle sagen, dann bin ich auch schon fertig, ich mache es kurz. Und zwar morgen haben wir die Eröffnung der viel diskutieren

hier im Haus, viel diskutierten Holzverladestelle in Rotenturm. Und da bin ich wirklich froh und dankbar, dass das jetzt endlich über die Bühne geht.

Geschrieben haben sie es ja schon vor der Wahl, dass es eröffnet ist, morgen wird es eröffnet. Aber das ist auch schon wurscht, wir sind froh, dass es morgen eröffnet wird, und wir in Oberwart dementsprechend von Staub und Lärm befreit sind. Und das ist glaube ich, morgen ein guter Tag auch für die Stadt Oberwart.

Ich möchte, in diesem Sinne hier auch sagen, wir werden diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Roman Kainrath.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Roman Kainrath** (SPÖ): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer über Livestream! Ich weiß, meine Familie schaut auch zu und darum erlaubt mir, bei meiner ersten Rede, dass ich Danke sage, dass ich überhaupt dastehen darf. Das habe ich auch ihnen zu verdanken. Danke an alle die mich auch unterstützt haben. *(Allgemeiner Beifall)*

Jetzt aber zu dem Thema Sicherheitsausbau auf der S4: Ich muss sagen, - ich habe mir vorgenommen sachlich, ohne Emotionen zu bleiben, aber Frau Kollegin Petrik, ich weiß nicht, ob Sie es wissen, ich bin Polizist in der Autobahnpolizei Mattersburg, Zuständigkeitsbereich S4.

Sie erzählen mir da gerade von einem Verkehrsunfall -Unaufmerksamkeit - und dann ist es passiert, dass sie zusammengefahren sind, weil einer unaufmerksam war. Einer war unaufmerksam, und der andere? Was hat der dafürkönnen, dass ihm der hineingefahren ist? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Deshalb brauchen wir die Mittelleitschiene.)* Darum brauchen wir einen Sicherheitsausbau. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn ich mir Ihren Antrag anschaue, dann steht dort nichts von Sicherheitsausbau. Dort steht nur vom Verbot der Verbreiterung, vom Verbot von Pannenstreifen. Es steht sehr wenig drinnen wie man das umsetzen soll, diesen Sicherheitsausbau.

Da würde ich Sie wirklich bitten, - nein, es ist eher ein Antrag in Richtung Umweltschutz. Und ich sage, da wäre ich mitgegangen, beim Umweltschutz. Aber beim Sicherheitsausbau, da muss ich ganz ehrlich sagen, da geht es um Menschenleben. Und da stelle ich jetzt nicht gegenüber eine Quadratmeter Boden den ich versiegelt habe, gegenüber einem Menschenleben. Denn ich war selber dabei, beim Unfall, wo dort Leben gelassen wurden, auf dieser Straße. Das will ich nicht mehr sehen.

Darum sage ich Ihnen ganz ehrlich, ich habe am 16. März erst mit einem Kollegen telefoniert: 15.00 Uhr, Verkehrsunfall auf der S4, ein frontaler, ein Toter, zwei teils schwer Verletzte. Wissen Sie, dann steht im Bericht nachher drinnen, aus unbekannter Ursache kam Lenker A auf die Gegenfahrbahn. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das habe ich gesagt. - Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das hat sie ja vorher gesagt.)*

Genau, die Ursache, die Ursache, - nein, Sie haben nicht zugehört. Die Ursache, die werden wir nie herausfinden, warum der hinübergefahren ist. Aber der Grund warum der gestorben ist, weil keine Mittelleitlinie, -streifen war. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Aber genau das hat sie vorher gesagt.)*

Das ist, - nein das hat sie nicht gesagt, das hat sie nicht gesagt, die Kollegin. In dieser Form hat sie das nicht gesagt.

Dann muss man eines sagen, es gibt dort nicht nur Autofahrerinnen und Autofahrer die Richtung Wiener Neustadt und Richtung Mattersburg unterwegs fahren. Es gibt dort die Polizei, die Kolleginnen und Kollegen der ASFiNAG.

Wir arbeiten dort tagtäglich. Wir müssen dort absichern weil, es gibt Pannen, die mitten auf der Straße sind. Es gibt die Mitarbeiter der ASFiNAG, die dort Tätigkeiten bei der Straße machen müssen, wo der Verkehr vorbeifließt. Dann wollen Sie mir erklären, eine breite Straße ist schlecht für die Sicherheit dort?

Da bin ich wieder bei dem – wir schützen ja nicht nur den Autofahrer, die Autofahrerinnen, aber auch den der dort arbeiten muss, die Polizei, die ASFiNAG, an die hat gar keiner gedacht. Ich habe das heute noch von keinem gehört, von keiner Fraktion.

Ich habe von der Fraktion gehört, das ist eine Landessache. - Nein, das ist eine Bundessache. Die Geschwindigkeit ist eine Bundessache. Ich wollte jetzt gar nichts auf den Bund abschieben weil, der Bund hat heute eh schon alles abbekommen. Aber das ist leider Bundessache. Da müssen Sie wirklich mit Ihrer Verkehrsministerin reden.

Wir können nur mit unserem Landesrat reden, und da vertraue ich ihm weil, der hat noch nie die Bevölkerung im Stich gelassen. Der hat geschaut auf die Bevölkerung, links und rechts der Straße, dass das funktioniert, siehe A3, und dort wird er das auch wieder so handhaben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich muss eines sagen, Frau Kollegin, ich habe mir das lange überlegt, Sie wollen gar keinen Sicherheitsausbau, Sie wollen ein Sicherheitskorsett. Und da soll bei dem Sicherheitskorsett der Umweltschutz sein, und unterhalb soll ein bisschen Sicherheitsausbau auch noch herauskommen. Das funktioniert aber nicht. Das geht in dieser Form nicht.

Man muss sich entscheiden, entweder will ich eine sichere Straße haben, oder will ich sie nicht haben. Wir stehen für den Sicherheitsausbau. *(Beifall bei der SPÖ)*

Darum ist es uns auch wichtig, dass auch die EU 14,3 Kilometer, auch die Expertinnen und Experten entscheiden sollen, welche Geschwindigkeit dort gefahren werden soll. Ich bin weitem nicht bei Ihnen mit 80 km/h, das ist eine Strecke, 14 Kilometer eine fast gerade Streckenführung. Gerade bei der ehemaligen AGIP-Raststation in Pöttsching ist ein bisschen eine Kurve. *(Abg. Johann Tschürtz: Dann kommen die Unfälle. – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Ganz bestimmt, wenn man langsam fährt.)* Das lasse ich einmal unkommentiert, ob Langsamfahrerinnen und Langsamfahrer Verkehrsunfälle verursachen.

Aber trotzdem muss ich eines sagen, das ist eine Streckführung die ist beinahe gerade. Und ich sage jetzt bei Gott nicht, Sie bekommen von mir auch kein Statement für 130 oder für 100 km/h, das sollen die Expertinnen und Experten entscheiden. Sonst brauchen wir diese Experten nicht. Das ist ganz einfach.

Nur eines noch, unser Antrag, haben Sie gemeint, der ist irgendwie zahnlos und der ist feig und alles. Aber lesen Sie ihn einmal durch, im Endeffekt steht alles drinnen. Wir wollen eines, wir wollen eine sichere Straße von Mattersburg nach Wiener Neustadt, mit wenig Verkehrstoten. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Ich darf den nächsten Abgeordneten an das Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter Gerhard Hutter.

**Abgeordneter Gerhard Hutter** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Da ich hier jetzt mehrfach angesprochen wurde als anrainender Bürgermeister, als Vertreter der Kurgemeinde Bad Sauerbrunn, möchte ich sagen, gibt es eine kuriose Situation.

Gefühlt haben wir hier 15 Kilometer an dieser Schnellstraße Anteil. In Wahrheit sind es irgendwo bei fünf, sechs Kilometer. Aber wirklich gehören tut uns dort anrainend gar nichts, das ist die Gemeinde Pöttsching, das ist Gemeinde Wiesen, das ist Gemeinde Sigleß. Da grenzen wir nicht wirklich an, aber ja, wir sind dort die Hauptbetroffenen.

Und es hat - von allem Anfang an, hat es immer wieder Besprechungen gegeben. Wir haben in der Gemeinde Bad Sauerbrunn, weil da natürlich die meisten Betroffenen sind, haben wir diese Ängste, diese Sorgen, dieser Initiative natürlich sehr ernst genommen und haben mehrfach hier darüber gesprochen.

Aber es gibt von unserer Seite aus, von der Gemeinde Bad Sauerbrunn, und wir haben das auch damals akkordiert mit dem Bezirk Mattersburg und es ist ja heute auch gefallen, was die Bezirks-SPÖ hier auch möchte, und das ist ganz genau das Gleiche, also wir haben ganz klar definiert: Wir wollen, wir stehen zu dem Sicherheitsausbau, wobei dieser Sicherheitsausbau jetzt auch nicht nur mit Mittelleittrennwand versehen ist, sondern auch mit Pannenstreifen.

Wenn man das so ausbaut, das ist auch mit der ASFiNAG mehrfach besprochen worden, ja, das stimmt, wenn es so ausgebaut ist, dann besteht die Möglichkeit, dass ich dort 130 km/h fahren kann. Aber es muss so ausgebaut werden, denn nur dann wird auch der Lärmschutz dementsprechend verstärkt und erhöht ausgebaut. Wenn die Straße jetzt nur auf 100 km/h gebaut wird, wird der Lärmschutz automatisch auf nur 100 km/h hergerichtet.

Wird die Straße auf 130 km/h hergerichtet, dann wird auch der Lärmschutz auf 130 hergerichtet. Aber es obliegt schon dem Bund und nicht dem Land, und in dem Fall ist ja die Initiative massiv beruhigt, weil ja die Infrastrukturministerin, die Gewessler, von den GRÜNEN ist, dass es hier zu keiner erhöhten Geschwindigkeit kommt. Und hier sind wir alle einer Meinung, wir wollen alle 100 km/h und Sicherheitsausbau. Das haben wir immer gleich betont, da hat es nie eine andere Wortmeldung gegeben.

Aber wir wollen diesen Sicherheitsausbau haben, wir stehen auch zu 100 km/h, nicht zu 80 km/h und das ist allgemein gleich akkordiert. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Dieter Posch zeigt auf und möchte gleich von der Galerie aus sprechen.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Tut mir leid, nicht von der Galerie. Es ist noch möglich, eine Wortspende abzugeben. Sie können sich noch zu Wort melden, aber dann darf ich bitten, herunterzukommen.

Herr Landtagsabgeordneter Dieter Posch bitte ans Rednerpult.

**Abgeordneter Dieter Posch** (SPÖ): Nicht als Rechtfertigung gemeint, aber diese S4 bringt auch täglich ungefähr 750 Menschen zur Arbeit nach Neudörfl. Auch die Eisenbahn bringt Menschen zur Arbeit nach Neudörfl.

Wenn es diese Autobahnanbindung, die Verkehrsanbindung, auch die Eisenbahnanbindung nicht gäbe, dann hätte wahrscheinlich diese Industriegemeinde nie die Entwicklung genommen, die es heute hat.

Bitte auch diesen Aspekt nicht zu vernachlässigen. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Sie wissen, wir haben noch einen Tagesordnungspunkt vor uns.

Da jetzt zum Tagesordnungspunkt 18 keine Wortmeldungen mehr vorliegen, werde ich jetzt kurz warten, bis der Herr Abgeordnete auf seinem Platz wieder oben ist, und dann kommen wir zur Abstimmung.

Dann darf ich schon auf den 19. und letzten Punkt der Tagesordnung übergehen. Ich darf nur bitten, die Frau Abgeordnete Prohaska, die danach dann Berichterstatterin ist, sich schon vorzubereiten und die erste Rednerin zum 19. Tagesordnungspunkt wird dann die Frau Landtagabgeordnete Mag.a Regina Petrik sein.

Ich darf nur mitteilen, dass der Herr Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig seinen Redepart bei Punkt 19 zurückgezogen hat und danach noch die Frau Dipl.Ing. Wagentristl, BSc und die Frau Abgeordnete Doris Prohaska sprechen werden.

Nunmehr darf ich zur Abstimmung kommen.

Ich darf jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuchen, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Die Entschließung, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, betreffend „Sicherheitsausbau S 4“ ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**19. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 88) betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen (Zahl 22 - 62) (Beilage 122)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr sind wir beim 19. und letzten Punkt der Tagesordnung. Dies ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 88, betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen, Zahl 22 - 62, Beilage 122.

Wie vorher schon gesagt, ist die Frau Abgeordnete Prohaska die Berichterstatterin.

General- und Spezialdebatte, weil nicht anders gewünscht, werden unter einem durchgeführt.

Sie sind schon am Wort Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für die Berichterstattung Frau Abgeordnete. Nunmehr zur Erstrednerin zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Hier haben wir wieder eine sehr konkrete Sache, ein sehr konkretes Anliegen, das von vielen Seiten im Schulbetrieb schon geäußert wurde und das wir als GRÜNE sehr gerne aufgenommen haben. Es geht eben, wie wir auch schon in der Berichterstattung gehört haben, um das Implementieren von Buddy-Systemen an Schulen.

Einige erinnern sich vielleicht noch, wir hatten ja einen ersten Anlauf bereits im Jahr 2019, wo wir hier noch einen Antrag eingebracht haben. Worum geht es bei den Buddy-Systemen?

Es geht darum, dass in einer Schule ältere Schülerinnen und Schüler sich jüngeren Schülerinnen und Schülern annehmen, dass jeweils eine Person, die Hilfe braucht, die Orientierung braucht, die einen Zugang braucht ein bisschen zum Sozialleben oder die eine Person braucht, die vielleicht einmal eine Brücke schlägt zwischen sich und einer Lehrkraft oder sich und anderen Schülerinnen und Schülern, dass diese Kinder und Jugendlichen jemanden haben, der sehr ähnlich ist, weil auch ein Jugendlicher, weil auch Schülerin oder Schüler, aber doch sozusagen schon ein bisschen weiter im Leben, schon ein bisschen Erfahrung hat, sich in einer Schule auch schon besser orientieren kann. Das sind die Buddys.

Es gibt auch schon zum Beispiel in der HAK in Oberwart ein Modellprojekt, wo das von Schülerinnen und Schülern selber initiiert wurde, von der Schule unterstützt wurde, auch von der Bildungsdirektion - damals noch Landesschulrat - unterstützt wurde. Das ist ein sehr sinnvolles Projekt, das gerade jetzt wichtig wäre, wenn nach der Covid-19-Krise im Herbst wieder ein Normalbetrieb an Schulen beginnt, hier zu schauen, wo sind jene Kinder und Jugendliche, die jetzt nach dieser langen Phase des nicht regulären Unterrichts, dann nach den Ferien, eine gute Stütze brauchen durch jemanden, der schon gefestigter ist im System.

Es wurden damals auch bei unserem ersten Antrag Stellungnahmen eingeholt, auch von der Bildungsdirektion, die das Buddy-System gutheißt und einige Anmerkungen geliefert hat. Diese Anmerkungen haben wir uns zu Herzen genommen und ernst genommen, weil es eine gute Fachexpertise ist. Wir haben dann den Antrag noch einmal überarbeitet und wir haben also das, was an Stellungnahmen, an Fachstellungnahmen vom Haus, von der Bildungsdirektion zurückgekommen ist, hier in einen neuen Antrag hineingenommen.

Ich wollte dann gerne mit der SPÖ darüber reden, ich habe das Gespräch gesucht, bereits bei unserem ersten Antrag, ich habe dann die Bildungssprecherin der SPÖ auch angerufen. Doris, ich weiß nicht, ob Du Dich noch erinnern kannst, können wir darüber reden - nein, wir können nicht darüber reden.

Ich habe im letzten Ausschuss, wo dieser Antrag, der heute zur Abstimmung kommt, auf der Tagesordnung stand, habe ich mich zu Wort gemeldet und habe gesagt, mich würde interessieren, warum Ihr den Antrag jetzt abändert. Warum Ihr jetzt doch wieder etwas an den Bund delegieren wollt, ob er eine andere Art der Unterstützung hat? Was gefällt Euch dran nicht? Was müsste man anders machen?

Auf meine Wortmeldung hat niemand reagiert. Der Vorsitzende hat gefragt, will jemand was dazu sagen? - Nein! Es gab die absolute Gesprächs- und Diskussionsverweigerung in der Ausschusssitzung *(Abg. Robert Hergovich: Ist eh heute; im Landtag zu diskutieren.)* und die Ausschüsse sind doch jene Orte, wo wir, wenn wir

schon im Vorfeld keine Gespräche führen, was ich sehr schade finde, dann doch noch einmal ins Gespräch kommen können.

Ich verstehe es nicht, vielleicht wird es heute erklärt, ich verstehe es nicht, warum sich die SPÖ hier ganz verweigert, hier in ein Gespräch zu treten über einen Vorschlag, der von unserer Seite gekommen ist. Ich finde es sehr traurig, weil dieses System doch etwas ist, was vielleicht sozusagen mit neuen Einwendungen, mit neuen Ideen, doch noch einmal angedacht werden sollte.

Für uns wäre es doch sehr wichtig, dass in den burgenländischen Schulen Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung gestartet werden. Der Bewusstseinsbildung, wie man füreinander sorgen kann, aber dann auch, dass es ganz klare Systeme gibt, wo sich Kinder und Jugendliche umeinander kümmern.

Das könnte sein, dass flächendeckend Buddy-Systeme zur Förderung des sozialen Miteinanders an den Schulen in den Sekundarstufen I und II gefördert werden. Zumindest die Sekundarstufe I ist etwas, das ganz klar auf Landesebene in der Zuständigkeit ist.

Ich finde es hier sehr schade, ich glaube, es wäre es wert gewesen, wenn wir Kinder und Jugendliche darin unterstützen, ihren Weg in der Schule, im Schulzusammenhalt, im sozialen Leben in der Schule, gut zu finden, und ich bin sehr enttäuscht darüber, dass die SPÖ diesen Weg gänzlich verweigert. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dipl.Ing. Julia Wagentristl, BSc und in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Doris Prohaska. *(Abg. Doris Prohaska: Warm-up Phase!)*

Nachdem es fast die letzte Amtshandlung sozusagen von unserem Landesdesinfektor ist, darf ich Sie alle bitten, dass wir uns bei ihm mit einem Applaus bedanken. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Die Frau Abgeordnete DI Julia Wagentristl, BSC wird gleich am Wort sein.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl, BSc** (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß, der Tag ist heute schon weit fortgeschritten, lassen Sie mich dennoch einige Anmerkungen machen.

Wir als Volkspartei Burgenland sind natürlich der Meinung, dass alle möglichen Maßnahmen in der Präventivarbeit umgesetzt werden müssen, die auch nur irgendwie zur Schulklassen-Klimaverbesserung beitragen können. Und umso mehr ist da noch die Chance gegeben, dass es gar nicht zu Mobbing kommt.

Vielleicht kennen Sie die Zahlen aus der PISA-Studie aus dem Jahr 2018, bei der herausgekommen ist, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die angeben, in der Schule mindestens einmal im Monat gemobbt worden zu sein, bei 23 Prozent liegt.

Betroffenen geht es dann oft schlecht, sie fühlen sich hilflos, sie wollen oft gar nicht mehr in die Schule. Aber ein Lichtblick: 84 Prozent der Schülerinnen und Schüler sagten aber auch, dass es eine gute Sache sei, Schülern zu helfen, die sich selbst nicht verteidigen können. Das Buddy-System kann hier sicherlich einen Beitrag gegen Mobbing leisten. Im Regierungsprogramm soll es ja eine landesweite Gewaltpräventionsstrategie geben, wo auch Schulsozialarbeiter verstärkt eingesetzt werden sollen.

Eine Anmerkung unsererseits dazu: Das macht nur Sinn, wenn diese Schulsozialarbeiter flächendeckend an jedem Schulstandort und zwar unabhängig von der

Schulgröße direkt vor Ort sind und nicht nur, wenn ad hoc Schwierigkeiten auftreten. Zudem wäre es auch wünschenswert, wenn auch Pädagoginnen und Pädagogen dahingehend unterstützt werden.

Warum ist das so? Oftmals passieren Streitereien oder Mobbing direkt im Klassenzimmer und einige Lehrerinnen oder Lehrer, oder Pädagoginnen oder Pädagogen fühlen sich dann oft auch überfordert, wenn so etwas passiert.

Wird in der Schule offen, vor allem auch von den Lehrerinnen und Lehrern über Mobbing offen gesprochen, dann tritt Mobbing auch häufig gar nicht einmal auf, und dann müssen wir auch gar nicht dagegen steuern. Auch wenn jetzt der Abänderungsantrag nicht direkt auf den vorhergehenden Antrag eingeht, und das haben wir jetzt auch schon des Öfteren erlebt, dass das so passiert, müssen wir als ÖVP Burgenland klar sagen, dass wir dem Antrag zustimmen, denn es geht um das Thema der Schulklassen-Klimaverbesserung, und das ist uns ein sehr wichtiges.

Hier müssen wir jegliche Maßnahmen ergreifen, und da muss sowohl der Bund in seiner Zuständigkeit als auch das Land intern handeln, wenn wir eben alle zusammenhalten.

Ich darf nun an Sie alle mit einer Bitte abschließen. Wir haben schon des Öfteren gehört, dass eben Corona uns in Wirklichkeit vor Herausforderungen gestellt hat, wo wir im wahrsten Sinne des Wortes alle sozusagen überrascht waren.

Jetzt treten wir in eine neue Phase, in die nächste Phase ein. Es gibt Lockerungen, weniger Regeln, wieder die Reisefreiheit und so weiter, und hier bitte ich Sie alle, ich appelliere an Ihre Eigenverantwortung. Denn global gesehen sind wir nach wie vor mitten in der Krise.

Daher vielen Dank, und bleiben Sie gesund! *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön und auch für Ihren Wunsch an uns. Ich darf nunmehr die Frau Abgeordnete Doris Prohaska um ihre Ausführungen bitten.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Doris Prohaska** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um die Wahrheit geht, da bin ich eine, die eine i-Tüpfelreiterin ist. Und wenn ich mir jetzt hier von der Frau Kollegin Petrik sagen muss lassen, Sie haben mich angerufen - stimmt, reden wir darüber. Aber warum sagen Sie nicht, wann Sie mich angerufen haben?

Nicht bevor der Antrag zustande gekommen ist. Sie haben den Antrag bereits einlaufen lassen, und dann haben Sie mich angerufen. Warum haben Sie nicht vorher gefragt, können wir nicht einen gemeinsamen Antrag machen?

Ihre Aussage hier verfälscht das Bild total, und das möchte ich hiermit sofort ins richtige Licht setzen!

Wir verweigern uns nicht der Aussprache, aber wenn, dann wirklich zu einem Zeitpunkt, wo noch etwas zu bewegen ist. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Abänderungsantrag. – Beifall bei der SPÖ)* Nicht wenn alles schon vorbei ist. Sie haben den Antrag bereits eingebracht gehabt, Frau Kollegin.

Zum Mobbing: Buddy Systeme zur Mobbingprävention - ich wiederhole es, ich bin 26 Jahre im Klassenzimmer gestanden, und auch wenn ich mir jetzt von der Kollegin anhören muss, manche Pädagoginnen oder Pädagogen sind überfordert, und dann sollen

vielleicht andere Schülerinnen und Schüler Mobbingprophylaxe betreiben, durch ein Buddy-System, das funktioniert so absolut nicht.

Wir haben Stellungnahmen eingeholt, das stimmt. Im Antrag ist auch erwähnt, dass das Schülerparlament dieses Buddy-System einfordert. Das Schülerparlament wurde auch aufgefordert, eine Stellungnahme einzubringen. Und nachdem das Schülerparlament keine Stellungnahme eingebracht hat, oder die Schülervertretung, denke ich mir, na ja, besonders ernst oder wichtig ist ihnen das offensichtlich ohnehin nicht.

Zu Ihrer Frage, warum an den Bund? Ich erwähne es noch einmal - es gibt Bundesschulen, es gibt Landesschulen, Sekundarstufe I, Mittelschulen gehören zu den Pflichtschulen, da gilt das Burgenländische Pflichtschulgesetz, und ich denke, das Wort „Schulautonomie“ ist ein Wort, das kein Fremdwort ist. Dafür haben wir sehr hart gekämpft, und jetzt den Kolleginnen und Kollegen wieder zu verordnen, ihr habt das und das und das zu machen, widerspricht total dem System der Schulautonomie.

Es gibt sehr viele Projekte. Projekte von den Schulen selbst im Pflichtschulbereich, Projekte vom Gesundheitsforum Burgenland, Gesundheitsfonds Burgenland, vom Psychosozialen Dienst, und eines noch dazu.

Mobbing ist nicht irgendwas, was man so leicht daher sagt, und da bin ich sehr sensibel, da braucht man Fachleute. Da geht man nicht zum „Schmiedl“, da geht man zum „Schmied“, da braucht man Schulsozialarbeiter, da braucht man Schulpsychologen, und die gibt es. Und Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wird es in Zukunft noch stärker geben, und damit ist das gut abgesichert. Warum an den Bund? Ich habe es gesagt, - Bundesschulen. Es gibt ein SchUG und ein SchOG. Ein Schulunterrichtsgesetz und ein Schulorganisationsgesetz, beides sind Bundesgesetze. Das heißt, dafür ist der Bund zuständig. Ich sehe absolut nicht ein, warum wir dem Herrn Bundesminister Faßmann die Arbeit abnehmen sollen. Er kriegt das Geld, er ist Regierungsmitglied, er hat diese Arbeit für die Bundesschulen zu erledigen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und jetzt etwas, wo ich leider sagen muss, je später der Abend, umso schlimmer die Botschaften von der Bundesregierung. Ganz topaktuell. Heute wurde an die Schulleitungen der Schulen, ich weiß es vom Burgenland, vom Herrn Bildungsminister ein Brief geschickt - kein Erlass.

Nur zur Erklärung, nur ein Erlass zählt wie ein Gesetz für die Schulleiter und ist einzuhalten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Erlass ist kein Gesetz.)* Es ist ein schöner Brief gekommen, genau darüber, wo ich vor ein paar Stunden noch gesagt habe, die Eltern wollen wissen, wie schaut die Summer School aus. Wir wissen es - ich bin entrüstet!

Und ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP und der GRÜNEN, die ja im Bund in der Regierung sitzen, da gleich denken, wie ich.

Denn, was glauben Sie, welche Unterrichtsgegenstände in der Summer School unterrichtet werden? Sie ist freiwillig, sie ist kostenlos, sie ist in den letzten zwei Augustwochen. Was glauben Sie, was wird unterrichtet? Ich sage es Ihnen: Deutsch.

Was glauben Sie, wer darf hingehen? Nicht alle burgenländischen Schülerinnen und Schüler, nur die AO-Schüler, sprich Außerordentliche Schüler, Schülerinnen und Schüler, die zu wenig Kenntnis der Unterrichtssprache haben und daher, ein- bis maximal zwei Jahre als Außerordentliche Schüler geführt werden dürfen.

Das heißt, der Herr Unterrichtsminister vergisst nicht auf unsere Kinder, dem sind unsere Kinder völlig egal! Der hat die Maske fallen lassen! Kinder haben acht Wochen

Unterricht versäumt, weil man kann den Home-Unterricht nicht mit Präsenzunterricht vergleichen. Dann durften die Kinder in die Schule gehen, in Schichtbetrieb, ohne Nachmittagsunterricht. Die Volksschulkinder bis halb zwölf, und dann gibt es Familien, wo vielleicht der pythagoräische Lehrsatz oder was auch immer, von den Eltern nicht den Kindern erklärt werden kann. Wo die Eltern das Past Perfect Passiv nicht den Kindern erklären können.

Diese Kinder haben keine Möglichkeit, das nachzuholen! Diese Kinder werden diese Lücke mitziehen, im nächsten Schuljahr! Es gibt Kinder, die wechseln die Schule, die gehen nach der vierten Mittelschule vielleicht in eine Oberstufe, denen fehlt der Stoff von acht Wochen Unterricht. Da ist es jetzt mehr als unfair, denn die Eltern, die es sich leisten können, die werden den Kindern in den Sommerferien Nachhilfe geben, damit ihre Kinder das nachholen. Aber die Kinder, die aus den bildungsfernen Schichten sind, die zwei Monate den Unterricht versäumt haben, können das nicht nachholen.

Jetzt frage ich wirklich die Fraktion der GRÜNEN: Finden Sie das fair? - Keine Reaktion der GRÜNEN. Bildungspolitischer Umfaller! *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Entschuldigen Sie, Sie reden hier so viel Blödsinn. Ich kann noch einmal rausgehen, wenn Sie wollen. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Finden Sie das fair, dass die österreichischen Kinder nicht nachholen dürfen, was sie versäumt haben? Finden Sie das fair, Herr Klubobmann Ulram? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt ja gar nicht. – Abg. Markus Ulram: Zu Ihrer Wortmeldung kein Kommentar.)*

Es stimmt, das ist der Brief, der heute hinausgegangen ist. *(Abg. Markus Ulram: Ihr lehrerhaftes Auftreten wie 26 Jahre in der Schule.)* Bitte? *(Abg. Markus Ulram: Nichts!)* Sie müssen lauter reden, ich stehe leider hinter dem Schutzschirm, *(Abg. Markus Ulram: Nein, das ist eh gescheiter.)* da kommt zum Glück nicht alles durch.

Jedenfalls fordere ich den Herrn Bundesminister Faßmann auf, eine gerechte Summer-School für alle österreichischen Schulkinder und Jugendlichen, die das brauchen, im Sommer zu organisieren. Das ist gerecht, das ist fair, und das brauchen unsere Menschen! Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für die Wortmeldungen. Meine Damen und Herren! Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die Unterstützung der psychosozialen Präventionsarbeit an Schulen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren! Bevor ich die Tagesordnung für erledigt erkläre, habe ich noch drei Dinge.

Wir dürfen sehr herzlich, wer möchte, Obfrauen oder Obmänner der Ausschüsse für 17. 06., das ist am Vormittag des Ausschusstages, um 11.00 Uhr, in die Landtagsdirektion einladen, wer möchte, weil der Wunsch herangetragen wurde an uns, dass wir doch die Landtagsdirektion sich hier mit den Obmännern und Obfrauen der Ausschüsse vielleicht noch näher beschäftigen möchte. Noch einmal, kommt an Sie sicher noch schriftlich, aber einfach, damit Sie sich gut organisieren können. 17. 06., 11.00 Uhr, in der Landtagsdirektion. Gewöhnlich gibt es dann Klubs, noch vor den Ausschüssen, um 11.00 Uhr.

Zum Zweiten darf ich Ihnen mitteilen, Sie werden das aber schon gesehen haben, dass wir die Landtagsbroschüren jetzt fertig haben. Das hat lange gedauert, war aber vorher nicht möglich, bevor die Ausschüsse nicht gewählt waren, beziehungsweise nicht konstituiert gewesen sind. Das war wichtig, und daher haben wir nur eine kleine Anzahl, weil sich ja einiges ändern wird, bestellt, weil schon sehr viel Nachfrage besteht.

Ich habe mir erlaubt, die Landtagsdirektion hat schon in Ihren Klubs das natürlich deponiert und wird jetzt sukzessive verteilt, aber wie gesagt, verzeihen Sie, nur in kleinen Mengen, weil es hier zu Änderungen kommen wird.

Zuletzt noch, ich glaube, wir haben unseren neuen Abgeordneten Damen und Herren zu gratulieren. Mit heute müssten eigentlich alle ihre Premierenreden abgeschlossen haben. Sie können stolz sein, weil das ist nicht einfach. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Noch nicht? Es fehlt noch wer. Gut, also ich darf Ihnen, den bisherigen Erstrednern und Erstrednerinnen, seitens des Hohen Landtages sehr herzlich gratulieren.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist erledigt. Sie wissen, dass die nächste Tagung für Donnerstag, den 02. Juli 2020, vorgesehen ist.

Ich darf jetzt abschließend noch zur Präsidialkonferenz, jetzt gleich im Anschluss an die Landtagssitzung, einladen.

Die Damen und Herren, in dem Fall werden es Herren sein, und ich freue mich, wenn wir uns gleich im Landtagssitzungssaal für die Präsidialkonferenz treffen.

Damit ist die Sitzung g e s c h l o s s e n.

Ich wünsche Ihnen noch ein gutes nachhause Kommen.

**Schluss der Sitzung: 20 Uhr 27 Minuten**

Landtag Burgenland

# STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
07. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 02. Juli 2020**

10.02 Uhr - 19.23 Uhr

## Tagesordnung

1. Fragestunde

2. Aktuelle Stunde zum Thema: „Land muss Abzocke der Gemeinden stoppen“

3. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden

4. Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 135), mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird (Zahl 22 - 91) (Beilage 176)

5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird

6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gesundheitswesen-gesetz 2017 geändert wird (Burgenländische Gesundheitswesengesetz-Novelle 2020)

7. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2019 genehmigt wird

8. Beschlussantrag, mit dem der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020; EU-Förderungen im Burgenland zur Kenntnis genommen wird

9. Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof - Entziehung der Gemeinnützigkeit“

10. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen

11. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln

12. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Kennzeichnungspflicht für Lebensmittelherkunft und Hebung des Tierwohls

13. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

14. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz im burgenländischen Bildungswesen

15. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit

---

## Inhalt

**Landtag**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 462)

**Fragestunde:**

**Anfrage Nr. 10** der Abgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Übernahme der Dienst- und Fachaufsicht sowie der Personalhoheit für die elementaren Bildungseinrichtungen durch das Land
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela W i n k l e r (S. 467)
Zusatzfrage: DI Julia W a g e n t r i s t l, BSc (S. 468), Mag.a Regina P e t r i k (S. 468), Johannes M e z g o l i t s (S. 469)

**Anfrage Nr. 11** der Abgeordneten Melanie Eckhardt, MSc an Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Forcierung des Kulturtourismus im Burgenland
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 470)
Zusatzfrage: Melanie E c k ha r d t, MSc (S. 471), Walter T e m m e l (S. 472)

**Anfrage Nr. 12** des Abgeordneten Patrik Fazekas, BA an Landesrat Christian Illedits betreffend Erreichung des Zieles zur vollständigen Versorgung der burgenländischen Haushalte mit Breitband-Internet bis zum Jahr 2020
Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian I l l e d i t s (S. 473)
Zusatzfrage: Patrik F a z e k a s, BA (S. 474), Mag. Christoph W o l f, M.A. (S. 475), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 476)

**Anfrage Nr. 17** der Abgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Digitalisierung in den Schulen
Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela W i n k l e r (S. 478)
Zusatzfrage: DI Julia W a g e n t r i s t l, BSc (S. 479), Patrik F a z e k a s, BA (S. 480)

**Anfrage Nr. 18** der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Aufsichtsrat der Kultur-Betriebe Burgenland GmbH
Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 482)
Zusatzfrage: Mag.a Regina P e t r i k (S. 482)

**Verhandlungen**

**Aktuelle Stunde**
Aktuelle Stunde zum Thema: „Land muss Abzocke der Gemeinden stoppen“ (auf Verlangen des ÖVP-Landtagsklubs)
Redner: Markus U l r a m (S. 484), Ilse B e n k ö (S. 488), Elisabeth B ö h m (S. 491), Mag.a Regina P e t r i k (S. 493), Gerald H a n d i g (S. 495), Johannes

M e z g o l i t s (S. 497), Markus U l r a m (S. 498), Robert H e r g o v i c h (S. 499), Landeshauptmann Mag. Hans Peter D o s k o z i l (S. 500)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 136), mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden (Zahl 22 - 92) (Beilage 149);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 503)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 517)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 135), mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird (Zahl 22 - 91) (Beilage 176);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 504)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 517)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 137), mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 93) (Beilage 150);
Berichterstatter: Robert H e r g o v i c h (S. 504)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 505), Johann T s c h ü r t z (S. 507), Markus U l r a m (S. 510), Robert H e r g o v i c h (S. 512), Mag. Christian D a x (S. 514)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 518)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 128), mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz 2017 geändert wird (Burgenländische Gesundheitswesengesetz-Novelle 2020) (Zahl 22 - 84) (Beilage 151);
Berichterstatter: Mag. Dr. Roland F ü r s t (S. 518)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 519)

**Bericht** des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 125), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2019 genehmigt wird (Zahl 22 - 81) (Beilage 152);
Berichterstatter: Dieter P o s c h (S. 519)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 520), Johann T s c h ü r t z (S. 523), Dieter P o s c h (S. 527), Mag.a Regina P e t r i k (S. 529)
Annahme des Beschlussantrages (S. 529)

**Bericht** des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 127), mit dem der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020; EU-Förderungen im Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 22 - 83) (Beilage 153);
Berichterstatter: Mag. Christian D a x (S. 529)

Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 530), Melanie E c k h a r d t, MSc (S. 531), Mag. Christian D a x (S. 532)
Annahme des Beschlussantrages (S. 534)

**Dringlichkeitsantrag** der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der burgenländischen PendlerInnen (Zahl 22 - 121) (Beilage 178)
Begründung der Dringlichkeit: Wolfgang S o d l (S. 534)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 538), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 540), Johannes M e z g o l i t s (S. 542), Robert H e r g o v i c h (S. 545), Landesrat Mag. Heinrich D o r n e r (S. 547), Mag.a Regina P e t r i k (S. 550), Robert H e r g o v i c h (S. 547)

**Bericht** des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 100) betreffend „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof - Entziehung der Gemeinnützigkeit“ (Zahl 22 - 74) (Beilage 154);
Berichterstatter: Mag. Christian D a x (S. 552)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 553), Markus U l r a m (S. 555), Mag. Christian D a x (S. 561), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 565), Markus U l r a m (S. 569), Robert H e r g o v i c h (S. 570), Landesrat Mag. Heinrich D o r n e r (S. 570)
Annahme des Prüfungsberichtes des Bgld. Landes-Rechnungshofes (S. 571)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 130) zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen (Zahl 22 - 86) (Beilage 155);
Berichterstatter: Mag. Dr. Roland F ü r s t (S. 571)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 571), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 573), Patrik F a z e k a s, BA (S. 575), Mag. Dr. Roland F ü r s t (S. 576)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 581)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 124) für eine transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln (Zahl 22 - 80) (Beilage 156);
Berichterstatterin: Elisabeth T r u m m e r (S. 581)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 591)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 126) betreffend Kennzeichnungspflicht für Lebensmittelherkunft und Hebung des Tierwohls (Zahl 22 - 82) (Beilage 157);
Berichterstatterin: Elisabeth T r u m m e r (S. 582)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 582), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 584), Dipl.Päd. DI Carina L a s c h o b e r - L u i f (S. 585), Elisabeth T r u m m e r (S. 588)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 592)

**Bericht** des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 139) für eine Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) (Zahl 22 - 95) (Beilage 158);
Berichterstatter: Erwin P r e i n e r (S. 592)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 592), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 595), Dipl.Päd. DI Carina L a s c h o b e r - L u i f (S. 595), Erwin P r e i n e r (S. 599)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 605)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 132) betreffend Transparenz im burgenländischen Bildungswesen (Zahl 22 - 88) (Beilage 159);
Berichterstatterin: Doris P r o h a s k a (S. 605)
Redner: Mag.a Regina P e t r i k (S. 605), MMag. Alexander P e t s c h n i g (S. 607), DI Julia W a g e n t r i s t l, BSc (S. 608), Doris P r o h a s k a (S. 611), Landesrätin Mag.a (FH) Daniela W i n k l e r (S. 608)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 615)

**Bericht und Abänderungsantrag** des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 134) betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit (Zahl 22 - 90) (Beilage 160);
Berichterstatterin: Elisabeth B ö h m (S. 615)
Redner: Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 616), Walter T e m m e l (S. 618), Ing. Thomas S c h m i d (S. 620), Robert H e r g o v i c h (S. 623)
Annahme des Entschließungsantrages (S. 623)

**Landesregierung**
Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 462)

**Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten**

**Präsidentin Verena Dunst:** Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Seitens des Burgenländischen Landtages darf ich Sie heute zur 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages begrüßen.

Nachdem seit 1. Juli die COVID-Maßnahmen umfangreiche Lockerungen gebracht haben und die Infektionsrate im Burenland sehr niedrig ist, bin ich mit den Klubobleuten übereingekommen, dass diese heutige Sitzung wieder mit allen Abgeordneten im Plenarsaal stattfinden kann. Ich freue mich, wir alle freuen uns, dass wir so wieder ein Stück zur Normalität zurückgekehrt sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Begrüßen möchte ich den Herrn Landesdesinfektor, der auch heute wieder die Rednerpulte desinfizieren wird. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Um Verständnis bitten wir alle Damen und Herren, die Sie zuhause uns zuhören, aber leider noch nicht hier im Saal sein können. Aber, abhängig davon natürlich von der weiteren Entwicklung der Infektionszahlen, sind wir überzeugt, dass im Herbst wieder die ersten Gäste auf der Galerie von uns allen begrüßt werden können.

Umso herzlicher dürfen wir daher alle Besucherinnen und Besucher begrüßen, die heute via Live-stream diese Landtagssitzung mitverfolgen. Ich freue mich, dass Sie dabei sind.

Einen großen Dank an unsere beiden Gebärdendolmetscherinnen. Heute sind dies Frau Mag.a Böhm und Frau Mag.a Schremser, die diese Sitzung begleiten werden. *(Allgemeiner Beifall)*

Diese Sitzung des Burgenländischen Landtages heute wird ein wichtiger Tag für unser Bundesland sein. Wir werden wichtige Änderungen in der Landesverfassung und in der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages beschließen.

Die Gesetzesvorlagen wurden von allen im Landtag vertretenen Parteien gemeinsam erarbeitet. Wir setzen damit als Landtag, natürlich aber auch gemeinsam mit der Regierung ein starkes Zeichen der Demokratie im Burgenland. Mit der Ausweitung der Minderheitsrechte im Landtag wird das Burgenland Vorreiter unter allen Österreichischen Bundesländern.

Die heutige Landtagssitzung beginnen wir wie immer mit der Fragestunde. Anschließend findet eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Land muss Abzocke der Gemeinden stoppen“ statt. Danach werden die Änderungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung sowie die Änderungen des Burgenländischen Gesundheitswesengesetzes behandelt.

Weiters stehen auf der Tagesordnung der Landesrechnungsabschluss 2019, der 4. Umsetzungsbericht zu EU-Förderungen im Burgenland, der Prüfungsbericht des Landes-Rechnungshofes sowie Entschließungen zu den Themen „Finanzielle Stärkungen der Fachhochschulen“, „Transparente Herkunftsbezeichnung von Lebensmitteln“, „Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik“, „Transparenz im Burgenländischen Bildungswesen“ und „Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit“.

Insgesamt stehen also heute 15 Tagesordnungspunkte auf dem Programm.

Zusätzlich behandeln wir heute noch einen Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler.

Die Debatte dazu wird frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, jedoch spätestens um 15.00 Uhr, stattfinden.

Damit darf ich die 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages eröffnen und weiter im Programm fortfahren.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 6. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegen, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf und Herr Landtagsabgeordneter Géza Molnár entschuldigt.

## Mitteilung des Einlaufes

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr darf ich den Herrn Landtagsabgeordneten Kilian Brandstätter um Verlesung des Einlaufes ersuchen.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Kilian Brandstätter:** Einlauf für die 7. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 2. 7. 2020.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft für die Jahre 2018 und 2019 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 22 - 109) (Beilage 165);
2. Beschlussantrag, mit dem der 5. Tätigkeitsbericht des Burgenländischen Monitoring-Ausschusses zur Kenntnis genommen wird (Zahl 22 - 115) (Beilage 171);
3. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz geändert wird (Zahl 22 - 120) (Beilage 177).

Von der Volksanwaltschaft ist der Bericht zur Präventiven Menschenrechtskontrolle über das Jahr 2019 (Zahl 22 - 96) (Beilage 140) eingelangt.

Ebenso ist der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der burgenländischen PendlerInnen (Zahl 22 - 121) (Beilage 178) eingelangt.

Weiters sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend einer freiwilligen Aufnahme von Asylsuchenden - insbesondere von Minderjährigen und Familien - aus europäischen Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln (Zahl 22 - 110) (Beilage 166);
2. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kilian Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für den Erhalt des ASC-Standorts Bruckneudorf (Zahl 22 - 116) (Beilage 172);

3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend der Durchführung einer Imagekampagne für Pflegeberufe (Zahl 22 - 119) (Beilage 175);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Förderung für Brauchwasser-Anlagen (Zahl 22 - 122) (Beilage 179);
5. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Claudia Schlager, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Stärkung der Opferschutzeinrichtungen im Bereich Gewalt gegen Frauen (Zahl 22 - 123) (Beilage 180);
6. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Rita Stenger, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Bekämpfung der fortschreitenden Kinderarmut (Zahl 22 - 124) (Beilage 181);
7. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur Digitalisierung an Schulen (Zahl 22 - 125) (Beilage 182);
8. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kilian Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Stärkung der AUVA (Zahl 22 - 126) (Beilage 183);
9. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Umsetzung des Reverse charge-Systems gegen Umsatzsteuerbetrug (Zahl 22 - 127) (Beilage 184);
10. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Errichtung einer Bundesgenossenschaft für Pflege und Betreuung (Zahl 22 - 128) (Beilage 185);
11. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die sofortige Einstellung des Asylzentrums Eisenstadt und die Verhinderung weiterer Asylzentren auf burgenländischem Boden (Zahl 22 - 129) (Beilage 186);
12. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird - Burgenländische Jagdgesetz-Novelle 2020 (Zahl 22 - 130) (Beilage 187);
13. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend einer Prämie für Spitalsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter (Zahl 22 - 131) (Beilage 188);
14. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Stopp der Gemeinde-Abzocke (Zahl 22 - 132) (Beilage 189);
15. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Unterstützung für die burgenländischen Gemeinden (Zahl 22 - 133) (Beilage 190);

16. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend die Schaffung eines Hacklerfonds für Lehrlinge und junge Fachkräfte (Zahl 22 - 134) (Beilage 191);
17. des Landtagsabgeordneten Georg Rosner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Preiserhöhung im Verkehrsverbund Ost-Region (Zahl 22 - 135) (Beilage 192)

eingelangt.

Ebenso sind die schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Imagekampagne (Zahl 22 - 97) (Beilage 141);
2. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Bauprojekte (Zahl 22 - 98) (Beilage 142);
3. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Kulturzentrum Güssing (Zahl 22 - 101) (Beilage 145);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend Schulsozialarbeit (Zahl 22 - 102) (Beilage 146);
5. des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend „animal hoarding“ (Zahl 22 - 111) (Beilage 167);
6. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Raumplanung (Zahl 22 - 112) (Beilage 168);
7. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Herrn Landesrat Christian Illedits betreffend „Open Rail Lab“ (Zahl 22 - 114) (Beilage 170);
8. des Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, BA an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner betreffend Verkehrskonzept (Zahl 22 - 117) (Beilage 173);

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 49) betreffend Krankenhaus Gols (Zahl 22 - 99) (Beilage 143);
2. der Landtagsabgeordneten Maga Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 50) betreffend Scheckübergabe (Zahl 22 - 100) (Beilage 144);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (Zahl 22 - 64) betreffend Kindergarten Parndorf (Zahl 22 - 103) (Beilage 147);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 65) betreffend Aufsichtsrat Burgenland Tourismus (Zahl 22 - 104) (Beilage 148);
5. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (Zahl 22 - 71) betreffend Schulversuch im Pflegebereich. (Zahl 22 - 105) (Beilage 161);

6. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Frau Landesrätin Mag. (FH) Daniela Winkler (Zahl 22 - 75) betreffend Unterbringung von Asylwerbern in Wörtherberg und Stinatz (Zahl 22 - 113) (Beilage 169);
7. der Landtagsabgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (Zahl 22 - 72) betreffend Evaluierung Kinderbildungs- und betreuungsgesetz (Zahl 22 - 106) (Beilage 162);
8. der Landtagsabgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (Zahl 22 - 73) betreffend Ferienbetreuung Kindergärten und -krippen. (Zahl 22 - 107) (Beilage 163);
9. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 70) betreffend Schulversuch im Pflegebereich (Zahl 22 - 108) (Beilage 164);
10. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 76) betreffend 24-Stunden-BetreuerInnen (Zahl 22 - 118) (Beilage 174)

eingelangt.

Ebenso sind die Petitionen

1. von den Neos Burgenland betreffend Hissen der Regenbogenfahne vor dem Landhaus als wichtiges Zeichen für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung (E5);
2. von den Neos Burgenland betreffend Prüfung der Auswirkungen der höchstgerichtlichen Entscheidung zum dritten Geschlecht auf die Landesverwaltung (E6)
3. von den Neos Burgenland betreffend Anlaufstelle für LGBTIQ+Community: Standort von COURAGE-Beratungsstelle im Burgenland einrichten (E7)

eingelangt.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Herr Berichterstatter. Wir werden ab Wirksamkeit der nächsten Landtagssitzung gemäß der Geschäftsordnung dann in Zukunft diese Verlesung des Posteinlaufes so nicht mehr haben, sondern digitalisiert. Ich darf Ihnen heute trotzdem zumindest noch einmal die Zuweisungen verlesen.

Die Regierungsvorlagen Zahl 22 - 109, Beilage 165, und Zahl 22 - 115, Beilage 171, und die selbstständigen Anträge, Zahl 22 - 119, Beilage 175, Zahl 22 - 123, Beilage 180, Zahl 22 - 126, Beilage 183, und Zahl 22 - 128, Beilage 185, weise ich dem Rechts- und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 22 - 120, Beilage 177, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Umweltausschuss,

den Bericht der Volksanwaltschaft Zahl 22 - 96, Beilage 140, und die selbständigen Anträge Zahl 22 - 124, Beilage 181, Zahl 22 - 125, Beilage 182, und Zahl 22 - 129, Beilage 186, weise ich dem Rechtsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 22 - 122, Beilage 179, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und dem Umweltausschuss,

den selbständigen Antrag mit der Zahl 22 - 131, Beilage 188, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und dem Sozialausschuss,

den selbständigen Antrag mit der Zahl 22 - 110, Beilage 166, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 116, Beilage 172, und Zahl 22 - 127, Beilage 184, Zahl 22 - 130, Beilage 187, Zahl 22 - 132, Beilage 189, Zahl 22 - 133, Beilage 190, Zahl 22 - 134, Beilage 191, und Zahl 22 - 135, Beilage 192, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Petitionen E5, E6 und E7 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 97, Beilage 141, Zahl 22 - 98, Beilage 142, Zahl 22 - 112, Beilage 168, und Zahl 22 - 117, Beilage 173, habe ich Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner,

die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 101, Beilage 145, und Zahl 22 - 111, Beilage 167, habe ich Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 102, Beilage 146, und Zahl 22 - 114, Beilage 170, habe ich Herrn Landesrat Christian Illedits,

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen, Zahl 22 - 99, Beilage 143, Zahl 22 - 100, Beilage 144, Zahl 22 - 103, Beilage 147, Zahl 22 - 104, Beilage 148, Zahl 22 - 105, Beilage 161, Zahl 22 - 106, Beilage 162, Zahl 22 - 107, Beilage 163, Zahl 22 - 108, Beilage 164, Zahl 22 - 113, Beilage 169, Zahl 22 - 118, Beilage 174,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler,Zahl 22 - 121, Beilage 178, wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch um 15.00 Uhr behandelt.

Meine Damen und Herren! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

## 1. Punkt: Fragestunde

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde. Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr 24 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten DI Julia Wagentristl an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler gerichtet. Ich darf Sie daher, Frau Abgeordnete DI Wagentristl, um Verlesung Ihrer Anfrage bitten. Bitte sehr.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Regierungsprogramm möchte das Land die Dienst- und Fachaufsicht sowie die Personalhoheit für die elementaren Bildungseinrichtungen übernehmen. Wie wird diese Überlegung begründet?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Regierungsmitglieder! Werte Abgeordnete! Hohes Haus! Es freut mich, dass ich Ihnen kurz erläutern darf, warum ich diese Maßnahme der Übernahme der Personalhoheit der Kindergärtnerinnen und Kindergärten in das Land für sehr wichtig finde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der burgenländische Gemeindegipfel war der Startschuss, um mit den Vertretern der Gemeinden Themen, aber natürlich auch die Entlastungsmaßnahmen, die für die Zukunft geplant sind, dementsprechend zu erläutern. Derzeit schaut die Situation so aus, dass die burgenländischen Gemeinden, aber nicht nur die Gemeinden, sondern auch private Rechtsträger, die Personalhoheit über die Bediensteten in den Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen ausüben.

Natürlich ist dies auch mit einem enormen Verwaltungsaufwand verbunden. Ich darf Ihnen auch einen Überblick über die Zahlen geben. Der gesamte Personalstand in den elementaren Bildungseinrichtungen beläuft sich derzeit auf 1.598 Personen im Burgenland.

Das gliedert sich auf in 979 Pädagoginnen und Pädagogen sowie in 604 Helferinnen und Helfer. Es ist wichtig, die Gemeinden zu unterstützen, aber auch die Gemeinden zu entlasten. Daher ist es unser Ziel, die Dienst- und die Fachaufsicht sowie eben die Personalhoheit, aber auch das Qualitätsmanagement in das Land Burgenland zu übernehmen.

Das heißt, wir wollen Qualitätssteigerungen durchführen, wir wollen aber auch eine effiziente Personalbewirtschaftung in den Gemeinden haben. Ganz wichtig ist, dass wir damit auch ein flächendeckendes Betreuungsangebot sicherstellen.

Die Bildungsdirektion für Burgenland ist eine gemeinsame Bund- und Länderbehörde. In der Bildungsdirektion werden somit alle dienst-, besoldungs-, aber auch sozialrechtlichen Angelegenheiten für alle Bundes-, aber auch für die Landeslehrer abgewickelt.

Es hat bereits im Jahr 2016 eine Grundschulreform gegeben, wo der Übergang vom Kindergarten zur Volksschule, aber auch die gegenseitige Zusammenarbeit von Kindergarten und Schule eine enorme Bedeutung bekommen hat.

Es ist auch wichtig, diese Transition vom Kindergarten in die Schule, also in die Volksschule, aber auch dann von der Volksschule in die Mittelschule, wirklich perfekt zu leben. Das wäre auch ein Grund dafür.

Das heißt, eine Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Behörde, unter einem Dach, eben diese gelebte Transition in allen Bildungseinrichtungen vom Kindergarten weg, also von der Kinderkrippe weg, bis in die Höheren Schulen, hat, meiner Meinung nach, einen sehr großen Vorteil.

Das heißt, wir können alle Bildungsangelegenheiten, von den Kleinsten bis zu den Großen unter einem Dach abwickeln.

Kurz zusammengefasst: Ziel ist es, eine zentrale Steuerung von der pädagogischen Arbeit durchzuführen, das heißt, dass alle Kinder im Land Burgenland dieselben Chancen, dieselben Möglichkeiten haben, wie das jetzt bereits im Schulbereich der Fall ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Inwieweit bleibt diesbezüglich die Gemeindeautonomie erhalten?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich möchte Sie daran erinnern, dass es sich bei diesem Programm um den Zukunftsplan Burgenland handelt. Das heißt, es werden derzeit Gespräche mit den Vertretern der Gemeinden geführt.

Daher ist es wichtig, das ganze Konzept einmal zu erarbeiten. Das ist natürlich aufgrund der Größe des Projekts nicht so schnell möglich. Das Konzept wird erst erstellt.

Aber, sobald das Konzept vorliegt, sobald auch die Gespräche mit den Gemeindevertretern abgeschlossen wurden, können wir das natürlich auch dementsprechend beantworten. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Ich freue mich dann auf das Konzept. Meine weitere Zusatzfrage: Wenn das Land die Personalhoheit übernehmen möchte, wer trägt denn dann im Endeffekt die Personalkosten?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete, auch bei dieser Frage muss ich Sie darauf verweisen, dass es eben ein Konzept geben wird, das natürlich in der Zukunft gestaltet wird. Es bezieht sich auf den Zukunftsplan und auf die Kosten, wer die Kosten übernimmt.

Das wird natürlich auch in den Gesprächen mit den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern abgewickelt und wird auch im Konzept dann dementsprechend dargestellt werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Eine weitere Frage kommt von der Frau Abgeordneten Mag.a Petrik.

Bitte sehr.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich freue mich sehr, dass eine schon lang am Tisch liegende Forderung, ein Vorschlag der GRÜNEN, von Ihnen hier aufgenommen wurde.

Ich hoffe auch, es gibt einen gut gestalteten Change-Prozess, weil dann kann das wirklich ein Meilenstein werden und es wird nicht über andere drübergefahren, auch bitte die Berufsvertretung der Kindergartenpädagoginnen und –pädagogen hier miteinzubeziehen.

Meine Frage ist: Wird dann in diesem neuen Projekt auch, das in früheren Jahren sehr erfolgreiche Projekt der psychologisch-pädagogischen Beratung für die Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen und für deren Teams, das von Ihrem Vorgänger leider abgedreht wurde, wird das wieder belebt? Damit die Pädagoginnen und Pädagogen auch wirklich eine gehaltvolle Unterstützung in Krisenzeiten haben?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Werte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für die Frage. Ich finde genau das eben besonders wertvoll und auch besonders wichtig, dass diese pädagogische Arbeit, nämlich eben vom Kindergarten weg, von der Krippe weg, eben bis hinauf passiert.

Und das gesamte pädagogische Konzept oder die pädagogische Verantwortung in einer Behörde, nämlich in der Bildungsdirektion abzuwickeln, hat eben genau diesen Vorteil.

Das heißt, wir können pädagogische Konzepte erstellen, auch psychologische Konzepte, das finde ich auch sehr wichtig, dass die Kindergartenpädagogen und -pädagoginnen und aber auch die Helferinnen und Helfer dementsprechend Ansprechpartner in der Bildungsdirektion dann haben werden, wo sie sich hinwenden können. Natürlich können sie sich derzeit an die Abteilung 7 im Land wenden, aber eben das muss das Konzept alles beinhalten. Das heißt, wie, ist nicht nur die Aufstellung von der Verwaltung her, aber auch, wie versuchen wir eben, dieses pädagogische Konzept dann auch zu erarbeiten, eben die mir so wichtige Transition eben vom Kindergarten, natürlich von der Kinderkrippe weg, eben bis hinauf. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke schön. – Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst**: Es gibt keine - doch eine weitere Frage.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johannes Mezgolits** (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Wenn die Gemeinden die Personalhoheit abtreten, bedeutet das für die Pädagoginnen und Pädagogen und wie ich höre auch für die 604 Helferinnen und Helfer, dass sie in den Landesdienst eingegliedert würden. Mit diesen dienstrechtlichen Veränderungen werden nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einverstanden sein.

Wie möchten Sie das Einvernehmen zwischen dem Personal und den Gemeinden herstellen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Werter Herr Abgeordneter! Ich glaube, ich gebe jetzt zum dritten Mal die Antwort, aber auch diese Antwort wird nicht anders ausschauen, als wie ich sie vorher schon gesagt habe.

Es finden Gespräche statt, derzeit, es ist ein Zukunftsplan, wir werden diese abwickeln. Mehr wird es nicht von mir geben, weil derzeit Gespräche stattfinden, ganz einfach. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Eine weitere Zusatzfrage sehe ich nicht.

Ich darf daher zur zweiten Anfrage kommen. Die zweite Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Melanie Eckhardt, MSc, an den Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil gerichtet.

Ich ersuche Sie daher, Frau Abgeordnete Eckhardt um Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abgeordnete Melanie Eckhardt, MSc** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Folgen der Corona-Krise werden auch das Reiseverhalten generell verändern, das auch Auswirkungen auf den burgenländischen Tourismus haben wird.

Gerade der Kulturtourismus spielt im Burgenland eine zentrale Rolle: Seefestspiele Mörbisch, die Oper im Steinbruch, Schlossspiele Kobersdorf, jOPERA auf Schloss Tabor, die Halbturner Schlosskonzerte und vieles mehr.

Was werden Sie unternehmen, um den Kulturtourismus im Burgenland zu forcieren?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Frau Abgeordnete MSc! *(Heiterkeit bei der SPÖ und FPÖ)* Ich glaube, man sieht jetzt in dieser Phase, in dieser Phase nach Corona, was es eigentlich bedeutet, für das Burgenland auf touristische, auf kulturelle Aspekte zu verzichten, verzichten zu müssen.

Man sieht, was es touristisch bedeutet und man muss jetzt erst beurteilen, wie wertvoll diese Veranstaltungen für das Burgenland sind und waren. Daher war es historisch ganz wichtig, aus meiner Sicht, dass diese Einigung mit Esterházy stattgefunden hat, dass die Oper im Steinbruch stattfinden kann.

Und natürlich müssen wir jetzt danach trachten, wie bringen wir die Kulturszene im engeren Sinn, da gibt es verschiedene Maßnahmen, den Kulturförderbonus, in weiterer Folge werden Kulturschaffende direkt gefördert, über diese Krise.

Und der zweite Aspekt ist, wie bekommen wir die großen Festspielorte über die Krise. Und da war aus meiner Sicht, das ist schon wichtig, dass wir, Sie haben es erwähnt, Schloss Tabor in das Landeseigentum überführt haben. Wäre das jetzt historisch nicht passiert, höchstwahrscheinlich wäre der Verein in Jennersdorf mittlerweile pleitegegangen.

Der zweite Aspekt ist der touristische Aspekt. Da gibt es sehr viele Unternehmen, ich sage jetzt einmal beispielsweise, was ja in unserer letzten Periode sehr stark gefördert wurde, das Hotel Marienkron, das wahnsinnig investiert hat, das, glaube ich, einen hohen Schuldenstand jetzt hat und jetzt nicht in die Gänge kommt.

Da muss sich das Land auch etwas überlegen, es ist unbestritten, weil natürlich auch der Gesundheitstourismus, bis zu einem gewissen Grad, in das touristische Portfolio des Landes gehört. Das heißt, wir werden in den nächsten ein, zwei Monaten bekannt geben, wie wir einen Fonds dotieren, um Unternehmensbeteiligungen zu machen.

Und wir werden auf der anderen Seite uns strategisch überlegen, wo entscheidet sich das Land Burgenland eine längerfristige strategische Beteiligung einzugehen? Ich sage das nur plakativ, Marienkron ist beispielsweise so ein Fall.

Aber mit diesem Gesamtportfolio erwarten wir uns, dass wir über die Krise kommen, wobei ich natürlich auch schon sagen muss, zu der Thematik „Aktuelle Stunde“, egal, das ist ja ein Querschnittsthema.

Die Herausforderung, die wir derzeit haben, ohne zu polemisieren, ist ganz einfach, dass wir keine Planungssicherheit haben, weder die Gemeinden haben eine Planungssicherheit, das Land hat keine Planungssicherheit und der Bund reagiert nicht.

Der Bund reagiert nicht, wir bräuchten Antworten, was den Stabilitätspakt betrifft, wir bräuchten Antworten, welche Maßnahmen werden jetzt tatsächlich im Bund umgesetzt. Ich sage nur Mehrwertsteuer-Senkung, die direkt auch in der Gegenfinanzierung auf das Land durchschlagen, nur ein Beispiel.

Wir bekommen ständig verschiedene Zahlen, der Fiskalrat des Bundes sagt uns, die Mindereinnahmen für das Land Burgenland bis 2021 sind ungefähr 240 Millionen Euro.

Das Finanzministerium sagt uns komplett etwas anderes. Das heißt, wir tun uns derzeit schon sehr schwer, richtig umzugehen, richtig zu kalkulieren, das sind alles öffentliche Mitteln.

Wir können aus heutiger Sicht, wenn wir heute ein Budget für das nächste Jahr erstellen müssten, Gott sei Dank, ist es erst im zweiten Halbjahr, wir könnten das nicht.

Und da muss ich ganz ehrlich sagen, bei aller Diskussion, bei aller politischen Polemik, da muss jetzt einmal grundsätzlich, weil die Steuerhoheit liegt im Finanzministerium, da muss einmal der Bund die Richtung und die Linie vorgeben und das fehlt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Ihre Zusatzfrage. - Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Melanie Eckhardt, MSc** (ÖVP): Mit dem Burgenland-Bonusticket bekommen Burgenländer ab drei Nächtigungen in einem heimischen Betrieb einen Bonus von 75 Euro.

Inwiefern könnten Sie sich vorstellen, dieses Bonusticket auf burgenländischen Kulturtouristinnen und -touristen auszuweiten, die Veranstaltungen im Burgenland besuchen und dafür oft nur ein bis zwei Nächte unterwegs sind?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Zum einen ist das eine touristische Maßnahme und keine, also eine generell touristische Maßnahme, nicht nur eine kulturtouristische Maßnahme. Wir haben gesagt, wir machen - und das liegt auch in unseren Finanzierungsmöglichkeiten -, wir geben den Burgenländerinnen und Burgenländern dieses Angebot.

Der Bund, die Österreich-Werbung, die Tourismusministerin, die müsste hergehen und sagen, Urlaub in Österreich, alle sollen in Österreich bleiben, vom Bodensee bis zum Neusiedlersee, und die müsste hergehen und sagen, für alle Österreicherinnen und Österreicher gibt es diese Bonifikationen. Das wird nicht gemacht.

Wir konzentrieren uns auf das Burgenland, wir fördern die Burgenländerinnen und Burgenländer und Sie würde ich ersuchen, an die Tourismusministerin heranzutreten, das auf Österreich umzulegen. Dann tritt nämlich genau das ein und kann das gefördert werden, was Sie mich jetzt gefragt haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Ihre zweite Zusatzfrage - Frau Abgeordnete, bitte.

**Abgeordnete Melanie Eckhardt, MSc** (ÖVP): Das Kulturzentrum Mattersburg ist ein wichtiger Platz für Kunst und Kultur im Bezirk bei uns. Derzeit laufen die Umbauarbeiten.

Inwiefern kann der Kosten- und der Zeitplan noch eingehalten werden?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Schauen Sie, das ist eine Frage, im Detail kann ich Ihnen das jetzt nicht sagen. Ich gehe davon aus, dass der Zeitplan eingehalten wird, dass wir im Jahr 2021 das Kulturzentrum eröffnen werden. Ich reiche das gerne nach.

Beim Kostenplan ist es ganz klar, es gibt einen Regierungsbeschluss zu den Kosten, die via BELIG in weiterer Folge beim Bau veranschlagt werden dürfen. Bis dato, ich sage das ganz bewusst, bis dato ist niemand an die Regierung, an die Verantwortlichen herangetreten, einen neuen Regierungsbeschluss zu fassen, der eben beinhalten würde, dass die Kosten mehr werden würden.

Bis dato gibt es dazu nicht nur keine Informationen, sondern bis dato gehe ich davon aus, dass die Kosten halten. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine nächste Frage kommt vom Herrn Abgeordneten Temmel.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Walter Temmel** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Laut Regierungsprogramm sind in Güssing Maßnahmen im Bereich Kunst und Kultur geplant.

Wie sieht der konkrete Plan betreffend Burg und Kulturzentrum Güssing aus?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Regierungsprogramm klar definiert, dass wir in Güssing einen kulturpolitischen Meilenstein setzen wollen.

Wir müssen diesen Aspekt natürlich auch berücksichtigen, dass wir derzeit, wie ich auch schon eingangs erwähnt habe, sicherlich mit der einen oder anderen Finanzierungsherausforderung kämpfen müssen. Der Weg aber in Güssing ist klar vorgezeichnet.

Es gibt aus meiner Sicht die Burg, die Burg als zentrales, kulturelles, gesellschaftliches, veranstaltungstechnisches Zentrum mitten in Güssing. Und es gibt natürlich sanierungsbedürftig die Eigentumsfrage und so weiter, was mit der Familie Batthyány geklärt werden muss.

Es gibt auch die Frage der Stiftung, wie gehen wir damit um, da sind verschiedene Rechtsfragen zu klären. Und auf der anderen Seite gibt es das Kulturzentrum, dass auf jeden Fall, unbestritten, saniert werden muss, keine Frage.

Das sind alles Projekte, die gehen in zig Millionen Euro. Erste Schätzungen bei der Burg würden bedeuten höchstwahrscheinlich Investitionen jenseits von 40 Millionen Euro.

Was das Kulturzentrum Mattersburg kosten wird, wissen wir, beim Standort Güssing ist es noch schwieriger, weil das vom Untergrund her ein schwieriger Standort ist. Dort müsste man höchstwahrscheinlich noch überlegen, den Standort zu wechseln.

Und da haben wir gesagt, wir wollen einen kulturpolitischen Meilenstein in Güssing setzen im Bezirk, aber es wird sich beides finanziell nicht ausgehen, das sage ich ganz offen.

Und wir sind bereit und das werden wir auch machen, die Bevölkerung des Bezirkes, nicht der Stadt, die Bevölkerung des Bezirkes mit entsprechenden Unterlagen zu versorgen, zu befragen.

Und das, was die Bevölkerung vor Ort dann in weiterer Folge entscheidet, Burg, sage ich jetzt verkürzt, oder Kulturzentrum, das wird umgesetzt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage, meine Damen und Herren Abgeordneten, wird nicht gestellt.

Damit darf ich schon zur dritten Anfrage kommen.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Patrick Fazekas an den Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet.

Herr Abgeordneter, ich darf Sie um Verlesung Ihrer Anfrage bitten.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Die aktuelle Corona-Krise zeigt: Die Digitalisierung kann Unternehmen widerstandsfähiger in Krisen machen und damit Arbeitsplätze sichern. Dafür ist vor allem der flächendeckende Breitband-Zugang notwendig. Sie haben eine vollständige Versorgung der burgenländischen Haushalte mit Breitband-Internet bis zum Jahr 2020 angekündigt.

Wie werden Sie dieses Ziel erreichen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Damen und Herren des Hohen Hauses! Wir haben jetzt, nicht zuletzt in der Krise, aber auch schon vorher natürlich immer wieder die Wichtigkeit eines Highspeed-Breitband-Ausbaues und eben einer flächendeckenden Breitband-Infrastruktur im Burgenland besprochen und festgestellt.

Wir haben in den letzten 25 Jahren, natürlich auch dank der Unterstützung von Fonds der Europäischen Union, und im Jänner konnten wir eben auf Grund des 25 Jahr- Beitrittsjubiläums, auch auf Grund einer Studie feststellen, wie sich verschiedene Regionen, Europa, Österreich, aber auch das Burgenland, auch in Bezug auf Breitband-Ausbau, Digitalisierung, entwickelt hat und dies auch als Basis für die weiteren Schritte verwenden.

Das heißt, das Burgenland hat, immer statistisch gesehen natürlich, so wie es eben auch das Bundesministerium und die Statistik Austria das tut, einen Versorgungsgrad von 88,8 Prozent. Wir haben ein Prozent mehr als durchschnittlich die anderen Regionen in Österreich. Das ist ein sehr guter Wert.

Statistisch heißt das aber, dass man eine gewisse Grundversorgung hat. Das heißt, man ist über 30 Megabit ausgebaut und der Rest sind eigentlich die unterversorgten Gebiete, definiert eben als unterversorgte Regionen, die sogenannten weißen Flecken.

Um die geht es natürlich in erster Linie und die haben wir bei uns in den besonders stark ländlich strukturierten Gebieten im Südburgenland festzustellen. Das ist österreichweit auf der Landkarte, aber überall so festzustellen und zu sehen. Und dort liegt auch der spezielle Fokus.

Generell ist es aber so, dass wir natürlich jetzt in Zeiten der Krise mit Homeoffice, mit Distance learning, mit dem daheim Arbeiten mit Laptops oder mit Handys eben feststellen konnten, dass es in vielen Fällen auch sehr, sehr gut gelungen ist.

Wir haben auch im Bildungsbereich gesehen, jetzt sind alle Maturazeugnisse fast, glaube ich, verteilt, dass es auch funktioniert hat. Der Schulschluss steht unmittelbar vor der Tür und es hat eigentlich auch, dank dieser Versorgung, relativ gut funktioniert.

Natürlich haben wir festgestellt, wenn zwei, drei Personen gleichzeitig, zwei Kinder zu Hause und dann noch Frau oder Mann auch natürlich im Homeoffice, dass hier die Download-Geschwindigkeit, aber auch die Download-Menge gleichzeitig nicht gereicht hat. Das ist aber natürlich auch logisch und das ist festzustellen, wo es eben diese noch nicht so gute Versorgung gibt, wie wir uns das wünschen und vorhaben.

Wir haben im Regierungsprogramm ganz klar verankert, dass wir heuer eine Strategie zu Ende bringen wollen, natürlich gemeinsam mit vielen Akteuren, mit externen Beratern, mit einer Stelle, die das organisiert und tut.

Und wir haben diesbezügliche Beschlüsse auch schon im Aufsichtsrat der Energie Burgenland gefasst, dass dies die zentrale Stelle sein wird, wo eben auch der Breitband-

Ausbau tatsächlich auch als Drehscheibe umgesetzt werden soll, wie wohl wir natürlich auch die Förderstelle RMB weiter in Anspruch nehmen wollen.

Und wir haben natürlich auch das Regierungsprogramm der türkis-grünen Regierung gelesen, wo auch die Breitband-Strategie ein wenig neu definiert, gar nicht explizit, aber doch vorhanden ist. Und hier wollen wir natürlich auch diese Maßnahmen alle wieder berücksichtigen.

Es geht um die Breitband-Milliarde, oder wie sie immer dann definiert ist, in welcher finanziellen Dotierung. Es ist alles ein bisschen neu jetzt, wie wir gehört haben, weil es natürlich eine andere Situation ist. Das Geld ist nicht mehr geworden und deshalb denkt man natürlich auch ein wenig anders.

Aber wir haben unser erklärtes Ziel ganz klar definiert, wir wollen, im Zukunftsplan Burgenland nachzulesen, heuer die Strategie fertig machen. Im nächsten Jahr dann eben auch das Programm präsentieren, wie wir sukzessive, gemeinsam mit den Gemeinden und mit dem Land, aber auch mit Unterstützung des Bundes eben Highspeed-Breitband im Burgenland auch mit FTTH-Lösungen, Hybrid wird es wahrscheinlich sein, zu den Menschen im Burgenland bringen wollen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Ich darf Sie um Ihre nächste Frage ersuchen.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Landesrat! Sie haben von einem 88-prozentigen Versorgungsanteil im Burgenland gesprochen. Sie haben jetzt zum Schluss FTTH angesprochen, Fiber To The Home, Glasfaser direkt in den Haushalt.

Wie hoch ist der Anteil an FTTH im Burgenland?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Wir haben jetzt eine Grundversorgung FTTH im Burgenland, soweit wir die Daten haben. Die Provider sind sehr auf Datenschutz bedacht, logischerweise. Und wir haben Direktglasfaseranbindung jetzt nicht 100-prozentig mit Glas, auch mit Hybridlösungen, 70 Prozent über einen Provider.

Alles, was jetzt A1 zum Beispiel versorgt, sind 85 Prozent, nur der eine Provider. Wir haben es immer nur von den Providern und dann 70 Prozent auch mit Hybrid, LTE und eben Glas. Das heißt, es gibt immer noch diese Mischsysteme, ganz klar.

Wir haben aber auch sehr große Anteile an LTE-Lösungen, wo wir hier in den letzten Jahren eine fast flächendeckende Versorgung mit mobilem Breitband erreicht haben. Und hier haben wir fast eine 100-prozentige Versorgung eben erreicht.

Also 100-prozentig zu sagen, welcher Provider hat jetzt wirklich direkt dort, - also wir wissen, dass eigentlich nur zwei Provider direkt vermehrt Glas ausbauen, das ist bei uns Kabelplus und A1 und die machen teilweise natürlich auch noch Kupfer. Das heißt, es ist dieses Mischsystem momentan noch da. Also A1 geht bis zum A-Rohr und dann Kupfer weiter.

Wir haben ja die Vorgesellschaft der Kabelplus, im Landeseigentum damals gelegen, hat auch ausgebaut auf Glas, das wird übermantelt. Also es gibt verschiedene Lösungen.

Aber unser Ziel ist es, soweit wie möglich Glas zu nehmen und nur dort, wo es nicht wirtschaftlich sinnvoll ist, und andere Lösungen denselben Zweck erfüllen, vielleicht

doch Hybrid-Lösungen anzudenken. Das wird aber dann in der Strategie auch erarbeitet werden.

Und ich denke, es wird eine gute Lösung für den ländlichen Raum, aber auch für den urbanen Bereich im Burgenland gefunden werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Ihre zweite Zusatzfrage - bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Geschätzter Herr Landesrat! Sie begrüßen in mehreren Medienberichten die Einführung der 5G-Technologie. Es gibt immer wieder Gruppierungen, die hier Bedenken haben, Stichwort Gesundheitsgefährdung.

Wie lautet die offizielle Stellungnahme des Landes in Bezug auf diese Bedenken, im Bereich Gesundheitsgefährdung, durch den Ausbau von 5G-Technologien?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Also ich bin ja schon einige Zeit mit diesem Thema Breitband-Ausbau hier im Burgenländischen Landtag beschäftigt und habe sehr viele schon mit gesundheitlichen Bedenken, auch wie wir sehr viele Mastenanlagen aufstellen mussten, Diskussionen geführt, mit verschiedenen Providern und das hat immer anders geheißen. Dann die Strategie, wo ich immer dabei sein durfte.

Und ich nehme jedes Thema, speziell die Gesundheit betreffend, ernst. Man darf nichts bagatellisieren. Man muss sich aber natürlich auf Gutachten und natürlich auf verschieden Meinungen, auch die man einholen muss, verlassen können.

Nachdem der Bund teuer diese Lizenzen für 5G verkauft, denke ich, dass auch da im Vorfeld doch einiges an Gesundheitsaspekten mitberücksichtigt wurde. Und natürlich die Provider, glaube ich, nicht blindlings Millionen Euro ausgeben, um eben diese Lizenzen zu erwerben und dann eben zu sagen, wir bauen nichts aus. Aber wir werden das natürlich berücksichtigen.

Das ist genau dieser Ansatz, den wir wählen. 5G darf man nicht sagen 100-prozentig, sondern man muss sagen, okay, wo ist der Einsatz sinnvoll, wo bringt es uns etwas und wo ist eben diese Antennenanlage eben notwendig? Wir wissen, wie das funktioniert, mit Richtfunk. Aber hier gibt es auch andere Lösungen.

Und das ist eben dieser Ansatz, der wahrscheinlich jetzt auch von vielen Expertinnen und Experten und von vielen Meinungen, die wir schon erhalten haben von anderen Bundesländern, auch schon da ist. Hybrid-Lösungen sind eigentlich speziell für den ländlichen Raum eine ideale Form und die werden auch in den Überlegungen mitberücksichtigt werden.

Also 5G wird auch ein Teil natürlich dieser Überlegungen bei dem Ausbau sein. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Als nächster Fragesteller ist der Herr Mag. Wolf, M.A. gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.** (ÖVP): Lieber Herr Landesrat! In vielen Regionen des Burgenlandes zahlt es sich für die Betreiber von Internet und Breitband nicht aus, zu investieren für die Leitungen.

Wie steht das Land dazu, vergleichsweise wie in Niederösterreich und der Steiermark hier in Vorleistung zu treten, eine Breitband-Gesellschaft beispielsweise zu gründen, die sich ja durch die Vermietung der Netze dann nach einigen Jahren selbst rechnet? Wäre das nicht eine Idee, um das Breitband in jeden Haushalt des Burgenlandes zu bekommen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe eigentlich schon die Gesellschaft benannt, die wir schon haben, also wir brauchen keine mehr gründen, wir haben eine. Und wir werden natürlich sehr vieles, auch Synergien, nutzen.

Das heißt, es gibt hier viele Einbautenträger, die tagtäglich fast irgendwo in einer Stadt, am Land, irgendwo aufgraben. Und Sie wissen, die Komponente, die die teuerste ist, ist genau die Künette. Das heißt, dort müssen wir schauen, dass wir hier mit den Gemeinden, in enger Abstimmung natürlich, hier wirklich ein Programm erstellen, wo wir wissen, wer macht wann welche Einbauten? Wo kann man eben Synergien nutzen?

Und da wird die Drehscheibe die Energie Burgenland sein, dann natürlich als große, größte Gesellschaft, die wir im Landeseigentum haben und die alles hat, das Know-how, die hat ja früher auch eine Breitband-Gesellschaft betrieben. Also die haben es eigentlich gemacht damals und die wissen, wie es geht, und zum anderen haben sie alle Techniker.

Das heißt, es ist alles eigentlich da, was man braucht. Und logischerweise werden wir das natürlich mit den Gemeinden tun.

Ich habe mir das Beispiel von Niederösterreich natürlich sehr gut angeschaut. Die Kollegen von der nöGIG sind, die kenne ich seit langem und sie sind in vielen Bereichen natürlich immer wieder Gesprächspartner und die haben auch vieles richtig gemacht und oft teilweise haben sie Lehrgeld bezahlt. Und deshalb haben sie uns das auch erzählt. Das werden wir verhindern, dass wir dasselbe machen.

Weil, Gutes kann man übernehmen, Fehler braucht man nur einmal machen lassen und dann daraus lernen. Aber das ist natürlich auch eine Strategie, die wir uns anschauen können und die wir dann, auch von der Finanzierung her, natürlich sehr gut überlegen.

Teil der Strategie ist ja natürlich das Ausbauprogramm und mit dabei muss auch die Finanzierung natürlich sein. Das werden wir dann gemeinsam auch natürlich diskutieren und die Schritte gemeinsam definieren und sicherlich hier auch im Hohen Haus dann irgendwo noch diskutieren und beschließen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Als Nächster am Wort mit seiner Frage ist Herr Abgeordneter Spitzmüller.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Technische Lösungen gibt es unterschiedliche, Hybrid ist sicher eine Möglichkeit. Die Frage ist nur, beim Breitbandpakt war ja vorgesehen, 100 Mbit pro Sekunde zu den Menschen zu bringen. Sehen Sie da wirklich eine realistische Chance, das auch wirklich zu schaffen?

Weil, im Moment sind wir weit davon entfernt. Ich habe zum Beispiel in meiner Heimatgemeinde, da liegt die Glasfaser in Oberschützen, aber die Ortsteile, die vier dazu, sind natürlich nur mit Kupfer und Hybrid-Lösung versorgt.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Die Frage ist gestellt.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Da komme ich nicht einmal auf 50 Mbit.

Also ist es realistisch, die 100 Mbit zu erreichen?

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke nochmal für die klare Fragestellung. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Christian Illedits** (SPÖ): Ich würde fast sagen 200. Also 100 ist natürlich realistisch, das ist das ganz erklärte Ziel, auch jetzt schon, in der Breitband-Strategie der vormals gewählten Regierung gewesen und auch so definiert nachzulesen.

Und jetzt wird ja eine Förderkulisse diskutiert, die man jetzt von 30 wegnimmt und bis zu 100 hernimmt. Das heißt, man hat sich nach oben orientiert und wir wissen natürlich, dass Highspeed-Internet jetzt schon weitaus mit anderen Geschwindigkeiten und Breitband in verschiedenen Regionen notwendig ist, wo es Industriegebiete gibt, wo es Wirtschaftscluster gibt natürlich, aber nicht überall.

Und ich behaupte einmal und das ist meine Erfahrung jetzt, ich kann sagen, politische Lebenserfahrung, es braucht ja auch nicht jeder. Aber wir wollen eine Möglichkeit schaffen, wo es eben auch eine Frage der Leistbarkeit sein muss. Es hilft ja nichts, wenn ich jetzt irgendwo, vielleicht bei Ihnen zu Hause, sage, ich will 50 Mbit haben und zahle damit 50 Euro im Monat.

Das muss ja leistbar sein für jeden, weil, es ist ja der ganze Bildungsbereich, es ist der Arbeitsbereich, da ist ja vieles betroffen. Und wenn wir jetzt von Homeoffice gesprochen haben, oder von Distance learning, dann wissen wir, dass die Leute das natürlich jetzt bemerkt haben. Man braucht das in Zukunft, aber es muss auch leistbar sein.

Deshalb wird es auch vom Anschluss mit diskutiert werden, was kann der Anschluss kosten FTTH und was ist die monatliche Gebühr? Auch das haben wir aus anderen Bundesländern mitgenommen. Das muss irgendwo auch immer dort liegen, dass die Menschen sich das leisten können, die das notwendigerweise haben. Und die mehr brauchen, die werden eh mehr zahlen.

Das heißt, es muss auch natürlich eine soziale Komponente mit dabei sein. Aber 100 muss auf jeden Fall das Ziel sein und ist für mich auch realistisch. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landesrat. Da keine weiteren Zusatzfragen sind, darf ich zur vierten Anfrage kommen.

Hoher Landtag! Die vierte Anfrage ist von der Frau Abgeordneten DI Julia Wagentristl gestellt und zwar an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler. Bitte Frau DI Wagentristl um Verlesung ihrer Anfrage.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Um die Chancen des digitalen Fortschritts bestmöglich zu nutzen, müssen wir im Bildungsbereich die richtigen Weichen stellen.

Was tun Sie konkret im Burgenland, um die Digitalisierung in den Schulen zu forcieren?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Hohes Haus! Ich darf gleich mit der Digitalisierung fortsetzen. Die Digitalisierung ist natürlich auch im Bildungsbereich ein sehr, sehr wichtiges Thema. Das habe ich auch immer wieder erwähnt und das ist mir auch ein großes Anliegen.

Wenn man mich kennt, dann weiß man ja, was ich vor meiner politischen Tätigkeit gemacht habe. Auch da war die Digitalisierung ein sehr großes Thema. Das heißt, ich habe die Digitalisierung auch im täglichen Beruf gelebt.

Im Bildungsland Burgenland ist ein festgeschriebenes, konkretes Ziel, dass kein Kind ohne digitale Kompetenzen sein soll. Das heißt, wir wollen die digitalen Kompetenzen in den Volksschulen bereits, in den Mittelschulen flächendeckend natürlich auch umsetzen.

Das heißt, seit Jahren bestehen bei uns schon Lernplattformen wie Skooly und LMS.at. Gerade Skooly, das wir im Volksschulbereich einsetzen, ist wirklich eine ganz große Errungenschaft in diesem Bereich, und ich darf vielleicht kurz vorstellen, was Skooly alles bietet, also auf das sind wir wirklich sehr stolz.

Skooly bietet sehr viel. Wir haben eine digitale Lern- und Leseförderung für die Kinder ab der ersten Schulstufe. Wir bieten durch Skooly unterschiedliche Unterrichtsszenarien an.

Ein digitaler Schwerpunkt im Skooly ist auch der Themenbereich „Englisch in der Volksschule“, der ja mit diesem Schuljahr umgesetzt wurde, aber auch „Coding und Robotik“.

Des Weiteren haben wir im Skooly ein digitales Klassenbuch, ein elektronisches Mitteilungsheft und einen Messanger, der gerade in der Coronazeit sehr, sehr wichtig war und die Kommunikation zwischen den Eltern und den Pädagoginnen und Pädagogen auch dementsprechend erleichtert hat.

Was der Bund im Prinzip in dem Acht-Punkte-Plan der Digitalisierung im Bildungsbereich vorgestellt hat, das haben wir mittlerweile schon seit Jahren im Burgenland umgesetzt durch unser tolles Produkt Skooly und LMS.at. Wir merken auch, dass die Eduthek des Bundes mit den burgenländischen Lernmaterialien dementsprechend sehr, sehr gut versorgt wird.

Natürlich darf man nicht vergessen, die Pädagoginnen und Pädagogen auch dementsprechend zu schulen in diesem Bereich, in digitalen Medien. Daher haben wir in der Pädagogischen Hochschule Schulungen für alle Pflichtschul- und Bundeslehrer eingeführt. Die gibt es seit vielen Jahren. Im Schuljahr 2019 und 2020 wurden 198 Seminare angeboten und rund 4.000 Pädagoginnen und Pädagogen geschult.

Des Weiteren gibt es natürlich auch regionale IT-Betreuer, die sehr wichtig sind, damit wir eben die Pädagoginnen und Pädagogen, die Direktorinnen und Direktoren in den Schulen auch dementsprechend unterstützen und versorgen können, und wir haben das Bildungsnetzwerk Burgenland, das eben sehr wichtig ist für das Skooly.at, aber auch für die Weiterentwicklung von Skooly.at.

Ich meine, es ist ganz klar, man darf nicht stehen bleiben, wir dürfen uns nicht auf dem ausrasten. Wir müssen die Digitalisierung weiter fortsetzen und auch in diesem Bereich haben wir sehr viele vielversprechende Projekte.

Ein weiterer Fokus in der Digitalisierung im Bildungsbereich ist das Safer Internet. Da gibt es auch diesbezüglich eine eigene App dazu, nämlich die Frag Skooly App, wo es um die digitale Sicherheit auch geht. Das ist natürlich auch wichtig, dass man nicht nur

den Umgang mit den digitalen Medien den Kindern beibringt, sondern auch die digitale Sicherheit mit dem Umgang.

Was sind jetzt die Ziele für das kommende Schuljahr beziehungsweise für die kommenden Schuljahre, was die Digitalisierung betrifft? Natürlich die weitere Stärkung der Grundkompetenzen bei den Volksschulkindern und Mittelschulkindern. Dann gibt es einen eigenen neuen Lehrplan zu der digitalen Grundbildung in den Mittelschulen und Coding und Robotik soll als alternativer Pflichtgegenstand angeboten werden.

Morgen habe ich eine Pressekonferenz zu dem Thema Schulschluss und auch in dem Bereich werden wir bei der morgigen Pressekonferenz ein neues digitales Tool vorstellen dürfen, das auch im Bildungsbereich sehr viel bringt.

Ich darf vielleicht noch kurz auf das vom Herrn Landesrat Illedits erwähnte Distance Learning eingehen. Da haben wir gemerkt, wie gut es war, dass wir in diesen Bereichen in den letzten Jahren sehr viel investiert haben, denn das Umstellen auf das Distance Learning ist eigentlich ziemlich schnell passiert und ist sehr, sehr gut gemeistert worden. Da haben sich auch die Schulungen, die wir bei den Pädagoginnen und Pädagogen durchgeführt haben, wirklich gut investiert.

Die Schwierigkeiten, die habe ich schon erwähnt. Die Schwierigkeiten in diesem Bereich in der Corona-Krise waren natürlich das gleichzeitige Lernen zu Hause, Homeoffice, beides funktioniert einfach nicht. Aber rein das Distance Learning und die Umstellung auf e-Learning hat sehr, sehr gut funktioniert. Weil wir schon seit Jahren - und das ist mir auch wichtig zu betonen -, nämlich gerade in der Sekundarstufe 1 und in der Sekundarstufe 2 das Blended Learning auch ...

**Präsidentin Verena Dunst:** Frau Landesrätin, Ihren Schlusssatz bitte.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Blended Learning ist nämlich die Kombination zwischen einem Präsenzunterricht und dem digitalen Unterricht, und daher ist es mir wichtig, dass das auch in der täglichen Praxis gelebt wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage von Ihnen? - Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Es freut mich, dass wir uns einig sind, dass die Kinder nicht nur im Freizeitbereich, sondern auch im Bildungsbereich mit den digitalen Medien den Umgang gewohnt sein sollten. Daher haben wir ja auch den Vorschlag gemacht, dass das Land jene Eltern, die für das Homeschooling Computer oder Laptops angeschafft haben, dass die in Form einer Förderung unterstützt werden sollen, und jetzt wollte ich fragen:

Ihr Kollege, der Herr Landesrat hat es angesprochen, das muss leistbar sein, es soll eine soziale Komponente geben. Wie stehen Sie jetzt zu unserem Vorschlag?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Natürlich ist es ganz wichtig, dass wir in dem Bereich auch die Eltern unterstützen, was die Anschaffung von digitalen Plattformen et cetera in Form von Tablets und Co betrifft.

Wir haben auch in der Corona-Krise gemerkt, dass doch einige Familien keine eigenen Tablets haben und dementsprechend haben wir natürlich auch die Familien, die Kinder, mit Tablets versorgt. Wir haben in Summe, ich glaube, 358 Tablets an

Schülerinnen und Schüler auch ausgeführt, weil es eben wichtig ist, dass sie mit den Medien mitgehen.

Gerade das Konzept nämlich, wie werden wir die Tablets auch in die Schulen bringen, das ist auch im Zukunftsplan Burgenland niedergeschrieben, und mit diesem Konzept werden wir uns auch in Zukunft dementsprechend beschäftigen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Frau Abgeordnete, Ihre zweite Zusatzfrage bitte.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Der Bund fördert ja ab dem Schuljahr 21/22 die Anschaffung von digitalen Lerngeräten für alle Pflichtschüler in der 5. und 6. Schulstufe, in der Mittelschule und auch in der AHS, also unabhängig vom Schulerhalter. Die Eltern sollen hier einen Selbstbehalt von 25 Prozent tragen.

Daher ein Vorschlag von unserer Seite, das Land könnte diese wichtige Initiative doch unterstützen und diesen Selbstbehalt für Familien nach sozialen Kriterien übernehmen.

Wie stehen Sie hier zu diesem Vorschlag?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Auch hier möchte ich Sie wieder daran erinnern, dass es diesbezüglich ein Konzept geben wird. Wir haben das definitiv festgeschrieben in unserem Zukunftsplan, dass es uns wichtig ist, unsere Schülerinnen und Schüler, unsere Schulen auch mit Tablets auszustatten. Aber bitte geben Sie mir da noch ein bisschen Zeit, dass wir eben dieses Gesamtkonzept auch präsentieren können.

Das ist das Gleiche im Prinzip wie wir es vorher schon gehabt haben, mit den Pädagoginnen und Pädagogen, also die Übernahme in das Land, auch hier müssen wir ein dementsprechendes Konzept erarbeiten. Wir sind dabei. Es ist uns auch ein sehr, sehr wichtiges Thema, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler ausstatten.

Ich möchte aber schon sagen, dass es nicht nur in der Mittelschule erst wichtig ist, sondern bereits die digitale Kompetenz in den Volksschulen ein großes Thema für mich ist, weil dort beginnen eigentlich die Kinder den Umgang mit den digitalen Medien zu lernen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landesrätin. Es kommt eine weitere Frage vom Herrn Abgeordneten Fazekas. Bitte.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Geschätzte Frau Landesrätin! Digitalisierung bringt nicht nur Chancen mit sich, Digitalisierung bringt auch Risiken mit sich, wenn ich an den Schulbereich denke. Cybermobbing als Begriff in den Schulen.

Welche präventiven Maßnahmen setzen Sie als zuständige Landesrätin?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie mir vorher genau zugehört hätten, dann, glaube ich, hätten Sie gehört, *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Ich habe zugehört, aber Sie haben nichts gesagt!)* dass ich das Thema angeschnitten habe. Es ist uns nämlich ganz wichtig, nicht nur die digitale Kompetenz den Kindern beizubringen, sondern und natürlich auch, und das beginnt eben genau in diesem Bereich des Volksschulalters, den Umgang, den sicheren Umgang mit dem Thema Internet, weil, wie Sie wissen, oder vielleicht auch nicht, haben Kinder bereits

Handys, können ins Internet, können mit Tablets überall hinein. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Was tun Sie?)*

Wir tun sehr viel dafür. Wir haben nämlich im Volksschulbereich das Thema Safer Internet, wo auch eine eigene App dazu entwickelt wird und unterstützen alles, was in diesem Bereich auch ist.

Ich kann Ihnen gerne zeigen wie das funktioniert und einladen. Wir haben ein paar Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort. Die können Sie auch gerne beraten, was das betrifft. Also wir machen in diesem Bereich sehr, sehr viel, weil das ein wichtiges Thema, und das möchte ich so betonen, ein wirklich wichtiges Thema für unsere Kinder ist, Sicherheit im Umgang mit den Medien. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich sehe keine weitere Zusatzfrage, daher darf ich schon zur fünften Anfrage kommen.

Die fünfte Anfrage ist von der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil gerichtet. Bitte Frau Abgeordnete um Ihre Anfrage.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Welche Qualifikationen und persönlichen Eignungen sind Voraussetzung, um in den Aufsichtsrat der Kultur-Betriebe Burgenland GmbH berufen zu werden?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich bin vielleicht mit der persönlichen Eignung und mache jetzt etwas, was ich sonst nicht mache, aber ich erzähle Ihnen zwei Beispiele mitten aus dem Leben gegriffen, die tatsächlich so passiert sind.

Wenn Sie sich persönlich in den Beispielen wiederfinden, dann war das nicht so gemeint. Stellen Sie sich vor, eine Politikerin postet, dass ein anderer Politiker eine Brezel gestohlen hätte. Das ist keine persönliche Eignung, um in den Aufsichtsrat zu kommen.

Zweites Beispiel, das noch griffiger ist: Stellen Sie sich vor, eine Politikerin dieses Landtages geht ins Landhaus, geht zu Mitarbeiterinnen beim Empfang, sagt zur Mitarbeiterin, geh bitte, geben Sie mir den Schlüssel für den Balkon, ich will meiner Begleitperson diese tolle Aussicht zeigen und den Balkon zeigen, geht hinauf und macht politischen Aktionismus.

Ich sage das jetzt ganz offen, ich weiß, was kommt, belügt diese Mitarbeiterin. Jemand der lügt, das kann ich Ihnen versichern, auch wenn er Politiker ist, hat nicht die persönliche Eignung, Aufsichtsrat der KBB zu werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Darüber hinaus möchte ich schon betonen, dass mir kein einziger Aufsichtsrat unserer Betriebe im Burgenland bekannt ist, der die fachliche Qualifikation nicht hätte. Wir halten alle gesetzlichen Bestimmungen ein, auch was die Besetzung von Aufsichtsratspositionen betrifft, im Sinne der Gleichbehandlung und Gleichstellung.

Es gibt aus meiner Sicht keine einzige Aufsichtsratsposition, sei es im Tourismus, sei es in den Kulturbetrieben, sei es in der Burgenland Energie, die es zulassen würde zu hinterfragen, ob die fachliche Eignung gegeben ist.

Wir legen Wert darauf, dass die persönliche Eignung gegeben ist. Ich habe Ihnen zwei Beispiele genannt, wann jedenfalls die persönliche Eignung ausgeschlossen ist. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich bedanke mich.

Ich darf dem Herrn Landeshauptmann natürlich auch nicht unerwähnt lassen, dass er sehr aufgepasst hat auf seine Worte. Aber ich denke, es tut uns allen gut, dass wir auf die Würde des Hauses achten, egal in welcher Funktion wir da sind, und ich darf Sie, Frau Abgeordnete, auch gerne einmal zu einem Gespräch einladen.

Dazu auch alle Klubobmänner, weil über das Posting geredet wurde und auch von anderen Klubs auch schon einige Dinge kamen, aber das würde ich gerne mit allen gemeinsam machen.

Sie sind am Wort Frau Abgeordnete. Ihre erste Zusatzfrage.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Einige wissen das vielleicht nicht, es geht darum, dass ich eine LGBTIQ-Fahne vom Balkon gehisst habe. Ja, das verstehe ich gar nicht so. Ich habe eine sehr sachliche Frage gestellt, dass Sie so emotional hier antworten und persönlich untergriffig, das wundert mich jetzt. Ich möchte ganz konkret wieder eine sachliche Frage stellen und ich hoffe auf eine sachliche Antwort.

Vom Dezember 2018 bis Jänner 2020 saß der junge SPÖ-Funktionär Maximilian Köllner im Aufsichtsrat der Kultur-Betriebe Burgenland GmbH. Damals war er halt vor allem bekannt als passionierter Fußballer und damals auch Mitarbeiter im Büro von Altlandeshauptmann Nießl.

Welche Qualifikation brachte er denn für die Aufgabe im Aufsichtsrat der Kulturbetriebe mit?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Wenn Sie Aufsichtsratsstruktur und die Mitglieder des Aufsichtsrates in den verschiedenen Bereichen Kultur, Tourismus, das ist überall das Gleiche, sich genauer betrachten, dann liegt es in der Natur der Sache und dazu stehe ich auch, dass der zuständige politische Referent auch ein Mitglied seines Umfeldes, ein Mitglied, eine Vertrauensperson seines politischen Teams in den Aufsichtsrat schickt.

Das ist derzeit bei den Kultur-Betrieben so, Herbert Oschep ist, Entschuldigung, ist bei den Tourismus Betrieben so, Herbert Oschep ist im Aufsichtsrat, das ist bei den Kultur-Betrieben so, Christian Stiller ist im Aufsichtsrat, und so wird es auch historisch gewesen sein. Aber noch einmal, all diese Persönlichkeiten, die da drinnen sitzen, sind persönlich, charakterlich und natürlich auch fachlich, sonst würden sie nicht in den politischen Büros arbeiten, aber ich lege auch sehr viel Wert auf persönliche Eignung, sind dafür geeignet. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Ich darf um Ihre zweite Zusatzfrage bitten Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Ja, also ich habe jetzt mitbekommen, die Qualifikation vom Herrn Köllner war, dass er Mitarbeiter im Landeshauptmannbüro war.

Meine zweite Zusatzfrage ist: Im aktuellen Aufsichtsrat der KBB sitzen erfreulicherweise viele Frauen, im Aufsichtsrat vom Burgenland Tourismus ist keine einzige Frau, da wurde laut Beantwortung meiner diesbezüglichen schriftlichen Anfrage ausschließlich nach Qualifikation ernannt.

Gibt es im Burgenland wirklich keine einzige Frau, die für einen Tourismusaufsichtsrat qualifiziert wäre?

**Präsidentin Verena Dunst:** Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Schauen Sie, ich habe zu diesem Thema meine Meinung schon sehr oft kundgetan. Ich bin im Sinne der Frauenpolitik gegen eine strikte Quotenreglementierung. Das bringt den Frauen überhaupt nichts. Sie kennen die Sprüche, was es dazu gibt. Wir haben im Burgenland bei sämtlichen Aufsichtsratspositionen zusammengezählt 31 Prozent Frauenquote.

Wir haben dort, wo es gesetzlich notwendig ist, bei über 1.000 Mitarbeiter zum Beispiel in der KRAGES, die entsprechenden Frauenquoten eingehalten. Wir haben, nur um ein Beispiel zu zitieren, die neuen Gruppenvorstände vier - drei davon sind Frauen, Abteilungsvorstände - die Mehrheit sind Frauen. Also ich glaube, uns vorzuwerfen, dass wir in wichtigen Positionen subtil mit dieser Frage, dass wir in wichtigen Positionen höchstwahrscheinlich die Frauen benachteiligen, das ist aus meiner Sicht zu kurz gegriffen, das ist falsch.

Sondern wir schauen auf fachliche Eignung, wir schauen auf persönliche Eignung, das sind die Maßstäbe, und es darf nicht darauf ankommen, ob wir da eine Quote erfüllen oder nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Ich sehe keine weitere Frage.

Meine Damen und Herren! Das war die fünfte Anfrage. Sie wissen, dass die sechste Anfrage vom Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf gerichtet ist. Da, wie bereits erwähnt, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Eisenkopf für die heutige Sitzung entschuldigt ist, kann ich diese Frage nicht aufrufen.

Ich darf daher die Fragestunde für beendet erklären.

## 2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Land muss Abzocke der Gemeinden stoppen“

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir haben die Uhrzeit, wir sind frühzeitig fertig, damit wir das auch noch festhalten, und ich darf dann gleich, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, zum 2. Punkt der Tagesordnung kommen und zwar ist das die Aktuelle Stunde zum Thema: „Land muss Abzocke der Gemeinden stoppen“.

Diese Aktuelle Stunde wurde vom ÖVP-Landtagsklub beantragt. Sie erlauben, dass ich Ihnen die entsprechenden Bestimmungen nochmals näherbringe. Sie wissen, dass zu Beginn der Aktuellen Stunde der Sprecher des antragstellenden Klubs Gelegenheit hat, als erster Redner natürlich seinen Antrag darzulegen, sodann ist je einem Sprecher der anderen Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, natürlich auch Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Erstredner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Auf alle Fälle habe ich dann nach 120 Minuten die Aktuelle Stunde zu beenden.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist auf fünf Minuten beschränkt, bei allen Regierungsmitgliedern zusammen sollten 35 Minuten nicht überstiegen werden.

Die Redezeit der übrigen Redner des Landtages ist auf fünf Minuten beschränkt. Ich darf Sie auch noch einmal darauf hinweisen, wie bei jeder Aktuellen Stunde können weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden.

Damit dürfen wir natürlich schon in die Aktuelle Stunde eintreten. Nur noch eine Bemerkung, tatsächliche Berichtigungen sind im Rahmen der Aktuellen Stunde nicht möglich.

Als erstem Redner erteile ich Ihnen, Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Markus Ulram, das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir haben es als ÖVP-Landtagsklub heute als enorm wichtig empfunden, diese Aktuelle Stunde zu einem sehr, sehr aktuellen Thema in den Landtag zu bringen, um eben auch einerseits ein Bewusstsein zu schaffen der Regierung gegenüber, wie wichtig es ist, dass Gemeinden unterstützt werden und auf der anderen Seite es allemal wert ist, hier im Hohen Haus nicht nur zu diskutieren, sondern auch dementsprechend am Ende des Tages auch Handlungen zu setzen.

Die Gemeinden sind insgesamt das Rückgrat unserer ländlichen Region, unserer Struktur, sowohl für die Menschen als auch für die Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze und trägt einen wesentlichen Beitrag dazu bei, dass dies auch passiert. In Krisenzeiten hat die Bevölkerung im Burgenland aber auch in ganz Österreich gesehen, wie wichtig die Struktur der kleinen Einheiten ist, wie wichtig es ist, dass wir die Gemeinden vor Ort als Krisenmanager haben. Ich sage auch hier an dieser Stelle, dass die Gemeinden allesamt großartige Arbeit geleistet haben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Gemeinden sind die größten regionalen Investoren. Mit ihren Investitionen örtlich und regional werden die Wirtschaft angekurbelt, Arbeitsplätze gesichert, ja, auch Arbeitsplätze geschaffen. 171 Gemeinden haben vor und während der Krise großartige Arbeit geleistet, und ich bin überzeugt davon, dass auch nach dieser schwierigen Zeit gerade die Gemeinden die Stütze unseres Heimatlandes sein werden.

Zur Bekämpfung der Corona-Krise hat die Bundesregierung mit Bundeskanzler Sebastian Kurz 50 Milliarden Euro investiert. Gerade in Krisenzeiten sind solche Investitionen enorm wichtig, dass Menschen unterstützt werden, die sich selbst gerade in dieser schwierigen Zeit nicht selber helfen können, dass betroffene Branchen unterstützt werden, dass Familien und Niedrigverdiener entlastet werden und dass Investitionen in die Zukunft getätigt werden.

Für die Gemeinden in Österreich stehen eine Milliarde Euro als Investitionspaket von der Bundesregierung zur Verfügung. Für das Burgenland sind es 31 Millionen Euro, die für Investitionen seitens der Bundesregierung zur Verfügung stehen. Dieses Gemeindepaket ist eine Investition in den ländlichen Raum, in unsere Wirtschaft, in unsere Region, in unsere Arbeitsplätze.

Jetzt habe ich gerade skizziert im Gegensatz zur vorigen Aussage, wo ich korrigieren darf, dass die Bundesregierung nichts macht, beziehungsweise dass da nichts kommt von der Bundesregierung, dass 50 Milliarden als Gesamtpaket in der Krisenbewältigung in die Hand genommen sind, eine Milliarde für die Gemeinden, 31 Millionen für unsere burgenländischen 171 Gemeinden.

Was hat dabei in dieser Zeit die SPÖ-Alleinregierung gemacht? Welche Akzente hat diese Regierung gesetzt? Wo sind die Eigeninitiativen gewesen? Ich habe keine bemerkt, außer dass immer wieder gesagt wird, wir haben Rahmenbedingungen geschaffen per Gesetz, dass sich Gemeinden zusätzlich verschulden dürfen. Andere Länder, andere Bundesländer machen uns das wieder einmal vor, wie in vielen anderen Bereichen.

Das Land Niederösterreich 836 Millionen Gemeindepaket, Steiermark eine Milliarde, Kärnten 250 Millionen, Tirol 70 Millionen, Salzburg 30 Millionen und sogar Vorarlberg ist jetzt gerade dabei, ein eigenes Gemeindepaket zu schnüren. Was tun wir im Burgenland damit? Wie unterstützt die SPÖ-Alleinregierung unsere Gemeinden? Wo ist die Unterstützung? Wo ist die Planung dazu? Gibt es schon etwas?

Vielleicht wissen wir auch noch nicht alles, vielleicht kommt noch ein Überraschungspaket. Aber ich denke, das ist schon eigentlich symptomatisch für eine SPÖ-Alleinregierung, dass man eigentlich sehr viel Show daraus macht, wo man sehr viel ankündigt, in vielen Bereichen aber nicht wirklich sehr viel weiterbringt. Und dann schauen wir uns zum Beispiel gewisse Aussagen an von manchen Herrschaften, die aber einen wesentlichen Bereich der Sozialdemokraten im Burgenland darstellen.

Der Gemeindevertreterverbandspräsident SPÖ-Bürgermeister in Neutal: „Das Kommunalpaket des Bundes ist für die Liquidität der Städte und Gemeinden unwirksam.“ Naja, wenn das schon einer der Vertreter sagt, der anscheinend mit der Frau Landesrätin bei diesen großen Verhandlungen mitverhandelt hat, wie es um die Gemeinden geht. Wenn das die Vertreter sind und sie sagen das, 31 Millionen Euro, die im Burgenland investiert werden beziehungsweise abgeholt werden können von unseren Gemeinden, wenn das die Verhandlungspartner sind, na dann Grüß Gott.

Aber wir kommen ja noch zu anderen Aussagen, die hochinteressant sind. Wenn ich mir den Kollegen Schmid anschaue, Bürgermeister in Oggau. Der sagt: „Die Gemeinden haben kaum die Möglichkeit, die Fördergelder abzurufen, wir schaffen es derzeit gerade noch, den laufenden Betrieb aufrecht zu erhalten und allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.“ Leider heute nicht da, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin vermisse ich heute schon. Ich weiß nicht, was das für wichtige Termine sind, das weiß ich nicht, aber wenn es gerade um die Gemeinden geht, wo gerade das zuständige Regierungsmitglied heute nicht da ist, und sie selbst in der Zeitung schreiben lässt: „Ertragsanteile kompensieren“.

Die Frau Landesrätin Eisenkopf, Landeshauptmann-Stellvertreterin Eisenkopf weist auf die Maßnahmen des Landes hin, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Gemeinden den laufenden Betrieb finanzieren können durch Kredite, durch Kassenkredite, das ist die wahre sozialdemokratische Politik in diesem Land. Rahmenbedingungen zu schaffen, eine Überschuldung zuzulassen und da wollen wir eigentlich hin.

Wenn ich mir dann manche Gemeinden anschaue, das, was alles so vom Bund verteufelt wird, das ist alles nichts wert, was vom Bund kommt, das ist ja keine Unterstützung der Gemeinden, wir können ja gar nicht investieren. Dann sollte man sich erstens, Herr Kollege Schmid, die Richtlinien ganz genau anschauen, was ich auch rückwirkend einreichen kann in dieser Causa und was ich in den nächsten eineinhalb Jahren investieren kann.

Wenn Sie Ihre, die Ihnen zustehenden 184.000 Euro nicht schaffen, dass Sie es auslösen können, ich helfe Ihnen gerne, wie das geht, was Sie investieren können in der

Gemeinde, dass auch Ihre Gemeinde weiterhin einen guten Aufschwung hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man sich andere Gemeinden anschaut, wie zum Beispiel vorher den Herrn Gemeindevertreterverbandspräsidenten, der sich so negativ dazu geäußert hat, Neutal 116.000 Euro seitens der Bundesregierung. Herr Landeshauptmann, Grafenschachen 129.000 Euro, Steinbrunn 277.000, wo die Frau zuständige Landesrätin oder Regierungsmitglied, die Landeshauptmann-Stellvertreterin Eisenkopf, Bad Sauerbrunn überschuldete Gemeinde, bald schon als Schlusslicht zu titulieren, der Herr Kollege Hutter mit 234.000 Euro.

Ich bin überzeugt davon, dass der Herr Kollege Maczek und der Herr Kollege Sodl, das sind gute Kommunalpolitiker, die können Sie fragen, wie man das auslöst. Wie der Herr Kollege Sodl seine 150.000 Euro auslöst, er wird es sicher wissen. Der Herr Kollege Maczek in Pinkafeld 609.000 Euro oder Herr Hergovich, Trausdorf 218.000 Euro.

Wenn Sie, Herr Kollege Hergovich, als Klubobmann dann in einem Pressestatement sagen, die Gemeinden werden nicht zusätzlich belastet und dann kommt eine Abrechnung von Ertragsanteilen, wo ein jeder ein gewaltiges Minus hat, 170 von 171 Gemeinden haben ein Minus stehen und die Güte des Landes ist das, dass ich sage unterm Strich in den nächsten Monaten teilen wir das schön kleinweise auf, dass nicht gleich alles auf einmal zu zahlen ist und dass die Gemeinden nicht einmal einen Auszahlungsbetrag, sondern noch Schulden beim Land haben, das ist ja der Höhepunkt in dieser SPÖ-Alleinregierung, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Und wenn man schon sagt, das vom Bund ist ja alles nichts wert, diese 31 Millionen Euro, im Burgenland, wo eine jede einzelne Gemeinde ihren Teil davon bekommt und effektiv investieren kann, und sie investieren gleichzeitig dann in die regionale Wirtschaft, in die örtliche Wirtschaft, investieren gleichzeitig, damit auch Arbeitsplätze geschaffen werden können beziehungsweise in dieser schweren Zeit gesichert werden können, Herr Landeshauptmann, dann verstehe ich manche Aktionen der Landesregierung nicht.

Wenn Sie heute sagen, das Land Burgenland gründet eine Gesellschaft für Bauprojekte in den Gemeinden, wo jetzt eine jede Gemeinde hergehen und sagen kann, ja, ich möchte vom Land begleitet werden, ich möchte dieses Projekt gemeinsam mit dem Land umsetzen, dann frage ich mich, was tun wir mit dieser Gesellschaft in den nächsten zwei Jahren.

Wenn einer wie der Herr Kollege Schmid, Abgeordneter, Bürgermeister, wann der sagt, ich habe nicht einmal ein Geld dafür, dass ich wo investieren kann - was tut diese Gesellschaft dann die nächsten zwei Jahre?

Wenn ich heute eine Aussage lese - wenn eine Gemeinde ein kommunales Projekt verwirklichen will, dann war es bis dato so, dass man einem Anbieter ausgeliefert war, weil es fast keinen Markt für dieses Projekt mehr gegeben hat und gibt.

Dann frage ich mich, wer, meine geschätzten Damen und Herren, soll in die regionale, in die örtliche Wirtschaft investieren, wenn nicht die Gemeinden selbst? *(Beifall bei der ÖVP)*

Zu den Aussagen, die heute schon in der Fragestunde waren, wie geht man um mit Gemeinden?

Da schreibt man in das Regierungsprogramm rein, einseitig in einer SPÖ-Alleinregierung, ich will eigentlich alle KindergärtnerInnen und alle HelferInnen haben. Ich will das eigentlich unter meinen Fittichen haben, die Gemeinden anscheinend, so, wie Sie es heute gesagt haben, waren nicht gut genug, die diese Aufgabe nicht gut genug erfüllt haben. Wir als Land können das besser, so haben Sie es eigentlich gebracht, Frau Landesrätin, dann frage ich mich, was gerade in diesem Land los ist. Was geht hinter den Kulissen vor?

Wenn eine kleine Ortsgruppe, knapp über 600 Einwohner, in Unterrabnitz-Schwendgraben, und ich glaube nicht, dass sie die Aussendung selber geschrieben hat, das kann ich mir nicht vorstellen, und dann klären Sie bitte, und dann heute die Frau Landesrätin Eisenkopf, das zuständige Regierungsmitglied für Gemeinden nicht da ist, erklärt bitte ein anderes, der eigenen Fraktion, hier im Haus sitzendes Regierungsmitglied, was das bedeutet.

Wenn eine SPÖ-Aussendung rausgeht, wo kein einziger Abgeordneter, oder vielleicht wissen die SPÖler mehr wie wir, kann schon sein, aber wir haben noch nichts davon gehört. Wenn man davon spricht, an die Bevölkerung Unterrabnitz-Schwendgraben, die SPÖ dort bekannt gibt, wir bekennen uns zu einer starken Rolle des Landes in den Bereichen der Daseinsvorsorge.

Dann muss man jetzt schon ein bisschen hellhörig werden, wenn da steht, Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Friedhöfe? Friedhöfe, Schwimmbäder sowie Infrastruktur gehören dazu, in diesen Bereichen darf es zu keiner Privatisierung kommen. Was hat diese SPÖ-Alleinregierung in diesem Land vor?

Wo will man eigentlich in diesen Gemeinden hin? Will man sich nicht nur die KindergärtnerInnen und die Pädagoginnen und die Pädagogen krallen und sagen, alles unter meine Fittichen, weil ich kann das alles besser. Nicht nur, dass man ohne Geld, Herr Kollege Schmid, im Burgenland bauen soll mit einer Landesgesellschaft, die jetzt zwei Jahre keinen Auftrag bekommt, nach Ihrer Meinung nach, *(Abg. Robert Hergovich: Ich nehme zur Kenntnis, Sie wollen das alles kritisieren.)* wo ich nicht dieser Meinung bin, und dann will man von den Schwimmbädern bis zum Kanalbau, bis zum Wasser, bis zur Elektrizität alles in eine Gesellschaft anscheinend packen.

Wo kommt diese Information her, dass eine kleine Ortsgruppe im Burgenland der SPÖ das von sich geben kann? Das haben sie sich nicht aus den Fingern gezuzelt, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das muss von irgendwo her sein.

Und wo das her ist, das würde ich schon sehr gerne wissen und da würde ich schon gerne um Aufklärung bitten, dass wir alle wissen, wovon wir reden und wo der Zug eigentlich hingeht. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)*

Wo ist die Daseinsvorsorge dann in den Gemeinden, wo ist das Rückgrat dann im Land, wenn die Gemeinden hier enteignet werden, wo Gemeindeautonomien untergraben werden?

Herr Mag. Dr. Fürst, das, was Sie in letzter Zeit von sich gegeben haben, auch heute schon, im Facebook und auf anderen Medien, das geht auch auf keine Kuhhaut.

Und dass ich einem Mag. Dr., einem Doppelstudenten, heute das sagen muss *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ)* - drei, Entschuldigung, habe ich Ihnen einen unterschlagen.

Aber eines sage ich Ihnen, dass ich Ihnen das sagen muss, das tut mir selber Leid, weil das hat sich wieder keiner verdient, der je studiert hat. Dass man mit so einer anscheinend hochqualifizierten Person mit solchen Aussagen heute auch noch debattieren muss, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Unterm Strich, sind wir uns ehrlich, wenn alle Bundesländer, im Burgenland das dementsprechend können, dass Sie die Gemeinden, in egal welcher Art und Weise unterstützen, dann wird es ja wohl auch möglich sein, egal wie planungssicher oder nicht sicher heute ein Bundesland aus Ihrer Meinung nach behandelt wird oder Mitteilungen getätigt wird, wie gerade der Finanzrahmen ist, was für Einnahmen kommen, oder nicht, mehr Sicherheit haben die Gemeinden auch nicht.

Aber wenn ich so auf die Gemeinden bedacht bin, wenn ich mir vorstelle, dass nur im ländlichen Raum diese Kleinstrukturiertheit im Burgenland, auf die wir ewig schon stolz sind, auf die wir ewig schon stolz sind, halten möchten, dass keine einzige Gemeinde in eine Schieflage kommt, dass jede einzelne Gemeinde ihre Projekte finanzieren kann, dass jede einzelne Gemeinde ihre Vorhaben auch umsetzen kann, dann unterstützen Sie diese Gemeinde.

Verdoppeln Sie die Investitionsförderung des Bundes mit 31 Millionen Euro! Die Burgenländerinnen und Burgenländer, die Gemeinden, die einzelnen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden Ihnen dankbar sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Als nächste Rednerin darf ich die Frau Abgeordnete Ilse Benkö herausbitten.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Ilse Benkö** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Regierungsmitglieder! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren! So überaus ungewöhnlich die Situation ist, die wir seit Mitte März erleben, so phantasielos gewöhnlich sind die politischen Initiativen, die von der ÖVP in die Landespolitik und in den Landtag eingebracht werden.

Nichts, Herr Kollege Ulram, ist einfacher, als nach Geld zu rufen, nach finanzieller Unterstützung, für dieses oder jenes, nichts ist einfacher, als einfach höhere Ausgaben zu beantragen. Und was mich dazu erschüttert, Herr Kollege Ulram, ohne dazu einen eigenen Finanzierungsvorschlag abzugeben. *(Abg. Markus Ulram: Jetzt muss ich schon reden wie der Kölly.)*

Meine Damen und Herren! Nichts dabei ist einfacher, als den Ball zwischen den verschiedenen staatlichen und politischen Ebenen hin und her zu schieben. Der andere soll es richten - nach diesem Motto. Das ist nicht zuletzt und vor allem der Zugang der ÖVP Burgenland, also der örtlichen Landesgruppe, jener Partei … *(Abg. Markus Ulram: Frau Kollegin Benkö, Sie sind nicht mehr in der Regierung. Es ist eine andere Regierung, die zuständig ist.)* Herr Kollege hören Sie mir einmal zu und dann können Sie sich noch einmal zu Wort melden. Weil das, was Sie seit Beginn dieser Legislaturperiode abhalten, das ist für mich auch nicht ganz verständlich.

Das ist nicht zuletzt vor allem Ihr Zugang im Burgenland, also Ihre Landesgruppe jener Partei, die uns letztendlich dieses Desaster in dieser Größenordnung überhaupt erst eingebrockt hat. Wir Freiheitlichen lehnen diesen Zugang entschieden ab, meine Damen und Herren!

Die Bevölkerung, die Krise, die kann nichts dafür. Und dass man so, wie Sie es verlangen, ohne Unterlass nur Schulden macht und Schulden macht, dagegen verwehren wir Freiheitliche uns.

Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt eben, Herr Kollege Ulram, unangenehme Wahrheiten, und wenn wir hier vor zwei oder drei Sitzungen die Frage gestellt bekommen haben, ja, wer bezahlt denn diese Krise, dann lautet, Herr Kollege Ulram, die unangenehme Wahrheit, letztendlich niemand - nein, alle. Das ist die Wahrheit.

Meine Damen und Herren! Das, was die ÖVP diesbezüglich unter Krisenbewältigung versteht, böte grundsätzlich unzählige Gelegenheiten für mich her unter beinharter Kritik, aber ich erspare mir diese Bemerkungen, weil ich sachlich bleiben will und ich behalte diese für mich.

Gehen wir jetzt eigentlich zum Thema, das uns die ÖVP heute hier im Hohen Landtag vorgegeben hat. Die finanzielle Lage, die finanzielle Situation der 171 burgenländischen Gemeinden allgemein und auch speziell im Lichte der COVID-Krise.

Ja, die Gemeinden werden speziell im Lichte dieser COVID-Krise unter Druck geraten, da haben Sie vollkommen Recht. Die einen mehr, die anderen weniger, manche sicherlich - und da bin ich auch bei Ihnen, Sie haben ja die Zahlen verlesen - auch gewaltig. Aber genauso trifft das im Übrigen, wenn man es sachlich betrachtet, die Länder und natürlich auch den Bund. Herr Kollege Ulram, wenn die Einnahmen absacken, da haben Sie vollkommen Recht, dann muss man was tun.

Aber das gilt auch für die Gemeinden genauso wie für den einzelnen Unternehmer, für die einzelne Unternehmerin, die wochenlang keine Umsätze gemacht haben. Das gilt auch, Herr Kollege Ulram, für jeden Arbeitnehmer, für jede Arbeitnehmerin, die in Kurzarbeit gehen musste oder wo Kurzarbeit gegeben war.

Unternehmer und Arbeitnehmer sind auf Grund dieser Umstände genauso gezwungen, Herr Kollege Ulram, die Hausaufgaben zu machen. Und Ihnen ersetzt letztendlich niemand einen Ausfall. Das Epidemiegesetz, Herr Kollege Ulram, *(Abg. Markus Ulram: Das ist ein Wahnsinn. Das ist die Opposition.)* das gibt es nicht mehr - ÖVP sei Dank.

Und die Gemeinden, Herr Kollege Ulram, wo sind denn eigentlich die wirklichen Hausaufgaben der Gemeinden? Diese Frage stelle ich Ihnen schon. Wie viele Gemeinden beziehungsweise wie viele Bürgermeister, Herr Kollege Ulram, haben ihre Hausaufgaben wirklich seit Mitte März schon erledigt?

Es kann doch nicht wirklich sein, dass der Ruf nach mehr Geld aus den Steuertöpfen, noch mehr Geld, das eigentlich gar nicht da ist, alles das ist, was der ÖVP und Ihnen als Bürgermeister einfällt? *(Abg. Markus Ulram: Welcher Bürgermeister hat seine Aufgaben nicht gemacht?)* Das ist sehr traurig.

Ich sage Ihnen was. *(Abg. Markus Ulram: Sagen Sie das mal.)* Das Land ist den Gemeinden und aus meiner Sicht war das eine Selbstverständlichkeit, mit den gesetzlichen Änderungen für die erste Phase ist das Land entgegengekommen.

Stichwort Kassenkredit - Herr Kollege Ulram, haben Sie vergessen. Stichwort Darlehensaufnahmen - das darf man alles nicht vergessen.

Und diese neuen Möglichkeiten und Erleichterungen ändern aber nichts daran, Herr Kollege, dass man sich natürlich auch als Gemeinde auf die aktuelle Situation, auf die aktuellen Umstände einstellen muss. Womöglich, Herr Kollege Ulram, auch für längere Zeit.

Um es auf den Punkt zu bringen, Herr Kollege Ulram, Sie haben Recht, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin ist nicht da, sie ist auch die zuständige Gemeindereferentin, aber die Frage müssen wir uns ehrlicherweise schon alle stellen.

Wie viele Gemeinden haben denn bereits einen Nachtragsvoranschlag beschlossen, Herr Kollege Ulram? Jetzt kann man darüber debattieren, und vielleicht sagt der eine oder der andere, wie die Auslegung des Paragraphen 70 der Gemeindeordnung sein mag. Da geht es nämlich um den Nachtragsvoranschlag, darüber kann man streiten.

Aber ich sage Ihnen, zumindest ist die Vorlage eines Nachtragsvoranschlages sicher nicht und aus meiner persönlichen Sicht, meine Damen und Herren, wäre sie zumindest politisch sogar geboten.

So, wie jemand, der in Kurzarbeit, Herr Kollege Ulram, gehen muss … *(Abg. Markus Ulram: Wie viele haben schon einen gemacht? Wie viele haben schon einen Nachtragsvoranschlag gemacht?)*

Herr Kollege Ulram, *(Abg. Markus Ulram: Wie viele? Sagen Sie es.)* Herr Kollege, die Frage habe ich gestellt, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, die Zuständige für Gemeinden ist nicht da, *(Abg. Johann Tschürtz: Du kannst es ihm ja schriftlich zuschicken.)* die Frage habe ich gestellt. Sie können dann rausgehen und sie mir beantworten, wenn Sie es wissen.

Aber ich sage Ihnen, so wie jemand, Herr Kollege Ulram, der in Kurzarbeit gehen musste oder in Kurzarbeit muss, sein Haushaltsbudget auch neu orientieren, aktualisieren muss, so müssen auch das die Gemeinden meines Erachtens nach tun.

Das nicht zu tun, Herr Kollege Ulram, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der ÖVP und natürlich auch von der SPÖ, und nur einfach Millionenbeträge zur Kompensation zu verlangen, ich sage Ihnen, Herr Kollege Ulram, das ist unseriös. Ja, das ist gegenüber dem Steuerzahler sogar in meinen Augen unredlich.

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Jeder hat in einem ersten Schritt, bevor er einen Dritten zur Kasse bittet, seine eigenen Hausaufgaben zu erledigen. Das ist unser Zugang.

Wenn dann noch ein Loch klafft, in Ordnung, dann ist ein Hilferuf ans Land oder an den Bund sachlich gerechtfertigt. Das ist der erste Schritt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, ist dann die Frage nach der Finanzierung allfälliger Unterstützungen oder nach allgemeinen Mitteln zum Ausgleich.

Und auch hier gilt es, Ausgleichsmittel auf Pump durch eine Belastung, Herr Kollege Ulram, der Allgemeinheit, darf nur Ultima ratio sein.

Ich frage alle anwesenden Bürgermeister der SPÖ, der FPÖ, der ÖVP, die Unabhängigen, ganz korrekt - Haben Sie sich schon einmal überlegt, was ist mit den Rücklagen des Müllverbandes, der ein Gemeindeverband - davon gehe ich aus - so ist? Was ist mit diesen?

Ich weiß es nicht, sind es 100 Millionen, 120 oder 130 Millionen, *(Abg. Markus Ulram: Ich bin auch dafür, tun wir es ab.)* Herr Kollege Ulram? Das ist Geld, das den Gemeinden gehört. Das Geld gehört den Gemeinden. *(Beifall des Abg. MMag. Alexander Petschnig - Abg. Markus Ulram: Eigentlich der Bürger, wenn man es ganz genau nimmt.)* Rücklagenbildung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vollkommen in Ordnung. Vollkommen in Ordnung.

Aber, der Verband würde auch mit einem Drittel oder mit der Hälfte dieser Rücklagen, die ja vollkommen okay sind, gut für die Zukunft aufgestellt sein. So meinen wir Freiheitliche das.

Und warum, Herr Kollege Ulram, gehen Sie nicht her und nehmen die von Ihnen geforderten 31 Millionen Euro aus jenem Verband heraus, der den Gemeinden gehört? *(Abg. Markus Ulram: Werden wir eh machen. Vom Land kriegen wir nichts mehr. Jetzt müssen wir uns selber helfen.)* Diese Frage stelle ich mir.

Wenn Sie dem Land die Abzocke der Gemeinde vorwerfen, sehr geschätzter Herr Kollege, um von Ihrer eigenen katastrophalen Corona-Politik abzulenken, und dann auch noch vorhandene Eigenmittel einfach liegen lassen und auf Pump verlangen, Herr Kollege Ulram, dann kann ich der ÖVP Burgenland nur den Vorwurf nicht ersparen, dass es Ihnen einzig und alleine um die Abzocke der Steuerzahler in diesem Land geht.

Mit uns nicht , Herr Kollege Ulram! *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Bevölkerung haben wir für das, was wir da heute wieder veranstalten, Herr Kollege Ulram, keinen Applaus zu erwarten und jedenfalls auch kein Verständnis.

Es ist weltfremd. Und es ist den von der Krise betroffenen Menschen gegenüber, ich möchte fast sagen, geradezu zynisch. Während die ÖVP dutzende Millionen auf Pump hin und her schieben möchte, damit man den eigenen politischen Verantwortungsbereich als Bürgermeister, damit man ja keine unpopulären Maßnahmen setzen muss, lauscht uns gerade der kleine Selbstständige, lauscht uns gerade die alleinerziehende Mutter in Kurzarbeit, denen, ich habe es Ihnen schon gesagt, niemand hilft. Bei denen kein Geld ankommt und die sich außer auf sich selbst, auf niemanden, Herr Kollege Ulram, verlassen können. Das ist die Politik der Marke ÖVP!

Für mich, Herr Kollege Ulram, ist das letztklassig. Und so sicher, Sie sich derzeit auch politisch fühlen mögen, meine Damen und Herren von der ÖVP, die Bürger werden erkennen und Ihnen am Ende die Abrechnung präsentieren.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Elisabeth Böhm.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Elisabeth Böhm** (SPÖ): Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Krise trifft uns jetzt natürlich alle finanziell. Man spürt das in den Gemeinden, man spürt das im Land, und auch der Bund spürt es.

Aber die Argumentation der ÖVP, dem kann ich nicht folgen. Das Land Burgenland ist das Land, das die Gemeinden sehr gut und sehr viel unterstützt. Wenn ich den Vergleich, der genannt wurde, mit Niederösterreich hernehme, die rechnen die Bedarfszuweisung rein, die Radwege, die Güterwege. Dann werden auch die Stundungen hineingerechnet. *(Abg. Markus Ulram: Das Land Burgenland rechnet gar nichts. Entschuldige!)* Die Ferienbetreuung wird reingerechnet, das passt eigentlich überhaupt nicht zusammen, weil wir ja wissen, das ist im Burgenland ja sowieso eine Förderung für unsere Gemeinden. *(Abg. Markus Ulram: Das Land Burgenland hat noch gar nichts …, Frau Kollegin.)*

Meines Erachtens lässt einfach der Bund die Gemeinden im Stich. Also das sogenannte Paket, das vom Bund geschnürt wurde, ist für mich ehrlich gesagt nicht nachvollziehbar. Wenn ich mir anschaue, 31 Millionen … *(Abg. Markus Ulram: Die SPÖ hat in dritter Lesung zugestimmt, im Nationalrat! – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

**Präsidentin Verena Dunst** *(das Glockenzeichen gebend)***:** Frau Abgeordnete, einen Moment bitte.

Ich glaube, es steht Ihnen zu, dass man Ihnen zuhört. Jetzt können Sie weiterreden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich würde es von Neusiedl nehmen, wenn sie es nicht will. - Abg. Markus Ulram: 870.000 Euro Stadtgemeinde Neusiedl am See. Wenn Sie es nicht auslösen können, rühren Sie sich.)*

Die Frau Abgeordnete ist am Wort. Bitte.

**Abgeordnete Elisabeth Böhm** (SPÖ) *(fortsetzend)***:** 31 Millionen Euro erklärst Du uns allen, Herr Abgeordneter, die kriegen wir alle als Gemeinden. Die Stadtgemeinde Neusiedl am See muss ich Dir sagen, wir haben noch keinen Cent erhalten. *(Abg. Markus Ulram: Musst Du ansuchen. Ansuchen!)*

Ich weiß nicht, wie es dem Herrn Bürgermeister in Eisenstadt geht. Wir haben nichts erhalten. *(Abg. Markus Ulram: Ansuchen!)* Keinen einzigen Cent haben die Gemeinden im Burgenland von den 31 Millionen, die Sie sagen, erhalten.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, wenn ich jetzt als Gemeinde eine Million Förderung vom Bund lukrieren will, muss ich erst einmal zwei Millionen Euro aufbringen. Wie soll ich das aufbringen? *(Abg. Markus Ulram: Ihr wollt einen Kindergarten bauen und habt zwei Millionen Rücklagen. – Zwiegespräche in den Reihen der ÖVP – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Das ist einfach eine Schuldenfalle für die Gemeinden und meines Erachtens ist es nicht in Ordnung, wenn man das forciert. *(Beifall bei der SPÖ)*

Noch dazu kann ich mit dieser Förderung nicht einmal neue Straßen bauen, weil das ist nicht vorgesehen, sondern es handelt sich nur um Sanierungen der Straßen. *(Abg. Walter Temmel: Wirst schon ein paar haben.)*

Also wichtige Investitionen, die die Gemeinden umsetzen sollten, sind einfach nicht möglich. Ich möchte auch hier anmerken, wie auch schon von den Vorrednern gesagt wurde, es natürlich für die Wirtschaft wichtig ist, dass die Gemeinden investieren. Keine Frage!

Nur müssen die Gemeinden auch Geld erhalten. Wir, die Gemeinden, haben keine Ertragsanteile bis jetzt erhalten. Und natürlich auch die Kommunalsteuer, da haben wir einen massiven Einbruch, verständlich. Es gibt viele in Kurzarbeit, Gott sei Dank, dass es diese Möglichkeit gibt, aber natürlich fehlen die Einnahmen den Gemeinden.

Dann möchte ich noch etwas sagen, das Land Burgenland hat ja bereits Beschlüsse gefasst. Da waren wir ja alle herinnen und haben diese beschlossen, dass wir die Gemeinden unterstützen, und das ist auch sehr gut gelungen. *(Abg. Markus Ulram: Was heißt unterstützen? Kredite aufnehmen. Das ist keine Unterstützung.)*

Meines Erachtens ist es vom Bund her eine reine Klientelpolitik, wenn ich mir anschaue, die Forstwirtschaft kriegt 350 Millionen Euro, ohne dass irgendetwas kofinanziert werden muss. Sie kriegt das einfach ausgeschüttet.

Als Gemeinde muss man eine Vorfinanzierung machen, das ist einfach unfair, ungerecht und meines Erachtens ist das nicht in Ordnung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich kann nur sagen, als Gemeindesprecherin, möchte ich schon die Bundesregierung auffordern, dass wir auch diese Beträge, wie bereits vorhin schon angesprochen, die 31 Millionen, dass wir die einfach ohne Vorfinanzierung kriegen und vor allem ohne Kofinanzierung. Also das wäre ein wichtiger und richtiger Schritt vom Bund.

Ich möchte natürlich, damit wir auch zu dem Geld kommen, nicht jetzt, wie angedeutet, vielleicht im Gesundheitsbereich sparen. Also das ist sicher nicht der Weg der Sozialdemokratie im Burgenland. Wir wollen keine Einsparungen bei Kranken, noch bei Behinderten, noch bei Pflegenden. Es muss gewährleistet sein, dass unser Burgenland für diesen Gesundheitsbereich immer keine Einsparungen macht und dass wir immer für unsere Menschen und für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer da sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich kann nur sagen, bei den 31 Millionen, der Bund ist säumig zu zahlen, wir haben das nicht erhalten. Es ist natürlich eine massive Belastung für die Gemeinden. Die Spirale dreht sich dadurch immer mehr nach unten. Es ist ja eine dramatische Entwicklung, was die Gemeinden betrifft.

Ich fordere daher vom Bund, sie müssen sich eben einmal überlegen, ob sie nicht die Vermögenssteuer einführen wollen, das wäre eine wichtige Unterstützung für alle Burgenländerinnen und Burgenländer, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Genau, eine super Unterstützung. – Heiterkeit des Abg. Mag. Thomas Steiner)* für das ganze Österreich, dass man die Millionäre einmal zur Kasse bittet, das wäre wichtig.

Damit können wir natürlich ein gutes Leben für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer nach wie vor auch im Burgenland gewährleisten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Landesregierung! Hohes Haus! Nach dem heftigen Hick-Hack möchte ich jetzt ein bisschen sachliche Informationen da hineinbringen, wie es denn jetzt um die Gemeinden und um dieses Gemeindepaket denn steht.

Die Bundesregierung hat ein Kommunalinvestitionspaket in der Höhe von gesamt rund einer Milliarde Euro geschnürt. Das ist in der Dimension wirklich einmalig. Das war aber nötig. Und das ist nötig. Und das bleibt, wenn man es jetzt rund rechnet, und ist so vorgesehen, *(Abg. Robert Hergovich: Das war schon.)* pro „Hauptwohnsitzler“ in der eigenen Gemeinde 100 Euro, die hier auch zur Verfügung stehen. Man muss sie natürlich auch beantragen.

Bei den Kommunen geht es darum, dass die Investitionskraft erhalten bleibt. Eben, weil die Gemeinden durch die Corona-Krisen mit großen finanziellen Herausforderungen konfrontiert sind.

Die Gemeinden sind aber zusammen zugleich auch die größten Investoren in Österreich. Das heißt, jeder investierte Euro, ist dort gut angelegt. Da besonders hohe

Effekte für die regionale Wirtschaft auftreten. Investiert werden kann mit diesem Geld etwa in den öffentlichen Verkehr, in die Ladeinfrastruktur der Elektromobilität.

Also es werden hier auch etliche ökologische Komponenten besonders gefördert. In die Sanierung der Gebäude, oder auch in Neubauten im Gemeindeeigentum, dann nach bestimmten Klimaschutznormen.

Bei diesen Investitionen haben wir pro ausgegebenen Euro den höchsten Effekt bei Arbeitsplätzen. Da geht es um Umstellung von fossilen in erneuerbaren Energien, da geht es um hoch effiziente Straßenbeleuchtung und vieles mehr.

Auch Investitionen in Kindergärten, in Seniorenheimen, in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, sind bedeutend, sowie Investitionen in die Modernisierung insgesamt, etwa in den Breitbandausbau. Das kann man alles über dieses Gemeindeinvestitionspaket als Gemeinde lukrieren. Da geht es auch um die Belebung von Ortszentren, um die Sanierung von Straßen, auch das kann finanziert werden. Nicht der Neubau von Straßen, aber die Sanierung von Straßen. Das war uns als GRÜNE wichtig, wenn einmal eine Straße schon liegt, dann soll sie auch gescheit gepflegt und saniert werden. Aber wir wollen nicht gerade fördern, dass immer mehr Straßen gebaut werden.

Man kann investieren, das ist auch sehr wichtig, in die Wasserversorgungs- und Wasserentsorgungseinrichtungen. Diese sind auch in diesem Paket enthalten. Die Gemeinden können mit dem Geld Anlagen für Kreislaufwirtschaft installieren und für Projekte, die der Energieeinsparung dienen, gibt es sogar Zuschüsse von bis zu 80 Prozent.

Und was für die Gemeinden auch ganz großartig ist, und das wird einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hier im Raum vielleicht auch entlasten, auch bereits begonnene Investitionen können mit diesem Förderpaket mitfinanziert werden.

Die Förderung darf auch mit anderen Förderungen kombiniert werden, und das ist schon etwas ganz Besonderes, es stimmt nämlich nicht, wie der Herr Fürst, der jetzt gerade nicht im Saal ist, wie der Herr Fürst auf seiner Facebook-Seite behauptet, dass wir gegen alle Doppelförderungen sind, man kann verschiedene Förderungen miteinander kombinieren. Da ist ihm ein Fehler unterlaufen, einen stärkeren Begriff möchte ich hier nicht verwenden.

Also, wer zum Beispiel in seiner Gemeinde in den Ausbau der Radinfrastruktur investiert, kann sich Förderungen aus dem Gemeindeinvestitionspaket holen und aus dem Radverkehrsförderpaket.

Wer in die Straßenbeleuchtung investiert, in energiesparende Systeme umstellt, oder wer in der eigenen Gemeinde auf gemeindeeigenen Gebäuden eine PV-Anlage installieren will, der kann Geld aus dem Gemeindeförderungspaket des Bundes lukrieren und kann es mit dem Klimapaket kombinieren und sich dort auch noch dafür eine Förderung abholen.

Also schauen wir es uns wirklich der Reihe nach an, aber natürlich, man muss schon ansuchen, man kriegt nicht einfach Geld auf irgendein Gemeindekonto überwiesen.

Das Gemeindepaket ist damit ein Konjunkturbelebungspaket. Der Bund kann natürlich nicht alles ersetzen, ich gehe davon aus, dass hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, da wird, glaube ich, noch nachgeliefert. Weil es ist ja auch interessant, zum Beispiel, inwieweit die Gemeinden auf die zurzeit auf dem Finanzmarkt sehr günstigen Bedingungen für Kredite auch zurückgreifen können.

Also da wird es noch einiges zu diskutieren und auszuhandeln geben, aber wie gesagt, ich glaube, da kommt noch einiges nach.

Und ja, die Länder haben natürlich die Möglichkeit, ihre Gemeinden auch zu unterstützen. In Tirol wurde zum Beispiel bereits Mitte April Mittel zur Sicherstellung der Liquidität beschlossen.

Das Paket des Bundes, und vielleicht ist das ein Missverständnis, Frau Kollegin Böhm, das Paket des Bundes ist keine Abfederungsmaßnahme, sondern soll ein Konjunkturimpuls sein. Dazu brauchen die Gemeinden auch Eigenmittel. Aber diese Eigenmittel könnten sie auch vom Land zur Verfügung gestellt bekommen.

Wie zum Beispiel in Tirol oder in der Steiermark, wo die Steiermark von diesen 50 Prozent der Gemeinden 50 Prozent übernimmt. Also da bleiben den Gemeinden nur mehr 25 Prozent, oft für Investitionen, die sie sowieso tätigen müssen.

Also ich denke, das ist schon eine ganz gute Unterstützung. Ich verstehe, dass manches in dieser Zeit emotional aufgeladen ist, vielleicht auch in dieser politischen Konstellation.

Mein Appell ist, bündeln wir unsere Kräfte, um den Gemeinden zu helfen, sich aus der Krise heraus zu investieren, und das möglichst in klimafreundlichen Investitionen in die Zukunft.

Dabei sollte das Land die Gemeinde seinerseits unterstützen, so, wie es auch in anderen Ländern der Fall ist. Danke für Eure Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Gerald Handig ans Mikro bitten.

Bitte Herr Abgeordneter. *(Abg. Markus Ulram in Richtung Abg. Elisabeth Böhm, die den Landtagssaal verlassen will: Elisabeth, jetzt darfst nicht gehen. – Abg. Elisabeth Böhm: Komme eh gleich.)*

**Abgeordneter Gerald Handig** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann mit den Damen und Herren auf der Regierungsbank! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren zuhause via Livestream! Morgen erhalten die Schülerinnen und Schüler ihr Schulzeugnis nach diesem herausfordernden Jahr, und ich gratuliere ihnen ganz herzlich, dass sie das geschafft haben.

Jene Schüler, die das noch nicht geschafft haben, werden die Prüfungen im Herbst machen und dazu wünsche ich alles Gute.

Vor Prüfungen und vor Herausforderungen stehen auch die burgenländischen Gemeinden, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, denn auch diese haben in diesen Tagen eine Nachricht erhalten, das wie ein negatives Zeugnis für uns ausschaut.

Und es wurde vorhin ja auch schon gesagt und gezeigt - die Abgabenertragsanteile für den Monat Juni.

Wenn wir in der politischen Diskussion hier sprechen und auch schon gesprochen haben, dass wir alle das bezahlen müssen und alle Gemeinden darunter leiden müssen, die eine mehr, die andere weniger, dann sehen wir das genau hier niedergeschrieben.

Wir wussten - es wurde uns prognostiziert und prophezeit - dass die Steuereinnahmen sinken und dadurch auch die Abgabenertragsanteile sinken werden. 12 Prozent im Mai, 35 Prozent im Juni und in weiteren Monaten haben wir ebenso Mindereinnahmen zu erwarten. Das wussten wir, damit konnten wir rechnen und kalkulieren. Womit wir aber nicht rechnen konnten, sind die zusätzlichen Belastungen im

Rahmen der Abgaben. Ja, die sind gesetzlich geregelt - natürlich - aber dass sie sich teilweise verdoppeln, damit haben wir nicht gerechnet. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf hier die Gemeinde Edelstal, meine Heimatgemeinde, eine kleine burgenländische Gemeinde, als Beispiel hernehmen. Erhielt ich noch im Juni des Vorjahres, also im Vergleichsmonat, 35.300 Euro, so sind es aktuell in diesem Monat 23.700 Euro, also exakt diese 35 Prozent an Mindereinnahmen.

Bei den Abzügen schaut es wieder anders aus. Hatte ich noch im Vorjahr 34.700 Euro Abzüge, sind es heuer 43.400 Euro, also ein Plus von 25 Prozent. Das ergibt ein Minus für meine Gemeinde von 19.700 Euro. Ich bin wahrscheinlich eine Gemeinde, die irgendwo noch weniger Abzüge hat, denn, soweit ich weiß, haben die Gemeinden Abzüge zwischen 10.000 und 40.000 Euro pro Monat.

Dieser Herausforderung müssen und werden wir uns natürlich stellen.

Ich trete hier für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ein und weise diesen Vorwurf, wir hätten oder wir werden unsere Aufgaben nicht machen oder sich den Herausforderungen nicht stellen, entschieden entgegen. Dagegen verwehre ich mich hier im Namen aller Anwesenden und auch jener, die zu Hause sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Selbstverständlich werden wir auch der Aufgabe der Nachtragsvoranschläge nachkommen. Aber, von den Abzügen in dieser Höhe haben wir bis 23. Juni, also bis vor einer Woche, nichts gewusst.

Hier wurde schon mehrmals angesprochen, dass die Gemeinden keine Abzocke wollen, sondern dass sie Unterstützung brauchen. Wir brauchen diese finanzielle Unterstützung wirklich. Der Bund - die Bundesregierung - hat uns diese zugesprochen und hat dieses kommunale Investitionsgesetz beschlossen. Es wurde hier darüber im negativen, aber auch im positiven Sinne mehrfach diskutiert.

Fakt ist, das wir in den Gemeinden draußen dieses Geld unbedingt brauchen und wir es auslösen können. Entgegen der Fehlmeinung, dass wir es uns abholen können, Frau Kollegin Böhm. Wir müssen das Geld auslösen, so wie viele Gemeinden das vor drei Jahren mit dem kommunalen Investitionsprogramm gemacht haben.

Ich kann mich nicht erinnern, dass damals so eine riesengroße Diskussion war: Das Geld können wir nicht abholen, das können wir nicht auslösen. Ich kann mir das nicht vorstellen!

Vielleicht darf ich noch einmal auf die Stadtgemeinde Neusiedl am See zurückkommen. Die Stadtgemeinde Neusiedl am See hat - meinem Wissen nach - zwei Millionen Euro an Rücklagen und ein neuer Kindergarten ist in Planung. Also, was hält die Stadtgemeinde da auf, hier 50 Prozent an Förderung für diesen Kindergarten zu erhalten? Diese 879.000 Euro wären für Neusiedl zum Abholen.

Das wären beinahe 50 Prozent und wenn wir an die Landesregierung herantreten, die Gemeinden ebenfalls mit 31 Millionen Euro zu unterstützen, dann wären das wiederum 879.000 Euro für die Stadtgemeinde Neusiedl und der Kindergarten wäre beinahe zu 100 Prozent ausfinanziert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Also, ich darf alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister …

**Präsidentin Verena Dunst:** Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, ich muss Sie um Ihren Schlusssatz bitten.

Ich darf als Nächstes den Herrn Abgeordneten Johannes Mezgolits herausbitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johannes Mezgolits** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Zuseher am Live-Stream! Die Corona-Pandemie stellt nicht nur die Familien, die Betriebe und das Leben aller Burgenländerinnen und Burgenländer vor große Voraussetzungen.

Gerade auch die Gemeinden leisten in dieser Zeit Herausragendes für die Bevölkerung. Gesetzlich sind diese zur Finanzierung zahlreicher Aufgaben verpflichtet. Nicht das Gemeindeamt oder das Rathaus sind in Krisenzeiten dann in Turbulenzen, es bedeutet für jede Bürgerin und für jeden Bürger Leistungseinbußen, denn wir alle nehmen tagtäglich Leistungen in Anspruch, ohne genau zu wissen, dass diese ausschließlich auf der Finanzkraft der Gemeinden basieren.

Zu diesen Leistungen zählen die Rettung, die Feuerwehr, die Kindergärten, der Bau und der Erhalt von Schulen sowie viele Freizeiteinrichtungen wie Sportplätze, Schwimmbäder oder Büchereien. Ganz zu schweigen von der Trinkwasserversorgung, Abfallentsorgung oder der Abwasserbeseitigung.

Diese Leistungen sind eben öffentlich und werden politisch von dieser Landesregierung, leider Gottes, nicht gewürdigt. Während der Bund umgerechnet für jeden Gemeindebürger 100 Euro als Hilfspaket zur Verfügung stellt, legt sich die selbstgepriesene Alleinregierung in die Hängematte und schweigt.

Wie konnte es so weit kommen? Die Frage ist grundsätzlich sehr einfach zu beantworten. Die burgenländischen Kommunen sind an den gesamten Ausgaben für die Sozialleistungen des Landes beteiligt und müssen nun die unfinanzierbaren Wahlzuckerl dieser Regierung bezahlen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aufgrund des Corona-bedingten Rückgangs der Ertragsanteile bekamen die burgenländischen Kommunen bereits im Juni die Rechnung für diese Brot-und-Spiele-Politik präsentiert.

Anstatt, wie andere Bundesländer, die Gemeinden finanziell zu unterstützen, lässt diese Regierung die Dörfer und Ortschaften in Stich, nur um ideologisch und parteipolitisch motivierte Ziele zu erreichen.

Somit bezahlen die Burgenländerinnen und Burgenländer die Wahlzuckerl dieser Regierung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wer aufmerksam die Medien verfolgt, wird den Eindruck nicht los, dass unser geschätzter Herr Landeshauptmann mit seinem Regierungsteam im Dauerwahlkampf ist. Keine Woche vergeht ohne verbale Anfeindungen dem Bund gegenüber. Die politischen Verantwortlichen hier im Eisenstädter Landhaus wollen anscheinend auf Biegen und Brechen und ohne Rücksicht auf gut funktionierende Gemeindestrukturen eine sozialistische Musterregion schaffen, um sich jetzt schon auf die Nationalratswahl 2024 vorzubereiten. Diese Wahlkampagne zahlt jedoch nicht die SPÖ Burgenland, sondern jeder Burgenländer und jede Burgenländerin.

Einen kleinen Vorgeschmack haben wir heute schon von der Frau Landesrätin Winkler bekommen, wie es mit der Übernahme der Kindergärten und dessen Personal aussieht.

Die burgenländischen SPÖ-Bürgermeister wurden bereits ihrer Meinung beraubt und auf Linie gebracht. Mit fadenscheinigen Versprechen werden und wurden sie zum politischen Schweigen verdonnert und dürfen keine eigenen Entscheidungen mehr treffen.

Die zukünftigen Aufgaben eines SPÖ-Bürgermeisters dürften sein, am Vorabend des 1. Mai Fahnen zu hissen und einen Fackelumzug zu organisieren, denn alles andere soll zentral verwaltet und abgewickelt werden.

Auch die Regierungsbank wirkt auf mich wie eine gekünstelte Fernsehshow, ohne Mehrwert für die Zuseher. *(Abg. Dieter Posch: Wer schreibt Dir denn die Reden?)*

**Präsidentin Verena Dunst** *(das Glockenzeichen gebend)***:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine Arbeit ist es, auf die Würde dieses Hohen Hauses zu schauen. Wenn Sie die Regierungsbank derart beflegeln, dann ist das nicht in Ordnung. Ich darf Sie daher bitten, dass Sie sich auch ein bisschen daran besinnen, wo wir sind, nämlich im Landtag.

Bitte, Sie sind am Wort. *(Abg. Markus Ulram: Frau Präsidentin! Gleiches Recht für alle!)*

**Abgeordneter Johannes Mezgolits** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Wo wird uns diese Politik hinführen, meine sehr geehrte Damen und Herren? Zuerst werden die Dörfer unseres Landes finanziell ausgehungert, um sie mürbe zu machen. Da macht auch das politische Couleur keinen Unterschied, denn die vergangenen Abrechnungen zeigen dies eindrucksvoll.

Eine bunte und ehrliche politische Diskussion soll mit allen demokratisch zu verfügenden Mitteln unterbunden werden. Der ORF fungiert hier als Handlanger und kommt seinem öffentlichen Auftrag nicht nach. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Einflussbereich des Landes auf Mitarbeiter und Aufgaben der Gemeinden soll ausgedehnt werden. Desto mehr Mitarbeiter sich im Nahbereich des Landes befinden, desto einfacher wird es sein, diese und ihre Familien zu kontrollieren.

**Präsidentin Verena Dunst** *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Abgeordneter, Ihr Schlusssatz bitte.

**Abgeordneter Johannes Mezgolits** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Meine Herrschaften! Ich danke dem Bundeskanzler Sebastian Kurz für die großartige Unterstützung von den 31 Millionen Euro, die ich mir auch von unserer Landesregierung wünsche. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Deshalb fordere ich die burgenländische Alleinregierung auf, als Partner und nicht als Gegner der Dörfer, Ortschaften und Städte, sich dieser Krise entgegenzustellen, und ich bitte Sie, verdoppeln wir gemeinsam diese 31 Millionen Euro, dass unser aller Heimatland gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter! Entschuldigung, hier ist, *(Abg. Markus Ulram: Tatsächliche Berichtigung!)* nehme ich an, eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, weil sonst geht leider gar nichts im Moment. *(Abg. Robert Hergovich: Es gibt keine Wortmeldungen!)* Eine tatsächliche Berichtigung! Bitte.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! In der jüngeren Geschichte ist es vorgekommen, dass ein Präsident einem Landeshauptmann einen Ordnungsruf erteilt hat und möglicherweise das ein Indiz dafür war, dass er abgesetzt worden ist.

Das mag schon sein, aber wenn Sie hier als Vorsitzende die Würde des Hauses wahren wollen, dann schauen Sie auch darauf, dass Gleiches mit Gleichem verglichen wird, denn wenn der Herr Landeshauptmann heute sagt, das Wort „gelogen“ und Sie

sagen nur, die Würde des Hauses ist zu wahren und jetzt, wo wir gar nicht wissen, warum Sie überhaupt eingegriffen haben, dann schauen Sie, dass alle gleichberechtigt behandelt werden. *(Abg. Walter Temmel: Jawohl! - Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich darf den nächsten Redner um seine Ausführungen bitten. Am Wort ist Herr Klubobmann Abgeordneter Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Ulram hat heute davon gesprochen, dass die Gemeinden mit einer Milliarde Euro unterstützt werden sollen. Es wurde angekündigt, eine Milliarde Euro zu investieren. 31 Millionen Euro sollten davon, wie angekündigt, im Burgenland investiert werden.

50 Milliarden Euro wurden als Hilfe für alle Österreichinnen und Österreicher angekündigt. Wenn Sie wirklich glauben, dass dieses Geld wirklich fließt, dann gratuliere ich Ihnen, Herr Kollege Ulram. Diese Meinung haben Sie exklusiv, denn alle anderen Betroffenen wissen, dass das nicht stattfindet. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: Gestern! Kein Problem. - Abg. Walter Temmel: Seit gestern! Beantragen muss man es halt.)*

Fragen Sie die Unternehmen, fragen Sie die, die arbeitslos geworden sind, fragen Sie die Kulturvereine, fragen Sie die Sportvereine, da fließt kein Geld. Dass sind Ankündigungen und sonst nichts, erstens. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Heute angekündigt! - Beifall bei der SPÖ)*

Zweitens, diese 31 Millionen Euro für das Burgenland sind ein Marketing-Schmäh, ein Marketing-Gag sondergleichen, und ich wette mit Ihnen, ich will heute eine Wette mit Ihnen abschließen, dass nicht einmal 50 Prozent dieser Gelder ausgelöst werden können.

Wissen Sie warum? Weil nicht jede Gemeinde, so, wie Sie in Halbturn einen Windpark hat und über 300.000 Euro dafür kassiert. Fragen Sie den Kollegen Mezgolits, denn der weiß gar nicht mehr, wie er das Licht noch zahlen soll. Der hat keinen Windpark und wird nichts kofinanzieren können. Jetzt läuft er schon rot an, weil er nicht mehr weiß, wie er in der Gemeinde die Finanzen richten soll. Ich kann mir das ohnehin vorstellen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, das ist der Unterschied. Die Gemeinden haben eine negative Finanzspitze und haben das Geld nicht zum Kofinanzieren. Deshalb ist das ein Marketing-Schmäh der Bundesregierung der Sonderklasse. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Kollege Ulram! Wenn es Ihnen ernst wäre, wenn es Ihnen wirklich ernst wäre, wenn Sie sich wirklich um unsere Gemeinden sorgen würden, wissen Sie, was Sie dann machen sollten? Dann sollten Sie zum ÖVP-Finanzminister fahren und sollten sagen, weißt du was, lieber Gernot, du hast uns zwar einen super Brief geschrieben, aber machen wir es so wie bei den Bauern. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Stellen wir die Gemeinden auf die gleiche Stufe wie die Bauern, benachteiligen wir die Gemeinden nicht, behandeln wir sie so, wie die Bauern, die müssen nämlich nicht kofinanzieren, lassen wir das mit der Kofinanzierung.

Zahl das Geld aus! Der wird das Geld aber nicht zahlen, weil es nur ein Schmäh ist. Alle wissen das, nur Sie glauben es immer noch nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dann gehen Sie her und erzählen uns, dass die anderen Bundesländer so viele Gemeindepakete schnüren und wie die unterstützt werden und so weiter.

So, dann schauen wir uns einmal diese Gemeindepakete an, denn das hätte ich Ihnen empfohlen. Hätten Sie mich vorher gefragt, ich hätte Ihnen gesagt, schauen Sie sich diese Pakete an, was da wirklich gefördert wird.

Wir haben das getan und haben das mit jenen verglichen, die wir machen. Jetzt darf ich Ihnen Folgendes mitteilen, weil ich sehe, ich orte Informationsdefizite, insbesondere beim Kollegen Mezgolits, große Informationsdefizite, und daher will ich dazu beitragen, dass Informationen fließen.

Wie sieht das Paket im Burgenland aus?

Erstens: Erhöhung der Kassenkredite 48 Millionen Euro, Darlehen für laufende Betriebe 20 Millionen Euro, Aufschub von Rückzahlungen sechs Millionen Euro, Bedarfszuweisungen 38 Millionen Euro. Ergibt eine Gesamtsumme von 112 Millionen Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Sie fordern 31 Millionen Euro. Ist das wirklich Ihr Ernst? Wir geben eine Unterstützung von insgesamt 112 Millionen Euro und Sie wollen 81 Millionen Euro für unsere Gemeinden? Ist das Ihr Ernst? *(Abg. Markus Ulram: Fangen wir mit der Transparenz bei den Bedarfszuweisungen an.)*

Ich merke, diese Informationsdefizite *(Abg. Doris Prohaska: Na, hallo!)* sind enorm. Warum fragen Sie nicht vorher? Fragen Sie die Regierungsmitglieder, die geben Auskunft, wirklich. Wir können nichts dafür, dass Sie mit diesen Informationen nicht umgehen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Soviel zum Gemeindepaket. Das war ein ordentlicher Bauchfleck, was Sie da heute wieder gemacht haben. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um auf ein anderes Thema sprechen zu kommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich war nämlich ziemlich verwundert, als ich bei einer Pressekonferenz der ÖVP zum Gemeindepaket einen ÖVP-Mitarbeiter gesehen habe, der gleichzeitig Bürgermeister von Oslip ist. Es ist der Bürgermeister, der seine eigenen Gemeindebürger als Schweine bezeichnet, sie diskreditiert und einsperrt. Einsperren sollen sie die Leute - auf Facebook können Sie alles nachlesen.

Wo ist die Reaktion der ÖVP? Dass ein ÖVP-Bürgermeister so etwas macht, der noch Gemeindebundsekretär ist. *(Abg. Walter Temmel: Was hat der mit den Millionen zu tun?)* Anstatt ihn zum Rücktritt zu bitten, gehen Sie her und verwenden ihn als ÖVP-Testimonial bei einer Pressekonferenz. Ja, was ist denn da los bei Ihnen? Was passiert denn da in der ÖVP? Gibt es da überhaupt keinen Anstand mehr? Was ist denn da passiert?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Um zum Schluss zu kommen: Wir fördern unsere Gemeinden mit 112 Millionen Euro. Wir unterstützen sie. Die 31 Millionen Euro sind uns viel zu wenig. Wir setzen lieber auf die 112 Millionen Euro. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Wir haben noch eine Wortmeldung von der Regierungsbank. Der Herr Landeshauptmann hat sich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zunächst möchte ich schon auch

das Fernbleiben der Regierungskollegin Eisenkopf klarstellen, weil das natürlich wieder sofort ein Anlass dafür war, polemisch über diese Abwesenheit zu diskutieren.

Kollegin Eisenkopf war in Kontakt mit einem Verdachtsfall Corona und bleibt soweit, bis der Verdacht eben entkräftet oder bestätigt ist, je nachdem, dieser Sitzung fern.

Ich glaube, das muss man schon goutieren, da braucht man nicht immer gleich „wacheln“, da kann man zunächst einmal fragen, warum ist sie nicht da. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Klubobmann Ulram. Ich muss eigentlich der Kollegin Ilse Benkö zu ihrer Rede gratulieren. *(Abg. Markus Ulram: Aus Ihrer Sicht schon! - Beifall bei der SPÖ)*

Nein, hört mir einmal zu! Hört mir zu! Gar nicht so sehr inhaltlich. Inhaltlich ist das, was sie gesagt hat, in Ordnung. Explizit muss ich hier, weil ich da in die oder in Ihre Gesichter geschaut habe. Wie ich Sie angeschaut habe, da hat sich in Wirklichkeit die kleine politische Welt des großen Bürgermeisters aus Halbturn entlarvt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie geht das denn, dass eine Oppositionspartei plötzlich jetzt nicht Oppositionslinie vertritt? Es gibt offensichtlich nur in Ihrem politischen Denken Schwarz oder Weiß. So, jetzt sind wir alle Opposition und jetzt müssen wir alle auf die SPÖ einschlagen. Das ist Ihr politisches Credo, das zieht sich seit der Angelobung bis jetzt durch.

Mir kann das egal sein, sage ich ganz ehrlich. Das tut diesem Haus aber nicht gut. Das ist nicht zuträglich für den Landtag. Politisch gesehen machen Sie uns da nur einen Gefallen. Weil dieser Auftritt, dieses Kalkül, diese Unwahrheiten, was da teilweise erzählt wird, das kann keiner mehr hören. *(Abg. Markus Ulram: Das ist keine Unwahrheit, Herr Landeshauptmann! Das sind Tatsachen!)* Ganz im Gegenteil, das kann ich mir nicht mehr anhören.

Weil, jetzt sage ich Ihnen eines, nur ein Punkt, ein Punkt nur, dann höre ich schon wieder auf, weil es nicht wert ist, auf diesem Niveau zu diskutieren. Wenn Sie glauben, wenn die ÖVP glaubt, dass Niederösterreich beispielsweise, Sie haben das zitiert, alles so super macht, dann bringen Sie bitte den Antrag ein, dass wir die Unterstützung der Gemeinden von A bis Z auf das niederösterreichische Modell umstellen. Wir werden dazu ja sagen, Sie werden aber pleite sein. So schaut es aus.

Die Pro-Kopf-Belastung im Umlagesystem in Niederösterreich ist fast doppelt so hoch wie bei uns im Burgenland. Wir haben die niedrigste Belastung. Das 837 oder 73 Millionen Euro-Paket ist eine Schmähparade in Niederösterreich. Stundungen von Krediten, erhöhte Kassenkredite, Bedarfszuweisungen. Das heißt, das ist eine Schuldenanleitung für Gemeinden.

Es ist schon richtig, was gesagt worden ist. Eine Gemeinde mit, wie viele Windräder habt Ihr? 30, 40 in Halbturn? Die pro Windrad, weiß ich nicht, 15, 20, 25 Tausend Euro jährlich bekommen, na der kann sich leicht als Bürgermeister hinstellen und kann sagen, bitte ich zeige euch das, den anderen Bürgermeistern, wie man das auslöst.

Das Geld, das muss man nämlich kofinanzieren. Das Geld, wo ich viele Schulden aufnehmen muss. Das Geld, wo ich meinen Anteil wieder zurückzahlen muss. Na wer soll denn das finanzieren? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es geht ja nicht um die Gemeinden, die finanzstark, die finanzkräftig sind. In der Krise geht es um die Gemeinden, die sich nichts mehr leisten können. Jetzt zu sagen, von

Bundesseite, bitte nehmt euch eine Million Euro auf, dann kriegst du auch was dazu, das ist ja ein Hohn, das ist ja eine Frechheit. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie soll denn der das jemals zurückzahlen? Wir treiben die Gemeinden ja in die Schuldenfalle noch hinein, als dass wir sie entlasten. *(Abg. Markus Ulram: Die Abzüge des Landes sind doppelt so hoch.)* Hören Sie mir zu, wir haben es aber gestundet. Das ist von vorher gestundet, aber Niederösterreich hat es nicht gestundet, kann ich nur sagen.

So viel zum niederösterreichischen Modell. Nun aber zu unserer Thematik mit dem Kindergarten. Das ist ja nur ein Teil der Medaille. Bitte sagen Sie da offen und ehrlich, sagen Sie nicht, Sie sind nicht eingebunden. Ich persönlich habe Sie zweimal informiert, dass es Gespräche mit dem Gemeindebund gibt. Mit Leo Radakovits.

Ich habe das dem Leo Radakovits gesagt, bitte informiere den ÖVP-Klub. Der Radakovits hat mir diese Woche gesagt, bei den nächsten Gesprächen will der Klub eingebunden sein. Deshalb seid Ihr ja auch Ende Juli dabei. Alle sind dabei. Die innere Information muss bereits geflossen sein. Noch einmal, es geht nicht darum, dass wir die Kindergartenkompetenz wollen. Die könnt Ihr Euch alle behalten. Es geht darum, dass wir etwas anderes machen als der Bund. Nicht die Gemeinden in die Schuldenfalle treiben, sondern die Gemeinden finanziell entlasten. Nicht heuer, sondern generell.

Wenn wir die Kindergartenkosten in einem Gesamtpaket übernehmen würden, dann bedeutet das nicht einmalig, Herr Kollege Handig, das würde jedes Jahr eine Entlastung von 30 Millionen Euro für die Gemeinde bedeuten. Das diskutieren wir gerade mit dem Gemeindebund/-vertreterverband. Da sind Sie bereits informiert worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dann stellen Sie sich da noch her und erzählen irgendeine Schmähparade. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Landeshauptmann. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Die Debatte ist damit geschlossen, die Aktuelle Stunde beendet.

**3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 136), mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden (Zahl 22 - 92) (Beilage 149)**

**4. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 135), mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird (Zahl 22 - 91) (Beilage 176)**

**5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 137),**

**mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 93) (Beilage 150)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich darf nunmehr weiter kommen zum 3., 4. und zum 5. Tagesordnungspunkt, die zusammengezogen, aber dann natürlich extra abgestimmt werden.

Demnach darf ich Sie, wie gesagt, um eine getrennte Berichterstattung über den 3., 4. und 5. Punkt der Tagesordnung bitten. Anschließend erfolgt eine gemeinsame Debatte und natürlich, wie gesagt, die Abstimmungen werden selbstverständlich getrennt gemacht.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise grundsätzlich ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

Nunmehr darf ich zum 3. Punkt der Tagesordnung kommen. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 136, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden, Zahl 22 - 92, Beilage 149.

Der Berichterstatter, der Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich ist bereits am Rednerpult, und ich darf ihn um seinen Bericht bitten.

Nur noch mit dem Einwand von mir, dass General- und Spezialdebatte, wie besprochen, unter einem durchgeführt werden.

Herr Klubobmann, bitte sehr.

**Berichterstatter Robert Hergovich:** Vielen Dank Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtags geändert werden, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Herr Abgeordneter Klubobmann als Berichterstatter.

Nunmehr der 4. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 135, mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, Zahl 22 - 91, Beilage 176.

Bereits am Rednerpult ist die Frau Berichterstatterin, in diesem Fall die Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden, wie auch vorher, unter einem durchgeführt.

Sie sind am Wort Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, in ihrer 3. und abschließend in ihrer 4. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 30. 6. 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgten Wortmeldungen des Herrn Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und der Frau Landtagsdirektorin Mag.a Dr.in Elisabeth Neuhold.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug des von mir gestellten Abänderungsantrages einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Ihnen Frau Abgeordnete. Ich darf zum 5. Punkt der Tagesordnung kommen. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen, betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 137, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird, Zahl 22 - 93, Beilage 150.

Der Berichterstatter ist der Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich, der bereits am Rednerpult ist, und ich darf nur wieder meinen Hinweis geben, nämlich dass General- und Spezialdebatte, wie besprochen, unter einem durchgeführt werden.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um seine Ausführung.

**Berichterstatter Robert Hergovich:** Sehr gerne Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die

Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird, in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich erteile nunmehr als erster Rednerin der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Ich darf Sie ans Rednerpult bitten Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir ändern jetzt in der Tat drei verschiedene Gesetzesmaterien, wir ändern die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages. Wir ändern das Landtagsklubsfinanzierungsgesetz und wir ändern das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz.

Das ist dort wichtig, wo es in etwa um die Untersuchungsausschüsse geht. Bei der Änderung der Geschäftsordnung gibt es einen Punkt, der wurde ja auch schon oft öffentlich kommentiert und diskutiert der jetzt in der Zusammensetzung hier im Hohen Haus einen wesentlichen Unterschied macht, nämlich die Frage, ab wie vielen Abgeordneten darf man einen Klub bilden?

Wir kommen heute, mit diesem heutigen Beschluss, wieder zu dem Stand zurück, der bis 2015 all die Jahre gegolten hat, nämlich, dass man ab zwei Abgeordneten innerhalb einer Fraktion einen Klub bilden kann.

2014 wurde ja von SPÖ und ÖVP hier eine Änderung vollzogen, dass die Hürde auf drei hinaufgesetzt wurde, wir bereinigen das heute. Sonst ändert sich gegenüber dem früheren Zustand und die früheren Regelungen zu den Klubs kaum etwas.

Ja, was bedeutet es den Klubstatus zu haben und warum ist es denn so, dass wir uns als GRÜNE auch sehr darüber freuen? Es ist nun geregelt wie viel Personal zusteht und auch dass es eine Klubförderung gibt.

Die Klubförderungen sind ja für alle Abgeordneten sozusagen gleich, man erhält in einem Klub pro Abgeordnete oder Abgeordneter und Jahr 34.000 Euro. Also die GRÜNEN 34.000 mal zwei und die ÖVP 34.000 mal 11 und die FPÖ mal vier und die SPÖ 34.000 mal 19. Das ist hier geregelt.

Und in der Tat, wir freuen uns sehr weil, wir können jetzt als GRÜNE auch in Zukunft dieses Geld investieren in Sacharbeit, in das Einholen von Gutachten, in das Durchführen von Veranstaltungen und so weiter. Also da ist schon einiges für uns an parlamentarischer Arbeit auch zusätzlich möglich.

Was aber für uns, oder für mich persönlich, auch gerade besonders wichtig ist, sind die parlamentarischen Rechte die damit verbunden sind. Also wir können damit auch Mitglied in der Präsidiale sein und hier ein bisschen auch mitgestalten.

In den Ausschüssen haben wir jetzt zwar keine Stimme, aber wir dürfen nach wie vor dort mitreden und das tue ich ja auch, nicht immer zur Freude aller anderen. Aber ja, ich werde mir dieses Recht auch weiterhin herausnehmen, zu versuchen, dass wir in den Ausschüssen auch tatsächlich inhaltliche Debatten miteinander führen, vielleicht sogar auch Expertinnen und Experten manchmal einladen.

Und ich sehe hier unter den Abgeordneten der anderen Fraktionen auch die eine oder den anderen der durchaus daran auch Gefallen finden wird. Also reden können wir auf jeden Fall.

Was ändert sich noch? Es wird zum Beispiel die Fragestunde geändert. Das war dem Herrn Landeshauptmann sehr wichtig, dass in Zukunft eine Fragestunde nicht so abläuft, dass jeweils an ein Regierungsmitglied eine Frage mit Zusatzfragen gestellt wird und dann kommt das nächste Regierungsmitglied dran.

Sondern in Zukunft wird eine Fragestunde einem einzigen Regierungsmitglied zugeordnet sein und diesem kann man dann Fragen stellen und die zum eigenen Ressort passen. Ich kann mir vorstellen, das ist auf der Regierungsbank durchaus eine interessante Herausforderung das einmal auszuprobieren.

Dem Herrn Landeshauptmann hat das damals im Nationalrat sehr gut gefallen, wie er als Minister diese Fragestunde hat ausfüllen können und deswegen wollte er sie hier auch haben. Nun soll sein.

Was auch, sozusagen es ist, manche Sachen sind Kleinigkeiten, aber die haben in der konkreten Arbeit für uns Abgeordnete sehr wohl eine Bedeutung zum Beispiel die Möglichkeit der Akteneinsicht. Die ist bis jetzt schon gegeben gewesen, aber es waren oft zeitlich sehr knappe Abstände in denen es möglich war hier tatsächlich in Akten Einsicht zu nehmen. Diese Möglichkeit, die zeitliche Möglichkeit, wird nun erweitert.

Was nicht drinnen steht, was nicht geregelt ist und das wird auch in Zukunft nicht geregelt sein, trotzdem findet es leider statt, dass man hier regelmäßig Bewertungen zum eigenen Verhalten hört als Abgeordneter. Oder dass der Herr Landeshauptmann sogar, seine persönlichen Bewertungen über die Personen der Abgeordneten abgibt. Das ist aber auch nicht verboten, durch die Geschäftsordnung, schön finde ich trotzdem nicht.

Was haben wir weiter hier? Wir haben ein Klubfinanzierungsgesetz, in dem ist eben geregelt, ich habe es vorher schon kurz angesprochen, zum einen wie viel finanzielle Ausstattung hier der Klub bekommt, aber auch wie viel personelle Ausstattung ein Klub bekommt.

Wie gesagt, wir sind wieder beim Stand von 2015, zwischendurch in den Verhandlungen hat es schon ein bisschen anders ausgeschaut, aber dann hat man es sich doch nur auf das Mindestmaß reduziert.

Aber wir sind froh darüber, dass nun ein Recht darauf besteht, einen Klubdirektor, beziehungsweise eine Klubdirektorin im Klub zu haben und als zweite Angestellte eine Klubsekretärin oder einen Klubsekretär.

Was leider nicht geregelt ist, das wäre uns ein großes Anliegen gewesen, dass wir innerhalb eines Klubs selber entscheiden können, wie hoch welcher Posten dotiert ist, also gar nicht mehr Geld zu bekommen, sondern nur selber entscheiden wie man es aufteilt.

Weil bei uns ist es zum Beispiel im Team so, wir wollen nicht gerne dass die Gehaltsschere so groß ist zwischen der Person die das niedrigste Gehalt hat im Team und der Person die das höchste Gehalt hat. Das heißt, wir werden auch, wenn uns dann auch noch ein paar Steine in den Weg gelegt werden, aber vielleicht gibt es da noch ein bisschen ein Entgegenkommen, unsere Möglichkeiten prüfen, wie wir intern einen solidarischen Ausgleich schaffen.

Auch ich als Klubobfrau, ich verdiene dann doch einiges, die Klubobleute hier herinnen wissen das, es ist auch alles öffentlich, werde einen Teil meines Gehalts dafür hergeben und investieren um noch einen nächsten Arbeitsplatz im Klub zu schaffen, um hier sozusagen, auch mehr, auch wieder einen Ausgleich zu bekommen.

Ja, man sieht die Geschäftsordnungsänderung hat keine Verlierer, sie hat mehrere Gewinner. Im Wesentlichen wenn man es sich anschaut, für die ÖVP und FPÖ ändert sich an der Klubausstattung nicht viel, wenn ich das richtig mitvollzogen habe.

Die Gewinner bei der Klubausstattung sind die, die bis jetzt die finanziell Ärmsten sind, das sind die GRÜNEN und die, die finanziell Reichsten sind, das ist die SPÖ. Zum Beispiel was das Personal anbelangt. Also der SPÖ-Klub kann auf Grund der Neuerungen jetzt den Personalstand nahezu verdoppeln.

Dann haben wir auch noch Regelungen zum Untersuchungsausschuss die wir hier neu beschließen. Wir sind darin übereingekommen, dass wir uns ganz an der Regelung des Nationalrates orientieren, soweit das innerhalb der Landesgegebenheiten möglich ist. Der Weg den wir bei der letzten Geschäftsordnungsänderung im Jahr 2014 begonnen haben, nämlich das Recht einer Minderheit im Landtag einen U-Ausschuss zu verlangen, wird nun weitergegangen und ausgebaut.

Auch im Verfahrensverlauf kann jetzt nicht einfach die Mehrheit darüber bestimmen, wie es weitergeht, also zum Beispiel einfach einen Zeugen, oder eine Zeugin nicht zu laden lassen. Das ist sehr wichtig.

Wir haben heftig manches diskutiert, und wie aus meinen Ausführungen deutlich geworden ist, es gibt Punkte da haben wir uns auch besser und schneller geeinigt. Andere, da war es eher ein Ringen. Aber ich bin froh, dass wir hier dieses gemeinsame Werk zustande gebracht haben.

Nicht bei allen Gesetzen wird die FPÖ mitgehen, aber das ist natürlich ihr gutes Recht. Das verstehe ich schon, dass die FPÖ ihren Mitgliedern gegenüber jetzt ganz schwer argumentieren kann, warum sie noch immer, wie es auch 2014 der Fall war dafür ist, dass der Klubstatus auf zwei Personen gegründet werden kann. Weil diesmal würden die GRÜNEN davon profitieren und da habt Ihr natürlich eine besondere Hürde, dafür habe ich Verständnis. Da bin ich persönlich auch gar nicht böse.

Aber sonst konnten wir uns weitgehend einigen. Danke auch für die Zusammenarbeit und ja, natürlich werden wir all diesen Gesetzespaketen zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Johann Tschürtz.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Naja, der große Gewinner ist nicht nur die GRÜNE Fraktion, sondern der allergrößte Gewinner ist die SPÖ an diesem Paket. Und zwar

deshalb, weil man natürlich auch hier einiges in weiterer Folge bewegen konnte oder bewegen kann.

Die Alleinregierung hat sich sozusagen auch mit diesem Paket die Personalia überdimensional verdoppeln können. Das heißt, der Klub hat sich definitiv im Mitarbeiterbereich verdoppelt in der SPÖ. Die GRÜNEN haben natürlich den Klubstatus bekommen, die ÖVP ist ungefähr gleich geblieben. Wir sind auch ungefähr gleichgeblieben.

Das heißt, der große Gewinner ist nicht nur die GRÜNE Fraktion, sondern auch die SPÖ.

Und wenn man das ungefähr so betrachtet wie Sie sagen, Frau Abgeordnete, dann kann man es vielleicht für den Wähler, die Wählerin, auch einmal sagen wie es definitiv ist. Das heißt, die GRÜNEN haben den Klubstatus vom Landeshauptmann bekommen *(Abg. Robert Hergovich: Vom Landtag.)* und die Freiheitlichen haben den Klubstatus vom Wähler bekommen und das ist der große Unterschied. *(Abg. Robert Hergovich: Vom Landtag.)*

Das heißt, damals als die Wahlen waren, haben wir vom Wähler solche Stärken bekommen, dass wir den Klubstatus haben und die GRÜNEN haben den Klubstatus eben vom Herrn Landeshauptmann bekommen, von der SPÖ, die sich dann gleichzeitig natürlich alles verdoppelt hat.

Also wenn man sich die Regierungsbüros anschaut, also die Platzen ja aus allen Nähten, da sitzt ja in jedem Winkel jemand. Das heißt, da bewegt sich natürlich wirklich sehr viel.

Und es ist auch so, dass in Bezug auf die Gesamtsituation ich schon sagen muss, das finde ich etwas, vielleicht sogar "traurig". Denn, nachdem man in der Diskussion gemerkt hat, dass wir gegen den Klubstatus und gegen die Änderung der Geschäftsordnung, die ja auch ein verfassungsmäßiges Element hat, dass wir dagegen sind, hat man Folgendes herausgenommen.

Es war geplant, dass der dritte Präsident nach dem Stärkeverhältnis besetzt wird. Das hat man dann natürlich seitens der SPÖ wieder herausgenommen. Warum weiß ich auch nicht. Weil man wahrscheinlich schlecht gelaunt war, weil halt die Freiheitliche Partei da nicht mitgeht.

Ich finde das nicht in Ordnung. Ich finde das definitiv nicht in Ordnung, denn was wäre dabei gewesen, wenn man auch dann, wenn man natürlich auch stark dagegen war und das sofort wollte, so wie den Klubstatus der GRÜNEN, aber was wäre dabei gewesen, wenn wir das trotzdem drinnen gelassen hätten? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir waren dafür.)*

Man hätte sagen können, beim nächsten Mal hat die drittstärkste Kraft den dritten Präsidenten, genau ähnlich wie beim Nationalrat. Das ist leider Gottes, aus meiner Sicht, ein kleines Foul, das wirklich nicht in Ordnung ist. Das wäre auch gar nicht notwendig gewesen, dieses kleine Foul zu machen.

Aber es ist halt so, dass ich fast den Anschein habe, dass dieses derzeitige Alleinregierungsmachtpferd so dahin galoppiert ohne stopp zu sagen, also da geht es dahin, Step by Step. Ich habe wirklich das Gefühl.

Das heißt, man muss natürlich schon auch betrachten, dass hier natürlich die Freiheitliche Partei schon natürlich auch nachgedacht hat, sollen wir mitgehen, oder sollen

wir nicht mitgehen? Aber für uns ist das glasklar, dass wir definitiv den Klubstatus vom Wähler, von der Wählerin, bekommen haben und darüber sind wir sehr stolz.

Und es wundert mich auch, das wundert mich fast wirklich, dass man nicht sogar die Klubfinanzierung noch ein bisschen gestrichen hat. Denn wir gehen, beim Klubfinanzierungsgesetz deshalb mit, weil es natürlich nicht in Ordnung wäre, wenn man uns auch noch ein Geld wegnehmen würde.

Und das wundert mich ja, dass man da nicht auch gleich gesagt hat, dann streichen wir ihnen das auch. So kommt mir das irgendwie vor und das finde ich etwas traurig, aber selbstverständlich gehen wir beim Klubfinanzierungsgesetz mit.

Es soll ja nicht so sein, dass man plötzlich dem Freiheitlichen Klub ein Geld wegnimmt, das wäre natürlich wirklich, aus meiner Sicht, fast skandalös.

Bezüglich der Fragestunde bin ich wirklich schon gespannt wie das ausgehen wird. Wir wissen es alle noch nicht wie sich das entwickeln wird, aber ich hoffe es gibt keine „Blümel-Exzesse“ in der Fragestunde.

Vielleicht „blümatisiert“, da muss man direkt ein Wort finden dazu, diese Fragestunde. Weil ich glaube, der hat ja 86 mal nicht gewusst, bin ich auf der Welt, oder habe ich etwas getan, oder habe ich nichts gemacht?

Der hat auch gar nicht gewusst, dass er einen Laptop hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Hofer auch nicht.)* Ich kann mich gar nicht erinnern, dass ich einen Laptop gehabt habe. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Hofer heute auch nicht.)* Das weiß ich nicht, ich weiß nur, ich kenne ihn nur aus dem Untersuchungsausschuss, dass halt der Herr Finanzminister 86 mal gesagt hat, er weiß von nichts.

Ich hoffe, dass das nicht auch so wird in der Fragestunde. Denn eines ist schon klar, ich habe auch eine, ich weiß, dass das der Geschäftsordnung nicht entspricht, aber ich habe eine mündliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gestellt, nachdem der Herr Landeshauptmann natürlich selbstverständlich medial in Erscheinung getreten ist und er hat gesagt, ich habe nichts gewusst vom Asylschnellverfahren.

Und das wirklich ein Thema ist, das auch das Land bewegt und das dann der Herr Landeshauptmann das Thema wirklich total besetzt hat. Und ich wollte eine mündliche Anfrage stellen, wann wurde er informiert, oder wurde er gar nicht informiert?

Ich finde das ist eine normale Anfrage. Die wurde zurückgewiesen, weil es natürlich an die Daniela Winkler gehen sollte. Ich finde das auch nicht in Ordnung.

Das heißt, da müssen wir wirklich aufpassen, nicht dass dann die ganze Fragestunde zu einer Farce wird, wenn er sagt, na ich nicht, weil der andere und ich weiß nicht, weil gestern habe ich auch nicht.

Also da müssen wir wirklich aufpassen, aber schauen wir, wie sich die Fragestunde entwickelt.

Auf jeden Fall, wenn man den Untersuchungsausschuss betrachtet, dann finde ich den in Ordnung, okay. Es sind die Minderheitenrechte gestärkt. Es ist endlich wie im Nationalrat, das ist gut. Es ist so, dass der Untersuchungsausschuss maximal sechs Monate dauern darf und danach gibt es ein Monat Zeit um den Bericht anzufertigen oder natürlich auch einen Minderheitsbericht. Das ist in Ordnung.

Es ist auch in Ordnung wenn zwei Untersuchungsausschüsse parallel laufen können. Das ist auch in Ordnung. Das wird wahrscheinlich nicht der Fall sein, aber die Möglichkeit besteht.

Ein Wermutstropfen ist da schon drinnen, dass natürlich die Mehrheit jede Auskunftsperson sozusagen ablehnen kann, das ist schon ein Wermutstropfen. Weil die SPÖ hat die Mehrheit und sagt nein, die wollen wir nicht die Auskunftsperson.

Was wir dann nur mehr haben, welche Möglichkeiten wir nur mehr haben ist, die SPÖ zum Beispiel, hat die Mehrheit, diese Auskunftsperson abzulehnen, dann können wir halt zum Verwaltungsgerichtshof gehen und können sagen, das ist so schlimm und können ein bisschen Beschwerde einlegen. Aber wir wissen alle, dass das wahrscheinlich so ausgehen wird, wie die Mehrheit das beschlossen hat.

Zum Untersuchungsausschuss noch: Das finde ich auch in Ordnung, wenn vertrauliche Unterlagen weitergegeben werden, kann das eine Geldstrafe bis zu 150.000 Euro ausmachen. Das finde ich auch in Ordnung.

Das es natürlich neben dem Vorsitz des Präsidenten jetzt auch einen Verfahrensrichter gibt und sogar einen Verfahrensanwalt, ist auch okay. Denn der Verfahrensanwalt ist dann da für die Auskunftsperson, vermittelt, berät und so weiter.

Also im Großen und Ganzen ist der Untersuchungsausschuss okay, stärkt die Minderheitenrechte. Dem werden wir zustimmen.

Dem Klubfinanzierungsgesetz müssen wir natürlich zustimmen. Wir wollen ja nicht dass uns ein Geld weggenommen wird.

Und natürlich zur verfassungsmäßigen Geschäftsordnung, die ja im Verfassungsrang sich befindet, werden wir natürlich nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Als Nächsten darf ich den Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Ulram bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich darf zunächst einmal einen anderen Schauplatz beleuchten.

Wenn eine Tageszeitung, eine renommierte Tageszeitung, einen Kommentar verfasst, wo es darum geht „Favoriten liegt in Österreich“, wo es darum geht, dass prokurdische Demonstranten und türkische Nationalisten gegeneinander losgehen, wo es massive Ausschreitungen gibt, wo es Attacken gegen die Polizei gibt, und wo in diesem Kommentar gesagt wird, rund 275.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund leben in Österreich, weniger als die Hälfte von ihnen mit österreichischem Pass.

Und das am Ende dieses Artikels dann verglichen wird mit dem Burgenland, ich zitiere: "Die Türken gehören heute zu Österreich wie die Burgenländer." Meine sehr geschätzten Damen und Herren, so einen Kommentar darf man sich nicht gefallen lassen. Solche Ausschreitungen sind zurückzuweisen aufs Schärfste.

Man muss dementsprechend die Polizei in ihrem Handeln auch schützen. *(Abg. Johann Tschürtz: Wie heißt der Innenminister?)* Hier ist die Staatsgewalt gefragt, das können wir in Zukunft nicht zulassen.

Und wir werden nicht mehr und wir wollen auch nicht verglichen werden mit Migration, nicht verglichen werden mit einem Zuzug, sondern wir leben in Österreich, wir sind Österreicherinnen und Österreicher und wir bleiben es auch. Und wir sind stolz darauf, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Johann Tschürtz: Ihr habt eh den Innenminister, oder täusche ich mich da?)*

Zu der Verfassung und zur Geschäftsordnung, zur Änderung selbst: *(Abg. Doris Prohaska: Wer war für die Integration zuständig?)* Die Verfassung und die Geschäftsordnung sind ein wesentlicher Teil und einer der wichtigsten Teile, eigentlich die Grundlage für unser aller politisches Handeln hier im Hohen Landtag.

Und damit wir unsere Arbeit dementsprechend ausführen können brauchen wir diese Grundlagen. Bei diesen Gesetzesänderungen finden sich viele Forderungen, eine auch der Volkspartei die wir über die letzten Jahre hinweg auch immer wieder gesagt haben.

Wo wir gesagt haben, es muss das Kontrollrecht der Opposition gestärkt werden, es müssen die Minderheitsrechte in einem Untersuchungsausschuss gestärkt werden. Denn es kann doch nicht sein, dass die Mehrheit alleine bestimmt wer Zeugin oder Zeuge in einem U-Ausschuss wird und wer nicht.

Dass Verfahrensregeln eingeführt werden, dass der gesamte Ablauf dazu geregelt wird, damit eine zeitliche Verbesserung bei der Akteneinsicht vollzogen wird, und dass eine Entstaubung auch der Geschäftsordnung passiert.

Wir haben das heute auch schon erlebt mit dem Einlauf. Anscheinend heute das letzte Mal, Herr Kollege Brandstätter, Sie werden entbunden, auch wie der Kollege Fazekas von Ihrem Amt, den Einlauf hier immer kundzutun, es wird dementsprechend moderner ablaufen und kundgetan.

Die Ausweitung des Fragerechtes auf die Landesbeteiligungen wird gemacht, wobei auch in den Beratungen und in den Verhandlungen schon darauf hingewiesen worden ist, aber nicht bei jenen die im Wettbewerb stehen.

Da darf ich schon auch dazusagen, dass wir einerseits als Opposition einiges erreicht haben in diesen Verhandlungen, aber andererseits viele Forderungen von uns in diesen Verhandlungen nicht berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel das Ausweiten des Fragerechtes auf alle Beteiligungen des Landes.

Warum darf ein Abgeordneter, warum darf ein Steuerzahler nicht erfahren was in diesen Gesellschaften alles gemacht wird und wofür die Gelder verwendet werden? Wir haben auch weiters eingefordert gehabt, und dabei bleiben wir auch, dass auch die Regierungssitzung, die Tagesordnung der Regierungssitzung dementsprechend auch öffentlich gemacht wird.

Warum soll die Öffentlichkeit nicht erfahren was heute auf der Tagesordnung bei der Regierung steht, was die Regierungsmitglieder als Kollegialorgan alles behandeln? Und im Sinne der Transparenz wäre uns das schon auch sehr wichtig gewesen.

Genau das Gleiche ist im Sinne der Transparenz eine tiefgreifende Klarstellung von einzelnen gesetzlichen Punkten, wie zum Beispiel bei der Akteneinsicht. Wer darf wann, wo, zu welchem Thema Akteneinsicht nehmen? Das ist nicht so weit im Detail geregelt.

Wenn ich heute das Gesamtpaket anschaue, ist es für uns in Ordnung. Wir werden allen drei Gesetzesänderungen auch zustimmen, der Geschäftsordnung, der Verfassung, wie auch der Klubfinanzierung, wie auch den Klarstellungen und Erweiterungen und der minderheitsrechtfreundlicheren Stellung des Untersuchungsausschusses.

Aber jede Verhandlung ist ein Kompromiss und zu diesem Zeitpunkt, wie wir das verhandelt haben, war der größtmögliche Kompromiss jener der heute auf der Tagesordnung uns zu Grunde liegt.

Im Sinne der gesamten Transparenz, die immer von der Alleinregierung hier getrommelt wird, wäre schon einiges mehr möglich gewesen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es klare Mehrheiten hier im Hohen Hause gibt und daher auch das Verhandlungsergebnis. Wir sind auch dementsprechend kompromissbereit, dass wir auch diesem Paket zustimmen werden.

Ich darf an dieser Stelle schon aber auch anmerken, dass auch bei der Akteneinsicht dementsprechend auch, Frau Präsidentin, geschaut wird darauf, wie man in Zukunft damit umgeht.

Wenn ich zu einem landtagsanhängigen Thema zwei Anfragen oder zwei Begehren auf Akteneinsicht gemäß der gesetzlichen Vorgabe mache, und einen Tag vor der Landtagssitzung gegen Abend mir mitgeteilt wird "es gibt keine Akteneinsicht" und es wird mir nicht gewährt weil diese und diese Dinge eben gegenwärtig sind, so ist es nicht immer verständlich warum das passiert.

Warum entzieht man einfach Erklärungen? Warum entzieht man Akten? Warum entzieht man Informationen der Opposition? Warum möchte man das nicht? Aber zu einem späteren Zeitpunkt werden wir sicher darauf noch zu sprechen kommen.

Insgesamt ja, gibt es so wie bei vielen Verhandlungen größere Gewinner, für manche bleibt es gleich, aber unterm Strich sind wir kompromissbereit und daher sind wir auch bereit heute diesen Änderungen zuzustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Als nächsten Redner darf ich den Herrn Klubobmann Abgeordneten Hergovich ans Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist durchaus etwas Besonderes wenn man die Landesverfassung, die Geschäftsordnung, verhandelt und verändert. Und ich glaube das Ergebnis das kann sich sehen lassen.

Wir haben eine Landesverfassung, eine Geschäftsordnung, die fair ist, die transparent ist und die modern ist. Und ich möchte sagen, dass das das gemeinsame Kind aller im Landtag vertretenen Parteien ist, auch mit einer kleinen Einschränkung bei den Freiheitlichen, was den Klubstatus der GRÜNEN anbelangt.

Aber ansonsten habe ich diese Verhandlungen als sehr konstruktiv miterlebt und möchte mich auch bedanken, weil die Rahmenbedingungen ja nicht die einfachsten waren Covid und Homeoffice und Videokonferenz und dergleichen. Also dementsprechend muss ich wirklich sagen, es war eine großartige Verhandlungsrunde.

Und wir können zu Recht stolz sein, die modernste Verfassung Österreichs hier im Burgenland zu haben. Das ist unser gemeinsamer Erfolg und da möchte ich mich auch bedanken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Eine Landesverfassung ist der Fels in der Brandung in der Demokratie und muss auch jedem Sturm standhalten und diese Landesverfassung tut das auch und sie wird auch viele Jahrzehnte, dieses Gerüst, auch beibehalten. Man kann durchaus sagen, wir haben versprochen und gehalten. Wir haben gesagt, wir setzen uns zusammen gleich nach der Wahl und gehen die Verhandlungen an.

Wir haben zugesagt uns zu bemühen, dass auch die GRÜNEN einen Klubstatus erhalten ab zwei Mandaten, auch das ist in diesem Paket gelungen.

Ich möchte nur eine kleine Korrektur anmerken vom Kollegen Tschürtz, weder der Wähler, die Wählerin, noch der Landeshauptmann gewährt einen Klubstatus, sondern es ist ausschließlich der Burgenländische Landtag der die Geschäftsordnung festlegt. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Er hätte ja auch fünf Mandate festlegen können, oder eine andere Summe. Also so gesehen ist zwei schon okay, finde ich, und auf das möchte ich auch noch hinweisen.

Auch das Personal und die Grundausstattung der Klubs sind nach einem neuen Schlüssel definiert transparent, nachvollziehbar und klar geregelt. Wesentlich keine Verschlechterungen für keine Partei, auch das war auch Gegenstand der Verhandlungen.

Da möchte ich schon sagen wenn jetzt davon gesprochen wird, dass die SPÖ die große Profiteurin wäre, da muss man schon die Kirche im Dorf lassen. Ich darf vielleicht die korrekten Fakten und Zahlen nennen. Die Wahrheit ist, die GRÜNEN haben zwei Abgeordnete und zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter also damit 100 Prozent Unterstützung.

Die FPÖ hat vier Mandate und drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vier Mandate drei Mitarbeiter das sind 75 Prozent. Also die GRÜNEN liegen am besten, am zweitbesten die FPÖ. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wir haben alle profitiert.)* Am drittbesten die ÖVP mit 11 Abgeordneten und 6,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das sind 59,09 Prozent.

Und die SPÖ, die hat es am Schlechtesten getroffen, aber wir halten das schon aus. *(Allgemeine Heiterkeit)* Wir haben 19 Mandate und nur 8,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind 44,74 Prozent. - Das sind die Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und vielleicht eines noch, wenn man die gesamte Opposition, hat ja weniger Mandate wie die SPÖ, wir haben 19, wenn man die gesamten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Opposition zusammenrechnen würde, kommt man auf 11,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wir haben lediglich 8,5.

Also auch hier sieht man schon eine… (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Ihr seid wirklich arm.)* Das sind die Fakten, da gibt es nichts mehr, vielleicht, weil der Kollege Tschürtz das immer so nebenbei erwähnt, alle hätten profitiert nur sie nicht.

Das ist auch nicht ganz korrekt, denn auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat die FPÖ profitiert nämlich von 55 auf 70 Prozent hat die FPÖ profitiert auch das vergisst er zu erwähnen.

Außerdem hat er so salopp gesagt, da gibt es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Regierungsbüros. Er hat offensichtlich vergessen, dass vor einigen Monaten er noch in Regierungsverantwortung gestanden ist und auch ein Regierungsbüro gehabt hat, immerhin mit 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Was die alle gemacht haben weiß ich nicht - nach Altenmarkt gefahren oder nach Deutschland gefahren, Pferde anschauen oder was weiß ich. Ich weiß es ja nicht, aber ich möchte das schon in Erinnerung rufen.

Dann hat er beklagt, dass der dritte Präsident nicht der FPÖ angehört. Da kann ich nur sagen, das war auch ein Vorschlag von uns, nur die FPÖ wollte das nicht. Sie wollte ja dieses Paket nicht mittragen. Also so gesehen muss man schon die Fakten, glaube ich, auch nennen.

Ja, das Fragerecht wurde jetzt auf die Holding ausgeweitet, ich glaube auch das ist im Wesentlichen ein Entgegenkommen an die Oppositionsparteien. Der Sitzungsablauf

wurde modernisiert, dieses Verlesen, diese Leseübung abgeschafft, also insgesamt interessanter gestaltet, Akteneinsicht konkretisiert, der Livestream auch gesetzlich geregelt und vieles mehr.

Zusammengefasst eine moderne, transparente und faire Landesverfassung die wir haben.

Manche fragen hier, warum macht ihr das als absolute Mehrheitspartei im Burgenländischen Landtag? Das ist relativ einfach, - ja wir stehen dazu, wir wollen Oppositionsrechte stärken. Wir wollen Oppositionsrechte deswegen stärken weil wir nichts zu verbergen haben und Kontrolle und Transparenz wichtig sind, weil das wiederum das Vertrauen der Menschen in die Politik generell stärkt. Und das ist unser Zugang, also soll das durchaus so gestaltet sein.

Abschließend möchte ich, weil es mir wirklich ein Anliegen ist, mich bei einigen bedanken. Erstens bei allen Fraktionsführern, Klubobmännern, Kollegin Petrik der einzelnen Parteien. Es waren immer sehr konstruktive Verhandlungen die großteils sehr sachlich geführt wurden.

Natürlich bei dem ein oder bei dem anderen Thema ist es emotionaler, ist ja völlig klar, das ist immer so. Aber insgesamt waren es wirklich sehr konstruktive und zielgerichtete Verhandlungen.

Ich möchte mich aber auch bei der Frau Landtagsdirektorin Elisabeth Neuhold und dem Stellvertreter Florian Philapitsch bedanken. Sie haben Großartiges geleistet in dieser Zeit, es war wunderbar - dieser Applaus gehört Ihnen. *(Allgemeiner Beifall)*

Und last but not least auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro, denn die haben bis vorvorgestern noch die U-Ausschussregelung mit den Klubmitarbeiterinnen und -mitarbeitern der andern Parteien gemacht. Daher ein wirklich herzliches und ernst gemeintes Dankeschön - Ihr habt großartige Arbeit hier geleistet.

Das ist ein Stück das jahrzehntelang Verwendung findet, das ist großartig gewesen - danke - wir werden natürlich dem Gesamtpaket sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christian Dax.

Bitte sehr.

**Abgeordneter Mag. Christian Dax:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es war mir eine wirklich große Ehre, Teil dieser Arbeitsgruppe zu sein und gemeinsam mit allen Fraktionen an dieser Verfassungsreform, insbesondere auch an der Verfahrensordnung für den U-Ausschuss mitzuarbeiten.

Und wenn man das nicht, wenn man das vorhin miterlebt hat, kann man sich gar nicht vorstellen, dass man doch im Hintergrund gut miteinander zusammenarbeiten kann. Ich kann aber nur davon berichten, dass die Verhandlungen zur Verfassungsreform sehr, sehr, sehr amikal, freundschaftlich und auf Augenhöhe abgelaufen sind und gerade auch den Punkt, was die Verfahrensordnung für den U-Ausschuss angeht, der war von vornherein nicht Teil der Verhandlungen.

Ich glaube der Herr Kollege Ulram hat es in der ersten Runde eingebracht, und natürlich haben sich sofort alle Fraktionen bewegt und gesagt, dass wir bereit sind, auch diesen Punkt anzugreifen. Das war auch sehr, sehr gut und ich meine, dass uns vor allem

in Bezug auf die Verfahrensordnung für den U-Ausschuss ein riesengroßer Wurf gelungen ist.

Die Verfahrensordnung für den U-Ausschuss ist ein modernes Regelwerk, angelehnt an den Bund. Das bedeutet, dass die Regeln zumindest teilweise schon erprobt wurden, was ein sehr, sehr gutes Zeichen ist.

Und eines, was uns im Burgenland besonders stolz machen kann - diese Verfahrensordnung ist einzigartig. Wir haben Regelungen getroffen, die sich noch in keinem Landtag, in keinem österreichischen Landtag wiederfinden, ausschließlich in Wien. Das ist ein Punkt, denke ich mir, auf den alle Fraktionen stolz sein können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die neue Verfahrensordnung ist sehr minderheitenfreundlich. Das heißt, ein Viertel der Abgeordneten kann einen U-Ausschuss beantragen. Es besteht natürlich die Möglichkeit, dass dieser Antrag abgelehnt wird. Aber ein absolutes Novum, und das ist der Schutz dieser Minderheitenrechte, dieser negative Beschluss, diese Ablehnung durch die Frau Präsidentin, kann beim Landesverwaltungsgericht angefochten werden. Also es gibt jetzt die Möglichkeit eines Rechtsschutzes der Minderheitenrechte und das ist ein ganz ein wichtiger Punkt.

Die Mitglieder des U-Ausschusses sind gleich zusammengesetzt wie die Mitglieder des Hauptausschusses. Das heißt, wenn ein U-Ausschuss beantragt wird und eingesetzt wird, werden sich darin neun Mitglieder wiederfinden. Diese sind im Verhältnis des Hauptausschusses zusammengesetzt.

Ein ganz ein wichtiger Punkt ist die Bestellung eines Verfahrensrichters. Das bedeutet, dass ein sitzender oder ein pensionierter Richter oder auch ein Richter vom Verfassungsgerichtshof, Richterin vom Verfassungsgerichtshof oder Verwaltungsgerichtshof als Verfahrensrichterin oder Verfahrensrichter bestellt wird.

Die Verfahrensrichter haben die Verfahrensordnung einzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass diese eingehalten wird. Die ist natürlich unabhängig und diese gewährleisten auch die Unabhängigkeit. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Beweise gut aufgenommen werden, dass das Verfahren effizient und zweckmäßig geführt wird, spielen auch bei der Erstbefragung eine wesentliche Rolle.

Weil, meine, sehr geehrten Damen und Herren KollegInnen, der U-Ausschuss ist eine sehr, sehr komplexe Materie und wer nicht aus diesem Bereich kommt, und auch ich als Jurist traue mir das nicht in allen Bereichen zu. Man wird Unterstützung brauchen von richterlicher Seite, die uns wirklich durch diesen U-Ausschuss leiten. Und da ist, glaube ich, die Institution des Verfahrensrichters ein sehr, sehr wichtiger Punkt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bestellung eines Verfahrensanwaltes. Der sorgt dafür, dass sämtliche Auskunftspersonen oder die Grund- und Persönlichkeitsrechte sämtlicher Auskunftspersonen gewahrt werden. Das ist so wie in einem richterlichen Prozess. Die Verfahrensanwälte, die auch Rechtswissenschaft studiert haben müssen, und zumindest fünf Jahre Berufserfahrung in diesem Bereich vorweisen müssen, werden darauf achten, dass sämtliche Rechte der Auskunftspersonen eingehalten werden und dass hier im Landtag beziehungsweise im sitzenden U-Ausschuss keine Freiwildjagd auf diese Auskunftspersonen erfolgt.

Grundsätzlich sind die Sitzungen auch für die Medien öffentlich, der Ausschluss der Medien kann nur auf Antrag eben verfügt werden, wenn dies wirklich geboten ist. Das wird aber im gesamten U-Ausschuss diskutiert werden und in dem Bereich wo es wichtig sein wird, dann erfolgen.

Ganz ein wichtiger Punkt auch für den Herrn Kollegen Ulram und die ÖVP, weil es ein wichtiges Anliegen war, die Beweisbeschlüsse. Das heißt, sämtliche Organe des Landes müssen die Aktenteile, sämtliche Aktenteile, die von diesen Beschlüssen umfasst sind, dem U-Ausschuss vorlegen. Das heißt, es wird in Zukunft keine Aktenteile et cetera geben, die nicht in den U-Ausschuss einlaufen, also im Punkt Transparenz ein wesentlicher Punkt.

Ganz wichtig auch ist das Erscheinen der Auskunftspersonen, diese können sich dem U-Ausschuss nicht entziehen. Wer einer Ladung nicht Folge leistet, wird mit einer Ordnungsstrafe bedroht und zum letzten Ende, wenn sich eine Auskunftsperson beharrlich weigert in den U-Ausschuss zu kommen, kann diese auch vorgeführt werden. Also man hat hier Regelungen und Beugemittel geschaffen, die dafür sorgen, dass der U-Ausschuss wirklich effizient, zweckmäßig durchgeführt werden kann und alle Beweise zur Wahrheitsfindung vorgelegt werden können.

Die Dauer - der Herr Kollege Tschürtz hat es schon angesprochen, also nach sechs Monaten ist der U-Ausschuss beendet. Dann ist noch ein Monat Zeit, um den Bericht zu erstellen und dann gibt es eine weitere Möglichkeit, ein Minderheitenrecht, das ist der sogenannte Minderheitenbericht.

Es stimmt schon, dass die Mehrheit im U-Ausschuss natürlich auch den Berichtsinhalt letzten Endes beschließen kann, dort steht es einer Minderheit von zumindest einem Drittel der Abgeordneten zu, einen zweiten Bericht zu erstellen, einen sogenannten Minderheitenbericht, der in weiterer Folge dann auch dem Landtag zugeleitet wird.

Ich habe es vorhin bereits erwähnt, die Änderung der Verfahrensordnung war nicht von vornherein geplant und das war natürlich alles sehr, sehr kurzfristig und musste schnell gehen. An dieser Stelle noch einmal ein ausdrücklicher und riesengroßer Dank an den Landtagsdirektor-Stellvertreter Florian Philapitsch. Er hat hier wirklich großartige legistische Arbeit geleistet und ich denke, dass wir zu dieser Verfahrensordnung auch die Florian Philapitsch-Verfahrensordnung sagen können.

Ja, es wird mit großer Spannung abzuwarten sein, ob wir tatsächlich in der nächsten Zeit oder in einer der kommenden Legislaturperioden diese Verfahrensordnung auch in der Praxis erleben dürfen. Vielen Dank an alle die mitgearbeitet haben und danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Hoher Landtag! Nunmehr liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die drei Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zunächst über den 3. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses. Es geht um den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit der Beilage 136, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden.

Bei dieser Vorlage gelten die Bestimmungen der Art. 31 Abs. 2 und Art. 21 der Landesverfassung.

Eine Beschlussfassung, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, ist nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist ja gegeben, und daher darf ich nunmehr zur Abstimmung kommen.

Ich darf daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das Gesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir nunmehr zur dritten Lesung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren, die in dritter Lesung diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das Gesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert werden, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Es erfolgt nunmehr die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 4. Es ist der Bericht und der Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses. Es geht um den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit der Beilage 135, mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, Zahl 22 - 91, Beilage 176, geändert wird.

Bei dieser Beilage, genauso wie beim Punkt vorher, geht es darum, dass dementsprechend hier Mehrheiten sind, nämlich, wie vorher schon gesagt, die Hälfte der Mitglieder des Landtages anwesend, und natürlich auch die Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Das Anwesenheitsquorum ist wie vorher gegeben und daher darf ich gleich zur Abstimmung kommen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das Gesetz, mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages und das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert werden, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine weitere Vorgangsweise vorgeschlagen ist, darf ich nunmehr zur dritten Lesung kommen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren, die dem Gesetzentwurf in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das Gesetz, mit dem die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages und das Burgenländische Landesverwaltungsgerichtsgesetz geändert werden, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen worden und auch mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit.

Ich komme nunmehr zum 5. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses. Hier geht es um den selbständigen Antrag der Abgeordneten Robert Hergovich, Markus Ulram, Johann Tschürtz, Mag.a Regina Petrik, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines

Gesetzes, mit der Beilage 137, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird, Zahl 22 - 93, Beilage 150.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung.

Und zwar darf ich Sie, Hoher Landtag, fragen, wenn Sie mit diesem Gesetzentwurf einverstanden sind, darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird, ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Keine weitere Vorgangsweise gewünscht. Daher darf ich gleich zur dritten Lesung kommen.

Ich darf Sie also ersuchen, wer diesem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen möchte, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landtagsklubsfinanzierungsgesetz geändert wird, ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich darf uns allen, Ihnen, herzlich gratulieren. Ein wichtiger Tag und nochmal einen herzlichen Dank an beide, beziehungsweise alle, die hier mitgearbeitet haben.

Wir dürfen jetzt trotz unseres großen historischen Ereignisses der Abstimmungen, weitergehen in der Tagesordnung.

**6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 128), mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz 2017 geändert wird (Burgenländische Gesundheitswesengesetz-Novelle 2020) (Zahl 22 - 84) (Beilage 151)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Wir kommen zum 6. Punkt der Tagesordnung. Ich darf Sie ersuchen aber hier im Landtagsitzungssaal zu bleiben, weil hier keine Redner nominiert sind.

Ich komme zum 6. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht des Rechtsausschusses sowie des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, mit der Beilage 128. Es geht hier um das Burgenländische Gesundheitswesengesetz aus dem Jahr 2017, das nunmehr geändert wird (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz-Novelle 2020), mit der Zahl 22 - 84, Beilage 151.

Danke an den Berichterstatter, der bereits am Rednerpult ist, Herr Landtagsabgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst.

Nur ein Hinweis noch, General- uns Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Sie sind am Wort Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Mag. Dr. Roland Fürst:** Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz 2017 geändert wird (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz-Novelle 2020), in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz 2017 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich danke Herr Berichterstatter. Wie ich vorher schon gesagt habe, gibt es hier keine Wortmeldungen und daher, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz 2017 geändert wird (Burgenländische Gesundheitswesengesetz-Novelle 2020), ist somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise gewünscht wurde, darf ich gleich zur dritten Lesung kommen.

Daher darf ich Sie ersuchen, meine Damen und Herren, Hoher Landtag, sich von den Plätzen zu erheben, wer in der dritter Lesung diesem Gesetzentwurf zustimmt. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Gesundheitswesengesetz 2017 geändert wird (Burgenländische Gesundheitswesengesetz-Novelle 2020), ist somit in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**7. Punkt: Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag (Beilage 125), mit dem der Landesrechnungsabschluss 2019 genehmigt wird (Zahl 22 - 81) (Beilage 152)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Nunmehr kommen wir zum 7. Punkt der Tagesordnung. Meine Damen und Herren, das ist der Bericht des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses betreffend den Beschlussantrag, Beilage 125, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2019 genehmigt wird, Zahl 22 - 81, Beilage 152.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landtagsabgeordnete Dieter Posch.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Sie sind bereits hier am Rednerpult.

**Berichterstatter Dieter Posch:** Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss hat den Beschlussantrag mit dem der Rechnungsabschluss 2019 genehmigt wird, in seiner 03. Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

1. Der Bericht der Burgenländischen Landesregierung über die Gebarung im Rechnungsjahr 2019 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Rechnungsabschluss des Landes Burgenland für das Jahr 2019 sowie die im Rechnungsabschluss vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag werden genehmigt.

Danke.

**Zweiter Präsident Georg Rosner** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort. Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Ja, zur Frage, warum ich jetzt auf dieser Seite stehe, ich habe den perspektiven Wechsel gerne, außerdem möchte ich den Kollegen, der immer so super sauber macht und desinfiziert, nicht zu sehr stressen.

Ja, wir sind nun beim Rechnungsabschluss 2019 angelangt. Die Betrachtung eines Rechnungsabschlusses hat für mich immer zwei Ebenen. Das eine ist, wurde die grundsätzliche Ausrichtung des Voranschlages beibehalten und wie schaut es mit den Abweichungen aus in der Abrechnung in Bezug auf die Planung und wie sind diese begründet.

Bereits in der Debatte zum Landesvoranschlag 2019 haben wir GRÜNE deutlich gemacht, dass uns der Klimaschutz in vielen Teilen dieses Budgets zu kurz kommt. Das hat sich auch in der konkreten Arbeit des Jahres 2019 nicht verändert. Es wurde zwar immer wieder öffentlich kundgetan, wie wichtig der Klimaschutz jetzt wäre, aber in der konkreten Arbeit und mit dem, was es auch hier an Geld und Investitionen im Land gegeben hat, konnte man das nicht nachvollziehen.

Mehr noch, von dem schon sehr niedrigen Ansatz von 40.000 Euro für koordinierenden Klimaschutz, wurden gar nur 17.800 Euro ausgegeben und das zeigt auch die Wertigkeit dieses Themas auf.

Ein wesentlicher Faktor der Klimaschutzpolitik eines Landes ist dessen Verkehrspolitik. Hier sehen wir noch immer eine finanzielle Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs gegenüber denjenigen, die das ökologischere Verkehrsmittel, nämlich das öffentliche, nutzen. Das wird ganz deutlich auch in diesem Rechnungsabschluss, dass die Burgenländische Landesregierung keine besonderen Anstrengungen unternommen hat, hier wirklich eine Wende im öffentlichen Verkehr herbeizuführen.

Wir haben hier eine Verkehrspolitik, die keine Antworten auf das Problem des wachsenden Individual- und Güterverkehrs auf der Straße hat. Dieser Rechnungsabschluss ist der Beleg dafür, dass der mangelhafte Ausbau der Schiene im Burgenland ein Versäumnis auf Landesebene ist, sonst müsste es ja irgendwie budgetär abgebildet sein, ist es aber nicht.

Was die SPÖ jammern, gerne der ÖBB oder dem Bund in die Schuhe schiebt, wir werden das heute noch diskutieren, verursacht sie nachweislich selbst. Der Rechnungsabschluss 2019 macht auch deutlich, dass Digitalisierung in der Landesverwaltung noch nicht angekommen ist. Es gibt immer noch keine Anstrengungen zur Einrichtung des digitalen Aktes mit allen Sicherungsmaßnahmen. Es wird immer noch unheimlich viel Papier durch Büros getragen, das dann alsbald im Altpapier landet.

Ich hoffe, da können wir in den nächsten Jahren eine ordentliche Wende herbeiführen. Was fehlt in diesem Rechnungsabschluss ist, wie in vielen anderen Bereichen, die Transparenz, nämlich dort, wo es um die Erläuterung geht warum es zu Mehrausgaben kommt. Es kann mehr Ausgaben geben, jeder von uns kennt das, man plant etwas, es ereignet sich etwas, man hat eine Idee und da gibt es natürlich Abweichungen sowohl im Plus als auch im Minus.

Aber es ist für uns Abgeordnete in vielen Bereichen sehr schwer, einfach nachzuvollziehen, wie es zu verschiedenen Mehrausgaben kam. Weil in diesen Erläuterungen sollte das alles drinnen stehen. Das wird aber sehr unterschiedlich

gehandhabt in unterschiedlichen Abteilungen. Manche Abteilungen erklären genauer wie es zu Abweichungen kommt, andere weniger genau.

Und um das deutlich zu machen, was ich damit meine, wir haben zum Beispiel in Bildungsprojekte, internationale Kooperationen, ein Plus von 489.169 Euro. Kann ja etwas Wesentliches gewesen sein. Ich lese vor. Es handelt sich hier um nicht planbare Ausgaben des jeweiligen politischen Referenten. Die nicht verbrauchten Kreditmittel sowie die aus der Rücklage aus den Vorjahren entnommenen und nicht verbrauchten Mittel wurden im Jahr 2019 der Zahlungsmittelreserve zugeführt. Der Satz ist korrekt. Ja, da hat niemand etwas falsch geschrieben, er sagt nur überhaupt nichts aus. Nun es kommt ja dann oft die Rückmeldung, na gehen Sie halt Akteneinschau halten.

Das haben wir auch getan, weil wir natürlich beim Rechnungsabschluss als gegenüber in der Regierung den Herrn Landeshauptmann haben, also haben wir um Akteneinsicht ersucht. Die Damen aus der Abteilung waren sehr freundlich, sehr entgegenkommend, nur leider zu dem Punkt gibt es halt nur Unterlagen aus dem Buchhaltungssystem und das dürfen sie mir nicht zeigen. Wir kennen die Diskussionen beim Rechnungshof, SAP. Wer hat da Einblick? Also wir nicht.

Der Rest liegt im Bildungsressort. Aber zum Bildungsressort kann ich jetzt gar keine Akteneinsichtsanfrage mehr stellen, weil es geht ja um den Rechnungsabschluss. Sie sehen, man dreht sich manchmal im Kreis. Einfacher und transparenter wäre es, wenn in den Erläuterungen das geschieht, wozu sie da sind, nämlich einfach erläutert wird, folgende Projekte wurden in diesem Jahr durchgeführt, die nicht geplant waren, dann kennt man sich aus und dann ist es transparent.

Oder woanders, da geht es um knapp 52.000 Euro, Leistungen im Bereich Kultur und Wissenschaft. Da haben wir auch eine Erklärung dafür, warum es hier Abweichungen gibt und die lautet: Die Abweichung resultiert daraus, dass unerwartete Leistungen nicht budgetiert werden können.

Okay. Ja, sie wurden nicht budgetiert, wir wollen ja nur wissen, was denn dann mit diesen Abweichungen geschehen ist. Also es wird uns oft auf der einen Seite etwas dargelegt oder versprochen, was dann auf der anderen Seite nicht eingehalten wird. Daher mein dringender Appell wie jedes Jahr wenn ich hier stehe, und zum Rechnungsabschluss rede, bitte klare Formulierungen in den Erläuterungen, bitte keine Copy Paste-Formulierungen. Wir haben oft zu unterschiedlichsten Zahlen die gleiche Begründung. Es gibt Abweichungen, weil es Abweichungen gibt.

Was man auch sieht, im Voranschlag werden Fördermittel dargestellt, das lässt sich natürlich auch gut verkaufen. Also wenn es eine Budgetrede gibt, wenn man darstellt, was die Landesregierung alles vorhat zu fördern, dann sind das riesige Summen, und die werden dann oft gar nicht ausgegeben.

Dafür hat es schon immer wieder Gründe, aber auch da braucht es dann klare Begründungen und da wäre es schon auch gut, ein bisschen ehrlicher in der öffentlichen Kommunikation zu sein. Ich habe eine Vermutung, dass oft die potentiellen Förderwerberinnen und Förderwerber gar nicht hinreichend informiert werden über die Möglichkeiten, die sie haben, oder wie ich es aus früheren Jahren aus anderen Zusammenhängen auch kenne, das gar nicht etwa im Oktober, November wenn sich schon abzeichnet, da bleibt etwas über an Geld, gar nicht ausgerufen wird, he Leute, ihr könnt noch hier Förderungen abholen, es ist noch etwas vorgesehen, sondern dass man sich eigentlich freut, dass nicht alle genau wissen, wann sie sich wo wieviel noch abholen könnten.

Mir blutet zum Beispiel das Herz, wenn ich lese, dass etwa im Büchereiwesen das Geld nicht abgeholt wurde, wo ich doch gleichzeitig weiß, dass die öffentlichen Büchereien im Burgenland jeden Euro gut brauchen können. Wie gesagt, ich nehme an, dass man sich einfach heimlich gefreut hat, dass da Geld übrig bleibt, für die im Wahlkampf versprochenen Projekte und es wurde nicht danach getrachtet, versprochene Fördergelder auch umfassend an die Frau und an den Mann zu bringen.

Nicht entsprechend ausgeschüttet wurden etwa auch Förderungen für Alternativenergieanlagen und für Photovoltaikanlagen, da wären noch 1,6 Millionen Euro mehr drinnen gewesen, als letztendlich ausbezahlt wurden. Dann frage ich mich schon, woran liegt das? Denn das wäre doch so wichtig und so gut investiertes Geld. Aber man hat nicht dazu aufgefordert, sich hier noch die Förderung abzuholen.

Nicht verbraucht wurde auch eine Summe, die für die Abhaltung eines Jugendlandtages veranschlagt war. Da ist wenigstens klar, warum das Geld nicht ausgegeben wurde. Der Jugendlandtag der geplant war, hat nicht stattgefunden. Nun haben wir schon öfter nach Jugendlandtagen und vor Jugendlandtagen und dazwischen darüber debattiert wie denn dieser abgehalten werden soll. Wir waren uns schon einig, damals noch, als der jetzige Landesrat Illedits Landtagspräsident war, dass wir hier einiges reformieren müssen und anders machen sollten.

Aber interessant ist die Begründung warum der Jugendlandtag nicht stattgefunden hat. Nicht weil man sich nicht einigen konnte auf die Form oder sonst etwas. Warum wurde der Jugendlandtag abgesagt? Wegen der Wahlen. Und das finde ich doch eine besonders originelle Begründung, weil in ein paar Monaten Wahlen sind, wollen wir nicht mehr, dass sich hier im Landtagssitzungsaal Jugendliche versammeln und miteinander diskutieren und debattieren und sich mit wesentlichen politischen Themen auseinandersetzen, vielleicht sogar Politikerinnen und Politiker dieses Hauses persönlich sehen und nicht nur über Hochglanzbroschüren.

Also ich muss jetzt schon darauf hinweisen, dass eine grundsätzliche Kritik an der Durchführung und an der Inszenierung des Jugendlandtages nicht heißt, dass man Jugendliche fernhalten sollte von demokratischen Aktionsformaten. Das ist schon ein bisschen auffallend bei der SPÖ, die Jugend ist immer wichtig, nur nicht vor Wahlen.

Also da soll dann zum Beispiel diese großartige Initiative der Landtagspräsidentin, #politik-er-leben und diese Demokratie-Offensive, die jugendliche Schulklassen hier durchs Haus geführt hat, wo hier diskutiert wurde, wo sie persönlich Kontakt haben konnten zu Politikerinnen und Politikern, gerade in den Wochen vor den Wahlen, nicht mehr stattgefunden haben.

Da fällt es auf, dass Schuldiskussionen nicht mehr gut sind, nur ja nicht vor Wahlen. Also das ist etwas, was hier jetzt im Landesrechnungsabschluss für 2019 noch einmal deutlich geworden ist, nur, dass es eine große Zurückhaltung gibt, der doch sehr mächtigen SPÖ vor Wahlen Jugendliche auch noch mit anderen Parteien in Kontakt kommen zu lassen.

Gerne hätte ich, wie gesagt, die Demokratie-Offensive der Landtagspräsidentin auch noch ausführlicher lobend erwähnt, aber es findet sich in dem Rechnungsabschluss keine klare Übersicht dazu. Wir erfahren nur, dass Kosten anders als erwartet abgerechnet wurden, weil es in Zukunft dann kein Kooperationsprojekt mit der Pädagogischen Hochschule und dem Regionalmanagement Burgenland gibt. Also es ist leider nicht klar, um welche Summen es geht, das hätte ich durchaus lobend erwähnt. Ich glaube in die Demokratisierung und in den Kontakt der Jugendlichen mit demokratischen Organen darf man ruhig Geld investieren.

Minderausgaben gab es auch in der Grundversorgung für Fremde. Über fünf Millionen Euro wurden nicht gebraucht, weil die Zahl der grundversorgten Fremden massiv zurückgegangen ist. Und es ist auch ein Beleg dafür, dass das Burgenland durchaus Kapazitäten frei hätte, um noch Kinder, Jugendliche, Frauen mit Kindern aus diesen elenden Flüchtlingslagern auf europäischen Boden, etwa von der griechischen Insel Moria, aus humanitären Gründen aufzunehmen.

Ein diesbezüglicher Antrag ist ja von uns eingegangen, seitens der GRÜNEN. Wir werden das dann hoffentlich auch im Herbst beschließen.

Auffallend auch in der Gruppe 7 unter Wirtschaftsförderung ist für mich das entgegen der Planung für 2019 keine Aufträge für Grundwasseruntersuchungen im Seewinkel vergeben wurden. Da wissen wir doch, wie wichtig das ist, uns mit der Frage der Trockenheit und der vorhandenen Wasserzugänge im Seewinkel auseinander zu setzen, da wurden 7.100 Euro eingespart.

Das ist nun wirklich nicht etwas wo man sagen muss, man ist so stolz, dass man das Geld jetzt eingespart hat, statt in diesen wichtigen Forschungsbereich im Seewinkel, wenn es um das Grundwasser geht, zu investieren.

Es gäbe natürlich dann noch das eine oder andere Positive zu diesem Rechnungsabschluss zu sagen. Ich bin sicher, das wird Klubobmann Hergovich sehr ausführlich tun. Das erspare ich Ihnen, jetzt hier noch länger zu werden. Zusammengefasst für uns: zu wenig Klimaschutz, zu wenig Transparenz, keine Zustimmung zu diesem Rechnungsabschluss. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Johann Tschürtz** (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Ich beginne gleich mit der Gruppe 1, wo ich damals meine Zuständigkeit hatte, hier muss man klar anführen, dass für die Feuerwehren sehr viel Geld zur Verfügung gestellt wurde. Erstmalig seit sehr vielen Jahren.

Das heißt, wir haben natürlich auch durch den Bau der S7 jetzt die Verpflichtung, dort insofern Fahrzeuge für die Feuerwehr anzukaufen, indem natürlich dort eine besondere Verwendung stattfindet, und das war gar nicht billig.

Das heißt, da hat sich natürlich einiges bewegt, man kann beim Rechnungsabschluss sehen, dass über eine Million Euro zusätzlich aus den Rücklagen herausgenommen wurden, auch natürlich für Feuerwehrautos und natürlich auch für Feuerwehrhäuser.

Es ist nicht nur diese eine Million, sondern es wurden dann in weiterer Folge aus den Katastrophenfondsmitteln nochmal 605.000 lukriert, ich glaube auch, der Kollege Schnecker wird das sicher auch vorantreiben, dass im Zuge dieses Tunnelbaus noch einiges an Geld locker gemacht werden muss, aber diese Rücklagen gibt es, diese Rücklagen kann man auflösen.

Ich glaube, das ist sehr, sehr wichtig, auch aus den Intentionen hinaus war ich damals in Jennersdorf, aber ich glaube, das ist positiv zu erwähnen, weil ich glaube, die Feuerwehren, wissen wir alle, sind für das Burgenland ganz wichtig und ganz einfach nicht wegzudenken.

Was mir noch aufgefallen ist, das ist auch nicht uninteressant, dass bei den Darlehen für Neubauten und Eigenersatzmitteldarlehen 19 Millionen Euro weniger beansprucht wurden, also 19 Millionen Euro weniger, das ist natürlich viel Geld, das übriggeblieben ist, und daher glaube ich auch, und da sollte man natürlich auch nachdenken, wenn man nicht die Wohnbeihilfe reformiert. Das heißt, wenn du in der Mindestsicherung bist, hast du keine Chance, eine Wohnbeihilfe zu bekommen, weil das eh anscheinend inkludiert ist in der Mindestsicherung, ich finde das nicht in Ordnung, denn gerade derjenige, der wenig Mittel zur Verfügung hat und sich vielleicht die Wohnung gerade noch leisten kann und vielleicht noch etwas zu essen kaufen kann, genau dort sollten wir ansetzen.

Vielleicht sollten wir dort insgesamt eine Auflistung machen, wie viele Personen in der Mindestsicherung sind und wie viele Personen wirklich eine Wohnbeihilfe notwendig hätten, das war immer irgendwo eine Intervention, die man immer auch überlegt hat, aber ich glaube, dass wir in Folge der Tatsache, dass weniger Darlehen beansprucht wurden, dass man hier durchaus darüber nachdenken kann und den Ärmsten der Armen im Burgenland mit dieser Wohnbeihilfe unter die Arme greifen sollte.

Das Ressort von Alex Petschnig ist wirklich wunderbar geführt worden. Alexander Petschnig hat im Bereich Tourismus 1,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung gehabt und der hat das natürlich auch entsprechend beworben, und damit haben sich auch die Tourismuszahlen sehr blendend in die Höhe geschraubt.

Er hat dort wirklich einiges bewegt und hat in seinen Bereichen und auch im Wirtschaftsbereich sehr viel im Bereich des Rechnungsabschlusses weitergebracht.

Wenn man grundsätzlich diesen Rechnungsabschluss anschaut, dann kann man natürlich sagen, dass es im Großen und Ganzen nicht wirklich Kritikpunkte gibt, wo man sagt, dem stimme ich dagegen, sondern es ist natürlich so, dass es einige Minusse gibt, bei den Bedarfszuweisungen, und, und, und.

Aber das ist natürlich immer gekoppelt im Bereich der Gemeinden, was investiere ich, was mache ich, was baue ich nicht, und daher gibt es da nicht sehr viele Abweichungen, wo man sagen könnte, dem Rechnungsabschluss kann ich nicht zustimmen.

Ein bisschen vielleicht etwas Lustigeres, bei den Strafgeldern der Landespolizeidirektion Eisenstadt hat man 90.000 Euro weniger eingenommen. Das heißt, der Bürgermeister Steiner hat das wahrscheinlich gut gemacht. Die Verkehrsteilnehmer sind sehr diszipliniert, aber das natürlich nur am Rande.

Es ist so auch, dass sich bei den BHs natürlich diese Einnahmen und Ausgaben bei den Strafgeldern ziemlich die Waage halten. Es gibt natürlich einige Ausreißer, zum Beispiel BH Oberwart, da hat es 883.000 Mehreinnahmen als Strafgelder gegeben, aber das ist vielleicht auch einmal interessant, das anzuschauen, warum, wo ist das passiert, in welcher Weise, aber das hat natürlich in weiterer Folge mit dem Rechnungsabschluss nichts zu tun, wo ich sage, da bin ich dagegen, da bin ich dafür, sondern das ist einfach so.

Eines noch abschließend zum Gesamtkonstrukt dieses Rechnungsabschlusses, vielleicht sollte man auch nachdenken, das habe ich vorher vergessen anzufügen, im Bereich der Wohnbauförderung, dass man vielleicht wieder einführt, dass eine vorzeitige Rückzahlung wieder möglich ist.

Leider Gottes gibt es das nicht mehr, ich glaube, dass das vielleicht auch seine Notwendigkeit hätte, aber natürlich, das sind Dinge, die man zukünftig mittels Anträge in den Landtag einbringen muss, genauso wie die Wohnbeihilfe.

Aber im Großen und Ganzen ist der Rechnungsabschluss in Ordnung, es gibt, wie gesagt, nicht irgendwelche Abweichungen, wo man erstaunt sein kann, sondern wir werden daher diesem Rechnungsabschluss unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Christoph Wolf, M.A. das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christoph Wolf, M.A.** (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank. Zum Beginn vermisse ich einen Transparenzbericht des Landes Burgenland, so, wie ihn die Stadt Eisenstadt und auch die Stadt Oberwart präsentiert haben.

Ich darf als Bürgermeister selbst die Gemeinde Hornstein als die transparenteste Gemeinde betiteln, wir haben den ersten Gemeinde-Transparenzbericht veröffentlicht und vorgezeigt, wie man einen solchen umsetzt, denn Transparenz ist ausschließlich eine Sache des Wollens, und dennoch fehlt mir dieses Wollen im Land Burgenland.

Wenn man sich den vorliegenden Rechnungsabschluss anschaut, dann hat die Kollegin Petrik kurz erwähnt, es steht Vieles darin, aber es sagt nichts aus.

Ich darf ein paar Fakten zu Beginn erwähnen. Im ordentlichen Haushalt des Landes macht das Land ein Minus von 17 Millionen Euro. Das heißt, es gibt im ordentlichen Haushalt um 17 Millionen mehr aus als es einnimmt. Das ist bedenklich, außerdem haben wir ein Minus im Barbestand auf unseren Bankkonten im Jahr 2019 von 22 Millionen im Minus gemacht, das ergibt somit einen Kassastand von minus 50 Millionen Euro.

Jetzt wundert es mich nicht, warum sich das Land Burgenland schwer tut, den Gemeinden Geld auszuzahlen. Im Gegenteil, das Land saugt das Geld von unseren Gemeinden regelrecht ab, um diesen Kassenstand vielleicht irgendwann dann doch ins Plus zu bekommen.

Weiters werden wir von der SPÖ hören, dass das Land so großartig Schulden abbaut. Ich sehe, dass knapp zwei Millionen an Schulden abgebaut werden, das aber nur am Papier. Es gibt Gemeinden und Städte im Burgenland, die im Jahr mehr Schulden abbauen als das gesamte Land Burgenland, was uns schon zu denken gibt.

Gleichzeitig liegt dieser Schuldenabbau nur am Papier vor, weil in der Tiefe sieht man, dass 30 Millionen Euro an Rücklagen reduziert wurden, um überhaupt am Papier die zwei Millionen an Schulden tilgen zu können.

Das bedeutet, das ist eine Augenauswischerei, die für uns sehr bedenklich ist.

Die Ermessensausgaben steigen in Summe um knapp 40 Millionen Euro, auch nicht verwunderlich. Es wurde ein Landtagswahlkampf mit der SPÖ-Politik auf Kosten des Landes finanziert, irgendwoher muss das Geld kommen und ein Teil davon werden diese 40 Millionen an erhöhten Ermessensausgaben gewesen sein.

Was wir noch zu bezahlen haben, sind sieben Millionen Euro an Kreditzinsen, weil wir so hohe Kreditverbindlichkeiten nur im Land selbst haben, da spreche ich gar nicht von den Beteiligungen in der Landesholding, über die wir in den letzten Jahren immer wieder sehr intensiv diskutieren und zum Schluss kommen, dass wir mehr als 1,5

Milliarden Euro Gesamt-Schulden haben. Der Haftungsstand ist entsprechend hoch geblieben, bei 1,2 Milliarden Euro.

Ein Schmankerl am Rande ist natürlich die Pflegeservice Burgenland GmbH, die für den Wahlkampf missbraucht wurde. Da investieren wir im Jahr 2019 als Land 8,6 Millionen Euro in eine neu gegründete GmbH, in der eine ehemalige SPÖ-Abgeordnete als Geschäftsführerin eingesetzt wurde. Ein Versorgungsposten für die letzten Jahre vor der Pension, der viel Geld kostet, um Politik zu machen, die der SPÖ entspricht.

Und ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt, sind die teuren Zins-SWAPS, die noch immer nicht behandelt wurden. Der Herr Landeshauptmann kündigte seit vielen Jahren an, er wird dieses Problem lösen. Gelöst hat er bis heute noch gar nichts, er hat mehr Probleme geschaffen als gelöst. Wir bezahlen durch diese Zins-SWAPS nach wie vor 8,5 Millionen Euro pro Jahr ins Nichts.

Also wir werfen dieses Geld nach wie vor aus dem Fenster raus, und ich möchte es wiederholen und es ist leider immer jedes Jahr das Gleiche: Wir bezahlen einen Fixzinssatz von sechs Prozent und erhalten aber den Drei-Monats-Euribor. Jeder, der irgendwie mit Finanzierungen ein bisschen zu tun hat, weiß, dass derzeit der Euribor bei minus 0,4 Prozent liegt. Somit zahlen wir mehr als sechs Prozent, mittlerweile sind wir bei 6,5 Prozent, also wäre es dringend an der Zeit, Herr Landeshauptmann, das Versprechen einzulösen, bei diesem Zinsfuß anzupacken.

Wenn man sich den Rechnungsabschluss durchschaut, dann sieht man, dass das Land damals ein Geld bekommen hat für die Bank Burgenland, im letzten Rechnungsabschluss waren das noch 35 Millionen Euro, jetzt gibt es diese 35 Millionen Euro nicht mehr.

Irgendwann wurde kommuniziert, das Geld wird für das Krankenhaus Oberwart genommen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass im letzten Jahr bereits 35 Millionen ausgegeben worden sind. Das hätten wir wohl mitbekommen. Somit frage ich, wo diese 35 Millionen hingekommen sind.

Was es noch zeigt, ist, dass das Land 21 Millionen Euro Geld von den Gemeinden im Zuge der Landesumlage nimmt. 21 Millionen Euro, die die Gemeinden gut brauchen könnten, obwohl die Gemeinden schon 90 Millionen Euro im Zuge der Ertragsanteile an das Land zurücküberweisen müssen.

Das heißt, die Gemeinden geben von ihrem Geld, das den Gemeinden zustehen würde, schon 110 Millionen Euro ab. Das sind zirka zehn Prozent des Landesbudgets, die Gemeinden finanzieren damit das Land schon jetzt. Umso eklatanter ist die Diskussion über die Ertragsanteile.

Der Rechnungsabschluss zeigt für uns somit kein gutes Bild. Es ist das Ebenbild dieser SPÖ-Politik des Vorjahres vor der Landtagswahl. Es zeigt sich relativ deutlich, was die SPÖ vorhat. Mittlerweile stehen wir vor dem Doskozil-Fünf-Jahres-Plan: Jetzt muss der Landeshauptmann seine Zeit als Landeshauptmann absitzen, bis zur nächsten Nationalratswahl. Das ist mittlerweile allseits bekannt. Es wird der Neokommunismus im Burgenland eingeführt, Gemeindebetriebe, ja, sogar Private werden enteignet.

Täglich hört man aus der SPÖ Burgenland nur die Kritik an der eigenen Bundespartei, aber auch an der Bundesregierung. Mangels besseren Vorschlags wird alles kritisiert, was von anderen kommt und jegliche angebrachte Kritik, die nimmt man nicht gerne auf, man stellt sich ins Eck, schmollt und schlägt verbal rundum aus, auf alle anderen, die einem zu nahe kommen. Das ist im Prinzip der Doskozil-Fünf-Jahres-Plan und das kostet natürlich Unmengen an Geld.

Die Burgenländer stehen unter einem massiven Irrtum, denn die SPÖ vermittelt den Burgenländern mit jedem Wort den Anschein, dass die Burgenländer einen Ferrari kaufen, aber in Wirklichkeit erhalten sie einen russischen Lada aus der Mottenkiste.

Deswegen können wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dieter Posch das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dieter Posch** (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Es ist schon spannend, was man mit einem Rechnungsabschluss alles assoziieren kann, mit einem verdächtigen kommunistischen Parteiprogramm, Fünf-Jahres-Plan, im Lada haben wenigstens mehr Leute Platz als wie in einem Ferrari. Also wenigsten kommt das dem Volke zugute, wenn dieser Vergleich von Ihnen hier passen soll.

Man muss irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen, dass sich die SPÖ im Burgenland nicht gewaltsam an die Spitze gepuscht hat, sondern dass diese jetzt hier abgebildete absolute Mehrheit einer demokratischen Wahl entspricht.

Wenn man da nicht bei den Ersten ist, muss man es trotzdem zur Kenntnis nehmen. Und jede Abwertung dieser absoluten Mandatsmehrheit und dieser Alleinregierung ist in Wahrheit ein Negieren eines Wählerauftrages und eines Wahlergebnisses. *(Beifall bei der SPÖ)*

Auch wenn man das nicht gerne hat, man kann sich ja bemühen, dass man das beim nächsten Mal wieder mitspielt und dann kann man vielleicht nicht so gerne über einige Dinge, über die wir so gerne reden im Rahmen des Rechnungsabschlusses, die man seinerzeit als Teil dieser Regierung noch mitverantwortet hat und heute macht man Kindesweglegung und sagt, ich kann mich an nichts mehr erinnern, das geht uns nichts an, das gehört alles dem Herrn Doskozil.

Abseits aller Aufregung und aller Versuche, irgendetwas in einen Rechnungsabschluss hinein zu interpretieren, der ja nichts anderes ist als eine Abrechnung, wenn man sich beim Budget engagiert und bei der Erstellung des Budgets kämpft, dass man Positionen einnimmt, dass sich diese in der Finanzierung der Zukunft wiederfinden, dann verstehe ich das.

Aber im Nachhinein in einen Rechnungsabschluss hinein zu interpretieren, dass vielleicht zu wenig Fördermittel abgeholt wurden, und daher ist das Land säumig, weil es vielleicht nicht jemanden noch aufgehusst hat, bitte, hol dir noch eine Förderung.

Man könnte es auch anders interpretieren, das Land hat Hoffnung gemacht, das Land hat Aussichten gestellt und das Land hat sich vorbereitet, dass diese Förderungen abgeholt werden.

Ich wäre neugierig, wie es gegangen wäre, wenn man bei den Förderungen zum Beispiel Photovoltaik vielleicht einen Nachtrag um Vier-, Fünf-, Sechstausender gehabt hätten, dann hätte wahrscheinlich aus derselben Ecke der Vorwurf gelautet, das Land war schlecht vorbereitet und wir haben nicht damit gerechnet, dass man grüne Sachen unterstützt.

Zur Sache, der Landesrechnungsabschluss für das Jahr 2019 liegt vor und er weist im ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 1,362.107.083,41 Euro aus.

Im außerordentlichen Haushalt wurden Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von jeweils 34.664.989,93 Euro verbucht. Und das sehr ordentlich, was bei der Komplexität dieses Themas keine Routinearbeit ist.

Dafür darf ich gerne bei dieser Gelegenheit, ich hoffe namens des gesamten Hohen Hauses, Frau Abteilungsvorständin Mag.a Monika Stiglitz und Frau Oberamtsrätin Ursula Fercsak für die Erstellung des insgesamt 723 Seiten mächtigen Kompendiums große Wertschätzung ausdrücken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Gegenüber dem Landesvoranschlag für 2019 ergibt das abgerechnet Mehrausgaben und Mehreinnahmen in der Höhe von 104,7 Millionen Euro. Und durch konsequente und straffe Budgetpolitik, auch der SPÖ, wir waren ja damals nicht alleine bei diesem Jahr, das jetzt abgerechnet wird, konnten im Jahr 2019 3,02 Millionen Euro Schulden abgebaut werden. Das ist rund um eine Million mehr als ursprünglich geplant. Plan ist gleich Budget, da waren alle dabei, was Rückschlüsse auf umsichtige Budgetplanung aufdrängt.

In Summe spiegelt der vorliegende Rechnungsabschluss vorausschauende Finanzpolitik mit mehrheitlich künftig einstimmig sozialdemokratischer Handschrift wider. Schulden wurden abgebaut, der Budgetpfad wurde größtmöglich eingehalten.

Das Land Burgenland verfügt über stabile Finanzen und über einen ausgeglichenen Haushalt, und die Stabilitätsvorgaben des Bundes und der Europäischen Union wurden übererfüllt.

In diesem Konnex verwundert die immer wieder aufpoppende Diskussion um Zinstauschgeschäfte insofern, als diese Frage bereits mehrmals auch im Landtag erörtert wurde, und durch ständiges Aufwärmen dieses Themas wird die rechtliche Situation keine andere.

Es wird Ihnen aber, meine Damen und Herren von der ÖVP, nicht gelingen, Kindesweglegung zu betreiben. SPÖ und ÖVP waren sich zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Geschäfte einig und davon überzeugt, damit für das Land das Richtige zu tun. Dass sich die internationale Finanzwirtschaft anders entwickelte, das zu erahnen, möchte ich nicht einmal Ihnen vorwerfen, aber Sie dürfen daher nicht uns vorwerfen, jetzt bei dem Ausstieg aus diesen Geschäften zum Nachteil des Burgenlandes, wie Sie es jetzt fordern, säumig zu sein.

Die mit dem vorliegenden Rechnungsabschluss 2019 ausgewiesenen stabilen Finanzen des Burgenlandes werden angesichts der Krise, die uns noch Jahre beschäftigen wird, ein unabdingbares Fundament für die Zukunft unseres Landes und der Burgenländerinnen und Burgenländer sein.

Das werden wir uns aber nicht durch parteipolitisch motivierte Inszenierungen schlechtreden lassen.

Daher wird die SPÖ diesen Rechnungsabschluss auch in der vorliegenden Form genehmigen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Rednerin erteile ich abermals der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Herr Abgeordneter Posch! Zunächst Entschuldigung, ich habe das vorher falsch im Kopf gehabt, dass ich nicht Sie genannt habe, von dem ich mir die lobenden Worte erwarte für den Rechnungsabschluss. Aber etwas an Ihrer Aussage hat mich jetzt doch schwer erschüttert.

Sie gehen zu dem Pult und Sie sagen, die Opposition solle doch aufhören, Kritik zu üben, an dem was hier an Politik betrieben wird, weil wir würden damit nicht das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl akzeptieren und den Wählerauftrag.

Also das ist doch erschütternd, wenn Sie sagen, weil die SPÖ knapp 50 Prozent hat, im Landtag die absolute Mehrheit, eine Alleinregierung, das ist sozusagen ein klares Wahlergebnis gewesen. Deswegen sollten die anderen Parteien gar nichts mehr kritisieren?

Nein, der Wählerauftrag an uns ist ein höchst unterschiedlicher in den Parteien. Aber jeder und jede von uns hier, auch in der Opposition, hat einen klaren Auftrag, hier politische Meinungen zu äußern, Haltung zu zeigen und auch die Regierung zu kritisieren. Auch wenn es bereits eine absolut regierende Regierung ist, vielleicht gerade deswegen.

Also ich bitte doch, die Grundregeln des demokratischen Agierens hier in diesem Haus zu akzeptieren. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landesrechnungsabschluss 2019 wird somit mehrheitlich genehmigend zur Kenntnis genommen und damit werden auch die im Landesrechnungsabschluss 2019 vorkommenden Abweichungen zum Landesvoranschlag genehmigt.

**8. Punkt: Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag (Beilage 127), mit dem der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland zur Kenntnis genommen wird (Zahl 22 - 83) (Beilage 153)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend den Beschlussantrag, Beilage 127, mit dem der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland zur Kenntnis genommen wird, Zahl 22 - 83, Beilage 153.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Dax.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Berichterstatter Mag. Christian Dax:** Vielen Dank Herr Präsident. Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat den Beschlussantrag, mit dem der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland zur Kenntnis genommen wird, in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Der Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 - 2020, EU-Förderungen im Burgenland wird zur Kenntnis genommen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Zum vierten Mal diskutieren wir hier beziehungsweise stimmen über den Umsetzungsbericht zur Programmperiode der EU-Förderungen im Burgenland ab, der heuer endet.

Es geht insbesondere um die Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds. Interessant ist hier für mich immer die regionale Verteilung. In dem Bericht wird aufgeteilt, welche Bezirke, welche Landesteile, besonders viele Projekte eingereicht haben.

Am Anfang war es so, dass der Norden eher begünstigt war, also begünstigt kann man nicht sagen, mehr Projekte eingereicht hat.

Seit 2018 und besonders eben auch 2019 hat sich das geändert. Das ist vor allem dann besonders auffällig, wenn man sich das pro Kopf anschaut, was ja auch fairer ist, also bevölkerungsanteilsmäßig. Dann schneidet nämlich das Mittel- und Südburgenland besonders gut ab. Besonders der Bezirk Oberwart hat hier aufgeholt und besonders viele Projekt eingereicht und gefördert bekommen.

Das ist für mich auch der Sinn von solchen Förderungen, dass eher schwächere Gebiete stärker gefördert werden. Das kommt hier sehr gut zur Geltung.

Was die Landwirtschaft und den ländlichen Raum, das ELER-Programm, angeht, ist die Verteilung natürlich eher so, wie man es sich vorstellt, sehr viel im Norden, eher weniger im Süden, das hängt natürlich vor allem damit zusammen, dass die Landwirtschaft vor allem in Nordburgenland wesentlich größer und stärker ist. 58 Prozent wurde hier im Norden gefördert, 37,8 im Mittel- und Südburgenland, der Rest sind überregionale Projekte.

Was bei der Gelegenheit vielleicht noch gesagt werden muss, die gemeinsame Agrarpolitik, wo ja die ELER-Gelder vor allem beinhaltet sind, die heuer ausläuft, hätte ja neu gestaltet werden müssen. Das alte Programm wird jetzt verlängert.

Ich sehe das mit einem lachenden und weinenden Auge. Es gab ja sehr heftige Diskussionen um dieses Programm. Auf der einen Seite ist es traurig, dass das Programm jetzt weitergeführt wird, das ja doch gerade im ökologischen Bereich und im Klimabereich sehr starke Schieflage hat.

Auf der anderen Seite ist da vielleicht die Möglichkeit in den nächsten ein, zwei Jahren sich genauer damit zu befassen und das durchzubringen, was eigentlich die EU-Kommission vorhat, nämlich stärker in den Bereich Klimaschutz, Klimaanpassung reinzugehen. Diese Vorhaben, die stark diskutiert worden sind, vielleicht doch durchgehen.

Für die Bauern ist der Vorteil natürlich die Planungssicherheit jetzt bis 2021. Der Sparvorschlag der EU, Einsparungsmaßnahmen in dem Budgetbereich wurden immerhin zurückgenommen. Das ist ein großer Vorteil.

Was auch ein großer Vorteil ist, auch für das Burgenland, da wir ja das Bio-Bundesland werden wollen, Neueinstiege für mehrjährige Programme, und da zählt das

Bio-Programm auch dazu, sind weiterhin möglich. Das wurde immerhin jetzt festgelegt. So viel zum ELER-Programm.

Fischereifonds ist auch erwähnt, hat für das Burgenland weniger Auswirkungen, gerade für ein paar Aquakulturen.

Interessant ist noch, überstaatliche Projekte, die im Interreg-Projekt finanziert werden, vor allem sehr stark natürlich österreich-ungarische Projekte. Da gibt es einige und das ist gut und wichtig, denke ich.

Interessant ist nur, dass man bereits Ende 2019 hier einen Umsetzungsstand von 109,3 Prozent erreicht hatte. Das hat mich dann doch etwas verwundert. Auflösen konnte ich es nicht. Im Grunde natürlich eine interessante Information.

Das Einzige, was mich am Anfang dieses Berichts stört, ist ein Satz, der 2020 eigentlich nicht mehr in einem öffentlichen Papier stehen sollte, der heißt: „Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in diesem Bericht auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung, wie zum Beispiel Projektträgerinnen verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter."

Ich denke mir, das sollten wir überwunden haben. So viel Aufwand ist das nicht, heute mit der Technik kann man das bewerkstelligen. Und wenn einem das wirklich zuwider ist, na dann macht man halt den vierten Bericht einmal nur in der weiblichen Form. Auch das wäre eine Möglichkeit.

Danke schön. Ja, wir werden natürlich zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Melanie Eckhardt, MSc.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Melanie Eckhardt, MSc** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauer und Zuschauerinnen! Ich möchte einmal damit beginnen, die Europäische Union garantiert uns eigentlich seit über 60 Jahren Frieden und Lebensqualität in Europa.

Und darüber hinaus haben wir sehr viele Vorteile, die für uns alle schon selbstverständlich geworden sind. Zum Beispiel die gemeinsame Währung, aber auch die Reisefreiheit.

Es ist uns jetzt in der Krise besonders aufgefallen und bewusst geworden, was diese Reisefreiheit eigentlich zu bedeuten hat.

Wir als Volkspartei sind natürlich besonders stolz, Christian Sagartz als den burgenländischen Vertreter im Europäischen Parlament zu haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Er möchte Europa allen Burgenländerinnen und Burgenländern näherbringen und versucht, sich hier sehr einzusetzen. Denn eines ist uns klar. Es ist kaum eine Region in Europa, die so viel von der EU oder von der Vereinigung Europas finanziell unterstützt worden ist als das Burgenland.

Er wird sich auch in Zukunft deshalb dafür einsetzen. Seine Belange sind es, dass wir auch finanzielle Unterstützungen für das Burgenland sichern. Er möchte gleiche Lebensverhältnisse im Norden und im Süden haben. Sich für Sicherheit und Stabilität einsetzen und die Zusammenarbeit zwischen den Regionen stärken. Hier vor allem grenzüberschreitende Projekte im Bereich Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Bildung.

Aus den Berichten geht eigentlich hervor, dass das Förderprogramm so umgesetzt wurde wie es geplant war. Es wurden insgesamt 47.700 Projekte genehmigt und dafür wurden 552 Millionen bereitgestellt. Wenn alle Projekte wie geplant durchgeführt werden können, dann haben wir insgesamt ein Projektvolumen von 778 Millionen realisiert.

Die einzelnen Förderprogramme werden in dem Bericht genau aufgelistet. Mich hat darüber hinaus interessiert, wo die einzelnen Projekte genau sind und was mit diesem Geld finanziert wird.

Auf der RMB-Homepage hat man hier eine ganze Auflistung von den einzelnen Programmen. Es wurde eben schon das Interreg-Programm angesprochen, aber auch das Naturparkmanagement. Es wurde auch sehr viel in Agrarförderungen investiert. Es gibt das Programm oder den Pakt für Beschäftigung, wo ganz viel Geld hineingeflossen ist, aber auch das Programm Fit to work. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was haben diese Fördergelder für die Wirtschaft gebracht? Sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer konnten davon profitieren genauso wie auch viele Thermen und so weiter damit finanziert wurden. Aber auch in die Infrastruktur wurde viel Geld investiert.

Ich denke mir, auch der Fleiß und der Mut der einzelnen Unternehmer hat dazu viel beigetragen, aber ich möchte hier ganz ausdrücklich vor populistischen Forderungen warnen, denn es kann alles ganz schnell wieder zunichte gemacht werden.

In dieser schwierigen Zeit brauchen wir für die Wirtschaft jede Unterstützung, die wir nur bekommen können, auch im Bund. Der Bund hat uns 31 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, bevor dann auch das Land sich dazu entschlossen hat, hier uns Hilfe anzubieten.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächsten Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Christian Dax das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Dax:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geschätzte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Anfangs muss ich zu meinem letzten Redebeitrag noch eine Richtigstellung machen. Ich habe fälschlicherweise gesagt, dass der Herr Mag. Philapitsch alleine die Verfahrensordnung verfasst hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Elisabeth Neuhold ist jetzt nicht da, ich hoffe sie hört mich, aber das war mein letzter Wissensstand bevor ich letzte Woche erkrankt war. Deshalb natürlich auch ein riesengroßes Dankeschön an die Frau Dr. Neuhold für ihre großartige Arbeit. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Ilse Benkö: Die Rosen folgen.)* Mit großen Folgen. Ich zittere und bebe. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ilse Benkö: Rosen!)* Die Rosen folgen natürlich. Danke Frau Kollegin.

Als kurze Einleitung zum Umsetzungsbericht. Das Regionalmanagement Burgenland, RMB, nimmt in der Förderperiode 2014 bis 2020 unter anderem die Funktion als programmverantwortliche Förderstelle für die EU-Förderprogramme IWB-EFRE, IWB-ESF und sowie die Additionalitätsprogramme EFRE und ESF wahr.

Darüber hinaus fungiert das RMB auch als Verwaltungsbehörde für das grenzüberschreitende Förderprogramm INTERREG. Die Kohäsions- und Strukturpolitik gehören zu den zentralen Politikbereichen der Europäischen Union.

Dabei geht es vor allem um die Festigung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalte in der Gemeinschaft. Der Europäische Struktur- und Investmentfonds, dazu gehören die ich soeben genannt habe, sind auf die Wachstumsstrategie und deren Kernziele ausgerichtet.

Dazu gehören etwa die Beschäftigung, der Klimawandel und Energie, Bildung und Armut und die soziale Ausgrenzung. Ich halte fest, dass die Hälfte der EU-Mittel über diese Fonds ausgeschüttet wird. Der Umsetzungsbericht des RMB offenbart uns sehr erfreuliche Zahlen, wie beispielsweise den Umsetzungsstand in Bezug auf die genehmigten Projekte im Burgenland, zur Vorperiode. Die sind im Jahr 2018 um 39 Prozent gestiegen. Im Bereich der ländlichen Entwicklung sogar um 40 Prozent.

Bei den grenzüberschreitenden Interreg-Programmen waren es 31 Prozent. Wenn man jetzt alleine die genehmigten Förderungen betrachtet, haben sich diese im Vergleich zum Jahr 2018 um sage und schreibe 33,6 Prozent erhöht. Die ausgelösten Investitionen dadurch um 31,2 Prozent.

Generell kann man sagen, dass die Umsetzung der Förderperiode im Burgenland mehr als nach Plan verläuft. Das ist großartig. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Frau Kollegin Eckhardt hat schon ein paar sehr wesentliche Zahlen genannt. Ich möchte Ihnen auch die wichtigsten nicht vorenthalten. Bis 2019 wurden mit burgenländischer Beteiligung 47.700 Projekte genehmigt. Bis jetzt sind 552 Millionen Euro geflossen und wenn wir die Programme beziehungsweise die Förderung, wie geplant, ausschütten beziehungsweise uns aus Brüssel holen, dann werden es bis zum Ende der Förderperiode 778 Millionen Euro sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein ganz ein wesentlicher Punkt, der vor allem in den Beiträgen nicht erwähnt wurde, sind jetzt die Zahlen aus dem EFRE und ESF. Der Ausschöpfungsgrad bei diesen beiden Fonds beläuft sich für das Jahr 2019 auf 79 Prozent. Das heißt, dass wir fast alles ausgeschöpft haben. Das, was bis jetzt noch nicht ausgeschöpft wurde, werden wir noch im Jahr 2020 ausschöpfen.

Bei der EFRE-Förderschiene entfallen rund 66,3 Prozent das sind 43 Millionen Euro der genehmigten Förderungen auf den Bereich Wettbewerbsfähigkeit vom KMU. Aus der ESF-Förderschiene entfallen mehr als 20 Millionen Euro auf den Bereich Beschäftigung und Arbeitskräftemobilität.

Das heißt, dass wir durch unser Engagement und vor allem die hervorragende Arbeit unserer Förderstellen, der zuständigen Stellen im Land und in den Beteiligungen Arbeitsplätze absichern und Beschäftigung schaffen.

Im Bericht sind auch weitere sehr interessante Zahlen zu lesen. Ich empfehle es Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren KollegInnen, dass Sie einen kleinen Blick in diesen Bericht werfen und sich die wichtigsten Zahlen vor Augen halten.

Der Bericht zeigt, dass die zuständigen Stellen im Land oder im RMB, in der WiBuG und im Land - sind das vor allem die Abteilungen 4, 6 und 7, hervorragende Arbeit leisten. Sie sind auch Garanten dafür, dass jeder Cent aus Brüssel abgeholt wird.

Wir können stolz sein auf unsere fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bin mir sicher, wenn die Arbeit im Jahr 2020 so verläuft, wie in den vergangenen Jahren, dann werden wir bis zum Ende der Förderperiode tatsächlich jeden Cent abgeholt haben.

Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der 4. Umsetzungsbericht zur Programmperiode 2014 bis 2020, EU-Förderungen im Burgenland wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

**Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der burgenländischen PendlerInnen**

**Präsidentin Verena Dunst** *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wie bereits im Einlauf des heutigen Tages bekanntgegeben gibt es eine Dringliche Anfrage. Daher darf ich nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages kommen.

Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der Burgenländischen Pendler und Pendlerinnen. Da die Behandlung, wie Ihnen bereits seit der Früh bekannt ist, frühestens 3 Stunden nach Eingang, spätestens aber um 15.00 Uhr zu erfolgen hat, darf ich nunmehr in die Dringliche Anfrage einsteigen.

Als erster Redner ist hier der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Sodl zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages gemeldet.

**Abgeordneter Wolfgang Sodl** (SPÖ): Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! All jene, die uns auch via Internet per Livestream zuhören, zusehen, darf ich auch recht herzlich begrüßen.

Das Thema „Pendeln“ betrifft viele Menschen in unserem Land Burgenland. Gerade deshalb wird es seitens der Politik auch sehr häufig thematisiert. Das Thema Pendler hat aber nicht nur die Berechtigung, nein, es ist ein sogar ein sehr wichtiges Thema für die Menschen in unserem Land. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, wir haben auch die politische Verpflichtung, sich für unsere Menschen, für unsere burgenländischen Pendlerinnen und Pendler auch einzusetzen. Gerade im Kampf gegen den Klimawandel ist der öffentliche Verkehr eine wichtige Säule.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist aber für meine Begriffe die höchste Priorität der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Arbeitsplätze, natürlich, in unserem Land zu erhalten und Arbeitsplätze neu zu schaffen und grundsätzlich das Pendeln zum Arbeitsplatz so kurz wie möglich zu halten.

Ich möchte schon festhalten, dass dies den politisch Verantwortlichen in unserem Land grundsätzlich auch gelungen ist. Es gab nämlich im Land Burgenland noch nie so viele Arbeitsplätze, natürlich jetzt ausgenommen die Coronazeit.

Wenn wir die Zahlen vergleichen und das Jahr 2000 hernehmen, dann hatte damals das Land Burgenland 80.000 unselbständig Erwerbstätige. Im Jahr 2019 gab es mit 108.000 unselbständig Erwerbstätigen ein Spitzenergebnis.

Letztendlich haben wir natürlich das Ansinnen, jene Menschen, die pendeln müssen, in den öffentlichen Verkehr mit einzubinden. Dazu muss der öffentliche Verkehr natürlich auch leistbar sein, er muss attraktiv sein und er muss sicher sein.

Das Land Burgenland hat noch nie, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, soviel Geld für den öffentlichen Verkehr in die Hand genommen, wie im Jahr 2019 und budgetierte natürlich auch für das Jahr 2020 in Summe 21 Millionen Euro.

Wenn man vergleicht, dann wurden im Jahr 2000 fünf Millionen Euro für den öffentlichen Verkehr in unserem Land Burgenland ausgegeben. Jetzt ist es das Vierfache. Aber, wir wissen auch, dass aus dem Burgenland täglich 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ihren Arbeitsstätten pendeln. Allein 20.000, 25.000 in den Großraum Wien.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Sie kennen natürlich auch die geografische Lage unseres Heimatlandes Burgenland. 397 km lang ist die Staatsgrenze, zum größten Teil gegenüber Ungarn, zu kleinen Teilen nach Slowenien und zur Slowakei.

Das Burgenland hat 171 Gemeinden. Viele davon sind kleine Gemeinden. Besonders im Südburgenland haben wir viele Streusiedlungen. Ich nehme auch gerne immer wiederrum unsere Gemeinde Olbendorf zum Anlass, um zu sagen, dass wir über eine Fläche von 17,37 km² mit rund 1.500 Einwohnern und, das man ein bisschen ein Gefühl bekommt, über 100 km asphaltierte Gemeindestraßen verfügen.

Weil auch hier im Landtag viele Bürgermeister vertreten sind, wissen Sie und wissen wir alle, was das für Aufgabe ist für die Gemeinden, aber natürlich auch für das Land und für den öffentlichen Verkehr sind. Eine große Herausforderung!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Warum machen wir heute einen dringlichen Antrag? Wir sprechen jetzt darüber, dass die Regierung, die Frau Ministerin, dass 1-2-3 Ticket vorstellt. Grundsätzlich ist das eine sinnvolle Maßnahme.

Ich vergleiche es mit einem angekündigten Geschenk. Mit einem Packerl, mit einem Geschenkspackerl. Wir dürfen es aber erst am 1.1.2021 auspacken. So wird das von der Bundesregierung - vorläufig einmal - angepriesen und verkauft. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein Geschenk, ein Paket, ein wunderschönes, verpacktes Paket. 1 Euro pro Tag mit dem öffentlichen Verkehrsmittel im Bundesland. 2 Euro mit den öffentlichen Verkehrsmitteln das zweite Bundesland und 3 Euro mit dem öffentlichen Verkehrsmittel in das dritte Bundesland.

Ich habe mir die Arbeit gemacht und mir das genauer angeschaut. Wenn man hier eine Jahreskarte hernimmt, dann bezahlt man derzeit von Parndorf nach Wien 1.434 Euro, natürlich dann Klimaticket 3, 1.095 Euro, eine Ersparnis von 339 Euro.

Das Gleiche von Eisenstadt nach Wien mit einer Ersparnis von 406 Euro, von Oberwart nach Wien 1.004 Euro Ersparnis, von Güssing nach Wien 1.290 Euro Ersparnis. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Von Wiener Neustadt 1.501 Euro, denn das Klimaticket kostet natürlich nur für zwei Zonen 771 Euro. Das alles in einem und das ist, Sie haben es vorweg genommen, Sie haben applaudiert, ein hervorragendes Angebot, ein super Geschenk wunderschön verpackt, aber, bitte noch nicht aufmachen, denn der Inhalt wird vielleicht einige überraschen.

Ich habe nämlich auch mit vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gesprochen. Mir ist das immer sehr wichtig, wenn ich in unseren Gemeinden unterwegs bin. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind auch da im Landtag vertreten. Ich glaube, wenn wir als Gemeindevertreter, und es werden wahrscheinlich alle so machen, im Gemeinderat etwas beschließen, ein Projekt vorhaben, dann, glaube ich, dann muss

man immer darauf eingehen, für wen man es macht und wie es ankommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe mir auch die Arbeit gemacht und habe im Südburgenland mit Arbeitnehmerinnen und mit Arbeitnehmern, aber auch mit Unternehmern gesprochen. Zum Beispiel, im Bezirk Güssing die Betriebe Parador, Weitzer Parkett, Tourismusbetriebe, Hotels, das Golf- und Thermenresort Stegersbach, in Jennersdorf die Firma Vossen, in Heiligenkreuz Liocel, im Bezirk Oberwart Delphi und Heller in Großpetersdorf, Austrotherm Nikitscher in Pinkafeld, der Herr Bürgermeister ist da, die Firma Unger in Oberwart.

Jetzt können mir alle Bürgermeister bestätigen, dass diese Unternehmen, die ich hier aufgezählt habe, zweischichtig, dreischichtig sogar manche vierschichtig arbeiten. Zwar jetzt nicht in der Corona Zeit, aber im normalen Betrieb. Viele unserer Menschen arbeiten im Handel, in der Gastronomie, im Tourismus.

Leider viele davon nur Teilzeit oder sogar geringfügig. Wenn Sie mit diesen Menschen reden wissen Sie, wann die einen Dienstplan bekommen? 14 Tage vorher. Dort steht dann, wann er arbeiten muss. Dann reden wir auch noch von vielen Menschen, die im Sozialbereich, im Pflegebereich, als Ärzte, als Polizisten arbeiten. Alle Genannten, die hier im Turnus arbeiten, viele, die auch im technischen Bereich, im technischen Journaldienst, viele die im Bauwesen und im Baunebengewerbe arbeiten, ob das im Burgenland oder ob das in anderen Bundesländern ist, aber natürlich auch sehr viele, das wissen Sie, die in Wien tätig sind.

Was glauben Sie, wie viele von diesen aufgezählten Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, in den verschiedensten Berufsgruppen, die ich hier angesprochen habe, in den Genuss des 1-2-3-Tickets kommen werden?

Georg, Kollege, Pinkafeld wenn die dort vier-, fünfschichtig arbeiten? In Ordnung, nur zu sagen, wir haben das Paket noch nicht aufgemacht und wir wissen noch nicht, was da steht, ist zu wenig. Da gibt es für mich noch sehr viele Fragen. Gerade die Wirtschaft, und ich spreche hier die ÖVP an, fordert, vor allem bei der Arbeitszeit, Flexibilität. Genau Ihr seid es, die einen Zwölf-Stundentag und die eine 60 Stunden Woche haben wollen.

Können diese Menschen letztendlich dann gleichzeitig das 1-2-3 Ticket in Anspruch nehmen? Können sie überhaupt ein öffentliches Verkehrsmittel in dieser Form annehmen?

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir machen dieses Geschenk vor dem 1. Jänner 2021 auf und wir schauen uns das genau an. Glauben Sie mir, wenn Sie sich das genau anschauen, dann werden sehr viele Menschen aus unserem Land Burgenland enttäuscht sein. Grundsätzlich ist dieses 1-2-3-Ticket hervorragend.

Bitte machen wir uns die Arbeit und schauen wir es uns an. Man kann nämlich auch die Zurufe aus Vorarlberg, die Siedlungsstrukturen von Vorarlberg, in keiner Weise, nicht annähernd mit dem des Burgenlandes vergleichen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Kollege Temmel weiß das ganz genau. Ich spreche jetzt auch den Infrastrukturausbau an. Nur, wenn die Fahrgäste ein entsprechendes Angebot vorfinden, kann eine derartige Tarifmaßnahme ihre volle Wirkung entfalten. Eines muss man auch sagen - und diese Kritik bringe ich schon an.

Das Burgenland wurde in den letzten Jahren auch von der ÖBB sträflich vernachlässigt. Sie wissen es, Kollege Georg Rosner, denn hätte sich das Land nicht bei

der Strecke Friedberg - Oberwart massiv eingesetzt, würde dort nicht einmal mehr ein Güterverkehr stattfinden.

Ich spreche auch die Buslinie G1 an. Wir wissen aus den Bezirken Oberwart, Güssing und Jennersdorf, dass täglich, natürlich außer jetzt, in Zeiten der Corona-Krise, aber es läuft schon wieder an, diese Buslinie sehr gut angenommen wird. Bis zu 1.500 Fahrgäste fahren täglich nach Wien und wissen Sie, auch nur das Land Burgenland gibt dazu Zuschüsse an die Verkehrsunternehmen.

Die ganz gleiche Situation stellt sich auch bei der Firma Blaguss im Mittelburgenland, denn wenn das Land nicht über den VOR diese Unternehmen unterstützen würde, würde die Monatskarte und die Jahreskarte letztendlich das Doppelte kosten. Ich möchte jetzt auf die fehlende, für mich fehlende Transparenz eingehen. Sie haben das Paket nämlich noch nicht aufgemacht, denn sonst wären Sie auch nicht so euphorisch.

Es gibt seitens des Ministeriums keinerlei Abstimmungen mit den Ländern, Frau Kollegin. Es gibt ein gemeinsames Schreiben, ich nehme an, der Herr Landesrat Dorner wird dann darauf eingehen, der Verantwortlichen und zuständigen Landesräte aus dem Land Niederösterreich, aus dem Land Wien und aus dem Land Burgenland.

Liebe ÖVP! Sie wissen ganz genau, dass der zuständige Landesrat aus Niederösterreich ein ÖVP-Landesrat ist. Ich finde es auch sehr gut, dass es hier über die Parteigrenzen hinweg einen Schulterschluss gibt, denn hier geht es um die Sache. Es geht um die Sache der Bundesländer, die ein Schreiben an die Frau Ministerin gerichtet haben.

Aber, ich nehme an, der Herr Landesrat Dorner wird dann dazu Stellung nehmen. Ich sage Ihnen ganz einfach, es gibt eine massive Ungleichbehandlung der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler, es gibt eine massive Schlechterstellung unserer burgenländischen Pendlerinnen und Pendler.

Schauen Sie, wenn ein Mattersburger nach Wien fährt, zahlt er dann 1.095 Euro für ein Jahresticket, ein Wiener Neustädter dagegen nur 730 Euro. Ich sage Ihnen jetzt eines, wenn jemand in Bruckneudorf auf der Lagerstraße 2 wohnt, das ist im Burgenland, und sein Nachbar in Bruckneudorf auf der Lagerstraße 2a in Niederösterreich wohnt, *(Heiterkeit beim Abgeordneten Wolfgang Spitzmüller)* ich kann nichts dafür, es ist leider so, warum lachen Sie dazu, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Man zahlt dort, wo man einsteigt!)* ich habe es nicht erfunden, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Dann ist es trotzdem falsch.)* denn das hat sogar ein Pendler angesprochen, dann bezahlt der Nachbar im Burgenland auf alle Fälle das Ticket 3 und der aus Niederösterreich zahlt das Ticket 2. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was passiert, meine sehr geschätzten Damen und Herren? Wir haben hier gemeinsam Beschlüsse gefasst. Nun noch ein Wort zur Pendlerpauschale. Sie haben mir jedes Mal Recht gegeben. Jetzt sind Sie in der Regierung. Die bestehende Pendlerpauschale ist sehr ungerecht. Ich betone es. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Wurde immer mitgestimmt!)*

Wäre es vielleicht nicht auch jetzt, im Zuge dessen, sinnvoll, das Ticket zu machen, bevor wir vor dem ersten Schritt den vierten Schritt machen? Man sollte vielleicht auch über die Pendlerpauschale reden oder was wird aus ihr dann letztendlich in diesem Paket, dass Sie anscheinend noch nicht aufgemacht und sich noch nicht angeschaut haben?

Wäre es nicht sinnvoll, auch darüber zu sprechen? Sie kennen mein Ansinnen, denn für jene Pendlerinnen und Pendler, für jene Menschen, die arbeiten gehen, ein gutes

Einkommen haben und die gleiche Fahrtstrecke fahren, habe ich immer dieses Beispiel mit den 63 km gebracht.

Wenn jemand ein Bruttoeinkommen von 1.500 Euro hat, dann hat er eine Steuerersparnis von 531,60 Euro. Wenn jemand ein Bruttoeinkommen von 4.285 Euro bekommt, dann hat er eine Steuerersparnis von 1.666,32 Euro. Das ist ein Unterschied von über 1.100 Euro.

Sie können mir das nicht erklären. Ich habe deshalb mit den GRÜNEN in dieser Form ein Problem, denn eigentlich haben Sie sich nachdem Sie in die Regierung gekommen sind, um 180 Grad gedreht. *(Abg. Mag. a Regina Petrik: Geh, Blödsinn!)*

Es tut mir leid, Frau Kollegin, dann würde ich Sie zumindest bitten, dass Sie diese Anregungen an Ihre Frau Ministerin weiterleiten, wenn sie schon nicht mit den zuständigen Landesräten redet. Vielleicht redet sie mit Ihnen. Bringen Sie das dort bitte an. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn ich noch einmal auf die Pendlerpauschale zurückkomme, dann ist festzuhalten, dass dort Wochenpendler eigentlich gar nichts bekommen, wir hier eine massive Problematik haben, uns die Leute eigentlich mehr oder weniger davongehen und nicht mehr zurückkommen.

Ich glaube, da werden mir auch sehr viele der Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen Recht geben - vor allem diejenigen aus dem südlichen Burgenland. Wissen Sie was das 1-2-3-Ticket ist? Das ist jetzt das größte Prestigeprojekt der GRÜNEN in der Verkehrspolitik. Es ist ein reines Prestigeprojekt. Wir sollten das Geschenkspaket aufmachen und nachschauen.

Wir sollten nachfragen, was darin ist. Die Bitte und die Information, die Argumente werden derzeit von der Frau Ministerin ignoriert. Diese Ungerechtigkeiten werden wir mit vollem Einsatz zum Wohle unserer Pendlerinnen und Pendler in unserem Bundesland Burgenland auch bekämpfen. Wir werden uns weiter für Fairness, für Gerechtigkeit zum Wohle unserer burgenländischen Pendlerinnen und Pendler einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Als erste Rednerin erteile ich nunmehr der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Sodl! Da sitzt Du jetzt, ich bin noch gewohnt, dass Du vor mir sitzt. Sowohl dieser Entschließungsantrag, als auch ihre jetzige Rede zeigt eigentlich, wie stark die Bankrotterklärung der SPÖ über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist.

Ich möchte jetzt ausdrücklich sagen, der jetzt im Amt befindliche Landesrat kann gar nichts dafür, *(Abg. Ilse Benkö: Na, schau! – Abg. Johann Tschürtz: Der Arme.)* er ist seit zwei Jahren dabei, aber wenn ich in diesem Antrag lese, der erste Schritt, und Sie haben das auch so gesagt, der erste Schritt zu einer Attraktivierung, wäre somit der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und jetzt frage ich: Warum haben Sie es nicht gemacht?

17 SPÖ-Verkehrsminister und -ministerinnen waren tätig, 70 Jahre lang war die SPÖ in der Landesregierung. *(Abg. Ilse Benkö: Da hat sie recht!)* Warum habt Ihr dann den öffentlichen Verkehr nicht ausgebaut? Warum habt Ihr denn die Schienen nicht gelegt? Mehr noch, warum habt Ihr denn die Schienen herausgerissen?

Bis 1962 hatten wir sogar den Schienenverkehr in Güssing, das Bahnhofsgebäude steht noch dort. Jetzt kann man darin wohnen. Ein Arzt ist dort, aber die Schienen dort sind herausgerissen. Woanders werden Sie einfach überwuchert.

Im Jahr 2000 gab es noch eine Übereinkunft zwischen dem damaligen Landeshauptmann Niessl und dem damaligen Abgeordneten der GRÜNEN, dass die Strecke Oberwart - Friedberg erhalten wird, *(Abg. Johann Tschürtz: Der Petschnig war es.)* aber nachher hat man offensichtlich darauf vergessen.

Ich frage Sie also: Wo waren denn bitte die Anstrengungen der SPÖ in den letzten 70 Jahren in all Ihrer Verantwortung als Verkehrsminister und Verkehrsministerinnen im Bund den Bahnverkehr im Burgenland auszubauen? Sie haben ihn eingestellt. Das ist es nämlich. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

Dann hören wir ein Jammern, jetzt abgesehen davon, dass immer wenn wir in den letzten Jahren hier an dieser Stelle zum Teil mit sehr konkreten Konzepten hier gestanden sind und gesagt haben, wie der Bahnverkehr im Burgenland ausgebaut werden soll, wie die Schienen ausgebaut werden sollen, haben uns einige Kollegen hier im Saal immer wieder belächelt *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* und das ginge alles nicht. Und jetzt stellen Sie sich hierher und sagen, der erste Schritt ist der Aufbau des öffentlichen Verkehrs und das man Schienen legen soll.

Ja dann hätten Sie es halt getan!

Dann schreiben Sie, ein bissl mit einem „mimimi“ die Vernachlässigung des Burgenlandes durch die ÖBB wird im Vergleich mit anderen Bundesländern offensichtlich.

Ja was hat denn Ihr Parteifreund Kern in den Jahren 2010 bis 2016 gemacht, als er ÖBB-Chef war? Habt Ihr da keine Verbindungen gehabt? War es der ÖBB ganz egal?

Also ich frage mich, wo sind hier die Versäumnisse, die die SPÖ im Burgenland zu verantworten hat, wenn Sie jetzt kommen mit Ihrer Kritik, dass irgendjemand, der seit einem halben Jahr im Bund ist, nicht sofort alles anders machen kann und nicht sofort alles gut machen kann, was Sie schlecht gemacht haben.

Im Übrigen möchte ich Sie auch darauf hinweisen, im ganzen Antrag ist kein einziges Wort von der Raaber-Bahn. Die gibt es auch im Burgenland, mit der ist man ja, glaube ich, auch in ganz gutem Kontakt. Aber jetzt wegschauen und so tun als gebe es da gar nichts, ist auch ein bisschen komisch.

Also vielleicht geht es Ihnen eigentlich um etwas anderes, als genau um dieses Thema.

Dann lese ich auf der nächsten Seite - fraglich ist auch, ob eine Anpassung der Tarife zu einem signifikanten Anstieg bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln führen kann. Sie können das fragen, aber die Antworten gibt es schon.

Wir wissen, in allen Bundesländern wo diese günstigen Pauschaltickets eingeführt wurden, in allen Bundesländern, auch in jenen mit strukturschwachen Gebieten, ist die Nutzung der Verkehrsmittel, der öffentlichen, gestiegen.

Schauen Sie halt über den eigenen Tellerrand hinaus, und schauen Sie, was sich wirklich ereignet.

Auch in Vorarlberg, wo es viele Täler gibt. Sie kennen vielleicht, - Sie haben sicher gesprochen den Ballungsraum Rheintal, das ist nicht zu vergleichen mit Burgenland, ist ganz klar.

Wir haben im Burgenland nicht einmal eine nennenswerte große Stadt. Ja, ja auch Eisenstadt ist keine Großstadt. Das heißt, wir haben nicht diesen Ballungsraum. Aber Vorarlberg hat ja auch Täler und in diese Täler fährt stündlich ein Bus. Das kann man machen, wenn man will.

Aber sich hierherzustellen und zu jammern, dass es jemand anderer nicht tut, wo man selber jahrelang dafür verantwortlich war, das ist lächerlich. Und ja, es wirkt, wir wissen, dass es wirkt. Wir wissen, dass es wirkt in Wien, wir wissen dass es wirkt in Tirol. Wir wissen, dass es wirkt in Vorarlberg, das kann man nicht einfach vom Tisch wischen.

Es gab diesen einen Brief, es gab auch am 15. Juni einen Work-shop mit allen Ländern, wo man viele strittige Fragen, kritische Fragen, bereits diskutiert hat, Fragen aufgelistet hat, die dann in Zukunft auch noch weiter diskutiert werden müssen.

Am 24. Juli kommt die Frau Ministerin ins Burgenland, da werden wir direkt Gespräche führen. Da sind die Termine schon eingetaktet. Das heißt, ja es geht darum einen guten Dialog zu führen und der wird von allen Seiten auch so möglich sein. Das 1-2-3-Ticket ist tatsächlich ein großartiger Durchbruch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen)*

Ich möchte Sie noch auf eines hinweisen, weil ich weiß, irgendjemand hat Ihnen das erzählt, und die SPÖ erzählt es dann immer wieder weiter und man kann es auf Facebook lesen, aber deswegen wird es nicht richtiger.

Wo zahlt man ein Ticket? Man zahlt sein Ticket nicht danach, wo man seinen Hauptwohnsitz hat und wo man seine Wohnung hat, sondern man zahlt sein Ticket von dem Standort aus, wo man wegfährt. *(Abg. Markus Ulram: Und dann ist es besser?)*

Das heißt, es ist ganz egal ob in Bruckneudorf jemand in der Gasse X oder Y wohnt, ja, das Ticket kauft er für die Strecke, die er fährt. So wie nach Zonen gezahlt wird. *(Zwischenruf des Abg. Wolfgang Sodl.)*

Aber Sie können sich über einiges beschweren, Herr Kollege Sodl, und diskutieren wir hier sachlich, man kann auch zu Dingen unterschiedlicher Meinung sein, aber manche Geschichterln sind der Sache gar nicht dienlich.

Diesem Dringlichkeitsantrag werden wir natürlich nicht zustimmen. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Als Nächstes ist Herr Landtagsabgeordneter MMag. Petschnig am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja schon viel gesagt worden, und ich kann mich viel dessen, was der Kollege Sodl gesagt hat, auch anschließen.

Vordergründig ist dieses 1-2-3-Ticket über den Geschmack, weiß ich nicht, über die Bezeichnung kann man streiten, vordergründig eine gute Idee.

Vielleicht ein bisschen vergleichbar, diejenigen die einmal längere Zeit in Wien zugebracht haben, da gibt es, auch von den GRÜNEN initiiert, so ein Ticket für die U-Bahn oder für den öffentlichen Verkehr um 365 Euro im Jahr. Das war damals, glaube ich, wirklich eine gute Idee, muss man eingestehen.

Beim 1-2-3-Ticket bin ich Deiner Meinung, und bin nicht der Meinung, dass das so eine gute, tolle Idee ist. Du hast es, glaube ich, schon gesagt, es ist ein Prestigeprojekt der zuständigen Ministerin, wahrscheinlich sogar auch darüber hinaus.

Das zeigt schon allein der Begriff, dass glaube ich bei einer GRÜNEN Pressekonferenz oder bei einem GRÜNEN öffentlichen Auftritt das Wort „Klima“ mindestens 30 mal vorkommen muss. Ein Wunder, dass die nicht vor der Pressekonferenz schon fünfmal das Wort „Klima“ sagen, damit überhaupt noch jemand zuhört.

Also das ist nicht wirklich glaubwürdig. Und ich persönlich sehe darin nichts anderes, als einen verzweifelten Versuch der Frau Gewessler in irgendeiner Form Aufmerksamkeit zu erregen.

Das weiß ich schon, in der Corona-Krise wo der Kollege Anschober, der Kollege Kogler, viel mehr im Mittelpunkt stehen und niemand weiß, wer die Frau Gewessler ist. Also da versucht man sich offensichtlich ein bisschen wieder in den Vordergrund zu schieben.

Das kann alles sein, das soll so sein, das ist auch jeden unbenommen. Was natürlich stört, und auch das hat der Herr Wolfgang Sodl bereits gesagt, ist zum einen diese - ich würde es einmal so sagen - diese Drüberfahrer-Mentalität und zum Zweiten einmal diese Ignoranz gegenüber Länderkompetenzen. Also das geht nicht.

Das sollte auch in diesem Fall oder unter diesen Umständen nicht vorkommen. Und da stellt sich schon die Frage, ob sie irgendwie blind ist für Aspekte Dritter, in dem Fall eben der Bundesländer, vielleicht nicht aller Bundesländer, aber zumindest mancher, oder ob sie der Verantwortung nicht wirklich gewachsen ist.

In diesem Fall finde ich den Dringlichkeitsantrag, den der Wolfgang Sodl mit Kolleginnen und Kollegen eingebracht hat, gut, der wird von uns auch unterstützt werden.

Dringlich ja, darüber kann man natürlich debattieren, ich glaube aber, dass das Los der Pendler oder die finanzielle Belastung der Pendlerinnen und Pendler ohnehin immer dringlich ist, weil das ist nämlich auch ein Dauerproblem, über das wir schon viele Debatten hier abgeführt haben, und das immer auf der Tagesordnung stehen sollte und immer mitgedacht werden sollte.

Ein bisschen ist da natürlich auch das Temperament mit durchgegangen. Also wenn man zum Beispiel über die Benachteiligung - tatsächlich oder nur vermeintlich, des Burgenlandes betreffend Schienenausbau philosophiert, dann bin ich schon gespannt.

Es steht ja im Regierungsprogramm drinnen, dass zwei Zentralbahnhöfe, oder wie der Terminus jetzt genau heißt, in Norden und im Süden gebaut werden oder entstehen sollen. Da bin ich schon gespannt, wir werden das genau verfolgen, wir werden da natürlich auch genau die Öffentlichkeit darüber informieren.

Wird das umgesetzt, dann natürlich Hut ab, - wird es nicht umgesetzt, dann werden wir natürlich das entsprechend kritisieren. Dann bitte aber das auch so zur Kenntnis zu nehmen.

Und zum Zweiten einmal, na ja diese Bahnverbindung Eisenstadt - Wien über diese Schleife Wulkaprodersdorf, ich weiß nicht, das verfolgt sogar mich, seit ich im Burgenland wohnhaft sein darf. Das ist jetzt doch schon 15 Jahre her, das verfolgt sogar mich die ganze Zeit schon.

Und bis heute hat man es, glaube ich, nicht geschafft die Gemeinde Wulkaprodersdorf, die da glaube ich hauptbetroffen wäre von dieser Trasse, davon zu überzeugen, dass die Schiene, wir reden jetzt nicht von der A3 oder so, sondern die Schiene eine gute Einrichtung wäre, sondern da steht man dort auf der Bremse.

Also insofern bin ich gespannt, was von diesen Eingaben hier auch tatsächlich Umsetzung finden wird in dieser Legislaturperiode.

Daher, und da komme ich auch schon zum Schluss: Die Forderung laut Beschlussformel ist sinnvoll und wird von uns unterstützt, insbesondere, dass der Bund unabgestimmte Maßnahmen auch selbst finanzieren soll. Das versteht sich aus meiner Sicht von selbst.

Und natürlich das Thema Pendlerpauschale, die ja alles andere als kostenabdeckend ist und insofern gerade im Burgenland natürlich vielen Betroffenen helfen würde. Entbindet aber die Landesregierung natürlich nicht, sich auch selbst um eine ordentliche Verkehrspolitik zu kümmern.

Geschätzter Herr Landesrat, ich weiß, Du bist da sehr engagiert, aber natürlich da spielen viele Spielerinnen und Spieler mit bei diesem Spiel und das sollten eben nicht nur in Ankündigungen - ich komme wieder auf die Zentralbahnhöfe - bestehen, sondern sollte natürlich auch umgesetzt werden.

Und vielleicht noch eine Idee, was aus meiner Sicht da eine interessante Idee wäre, ich weiß, das ist schwer umzusetzen, wenn man da vielleicht an die Kolleginnen und Kollegen in Wien herantreten könnte.

Ich glaube, wenn man die U-Bahn jetzt endlich einmal über die Landesgrenzen nach Niederösterreich, ich weiß nicht, in die SCS oder zum Flughafen oder so, herausziehen würde, und dort mit genügend Platz gute Park & Ride-Einrichtungen errichten würde, dann würde das, glaube ich, den burgenländischen Pendlerinnen und Pendler schnell und auch am allermeisten helfen.

Vielmehr als wie irgendwelche Schmähparaden von 1-2-3- oder 4-5- oder wie auch immer Tickets. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und des Abg. Wolfgang Sodl.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Nunmehr habe ich den bisher letztgemeldeten Redner, und zwar sind Sie das, Herr Abgeordneter Mezgolits.

Bitte sehr.

**Abgeordneter Johannes Mezgolits** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem liebe Pendlerinnen und Pendler! Wenn ich mir diesen Dringlichen Antrag durchlese, steht da was drinnen von Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, von Wohnortnähe der Öffis. Das Angebot und die Nachfrage werden thematisiert. Busse will man sich zu 70 Prozent schenken lassen und auch die Pendlerpauschale kommt vor.

Ja und der Herr Landeshauptmann möchte sogar den Rechtsweg beschreiten, und gegen Vergünstigungen, die der Bund in Aussicht stellt, klagen. Und das, obwohl die burgenländischen Nationalräte in der vergangenen Sitzung, in der 3. Lesung für das 1-2-3-Ticket zugestimmt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorschläge für den öffentlichen Verkehr, beziehungsweise die Entlastung unserer Pendlerinnen und Pendler, der ÖVP Burgenland sowie deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, liegt bereits fertig am

Tisch. Die SPÖ-Alleinregierung braucht also nicht einmal mehr nachdenken, sondern unseren Vorschlag einfach zum Thema Mobilität aufgreifen, und diesen auch umsetzen.

Dann könnten wir uns heute bereits über Details unterhalten, und darüber sprechen, wie wir den burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Leben leichter machen könnten. Doch anstatt an der Umsetzung zu arbeiten, und darüber zu sprechen, werden hier politische Nebelgranaten geworfen, um über die eigenen Versäumnisse zum Thema öffentlichen Verkehr abzulenken.

Bürgermeister Thomas Steiner hat in Eisenstadt vorgezeigt, wie ein Bussystem professionell und auch effizient installiert werden kann. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wo sind die Vorschläge der Regierenden in diesem Lande? Ich höre keine. Dieses Bussystem könnte auf das gesamte Burgenland angewandt werden, um in einem ersten Schritt die vorhandenen Verkehrsknotenpunkte zu erreichen. Damit hätten wir bereits zwei Punkte in diesem Antrag abgehandelt.

Die Öffis in diesem Mikrobus-System sind in Wohnortnähe, und wenn ich ein Angebot schaffe, wird es auch eine Nachfrage geben. Ein guter Kaufmann schafft eben ein Angebot, um seine Kundschaft anzulocken. Wobei ich heute sicherlich nicht darüber diskutieren möchte, ob die verantwortlichen Politiker gute oder schlechte wären.

Wie sieht es mit dem Bahnverkehr aus? Man rühmt sich mit der Güterverkehrsstrecke Friedberg - Oberwart. Ein hervorragendes Beispiel, wie die Pendlerinnen und Pendler von der SPÖ Burgenland in Stich gelassen werden. *(Abg. Wolfgang Sodl: Das habe ich gesagt.)*

Da bringt man einen *(Abg. Wolfgang Sodl: Das habe ich gesagt.)* Dringlichkeitsantrag ein, damit unsere Pendlerinnen und Pendler entlastet werden sollen, und beschreibt den Güterverkehr? *(Abg. Wolfgang Sodl: Nein!)*

Bei näherer Betrachtung kann ich mir nur mehr vorstellen, dass Sie eine eigene Abteilklasse erfinden wollen, mit dem die Menschen zur Arbeit fahren, nämlich die „Holzklasse“.

Sicher nicht mit uns, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir stehen für moderne zukunftsorientierte Mobilität im Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP)*

In einer eigenen Kampagne haben wir bereits auf die Versäumnisse dieser Landesregierung in puncto Mobilität hingewiesen. Jahrelang wurde die Bahnschleife Eisenstadt diskutiert. Die Gemeinde Wulkaprodersdorf hat eine fertige, für die Bürgerinnen und Bürger vertretbare Trasse, vorgelegt.

Dazu lese ich in einem Zeitungsartikel der Eisenstädter SPÖ - endlich, in 40 Minuten mit dem Zug nach Wien. Ich zitiere:

Die Weichen sind gestellt, die Zugverbindung von Eisenstadt nach Wien wird in den nächsten Jahren ausgebaut. Das sieht der Verkehrsgeneralplan vor. Ein Erfolg für Landeshauptmann Hans Nießl, eine jahrelange Forderung der SPÖ Eisenstadt.

Ja, das war im Jahr 2002 - 18 Jahre sind seitdem vergangen. Es wurde also nichts gemacht, es wurde nichts veranlasst.

Was ist mit der Grenzbahn Oberwart - Szombathely geschehen? Dieses Projekt wurde anscheinend so kleingeredet, dass es nun Platz in einer Schublade gefunden hat. - Nichts ist geschehen.

Die Direktverbindung der Bahn von Neusiedl am See zum Flughafen Wien Schwechat wurde nicht weiterverfolgt und die tausenden, fahrenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Stich gelassen. - Auch da wurde nichts getan.

Der Bezirk Güssing ist bahntechnisch - wir haben es schon gehört, - überhaupt das Sinnbild für diese unglaublich schlechte Politik dieser Landesregierung. Kein einziger Meter Schiene führt durch diesen Bezirk. Eigentlich macht mich dieser Zustand im Jahr 2020 sprachlos.

Und bevor ich jetzt vergesse, darf ich Ihnen schöne Grüße aus Großhöflein im Bezirk Eisenstadt ausrichten, wo Ihr neuestes Projekt in den Schubladen verschwinden wird, nämlich der Zentralbahnhof Nord. Bitte nehmen Sie bei Ihrem nächsten Besuch in Großhöflein ausreichend Sicherheitspersonal mit, da die Menschen nicht gut auf dieses Projekt zu sprechen sind. Weil Sie haben vergessen, mit ihnen zu sprechen.

Ich halte fest, wir haben eine Alleinregierung, die dem Verkehrsdilemma im Burgenland nicht gewachsen ist. Ein Bus, der nicht fährt, eine Lokomotive ohne Schienen, Schienen ohne Personenwaggons und Pendlerinnen und Pendler, die nicht ausreichend unterstützt werden.

Ja es ist ja nicht einmal möglich, ein E-Bike ordentlich im öffentlichen Bereich aufzuladen und das von Kittsee bis Neuhaus am Klausenbach.

Zusammenfassend kann ich sagen, das Burgenland hat ein Verkehrsproblem und diese Landesregierung braucht dringend Hilfe.

Nun kommt das 1-2-3-Ticket des Bundes ins Spiel. Man fährt durch ein Bundesland mit einem Euro pro Tag. Man fährt durch zwei Bundesländer mit zwei Euro pro Tag und man fährt durch drei Bundesländer mit drei Euro pro Tag. Der Bund bietet nun Hilfe an, und senkt die Preise. Kollege Sodl hat es ja bereits ausgerechnet und alles was Ihnen dabei einfällt, ist eine Klage?

Morgen ist Schulschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, bekanntlich gibt es da auch eine Zeugnisverteilung. Im Fach Mobilität, Soziales und Pendler haben Sie leider ein „Nicht Genügend“. Warum das so ist, habe ich ausführlich erörtert.

Sie haben nämlich Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. (Abg. Doris Porhaska: Oja.) Die burgenländische Bevölkerung gibt Ihnen aber die Chance auf eine Nachprüfung und diese sollten Sie nutzen. Denn Sie wissen ja, nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir.

Meine Herrschaften, ich möchte Sie wirklich nicht kritisieren, sondern motivieren, damit Sie endlich in die Gänge kommen. Deshalb hat sich nicht nur der Herr Kollege Wolfgang Sodl einen Vergleich überlegt, mit einem Packerl, sondern auch ich.

Wenn man einen Gusto auf einen Kaffee hat, sollte das möglichst schnell gehen. Deshalb hat Nestle vor einigen Jahren, vor einigen Jahrzehnten schon, den Instantkaffee auf den Markt gebracht, und danach später ein paar Espressomaschinen. Seitdem braucht es nur noch etwas heißes Wasser oder einen Knopfdruck, damit der Kaffee in der Tasse dampft.

Beim Thema Mobilität für unsere Pendlerinnen und Pendler habe ich dagegen das Gefühl, dass hier gar nichts dampft, sondern höchstens ein bisschen ein waschküchenartiger Dunst uns die Sicht vernebelt. Dabei steht die Dringlichkeit dieser Sache nicht in Frage.

Es geht nicht darum, ob hier etwas getan wird, sondern wann es endlich getan wird. Und die Antwort ist doch ganz klar, wann wenn nicht jetzt? Es gab genügend Vorlauf. Vor- und Nachteile wurden hinreichend mit allen Beteiligten erörtert und diskutiert.

Und jetzt ist es Zeit zum Handeln, aber nicht im Schritttempo. Die Straßen für unsere Vorhaben sind so frei, wie die Südostautobahn heute Nacht um drei in der Früh. Also bitte rauf auf das Gas.

Jetzt kommt einmal das 1-2-3-Ticket und eine Entlastung unserer Pendlerinnen und Pendler. Die Bundesregierung hat das auf den Weg gebracht. Und zu der kann man stehen wie man will, aber eines ist unbestreitbar, es wird mutig angepackt, nicht zögerlich abgewartet. Es wird ein Ruck durch unser Land gehen weil die Nachfrage da ist. Nun muss das Angebot geschaffen werden.

Zeit ist nicht immer Geld, doch Zeit ist immer wertvoll. Machen wir mit der Mobilität also so richtig Dampf, damit endlich mehr geschieht als nebulöses Geschwafel. Es gibt nichts Neues mehr zu sagen. Unser Vorschlag ist gut für die Pendlerinnen und Pendler, für die Umwelt, für die Wirtschaft und vor allem für die Burgenländerinnen und Burgenländer.

Am Schluss habe ich mir noch einen Reim überlegt: Eins, zwei, drei - ob ihr wirklich richtig steht, seht ihr wenn ihr das Licht der Öffis seht. *(Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ)*

Meine Herrschaften, ich bringe dazu einen Abänderungsantrag ein, der wie folgt lautet:

Der Landtag hat beschlossen:

Die burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

- den Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Burgenland voranzutreiben, sowie
- ein umfassendes Gesamtverkehrskonzept für alle Regionen des Burgenlandes zu erstellen, in dem das funktionierende Zusammenspiel verschiedener Verkehrsmittel, ein bedarfsgerechter Ausbau der Infrastruktur und der Einsatz umweltschonender Ressourcen berücksichtigt wird.

*(Beifall bei der ÖVP – Der Abgeordnete Johannes Mezgolits übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag mit der Zahl 22 - 121 ist gehörig unterstützt und wird in die Verhandlungen einbezogen.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Hergovich.

Bitte ans Rednerpult.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mezgolits, es ist so, dass wir bis jetzt immer gesagt haben, na ja der Mezgolits ist neu, der wird sich schon zurechtfinden bei uns, der wird sich schon „reintigern“.

Mittlerweile haben wir aber die siebente Sitzung und schön langsam müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass wir den Eindruck haben, dass Sie nicht bereit sind, sich zu informieren und sich weiter zu entwickeln.

Denn alles was Sie da heute von sich geben, das unterschreibe ich zu 100 Prozent, Herr Kollege Mezgolits. Jede Kritik, die Sie da ausrichten, ist völlig in Ordnung. Sie ist noch viel ärger, wie Sie sagen.

Sie müssen nur zur Kenntnis nehmen, dass sowohl die ÖBB als auch die ASFiNAG 100prozentige Töchter der Bundesregierung sind, und nicht das Land in Kritik steht, sondern Ihre Partei, Ihr Regierungschef, Ihr ÖVP-Obmann. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber 2002 nicht, da ward Ihr in der Regierung.)*

Sie haben Recht, mit jeder Kritik, die Sie geäußert haben, nur richten Sie diese Kritik an Ihre eigene Partei aus. Sie werden es schon lernen, das wird schon gehen irgendwann. Aber alles was Sie heute gesagt haben, trifft die ÖBB oder die ASFiNAG. Ich unterschreibe das, die Kritik aber bitte selber mitnehmen, Ihrem Bundesparteiobmann, Ihrer Bundesregierung sagen, dann werden wir hier etwas weiterkriegen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zum Abänderungsantrag insbesondere zum 1-2-3-Ticket. Dass der seine Berechtigung hat, ja auch notwendig ist, hat sich bei den Rededebatten gezeigt. Denn der einzige, der sich wirklich inhaltlich damit auseinandergesetzt hat, war der Kollege Petschnig.

Die Kollegin Petrik hat von Vorarlberg gesprochen, von den Tälern in Vorarlberg und von Wien und dergleichen. Alles in Ordnung, aber das ist ganz bewusst so, weil man nicht über das Burgenland sprechen will.

Wissen Sie warum man nicht über das Burgenland sprechen will? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ich habe über die Schienen im Burgenland gesprochen.)* Weil es zu einer drastischen Benachteiligung, die die Bundesregierung, insbesondere die GRÜNEN planen, eine ordentliche Benachteiligung der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler kommt. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Seit wann sind die GRÜNEN in der Regierung?)* Und das muss man schon einmal zur Kenntnis nehmen.

Denn geschätzte Kollegin Petrik, ich frage Sie, ist es denn gerecht, wenn ein Südburgenländer genau so viel zahlt, für die Karte nach Wien, wie ein Vorarlberger? *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Eisenstädter?)* Ist das wirklich gerecht? Das ist auch falsch. Aber das ist wurscht. Dass ein Vorarlberger genauso viel zahlt, wie ein Südburgenländer, ist das gerecht? Oder habe ich ein falsches Verständnis? Ist das gerecht? Meiner Meinung nach nicht.

Ist es gerecht, dass man eine Bahnkarte in Neudörfl beim Kollegen Posch löst, und deutlich mehr bezahlt, für die Mattersburger Abgeordneten nicht uninteressant, nämlich 1.090 Euro. Neudörfl ist nur durch eine Landesgrenze getrennt von Wiener Neustadt, da kann man dann rüber gehen.

Ist man aber in Wiener Neustadt wohnhaft, dann zahlt man nur 700 Euro. Ich frage Sie, ist es gerecht, dass die burgenländischen Pendlerinnen und Pendler mit 390 Euro bestraft werden? Ist das gerecht?

Ich gebe Ihnen ein anderes Beispiel: Sie wohnen in Bruckneudorf, ich weiß jetzt leider nicht - in der Lagerstraße, glaube ich, heißt die, in der Lagerstraße 2, dann ist es nicht so gut für Sie. Wohnen Sie aber in der Lagerstraße 2a, das ist tatsächlich so, das gibt es, das ist jetzt kein Schmäh oder sonst irgendetwas, 2a, dann gratuliere ich Ihnen.

Weil dann profitieren Sie ordentlich. Sie *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das glaube ich jetzt nicht.)* zahlen deutlich weniger, um einige hundert Euro für das Ticket nach Wien.

Ich frage Sie, ist das gerecht? Haben sich das die Burgenländerinnen und Burgenländer verdient, diese Benachteiligung? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt ja nicht. – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sie fahren von einem anderen Bahnhof, oder wie?)* Wir sind der Meinung nein, das haben sie sich nicht verdient, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wisst Ihr, was mach bedenklich stimmt? Jetzt wissen wir, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer deutlich benachteiligt werden und Sie gehen her und verteidigen das? Ja, Sie sind ja nicht in Vorarlberg gewählt, Sie sind ja im Burgenland gewählt. Warum gehen Sie denn nicht her, und sagen, okay Parteiinteressen, aber jetzt geht es um unser Heimatland um unser Burgenland. Da müssen wir jetzt zusammenhalten, es geht um unsere Leute, die nach Wien fahren. Warum helfen wir denen nicht? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das tun wir auch.)*

Dieses 1-2-3-Ticket ist zum kübeln. Das ist dieses Papier nicht wert, auf dem es steht. Es benachteiligt die Burgenländerinnen und Burgenländer und das wollen wir mit unserem Abänderungsantrag auch dokumentieren und auch ordentlich bekämpfen. Und wir werden auch den Rechtsweg bestreiten. Das lassen wir uns nicht gefallen.

Eine Benachteiligung der Burgenländerinnen und Burgenländer spielt es mit uns nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Von der Regierungsbank hat sich der Herr Landesrat Dorner gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner** (SPÖ): Ja sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf die Aussagen vom Kollegen Mezgolits eingehen, der ja gesagt hat, wenn ich es richtig verstanden habe, dass das Thema 1-2-3-Klimaticket oder der Verkehr immer ausführlich diskutiert wurde und wird und dann in Umsetzung kommt.

Und ich möchte deswegen und deshalb beginnen mit diesen Ausführungen, weil es ja genau die Kritik ist, die wir in den letzten Wochen geäußert haben, dass diese Diskussionen nicht stattgefunden haben.

Wir haben hier im Burgenland eine Pressekonferenz die zeitgleich auch mit der Verkündigung des AUA-Deals stattgefunden hat, da könnte man das eine oder andere auch hineininterpretieren, das ist aber jetzt nicht mein Ansinnen.

Wir haben das auf jeden Fall medial gehört, dass die Umsetzung des 1-2-3-Klimatickets erfolgen soll und haben dabei auch erfahren, dass es nur das 3er Ticket sein soll. Soweit so gut.

Unsere Kritik geht eben dahin, dass diese Themenfelder so wichtig sind, für uns als Burgenland, als Pendlerland, und man es nicht der Mühe wert gefunden hat, in irgendeiner Art und Weise mit uns darüber zu sprechen - Erster Punkt.

Der Zweite Punkt: Es gab dann im Anschluss eine Besprechung auf Beamtenebene, wo unser Vertreter, der auch im VOR tätig ist, uns geschildert hat, dass man dort sich nicht zu Wort hat melden dürfen. Es wurde keine Diskussion zugelassen, es gab Karten mit Plus und Minus, die konnte man ausfüllen und abgeben.

Parallel dazu wurde der Hintergrund präsentiert, wie man auf diverse Zahlen gekommen ist. Ich weiß nicht ob Sie das in den Medien gesehen haben, ich habe es ja

auch den Medien entnommen, mit einer Formel, wo ich glaube, dass sogar fertige Mathematikstudenten ihre Probleme damit hätten, diese Formel zu verstehen.

Und das war der nächste Faupax, aus meiner Sicht, wenn man sich nicht einmal zu Wort melden kann, zu diesem Thema.

Zu der sachlichen Kritik, die ja da ausgeführt wurde, möchte ich aber auch noch meine Meinung kundtun. Es ist natürlich das Thema, dass Niederösterreich mit derselben Kilometerdistanz weniger zahlen muss, als ein Burgenländer, das wurde glaube ich, ausführlich diskutiert.

Es geht aber auch darum, dass wir auch, und jetzt will ich nicht Geschichtsbewältigung machen, das haben ja Sie schon erledigt, aber es ist halt Fakt, dass es aktuell so ist, dass wir im Bundesländervergleich weniger Schienenverkehr haben als andere. Und der Schienenverkehr und Bahnverkehr besser gefördert ist, vom Bund, als der Busverkehr. Und auch diese Tatsache ist eine Benachteiligung gegenüber dem Burgenland. Und all das sind Punkte, die wir gerne diskutiert hätten.

Und jetzt die Schlussfolgerung unserer Kritik, die wir natürlich auch medial gespielt haben, in einer Pressekonferenz mit dem Landeshauptmann, hat möglicherweise dazu geführt, dass uns die Frau Ministerin jetzt am 24. Juli besucht. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, nein, das hat nichts damit zu tun.)*

Das ist meine persönliche Interpretation. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nein, falsch.)* Ich glaube, stelle das einmal in den Raum, ob sie ansonsten auch gekommen wäre, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Falsch, Nein.)* weiß ich nicht. Ich darf aber das selbst interpretieren hoffentlich.

Gut, wir freuen uns darauf. Wir werden unsere Kritikpunkte natürlich äußern. Und das ist ja irgendwo das Spannende, weil ich bin ja nicht der einzige Verkehrszuständige aus einem Bundesland, der dieses Ticket kritisiert.

Ich bin eigentlich abgestimmt mit meinen Kollegen aus Niederösterreich, der wissentlich nicht der SPÖ zugehört, der das auch kritisch betrachtet. Und viele andere Bundesländer sehen das genauso kritisch. Zum einen weil der Zugang ein äußerst eigenartiger war und zum anderen weil es sachlich und fachlich nicht ausdiskutiert wurde.

Und wenn ich eine Diskussion Sonntagabend „im Zentrum“ verfolge und dort ein GRÜNER Abgeordneter auf die Frage von der Frau Reiterer, warum nur das 3er Ticket umgesetzt wird, weil wenn ich das mache, dann entsteht ja die nächste Benachteiligung oder es wird ein massiver Druck auf die Länder ausgeübt, das 1-2 anzuführen, wenn dann wäre das nur sinnvoll, wenn man es gesamtheitlich einführt.

Und seine Antwort, die Antwort des GRÜNEN Abgeordneten war, na ja das 1-2-Ticket müssten wir mit den Ländern verhandeln, das ist halt schon mühsam.

Da frage ich mich dann auch, ob das wirklich der Zugang ist. Das war so, Sie können es sich ja anschauen. Schauen Sie es sich an, und leider oder Gott sei Dank, kann man das auch medial nachträglich verfolgen.

Wir verfolgen im Burgenland, und das hat Kollege Hergovich völlig richtig gesagt, und ich bin ja oft, ich weiß nicht, ob das jemand weiß, ich bin ein Fußballfan. Und Sie kennen das Thema, dass es in Österreich acht Millionen Teamchefs gibt, beim Thema Verkehr kommt es mir wirklich auch oft so vor, als würde es acht Millionen Verkehrsexperten geben.

Ich versuche das Thema immer sehr sachlich, weil es eben so sensibel und komplex ist, mit den Menschen zu besprechen, ihnen im Dialog oder in der Gruppe zu erklären, warum etwas geht, oder warum etwas nicht geht, oder warum etwas länger dauert, oder was etwa schneller umsetzbar ist.

Ich habe letztes Jahr und seit ich hier in dieser Zuständigkeit bin, immer vom Burgenlandmix gesprochen, weil man den Verkehr nicht nur mit der Schiene und nicht nur mit dem Bus, sondern gesamtheitlich lösen muss.

Übrigens ist ja der einzige positive Aspekt dieser Covid-Krise das Radfahren, weil viele anscheinend das wirklich jetzt zum neuen Hobby gefunden haben. Freut mich außerordentlich, das war das, was ich letztes Jahr immer wieder gesagt habe, dass das Radfahren ein wesentlicher Teil einer Mobilitätswende sein muss.

Wir sind ständig im Kontakt mit Gemeinden, wenn es darum geht, die Infrastruktur auszubauen, wenn es um Lückenschlüsse geht, wo wir Alltagsradverkehr fördern wollen. Im Übrigen kann man das ja ausdehnen. Ich bin ja sogar der Meinung, dass das zu Fuß gehen auch dazu gehört, weil wir uns ja nicht nur bewegen. Das ist in Wahrheit etwas kritisch, selbstkritisch und bevölkerungskritisch.

Ich habe auch Situationen erlebt, wo öffentlicher Verkehr gegeben wäre, aber die Menschen nicht einsteigen. Also da muss irrsinnig viel im Bereich der Bewusstseinsbildung passieren. Wenn man sagt, ich gehe halt diese 100, 200, 300 Meter mit meinem Einkaufssackerl nach Hause und habe den Luxus nicht, mit dem Auto in die Garage zu fahren. Das sind ja alles Dinge, die da mitwirken sollten.

Genauso geht es darum, das ist ja angesprochen worden, dass wir das nicht genauso sehen, dass Mikro-ÖV-Systeme, Bussysteme, innerhalb des Burgenlandes, innerhalb der Bezirke, innerhalb von Regionen ausgeweitet gehören, weil wir eben diese ländliche Struktur haben und wir hier nur zentral steuern können, zu Park&Ride Anlagen, zu Verkehrsknotenpunkten. Deswegen ist ja auch die Idee, Verkehrsknotenpunkte im Norden und Süden zu errichten.

Auch das ist spannend, wenn man im öffentlichen Verkehr etwas Positives machen will, dass man gleich dann die Kritik erntet, dass man das nicht will. Das ist ja auch etwas, was mir in den letzten eineinhalb Jahren widerfahren ist.

Ich möchte auch noch zwei Eindrücke von der ÖBB mitteilen, weil jedes Mal, wenn ich ins Südburgenland komme, kommt unweigerlich das Thema, warum haben wir keinen Bahnverkehr. Kollege Rosner weiß das und der wird das noch öfter hören als ich, ich kann jetzt nur berichten, wie die Termine bei der ÖBB waren.

Zum einen geht es darum, im Norden etwas zu lösen. Da wurde angesprochen, die Schleife Ebenfurth - seit 18 Jahren nicht gelöst und wir haben als Burgenland einen anderen Vorschlag gemacht.

Wissen Sie, der wäre eigentlich noch attraktiver gewesen. Das wäre eine Direktverbindung Wampersdorf-Müllendorf, habe ich gesagt, machen wir doch das, neben der Autobahn, perfekt. Jeder Verkehrsexperte sagt Ihnen, genau dort gehört eine Bahnlinie hin.

Die Antwort, wie aus der Pistole geschossen, aus der Hüfte ist das gekommen, ohne nachzurechnen oder haben sie es irgendwo liegen gehabt, ich weiß es nicht, - zu teuer, wir wären da bei 2035, 2040, geht nicht.

Dann geht man zurück, und sagt, na gut, dann klärt bitte die Schleife Ebenfurth, weil 18 Jahre, das ist ja nicht unser Auftrag. Da gab es und gibt es jetzt schon so viele

Versäumnisse, dass es ja die 6c-Variante schon ist. Und glauben Sie mir, ich bin noch immer nicht überzeugt davon und ich glaube, Kollege Wolf, der ist jetzt nicht da, der ist in diesem Lenkungsausschuss dabei, wo es darum geht, diese Schleife zu klären.

Da geht es übrigens jetzt bei einer dieser Varianten ja auch darum, vielleicht etwas doch Voluminöses zu verlegen und zu versetzen. Also bei Gott nicht ein Projekt, das von heute auf morgen geschieht und genau deshalb haben wir im Regierungsprogramm verankert, dass wir in die Schleife Ebenfurth bis Jahresende zu einem Lösungsansatz einmal kommen.

Das man sagt, ja, wir können darauf setzen, dass das bis 2026 erledigt wird, da müssen wir uns sowieso etwas anderes überlegen. Ich sage Ihnen eines, dann muss man sich wirklich überlegen, ob man von der Bahn nicht Abstand nimmt und sich mehr auf Busverkehr konzentriert.

Weil es wird uns nichts bringen, wenn das nicht fertig wird, die Schleife Ebenfurth, weil jetzt bin ich ja noch im Norden, weil wir dann nicht in die Pottendorfer Linie, die ja ausgebaut wird, einmünden können und dann dadurch einen Qualitäts- und Zeitverlust dulden müssten. Soweit zum Norden.

Wenn wir vorschlagen, bei der ÖBB, bitte tun wir was im Süden, werden uns Projekte vorgestellt, wo man zwei Stunden nach Wien fährt und noch länger, wo ich Ihnen garantiere, dass keiner einsteigt in diese Bahn.

Also bei jeglichem Respekt, ich wollte mich hier zu Wort melden, warum ich auch empfinde, dass die Dringliche ein wichtiger Punkt ist. Warum wir als Burgenland hier in dieser Regierung einen sehr hohen Fokus auf das Thema Verkehr haben und warum ich diese Dringliche eben auch unterstütze. Und ich wollte auch aufklären, wie diese Kritik vor ein paar Wochen gestartet hat.

Das parallel dazu dann Kollegen, Frau Petrik, bei jeglichem Respekt, Kollegen von Ihnen aus Vorarlberg hier uns vorzeigen wollen, wie es funktioniert, das haben wir auch beantworten müssen, aus meiner Sicht, weil ich das für äußerst unseriös finde. Ich schimpfe auch nicht auf Vorarlberg und sage ihnen, was wo besser gemacht wird und was wo besser funktionieren würde.

Mein Zugang zur Politik, sachlich bleiben, Verkehr ist sehr sensibel, gemeinsam angehen und lösen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön, Herr Landesrat. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Petrik.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Herr Landesrat! Ihre Analyse, ich bin so froh, dass jemand auf der Regierungsbank sitzt, der unsere Analyse der letzten 20 Jahre teilt und jetzt von dieser Seite referiert, wie wir es seit Jahren immer wieder einbringen, wie schlimm das ist. Ich bin wirklich erleichtert, dass hier diese Analyse hier in der Regierung angekommen ist, vielleicht ändert sich ja dann in Zukunft wirklich irgendwas.

Was mir nur aufgefallen ist, und das muss ich jetzt schon noch einmal hier rückmelden und korrigieren, weil der Kollege Hergovich hat hier etwas noch einmal völlig falsch gesagt, wo ich schon vorher gesagt habe, dass es ein falsches Beispiel ist. Ich habe mich jetzt beim Zuhören gefragt, wie viele hier im Alltag Erfahrung damit haben, ein Bahnticket zu kaufen? Sie wissen schon, dass es bis jetzt auch Zonen gibt und dass eine Zone in Mattersburg und in Bad Sauerbrunn eine andere ist, als in Wiener Neustadt.

Das ist halt jetzt so, das haben Sie die letzten Jahre nie kritisiert. Tun wir nicht so, als wäre das plötzlich etwas, was es bis jetzt nicht gab. Ich bin auch sehr überrascht davon, dass Sie glauben, dass man ein Ticket danach löst wo man wohnt. *(Abg. Robert Hergovich: So etwas habe ich noch nicht gehört!)*

Herr Kollege Hergovich, hören Sie wenigstens jetzt zu! Sie sind noch einmal rausgegangen und haben gesagt, es macht einen Unterschied, ob man in der Gasse auf der Nummer sowieso oder auf der Nummer sowieso wohnt. Das macht überhaupt keinen Unterschied. *(Abg. Robert Hergovich: Stimmt ja nicht!)*

Ich weiß nicht, es geht nicht darum, bei welchem Bahnhof Sie einsteigen. Sie haben sicher noch nie ein Ticket gekauft, dass Sie lösen aufgrund Ihrer Wohnadresse. Ich weiß nicht, wie oft Sie Zug fahren. Ich mache das regelmäßig und eines ist ganz, ganz sicher, niemand wird gezwungen, ich muss etwas auf die Jammerei eingehen, niemand wird gezwungen im Burgenland, sich ein 1-2-3-Ticket zu kaufen.

Jeder kann sozusagen weitermachen wie bisher. Niemand muss das tun. Aber die Tatsache ist, wie es der Kollege Sodl ja hier schon vorgerechnet hat, jede und jeder wird sich etwas ersparen, wenn er es nimmt. Nur bitte erzählen Sie hier keine Märchen darüber, wie man Zugtickets löst.

Probieren Sie es einfach aus, dann sehen Sie es selber. Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Moment bitte, Herr Klubobmann darf ich ersuchen dort drüben zu reden. *(Abg. Robert Hergovich: Wir sind ja eh alle gesund!)*

Gut wäre es und das sollte für das ganze Burgenland gelten. Aber trotzdem ist es mir lieber, wir passen auf.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Hergovich. Bitte er ist am Wort.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Ich muss mich jetzt melden, weil ich ja die Befürchtung habe, dass Sie das draußen auch so erzählen wie da.

Das 1-2-3-Ticket, ist genau das, dass man einen Euro im Bundesland, zwei, wenn ich vom zweiten komme und ein drittes durchquere. Es gibt halt die perverse Situation, die Welt ist halt so, dass es Straßen gibt, die über Bundesländergrenzen hinweggehen, das ist beispielsweise die lange Straße in Bruckneudorf.

Wenn Sie auf 2 wohnen sind Sie im Burgenland und wenn Sie 2 a wohnen, sind Sie in Niederösterreich. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sie steigen bei derselben Haltestelle ein!)* Jetzt können Sie mir erzählen was Sie wollen, das stimmt alles nicht! Es zählt der Bahnhof - das stimmt nicht, es zählt der Wohnsitz, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Wo haben Sie jemals ein Ticket gelöst?)* weil sonst hätte ja 1-2-3 keinen Sinn! 2 sind Sie in Niederösterreich, 3 sind Sie im Burgenland.

Das müssten Sie schon zur Kenntnis nehmen und damit kommt es zu dieser Ungleichbehandlung. *(Allgemeine Unruhe – die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)*

Auch dieser Vergleich mit den Zonen, jaja, es gibt jetzt Zonen, es ist ein Unterschied, ob ich in Neusiedl oder in Eisenstadt bin. Aber es ist ein wesentlicher Unterschied, ob ich im Burgenland oder in Vorarlberg bin. Also das mit Zonen zu vergleichen, das halte ich für sehr gewagt. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme damit zur Abstimmung. *(Unruhe in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Klubdirektor, wir sind in der Abstimmung.

Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal zum Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen kommen.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke, meine Damen und Herren, das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der burgenländischen Pendlerinnen und Pendler mit der Zahl 22 - 121, Beilage 178, abstimmen.

Ich bitte daher jene Damen und Herren aufzustehen, das tun Sie bereits, die diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen. –

Das ist die Mehrheit.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine faire Unterstützung der burgenländischen Pendler ist somit mehrheitlich angenommen.

**9. Punkt: Bericht des Landes-Rechnungshofausschusses über den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (Beilage 100) betreffend „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof - Entziehung der Gemeinnützigkeit“ (Zahl 22 - 74) (Beilage 154)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! Nunmehr sind wir beim 9. Punkt der Tagesordnung. Das ist der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, Beilage 100, betreffend „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof - Entziehung der Gemeinnützigkeit“, mit der Zahl 22 - 74, Beilage 154.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Dax.

Mein Hinweis, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Ich darf Sie um Ihren Bericht bitten.

**Berichterstatter Mag. Christian Dax:** Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Der Landes-Rechnungshofausschuss hat den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof - Entziehung der Gemeinnützigkeit“ in seiner 03. Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Landes-Rechnungshofausschuss stellt somit den Antrag, der Landtag wolle den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof - Entziehung der Gemeinnützigkeit“ zur Kenntnis nehmen. Dankeschön.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Herr Abgeordneter. Als erster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Spitzmüller zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben erst vor kurzem einen Rechnungshofbericht gehabt und da habe ich schon grundsätzlich darüber berichtet, dass die Rechnungshofberichte in vielen Fällen sehr ähnlich sind.

Weil der Rechnungshof sehr oft sagt, dass die Herangehensweise, das Starten eines Projektes, eines Vorhabens, teilweise schon schlecht beginnt, weil einfach, so wie das auch hier ist, nicht ausreichend Informationen eingeholt werden, weil nicht ausreichend Zielvorgaben festgelegt sind, weil hier einfach von politischer Seite vor allem Versäumnisse passieren. So haben wir es auch hier.

Wir haben ja den Bericht teilweise schon beim letzten Mal diskutiert. Der Landes-Rechnungshof kritisiert hier eben ganz deutlich, und damit steht er eigentlich dem gegenüber, was die SPÖ immer behauptet nämlich, dass es ein großer Betrug ist.

Der Landes-Rechnungshof zeigt ganz eindeutig, wo die Versäumnisse getätigt wurden. Das sind klare verfahrensspezifische Rahmenbedingungen für die Bemessung der Geldleistungen, Festlegungen über Sachverständigenbeweise, Berechnungsgrundlagen, Bewertungsverfahren, Betrachtungszeiträume, alles das ist entweder nicht oder viel zu gering oder im falschen Ausmaß passiert.

Klare Rahmenbedingungen für die Entscheidungsfindung im Entziehungsverfahren zum Beispiel und dies obwohl es ja Hinweise gab, sowohl vom Revisionsverband des Landes, als auch von einem, ich bringe die Bezeichnungen der Wirtschaftsprüfer schon durcheinander, wo zumindest darauf hingewiesen wurde, dass es offensichtlich hier mehr Objekte gibt, als hier dargestellt werden.

Das alles ist hier verabsäumt worden und auch das sagt ja der Landes-Rechnungshof immer wieder, wenn hier Versäumnisse passieren, dann ist auch die Gefahr größer, dass etwas passiert.

Diesmal ist etwas passiert, was dem Land 120 Millionen Euro gekostet hat. Steuergelder, sehr viel Geld letztlich, das den Steuerzahlern zugute hätte kommen können. Das wurde verabsäumt.

Es ist in letzter Zeit einiges gesagt worden und ich muss da einiges richtigstellen. Es wurde zum Beispiel behauptet, weil der Rechnungshof klar sagt, dass Unterlagen an die Staatsanwaltschaft gegangen sind und deswegen der Rechnungshof diese Unterlagen nicht einsehen konnte, weil es keine Kopien gab. Ja nicht einmal Aufzeichnungen darüber, welche Unterlagen an die Staatsanwaltschaft gegangen sind.

Das hat der Herr Landeshauptmann bestritten. Tatsache ist, wie wir heute wissen, dass es um wirklich viele Daten ging. Es waren nicht ein paar wenige, es ging um große Datenmengen, die hier übermittelt wurden erst im Nachhinein, als die Staatsanwaltschaft gemerkt hat, dass der Rechnungshof diese Unterlagen braucht.

Und die zweite Geschichte die immer behauptet wird, weil das Ganze ja aufgeflogen ist, durch einen Wiener GRÜNEN, durch den Herrn Ellensohn. Dass wir hier nicht wir, sondern die GRÜNEN in Wien, der Herr Ellensohn, Insiderwissen bezogen hat. Das stimmt einfach nicht. Denn, wenn man einigermaßen bewandert ist, dann kann

eigentlich jede Person Verträge, Informationen über Wohnbaugesellschaften, aus dem Firmenbuch, aus dem Grundbuch, herausholen.

Die GRÜNEN haben diese Möglichkeiten genutzt, haben sogar legal dafür bezahlt. Also da ist überhaupt nichts Illegales passiert. Das einzige Insiderwissen das sie gehabt haben, war auch kein Insiderwissen. Ihnen ist einfach aufgefallen, dass plötzlich am Markt ungewöhnlich viele gemeinnützige Wohnbauobjekte auf dem Markt sind. Da ist man stutzig geworden und dann hat man auf völlig legalem Weg, ohne Insiderwissen, sich das genauer angeschaut. Das hätte Jede und Jeder machen können.

Das haben sie gemacht und deswegen ist die Sache dann aufgeflogen. Heute wissen wir, dank dem Rechnungshofbricht, sehr detailliert auch warum das passiert ist. 15seitige dünne Unterlagen als Grundlage für die Bewertung, vielfache Fehler, die einfach gemacht wurden und dem Land letztlich 120 Millionen Euro gekostet haben.

Jetzt kann man sagen, ja Fehler passieren. Nur wie gesagt, ich habe das beim Kulturbericht des Rechnungshofes beim letzten Mal gesagt. Das sind Fehler, die leider immer wieder passieren. Das ist eine schlechte Vorbereitung, das ist eine schlechte Klarlegung, wo man hin will, schlechte Zielvorgaben, schlechte Vorbereitung offenbar. Und dann braucht man sich nicht wundern, wenn solche Fehler passieren. Wenn das wiederholt passiert, ist das einfach ärgerlich und nicht zu verstehen.

Wenn man einmal querliest bei den Rechnungshofberichten, was die Empfehlungen angeht, dann steht dort oft relativ gesehen in der Substanz dasselbe. Das ist einfach ärgerlich und wenn das dann noch so viel Geld kostet, dann ist es einfach unverständlich und dann ist es auch unverständlich, wenn man dann versucht das Ganze als Betrug darzustellen und sagt, wir haben mit Insiderinformationen gearbeitet und ähnliches.

Das sind, Entschuldigung, einfach nur Ausreden. In Wirklichkeit ist hier ein großer Fehler passiert. Wir müssen versuchen das gut zu machen und vor allem das Land muss endlich versuchen so zu arbeiten, dass solche Fehler nicht wieder und wieder passieren können. Dass man sich besser vorbereitet, dass man auf Informationen, die man von außen bekommt, beziehungsweise von außen ist übertrieben, der Revisionsverband ist ja ein Insider in der Hinsicht.

Wenn hier Informationen kommen, die man nicht einfach an den Sachverständigen weiter gibt und sich dann nicht mehr darum kümmert, und der das offensichtlich auch negiert. Und dann 120 Millionen Euro, man kann das gar nicht oft genug sagen, was hätte man mit dem Geld alles machen können, verpfeffert, verliert und eigentlich jemandem schenkt, dem es gar nicht zusteht. Weil immerhin, der hat ja gutes Geld damit gemacht.

Der Rechnungshofbericht, nehme ich an, deckt sich ziemlich mit dem Bericht der internen Revision. Davon gehe ich einmal aus. Daher ist auch unverständlich, wenn der Landeshauptmann dem Rechnungshof, dem Burgenländischen Rechnungshof vorwirft, wie er getan hat, dass hier offensichtlich irgendwelche anderen Intentionen des Rechnungshofes sind, dass er hier das so darstellt, wie er es dargestellt hat in dem sehr umfangreichen Bericht. Wo eigentlich nichts drinnen steht, dass man irgendwie auch nur in Frage stellen kann.

Es ist alles belegt, schwarz auf weiß. Es ist teilweise sehr umfangreich, aber es ist wichtig, dass wir das als Grundlage nehmen, damit in Zukunft solche Sachen nicht mehr passieren können. Ich halte das eigentlich für die wichtigste Aussage des Rechnungshofes.

Ich meine klar, zu so einer Situation wird es wahrscheinlich nicht mehr kommen, aber zu ähnlichen Situationen in anderen Fällen. Da ist es eben wichtig, diese Empfehlungen des Rechnungshofes grundsätzlich und nicht nur für diese eine Geschichte heraus zu nehmen, zu bewerten.

Der Rechnungshofbericht ist wichtig, richtig und eigentlich auch traurig. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Markus Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben einen Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes vor uns, den es in dieser Art und Weise in dem Hause und im Land Burgenland noch nicht gegeben hat.

Auf 118 Seiten vergeht keine einzige Seite, wo nicht eine Verfehlung, eine Vernachlässigung in einem Verfahren gemacht wurde vom Land Burgenland, von der Abteilung, von der Regierung, in jedem Maße zeugt es eigentlich wie hier gearbeitet wird.

Aber kommen wir einen Schritt zurück. Um was ist es eigentlich gegangen in der Causa rund um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Wohnbaugenossenschaften? Genau genommen von drei Wohnbaugenossenschaften, steht schon länger im Raum. Um was geht es eigentlich?

Da hat es eine Wohnbaugenossenschaft gegeben mit dem Namen Pannonia, früher Buntes Wohnen, die 2012 den Sitz in das Burgenland verlegt hat. Eine Wohnbaugenossenschaft namens Gesfö, die 2015 ihren Sitz ins Burgenland verlegt hat, genauso wie die Wohnbaugenossenschaft Riedenhof, die ihren Sitz 2015 in das Burgenland verlegt hat.

Warum ist es auch entscheidend? Wir haben das schon einmal debattiert in diesem Hause. Bei allen drei Causen, die hier gelaufen sind, war das Szenario und der Ablauf ähnlich bis gleich.

Alle drei Genossenschaften waren in Wien gemeldet, haben dort ihre Geschäftstätigkeit verrichtet, sind dann nach Linz gezogen, wollten ein Aberkennungsverfahren in Linz einleiten. Als sie gemerkt haben, dass die Oberösterreichische Landesregierung das nicht macht, weil sie gemerkt haben, dass da einiges im Argen liegt und einiges nicht stimmt, haben sie das abgewiesen und die drei Wohnbauvereinigungen sind in das Burgenland gezogen.

Ganz besonders bei den Wohnbaugenossenschaften Gesfö und Riedenhof ist bemerkenswert, dass wir doch schon eine relativ große Geschichte dazu haben. Wenn die SPÖ von Hinweisen spricht, wo man dann selbst tätig geworden ist, dann lügt man sich selbst in den Sack.

Warum? Es war ja kein Hinweis der gegeben wurde, sondern die gesamte Landesregierung wurde angezeigt. Das kann ich ja nicht als Hinweis verstehen, wenn ich angezeigt werde, zum einen.

Dann ist das Ganze weitergegangen, dass eine mündliche Anfrage und zwei schriftliche Anfragen an das zuständige Regierungsmitglied, an den Hans Nießl damals, erfolgt sind. Bei der mündlichen Anfrage damals am 20.09.2018 sagte der damalige Herr Landeshauptmann und das zuständige Regierungsmitglied für Wohnbauangelegenheiten,

alles in Ordnung, sorgfältig gearbeitet, wir haben alles getan was notwendig war und wir können mit ruhigem und bestem Wissen sagen, es hat alles gepasst.

Und überhaupt, wieso fragen Sie? Wir haben ja eigentlich ein Geschäft gemacht. Wir haben ja 17 Millionen Euro bekommen. Das war die Aussage damals. Ist heute noch nachzulesen in der Beantwortung des damaligen zuständigen Regierungsmitgliedes.

Dann bei der schriftlichen Beantwortung des gleichnamigen Regierungsmitgliedes war die Frage meinerseits damals: Wurden Gespräche mit Vertretern der Wohnbaugenossenschaften vor Standortverlegung der Genossenschaften ins Burgenland geführt? Ja oder Nein? Glasklare Antwort: Nein, es gab keine Vorgespräche dazu.

Weitere Frage: Wenn nein, warum wurden keine Infos eingeholt? Anfragebeantwortung des Wohnbaureferenten: Da der Förderstelle keine konkreten Anfragen betreffend einer Sitzverlegung bekannt waren, bestand dazu keine Veranlassung.

Dann komme ich zu meinem ersten Punkt, der einmal eine große Frage aufwirft. Wie kann es sein, dass Monate zuvor im Jahr 2017 ein Rechtsanwalt Gespräche dazu geführt hat, im Auftrag und im Namen des Landes einen Auftrag erhalten hat zur Rechtsberatung für eine Wohnsitzverlegung von Wohnbaugenossenschaften ins Burgenland? Wie kann dann diese Leistung abgerechnet worden sein? Entweder ist bewusst die Unwahrheit gesagt worden, oder man hat bewusst jemand anderen getäuscht.

Dann gehen wir den nächsten Schritt weiter, was bis dato alles geschah. Wir haben dann, oder meine Person hat dann am 16. Jänner 2019 Akteneinsicht begehrt. Mit meinen Kolleginnen aus dem Verfassungsdienst und mit der zuständigen Referentin, die leider schon verstorben ist, mit der Frau Pingitzer, haben wir über sechs Stunden diese Akten angesehen und da ist doch einiges zu Tage gekommen.

Zwei Tage später, Flucht nach vorne, der jetzige Landeshauptmann, der damalige Finanzlandesrat, wo immer diskutiert wird, wer ist dann zuständig, Wohnbau oder doch Finanz? Ist dann auch immer sehr eigenartig, wie das gesehen wird. Flucht nach vorne, Anzeige gegen einen Investor. Wo ist diese Anzeige hergekommen in diesem gesamten Akt, der dem Land Burgenland vorliegt? Der, der ein hauseigener Akt ist? Bei der Aberkennung steht kein einziges Mal dieser Name drinnen. Kein einziges Mal!

Wie kann man daraus schließen, was nach der Aberkennung alles passiert ist? Wo kommt diese Information her? Wer hat welche Informationen weitergegeben und wer hat zu diesem Zeitpunkt etwas gewusst?

Interessanterweise vier Tage später, am 22. Jänner 2019, habe ich nochmals um Akteneinsicht gebeten. Siehe da, sie wurde verweigert, warum auch immer.

Es hat dann ein Gespräch gegeben über mehrere Dinge und ich habe dann nochmalig die Möglichkeit gehabt, Akteneinsicht zu haben, bis zu einer weiteren Akteneinsicht - da war der Herr Kollege Dorner dann schon zuständig -, die mir verweigert wurde und man hat gesagt, ja, können wir momentan nicht machen, laufendes Verfahren, da gibt es eine Anzeige, können wir nicht machen.

Heute haben wir schon darüber bei der Änderung der Geschäftsordnung gesprochen, was darf man, was darf man nicht? Gibt es eine Amtsverschwiegenheit? Warum kriegt man keine Akteneinsicht dazu? Und das führt mich zu einem weiteren Punkt, der auch geklärt werden muss.

Wenn heute eine Anzeige seitens des Herrn Landeshauptmann, damaliger Finanzlandesrat, gemacht wird, bei der zuständigen Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft und die Akten eingebracht werden und angezeigt wird, mit dem Motto „Haltet den Dieb“, wieso wurde dann am Ende des Tages nach der Anzeigeeinbringung der Auftrag erteilt vom Herrn Doskozil, die Interne Revision des Landes, das eigene Kontrollsystem, soll das prüfen?

Da können Sie schon wacheln, Herr Magister Doktor, das lasse ich mir so nicht gefallen, wenn Sie den Scheibenwischer nochmal so zeigen, Herr Präsident, dann bitte ich auch Sie, hier einzugreifen. *(Abg. Mag. Dr. Roland Fürst: … interessiert mich gar nicht.)* Das ist eh gut.

Tatsache ist, wenn es dann so eingebracht wird, warum wird der Kontrollbericht der Internen Revision, das hauseigene Skriptum, nicht der Staatsanwaltschaft nachgereicht. Warum wird das an eine andere Stelle geschickt? Und warum nicht der gleichnamigen Stelle?

Und warum geht man klaren Hinweisen in diesem Verfahren nicht nach, wo das Land Oberösterreich hingewiesen hat, Kolleginnen und Kollegen im Burgenland, da stimmt etwas nicht, da liegt etwas im Argen, das funktioniert nicht, das darf man so in dieser Art und Weise die Aberkennung in diesem Verfahren nicht machen.

Wo der Revisionsverband klar festgestellt hat, dass wahrscheinlich die Bilanz 2013 nicht richtig ist. Wo der Revisionsverband mitgeteilt hat, dass es erhebliche stille Reserven gibt, die wahrscheinlich so in der Bilanz nicht dargestellt wurden. Wo der Revisionsverband klar eine Mängelliste dem Land Burgenland übermittelt hat.

Die Sachverständigen, die Rechtsanwälte, die beauftragt wurden, sind doch eine stattliche Anzahl dazu, haben ebenfalls gesagt, da müssen wir aufpassen, da ist etwas nicht ganz richtig. Da gibt es zum Beispiel verschiedene Bewertungen dazu.

Warum hat das Land Burgenland als Verfahrensgestalter, Verfahrensverwalter und Bescheiderlasser nicht darauf geschaut, dass dieses Verfahren ordnungsgemäß abgewickelt wird?

Ein jeder kleine Häuslbauer, der einen Wohnbauförderungsakt abgibt und eine Wohnbauförderung beantragt, wird mehr geprüft als in einem großen Akt, wo es um Millionen geht und nachträglich gesagt wird, da sind wir gelegt worden, da ist etwas Anderes passiert.

Das eigene Schuldverständnis dafür absolut negiert wieder wird, wo ein Rechnungshofbericht auf 100 Seiten oder 118 Seiten klar sagt, auf jeder Seite einen anderen Mangel, einen anderen Verfahrensfehler dazu.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Man muss sich schon fragen, warum das alles so gelaufen ist? Wo war die Motivation dazu, dass man klare Hinweise nicht ernst nimmt?

Wo man klare Hinweise nicht wirklich in das Verfahren einfließen lässt, wenn ich alles in der Hand habe. Und ich habe doch sehr viele Dinge in der Hand. Ich habe die Möglichkeit, oder ich muss nach dem Gesetz, nach dem AVG, einen Bescheid machen. Ich muss die Liegenschaften, die da sind, bewerten. Ich muss alle Hinweise berücksichtigen.

Ich habe Bilanzen vor mir liegen und ich habe eine Beamtenarmee im Lande zur Verfügung, die mir zur Seite steht und dann noch dazu sündteure Beraterinnen und

Berater und Rechtsanwälte, die hier mit eingeflossen sind in das ganze Verfahren davor und auch danach.

Und wenn heute medial vor der Sitzung gesagt wird, da geht es nur um eine Show, um ein Kasperltheater, dann frage ich mich schon, wenn es um rund 200 Millionen Euro geht, von welchem Kasperltheater wir reden?

Wenn wir diese Causa nicht ernst nehmen, die heute bei einer Staatsanwaltschaft anhängig ist, wo es eine Sachverhaltsdarstellung gibt, wo es einen niederschmetternden Rechnungshofbericht gibt, dann weiß ich nicht, wann man wirklich zur Ernsthaftigkeit dazukommt.

Noch dazu, wenn nach mir der Kollege Dax spricht, der ja bekanntlicherweise im gleichnamigen Büro Dax & Partner tätig ist, dann frage ich mich auch, ob nicht sogar eine Befangenheit vorherrscht? Herr Präsident, wenn selbst mein Vater oder Angehörige des gleichnamigen Unternehmens Gutachten für das Land erstellen, die im Endeffekt auch in dieses Verfahren miteinbezogen werden.

Wenn ich mich recht erinnere, kann man nicht ablenken von anderen Zuständigkeiten, denn seit 1945 trägt für die Wohnbauangelegenheiten im Land Burgenland, für all diese Themen, die hier gegenwärtig sind, die SPÖ die Verantwortung.

Wenn wir heute darüber sprechen, dass das Land damals, so, wie auch Landeshauptmann Nießl, das so damit beantwortet hat, 17 Millionen Euro ja bekommen hat, dann muss man auch klar festhalten, um was es geht.

Es sind 20 Liegenschaften bewertet worden mit 823 Wohnungen. Es gab Hinweise, ich habe es vorher erwähnt, dass es wahrscheinlich viel, viel mehr sind, unterm Strich waren es 51 Liegenschaften, 1.595 Wohnungen.

Und wenn ich die Sozialpartei anschaue, die sich schon lange von diesen Grundsätzen verabschiedet hat, dann muss mir das ja gleich am ersten Blick auffallen, wenn ich dann die 17 Millionen Euro hernehme, genau sind es 17,08 Millionen Euro, und das durch die Wohnungen dividiere, kostet eine Wohnung 20.753 Euro.

Jetzt sage ich, es soll mir eine Person hier anwesend sagen, wo kann ich mir und wenn sie noch so klein ist, wo kann ich eine Wohnung um 20.753 Euro kaufen? Ich glaube, da würde es viele Interessenten geben, die eine solche Wohnung kaufen würden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben immer gesagt, wir wollen alle parlamentarischen Mittel dazu ausloten, die wir als geeignet ansehen. Wir haben in der letzten Landtagssitzung eine Dringliche Anfrage dazu eingebracht, die bis dato noch nicht beantwortet wurde.

Jetzt kann man sagen, ja, das zuständige Regierungsmitglied hat sechs Wochen Zeit und nicht vier, aber wenn ich ein Interesse an Aufklärung, wenn ich ein Interesse an Transparenz habe, dann habe ich wohl auch die Pflicht, schnellstmöglich diese Fragen zu beantworten, um auch selbst als SPÖ-Alleinregierung zur Aufklärung beizutragen.

Wir haben vor einer Woche, ich habe es heute schon erwähnt, Akteneinsicht zu einem landtagsanhängigen Tagesordnungspunkt verlangt. Gestern am Abend wurde mir mitgeteilt, tut mir leid, ich bekomme leider keine Akteneinsicht. Das stößt nicht unbedingt auf großes Verständnis.

Der Landes-Rechnungshofausschuss hat unter dem Vorsitz des Herrn Kollegen Steiner getagt, wo zwei zuständige Regierungsmitglieder, nämlich der Wohnbaulandesrat, der Herr Landesrat Dorner, geladen beziehungsweise eingeladen wurden,

beziehungsweise der Finanzreferent und Personalreferent, der Herr Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

Wenn man immer von Aufklärung spricht als SPÖ und nicht als Alleinregierung alleine bleiben möchte in vielen Themen, dann muss ich auch einen Beitrag leisten.

So hat sich nur gleich einmal der Herr Landeshauptmann entschuldigt, er kann an diesem Tag nicht. Ich frage mich, wo er war, das Auto ist vor der Türe gestanden. Dann hat der Herr Kollege Steiner als Obmann seines Amtes gewaltet und hat die Sitzung unterbrochen und am nächsten Tag weitergeführt.

Da hat es nicht mehr viel Ausreden gegeben, wenn er bei der Geburtstagsfeier war, warum ich nicht komme, dann war der Herr Landeshauptmann da, aber nicht sehr auskunftsfreudig.

Und da braucht man schon nicht mehr viel spekulieren, wie das nachher geht mit Akteneinsicht, Auskünfte erteilen, was möchte man überhaupt sagen, was weiß man? Weiß man noch nicht? Was hält man im Dunkeln? Das sind lauter Dinge, die natürlich auch die Opposition weiter hellhörig werden lässt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bei diesem SPÖ-Wohnbauskandal geht es mittlerweile nicht mehr um 130 Millionen Euro, sondern wenn man dem Schreiben oder dem Artikel des „Profil“ Glauben schenken darf, reden wir mittlerweile von fast 200 Millionen Euro.

Das Ausmaß dieses SPÖ-Skandals nach dem Rechnungshofbericht ist enorm und der Bericht ist mehr als niederschmetternd. So einen Bericht hat das Land in dieser Art und Weise noch nicht gesehen.

Und was macht die SPÖ-Alleinregierung? Sie sagt nach wie vor, haltet den Dieb, denn wir sind in einer Art und Weise betrogen worden, aber was passiert eigentlich mit jener Institution, die eigentlich wesentliche Teile auch aufgezeigt hat welche Versäumnisse das Land Burgenland gehabt hat?

Warum hat man eigentlich einen Stabsstellenleiter ausgeschaltet? Warum wurde dieser umgangen mit einer Unterschriftsermächtigung? Wer hat das veranlasst? Es ist doch eine wesentliche Frage. Wer aus der Landesregierung, egal ob Regierungsmitglied oder Beamter, hat damals veranlasst, so schnell wie möglich dieses Verfahren abzuhandeln?

Warum diese Eile, wenn ich alles selbst in der Hand habe? Warum schrillen nicht die Alarmglocken, wenn zum ersten Mal wahrscheinlich in der Geschichte eine Wohnbaugenossenschaft selbst kommt und sagt, ich möchte nicht mehr gemeinnützig sein? Ich möchte aberkannt werden.

Normalerweise ist das umgekehrt, dass die zuständigen Länder hergehen und sagen, Freunde, das geht sich nicht mehr aus, ihr macht Gewinne, ihr seid nicht mehr gemeinnützig, ihr erfüllt den Zweck nicht mehr, und daher wird ein Aberkennungsverfahren eingeleitet. Das sind sehr viele Fragen, die aufgeworfen werden.

Wenn Sie immer sagen, Sie haben schon alles getan und ich weiß, was dann danach kommt. Der Herr Landeshauptmann hat gleich die Flucht nach vorne angetreten und hat den Herrn Tojner angezeigt, und jetzt warten wir, was alles passiert und wird sehen, da ist was.

Wie erklärt man sich dann, dass man eigentlich im eigenen Haus nicht einmal zusammenräumt? Wenn der zuständige Wohnbaulandesrat nicht einmal den internen

Revisionsbericht bis heute kennt, dass er selbst Verbesserungen herbeiführen kann. Wie erklärt man sich solche Dinge? Solche Umstände? Solche Missstände?

Ich darf ein Beispiel zu der Anzeige auch bringen. Es mag schon sein, dass auf der anderen Seite auch nicht alles korrekt abgelaufen ist. Das werden die Gerichte klären. Wir wollen auch den straftechnischen Tatbestand klären und danach die politische Aufklärung betreiben.

Aber die Landesregierung sieht sich als Opfer so, wie man heute ein Auto verkaufen möchte, und das aber möglichst schnell.

Was ich auch vorher gesagt habe wo der Hinweis ist, warum hat man gedrängt auf ein schnelles Verfahren? Was macht man normalerweise, wenn man ein Auto verkauft? Als erster Schritt, man schaut sich einmal um in „willhaben“ und vergleicht ein gleichwertiges Auto. Was kann das? Wie schaut das aus? Wie ist der Zustand? Laufleistung, Zustand, Baujahr, Ausstattung, man vergleicht auf einmal und dann stellt man sich her und sagt, eine Bewertung, ja, das ist so viel Geld wert.

Wenn man sich unsicher ist und man möchte das noch viel genauer wissen, dann fährt man vielleicht zu einem ÖAMTC oder ARBÖ und lässt das Fahrzeug überprüfen und noch einmal neu einschätzen.

Und wenn man das dann alles gemacht hat, diese Schritte alle gesetzt hat, dann kommt man irgendwie zu einem Verkaufspreis, wo man dann sagt, ja, das finde ich angemessen, ich glaube, dieser Preis ist zu erzielen.

Was hat das Land gemacht? Es hat die Schritte viel, viel einfacher gesetzt, nicht einfacher gesetzt, sondern auf viele Schritte verzichtet. Das fremde Auto viel zu günstig verkauft, und am Ende des Tages beschwert man sich, dass man eigentlich abgezockt wurde.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ja, es muss aufgeklärt werden. Auf jeder Seite dieses Verfahrens.

Es muss genauso aufgeklärt werden, was die Genossenschaftler alles gemacht haben. Aber man muss auch so ehrlich sein und sich selbst an der Nase nehmen, in der eigenen Abteilung, in der Regierung, wer hat dann was wann gewusst und wer hat eine Motivation dazu gehabt, dieses Verfahren mit so viel Ignoranz abzuführen?

Und wenn zuletzt gesagt wurde, dass der „Kurier“ *(Abg. Robert Hergovich: Frag die ÖVP-Kollegen! Die ÖVP war ja dabei.)* einen guten Artikel geschrieben hat, so kann ich Ihnen auch nur wärmstens empfehlen, auch diesen „Kurier“-Artikel zu lesen: „Burgenland war sorglos, nachlässig und kritiklos.“

Dieser Artikel trifft eigentlich die gesamte Causa mit dem Nagel auf dem Kopf, und ich kann Ihnen nur sagen, das ist in Wahrheit, diese Versäumnisse müssen genauso aufgeklärt werden, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Daher haben wir uns entschlossen, dass wir gemeinsam mit der Freiheitlichen Partei eine Sachverhaltsdarstellung einbringen möchten. Es geht nicht darum, gegen wen diese Sachverhaltsdarstellung eingebracht wird, ohne dass die SPÖ wieder in Verlegenheit kommt, ja, das Land habt ihr angezeigt, ihr seid gegen alle Burgenländer oder sonst irgendwas, sondern da steht nicht einmal ein Name drinnen.

Sondern wir wollen Aufklärung betreiben, und das sollte ja auch Ihr Interesse sein, wo zumindest einmal geklärt werden muss, warum das Land Burgenland einen

detaillierten Überblick über die Liegenschaften und dessen Verkehrswert sich zu beschaffen unterlassen hat.

Warum gab es kein Liegenschaftsverzeichnis? Warum gibt es keine Objektliste? Keine Kontoauszüge? Keine Fotodokumentation? Keine Verkehrswertgutachten? Warum sind diese nicht eingeholt worden?

Warum ist die ganze Dokumentation des gesamten Aktes lückenhaft und das sagt nicht die ÖVP als politische Partei, das sagt der unabhängige Rechnungshof. Dass es nicht immer heißt, die politischen Parteien hauen dann hin und so weiter. Nein, das sagt auf 118 Seiten klar dokumentiert der Rechnungshof.

Und warum hat das Land Burgenland klare Definitionen für Aufträge und Beweisgegenstände vernachlässigt und nicht erteilt? Warum ist das passiert?

Es sitzen ja keine Amateure in der Landesregierung, bitte. Wenn ich denke, da sitzt der aktuelle Landesamtsdirektor, eine hochqualifizierte Person. Wir haben damals einen Hofrat Tauber an dieser Stelle gehabt, wir haben einen Engelbert Rauchbauer, einen Hans Nießl, langjähriger, erfahrener Politiker, einen Finanzlandesrat, der Bieler *(Abg. Robert Hergovich: Was willst Du damit sagen? Was willst Du denen vorwerfen?)* geheißen hat.

Ich werfe Ihnen gar nichts vor, aber das sind lauter erfahrene Personen, und dass ich über ein Streichholz drüberfalle, das kann ja wohl nicht sein. *(Abg. Robert Hergovich: Was willst Du denen unterstellen? – Abg. Doris Prohaska: Das ist aber jetzt eine Unterstellung, dass sie nicht drübergefallen sind, sondern dass Absicht dahinter herrscht. Das ist eine Unterstellung einer Absicht.)*

Wenn Sie kein Interesse an Aufklärung haben, dann sagen Sie es. Ich lade Sie jedenfalls ein, wenn Sie Aufklärungsinteresse haben, *(Abg. Doris Prohaska: Unterstellung einer Absicht!)* dann können Sie heute noch diese Sachverhaltsdarstellung unterschreiben, bringen wir gemeinsam diese Sachverhaltsdarstellung ein.

Machen wir gemeinsam Aufklärung, bringen wir gemeinsam Licht ins Dunkel in dieser Causa und schauen wir, dass in Zukunft solche Dinge nicht mehr passieren können. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Dax zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Dax** (SPÖ)**:** Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Vorweg, Herr Kollege Ulram, ich möchte Sie jetzt nicht aufgrund Ihrer Unwissenheit bloßstellen, aber aufgrund dieses persönlichen Seitenhiebs würde ich schon ganz gern wissen, was die Intention dahinter ist, als Befangenheit als Landtagsabgeordneter *(Abg. Markus Ulram: Es gibt ein Liegenschaftsbewertungsgutachten der Kanzlei Dax.)* auszuschließen oder sonst was?

Ich meine, ich bin gewählter Mandatar im Burgenländischen Landtag und Sie wollen mich wegen Befangenheit oder irgendwas ausschließen. Ich weiß, dass Sie jetzt nichts rechtskundig sind oder sonst was, aber das ist ja komplett absurd. Komplett absurd! *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Markus Ulram: Hat Ihr Vater das gemacht, oder nicht? Hat Ihr Vater das Gutachten geschrieben oder nicht?)*

Aber danke für die Erwähnung. Wollen Sie mich als Landtagsabgeordneter von einer Sitzung oder irgendwas ausschließen*? (Abg. Markus Ulram: Das habe ich nicht*

*gesagt. Aber ob Sie der richtige Redner sind, habe ich hinterfragt. Wenn Ihr Vater das Gutachten geschrieben hat, ist das nicht merkwürdig? - Abg. Robert Hergovich: Was soll da merkwürdig sein? Dann weiß er es wenigstens. – Abg. Markus Ulram: Für 400.000 Euro.)*

Was behaupten Sie? Danke für die höchst qualifizierte Wortmeldung. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP - Abg. Robert Hergovich: Du weißt ja nicht, von was Du redest. Er weiß wenigstens, von was er redet.)*

Eines ist klar, der Rechnungshofbericht hat einige Ungereimtheiten und Unklarheiten *(Heiterkeit des Abg. Markus Ulram: Einige Ungereimtheiten.)* in Bezug auf die Abwicklung dieser drei gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften aufgezeigt. Das ist ganz klar.

Wenn man sich ein bisschen näher mit der Materie befasst, es ist doch - zum Glück - nicht alles immer so schwarz, wie es manche aufzeichnen und wenn man gewisse Sachen hinterfragt, dann fällt einem auf, dass Sie ganz wesentliche Punkte unterlassen haben.

Bevor das Ganze angefangen hat, im Jahr 2011, hat es bereits eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft gegeben. Diese Sachverhaltsdarstellung wurde im Jahr 2013 eingestellt. Die Anwälte, die damals mit der Abwicklung betraut waren, die wurden vom Revisionsverband empfohlen.

Nehmen Sie jetzt einmal an, Sie sitzen in der Landesverwaltung, wickeln das Verfahren ab, dann haben Sie eine Anzeige gemacht, die Staatsanwaltschaft, da ist nix. Dann wird Ihnen ein Anwalt vom Revisionsverband empfohlen und dann sollen Sie noch immer dahinterkommen, dass da was schiefläuft, dass da keine Absprachen oder sonst etwas gibt.

Dass Fehler im Verfahren passiert sind, das ist gar kein Thema, aber dass die Verwaltung einem Betrug aufgesessen ist, das ist ganz klar, und das ist momentan auch Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Markus Ulram: Der erste richtige Schritt, dass Fehler gemacht worden sind.)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek** *(das Glockenzeichen gebend)***:** Der Abgeordnete Mag. Dax ist am Wort. Sie können sich nachher melden.

**Abgeordneter Mag. Christian Dax** (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Zum Kollegen Spitzmüller, zu dieser großartigen Recherchetätigkeit, die in der Anzeige vom Kollegen Ellensohn damals vorgefallen ist. Die Anzeige ist gekommen und sie wurde innerhalb von ein paar Tagen eingestellt. Also so großartig kann dieses Wissen oder was auch immer er da recherchiert hat, nicht gewesen sein.

Aber eines war gut, es war der Anstoß dafür, dass man gemerkt hat, dass da irgendwas nicht stimmt. Und was hat der Hans Peter Doskozil gemacht, der eben einen guten Riecher für solche Sachen hat? Er hat eine Anwaltskanzlei beauftragt, eine Sachverhaltsdarstellung zu erstellen und die Begebenheiten der Vergangenheit zu prüfen, zu durchleuchten, sich uralte Grundbuchsauszüge et cetera anzuschauen, wie man dann auf dieses ganze Konstrukt gekommen ist.

Es ist ja nicht so, dass im Grundbuch Tojner oder sonst wer drinnen gestanden ist, das hat sich ja ergeben, das war ein Geflecht von unterschiedlichsten Firmen und so ist man da einfach draufgekommen. Das muss man einfach dazusagen. Es ist nicht so, dass irgendwer etwas salopp übersehen hat.

Eine kurze Ausführung zur Rechtsmaterie: Die Abwicklung der Genossenschaften, das ist im § 36 Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, also WGG, festgehalten. Darin steht, dass die Grundlage für die Bewertung immer die Bilanz ist. Das steht da drinnen, und wenn gewisse Grundstücke - stille Reserven haben mit dem nichts zu tun, das ist etwas anderes, nur dass Sie es gleich vorweg wissen -, wenn die Grundstücke nicht in der Bilanz drinnen stehen, dann ist das ein ganz ein anderes Thema. Also die Causa ist viel, viel komplexer wie das aufgezeigt wird.

Ein Punkt zum Rechnungshof: Das sei schon erwähnt, mag der Bericht gut schlecht oder was auch immer sein, aber die Grundlage für diesen Rechnungshofbericht, und das wurde dem Rechnungshof auch zugestellt, ist der Bericht der Internen Revision und ist auch die Sachverhaltsdarstellung, die das Ganze aufgedeckt hat.

Auf dieser Grundlage ist der Rechnungshof überhaupt auf diese Zahlen gekommen. Also der hat nicht alles aufgezeigt, die Landesregierung und die Landesverwaltung hat diese Schritte schon im Vorhinein gesetzt, und deshalb hat der Rechnungshof auch diese ganzen Punkte aufzeigen müssen. Das muss man auch ganz klar sagen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und zu dieser von Ihnen gerade präsentierten Sachverhaltsdarstellung oder was auch immer das „Blattl“ Papier gerade war. Ich habe mir lange Gedanken gestern darüber gemacht was der Grund dahinter ist, was Sie sich denken.

Jetzt habe ich mir zuerst gedacht, das muss grobe Unwissenheit sein oder vielleicht eine Inkompetenz oder vielleicht hat man einfach nicht gewusst, was eine Sachverhaltsdarstellung ist. Weil, es geht ja darum, wenn ein Anfangsverdacht da ist und eine Sachverhaltsdarstellung da ist, dann muss die Staatsanwaltschaft in alle Richtungen ermitteln, egal ob das die Verwaltung ist, egal ob das Dritte sind, was auch immer.

Und die Staatsanwaltschaft ist dabei, und ich würde es unterlassen, ich halte sehr, sehr viel von der WKStA, das sind großartige Persönlichkeiten, die großartige Arbeit leisten, und ich vertraue darauf, dass die alles, was in diesem Zusammenhang falsch gelaufen ist, aufdecken wird und dazu bedarf es keiner weiteren Stellungnahme, Sachverhaltsdarstellung oder was auch immer.

Jetzt habe ich das hinterfragt, ob das mit Unwissenheit zu tun haben kann, und dann habe ich mir gedacht, der Herr Kollege Petschnig ist auch beteiligt und zumindest er scheint mir sehr, sehr wissend. Und ich schätze sein Wissen auch sehr, deswegen habe ich mir gedacht, die Variante zwei ist wohl dahinter, dass man so eine Sachverhaltsdarstellung oder einen „Wisch“ einbringt, was auch immer, und das ist, um eine politische Show zu bezwecken.

Dass man wieder einmal die Bühne hat, dass man wieder einmal das Gesicht des Markus Ulram irgendwo auf „burgenland.orf.at“ hat und Alexander Petschnig ist halt mit dabei, sieht und sagt, wieder ein riesengroßer SPÖ-Skandal im Burgenland - Schweinerei, wieder was Neues – und täglich grüßt das Murmeltier.

Das ist der einzige Sinn und Zweck hinter dieser Sachverhaltsdarstellung. Einen anderen Grund sehe ich einfach nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Also noch einmal auf den Punkt gebracht: Der Hans Peter Doskozil war jener, der den Stein ins Rollen gebracht hat. Das Ermittlungsverfahren ist momentan am Laufen, *(Abg. Markus Ulram: Der Hinweis, oder?)* es gibt Hausdurchsuchungen. Also die Staatsanwaltschaft ist offenbar schon sehr, sehr weit, und wenn kein Verdacht dem Ganzen zugrunde liegen würde, dann wäre das Verfahren schon lange eingestellt, aber wie man aus den Medien entnommen hat, ist es noch immer am Laufen. Und es ist

wahrscheinlich auch noch im Laufe des heurigen Jahres mit einer Anklage zu rechnen und das ist gut so.

Mit dieser ganzen Aktion ziehen Sie die Causa sehr stark ins Lächerliche und das Einzige, was Sie jetzt tun, Sie trauen sich jetzt nicht, die erste Reihe anzugreifen und das ist das Schlimmste überhaupt.

Man greift einfach die Verwaltung an, die haben wahrscheinlich, - wie oft wickelt man wirklich einen Wohnbauträger ab, wie oft passiert so etwas? Genau einmal. Da verlässt man sich auf die Beratung, das hat der Rechnungshof auch gesagt, und die ganzen Formalitäten bei der Beauftragung, wenn ich ein drittes Unternehmen beauftrage, irgendwas abzuwickeln und das ist eine Anwaltskanzlei, was eine Expertise hat oder ein Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder was auch immer, dann kann ich mich darauf verlassen, dass diese die Expertise mitbringen.

Und wenn es unter denen Absprachen gibt, wenn uns die hinters Licht führen, dann ist es Betrug und hat nichts mit einer schlechten oder nicht ordnungsgemäß durchgeführten Verwaltung zu tun. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Markus Ulram: Warum sind die nicht angezeigt worden? Wieso sind diese nicht angezeigt worden?)*

Die Staatsanwaltschaft ermittelt in alle Richtungen, man muss nicht jede Person anzeigen. Die schauen sich alles an und wenn sie sehen, dass wer mit dem in Zusammenhang steht, dann wird natürlich gegen den ermittelt.

Ich meine, ich habe gedacht, Sie haben Ausbildung bei der Polizei gemacht? Also das … *(Abg. Robert Hergovich: Das ist schon lange her. – Abg. Ewald Schnecker: Das hat nichts genutzt. – Abg. Markus Ulram: Also zu den persönlichen Dingen können wir … )*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek** *(das Glockenzeichen gebend)***:** Herr Landtagsabgeordneter Mag. Dax ist am Wort.

Sie können sich nachher melden, Herr Klubobmann. *(Abg. Markus Ulram: Das ist so, ich sage es eh gleich.)* Ja, das ist so, wie ich gesagt habe. *(Abg. Markus Ulram: Ja, ja!)*

**Abgeordneter Mag. Christian Dax** (SPÖ) *(fortsetzend)***:** Wir haben alle ein großes Interesse daran, dass das lückenlos aufgedeckt wird. Wenn jemand aus der Verwaltung beteiligt war, dann wird es auch vorkommen in den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Das werden wir dann sehen, das bedarf keiner weiteren Sachverhaltsdarstellung oder was auch immer, das ist eine einzig große Show.

Langsam müssen Sie entscheiden, auf was für einer Seite Sie stehen. Wenn Sie meinen, es ist zu wenig Verdacht da, dass das Land Burgenland übers Ohr gehaut worden ist, dann soll es Ihrer Meinung nach so sein.

Wir sind da ganz anderer Meinung. Das wäre nicht passiert, wenn uns gegenüber mit offenen Karten gespielt worden wäre. Das ist ganz genau so, wenn Sie einkaufen gehen in den Supermarkt, es sitzt gerade niemand an der Kassa, Sie haben eine Wurstsemmel in der Hand, die Sie sich gerade geholt haben und gehen hinaus, weil halt keiner abrechnen will.

Das ist halt nicht der Fall, man hat sich darauf verlassen, dass man es mit ehrlichen und geschäftstüchtigen Menschen zu tun hat. Dass wir übers Ohr gezogen worden sind, dafür kann die Landesverwaltung nichts, und das möchte ich noch einmal klarstellen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und dann noch einmal zum finanziellen Schaden. Das ist nicht so, dass das Land Burgenland jetzt da unendlich viele Millionen Euro oder sonst was verloren hat, es ist ordentlich abgewickelt worden, das Verfahren. Mit den Unterlagen, die da waren, ist ein Verfahren durchgeführt worden, mit anwaltlicher Begleitung, das hat ganz genau so der Rechnungshof festgestellt.

Ob er jetzt im Auftrag drinnen steht, was der zu tun hat, ist vollkommen wurscht. Wenn ich jemanden damit beauftrage, ein Verfahren nach dem WGG durchzuführen, dann hat er das zu tun, der haftet ja lege artis. Es haftet ja jeder Berater, für das gibt es ja eine Haftung.

Und jetzt wird sich herausstellen nach der Sachverhaltsdarstellung, ob es da auch Beraterhaftungen et cetera gegeben hat. Das werden wir nachher feststellen können, das ist ganz klar. *(Beifall bei der SPÖ)*

Also das ist unser Appell, dass wir da jetzt alle Seite an Seite zusammenstehen und versuchen, gemeinsam Licht hinter das Ganze zu bringen, dass wir das aufklären, was da tatsächlich passiert ist, egal wer beteiligt war. Dieses Interesse haben wir auch und nicht, dass wir uns jetzt auf einmal auf die Seite von denen stellen, wo wir meinen, die haben das Land hintern Tisch gezogen, sondern dass man sich auf die Seite des Landes stellt und sagt, wir decken das jetzt einfach gemeinsam auf.

Das würden wir uns erwarten, und ich glaube, das hätten sich die Burgenländerinnen und Burgenländer auch verdient. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das war jetzt das letzte Mal, dass wir diesen Punkt von dieser Seite aus diskutiert haben. Es ist alles gesagt, die Unterlagen sind alle bei der Staatsanwaltschaft.

Und wenn es die Opposition nicht schafft, in dieser Geschichte einen Untersuchungsausschuss einzurichten, wenn Ihr das nicht schafft, dass Ihr da endlich einmal das Heft in die Hand nehmt und nicht nur groß redet und die Leute in der Verwaltung oder den Hans Nießl oder wen auch immer beschuldigt, dann macht doch einen Untersuchungsausschuss. *(Abg. Walter Temmel: Wir machen es eh, gell?)*

Wenn Ihr das nicht macht, dann machen es wir und dann könnt Ihr mitziehen, aber wir werden das aufdecken. Wenn Ihr nicht dabei sein wollt, dann seid nicht dabei. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner ist der Herr Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt der Bericht des Rechnungshofes vor, zu den, glaube ich, hinlänglich bekannten Wohnbaugenossenschaften beziehungsweise der Aberkennung der Gemeinnützigkeit.

Darüber wurde ja nicht nur heute, sondern auch schon das letzte Mal in Form einer Dringlichen Anfrage sehr ausführlich debattiert. Die Inhalte sind bekannt.

Ich möchte vielleicht die Gelegenheit nutzen, mich beim Rechnungshof zu bedanken, weil das glaube ich, schon ein sehr erhellender Bericht ist, welche Schlüsse man auch immer daraus zieht.

Ich bin froh, dass dieser Bericht, so wie er ist, das Licht der Welt erblickt hat, dass er Anlass zu Debatten gibt. Natürlich gibt es da unterschiedliche Meinungen, gibt es unterschiedliche Betroffenheiten, gibt es auch unterschiedliche persönliche Hintergründe.

Das macht ja auch das Salz in der Suppe einer Demokratie aus, dass wir darüber debattieren, meinetwegen auch streiten können, aber ich glaube, dass es wichtig ist, dass der Rechnungshof diesen Bericht so verfasst hat.

Ich wage auch zu behaupten, hätten wir das, ich spreche jetzt „wir“, die Frau Landtagspräsidentin und ich, die wir im Jahr 2015 in der Regierung waren, das so damals vorliegen gehabt, dass dieser Beschluss in der Landesregierung so nicht gefasst worden wäre. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Zumindest für uns beide, die wir ja dabei waren, oder die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin ja auch, die heute nicht dabei ist und unser Klubobmann ja auch, der heute oder zurzeit zumindest auch nicht im Saal ist.

Ich glaube, alles andere, was so „Wortscharmützel“ und so ausgetauscht wird, das gehört da einfach dazu. Juvenal hat schon vor 2.000 Jahren gesagt, Brot und Spiele. Das waren eben mehr die Spiele, die so ein bisschen zur Unterhaltung beitragen. Das ist in Ordnung.

Ich würde da auch nicht alles auf die Goldwaage legen. Aber, und da sind wir uns einig und das ist ja auch positiv, es gibt da auch schon einen sehr ernsten Kern der Sache. Dieser Kern dieser Sache gehört aufgeklärt.

Ich bin mir nicht so sicher, oder ich möchte da direkt jetzt in diese Argumente überleiten, was denn da jetzt zur Aufklärung beitragen kann oder was geeignet ist, dazu beizutragen.

Es hat uns im Jahr 2019 der nunmehrige Landeshauptmann, damals war er glaube ich noch Landesrat, Hans Peter Doskozil, einen Handlungsstrang erzählt, er möchte gerne eine Anzeige gegen den Herrn Tojner einbringen.

Ich glaube, der Name ist ja schon bekannt, wurde uns auch mit entsprechenden Indizien so vorgestellt. Dagegen ist auch aus Sorgfaltsgründen aber auch so ja nichts zu sagen. Ich würde das auch heute unterstützen. Versuchen wir es, schauen wir, was da dran ist.

Möglicherweise sind ja gerichtsbelastbare Verdachtsmomente auf Betrug oder was auch immer da durch die Gegend schwirrt gegeben. Das mag ja alles sein. Im Übrigen, nur um das klarzustellen, weil da gestern auch ein bisschen Verschwörungstheorien so durch die Gegend geschwirrt sind.

Ich kenne den Herrn Tojner nicht, ich habe ihn nie wissentlich getroffen oder gesehen. Und ich glaube, er wird es mir nachsehen, wenn ich sage, es ist mir herzlich egal, ob er irgendwo einen Schnitt macht oder nicht. Ich möchte aber nicht, dass das auf Kosten unseres Heimatlandes geht.

Die Frage ist nur folgende: Erstens einmal, es wird da immer ein Schulterschluss eingefordert. Ich glaube, wie Du richtig gesagt hast, bei der Justiz anhängig, bei der Staatsanwaltschaft anhängig, der Schulterschluss hier tut da, glaube ich, nichts zur Sache, das ist glaube ich relativ egal, das nimmt seinen Lauf.

Zweitens einmal gibt es schon die Frage, was denn das Ergebnis dieses Verfahrens ist? Weil sogar, wenn da etwas herauskommt, ich weiß nicht, was bekommt denn der Herr Tojner? Sechs Monate bedingt, oder was auch immer. Ich sage da irgendwelche Dinge, sofern es überhaupt zu einer Anklage und dann noch zu einer Verurteilung kommt. Aber was haben die Menschen im Burgenland davon, dass der - ich weiß schon, spezialpräventive Wirkung und so weiter, aber ganz ehrlich, diese 120 oder

130 oder 200 Millionen Euro, auch wenn es nur die Bemessungsgrundlage ist, die fehlen nach wie vor, die vermissen wir nach wie vor.

Die vermissen wir, glaube ich, alle 35 oder 36 wie viele jetzt hier im Saal sitzen. Da sollte man schon genauer dahinter schauen, dass wir hier uns nicht wie das Kaninchen vor der Schlange auf einen einzigen Fokus da kaprizieren, sondern, dass wir eben schauen, ob das wirklich das Einzige war, behaupteter Betrug oder ich weiß nicht, was da schon alles behauptet worden ist.

Wir wissen, wie solche Verfahren in der Regel ausgehen - nämlich, sie werden eingestellt. Schauen wir einmal, ob es zu dieser Anklage kommt, schauen wir was da herauskommt. Unsere Meinung ist, und da bin ich auch dem Markus Ulram dankbar, dass wir da gemeinsam das gemacht haben, wir haben auch eine Pressekonferenz mit Unterstützung der GRÜNEN da gemacht.

Die Regina Petrik war da dabei, wo wir gesagt haben, na ja, es gibt da schon noch andere Player in diesem Spiel, die sich auch nicht mit Ruhm bekleckert haben.

Da komme ich eben nicht davon herunter, dass eine bescheiderlassende Behörde - und Christian Dax, Du bist glaube ich der juristisch weitaus versierteste unter den Mitgliedern des Hohen Landtages - die Beweisanträge eines Antragstellers zu würdigen hat.

Da wirst Du mir wahrscheinlich zustimmen, dass er die materielle Wahrheit zu ermitteln hat, da auch Hinweise zum Beispiel von einem Revisionsverband beispielsweise von anderen Bundesländern oder sonstigen Stellen auch zu würdigen und gegebenenfalls eigene Beweismittel beizubringen hat.

Also, zum Beispiel, eigene Bewertungen oder, zum Beispiel, eigene Abfragen aus dem Grundbuch oder woher auch immer. Diese Fakten, zumindest laut Rechnungshof, auf diesen Bericht muss ich mich natürlich berufen, sind ja da. Diese Hinweise waren da.

Das Problem ist nur, das wurde, aus welchen Gründen auch immer, unterlassen. Ich glaube, da können wir oder sind wir ja, glaube ich, gar nicht so weit voneinander entfernt. Was uns jetzt interessiert, ist dieses Unterlassen, denn ich habe da immer von Unterlassungssünden gesprochen. Das ist etwas, was uns, zumindest uns beide, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen lässt, sondern da gehört schon einmal genauer hingeschaut. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Vor allem vor den Hintergrund, was der Wolfgang Spitzmüller am Anfang gesagt hat - es gehört unter allen Umständen verhindert, dass es wieder passiert. Es ist schon richtig, ein Aberkennungsverfahren wird nicht jeden Tag passieren, das ist wahrscheinlich etwas Außergewöhnliches, aber wir hätten eben gerne die Sicherheit, oder im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes die Sicherheit, dass im Land eine möglichst professionelle Verwaltung, ein möglichst professionelles Verwaltungshandeln getätigt wird.

Nun aber zurück zu diesen Unterlassungen. Es gibt im Prinzip zwei Möglichkeiten - es kann absichtlich oder unabsichtlich unterlassen worden sein. Ich glaube, etwas Drittes ergibt sich logisch nicht.

Sollte es absichtlich unterlassen worden sein, wird es die Justiz interessieren. Daher eben diese Idee einer Information der Staatsanwaltschaft in Form einer Sachverhaltsdarstellung, ob die eine oder die andere Staatsanwaltschaft ermittelt.

Ich glaube, im Zuge des U-Ausschusses im Nationalrat erlebt man da ja gerade einiges. Also, ich glaube, es kann nicht schaden, wenn man da zusätzliche Informationen vorlegt.

Das geht auch nicht ad personam gegen irgendjemanden, egal ob Verwaltung, oder Politik oder ehemalige Politik, sondern es geht ausschließlich darum, die Staatsanwaltschaft zu ersuchen - ich sage es salopp, um eine Expertise, kann da absichtliches vorwerfbares Verhalten dahinterstehen, ja oder nein.

Ich sage es auch ganz offen, ich persönlich glaube nicht, dass das dahintersteht. Ich glaube, dass das in relativ absehbarer Zeit eingestellt wird. Das ist meine Überzeugung. Aber, das hätten wir eben gerne, denn dieses Nein ist ja auch eine Erkenntnis, das ist ja auch eine Antwort, mit der man arbeiten kann. Denn dann wäre es unabsichtlich und wenn es unabsichtlich ist, dann muss man schon schauen, warum.

Da bin ich mir dann nicht so sicher, ob man da nicht Aspekte wie - also ich spreche es einfach aus, Unvermögen ins Treffen führen muss. Ich glaube, dass ich da nicht ganz so falsch liege, denn, wenn ich die Berichterstattung über die Pressekonferenz von der SPÖ gestern um 13.00 Uhr richtig verstanden habe, dann hat der Herr Landesrat Dorner gesagt, na ja, das ist eine relativ schwierige Materie, und das hat man nicht jeden Tag, und da braucht man sozusagen Unterstützung.

Ich glaube, Du hast jetzt ähnliches auch vom Rednerpult gesagt. Also das kann aber bitte das Argument nicht sein. Weil, wenn diese Materie so schwierig ist, ich bin überzeugt davon, dass die Finanzbehörden und die Justiz und die Polizei auch schwierige Materien zu bearbeiten und zu beamtshandeln haben, dann muss ich mir diese Expertise eben erarbeiten, da muss ich mich eben einlesen.

Da muss ich mich eben irgendwie in einen Stand versetzen, die materielle Wahrheit zu ermitteln und einen Bescheid erstellen oder zu erlassen, der eben gewissen Qualitätskriterien genügt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Genau daran zweifeln wir ja. Das ist der Grund, warum wir eben genau diesen Aspekt aufgehellt haben wollen.

Wenn man sich jetzt hier damit gedanklich einmal ein bisschen von diesem Fokus befreit und sagt, na ja, vielleicht sind ja auch anderswo Unpässlichkeiten passiert, vielleicht könnte man ja auch anderswo etwas verbessern, dann, ich bin jetzt kein Experte fürs Verwaltungsrecht, da muss ich wieder auf Dich zurückkommen, aber, ich glaube, da wären ja - ich weiß nicht ob das jemand geprüft hat, Dinge möglich.

Ich weiß nicht, es gibt ja eine Wiederaufnahme eines Bescheides, es gibt eine Bescheidänderung, es gibt dann eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, und so weiter.

Es gibt ja verfahrensrechtliche Mittel. Ich glaube, das ist ja noch nicht einmal verjährt, zumindest nicht aus dem Jahr 2015. Da hätten wir heuer ja noch Zeit, dass man hier dieses Argument aufgreift und dass man hier schaut, dass man vielleicht möglichst viel von dem entstandenen Schaden wieder zurückbekommen.

Ich glaube, das wäre in unser aller Interesse, aber, man müsste sich irgendwie ein bisschen von diesem Fokus befreien. Der eine, der im Übrigen in keiner der betreffenden Genossenschaften irgendeine Organfunktion gehabt hat, also da würde man zuerst einmal nachweisen müssen, dass das tatsächlich der Strippenzieher ist, nachdem die anderen da irgendwie nachgehüpft sind. Ich weiß nicht, wie das gelingen soll, wir lassen uns da alle überraschen.

Aber, ich glaube, dass man hier der Sache schon relativ nahekommen kann. Wie gesagt, das ist natürlich eine Aufgabe, die die Vollziehung machen muss. Wir sind die parlamentarische Kontrolle. Wir können darauf hinweisen, was man vielleicht tun könnte.

Wir können vielleicht darauf hinweisen, gestützt auf den Rechnungshof, der ja unser Instrument ist, was man vielleicht besser machen könnte und das natürlich auch entsprechend der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

In diesem Sinne glaube ich, dass das der richtige Weg wäre. Erstens einmal den Schaden möglichst zu begrenzen, und zweitens - wieder auf den Kollegen Spitzmüller zurückzukommen - der gesagt hat, Fehler, die immer wieder passieren.

Ich bin der Meinung, nein, diese Fehler dürfen nicht immer wieder passieren, denn man sollte daraus lernen und tunlichst schauen, dass diese Fehler am besten für immer vermieden werden, indem man eben die entsprechenden Strukturen, die entsprechenden Expertisen, vielleicht auch die entsprechende Ausbildung sicherstellt, damit eben hier im Land das entsprechende Verwaltungshandeln stattfinden kann.

Die Bürger haben, ich wiederhole das noch einmal, einen Anspruch darauf. Und ich darf auch noch einmal wiederholen, wir vermissen nach wie vor, je nachdem wie man es berechnet, zwischen 130 und 200 Millionen Euro. Wir werden sicher keine Ruhe geben, bis wir wissen, wo dieses Geld hin verschwunden ist, wer sich da bereichert hat oder wer da irgendwie nicht sachgemäß gehandelt hat.

Das geht nicht gegen irgendjemanden, sondern das geht für alle Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster ist der Herr Klubobmann Markus Ulram zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Markus Ulram** (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge zur Anmerkung. Zum einen - zu meinen zwei Vorrednern darf ich sagen, grundsätzlich haben wir anscheinend ohnehin dasselbe vor, nur oft andere Zugänge dazu.

Das Eine ist, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft prüft. Das Andere, wir wollen ja nichts anderes, was auch der Kollege Petschnig gesagt hat. Egal was mit dieser Sachverhaltsdarstellung passiert, aber dann kann man zumindest einen Teil abhaken. Das muss ja auch in Ihrem Interesse sein, dass man strafrechtlich relevante Dinge, die andere Leute auch interessiert, einmal abhakt.

Dann muss man die politische Verantwortung natürlich auch hinterfragen und natürlich auch betrügerische Absichten in anderen Dingen. Aber, das passiert ja auch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was spricht dagegen, dass man das gemeinsam aufklärt? Noch dazu bin ich auch für diese Wortmeldung vorher dankbar, dass Sie sagen, ja, es sind Fehler passiert. Das kann ja passieren, aber dann kann man ja sagen, es sind mir welche passiert.

Warum man bis heute noch nichts getan hat, und den internen Revisionsbericht noch nicht in der Wohnbauförderungsabteilung überhaupt gelesen hat oder bekommen hat, oder umgesetzt hat, weiß ich nicht.

Zum vorigen Thema der verbalen Entgleisungen und Anschuldigungen und wenn die SPÖ in den Debatten im Eck steht, dann wird es immer sehr persönlich. Das haben wir heute schon einmal gehabt bei der Causa rund um die Gemeinden.

Ich darf auch darauf verweisen, und ich bin neugierig, was es hier für Konsequenzen gibt, wenn ein SPÖ-Parteisekretär im Bezirk Neusiedl am See einen wahlkämpfenden Unternehmer mit Goebels-Methoden *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* vergleicht, was der tut. Da bin ich auch neugierig, was es dann für Konsequenzen gibt? *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Klubobmann. Als nächster Redner ist Herr Klubobmann Robert Hergovich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Kollegin Petrik. Ich habe in der Debatte zuvor beim 1-2-3-Ticket mit Bruckneudorf ein Beispiel gebracht. Das ist unzutreffend. Ich möchte mich dafür entschuldigen, denn das war nicht korrekt. Dieses Beispiel ist bitte nicht anzuwenden, denn da geht es um den Bahnhof, da haben Sie völlig recht.

Ich sage aber gleichzeitig dazu, dass macht das 1-2-3-Ticket nicht gerechter. Diese Diskrepanz ist gegeben, beispielsweise Neufeld - Ebenfurth. Eine ordentliche Benachteiligung der Burgenländerinnen und Burgenländer und daher ist der Beschluss dieses Abänderungsantrages wichtig und richtig.

Trotzdem, noch einmal, dieses Beispiel, das ich vorher erwähnt habe, ist unzutreffend. Bitte das so zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank ist Herr Landesrat Mag. Heinrich Dorner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Heinrich Dorner** (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ein paar Anmerkungen noch hinzufügen. Zum einen, Kollege Petschnig, wenn man davon spricht, dass etwas nicht wieder passieren soll, ist das selbstverständlich so. Man soll aus Fehlern lernen, das ist überhaupt kein Thema, aber diese Empfehlungen des Revisionsberichtes betreffen ja die Wohnbauförderung. Mir wurde das auch zur Kenntnis gebracht, aber das ist ja nicht meine Zuständigkeit.

Die Empfehlungen sind alle - sei es vom Rechnungshofprüfbericht - bei der Wohnbauförderung angesiedelt. Mein Bestreben als zuständiger Landesrat ist es, diese Empfehlungen auch umzusetzen. Aber, diese Wahrnehmung, dass man jetzt sagt, das wirkt ja so, als wäre jetzt jeden Tag eine Aberkennung, dass man da eine Routine bekommen muss.

Da ist es, glaube ich, schon legitim, und ich will, und ich stelle mich da jetzt und ich habe das schon einmal gesagt, schützend vor die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Dass, wenn das das erste Mal hier im Burgenland abgewickelt wird, hier eine externe Expertise zukaufen kann, ist das, aus meiner Sicht, legitim.

Der Rest, dass hier abgelenkt wird, ist aus meiner Sicht, und das ist halt meine Sicht, von der Verwaltung hin zu diesem möglichen Betrug, sehe ich ehrlich gesagt nicht ganz ein, weil da sollte man auf beides, bin da völlig d‘accord, dass man sagt, das sollte nicht wieder passieren.

Aber, auf der anderen Seite sollte man nicht nur diesen einen Punkt in den Fokus stellen, sondern den anderen schon auch, Kollege Ulram. Soviel zu meiner Anmerkung. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Landesrat. Geschätzte Damen und Herren! Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend „Gemeinnützige Bauvereinigungen Pannonia, Gesfö und Riedenhof - Entziehung der Gemeinnützigkeit“ wird somit einstimmig zur Kenntnis genommen.

**10. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 130) zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen (Zahl 22 - 86) (Beilage 155)**

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt. Der 10. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 130, zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen, Zahl 22 - 86 Beilage 155.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Herr Landtagsabgeordneter.

**Berichterstatter Mag. Dr. Roland Fürst:** Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen in ihrer 3. Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag, wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Leider ist gerade niemand auf der Regierungsbank. Dieser Antrag der SPÖ zeigt, dass sich in Fragen der Bildungsfinanzierung die SPÖ und

die GRÜNEN finden. Da habt Ihr unsere Unterstützung. Wir GRÜNE sind gegen diese Studiengebühren, die da immer wieder ins Feld getrieben werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die ÖVP ist schon 2017 daran gescheitert, als sie Studiengebühren für die FH Burgenland einführen wollte. Wir waren damals bei der Debatte auch schon dabei.

Ah, jetzt ist die Landesrätin da. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ich habe gerade ausgeführt, dass dieser Antrag der SPÖ zeigt, dass sich in Fragen der Bildungsfinanzierung SPÖ und GRÜNEN treffen und das auch wir sehr klar gegen diese Studiengebühren sind.

In der Bundesregierung ist das Bildungsressort in ÖVP Hand und die wollte unbedingt durch das Programm der Bundesregierung sicherstellen, dass die GRÜNEN keine Debatte über Studiengebühren anfechten und darum musste auch unbedingt ausdrücklich als Programm für den Bildungsminister festgehalten werden.

Ich zitiere jetzt aus dem Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung: Beibehaltung des derzeit bestehenden Systems der Studienbeiträge mit regelmäßiger Valorisierung. Mein „grüner“ Blick auf diesen Satz beansprucht ihn auch für das Burgenland.

Auch für uns muss der Begriff Beibehaltung gelten. Beibehaltung des Systems, das wir jetzt haben und auf das würde ich mich auch stützen. Wir haben hier ein System der Freiheit von Studiengebühren und das sollte beibehalten werden. Insofern würde ich das türkis-grüne Regierungsprogramm auch auf die FH-Burgenland anwenden und das heißt, keine Studiengebühren für die FH-Burgenland. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist jetzt ein Scherz.)*

Die SPÖ wird nun zu Recht sagen, dass der Bund in die Pflicht zu nehmen ist - und das meine ich auch. Was also steht im Regierungsprogramm zu den Fachhochschulen?

Ich zitiere: Weiterentwicklung des Fachhochschulsektors. Der Fachhochschulsektor soll gezielt weiter entwickelt werden. Um eine gute Tatenlage zu erhalten, ist ein umfassendes Erhebungs- und Analysepaket erforderlich, dass jedenfalls die Personalkosten und Organisationsstruktur Studienangebote und die Aufnahmeverfahren umfasst.

Na, da würde ich mich jetzt aber wundern, wenn der Herr Faßmann eine Diskriminierung nicht burgenländischer Studierender an einer FH akzeptiert, wie es Bürgermeister Landtagsabgeordneter Steiner und seine ÖVP anstreben. Das würde mich nun wirklich wundern.

Weil, Sie wollen nämlich nichtburgenländische Studierende diskriminieren und das geht im Bund sicher nicht. Dann steht im Regierungsprogramm die Schaffung eines Umfeldes zur Weiterentwicklung der angewandten Forschung durch einen transparenten Wettbewerb für FH-Träger. Jetzt will aber die ÖVP den Standort Eisenstadt schwächen, statt stärken, und stellt sich eigentlich gegen das Programm das der ÖVP-Bildungsminister umzusetzen hat.

Dann steht die Erhöhung der Planungssicherheit im FH-Sektor durch gesetzliche Verankerung des Entwicklungs- und Finanzierungsplans und zeitliche Angleichung der Periode der Leistungsvereinbarung.

Nun kommen wir dann auch zu Passagen im Regierungsprogramm, die ganz deutlich eine „grüne“ Handschrift tragen. Da wurde viel hineinverhandelt. Da geht es um

die Anhebung der Fördersätze für die notwendigen Investitionen in Digitalisierung, Internationalisierung und Innovation!

Es geht eigentlich genau in die Richtung, wie sich auch die FH-Burgenland in den letzten Jahren entwickelt hat und auch sozusagen vergrößert hat. Genau das steht im Regierungsprogramm, dass das gefordert wird. Wir müssen im Burgenland also darauf schauen, dass das hier auch umgesetzt wird und dass wir uns die Mittel vom Bund genau hier ins Burgenland hineinholen.

Dann ist auch die Förderung des kooperativen Doktorats zwischen Universitäten und Fachhochschulen enthalten. Das ist auch gerade für die FH-Burgenland sehr wichtig. Gut, dass das ausgebaut werden soll. Dann steht drinnen, bedarfsgerechter Ausbau des FH-Sektors mit mehr Studienplätzen zur nachhaltigen Sicherung und Ausbau des Wirtschafts- und Technologiestandorts.

Beispielsweise, das steht im Regierungsprogramm, insbesondere Gesundheits- und Sozialberufe. Das ist doch genau der Schwerpunkt im Burgenland. Da liegen dann doch Gelder, die wir uns hier abholen sollen.

Dann steht noch, es geht um die Weiterentwicklung der Akkreditierungsvoraussetzung für FH, Bedarfsorientierung des Angebots, hohe Qualitätsstandards und daraus resultierende Anerkennung für gebotene Qualität. Da braucht sich die FH-Burgenland nun wirklich vor nichts zu fürchten und wegzuducken.

Da ist sie sehr gut vorne weg. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das, was in diesem Antrag steht, deckt sich also in vielem mit dem, was im Programm der Bundesregierung steht und was der Bildungsminister umzusetzen hat. Wir müssen jetzt darauf schauen, dass er das auch wirklich tut.

Also ja, die GRÜNEN unterstützen diesen Antrag der SPÖ zur finanziellen Stärkung der Fachhochschulen und ich muss sagen, die FH-Burgenland hat sich diese Unterstützung und diese Stärkung durch ihre hervorragende Arbeit und Entwicklung in den letzten Jahren auch verdient.

Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Dr. Roland Fürst)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Frau Abgeordnete. Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter MMag. Alexander Petschnig zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Herzlichen Dank Herr Präsident! Sehr geschätzte Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt, aus meiner Sicht, ein sehr interessanter Entschließungsantrag zu einem wichtigen Thema vor.

Gerade die tertiäre Bildung ist für das Burgenland ja wichtig. Thema Forschungsquote. Wir wissen, dass wir im Bundesländervergleich einiges aufzuholen hätten beziehungsweise hinterherhinken. Das hat natürlich auch mit strukturellen Problemen zu tun, denn wir sind eines von, ich glaube, nur zwei Bundesländern, das keine Universität hat.

Ich weiß gar nicht, ob Vorarlberg eine Privateinrichtung sogar schon hat und vieles andere mehr. Das ist im Textteil ja richtig aufgegriffen worden, dass das natürlich entsprechende Probleme mit sich bringt.

Bei den Schlussfolgerungen beziehungsweise bei der Beschlussformel habe ich da und dort meine Probleme und zwar deswegen, weil man eben irgendwie immer in das

Schema verfällt, dass auf den Bund abzuwälzen. Wenn ich das vielleicht ein bisschen durchgehen dürfte.

Die Punkte 3 und 5 der Antragsformel, also sprich die Anfängerstudienplätze und diese Forschungsfinanzierung, da gibt es aber keine Sicherheit, dass es tatsächlich auch der FH-Burgenland zugutekommt. Das wäre ja ein Wettbewerb unter allen über 20, wenn ich da so richtig informiert bin, Fachhochschulen in ganz Österreich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Da sind andere, glaube ich, sehr gut aufgestellt - auch in forschungstechnischer Hinsicht. Also das ist alles andere als eine Garantie. Natürlich, wenn man die Forschungsuniversität aus gesamtösterreichischer Sicht sieht, ist es ja begrüßenswert. Ob es allerdings aus burgenländischer Sicht wirklich etwas bringt, da bin ich mir nicht so sicher.

Also, ich glaube, dass da die FH-Burgenland zuerst einmal ihre eigenen Jobs erledigen muss. Ich bin ja eine Zeitlang auch im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft gesessen und das war dann doch recht lehrreich, was man da für Einblick gewinnt.

Zu Punkt 4, zu diesem Entwicklungs- und Finanzierungsplan: Auch das ist ja die Aufgabe einer Fachhochschule, die als GmbH, also praktisch als juristische Person, aus der Taufe gehoben worden ist, mit einem Geschäftsführer. Früher gab es sogar zwei. Es sind ohnehin zwei Geschäftsführer, die haben natürlich den Job, genau das zu machen.

Ob man das jetzt ins Gesetz schreibt, oder nicht, da wird es an uns sicherlich nicht scheitern, aber ob das zweckmäßig ist, ich glaube, das ist schon die Aufgabe eines GmbH-Geschäftsführers, sowie es in der freien Wirtschaft auch ist, hier entsprechend seine Hausaufgaben zu erledigen.

Was die Punkte 1 und 2 betrifft, wo gefordert wird, dass das Land mit dem Bund in Verhandlung treten soll, in Ordnung, das verstehe ich nicht, denn natürlich werden Fachhochschulstudienplätze vom Ministerium unmittelbar finanziert. Da muss man Bedarf und so weiter und alles Mögliche nachweisen, aber in Grunde genommen hat eine GmbH natürlich ihre Finanzierung schon selbst zu organisieren. Ich teile jetzt auch diesen Text, durch das, was gerade gesagt worden ist.

Ich bin auch ein erklärter Gegner von Studiengebühren. Es hat vor einigen Jahren sogar schon einmal eine interessante Konstellation von Rot-Blau-GRÜN gegeben, wo Studiengebühren wieder abgeschafft worden sind, aber ich darf schon auch auf diese Schieflage hinweisen und das ist sehr unbefriedigend.

Da sollen Burgenländer in Wiener Neustadt Studiengebühren zahlen müssen, Wiener Neustädter im Burgenland aber nicht, wir, oder der Bund, oder wer auch immer soll es zahlen. Ich glaube, dass diese Studiengebühren ein Gesamtproblem sind.

Übrigens ganz befreit ist es nicht, denn Berufstätige müssen, glaube ich, sehr wohl zahlen. Also geht es mir persönlich so und auch etliche andere Gruppierungen. Ich glaube, da wäre durchaus noch Bedarf, dass man hier nachbessert. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also insofern ist es natürlich schwierig, sozusagen so zu argumentieren. Auf der einen Seite hebe ich auch von Nicht-Burgenländern keine Gebühren ein. Auf der anderen Seite soll die Bundesregierung, oder der zuständige Bundesminister hier dafür aufkommen. Ich kann mir vorstellen, dass das nicht so einfach hinüber zu bringen sein wird.

In diesem Sinne glaube ich, dass man hier auch einiges an Hausaufgaben zu machen hat. Natürlich kann man immer mit dem Bund in Verhandlungen treten, was entsprechende Eingaben betrifft. Ich habe es ja erwähnt, aber ich glaube schon, dass ein wesentlicher Teil dieses Problems hier im Burgenland zu lösen ist.

Innovative Ideen diesbezüglich sind uns immer willkommen, insbesondere wenn es die Erhöhung der Forschungsaktivität betrifft. Aber, wie gesagt, ich würde das in diesem Entschließungsantrag gerne zuerst einmal sehen. In diesem Entschließungsantrag sehe ich es noch nicht so richtig heraus.

Das ist vielleicht ein Feld für weitere Entschließungsanträge. Auch diesbezüglich sind wir offen, aber in diesem Fall, glaube ich, wäre hier eine Zustimmung von unserer Seite nicht gegeben. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Patrick Fazekas, BA zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP): Danke Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein klares Bekenntnis seitens der Bundesregierung dazu, den heimischen Hochschulen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Hochschulen, sowie den Studierenden in den kommenden Jahren eine bestmögliche Finanzierungs- und Planungssicherheit zu gewährleisten.

Das ist, aus meiner Sicht, wichtig, um Österreich hier zu einem attraktiven Standort zu machen für die Studierenden auf der einen Seite beziehungsweise die Lehrenden auf der anderen Seite.

Es hat in der Vergangenheit immer wieder die Debatte rund um die Fördersätze gegeben, wo die Diskussion im Raum gestanden ist, diese zu senken. Man hat sich dann darauf verständigt die Fördersätze nicht zu senken, sondern auf dem derzeitigen Niveau zu behalten.

Tatsache ist auch, und das möchte ich hier in diesem Hohen Haus auch positiv erwähnen und mich auch sehr herzlich dafür beim zuständigen Minister bedanken, dass die Fachhochschulen - trotz der Corona-bedingt gesunkenen Studentenzahl - im Sommersemester 2020 die volle Förderung für ihre Studienplätze erhalten haben.

Die Kollegin Petrik hat das vorher auch erwähnt, dass Regierungsprogramm bekennt sich zu einer Anhebung der Fördersätze für Fachhochschulen, um hier Investition im Bereich Digitalisierung, im Bereich Innovation beziehungsweise Internationalisierung gewährleisten zu können. Ich denke, dass dieses Thema bei der Bundesregierung auch dementsprechend gut aufgehoben ist.

Die eigentliche Frage, meine geschätzten Damen und Herren, die wir uns stellen sollten, ist, wie wir die Forschungsquote steigern können. Das wäre, aus meiner Sicht, die Notwendigkeit auch in diesem Hohen Haus zu diskutieren, denn Tatsache ist, dass Forschung, das Technologie, das Innovation wichtig sind, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Da gibt es im Burgenland leider noch einiges zu tun. Der Kollege Petschnig hat es vorher erwähnt. Wir sind hier Schlusslicht. Es braucht auch, aus meiner Sicht, hier im Impulse, für die Zukunft konkrete Maßnahmenpakete in diesem Bereich beziehungsweise auch, und das fordere ich ein, einen jährlichen Bericht über die Fortschritte hier auch dem Landtag vorzulegen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die schlussendlich den

Forschungs- und Wirtschaftsstandort im Burgenland hier attraktiveren beziehungsweise Arbeitsplätze schaffen.

Gestatten Sie mir eine kurze Replik auf den Verlauf des heutigen Tages beziehungsweise auf die Aktuelle Stunde. Wenn man Wortmeldungen, vor allem Wortmeldungen der SPÖ, in Bezug auf die Bewältigung der Corona Krise lauscht, wenn man Postings in Sozialmediakanälen liest, so gewinne ich irgendwie den Eindruck, dass der eine oder andere über die Krise hinweg lieber in einem anderen Land gelebt hätte, als in Österreich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich für meinen Teil möchte festhalten, ich hätte mir nichts anderes vorstellen können, als in Österreich hier zu leben. Österreich ist gut durch die Krise gekommen. Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir das Glück, das hier rechtzeitig die richtigen Entscheidungen der Bundesregierung getroffen worden sind.

Es hat erst unlängst eine Studie gegeben.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Herr Kollege, Sie sind vom Thema abgekommen, wir reden jetzt über die Fachhochschule. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo ist das Problem? – Abg. Walter Temmel: Er kann reden was er will. – Unruhe bei der ÖVP)* Ja, ich sage nur - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo ist das Problem?)*

Er redet nicht zum Thema Fachhochschule. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist mit den anderen, die nicht zum Thema reden? Da haben wir einige.)* Jetzt doziert er schon darüber. *(Abg. Walter Temmel: Das ist egal. – Unruhe bei der ÖVP)*

**Abgeordneter Patrik Fazekas, BA** (ÖVP) *(fortsetzend)*: Die Entscheidung, Herr Präsident, worüber ich hier als frei gewählter Mandatar meine Meinung zum Ausdruck gebe, die gestatten Sie mir.

Ich darf fortsetzen: Auf die Studie „The Economist“ – ist Österreich auf Platz Zwei im Vergleich im Umgang mit der Corona-Krise, Neuseeland auf Platz Eins. Das heißt, Österreich ist europaweit auf Platz Eins. Ich bin froh und das möchte ich hier festhalten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in Österreich zu leben.

Die Bundesregierung hat alles getan, um zu retten, um zu entlasten, um zu investieren. Ich möchte festhalten, die Landesregierung schläft. Anstatt hier ständig mit Kritik aufzufallen in Richtung Bundesregierung, fordere ich Sie auf, hier Eigeninitiative zu setzen.

Ein Punkt zur heutigen Änderung der Verfassung - die Präsidentin hat sich hergestellt und hat gemeint, das wäre ein historischer Tag. Ja ein historischer Tag, aber scheinbar nicht für die Landesregierung, weil die glänzt, - jetzt ist die Frau Landesrätin reingekommen, aber den ganzen Tag über, und wie es vor allem um diese historischen Beschlüsse gegangen ist, mit Abwesenheit.

Also das ist eine Missachtung des Landtages und ich fordere hier eine bessere Disziplin ein. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt will ich den Herrn Präsidenten nicht in Verlegenheit bringen, ich hätte so viel auch zu sagen, oder zu replizieren. *(Abg. Walter Temmel: Immer zur Sache.)*

Aber lassen Sie mich dazu sagen, dass mir diese sachliche Debatte an diesem Entschließungsantrag weitaus besser gefällt, als dieses Hick-Hack. Das ist nur eine Feststellung, keine Zuschreibung.

Aber eines lassen Sie mich schon vorab bemerken, weil die Frau Kollegin Petrik, was mich auch sehr freut, dass sie den Entschließungsantrag unterstützen, aber daher involviert war in dieser Aktionismus-Geschichte und wie sie auch dazu sagen, meine Facebook-Aktivitäten kritisiert haben.

Über das können wir streiten, wie Facebook-Postings dann wahrgenommen werden von den jeweiligen Rezipienten oder die das lesen, dass ist überhaupt keine Frage.

Was ich nur gerne hätte, auch von den GRÜNEN vor allem, den moralischen Anspruch, den Ihr an alle anderen stellt, dass wäre ganz nett, wenn Ihr den auch an Euren eigenen Handlungen auch machen würdet. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Jetzt haben wir endlich ein Thema wo wir einer Meinung sind.)*

Und ich habe Dir ja auch geschrieben, dass, wenn Du als Abgeordnete eine Bedienstete des Landes anschwindelst, um einen Schlüssel zu bekommen, dass es sozusagen das Mindestmaß für Dich wäre, sich bei dieser Bediensteten zu entschuldigen.

Ich denke, dass wäre fair und das hätte sie sich verdient. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sie hat sich entschuldigt, übrigens.)*

Dann ist es umso - das habe ich nicht gewusst, wenn sie sich entschuldigt hat, dann ist es umso erfreulicher.

Jetzt kommen wir aber zum Thema, dass uns oder mir auch sehr am Herzen liegt - die Fachhochschulen. Da ist einiges zu sagen, ich hoffe trotzdem, dass ich kurz bleiben kann.

Worum es uns geht, warum wir diesen Entschließungsantrag auch gestellt haben ist, weil es schon seit Jahren und Jahrzehnten, das ist eben auch nur eine Feststellung, weil da waren in der Zwischenzeit alle Parteien in der Regierung, wenn ich jetzt schnell mal überlege, eine krasse Benachteiligung der Fachhochschulen gegeben hat.

Sie wissen, 93/94 wurden die Fachhochschulen gegründet, aus einer Notwendigkeit heraus, um sozusagen im europäischen Gleichstand zu bleiben, da hat es ähnliche Einrichtungen schon gegeben.

Übrigens ganz stolz können wir wirklich alle sein, dass der erste und zweite, Studiengang Eins und Zwei in ganz Österreich die Fachhochschule Burgenland war und als erstes diese Fachhochschule gegründet hat.

Aber ich möchte nur sagen, dass es zwischen den Fachhochschulen, die sich da entwickelt haben, 21 Fachhochschulstudiengänge sind und in Universitäten eine krasse Fehlauseinanderentwicklung gibt, was die Budgetierung betrifft, und das ist auch der Kern unserer Entschließung.

Ich habe jetzt nicht, ich habe viele Zahlen da, und die will ich Euch ersparen, aber das zu wissen, ist ganz dienlich, dass die Universitäten global Budgets bekommen. Und wie ich heute in einer Zeitung gelesen habe, wurde dankenswerterweise und das muss man einfach sagen, hat die Bundesregierung in den nächsten drei Jahren 11 Milliarden Euro für diese Universitäten vorgesehen. Das ist gut.

Was weniger gut ist, dass darunter sozusagen, auch wenn man dann für die FH - Fachhochschulen ein bisschen etwas tut, die drastisch unterfinanziert sind, nämlich schon seit Jahren. Weil die Fachhochschulen finanzieren sich durch Studienplätze.

Und die variieren durchaus zwischen 7.000 - 8.500 Euro zirka, das kommt darauf an, welcher Inhalt ist. Technische Studiengänge werden höher finanziert wie andere. Und nur um ein Beispiel zu bringen, damit Sie wissen, es sind in etwa momentan 265.000 Studierende an den Universitäten und 55.000 an den Fachhochschulen.

Jeder dritte Absolvent ist Fachhochschule-Absolvent oder Absolventin und jeder dritte fast Beginner eines Studiums ist Fachhochschul-Beginner oder Beginnerin. Nur die Fachhochschulen bekommen - und jetzt müssen Sie mir zuhorchen, oder müssen nicht, ich lade Sie ein - acht Prozent des gesamten Hochschulbudgets. Acht Prozent - 92 Prozent bekommen die Universitäten und das geht jetzt wirklich schon so lange.

Und ich habe Ihnen - und alle Zahlen, die ich da jetzt Ihnen sage, dass kommt von der Fachhochschule-Konferenz. Die Fachhochschul-Konferenz ist ein Zusammenschluss von allen 21 Studiengängen, wo ja sehr viele Träger auch aus der Wirtschaft sind, das WIFI und vieles mehr.

Und ich habe Ihnen eine Grafik mitgebracht, die ja auch von dieser *(Der Abgeordnete zeigt eine Grafik.)* Fachhochschul-Konferenz gemacht worden ist und Sie sehen den Werteverlust. Da ist der Verbraucherpreisindex, Sie wissen, eine Bildungseinrichtung, eine Hochschule, die meisten Kosten zu einem ganz einem großen Prozentsatz sind Personalkosten, Lehrende, Administrationspersonal.

Und der Verbraucherpreisindex ist so gestiegen und gleichzeitig adäquat dazu sind nicht die Studienplätze gefördert worden und auch nicht finanziert worden. Das bedeutet konkret, dass jeder Studienplatz in einer Fachhochschule mit etwa 2.500 Euro im Minus steht. Ich habe mir das ausgerechnet für die FH Burgenland ist das jetzt ein Verlust, sage ich jetzt einmal, von sechs Millionen Euro.

Das heißt, jede Fachhochschule hat doch wirklich sehr viel Kreativität und Engagement um auf jeden Standort auch das kompensieren zu können. Aber jetzt ist sozusagen wirklich Schluss und daher ist es so, dass die Fachhochschulen auf jeden Fördervertrag und sei er noch so gering dotiert, einfach angewiesen sind, auch die Fachhochschule Burgenland.

Der zweite Punkt neben der Ausbildung ist die Forschung und da habt Ihr, alle Vorredner, auch das, meines Erachtens, ganz richtig beschrieben. Die Forschungsquote ist ein Stück weit im Burgenland natürlich nicht so hoch, sogar die geringste, da müssen wir etwas tun.

Und die Fachhochschulen insbesondere haben für Forschung eigentlich bis dato keine Finanzierung bekommen, also keine Grundsatzfinanzierung. Sondern die Fachhochschulen haben sehr wohl geforscht, nämlich relativ viel, zirka 90 Millionen Euro Forschungsvolumen, knapp 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich der Forschung, aber die haben sich immer nur finanziert über Projekte, über EU-Förderungen oder über Förderungen von Drittmittel und vieles mehr.

Rund 1.500 Forschungspartnerinnen und -partner haben die Fachhochschulen und da ist es so, dass wir ganz dringend und das wäre auch der Appell, für die Fachhochschulen eine Basisförderung, was Forschung betrifft, verlangen. Und auch, dass den Fachhochschulen das zusteht, von 20 Millionen Euro und vor allem ein Entwicklungsplan, der auch in das Fachhochschul-Studiengesetz hineingeschrieben wird.

Jetzt habe ich etwas vergessen, nämlich die Forderung zu klären. Aufgrund dieser dramatischen Situation der Fachhochschulen, das könnt Ihr alles nachlesen, Ihr braucht nur eingeben "Finanzierung - Universitäten", da kommt viel, "Finanzierung - Fachhochschulen", da kommt ganz, ganz wenig.

Und daher immer das Ringen der Fachhochschul-Konferenz zu sagen, wir brauchen wirklich dringend Geld. Und insofern ist dieser Entschließungsantrag denke ich so wichtig, wir würden gerne eine sofortige 10prozentige Förderung der Fachhochschul-Studienplätze im Budget haben und rund 1.200 Anfängerinnen- und Anfängerplätze.

Das war einmal versprochen, da gibt es einen Entwicklungsplan, momentan liegen wir glaube ich bei 350 in den letzten Jahren. Das ist viel zu wenig, weil natürlich die Studienplätze die finanziellen Cashcows sind. Die Fachhochschulen können ja mit diesem Budget oder müssen kalkulieren und insofern wäre hier eine Erhöhung wichtig.

Ich sage Ihnen dazu, den Vergleich, ich möchte jetzt nicht Universität und Fachhochschulen ausspielen, das bringt nichts. Fachhochschulen haben die Hälfte der Drop-out-Quote.

Fachhochschul-Absolventinnen und Absolventen werden sehr gerne, egal welche Branchen es betrifft von den Unternehmen, von den Organisationen genommen, weil die Fachhochschulen eine total hohe Praxisausbildung haben.

Da kann man gleich sozusagen die Absolventinnen und Absolventen auch in der Wirtschaft verwenden, oder irgendwo in sozialen Organisationen. Das heißt nicht, dass auch nicht Uni-Absolventinnen und Absolventen gleich verwendet werden.

Aber das ist aus Umfragen und aus Befragungen von Unternehmen einfach - geht das hervor.

Und auch das Betreuungsverhältnis ist ein ganz ein anderes. Ein Lehrender an der Fachhochschule mit Studierenden - ist 6,6 Studierende und auf der Universität ist es das Dreifache.

Alle, die auf der Universität schon einmal studiert haben wissen, dass das ein ganz ein anderes Betreuungsverhältnis ist.

Also insofern denke ich, dass es auch für die ÖVP eine ganz eine wichtige Einrichtung ist, weil es eigentlich, muss man einfach sagen, dieser Bildungsbereich, wo man sagt, man versucht relativ schnell, ohne viel Drop-out akademisches Personal in tertiären Sektor zu betreiben. Das wäre eigentlich etwas, was die ÖVP auch sozusagen ideologisch gut vertreten könnte.

Zur Fachhochschule Burgenland ist viel gesagt, ich sage nur ein paar Eckdaten, 4.600 Studierende, 2.400 ordentliche Studierende, 60 Prozent in Eisenstadt, 40 Prozent in Pinkafeld. Das hat wirklich eine enorme Entwicklung genommen.

Wir haben in den letzten fünf Jahren die Umsätze von 20 Millionen Euro auf 26 erhöht, das Forschungsvolumen haben wir verdoppelt von zwei auf vier Millionen Euro.

Auch die Studierenden-Zahl ist rasant gewachsen. Diese Fachhochschule ist ja mittlerweile mehr mit vielen Töchtern - Forschung Burgenland - und vieles mehr eigentlich eine Erfolgsgeschichte, auf die wir alle wirklich stolz sein können.

Was wichtig ist zu wissen, zwei Punkte, die mir noch wichtig sind, die Umwegrentabilität, weil da habe ich gehört, da hat es im Gemeinderat in Eisenstadt so ein bisschen Unklarheiten gegeben hat, was die Zahlen betrifft.

Also es gibt mehrere Studien zur Umwegrentabilität. Eine und die letzte Studie, die uns zur Verfügung steht, geht davon aus, dass die Fachhochschule Burgenland pro Jahr 67 Millionen Euro auslöst. Davon 40 Prozent in Pinkafeld und 60 Prozent in Eisenstadt, also 40 Millionen Euro.

Also in den Standort für das nördliche Burgenland 40 Millionen Euro zirka. Da gibt es, das werdet Ihr wahrscheinlich auch wissen, da unterscheiden wir zwischen direkte und indirekte induziert ausgelöste Wertschöpfungsketten, aber nur die Studierenden.

Das möchte ich auch sagen, ja es ist richtig, dass zwei Drittel der Studierenden an der FH Burgenland jetzt keine Burgenländerinnen und Burgenländer sind. Bei den Debatten um Soziales, solange ich noch dort tätig war, waren es immer 50 Prozent, da sind es mehr als 50 Prozent. Also 60 Prozent der Studierenden Burgenländer bleiben trotzdem in Eisenstadt.

Da rede ich nur vom Standort Eisenstadt, da sind das sieben Millionen Euro, die die Studierenden jedes Jahr hier lassen.

Und ich denke, dass ist auch wichtig, dass wir alle begreifen, dass die Fachhochschule nicht nur Bildungseinrichtung ist, oder eine Wissenschaftseinrichtung, sondern ein ganz ein zentraler Wirtschaftsfaktor ist, eben auch für die Region, für den Norden und natürlich auch für den Süden. Das ist ganz, ganz wichtig.

Letzter Punkt ist, die Studiengebühren, ja das ist eine ideologische Frage, wahrscheinlich, leider, mittlerweile muss ich sagen. Ich sage das auch deswegen, weil wir aus Studien wissen, dass ist ja so, dass ist eher nicht irgendeine sozialistische oder sozialdemokratische Erfindung, Bildung wird nach wie vor vererbt.

Zwei Drittel aller Kinder, die ein Studium beginnen, sind Kinder von Akademikerinnen und Akademikern. Der Anteil der Akademiker, Akademikerinnen der Gesellschaft ist ein Drittel, also da ist ein krasses Missverhältnis.

Und wenn ich Zugangsmöglichkeiten zu Studien, egal ob das auf der Universität oder auf der Fachhochschule begrenze, weil ich halt Aufnahmeprüfungen mache, weil ich halt die Studienplätze reduziere, oder eben finanzielle Hürden einziehe, dann halte ich ökonomisch schwache Familien und deren Kinder vom Studium ab.

Da steht vor Ihnen ein Beispiel, Herr Kollege Ulram, auch wenn Sie das mehrfach jetzt, ich denke jetzt nicht sehr freundschaftlich dozieren. Doktor Magister Fürst, das wäre für mich nie eine Wertung, die Ausbildung, oder meistens, sagen wir so, oder keine Wertung. Ich habe jetzt nach gegoogelt, Sie sind Polizeibeamter - großer Respekt, vor dem würde ich Sie ersuchen, auch einen Respekt gegenüber allen anderen, ob das jetzt ein Doktor ist, oder irgendetwas walten zu lassen.

Damit macht das weder eine Aussage von mir besser oder schlechter, das ist so wie es ist.

Ich komme zurück, ich war der zweite Akademiker neben meinem Bruder, weil wir aus einer Arbeiterfamilie kommen und das wäre ohne Studiengebühren nicht gegangen. Auch nicht drei Studien, die ich nur erwähne, sozusagen, weil Sie zuerst gesagt haben, zwei Studien.

Das ist mir auch ganz wichtig zu erwähnen, dass wir im Burgenland ganz, ganz stolz sind, dass wir keine Studiengebühren einheben, dass dieser Hochschulgang frei ist, dass wirklich auch von allen anderen Bundesländern die Studierenden zu uns kommen. Das ist uns ganz, ganz wichtig. Und wir stehen dazu, dass die Fachhochschule Burgenland auch in naher Zukunft und in weiterer Zukunft studiengebührenfrei bleibt.

Also insofern ersuche ich Sie alle, dass Sie diesen Entschließungsantrag auch mitstimmen, also mittragen, das würde mich im Interesse auch der Fachhochschule Burgenland wirklich sehr freuen. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Danke Herr Abgeordneter. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke - die Entschließung betreffend finanzielle Stärkung der Fachhochschulen ist somit mehrheitlich gefasst.

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 11. und 12. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach die getrennte Berichterstattung über den 11. und 12. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise grundsätzlich ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

**11. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 124) für eine transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln (Zahl 22 - 80) (Beilage 156)**

**12. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 126) betreffend Kennzeichnungspflicht für Lebensmittelherkunft und Hebung des Tierwohls (Zahl 22 - 82) (Beilage 157)**

**Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek:** Der 11. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 124, für eine transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln, Zahl 22 - 80, Beilage 156.

Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Elisabeth Trummer.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um den Bericht Frau Landtagsabgeordnete.

**Berichterstatterin Elisabeth Trummer:** Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine transparente Herkunftsbezeichnung bei Lebensmitteln, in ihrer 01. Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für eine transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Bitte gleich weiter.

**Berichterstatterin Elisabeth Trummer:** Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Kennzeichnungspflicht für Lebensmittelherkunft und Hebung des Tierwohls in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Kennzeichnungspflicht für Lebensmittelherkunft und Hebung des Tierwohls unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Elisabeth Trummer beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Frau Abgeordnete als Berichterstatterin. Danke gleich für die Berichterstattung beider Tagesordnungspunkte.

Ich darf jetzt gleich zum ersten Redner kommen, wir haben bis jetzt vier Redner gemeldet, das ist der Herr Spitzmüller als erster Redner und in Vorbereitung schon der Herr Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): *(Das Rednerpult wird noch desinfiziert.)* Sehr flott desinfiziert. Vielen Dank.

Ja, es mag vielleicht ein bisschen verwundern, wenn man diese beiden Anträge, die bei der gleichen Landtagssitzung eingebracht werden, die dann auch teilweise noch sehr ähnlichen Wortlaute haben, sich anschaut. Ich versuche vielleicht kurz darzustellen, wie es dazu kam.

Wir haben am 22. Mai unseren geplanten Antrag öffentlich vorgestellt, es wurde auch medial gebracht. Am 25. Mai hat die SPÖ einen sehr ähnlich lautenden Antrag gestellt. Warum der Wortlaut ungefähr ähnlich ist, kommt daher, weil der Antrag ursprünglich in Vorarlberg schon eingebracht wurde und wir uns den offensichtlich beide zum Vorbild genommen haben, weil die Intention natürlich eine ähnliche, wenn nicht die gleiche ist, die eine sehr wichtige ist.

Deswegen hier vielleicht zum Inhaltlichen: 80 Prozent des Kalbfleisches werden außer Haus konsumiert, das nur als Beispiel. Das heißt, wir essen natürlich alle, egal ob im Burgenland oder in Österreich allgemein sehr viel Nahrungsmittel daheim. Aber ein sehr großer Teil wird natürlich nicht daheim gegessen.

Was ist der große Unterschied? Im Supermarkt oder beim Greißler, der Greißlerin, steht auf den Produkten drauf woher sie kommen, fast immer. Ich kann sogar zum Bauern, zur Bäuerin nebenan gehen und direkt einkaufen.

Wenn ich aber in der Gastronomie essen gehe, dann gibt es nur sehr wenige Gastronomiebetriebe die das freiwillig praktizieren. Beispiel, bei mir in der Nähe das

Gasthaus Spiegel in Bad Tatzmannsdorf, das bei allen Produkten die aus der Region kommen, das dazu schreiben.

Warum ist das wichtig? Weil Transparenz wichtig ist, weil Regionalität wichtig ist. Und wenn nichts draufsteht, ist natürlich die Gefahr, die Chance, groß, dass da irgendwas drinnen ist, wo keiner weiß, woher es kommt. Wer vor kurzem „Am Schauplatz“ gesehen hat zum Thema Fleischproduktion, der hat auch einen riesen Zerlegungsbetrieb gesehen, der am Tag, ich weiß nicht wie viele Tiere verarbeitet. Die kommen alle aus den Niederlanden, wird verpackt, und der Großteil, wie er gesagt hat, geht hier in die Gastronomie.

Nicht nur in die Billig-Gastronomie, sondern er hat es dezidiert auch gesagt, auch in die hochpreisige Gastronomie, wo man irgendwie aus einem Ideal heraus immer annimmt, die die teuren Produkte haben, die verwenden die besseren und die regionaleren. Das stimmt halt leider nicht immer, wie man hier ganz klar gesehen hat.

Wir wollen den Konsumenten, den Konsumentinnen, die Möglichkeit geben, regional einzukaufen, auch wenn sie essen gehen, nicht nur im Geschäft. Das tun immer mehr Leute, das ist immer mehr Leuten wichtig. Da geht es nicht nur ums Tierwohl, da geht es auch um regionale Wertschöpfung.

Um das Tierwohl geht es offensichtlich auch vielen. Immerhin haben bis jetzt 200.000, nein über 200.000 das Tierschutzvolksbegehren unterschrieben. Die Eintragungswoche kommt erst, wahrscheinlich Ende des Jahres. Das heißt, das Interesse ist das. Und wenn das wem wurscht ist, okay, dann braucht er es ja nicht lesen.

Aber ich denke, dass wir als Politik hier den Auftrag haben, denen, denen es nicht egal ist, die Möglichkeit zu geben, zu wissen woher die Produkte kommen, ob die aus der Region sind oder zumindest aus Österreich, oder ob die sonst woher kommen. Deswegen dieser Antrag. Man muss auch sagen, wenn man sich das genauer anschaut, es kann doch einfach nicht sein, dass die reichsten und fortschrittlichsten Länder der Welt, wie soll ich das erklären, nennen, - dumme, egoistische und ausbeuterische Systeme so stark unterstützen und den Menschen nicht einmal die Möglichkeit geben, das zu unterscheiden, dass Produkte so produziert werden.

Der große Vorteil von der Corona-Krise hat man jetzt in vielen Berufsgruppen gesehen, dass plötzlich der Fokus auf Berufsgruppen gelegen ist, die man sonst eigentlich nicht so ernst genommen hat oder nicht so gesehen hat, wie wichtig die sind. Auch das ist jetzt hier passiert.

Man siehe nur den Skandal in Deutschland, wo plötzlich so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Schlachterei, oder zwei Schlachtereien Corona hatten und plötzlich ist aufgetaucht, unter welchen Bedingungen die arbeiten. Die arbeiten im Akkord. Das sind meistens Arbeiterinnen und Arbeiter die aus dem Ausland kommen und zu billigsten Löhnen arbeiten. Die andere Geschichte ist dann noch, dass natürlich nicht nur die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Verarbeitungsbetrieben möglichst billig arbeiten müssen, sondern auch die Tiere möglichst einfach, möglichst schlecht gehalten werden, muss man sagen.

Also wo viel Produktion in möglichst kurzer Zeit notwendig ist, damit man solche Preise dann erzielen kann, egal ob jetzt im Lebensmitteleinzelhandel oder auch in der Gastronomie. Das kann es einfach nicht sein.

Klar sind oft Lippenbekenntnisse dabei, aber die Konsumenten und Konsumentinnen wollen regionale Produkte, wollen tierische Produkte, die nicht aus der Intensivtierhaltung kommen. Ich sage absichtlich Intensivtierhaltung, weil mit Masse, hat

das nicht unbedingt etwas zu tun, das können auch kleinere Betriebe - die Tiere schlecht halten. Es gibt Betriebe im Burgenland, viele Vorzeigebetriebe, die zum Beispiel auch den Tierschutzpreis der Landesrätin damals bekommen haben, die das anbieten. Und dann will ich auch wissen, wo man in der Gastronomie diese Produkte bekommt.

Wir haben in der Bundesregierung den ersten Schritt am 18. Juni im Parlament bereits getan. Dort wurde eine Herkunftskennzeichnung von Milch, Fleisch und Eiern ab 2021 bei verarbeitenden Lebensmitteln für Gemeinschaftsausspeisung wie in Schulkantinen und auch in Krankenhäusern festgelegt.

Mehr war bis jetzt in der Koalition nicht möglich. Es steht allerdings im Regierungsabkommen schon mehr drinnen. Wir wollen deswegen die Bundesregierung auch dazu auffordern, hier mehr zu machen. Das ist wichtig. Ich glaube das sind wir nämlich wirklich allen, die ich vorher aufgezählt habe, auch schuldig.

Wir sind das den Konsumentinnen und Konsumenten schuldig, wir sind das den Tieren schuldig. Wir sind das den Bauern und Bäuerinnen schuldig und auch jenen Menschen, die in der verarbeitenden Industrie arbeiten. Denen allen sind wir das schuldig, dass wir hier die Grundlagen schaffen, dass man weiß, was am Tisch kommt. Und nicht nur weiß was am Tisch kommt daheim, sondern eben auch in der Gastronomie.

Für diese Initiative fordern wir die Unterstützung die wir im Bund brauchen. Im Land ist ja ein Punkt den wir vorgeschlagen haben, schon am Erfüllen. Nämlich die Direktvermarktungsbetriebe, Gastronomiebetriebe bei der freiwilligen Qualitäts- und Herkunftskennzeichnungssicherung zu unterstützen. Das passiert ja schon.

Jetzt muss die Bundesregierung hier den nächsten Schritt machen und die verpflichtende, das ist wichtig, die verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln, von verarbeitenden Lebensmitteln, auch in der Gastronomie bewerkstelligen.

Wir werden daher natürlich beiden Anträgen zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter.

Jetzt sind Sie am Wort, Herr Landtagsabgeordnete MMag. Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es liegen zwei Entschließungsanträge vor, die beide ein ernstes und durchaus debattenwürdiges Thema hier behandeln. Allein aus unserer Sicht greifen sie ein bisschen zu kurz, beziehungsweise daneben.

Ich möchte jetzt gar nicht, ich glaube der Text ist ohnehin weithin bekannt, ich möchte da jetzt gar nicht zu lange werden, zu sehr auf die Inhalte eingehen. Nur auf eine Besonderheit, wo wir jetzt vorher noch einmal im Zwiegespräch da draufgekommen sind.

Mich wundert schon, wenn ich auf den Antrag der GRÜNEN eingehen darf, mit Bruder Hahn und so weiter. Korrigiert mich, aber ward nicht Ihr die, die im Nationalrat genau für das Gegenteil gestimmt haben? *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Das stimmt nicht.)* Stimmt das nicht? Gut, dann werde ich im Protokoll nachschauen und das nachher auch zu einer tatsächlichen Berichtigung hier vorbringen.

Also das ist ja wohl, das ist ja wohl ein Widerspruch in sich und der Gipfel der Unglaubwürdigkeit und dass man dann sagt, man muss die Bundesregierung auffordern.

Jetzt kommen die GRÜNEN, die in der Bundesregierung sitzen, hier in den Landtag und die Landesregierung soll sich an die Bundesregierung wenden, dass die eigenen

Minister dieses tun oder jenes unterlassen. Also das kann bestenfalls eine Scherzerklärung sein, aber doch kein ernst gemeinter Antrag. Unabhängig davon, dass der Inhalt natürlich viel debattiert werden könnte.

Was mich ein bisschen stört ist, dass man bei der ganzen Thematik, dass man ein bisschen den Praxistest hier unterlässt. Eine wirklich umfassende Lebensmittelkennzeichnung, was würde denn das für die Gastronomie bedeuten? Wie würden denn dann bitte die Speisekarten ausschauen? Da sind ja Diplomarbeiten, weil wir vorher über die Fachhochschulen gesprochen haben.

Ich glaube, dass die Gastronomie, oder zumindest meiner Meinung nach, und ich war doch das eine oder andere Jahr für den Tourismus auch mitverantwortlich, ich glaube, dass die Gastronomie heute schon überbürokratisiert ist. Dass die eher entlastet, als weiter belastet gehört und das die Gastronomie schlicht und einfach genervt ist von diesen ganzen Vorschriften und Reglementarien.

Die mögen in sich ja alle, oder für sich ja alle einen Sinn haben. Natürlich, sonst, ich bin auch ein Nichtraucher, mir ist es lieber, es wird im Gasthaus nicht geraucht als es wird geraucht, aber für einen Wirt oder Kaffeehausbesitzer, der hier maßgeblich gewisses Klientel, eine gewisse Kundenschicht hat, ist es ein gravierender Eingriff.

Daher, weitere solche Eingriffe vorzuhaben, in dem Fall mit der Lebensmittelkennzeichnung. In einem Monat oder in drei Monaten, im September reden wir dann über den nächsten Eingriff. Ich glaube, dass das zu weit geht und dass man sich das schon sehr genau überlegen sollte, wie oder, wenn schon; dann in welcher Form man so etwas machen möchte und genauso beim Handel. Ich weiß nicht wie man sich das vorstellt, aber wenn das eine Tiefkühlpizza oder so etwas ist und ich muss jeden Bestandteil genau nachweisen wo das herkommt und wo das verarbeitet worden ist, ich glaube da ist ja der Begleittext größer als die gesamte ausgestellte Fläche der Produkte.

Also das ist ja dann irgendwie so eine Plakatwand dann, aber nicht eine sinnvolle Information der Konsumenten. Ich glaube sogar, dass das kontraproduktiv ist und ganz abgesehen davon, wie man das bei Großküchen in Krankenhäusern und so machen will.

Ich glaube, dass es wichtig wäre, ein Einfaches, ein leicht nachvollziehbares und ein sichtbares Kennzeichen zu entwerfen. Wir kennen dieses AMA-Gütesiegel, das auch seine Probleme hat. Wir kennen alle die Schlupflöcher die es da gibt. Wenn man hier entschlossen dagegen auftreten würde, sodass das eine entsprechende Wertigkeit bekommt, dann wäre das sicher sinnvoll. Dafür würde es auch unsere Unterstützung geben für diese Entschließungsanträge aus genannten Gründen sicher nicht.

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für Ihre Wortmeldung Herr Abgeordneter. Zu nächst darf ich die nächste Rednerin herausbitten, das ist die Frau Landtagsabgeordnete Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Elisabeth Trummer.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher via Livestream. Knapp zwei Millionen Menschen täglich werden in der Gemeinschaftsverpflegung versorgt.

Rund 41 Prozent der täglich zugeführten Energie nehmen die Österreichinnen und Österreicher außer Haus zu sich. 55 Prozent des Fleisches werden nicht selbst zubereitet,

sondern in der Gastronomie und in der Gemeinschaftsverpflegung verzehrt. Tendenz ist steigend.

In der Regel werden Abendessen und Spätmahlzeiten zuhause zu sich genommen, während Frühstück und Mittagessen häufiger außerhalb gegessen werden. Während man sich die Zutaten bewusst aussuchen kann, wenn man selber kocht, ist es in der Gastronomie und in der Gemeinschaftsverpflegung schwer bis gar nicht möglich. Also Kinder die im Hort essen oder Menschen die im Altersheim leben, oder auch Patienten in Spitälern können sich allerhöchstens zwischen zwei Gerichten entscheiden, aber wo die Produkte her sind, das können sie sich nicht aussuchen.

Die österreichische Landwirtschaft erzeugt Lebensmittel in höchster Qualität und dennoch finden sich oft ausländische Zutaten in den Speisen wieder, denn Fakt ist, dass diese billiger sind und der Preis oft entscheidet was im Suppentopf landet.

Schätzungen zufolge kommen nur 60 Prozent des Fleisches im Außer-Haus-Verzehr aus dem Inland. Durch die Corona-Krise sind die Schwächen der Lebensmittelindustrie deutlich in den Fokus geraten. Kollege Spitzmüller hat davon auch schon gesprochen in seinem Debattenbeitrag.

Ich glaube nur, dass man bisschen einen Vergleich hat zwischen den Strukturen in anderen Ländern und unseren Strukturen. Also der größte Schlachtbetrieb in Deutschland zum Beispiel beschäftigt 6.000 Mitarbeiter und der größte Schlachtbetrieb in Österreich 400 Mitarbeiter.

Der Fleischsektor ist ein sehr sensibler Bereich wo viele zu Recht genau hinschauen. Vor einigen Wochen sind die Kälbertransporte sehr stark in Kritik geraten, wo Kälber bis in den Libanon transportiert worden sind. Generell werden Tiertransporte von der breiten Bevölkerung sehr kritisch gesehen.

Viele weite Transporte wären aus Sicht der Landwirtschaft gar nicht notwendig, wenn es ein stärkeres Bekenntnis der Konsumentinnen und Konsumenten zur heimischen Qualität gäbe. Kalbfleisch ist sehr beliebt und Fakt ist, dass ein Großteil davon aus Holland kommt, weil man dort ganz einfach billiger produzieren kann.

2018 haben wir das Fleisch von mehr als 100.000 Kälbern eingeführt, während wir insgesamt 50.000 Kälber lebend ausgeführt haben aus Österreich. Also ich glaube, da braucht man kein Rechengenie zu sein, dass man erkennt, dass man einfach 50.000 Kälbern den Transport ersparen hätte können, wenn wir mehr auf heimische Qualität setzen würden.

Kurze Versorgungsketten sind auch aus der Sicht der Landwirtschaft sehr wünschenswert. Damit die Versorgung mit heimischen Lebensmittel in Zukunft auch gesichert werden kann, brauchen wir das Bekenntnis zur burgenländischen Landwirtschaft und wir brauchen die Strukturen vor Ort.

Die bäuerlichen Betriebe, die Verarbeitung und auch die Vermarktung. Stallbauten im Burgenland zu verhindern, wie aktuell stattfindet, und damit die ohnehin geringe Selbstversorgung von Fleisch und Milch zu gefährden, macht uns abhängig.

Wir wollen Nutztiere, die im Burgenland geboren, aufgezogen und geschlachtet werden. Eine Herkunftskennzeichnung hat Potential auf burgenländische und österreichische Qualität aufmerksam zu machen und das Bewusstsein für heimische Produkte zu schaffen.

Aus Sicht der Landwirtschaft wäre eine verpflichtende und kontrollierte Kennzeichnung nach Herkunft der Lebensmittel im Handel, in der

Gemeinschaftsverpflegung und in der Gastronomie sehr wichtig. Das würde uns sehr stärken. Im Handel ist seit April eine EU-weite Vorschrift geltend, wo kein österreichisches Fähnchen mehr auf einem Produkt abgebildet sein darf, wo keine österreichischen Zutaten drinnen sind. Somit ist der Etikettenschwindel wo „Made in Austria“ draufsteht, aber die Primärzutat oder die Zutaten überhaupt woanders her sind, nicht mehr möglich. Hier wird in den nächsten Jahren mit dem Green Deal ein weiterer Schritt gegangen. Es ist sehr wichtig, dass man da auch weiter das ausbaut und weiter forciert. Aber ich glaube es macht nicht Sinn, wenn ein Bundesland oder Österreich hier Alleingänge macht, weil die Lebensmittelindustrie doch sehr vernetzt und europaweit vernetzt ist.

Zur Gastronomie. Viele Wirte und Wirtinnen geben bereits die Rohstoffe an. Hier vor allem kleinere, familiengeführte Betriebe. Was ich mir schon wünschen würde ist, dass auch größere Betriebe, größere Gastronomieketten, auch mehr auf heimische Qualität setzen würden.

Wir wollen dorthin, eigentlich so vielleicht kurz gesagt, mit unseren landwirtschaftlichen Produkten, wir wollen dorthin, wo der Wein heute schon steht. Dass man einzigartig ist, dass man stolz ist, wenn man Fleisch aus der Nachbarschaft anbietet. Also das ist ein großes Ziel in der Gastronomie das zu erreichen und ich glaube da müssen wir noch Bewusstsein dafür schaffen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Eine verpflichtende und kontrollierte Herkunftszeichnung ist aus derzeitiger Sicht für die Gastronomie für mich nicht sinnvoll und ich glaube, der so etwas fordert, verkennt auch die Situation in der sich die Gastronomie derzeit befindet. Wir haben selber Buschenschank betrieben, wir haben innerhalb von kürzester Zeit die Allergenverordnung gehabt, was irrsinnig schwierig zum Umsetzen war.

Da herausfiltern welche Allergene in welchen Speisen drinnen sind, ist ein irrsinniger Aufwand gewesen, was dann im Endeffekt wenig Leute interessiert hat. Weil wer allergisch ist, beziehungsweise bedroht ist durch bestimmte Stoffe, der fragt dreimal nach. Dann haben wir die Registrierkasse bekommen, die aufwendig zum Programmieren war. Was natürlich im Nachhinein eine Erleichterung ist, ist aber trotzdem eine bürokratische Hürde. Dann ist das Rauchverbot gekommen und jetzt ist auch noch Corona.

Also ich glaube, hier in der Gastronomie wäre es wichtig, eine freiwillige Kennzeichnung zu forcieren mit starken Anreizen österreichische Lebensmittel zu verwenden und auch das zu kennzeichnen, aber verpflichtend finde ich es aus derzeitiger Sicht nicht sinnvoll. Wo wir auch dringend Handlungsbedarf sehen, ist bei einer verpflichtenden und kontrollierten Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung. Der Bund hat das in seinem Regierungsprogramm verankert und macht hier eine Vorbildwirkung. Die Umsetzung ist natürlich - muss man sagen - ist nicht ganz so einfach.

Je größer die Großküche ist, desto schwieriger ist die Umsetzung, weil große Bestellmengen, muss man sich vorstellen, wenn einer jetzt eine Großküche hat der will 3.000 Schnitzel an diesem Tag, die sollen annähernd gleich groß sein, annähernd gleiche Eigenschaften haben.

Ich meine, welcher kleine Betrieb ist in der Lage das zu beschaffen? Deshalb ist es aus meiner Sicht nicht sinnvoll, wenn man Gemeinschaftsverpflegung nur zentral auf einen Standort legt und dort das ganze Bundesland oder eine ganze Region versorgt, weil dann brauchen wir große Strukturen dahinter.

Dann brauchen wir die großen Lebensmittelverarbeiter und dann brauchen wir die großen landwirtschaftlichen Betriebe dahinter, die einfach zur gleichbleibenden Qualität Lebensmittel beliefern können. Das geht aber für mich schon in Richtung industrielle Lebensmittel. Also dagegen ist ja im Prinzip nichts einzuwenden, aber die Frage ist, ob wir das auch so wollen. Also für mich ist klar, ich möchte einen anderen Weg gehen. Wir wollen einen anderen Weg gehen und die kleinstrukturieren bäuerlichen Familienbetriebe, Lebensmittelverarbeiter und -vermarkter stärken.

Großes Potential regionale Strukturen zu stärken und auch Kleinbetriebe mehr zu unterstützen, sehe ich im neuen Gütesiegel. AMA-Genussregion ist heute hier besprochen worden. Das AMA-Gütesiegel steht für österreichische Qualität auch wenn vielleicht jetzt der Herr Kollege vielleicht ein paar Mängel sieht, aber es ist eine kontrollierte Qualität und es steht Österreich dahinter.

In diesem neuen Gütesiegel ist nicht nur der Handel, also bis jetzt ist ja das auf den Handel beschränkt gewesen, jetzt werden auch die Direktvermarkter, die Gastronomie, und auch die Manufakturen, sprich die Fleischereien und Bäckereien damit einbezogen.

Ich glaube, das hat schon Potential und es steht ja auch ein Qualitäts- und Herkunftssicherungssystem dahinter. Im Prinzip sind die Genussregionen, die es ja jetzt eh schon gibt, weiterentwickelt worden. Wer es vielleicht nicht wissen sollte, wir haben im Burgenland acht Genussregionen, von der Kittseer Marille bis zum Zickentaler Moorochsen. Ich glaube von so einem neuen Siegel profitieren sowohl die Konsumenten als auch die Betriebe.

Für die Kunden garantiert das Siegel Herkunft und Qualität und für die Betriebe entsteht eine gemeinsame Vermarktungslinie durch die kontrollierte Herkunft, Einzigartigkeit und die Chance auf mehr Wertschöpfung.

Den Antrag der SPÖ und der GRÜNEN können wir aus den genannten Gründen nicht unterstützen. Wir wollen burgenländische und österreichische Herkunft im Handel, Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung und daran werden wir weiterarbeiten.

Beginnen möchten wir im eigenen Geltungsbereich mit einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung auf landeseigenen und landesnahen Betrieben. Ich darf nun unseren Abänderungsantrag verlesen:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, eine Herkunftsbezeichnung in allen Dienststellen des Landes, sowie in den landeseigenen und landesnahen Betrieben sofort umzusetzen, um so als gutes Vorbild voranzugehen.

Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP – Die Abgeordnete Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Elisabeth Trummer.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Elisabeth Trummer** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, dass ich von dieser Stelle auch all jene Zuseher begrüßen darf, die via Livestream hier diese Landtagssitzung mitverfolgen und heute meine erste Rede als Abgeordnete zum Burgenländischen Landtag mitverfolgen.

Einen speziellen Gruß und vor allem einen großen Dank möchte ich auch auf diesem Weg meiner Familie, meinen Freundinnen und Freunden entbieten, die ganz viel dazu beigetragen haben, dass ich heute hier stehen darf und heute meine erste Rede halten darf. *(Beifall bei der SPÖ)*

Tiergesundheit, Tierwohl einerseits und gesunde Ernährung andererseits stehen aus meiner Sicht jedenfalls in einer sehr engen voneinander auch nicht zu trennenden Beziehung. Mehr Tiergesundheit, Tierwohl führt ganz zweifellos zu besseren, vor allem aber auch gesünderen Lebensmitteln und leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Gesundheit für uns alle.

Wie Sie vielleicht wissen, bin ich seit mehr als 30 Jahren im Gesundheitsbereich tätig gewesen und bin Mutter zweier Söhne. Die Thematik ist mir daher sehr wichtig und ein wichtiges Herzensanliegen auch. Aber nicht nur mir, auch viele andere denken bereits schon so. Wissen was wir essen, woher unsere Lebensmittel kommen, ob sie umweltfreundlich und gentechnikfrei hergestellt wurden und wie es vor allem auch den Menschen und Tieren gegangen ist entlang der Wertschöpfungskette, die an der Produktion des Lebensmittels beteiligt sind, wird immer wichtiger.

Es ist also nicht „wurscht“ was in der Wurst ist. Österreich hat im europaweiten Vergleich - und ich halte es an dieser Stelle fest - völlig zu Recht, sehr effektive Tierschutzbestimmungen. Beim Einkauf und bei der Konsumation von Lebensmitteln, vor allem in der Gastronomie, ist jedoch nach wie vor eine Bruchlinie festzustellen. Bewusst zu machen, dass die Entscheidung über richtige, sprich gesündere, weil hochwertige und nachhaltige besondere Rücksichtnahme auf das Tierwohl produzierte Lebensmittel bei den Konsumentinnen und Konsumenten liegt, wird nur durch eine entsprechende, und vor allem auch verpflichtende Kennzeichnung gelingen.

Dazu stehen, meine sehr geehrten Damen und Herren heute zwei Anträge, die Anträge der SPÖ und ein Antrag der GRÜNEN zur Diskussion. Der Antrag der GRÜNEN, Frau Kollegin Petrik, Kollege Spitzmüller, ich darf es vorwegnehmen und dann auch begründen, ist aus meiner Sicht keinesfalls das Gelbe vom Ei.

Der Entschließungsantrag der SPÖ zielt ab auf eine verpflichtende und kotrollierte Kennzeichnung von Lebensmitteln nach Herkunft und Haltung im Handel, in Direktvermarktungsbetrieben und Manufakturen, in der Gastronomie und in Großküchen. Der Entschließungsantrag der GRÜNEN spiegelt das Spannungsverhältnis der GRÜNEN im Land in Opposition, im Bund in der Regierungsverantwortung, allerdings an der kurzen Leine, wider. Zunächst postulieren Sie die Forderung Direktvermarktungsbetriebe, Manufakturen und Gastronomiebetriebe, bei der Etablierung von freiwilligen, ich betone, von freiwilligen Qualitäts- und Herkunftssystemen zu unterstützen, um sodann in einem zweiten Punkt, inhaltlich deckungsgleich mit dem SPÖ-Antrag, eine verpflichtende Kennzeichnung zu verlangen.

Meine Bitte, sehr geehrte Frau Abgeordnete und Herr Abgeordneter, sagen Sie uns einfach, wenn Sie wissen was Sie wollen oder besser gesagt, sagen Sie uns, wenn Sie wissen was Ihr Regierungspartner auf der Bundesebene will, dass Sie wollen dürfen. Sie sollten wissen, dass in Österreich zehn Millionen männliche Küken Jahr für Jahr am ersten Tag, Lebenstag, getötet werden, dass mehr Küken mit CO2 getötet also geschreddert werden.

Was in Ihrem Antrag da ist, dazu hat die SPÖ im Nationalrat bereits am 11. Dezember 2019 einen selbständigen Antrag auf ein generelles Verbot der Tötung von Küken aus rein wirtschaftlichen Gründen gestellt. Sie haben den besten Kontakt zum

Bundesminister Anschober, Vizekanzler Kogler, aber auch, glaube ich, die Handynummer von der Klubobfrau Maurer werden Sie hoffentlich auch haben.

Diese Thematik verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln, wie im Entschließungsantrag der SPÖ gefordert, ist heute aktueller und dringender denn je. Eine verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln, volle Transparenz was auf unseren Tellern landet, tatsächlich wissen was wir essen, wie von der SPÖ beantragt, ist das Gebot der Stunde. Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen damit in die Lage versetzt werden, volle Entscheidungsfreiheit zu haben, was er kauft, was er konsumieren möchte und genau deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Mindestlohn von 1.700 Euro netto pro Monat für unseren Landeshauptmann, gemeinsam mit allen Regierungsmitgliedern und der SPÖ-Burgenland so enorm wichtig.

Denn wirklich jeder soll die Möglichkeit haben, ein Grundbedürfnis menschlichen Lebens, hochwertige Ernährung in Anspruch nehmen zu können. Wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, anderer Meinung sind, dann haben Sie auch den Mut dazu! Stellen Sie sich hin, Aug in Aug, und sagen Sie dieser Gruppe, dass hochwertige Ernährung nur für wenige Privilegierte zugänglich sein soll.

Es geht aber auch anders. Zum Beispiel die Schweiz hat es bewiesen mit einer flächendeckenden und verpflichtenden Lebensmittelkennzeichnung, die von der SPÖ damals beantragt wurde und die es seit 1995 schon gibt. Inzwischen gibt es schon auf Länderebene eine Initiative. Im Vorarlberger Landtag wurde auf Antrag der SPÖ kürzlich, am 13. Mai 2020, ein einstimmiger Beschluss für eine verpflichtende Transparenz bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln gefasst.

Aber auch im Wiener Landtag wurde vor wenigen Tagen, am 25. Juni, eine gemeinsame Resolution SPÖ und GRÜNE eingebracht. Auch wenn bewusstes Kaufverhalten des Einzelnen einen gewissen Druck schafft, ganz ohne politische Richtlinien zur Herkunft, Haltung und Verarbeitung können wir echte Veränderungen nicht schaffen. Entschließungsanträge oder selbständige Anträge einzubringen, ist das Eine, eine zweifellos ganz wichtige Aufgabe, die uns als Abgeordneten zukommt.

Das andere, eine mindestens ebenso wichtige Aufgabe von Politik, kann man aus meiner Sicht verkürzt auf drei Buchstaben umschreiben mit TUN. Diese Landesregierung, mit unserem Herrn Landeshauptmann Hans Peter Doskozil an der Spitze, tut tatsächlich einiges in diesem Bereich. *(Abg. Walter Temmel: Der ist nicht mehr da!)* Danke für den Herrn Landeshauptmann und Landeshauptmann-Stellvertreter, *(Abg. Walter Temmel: Es ist niemand mehr da!)* ich kann es jetzt aber so auch ausrichten, sie werden sicher zuschauen.

Ich darf in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass mit der in der letzten Gesetzgebungsperiode beschlossenen Resolution zur Biowende, im Burgenland geradezu ein Paradigmenwechsel eingeleitet worden ist, der auch im Zukunftsplan Burgenland, dem Arbeitsprogramm der Landesregierung, Niederschlag findet. Mit verschiedensten Initiativen und Projekten, auf die alle ich aus Zeitgründen hier, heute nicht eingehen kann, wird dieser eingeschlagene Weg Schritt für Schritt umgesetzt. Wo Burgenland draufsteht, soll auch Burgenland drin sein.

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht Selbstzweck, sondern schafft nachhaltigen Mehrwert für Konsumentinnen und Konsumenten, weil sie wissen was auf ihren Tellern landet, für Erzeuger und Erzeugerinnen, die durch Veredelung ihrer Produkte eine höhe Wertschöpfung und damit auch mehr an Einnahmen erzielen können, für das Burgenland insgesamt und die Regionen im Speziellen, weil die Erlebbarkeit als Kulinarik Destination gestärkt wird, für Tierschutz, Tierwohl nicht zuletzt.

Wie viele Beispiele zeigen, funktioniert und gelingt das auch und zwar in der Gastronomie, Frau Abgeordnete, in meinem Heimatbezirk in Kaisersdorf zum Beispiel, in einer einwohnermäßig eher kleinen Gemeinde, wo beispielsweise ein Dorfgasthaus übernommen und daraus ein Wirtshaus gestaltet wurde. Ich zeige Ihnen gerne eine Speisekarte, wo die Besucherinnen und Besucher informiert werden woher die Produkte kommen und was auf den Tellern landet.

Solche Beispiele findet man mittlerweile landauf und landab und je mehr es werden desto besser. Eine verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln, wie von der SPÖ beantragt, ist weniger Bürde als vielmehr eine Chance. *(Beifall bei der SPÖ)* Ich lade daher Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten ein, diesen Weg mitzugehen und dieser Entschließung Ihre Zustimmung zu geben. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Die vorher mir überreichten Abänderungsanträge der Landtagsabgeordneten Laschober-Luif und Kollegen sind gehörig unterstützt, sodass sie gemäß § 61 Abs. 3 in die Verhandlung einbezogen werden.

Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse vorerst über den von Landtagsabgeordneter Laschober-Luif und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Carina Laschober-Luif und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Punkt 11 der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 124, für eine transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln, Zahl: 22 - 80, Beilage 156.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - Das ist Mehrheit.

Die Entschließung für eine transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln ist somit mehrheitlich gefasst.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 12. Hier lassen wir über den Abänderungsantrag von der Frau Abgeordneten Laschober-Luif und Kollegen abstimmen und zwar ist der Tagesordnungspunkt Antrag Zahl 22 - 82.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Laschober-Luif und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es folgt die Abstimmung über den 12. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechnungsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der

Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, Beilage 126, betreffend Kennzeichnungspflicht für Lebensmittelherkunft und Hebung des Tierwohls, Zahl 22 - 82, Beilage 157.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung für die transparente Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**13. Punkt**: **Bericht des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 139) für eine Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) (Zahl 22 - 95) (Beilage 158**)

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Der 13. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 139, für eine Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Zahl 22 – 95, Beilage 158.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagesabgeordneter Erwin Preiner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Erwin Preiner:** Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für die Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik, in ihrer 01. Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung für die Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik, die verfassungsgemäße Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Kurz noch zum vorigen Tagesordnungspunkt, liebe Kollegin Trummer, liebe SPÖ, es ist schon unglaublich, dass Ihr es immer wieder schafft, selbst bei Tagesordnungspunkten, wo wir ganz klar einer Meinung sind, genau die Unterschiede oder Unterschiede herauszuarbeiten, die gar nicht vorhanden sind.

Wir haben mehrfach versucht, zuerst mit Eurem Agrarsprecher, dann mit Eurem Klubobmann hier einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Das wolltet Ihr nicht, ist Euer gutes Recht. Aber sich dann herzustellen und zu kritisieren was wir fordern, finde ich

höchst eigenartig, muss ich wirklich sagen. Ist sehr befremdlich. *(Abg. Robert Hergovich: Wolfgang, schon bei der Wahrheit bleiben! Bei der Wahrheit bleiben!)*

Übrigens deckt sich das, die Regina hat mit Dir gesprochen deswegen. *(Abg. Robert Hergovich: Du hast mich angerufen!)* Das war die GAP Geschichte, *(Abg. Robert Hergovich: Du hast gesagt mit dem Klubobmann, und das bin ich!)* ja eh, gut dazu komme ich jetzt. *(Zwiegespräche zwischen dem Abg. Robert Hergovich und der Abg. Mag.a Regina Petrik)*

Jetzt kommt der eigentliche… *(Abg. Johann Tschürtz: Setzt Euch zusammen!)* „Wurscht", das reden wir nachher aus, jetzt geht es um die gemeinsame Agrarpolitik, wo Ihr einen sehr guten Antrag gestellt habt, die SPÖ, weil wir hier auch einer Meinung sind, vielleicht schaffen wir das hier. Die Landwirtschaft hat wesentliche Probleme. Wir haben zu niedrige Preise, wir haben Einkommen der Bauern und Bäuerinnen, die fast jährlich zurückgehen, wir haben ein System der Förderungen auf EU Ebene, die nicht gedeckelt sind, die die großen Intensivbetriebe unverhältnismäßig stärker fördern wie die kleinen, klein strukturierten Betriebe.

Gerade im Berggebiet ist es hier ein bisschen besser. Das alles wäre bei der nächsten GAP ich habe das vorher kurz erwähnt, bei der neuen Förderperiode für die GAP zu bereinigen, das ist jetzt verzögert worden. Es geht eigentlich kein Weg vorbei daran, dass wir nicht nur in Österreich, sondern auf EU Ebene die Landwirtschaft gezielt klimafreundlicher, tierschutzfreundlicher, bauern- und bäuerinnenfreundlicher machen.

Der Antrag der SPÖ ist an und für sich wirklich gut, natürlich wir wollen alles, was Ihr hier angeschrieben habt. Nur was ich nicht verstehe ist, Ihr habt, wie viele sind es? Vier Punkte in der Begründung angeführt: nachhaltige Biodiversität, Stärkung der zweiten Säule, Reduktion der Pestizide. Aber in der Beschlussfassung, in der Beschlussformel, ist dann eigentlich nur mehr, ja eine Ökologisierung - wie viele sind es - vier Punkte in der Begründung angeführt - nachhaltige Biodiversität, Stärkung der zweiten Säule, Reduktion der Pestizide -, aber in der Beschlussformel ist dann eigentlich nur mehr eine Ökologisierung der GAP.

Das ist zu wenig. Deswegen habe ich bei diesem Punkt Euren Klubobmann angerufen und habe ihn aufgefordert, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag machen, wo wir das in die Beschlussformel nehmen, damit wir hier konkreter werden.

War nicht gewollt, in Ordnung.

Warum ist das so wichtig, ich habe es ja vorher schon erklärt, wir müssen hier einfach den Weg der Ökologisierung gehen, die wir hier im Burgenland ganz stark gehen, und dazu gehört natürlich auch die Reduktion des Pestizid-Einsatzes. Das steht auch im roten Regierungsabkommen ganz kurz drinnen, erwähnt, aber auch, das ist leider in Eurem Antrag nicht drinnen, Antibiotika-Reduktion.

Gerade jetzt, in Zeiten von Corona, ist das gerade auch, leise aber doch, Thema geworden, gerade in der Landwirtschaft wird sehr viel Antibiotika eingesetzt. Wir wissen aus Studien, dass das Problem fördert, dass Antibiotika im Spital dann nicht mehr wirken, weil es Antibiotika-Resistenzen gibt und da trägt auch die Medizin, aber auch sehr stark die Landwirtschaft Verantwortung dafür.

Wir brauchen diesen „Green Deal", den die Kommissarchefin Ursula von der Leyen angekündigt hat, wir brauchen mehr Ausweitung der aus der Nutzung gestellten Flächen, wir brauchen gerade auf EU-Ebene Maßnahmen, die den Artenschwund reduzieren, da gehört natürlich auch der reduzierte Pestizid-Einsatz dazu.

Wir wollen diesen Antrag auch noch verstärken und bringen deswegen einen Abänderungsantrag ein, wo wir nichts Anderes gemacht haben, als den SPÖ-Antrag herzunehmen, aber die Punktation aus der Begründung in die Beschlussformel getragen haben, sodass er konkreter wird und dass auch die Widerstände, die teilweise von Seiten der Ministerin Köstinger bezüglich Biodiversität unter anderem angetragen werden, dass das hier noch einmal verstärkt wird.

Deswegen unser Abänderungsantrag, der im Prinzip kein wirklicher Abänderungsantrag ist, sondern nur ein Verbesserungsantrag. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Bitte die Beschlussformel verlesen.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE) *(fortsetzend)*: Danke Herr Präsident, die Beschlussformel. Der Antrag ist allen zugegangen, die Beschlussformel lautet:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sich in den Verhandlungen mit der EU-Kommission zum neuen EU-Finanzrahmen 2021 - 2027 für nachhaltige Umweltmaßnahmen einsetzen, die insbesondere Folgendes enthalten:

- eine nachhaltige Biodiversitätsstrategie
- eine Stärkung der zweiten Säule der GAP (Programm LE)
- eine Reduktion von Pestiziden im Bereich der Landwirtschaft und Privatgärten bis 2030
- eine gesetzliche Regelung auf
    - eine Reduktion der Düngemittel bis 2030 nach entsprechenden vorangegangenen regionalen Bodenuntersuchungen. Dabei ist auf internationale Vergleichbarkeit der Untersuchungsmethoden und -ergebnisse zu achten
    - eine Stärkung der Forschung für alternative biologische Pflanzenschutzmittel, die den Namen auch verdienen (kein Etikettenschwindel!)

Sehr genau und sehr punktiert. *(Beifall bei den GRÜNEN - Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag.)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller ist nicht gehörig unterstützt.

Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller hat die notwendige Unterstützung erfahren, sodass er in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt uns ein Entschließungsantrag aus den Reihen der SPÖ vor, der aus meiner Sicht wichtige Aspekte beinhaltet, thematisch brauchen wir da nicht allzu viel darüber debattieren.

Auch wenn der Kollege Preiner jetzt wirklich mit Inbrunst versucht hat, mich vom Gegenteil zu überzeugen, ich werde für meine Partei hier festlegen, dass wir nicht mitgehen und zwar aus einem ganz bestimmten Grund, weil wir grundsätzlich am System der gemeinsamen Agrarpolitik vieles auszusetzen haben und weil die entscheidenden Makel hier bei diesem Antrag ausgeklammert bleiben.

Gemeinsame Agrarpolitik auf EU-Ebene steht nämlich für erstens, enorme Mittelverschwendung. Man muss sich klar vor Augen führen, dass 38 Prozent des EU-Budgets in der Periode 2014 - 2020, das sind mehr als 400 Milliarden Euro, ausschließlich für die Agrarwirtschaft draufgehen und da insbesondere in Länder wie Frankreich, wie Italien, wie Spanien, wo man über solche Dinge, die wir hier debattieren, also kleine bäuerliche Strukturen und so weiter, wo man weit davon entfernt ist, sondern wo man wirklich bei der Agrarindustrie ist.

Ob man das jetzt mit unseren Steuermitteln entsprechend fördern soll, da bin ich mir nicht so sicher und ich glaube, das wäre wichtig, dass einmal nicht nur zu thematisieren, sondern aufzubrechen.

Gemeinsame Agrarpolitik steht für enorme und weiter ansteigende Bürokratie, die lustigerweise durch die nationalen Haushalte nicht nur administriert und getragen, sondern natürlich auch finanziert werden muss.

Sie steht für eine ineffiziente Einkommensstützungsfunktion. Sie steht dafür, dass die strukturelle Benachteiligung kleiner Betriebe, daher insbesondere österreichischer Betriebe, ich glaube, das Thema Bauernsterben und Ähnliches haben wir hier nicht zum ersten Mal debattiert, sondern das beschäftigt uns seit vielen, vielen Jahren, einer der Gründe ist, hier in dieser Fehlkonstruktion der gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene zu finden.

Sie schadet, und das sage ich, dieses Wort, sie schadet den vereinbarten Klimazielen, indem sie die Flächen fördert, indem sie das Umbrechen von Grünland fördert und Ähnliches mehr.

Sie ignoriert nicht landwirtschaftliche Parameter, die Bindung von Kohlenstoff im Boden, die Wasserstandshaltung und anderes mehr und ist damit der Anlass für Klimaschutzmaßnahmen, die andererseits vielleicht gar nicht notwendig gewesen wären, wenn man nicht derartige planwirtschaftliche Elemente einführen würde.

Aus unserer Sicht, aus unserer Überzeugung, ist eine Gesamtreform der gemeinsamen Agrarpolitik notwendig, dringend notwendig, Herumdoktern an einzelnen Aspekten, so richtig das auch sein muss im System, greift aus unserer Sicht viel zu kurz.

Für einen dementsprechenden Antrag sind wir gerne offen; diesem hier werden wir aus den genannten Gründen nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif** (ÖVP): Vielen Dank. Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Gesunde Ernährung und sichere

Lebensmittel beschäftigen immer mehr Menschen. Die Kollegin Trummer hat es in ihrer Debatte auch angesprochen. Auch die Europarameter-Umfrage, die anlässlich des ersten Weltlebensmittel-Sicherheitstages durchgeführt wurde bestätigt dies. Die Lebensmittelsicherheit in Industriestaaten ist insgesamt so hoch wie nie zuvor.

In Österreich sorgen hohe Qualitätsstandards und ein dicht geknüpftes Netz, das bei den Erzeugern, sprich in der Landwirtschaft beginnt und bei EU-weiten Überwachungsprogrammen endet.

Zirka 30.000 Lebensmittelproben werden pro Jahr gezogen und davon sind tatsächlich 0,5 Prozent gesundheitsschädlich. Hier finde ich interessant, dass es einen deutlichen Unterschied gibt zwischen dem, was tatsächlich gesundheitsschädlich ist, und dem, was die Konsumentinnen und Konsumenten beunruhigt.

Die meisten Menschen sind verunsichert über gentechnisch veränderte Lebensmittel, über Zusatzstoffe und Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmittel. Tatsächlich gibt es Erkrankungen, wie erwähnt, die durch Lebensmittel verursacht werden, und hier stehen an erster Stelle die pathogenen Keime wie Salmonellen, an zweiter Stelle steht die Fehl- und Überernährung und an dritter Stelle kommen die Mykotoxine, also die Schimmelpilzprobleme.

Jetzt stellt sich mir die Frage, warum die tatsächlich mit den befürchteten Krankheiten so auseinanderliegen. Themen wie Gentechnik, Zusatzstoffe und auch Pflanzenschutzmittelrückstände haben eines gemeinsam, sie wurden in den letzten Jahren sehr stark medial und auch politisch diskutiert. Prozesse rund um die Lebensmittelerzeugung und die Verarbeitung von Lebensmitteln werden von Menschen genau verfolgt, denn jeder muss essen und ist somit auch elementar auf uns in der Landwirtschaft angewiesen.

Deshalb verstehe ich es auch, dass die Konsumentinnen und Konsumenten es sehr ernst nehmen, wenn es um die Lebensmittelsicherheit geht. Doch sollte man nicht jede Schlagzeile einfach unreflektiert hinnehmen.

Vor kurzem kam groß die Schlagzeile heraus „Starker Anstieg bei Pestizid-Verbrauch“. Ja, der neueste Bericht von Eurostat zeigt, dass der Pflanzenschutzmittelverbrauch in Österreich gestiegen ist, doch ich möchte nun auch erklären, warum.

Zu 30 Prozent ist dies $CO_2$ geschuldet. $CO_2$, glaube ich, weiß jeder, das kommt in der Luft natürlich vor und wird auch für die Lagerhaltung verwendet. Wer einen Apfel, vielleicht sogar einen Apfelbaum daheim hat, oder einen Apfel im Geschäft kauft, der weiß, wenn ich den bei Zimmertemperatur oder in der Küche lagere und ein paar Tage oder Wochen liegen lasse, der schrumpelt komplett zusammen. Der veratmet einfach Sauerstoff und dadurch wird Flüssigkeit entzogen und dadurch schrumpelt er zusammen.

Wie kann es sein, dass man im April noch in einen knackigen Apfel beißen kann? Ja, da kommt das $CO_2$ zur Lagerhaltung in Verwendung. Die Äpfel werden in großen Kisten gelagert, werden kühl gelagert und in einem Lager wird der Sauerstoffgehalt gesenkt und der $CO_2$-Gehalt erhöht, und dadurch kann der Apfel einfach nicht so schnell veratmen und schrumpelt nicht so schnell zusammen. Seit 2016 wird dieses $CO_2$ zum Pflanzenschutzmittel hinzugezählt, wird aber nicht am Feld oder Acker verwendet, sondern einfach nur in der Lagerhaltung in geschlossenen Räumen.

Der weitere Anstieg ist auf Schwefel und Kupfer zurückzuführen, das sind beides Stoffe, die nicht im Labor hergestellt werden, sondern sind organische, natürliche

Substanzen, hingegen ist der Verbrauch von chemisch-synthetischen, also im Labor hergestellten Pflanzenschutzmitteln leicht gesunken.

Da in der konventionellen Landwirtschaft immer stärker auf solche Mittel zurückgegriffen wird, aber auch die biologische Landwirtschaft einfach mehr geworden ist, ist dieser Anteil eben gestiegen.

Ich möchte aber noch dazu sagen, dass in der biologischen Landwirtschaft alle vorbeugenden Maßnahmen natürlich wichtig sind, wie Fruchtfolge, Sortenauswahl oder Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, aber es ist auch ein Faktum, dass hier Pflanzen geschützt werden müssen, vor allem, wenn sie nicht gesundheitsschädlich sein sollen, also ich werde mal wieder im Ackerbau beim Getreide, wenn Lebensmittel ohne Verpilzungen und ohne Mykotoxine erzeugt werden sollen, dann muss man auch hier Pflanzenschutz anwenden.

Die Landwirtschaft wird sich weiterentwickeln, denn nur so kann sie den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Das ist auch dadurch möglich, dass wir in den letzten Jahren so erfolgreich waren und es geschafft haben, unsere Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Menschen im Land zu ernähren. Vor hundert Jahren konnte ein Landwirt gerade einmal einen Menschen ernähren, heute sind es über hundert.

Es sind neue Herausforderungen in den letzten Jahren auf uns zugekommen und diese müssen wir auch angehen und müssen auch gute Lösungen dafür finden. Wie wichtig und elementar die Eigenversorgung mit Lebensmittel ist, haben wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt, in der Zeit von der Corona-Krise.

InUnd in diesem Zusammenhang finde ich es wichtig, dass wir die Kreisläufe einer Region, eines Landes, aber auch eines Staates und EU-weit wieder stärker aktivieren und fördern.

Noch ein paar Worte zur EU und zum neuen „Green Deal“, nämlich in den letzten Wochen wurden die zwei Säulen „Farm to Fork“ und Biodiversitätsstrategie präsentiert. Es sind hier ambitionierte Ziele, die vorgeschlagen werden, wo noch vieles diskutiert werden muss.

Ich möchte nur drei davon hier in meiner Debatte kurz ansprechen und zwar das Ziel 25 Prozent biologische Landwirtschaft, flächenbiologisch zu wirtschaften, Entschuldigung, haben wir in Österreich bereits erreicht. In Burgenland bewirtschaften wir aktuell 35 Prozent der Flächen biologisch, im Vergleich dazu, im Schnitt gibt es in der EU 7,5 Prozent Bioflächen.

Ebenso ist ein Tierwohl-Label im Gespräch, das ähnlich wie beim Ei kennzeichnen soll, wie die Tiere aufgezogen und geschlachtet wurden. Auch hier in der Nutztierhaltung sind wir in Österreich Vorreiter. Die Tierschutzorganisation „World Animal Protection“ hat das Tierschutzniveau von fünfzig Ländern verglichen und hier ist Österreich gemeinsam mit Schweden federführend, was die Umsetzung von Tierschutz und Tierwohl in der Nutztierhaltung angeht. Ein Punkt noch, also insgesamt soll die Lebensmittelerzeugung in der EU nachhaltiger werden, und hier liegt Österreich ebenfalls im Spitzenfeld.

Im internationalen Lebensmittel-Nachhaltigkeitsindex sind wir im Ranking mit 67 Ländern auf dem sensationellen ersten Platz, also hier wurden die Indikatoren Wasser, Land, Emission und Landnutzung bewertet. Ich bin wirklich stolz auf unsere Bäuerinnen und Bauern, die - wie man sieht - in vielen Bereichen Vorreiter und Vorbilder sind.

Diese Vorleistungen müssen in den Verhandlungen der GAP auch berücksichtigt und belohnt werden. Die Land- und Forstwirtschaft sind die einzigen Sektoren, die mit

ihrem Grund und Boden $CO_2$ binden können. Doch wir alleine können nicht gutmachen, was andere Bereiche wie Verkehr durch den massiven Einsatz von fossilen Rohstoffen hier anrichten.

Auch der Erhalt der Biodiversität muss als ganzheitliches System gesehen werden und kann nicht nur den Bäuerinnen und Bauern umgehängt werden, so frei nach dem Motto „Ich lebe mein Leben weiter wie bisher, macht Ihr das, mir ist das wurscht, Hauptsache, ich habe nichts damit zu tun“.

Mehr Nachhaltigkeit geht nur gemeinsam mit Landwirtschaft und Konsumenten. Es kann nur eine marktorientierte Weiterentwicklung der Landwirtschaft in wichtigen Bereichen wie Tierwohl, umweltfreundliche Produktion und Biolandbau geben. Standards zu erhöhen, ohne gleichzeitig den Markt zu schaffen, bedeutet das Ende vieler bäuerlicher Familienbetriebe. Hier sehe ich auch unsere Biobetriebe massiv in Gefahr, denn diese haben sich über die letzten Jahrzehnte kontinuierlich einen Markt aufgebaut, der nun durch die Erhöhung der europaweiten Biofläche enorm bedroht ist.

Den Antrag der SPÖ können wir nicht unterstützen und auch den Abänderungsantrag der GRÜNEN, da die gemeinsame Agrarpolitik viel komplexer gesehen werden muss und das oberste Ziel, die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und regionalen Lebensmitteln sein muss.

Und eines noch, bevor ich jetzt die Beschlussformel verlese. Und zwar heute ging es bereits um das Forstpaket, das von der Bundesregierung präsentiert worden ist. Die Zukunft unserer Wälder ist in Gefahr. Klimafitte Wälder entstehen nicht durch Worte, sondern durch Bewirtschaftung. Die Wertschöpfung in diesem Sektor ist massiv eingebrochen durch sinkende Markterlöse, Holzerlöse und steigende Kosten. Dadurch fehlt vielen das Geld für die Investitionen in den Wald und seine Pflege.

Nun entsteht die reale Gefahr, dass uns langfristig einfach der Wald verloren geht. Denn was machen wir mit diesen Teilen in Ober- und Niederösterreich, wo der Borkenkäfer so massiv zugeschlagen hat und massiv auch den Wald vernichtet hat?

Ich glaube, das kann niemand gutheißen, denn der Wald leistet auch für die Gesellschaft und auch im Kampf gegen die Klimaerwärmung einen wichtigen Beitrag. Deshalb vielen Dank an die Bundesregierung für dieses Forstpaket.

Ich darf nun meinen oder unseren Abänderungsantrag verlesen und darf die Beschlussformel vorlesen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge sich für ausreichende EU-Finanzhilfen im Zuge der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik für die heimische Landwirtschaft einsetzen. Wichtig dabei ist, dass zusätzliche ökologische Maßnahmen auch finanziell abgegolten werden.

Danke schön. *(Die Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der ÖVP)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Frau Abgeordnete. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Dipl.Päd. DI Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Erwin Preiner das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Erwin Preiner** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseher und Zuhörer im Livestream zu Hause! Ich möchte vorweg mich sehr herzlich bedanken bei allen Wählerinnen und Wählern, auch bei allen anderen Unterstützern, die es mir ermöglicht haben, dass ich hier in der aktuellen Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages ein Mandat für den Bezirk Neusiedl am See, für die SPÖ im Bezirk Neusiedl am See, innehaben kann. Ein herzliches Dankeschön diesbezüglich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Der vorliegende Antrag, den wir eingebracht haben, mehr finanzielle Unterstützung in Richtung Ökologie, was die GAP, die Gemeinsame Agrarpolitik betrifft. Hier vor allem auch, was die zweite Säule betrifft, das heißt, das Programm des ländlichen Raumes, der ländlichen Entwicklung, ist an die Bundesregierung gerichtet. Hier vor allem primär an den Bundeskanzler, an den Finanzminister und natürlich an die beiden Damen Landwirtschafts- und Umweltministerin. Denn diese vier genannten Herrschaften sind es, die sich zur nachhaltigen Absicherung der GAP für Österreich, aber auch für das Land Burgenland, letzten Endes auch für die Kommunen auf EU-Ebene in Brüssel dafür einsetzen müssen.

Gerade jetzt ist der Zeitpunkt insofern richtig gewählt, weil die Verhandlungen für die neue Finanzperiode in der Europäischen Union 2021 bis 2027 sich in der Finalphase befinden, und wir haben es heute auch vernehmen können.

Gestern hat die neue EU-Ratspräsidentschaft unter dem Vorsitz Deutschlands begonnen. Hier wurde klar gesagt, heute auch nebenbei kurz von einem Vorredner bemerkt, dass diese Verhandlungen in der Finalphase sind.

Das heißt, es hängt davon ab, wie viel an Finanzmittel für die Republik Österreich für die kommende Finanzperiode 2021 bis 2027 nach Österreich gehen. Davon hängt es auch ab, ob der erfolgreiche burgenländische Weg, der in den vergangenen Finanzperioden nachhaltig, egal mit welcher Regierungskonstellation hier im Landhaus in Eisenstadt umgesetzt werden konnte, auch zukünftig weiterbestehen kann.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, Biolandbau, Biolandwirtschaft, gesunde Ernährung, nicht nur zu verschriftlichen, sondern das auch in der Praxis umzusetzen.

Ich möchte nun auch etwas Wesentliches noch erwähnen, nämlich im Rahmen der Finanzierungsperiode, es wurde heute bereits angesprochen, umfasst das Programm der Gemeinsamen Agrarpolitik zirka 40 Prozent des gesamten Finanzvermögens. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind, glaube ich, hinlänglich bekannt. Zum einen die Coronavirus-Pandemie, die natürlich sehr viele finanzielle Opfer auch fordert, leider Gottes neben gesundheitlichen Opfern.

Des Weiteren auch der Brexit, der gegenwärtig ja schon fast ins Hintertreffen gerät. Natürlich unter diesen beiden Aspekten auch noch die relativ enge Klammer der Finanzierung. Hier wird es darum gehen, entsprechende Mittel in den gemeinsamen Finanzierungstopf zu setzen und andererseits auch das umzusetzen, was der EU-Rechnungshof zu Beginn des Monats Juni bereits verschriftlicht hat. Nämlich es geht darum, Artenvielfalt zu garantieren, des Weiteren Biodiversität nachhaltig zu garantieren, eine neue Biodiversitätsstrategie auszuarbeiten und selbstverständlich -und das kann sonst nicht funktionieren - mit Unterstützung der Regionen. Burgenland ist eine ländliche Region. Mit Unterstützung der Kommunen und natürlich auch mit Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe im Sinne des Bottom-up-Prinzips.

Dann kann das entsprechend richtig umgesetzt werden und hat auch die entsprechende Nachhaltigkeit, von der sehr viel gesprochen wird. Ist aber natürlich auch

wesentlich. Denn es geht letzten Endes darum, dass wir in einem intakten Natur- und Kulturraum leben. In einer intakten Umwelt leben und gesunde, giftfreie Lebensmittel nicht nur produzieren sollen, sondern auch konsumieren sollen und letzten Endes müssen, denn es geht um unsere eigene Gesundheit.

Kolleginnen und Kollegen! Das ist es, was der EU-Rechnungshof klar als strategische Vorgabe für die kommende Finanzierungsperiode, für den kommenden Finanzrahmen der EU von 21 bis 27 dargelegt hat. Nachdem wir nicht als Satellit irgendwo im Weltall herumschwirren, ist es auch klar, dass diese Vorgabe auch für uns gilt und dass wir uns danach entsprechend auch ausrichten sollen, um auch positiv in die Zukunft zu blicken.

Des Weiteren möchte ich erwähnen, dass der Erhalt der Biodiversität bei weitem mehr ist als ein Schlagwort. Wir wissen, dass in den vergangenen zweieinhalb bis drei Jahrzehnten nach internationalen Studien zirka drei Viertel der Insektenpopulationen Mitteleuropas einfach verschwunden ist.

Warum sage ich und erwähne ich das jetzt? Ganz klar, um auch auf den Antrag im inhaltlichen Bereich zu sprechen zu kommen, weil die Insekten es sind, weil es nicht nur die Honigbienen sind, sondern auch die Wildbienen es sind, wo wir noch 680 Wildbienenarten in Österreich und in Mitteleuropa haben, die die Bestäubung durchführen für gesunde, pestizidfreie Obstsorten und für gesundes Gemüse. Daher ist das eben erwähnenswert und wesentlich, und auch hier müssen wir auf Nachhaltigkeit trachten und schauen.

Ich erwähne auch noch den Bereich des ländlichen Raums, der Stärkung des Programms „Ländliche Entwicklung“. Die Europäische Union hat hier sehr viele Finanzmöglichkeiten für die einzelnen Nationalstaaten geschaffen, Punkt eins. Punkt zwei, hat die Republik Österreich für diese zweite Säule in der GAP, dem ländlichen Raum, 1,1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt.

Das Land Burgenland über 70 Millionen hier entsprechend als Förderung an die Menschen, nicht nur an die Landwirtschaft, sondern das Programm „Ländliche Entwicklung“ umfasst den gesamten ländlichen Raum, ausgeschüttet, klarerweise vorweg erarbeitet und erwirtschaftet, nachhaltig erwirtschaftet durch die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, aber auch durch die Arbeitgeber im Burgenland.

Ein herzliches Dankeschön diesbezüglich, aber auch ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung. *(Beifall bei der SPÖ)*

An die Herrschaften, die in der jetzigen Legislaturperiode, was die Förderperiode betrifft, hier entsprechend federführend tätig waren. Das war Agrarlandesrätin Verena Dunst, der ehemalige Landeshauptmann Hans Nießl. Ich sage auch gleich klar dazu, damit dieser erfolgreiche burgenländische Weg in puncto Biowende und Biolandwirtschaft und nachhaltig gesunde Ernährung auch fortgesetzt werden kann, jetzt in Verantwortung die Agrarlandesrätin Astrid Eisenkopf und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

Wer die genannten Herrschaften kennt, weiß, dass sie sich auch entsprechend dafür einsetzen, dass die inhaltlichen Bereiche dieses Antrages auch umgesetzt werden, an die Bundesregierung herangetragen werden und über die Bundesregierung, ich habe die vier Regierungsmitglieder vorhin benannt, auch entsprechend in den GAP-Verhandlungen in Brüssel vertreten werden müssen.

Davon hängt es natürlich ab, was von den Programmpunkten auch hier im Burgenland, nicht nur im Bereich der Landwirtschaft, sondern auch in den übrigen Bereichen nachhaltig umgesetzt werden kann.

Ich möchte auch noch erwähnen, dass das Land Burgenland das einzige Bundesland in Österreich ist, das eine Umstiegsprämie von der konventionellen in die biologische Landwirtschaft beziffert. Nämlich bis dato haben zirka 110 Betriebe diese Umstiegsprämie lukriert, insgesamt pro Betrieb 15.000 Euro.

Das Alleinstellungsmerkmal in Österreich, ich glaube, das ist einzigartig, nachhaltig und das gehört auch erwähnt. Denn wenn es wir nicht tun, tun es die anderen auch nicht, wie wir es vorhin vernommen haben.

Die Anträge, die hier am Pult zu diesem Tagesordnungspunkt eingebracht wurden, sind eigentlich ein Placebo allesamt des ursprünglichen Antrages, der hier von der SPÖ zum Thema nachhaltige Absicherung GAP eingebracht wurde.

Geschätzte Damen und Herren! Es geht auch darum, dass das Programm „Ländliche Entwicklung“, die gesamte Infrastruktur in den ländlichen Regionen definiert und zum Inhalt hat.

Das heißt, Finanzmittel für die Abwasserentsorgung, für die Wasserversorgung, werden auch über das Programm „Ländliche Entwicklung“ an die einzelnen Kommunen hauptsächlich weitergegeben als Förderung.

Des Weiteren darf ich auch erwähnen, dass das Programm „Ländliche Entwicklung“ auch diverse Marketingmaßnahmen fördert. Ich erwähne nur ganz kurz, Netzwerk Kulinarik, Genussregionen, wir haben es heute schon gehört, acht an der Zahl gibt es im Burgenland. Und letzten Endes auch die Dachmarke Burgenland. Eine Vermarktungsstrategie, die, glaube ich, auch in der Zukunft Erfolg haben wird.

Ich darf aber auch erwähnen, dass es darum geht, dass die Produktkennzeichnung von Fleisch in der Dose zu hundert Prozent notwendig ist. Was meine ich damit? Verarbeitetes Fleisch in der Dose muss zu einem Drittel nicht gekennzeichnet sein.

Das heißt, die Aussage, was innen drin ist, muss auch außen drauf sein, stimmt hier zu hundert Prozent nicht. Und das ist auch Aufgabe der SPÖ, auf diesen Missstand hinzuweisen. Produktkennzeichnung von verarbeitetem Fleisch in der Dose muss zu hundert Prozent erfolgen. Egal, ob es sich handelt um Allergien oder Allergene oder nicht. Die Konsumenten haben das Recht zu wissen, was drinnen ist. Das haben manche Vorredner wahrscheinlich geflissentlich bei ihren Debattenbeiträgen heute zum Tagesordnungspunkt vergessen.

Kolleginnen und Kollegen! Des Weiteren möchte ich auch noch kurz erwähnen und uns in Erinnerung rufen, dass das Programm „Ländliche Entwicklung“ auch diverse soziale Dienste beinhaltet. Das heißt, Pflege, Kinderbetreuung. Auch von diesem Programmpunkt bekommen die Länder beziehungsweise die Kommunen einen Teil der Förderungen finanziert. Nicht alle wissen das, das sage ich auch gleich dazu. Aber es ist tatsächlich so.

Auch noch ein Bereich, der erwähnenswert ist, ist die Breitbandausbauaktivität. Es wurde heute bereits angesprochen, auch in der Fragestunde wurde der zuständige Landesrat Christian Illedits diesbezüglich befragt. Im laufenden Programm der ländlichen Entwicklung sind seitens des Bundes der Republik Österreich diesbezüglich 52 Millionen Euro vorgesehen gewesen. Ich frage mich nur, was ist mit diesem Geld in der Vergangenheit passiert, sage ich auch gleich dazu, ob man das jetzt lächerlich findet oder nicht.

Ich frage mich nur, was mit diesem Geld in der Vergangenheit passiert ist? Ich sage ich auch gleich dazu, ob man das jetzt lächerlich findet oder nicht, aber hier, an

manche Herrschaften der ÖVP gerichtet, haben wir auch auf Bundesebene, auch im Nationalrat, diesbezüglich keine Antwort bekommen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Weder vom Landwirtschaftsminister Rupprechter noch von der jetzigen Landwirtschaftsministerin Köstinger, die übrigens in einer Aussendung diese Biodiversitätsstrategie, die der EU Rechnungshof für die kommende Förderperiode klar definiert hat, sehr kritisiert und sehr skeptisch betrachtet hat.

Das heißt, mit anderen Worten ausgedrückt, sie hält nichts davon, dass mehr Biodiversität, mehr Biodiversitätsflächen, in Europa vorhanden sind, dass man weniger Pestizideinsatz, weniger Düngemittel verwenden soll.

Soviel auch an die Adresse der grünen Kollegenschaft gerichtet. Ihr, liebe Kollegen, habt wahrscheinlich hier in diesem Bereich noch sehr viel Überzeugungsarbeit - auch auf Bundesebene - zu leisten. Das Nicken zeigt mir, dass es so ist.

Ich hoffe, Frau Kollegin, dass der Erfolg auch entsprechend sein möge. Ich bin aber auch hier sehr skeptisch, wie das übrigens vorher bereits die Frau Landwirtschaftsministerin gesagt hat. Also, Frau Kollegin, setzen Sie ihr Gewicht ein, *(Abg. Mag. a Regina Petrik: Soll ich Ihre Aussage jetzt persönlich nehmen? - Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)* schauen Sie, dass genau das umgesetzt wird, was Sie vorhin auch gemeint haben, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Denn, eines ist klar, und da komme ich bereits fast zum nächsten Punkt, nämlich, der Reduktion von Pestiziden und von Düngemitteln auf den Äckern und auf den Weingärtenflächen. Das ist mehr als ein Gebot der Stunde. Wir brauchen nicht die synthetischen Spritzmittel, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zuhauf verwendet worden sind, denn letzten Endes ist klar wissenschaftlich, empirisch erwiesen, dass synthetische Spritzmittel auch Allergien und Krebs erzeugen können.

Ich möchte auch noch auf zwei dieser synthetischen Spritzmittel zu sprechen kommen. Das eine ist Chlorpyrifos. Vielleicht haben das sehr viele hier im Raum noch nicht vernommen, aber Chlorpyrifos ist ein Nervengift, dass sich nachhaltig negativ und schlecht auf die Entwicklung des Gehirns bereits im Mutterleib, also des Gehirns der Kinder im Mutterleib, auswirkt. Das hat man empirisch vor Jahren bereits untersucht und es hat acht EU Staaten gegeben die die Verwendung von Chlorpyrifos bereits 2018 und 2019 untersagt haben.

Wir in Österreich haben sehr lange gebraucht, denn es hat überhaupt keine Aktivitäten seitens der Bundesregierung, seitens der zuständigen Minister gegeben, Chlor Virivos auf nationaler Ebene aus dem Verkehr zu ziehen. Das hat die EU dann mit Ende Jänner 2020 gemacht.

Das zweite ist Glyphosat. Wir wissen, Glyphosat ist eigentlich ein synthetisches Pflanzenmittel und ich sage jetzt nicht Pflanzenschutzmittel, denn das Wort Glyphosat, das auch krebserregend sein kann, wie die WHO und auch die EFSA festgestellt haben, ist in der Definition falsch in Verwendung.

Das ist die Europäische Agentur für Ernährungssicherheit. Um nicht zu lang zu werden wissen wir, dass vor geraumer Zeit in Amerika der Konzern Bayer, der Monsanto gekauft hat, einen Vergleich mit 125.000 Klägern durchgeführt hat und für diesen Vergleich über 10 Milliarden Euro bezahlt hat. Ein Schweigegeld, um keine weiteren Klagen von diesen Privatpersonen mehr befürchten zu können. Es muss auch einen Grund haben, warum der Vorstandsvorsitzende des Konzern Bayer in der

Aktionärsversammlung im vergangenen Jahr nicht entlastet wurde. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das heißt, wir haben so ziemlich genau vor einem Jahr, nämlich Anfang Juli 2019, einen Beschluss im Nationalrat gefasst, als ich damals auch noch Mitglied im Nationalrat war, wo nur eine Partei dagegen gestimmt hat. Alle anderen haben dafür gestimmt. Manche hier im Raum wissen das vielleicht nicht mehr so ganz, aber es war die ÖVP, die dagegen gestimmt hat.

Alle anderen Parteien haben dafür gestimmt, dass Glyphosat in Österreich keine Anwendung mehr findet - weder im in Verkehr bringen, noch in der Anwendung. Letzten Endes ist es der damalige und jetzige Nationalratspräsident gewesen, der hier diesen Beschluss und vorweg die Absicht dieses Beschlusses den zuständigen Stellen zur EU nach Brüssel zu schicken, verzögert hat.

Jetzt hat man das nachgeholt und ich bin neugierig wie die Antwort, die seitens der Europäischen Union bis Mitte August dieses Jahres kommen muss, dann inhaltlich aussehen möge.

Ich bin auch dafür, Kolleginnen und Kollegen das was die inhaltliche Umsetzung des Programms der ländlichen Entwicklung betrifft, vollkommene Transparenz herrscht, zu 100 Prozent Transparenz herrscht. Insofern das die Mittelverwendung für dieses Programm ländliche Entwicklung, die zweite Säule der GAP, einem parlamentarischen Prozess unterzogen werden muss und das hier auch gleiches mit gleichem behandelt wird.

Ich unterstütze auch, dass, zum Beispiel, die Forstwirte in Österreich 350 Millionen Euro bekommen haben - natürlich aufgrund der Auswirkungen der Corona Krise und natürlich auch aufgrund der Auswirkungen der Borkenkäferproblematik - das ist mir vollkommen klar und bewusst. Ich hätte mir aber auch erwartet, dass, zum Beispiel, die Gemeinden nicht nur eine Milliarde Euro bekommen mit 50-prozentiger Kofinanzierung, sondern das man hier auch noch eine zweite dazugibt nachhaltig zur Absicherung der Wirtschaft in den ländlichen Regionen, in den Gemeinden, in den Kommunen unseres schönen Burgenlandes.

Denn, wir dürfen eines nicht vergessen, die Gemeinden sind es, die sehr viel für die regionale Wirtschaft beitragen, die Arbeitgeber für viele Menschen in den Regionen sind, die Arbeitsplätze schaffen und die auch die Grundlage dafür schaffen, dass Wertschöpfung in der Region bleibt und das ist das Wesentliche.

Wertschöpfung in der Region heißt, es gibt weniger Pendler, mehr Leute arbeiten im eigenen Land und dadurch kommt es auch zu einer CO2 Reduktion, denn sehr viele Pendler fahren mit dem PKW. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kolleginnen und Kollegen! In internationale Forschung muss auch bei uns intensiviert werden damit biologische Pflanzenschutzmittel in größerer Stückanzahl auch und leistbar zur Verfügung stehen. Ich möchte noch zwei, drei kurze Beispiele nennen, wo Burgenland im Sinne der Biowende vorangeht. Wir haben 37 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Biolandbau.

Kein anderes Bundesland hat das und weil gerade die zuständige Frau Landesrätin für Bildung in den Saal gekommen ist. Es ist das erklärte Ziel, bis 2024 zu 100 Prozent das Mittagessen, die Jause in den Kindergärten, in den Schulen, aber auch in den Pflegeeinrichtungen des Landes zu 100 Prozent Bioernährung anzubieten.

Auch da sind wir auf einem guten Weg. Letzten Endes möchte ich auch noch zum Schluss auf die Nahversorgungsrichtlinie zu sprechen kommen. Die wurde erst vor einigen Wochen von der zuständigen Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und vom Herrn Landeshauptmann präsentiert. Die besagt, dass es für den Umstieg im Gastro-Bereich, für den Umstieg von konventionell in bio eine Förderung von bis zu 40 Prozent gibt und in absoluten Zahlen gesagt bis 100.000 Euro die Investition ausmacht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Kolleginnen und Kollegen! Das, denke ich, ist Grund genug, dass wir hier den ursprünglich eingebrachten Antrag der SPÖ unterstützen, denn alles andere, ich wiederhole mich, finde ich nicht in Ordnung. Ein Placebo mit anderen Überschriften, was heute als Abänderungsantrag eingebracht geworden ist, ist überflüssig.

Ich würde meinen, dass gerade der Bürgermeisterkollege der größten Gemeinde des Burgenlandes, der Kollege Steiner, hier im Saal sein sollte. Insofern, weil es, glaube ich, auch ihn persönlich interessieren müsste, nämlich, diese Debatte und was wir beschließen. Wie ich aber vernommen habe, befindet er sich bei einer Sportveranstaltung und trinkt dort ein Bier. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Schade das er nicht da ist, denn, wenn man dieser Gemeinde mit über 14.000 Einwohnern vorsteht, ist es, glaube ich, nicht unwichtig, dass man auch schaut, wohin die Reise geht und welche Schwerpunkte die Minister - auch im Sinne der Nahrungs-, der Lebensmittelsicherheit, im Sinne des Klimawandels und im Sinne der Gesundheit der Burgenländerinnen und Burgenländer - vertreten sollen. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Danke Herr Abgeordneter. Da Niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt sind zwei Abänderungsanträge eingebracht worden. Ich lasse zunächst über den von der Frau Landtagsabgeordneten Dipl. Päd. DI Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Dipl. Päd. DI Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen ist daher mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme daher zur Abstimmung über den nächsten Abänderungsantrag. Das ist der Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Spitzmüller, Kolleginnen und Kollegen ist daher mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme daher zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters. Ich erinnere, es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 139, für eine Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik, Zahl 22 - 95, Beilage 158.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die Entschließung betreffend Ausweitung der ökologischen Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist somit in der vom Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**14. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz - , Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 132) betreffend Transparenz im burgenländischen Bildungswesen (Zahl 22 - 88) (Beilage 159)**

**Zweiter Präsident Georg Rosner:** Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

**Berichterstatterin Doris Prohaska:** Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz im burgenländischen Bildungswesen in ihrer 3. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Transparenz im burgenländischen Bildungswesen unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst** *(die den Vorsitz übernommen hat)***:** Als erster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Maga. Regina Petrik das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag.a Regina Petrik** (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich bin schon ein bisschen verwundert über die vorige Abstimmung, denn was wir mit unserem Abänderungsantrag bezwecken wollten - und das hat der Kollege Spitzmüller ja deklariert – ist, dass das, was die SPÖ in ihrem guten Antrag aber eher unverbindlich nur in die Begründung hineingenommen hat, dass das verbindlich als Beschlussformel hier sozusagen gemeinsam getragen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese Verbindlichkeit wollte die SPÖ dann nicht haben. Da bin ich etwas unangenehm berührt, aber das wird Sie nicht weiter stören. Schade, weil es bei diesen wichtigen Fragen ja nicht nur darum geht, dass man irgendwie eine Meinung äußert und am Schluss sagt probieren wir ein bisschen, sondern, dass man sehr klar eine Haltung vertritt - auch in einer Beschlussformel. Aber, gut.

Wir kommen eben zum 14. Tagesordnungspunkt, der auf einen Antrag der GRÜNEN zurückgeht. Was wollen wir? Es ist eigentlich sehr einfach und überschaubar. Wir wollen, dass das, was Schulen von der Bildungsdirektion aufgetragen bekommen, auch die Eltern erfahren können.

Wir wollen, dass das, was verordnet wird, was verlautbart wird, unkompliziert nachlesbar ist, für alle. Für die Eltern, für Schüler und Schülerinnen, denn wenn sie schon älter sind, werden sie das sicher auch gerne selber nachschauen, aber auch für alle interessierten Bürger und Bürgerinnen. Das geht in anderen Bundesländern ja auch. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht, der genauso lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, zu veranlassen, dass alle Erlässe, Rundschreiben und Informationen der Bildungsdirektion an die Schulen auf der Internetseite der Bildungsdirektion Burgenland veröffentlicht wird."

Wir haben uns gedacht, dass das jetzt nicht so eine wahnsinnig große Herausforderung sein kann, weil man da ja nichts verbergen muss. Es ist nur so, dass viele das nicht erfahren, was sie gerne erfahren würden.

Ich habe schon öfter probiert, wenn mich irgendjemand angerufen hat, und gesagt hat du, was ist da jetzt wieder hinausgegangen? Dann habe ich gesagt, warte, ich versuche es herauszufinden. Ich habe bei der Bildungsdirektion oder bei anderen Leuten angerufen, um herauszufinden, was denn gerade diese Verordnung oder diese Richtlinie war, die da jetzt wieder hinausgegangen ist?

Da habe ich schon die Erfahrung gemacht, es ist manchmal sehr schwer und kompliziert, einfachste Auskünfte zu bekommen. Zwar keine Geheiminformationen, sondern nur das, was eben offiziell an die Schulen ergangen ist.

Ich denke mir, es wäre wichtig, hier eine sehr klare Transparenz walten zu lassen und einfach das, was hinausgeht, auch zu veröffentlichen. Man lässt dann lieber die Gerüchteküche brodeln, bevor man einfach alles online stellt, was offiziell aus der Bildungsdirektion hinausgeht.

Ich verstehe es nicht, die SPÖ hat einen Abänderungsantrag gestellt, der besagt, die Landesregierung wird aufgefordert, in ihrem Kompetenzbereich sicherzustellen, dass die Bildungsdirektion - wie bisher - alle relevanten schulischen Informationen auf der Homepage für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Die SPÖ will also nichts ändern, denn sie will es so haben, wie bisher. Wer entscheidet dann, was relevant ist? Das ist nämlich die interessante Frage. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dieser Frage könnte man sich sozusagen einfach entziehen, wo man sagt, alles was hinausgeht wird veröffentlicht, denn dann gibt es sicher auch keine Gerüchte mehr, was denn eigentlich hinausgegangen ist.

Dann will die SPÖ allerdings schon, dass die Bildungsdirektion prüfen möge, ob ein noch unkomplizierterer Informationszugang auf der Homepage der Bildungsdirektion möglich ist, um gegebenenfalls die entsprechenden Maßnahmen zu setzen. Das heißt, es soll nicht allzu viel gesagt werden, aber das, was gesagt wird, soll unkompliziert erfahren werden.

Das ist auch nett, aber bei weitem nicht das, was uns hier wichtig erschiene. Was mich auch daran wundert, ist die Tatsache, dass ja im Regierungsprogramm der Roten

Landesregierung steht, dass mehr Transparenz einkehren soll. Aber, das gilt offensichtlich nicht im Schulwesen. Das finde ich sehr schade.

Wir wissen, dass gerade im Schulwesen, zum Beispiel, Postenbesetzungen etwas sind, wo es sehr viele Mauscheleien und Gerüchte darüber gibt, wer warum welchen Posten bekommen hat. Da wäre es doch auch gut, wenn man hier einmal einen ersten Schritt setzt und sagt, wenigstens all das, was ohnehin offiziell an Richtlinien und Verordnungen hinausgeht, wenigstens das wird allen transparent mitgegeben und zugänglich gemacht. Hier könnte man ein bisschen Vertrauen in Transparenz und in Objektivität aufbauen. Was da immer wieder gemauschelt wird hilft uns nicht weiter.

Es wäre umso wichtiger, als sich ja der Landeshauptmann die Entscheidung über die Auswahl des Leitungspersonals höchstpersönlich durch einen Landtagsbeschluss angeeignet hat, obwohl für Bildung die Landesrätin Winkler zuständig ist. Wir merken also, wir haben es hier ja schon debattiert, es ist nicht immer alles so nachvollziehbar und transparent, wo welche Entscheidung getroffen wird und vor allem aufgrund welcher Überlegungen sie getroffen wird. Deswegen sind wir sehr enttäuscht, dass die SPÖ hier nicht der größeren Transparenz nachgibt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir werden natürlich dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, weil das alles in Bezug auf die Transparenz im Bildungswesen im Burgenland so weitergeht, wie bisher. Dem können wir sicher nicht zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, habe ich zwei Informationen beziehungsweise zwei Aussagen, die ich gerne treffen möchte.

Das Erste ist die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf, da darf ich Sie informieren, dass der COVID-Verdacht einer Mitarbeiterin nicht bestätigt, ist. Es liegt also keine Infektion vor. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite, Herr Abgeordneter, Sie wissen schon, dass ich Sie meine, Herr Mag. Dax, denn wir haben uns das im Protokoll angeschaut. Sie haben hier beim Tagesordnungspunkt 9 ein Wort gebraucht, ich kann das Zitat mir jetzt, glaube ich, schenken, dass diesem Haus nicht gebührt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf Sie ersuchen, dass Sie sich der Würde dieses Hauses anpassen. Das ersuche ich eindringlich, denn das ist nicht in Ordnung.

Ich darf nach diesen zwei Verlautbarungen nunmehr mit dem Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig weiter fortfahren.

Ich darf Sie ersuchen um Ihren Redebeitrag.

**Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig** (FPÖ): Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt da ein Entschließungsantrag der GRÜNEN vor und ich freue mich außerordentlich, einmal da jetzt das lobend erwähnen zu dürfen, der aus unserer Sicht völlig in die richtige Richtung geht. Das vor allem unter zwei Aspekten. Inhaltlich wurde er ja hervorragend dargelegt und ich glaube, da ist ja nicht viel hinzuzufügen. Es sind vielleicht zwei Aspekte, die für uns entscheidend sind. Einerseits ist es so, dass die SPÖ doch sehr umfassend versprochen hat, für Transparenz zu sorgen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wie Du bereits erwähnt hast, im Regierungsprogramm kommt dieses Wort glaube ich über zwanzig Mal vor. Auch heute bei den Wortmeldungen zum Thema Landesverfassung wurde wieder von Transparenz und von der Erhöhung der Transparenz und ähnlichem mehr ausführlich gesprochen. Das ist einmal das eine.

Das zweite ist, auch das wurde bereits erwähnt und findet sich auch im Text wieder, dass es natürlich evident ist, dass andere Landesregierungen, dass insbesondere auch Ministerien, selbstverständlich derartiges Schriftgut, also Richtlinien und Erlässe und ähnliches mehr, Verordnungen sind ja sowieso für die Allgemeinheit gültig, aber als solcher Art Schriftgut veröffentlichen und der Öffentlichkeit zugängig machen.

Insbesondere, auch dieser Verweis ist völlig richtig, wenn bei diversen Begründungen den Parteien gegenüber, den Eltern gegenüber, und wenn man bei der Schule bleiben wollen, explizit darauf abgestellt wird.

Das ist also schon kurios, wenn man sagt, na ja in dem Erlass steht das, aber den Inhalt des Erlasses darfst du nicht wissen. Das widerspricht sich auch unserer Ansicht.

Das Recht der Öffentlichkeit auf Information ist nun einmal ein Zug der Zeit, das liegt im Trend, Gott sei Dank. Das wollen wir auch entsprechend fördern. Wenn das geeignet ist, den Schulalltag effizienter und transparenter zu gestalten, wovon auch wir überzeugt sind, dann hat das die Zustimmung verdient, und die darf ich hier sehr gerne zusagen.

Zum Abänderungsantrag wurde auch schon einiges gesagt. Der soll alles so bewahren, wie es ist. Vielleicht sollten wir eine eigene Kategorie einführen, den Bewahrungsantrag. Das ist, aus meiner Sicht, ein offener Widerspruch zum Regierungsprogramm. Ob man das deswegen jetzt als Makulatur bezeichnen kann, weiß ich nicht.

Das werden dann vielleicht noch die kommenden Sitzungen zeigen. Stringent ist diese Argumentationslinie auf jeden Fall nicht und offensichtlich widersprüchlich. Das findet keine Unterstützung. Insofern freut es mich, wenn wir diesen Antrag gemeinsam unterstützen können. *(Beifall bei der FPÖ und den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke für die Wortmeldung. Zunächst darf ich die Frau Abgeordnete DI Julia Wagentristl bitten um Ihre Wortmeldung in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete DI Julia Wagentristl** (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verehrte Zuseher! Es freut mich sehr, dass ich heute zu dem Thema „Transparenz im Burgenländischen Bildungswesen“ sprechen darf.

Viele denken sich jetzt wahrscheinlich, na ja das Thema Transparenz und Bildung, das sollte zusammengehören. Ich muss Sie aber leider enttäuschen. Aktuell fühlen sich viele Eltern, Lehrer, Schüler nicht ganz so gut informiert, da die Infos in Rundschreiben - wir haben es schon gehört - in Erlässen oder in sonstigen Anweisungen oft nicht bis zu den Schülern oder bis zu den Lehrern gelangen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn einige wenige, weil sie einen guten Kontakt in die Bildungsdirektion haben, informiert werden, und einige eben nicht, ist das nicht die Vorgehensweise, die wir uns wünschen.

Im digitalen Zeitalter wäre es doch sowieso an der Zeit, dass Infos für alle online gestellt werden sollten. *(Abg. Claudia Schlager: Kann man nachlesen! )* Bitte? *(Abg. Claudia Schlager: Kann man nachlesen! Alles online! Ich habe gerade nachgeschaut.)*

Auf der Bildungsdirektionshomepage. Gut. In Ordnung! *(Abg. Claudia Schlager: Man muss es nur eingeben. Unter Schulrecht.)* Dann ist es auch sehr wünschenswert, dass im Abänderungsantrag, im 2. Punkt, steht, dass auch der Zugang vereinfacht werden muss. *(Abg. Rita Stenger: Online!)* Weil ich habe es nicht gefunden, wie auch viele Schüler, Eltern und Lehrer. Gut. *(Abg. Doris Prohaska: IT-Kompetenzen sind gefragt.)*

Also, wir sind uns einig, der Zugang muss passieren und die Info-Schreiben vom Bund im Übrigen findet man sehr leicht auf der Homepage. So sollte eben auch die Bildungsdirektion den Zugang ermöglichen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Apropos Bund: Der 8-Punkte-Plan der Bundesregierung stellt übrigens einen sehr guten Mix aus Ausstattung, aus Infrastruktur und aus Qualitätssicherung dar. Ein herzliches Dankeschön daher an die Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich bin auch schon sehr auf die angekündigten Konzepte der zuständigen Landesrätin gespannt. Noch eine kurze Info am Rande, weil wir ganz kurz die Bildungsdirektion hier jetzt schon angesprochen haben. Die ist ja die Verwaltungsbehörde für den gesamten Schulbereich. Dort sind die Verwaltungsaufgaben des Bundes und der Länder zusammengeführt.

Manche Infos gehen also irgendwo am Weg zwischen Ministerium, unserer Bildungsdirektion bis hin zu den Schülerinnen und Schüler oder auch Eltern, verloren. Was ist jetzt das Problem daran?

Wie Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen, führt mangelnde Transparenz von Institutionen leicht zu Misstrauen in der Bevölkerung.

Viele hatten, vor allem in der Corona-Krise, Ängste und Sorgen. Soll ich mein Kind in die Schule schicken? Was, wenn ich selber zur Risikogruppe gehöre? Was, wenn ich keinen Laptop habe? Wie soll ich ihn finanzieren? Was wenn ich beim Homeschooling überfordert bin? Ab wann soll ich mein Kind wieder in den Kindergarten schicken? Gelten in den Volksschulen die gleichen Regeln, wie in den Höheren Schulen? Wie soll ich mich als Pädagoge schützen?

Ganz schlichtweg gesagt, warum informiert mich keiner? Fragen über Fragen und der Wunsch nach Infos, das ist es, was ich wahrgenommen habe.

Diese Sorgen der Leute müssen wir ernst nehmen, und wir müssen genau diese Leute mitnehmen. Wie machen wir das? Durch eine rasche Informationsweitergabe.

Wir, die Volkspartei Burgenland, fordern daher, dass alle Informationen, die an die Schultypen geschickt werden, veröffentlicht werden und auch zugänglich sind - leicht zugänglich sind. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Es ist wichtig, dass die Schüler, die Eltern, die Pädagogen den Zugang zu allen schulrelevanten Informationen haben. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Daher begrüßen wir die Formulierung im Abänderungsantrag, dass alle relevanten, schulischen Informationen auf der Homepage zur Verfügung gestellt werden, und dass der Zugang auch vereinfacht werden soll.

Eine klitzekleine Frage stellt sich mir aber hier schon. Wer entscheidet denn, was relevant ist? Außerdem ist zu hoffen, dass es hier nicht wieder bei leeren Worthülsen oder Ankündigungen bleibt, denn in einer modernen Gesellschaft ist der Bedarf an Information und Kommunikation hoch. Das sollten wir auch im Bildungsbereich berücksichtigen.

Aber diese Infos betreffen nicht nur die Krisenzeiten. Nein, Informationen sollte es auch geben, wenn es beispielsweise um die Ressourcenzuteilung vom Bund hergeht. Darum, welche Bezirke wie viele Dienstposten bekommen, wie die Werteinheiten aufgeteilt werden, oder auch welche Fördermittel vom Bund für welche Projekte verwendet werden.

Wir, die Volkspartei Burgenland, setzen uns für Transparenz auf allen Ebenen ein, denn die Bevölkerung hat das Recht auf Information. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dass wir also bei der Informationsweitergabe in der Burgenländischen Bildungspolitik dringend Nachhilfe brauchen, das checkt jetzt jeder. Als Volkspartei Burgenland stimmen wir daher dem Abänderungsantrag Transparenz im Bildungswesen zu.

Aber, lassen Sie mich dennoch eine kurze Anmerkung zum Thema Transparenz machen. Für die Mittelschule in Neufeld wurde ja bekannterweise eine Schulleiterin bestellt, die zur Zeit der Ausschreibung nur vier Jahre Berufserfahrung als Pädagogin hatte, obwohl in der Ausschreibung fünf Jahre stand.

Die Schule wurde die letzten drei Jahre von dem einstigen stellvertretenden Schulleiter gut geführt. Dieser war der zweite Bewerber. Man zögerte also das Verfahren, wie auch immer, hinaus, und wiederholte dann die Ausschreibung. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Genommen wurde eben im Endeffekt die Dame mit der geringeren Berufserfahrung. Es handelt sich hier um die SPÖ-Parteivorsitzende aus Hirm. Dazu kann man auch nachlesen, gab es auf Facebook eine rege Diskussion. Anstelle des erfahrenen Pädagogen wurde also parteipolitisch agiert. Soviel zu diesem Thema. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, verehrte Zuseherinnen und Zuseher! Ich darf ebenso wie meine Kollegin Frau Petrik schon erwähnt hat. Ich darf ebenso anführen, wie meine Kollegin Frau Petrik schon erwähnt hat, am 7. Mai haben wir eine Gesetzesänderung beschlossen. Daher ist in Zukunft der Landeshauptmann für die Auswahl der Schulleiter zuständig und nicht mehr die zuvor zuständige Landesrätin.

Für uns als Volkspartei Burgenland ist es jedenfalls wichtig, dass bei der Bestellung von Leitungsfunktionen die personelle und fachliche Kompetenz sowie die Führungskompetenz im Mittelpunkt stehen. Die Frage nach der Parteizugehörigkeit hat hier auf keinen Fall etwas zu suchen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich meine, klar, Bildungspolitik ist alles andere als leicht aber ganz ehrlich, die Parteipolitik in den Schulen und auch das Hickhack zwischen Bund und Ländern, das wir immer wieder hören, das nervt einfach nur, denn die Leidtragenden sind die Schüler, die Lehrer, die Eltern aber vor allem unsere gesamte Zukunft.

Morgen bekommen die Schülerinnen und Schüler das Schulzeugnis und dazu möchte ich jetzt abschließend allen zu diesem Erfolg gratulieren. Ich möchte Ihnen und Euch einen schönen Sommer wünschen und das allerwichtigste „Bleiben Sie gesund!“ Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Landtagsabgeordnete. Bitte Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska ans Rednerpult.

**Abgeordnete Doris Prohaska** (SPÖ): Danke sehr Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und Zuseher! Jetzt weiß ich gleich momentan gar nicht wo ich anfangen soll, so viele Dinge die ich hier gehört habe, wo ich mir denke, ein bisschen sollte man sich vielleicht vorher informieren. *(Abg. Walter Temmel: Parteipolitik! – Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Gut, dass Du Dich meldest!)*

Ich fange an beim Vorwurf der Parteipolitik. Zum Ersten, Sie haben behauptet bisher war es so, dass das für Bildung zuständige Regierungsmitglied die Schulleiter bestellt hat. Liebe Frau Kollegin, Sie wissen es nicht, seit 2019 gibt es das Landesschulratskollegium nicht mehr. Ich war 15 Jahre Mitglied des Landesschulratskollegiums, da waren auch Kollegen von Ihnen dabei.

Es gibt auch nach wie vor das dreistufige Verfahren wo ein außenstehendes Gremium *(Abg. Markus Ulram: Das kann man gar nicht erklären!)* die Kompetenz, sachlich feststellt. *(Abg. Markus Ulram: Das kann man gar nicht erklären! – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* Ich finde es auch sehr, sehr billig hier jemandem zu unterstellen, nur aus parteipolitischen Gründen *(Abg. Markus Ulram: Na geh!)* und nicht aus Kompetenz… *(Abg. Markus Ulram: Na geh!)*

Wenn sich derjenige *(Abg. Markus Ulram: Na geh!)* nicht wehren kann. So Punkt eins, *(Abg. Markus Ulram: Mitglied reicht nicht, Funktionär muss er sein!)* es hat das Landesschulratskollegium gegeben, ein Irrtum Ihrerseits und nicht das Regierungsmitglied. Es wurde ein Dreiervorschlag erstellt und dann hat das Landesschulratskollegium bestimmt und nicht das zuständige Regierungsmitglied hat das bestimmt. Punkt zwei muss ich Ihnen leider sogar Recht geben, *(Allgemeine Unruhe – die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* wie verhalte ich mich in Covid, wie schütze ich mich, wissen Sie was?

Alle Schulleiter im Burgenland haben sich diese Frage gestellt denn der Herr Bildungsminister hat zuerst eine Pressekonferenz gegeben und erst zwei Tage nachdem die Schule angefangen hat, ist der Erlass an die Schulen ergangen. Stellen Sie sich vor, das hätte ein roter Unterrichtsminister gemacht. Sie können den Kopf schütteln wie Sie wollen, leider ist das ein Versagen Ihrerseits.

Drittens, wissen Sie was ein Erlass ist? Ein Erlass ist eine interne Verwaltungsverordnung von einer überstehenden, höherstehenden Behörde an eine nachstehende Behörde, damit die dann das ausführt. Wenn Sie jetzt sagen die Schüler wissen nicht oder werden nicht informiert was in diesen Erlässen inhaltlich gefordert ist, dann unterstellen Sie sämtlichen Schulleitern des Burgenlandes einen Amtsmissbrauch.

Dann kennen Sie sich aber bei den Behördenwegen leider nicht aus. Denn die sind von Amtswegen verpflichtet inhaltlich das weiterzugeben. Hier zu stehen und zu behaupten, die Kinder und die Eltern wüssten nicht was in Erlässen steht, das halte ich wirklich für grob fahrlässig und eine Unterstellung und ein Amtsmissbrauchsvorwurf an alle Schulleiterinnen und Schulleiter des Burgenlandes und das lasse ich so nicht stehen! *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn Sie sagen, Sie haben das auf der Homepage nicht gefunden, dann frage ich mich ernsthaft auf welcher Homepage haben Sie geschaut? Da gibt es das Schulrecht, da gibt es das Dienstrecht, da gibt es die Verordnungsblätter, da gibt es einen Link zum Bildungsministerium, da gibt es einen Link zum RIS System, da gibt es einen Link zu

HELP.gv.at, alle im Internet! Wissen Sie was noch drinnen steht? Die Telefonnummern der Juristen in der Bildungsdirektion!

Da kann man jederzeit anrufen und so wie Sie, Frau Kollegin Petrik, gesagt haben es werden Fragen an Sie gestellt. Wenn ich nicht zuständig bin für die Schule, ich bin nicht der Schmied in dem Fall, nicht die Behörde, sondern der Schmiedl, da weise ich die fragende Person an die richtige Stelle und sage bitte rufen Sie in der Bildungsdirektion an und dort wird man Ihnen Auskunft geben.

So ist es auch und wenn Sie von diesen Verordnungsblättern reden, da war eben dieses Covid, dass einige Tage nach Schulbeginn erst gekommen ist. Zum Glück haben die ganzen Schulleiter ferngeschaut und haben gesehen was der Herr Bildungsminister Faßmann gesagt hat.

Zum Thema Transparenz. Wir scheuen uns nicht vor der Transparenz und jetzt sage ich Ihnen was: Warum kommen Sie gerade jetzt auf die Idee, dass wir was verheimlichen wollen? Ich bin seit 1987 im Schuldienst, bis zu diesem Antrag hat mich noch nie in meiner Dienstzeit irgendein Elternteil gefragt: "Bitte in was für einem Erlass steht das? Oder wo auch immer?" Noch nie.

Und ich habe hunderte von Eltern gehabt. Also mich verwundert das. Aber wir verwehren uns der Transparenz nicht und ich sage auch gar nicht, dass das absichtlich war, sondern vielleicht ist das im Rahmen dessen, dass wir viel wichtigere Dinge im Bildungsbereich zu behandeln haben, dass man darauf gar nicht geschaut hat.

Das wird selbstverständlich kontrolliert und angeschaut und verbessert, aber der Datenschutz muss gewährleistet werden, weil das dort drinnen steht, dass der Herr XY im dreistufigen Verfahren so und so viele Punkte gehabt hat und die Frau XY so und so viele Punkte gehabt. Also das würde Ihnen, wenn Sie betroffen wären, sicher auch nicht Recht sein, wenn Sie dort dann der Zweite oder Dritte oder mit einem großen Abstand weniger Punkte haben und es steht öffentlich der Kandidat, der hat ja nur so wenig Punkte, na das muss a fester … sein, ich sage es jetzt nicht, weil sonst kriege ich einen Ordnungsruf, den kann man ja nicht zum Direktor machen.

Also der Datenschutz muss gewährleistet sein. *(Beifall bei der SPÖ)* So und jetzt bin ich bei etwas, was ich mir in meinem jetzigen Leben nie gedacht hätte, dass ich das jetzt sagen muss. Ich muss den Herrn Bildungsminister loben *(Beifall der Abg. DI Julia Wagentristl, BSc)* und muss ihn in Schutz nehmen, weil ich habe mir genau überlegt, warum kommt dieser Antrag? Ich will den GRÜNEN nicht unterstellen, sie waren immer bildungspolitisch mit uns ziemlich gleicher Linie, dass sie diese Linie jetzt verlassen haben.

Aber für mich gibt es bildungspolitisch viel, viel wichtigere Dinge die bei den Kindern ankommen, bei den Eltern ankommen, als so einen Antrag zu stellen. Entweder Sie wollen ablenken oder Sie wollen Ihren Bundesminister in der Regierung schützen, dass der arme Kerl nicht eine schlechte Optik abwirft, *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Geh bitte!)* wenn er irgendwas einfordert.

Jetzt habe ich heute gelesen im Nationalrat, auch ein anderer Punkt. Sie erinnern sich vielleicht, ich habe vor zwei, drei Landtagen darüber geredet, die Erkenntnisse aus Corona. Damals habe ich unter anderem gesagt, die Digitalisierung, jedes Kind einen Laptop. Der Herr Minister hat mich offensichtlich gehört und hat dann festgestellt, dass es da ein Konzept gibt seit 2017 nämlich Schule 4.0 von der damaligen SPÖ-Bildungsministerin Hammerschmid erstellt.

Wenn man sich das jetzt anschaut und das 8-Punkte-Programm vom Herrn Minister Faßmann dann freue ich mich, er hat etwas dazugelernt. Er hat die Punkte aufgenommen, verkauft es jetzt für sich, aber wir sind ja froh, es sind unsere Ideen. Es sind gute Ideen für die Kinder. Bei der Nationalratssitzung, bei der letzten, es hat heute oder gestern diesen Beschluss gegeben, auch das war eine Erkenntnis.

Sie können sich erinnern, ich habe gesagt die Summer School gibt es nur für Kinder für den Deutschunterricht und es wäre dringend notwendig für Kinder auch in Mathematik und in Englisch. Was glauben Sie? Es wird jetzt jedes Jahr die Summer School geben und es wird auch für Mathematik und für Deutsch die Summer School geben. Ich bin froh, dass es uns im Burgenland gibt.

Wir haben gute Ideen, die SPÖ hat gute Ideen im Bildungsbereich und der Herr Minister Faßmann kann froh sein, dass es uns gibt. Wir holen ihn hervor, die ÖVP und die GRÜNEN verstecken ihn ein bisschen, weil sie Angst haben. Auf uns kann er sich verlassen, wir werden ihn weiterhin mit guten Ideen versorgen! Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Frau Abgeordnete. Von der Regierungsbank hat sich die Frau Landesrätin Mag.a Winkler gemeldet.

Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Ja, ich möchte ein paar Punkte zu den Wortmeldungen durchführen und vor allem zum großen Thema Transparenz. Ich meine, ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin wirklich beeindruckt mit welcher Show vor allem die ÖVP dasteht, die Frau Abgeordnete dasteht und sagt, ja, wir müssen Transparenz leben. Ich meine, wir leben die Transparenz und das jeden Tag.

Die Erlässe werden bei uns definitiv auf der Homepage veröffentlicht, die sind da! Man muss aber dazusagen, dienstrechtliche Belange werden natürlich nicht auf der Homepage veröffentlicht, die werden von der Bildungsdirektion ausgesandt. Man kann nicht alles auf der Homepage veröffentlichen. Das geht einfach nicht in allen Bereichen. Aber die Informationen, die für die Eltern wichtig sind, die werden sehr wohl dargestellt. Das ist mir auch persönlich ein großes Anliegen, weil eben die Transparenz ein wesentliches Thema ist. Wenn Ihr immer redet von Transparenz, ich muss ganz ehrlich sagen, das ist wirklich nur eine Show. Ich meine von Transparenz kann vor allem während der Corona-Zeit, während dieser Corona-Krise überhaupt keine Rede sein!

Vielleicht darf ich kurz erläutern, was sich in der Corona Zeit dargestellt hat. Wir haben mehrmals den Herrn Bundesminister Faßmann aufgefordert, mit den Ländern, vor allem mit mir, auch zu sprechen. Ich kann das auch schriftlich nachweisen, ich habe dem Herrn Bundesminister ein E-Mail geschrieben, dass es sehr wichtig wäre, mit den Ländern, mit den Bildungsdirektionen, auch dementsprechend zu sprechen und Informationen auszutauschen. Das ist aber leider nicht passiert.

Wir haben eine einzige während der ganzen Zeit, und da muss ich den Herrn Gesundheitsminister Anschober in dem Fall loben, weil der hat sich wirklich mit der Astrid Eisenkopf, mit den Ländern in Verbindung gesetzt. Leider ist das im Bildungsbereich überhaupt nicht passiert, weil der Herr Minister hat es nicht für nötig empfunden mit uns zu sprechen. Gut, einmal hat er sich dann doch zu Wort gemeldet und hat gemeint wie geht's euch?

Dann habe ich ihn aufgefordert, er soll bitte mit uns sprechen, mit uns Informationen austauschen, weil das, meiner Meinung nach, genau in einer Krise doch

sehr, sehr wesentlich ist, dass man das austauscht. Meiner Meinung nach wäre es auch gut gewesen für den Bildungsbereich. Was ist passiert? Wir haben Pressekonferenzen an einem Freitagvormittag gehabt, das höchste der Gefühle war ja an einem Samstag.

Man kann sich vorstellen, wie da der Informationsfluss dann in Wirklichkeit gelaufen ist. Es ist eigentlich ein Wahnsinn, dass der zuständige Bildungsdirektor im Burgenland, die zuständige Bildungslandesrätin Informationen vom Fernseher bekommt! Ich meine man muss sich das vorstellen! Man sitzt da und kriegt die Informationen von einer Pressekonferenz im Fernsehen. *(Abg. Markus Ulram: Das ist so wie bei der SPÖ-Alleinregierung!)*

Wir wurden weder… *(Abg. Mag. Christoph Wolf, M.A.: Ihr macht das die ganze Zeit so!)* Wir haben eine Corona-Krise und ich meine da wäre es schon gut gewesen, wenn man sich mit den Ländern dementsprechend abstimmt. Bildungsbereich ist ein wesentlicher Bereich, der Kindergarten ist ein wesentlicher Bereich und genau das ist passiert im Kindergarten - keine Informationen wurden weitergegeben und das ist die Sachlage.

Das heißt, man hätte sich mit uns abstimmen müssen. *(Abg. Patrik Fazekas, BA: So, wie Sie sich mit die Bürgermeister abstimmen!)* Natürlich, wenn am Freitag oder Samstag, lasst mich einmal ausreden bitte, *(Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.)* wenn am Freitag oder Samstag Informationen weitergegeben werden an die zuständigen Stellen im Land, an die Bildungsdirektion und an mich, dann muss man natürlich damit rechnen, dass die Verarbeitung auch etwas dauert. Des Weiteren ist es so, dass es eigentlich nur Informationen, und die sogar widersprüchlich mit dem Ministerium, also mit den zuständigen Stellen gegeben hat.

Ich meine das muss man sich einmal vorstellen, nicht einmal die sind sich einig! Das heißt, die Informationen sind nicht einmal schriftlich an uns gekommen und das finde ich eigentlich bedenklich, gerade in einem Bereich, wo es um Bildung geht und um einen wesentlichen Teil, wo es um ganz viele Familien geht, wo es um Eltern geht und wo es um unsere Kinder geht. *(Abg. Markus Ulram: Andererseits schreibt Ihr die Kindergartenpädagoginnen in das Regierungsprogramm hinein. Haben Sie mit einem Bürgermeister geredet?)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich freue mich, wenn Sie sich zu Wort melden. Aber so wird wahrscheinlich niemand zu Hause und auch hier nicht im Hause selber jemand mitverfolgen können, weil im Zwiegespräch, bitte dann zum Rednerpult. Jetzt ist die Frau Landesrätin dran.

Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler** (SPÖ) *(fortsetzend)*: Zum Kindergartenthema, das habe ich heute in der Früh schon glaube ich, sehr ausführlich erläutert, dass wir dabei sind Gespräche mit den Gemeinden zu führen. Da gibt es die Gemeindegipfel mit den Gemeindevertretern, also mit den Vertretern Gemeindebund, Städtebund et cetera, GVV, und da wird es dementsprechende Kriterien geben. Da wird es dementsprechende Kriterien geben. Da werden Konzepte erarbeitet. Da sind wir gerade dabei. Aber auf das möchte ich nicht näher eingehen.

Es geht um das Thema Transparenz und ich finde das halt wirklich beeindruckend, dass die ÖVP von der Transparenz immer toll schwärmt und das ist wichtig und notwendig, und selbst aber nichts tut. Da muss man ganz ehrlich sagen, da reden dann die Richtigen.

Aber zum Thema noch einmal ganz kurz 8-Punkte-Plan, der so toll vorgestellt wurde. Ich bin wirklich froh, dass wir im Burgenland sind. Weil der 8-Punkte-Plan, da steht eigentlich alles drin, was wir schon haben. Das finde ich super. Das Einzige, was dann bekrittelt worden ist, sind die 25 Prozent Selbstbehalt. Ja, ich meine, ganz ehrlich, soll das Land immer dafür aufkommen, was der Bund verabsäumt? Weil die Forderung war heute, ob wir das übernehmen sollen.

Sollen wir als Land, wir müssen bei der Wirtschaft einspringen, wir müssen bei der Pflege einspringen, wir müssen jetzt im Bildungsbereich auch schon einspringen. Also wir müssen immer einspringen. Der Bund fordert einen Selbstbehalt, wir sollen einspringen. *(Abg. Markus Ulram: Im Kindergarten springt Ihr freiwillig ein!)* Es geht jetzt um den 8-Punkte-Plan und es geht um das Thema Transparenz. Das war mir ein großes Anliegen zu sagen. Also, man kann nicht von Transparenz sprechen und der Herr Minister lebt Transparenz in keinem Fall, das ist mir wichtig zu betonen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Frau Landesrätin. Gibt es jetzt noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Daher kommen wir schon zur Abstimmung.

Ich ersuche also jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Transparenz im burgenländischen Bildungswesen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

**15. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung (Beilage 134) betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit (Zahl 22 - 90) (Beilage 160)**

**Präsidentin Verena Dunst:** Meine Damen und Herren! 15. und letzter Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung, mit der Beilage 134. Es geht um die Maßnahme zur Anpassung an Hitze und Trockenheit, mit der Zahl 22 - 90, Beilage 160.

Frau Landtagsabgeordnete Elisabeth Böhm ist Berichterstatterin.

Nur wieder die Anmerkung, General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte, Sie sind am Wort.

**Berichterstatterin Elisabeth Böhm:** Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Anpassung an Hitze und Trockenheit, unter Einbezug der von mir beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank Frau Berichterstatterin. Ich erteile nunmehr dem Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort. In Vorbereitung der Herr Landtagsabgeordnete Walter Temmel.

Bitte, das andere Rednerpult, Danke schön.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller** (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Ja, in dem Antrag geht es uns vor allem um Klimawandelanpassung. Auch wenn es aktuell, wenn man rausschaut, nicht so ist, wir wissen, dass die Jahre der vergangenen Jahre und auch der Zukunft immer wärmer werden, die Phasen mit viel Hitze und auf der anderen Seite dann wieder Starkregen sich verstärken. Das sagen auch die Klimaforscher und Klimaforscherinnen. Wir müssen hier damit rechnen, dass sich das in den nächsten Jahren, Jahrzehnten noch wesentlich zuspitzen wird.

Was heißt das? Das heißt, dass wir in den Gemeinden, im Land, grundsätzlich auch privat vorsorgen müssen, um diese Trockenheits- und Hitzespitzen abzufedern. Dazu haben wir fünf Punkte in diesem konkreten Antrag angeführt. Das ist auf der einen Seite das zu viel an Wasser, was wir manchmal haben zu speichern und in jene Zeiten hinüber zu schieben, wo wir ein zu wenig an Wasser haben.

Heißt, Speicheranlagen, Brauchwasser, Grauwasserspeicher, Regenwasserspeicher, dass man hier verstärkt Förderungen macht, Informationen gibt, wie das möglich ist. Das geht ganz einfach, von der Regentonne angefangen bis zum professionellen Wasserspeicher unterirdisch. Auf der anderen Seite Abfederung von Hitze. Das heißt natürlich weniger Versiegelung und mehr Grün.

Denn betonierte, asphaltierte Flächen sind Hitzespeicher, die dafür sorgen, dass nicht einmal die Nachtabkühlung, die wir am Land weitgehendst noch haben, dass nicht einmal die stattfindet, weil eben Asphalt und Beton diese Wärme in die Nacht hineintragen und dadurch gerade in größeren Orten, Ortschaften, dazu beitragen, dass die Nachtabkühlung schwächer ausfällt oder gar nicht mehr vorhanden ist.

Das heißt, wir brauchen weniger versiegelte Flächen und wir brauchen eine massive Baumschutzinitiative, vor allem in den Gemeinden. Es hilft nichts, große Bäume zu fällen und dann kleine Stauden hinzusetzen. Ein Baum hat einen ganz massiven Effekt. Er produziert Sauerstoff. Er reduziert die Feinstaubbelastung, weil er Feinstaub aufnehmen kann und durch die Verdunstung, die auch an heißen Tagen stattfindet, trägt er zur Kühlung der Umgebung bei.

Das wird immer wichtiger werden, um hier auch im Freien unterwegs sein zu können, wenn es sehr heiß ist, beziehungsweise sich zu treffen, so wie es in den Städten teilweise schon passiert, so „coole Zonen“ zu schaffen, wo man es in der Hitze noch aushalten kann.

Darüber hinaus müssen jene Bereiche, die sehr wasserintensiv sind, wo wir schon wissen, dass da ein großer Bewässerungsbedarf besteht, stark geregelt werden. Wenn wir Golfplatzanlagen bauen in Gebieten, die von Haus aus sehr trocken sind, dann muss hier eine Regelung getroffen werden, damit hier nicht der Wasserbedarf von einer kleinen Ortschaft für solche Golfanlagen, als Beispiel, herangezogen werden müssen oder werden.

Es sind ja nicht nur die Hitze und die Trockenheit, die hier die Menschen direkt betreffen, es sind auch Ursachen, die dadurch ausgelöst werden können. Dazu gehören erhöhte Waldbrandgefahr. Wir haben es von der Kollegin der ÖVP heute schon gehört, dass unsere Wälder, die leider zum Teil nicht klimafit sind, dass die verloren gehen.

Dadurch auch natürlich Sauerstoffproduzenten und, wie ich vorhergesagt habe, ein Faktor von Bäumen, dass Gebiete gekühlt werden, dass die wegfallen, weil uns die Wälder wegsterben.

Hier müssen wir Klimawandelanpassung machen, auch wenn wir gleichzeitig Klimaschutz machen. Weil eines ist ganz klar, selbst, wenn wir es jetzt schaffen, den $CO_2$-Ausstoß massiv zu reduzieren und Klimaschutz zu leben. Wir haben in der Vergangenheit schon so viel $CO_2$ in die Atmosphäre eingebracht, dass wir mit einer gewissen Erwärmung auf jeden Fall rechnen müssen. Was wir natürlich zusätzlich machen müssen ist, diesen $CO_2$-Ausstoß massiv zu reduzieren, damit dieser Effekt zumindest abgefedert, abgefangen werden kann und vor allem die Sommer nicht noch heißer und trockener werden, als sie ohnehin schon sind.

Was natürlich auch, war heute auch schon großes Thema, die Landwirtschaft vor Aufgaben stellt, die nur sehr schwierig zu bewältigen sind. Hier wird sicher auch einiges umgedacht werden müssen, muss viel in die Forschung investiert werden, um trockenheitsresistentere Pflanzen zu züchten, zu suchen, zu finden und dann anzubauen, beziehungsweise wenn schon Bewässerungssysteme, dann müssen das natürlich Bewässerungssysteme sein, die hier auch wassersparend wirken.

Wir haben das heuer besonders stark erlebt, weil der Winter so trocken war, dass der Grundwasserspiegel in vielen Bereichen, Regionen, massiv gesunken ist. Wir haben daheim selber eine kleine Wassergenossenschaft mit ungefähr 25 Anschlüssen. Wir haben nicht einmal mehr die Hälfte von dem, was wir normal in der Jahreszeit an Zulauf haben. Also man sieht hier wirklich, wie stark sich das auswirkt.

Letztes Jahr hat uns der Mai mit seiner ungemütlichen kalten und feuchten Zeit rausgerissen und genug Regen gebracht. Jetzt ist es offensichtlich der Juni gewesen, der einigermaßen ausgleichend gewirkt hat. Wir können uns leider nicht jedes Jahr darauf verlassen, dass das dann so stattfindet. Wir werden Jahre haben, wo es eher feuchter ist, aber tendenziell wird es laut Klimaforschung wärmer, trockener und vor allem die Wetterextreme stärker. Deswegen haben wir eben diesen Antrag eingebracht.

Wie immer gibt es einen SPÖ-Abänderungsantrag, der eigentlich zwei gute Punkte hat, nur der Zusammenhang nur teilweise erkennbar ist. Denn Wohnbaumaßnahmen ökologischer zu machen, no na, hat jetzt nicht mit Hitze und Trockenheit zu tun, aber bitte. Eine Entsiegelungsprämie finde ich natürlich großartig. Das macht Sinn, hier Böden, die bereits versiegelt sind, wir kennen wahrscheinlich alle in unseren Bezirken und Umgebungen leerstehende Filialen der ehemaligen Zielpunkt Firma zum Beispiel oder andere die nicht mehr genutzt werden.

Die schon seit Jahren schon nicht mehr genutzt werden. Hier wäre es wirklich notwendig, Entsiegelungsprämien zu zahlen und dann auch dafür zu sorgen im Idealfall, dass das bereits vorher eingezahlt wird. Also wenn gebaut wird, und wenn das dann nicht mehr genutzt wird, dass dann das Geld da ist. Weil im Nachhinein, wenn die Firma Bankrott gegangen ist, wird das sehr schwierig.

Also da muss man sich noch genauer etwas überlegen. Aber Entsiegelungsprämie bitte gerne. Der Abänderungsantrag, wir werden ihm zustimmen, auch wenn er jetzt mit unserem ursprünglichen Antrag nur sehr peripher zu tun hat. Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Ich darf nunmehr den Herrn Abgeordneten Walter Temmel ans Rednerpult bitten. In Vorbereitung ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Thomas Schmid.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Walter Temmel** (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Landesrätin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher und Zuhörer an den diversen Geräten! Ich glaube, es ist unbestritten, dass mit mehr Hitzetagen, längeren Trockenzeiten und mehr Starkereignissen generell durch die Klimakrise zu rechnen ist, wie vom grünen Klub in ihrem Antrag angeführt ist.

Wir sind selbstverständlich für eine enkeltaugliche Politik und sollten viel mehr noch tun, als Brauchwasser und Regenwasser noch mehr zu nutzen. Kollege Wolfgang Spitzmüller hat es ausführlich erläutert.

Wir sind natürlich dafür, wie im Abänderungsantrag angeführt, dass im Bereich Wohnbau verstärkt Maßnahmen zur Ökologisierung gesetzt werden und für die Einführung einer gut dotierten Entsiegelungsprämie und einer Aufforstungsprämie. Wir begrüßen ein umfassendes Leerstandsmanagement zur Verringerung von Bodenkapazitäten, wir vom LAG Südburgenland sind derzeit mit einigen Pilotgemeinden dabei, ein diesbezügliches Projekt zu verwirklichen. Ziel dabei ist, vorhandene leerstehende Wohn- und Wirtschaftsgebäude entsprechend zu nutzen, weil sie auch für die Gemeinden eine finanzielle Belastung darstellen.

Jedes Bestandsgebäude das saniert und genutzt wird bedeutet, dass kein zusätzlicher Bodenverbrauch notwendig ist. Dabei wird hoffentlich der Tendenz zum Neubau auch an den Ortsrändern entgegengewirkt. Das soll die Ortskerne mit ihren verdichteten Strukturen attraktiver machen und die Flächenversiegelung zumindest teilweise verhindert werden. Österreich ist nämlich nach wie vor leider noch immer beim Bodenverbrauch Europameister.

Der gegenwärtige tägliche Bodenverbrauch konnte zwar auf 12,4 Hektar von 20 Hektar reduziert werden. Wir liegen aber immer noch um das Fünffache über dem geplanten Zielwert.

Laut Hagelversicherung mit ihrer sehr guten Aktion „Bodenlos macht Brotlos“, gefährden wir die Versorgung Österreichs mit heimischen Lebensmitteln, riskieren damit rund 500.000 nachhaltige Arbeitsplätze. Kommt es zu einem Verlust von Wertschöpfung, verlieren wir weiter die Schönheit der Natur für unseren Tourismus. Wird der Klimawandel beschleunigt und der Boden als Wasser und $CO_2$-Speicher fällt werden die Überschwemmungs- und Hochwasserschäden sowie Dürreperioden dramatisch zunehmen.

Um nur einige wesentliche, wichtige Punkte zu nennen. Lösungsansätze sind unter anderem weitere Sensibilisierung der Bevölkerung und politischen Entscheidungsträger, landwirtschaftliche Vorrangflächen für die Lebensmittelsicherheitsversorgung und ein ganz wichtiger Punkt, der heute schon umfassend besprochen wurde, ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr, dass so weniger Fläche verbraucht wird.

Das 1-2-3-Ticket kann ja nur ein Anfang, aber ein wichtiger Anfang sein. Erfreulich bei all den Diskussionen ist, dass auch Herr Landeshauptmann Doskozil die Defizite besonders im Südburgenland, im öffentlichen Personennahverkehr genauso wie wir sieht.

Auch er verlangt mehr Ausbau von Bus und Bahn. Ja, wir haben es bis jetzt verabsäumt, ein gutes Angebot zu schaffen. Die Studien, die wir vor 20 Jahren für die Bezirke Oberwart und Güssing entwickelt haben, landeten in der Schublade. Die Zeit war eben noch nicht reif. Jetzt im Jahr 2020 bin ich aber positiv gestimmt, dass es auch hier mit gemeinsamer Kraftanstrengung Bund, Land, Gemeinden zu einer wesentlichen Verbesserung, zu einem guten Angebot kommen kann.

Warum wir den ersten Schritt mit dem Dreier-Ticket begrüßen ist, dass wir in Zukunft für ein Jahresticket, für ganz Österreich 1.095 Euro, als 365 x 3 bezahlen. Das ist für einen südburgenländischen Pendler zum Beispiel aus meiner Heimatgemeinde Bildein eine Ersparnis von 100 Euro pro Monat. In Olbendorf ist es etwas weniger, in Moschendorf ist es etwas mehr, also 100 Euro Ersparnis für jeden Pendler der täglich nach Wien fährt!

Das ist eine wesentliche Erleichterung für die Pendler des Burgenlandes. Warum soll mach nicht dafür sein, wenn sie sich über 100 Euro ersparen? Die Corona-Krise hat die Bedeutung flächendeckender Land-und Forstwirtschaft in Österreich einmal mehr aufgezeigt. Um die Versorgungsicherheit unseres Landes sowohl mit Lebensmitteln, als auch mit Holzprodukten in Zukunft garantieren zu können, braucht es eine flächendeckende Land-und Forstwirtschaft.

Bäuerinnen und Bauern sind ebenfalls Hauptbetroffene des Klimawandels. Die Auswirkungen sind deutliche spürbar. Durch die enorme Trockenheit und die fehlenden Niederschläge sind gerade auch unsere Wälder in ernster Gefahr. Nicht nur für die menschliche Gesundheit ist der Wald unentbehrlich, sondern auch für den Klimaschutz, haben wir heute schon mehrmals gehört. Österreichs Waldbäuerinnen und Waldbauern kämpfen bereits seit Jahren mit Schäden in unseren Wäldern durch Klimawandel bedingtes Auftreten von Stürmen, Schneedruck und besonders bei uns auch durch Borkenkäfern.

Für mich ist es noch immer unverständlich, dass die Burgenländische Landesregierung für Biomasseanlagen ganz einfach keine Unterstützung gewährt, die für die Schadholzbekämpfung gerade bei uns im Südburgenland und den Klimaschutz wichtig wären.

Ganz anders die Bundesregierung, Kollege Erwin Preiner hat es dankenswerterweise schon erwähnt, sie hat ein Entlastungs- und Investitionspaket von 400 Millionen Euro allein für die Land- und Forstwirtschaft geschnürt, rückwirkend ab 1.1.2020, das ist auch ganz wichtig.

350 Millionen Euro, Du hast es erwähnt, für Investitionsmaßnahmen, Wiederaufforstung und Errichtung klimafitter Wälder, Errichtung von Lagerstätten für Schadholz, Abgeltung von verursachten Borkenkäferschäden, Holzbauoffensive und dergleichen mehr.

Auch unsere Fraktion im Landtag hat beim Startpaket für das Burgenland ebenfalls eine Schaffung von Schadholzplätzen verlangt und eine Förderung für die Lagerung und den Transport von Holz verlangt, zur Unterstützung der Waldbauern und Waldbäuerinnen. Etwas verwundert, Herr Kollege Hergovich, etwas verwundert war ich über Deine erste Wortmeldung heute gegen die Bauern, gegen die Mindestbauernpension. *(Abg. Robert Hergovich: Hab ich nicht gesagt, aber macht nichts!)*

Deshalb ist es sehr erfreulich, dass auch hier rückwirkend mehrere notwendige Maßnahmen gewährt wurden. Eine erwähne ich davon. Und zwar mit der Verringerung des Höchstsatzes der Ausgleichszulage von 13 auf zehn Prozent erhalten diese Mindestpensionisten eine jährliche Pensionserhöhung von zirka 400 bis 450 – kommt immer darauf an - Mindestpension beziehungsweise Ausgleichszulagenrechtssatz.

Dieser beträgt nämlich für Einzelpersonen 966,65 Euro. Jeder Österreicher, jede Österreicherin erhält eine Mindestpension von 966 Euro. Bei den Bauernpensionisten wird das Ausgedinge, diese 96 Euro, diese zehn Prozent, noch immer abgezogen, sodass sie 870 Euro erhalten.

870 Euro Mindestpension! Ich glaube, das ist gerechtfertigt einer Generation gegenüber, die auch Jahre und jahrzehntelang dafür gesorgt hat, dass wir gesunde Lebensmittel in unserer Heimat haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Etwas verwundert war ich auch gegen Ihre negative Stimmung gegen dieses Gemeindepaket. 31 Millionen Euro für das Burgenland. Das letzte Mal, die Bürgermeisterkollegen werden sich erinnern, hatten wir 25 Prozent auslösen können. Das war eine total geringere Summe.

Meine Gemeinde hat damals über 6.000 Euro bekommen, jetzt bekommen wir 35.600 Euro. Aber das Prozedere war damals und ich hoffe es wird diesmal auch so sein, mit einem Antrag, mit einem Angebot, hat man diese Förderung über das Internet eingereicht und innerhalb weniger Tage hatte man diese 50 Prozent auf dem Konto.

Jetzt können wir bis 2021 diese Vorhaben, die wirklich sehr umfassend sind, verwirklichen und bis Dezember 2024 können wir die Rechnungen vorlegen. Das ist eine wesentliche Hilfe für unsere burgenländischen Gemeinden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Also ich hoffe, dass auch sehr viele Gemeinden, ich bin auch überzeugt davon, dass alle Gemeinden, zumindest die burgenländischen, von dieser guten Aktion Gebrauch machen werden.

Diesem Abänderungsantrag, wie bereits erwähnt, werden wir natürlich zustimmen, weil wir für eine enkeltaugliche Politik sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Nunmehr darf ich den Herrn Abgeordneten Ing. Thomas Schmid bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Ing. Thomas Schmid** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist für mich heute die erste Rede hier im Landtag und ich möchte mich natürlich auch bei allen bedanken, die mir dazu geholfen haben, dass ich hier stehen kann, um für unser Heimatland Burgenland auch zu arbeiten.

Ich möchte nicht ausschweifen so wie der Herr Kollege Temmel, dass ich über irgendwas Anderes rede wie über das Thema. Das Thema heißt hier Hitze und Trockenheit, Entschließungsantrag, und darf auch betreffend diese Maßnahme, die die Grüne Fraktion eingebracht hat anmerken, solange bin ich noch nicht in der Politik unterwegs.

Ich weiß nicht, ob das schon viel früher nötig gewesen wäre, diesen Antrag einzubringen. Es ist für mich jetzt ein bisschen verspätet oder zu spät, aber lieber man bringt es ein als nie. Das ist meine Forderung. Die Landesregierungen, die Vorgänger-Landesregierungen sei es mit der ÖVP-Koalition, oder mit der FPÖ-Koalition und auch aber alle Gemeinden wissen bereits worum es geht.

Hitze und Trockenheit, das ist ja nicht von gestern auf heute gekommen. Das gibt es schon viele, viele Jahre. Das gibt es, ich sage einmal, Jahrhunderte schon, nur hat sich das jetzt zugespitzt. Laut den letzten Aufzeichnungen, die es gegeben hat im letzten Jahrhundert, liegen zehn der wärmsten Jahre in diesem Jahrhundert.

Vier davon waren allein in den letzten fünf Jahren. Ein interessantes Bild gibt es natürlich auch von den Regentagen. Wenn es einen Regentag gibt, dann gibt es einen Starkregen. Diese Wetterkapriolen kommen ja nicht von irgendwo und es ist bereits heute angesprochen worden.

Die Ursache ist natürlich die Klimaerwärmung. $CO_2$-Ausstoß, Waldrodungen, das ist ja nicht nur bei uns im Burgenland das Thema. Das ist ein weltweites Thema. Ich komme aus einem Konzern, wo ich weltweit unterwegs war. Da hat man gesehen wie es aussieht.

Da ist es bei uns im Burgenland, sage ich einmal, wir sind im gelobten Land, wo wir noch über dieses Thema so diskutieren können wie hier. Ein Punkt der mir besonders am Herzen liegt, dass man direkt bei dieser Klimaveränderung beim $CO_2$-Ausstoß ansetzen muss und ich habe es bereits eingangs erwähnt.

Die Landesregierung hat das ja bereits gemacht, wir haben auf die erneuerbaren Energien gesetzt. Windkraftanlagen. Jetzt ist die Offensive für Photovoltaikanlagen und was ich ganz besonders begrüße, ich habe bei mir jetzt in der Gemeinde einen Fall gehabt, eine Ölheizung.

Dass man von der Ölheizung aussteigt, dass man dazu eine Förderung gibt. Alte Leute oder ältere Generationen sind noch eng verbunden mit Ölheizungen. Da sollte man wirklich einen Schritt setzen und das hat die Landesregierung bereits gemacht. Aber auch zusätzliche Daten sprechen für sich.

2016 sind Bauvorhaben und Instandhaltungsmaßnahmen für Hochwasserschutz, was auch dazugehört, von rund 16 Millionen Euro investiert worden. Zusätzlich zur Wasserwirtschaft werden 2020 im Flussbau 1,8 Millionen Euro zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Flüssen und so weiter eingebracht.

Alleine im Jahr 2019 haben 31 Abwasseranlagen und 15 Wasserversorgungsanlagen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 22,7 Millionen Euro eine Bundesförderung zugesichert bekommen, wo auch das Land zehn Prozent dazu mitfinanziert hat.

Aber auch in den Gemeinden, es sind viele Bürgermeister hier, die bemühen sich auch sehr. Was die Wiederaufforstung betrifft, Baumbepflanzung, da möchte ich aber nur auf einen Punkt eingehen, Herr Kollege Spitzmüller, weil Sie sagen Rodungen von Bäumen und so weiter.

Ich habe jetzt drei-, viermal das Problem gehabt, als Bürgermeister ist man verantwortlich auch Gefahr im Verzug festzustellen, da kann man nicht sagen okay, die Gemeinde ist verpflichtet die Bäume stehen zu lassen und unten fällt einem Mitbewohner ein Ast auf den Kopf, oder ähnliche Dinge.

Dann ist man gezwungen, dass man auch einen gesunden Baum umschneidet. Aber meine Einstellung ist dazu, dass man, wenn man einen gesunden Baum schneidet, wieder zwei, oder drei Bäume hinzugibt, frisch setzt und das habe ich in den letzten drei Jahren bei mir in der Gemeinde auch so vollzogen.

Wenn man irgendwo einen Baum weggibt, wird bei uns zusätzlich noch dazu einen Baumoffensive eingeleitet. Bei uns werden jedes Jahr zwischen 30 und 50 Bäume neu gesetzt, so es möglich ist.

Diese Dinge, egal ob das jetzt die Baumoffensive betrifft, ob das den Hochwasserschutz betrifft, ob es Versiegelung betrifft, man muss das alles mit Hausverstand betreiben. Ich kann nicht sagen, dass ich von der Weinberggasse nicht mehr in die Neubaugasse fahren kann, da gebe ich keinen Asphalt drauf.

Da werden Sie wahrscheinlich von der Bevölkerung in der Gemeinde geprügelt, weil es staubt oder ähnliches ist. Aber diese Versiegelung, die Sie da meinen, ich weiß nicht wie man da auf einen Nenner kommen kann. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Sie wissen, glaube ich schon was ich meine!)*

Für mich ist die Einstellung, so wie Sie es auch genannt haben, wenn man in der Peripherie irgendwo einen Platz findet, wo ein Gebäude, ein altes Gebäude draufsteht, bin ich sofort dafür, dass man dieses Gebäude weggibt, entsiegelt das Ganze und auch dort wieder neu aufforstet.

Für das stehen wir natürlich. Und nicht zuletzt in den einzelnen Haushalten. Ich merke es bei mir selbst, bei uns gibt es jeden Monat Bauberatung, wenn es sein muss, auch zweimal im Monat. Die jungen Häuslbauer kommen sehr wohl auf uns zu und sagen, wir wollen gegen die extreme Hitze Klimaanlagen oder ähnliches an unserem Haus anbringen.

Wir wollen in unserem Garten eine Regenwasseranlage, eine Wiederaufbereitungsanlage einbauen und so weiter und so fort. Dies ist in den Köpfen der Bevölkerung sehr wohl schon verankert. Da, glaube ich, reden Sie mit Ihrem Antrag ein wenig schon vorbei an dem Ganzen, was sich in den Köpfen der einzelnen Einwohner in den Gemeinden abspielt.

Dadurch, dass ich ein bisschen ein Techniker bin, ein bisschen ist gut gesagt, ich habe lange im Maschinenbau gearbeitet, diese Brauchwasseranlagen und Wiederaufbereitungsanlagen, ist alles gut und schön, wenn man es sich leisten kann.

Ich bin auch dafür, dass man das einführt, aber Jungfamilien die neu bauen, werden sich im Garten oder irgendwo diese Brauchwasseranlagen nicht leisten können. Das ist mit einem immensen finanziellen Aufwand verbunden. Man sollte da überall, wie ich schon gesagt habe, ein bisschen den Hausverstand einschalten. Wo es möglich ist, finanziell möglich ist, ja, aber nicht überall das anwenden.

Aber auch bei bestehenden Bauten hat das Land richtig reagiert. Handwerkerbonus zum Beispiel, oder auch im Rahmen des burgenländischen Öko-Energiefonds können sich die - ich sage einmal Einwohner - egal ob das jetzt eine Erneuerung, eine Fassadenerneuerung betrifft oder Fenstererneuerung betrifft, diese Kosten über den Handwerkerbonus zurückholen.

All diese Maßnahmen werden bereits seitens des Landes Burgenland unterstützt. Ich finde, das ist wirklich wahr ein gutes Zeichen, damit man diese Maßnahmen, was Hitze und Trockenheit betrifft, damit man dem entgegenwirken kann.

Ein Thema, das aber auch diese Maßnahmen Hitze und Trockenheit betrifft, ist natürlich auch der Neusiedler See. Da sehe ich das ein bisschen differenzierter. Der Neusiedler See ist mit den Jahren mitgewachsen, die Wirtschaft ist mit dem Neusiedler See mitgewachsen, und da sollte man schon ein gewisses Augenmerk auch auf diesen Neusiedler See setzen.

Man kann den Neusiedler See in heutiger Zeit nicht mehr austrocknen lassen. Der Landesrat Dorner hat da ja, wie bereits angekündigt, eine Task Force eingesetzt, wie wir das Mittelmaß an dem Wasserstand, der jetzt herrscht, aufrechterhalten können.

Da ist jetzt diese Task Force gefragt. Welche technischen Möglichkeiten gibt es? Da sollten wir auch dahinter sein, denn der Neusiedler See ist nicht nur ein grünes Juwel, da hängt sehr viel rund um den See auch wirtschaftlicher Seite etwas daran, und dafür würde ich schon eintreten, dass man auf diesen Neusiedler See einen gewissen Stellenwert auch gibt, damit dieser Stand, dieser Wasserstand, auch erhalten bleibt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wie schon bereits angeführt wurde, bei den Fraktionen, sehe ich, gib es eine Einigkeit. Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Präsidentin,

ich lade Sie ein, diesen vorausschauenden Weg der Landesregierung in dieser Thematik mitzugehen und unseren Abänderungsantrag zu unterstützen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke schön Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Klubobmann Robert Hergovich.

**Abgeordneter Robert Hergovich** (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Temmel, Sie haben mich da offensichtlich ein bisschen falsch verstanden. Ich habe das heute nicht erwähnt, aber es war offensichtlich eine Einladung, dass ich mich noch einmal zu Wort melde, zu dem Thema. *(Abg. Patrik Fazekas: Nein, war es nicht!)* Und das tue ich natürlich sehr gerne. Diese Einladung nehme ich natürlich sehr gerne an. Da haben Sie auch etwas falsch verstanden, glaube ich.

Denn dass die Bundesregierung die Bauern mit einem zusätzlichen Geld versorgt, das ist grundsätzlich zu begrüßen, das ist positiv, das ist auch gut so.

Brauchen das auch, weil das gewährleistet Wertschöpfung. Das brauchen wir im Moment. Was ich aber kritisiere ist, dass nicht alle gleichbehandelt werden. Dass es wieder Klientelpolitik gibt, das bedauere ich ganz, ganz stark.

Da gibt es, das müssen Sie sich vorstellen, Herr Kollege Temmel, das müssen Sie sich vorstellen! Da gibt es Leute die sind in Pension, die sollen etwas dazubekommen. Passt. Und dann gibt es aber Leute, die sind von der Covid-Krise betroffen, indem sie in Kurzarbeit müssen - unverschuldet.

Es gibt mehr wie 200.000 Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten sind - unverschuldet. Da hätte ich mir erwartet, dass die auch etwas bekommen, und nicht so wie die Bauern, rückwirkend und dauerhaft, super, aber was hat man bei den arbeitslosen Menschen gemacht? Mit 450 Euro hat man sie abgestempelt, das war es. Und das finde ich, das ist uralt Klientelpolitik der ÖVP, der neuen ÖVP sagt man. Das ist schade, weil wenn, dann müsste man alle gleichbehandeln. Das wäre nämlich eine gute Idee.

Dann komme ich schon zum nächsten Thema, das haben Sie auch missverstanden mit den Gemeinden. Da habe ich gesagt, die Bauern bekommen einen Haufen Förderung jetzt, das ist gut und wichtig und richtig in der jetzigen Situation. Die brauchen das auch, das dient wieder zur Wertschöpfung, das schafft wieder Arbeitsplätze, das ist gut so.

Aber gut ist nicht, wenn man wieder mit zweierlei Maße misst und sagt, die Gemeinden müssen kofinanzieren, die Landwirtschaft nicht. Wissen Sie was das ist, uralt Klientelpolitik der ÖVP, und das ist bedauerlich. Das ist der springende Punkt, dass man nicht alle gleichbehandelt, sondern dieser Klientel alles zukommen lässt, und die, die es schwieriger haben, die müssen sich halt weiter abstrampeln. Das ist bedauerlich.

Ja zur Pension der Bauern, Ja zu den Investitionen in der Landwirtschaft, aber Nein zur Ungleichbehandlung. Darum geht es, Herr Kollege Temmel. *(Beifall bei der SPÖ)*

**Präsidentin Verena Dunst:** Danke Herr Abgeordneter. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche also jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Maßnahmen zur Abfederung der Folgen von Hitze und Trockenheit ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Mit der heutigen Sitzung beenden wir die ordentliche Tagung des Burgenländischen Landtages 2020. Auf Grund der Neuwahlen und der Konstituierung des neuen Landtages am 17. Feber 2020 eine kurze Tagung und dennoch eine sehr außergewöhnliche.

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Österreich mitten in der Konstituierungsphase des neuen Landtages und der Ausschüsse, hat uns im Landtag vor besondere Herausforderungen gestellt, die wir gemeinsam durch parteiübergreifende Zusammenarbeit lösen konnten.

Ich danke daher, und das ist mir eine wichtige Herzensangelegenheit, allen Abgeordneten für die Kooperation und den gemeinsamen Schulterschluss, unter allen Umständen die demokratische Arbeit im Burgenland fortsetzen zu können.

In der ersten Sitzung während der Pandemie, für die Bereitschaft auf die Teilnahme aller Abgeordneten zu verzichten. Das weiß ich, das war nicht einfach für viele. Oder bis zur heutigen Sitzung die Bereitschaft, an der Sitzung auf der Besuchertribüne teilzunehmen.

Verehrte Abgeordnete! Ich danke daher allen für Ihr Engagement im Dienste der Burgenländerinnen und Burgenländer, weil es darum ging, dass wir hier Vorbild sind und Vorbild zu sein haben, denn hier beschließen nicht nur Gesetze, sondern wir schaffen den Rahmen, in dem burgenländische Menschen leben können.

Ich möchte mich im Namen von Ihnen allen natürlich auch beim Herrn Landeshauptmann und den Regierungsmitgliedern für ihre gute Zusammenarbeit bedanken. Ich glaube, ich darf das auch im Namen von Ihnen allen tun, und mich ganz besonders bei der Landtagsdirektion, allen voran bei der Frau Landtagsdirektorin Dr. Elisabeth Neuhold, dem Stellvertreter, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wertvolle Unterstützung der Landtagsarbeit bedanken. Vielen herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Oft unerwähnt, und trotzdem genauso wichtig, bedanken wir uns alle bei den Protokolldamen, bei den Schreibdamen, unseren Amtsdienern, und allen, die für den reibungslosen Ablauf der Landtagssitzungen sorgen. Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall)*

Hoher Landtag! Ich freue mich darauf, Sie alle nach der Sommerpause gut erholt und gesund begrüßen zu dürfen. Bis dahin einen schönen Sommer und erholsame Urlaubstage.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig wie immer schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, für Donnerstag, den 17. September 2020, vorgesehen ist.

Für heute noch eine Bitte an die Mitglieder der Präsidialkonferenz. Ich darf bitten, gleich im Anschluss an die Sitzung heute, dass wir uns hier im Landtagssitzungssaal zur Präsidialkonferenz zusammensetzen.

Ich darf damit die heutige Sitzung für g e s c h l o s s e n erklären und die ordentliche Sitzung 2020 beenden. Danke an Sie alle.

**Schluss der Sitzung: 19 Uhr 23 Minuten**